



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

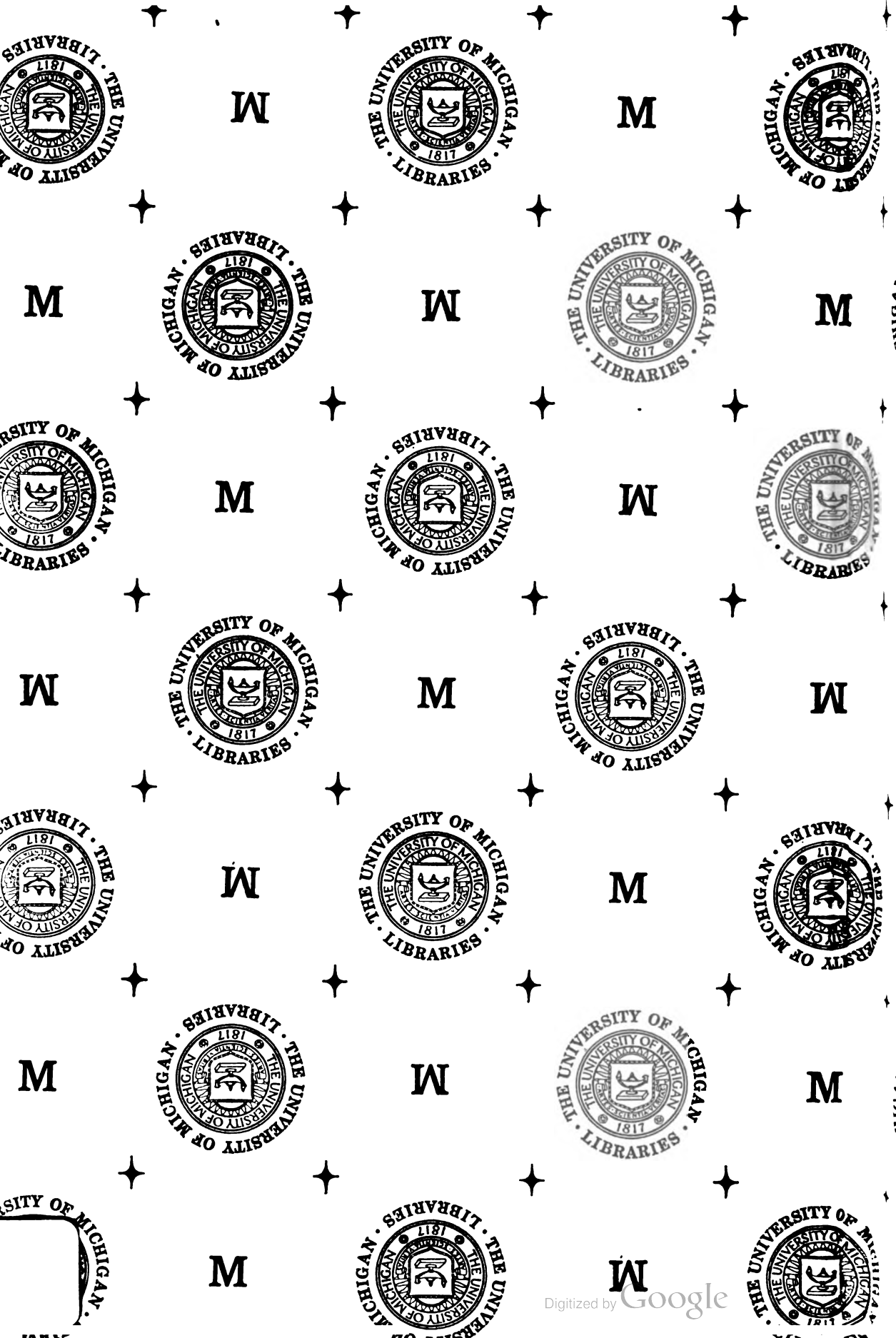
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

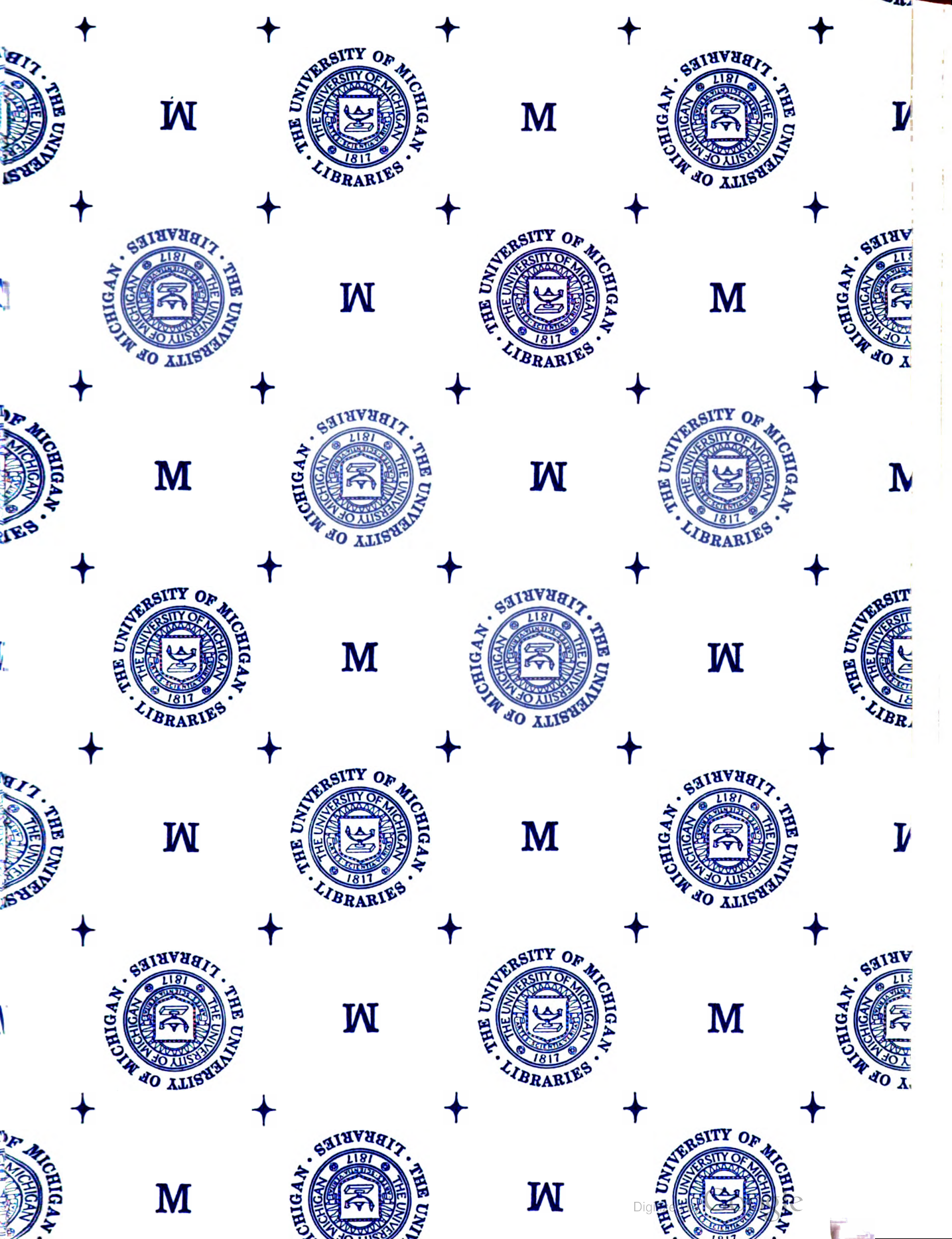
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

B 1,144,226





NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

FÜNFZIGSTER BAND

1929

ERSTES HEFT

MIT 3 ABBILDUNGEN IM TEXT.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1929

JD
491
.H6
N27
v.50
1881

*Der Nachdruck der in diesem Heft veröffentlichten Aufsätze ist nur mit besonderer
Erlaubnis gestattet.*

DRUCK VON RUD. BECHTOLD & COMP. WIESBADEN.
BUCHDRUCKEREI & LITHOGR. ANSTALT.

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
I. Ein nassau-diezischer Amtmann als Schriftsteller. Von Geh. Archivrat Dr. P. Wagner in Wiesbaden	1—27
II. Beiträge zur älteren Geschichte der Diezer Mühlen. Von Archivdirektor Dr. Emil Schaus in Koblenz	28—42
III. Zwei moderne Urkundenfälschungen zur älteren Geschichte der Stadt Diez. Von Vikar K. May in Wiesbaden-Dotzheim	43—57
IV. Ein Specksteinmodel des Hans Dirmstein. (Ein Diezer Bodenfund), mit 3 Abbildungen. Von Museumsdirektor Dr. F. Kutsch in Wiesbaden .	58—66
V. Nassau-Oranische Wirren im Dreissigjährigen Kriege. Von Studienrat a. D. Prof. K. Pagenstecher in Wiesbaden	67—91
VI. Die nassauische Politik auf dem Rastatter Kongress Von Studienrat A. Henche in Wiesbaden-Biebrich	92—116

Ein nassau-diezischer Amtmann als Schriftsteller.*)

Ein Beitrag zum Pazifismus und zur Publizistik des 17. Jahrhunderts.

Von

Paul Wagner.

Die grossen Ereignisse des 16. und 17. Jahrhunderts, Reformation und Dreissigjähriger Krieg, haben in den Geistern der Zeitgenossen gewaltige Spannungen hervorgerufen und Bewegungen erzeugt, die nicht nur im Pulverdampf und Schwertgeklirr der Heere, in den Akten der Kanzleien, in den Büchern der Gelehrten, sondern ebenso in einer ungezählten Menge von Flug- und Streitschriften der Parteien ihren Ausdruck erhielten. Aus diesen letzteren spricht vornehmlich die öffentliche Meinung. Es ist darum wertvoll, auch sie und ihre Verfasser kennen zu lernen, will man sich anders ein Bild von den herrschenden Stimmungen und den Geschehnissen jener Zeiten machen. Wohl ist manches schon zur Kenntnis dieser politischen Publizistik geschehen, doch wird es mehr noch bedürfen, ihre Bedeutung zu würdigen und aus ihr das Wichtige herauszuholen. Wenn die landschaftliche Forschung auch auf diesem Gebiete der allgemeinen vorarbeitet, so wird der Vorteil, der daraus erwächst, schliesslich beiden zu gute kommen.

Was wir in den nassauischen Ländern von Erzeugnissen dieser publizistischen Flugschriftenliteratur aufzuweisen haben, ist nicht viel; um so mehr verdient jede einzelne Schrift Beachtung, namentlich wenn der Verfasser eine kenntnisreiche, charaktervolle, eigenartige Persönlichkeit ist, deren Blick auch über die engen Grenzen seiner nächsten Nachbarschaft hinausreicht.

Von dieser Art war Johann Christoph Becker, ein nassauischer Beamter, der die trüben Zeiten der zweiten Hälfte des Dreissigjährigen Krieges bei uns erlebte und mitansehen musste, wie auch dieses schöne Land zum Schauplatz der Verwüstung und Verheerung einer zuchtlosen Soldateska wurde, der, oft genug in den Strudel kriegerischer Ereignisse hineingezogen, an seiner Person und in seinem Amte den Jammer des entsetzlichen Krieges miterfuhr und als gebildeter, nachdenklicher Mann sich Gedanken über die Dinge machte, ihren Ursachen nachsann und ihren Wert und Unwert prüfte.

*) Auszugsweise veröffentlicht in der Zeitschrift Volk und Scholle. 2. Jahrgang 1924. S. 46-51.

Wer kennt heute noch den Namen Johann Christoph Becker? Vergessen zu werden, ist das Los, das den pflichttreuen Beamten eher noch, als sonst einen verdienten Mann, zu treffen scheint.

Becker war kein geborener Nassauer; er stammte aus Treisa in Hessen. Hier und in Ziegenhain und Kassel hatte sein Vater Grundbesitz, der später auf den Sohn überging. Die Mutter konnte im Jahre 1603, damals vielleicht schon Witwe, dem Landgrafen Moritz von Hessen ein Kapital von 1400 Reichsthalern leihen, um dessen Rückzahlung samt den aufgelaufenen Zinsen sich der Sohn noch 1648 bemühen musste.

Wann er geboren ist, liess sich bisher nicht feststellen, doch mag er im letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts das Licht der Welt erblickt haben. Er war ein aufgeweckter Knabe, dem seine Mutter eine gelehrte Erziehung geben liess. Im Jahre 1613 finden wir ihn als Studenten der Rechtswissenschaft in Marburg¹⁾, und nach Beendigung seiner Studien wurde er zum Doktor beider Rechte promoviert. Er erwarb sich damit eine Würde, die ihm nach den Anschauungen jener Zeit ein hohes Ansehen gab und auf die er darum stets ein gewisses Gewicht gelegt hat. Dann schlug er die Beamtenlaufbahn ein; aber wie und wo er sie begann, war nicht zu ermitteln.²⁾ Im Jahre 1634 war er Amtmann zu Dierdorf im Dienste des Grafen von Wied. Später wurde die Diezer Gräfin Sophie Hedwig auf ihn aufmerksam und machte ihn 1641 zu ihrem Rat und zum Amtmann in Diez.³⁾ Der Posten war seit dem Tode Martin Nauraths im Jahre 1637 noch immer unbesetzt. Dass Becker der Nachfolger grade dieses um das Diezer Amt so besonders verdienten Mannes wurde, zeigt deutlich, was man sich von ihm versprach. In Diez blieb Becker bis in den Anfang des Jahres 1645; dann übertrug ihm Graf Wilhelm Friedrich, der Sohn und Nachfolger Sophie Hedwigs, das Amt Beilstein, das, wie es den Anschein hat, eines tatkräftigen Beamten bedurfte.⁴⁾ Im März jenes Jahres siedelte er in das alte Schloss auf dem Westerwalde über, und dort hat er ein halbes Jahrzehnt im Dienste seines Herrn gewirkt, dessen Interessen umsichtig wahrnehmend. Wir erfahren viel darüber durch die Berichte und Briefe, die er während dieses Zeitraums fast alle paar Tage an seinen Dienstvorgesetzten, den Gouverneur der Grafschaft Diez, Achaz v. Hohenfeld, schrieb;⁵⁾ stand er doch zu diesem einflussreichen Manne in einem Verhältnis, das man als persönliche Freundschaft bezeichnen kann. Davon nur einige Beispiele. Hohenfeld war Pate eines seiner Kinder, und umgekehrt lud der Freiherr den Gevatter, wie er ihn in den Briefen immer nennt, auf seine Hochzeit, als er 1646 mit einem Fräulein v. Metternich den Ehebund schloss.⁶⁾ Hohenfeld war kein Blumenfreund, aber er liebte wenigstens die Negelein (den Flieder), und Becker musste ihm

¹⁾ Caesar-Justi, Matrikel der Universität Marburg. S. 70.

²⁾ Biographisches über ihn im Staatsarchiv Wiesbaden, Nachlass Chr. D. Vogels Nr. 43, 4. 5., Nr. 59. 5. Vgl. Jöcher, Gelehrten-Lexikon. Fortsetzung von Adlung (Leipzig, 1784) S. 1584.

³⁾ Nachlass Erath, Conspectus, zum Jahre 1641.

⁴⁾ Bestallung vom 3./13. Mai. Vogels Nachlass Nr. 50.

⁵⁾ St.-A. Wiesbaden, A. D. A. B. 93 I 105.

⁶⁾ Ebd. B. 93 II.

1645 einmal einen Negeleinstock, gross und schön von Farbe, besorgen, wofür jener ihm mit einem Artischockenstrauch zu danken versprach.⁷⁾ Erlegte Becker in den Beilsteiner Wäldern, wo übrigens die Jagd nur mit grösster Schonung des Wildbestands betrieben werden durfte, ein kapitales Stück Wild, so kam es vor, dass er davon einen Braten in die freiherrliche Küche nach Diez sendete, während sich der Herr Gouverneur an Rhein oder Lahn nach einigen Ohm guten Weins zum Beilsteiner Haustrunk umsehen musste.⁸⁾ Ja, als 1649 die Frau Baronin einer Köchin halber in Verlegenheit war und dieser notwendige Hausgeist sich in Diez nicht beschaffen liess, wurde der Herr Doctor juris utriusque in Beilstein deswegen bemüht. Der Auftrag war schwierig auszuführen; die einzige Küchenfee, die Becker ausfindig machen konnte, obwohl er wiederholt nach Giessen deshalb geschrieben hatte, befand sich in Marburg und lehnte ab, weil ihr die Entfernung bis Diez der Ihrigen wegen zu weit erschien.⁹⁾

Es ist merkwürdig, wie mancherlei Beziehungen zur Aussenwelt er auf seinem einsamen Westerwälder Hause hatte. In den Kanzleistuben der umliegenden Grafen und Herren muss er manchen guten Freund gehabt haben, der ihm Nachrichten über politische und militärische Vorgänge zugehen liess; und was er dadurch erfuhr, teilte er baldigst seinem Vorgesetzten in Diez mit, so dass seine Briefe an Hohenfeld auch von diesem Standpunkte aus sehr wertvoll sind.

Im Jahre 1650 starb sein Schwiegervater, ein Amtmann Dr. Krebs in Gleiberg, dessen Tochter Catharina Beckers zweite Frau war. Da Krebs eine für die Familie wichtige Rechtsangelegenheit hinterliess, hatte seine Witwe den Wunsch, ihren rechtskundigen Schwiegersohn in der Nähe zu haben. Dies und der weitere Umstand, dass er seinen heranwachsenden Kindern eine bessere Ausbildung geben lassen wollte, bewog ihn, 1650 die Beilsteiner Amtmannstelle aufzugeben und nach Giessen überzusiedeln.¹⁰⁾ Uneingestanden mag dazu gekommen sein, dass er auf dem Beilsteiner Schlosse zu weltabgeschieden lebte. Sein gebildeter Geist wird Verlangen getragen haben, mehr im Getriebe der Welt zu stehen und Anregungen zu erhalten, die ihm der Westerwald schlechterdings nicht bieten konnte. Doch blieb er auch in Giessen nicht lange; schon 1651 verlegte er seinen Wohnsitz nach Marburg, nachdem er zuvor seine Güter in Treisa, Ziegenhain und Kassel verkauft hatte.¹¹⁾

Die Aufgabe der Beilsteiner Amtmannschaft hob übrigens die Beziehungen zu seinem Diezer Grafen noch nicht auf; die Ratstelle behielt er bei. Auch war er erbötig, in dieser Eigenschaft seinem Herrn fernerhin Dienste zu tun. Inwieweit dies geschah, lässt sich nicht angeben. Jedenfalls bezog er noch bis 1658 eine Besoldung aus der Beilsteiner Kellerei, die mit diesem Jahre aber aufgehört zu haben scheint. Doch ist er damals noch nicht verstorben; noch 1664 soll er am Leben gewesen sein. Sein Todesjahr ist so wenig, wie sein Geburtsjahr, bis jetzt bekannt geworden.

⁷⁾ Ebd. B. 93 I.

⁸⁾ Ebd. B. 93 II.

⁹⁾ Ebd. B. 93 II.

¹⁰⁾ Ebd. B. 93 I.

¹¹⁾ Ebd.

Becker hatte sich auf Schule und Universität eine allem Anschein nach recht umfassende humanistische Bildung angeeignet. Er verstand die alten Sprachen, Latein und Griechisch, und von den neueren Italienisch, Holländisch, wohl auch Französisch. Das Latein handhabte er wie seine Muttersprache. Nicht nur in seinen Schriften, sondern manchmal auch in seinen Briefen flocht er ganze Sätze, sogar längere Absätze, in dieser Sprache ein, offenbar um sich vor seinen Lesern als ein Gelehrter auszuweisen, während dieses Sprachgemisch heute nur allzu gesucht erscheint.

Sicher hat Diez nie wieder einen Amtmann besessen, der in den Literaturen der alten und neuen Völker so bewandert gewesen ist, wie Becker. Vom alten Testament und dem Homer angefangen bis zu den Deutschen, Italienern, Holländern und Franzosen des 16. und 17. Jahrhunderts kannte er eine grosse Zahl von Werken aus dem Gebiete der Geschichte, Politik und Rechtswissenschaft. Sogar mittelalterliche Dichtungen, wie der Rosengarten, und geschichtliche Werke, wie die Ottos v. Freising, sind ihm nicht entgangen. Ganz erstaunlich ist namentlich seine Belesenheit in den griechischen und römischen Schriftstellern, Geschichtschreibern, Dichtern und Philosophen, so dass man eine wahre Hochachtung vor dieser humanistischen Bildung empfindet. Aber auch in der juristischen Literatur wusste er Bescheid, im Corpus juris sowohl wie in den gelehrten Darstellungen der Rechtskundigen jener Zeit.

Wie hätte nun ein so beweglicher, schreiblustiger, mit allerlei Wissen erfüllter Geist, der an Schriftstellerei sein Gefallen fand, nicht auf den Gedanken geraten sollen, selbst zur Feder zu greifen und eigene Weisheit den Zeitgenossen vorzutragen, selbst auf die Gefahr hin, dass die Tiefe und Originalität seines Denkens zu wünschen übrig liess. Immer hat es Leute dieser Art gegeben, die dann wohl zu ihrer Zeit einige Leser fanden, nach kurzem aber den Bibliotheken anheimfielen, auf deren geduldigen Brettern sie alsdann ein ruhiges, mehr oder minder staubiges Dasein durch die Jahrhunderte führen.

Becker hätte kein Freund der Dichter sein müssen, wenn er nicht bei passenden Gelegenheiten selbst den Pegasus bestiegen hätte. Wir besitzen einige seiner dichterischen Erzeugnisse; es sind kümmerliche Reimereien in dem gespreizten Stile ihrer Zeit. Immerhin ist, wenn man ihnen eine gute Seite abgewinnen will, die dichterische Tätigkeit des nassau-diezischen Rates ein Zeichen geistiger Regsamkeit inmitten seines Westerwälder Berufslebens in jenen trüben Tagen, das unwillkürlich einige Anerkennung abnötigt.

Er mag, wie zu hoffen, nur in besonderen Fällen zur Leier gegriffen haben; eine viel beachtenswertere Tätigkeit entfaltete er als Prosaschriftsteller. Bald nachdem er Amtmann in Diez geworden war, legte er eine Chronik an, die die in der Grafschaft vorgekommenen Kriegsereignisse allmonatlich verzeichnet, und führte dieses Diarium, wie er das Werk nannte, bis zu seinem Abgange nach Beilstein. Die Urschrift von seiner Hand befindet sich im Wiesbadener Staatsarchiv.¹²⁾ Da es die Ereignisse nur oberflächlich verzeichnet, hat es bisher nur wenig Beachtung gefunden. Für den Druck war es nicht be-

¹²⁾ St.-A. Wiesbaden, A. D. A. D. 1249. *Diarium oder Verzeichniss, was sich dieses 1642 Jahrs in kriegs undt andern sachen bei uns in der grafschaft dietz zugetragen.*

stimmt, allenfalls für einen Liebhaber oder Geschichtsfreund zur Festhaltung der Ereignisse oder einen Beamten, der irgendwelche Veranlassung hatte, sich über die Ereignisse in der Grafschaft zu unterrichten. Das Werk gibt jedenfalls Zeugnis von dem geschichtlichen Interesse Beckers. Als er dann nach Beilstein übergesiedelt war, veranlasste ihn Hohenfeld 1645 zu einer Arbeit, die Verwaltungszwecke im Auge hatte, einer Beschreibung der Herrschaft Beilstein, einem Saalbuche, wie es der Beamte brauchte, um von den herrschaftlichen Rechten, hoheitlichen wie grundherrlichen, Kenntnis zu haben und von ihnen zum Nutzen seines Herrn Gebrauch zu machen.¹³⁾ Beckers Beschreibung enthält eine Fülle wirtschaftlicher Angaben über die ihm anvertraute Herrschaft, die dem Lokalforscher noch heute von grossem Werte sein können. Als schriftstellerische Leistung ist sie indessen so wenig anzusehen, wie jenes Diarium. Anders verhält es sich mit den übrigen Schriften, die wir von ihm kennen. Sie waren zum Druck bestimmt und sind darum als Erzeugnisse seines Geistes anzusprechen, mit denen er vor die Augen der Welt treten wollte. Die Öffentlichkeit wirklich erblickt hat meines Wissens nur eine einzige. Eine zweite ist wenigstens handschriftlich erhalten, alle übrigen sind uns nur aus dieser letzteren dem Titel nach bekannt. Zwei von ihnen hatte er in der Handschrift nach Strassburg gesandt; sie befanden sich bei einem H. Andreas bzw. Friedrich Sporn. Was sie dort tun sollten, sagt Becker nicht. Vielleicht war Sporn ein Drucker, der sie veröffentlichen sollte; dann müssen sie wohl bei ihm liegen geblieben sein und können als verloren gelten. Sie lassen sich, wie die übrigen nur dem Titel nach bekannten Schriften, nach ihrer Zeitfolge nicht bestimmen; man möchte annehmen, dass sie erst in Beckers Marburger Zeit, als er Musse hatte, sich schriftstellerisch zu betätigen, entstanden sind.

Um die sehr verschiedenartigen Interessen ihres Verfassers zu kennzeichnen seien hier wenigstens die Titel oder Inhaltsbezeichnungen angegeben. Von einer dieser Schriften sagt er selbst: „*undt hab ich zu besserer Unterrichtung der barbarischen wilden Völker ein schön geistlich Werk über die gantze heilige Schrift alten und neuen Testaments ausgehen lassen, welches bei H. Friedrich Sporn zu Strassburg zu befinden*“.¹⁴⁾ Darnach würde das Werk eine Ethnographie der in der Bibel vorkommenden Völker enthalten haben.

Geographischen Inhalt muss auch ein Werk gehabt haben, von dem Becker schreibt: „*damit es keine verwirrung und streit geben möge, was in die 4 theile der welt gehöre oder nicht, habe solche gleichfals beschriben und werde mit ehisten herauskommen*“.¹⁵⁾ Wenn hier von 4 Teilen der Welt die Rede ist, so hängt das damit zusammen, dass Australien als Kontinent um die Mitte des 17. Jahrhunderts noch nicht entdeckt war. Dem juristischen Fache gehört ein Werk an, — Becker nennt es *ein herlich werck in jure* — das den Titel führte *Bibliotheca sive Thesaurus practicus locorum communium perditorum*, also ein Sammelwerk, von dem man sich nach dem Titel kein klares Bild machen kann,

¹³⁾ Beschreibung der Herrschaft Beilstein d. a. 1645. St.-A. Wiesbaden, A. D. A. B 246 d. Abschrift auch in Vogels Nachlass Nr. 43.

¹⁴⁾ S. Becker, *Aureum Seculum posterius*. St.-A. Wiesbaden, Manuscripten-Sammlung A 121.

¹⁵⁾ Ebd.

etwa eine Sammlung in Vergessenheit geratener Rechtsgrundsätze. Auch diese Schrift befand sich 1658 in Strassburg, und zwar bei Andreas Sporn.¹⁶⁾

Hatten alle diese Werke einen mehr oder weniger gelehrten Anstrich, so scheint ein anderes lediglich für den praktischen Gebrauch bestimmt gewesen zu sein. Becker nennt es *ein schön Calendarium, welches mit nechstem hernacher kommen wird undt vor einen idweden kaufmann gar nützlich zu gebrauchen.*¹⁷⁾ Warum dieser Kalender grade für den Kaufmann von besonderem Nutzen sein sollte, ist ohne seine Kenntnis nicht zu sagen.

Man sieht also: an Vielseitigkeit lässt es dieser Schriftsteller nicht fehlen; doch grade diese Eigenschaft macht misstrauisch und gibt dem Argwohn Raum, dass Becker mehr Polyhistor als ein tiefer Denker war. Da freilich der Orkus seine bisher genannten Kinder sämtlich verschlungen hat, lässt sich über sie ein Urteil nicht fällen.

Von einer bisher nicht bekannten Seite zeigt er sich in den beiden Schriften, die sich von ihm erhalten haben, und aus denen wir ein Bild seiner Persönlichkeit wie seiner Gedankenwelt gewinnen. Sie sind beide politisch-publizistischen Inhalts.

Es ist zuvor schon erwähnt, dass er den ganzen Dreissigjährigen Krieg bewusst durchlebte. Zur Genüge hatte er dessen verderblichen Verlauf und die völlige Verelendung des Vaterlandes, die die Folge davon war, kennen gelernt. Er hatte das grausame Hinschlachten der Menschen erfahren, das sinnlose Niederbrennen blühender Städte und Dörfer, das Rauben und Plündern beutegieriger Kriegsknechte, den Niedergang von Handel und Wandel, die Vernichtung von Kulturwerten, die auf den bildungsbeflissenen Mann einen besonders tiefen Eindruck gemacht haben wird, und endlich die Verwilderung der Sitten in allen Ständen des Volks. Und zu welchem Zweck das alles? Die Frage musste berechtigt erscheinen, eine Antwort darauf war schwer zu geben. Trug der Krieg die Schuld daran, so lag die Folgerung nahe, dass er ein furchtbares Uebel und schlechterdings zu verwerfen sei.

Nun erlebte Becker das Ende des Kriegs, nun sollte Frieden werden, Frieden nach 30 Jahren des Kriegs. Manchem erschien es kaum glaublich. „Mir ist wie einem Träumenden, wenn ich vernehme, der Friede sei geschlossen“, äusserte in seiner Friedensdankrede zu Münster ein auch in Nassau wohlbekannter gelehrter Theologe, Balthasar Schupp, einst Pfarrer in Braubach.

In gleichem Sinn schrieb Becker an die Brüder v. Hohenfeld in Diez: *Undt gleichwie diejenigen, welche, aus einer grossen Feldschlacht oder von den wütenden Wellen des Meers ahn Landt oder zu Haus wider glücklich ahngelangt, sich billich höchlich zu erfreuen, das sie aus der grossen gefahr errettet undt in saluum kommen, also hatt man sich auch billich höchlich zu erfreuen, das der im h. Röm. Reich so lang gefurthe blutige Krig dermahleneines gestillet undt der liebe frieden wiederbracht worden.*¹⁸⁾

¹⁶⁾ Ebd. S. 28.

¹⁷⁾ Ebd. S. 26.

¹⁸⁾ Becker an die Brüder v. Hohenfeld 1649 März 20. St.-A. Wiesbaden, A. D. A. B. 93 II.

Wie die Schrecken des Krieges tiefen Eindruck auf seine Seele gemacht hatten, so setzte ihn nun der Gedanke an den Frieden in freudige Erregung und liess ihn dessen Wohltaten in hellstem Lichte erscheinen. Schauernd aber musste er daran denken, dass es Leute geben könnte, die vom Kriege immer noch nicht genug hätten, die ihn trotz des Friedensschlusses wieder zu hellen Gluten anfachen wollten. In der Tat erweckte der Frieden von Münster und Osnabrück nicht bei allen die gleiche Befriedigung. Es gab Beteiligte, die nicht auf ihre Rechnung gekommen waren. Die erhoffte allgemeine Abrüstung erfolgte nicht, die Kriegsvölker durchschwärmten noch weite Teile des deutschen Landes und zogen auch über den Westerwald. Diesen Kriegsverlängerern wollte Becker ins Gewissen reden, indem er ihnen die Verwerflichkeit des Kriegs und den Segen des Friedens vor das Auge führte. Darum verfasste er am Schluss des Friedensjahres 1648 ein *Tractätlein zu dem Ende*, wie er an die Hohenfelds schreibt,¹⁹⁾ *darmitt man daraus die herliche Tugenten des edlen lieben Friedens undt hergegen die grose lasten des leydigen krigs sehen, durch dieses sich abschrecken, durch jenes aber eusserst anzureitzen ahngelegen lassen sein möge*. Die Schrift erschien 1649 in Herborn und führt den Titel: *Krieg- und Friedens Gunst, Das ist Eine Trewhertzige Abmahnungen leydigen Krieg und hergegen Eyfrige vermahnung zu fortsetzung des hochlöblichen Teutschen Friedens usw. Durch Johann Christoph Beckern Treisensem Hassum juris utriusque Doctorem, Grövl. Nassaw-Catzenelnbogen-Dietzischen Rath und Amptmann*. Gewidmet war sie *Allen Christlichen Friedliebenden Potentaten, Churfürsten, Fürsten, Graven, Republicuen und zugethanen Ständen des H. Römischen Reichs Sampt andern hohen Freunden und Patrinen zu glückseliger fortsetzung desz durch Göttlichen segen erlangt und new angefangenen Frieden-Jahrs, welches ist das itzige 1649*. In wie vieler Potentaten Hände dieses Tractätlein, das 79 Seiten umfasst, gekommen sein mag, lässt sich natürlich nicht angeben. Wir wissen, dass Becker Exemplare an Achaz v. Hohenfeld und seine Brüder sendete. Heute sind jedenfalls nur wenige noch vorhanden.^{19a)}

Von den Gelehrten-Lexicis des 18. Jahrhunderts nennt die Schrift nur Adlung in der Fortsetzung von Jöcher.²⁰⁾ Schon aus diesem Umstand wird man folgern dürfen, dass sie keine grosse Verbreitung gefunden haben kann. So ist es gekommen, dass ihr Verfasser ein unbekannter Mann geblieben ist, von dem man auch in seinem Geburtslande Hessen, wo man den heimischen Schriftstellern doch sonst rege Beachtung geschenkt hat, nichts zu wissen scheint, trotzdem er eine Erwähnung ebensogut verdient, wie mancher andere, dessen literarische Leistungen man beachtenswert findet.

Dass Beckers Schrift aus mancherlei Gründen Interesse gewährt, mögen einige Mitteilungen aus ihrem Inhalte beweisen.

Der Verfasser beginnt mit einem kurzen Hinweis auf die furchtbaren Schäden, die dem Vaterlande durch den Krieg zugefügt wurden. Jetzt endlich

¹⁹⁾ Ebd.

^{19a)} Ein Exemplar befindet sich im Staatsarchiv zu Wiesbaden; es entstammt der Bibliothek des Dillenburgerischen Archivrats Rauschard, gelangte aus dieser in den Besitz Chr. D. Vogels und mit dessen Nachlass an das Archiv. Vogels Nachlass Nr. 43,4.

²⁰⁾ S. oben Anm. 2.

haben sich der Kaiser und die übrigen beteiligten Fürsten zum Friedensschluss entschlossen. Dadurch ist der grosse Zwiespalt der Religionen zum wenigsten gemildert. Fortan können sich Katholiken und Augsburgs Konfessionsverwandte, also Lutheraner und Reformierte, wieder gegenseitig vertrauen und alle Lästereien und Schmähungen unterlassen, die seither auch die vornehmsten Theologen nicht vermieden, dass es zum Erbarmen gewesen ist. Nun hat man endlich Grund, sich des Friedens zu freuen und Gott dafür zu danken. Die ausgestandenen Leiden soll man auf keinen Fall vergessen, die Erinnerung daran vielmehr auch späteren Geschlechtern erhalten, damit sich diese vorsehen und ein Beispiel nehmen; denn die Geschehnisse der Vergangenheit sind ein Spiegel für die Gegenwart. Wie aber da, wo Gott dem Allmächtigen ein Tempel aufgerichtet wird, der Teufel gewöhnlich nicht weit davon eine Kapelle hat, so könnte es sich wohl ereignen, dass von neuem Friedensstörer kommen, denen noch nicht Blut genug geflossen ist. Sie sollen sich aber gesagt sein lassen, dass man Treue wahren und geschlossene Verträge halten muss. Sonst gleicht man jenem Häuptling auf Java, der, als er den Holländern nicht hielt, was er versprochen hatte, und deshalb zur Rede gestellt wurde, erklärte, er habe kein Bein in seiner Zunge; er könne sagen, was er wolle, und hernach anders tun. Solchen Leuten will der Verfasser ihren Unfug vor Augen führen, einerseits die Tücken des ungerechten Kriegs nachweisen und andererseits die Früchte des Friedens zeigen. Dann werden sie hoffentlich ihr Vornehmen ändern und sich dem Frieden geneigt zeigen.

Der Krieg, sagt Becker, ist eine der grössten Strafen Gottes. Jedermann hat es gesehen. Hat er erst angefangen, so ist alles zu tun erlaubt, wenn nur der Gegner unterliegt. Ueber Freunde und Nachbarn lässt man das Unheil ergehen, dem man selbst entgehen will, während man sie sonst doch warnt, um sie davor zu bewahren. Den Notleidenden wird kein Recht geschaffen. Man schont weder das Gut des Weltlichen, noch des Geistlichen. Als der tapferste Held und der mutigste Soldat gilt stets der, der am besten rauben, morden und stehlen kann.

Durch den Krieg ist das Deutsche Reich so geschwächt, dass es dem grausamsten Feinde der Christenheit keinen Widerstand mehr leisten kann. Die Staatsgewalt ist auf das äusserste erschöpft und gezwungen, die Untertanen mit unerschwinglichen Steuern zu belasten, ja ihnen die Lebensmittel zu entziehen, so dass mancher mit Weib und Kind die bitterste Not erleidet, nackend und bloss einhergeht und gezwungen ist, das Land zu räumen. An vielen Orten ist es infolgedessen zu wilder Empörung, zu Aufruhr und Rebellion gekommen. Durch den Krieg gehen die vornehmsten Städte, die berühmtesten Festungen, ja ganze Königreiche zu Grunde. Wo ist heute Jerusalem, wo Troja, Carthago, Athen? Gottes Segen erhöht, aber er vermag auch von der Höhe wieder herabzustürzen, wie die Geschichte vieler Reiche und Städte bezeugt. Man denke nur an Tyrus.

Der Krieg ist ein grausam Handwerk, bei dem Eltern selbst ihre eigenen Kinder nicht verschonen. *Ist nicht noch bekannt, dass in nechst abgewichenem 1635. Jahr wegen des so lang wehrenden leydligen Kriegswesens eine solche Teuerung und Hungersnoth am Rheinstrom entstanden, dass auch die armen*

*Leuth vor Hunger die todten Körper aussgegraben, stinkende Aass und anders gessen, auch sich selbst einander jämmerlich ermordet, ihren unersättlichen Hunger darmit zu stillen?*²¹⁾ Der Verfasser führt hier ein besonders schreckliches, ekelerregendes Beispiel an, das in Alsheim i. d. Pfalz vorgekommen ist, zählt dann andere Unmenschlichkeiten aus der Geschichte alter Zeiten auf und fährt wörtlich fort: *Dise und dergleichen unmenschliche böse stück und grausamkeiten entstehen aus dem leydigen Krieg vnd sind die vornehmsten fruchten und kunst desselbigen. Welches man nunmehr in die dreyssig gantzer jahr deromassen erfahren, dass keine vngerechtigkeit, Gotteslästern, fluchen, schwören, morden, rauben, brennen, schänden, lügen, trügen vnd andere grobe böse thaten so böss vnd abscheulich gewesen, dass sie nicht alles geübt vnd gleichsam in voller fluth daher gecallet.*²²⁾

Anders, meint Becker, sei es in den Heeren der alten Zeiten, namentlich im römischen, zugegangen, in denen eine strengere Kriegszucht geherrscht hat. Er belegt diese seine Ansicht mit zahlreichen Beispielen aus der Geschichte nicht nur der Römer, sondern auch der Griechen, der Goten, der mittelalterlichen Kaiser und der Türken. Wollte man das unbändige Kriegsvolk der gegenwärtigen Zeit im Zaume halten, so müsste man zu den allerstrengsten Massregeln greifen. Becker ist indessen kein Gegner des Krieges um jeden Preis. Forderungen im Sinn der Pazifisten unserer Zeit stellte er nicht; denn solche entsprachen wohl noch nicht dem 17. Jahrhundert. Nach seiner Ansicht gibt es auch einen erlaubten Krieg, ein *bellum licitum*, ohne dass er uns freilich sagt, was er darunter versteht. Nur den Zweck dieses erlaubten Krieges gibt er an; gestützt auf den h. Augustin, sieht er ihn in der Wiederherstellung des Friedens.²³⁾ Der Erreichung dieses Zieles müssen alle kriegerischen Massnahmen dienen. Im Zusammenhang damit nennt er in längerer Abschweifung von seinem Thema eine Reihe solcher offenbar auf seinen Beobachtungen während des Kriegs beruhenden Massnahmen, die, weil sie von einem zeitgenössischen Beobachter herrühren, historisch nicht ohne Wert sind. Der Krieg darf nicht in die Länge gezogen werden, meint er, wie es manchmal vorkommt, etwa aus Geiz und um noch länger den Sold zu beziehen. Man muss sich dabei erinnern, dass in jenem Kriege die Heere nicht von den kriegführenden Fürsten, sondern von ihren Obersten angeworben wurden, die dann die Mittel hierzu von jenen erhielten. So kam es wohl vor, dass diese Kriegsobersten kein übermässiges Interesse daran hatten, den Krieg, für den sie geworben waren, bald zu beenden, weil sie dadurch Einkünfte verloren. Die Obersten sollen sich, meint Becker weiter, ihre Autorität weder durch übermässigen Aufwand, den sie machen, noch durch Misshandlung ihrer Soldaten verschaffen, sondern durch Gottesfurcht, Mannheit, Freundlichkeit und Erfahrung. Sie sollen sie nicht um ihren Sold betrügen und auf solche Weise zwingen, sich an denjenigen zu vergreifen, die sie eigentlich zu verteidigen haben. Leider kommt es ja nur zu oft vor: *wann die Soldaten, vor den Feind geführet, sie nicht wollen streiten, und rufen: Geld, Geld!, biss die feinde die kriegsknecht samt den obristen erschlagen.*²⁴⁾

²¹⁾ Becker in Krieg- und Friedens-Gunst S. 25.

²²⁾ Ebd. S. 27.

²³⁾ Nam *bellum licitum ideo geritur ut pax acquiratur, uti praeclare August.* Ebd. S. 31.

²⁴⁾ Ebd. S. 32.

Im Kriege muss rasch gehandelt und energisch durchgegriffen werden: *Denn wer seinen Feind feindtlich attackiren und dennoch bedenken haben wil, selbigen für einen Feind zu erklären, derselbige thut nichts anders, als dass er mit der faust in des Contraparts auge schlagen und nichts desto weniger nach volbrachtem streich ihme den Mund küssen will. . . . Dahero die Alten das Glück gemahlet vornen an dem kopff mit einem langen haar und zopff, hinderwärts aber gantz kahl, darmit anzudeuten, dass man das Glück also bald gleichsam mit beyden händen greiffen und fassen solle, wann es sich praesentirt und erzeiget, dann es heisse hernacher: posthac occasio calva.²⁵⁾*

Man soll den Feind auch nicht geringschätzen, auch wenn er noch so klein ist. *Dahero liset man, als Agesilaus Rex Siciliae für der Statt Syracusa lag, die zu gewinnen, rieß einer von der mauer: Figule, quomodo solves militibus stipendium? Cui Rex respondit: quando urbem cepero. Als er die Statt gewann, verkaufft er alle Syracuser wie das vieh, welches er nicht gethan hette, wo er nicht were veracht worden. Vnd siehet man auch gemeiniglich, dass die grossen Schnarcher und ledderer, die mit dem maul und federbuschen sehr träuren und thun, als ob sie den Feindt fressen wolten, nachher, wo es an das treffen gehet, hertz und muth fallen lassen und am ersten den Feindt hinder sich her jagen. Dises ist unsern sichern Teutschen auch oft in frembden Landen begegnet. Wann man sie gewarnet, der Feindt habe anschlüge vor, haben sie es veracht mit denen worten: Wer sich fürchtet, der ziehe einen Pantzer an; aber oft sind sie darüber geschlagen, paucis per fugam elapsis, quibus et vestimenta detracta sunt ab hostibus.²⁶⁾*

Im Kriege soll man auf der Hut sein und keine Wache ausser Acht lassen. *Ein gewarneter Feindt wird nur halb geschlagen. Auch wird ein kluger Kriegssoberst seine Knechte nicht leichtsinnig auf die Fleischbank liefern.*

Bei den Alten war es ein weiser Grundsatz, die Führung einem einzigen, aber dazu wohl geeigneten Feldherrn zu überlassen. Auch befolgten sie den löblichen Brauch, beim Ausmarsch den Allmächtigen um Glück und Beistand anzuflehen und nach erlangtem Sieg ihm Dank zu sagen. Das hat später Karl der Grosse und in neuerer Zeit auch Prinz Moritz von Oranien, der unter anderem bei der Belagerung der Stadt Sluis im Jahre 1603 durch Trommelschlag einen Fast- und Betttag im Lager ausrufen liess und allen Marketendern bei Verlust ihrer Güter verbot, Wein, Bier und Esswaren zu verkaufen.

Das Kriegswesen erfordert auch tapfere und starke Männer, wie Karl der Grosse einer war, der, wenn ein Soldat auf seine Hand trat, diesen in die Höhe heben, und einen Reiter samt dem Pferde mit einem Hieb spalten und ein neues Hufeisen mit der Hand zerreißen konnte.

Im Kriege bedeutet es jedoch den stärksten Sieg, wenn einer sich selbst bezwingt in seinen fleischlichen Begierden. Aeusserst wichtig ist es weiter, den Feind auszuforschen, seine Stärke und seine Pläne zu ermitteln, ja womöglich seine Gedanken zu erraten. *Sonsten so ist in dem krieg nichts als müh und sorgen; da wirdt das gemüth durch stetig wachen und Auffacht, der leib aber*

²⁵⁾ Ebd. S. 33.

²⁶⁾ Ebd. S. 33, 34.

durch immerwehrende arbeit abgemattet, da man ohn Unterlass zu graben, schantzen und in die erde zu wühlen hat, sich selbstn vor geschwindem uberrall zu beschirmen und dem Feindt die vorteil zu benehmen.²⁷⁾

Freilich so ging es in alter Zeit zu. Damals war der Krieg eine Schule vernünftigen Masshaltens, der Klugheit und Tapferkeit. Jetzt ist er zu einer vollständigen Raubkunst geworden. Von neuem ergeht sich Becker in Schilderungen der Schäden des Kriegs, der Zerstörungen und Verwüstungen, die er herbeiführt, namentlich auch in kultureller Beziehung. Herrliche Kunstwerke, alte Denkmäler vernichtet er. *Das hochlöbliche vnd berühmtes altes Churhaus Pfaltz mag sonderlich wol höchlich lamentiren vnd weynen rber den vntergang und beraubung dero schönen vnd treflichen Bibliothec, so in dero Residentzstatt Heydelberg gewesen.²⁸⁾* Bekanntlich hatte Herzog Maximilian von Bayern die kostbaren Handschriften dieser Bibliothek an den Papst verschenkt, als sein Feldherr Tilly im Jahre 1622 die Stadt erobert hatte. Den Wert der Bibliotheken hebt Becker bei dieser Gelegenheit besonders hervor. Traurig findet er dann weiter die durch den Krieg veranlasste Verödung der Hochschulen.

Das also sind die bösen Früchte des Kriegs. Sie sind so böse, dass selbst die Nächstbeteiligten oft Abscheu davor haben. Am ärgsten aber ist, dass die, die sich in ihn einliessen, wie Galeerensklaven daran geschmiedet sind.

Damit wendet sich Becker dem zweiten Teil seiner Schrift, dem Lobe des Friedens, zu. Wie anders der Frieden! Jedermann ruft:

Nulla salus bello; pacem te poscimus omnes!

Und nun entwirft er eine beinahe poetische Schilderung der Zustände im Frieden, die wohl des Gegensatzes halber stark idealisiert ausgefallen ist. *Wie blühet vnd wechst alles so schön vnd lieblich bey dem lieben Frieden. Der acker wird gebawet, gärten vnd wiesen gezieret; die saut wechst schön vnd friedlich daher, die hofgüter werden wol ausgestellt. Stätt vnd Dörfer werden gebawet; das zerfallen vnd verderbet war, wird wider reparirt vnd zu seiner vorigen Zierde gebracht. Reichtumb vnd güter nemen zu; man ist lustig vnd fröhlich, auch in guter hut vnd sicherheit zu haus vnd uber land. Gute ordnungen vnd gesetz haben statt, vnd wird vest darüber gehalten. Die Religion vnd Gottesdienst wird aller orten eyferig fortgesetzt, die freyen künste und hohe Schulen werden hoch geehrt. Gerechtigkeit gehet im schwang; es ist allendhalben freundlich vnd liebliches wesen. Alle handwerck vnd partierungen zu wasser vnd land werden starck getrieben. Die Armen werden wol ernehret; die reichen geniessen ihres von Gott verliehenen segens. Die Jugend wird wol instruiert, das alter hochgeehret, die Jungfrauen wol aussgesteuret, kindbetterin vnd dergleichen schwache personen geniessen guter ruh und erwarten frölicher entbindung. Jedermann trachtet nach dem guten und wird hergegen das ubel hart gestraffet.²⁹⁾*

Der Verfasser ergeht sich dann im Lobe des Landmanns und des Ackerbaues, auch hierbei voller in die Saiten greifend, als es sich mit der Wirklichkeit zu seiner Zeit vertragen haben wird: *Darbey ist kein finantz- oder wucher, ver-*

²⁷⁾ Ebd. S. 40.

²⁸⁾ Ebd. S. 43.

²⁹⁾ Ebd. S. 47—48.

vorteilung der nächsten, betrag oder dergleichen, sondern alles, was man bekommt, ist ein rechter Segen GOTTES des HERRN.³⁰⁾

Im Frieden sieht man kein gottloses Wesen im Schwange; jeder befeissigt sich der Tugend. Auch die Staatslenker kümmern sich um den gemeinen Nutzen und geben damit andern ein gutes Beispiel. Becker macht bei dieser Gelegenheit eine nicht ganz uninteressante Abschweifung auf das staatsrechtliche Gebiet. Er schildert, was einer Regierung zum Schaden gereicht und andererseits die Eigenschaften, die einen guten Regenten und eine gute Regierung auszeichnen. Bezeichnenderweise bedient er sich für diese seine Ausführungen ausschliesslich der lateinischen Sprache, als ob er sie nicht für den gemeinen Mann, sondern nur für den Gelehrten machen wollte. Fünferlei schadet einem Hofe und einem Staate: falsche Rechtsprecher bei einer Behörde, betrügerische Kauflente auf dem Markte, habgierige Priester in der Kirche, hübsche Dirnen in den Vorzimmern und die Schmeichelei am Fürstenhofe. Ausserdem gibt es zwölferlei Dinge, die Unheil im Lande verbreiten: Weisheitskrämer — man könnte sagen: Besserwisser, — und Volksredner, die keine guten Taten aufzuweisen haben, die Alten ohne Religion, die Jungen ohne Gehorsam, die Reichen ohne Barmherzigkeit, Weiber ohne Scham, Herren ohne Tüchtigkeit, streitsüchtige Christen, übermütige Arme, ein unbilliger König, eine nachlässige Geistlichkeit, der grosse Haufe ohne Zucht und das Volk ohne Gesetze. Leider, meint Becker, stellen sich solche Schäden grade in Kriegszeiten besonders gern ein, und es erinnert beinahe an neuzeitliche Vorgänge und ihre Kritiker, wenn er fortfährt: Wo solche Zustände herrschen, stehen Ratgeber zum Guten, gelehrte, vornehme Leute in keiner hohen Achtung, und doch beruht die Sicherheit eines Reiches nicht auf seinen Soldaten und seinen gefüllten Schatzkammern, sondern einzig auf seinen guten Ratgebern. Ihrer bedarf ein Fürst wie des täglichen Brots. Ein Körper ohne Seele stirbt ab, ein Mensch ohne Vernunft gleicht einem stummen Tiere; ebenso ist ein Staat, der eines guten Beraters entbehrt, nicht lebensfähig und geht zu Grunde. Fürsten bringen ihrem Staate kein Heil, wenn sie ihre guten Ratgeber beiseite schieben und meinen, sie allein wären weise, verstünden alles am besten, müssten sich um jede Kleinigkeit kümmern und tippten sozusagen mit dem Finger an den Himmel, während doch ihre Ansichten recht verkehrt und ihre Ueberzeugungen hochmütig sind. Mit einem solchen Benehmen richten sie sich nicht allein selbst zu Grunde, sondern sie reissen auch den ganzen Staat in ihr Verderben mithinein. Sind freilich die Ratgeber schlecht, so stiften sie Unheil, und man muss sich dann vor ihnen hüten.

Doch zurück zum Frieden. Es ist ein Vorzug des Friedenszustandes, dass man dann einig zusammenlebt; denn Uneinigkeit führt ein Volk unweigerlich ins Verderben, wie man unter anderem daraus ersehen kann, dass in den Kreuzzügen Jerusalem durch die Uneinigkeit der Führer des Christenheeres an die Türken verloren gegangen ist.

Nun hat ja ein französischer Geschichtsschreiber, Comines, ganz richtig gesagt, dass sich bei einem Friedensschluss immer einer der Beteiligten unbefriedigt

³⁰⁾ Ebd. S. 49.

fühlt und Groll im Herzen behält. Aber er soll sich doch ja nicht zum Kriege fortreissen lassen. Gefährlich ist das Wagnis, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, dessen Ausgang ausserordentlich ungewiss ist. Schreitet man ohne Not zum Kriege, so ist das, wie das Fischen mit einem goldenen Hamen. Geht er verloren, so kann ihn der Fischer nicht bezahlen; fängt er etwas, so sind die Kosten doch so hoch, dass sie den Gewinn bei weitem überschreiten.³¹⁾

Der Krieg erfordert Geld, viel Geld, *so viel, dass es nicht zu zählen ist; man muss eine hohe lange Pique mit lauter Ducaten oder goldt biss oben an die spitzen überschütten können, sonst wirdt es nicht lang dauren vnd wenig auss-tragen.*³²⁾

Im Kriege kann man sich auch nicht auf eine grosse Macht verlassen, „denn der HERR hilft nicht durch spiess und schild, sondern durch seinen Segen“, wie es im 1. Buch Samuelis heisst.

Soll aber einen im Krieg Unheil treffen, so trifft es ihn, auch wenn er zuvor gewarnt ist oder glaubt, unüberwindlich zu sein. Leicht ist es, Kriegshandel anzufangen, schwer indessen, sie zu endigen. Sie nehmen ihren Lauf, und es ist dann nicht abzusehen, wohin sie übergreifen, wie man das am Dreissigjährigen Kriege ansehen kann. Als er in Böhmen zum Ausbruch kam, konnte niemand voraussehen, wie viele Länder er ins Verderben hineinziehen würde, und es ist sehr wahr, was Herodot sagt, dass ungerechte, nicht unbedingt notwendige Kriege meist unglücklich ausfallen.

Wollte sich darum jetzt ein Stand im Reiche dem Friedensschluss widersetzen, so würde er eine schwere Verantwortung übernehmen und sich Gottes wohlverdiente Strafe, sowie aller beteiligten Potentaten Rache und Ungnade zuziehen. Nach dem Urteil der erfahrensten Staatsmänner ist auch der unbilligste Frieden meistens immer noch besser, als der gerechteste Krieg. Will man aber ein erlittenes Unrecht rächen, so ist zu bedenken, ob man nicht in ein weit grösseres Unglück hineingerät. Denn greift man zu den Waffen und hat man keinen Erfolg, so muss man einen ganz schimpflichen Frieden schliessen und dem Sieger auf eine schmäbliche Weise dienen. *Vorgetan und nachbedacht, hat manchen in gross Leid gebracht.*³³⁾

Weil also der Frieden so grossen Nutzen schafft, der Krieg aber die grösste Strafe Gottes ist und unmenschliche Grausamkeit und Lasten im Gefolge hat, so haben sich jetzt der Kaiser, die Könige von Schweden und Frankreich und die Reichsstände einen unsterblichen Namen gemacht dadurch, dass sie den weitaussehenden Krieg endlich beendet haben. Wer wollte sich diesem Frieden nicht lieber anbequemen, als in das verderbliche Kriegswesen von neuem hineinstürzen. Gott, der Stifter und Erhalter des Friedens, möge alle hohen Potentaten darin bekräftigen, dass sie den Frieden andauern lassen, damit die inneren Gegensätze beseitigt werden, alles in guter Einigkeit bestehen bleibt, alle Andersgesinnten von ihren Irrwegen abgelenkt werden und sich bei dem abgeschlossenen Frieden beruhigen.

³¹⁾ Ebd. S. 54.

³²⁾ Ebd. S. 63.

³³⁾ Ebd. S. 71.

Mit diesem frommen Wunsche schliesst Becker seine Ausführungen. Er fügt ihnen noch einen poetischen, lebhaften Erguss bei, der die Ueberschrift trägt: *Das Alte und Neue Teutschlandt, wie solches gegen einander gesetzt.*³⁴⁾ In kurzen gereimten Sätzen werden darin die Zustände des alten und neuen Deutschlands auf verschiedenen Gebieten, namentlich dem kulturellen und dem moralischen, manchmal sehr interessant gegenüber gestellt. Becker erweist sich in diesem Carmen durchweg als ein unbedingter Lobredner der Vergangenheit. Für sie hat er nur Bewunderung, für seine Gegenwart nichts als Tadel. Den Grund für diesen Verfall erblickt er in dem Abfall von den Sitten der Väter.

*Das komt alles gantz daher, o lieber Teutscher mein,
Dass die Alten Vätter dir vergessen sein.
Weil du hast veracht der Alten tranck und ihre Speiss,
Ihr kleidung, rüstung und andere weiss.
Zu leben von ganz fremden hast angenommen,
Als ist dir auch dies Unglück gekommen,
Dann deiner Alten löbliche sitten vnd gebrauch
Seind gleichsam all verschwunden wie der rauch.
Ihr einfaltig rede und ihre redlichkeit
Seind dir eine bäueriche grobheit,
Ja wol gar eine thorheit; darzu ihre waffen
Und alte kleidung also beschaffen,
Dass, wer sich derselben itzund gebrauchen wolt,
Vor einen Narn gescholten werden solt.*

Becker schliesst daher mit dem Rat:

*Drumb bitt von herzen den allerhöchsten Schöpfer dein,
Dass er dir woll wider genedig sein,
Dir vergeben deine grosse begangene sünd,
Welches leyder vil und unzehlich seind,
Dich erhalten bey dem lieben gemachten Fried
Und deiner lieben alten Väter sitt.
So wird wider gesegnet werden dein gantztes Land
Und bey dir aufkommen ein jeder Stand.
Amen! Gott wolle geben, dass es möchte werden wahr,
So wol in disem als folgenden jahn.*

Actum Beilstein in fine dess nechst abgelauffenen jahrs 1648.

Der Inhalt der Schrift ist hier ausführlich mitgeteilt worden, um von der Stimmung, den politischen und moralischen Anschauungen, wie von dem Wissen ihres Verfassers und der Art seiner Darstellung ein deutliches Bild zu geben. Grade die Stimmung, in der sie geschrieben ist, scheint charakteristisch, weil sie dem Verlangen nach Frieden so stark und unverhohlen Ausdruck gibt. Wenn sie freilich auch in dieser Hinsicht nicht die erste und nicht die einzige ist, die damals erschien, nur eine von zahlreichen anderen, aus denen immer dasselbe hervorgeht, so ist sie eben doch, wie es scheint, die einzige auf nassauischem Boden entstandene, die zeigt, wie gross die Kriegsmüdigkeit

³⁴⁾ Ebd. S. 76.

auch in diesem Lande geworden war. Frieden, das war auch hier das heisse Verlangen ungezählter Bewohner, die unter dem schweren Druck des Krieges unsäglich zu leiden hatten. Der Frieden an sich galt schon als Gewinn. Mit welchen Opfern für das *geliebte Teutsche Vaterland*, das Becker so gern im Munde führte, dieser Frieden erkaufte wurde, darnach fragte man nicht. Wohl kannte der Beilsteiner Amtmann das Friedensinstrument vom 24. Oktober 1648 genau; doch seine für Deutschland überaus nachtheiligen Bestimmungen, namentlich den Länderverlust, den es durch die Abtretung alten, urdeutschen Reichslandes im Elsass an Frankreich, durch die Abtretung von Vorpommern mit Stettin an Schweden erlitten hatte, erwähnt er mit keiner Silbe. Dass das Reich der Tummelplatz für die selbstsüchtigen Bestrebungen auswärtiger Mächte geworden, ihre Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, ihre Bemühungen, die reichsständische Libertät zu ihrem Vorteil gegen die Reichsgewalt zu benutzen, überhaupt die centrifugalen Kräfte zu unterstützen, um die Einheit des Reichs zu schwächen, alle diese Ergebnisse des Kriegs sieht Becker nicht oder will er nicht sehen. Gewiss wird man ihm das unbedingte Verlangen nach Frieden nicht verdenken. Von einem Reichspatrioten, als den er sich überall zu erkennen gibt, lässt sich aber erwarten, dass er zu diesen Dingen doch wenigstens Stellung nimmt. Ein Wort des Bedauerns, der Erklärung oder Rechtfertigung hätte nahe gelegen: nichts davon findet sich in seiner Schrift. Später hat er sich über den Zustand des Reiches allerlei Gedanken gemacht und utopische Vorschläge zu Tage gefördert, um ihn zu bessern. In dieser Friedensschrift würde es wohl allzu sehr seinem Zwecke widersprochen haben, hätte er auf jene Deutschland so nachtheiligen Folgen der Verträge von Münster und Osnabrück hinweisen wollen. Er hielt es für ratsamer, davon zu schweigen. Ein erfreuliches Ergebnis weiss er hingegen aber wohl hervorzuheben und in das gebührende Licht zu setzen. Was Philosophen, Staatsrechtslehrer, ja auch Theologen, wie Hugo Grotius, Philipp Chemnitz, der Helmstädter Georg Calixtus und der Herborner Pfarrer Zepper, lange ersehnten, die Gleichberechtigung der christlichen Bekenntnisse, die religiöse Toleranz, war nun endlich für das Reich errungen. Es erfüllte auch Becker mit hoher Befriedigung, wie man deutlich seinen Worten anmerken kann.

Ueberhaupt zeigt er sich in seiner Schrift als Patriot wie als Mensch von idealen und moralischen Grundsätzen erfüllt. Die Verrohung und Verwilderung der Sitten, wie der sittlichen Anschauungen — eine traurige Folge jeder längeren Kriegszeit — gewann auf ihn keinen Einfluss. Hat er auch keine Klage für die Opfer, die der Frieden kostete, so ist doch nicht zu verkennen, dass die Rettung des Vaterlands für ihn die höhere Rücksicht war, die solche Opfer verlangte. Auch muss ihm zur Entschuldigung dienen, dass ein starkes Nationalgefühl, dem jede Beeinträchtigung nationaler Würde und Grösse ein unerträglicher Gedanke ist, bei den Deutschen jener Zeit noch weit weniger vorhanden war, als es heute der Fall ist. Ein treuer Sohn seines deutschen Vaterlandes war er ganz gewiss. Das Blühen des Reiches liegt ihm sehr am Herzen; seine Verelendung, die Vernichtung seiner Kultur, die Zerstörung seiner Denkmäler schmerzt ihn tief. Der Kaiser soll — wenigstens nach seiner späteren Schrift

von 1658 — die Herrschaft über den ganzen Erdball ausüben, und die Könige und Fürsten der Welt ihm dienen, Wünsche, die von politischer Verwirklichung damals mehr denn je entfernt waren, die aber sein kaisertreues Herz deutlich offenbaren. Was er in unserer Schrift an staatsrechtlichen und politischen Anschauungen verlauten lässt, hat alles einen streng moralischen Anstrich und gipfelt in Forderungen, die ebenso seiner religiösen Ueberzeugung, wie den auf seinen geschichtlichen Studien beruhenden Abstraktionen entsprangen. Die Wirklichkeit wird ihnen freilich kaum irgendwie entsprochen haben. Wenn er von dem Leiter eines Staatswesens verlangt, dass er mit glänzenden Tugenden geschmückt sein soll, bescheiden, nüchtern, keusch, wahr, verschwiegen, freundlich, standhaft, geduldig, freigebig, friedlich, wohlwollend und zugänglich, wenn ihm als eine gute Regierung nur die erscheint, die sich ihr Ansehen durch Rechtlichkeit und Erfahrung erwirbt, die Gerechtigkeit gegen jederman übt, ohne Rücksicht auf Geschenke, die Milde der Strenge vorzieht, so sind das Forderungen, die seiner ehrbaren, von sittlichen Grundsätzen geleiteten Gesinnung alle Ehre machen. Sie laut werden zu lassen — es geschieht freilich wohl nicht ohne Absicht in lateinischer Sprache — konnte nicht unverdienstlich sein, weil der Leser zu Vergleichen mit den Fürsten und Regierungen seiner Zeit und seines Landes leicht angeregt wurde.

Becker war ein durchaus religiös gesinnter Mann. Welcher Konfession er angehörte, lässt sich mit Bestimmtheit nicht angeben. Seine Herkunft aus Treisa, einem Orte des damals noch reformierten Hessens, und der Umstand, dass er einem reformierten Fürsten und in einem reformierten Lande diente, machen wahrscheinlich, dass er Calvinist gewesen ist. Gottes Wort ist ihm in allen Stücken massgebend; mit ihm hat er sich daher ungewöhnlich vertraut gemacht. Gott leitet die Geschicke der Welt und der Menschen; er straft den Sünder auf dem Gebiet, auf dem dieser gesündigt hat. Gottes Segen gibt Gedeihen; der Mensch schuldet dafür Dank. Nichts ist hassenswürdiger als Undankbarkeit für empfangene Wohltaten. Alle Herrlichkeit der Welt ist eitel und vergänglich. Das sind Aeusserungen einer Frömmigkeit, die nichts Unwahres und Gemachtes an sich hat, sondern aufrichtiger Ueberzeugung entspringt. Mit ihr hängen dann auch andere Seiten seines Wesens zusammen.

Ein warmer Anhänger religiöser Toleranz, missbilligte er die Knechtung des Gewissens, weil sie moralisch verwerflich und politisch eine Torheit ist. Hingegen preist er die Gewissensfreiheit, wie sie der Friedensschluss herbeigeführt hatte. Herzliches Mitgefühl hat er mit den Armen, die unter dem Druck des Kriegs so schwer zu leiden hatten. Mit Abscheu erfüllen ihn die Grausamkeiten, die Menschen untereinander begehen konnten. Geiz und Habsucht erscheinen ihm ebenso lasterhaft wie töricht, und der Psalmist spricht ihm aus der Seele, der da sagt: Allein der Segen des Herrn macht reich. Ganz besonders ist ihm der Wucher verwerflich, der im Dreissigjährigen Kriege ebenso eingerissen war, wie er es in und nach dem letzten Weltkriege war. *Vnd, lieber, ist es nicht ein grewlich werck, fragt er, dass der mensch, der darzu, dass er sich mit seiner hand arbeit, mit dem ackerbaw vnd viehzucht solle nehren, gebohren ist, von dem schändlichen wucher, den er auss einem trucknen harten hauffen*

*geldes erschindet, allein wil leben vnd seine nahrung suchen, welches nirgend anderswo zu dienet, denn dass schaffende, arbeitsame leuth dardurch ersogen vnd aussgemergelt, die wucherer aber feist vnd starck darvon werden?*³⁵⁾

Ehrliche Arbeit schätzt er dagegen hoch, namentlich die des Landmanns, der er in seiner amtlichen Tätigkeit und selbst Hofbesitzer nahe steht. Bewunderung hat er für die Hebung von Gesetz und Recht, von Zucht und Ordnung im Staate, wie im Heere. Darum sind Verträge unverbrüchlich zu halten, und Treue ist ihm, wie Seneca, das heiligste Gut des Menschenherzens. Freilich sagt er das nicht ohne Interesse, weil im Hinblick auf den eben geschlossenen Frieden und die endliche Beseitigung des Kriegs, dessen Wiederaufflammen er fürchtet. Dem Nachweis der Verwerflichkeit des Kriegs ist seine Schrift gewidmet. Nur der Krieg ist allenfalls erlaubt, der den Frieden zum Endzweck hat. Den Menschen Misstrauen entgegenzubringen, ist ein schwerer Fehler. Aus der Kriegführung zieht er die Lehre, dass man in allen menschlichen Verhältnissen geduldig sein müsse und den Gleichmut nicht verlieren dürfe. Der ist weise, sagt er, der mit Hiob sprechen kann: Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen, Gott sei für alles gedankt. Sympathisch wirkt bei ihm namentlich die hohe Achtung vor Wissenschaft und Kunst und allem, was diese zu fördern geeignet ist. Man merkt es ihm an, dass er an Stätten, an denen die höchste geistige Bildung zu finden war, gewelt hatte. Universitäten sind ihm die *rechte officinae virtutum, werckstätt der tugenden, zierde dess gantzen landes, pfeiler, seulen vnd aufendhaltungen der Kirchen Gottes und aller Politischen Regimenten, ja der rechte irdische Lustgarten, Armamentaria und Zeughäuser, darinnen die rechte Waffen wider den bösen feind vnd dessen werckzeuge zu finden gewesen.*³⁶⁾

Von grosser Bedeutung sind ihm dabei Bibliotheken. Denn, lieber, fragt er, worauss wird anders die Weisheit geschöpft, als eben auss den büchern?³⁷⁾ Und unter Hinweis auf einen Ausspruch des gelehrten Humanisten Aeneas Sylvius, des späteren Papstes Pius II., meint er: *Die freyen künste vnd bücher sollen den armen leuthen so lieb seyn als silber, denen von Adel als Gold vnd grossen Herrn so angenehm als die edelgesteine.*³⁸⁾ Sein Schriftchen zeugt ja dann auch am besten von der Hochschätzung, die er den Bibliotheken zuteil werden liess. Auch die Werke der Kunst weiss er zu würdigen. So beklagt er die Verwüstung schöner Städte und die Vernichtung von Denkmälern und Antiquitäten, die der Krieg herbeigeführt hatte. Unter den Wissenschaften war es die Geschichte, die ihm ein besonderes Interesse abgewonnen hatte. Was er hier an einzelnen Tatsachen aus der alten, mittleren und neueren Zeit bis auf die seinige aus den Quellen und Darstellungen herausgelesen und im Gedächtnis behalten hatte, ist erstaunlich und würde auch einem Kenner von heute Ehre machen. Selbst auf entlegenen Gebieten, wie der Geschichte der Türken oder des Deutschen Ordens in Preussen und seiner Kämpfe mit den alten heidnischen Bewohnern dieses Landes, kannte er Einzelheiten. Die Geschichte war ihm die grosse Rüst-

³⁵⁾ Ebd. S. 21.

³⁶⁾ Ebd. S. 46.

³⁷⁾ Ebd. S. 44.

³⁸⁾ Ebd. S. 44.

kammer, aus der er die Beweise für alle seine moralischen und politischen Glaubenssätze holte, und keine Behauptung stellte er auf, die er nicht aus ihr zu belegen wusste. Sie war ihm, was sie den Staatsmännern sein könnte und doch selten genug ist, die Lehrmeisterin für die Gegenwart und die Zukunft. Sie lehrte ihn, dass alle geschichtlichen Gebilde dem gleichen Wechsel unterliegen, wie das Leben des Einzelmenschen. Auch die grossen Reiche haben ihre Perioden, sie wachsen, blühen, altern, bis sie schliesslich dem Untergang verfallen, eine Auffassung, zu der er um so leichter gelangte, als die alte von Eusebius und Hieronymus herstammende, auf der Traumdeutung des Propheten Daniel beruhende Einteilung der Geschichte in die 4 Weltmonarchien, die eben damals erst ins Wanken kam, noch die seinige war. Aus dem Studium der Geschichte hatte sich ihm auch die Ueberzeugung ergeben, dass die früheren Zeiten ihrem Werte nach viel bessere waren, als die seinige. So wurde er ein Lobredner der Vergangenheit, die er beständig als Masstab für die Gegenwart benutzte, ohne zu bedenken, dass das Bild, das er von ihr hatte, lediglich seiner Vorstellung entsprang und von durchaus fragwürdiger Richtigkeit war.

Prüft man den Inhalt der Beckerschen Schrift, so wird man bald finden, dass sie weder von hohen, noch von eigenartigen Gedanken erfüllt ist. Sie fasst doch das Problem des Kriegs zu äusserlich, allein von seiner menschlichen und wirtschaftlichen Seite, ohne die ethischen und religiösen Fragen, die dabei ins Spiel kommen, zu streifen, überhaupt das Thema grundsätzlich zu behandeln. Sie kommt daher auch nicht zu einer unbedingten Verwerfung des Kriegs, sie schreckt vor den letzten Folgerungen zurück, die unser heutiger Pazifismus unbedenklich zieht. Wollte man das von ihrem Verfasser verlangen, so würde ihm damit mehr zugemutet, als er zu leisten imstande war. Als Diener eines kriegerischen Fürstengeschlechts, wie des nassau-oranischen, war er wohl auch nicht geeignet, mit radikalen Gedanken dieser Art hervorzutreten. Man muss ihn nehmen, wie er ist. Stellt man sich auf seinen Standpunkt, so ist dann nicht zu verkennen, dass seine Beweisführung eindrucksvoll und überzeugend wirkt, wenn auch die Abschweifungen, die er zu machen liebt, den Aufbau seiner Gedanken meist störend unterbrechen.

Dadurch, dass die Schrift einen politischen Zweck verfolgt, indem sie für die Beendigung des Kriegs und den Friedensschluss Stimmung machen will, trägt sie in erster Linie einen publizistischen Charakter. Aber, wie alle diese Schriften, kann sie daneben auch als geschichtliches Zeugnis gelten; denn sie ist der Aufschrei eines vom Kriegselend gequälten Herzens. Wenn auch nur mit Vorsicht zu benutzen, bietet sie einen lehrreichen Einblick in die verzweifelte Stimmung der Bewohner Nassaus. Darüber hinaus aber enthält sie Tatsachen aus der Kriegszeit und Beobachtungen über die Kriegführung, wie über die Zustände in den Heeren der Kriegführenden, die als Beiträge zur Zeitgeschichte interessant sind, auch wenn uns andere und reichere Quellen darüber keineswegs fehlen.

Die Charakterisierung der Schrift Beckers würde unvollständig sein, wenn nicht auch von der Sprache, in der sie geschrieben ist, ein Wort gesagt würde. Für die Umsicht, die Vielseitigkeit der Interessen und den Scharfblick des Ver-

fassers ist es bezeichnend, dass auch ihm, wie manchem anderen seiner Zeitgenossen, die Veränderung auffiel, die mit der Sprache der Deutschen vor sich gegangen war. Denn wie die deutsche Politik und die deutsche Kultur durch den Krieg immer mehr in Abhängigkeit vom Ausland geriet, so auch die deutsche Sprache. Sie, die einst in den Tagen unserer grossen mittelalterlichen Dichter und später durch Martin Luther zur höchsten Kraft und Schönheit entwickelt war, hatte sich jetzt mehr und mehr an das Ausland weggeworfen und drohte alle Eigenart und Selbständigkeit zu verlieren, indem sie dienstwillig die Brocken aufnahm, die ihr aus den Literaturen fremder Völker, toter wie lebender, zugeworfen wurden. Wehe aber dem Volke, das nicht mehr in seiner Sprache spricht; nur allzubald wird es auch fremd fühlen und denken! Die Verwilderung, die erschreckend Platz griff, bemerkte Becker ganz deutlich, und sie verlor ihn schwer. In seinem Schlussgedicht spricht er sich darüber aus:

Man achtet auch gar nicht mehr der löblichen Teutschen Sprach;

Sie ist fast von allen worden ein slav,

Da doch sonst wegen ihrer schönen perfection

Sie billigh den preiss getragen darvon.

Wer itzt nicht auss allerhand fremden sprach parlirt,

Der wird als alber tropf vexiret.³⁹⁾

„Perfection“, „parlirt“, „vexiret“. Man kann zweifelhaft sein, ob sich Becker über andere lustig machen will, oder ob er seiner selbst spottet und weiss nicht wie. Auf jeden Fall ist sein Deutsch mit Fremdworten, die er dem Latein entnahm, reichlich gespickt, als ob darin keine Verschandelung gelegen hätte, während er Entlehnungen aus der neueren à la mode-Sprachen fast ganz meidet. Dass er, sei es um sich den Anstrich eines Gelehrten zu geben, oder um nur von Gebildeten verstanden zu werden, mehr oder minder lange Absätze ganz in lateinischer Sprache abfasste, ist früher bereits erwähnt. Hiervon abgesehen sind die deutsch geschriebenen Teile bemerkenswert. In der Ausdrucksweise zwar gespreizt, wie es nun einmal der Stil seiner Zeit war, sind sie doch klar, anschaulich, reich an treffenden Bildern und von sprichwörtlichen Wendungen durchsetzt, die zeigen, dass ihr Verfasser dem Volke auf den Mund gesehen hatte.

Fasst man alles Gesagte zusammen, so will es scheinen, dass die Beckersche Friedensschrift nach Tendenz und Inhalt einer Beachtung, die sie bisher nicht gefunden hat, keinesfalls ganz unwert ist, namentlich unter dem Gesichtspunkt, dass sie ein auf nassauischem Boden entstandenes, von hier aus der Oeffentlichkeit übergebenes Erzeugnis ist. Zu bedauern bleibt nur, dass nicht zu ermitteln war, ob und welchen Eindruck sie bei uns und auf die Zeitgenossen überhaupt gemacht hat.

Hat man in dieser Schrift Becker als einen ernsthaften Denker und Schriftsteller kennen gelernt, etwas idealistisch in seinen Forderungen, aber durchaus auf dem Boden der Tatsachen stehend, der Menschen und Dinge mit dem nüchternen Blick eines verständigen Beobachters beurteilt, so ist man nicht wenig verwundert, denselben Mann in einer 10 Jahre später erschienenen Schrift als

³⁹⁾ Ebd. S. 78.

Phantasten und Weltverbesserer wiederzufinden, ohne dass man sagen kann, wie es zu dieser Entwicklung bei ihm gekommen ist. Obgleich die Schrift ohne grossen geschichtlichen Wert ist, sei auch ihr Inhalt kurz skizziert, um das Bild des Verfassers vollständig zu geben und zu zeigen, zu welchen krausen Gedankengängen sich dieser sonst so ruhig denkende, gelehrte Mann hier verstieg hat.

Nach Aufgabe seiner Beamtentätigkeit war Becker, wie bemerkt, nach Marburg übersiedelt. Von dort aus beobachtete er fortan die Weltereignisse mit dem Interesse des Politikers. Gestützt auf sein reiches geschichtliches Wissen, bemerkte er, dass das Römische Reich, in dem sich ihm die vierte, letzte Weltmonarchie verkörperte, seit den Tagen des Augustus viel von seinem früheren Glanz und seiner Macht verloren hatte; dem römischen Adler meinte er, seien seine schönsten Federn ausgerissen. Doch schien es ihm immer noch erstaunliche Kräfte zu besitzen, die es befähigten, seine alte Stellung wiederzuerlangen. Es käme nur darauf an, diese Kräfte zu entwickeln, ihnen eine entsprechende Organisation zu schaffen. Hieran mitzuwirken, fühlte er sich berufen. Er entwarf also eine *Idea*, wie er sich ausdrückt, d. h. einen Plan, zu zeigen, auf welche Weise der Kaiser wieder zum *alleinigen Monarcha und christlichen Oberhaupt in der ganzen Welt* würde und das Römische Reich das Aussehen eines noch weit monarchischeren Staatswesens erhielte, als bisher. Diese Gedanken legte er im Jahre 1658 in einer Schrift nieder, die er *Aureum Seculum*, das goldene Zeitalter, nannte, um anzudeuten, dass das nach seinen Ideen umgebildete Reich ein goldenes Zeitalter herbeiführen würde, wie es nach der bekannten Traumauslegung des Propheten Daniel unter der ersten Weltmonarchie bestanden haben sollte. Becker beabsichtigte eine Veröffentlichung und verschickte das Manuskript nach auswärts; allein die Drucklegung verzögerte sich aus unbekannten Gründen. Als nun nach dem Tode Kaiser Ferdinands III. die Verhandlungen der Kurfürsten über die Wahl eines Nachfolgers im April 1658 zu Frankfurt begannen, glaubte er auch weitere Kreise, vor allem den neugewählten König, mit seinen Reformideen bekannt machen zu müssen. Da er aber sein Manuskript nicht schnell genug zurückerhalten konnte und doch Eile ihm geboten erschien, schrieb er seine Meditationen nochmals, jedoch in kürzerer Fassung, nieder und nannte diese Neubearbeitung: *Aureum seculum posterius sub nova facie ac forma Imperii Romani magis monarchici quam olim et hactenus fuit*. Auch diese Schrift wollte er drucken lassen, diesmal wieder in Herborn. Ob es indessen dazu gekommen ist, scheint fraglich. Die einzige bisher bekannte Abschrift trägt zwar am Schluss des Titelblatts den Vermerk: *Gedruckt in der Fürstl. Statt Herborn*. Allein unter den Herborner Drucken bei v. d. Linde⁴⁰⁾ wird sie nicht verzeichnet, und da auch sonst nirgende von einem Abdruck etwas verlautet, möchte man annehmen, dass es bei der Absicht verblieb und der Name des Druckorts lediglich aus dem für den Drucker bestimmten Titelblatte des Manuskripts stammt, das *Seculum posterius* also so wenig das Licht der Oeffentlichkeit erblickt hat, wie das *Seculum prius*. Die einzige Abschrift, die sich erhielt, befindet sich im

⁴⁰⁾ A. v. d. Linde: Die Nassauer Drucke der Kgl. Landesbibliothek in Wiesbaden.

Staatsarchiv zu Wiesbaden⁴¹⁾ und ist dorthin aus dem Dillenburger Archiv gelangt. Vermutlich stammt sie aus der Diezer Kanzlei, wo man am meisten Interesse für Becker gehabt haben wird.

Die Schrift datiert vom 4. Juli 1658, das Titelblatt vom 3. Juli. Erst vierzehn Tage später, am 18. Juli, führten die Frankfurter Verhandlungen zur Wahl des neuen deutschen Königs. Gewählt wurde bekanntlich Erzherzog Leopold, ein Sohn des verstorbenen Kaisers Ferdinand III. Becker gab seiner Schrift die Form eines Sendschreibens an den neugewählten König. Seine Absicht war es nicht nur, der Welt klar zu machen, wie der Kaiser alleiniger von Gott verordneter *Monarcha und christliches Oberhaupt in der gantzen Welt* würde, sondern auch, wie die *katholischen, lutherischen und reformierten Kirchen in Europa, Africa, Asia und Amerika allesamt in gute Verständnuß und christliche Einigkeit zu setzen seien, und wie alsdann der wahre Gottesdienst nach Art der heiligen Propheten, Evangelisten und Aposteln aller Orten also angeordnet werde, dass alle verführerischen Sekten abgeschafft, die ungläubigen, wilden barbarischen Völker und die Juden bekehrt, der Türke gestürzt, das Wort Gottes hinfüro nicht mehr aus den trüben Wassern von allerhand Sekten, sondern allein aus den klaren, hellen, lieblichen Brünnelein Israels rein und klar getrunken, wie ferner jedermann Geld und Gut genug haben kann, Friede in aller Welt bestehen, Silber und Gold an dem Kaiserlichen, wie an den Königlichen Höfen so gemein, wie zu König Salomons Zeiten die Stein auf den Gassen, sein sollte.* Man sieht: neben politischen und wirtschaftlichen verfolgte Becker auch religiöse Absichten. Vor allem beschäftigte ihn auch hier wieder das Problem der Toleranz, und eben deshalb wünschte er, dass nicht allein der Kaiser als der weltliche Vertreter der katholischen Kirche, sondern auch der König von Schweden, in dem sich ihm die Vormacht des Protestantismus verkörperte, dem er deshalb eine besondere Stellung in seinen politischen Schwärmereien zugedacht hatte, von seiner Schrift Kenntnis erhielten.

Becker geht darin von der Beobachtung aus, dass das Römische Reich schon seit dem Tode des Augustus in einem beständigen Rückgang begriffen ist. Viele Länder und Reiche sind von ihm losgerissen: man denke nur an die Eroberung Konstantinopels durch die Türken! Welchen Schaden haben ihm ferner die Kämpfe der Kaiser mit den Päpsten gebracht! Und doch ist es Gottes höchstes Reich in dieser Welt und der Kaiser Gottes Statthalter auf Erden. Von letzterem haben alle Könige ihre Kronen zu empfangen. Darum hat er die Verpflichtung, dieses Reich nicht verfallen zu lassen, sondern es in seinem früheren Glanze wiederherzustellen. Wie aber der Kaiser Gottes irdischer Statthalter ist, so der Papst — man staune über die unbefangene Meinung eines Protestanten jener Zeit — sein geistlicher Statthalter. Doch Christi Reich ist nicht von dieser Welt. Dem Papst gehört darum wohl die Aufsicht auf Kirche und Schule, der Kaiser aber führt das Schwert, jede Seele ist ihm untertänig. Er muss die Macht haben, Päpste ein- und abzusetzen, wie es einst zu Zeiten der Ottonen der Fall war. Beide, Kaiser und Papst, sind verpflichtet, ihre Ämter gewissenhaft und recht zu führen, denn Gott wird einst von ihnen Rechenschaft fordern.

⁴¹⁾ St.-A. Wiesbaden, Manuskripten-Sammlung A 121.

Auf welchem Wege kann nun der Kaiser das Reich wieder zur Blüte bringen?

In der Welt gibt es 4 Erdteile, Europa, Afrika, Asien und Amerika, die sämtlich der Herrschaft des Kaisers unterstehen, und diese Herrschaft muss so eingerichtet sein, dass sie siegreich Bestand behält. Dazu muss der Kaiser eine Schatzung vornehmen, wie sie einstmals unter Kaiser Augustus vorgekommen ist. In jedem Erdteil muss er einen Viceröi oder Gubernator einsetzen, in Europa am besten einen Erzherzog, dem das Königreich Böhmen als Sitz seiner Herrschaft einzuräumen wäre, in Afrika den König von Spanien, in Asien den von Frankreich, in Amerika den von England. Jedem Könige möge er 7 vornehme Fürsten unterstellen, dem von Europa unter anderen die Fürsten von Nassau, Sachsen, Hessen, Braunschweig und von der Pfalz, jedem Könige weiter 7 Reichsgrafen, 7 Freiherren, 7 vornehme Hansestädte, darunter in Europa Nürnberg, wo der europäische König seine Residenz aufschlagen könnte, Hamburg und Worms; jedem Könige weiter noch 7 Prälaten, 7 Ritter, 7 Edle, 7 Bürger und 7 Bauern, denn auch die Bauern sind ein Gott wohlgefälliger Stand, der billigerweise vor andern befreit sein muss, weil er am meisten Arbeit zu verrichten hat.

In jeder Reichsstadt der fremden Erdteile ist zu besserer Beherrschung der wilden Völker eine Akademie und eine hohe Schule einzurichten.

Die 4 Könige der Welt haben dem Kaiser den Erbhuldigungseid zu leisten und müssen bestimmte Abgaben an die kaiserliche Schatzkammer entrichten, aus denen der Unterhalt des Kaisers, des Papstes und von 8 Patriarchen, sowie der Wiederaufbau von Kirchen und Schulen zu bestreiten ist. Auch die einzelnen Stände Fürsten, Grafen, Freiherren, Städte, Prälaten, Ritter, Edle, Bürger und Bauern haben Abgaben in bestimmten Abstufungen zu leisten, die in jedem Erdteil 1—2 Reichsschultheissen zu erheben und an die Reichsschatzkammer abzuführen hätten. Die Abgaben sind in eine Reichsmatrikel einzutragen, die am besten Frh. von Hohenfeld führen könnte.

Das Kriegswesen, sowohl der Oberbefehl wie die Heeresverwaltung, wäre dem König von Schweden mit Rücksicht auf dessen grossen Vorfahren Gustav Adolf zu übertragen, sofern beabsichtigt ist, zusammen mit dem Fürsten von Siebenbürgen und dem König von Polen gegen den Moskowiter zu Felde zu ziehen oder den tapferen Venetianern im Kampfe gegen die Türken beizustehen. Denn dass Christen sich bekriegen, wie es noch im Dreissigjährigen Kriege der Fall gewesen ist, dazu liegt gar kein Grund vor. Gott hat den Erdkreis gross genug zum Unterhalt aller geschaffen. Und wenn früher allenthalben heidnische Greuel und Götzendienst herrschte, so ist es jetzt allgemein anders geworden, nicht zum wenigsten unter der Wirkung der Buchdruckerkunst, deren versittlichendem Einfluss es ja beispielsweise gelungen ist, viele Königreiche dem Evangelium zu gewinnen. Sind wir nunmehr alle Christen und wollen wir es sein, so lasst uns auch an Christus als unserem Haupte festhalten und keine Christen mehr töten oder hassen. Jetzt, da Katholiken, Lutheraner und Reformierte im Reiche freie Religionsübung haben, wir also einig sind, werden uns ganze Königreiche und Länder zufallen; wir werden zusammenstehen können gegen alle

Feinde Gottes, werden es erleben, dass der türkische Bluthund und Erbfeind des christlichen Glaubens mit seinem Anhang entweder ausgerottet oder bekehrt wird, dass viele unserer Glaubensbrüder, die in türkischer Knechtschaft leben, frei werden, dem Kaiser der alte Sitz des Kaisertums Konstantinopel wieder eingeräumt und alle 4 Erdteile dem Evangelium gewonnen werden. Die fremdländischen Potentaten muss man zu gewinnen versuchen. Sie müssen beim Angriff helfen und werden alsdann von den Eroberungen ihren Anteil als Lehen vom Reiche erhalten. Des Kaisers Anteil daran müsste der König von Schweden als Reichslehn erhalten; denn dieser hätte, wie der Kaiser und jeder der 4 Könige, 30 000 oder 50 000 Mann zum Reichsheer zu stellen, das auf diese Weise 180 000 bezw. 300 000 Mann zählen würde. Alle Reichstruppen sind halbjährlich zu mustern und müssen in strenger Zucht gehalten werden. Alle Kosten für das Heer sind möglichst vom Reiche abzuwälzen und auf die fremdländischen Völker zu verteilen.

Was sodann die kirchliche Neuorganisation anbelangt, so müsste, da jetzt eigentlich nur 2 Religionsparteien vorhanden sind, Katholiken und Evangelische, wovon sich die letzteren allerdings in Lutheraner und Reformierte spalten, neben dem Papst in jedem Erdteile noch 2 Patriarchen, ein lutherischer und ein reformierter, eingesetzt werden. Dem Papste müsste zwar ein Ehrenvorzug eingeräumt werden, im übrigen aber Papst und Patriarchen ganz gleichberechtigt sein. Ihre Präsentation gebührt den Ständen, ihre Ernennung aber dem Kaiser. Streitigkeiten sind gütlich beizulegen, andernfalls hat das Reich die Entscheidung. Streitigkeiten zwischen dem Kaiser und dem Papst sind durch den König von Schweden auf dem Wege des Vergleichs zu beseitigen, wobei für den Papst 24 gelehrte Patres, für jeden Patriarchen 12 Diakonen mitwirken, die aus Reichsmitteln gut zu bezahlen sind.

Die Verwaltung des Reichs müsste in der Hand eines hohen Rates liegen, der aus gelehrten, tapferen, verständigen Leuten zu bilden wäre und zu dem jeder König 3 Mitglieder zu ernennen hätte. Ueber Krieg, Frieden und Bündnisse entscheidet das Reich. Mass, Gewicht und Münze sind einheitlich einzurichten. Das Münzrecht steht nur dem Kaiser, den Königen und Fürsten zu. Die Münzen sind nur aus bestem Gold und Silber zu prägen.

Um den jetzt sehr argen Misständen im Justizwesen zu begegnen, wird dem hohen Rat ein kleiner Rat, bestehend aus einem Kanzler und 7 Räten, beigegeben mit der Befugnis, auf Antrag der Parteien alle Sachen vom hohen Rat und den Fürstenhöfen im Interesse beschleunigter Rechtsprechung einzufordern und nach 3 oder 4 Schriftsätzen alsbald zu entscheiden. Zum Sitze eines solchen Gerichts würde sich Marburg mit seinem Deutschordenshause sehr gut eignen, das mit einer guten Bibliothek auszustatten wäre. Marburg könnte auch der Sitz des reformierten Patriarchen für Europa sein, und der Theologe Dr. Crocius mit diesem Amte betraut werden, während sich zum Sitz des lutherischen Patriarchen am besten Dresden eignen würde.

Natürlich darf Gott in dieser Neuordnung der Welt nicht vergessen werden. Darum soll in jedem Monat der 5. Tag auf der ganzen Welt ein Betttag sein, und an jedem Mittwoch beim Glockenschlag 12 in öffentlicher Versammlung

ein Gebet vorgelesen werden, zu dem sich auch alle Juden und sonstigen Ungläubigen einzufinden haben. Den Wortlaut dieses Gebetes hatte Becker bereits aufgesetzt und darin Gott gedankt, dass er der Welt einen allernädigsten lieben Kaiser und Monarchen verliehen hätte, und ihn gebeten, die ungläubigen Türken, die gottlosen, halsstarrigen, verstockten Juden und die anderen barbarischen Völker zu bekehren.

Um in jeder Beziehung sicher zu gehen und „seine gute Teutsche Gesinnung“ spüren zu lassen, gibt Becker dem Kaiser den wohlgemeinten Rat, seine Schrift den Königen zu übersenden oder sie wenigstens den in Frankfurt versammelten Fürsten und Ständen vorzulegen. Auch schien es ihm nützlich, wenn seine frühere Schrift, das *Aureum seculum prius*, die seine Vorschläge ausführlicher entwickelt, gedruckt würde, damit sich die Potentaten des Reichs besser darnach zu richten wüssten.

In der Tat, wenn ein gewisses Selbstbewusstsein zum Weltverbesserer gehört, wird man Joh. Christoph Becker zu den Grossen dieses Schlags rechnen dürfen. Er will sein Licht nicht unter den Scheffel gestellt wissen. Doch schon zu seiner Zeit gab es Menschen, die anders dachten. Auf dem Titelblatte der Abschrift dieser Beckerschen verbesserten Weltordnung schrieb eine hämische Schreiberseele zwischen die Worte *Aureum* und *Seculum* das Wörtlein: *Stulto*, also das Goldene Zeitalter für die Dummen. Wir ereifern uns heute darüber weniger, aber auch wir können in diesem Goldenen Zeitalter Beckers doch eben nur eine staatsrechtliche Träumerei erblicken, die seine reichspatriotische Gesinnung in hellem Lichte erstrahlen lässt; wir können sie aber nicht so ernsthaft nehmen, wie er sie hoffentlich selbst genommen haben wird. Die Schrift sieht gänzlich von den wirklichen Verhältnissen der Welt ab und ergeht sich in Hirngespinnsten, die einer dichterischen Phantasie, nicht den Erwägungen eines nüchternen Staatsmannes entsprungen sind. Sie gehört in das Gebiet der Utopien und Staatsromane, die den Literarhistoriker und allenfalls Staatsrechtskundigen mehr interessieren, als den Historiker. Wie es zu dieser Entwicklung bei Becker gekommen sein mag, ist, wie bemerkt, schwer zu sagen. Wir wissen wohl, dass er eine Hinneigung zur Poesie empfand; aber dichterische Einbildungskraft zeichnet die Kinder seiner Musse am allerwenigsten aus, während dieses Schriftchen nur auf Einbildung beruht. Seine Ausführungen sind indessen nicht ohne Reiz, und manche Mitteilung darin ist auch für den Historiker nicht ohne Interesse.

Wenn er Vorschläge macht, wie das Reich durch Reformen wieder zur Blüte gebracht werden könnte, so ist er nicht der einzige, der sich damals mit solchen Gedanken beschäftigte. Andere Publizisten des 17. Jahrhunderts haben dasselbe getan, bedeutendere als er, und ihre Vorschläge haben sich sachlich mehr auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse bewegt, aber sie waren ebensowenig durchführbar, wie die Beckers. Wer hätte an die Errichtung einer Weltmonarchie mit dem Kaiser an der Spitze und vier europäischen Königen als Beherrscher der vier Erdteile jemals ernsthaft denken können! Allein der Gedanke an sich entbehrt nicht einer gewissen Grossartigkeit in der Auffassung. Uebrigens fand ihn Becker angeblich in einer Zeichnung versinnbildlicht, die

den Kaiser mit einer Weltkugel in der Linken und einem Scepter in der Rechten darstellte und die Unterschrift trug:

In dem weltlichen Regiment,
Soweit sich die Christenheit lehnt,
Den höchsten Stand und Sitz innhat
Römisch kaiserliche Majestat.

Auch dadurch ist die Schrift von Interesse, dass er, der ein treuer Anhänger des Kaisertums war, an den Zuständen des Reichs offen und versteckt allerhand Kritik übt, die um soe inleuchtender wirkt, als Beobachtungen aus der Wirklichkeit Anlass dazu geboten haben mögen. So wünscht er z. B. im Reichsheere zu Kriegskommissaren treue, wackere Leute bestellt: *nicht so leichte Gesellen, welche die Völker betrügen, das meiste in ihre Säckel stecken, also dass man sich vor ihnen mehr, als vor dem Feinde selbst, zu fürchten hat, wie man dan anitzo augenscheinlich siehet, das ihre grosse Reichtümer, welche sie manchem redlichen Manne abgezwpakt und ihn in das Verderben gesetzt, itzo fast an Tag kommen, indem sie grosse Häuser bauen, die vornehmsten Güter an sich erkaufen und anitzo die grösste Hansen seint.*

Man merkt, dass er damit auf einen Krebs Schaden anspielt, der sich im Dreissigjährigen Kriege übel bemerkbar gemacht hatte. Einen ähnlichen wunden Punkt berührt er mit dem Hinweise auf den allzu schleppenden Gang der Justiz am Reichskammergericht, wofür er ein Beispiel aus seinem eigenen Geschäftsleben beibringt. Er spricht nicht von den Münzverhältnissen im Reiche, aber wenn er für sein Reich der Zukunft verlangt, dass die Münzen vollwertig, aus reinem Gold und Silber, geprägt werden, so gelangt er zu dieser Forderung doch offenbar nur durch das üble Münzwesen des damaligen Reiches. Bemerkenswert ist auch sein Verlangen nach der Einheitlichkeit von Mass, Gewicht und Münze. Während noch ein Publizist wie Philipp Chemnitz im Hippolytus die Münzhoheit für jeden Reichsstand beansprucht, will Becker sie auf den Kaiser, die Könige und Fürsten beschränkt wissen. Auch dass er auf die Unzuträglichkeiten, die aus dem Nebeneinanderbestehen zweier Kalender damals erwachsen, des alten Julianischen und des neuen Gregorianischen, hinweist, ist von Interesse, und er verrät den Evangelischen, wenn er die Abschaffung des in den katholischen Ländern eingeführten Gregorianischen fordert. Etwas kindlich mutet an, wenn Becker dem neugewählten Kaiser für die Besetzung der Beamtenstellen im Zukunftsreiche einige Winke gibt und ihm bekannte, ja befreundete Persönlichkeiten namhaft macht, für eine der Fürstenstellen im europäischen Königreiche die Fürsten von Nassau und Hessen, für die Führung der Reichsmatrikel seinen Gönner Achaz von Hohenfeld, für die Stelle eines Reichsgenerals den Grafen von Königsmark, der sich im Dreissigjährigen Kriege auf schwedischer Seite einen Namen gemacht hatte, und für die des reformierten Patriarchen in Europa den Theologen an der Marburger Universität, Johann Crocius, den er vermutlich persönlich kannte. Mit einiger Verwunderung muss es erfüllen, dass der Mann, der in seiner früheren Schrift so pazifistische Gesinnungen vertreten hatte, in dieser ohne Bedenken einen Krieg, den er doch für eine der grössten Strafen Gottes hielt, in Aussicht nimmt, allerdings einen Krieg gegen die Türken und Barbaren, den er dann zu den erlaubten zählte

Seit längerer Zeit war von den Publizisten die staatsrechtliche Gestalt des Reiches einer scharfen Kritik unterzogen worden. Chemnitz hatte diesem Reiche den Charakter einer Monarchie mit allem Scharfsinn und aller Wucht, ich will nicht sagen der Ueberzeugung, sondern des Hasses abgesprochen, andere, wie der Reichspublizist Reinking, ihn behauptet. Wenn Becker jetzt das Reich so umbilden will, dass es noch weit monarchischer wird (*imperium magis monarchicum quam olim et hactenus fuit*), so ist auch daraus klar, dass er auf Seiten der Monarchisten steht. Ein Gedanke, den unter den Staatsrechtslehrern jener Zeit der Franzose Bodin, ein energischer Verfechter fürstlicher Souveränität, mit besonderem Eifer vertreten hatte, war der, dass ein Fürst Gott einst Rechenschaft für sein Handeln werde ablegen müssen. Auch bei Becker spielt er eine Rolle, und wiederholt weist er den Kaiser auf seine Verantwortung hin.

Hie und da könnte man auch sonst noch Anklänge an staatsrechtliche Anschauungen aus der Literatur jener Zeit finden wollen. Das legt dann die Frage nahe, ob er zeitgenössische Werke dieser Art gekannt hat. Dass ein Mann, der in den Klassikern der Griechen und Römer so gut, wie er, Bescheid wusste, der die historischen Hauptwerke des In- und Auslands kannte, ein Doctor juris, der juristische Fachwerke älterer und jüngerer Zeit selbst aus Sondergebieten der Rechtswissenschaft wohl kannte, der selbst schriftstellerisch tätig war, die aufsehenerregenden staatsrechtlichen Werke seiner und der vergangenen Zeit nicht gekannt haben sollte, ist kaum glaublich, zumal er in Marburg sicherlich Gelegenheit genug dazu gefunden haben wird. Da ist es nun auffallend, dass er weder in seiner Friedensschrift von 1649, noch in dem Aureum Seculum von 1658 eine jener hier einschlagenden Schriften erwähnt, nicht den Hippolytus a Lapide, keine der Schriften Hermann Conrings, Reinkings oder sonst eines Reichspublizisten jener Zeit. Ob das Zufall ist oder Absicht, bleibe dahingestellt.

Soviel aber ist sicher, dass die Hauptgedanken im Aureum Seculum Beckers alleiniges geistiges Eigentum sind. Sie mögen sehr merkwürdiger Natur sein und heute unser Kopfschütteln höchlichst erregen, sie zeigen uns ihren Erzeuger aber doch als einen geistig beweglichen, vielfach interessierten Mann, der immerhin eine gewisse Beachtung erfordert, in Nassau um so mehr, als man an geistig schaffenden Persönlichkeiten im 17. Jahrhundert hier keinen solchen Ueberfluss hat, um eine der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

Das Aureum Seculum ist der Welt und vermutlich auch dem Kaiser, für die beide es Becker bestimmt hatte, verborgen geblieben; es hat weder Nutzen geschaffen, noch Schaden angerichtet, es ist im Staub der Kanzlei begraben worden. Daraus hervorgezogen, mag es jetzt wenigstens als ein Zeugnis der verzopften Phantastik zu uns reden, die in den Köpfen der Reichspatrioten spukte. Wie wenig ahnte doch ihr enger Geist, wohin es mit diesem Reiche ging! Viel schärfer sahen die Gegner. Neun Jahre, nachdem dieser nassauische Rat sein Sendschreiben an den Kaiser niedergeschrieben, erschien das berühmte Werk Samuel Pufendorfs: *Severini de Monzambano de statu imperii Germanici liber*, in dem ein grösserer Geist mit weniger Liebe, aber mit schärferem Verstande und mit ätzendem Witz dem alten Reiche zu Leibe ging und den Nachweis führte, dass es einem Monstrum ähnlich sei, was Becker nie zugegeben

haben würde. Hier sprach ein weitblickender Staatsmann, kein Phantast. Sein Buch hat ungeheueres Aufsehen im Reiche und weit darüber hinaus gemacht; es hat die Geister aufgestachelt. Auch Pufendorf hat Reformvorschläge gemacht, einsichtigere als die Beckers; aber auch sie haben den Gang der Dinge nicht aufzuhalten vermocht. Andere Kräfte waren längst am Werke, die die Entwicklung dieses alt und morsch gewordenen Reiches beeinflussten und zu seiner Sprengung allmählich führten. Mit den Träumen einer die Welt beherrschenden Monarchie war es aber für immer vorbei, und Johann Christoph Becker mag wohl einer der letzten gewesen sein, die an ein Fortleben der vierten Weltmonarchie in dem heiligen Römischen Reich Teutscher Nation geglaubt haben.

Beiträge zur älteren Geschichte der Diezer Mühlen.

Von

Emil Schaus.

I. Die früheste Nachricht.

Die Schenkungsurkunde Karls des Grossen für das Kloster Prüm vom Jahr 790, die den Namen Diez — Theodissa — in die mittelalterliche Geschichte einführt, sagt nichts von einer Mühle.¹⁾ Die Siedelung am Fusse des Felsens zwischen Aarmündung und Lahn ist vermutlich lange Zeit sehr unbedeutend geblieben; die Herren der Burg nennen sich zuerst 1073 als Grafen von Diez.²⁾ Erst mit dem 13. Jahrhundert beginnen die Anzeichen, dass das Diez im Tal Fortschritte macht. Im Jahr 1213 bewilligte König Friedrich II. seinem getreuen Grafen Gerhard II., bei Diez einen Zoll zu erheben, je vom Wagen Wein 2 Pfennige seiner — des Grafen — Münze und vom Scheffel Frucht einen Pfennig.³⁾ Es bestand also ein gewisser Frachtverkehr. Weniger bedeutet es wohl, dass in der Nähe, am Rand des Hains über dem Flusstal das Nonnenklösterchen Dirstein entstanden war.⁴⁾

Doch es dauerte noch Jahrzehnte, bis das Bedürfnis nach eigenen Mühlenanlagen für die wachsende Bevölkerung befriedigt wurde. Längst klapperten an den Bächen des Lahngaus nah und fern die Mühlwerke, nach den Urkunden schon 786 in Selters und Dauborn, um 800 in Bubenheim, dem späteren Kirberg, 845 in Hahnstätten, 893 in Neisen, 910 in Brechen, 915 in Nassau, 1000 in Kamberg, 1002 in Weilburg usw.⁵⁾ Bemerkenswert ist, dass der

¹⁾ Mon. Germ. hist. Die Urkunden der Karolinger I, Hannover 1906, 222 n. 165.

²⁾ Kremer, Orig. Nassoe. II 142 n. 92.

³⁾ Winkelmann, Acta imperii inedita, Innsbruck 1880, 100 n. 118.

⁴⁾ Die erste Erwähnung der „sorores, que morantur in Dirstein“ in den Visionen der heil. Elisabeth etwa 1153, Roth, Die Visionen u. Briefe der heil. Elisabeth v. Schönau, 2. Aufl. Brunn 1886, 28, vgl. Anm. am Schluss III u. XLVI, dann 1212 s. Mittelrh. Regesten III 323 n. 1172.

⁵⁾ 786: Mon. Germ. hist. Script. 21, Hannov. 1869, 352; Bubenheim: Codex Laureshamensis III 224 n. 3680; Hahnstätten: Kremer, Orig. Nass. II 23 n. 7; Neisen: Mittelrh. Urkundenb. I 193; Brechen: Mittelrh. Urkundenb. 1, 219; Nassau: Mon. Germ. hist. Diplomata 1, 25 n. 26; Kamberg: Dipl. 2, 277 n. 348; Weilburg: Dipl. 3, 24 n. 21; vgl. Ferd. Abel, Das Mühlengewerbe in Nassau-Hadamar u. Diez, Stuttgart u. Berlin 1910, 21 [= Münchener volkswirtschaftliche Studien 102].

Erneuerer des Prümer Güterverzeichnisses von 893, Caesarius, im Jahr 1222 betont, wie zahlreiche Mühlen in den verflossenen 329 Jahren erbaut worden seien.⁶⁾ Aber für Diez mangelt es in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts noch an jeder Kunde. Man weiss nicht, ob eine Diezer Mühle das Mehl geliefert hat, das in einem Geschichtchen vom Jahr 1225 vorkommt. Ein anderer Caesarius, der berühmte Zisterzienser von Heisterbach, erzählt, wie damals in Diez, genau: in einem Dorfe bei der Burg Diez, zwei Frauen am Feiertag, am 13. Juli, dem Tag der heiligen Margarete, Brot backten; der einen geriet es, denn sie hatte die Erlaubnis des Priesters eingeholt; der andern, die das versäumt hatte, verwandelte sich der Teig in Blut.⁷⁾

Das älteste Zeugnis der Diezer Mühlengeschichte stammt vom 28. Juni 1281 und sagt aus:

Die Ganerben von Diez, Graf Gerhard IV. von Diez, sein Bruder Ludwig, Kanoniker in Mainz, Werner, Herr zu Münzenberg, und seine Frau Mechtild, Heinrich von Limburg und seine Frau Alheid, verschreiben den Klosterfrauen in Dirstein aus ihren Mühlen in Diez an der Lahn und an der Aar eine jährliche Rente von 12 Malter Korn Limburger Masses, wofür die Jahrgedächtnisse ihrer verstorbenen Eltern und Schwiegereltern, des Grafen und der Gräfin zu Diez, andächtig und treulich begangen werden sollen. Hinzugefügt sind noch Bestimmungen über die Ablösung oder den gleichwertigen Ersatz dieser auf zwei Mark geschätzten Kornlieferung.⁸⁾

Also es gibt 1281 eine Mühle an der Lahn, das ist wohl sicher die spätere Dirsteiner Klostermühle, das heute noch bestehende Mühlchen unterhalb des Oraniensteiner Felsens, und es gibt die Mühle an der Aar, das Werk, aus dem nachher Ober- und Untermühle erwachsen, das gleichfalls heute noch in vollem Gang ist. Die Mühlen sind Eigentum der Herrschaft; von „unseren Mühlen“ in Diez sprechen die Aussteller der Urkunde von 1281. Daraus ist zu schliessen, dass der Graf und Landesherr sie angelegt hatte; und vermutlich ist der Vater und Schwiegervater der Erben von 1281 als der Mühlengründer anzusehn. Das war Graf Gerhard III. von Diez, der seit 1234 auftritt und 1266 verstorben ist.⁹⁾ Man wird sagen dürfen: Die Diezer Mühlen sind wohl um die Mitte des 13. Jahrhunderts entstanden.

Sechs Erben, zwei Söhne, zwei Töchter und zwei Schwiegersöhne haben im Jahr 1281 Gewalt über die Diezer Mühlen; das erscheint wie vordeutend auf die späteren Zeiten langer und wirrenreicher Vielherrschaft, der die goldene Grafschaft Diez nach dem Erlöschen des alten Grafenhauses im 14. Jahrhundert ausgesetzt war.

⁶⁾ Mittelrh. Urkundenb. 1, 201.

⁷⁾ S. A. Kaufmann, Caesarius von Heisterbach, 2. Aufl. Köln 1862, 187; Die Fragmente der Libri VIII Miraculorum des Caesarius von Heisterbach, hrg. von Al. Meister, Rom 1901, 25. Freindiez besass eine Margaretenkapelle, die 1314 genannt wird, Vogel, Beschreibung des Herzogtums Nassau, Wiesb. 1843, 765.

⁸⁾ Ausfertigung im Staatsarchiv Wiesbaden, II 10 n. 10, gedruckt Reinhard, Juristische und historische kleine Ausführungen 1, Giessen 1743, 100.

⁹⁾ Verstorben wird der Graf genannt 1266 Juli 30, s. Mittelrh. Regesten 3, 496 n. 2195.

II. Zeugnisse aus dem 14. Jahrhundert.

Wie die nächsten einschlägigen Urkunden zeigen, entäusserte sich die Diezer Landesherrschaft zeitweise der Mühlen, allerdings zu gunsten der Verwandtschaft. Am 11. Juni 1311 hatte sich Philipp von Falkenstein, Herr zu Münzenberg, der Ältere, von seinem Neffen, dem Grafen Gotfried von Diez, in seinen angestammten Eigenanteil an der Burg Diez einweisen lassen.¹⁰⁾ Er scheint hier seinen Wohnsitz aufgeschlagen zu haben. Eine wenig spätere Urkunde vom 9. August 1311 meldet, dass er die Mühle über der Aar und einen auf der Lahnmühle zu Diez haftenden Geldzins pfandweise besitzt.¹¹⁾ Er hat dann im Jahr 1314 zuerst Einkünfte aus seinen Eigengütern zu Freindiez und aus der Mühle oben bei Diez, dann diese Güter und die Mühle selbst dem Erzbischof Baldewin von Trier, dessen Burgmann zu Montabaur er wurde, verschrieben und als Burgmannlehen zurückerhalten.¹²⁾ Doch dieses Lehenverhältnis und die trierische Oberherrlichkeit muss bald wieder abgelöst worden sein. Die Mühle fiel dem jüngeren Zweige des Diezer Hauses, den Grafen von Weilnau, anheim, wiederum nicht auf lange Dauer. Denn durch Vertrag vom 3. Oktober 1324 verkauften die Weilnauer Heinrich und Reinhard den Diezer Vettern, Gotfrid und seinem Sohn Gerhard VI., ihren Teil der Burg zu Diez, ihren Turm, ihre Burgmannen und Güter daselbst, auch die Mühle, die Meinhard innehat: „unse mulen zu Dytze, die Meynard fan uns hait“. ¹³⁾ Damit wäre der erste namentlich bekannte Müller in Diez vorgestellt.

Von hier ab, dem Rückfall der Mühle an die eigentlichen Landesherren, verstummen nun aber auch für einen längeren Zeitraum die unmittelbaren urkundlichen Nachrichten. Allein zum Jahr 1343 ist ein merkwürdiges Vorkommnis aufbewahrt durch einen Limburger Schriftsteller.¹⁴⁾ Er erzählt von dem „herrlichen Bürger“ Markolf Dadener aus Limburg, das war einer der reichen Städter, die im Ritterwerk mit dem Adel wetteiferten; der ritt nach Langenscheid zu einer Tagung mit 18 Söldnern im Gefolge. Als sie nach Diez kamen zwischen die zwei Mühlen, begegnete ihnen ein Ritter von Lorch, der war ihr Feind. Sie nehmen ihn gefangen, also auf diezischem Gebiet, reiten zurück, und nun entspinnt sich auf dem alten Streitplan zwischen Freindiez und Limburg eine Rauferei, in die auch Graf Gerhard VI. von Diez eingreift, bei der er tödlich verwundet wird. Was hier erklärt werden muss, ist die Ortsangabe: zwischen die zwo mölen. Nun wissen wir aus einer einzelnen Urkunde, dass damals in Freindiez eine Mühle bestand, keine gräfliche, sondern eine adelige.

¹⁰⁾ Urkunde in Assenheim, Nass. Annalen 13, 54 n. 14.

¹¹⁾ Reinhard, Kl. Ausführungen 1, 120.

¹²⁾ Urkunden vom 31. August und 16. September 1314, s. die Beilagen 1 u. 2, vgl. Meyer und Erhard, Zeitschrift f. vaterl. Gesch. 1, 285. Philipp der Ältere von Falkenstein-Münzenberg erscheint bis 1321; s. Möller, Stammtafeln westdeutscher Adelsgeschlechter im Mittelalter, Darmstadt 1922, Taf. XVII.

¹³⁾ Urkunde in Wiesbaden, Staatsarch. VII, vgl. Arnoldi, Gesch. d. Oran.-Nass. Länder 2, 75.

¹⁴⁾ Limburger Chronik I. Anh. Hrsg. von Wyß, Mon. Germ. hist. Deutsche Chroniken IV 1, Hannov. 1883, 99. Die Verfasserschaft dieser Erzählung und des I. Anhangs scheint mir durch die Ausführungen in der Historischen Vierteljahrschrift 31, 1926, 299–313 keineswegs einwandfrei geklärt zu sein.

Sie geht aber am 20. November 1348 durch Tausch aus der Hand des Ritters Otto von Freindiez und zweier anderer Mitbesitzer in das Eigentum der Grafen Gotfrid und seines Enkels Gerhards VII. über samt dem Wehr und allen zugehörigen Rechten und Nutzbarkeiten.¹⁵⁾ Man darf der Schilderung des Limburger Berichterstatters entnehmen, dass das Werk oberhalb der Diezer Mühle an demselben Wasserlauf und derselben Strasse gelegen war.

Die Strasse nach Freindiez und Limburg, auf der sich der Handel von 1343 im Angesicht der Mühle abgespielt hat, verband den Ort mit den grossen Verkehrswegen nach Süden und Osten, nach dem Rhein, nach Mainz und Frankfurt und den vielen Herrnsitzen, wo die fürstlichen Genossen und Verwandten der Diezer Grafen Hof hielten. Im Jahr 1329 waren wohl auf derselben Strasse die Boten von Wälschland heimgekehrt, die das Stadtrecht für Diez in den Verbriefungen des Kaisers Ludwigs des Bayern mitbrachten.¹⁶⁾ Burg und Stadt und alle Bürger zu Diez sollten Freiheit und Recht wie Frankfurt haben, so bestimmten die Urkunden und geben zu erkennen, dass die Freiung des Reichsoberhaupts eben nur eine schon im Lauf befindliche Entwicklung bestätigte und besiegelte. Wohl mag Diez schon vor 1329 im mittelalterlichen Sinn eine Stadt gewesen sein. Seit 1289 bestand das Kollegiatstift Unserer Lieben Frau, und neben der gräflichen Burgmannschaft gehörte nun auch der geistliche Adel des Ländchens zu den Ortsinsassen. Über den Verkehr und das bürgerliche Leben sind die Nachrichten freilich spärlich. Im Jahr 1324 wird ein Wirt, Richwin mit Namen, genannt.¹⁷⁾ Auch von der Lahnbrücke hört man erst seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts Genaueres; sie war von Holz zunächst noch, und das Hochwasser hat sie mehr als einmal weggerissen.¹⁸⁾

Die Mühle war 1329 eine Stadtmühle, wenn auch nicht städtisch, geworden. Dass sie für Diez eine bevorzugte, ausschliessliche Gerechtigkeit besass, erhellt aus der Freiheit der Burgmannen von 1420, die in ihrem 11. Abschnitt bestimmte, dass Burgmannen und Geistliche, die nicht in der herrschaftlichen Mühle mahlen lassen wollten, die sollten ihre Frucht anderswohin führen und da holen lassen, denn in Diez darf nach altem Herkommen nur der herrschaftliche Müller Frucht einfahren.¹⁹⁾ Das ist das erste Zeugnis der sogenannten Banngerechtigkeit, die wohl wie später auch schon damals die benachbarten Landorte mitumfasste. Dass die Grafen die adelige Mühle in Freindiez an sich brachten, doch um sie eingehen zu lassen, mag beweisen, dass schon 1348 das Bestreben obwaltete, jeden Wettbewerb für die Herrenmühle auszuschalten. Das Mühlchen an der Lahn scheint in dieser Hinsicht keine Gefahr bedeutet

¹⁵⁾ Beilage 3.

¹⁶⁾ Urkunden vom 28. April und 24. November 1329 in Wiesbaden VII., s. Mon. Germ. hist. Constit. et acta VI 481 n. 577.

¹⁷⁾ Urkunde von 1324 Okt. 3. Wiesbaden, Staatsarchiv VII. Hier erscheint auch ein Wingert „an dem zingelin“. Zingel ist Stadt- oder Burgmauer. Es ist möglich, dass der ältere Teil der Stadt schon befestigt war.

¹⁸⁾ Limb. Chron. hrsg. von Wyß 64 zum J. 1374; Joh. Mechtel, Limb. Chron. hrsg. von Knetsch 124, wo die Angabe von 1255 eher auf Limburg zu beziehen ist, s. Wyß 118.

¹⁹⁾ Nass. Annalen 10, 82.

zu haben; denn während es 1311 noch in dem Besitz der Herrschaft ist, muss es nachmals dem Kloster Dirstein überlassen worden sein.²⁰⁾

Als Zeichen des neuen städtischen Wesens erhob sich wenige Schritte östlich von der grossen Aarmühle ein Tor, die Mühlenpforte, die die Strasse nach Limburg beherrschte und im Notfall sperrte. So war das Mühlengrundstück in das Weichbild und den Schutz der Stadt einbezogen, obwohl es recht weit draussen, entfernt von den übrigen Wohnstätten und noch in ganz ländlicher Umgebung lag.²¹⁾ Erst lange Jahre nachher wurden andere Häuser bei der Mühlenpforte errichtet. -- Heut riegelt die breite Masse des Bahndamms das Tal ab, und die Strasse ist völlig ausgebaut, so dass man sich nur schwer das alte Bild vor Augen rufen kann. Die Berghänge am Weg entlang waren mit Reben bepflanzt, auf der anderen Seite nach der Aar zu lagen Wiesen und Gärten; gleich vor dem Tor begann die Freieindiezer Gemarkung. Dort standen Nussbäume; und der Spiegel des Mühlenweiher belebte das gewiss anmutige Gelände.

Bei dem Schweigen der Quellen wird man leicht zu der Annahme verführt, dass die Geschieke der Mühle nicht allzu bewegt gewesen sein mögen, dass die Verhältnisse eine gewisse Stetigkeit hatten. Doch oben auf dem Schlosse wechselten die Herrschaften und eine kam zu der anderen hinzu; nach den Diezern die Nassauer, die Eppsteiner, die Katzenelnbogener usw. Ruhige und kriegerische Zeiten, dürre und nasse Jahre lösten sich ab; die furchtbaren Hochgewässer und Eisgänge, von denen die Chroniken melden, werden der Diezer Mühle Unheil genug gebracht haben. Niemand berichtet davon, und auch die Müller, die einander folgten, bleiben namenlos.

III. Die Mühle in den Diezer Kellereirechnungen.

Seit dem Jahre 1451 sind nicht lückenlos, doch ziemlich vollständig die Rechnungen der nassauischen Kellner erhalten,²²⁾ die jährlichen Ausweise der Rentbeamten, die die Einkünfte der halben Grafschaft Diez vereinnahmten und über die Verwendung Buch führten. Solche Aufzeichnungen, die einer entwickelteren Form der Verwaltung entsprechen, geben uns alljährlich Nachricht von der Diezer Mühle, kurz aber zuverlässig. Von den Kellereien der Mitherrschaften sind leider nur vereinzelte Rechnungen vorhanden, die jedoch zum Vergleichen und Ergänzen der nassauischen dienen können.

Nach diesen Quellen zu schliessen, dauerten die ruhigeren mittelalterlichen Zeiten für die Mühle noch eine Reihe von Jahrzehnten an, bis in den vierziger Jahren des 16. Jahrhunderts wesentliche Aenderungen einen neuen Abschnitt ihres Werdegangs einleiten.

²⁰⁾ S. oben S. 30 über die Urkunde von 1311 Aug. 9. In den Kellereirechnungen seit 1451 wird die Lahnmühle nicht genannt, muss also schon Klostermühle geworden sein; s. dann die Stelle über die Dirsteiner Mühle von 1589 bei Abel, Mühलगewerbe 90.

²¹⁾ Im Jahre 1436 verkauft Anne, die Tochter des verstorbenen Henne Byntdenesel, Bürgerin zu Diez, ihren „garten zu Dyetze vor der molen porten gelegen an Mathijs garten und bij den noßbaumen, der voren stoët an den weyg und hinden an die Arde“. St.-A. Wiesb. II 12 n. 143.

²²⁾ Staatsarchiv Wiesbaden VII 4, worauf ein für allemal verwiesen wird.

Regelmässig verzeichnen die Kellner, was die Mühle der Herrschaft entrichtete. Zwei Leistungen kommen vornehmlich in Betracht, eine Geldabgabe und eine Fruchtabgabe. 1451 werden 6 Gulden an Geld und 13 Malter 3 Achtel an Korn gebucht; im folgenden Jahre wird ein Gulden nachgelassen, 1453 ist es wieder wie 1451. Dann erfolgt eine Herabsetzung, die wohl mit dem Eintritt des Katzenelnbogischen Hauses in die Gemeinschaft durch den Vertrag vom 13. Juli 1453 zusammenhängt, obwohl keine urkundliche Auskunft darüber zu ermitteln war. Von 1454 bis 1488 beträgt die Geldleistung $2\frac{1}{2}$ Gulden, genau 2 G. 6 Turnosen in den Jahren 1454—1460, 2 G. 12 Albus 1461, seitdem $2\frac{1}{2}$ G.; die Kornabgabe beträgt 1454—1468 6 Malter 4 Achtel 1 Simmer mit kleinen Abweichungen, 1463—1466 6 Malter 9 Simmer und ähnlich; von 1469 an steigt sie auf 7 Malter, 1486 auf 10 Malter. Von 1489 an verrechnet der nassauische Keller dann ständig 5 Gulden und 20 Malter Korn, und zwar so lange als eine besondere Rechnung über den nassauischen Halbtteil der Grafschaft gelegt wurde, bis 1568. Das bedeutet also eine jährliche Gesamtleistung der Mühle an alle Gemeinschaftsherren von 10 Gulden und 40 Malter Korn. Im Jahr 1577 wird übrigens der Geldzins als Leistung der Oelmühle, die mit der alten Mühle verbunden war, bezeichnet. In den Jahren 1482 und 1483 fielen die Abgaben aus, weil die Mühle an Herrn Emmerich von Nassau verpfändet war. Eine dritte kleinere Auflage erscheint 1474 in der Rechnung, 1 Engels Groschen vom Weiher bei der Mühle, mit der für die behagliche Geschäftsführung kennzeichnenden Bemerkung, dass das Geld seit 7 Jahren hinderständig sei. Daraus wäre zu entnehmen, dass im Jahr 1467 der Mühlweiher wenn nicht neu gegraben, aber wohl neu hergerichtet wurde. Dieses Weihergeld, für das 1475—1480 6 alte Heller, 1482—1529 12 Heller, 1530—1536 12 Pfennig, von 1537 ab $1\frac{1}{2}$ Albus gebucht werden, hatte das Schicksal, dass sein Ursprung und Sinn ganz in Vergessenheit geriet. Seit 1576 ruht die Last nicht mehr auf dem Weiher, geschrieben weyer, weiger, wiger, sondern durch ein Versehen des Abschreibers auf einem Wingert, wingart.

Die Rechnungen berichten dann noch von mancherlei Herstellungsarbeiten, die von der Herrschaft ausgeführt oder bezahlt wurden; 1453 wird der Zaun bei der Mühle erneuert, 1489 das Mühlenwehr. Im Jahr 1500 sind $4\frac{1}{2}$ Gulden verrechnet, um den neuen Mühlgraben zu machen. Ob es sich da um eine verbesserte Verschalung des Wassergangs handelte oder um etwas anderes, bleibt fraglich. 1509 kostet ein neues Schutzbrett 6 Weisspfennige. Häufiger erscheinen die Ausgaben für die Beifuhr der neuen Mühlsteine, die 1500, 1520, 1572 von Frankfurt, 1536, 1545 von Dreyeich, wohl Dreieichenhain, 1544 vom Rhein, 1546 von Kreuznach, 1561 und 1563 genauer zu Bittersseit bei Creutzenaw,^{22a)} hergeschafft werden. 1452, 1514, 1551, 1553 ist die Ursprungsstelle der Steine nicht genannt. 1531, 1536 und 1539 wird Kloster Thron mit den Fahrkosten belastet.

Endlich hört man seit 1515 den Namen eines Müllers Johann, der 1538 verstorben ist; leider nicht mehr als den Namen.

^{22a)} Ob Bisterschied im pfälzischen Bezirksamt Rockenhausen?

So liegt die Geschichte der Diezer Mühle seit ihrem Ursprung um die Mitte des 13. Jahrhunderts annähernd 300 Jahre lang doch mehr oder minder im Halbdunkel. Ein Werk des alten Grafenstammes, hatte sie ihre Arbeit getan für die Diezer, die Nassauer, die Eppsteiner, die Katzenelnbogener, die Hessen, die Königsteiner und die Trierer. Auch für die schöne Gräfin Walpurgis hatte sie gemahlen, deren Grabstein die Stiftskirche ziert, und für so viele Geschlechter von Burgmannen, geistlichen Herren, Bürgern des Städtchens und Landleuten der eingebannten Nachbarorte. Der hessische Landgraf Philipp der Grossmütige, ein Hauptförderer der kirchlichen Neuerung, gehörte zu den Mitherren, und durch sein Betreiben war ungeachtet des Gegensatzes im Bekenntnis 1534 der Trierer Kurfürst auch noch in die Gemeinschaft gekommen.²³⁾ Denn Hessen und Nassau-Dillenburg lagen in langem und heftigem Hader um das Katzenelnbogische Erbe. Die Untertanen hatten manches zu leiden vom Streit der Fürsten, und die Saat für eine dereinstige Verkleinerung des Grafschaftsgebietes war damit ausgesät. Doch das Herrschaftsverhältnis blieb unberührt, und die Mühle tauchte ihre Räder ins Wasser und mahlte die gute Frucht der goldnen Grafschaft für die uneinigen Nassauer und Hessen und Trierer. Aber sie war darüber alt und baufällig geworden.

IV. Die Neubauten im 16. Jahrhundert.

Vom 26. Dezember 1546 stammt der erste Pachtbrief für die herrschaftliche Mühle zu Diez, der abschriftlich in Akten des Dillenburgers Archivs erhalten ist und manche Aufschlüsse bietet.²⁴⁾ Pächter ist der ehrsame Jörg Kremer, Sohn des verstorbenen Henge; in diesem Henge darf man wohl den Müller Johann wiedererkennen, der seit 1515 in den Rechnungen genannt wurde, dessen Erben von 1538 ab die Abgaben entrichteten. Der Müller Jörg, also der Sohn Henges und der Empfänger des Pachtbriefs von 1546, erscheint schon 1539 in einem der Kellereirechnung beiliegenden Zinsverzeichnis; er hat aus dem Kremer, einem Weingarten, 4 Weisspfennige Jahreszins zu leisten.

Ganz wichtig ist dann die Tatsache, dass die Anlage sich verzweifacht hat. Die 1546 verliehene Mühle ist ein kurz vorher errichteter Neubau unterhalb des alten baufälligen Hauptbaues. Leider fehlen die Jahrgänge 1540 bis 1544 in der Reihe der nassauischen Rechnungen, die über die Errichtung des zweiten Mühlenhauses Auskunft geben müssten.²⁵⁾

Etliche Jahrzehnte bleibt nun die Doppelanlage einem Pächter anvertraut, wie der Mühlenbrief von 1546 es für 24 Jahre festlegt. Der Müller kann die untere und die obere Mühle je nach ihrem baulichen Zustand und nach Bedarf nach- und nebeneinander benutzen. Die Herstellungsarbeiten, die in der Urkunde schon angekündigt werden, lassen sich an der Hand der Rechnungen zusammenstellen.

1551 wird Holz gekauft zur Wiederaufrichtung des vom Hochwasser umgerissenen Backhauses an der Mühle.

²³⁾ O. Meinardus, Der Katzenelnbogische Erbfolgestreit I, Wiesbaden 1899, 333 n. 52 und 346 n. 265.

²⁴⁾ Beilage 4.

²⁵⁾ Nach der erhaltenen Rechnung des katzenelnbogischen, nunmehr hessischen Viertels von 1544 sind 30 Gulden 2 Alb 3 1/2 Pf. an der Mühle verbaut worden.

1552 werden 73 Gulden für den Neubau der Mühle verbucht; es handelte sich vermutlich in der Hauptsache um das Backhaus. 1561 wird ein Wehr an der unteren Mühle gelegt für 4 Gulden 3 Albus.

1564–1565 finden umfassende Arbeiten an den Weihern statt, die der Weihermeister Kaspar von Giessen ausführt. Er erhält 56 Frankfurter Gulden, im folgenden Jahr zur Vollendung des grossen Weihers und zur Erweiterung der zwei kleinen Weiher in bar und Frucht zusammen 90 Gulden. Der Schreinermeister Jeronimus und sein Sohn Jakob fertigen die Känzel (kendell), die Verbindungsrinnen zwischen den drei Weihern, und die Gitter (gegitter unden und oben zu in den grossen weyher) in 16 tägiger Arbeit; und der Maurer Mebes Seypel schafft drei Tage am Abfluss des grossen Weihers.

1566 wird abermals ein neues Wehr gebaut, auch drei neue Tore am Baumgarten, auf dem West- und an der „Brest“ wiese.

1573 brechen die Maurer zu Freiendiez Steine zum Mühlenbau in Diez. Das ist die Einleitung zu einer neuen wichtigen Umgestaltung, die zunächst der alten oberen Mühle gilt.

1574 erscheint der gräfliche Baumeister Konrad Halsterberger in Diez, anscheinend der verantwortliche Vertrauensmann des Landesherrn für das gesamte Unternehmen. Im Dirsteiner Jungholz werden die Bäume zum Bau der Mühle gefällt.

1575 ist der Neubau soweit fertig, dass Rechnung gelegt werden kann. Die Geldausgaben betragen 439 Gulden 19 Albus. Sechzehn Wochen hat das Werk still stehen müssen. Für die im Frondienst tätigen Untertanen sind 15½ Malter Korn verbacken worden. Meister Vers hat das Mahlwerk gemacht, Michel der Zimmermann die Zimmermannsarbeit. Seegräber waren Davit, Weigel und Meister Hans von Freiendiez.

1576 wird der Deich an der neuen Mühle — das ist nun der Ersatz der ursprünglichen oberen Mühle — erweitert und eingedämmt. Für die fronenden Untertanen muss das Brot eingekauft werden, weil man ihnen Sterbens halben, d. h. wegen der Pest, zu Diez nicht backen lassen konnte. Weirich Kremer, der Sohn und Nachfolger des Pächters von 1546, soll von dem neuen, erweiterten Werk jede Woche ein Malter abgeben, aber er begehrt Nachlass, weil die untere alte Mühle, das war die neue des Pachtbriefs von 1548, verfallen ist. Das Gesuch des Müllers hat sich erhalten.²⁶⁾

1577 wird dann die Herstellung der Untermühle in Angriff genommen; Meister Jakob von Diez und Henne von Hirschberg verfertigen ein neues Wasserrad, ein neues Kammrad (kampff radt), den Wassergang ausserhalb der Mühle, die Treppe und den Umbau um den Stein; der Schmiedemeister Thomas macht das Eisenwerk, Meister Hans der Seegräber die Wasser oberhalb der Mühle, das bedeutet vielleicht die Leitrinne für die überschlächtige Zuführung.

1578 erhalten die Freiendiezer Brot und Bier, weil sie den neuen Mühlen-deich aufgeworfen haben.

1579 am 21. Juni schlagen 48 Männer einen neuen Damm in die Aar, um das Wasser auf die Mühle zu bringen, und Jakob Jeronimus, der Schreiner,

²⁶⁾ Beilage 5.

stellt mit 4 Gehilfen in dreitägiger Arbeit den Beiderich, die Kammer für das Wasserrad her.

Vom Jahre 1580 ist eine bewegliche Beschwerde der Gemeinde Freindiez erhalten über die Misstände, die diese Umwandlung der Obermühle in ein überschlächtiges Werk für ihren Ort mit sich brachte.²⁷⁾

1581 wird die Diezer Mühle für 47 Malter Korn verpachtet; an wen, ist nicht ersichtlich. Aber da sie 18 Tage stillgestanden hat, hat sie nur 46 Malter erbracht.

1584 wird die Mühlenpacht durch den Baumeister Konrad Halsterberger auf 46 $\frac{1}{2}$ Malter festgesetzt.

1587 scheint der Landesherr, Graf Johann der Aeltere, den Neubau beabsichtigt zu haben, denn dem Müller Wilhelm Jäger werden 6 Gulden 6 Albus vergütet für das, was in der Mühle wegen des gnädigen Herrn darauf gegangen ist.

1588 soll der Pächter Wilhelm Jäger, auch Jeger oder Geger geschrieben, 52 Malter abliefern. Der Graf unterhält 1587 und 1588 den Eseltreiber und bezieht nur die Hälfte der Frucht.²⁸⁾

Im Jahr 1588 erhält die Mühle ein neues Strohdach.

1589 sind die obere und die untere Mühle zu Diez zum erstenmal getrennt verpachtet worden, was nicht aus der für dieses Jahr leider fehlenden Rechnung, sondern aus denen der folgenden Jahrgänge zu entnehmen ist. Als Obermüller wird ein Georg, als Untermüller Jakob Hieronimus genannt.²⁹⁾

1590 erträgt die obere Mühle laut des neuen Pachtzettels 36 Malter, die untere 24 Malter. Die Untermühle wird um ein Stockwerk erhöht; der Maurer zu Langenscheid erhält dafür an Lohn 14 Gulden 14 Albus. An der Obermühle mauert Wenz Hatzmann von Freindiez den Bederich aus.

1592 stellen Steinmetzen das vom Hochwasser zerstörte Wehr der Mühle wieder her. Wenz Hatzmann bricht die dazu erforderlichen 6 Fuder Steine. Der Weihermacher Hans Endlicher führt am Mühlgraben bei Freindiez an der Zwerchbach einen neuen Damm auf. Der gräfliche Mühlenmeister Johann Hungerhausen lässt den Weiher reinigen. Die Dirsteiner Mühle, die nun auch infolge der Auflösung des Klosters in die Hand der gräflichen Verwaltung zurückgefallen war, wird umgebaut.³⁰⁾

1593 wird das Haus der Untermühle nochmals gründlich erneuert, da die Umgestaltungen von 1590 anscheinend nicht ausgereicht hatten. In den Mühlen-deich am Zwerchgraben wird eine neue Schleuse eingebaut, und Hans Endlicher, der Weihermeister zu Freindiez verstärkt den von der wiederholten Ueberschwemmung beschädigten Deich durch einen Damm zu beiden Seiten.

1594 werden beide Mühlen auf 6 Jahre neu verpachtet, die obere an Arnold, den Müller von Zeuzheim, die untere an Alexander, den Müller von Baldenstein. Die Dächer müssen geflickt, das Wehr ausgebessert werden.

²⁷⁾ Beilage 6.

²⁸⁾ 1584–1586 ist Graf Ernst zu Holstein Pfandherr der Grafschaft Diez und nimmt den halben Teil des Mühlenpachts ein. Abrechnung in den Belegen des Jahrg. 1585.

²⁹⁾ Vgl. das bei Abel 89 mitgeteilte Verzeichnis aus diesem Jahr. Die Anmerkung S. 90 Nr. 1 berichtet sich dahin, dass die Untermühle schon länger bestanden hat. Der „seithero in die alt muchll“ = Untermühle gemachte zweite Gang ist wohl 1577 angelegt worden.

³⁰⁾ Nass. Annalen 39, 1910, 94; 166 § 6; 169.

1595 legt man eine Walkmühle an, auf gräflichen Befehl zum Behuf der ankommenden Fremden. Zuerst wird mit der Errichtung an der Lahn bei Dirstein begonnen, nachher erscheint es doch geratener, den Bau an die Obermühle zu verlegen, wo dann einige Veränderungen an den Türen nötig werden.

1600 wird das eingerissene Flutbett zwischen Diez und Freindiez zur Beförderung des Mahlwerks hergestellt; ein neuer Damm muss aufgeführt werden.

Die Reihe dieser Auszüge, die für den besonderen Gegenstand schwer vermeidbar war, lässt sich vielleicht auch rechtfertigen als Probebeispiel für den Reichtum an mehr oder minder bedeutenden Einzelheiten, den solche Rechnungsgruppen für Orts- und Landesgeschichte bergen.

Ganz deutlich ergibt sich, wie die alte Diezer Grafenmühle an der Aar im Laufe des 16. Jahrhunderts zu zwei getrennten Werken ausgebaut wird. Von dem Keim der Untermühle, dem anfangs der 40er Jahre errichteten Hilfswerk, erfährt man beim Fehlen der in Betracht kommenden Rechnungen erst durch den Mühlenbrief von 1546. Umfassend setzt dann die Bautätigkeit 1573 ein. Inzwischen war die Landesherrschaft einheitlich geworden. Der Katzenelnbogener Vertrag von 1557 hatte den vormals hessischen Teil der Grafschaft Diez an Nassau-Dillenburg gebracht; 1564 schied durch den Diezer Vertrag der noch übrige Teilherr, der Kurfürst von Trier, aus, der allerdings ein gutes Stück der Grafschaft für sich abriß. Es dauerte noch bis 1569, von da ab wurde dem Grafen von Nassau-Dillenburg ausschliesslich die Diezer Kellerei-rechnung abgelegt.

Um die Haupttatsachen zu wiederholen: 1575 ist die Obermühle von Grund aus neugebaut; 1577 erhält die Untermühle eine neue Einrichtung; 1579 wird der grosse Mühlgraben, wohl der noch heute bestehende, der das Tal unterhalb Freindiez in weitem sichelförmigem Bogen umspannt, angelegt. Die derart erneuerten Werke werden seit 1589 getrennt verpachtet. Dann folgen noch Erweiterungen am Hause der Untermühle 1590 und 1593.

Es sind also ganz beträchtliche Aufwendungen und Opfer der Landesherrschaft für ihre in Pacht gegebenen Eigentumsstücke; aber deutlich erkennbar ist die dabei obwaltende Absicht: die Werke sollen leistungsfähiger werden und höhere Erträge abwerfen. Landesherr war seit 1561 Graf Johann VI. von Nassau-Dillenburg, ein Fürst, der es mit den Pflichten und den Rechten seines Amtes sehr genau nahm. Wenn wir auch dank den reicher fliessenden Quellen dieser Zeiten besser übersehen, was im einzelnen die gräfliche Verwaltung für die Diezer Mühlen vollbracht hat, so wüssten wir doch gern noch mehr von den Männern, die im Auftrag des Grafen die Arbeiten ausführten. Konrad Halsterberger, der Bau- und Mühlenmeister Johanns VI., muss ein vielseitig begabter und verwendbarer Beamter gewesen sein; er leitet nicht nur den Umbau der Mühlen und etwa des für die Herrschaft angekauften Langenauischen Hauses, er wird auch von Dillenburg entsandt, um die Mastung zu besichtigen, d. h. den voraussichtlichen Ertrag der Diezer Waldungen für die Schweinemast abzuschätzen, 1574 und in den folgenden Jahren.³¹⁾ 1575 kommt er mit dem Kutschpferd des gnädigen Herrn nach Diez, das beweist wohl, dass er bei dem gestrengen Grafen ein gewisses Ansehen und Vertrauen genoss.

³¹⁾ Vgl. Hörpel in den Nass. Heimatblättern 23, 1922, 45.

Emmerich Scheffer, der von 1570—1591 die Kellerei zu Diez verwaltete, schreibt in einem Bericht vom 18. Februar 1588,³²⁾ dass der damals bereits verstorbene Halsterberger Vorschläge gemacht habe, einen stattlichen Mühlenbau — ein gut Müllwerck — an der Lahnbrücke zu errichten, im Falle eine Hofhaltung nach Diez verlegt würde.

Seit 1588 erscheint als Nachfolger Halsterbergers im Amt des Mühlenmeisters Johann Hungerhausen, der später als Landschultheiss und Oberförster der Herrschaft Beilstein wirkte.³³⁾

Die Mühlen blieben getrennt; der vom Grafen Johann VI. geschaffene Zustand hat lange Zeit gedauert. Der Halsterbergersche Bau der Obermühle stand bis 1758, wo er durch einen Neubau ersetzt wurde.³⁴⁾ Die Fesseln des aus dem Mittelalter stammenden Zeitpachtverhältnisses lösten sich im 19. Jahrhundert unter der Herrschaft des jungen Herzogtums Nassau, und die Mühlen wurden Eigentum der Müller, die Obermühle im Jahr 1819. Für eine besondere Geschichte der Diezer Mühlen seit dem 16. Jahrhundert würde es nicht an Stoff fehlen. Es kam das dreissigjährige Kriegselend; es kam die Zeit, da das alte gotische Kloster Dirstein dem Prachtbau von Oranienstein wich, der den Glanz und die künstlerische Verfeinerung einer fürstlichen Hofhaltung in diesem Winkel des Lahntals heimisch machte. Doch um auf eine Schattenseite solchen Glanzes zu verweisen, sei flüchtig des Zwischenspiels der Jahre 1709 bis 1712 gedacht, in denen Löw Heymann als Hoffaktor der Fürstinwitwe und Regentin Amalia sein unheilvolles Wesen trieb, ein diezischer Vorläufer vom Jud Süß mit romanhaften Schicksalen. Allein das Buch von Dr. Ferdinand Abel über das Mühlengewerbe in Nassau-Hadamar und Diez hat schon so viele wertvolle aktenmässige Angaben über den Gegenstand gebracht, dass für eine eigne Behandlung der Diezer Mühlen nur eine Nachlese übrig bliebe.

Schlussbemerkung. Die vorstehenden Darlegungen fussen auf Stoffsammlungen, die Herr Pfeiffer, der Besitzer der Obermühle in Diez, schon im Jahr 1919 angeregt hat; er wollte durch einen geschichtlichen Rückblick die denkwürdige Tatsache gefeiert sehen, dass seine Familie seit einem Jahrhundert Eigentümerin der Obermühle ist. Leider blieben die Sammeltätigkeit und die Ausarbeitung stecken, weil der Verfasser von Wiesbaden versetzt wurde. Nun wird im Einverständnis mit Herrn Pfeiffer dieses Bruchstück veröffentlicht als Beitrag zu der Festschrift, die der 600-Jahrfeier seiner Vaterstadt gewidmet ist. Die Leser aber mögen Nachsicht üben, dass manches in der Entfernung von den Quellen und landesgeschichtlichen Hilfsmitteln nicht die wünschenswerte Gestalt gewonnen hat, und dass wichtige Nebenfragen, zum Beispiel solche wirtschaftsgeschichtlicher Art, überhaupt nicht berührt werden. Es wurde nur versucht, äusserlich einen gewissen Abschluss zu erreichen, und einzelnes Neue hat sich im kleinen doch ergeben.

³²⁾ St.-A. Wiesbaden VII. A. D. A. D 802. Abschrift.

³³⁾ S. Hörpel in Nass. Heimatbl. 28, 1927, 5 n. 7.

³⁴⁾ Abel 195.

Beilagen.

1. Philipp der Aeltere von Falkenstein, Herr von Münzenberg, verschreibt dem Erzbischof von Trier Einkünfte im Betrag von 30 Pfund Heller aus seinem Hof in Freindiez und seiner Mühle bei Diez und nimmt sie als Montabaurer Burgmannlehen zurück. 1314 August 31.

Abschrift des 14. Jhs. in den Balduinen im Staatsarchiv zu Koblenz, 1 C. 1 n. 681 Bl. 265; 2 n. 691 Bl. 291.

Nos Philippus de Valkinstein senior, dominus in Montabur³⁵⁾, reverendo in Christo patri ac domino nostro, domino . . archiepiscopo Treverensis ecclesie, redditus XXX^a librarum Hallensium super bonis nostris propriis, videlicet curia nostra sita in villa dicta Vriendieze et bonis eidem curie attinentibus et molendino nostro sito in superiori parte prope Dietse, libere assignamus et eadem ab ipso domino et ecclesia Treverensi, ut proinde simus castrenses in Montabur, suscepimus pro castrensi feodo eternaliter possidendas. Harum literarum testimonio sigilli nostri robore munitarum.

Datum anno domini M^o CCC^o XIII^o, II kal. Septembris.

2. Philipp Herr von Falkenstein, Ritter, bekennt von dem Erzbischof Baldwin von Trier durch die Hand des Scholastikers der Pfälzeler Kirche Petrus 300 Pfund Heller erhalten zu haben, verschreibt dafür seinen Hof in Freindiez und seine Mühle in Diez, die er als Montabaurer Burgmannlehen zurückempfängt. 1314 Sept. 20.

Quelle wie Beilage 1. 1 n. 680 Bl. 265. 2 n. 690 Bl. 291.

Nos Philippus miles, dominus de Valkinsteyn, ad universorum noticiam cupimus pervenire, quod anno domini M^o CCC^o quarto decimo, feria VI^a³⁶⁾ post Exaltationem sancte Crucis recepimus vice et nomine reverendi in Christo patris ac domini nostri, domini Baldewini Treverensis archiepiscopi, per manus discreti viri Petri scolastici ecclesie Palatiolensis trecentas libras Hallensium in pecunia numerata, pro quibus idem dominus noster . . archiepiscopus nos in fidelem hominem suum et castrensem in Montabur duxit obtinendum, assignantes sibi pro eisdem trecentis libris Hall. curtem nostram de Vriendezye³⁷⁾ necnon molendinum nostrum de Dieze cum omnibus iuribus et pertinentiis eorundem, que etiam ab eodem domino nostro et ecclesia sua Treverensi in feodum castrense et nomine feodi castrensis tenere perpetuo tenebimur et debemus, acquitantes eundem dominum nostrum Treverensem suosque . . successores et ecclesiam Treverensem de CCC^{tis} libris antedictis. In cuius rei testimonium sigillum nostrum presentibus est appensum.

Datum anno domini et die quibus supra.

3. Ritter Otte von Freindiez, seine Frau Grete und die Brüder Dietrich Nagel, Ritter, und Markolf, Stifftsherr zu Diez, geben den Grafen Gotfrid und Gerhard zu Diez tauschweise ihre Mühle zu Freindiez gegen den Hof zu den Stocken. 1348 November 20.

Ausfertigung im Staatsarchiv Wiesbaden, Abt. VII., Perg. mit 4 anhangenden beschädigten Siegeln 1. des Ritters Otte v. Freindiez, 2. des Ritters Dietrich Nagel, 3. des Marienstifts zu Diez, 4. des Ritters Gerhard Specht. — Zu Stocken vgl. Vogel Beschreibung 675.

³⁵⁾ So in beiden Hsn. falsch für Minzenberg.

³⁶⁾ Bald. 2 hat II^a, was Sept. 16 ergäbe, aber wohl verschrieben ist.

³⁷⁾ Bald 2: Vriendieze.

Ich Otte von Vriendize ritter, Grethe mine eliche huisfrauwe, Dyderich Nayl ritter, Markolf canoniche zû Ditze, hern Dyderichis brûdir, und alle unse erben dîn kûnth allen den, dye disin brif sient odir horent lesin, daz wir mit samendir hant und mit berademe mûde hayn gekudit mit den edilin herren junchherren Godefride und Gerharte, greben zû Ditze, und allen iren erben und hayn in gegeben unse mûlen zû Vrienditze und den wert, der dar zû horet, mit alleme rethe und notze virschoyt und unvirschoyt, also wir si biz her hayn gehabit, umme irin haob zû den Stocken mit alleme rethe und notze ane greben reth, also si in biz her haynt gehabin, also daz si dye mûlen sollent inne haben und besitzin ewikliche ane widirsprache und hindirsal unsir und allir unsir erben; und daz dise dinc stede veste und war sin, des hayn ich Otte und Dyderich vorenant unse ingesigele an disen brif gehangin, und ich Markolf vorenant han gebedin dye ersamen herren, den capittil des stiftis zû Ditze, daz si ir ingesigele, daz da hort zû den schachen, haynt an disin brif gehangin, want ich nit ingesigelis enhan, und han wir dan auch mit eyn gebedin den ersamen ritter, hern Gerharten Speth, daz he sin ingesigele auch hayt an disin brif gehangin.

Datum in crastino sancte Elyzabeth anno domini MCCC^o XL^o octavo.

4. Pachtbrief für die Mühle zu Dietz. 1546 Dezember 26.

Abschrift von 1577 in Akten des Staatsarchivs zu Wiesbaden VII. A. D. A. D 162^a, Bl. 49.

Ich Emmerich Gûldener Trierischer und Hessischer keller zw Dietz und ich Thiederich von Hepenberg, Nassawischer keller daselbst, thun sament kunt und bekennen in und mit diesem offenen brief, das wir von aller unserer genedigsten und gûnedigen chur und fürsten graven und hern wegen Ihrer genaden malmûl zw Dietz die negsten vierundzwanzig jar lang nach dato folgende verlenet haben und verlenen hiemit dieselbige malmûln dem ehrsamem Jörg Kremer Henges seligen son, Anen seiner elichen hausfrawen und ihren erben, wie die itzt mit ihren laufenden redern und steinen in baw gesthelt ist, jerlichs darvon zw geben allen hern viertzig malter korns Dietzer maß, zheen gulden an geldt und fünfhundert ostereyger; und soll die verlhenung auß und angen zu Sanctpeterstag uf latein Cathetra Petri genent, des sollen der flecken Dietz, Altendietz, Heistenbach, Freiendietz, Fachingen und Birlenbach in gemelder malmûlen zu malen schuldig sein, aber herwiderumb soll der moller iderman gleich thun, das kein clag kome, und nicht mehr nehmen dan gebûrlichen molter, wie von alters, nemlich vom malter II dreyling, und welche zeit die wage widerumb uffgerost, soll er daruff wie von alters zu malen schuldig sein. Item der mûller soll auch nach außgangk der XXIII jar in gemelder mollen lassen wes darin befunden, nemlich zwo steinext, ein hebeissen, ein alten schanck, ein kist, vier esel, XXIII huner, dergleichen die erbgûtter, wiessen, weiden, gerten, sampt dem wieher, wie solches alleweg bey der mûlen gewest. Item nach dem die mûl auch itzt in gutem baw und beser gestelt, soll er die sampt und besonder in wessentlichem baw die jarzal außhalten mit redern, steinen und lauffen. Wo ihm holtz darzu benôttiget, sol er dem keller zur zeit heissen, so wollen sie ihm zur notturft geben, das soll er uff seinen cösten fûren und verarbeiten lassen. Diweyl aber der alt hauptbaw an der obersten mûlen noch bawfellig, wen derselbige auch in baw gestelt, sol er den die jarzal auß mit in baw halten. Wan auch sich zutregt, das der mûller newe stein haben und kaufen muß, so ist ihm die for

von der steinkauten bis uff die möll gen Dietz ußbehalten, solche fore sollen die hern wie von alters bestellen oder außrichten. Des alles zu wahren urkunt und erkenntniß so haben wir beide keller diese verlenung mit unsern eigen ingesiegel besigelt, davon dan ider copi behalten hat.

Datum Steffani prothomartiris anno XXXXVI.

5. Gesuch des Müllers Weirich Kremer zu Diez an den Grafen Johann zu Nassau-Dillenburg und Begleitbericht des Kellners Emmerich Scheffer zu Diez von 1577 Juni 13.

Staatsarchiv Wiesbaden. VII. A. D. A. D 162 Bl. 48 u. 50.*

. . . Ewer genaden kan ich in aller underthenigkeit clagendt nicht verhalten, wie das die Thrierische, Hessische und Nassawische keller zu Dietz für etlichen jaren meinem lieben vatter Jörg mhüller seligen samthafft ein zal jar die mhalmmüll bey Dietz . . . verlawen gehabt, welche müel und was darzw gehörig gedachter mein vatter seliger biß zw ende seines lebens ihngehabet und iderzeit des pfachts halb mit der obrigkeit zwfrieden worden. Wiewol nun aber . . . die ollenmbüel dörch verderbnis der noßbaum fast ein gutte zeit uhgebraucht verblieben und die alte mülenbewe schwerlich zu erhalten gewessen, so bin ich doch in meines vatters seligen stat ein zeitlang gethretten und mit dem Pfacht zu aller billigkeit mich erpotten, bis so lange Ew. g. genediglich bedacht die alte bew abzuschaffen und ein neue auffbawen zu lassen, wie geschehen. Als nun solche neue mül zu gang gesthelt, so haben von Ew. g. wegen die ehrnhaften Em. Schöeffer keller zu Dietz mir dieselbige müel sampt dem andern alten lauff, so nunmehr auch verfallen und ein gutte zeit ungangbar gewessen, solcher gestalt verlawen ., das ich alle wochen Ew. g. darauß ein malter korns uffs hauß oder kellerey Dietz zu liefern schultig sein soll, dessen ich also ingangen . . . Nachdem ich aber von ehegedachten Ew. g. keller ahngemandt, unangesehen das die alte mülenbew abgeworfen und 24 wochen kein malwerck hiegewessen, auch die ollenmül vorlangst verdorben und die ahnhangenden gerechtigkeit der mülen hingelegt, den alten müleupfacht gentzlich zuerlegen, so habe ich gepetten mir deshalb . . . keinen schaden zuzufügen . . . Ew. g. wölle . . . genediglich behertzen, das ich im understen alten mülenbaw fast ein halbes jar nit hab mallen kunnen, die ollenmhul verfallen und der angehörigen mbulen nutzen verhindert, auch ich gleichwol mein gesindlein und vhiag zur mülenarbeit gehörig ohn allen verdienst und nutzen hab darzwischen halten müssen . . .

[Bericht des Kellners:]

Vermog diesser übergebene Supplication ist die sach wie supplicirt allermaissen geschaffen, nemlich daß diesses supplicanten vatter die zwo alte moln mit iren dreien leuffen laut copia des lehenzetels vor 40 malter korns und 10 gulden an gelt ingehapt, und dan auch diessem supplicanten angezogene moln umb diessen pacht und gelt noch absterben seins vatters vergünstiget. Nachdem aber anno 75 zwen neuer leiff neu erbauet, seindt diessem supplicanten die neue zusamt der understen alten moln durch mich undenbenenten diesser gestalt und lenger nit dan ein jar verlenet worden, das er beneben den X gulden ein idere woche von den 3 leiffen ein malter korns lieffern soll. Und weill im des abgelauffene 76sten jars im winter der dam an dem molngraben abgebrochen und 10 tag still gehalten,

ist im an dem gesetzten pacht 1 malter korns nachgelassen; das auch die alte moell mit dem einen lauff nun in die 25 woche stillgestanden und verpfallen ist, stehent bey dem wolgebornen meinem g. hern, waß diesssem supplicanten deßwegen am gesetzten pacht nachgelassen werden soll.

Signatum den 13ten Junii anno 77.

Emmerich Scheffer ss.

6. Beschwerde der Gemeinde Freindiez an den Grafen Johann zu Nassau-Dillenburg über die Anlage des Mühlgrabens für die Diezer Mühle von 1589 August 10.

Staatsarchiv Wiesbaden. VII A. D. A. B 208 bei D 124.

. . . können wier doch hochdringender notturft nach nicht umbgehen E. G. underthenig zu berichten, dass in erbawung der newen mahlmühlen, der mühlengrab und wassergangk geklaußet und gesteygert worden, dass das wasser so zuvor ahn dem alten mühlenbawe unterschlegig gefallen, nunmehr uff die rehder felt, derhalben wier in geringen flutten mit unserm viehe und eygnen leyben weder ins veldt oder auß dem velde zu dorf kommen können, darüber etliche heußer abgebrochen und nicht bewont werden können und an die 12 heußer und bewe wassers halben erbermlichen mangell und noth erleyden, dergleichen niehe gehortt oder gesehen worden, und were woll von nothen, daß wier mit nachen zu unsern armen kindern und viehe fuhren zu geschweygen, daß unsere acker, wiesen, gertten, die wier schwerlich vorpfechten und vortzinsen müßen, bneben der gemeinen landstraßen, gesteygerten und geklausten waßers halben, dermaßen vorderbet, daß zu erbarmen. . .

Zwei Vorschläge des gräfl. Baumeisters sind unannehmbar, sie bitten um eine Besichtigung durch andere Sachverständige.

Zwei moderne Urkundenfälschungen zur älteren Geschichte der Stadt Diez.¹⁾

Von

Karl May.

Wenn man in diesem Jahre in Diez das sechshundertjährige Jubiläum der Stadtrechtsverleihung festlich begeht, so tut man dies in stolzer Freude an der grossen Vergangenheit der Stadt und ihrer Grafen. Da mag es vielleicht der eine oder andere als einen Misston empfinden, wenn zwei Urkunden, die abgesehen von einem Diplom Karls des Grossen²⁾ die ältesten Bausteine zur Diezer Geschichte waren, als moderne Fälschungen erwiesen werden. Aber die Trauer um den Verlust solcher Geschichtsquellen hat keine Berechtigung; waren sie doch nur dazu angetan, unsere Kenntnis von der Vergangenheit zu trüben. Die Entlarvung solcher Machwerke bedeutet keinen Verlust, sondern einen Gewinn. So mag die altehrwürdige Stadt Diez es als einen glücklichen Zufall begrüssen, dass ihr Jubiläum und die Befreiung von dem Bann, in den ihre Geschichte durch die Fälschungen eininhalb Jahrhundert lang geschlagen war, zusammenfallen.

I.

Die Schenkung der Wildrut und ihres Sohnes Konrad an Kloster Seligenstadt von 933 und deren Bestätigung Heinrichs II. vom 30. Januar 1012 nach ihrem Inhalt und ihrer Bedeutung.

Der Inhalt der zur Untersuchung stehenden Urkunden ist kurz folgender: 933³⁾ schenkt Wildrut, die Mutter K. Konrads, mit Einwilligung ihres Sohnes allen Zehnten in der Diezer, Braubacher Mark und in Lahnstein dem Kloster der heiligen Märtyrer Marcellin und Peter, das zu Obermühlheim gelegen sei und in neuer Zeit Seligenstadt genannt werde. Ausser den Zehnten begreift die vorgebliche Schenkung eine Manse, einen Weinberg und ein kleines Stück Land zu Lahnstein in sich. Die Schenkung ist zum Gebrauch der Mönche bestimmt und soll in Sonderheit zur Aufnahme bedürftiger Wanderer und zur

¹⁾ Herrn Oberbibliothekar i. R. Professor Dr. Heidenheimer (Stadtbibliothek Mainz) und Herrn Dr. Clemm (Staatsarchiv Darmstadt), die der vorliegenden Untersuchung wohlwollende Unterstützung zuteil werden liessen, sei auch an dieser Stelle herzlichst gedankt.

²⁾ Monumenta Germaniae Historica, Diplomata Karolinorum I, Nr. 165.

³⁾ Beilage Nr. 1.

Armenspeisung verwandt werden. Mit einer Strafandrohung für denjenigen, der die Bestimmungen verletzt, ferner mit dem Datum und einer Zeugenreihe schliesst die Urkunde.

Diese Schenkung wird durch ein angeblich echtes Diplom Heinrichs II. vom 30. Januar 1012⁴⁾ bestätigt. Sie enthält eine in der Vorurkunde keineswegs enthaltene Erweiterung der Pertinenzformel (*et in silva omnem decimationem sive ex porcorum precio, sive ex novalibus, sive quidquid inde utilitatis in quolibet usu provenire poterit, et ex curte dominicata sive in agris, sive vineis, parte decima*).

Solange man die Urkunden für echt hielt, konnte man ihre Bedeutung kaum überschätzen. Zunächst boten sie für die Ortsgeschichte Angaben für eine Zeit, für die sonst die Quellen äusserst spärlich fliessen. So wird zum Beispiel der Ortsname von Diez 790 zum ersten Mal erwähnt. Und erst volle dreihundert Jahre später in einer Urkunde des Jahres 1073⁵⁾ begegnet der Name zum zweiten Mal. In wie glücklicher Weise füllten also die Urkunden von 933 und 1012 die Lücke aus! So boten sie auch scheinbar wichtiges Material zur Geschichte von Braubach und Oberlahnstein. Diese ortsgeschichtlichen Angaben fanden daher auch ihren Platz in Vogels grundlegender Beschreibung des Herzogtums Nassau⁶⁾ und dürften von hier aus den Weg in zahlreiche lokalgeschichtliche Darstellungen gefunden haben.

Aber neben der Ortsgeschichte wurde auch die Genealogie der Konradiner durch die Urkunden beeinflusst. Wenck⁷⁾ sah – der Meinung des Fälschers durchaus entsprechend⁸⁾ – in dem erwähnten Konrad den Niederlahngauischen Grafen Konrad Kurzbold und in seiner Mutter Wildrut die Frau des 902 in der Babenberger Fehde gefallenen Konradiners Eberhard. Während sich dieser vorsichtige Forscher zunächst⁹⁾ mit einiger Zurückhaltung über den Zusammenhang des Konradinischen Geschlechts mit den im Niederlahngau nachfolgenden Dynastien aussprach, liess er sich später durch die Urkunden zu weitgehenden genealogischen Folgerungen verleiten. Die 1034 auftretenden Grafen Arnold und Wigger sollen, wenn auch vielleicht nicht in direkter männlicher Linie, Nachkommen der Niederlahngauischen Konradiner sein¹⁰⁾. Dieser Zusammenhang soll dadurch erwiesen werden, dass Arnolds Nachfolger, die Grafen von Arnstein, Braubach und alle Orte dieser Gegend in eigentümlichem Besitz oder unter ihrer Vogtei gehabt hätten; Diez hingegen sei bei Wiggers Nachkommen, den Grafen von Diez geblieben¹¹⁾. Wenn auch Wencks Aufstellungen von Vogel abgelehnt wurden¹²⁾ und auch sonst, so weit wir sehen, nicht übernommen

⁴⁾ Beilage Nr. 2.

⁵⁾ Gudenus, Codex diplomaticus I, S. 938 = Kremer, Origines Nassoicae II, S. 142/4, Nr. 92.

⁶⁾ Diez: Vogel, S. 402 und 763. Braubach: Vogel, S. 151 und 645. Oberlahnstein: Vogel, S. 151 und 649.

⁷⁾ Wenck, Hessische Landesgeschichte I, S. 349/50.

⁸⁾ S. unten S. 54.

⁹⁾ Wenck, Hessische Landesgeschichte I, S. 183/93.

¹⁰⁾ Wenck, Hessische Landesgeschichte I, S. 187/90.

¹¹⁾ Wenck, Hessische Landesgeschichte I, S. 350.

¹²⁾ Vogel, Beschreibung S. 198/9 und 203/4.

worden sind, so bleibt es doch äusserst bedauerlich, dass ein so verdienter Forscher, wie Wenck es ist, auf die Angaben solcher Fälschungen hereinfiel.

Die traurige Bedeutung, die die Urkunden in Bezug auf die Ortsgeschichte von Diez, Braubach, Oberlahnstein und die Genealogie der Konradiner und der Grafen von Arnstein und Diez erlangten, kommt weiter zum Ausdruck in der Verfälschung, die die Geschichte des Klosters Seligenstadt am Main erfuhr. Ihre Quellen sind vom 9. bis 11. Jahrhundert äusserst dürftig¹³⁾. Aber die wenigen Nachrichten ergeben ein immerhin verhältnismässig klares Bild. Seine Klarheit konnte durch unsere Fälschungen nur getrübt werden. In welcher Weise sie das Geschichtsbild verändern wollten, wird bei der Untersuchung der Tendenz der Fälschungen noch genauer zu zeigen sein¹⁴⁾.

Die Folgerungen, die über das Genannte hinaus aus den Urkunden gezogen werden konnten, sind mannigfaltiger Art. So könnten sie zu falschen Schlüssen der Lehre von Privat- und Königsurkunden führen. Auch dem Problem geistlicher und weltlicher Zehnten hätte, da in den Urkunden offenbar von weltlichen Zehnten die Rede ist, falsches Material zufließen können.

Die Aufzählung dessen, worin die Urkunden ihre Bedeutung erlangt haben oder hätten erlangen können, macht nicht den Anspruch, vollständig zu sein. Jedenfalls macht sie schon so deutlich, dass es höchste Zeit ist, die beiden Urkunden als das zu erweisen, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich als moderne Fälschungen. Da der Kritik von Königsurkunden bessere Handhaben zur Verfügung stehen als der von Privaturkunden, sei mit der Untersuchung des Diploms Heinrichs II. begonnen.

II.

Das Diplom Heinrichs II. für Kloster Seligenstadt vom 30. Januar 1012.

Heinrichs II. Bestätigung der Wildrut-Schenkung fand in den zwischen 1900 und 1903 durch Harry Bresslau herausgebrachten *Diplomata Heinrici II.* ihren Platz unter den echten Urkunden.¹⁵⁾ Immerhin waren dem Herausgeber einige Absonderlichkeiten aufgefallen.¹⁶⁾ Sie bestanden für ihn in Abweichungen vom kanzleimässigen Stil und in Unstimmigkeiten zwischen dem Ausstellungsort der Urkunde und dem Itinerar Heinrichs II. Da er jedoch die Echtheit der Urkunde nicht anzweifeln wollte, versuchte er die Anstösse zu erklären. Diese Bemühungen Bresslaus werden gegenstandslos, wenn die Urkunde einwandfrei als Fälschung erwiesen werden kann. Es wird also bei dem folgenden Nachweis der Fälschung insonderheit darauf ankommen, die Unmöglichkeit der Bresslau'schen Erklärungsversuche nachzuweisen.

Bedenken gegen die Echtheit der Urkunde erregt schon die schlechte Ueberlieferung. In dem im Staatsarchiv zu Darmstadt aufgegangenen Seligenstadter Archiv befindet sich weder das Original noch eine Kopie. Auch die Repertorien

¹³⁾ Archiv für Hessische Geschichte, Neue Folge VII, S. 107—113.

¹⁴⁾ S. unten S. 55, 56.

¹⁵⁾ *Monumenta Germaniae Historica, Diplomata Regum et Imperatorum Germaniae, Diplomata Heinrici II.*, S. 290/1, Nr. 255.

¹⁶⁾ Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde. XXII, 189 ff.

des Klosterarchivs aus dem 15., 17. und 18. Jahrhundert¹⁷⁾ kennen die Urkunde noch nicht. Ebenso fehlt sie in Weinckens 1713 erschienener *Navarchia Seligenstadiana*. Sie begegnet erst in einer 1778 anonym erschienenen *Series facti*.¹⁸⁾ Einen wörtlichen Abdruck, der sich sogar auf die Ueberschrift erstreckt, brachte 1791 die „Mainzer Monatschrift von geistlichen Sachen“.¹⁹⁾ Die Quelle ist nicht angegeben. Da auch der Herausgeber ungenannt bleibt, ist man auf die Vermutung angewiesen, dass Professor Müller, der Herausgeber der Zeitschrift²⁰⁾, den Abdruck veranlasst hat. Auch Steiner zitierte in seiner Geschichte und Beschreibung der Stadt und ehemaligen Abtei Seligenstadt die Urkunde nach der *Series facti*.²¹⁾ Der Druck der Urkunde bei Wenck²²⁾ geht nicht, wie Bresslau vermutete, unmittelbar auf die *Series facti* zurück. Sie beruht vielmehr auf einer Kopie von fremder Hand, die sich im Nachlass Wencks befindet²³⁾ und von ihm mit Verbesserungen und einem Regest versehen worden ist. Die weitgehende Uebereinstimmung dieser handschriftlichen Ueberlieferung mit dem Druck der *Series facti* findet dadurch ihre Erklärung, dass sie, wie noch unten²⁴⁾ wahrscheinlich gemacht werden wird, Wenck von dem Verfasser der genannten Deduktionsschrift zugesandt worden ist. Da auch Sauers Druck,²⁵⁾ der sich an Wenck anschliesst, keine selbständige Ueberlieferung darstellt, bleibt die *Series facti* als einzige ursprüngliche Quelle übrig. So sind denn auch Scribas²⁶⁾ und Stumpfs Regesten²⁷⁾ auf die nämlichen Drucke angewiesen. — So wenig die dürftigen Ueberlieferungsverhältnisse allein im Stande sind, das Zutrauen zu der Urkunde zu zerstören, so gewinnen sie doch im Zusammenhang mit den übrigen Fälschungsmerkmalen ein besonderes Gewicht.

Zunächst wird man darauf hinweisen müssen, dass der Stil der Urkunde von dem der nachweislich echten Diplome Heinrichs II. stark abweicht. Schon die zweite Hälfte der Devotionsformel (*ordinante providencia*) ist nicht kanzleigemäss. Dasselbe gilt von dem der Datierungszeile eingefügten *Christo propicio*. Auch das Fehlen des Inkarnationsjahres ist aussergewöhnlich. Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass die Arenga Formulierungen aufweist, wie sie nur in Karolingischen Diplomen üblich sind. Solange man, wie Bresslau, an der Echtheit der Urkunde festhielt, konnte man diese Anstösse nur durch die Er-

¹⁷⁾ Staatsarchiv Darmstadt, Repertorien fremder Archive, Seligenstadt, Nr. 43, 44 u. 45.

¹⁸⁾ Der genaue Titel der der Kürze wegen immer *Series facti* zitierten Schrift lautet folgendermassen: „*Series facti cum deductione juris contra gravamen continuum ordini Benedictino et congregationi Cassino – Bursfeldensi in Germania, per electoralem ordinationem Moguntinam illatum exhibita reverendissimo illustrissimo et excellentissimo domino d. Carolo Bellisomi archiepiscopo Tyanensi, ss. domini nostri, domini Pii papae VI. cum potestate legati de Latere nuntio apostolico Coloniae etc. etc. a congregatione abbatum Cassino-Bursfeldensi pro impetrando a summa sede apostolica per viam mediationis opportuno remedio. Anno 1778.*“

¹⁹⁾ Mainzer Monatschrift, VII, S. 932 3.

²⁰⁾ Mitteilung Professor Heidenheimers.

²¹⁾ Steiner, S. 338, Anmerkung a)

²²⁾ Wenck, Hessische Landesgeschichte I, Urkundenbuch, S. 290, Nr. 368.

²³⁾ Staatsarchiv Darmstadt, Nachlass Wenck.

²⁴⁾ S. unten S. 51.

²⁵⁾ Sauer, Codex diplomaticus Nassovicus I, S. 51 2, Nr. 105.

²⁶⁾ Scriba, Regesten zur Landes- und Ortsgeschichte des Grossherzogtums Hessen I, S. 21, Nr. 225.

²⁷⁾ Stumpf, Die Reichskanzler Nr. 1560.

klärung beseitigen, dass man Ausfertigung ausserhalb der Kanzlei annahm. Aber auch dann bleibt es immer noch unerklärlich, warum man ausser der Urkunde, die bestätigt werden sollte, mindestens drei andere Diplome²⁸⁾ in ganz äusserlicher Weise als Vorlagen benutzt hätte.

Zu diesen durch den Stil hervorgerufenen Bedenken gesellt sich das durch den vorgeblichen Ausstellungsort bedingte Misstrauen. Die Urkunde soll nämlich am 30. Januar 1012 in Mainz ausgestellt sein. Es ist völlig ausgeschlossen, dass der König zu dieser Zeit in Mainz gewesen ist. Da man aber bisher die Echtheit der Urkunde nicht in Zweifel zog, versuchte man den Widerspruch aufzulösen. Nach den *Annales Quedlinburgenses* war Heinrich II. in der zweiten Hälfte des November in Mainz. So rechnete Hirsch mit einer Verschreibung des Datums aus III. kal. dec. in III. kal. febr. Da aber auch die Möglichkeit besteht, dass der König auf seinem Zug von Metz nach Frankfurt, wo er am 10. September urkundet, Mainz berührt hat, schlug Stumpf vor, das Datum in III. kal. sep. zu verbessern. Ganz abgesehen davon, dass die Schreibung sep. statt sept. nur einmal zu belegen und die Emendation Hirschs paläographisch nicht zu rechtfertigen ist, handelt es sich in beiden Fällen um die unbegründete Voraussetzung, dass die Ueberlieferung der *Series facti* auf der Verschreibung des Datums einer echten Urkunde beruhe. Ficker und ihm folgend Bresslau liessen zwar die Angaben der herkömmlichen Ueberlieferung stehen, zogen aber daraus nicht die Folgerung einer Fälschung, sondern versuchten den Widerspruch dadurch aufzulösen, dass sie uneinheitliche Datierung annahmen. Die Mönche sollen nach dieser Annahme dem König im November 1012 ihre Bitte vorgetragen haben; die Urkunde sei aber erst am 30. Januar 1013 vollzogen worden. Auch diese gewaltsame Lösung konnte nur gefunden werden, wenn man die Echtheit der Urkunde unter allen Umständen voraussetzte. In Wirklichkeit lässt sich hierbei nichts erklären. Vielmehr ist der mit dem Itinerar Heinrichs in Widerspruch stehende Ausstellungsort eine Falle, die der Fälscher, ohne es zu ahnen, sich selbst stellte.

Der Fälscher war immerhin so vorsichtig, dass er sein Machwerk nicht ohne eine echte Vorlage²⁹⁾ in die Öffentlichkeit treten liess. Das heutige Klosterarchiv bietet sie nicht. Bresslau glaubte daher, ein verlorenes Diplom Heinrichs für Seligenstadt als Vorlage annehmen zu müssen. Bei dem Fehlen genauerer Anhaltspunkte wird man jedoch auf diese Vermutung nicht bauen können. Auch wenn man die Möglichkeit zugibt, dass das Seligenstadter Archiv einmal eine zweite Ausfertigung des Diploms besessen habe, in dem Heinrich am 21. Januar 1018³⁰⁾ den Tauschvertrag bestätigt, durch welchen das Kloster Burscheid gegen den Hof Russon den Hof Camberg an das Kloster Seligenstadt abgetreten hatte, so hat man damit nicht die Vorlage der Fälschung ermittelt; denn sonst hätte sie, wie schon Bresslau richtig bemerkt, ganz anders ausfallen müssen. Es verhält sich vielmehr so, dass dem Fälscher kein für

²⁸⁾ S. unten S. 48.

²⁹⁾ *Monumenta Germaniae Historica, Diplomata Regum et Imperatorum, Diplomata Heinrichi II.*, Nr. 381.

³⁰⁾ Diese und die folgenden Vorlagen sind in der Beilage Nr. 2 in der dort angegebenen Weise gekennzeichnet.

Seligenstadt ausgestelltes echtes Diplom Heinrichs II. zur Verfügung stand, sondern dass er auf die echte Urkunde eines anderen Archives angewiesen war. Wenn auch die Verwendung fremder Archivalien für den mittelalterlichen Fälscher nicht völlig ausgeschlossen ist, so dürften hierfür doch nur wenige Beispiele zur Verfügung stehen. So wird man schon von vornherein für wahrscheinlicher halten müssen, dass unsere Fälschung einer Zeit angehört, in der durch Drucke Urkunden fremder Archive allgemein zugänglich wurden. Diese Vermutung bestätigt sich. In dem von Johann Friedrich Schannat 1724 herausgegebenen *Corpus traditionum Fuldensium* findet sich der Druck eines Diplomes Heinrichs II. vom 29. Dezember 1012³¹⁾, in dem der König dem Kloster Fulda den umliegenden Königsforst schenkt. Ihm entnahm der Fälscher grosse Teile des Protokolls; aber auch Arenga, Promulgatio und Corroboratio weisen Spuren dieser Vorlage auf.

Neben diesem Druck diente die Schenkungsurkunde der Wildrut von 933 als Vorlage.

Zur Ermittlung weiterer Vorlagen führt das, was oben bei der Zusammenstellung der Fälschkungskriterien über den Stil ermittelt wurde. Die genannten Formeln stammen aus Karolingischen Urkunden. Solange man unser Diplom für echt hielt, musste man sich bemühen, deren Existenz nachzuweisen und die Deperdita zu rekonstruieren. Da in dem Immunitätsprivileg vom 25. November 1045 von Immunitäten früherer Könige und Kaiser die Rede ist, glaubte Bresslau, auch auf die Existenz Karolingischer Urkunden schliessen zu können. Aber auch die Immunitätsbestätigung vom 25. November 1045 ist verdächtig.³²⁾ Die Urkunde Ludwigs des Frommen vom 11. Januar 815, in der der Kaiser seinem getreuen Einhard unter anderem die Villa Mühlheim am Main und vier Mansen in Untermühlheim zu freiem Eigen gibt, war erst seit dem 17. Jahrhundert in Seligenstadt bekannt.³³⁾ Sie wurde in der *Series facti*³⁴⁾ abgedruckt und

³¹⁾ Schannat, S. 244/5 Nr. 594.

³²⁾ *Monumenta Germaniae Historica, Diplomata Heinrici III, Nr. 148.* Dem Bearbeiter (Wibel) war es nicht möglich, eine handschriftliche Ueberlieferung aufzufinden. Er kennt nur zwei Drucke: 1. Weinckens, *Navarchia Seligenstadiana seu Fundatio . . . Abbatiae Seligenstadiensis* (Frankfurt 1713) S. 126, Lit. Y und 2. *Series facti, Adjuncta documenta probationum* S. 54, Lit. H H. Die Behauptung, dass die Drucke bei Weinckens und in der *Series facti* auf eine gemeinsame Quelle, die vermeintliche Kopie eines Originals, zurückgingen, ist nicht zu begründen. Man wird vielmehr die Möglichkeit offen halten müssen, dass der Verfasser der *Series facti* den Weinckens'schen Text lediglich korrigierte. Die in Weinckens' Druck vorkommenden Namensformen Mühlheim und Seligenstadt sind in einer echten Urkunde unmöglich. Lassen sich diese modernen Formen aus einer ausdrücklichen Absicht Weinckens' oder der Ungenauigkeit eines Kopisten erklären? Ob nicht vielleicht auch die Formeln der Urkunde und die bereinigte Geschichte des Klosters Seligenstadt den Verdacht gegen die Echtheit des Diploms verstärken könnten, soll hier nicht genauer untersucht werden. Es sei nur noch darauf hingewiesen, dass bereits der kurfürstlich Mainzische Hof- und Regierungsrath Johann Georg Reuter (* 9. 10. 1737, † 4. 10. 1810. *Allgemeine Deutsche Biographie* Bd. 28, S. 327/8) die Urkunde für eine Fälschung hielt; in seinem heute im Besitz der Universitätsbibliothek Bonn befindlichen Exemplar der *Series facti* hat er nämlich die Immunitätsbestätigung von 1045 mit dem Zusatz „falsum“ versehen.

³³⁾ Böhmer-Mühlbacher, *Die Regesten des Kaiserreichs unter den Karolingern.* Zweite Auflage S. 251; Nr. 569.

³⁴⁾ *Adjuncta Documenta probationum* S. 54/5, Lit. HH.

diente, wenn auch in bescheidenem Umfang, als Vorlage. Ihr entstammen in der Devotionsformel die Worte „ordinante providencia“ und in der Datierungszeile der Zusatz „Christo propicio“. Diese charakteristischen Formeln veranlassten wohl auch Bresslau, als Vorurkunde ein Diplom Ludwigs des Frommen anzunehmen. Was sich aber darüber hinaus an älteren Formeln vorfindet, passt nicht in den Stil Ludwigs des Frommen. So weisen in die Zeit der letzten Karolinger in der Korroborationsformel die Worte „in dei nomine“. Sie könnten Diplomen Karls des Dicken entnommen sein, wie sie der Fälscher bei Honthheim, Lamey und Schannat³⁵⁾ vorfand. Für diese und die übrig bleibenden Anklänge an Karolingischen Kanzleistil scheint der Fälscher keine bestimmte Vorlage benutzt zu haben. Vielmehr dürfte er die Formeln verschiedener Urkunden, die er gelesen hatte, rein gedächtnismässig verwertet haben.

Die Entstehungszeit der Fälschung ergibt sich aus dem Jahr ihres ersten Druckes (1778) und der jüngsten benutzten Vorlage. Es ist die Wildrut-Urkunde, die wie wir noch unten zeigen werden, kurz vor der Drucklegung der *Series facti* entstanden sein muss.

Mit der Festlegung der Entstehungszeit der Fälschung wird man auch mit hoher Wahrscheinlichkeit den Fälscher namhaft machen können. Vermutlich ist es kein anderer als der Verfasser der *Series facti* selbst. Er nennt seinen Namen nicht und Stillbauer³⁶⁾ lässt es offen, ob man die Schrift Fuchs oder Messer zuschreiben soll. Josef Fuchs war am 21. September 1732 zu Erfurt geboren, legte am 21. September 1752 zu Seligenstadt die Gelübde ab und starb am 19. Juli 1782 als Professor der Geschichte an der Universität Mainz. Wenn auch Stillbauers Charakteristik von Josef Fuchs „berühmt als Historiker, namentlich als gediegener Altertumsforscher“ zu Recht bestehen mag, so verlangt doch die Abfassung einer Deduktionsschrift juristische Kenntnisse, über die Fuchs kaum in hinreichendem Masse verfügte. So wird man eher an Richard Messer als den Verfasser denken dürfen. Er war nämlich nach Stillbauer „ein ausgezeichneter Kenner beider Rechte und ein tüchtiger Archivar“. Als Kenner des Rechtes weist ihn auch ein in der *Series facti* abgedrucktes Notariatsinstrument vom 17. Juli 1775³⁷⁾ aus; es trägt die Unterschrift: „Richardus Messer, Notarius publicus apostolicus juratus et curiae Romanae immatriculatus“. Auch Steiner, der in seiner Geschichte und Beschreibung der Stadt und ehemaligen Abtei Seligenstadt zunächst die Deduktionsschrift Fuchs zugeschrieben hatte,³⁸⁾ neigte im Anhang³⁹⁾ der Ansicht zu, dass Richard Messer der Verfasser sei. Messer war am 20. Oktober 1710 zu Hofheim geboren, legte am 6. Juni

³⁵⁾ Honthheim, *Historia Trevirensis* I, S. 222/3, Nr. 116. Lamey, *Codex principis olim Laurensis abbatiae diplomaticus* I, S. 84/5, Nr. 45. Schannat, *Corpus traditionum Fuldensium* S. 211/2, Nr. 522 und *Historia Fuldensis* II, S. 137/8.

³⁶⁾ Stillbauer, Johannez, *Der wissenschaftliche Zustand der ehemaligen Benediktiner-Abtei der hl. Marzellen und Peter zu Seligenstadt: Programm des Real-Propagandasiums zu Seligenstadt, womit zu den öffentlichen Prüfungen am Ende des Schuljahres 1876–1877 ergehenst einladet die Direktion Dr. Wilhelm Geier, Pfarrer*, S. 27/8.

³⁷⁾ *Adjuncta documenta probationum* S. 26, Lit. F.

³⁸⁾ Steiner, S. 95, Anmerkung c) und S. 117.

³⁹⁾ Steiner, S. 272.

1738 die Gelübde ab und starb, nachdem er verschiedene Klosterämter und Pfarreien verwaltet hatte, am 17. Oktober 1785. Ob die im Nachlass Wenck befindliche Urkundenabschrift von Messers Hand stammt, liess sich nicht einwandfrei ermitteln. In den in Darmstadt aufbewahrten Seligenstadter Akten jener Zeit findet sie sich nach den bisherigen Ermittlungen⁴⁰⁾ nicht. Die einzige mir bekannte Schriftprobe von Messers Hand ist seine Unterschrift unter den ihn selbst betreffenden Teil eines Visitationsprotokolls vom 6. Februar 1773.⁴¹⁾ Sie lautet: „f. Richardus Messer professus in Seeligenstatt mpp.“ Diese kurze Schriftprobe genügt freilich nicht, die Identität mit der im Nachlass Wenck vorliegenden Handschrift zu behaupten. Sollte sich diese von mir vermutete Identität auf Grund ausgedehnterer Schriftproben einmal klar beweisen lassen, so wüssten wir bestimmt, dass Wenck und der Fälscher in direktem brieflichem Verkehr standen. Diese Annahme drängt sich einem aber auch ohne jenen Nachweis bei der Untersuchung der auf das Jahr 933 gefälschten Urkunde auf.

Dass Messer und nicht etwa ein anderer die Urkunde gefälscht hat, ergibt sich aus der wesentlichen Rolle, die das Diplom Heinrichs II. innerhalb der von ihm verfassten Deduktionsschrift spielt. Die Angaben der unzweifelhaft echten Urkunde Heinrichs IV. vom 14. Juni 1063⁴²⁾, durch die dem Erzbischof Siegfried von Mainz der rechtmässige Besitz Seligenstadts unter Berufung auf Diplome Ottos I., Heinrichs II. und Konrads II. und eine Urkunde Erzbischof Luitpolds von Mainz (1051—1059) zugestanden wird, sollen als gefälscht erwiesen werden⁴³⁾. Der Nachweis aber, dass Seligenstadt unabhängig von Mainz gewesen sei, wird unter anderem damit geführt, dass die Bestätigungsurkunden der Kaiser nicht dem Erzbischof, sondern den Aebten selbst gegeben worden seien. Ferner soll mit der Urkunde bewiesen werden, dass Seligenstädter Aebte des 9. und 10. Jahrhunderts in der Diezer und Braubacher Mark auf eigenem Grund und Boden Kirchen errichtet hätten.⁴⁴⁾ Auch hier liegt die Absicht vor, die Unabhängigkeit des Klosters von Mainz zu beweisen. Ferner wird auch noch die Urkunde in wirkungsvollen Gegensatz zu dem Raub des Erzbischofs vom Jahre 1063 gestellt, dem auch die Zehnten der Diezer und Braubacher Mark und zu Lahnstein trotz kaiserlicher Bestätigung zum Opfer gefallen seien. Den Fälscher mag auch, was sich freilich nur vermuten lässt, bei der Herstellung einer Bestätigungsurkunde Heinrichs II. die Absicht geleitet haben, etwaigen Verdacht gegen die Echtheit der Urkunde von 933 im Keime zu ersticken.

III.

Die auf das Jahr 933 gefälschte Schenkung an Kloster Seligenstadt.

Wenn den Fälscher des Diploms vom 30. Januar 1012 wirklich die Absicht geleitet hat, etwaigen Verdacht gegen die Urkunde des Jahres 933 im

⁴⁰⁾ Staatsarchiv Darmstadt, Abteilung VB 3, konvolut 99, Faszikel 1 und konvolut 100, Faszikel 1.

⁴¹⁾ Domarchiv Mainz, Kasten 34, Abtei Seligenstadt, Faszikel III, Nr. 16, Visitaciones I, S. 292.

⁴²⁾ Stumpf, Reichskanzler Nr. 2620.

⁴³⁾ Series facti S. 24/7.

⁴⁴⁾ Series facti S. 31.

⁴⁵⁾ Series facti S. 34.

Keime zu ersticken, so wäre ihm dieses Vorhaben in der Tat geglückt. Denn einhalb Jahrhundert lang erhob sich gegen die Echtheit dieser Urkunde nicht der geringste Verdacht. Erst kürzlich hat P. Wagner⁴⁶⁾ allerdings ohne genauere Begründung, die Echtheit angezweifelt.

Dieser Verdacht erweist sich als durchaus berechtigt. Die schlechte Ueberlieferung weckt auch hier, wie schon bei der Bestätigungsurkunde vom 30. Januar 1012, ein erstes Bedenken. Das Seligenstadter Archiv besitzt sie weder im Original noch in einer Kopie noch auch in einem Regest seiner Repertorien. Auch in Weinckens 1713 erschienener *Navarchia Seligenstadiana* fehlt sie noch. Auch sie findet sich zum ersten Mal in der von Richard Messer verfassten *Series facti*.⁴⁷⁾ Aus ihr wurde sie 1791 in der „Mainzer Monatschrift für geistliche Sachen“ abgedruckt⁴⁸⁾ und auf diesem Druck beruht Schunks Kenntnis der Urkunde⁴⁹⁾. — Wencks Druck⁵⁰⁾ geht nicht unmittelbar auf die *Series facti* zurück. Als Wenck im § 17 des ersten Bandes seiner *Hessischen Landesgeschichte* über das „Salisch Conradinische Geschlecht und seine Nachkommen im Nieder Lohngau“ schrieb, kannte er die Urkunde noch nicht. Sie war ihm später zugegangen, so dass er sie erst in § 43, der die Erwerbung des Schlosses Braubach durch Eberhard I. von Katzenelnbogen zum Gegenstand hat, verwenden konnte.⁵¹⁾ Dass die *Series facti* nicht seine Quelle war, ergibt sich unzweifelhaft aus der Anmerkung, nach der ihm die Bestätigungsurkunde Heinrichs II. erst später zugegangen ist⁵²⁾. Sie wurde ihm also — vermutlich von Messer — zugeschickt. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn Wenck die Urkunde von 933 unmittelbar aus der *Series* abgedruckt hätte. Denn hier stehen die Urkunden von 933 und 1012 nebeneinander. Obwohl sich im Nachlass Wenck keine Abschrift der Wildrutschen Schenkung vorfindet, muss sie einmal Wenck zugeschickt sein. Auch diese Abschrift stimmte offenbar mit dem Druck der *Series* weithin überein. So sieht man sich auch hier zu der Annahme gezwungen, dass die Urkunde Wenck von einem Gelehrten zugeschickt worden ist, dem die *Series* vorlag. Da es nicht unwahrscheinlich ist, dass die Urkunde vom 30. Januar 1012 von dem Verfasser der *Series facti* selbst an Wenck übersandt wurde, so wird man die Vermutung aussprechen dürfen, dass auch Wencks Druck der Urkunde von 933 auf eine Abschrift Messers zurückgeht. Das Fehlen dieser Abschrift im Nachlass Wenck lässt sich nur vermutungsweise erklären. Es besteht die Möglichkeit, dass Messer die Abschrift zurückerbeten hätte. Dass Wenck die Urkunde nicht beanstandete, könnte den Fälscher ermutigt haben, die Bestätigungsurkunde Heinrichs II. hinzuzufälschen. Der Auszug, den Steiner in seiner Geschichte und Beschreibung der Stadt und ehemaligen Abtei Seligenstadt gibt⁵³⁾, ist aus Wencks Druck geschöpft.

⁴⁶⁾ Wagner, Paul, Die Eppsteinschen Lehnverzeichnisse und Zinsregister des XIII. Jahrhunderts, S. 77, Anmerkung 1.

⁴⁷⁾ *Adjuncte documenta probationum* S. 57/8, Lit. NN.

⁴⁸⁾ *Mainzer Monatschrift* VII, S. 931/2.

⁴⁹⁾ Stadtarchiv Mainz, Nachlass Schunk, Urkunden- und Druckschriftenauszüge.

⁵⁰⁾ Wenck, *Hessische Landesgeschichte* I. Urkundenbuch, S. 279/80, Nr. 367.

⁵¹⁾ Wenck, *Hessische Landesgeschichte* I, S. 349.

⁵²⁾ Wenck, *Hessische Landesgeschichte* I, Urkundenbuch S. 279, Anmerkung **).

⁵³⁾ Steiner, S. 337/8.

Sauer,⁵⁴⁾ der die Urkunde nur aus dem Wenckschen Druck kannte, freute sich eine handschriftliche Ueberlieferung aufweisen zu können. Er fand sie in Schotts *Diplomata Ringravica*⁵⁵⁾ vor und schrieb ihr gegenüber Wenck die Priorität zu, indem er die Schottsche Ueberlieferung abdruckte. Arthur Wyss beanstandete in einer Rezension⁵⁶⁾ dieses Vorgehen und meinte die Abschrift Schotts sei „offenbar eine nicht ganz genaue Kopie des Druckes bei Wenck“. Sauer entgegnete,⁵⁷⁾ Wenck habe seine Abschrift vermutlich von Schott. Zu beweisen sei freilich seine Ansicht ebensowenig wie die von Wyss. Dieser sucht jedoch in einer Entgegnung⁵⁸⁾ Sauers Meinung durch den Hinweis zu entkräften, dass in Wencks Nachlass keine Schottsche Abschriften vorhanden seien; ferner hätte Wenck, nicht aber Schott, zu Seligenstadter Archivalien Zutritt gehabt. Dieser Beweisführung, die zudem nicht überzeugend ist, hätte es nicht bedurft. Dass Wyss im Recht ist, beweist eine genaue Vergleichung der Schottschen und Wenckschen Ueberlieferung. Die Auslassungen und Abweichungen Schotts lassen sich nämlich nur erklären, wenn man Wencks Druck voraussetzt. So ist auch Schotts Ueberlieferung auf dem Umweg über Wenck und seinen Gewährsmann letztlich auf die *Series facti* zurückzuführen. Der Druck der *Series facti* ist also auch für die Wildrut-Urkunde die ursprünglichste Ueberlieferung, die ermittelt werden kann.

Das Bedenken, das die schlechte Ueberlieferung der Urkunde hervorruft, wird durch andere Kriterien verstärkt. Wenn auch die Kritik von Privaturkunden erschwert ist, so hat doch der Fälscher durch die zahlreiche Verwendung von Orts- und Personennamen eine gute Handhabe geboten. So ist die Form „Dissermark“ in einer echten Urkunde des Jahres 933 unmöglich; denn die richtige Form des Namens lautet 790⁵⁹⁾ „Theodissa“, 1073⁶⁰⁾ „Didesse“ und 1107⁶¹⁾ „Diedisse“. Auch die Schreibweise „Brubechermark“ erregt Anstoss, wenn man die echten 882 und 973 auftretenden Formen „Bruibach“ und „Briubah“ kennt. Nicht anders verhält es sich mit „Lonsteyn“, das im 10. Jahrhundert „Logenstein“ heisst⁶²⁾. Schliesslich tritt auch der Name Seligenstadts in einer für jene Zeit gänzlich ausgeschlossenen Namensform auf; das Kloster, das bei seiner ersten Erwähnung im Jahr 847⁶³⁾ „Saligstat“ und noch 1002⁶⁴⁾ „Selegonostat“ und 1018⁶⁵⁾ „monasterium Salegenstetensis“ heisst, kann 933 unmöglich „Selgenstatt“ geheissen haben.

Ausser den Ortsnamen werden auch die Personennamen⁶⁴⁾ dem Fälscher zum Verhängnis. Wyss glaubte noch das unsinnige „Wualduum“ in „Uualduuin“

⁵⁴⁾ Sauer, *Codex diplomaticus Nassovicus* I, S. 41/2; Nr. 86.

⁵⁵⁾ Staatsarchiv Darmstadt, Nachlass Schott.

⁵⁶⁾ Westdeutsche Zeitschrift, V, S. 381.

⁵⁷⁾ Ebenda VI, S. 373.

⁵⁸⁾ Ebenda VI, S. 397.

⁵⁹⁾ Beyer, *Mittelrheinisches Urkundenbuch* I, Nr. 412.

⁶⁰⁾ Bach, *Die Siedlungsnamen des Taunusgebiets*, S. 90.

⁶¹⁾ *Monumenta Germaniae, Epistolae* VI, P. I, S. 60.

⁶²⁾ Ebd. *Diplomata Heinrici II*, Nr. 5.

⁶³⁾ Ebd. Nr. 381.

⁶⁴⁾ Vgl. zu dem Folgenden Fürstemann, *Altd deutsches Namenbuch*. Herausgegeben von Jellinghaus.

verbessern zu müssen⁶⁵). Wenn Sauer diese Emendation mit der allgemeinen Behauptung bekämpfte, es sei nicht begründet, für jedes nach subjektiver Anschauung nicht richtig überlieferte Wort ohne weiteres ein vermeintlich richtiges in den Text zu setzen⁶⁷), so erwiderte Wyss mit Recht⁶⁸), das Uualduuin die einzige sprachlich mögliche Form sei. Aber die Wyss'sche Emendation wird gegenstandslos, wenn man sieht, dass auch andere Personennamen von dem Fälscher willkürlich erfunden oder verändert worden sind. So lässt sich für den Namen Hisger keine einzige Parallele auffinden und die Form Kankorn ist im Blick auf die zahlreich überlieferten echten Formen unmöglich. Diese sprachlichen Anstösse, deren Zahl sich noch vermehren liesse, sprechen der Urkunde das Gericht. Ihre Häufung und Beschaffenheit lassen auch nicht den Einwand aufkommen, dass sie auf die Schuld eines schlechten Kopisten zurückzuführen seien.

Eine bestimmte Vorlage, die den Stil der Urkunde bestimmt haben könnte, wird sich nicht ermitteln lassen. Jedoch muss man die Kenntnis der im Druck vorliegenden Fuldaer und Lorscher Traditionen voraussetzen. Sie gaben das Muster ab für die Anlage der Fälschung und boten in Sonderheit Material für die Zeugenreihe. So finden sich im Codex Laureshamensis die Namen Eberhard, Meginfrid, Erloff, Walpraht, Fruduin, Ratbodo, Starafid, Heidenrich und Bruning⁶⁵) und Schannats *Corpus traditionum* bot darüber hinaus die Namen Brunhard⁶⁶) und Kankor.⁶⁷) Die Namen Hisger und Vualduum sind offenbar unglückliche Erfindungen. Von den drei übrig bleibenden Namen bedurfte der Fälscher für den Namen Helmut keiner besonderen Vorlage, weil er bis in die neueste Zeit nicht ungewöhnlich ist. Der Name Godebald ist der Name eines Niederlahngauischen Grafen, der in den Untersuchungen Wencks⁶⁸) eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Rätselhaft bleibt lediglich, woher dem Fälscher der Name Tolman, der äusserst selten zu sein scheint, bekannt war. Man wird jedoch vermuten dürfen, dass er ihn, da es einen gleichnamigen Märtyrer gibt, in einer erbaulichen Darstellung gelesen hat.

Neben diesen formalen Hilfsmitteln bedurfte der Fälscher auch sachlicher Vorlagen, wenn er der Gefahr baldiger Entlarvung entgehen wollte. So benutzte er die im Klosterarchiv liegenden Nachrichten über Besitzungen zu Oberlahnstein und Braubach. Nach Einträgen der Repertorien des 15. und 17. Jahrhunderts befand sich im Archiv eine Kopie des Verkaufs von Gütern und dem Zehnten zu Oberlahnstein an die Karthause zu Koblenz.⁶⁹) Ein Beweis für den einmal tatsächlich vorhandenen Besitz zu Oberlahnstein ist auch eine Urkunde vom 5. Januar 1258,⁷⁰) nach der die Deutschordens-Kommende zu Koblenz dem Kloster Seligenstadt für einen dort gelegenen Weinberg gewisse Abgaben zu

⁶⁵) Vgl. das Register der Ausgabe von Lamey.

⁶⁶) Schannat, S. 467 (anno 850).

⁶⁷) Schannat, S. 473 (anno 953).

⁶⁸) Wenck, Historische Abhandlungen. Erstes Stück (1778) S. 34. Vgl. dazu die unten folgenden Bemerkungen über die Beziehungen des Fälschers zu Wenck.

⁶⁹) Staatsarchiv Darmstadt, Repertorien fremder Archive, Seligenstadt Nr. 43, f. 5 und Nr. 44, f. 42.

⁷⁰) Sauer, Codex diplomaticus Nassovicus II, S. 405/6, Nr. 670.

leisten hat. Auch den Zehnten und andere Rechte zu Braubach hat Seligenstadt tatsächlich einmal besessen. Das erfahren wir aus einer Urkunde vom 3. Februar 1265,⁷¹⁾ in der das Kloster diesen Besitz dem Stift St. Kastor zu Koblenz verkauft. Diesen Verkauf genehmigte Erzbischof Werner von Mainz am 25. Februar desselben Jahres.⁷²⁾

Wenn es also garnicht völlig aus der Luft gegriffen ist, dass der Fälscher mit Braubach und Lahnstein arbeitet, so ist zunächst nicht einzusehen, wie er auf Diez verfiel. Denn weder zu Diez, noch zu Freindiez oder Altendiez ist Seligenstadter Besitz nachzuweisen.⁷³⁾ Eine eingehendere Untersuchung der dortigen Zehntverhältnisse dürfte sogar voraussichtlich das Ergebnis zeitigen, dass Seligenstadt als ehemaliger Inhaber des Zehntens überhaupt nicht in Frage kommen kann. Wenn der Fälscher einen Seligenstadter Zehnten zu Diez konstruiert, so müssen ihn andere Erwägungen dazu verleitet haben als zur Verwendung der Orte Braubach und Lahnstein. Offenbar wird nämlich sein Vorgehen bestimmt durch die Vorstellung, die er von Wildrut und ihrem Sohn Konrad, den vorgeblichen Stiftern der Schenkung hat. In Konrad sieht er den Niederlahngauischen Grafen Konrad Kurzbold und in Wildrut die Frau seines Vaters Eberhard. Vermutlich will auch der Fälscher den Anschein erwecken, dass der an erster Stelle der Zeugenreihe stehende Eberhard der Nachfolger Kurzbolds in der Grafschaft des Niederlahngaus sei. Dass nun diese Grafen unmittelbare Vorfahren der späteren Grafen von Diez seien, ist dem Fälscher eine ausgemachte Sache. So spricht er im Inhaltsverzeichnis der *Series facti* — es ist nämlich, wie wir unten genauer zeigen werden, kein anderer als ihr Verfasser selbst — von der Schenkung, die dem Kloster von Wildrut und ihrem Sohn Konrad, einem Grafen von Diez, gemacht worden ist⁷⁴⁾ und auch im Text der Deduktionsschrift wird Konrad als Diezer Graf angesprochen.⁷⁵⁾ Zunächst scheint es vollkommen rätselhaft zu sein, dass ein Seligenstadter Pater in seine Fälschungen die Grafen von Diez verwickelte. Aber die Vermutung, dass Messer mit Wenck korrespondierte, gibt uns einen Fingerzeig zur Lösung des Rätsels. Wenck ist nämlich der erste, der in seinen 1778 gedruckten „Historischen Abhandlungen“⁷⁶⁾ einen genealogischen Zusammenhang zwischen den Konradinern und den späteren Grafen von Diez vermutete. Da die Vorrede dieser historischen Abhandlungen am 13. Dezember 1777 geschrieben ist, könnte man daran denken, dass Messer seine genealogischen Vorurteile noch aus dieser Schrift bezogen und zur Anfertigung seiner Fälschungen benutzt habe. Bei der Annahme, dass Messer und Wenck im Schriftwechsel miteinander standen, wird man da-

⁷¹⁾ Sauer, Codex diplomaticus Nassovius II, S. 446, Nr. 754.

⁷²⁾ Sauer, Codex diplomaticus Nassovius II, S. 446/7, Nr. 755.

⁷³⁾ Steiners Ansicht (Seligenstadt S. 83 Anmerkung a), dass der grosse und kleine Zehnte zu Elz und Hadamar „bei Diez“, mit dem in den neusten Zeiten die Grafen von Schönborn belehnt waren, Reste der Wildrut-Schenkungen seien, ist vollkommen abwegig.

⁷⁴⁾ „N N Diploma donationis decimationum in Dissermarca et Brubechermarca et in Lohnsteyn factae monasterio Seeligenstadiensi a venerabili matrona d. Wiltrude et filio ejus d. Conrado comite Diezano anno 933“.

⁷⁵⁾ *Series facti*, S. 34: „quibus alendis venerabilis matrona Wiltrudis ejusque filius Conradus comes Dietzanus anno 933. omnes decimationes supradictas“.

⁷⁶⁾ Wenck, S. 33 ff.

neben die Möglichkeit offen halten müssen, dass schriftliche Mitteilungen Wencks die Anlage der Fälschung beeinflusst haben. Hielt aber der Fälscher die Konradiner für Vorfahren der Grafen von Diez, so lag nichts näher, als zur Schenkung Wildruts und Konrads in Braubach und Lahnstein den Zehnten des vermeintlichen Stammsitzes Diez hinzuzufügen.

Die Entstehungszeit der Fälschung ergibt sich aus dem Druckjahr der *Series facti* und den benutzten Quellen. Sie gehören alle ins 18. Jahrhundert. Die jüngste benutzte Schrift sind Wencks 1778 herausgekommene Historische Abhandlungen. Sollte es sich jedoch um schriftliche Mitteilungen Wencks handeln, so würde dadurch der Ansatz der Entstehungszeit der Fälschung nicht wesentlich geändert. Die Wildrut-Urkunde muss kurz vor 1778 oder noch während dieses Jahres entstanden sein.

Die Annahme, dass Richard Messer der Fälscher ist, wird auch hier durch die Beobachtung bestätigt, dass die Fälschung der Tendenz der Deduktionsschrift zu willen ist. Auch sie soll wie die Fälschung vom 30. Januar 1012 das angebliche Unrecht Erzbischof Siegfrieds vom Jahr 1063 ins rechte Licht rücken. Die Schenkung der Wildrut und ihres Sohnes Konrad habe den Zweck gehabt, Arme und auf der Wanderschaft befindliche Leute aufzunehmen und zu verköstigen. Die Erfüllung dieser Aufgabe aber sei dem Kloster durch den Raub des Erzbischofs unmöglich gemacht worden.⁷⁷⁾

So ist als Ergebnis dieser Untersuchung festzuhalten, dass die Schenkungs-urkunde der Wildrut von 933 und die Bestätigungsurkunde Heinrichs II. vom 30. Januar 1012 Fälschungen des Seligenstadter Paters und Archivars Richard Messer sind. Während die modernen Fälschungen eines Schott⁷⁸⁾ und Bodmann⁷⁹⁾ einem krankhaften Gelehrtenehrgeiz entspringen, ist bei den Machwerken Messers ein praktischer Zweck leitend: Erzbischof Emmerich Josef von Mainz hatte am 30. Juli 1771⁸⁰⁾ eine Verfügung über die Klöster seines Territoriums erlassen. Durch sie wurde unter anderem den Mönchen die Möglichkeit genommen, Pfarreien zu versehen. In Durchführung der Bestimmung besetzte denn auch Mainz einige vakante Pfarreien mit Weltgeistlichen.⁸¹⁾ Dieses Vorgehen des Erzbischofs von Mainz veranlasste die Bursfelder Kongregation, die 1778 gedruckte *Series facti* ausarbeiten zu lassen. Sie wurde dem päpstlichen Nuntius Carolus Bellisomi eingereicht und hatte natürlich die Tendenz, das rechtswidrige Vorgehen des Erzbischofs von Mainz möglichst deutlich hervortreten zu lassen. Ihr Verfasser Richard Messer beschränkte sich jedoch nicht darauf, die Verfügung des Jahres 1771 als eine Neuerung gegenüber althergebrachten Rechten darzustellen, sondern bemühte sich nachzuweisen, dass jegliche Abhängigkeit Seligenstadts von Mainz auf einen Betrug Erzbischof Siegfrieds im Jahr 1063 zurückgehe. Um diesen

⁷⁷⁾ *Series facti*, S. 34.

⁷⁸⁾ Nassauische Annalen, XLVI, S. 1–15.

⁷⁹⁾ Ebd. XLV

⁸⁰⁾ *Series facti*, *Adjuncta documenta probationum* S. 3 14, Lit. A.

⁸¹⁾ Auch für das folgende vgl. Steiner, Geschichte und Beschreibung der Stadt und ehemaligen Abtei Seligenstadt, S. 116/8.

Beweis führen zu können, schuf der Fälscher, da die von Weinckens übernommene Immunitätsbestätigung vom 25. November 1045 seinen Zwecken nicht genügte, die beiden hier behandelten Fälschungen.

Das von dem Fälscher beabsichtigte Ziel wurde erreicht. Die Entscheidung des päpstlichen Hofes fiel nämlich zu Gunsten der Abtei Seligenstadt aus. Sie konnte jedoch dieses Erfolges nicht recht froh werden, da er keine praktische Folgen nach sich zog; denn Mainz blieb als der Stärkere Sieger.

Wenn man sich mit der Tatsache mittelalterlicher Fälschungen gern abfindet, weil sie in Verfolgung eines praktischen Zweckes wichtiges Material für die Geschichte ihrer Entstehungszeit liefern, so wird man diese Freude nach der Entdeckung der Fälschung auch an unsern beiden Urkunden haben dürfen. Wenn sie auch ihrer Würde, Geschichtsquellen des 10. und 11. Jahrhunderts zu sein, entkleidet sind, in der Geschichte des Streites der Abtei Seligenstadt gegen Mainz zu Ende des 18. Jahrhunderts haben sie auch ferner noch ihren Platz.

Beilage Nr. 1.

Series facti . . . , Adjuncta documenta probationum, S. 57/58 Lit. N N.

Diploma Donationis Decimationum in Dissermarca & Brubechermarca & in Lohnstein factae Monasterio Ss. Marcellini & Petri in Seligenstatt à Venerabili Matrona Wildrut & filio ejus Conrado. Ao. 933.

Noverit sancte Dei Ecclesie tam presens, quam futura Etas, qualiter Wildrut, mater Conradi cum manu ejusdem filii sui Conradi pro remedio anime sue Parentumque suorum contradiderunt omnem Decimationem in Dissermark & in Brubechermark & in Lonsteyn Mansum ac vineam & Areolam unam, omnemque ejusdem ville Decimationem ad Monasterium sanctorum Martirum Marcellini & Petri, quod est situm in superiori Mulnheim, quod moderno tempore Selgenstatt nuncupatur. Hanc autem hereditarie sue Donationis oblacionem fidei ac Devota mente in usum ibidem Divinas laudes persolvencium fieri decrevit, & peregrinorum atque inopum receptionem & indigentiam ac miserorum) refectionem, pro qua impensa in quoslibet pauperes ac debiles, cujuscunque generis humanitate siquis aut avaricie stimulo devictus hujus tradicionis auctoritatem aut irrita facere, aut in aliquo minuere presumpserit non habeat partem cum fidelibus Christi, sed deputetur flammis exurendus cum reprobis, qui in illo tremendi examinis Judicio audituri sunt à Domino Discedite à me maledicti in ignem aeternum, qui paratus est Diabolo & Angelis ejus. Hujus vero sacratissime ac veracissime tradicionis descriptio facta est Anno Dominice Incarnationes DCCCCXXXIII. Indictione VI. regnante Henrico Rege Anno XVI regni ipsius.

Testes quidem ejusdem tradicionis, qui presentes invocati fuerunt, fuerunt hii post notati libera condicione ex utroque parente procreati.

Eberhard, Tolman, Hisger, Meginfrid, Erloff, Golebald, Walprad, Fruduvín, Bunhart, Ratebodo, Starfrid, Helmut, Item Hedinrich, Vualduum, Kankorn, Bruniug.

Beilage Nr. 2

Series facti . . . , Adjuncta documenta probationum, S. 58, Lit. O O.⁸²)

Diploma Confirmationis Henrici II. Regis super Donatione Decimationis in Dissermark & in Brubechermark & in Lohnstein &c. à Venerabili Matrona Wiltrud Monasterio Ss. Marcellini & Petri in Seligenstatt facta datae Anno 1012

In Nomine sancte & Individue Trinitatis. Heinricus divina favente clementia ac ordinante Providencia Rex. Si Ecclesiarum Dei, sanctorumque fratrum in Domini obsequiis famulancium utilitatibus consulere dignum duxerimus, ad eterne remuneracionis augmentum profuturum nobis minime dubitamus. Quapropter notum esse volumus cunctis sancte Ecclesie fidelibus nostrisque presentibus sicut & futuris quod venientes ex Monasterio Selgenstat fratres innotuerunt Dominacioni nostre, qualiter quasdam res & possessiones habent ex Donacione cujusdam venetabilis Matrone Wildrudis & Conradi filii sui, omnem videlicet Decimacionem suam, quam habuerit in Dissermark & in Brubechermark & in Lonsteyn mansum unum & vineam unam & areolam unam & in silva omnem decimacionem sive ex porcorum precio, sive ex novalibus sive quidquid inde utilitatis in quolibet usu provenire poterit & ex curte dominicata sive in agris, sive in vineis, parte decima, flagitantes nostram clemenciam, ut nos etiam Regali auctoritate, nostroque precepto idipsum confirmaremus, quatinus continuis diutornis temporibus firmum constare potuisset. Quam Monasterii submissam deputationem pro divino amore clementer suscipientes hoc magnitudinis ac precellentie nostre privilegium memoratis fratribus fieri darique jussimus, per quod quidquid in predictis locis possidere videntur, cum omni integritate decimarum sive in Dissermark, sive in Brubechermark, sive in Lonsteyn, quidquid ad curtem publicam sive campis, sive in vineis, sive in silvis pertinere videtur ad supplendos eorum necessarios usus confirmando delegamus, & secundum consuetudinem priscorum temporum integerrime & absque cujuspianim imminuacione personaliter deservienda annuimus. Et ut hec nostre auctoritatis preceptio plenior in Dei nomine habeat firmitatem manu propria subtus eam firmavimus & sigilli nostri impressione insigniri jussimus.

Signum Domini Heinrici Regis invictissimi.

Guntherus Cancellarius vice Erkanbaldi Archicapellani recognovi. Data III. Kal. Febr. Christo propicio anno Domini Heinrici secundi regnantis XI. Indictione X. Actum apud Magunciam feliciter Amen.

⁶⁹⁾ Die benutzten Vorlagen sind folgendermassen gekennzeichnet:

- a) Schannat, Corpus traditionum Fuldensium, S. 254/5, Nr. 594 durch Kursivdruck,
- b) Beilage Nr. 1 durch fortlaufende Unterstreichung,
- c) Böhmer-Mühlbacher, (2. Auflage) S. 251, Nr. 569 durch Schlangenlinie und
- d) Anklänge an spätkarolingische Urkunden durch punktierte Unterstreichung.

Ein Specksteinmodel des Hans Dirmstein. (Ein Diezer Bodenfund.)

Von

Dr. F. Kutsch.

Im Jahre 1927 wurde bei Unterfangungsarbeiten am abwitternden Burgfelsen von Diez auf dem Grundstück Altstadtstrasse Nr. 11 in einer Tiefe von 4 m ein doppelseitig benutzter Model gefunden und von dem Landesmuseum Nassauischer Altertümer erworben (Abb. 1—3 nach Ausguss.)*)



Abb. 1. Model aus Diez. Vorderseite von 1493. Nach Ausguss. M. 4/5. n. Gr.

Das Material ist ein sehr weicher, zum Schneiden geeigneter Speckstein, der in Schlesien und im Fichtelgebirge vorkommt.¹⁾ Besonders dieses hat gutes Material geliefert, und bei der geographischen Lage von Fund- und, wie wir sehen werden, auch Herstellungsort zu dem Vorkommen des Materials wird

*) Die Abbildungen 1 u. 3 haben durch Ueberarbeiten der Vorlagen, das gegen den Willen und ohne Wissen des Verfassers geschehen ist, leider in ihrer Originalität stark gelitten. Zur Herstellung neuer Druckstücke war wegen des vorgeschrittenen Druckes keine Zeit mehr.

¹⁾ Diese Bestimmung verdanke ich Herrn Dr. Galladé vom Naturhistorischen Museum in Wiesbaden.

man eher an die Herkunft aus dem Fichtelgebirge denken. Geologischerseits ist Speckstein im Geschiebe des Mains nicht beobachtet worden, man wird auch an sich eher der Meinung sein, dass der Stoff durch den Handel von den Modellschneidern aus dem Ursprungsgebiet bezogen wurde, als dass er den Main-schottern entnommen sei.

Der Stein ist zu einer fast kreisrunden Scheibe von 9,8 : 9,5 cm Dm. und 2,7 – 3,2 cm Dicke — man sieht auf der Aussenseite deutlich die Messerschnitte — hergerichtet, leider an den Rändern nicht ohne wesentliche Verletzungen geblieben. Auch weist er einige (ursprüngliche?) durchgehende Sprünge auf. Ausser durch diese ist aber die Vorderseite in der Bildfläche fast nicht versehrt, während die überhaupt stärker in Leidenschaft gezogene Rückseite durch Absplittern in einer Ecke auch des Bildfeldes gelitten hat. Diese Verletzung ist um so leichter entstanden, als hier auch vor dem Einschneiden der Darstellung der Rand abgesprungen war.

Die Vorderseite zeigt in einem tadellos kreisrunden, ausgeprägt profilierten Rahmen eine profane Szene (Abb. 1; links und rechts nach dem Ausguss): In einem truhnenförmigen auf zwei Balkenfüssen ruhenden Prangerstock sitzt mit eingeklemmten Beinen ein junger Mann. Die Arme sind durch Eisenbügel auf den Kasten gefesselt, und dieser selbst ist durch Ueberwürfe mit Vorhängeschlössern geschlossen. Der junge Mann trägt in Kleidung und Haar die modische Tracht seiner Zeit, die oben, genau in der Mitte, mit 1493 angegeben ist. Zu beiden Seiten stehen, etwas hinter dem Prangerstock, zwei Frauen ebenso modisch gekleidet, die linke schräg von vorne, die rechte schräg von hinten gesehen. Die linke hält mit ihrer rechten Hand das Gewand gerafft, bei der anderen Frau ist diese Hand nicht sichtbar. Beide wenden sich dem jungen Mann zu und machen mit ihrer Linken beschämende Bewegungen gegen ihn hin. Sie schmähen ihn, denn die linke sagt auf dem von ihrem Mund ausgehenden Spruchband: „Was dir heimlichen von Frauwen zu gude geschicht“, die rechte: „Daz salt du furbaß me dich bekommen nicht“. („Das soll nicht mehr an Dich kommen“.) Darauf antwortet der junge Mann: „Min schult erken ich mit gedult“.

Die Komposition dieser Modelseite ist ganz vortrefflich. Sie wirkt um so vorzüglicher, als sie in einem starken Halbreliet mit ausgezeichneten Schattenbildung gearbeitet ist.

Der Mittelpunkt des Kreisrunds liegt nicht im Kopf der Mittel-(Haupt-)figur, sondern etwa in der Mitte des Saumes ihres Untergewandes am Hals. Der Kopf erhebt sich also ganz wesentlich über die horizontale Mittellinie und vermeidet dadurch eine ungeschickte Verteilung von höherem und tieferem Relief, wodurch die Wirkung der zentralen Stellung des Kopfes wieder aufgehoben worden wäre. Auch zu der senkrechten, durch die Jahreszahl 1493 oben und dem Wappenschild unten betonten Achse ist der Kopf leicht nach links verschoben, so dass sie durch das rechte Auge geht. Bei der Wendung der Figur nach rechts, die zu einer Bewegung von ihr aus in dieser Richtung führt, gibt das Herausrücken aus der Mittelachse in unaufdringlicher Weise rechts etwas mehr Raum zum Ausklingen nach dieser Seite. Das feine Ver-

rücken des Figürlichen aus der geometrischen Aufteilung des Feldes spüren wir auch bei den in ihrem Umriss rahmenhaft wirkenden beiden weiblichen Figuren. Ihre Aussenlinien bilden schematisch ein Quadrat. An die senkrechte Mittelachse legt es sich hälftig zu beiden Seiten an, zur wagrechten aber nicht, sondern es sitzt mit seinen unteren Ecken auf dem kreisrunden Rahmen auf, während es oben zwischen Ecken und Rahmen Raum lässt. Doch oben ist es ja auch offen und gibt Platz für aufsteigende Bänder.

Etwas Starres, Schweres, Hartes liegt — wenn auch durch Einzelheiten der Konstruktion und des Spruchbandes leicht gemildert — in dem unsympathischen Prangerstock. Welch feiner Kontrast klingt schon in der senkrecht dagegen aufsteigenden Richtung der Frauengestalten, aber besonders dann in der zierlichen Brechung der Linien in ihrem Umriss und auch in dem Wechselspiel der Falten in den Gewändern. Noch einmal wird die Wagrechte aufgenommen, aber gebrochen, in den Armen, die zum Kopfe des Gezüchtigten gehen.

Dahin führen aber auch die unsichtbaren Pfeile der Blicke der schmählenden Frauen, dahin deuten — leise diese Bewegung an den oberen Ecken auch an den unteren aufnehmend — die Linien von ein paar Falten.

So ist die Gruppe voll stärkerer und feinerer Spannungen, bisweilen spitziger und eckiger Momente, die zum vorzüglichen Ausdruck werden dessen, was innerlich die Szene bewegt.

Freilich, um das ganz zu spüren, muss man sich zunächst befreit haben von dem Füllwerk, das alle freibleibenden Flächen bedeckt, fast das Hauptsächliche überwuchernd. Es ist, als ob man sich durch das üppige Blattwerk eines Weinstockes hindurch arbeiten müsste, um zu dem Köstlichsten zu kommen. Aber wie dort die Blätter, ist doch auch hier das Werk von Bändern mit Sprüchen wie eine Verbrämung des Wesentlichen zu achten, die ausgleicht und überdies auch zum Verständnis führt. Formal leiten die Bänder mit ihrem bald senkrechten, bald weniger steilen Steigen und Fallen aus dem Bildfeld zum Rahmen über. Eine Szenerie ist ja nicht gegeben, auch die Sternchen sind nur ornamentales Füllwerk der Fläche, und selbst die Grasbüschel, die unten und links herauf am Rande stehen, wird man nicht allzustreng befragen dürfen, ob sie Landschaft sein wollen, oder nur ornamentales Füllsel. Immerhin vermögen sie eine leichte Erinnerung an Wiese und Raum unter freiem Himmel wachzurufen.

Das Motiv fällt nicht aus dem Rahmen der Themen die in jener Zeit in Umlauf waren, doch nimmt es insofern zwischen den stark erotischen und den religiösen eine Zwischenstellung ein, als es den allzuweltlichen Vorwurf durch Moralisieren umbiegt. Ob es in dieser Fassung etwa in Stichen und Schnitten der Zeit vorkommt, vermag ich mit dem mir zur Verfügung stehenden Material nicht festzustellen, doch wird man es a priori annehmen wollen.

Die Formengebung ist ganz die des getriebenen Reliefs. Das Körperliche ist in starkem Halbreief herausgeschwellt, und zwischen Flächigem und kräftiger herausgestrichenen Rundungen und Graten spinnt sich ein munteres Wechselspiel. Schon in diesen und besonders in kleineren Einzelheiten wie Augen, und Haaren und Buchstaben kommt aber das Schnittige der Arbeit des Stein-

schneiders zum Durchbruch. Dass solche Model, wie auch Stempel in Werkstätten der Goldschmiede entstanden sind, haben ja schon v. Bode und Volbach zur Sprache²⁾ gebracht, und gerade an unserem Stück wird sich diese Anschauung noch weiter erhärten lassen.

Denn die Frage nach dem Künstler lässt sich sehr begrenzt beantworten. Zweifelloos gehört der Model ja in den von v. Bode und Volbach für Tonformen umrissenen Kunstkreis des Mittelrheins, nur sind die Tonmodel wenige Jahrzehnte älter als der Diezer aus Speckstein. Nach dem Mittelrhein weist schon die Sprache der Inschrift³⁾: d für t in gude, dag (auf der Seite), das a für o in salt (dazu siehe die Rückseite: S. 64); auch im Stil der Figuren wird man kaum etwas Widerstreitendes finden.

Dazu gesellt sich das Wappen, das am Fuss der senkrechten Mittelachse in auffälliger Weise, etwas in den Rand schneidend, nicht als Füllornament, sondern als Gegenpol zur Jahreszahl 1493 oben angebracht ist. Auf einem zweigeteilten Schild stehen oben vier Palissaden⁴⁾, unten eine heraldische Lilie. Jene kehren — wie mir Ex. Dr. h. c. von Oidtman, Wiesbaden freundlichst mitteilt — gerade so auf den Wappen der beiden Familien Nagel und Lerch in Dirmstein in der Pfalz wieder, während im unteren Feld von deren Wappen andere, jeweils die Familie kennzeichnende Figuren gegeben sind. So liegt es zum mindesten sehr nahe, auch das Wappen unseres Models einer Dirmsteiner Familie oder einer Familie Dirmstein zuzuweisen. Müssen wir dann aber nicht unbedingt daran denken, dass im 15. Jahrhundert in Frankfurt a. M. eine Goldschmiede-Familie Dirmstein gelebt hat, von der ein Mitglied, Peter, um 1440 schon Bürger⁵⁾ war, während sein Sohn Hans 1462 (oder 1468) den Frankfurter Bürgereid schwur? Auch dessen Sohn Philipp war noch Goldschmied.⁶⁾ Von diesen drei kommen wohl nur die beiden jüngeren für die Herstellung unseres Models in Frage. Von Hans Dirmstein ist eine Petrusbüste in Aschaffenburg⁷⁾ gefertigt: „dis. heubt. hatt. gemacht. Hans. Dirmsteyn. von. Frankfurt. 1473“; auch eine Alexanderbüste gehört diesem Dirmstein oder seinem Vater an.

Dürfen wir es bei dem Grössenunterschied wagen, die Köpfe des Models mit der Petrusbüste zu vergleichen? Eine Schwierigkeit besteht auch darin, dass Petrus einen Bart trägt, der Jüngling dagegen nicht, dieser frisch aus dem Leben gegriffen ist, der Petrusbüste aber die Eigenschaft des „Reliquiars hieratische Steilheit und Ruhe nahelegt.“⁸⁾ Bei allem aus dem Wesensunterschied, der Verschiedenheit der Zeitstellung (1473 das Reliquiar, 1493 der Model), und der Grössendifferenz sich ergebenden Verschiebungen in der Behandlung der Köpfe, sind doch gemeinsame Züge kaum zu übersehen, und ihre

²⁾ W. v. Bode und W. F. Volbach, *Gotische Formenmodel*. Berlin 1918, S. 23.

³⁾ Vgl. a. a. O. S. 28, bes. Anm. 2.

⁴⁾ Zur Terminologie siehe M. Gritzner, *Handbuch der heraldischen Terminologie* (Neues Siebmachersches Wappenbuch) Nürnberg 1890.

⁵⁾ Pinder, *Die Deutsche Plastik* (in: *Handbuch der Kunstwissenschaft*) S. 316.

⁶⁾ A. a. O.

⁷⁾ A. a. O. S. 316, Abb. 292 und Fr. Bothe, *Geschichte der Stadt Frankfurt a. M.* Frankfurt a. M. 1913, S. 252, Abb. 105 b.

⁸⁾ Pinder a. a. O. S. 315.

Uebereinstimmung wird um so klarer, wenn wir auch die von Pinder⁹⁾ zum ersten Mal Hans Dirmstein zugeschriebene Gestalt des Bartholomäus vom Frankfurter Dom mit heranziehen, wodurch allerdings rückwirkend auch die Zuweisung Pinders wieder gestützt wird.

Die Köpfe¹⁰⁾ sind alle oben breit und laufen unten (vom Bart bei Bartholomäus und Petrus abzusehen!) in ein verhältnismässig schmales Kinn zu. Die Trennung beider Kopfteile wird bei allen durch einen harten Backenknochen vollzogen, der umso kräftiger wirkt, als die Backenpartie darunter und die Schläfenpartie darüber stark eingezogen sind. „Diese Art von Jochbeingestaltung, diese Art konkaver Umrissbiegungen und eleganter Einhöhungen¹¹⁾ ist individuell gleichartig.“¹²⁾ Die Augenbrauen sind hochgezogen und kantig abgesetzt, noch kantiger die Lider vom Augapfel, der von innen dagegenquillt. Der Nasenrücken ist bei Petrus breit und grob, umso stärker aber wirkt die Uebereinstimmung der schmalen feinen Grate bei Bartholomäus und dem Jüngling des Models.

Auch in der Behandlung des Haares neigt der Model stärker zu der Figur des Bartholomäus als der des Petrus. Der Mund ist durch die Bärte schwer zu vergleichen, doch ist er jedesmal scharf umrissen, ist die Unterlippe wulstig nach oben modelliert, ist die Oberlippe knapp abgestrichen. Entsprechend lassen sich die Köpfe der beiden Frauen, besonders der linken vergleichen.

Ziehen wir das Facit aus dem Gesagten, so wird es aus der Bestimmung des Wappens des Models und dem stilistischen Vergleich seiner Köpfe mit einem sicheren und einem zugeschriebenen Werk des Hans Dirmstein mehr als nur wahrscheinlich, dass auch die in Diez gefundene Form eine Arbeit dieses Meisters ist. Das Jahr 1493 widerspricht durchaus nicht dieser Annahme, denn wenn er 1462 (oder gar erst 1468) zu Frankfurt den Bürgereid schwur, mag er 1493 etwa zwischen 60 und 70 Jahre alt gewesen sein, und der Model zeigt ja die Kunst einer ausgereiften Hand. Dass Hans Dirmstein in dem Jahr noch lebte, 1494 aber gestorben ist,¹³⁾ scheint doch aus der Aufzeichnung im Barfüsserkloster vom September 1494 hervorzugehen, dass für ihn Obsequien gehalten worden seien. Den Model aber seinem erst 1476 geborenen Sohn Philipp zuzuweisen, das scheint bei der Gemeinsamkeit doch zahlreicher Züge der verglichenen Werke kaum eine bessere Lösung zu sein, als die hier versuchte.

Schliesslich wird aber durch einen Fund des Herrn Dr. C. W. Zülch-Frankfurt unsere Zuweisung des Models an Hans Dirmstein zur Gewissheit erhoben. Denn Hans Dirmstein hat „in dem von ihm ausgemalten Buche von den „7 weisen Meistern“ sein Wappen ganz nach dem der mit ihm nicht verwandten pfälzischen Adelsfamilie dargestellt: Geteilter Schild, oben vier rote Zacken (das sind die Palissaden!) im weissen Felde, unten weisse Lilie im blauen Felde“. Das ist aber das Wappen auf unserem Model.

⁹⁾ A. a. O. S. 314 ff. Abb. 290.

¹⁰⁾ Pinder a. a. O. Abb. 290 und 292.

¹¹⁾ In dieser Hinsicht beachte man die Umrisslinien der Frauengestalten, besonders der rechten.

¹²⁾ Pinder a. a. O. S. 316.

¹³⁾ Also nicht erst 1503, wie Thieme und Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler IX 1913, S. 328 noch angeben. Die Notiz verdanke ich der Freundlichkeit des Herrn Dr. C. W. Zülch-Frankfurt, der sie mir durch Herrn Prof. Dr. Fr. Bothe zugehen liess.

Neben dem Wappen auf der Bildfläche hat Dirmstein auch ein Meisterzeichen flüchtig auf dem Rand des Modells angebracht, etwa eine verkehrte 4 mit senkrechtem Strich durch den Querbalken (Abb. 2a). Dieses Zeichen erinnert an die des Hartmann Kistener, die Fr. Bothe¹⁷⁾ abgebildet hat, ohne dass es ganz mit ihnen übereinstimmt. Vor allem fehlt das charakteristische K. Vielmehr ist das Zeichen des Diezer Modells eindeutig HD zu lesen, wobei der zweite (verlängerte) Strich des H zugleich den ersten des D abgibt. Und doch gibt die Ähnlichkeit der Marken des Hans Dirmstein und des Hartmann Kistener zu denken: Denn Herr C. W. Zülch-Frankfurt a. M. (Mitteilung von Herrn Fr. Bothe) hat feststellen können, dass Hans Dirmstein eigentlich auch Kistener, gen. Dirmstein, heisst. So muss er aufs engste mit den Kistenern zusammenhängen, habsich aber durch Namen, Wappenggebung und Monogramm von ihnen abgehoben. Eine künstlerische Verwandtschaft zeigt schliesslich auch der Vergleich des Diezer Modells von 1493 mit dem Frankfurter von 1523¹⁷⁾, den Fr. Bothe Hartmann Kistener zugewiesen hat. Damit gewinnen wir einen höchst interessanten Beitrag zur Geschichte dieser Frankfurter Goldschmiedefamilie: Die drei Dirmstein stellen drei Generationen eines Zweiges von ihr dar.

Mit der Lokalisierung nach Frankfurt a. M. erlangt die aus zwei Familienwappen auf einem Steinmodell gewonnene Anschauung von Bode-Volbachs¹⁴⁾ eine neue Stütze, „dass seine Goldschmiede wesentlich und zuerst bei dieser Kunstübung mitgearbeitet haben“. Von dem Meister Hans Dirmstein aber haben wir nun ein Werk der Kleinkunst, das geeignet erscheint, ihm weiterhin den Frankfurter Bartholomäus trotz zunächst widerstrebender Umriss- und Faltenführung durch den Kopftyp zuzuweisen.

Ausser den sorgfältig geschnittenen Buchstaben der Inschriften in der Bildfläche hat uns der Künstler auch eine flüchtigere Handschrift hinterlassen. Auf der Seite des Modells lesen wir über dem Kopf des Modells leserecht eingraviert (Abb. 2b nach Abguss) 1493 Vincenci(us) dag, darunter ein Kreuz unter dem ersten n des Heiligennamens. Das Kreuz stammt nach dem Ductus seiner Striche von einer anderen Hand als das Datum. So dürfen wir in der Zeitangabe also nicht den Todestag des Künstlers, sondern seinen Vermerk des Anfertigungstages des Modells sehen. Aller-

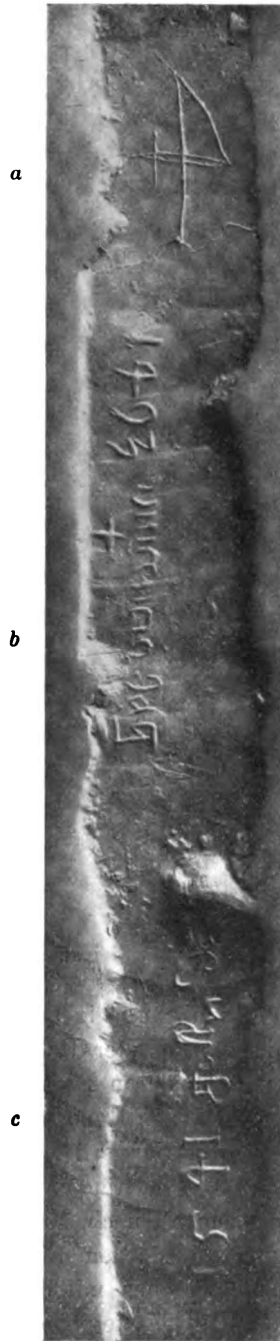


Abb. 2.
Model aus Diez. Meisterzeichen und Datenangaben auf dem Rand. Nach abgerolltem Abdruck. M. 4/5.
n. Gr.

¹⁴⁾ A. a. O. S. 24.

dings ist das Kreuz, wohl von einem Nahestehenden bald nach dem Tod (1494: vgl. oben S. 62) eingegraben worden.

Dann folgt aber noch eine Inschrift leserecht über dem Kopf der Rückseite eingegraben: 1541 Gallu(s) da[g] (Abb. 2c). Durch dieses Datum und die im Rahmen wiederholte Zahl wird ein zweiter Model auf der Rückseite des Steines oben zeitlich festgelegt. Dieser ist also wieder benutzt. Auch ausserhalb der rechten Seite des Bildes stand die Zahl Anno [1541] und über dem Bild [Gallus d]ag.



Abb. 3. Model aus Diez. Rückseite von 1541. Nach Ausguss. M. 4/5 n. Gr.

In allem weicht die Darstellung von der Vorderseite ab. Ein wenig sorgfältig gearbeiteter Rahmen umgibt die Bildfläche nur mit einer breiteren und einer schmäleren Riefe. Auch die Komposition des Bildes lässt zu wünschen übrig. Fast am Rand steht eine Frau mit dem Oberkörper nach links gebeugt. Sie siebt zwei Narren (mit Schellenkappen) durch ein Sieb. Der eine liegt schon quer auf dem Rücken auf dem Boden, während der andere — die Beine von der Wade ab noch über dem Siebnetz — mit den Armen gerade auf der Erde landet. Ueber dem Sieb schlingt sich in dem freibleibenden Feld ein Spruchband nach oben mit der Inschrift: „de frigen narnn mosen dorch rifen fallen.“ „Die unverheirateten (oder „zuchtlosen“? In dem Doppelsinn des Wortes frigen liegt wohl mit der Witz des Spruches) Narren müssen durch Siebe fallen.“

Auch dieses Motiv muss in der Kleinkunst nicht gerade selten gewesen sein und mag den Zeitgenossen in Stichen und Schnitten vorgelegen haben.

Der Dialekt — o für u in mosen, dorch — weist wieder auf den Mittelrhein, es ist ja auch nicht abzusehen, warum der Model nach seiner

Frankfurter Herkunft und dem Fundort Diez nicht in diesem Bereich nachgeschnitten sein soll.

Die Fläche ist ungeschickt aufgeteilt. In der rechten Hälfte dominiert die Senkrechte, in der linken die Wagrechte, doch so, dass hier von unten nach oben sich die Massen in immer schwächer werdenden Akzenten aufbauen. Das Sieb steht in der Mitte halbfach zwischen den rundlichen Körpern der Narren unten und dem flachen Bandwerk oben. Die Bänder füllen dann noch den Raum zwischen weiblicher Figur und rechtem Rand, Grasbüschel, und Blumen leere Flächen unten, wenige Sternchen oben.

Die Tracht der Figuren, besonders der Frau ist modisch geändert („Renaissance“-Puffärmel), im übrigen aber ist der gesamte Habitus noch stark gotisch. Auch beherrscht der Modelschneider noch durchaus die gotische Schrift, das Ganze ein Beitrag zu der Tatsache, wie spät oder besser wie wenig die „Renaissance“ Volksgut geworden ist.

Im ganzen erweist die jüngere Form — wenn sie auch gegen die ältere abfällt — eine gute Tradition, und vielleicht lässt sich von dieser Tatsache aus der Frage, wer den jüngeren Model geschnitten hat, näher treten. Wenn auch absolute Sicherheit nicht zu erlangen ist, so möchte man doch gerne diesen Gedanken verfolgen:

Das Nächstliegende wäre wohl, dass in einer Goldschmiedefamilie der Stein in der Hand des Erben blieb, und als ein gewisses Anzeichen dafür kann das von einer zweiten Hand eingravierte Kreuz unter Hans Dirmsteins Datumsangabe sein. So erscheint es — um es sehr vorsichtig auszudrücken — nicht unwahrscheinlich, dass Hans Dirmsteins Sohn Philipp der Verfertiger der zweiten Form ist. Trifft diese Vermutung das Richtige, so ist doch der Model vielleicht nicht mehr in Frankfurt gemacht. Denn nach 1501 ist der jüngste Dirmstein hier nicht mehr nachweisbar.¹⁵⁾ Liegt dies nur an der Lückenhaftigkeit unseres Wissens, oder ist er aus Frankfurt weg, etwa nach Diez gewandert und hat dort sein Handwerk weiter getrieben? Die Diezer Akten reichen leider nicht soweit zurück, um die Frage zu entscheiden, auch nicht die des Staatsarchivs in Wiesbaden.

Geht die hier ausgesprochene Möglichkeit fehl, so ist der Model auf dem Handelsweg in die Hand eines Diezer Gewerbetreibenden gekommen. Er hat ihn gebraucht, bis er schadhafte oder unmodern geworden war und auf den Müllhaufen wanderte.

Doch wer hat den Model benutzt? Und wozu hat er gedient? Darüber gehen die Meinungen noch auseinander, auch hier kann kaum ein endgültiges Urteil gefällt werden.

Am intensivsten haben sich von Bode-Volbach und Fr. Bothe mit der Frage beschäftigt¹⁶⁾. Nach Meinung von Bodes und Volbachs hat man aus den Modeln Reliefs zur Verzierung von Kästchen und Schachteln in Papiermasse oder Stuck ausgepresst, um einen billigeren Ersatz für teuren Schmuck aus

¹⁵⁾ In einer Goldschmiedeliste von 1511 ist er nicht mehr genannt. Thieme-Becker a. a. O. S. 328.

¹⁶⁾ Von Bode-Volbach a. a. O. S. 12 ff. Fr. Bothe: S. Anm. 17.

Edelmetall oder auch Holzschnitzerei zu schaffen. Solche Behältnisse wurden ja zur Aufbewahrung aller möglichen kirchlichen und profanen Dinge benötigt, sodass sich das bunte Vielerlei der Darstellungen inhaltlich wohl verstehen lässt. So erscheint die Anschauung von v. Bode-Volbach nicht unmöglich, ohne dass neue Beweise dazu beigebracht werden könnten. Doch ist sie nicht unwidersprochen geblieben. Fr. Bothe-Frankfurt¹⁷⁾ schliesst daraus, dass im Inventar des Frankfurter Patriziers, Claus Stalberg des Reichen, Steinmodel Kuchelsteine genannt werden, die von der Hand des Frankfurter Wardeins Hartmann Kistener in Stein gegraben wurden, dass die Model als Kuchenformen gedient haben. Für feinere Massen wie Marzipan kann man sich diese Verwendung auch der feingeschnittenen Formen wohl denken, auch für besonders hergerichteten Kuchenteig. Man wird gut tun, sich bei dieser Frage nicht zu eng festlegen zu wollen, und zugeben müssen, dass die Model eben für verschiedene Zwecke benutzt werden konnten. Hergestellt wurden sie jedenfalls, wie auch unsere Untersuchung zeigt, von Modelleuren, die mit Kleinarbeit vertraut waren, von Goldschmieden, die sie dann an verschiedene Gewerbe vertrieben, wenn sie sie nicht selbst benutzten.

¹⁷⁾ Bei von Bode-Volbach S. 23. Abb. 22 und Bothe, Geschichte der Stadt Frankfurt a. M. S. 290. Alt Frankfurt 1928. Hft. 4 u. 5. Patriziervermögen S. 32 u. 113. Repertorium für Kunstwissenschaft 43, 1921 S. 80 ff.

Nassau-Oranische Wirren im dreissigjährigen Kriege.

Von

K. Pagenstecher, Professor, Studienrat a. D.

Ein vielgenannter Politiker äusserte sich einst, als von dem Werte der Geschichte die Rede war, recht skeptisch über die Begriffe von Wahrheit und Gerechtigkeit im Verlauf des historischen Urteils über den Beginn des 30jähr. Krieges. Er glaubte, dass die Entscheidung über jene grossen Fragen noch ganz abhängig sei von der Parteien Hass und Gunst. So ist es freilich früher gewesen, wo die konfessionelle Gesinnung das Urteil beeinflusste, wo protestantische Geschichtschreiber in diesem unheilvollsten aller deutschen Bruderzwiste nur den Kampf für religiöse und politische Freiheit gegen spanischen Imperialismus und Pfaffenherrschaft erblickten, und Historiker wie Onno Klopp und Hurter dafür dieses undeutsche Kaisertum als einzige Macht der Ordnung und Gerechtigkeit verherrlichten. Aber wir dürfen es doch mit Genugtuung feststellen, dass, mögen auch populäre Werke noch Reste jener tendenziösen Auffassung festhalten, die wissenschaftliche Forschung schon längst alle politisch religiöse Voreingenommenheit überwunden hat, Historiker katholischer wie protestantischer Herkunft sich zusammenfanden, um in gemeinsamer, ehrlicher Arbeit die grossen Linien der Entwicklung festzustellen. Wenn daneben die Subjektivität des Darstellers durch ein grösseres oder geringeres Mass von persönlicher Wärme sich kundgibt, wie etwa bei Gustav Droysen auf protestantischer, bei M. Ritter auf katholischer Seite, so wirkt dies doch auf die Beurteilung der grossen Zusammenhänge nicht ein. Und so vermögen wir nun auch jenen bedeutsamen Moment ganz gerecht zu beurteilen, der in den traurigen Religionskriegen den eigentlichen Mittelpunkt bedeutete. Das Restitutionsedikt Kaiser Ferdinands II. vom 6. März 1629 hat die Entscheidung gebracht, es trägt die Schuld, dass definitiv der Weg zur Einigung der Parteien verbaut wurde, dass der deutsche Bürgerkrieg, bei dem immerhin noch etwas von den grossen Gegenständen der Menschheit ins Spiel kam, zum Raubkrieg der Nationen geworden ist, der bis zur Vernichtung unseres völkischen Daseins weitergeführt wurde, beendet durch einen Schmach- und Gewaltfrieden, in dem nur ein so wirklichkeitsfremder Idealist wie Fr. Naumann seinerzeit den eigentlichen Typus eines Verständigungsfriedens erblicken konnte.

Und doch wollte diese Verordnung des Kaisers keine Neuerung bringen, sie gab sich nicht als rücksichtslose Ausbeutung der Machtlage, nur das formale Recht sollte wieder gegenüber ungesetzlichen Uebergriffen aufrecht erhalten werden, man wollte wieder zurückgehen auf die für die religiös politischen Verhältnisse des Reichs massgebende Urkunde, den Augsburger Religionsfrieden von 1555. Aber freilich, jene Urkunde trug schon in sich den Keim zu künftigem Zwist, sie war wie fast alle Rechtsabmachungen jener Epoche so abgefasst, dass jeder Teil sich seine eigene Auslegung vorbehalten konnte, und das gerade in den allerwesentlichsten Punkten. Und unterdessen war die Welt weitergegangen, andere Besitz- und Rechtsverhältnisse hatten sich herausgebildet in zähem Ringen um die Macht wie in glaubensstarker Hingabe an das religiöse Besitztum der Seelen. Niemals konnte ein irgend positives Recht die Entwicklung mehr zurückschrauben, Reaktion im eigentlichen Sinne war dieses Edikt, das der Jesuit Conzen, Maximilians von Bayern Beichtvater, als Zweck und Frucht des grossen Kriegs bezeichnete.

Vor allem sind es zwei Bestimmungen, durch die diese Urkunde den wahren, von den Protestanten bekämpften und verfälschten Sinn des Religionsfriedens wieder herstellen wollte. Jener geistliche Vorbehalt, der einst der weiteren Einziehung von Kirchengütern durch protestantische Stände eine Schranke setzen sollte, dessen rechtliche Gültigkeit aber die Neugläubigen nie anerkannt hatten, um ihn vielfach mit Glück zu umgehen, sollte von nun an im strengsten Sinne massgebend sein. Widerrechtlich ist der Besitz von Bistümern und Prälaturen durch Protestanten, allein Gott und der Kirche gehören diese Anstalten nach Inhalt ihrer Stiftungen zu. Damit war die Auslieferung von allen nach dem Passauer Vertrag von 1552 eingezogenen Kirchengütern gefordert, darunter zwei Erzbistümer, Magdeburg und Bremen, sowie 5 Bistümer Nordwestdeutschlands, ferner gegen 900 im ganzen deutschen Reiche zerstreute Klöster und Stifte. Nur durch harte Gewalt, unter dem Druck der dumpfen Angst, die damals über den evangelischen Ständen des Reichs lastete, konnte solche radikale Umwälzung aller Besitzverhältnisse durchgeführt werden. Aber auch dem religiösen Gewissen drohte Vergewaltigung. Der Augsburger Religionsfriede war keine Urkunde religiöser Freiheit. Nicht dem einzelnen war damals das Recht der Überzeugung gegeben, nur den Reichsständen stand die Wahl offen zwischen zwei Bekenntnissen, dem katholischen und der Lehre der Augsburger Konfession. Mit Gewalt durfte der Landesherr die Untertanen, die seinen Glauben nicht bekennen wollten, ausweisen, das innerlichste Gut des Menschenherzens fiel damit in den Bereich der Polizeigewalt, und ferner war jede religiöse Anschauung, die nicht jenen beiden Konfessionen entsprach, als verbotene Sekte gebrandmarkt, ihre Bekenner waren vogelfrei, jeder grausamen Massregelung des Staates preisgegeben. Und so hatte denn, ganz abgesehen von jenen unglücklichen, überall gleichmässig von protestantischen und katholischen Obrigkeiten verfolgten Wiedertäufern oder Unitariern, besonders das reformierte Bekenntnis, dem allmählich ein so bedeutender Teil des Reiches zugefallen war, das damals in Kurbrandenburg, Hessen-Kassel, den pfälzischen Landen, Anhalt, Bremen, bei den meisten der Wetterau'schen Grafen herrschend geworden, das — Brandenburg aus-

genommen — den eigentlichen Kampfesgeist des Protestantismus verkörperte, jedes Jahr von neuem den verzweifelten Kampf um seine Existenz zu führen. In Wirklichkeit war freilich die Gleichberechtigung errungen. Niemals wurden die reformierten Stände von der Teilnahme an den Reichsangelegenheiten ausgeschlossen, es gab selbst Kammerrichter calvinistischen Glaubens, und bei all dem fanatischen Hasse, der die Lutherischen gegen die ketzerischen „Sakramentierer“ beseelte, die älteren Brüder wussten doch wohl, dass sie sich selbst das Grab gruben, wenn sie eine feierliche Verdammung dieser Sekte zuließen und den Katholischen das Recht übertrugen, zu entscheiden, wer zu den Bekennern der Augsb. Konfession gehöre, wer nicht. Denn gerade hierauf kam es an; immer wieder in unzähligen Rechtsdekutionen versuchten die Reformierten nachzuweisen, dass auch sie Anhänger der Augsb. Konfession seien und somit die Wohltaten des Religionsfriedens ungehindert geniessen dürften. Freilich dieser Nachweis war nur zu führen durch Zweideutigkeiten und Vertuschung des wirklichen Sachverhalts. Er beruhte auf dem Unterschiede der ersten und zweiten Fassung der Augsb. Konfession, deren Autor glaubte, diese Fundamental-Urkunde des Luthertums wie eine Privatarbeit später umändern zu können. So hatte Melancthon 1540 in der sogenannten Variata die Lehre vom Abendmahl in einer Fassung formuliert, die es den Anhängern Calvins zur Not ermöglichte, dieses revidierte Dokument als eigenes Glaubensbekenntnis anzuerkennen, und da im Religionsfrieden nur von den Anhängern der Augsb. Konfession im allgemeinen die Rede war, ohne nähere Bezeichnung der Ausgabe, war hier der Weg gefunden, auf dem die Calvinisten sich, wie ihre Gegner behaupteten, in den Religionsfrieden einschleichen konnten. In Wirklichkeit hat man zweifellos damals, 1555, an eine solche Auslegung wenig gedacht. Für Lutheraner wie für Katholiken waren damals Zwinglis und Calvins Anhänger Ketzer ganz wie etwa Wiedertäufer und Schwenkfeldianer, und man konnte sich nicht denken, dass so bald ein grosser Teil des Reichs sich jener neuen „reformierten“ Lehre zuwenden würde. Erst einige Jahre später wurde der Unterschied zwischen den beiden Fassungen der Augsb. Konfession öffentlich erörtert. Allen solchen Versuchen der Calvinisten aber, für ihren Glauben auch die rechtliche Anerkennung durch Kaiser und Reich zu gewinnen, trat nun ganz entschieden das Restitutionsedikt entgegen. Hier hiess es ausdrücklich: „Declariren hiemit vnd erkennen, dass solcher Religion-Frieden allein die der urahlten Cathol. Religion vnd dero unserm geliebten Vorfahren Kayser Carolo V. an. 1530 den 25. Juni übergebener ungeänderten Augsp. Confession angehe und begreiffe, alle andere widrige Lehren und Secten aber, wie dieselbe auch genant und entweder bereits auffkommen, oder noch auffkommen mochten, als unzulässig davon ausgeschlossen, verboten, auch nicht geduldet oder gelitten werden sollen“.

Alle diese Fragen waren nun schon seit Jahrzehnten mit massloser Erbitterung erörtert worden; aber weil sie auf dem Wege rechtlicher Verständigung nicht zu lösen waren, ging der letzte Reichstag vor dem Krieg ohne Resultat auseinander, war die Reichsverfassung gesprengt. So musste nun, wo die kaiserlich-ligistische Partei die unbestrittene Gewalt in Händen hatte, wo die letzten

Helfer des Protestantismus geschlagen waren, der Feldherr des Kaisers im Begriffe stand, riesenhafte Pläne politischer und merkantiler Art an den Küsten des Baltischen Meeres zu verwirklichen, der Gedanke gebieterisch in den Kreisen der Sieger sich kundgeben, nun die kaiserliche Macht zu rücksichtsloser Ausbeutung der Situation zu benutzen. Ja, der Religionsfriede selbst ist damals infrage gestellt worden. Es wurde im Reichshofrat der Zweifel angeregt, ob nicht wie die Calvinisten, auch die Anhänger Luthers aus den Schranken der Augsburger Konfession herausgetreten seien, indem in der Konkordienformel des strengeren Luthertums die neue, in jener Glaubensurkunde nicht zu findende Lehre von der Ubiquität, der Allgegenwart des Leibes Christi im Abendmahl, festgelegt sei, eine Anschauung, die im Auftrage des Bischofs Heinrich von Augsburg besonders zwei Jesuiten der Universität Dillingen, Forer und Laymann, durch mehrere Flugschriften verbreiteten. Wir wissen es jetzt, wer am energischsten unter den katholischen Reichsständen von Anfang an den Gedanken eines solchen, alle Streitpunkte zusammenfassenden und im Sinne der alten Kirche lösenden Ediktes vertrat, es war Kurfürst Maximilian von Bayern, dem vor allem die Ausrottung der verhassten calvinistischen Sekte Herzenssache war. Er wollte schon auf dem Reichstage zu Regensburg 1608 den Reichstagsbeschluss zu Speier 1566 bestätigt wissen, aus dem er eine ausdrückliche Verdammung der Calvinisten herauslas. Aber erst auf dem Mülhauser Kurfürstentag 1627 kam es zu entschiedener Offensive; so forderten die katholischen Kurfürsten, der Kaiser sollte selbst die Entscheidung über den Besitz der Kirchengüter in die Hand nehmen, und wenn auch Brandenburg und Kursachsen die vorherige Submission der Betroffenen unter das kaiserliche Urteil forderten, so dachte man katholischerseits garnicht daran, diese Klausel ernst zu nehmen. Und Maximilian selbst liess auch einen Diskurs einreichen über die Gründe, weshalb der Calvinismus im Reiche auszurotten sei. Die gleiche Forderung aber, dass der Calvinismus im Reiche extirpiert werde, vertrat auch Philipp Christoph von Soeteren, der ehrgeizige und stets unruhige Erzbischof von Trier, dem wir bald weiter begegnen werden. Freilich, in Sachen der Kirchengüter war er der Meinung, dass es besser sei, mit Hilfe des Reichskammergerichts auf prozessualen Wege den Protestanten jene Güter zu entreissen. Von einem solchen umständlichen Verfahren war nun freilich später im Edikt selbst nicht mehr die Rede. Hier wurde ein summarisches Verfahren angeordnet; auf das Verhör vor kaiserlichen Kommissaren, die im ganzen Reiche herumreisen sollten, musste sogleich Urteil und Exekution folgen. Die Truppen Wallensteins und der Liga sollten einen etwaigen Widerstand sofort mit Waffengewalt niederschlagen.

Es ist nun unsere besondere Aufgabe, festzustellen, wie unsere Heimatlande nördlich der Lahn von dieser grossen reaktionären Bewegung berührt wurden, und wie sie dagegen reagierten. Nun zerfielen damals bekanntlich die Besitzungen der nassauischen Grafen in zwei, seit dem dreizehnten Jahrhundert getrennte Territorien, die Lande ottonischen Stammes nördlich der Lahn, deren Herren sich seit dem grossen Katzenellenbogischen Erbfolgestreit im 15. Jahrhundert Grafen von Nassau-Katzenellenbogen nannten, und die südlichen Gebiete der Linie von Nassau-Saarbrücken. Nicht in gleicher Weise aber waren diese Dynastien bedroht. Im Süden hatten die Landesherren am alten Lutherischen Glauben

festgehalten, den sie allerdings in gemässigterem Sinne auffassten; die Bergische Konkordienformel, das Bekenntnis des strengen, orthodoxen Luthertums hatte man hier nicht unterschrieben. So hatten die Nassau-Saarbrückener Grafen nur für ihren kirchlichen Besitz zu fürchten, so weit er unter die Bestimmungen des Restitutions-Edikts fiel, also erst nach 1552 säkularisiert war. Leider fehlt es noch auf diesem geschichtlichen Gebiete an intensiver und zusammenhängender Quellenforschung; das Wenige, das Keller in seinem bekannten, ebenso konfuse, wie im übrigen inhaltsreichen Buche die „Drangsale Nassaus im dreissigjährigen Kriege“ mitteilt, ist so dürftig und nichtssagend, meist auch unzuverlässig, dass wir auf die Benutzung dieses Werkes überhaupt verzichten. Dafür steht uns für die Geschichte der nassauisch-oranischen Lande ein reiches archivalisches Material im Wiesbadener Staatsarchiv zu Gebote, aus dem ich diesmal gerade die Dinge hervorheben möchte, die im inneren Zusammenhange mit der allgemeinen Entwicklung in Deutschland stehen, in denen das Lokalgeschichtliche auf die politische Tätigkeit der führenden Kreise einwirkt.

Damals war der schöne Besitz, den einst Graf Johann der Ältere, Wilhelms von Oranien hochstrebender Bruder, in seiner Hand vereinigte, ebenfalls in verschiedene Teilgebiete auseinander gerissen. Das Dillenburg Ländchen beherrschte Ludwig Heinrich, ein Enkel Johanns VI. In Siegen finden wir Johann den Jüngeren am Ruder, hoch in Ehren stehend bei dem Kaiser und Spanien, als der erste Katholik des nassauischen Hauses oft mit wichtigen militärischen und politischen Aktionen betraut, während in Diez und Hadamar die frühere Generation noch das Regiment ausübte: dort regierte Ernst Kasimir, der freilich fast beständig als Statthalter von Friesland in den Niederlanden weilte, während auf der Diezer Burg seine Stelle der arbeitsfrohe Amtmann Naurath vertrat. In dem prächtigen, neu erbauten Hadamarer Schlosse am Elbbach, dem grössten Nassaus, finden wir Johann Ludwig regieren, den spät geborenen Sohn Johanns des Älteren, in dessen ehrgeiziger Seele noch etwas von dem Heldengeiste dieses protestantischen Makkabäer-Geschlechts zu leben schien, trotz seiner Jugend als das geistige Haupt der gesamten Dynastie anerkannt. Und, von dem Siegerner Grafen abgesehen, hielten alle noch fest an den Traditionen der grossen Vergangenheit; noch war die Verbindung mit den Niederlanden lebendig, und besonders stolz war man auf die Universität Herborn, die auch jetzt noch in den wilden Kriegesstürmen die geistige Führerschaft für die deutschen Reformierten aufrecht erhielt. Nun aber schien das alles bedroht, Besitz und Glaube zugleich; denn die Hochschule konnte nur erhalten werden durch die Einkünfte der alten Klostergüter, und eben diese waren erst seit 1564, wo durch einen Vertrag mit dem Kurfürsten von Trier Nassau in den Besitz des grössten Teils der Grafschaft Diez gelangte, säkularisiert worden, fielen also zweifellos unter die Bestimmungen des Restitutionsediktes. Es waren dies das Kollegiatstift selbst, nebst den beiden dem Stifte inkorporierten Kirchen zu Freindiez und St. Peter, ferner das Benediktinerkloster Dierstein bei Diez (später Oranienstein genannt), weiter das von Cisterzienser-Nonnen bewohnte Kloster Gnadenthal in der Nähe von Dauborn. Dazu kam dann noch im Hadamarschen Gebiete das Prämonstratenser Nonnenkloster Beselich, an dem auch die Grafen

von Wied-Runkel gewisse, freilich beständig umstrittene Rechte besaßen. Die Einkünfte dieser Güter wurden teils, wie schon erwähnt, für die Landes-Universität, teils zum Unterhalt der Diezer Kirchen und Schulen verwandt. Gnadenthal wurde zu einem adeligen Jungfrauenstift, Beselich zu einem Hospitale umgewandelt. Nur ein Besitz schien rechtlich gesichert, der des Klosters Thron im Amte Werheim; hier war schon 1538, also lange vor dem Passauer Vertrag, durch Hessen die Reformation durchgeführt worden. Auch die Throner Einkünfte gingen nach Herborn; und doch ist, wie wir sehen werden, auch dieser Besitz in jenen Jahren der katholischen Hochflut verloren gegangen.

Tiefer vielleicht aber noch, als durch die materiellen Anforderungen der Sieger wurden diese Lande betroffen durch die Bedrohung ihrer religiösen Existenz. Was sollte werden, wenn nun die Reformierten gezwungen werden mußten, das Heiligtum ihres Glaubens aufzugeben, um entweder zur alten Kirche zurückzukehren, oder auch unter Aufgabe ihres eigentlichen persönlichen, so scharf und deutlich ausgeprägten Sondercharakters mit den Lutherschen sich zu vereinigen, die gerade damals mit so fanatischem Haß die ketzerischen Sakramentierer verfolgten, sie für Teufelsbrut ansahen, schlimmer als die Katholischen selbst?

Früher schon, früher als an andern Stellen des Reichs, ist man hier, wo das Wesen des reformierten Lebens am stärksten pulsierte, auf die drohende Gefahr aufmerksam geworden. Schon 1626, als der Dänenkönig so schwere Niederlagen erlitten hatte, warnte der Leiningensche Rat und Amtmann zu Westerburg Alex. Sohn den Grafen Johann Ludwig von Hadamar vor einem bevorstehenden kaiserlichen Mandate gegen die Calvinisten. Und als im folgenden Jahre Philipp Hoen, der vertrauteste Ratgeber des Dillenburger Grafen, zum Mühlhausener Kurfürstentage entsandt wurde, um eine Erleichterung der furchtbaren Kriegslasten herbeizuführen, da erwog man, ob es nicht gut sei, als Sachverständigen in theologischen Dingen einen Herborner Professor, etwa Alsted, mitzuschicken, um jeden Augenblick das Recht des reformierten Bekenntnisses erweisen und siegreich allen Einwendungen entgegentreten zu können. Das ist nun nicht geschehen, aber immer drohender zogen sich die Gewitterwolken zusammen, um sich schon im Frühling des Jahres 1628, also noch 1 Jahr vor dem eigentlichen Restitutionsedikte, über dem Haupte der nassauischen Grafen zu entladen,

In einer seltsam komplizierten Weise wirkten hier verschiedene Motive zusammen, dynastische Gegensätze vermischten sich mit religiös-politischen Tendenzen. Wir müssen etwas weiter zurückgehen, um diese Kombination verstehen zu können. Schon haben wir den Feind genannt, der seit Jahren heimlich und offen als Angehöriger des eigenen Hauses die Grafen bekämpfte, der die kaiserliche Gunst benutzte, um ein Grosses, auf politischem, wie religiösem Gebiete zu erreichen, den ganzen Besitz der nassauisch-katzenellenbogenschen Linie in seiner Hand zu vereinigen und zugleich überall in diesen Gebieten den alten Glauben wieder zur Herrschaft zu bringen. Johann der Jüngere von Nassau-Siegen, Johanns des Mittleren, des grossen Strategen, zweiter Sohn, war schon im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts in Rom zum katholischen Glauben übergetreten,

(vielleicht, was freilich vorläufig noch nicht nachgewiesen werden kann, um die Hand einer reichen Erbin, Prinzessin Ernestine Jolantha von Ligne zu gewinnen.) Damals lebte noch als Erbe des Siegenschen Hausbesitzes sein älterer Bruder Ernst; und als nach dessen Tode Johann in die Rechte des Bruders eintrat, suchte er die Bedenken seines Vaters 1617 durch einen Revers zu beruhigen, in dem er feierlich versprach, die Religion seiner künftigen Untertanen unangetastet zu lassen. Aber dem alten Herrn kamen doch allmählich Bedenken, ob dieses Versprechen genügen würde, die gegenreformatorischen Bestrebungen seines Sohnes zurückzuhalten. So verfügte ein neues Testament von 1621, dass die Siegener Lande unter seine Söhne geteilt werden sollten, eine Verfügung, die Johann der Jüngere sofort, gestützt auf eine kaiserliche Annullierung des Testaments anfocht. In die nun beginnenden langjährigen Rechtsstreitigkeiten wurden auch die drei verwandten Grafen von Dillenburger, Diez und Hadamar hereingezogen. Das Testament hatte sie zu Vormündern der minderjährigen Söhne Johanns des Mittleren ernannt. Fast drei Jahre versuchten sie, unter allen möglichen Vorwänden, sich dieser unbequemen Aufgabe, die zu recht unangenehmen Verwicklungen führen musste, zu entziehen, und als ihnen endlich, 1626, durch das Reichskammergericht zu Speier definitiv die Vormundschaft übertragen wurde, da kündete ihnen Graf Johann der Jüngere in einem heftigen Schreiben vom 4. Februar 1626 die offene Fehde an. „Da dan demselbigen also“, so hiess es hier, „als werden E. Ldd. oder niemands anderst mich verdenken können, dass ich hin widerumb uf mittel und wege gedenke, wie ich mich bei demjenigen, was mir Gott und das recht gegönnet, maintainiren und hand haben, E. Ldd. versicherent, dass hierzu ich nicht allein alle rechtlichen mittel ahn die hand nehmen, sondern auch, da es die not erfordern wurde, gut und blut und das allereusserste ufsetzen will.“ Die folgenden Jahre sollten seine Drohungen wahr machen. Und Johann begnügte sich nicht mit der Defensive, sein Ziel war nicht nur, sein Erstgeburtsrecht zu verteidigen, sondern mit kaiserlicher Hilfe alle nassauischen Grafschaften wieder zu vereinigen und zur alten Religion zurückzuführen. Von den verschiedensten Richtungen aus begann er seinen Verwandten Schwierigkeiten zu bereiten. Als er seit Ende 1627 energisch die gegenreformatorische Tätigkeit im Siegenschen trotz aller beruhigenden Versprechungen wieder aufnahm, suchten viele der ausgewanderten reformierten Untertanen in den benachbarten Gebieten ihrer Konfession, besonders den übrigen nassauischen Landesteilen, Hessen-Kassel, Wittgenstein, Zuffelt. Viele besonders fleissige und tüchtige Leute, besonders im Bergfach erfahren, gingen so dem Siegenschen Grafen verloren, der energisch ihre Auslieferung forderte. Und da ist es denn besonders bedeutsam, dass in diesem Zusammenhange zum ersten Male die kaiserliche Macht den später im Restitutionsedikt ausgesprochenen Gedanken einer Rechtsloserklärung der Reformierten verkündete. Ein kaiserliches Edikt vom 21. Februar 1628 verbot allen solchen Ständen, die sich zu einer im Religionsfrieden nicht zugelassenen Sekte bekannten, die Siegenschen Emigranten aufzunehmen. Wir sahen schon, wie zweifelhaft damals die Stellung der Reformierten im Reiche war, wie mühsam die Anhänger des Calvinismus durch sehr gewundene Deutung des Religionsfriedens ihre Sonderexistenz zu bewahren suchten, nun hatte die höchste Stelle des Reiches ihr deutliches

Votum abgegeben. Und eben auf dieses Mandat, das die drohende Gefahr so erschreckend zeigte und dessen Absichten durch sehr beunruhigende Mitteilungen des damals am kaiserlichen Hofe zu Prag weilenden Rates Hoen erläutert werden, begann nun eine grosse Bewegung zum Schutze des reformierten Glaubens, die sich weit über die Grenzen des Nassauer Ländchens hinausgriff mit dem Ziele, alle Glaubensgenossen, kleine und grosse Stände des Reichs von den Grafen an bis zum ersten der calvinistischen Fürsten, dem Kurfürsten von Brandenburg, zu einer geschlossenen Abwehrfront zu vereinigen. Wir werden nachher diese von unserem Gebiete ausgehende Wellenbewegung weiter zu verfolgen haben, fassen wir zunächst noch die weiteren Angriffsbewegungen des Siegener Grafen ins Auge. Es gelang ihm bald, vom Kaiser ein zweites Mandat auszuwirken, in dem ihm die Einkünfte jener oben zusammengestellten Klostergüter zum Unterhalte seines neugegründeten Jesuitenkollegiums zu Siegen angewiesen wurden. Da aber hatte es Graf Johann nun nicht mehr mit den jetzt so machtlosen Verwandten zu tun, sondern mit einem weit mächtigeren Gegner, dem Kurfürsten Philipp Christoph von Soeteren, Erzbischof von Trier. Wie dieser ehrgeizige Kirchenfürst, der schon früher als Bischof von Speier, jetzt mehr noch in seiner höheren Würde, mit voller Energie die Rechte der alten Kirche auf die Klostergüter vertrat, hier Ansprüche geltend machen konnte, sei nur angedeutet. Näheres findet sich in meiner Abhandlung zur Reformationgeschichte der Grafschaft Diez im Bande 1909 unserer Annalen. Es handelt sich dabei um eine verschiedene Auslegung des Diezer Vertrages zwischen Trier und Nassau, vom Jahre 1564. Damals hatte Graf Johann der Aeltere auch jene Klostergüter erhalten, aber mit der in einer besonderen Klausel festgelegten Bestimmung, dass alle Mängel in Stiften und Klöstern nur mit Zustimmung beider Teile verbessert werden sollten. Nur das konnte doch der Sinn dieser Bestimmung sein, dass ohne Mitwirkung des Trierer Kurfürsten keine wesentliche Veränderung in den Verhältnissen jener Kirchengüter vorgenommen werden konnte, eine einseitige Umwandlung der Religion durch Nassau vor allem, erschien ganz ausgeschlossen.¹⁾ Und doch hat Graf Johann damals sofort die Reformation in allen ihm zugefallenen Teilen der Grafschaft Diez durchgeführt, das Klostervermögen aber zum Unterhalt von Kirchen und Schulen verwandt, bis dann später durch den Uebertritt des Grafen zum reformierten Bekenntnisse die Verhältnisse wieder sich änderten und die Herborner Universität den grössten Teil der Klosterereinkünfte zugewiesen erhielt. Nicht ohne immer erneute Proteste nahm Kur-Trier diesen Rechtsbruch entgegen, aber weniger die langen und spitzfindigen Deduktionen von nassauischer Seite haben hier Eindruck gemacht, als die starke politische Stellung des Grafen, der seine Verbindung mit den Niederlanden ausnutzen und mit der Hülfe seines grossen Bruders Wilhelm von Oranien drohen konnte. Zu Anfang des XVII. Jahrhunderts gab dann Trier stillschweigend den Widerstand auf; der Besitz der Kirchengüter schien für das nassauische Grafengeschlecht gesichert. Jetzt aber, wo so deutlich in den Kriegswirren wie in den politischen Verhandlungen sich die Ohnmacht der protestantischen Stände überhaupt, und der Grafen besonders, zeigte, ging Philipp Christoph von Trier ganz

¹⁾ Siehe meine Ausführungen über die Zweideutigkeit der nassauischen Politik in Band 1909 der Annalen.

energisch vor, um rücksichtslos die Gunst der Umstände auszunutzen. Konnte er ja jetzt geradezu sich als grossmütigen Beschützer seiner Nachbarn aufspielen. Denn damals, im Frühjahr 1628, kamen von allen Seiten schlimmste Nachrichten. Johann der Jüngere begnügte sich nicht damit, seine früheren Forderungen auf die Klostergüter geltend zu machen, er denunzierte damals auch seinen Oheim Ernst Casimir von Diez, dass er sich in dänische oder pfälzische Dienste begeben habe, um so als Hochverräter direkt gegen den Kaiser zu kämpfen. Natürlich forderte dann der ländergierige Herr, dem der Kaiser grosse Summen schuldig war, gleich für sich die Eventual-Belehnung mit der Grafschaft Diez, zugleich aber führte er den Hauptschlag gegen alle seine Agnaten zusammen, der ihm den ersehnten Erfolg, den Besitz aller Nassau-Katzenelnbogenschen Lande, mit einem Male sichern sollte. Am 14. Mai 1628 a. Stils traf zu Hadamar bei Graf Johann Ludwig eine Zitation des kaiserlichen Hoffiskals ein, wonach die Grafen von Dillenburg, Diez und Hadamar des criminis laesae majestatis beschuldigt und zur Verantwortung vorgeladen wurden. Ihre Schuld sollte darin bestehen, dass sie einst, zu Beginn des 30jährigen Krieges dem Pfälzer Kurfürsten 10 Lehnreiter zu Hilfe gesandt hatten. Nun war jene Hilfeleistung eine blosser Formsache gewesen, die paar Reiter kamen überhaupt garnicht gegen den Kaiser zur Verwendung, sie blieben in der Pfalz und wurden noch vor der Schlacht am Weissen Berge wieder zurückgezogen. Zudem hatten auch katholische Lehnleute des Pfälzer Kurfürsten damals ihre Lehnspflicht geleistet, und in allen den Jahren des Krieges hatten dann die nassauischen Grafen im besten Einvernehmen mit dem Kaiser und der Liga gestanden. Ihre ganze Politik war bestimmt durch die Angst vor der katholischen Macht. Immer wieder hatte man ihnen von höchster Stelle ihr Wohlverhalten bestätigt, und von jener Hilfeleistung war nie mehr die Rede gewesen. In ähnlicher Weise ging übrigens Johann der Jüngere auch gegen seine jüngeren Brüder, deren Verwandte die Grafen waren, vor, um den Erbschaftsprozess zum günstigen Abschluss zu bringen.

Wenn bis zu diesem Augenblicke die Nassauer noch den Forderungen des Trierer Kurfürsten Widerstand geleistet hatten, so mussten sie nun kapitulieren, sie konnten sich nicht noch diesen neuen Feind auf den Hals laden; zudem versprach Philipp Christoph seinen energischen Beistand in der fiskalischen Sache. Unter diesen Umständen opferte man die Kirchengüter, um wenigstens den übrigen Besitz zu sichern. Im Herbst 1628 übernahm der Kurfürst nach längeren Verhandlungen, in denen die Grafen noch zu retten suchten, was möglich war, die Klostergüter, um sie allmählich wieder ihrer alten Bestimmung zuzuwenden. Um die Kirchen und Schulen im Diezischen notdürftig erhalten zu können, wurde den Grafen grossmütig ein Teil der Einkünfte belassen, die Universität Herborn aber liess sich nun vorläufig nicht weiter erhalten. Alles das aber geschah ziemlich formlos, die Grafen haben keine ausdrückliche Verzichtsurkunde ausgestellt und konnten später unter veränderten Umständen den Kampf wieder aufnehmen. Zweifelhaft war nun noch das Schicksal des Klosters Thron, das ja mit dem Diezer Vertrage nichts zu tun hatte und eigentlich auch durch das Restitutionsedikt als alter protestantischer Besitz nicht gefährdet war. Hier

kam es zum offenen Gewaltakte. Noch vor Publikation des Ediktes, am 20. 30. April 1629, nahmen Triersche Kommissarien das Kloster in Besitz, und zugleich wurde in dem ganzen Amte Wehrheim, das Nassau und Trier gemeinschaftlich gehörte, mit Gewalt der katholische Glaube durchgeführt, mit Berufung auf den Umstand, dass hier eine im Religionsfrieden nicht zugelassene Sekte gelehrt würde. So war es also hier garnicht mehr nötig, dass wie im übrigen Reiche kaiserliche Kommissare den Bestimmungen des Restitutionsedikts Geltung verschafften. Der Trierer Kurfürst, der, wie wir sahen, von diesem Edikte nicht viel hielt, hatte schon selbst vorher durch Ausnützung der Machtverhältnisse alle seine Ansprüche durchgesetzt. Wo aber blieb nun Johann der Jüngere, dem doch der Kaiser ausdrücklich den Besitz jener Klostergüter zugesichert hatte? Da spielt nun ein Gegensatz innerhalb der katholischen Kirche mit (auf den zum ersten Mal Moritz Ritter in seiner Geschichte des 30jähr. Krieges in solchem Zusammenhange hinwies), der tiefe, mit ungeahnter Schroffheit sich kundgebende Gegensatz zwischen den Ansprüchen der alten Orden und der gewaltig emporstrebenden Gesellschaft Jesu. Schon gegen Ende 1627 hatte der kaiserliche Beichtvater, der Jesuitenpater Lamormain, dem päpstlichen Nuntius gegenüber angedeutet, dass es nötig sei, einen grossen Teil der in Deutschland einzuziehenden Klostergüter dem Jesuitenorden zur Errichtung von Kollegien, Seminarien und Schulen zuzuweisen. Des Kaisers Haltung in diesem peinlichen Zwiste war zweideutig. Einerseits redeten auf ihn ein die Vertreter der alten Orden, so besonders der sehr einflussreiche Benediktinerabt Anton von Kremsmünster, auf der anderen Seite agitierte Lamormain, unterstützt von dem Vizekanzler Stralendorff, mit allen Mitteln für die *societas Jesu*. Der ganze Streit wurde später (durch einen Vertreter schwäbischer Prälaten) an die Öffentlichkeit gezerrt, es erschienen leidenschaftliche Kampfschriften, und von katholischer Seite selbst, besonders durch den Konvertiten Kaspar Schoppe (*Scioppius*) wurden heftigste Angriffe gegen die Herrschsucht des Jesuitenordens geschleudert. Nur herrschen wolle der Orden, so hiess es hier, herrschen in der Kirche, wie über die Fürsten, sie verraten den Papst, den Kaiser und die Religion, sie verhetzen in Deutschland Protestanten und Katholiken, sie haben den grossen Krieg verschuldet, nicht eher kann Frieden werden, als bis der Orden vertrieben ist. Graf Johann von Siegen aber, der aufs innigste mit Lamormain verbündet war, vertrat eben diese Tendenzen der Gesellschaft Jesu; nur mit Hilfe der so oft bewährten jesuitischen Propagandakunst glaubte er, in seinem eigenen Lande die letzten Spuren des Protestantismus ausrotten und die alte Lehre wieder zur Alleinherrschaft bringen zu können. Andererseits aber hatte der Trierer Kurfürst für die alten Orden Partei ergriffen, vielleicht schon deshalb, weil er so seine eigenen Aufsichtsrechte besser wahren konnte.

Um so energischer hat nun Graf Johann der Jüngere sich für den fiskalischen Prozess, der beim Reichshofrate verhandelt wurde, eingesetzt. Und hier schien er besseren Erfolg zu haben. Trotz aller Intercession durch die Kurfürsten, und zwar auch die katholischen, kamen die evangelischen Grafen keinen Schritt vorwärts, endlose Rechtsverwahrungen wurden durch ebenso endlose Entgegnungen des kaiserlichen Fiskals beantwortet, zuletzt liess sich auch Johann durch einen mailändischen Rechtsgelehrten — er war damals in Italien als

Vertreter des Kaisers im mantuanischen Erbfolgestreit tätig — ein Gutachten ausstellen, wonach die angeklagten Grafen schon wegen ihres kalvinistischen Bekenntnisses zu verurteilen seien. Und da wurde jener Beschluss gefasst, der so verhängnisvoll für das nassauische Gesamthaus werden sollte. Man beschloss, den letzten Versuch zu machen und trotz der in dieser schweren Zeit kaum aufzubringenden Kosten — denn es handelte sich dabei vor allem darum, durch Bestechungen, sogenannten Verehrungen, die Gunst der für solche Einwirkung ausserordentlich empfänglichen Höfinge zu gewinnen — einen Vertreter an den Kaiserlichen Hof zu senden. Und das konnte kein anderer sein als Graf Johann Ludwig von Nassau-Hadamar, der jüngste, aber geistig bedeutendste des ganzen ottonischen Geschlechts. Freilich beschwor man so eine andere Gefahr herauf, die man damals schon ahnte, dass nämlich der geistvolle, feurige und bis zur Leidenschaft ehrgeizige Graf den Verlockungen des Wiener Hofes erliegen und zum katholischen Glauben, mit dem er sich schon seit einiger Zeit befreundet hatte, übertreten würde. Und so ist es denn auch gekommen. Bald gewann Johann Ludwig die Gunst des kaiserlichen Herrn, den er 14 Tage lang auf der Jagd begleitete. Immer wieder musste er an der kaiserlichen Tafel in religiösen Disputationen den Überredungskünsten der katholischen Kleriker standhalten; der ganze feierliche Prunk der Kirche, wie er sich bei der Grundsteinlegung eines Camaldolenser Klosters auf dem Kahlenberge entfaltete, trat ihm hier entgegen. Vor allem aber war in seinem Innern durch längere Gewissenskämpfe der Boden schon vorbereitet.²⁾ Trotz der Warnungen der befreundeten Grafen, Kraft von Hohenlohe und Wilhelm von Solms, verliess Johann Ludwig, nur von einem Kammerdiener begleitet, die Herberge zum Steirerhof und zog sich in das Professhaus der Jesuiten zurück, um hier in klösterlicher Einsamkeit sich weiter zu bedenken. Lamormain selbst und der Luxemburgische Jesuit Kaspar Wiltheim, der uns später von diesen Dingen berichtet, übernahmen die religiöse Belehrung des kaum noch Schwankenden; auch an ekstatischer Erleuchtung fehlte es nicht. So erfolgte am 7. Tage der Durchbruch der Gnade; entzückt konnte der Graf seinem Bekehrer entgegenrufen: „Ich habe gesiegt, mein Vater, katholisch bin ich, katholisch werde ich bleiben“. Am 5. September a. St. fand die erste Beichte vor Lamormain statt, am 8. das feierliche Glaubensbekenntnis und die erste Kommunion.

So waren denn für die nassauischen Grafen ganz neue Verhältnisse geschaffen; die Einheitsfront, mit der man bis jetzt den Ansprüchen Johannis des Jüngeren wie des Trierer Kurfürsten entgegentrat, war zerstört, ganz anders gruppierten sich die Parteien, und auch in den Kampf um die Klostergüter trat nun ein neuer Bewerber ein. Schon vor der Reise Johann Ludwigs nach Wien hatte dieser durch den Rat des Trierer Kurfürsten Goldast die Mitteilung erhalten, der Kirchenfürst werde ihm, wenn er katholisch würde, die nassauischen Stifts- und Klostergüter zurückgeben. Wie weit dieses Anerbieten auf die Konversion des Grafen bestimmend einwirkte, lässt sich schwer feststellen. Jedenfalls aber schien jetzt der Zeitpunkt gekommen, von solchen Versprechen Gebrauch zu machen. Schon am 21. September bat der Graf den Kaiser, bei Trier die Rückgabe der beschlagnahmten Klostergüter zu vermitteln. Er ge-

²⁾ Siehe Beilage am Schluss der Abhandlung.

dachte zunächst, das alte einst in Hadamar bestehende Kollegiatstift mit 6 Kanonikaten zu erneuern und zu erweitern, sowie die Mittel zur erfolgreichen Durchführung der Gegenreformation zu erhalten. Dazu wollte er die Einkünfte von Beselich, Diez und Dierstein bewilligt haben. Auch den Widerstand der alten Orden dachte er, mit Hilfe von Kaiser und Papst zu überwinden. Aber erst am 19. Febr. 1630 bewilligte der Kurfürst dem Grafen die Einkünfte von Beselich sowie die nach Diez gehörenden Gefälle im Hadamarer Ländchen, Brötzenmühle, nebst dem Rotzenhahner Haferzehnten, und dazu galt es, erst den Prämonstratenser Orden aus dem Kloster Beselich zu vertreiben, der es nicht räumen wollte. Aber unterdessen hatte sich Johann Ludwig ein anderes Ziel gesetzt. Er gedachte vor allem den Jesuitenorden zur Bekehrung seines Landes heranzuziehen und zur Begründung eines Kollegiums die Kirchengüter zu verwenden. Durch Vermittelung des päpstlichen Nuntius Pallotto war er schon mit dem Papste in Verbindung getreten, und der Nuntius empfahl die Sache dem Kardinal Barberini, während auch der kaiserliche Gesandte in Rom, Savelli, für die gute Sache des Neubekehrten eintrat. Und am 13. August 1630 übergab Johann Ludwig auf dem Kurfürstentage zu Regensburg dem Kaiser persönlich seine Eingabe. Jetzt forderte er neben den Einkünften von Beselich, Dierstein, Diez, auch die Hälfte von Thron, und in einer für den Papst bestimmten Information war auch Gnadenthal genannt. Und seine Sache schien nicht ungünstig zu stehen, da nun, wo diese Güter dem Protestantismus doch verloren schienen, auch die nassauischen Agnaten von Diez und Dillenburg ihre Zustimmung zu Johann Ludwigs Forderungen gegeben hatten. Waren sie ihm doch in gewissem Sinne Dankbarkeit schuldig, da nun durch seine Vermittelung wenigstens die schlimmste Gefahr von ihrem Haupte abgewendet war. Denn die Aufhebung des fiskalischen Prozesses war die unmittelbare Folge von Johann Ludwigs Konversion gewesen, wenigstens der weltliche Besitz der Grafen schien nun gesichert, und Graf Johann der Jüngere hatte das Nachsehen, der nun in einen recht intimen und auch politisch bedeutungsvollen Verkehr mit seinem Oheim und nunmehrigen Glaubensgenossen eintrat. Wie nun der weitere Streit um die Klostergüter verlief, davon wird nachher noch kurz zu reden sein.

Wir wenden uns nun der Frage zu wie jene Religionsklausel des Restitutionsediktes, die ja so deutlich den Reformierten Glauben als unberechtigt erklärte, in den nassauischen Landen wirkte. In der bis jetzt vorhandenen Literatur über das Restitutionsedikt und seine Wirkungen ist die religiöse Bedeutung dieses Ediktes fast ganz ignoriert worden. Es ist darum um so lehrreicher, gerade hier an der Hand eines reichen Aktenmaterials diese Frage zu erörtern. Und da gewahren wir denn, wie die Nöte der nassauischen Lande in Verbindung standen mit der ganzen Not des deutschen Calvinismus, und eine Abwehraktion aller dieser bedrohten Glaubensgenossen von hier aus ins Werk gesetzt wurde.

Wir haben bereits gesehen, wie die ganze Frage schon ein Jahr vor der Publikation des Restitutionsediktes im Nassauischen aktuell wurde. Als Johann der Jüngere vom Kaiser jenes Mandat erlangte, das die Auswanderung seiner Untertanen in reformierte Gebiete deutlich verbot, musste man Stellung nehmen

und sich zunächst entschliessen, ob man Folge leisten und die Emigranten zurücksenden wolle. Entschied man sich nun in dieser praktischen Frage für eine Politik des Hinhaltens und Zögerns, so galt es auch zugleich, der grösseren Gefahr zu begegnen, die dem Glauben drohte. Man konnte verschiedene Wege gehen, zunächst mannhaft allen Gefahren trotzen, den alten Glauben ohne Menschenfurcht und Kompromiss aufrecht bekennen und das weitere Gott anempfehlen, oder aber in irgend einer Weise Opfer der Überzeugung bringen und durch einen Anschluss an die Augsburger Konfession und die offene Anerkennung dieser Urkunde als Bekenntnis auch der Reformierten dem Wortlaute des Augsburger Religionsfriedens gerecht werden. Aber dann war es doch unvermeidlich — und besonders nach Erlass des Restitutionsedikts war jede andere Möglichkeit ausgeschlossen, — auch auf die ursprüngliche Gestalt der Augsburger Konfession, wie sie Kaiser Karl V. übergeben war, zurückzugehen und damit auch die lutherische Abendmahlslehre anzuerkennen. Ein *sacrificium intellectus*, das ernst gemeint und aufrichtig durchgeführt, den ganzen persönlichen Charakter des reformierten Bekenntnisses vernichtet, die volle Union mit den Lutherischen bedeutet hätte; würde es aber nur als Kampfmittel gebraucht, um über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinwegzukommen, so waren bedenkliche Zweideutigkeiten und Unaufrichtigkeiten garnicht zu vermeiden. Immer wieder wurde nun von Theologen und Politikern diese Frage erörtert; ich habe einen Teil dieser Gutachten bereits in einer früheren Programm-Arbeit 1897 benutzt, seitdem aber noch reicheren Stoff gefunden, der uns einen sehr bedeutsamen Einblick in das religiöse Fühlen dieser Epoche tun lässt. Schon damals konnte konstatiert werden, dass die Regierenden selbst mit wenigen Ausnahmen, — eigentlich nur Pfalzgraf Johann von Zweibrücken nahm eine ganz entschiedene und tapfere Haltung ein — zum allerweitgehendsten Entgegenkommen bereit waren und unbedenklich auch die ungeänderte Augsburger Konfession unterschreiben wollten, dass auch die Herborner Universitäts-Theologen von irenischer Gesinnung erfüllt, glaubten jetzt die langersehnte Union mit den Lutherischen erreichen zu können, dass aber die Geistlichen auf dem Lande, und sicher in Übereinstimmung mit ihren Gemeinden, meist einen starken, vielleicht beschränkten, aber charaktervollen Glaubenseifer offenbarten. Ich erinnere an die Worte des Johannes Ziser aus dem Hadamarschen Dorfe Rotzenhan, der sagte: „Derohalben dann ich für meine person die verfolgung, die so eine geringe Zeit währet und aber eine ewige freudigkeit gebietet, welche mir der getreue Gott zuschicken wird, tausendmal lieber mit geduld gutwillig ahnnnehmen will, als dass ich die einmal erkante wahrheit verwerfen und das Evangelium mit dem rücken ansehen wollte.“ Und später: „Derohalben so können wir unsere wurmbstichige haut theuwerer und höher nicht ahnpringen, als dass wir dieselbige zu bestätigung der wahrheit getrost mit tapferem gemüte und heldenmanns herzen anwenden und den ausgank in geduld dem gerechten richter empfehlen.“ Wie ganz anders urteilt schon am 20. März 1628 der Herborner Theologe Alstedius. Er rät zu weitgehendstem Entgegenkommen gegenüber den Lutherischen. Leicht und unbedeutend erscheinen ihm alle jene Unterschiede in Glauben und Zeremonien, um die doch so lange mit heisser Erbitterung gekämpft war. Alles wird aufgesucht, was Lutherische und

Reformierte gemeinsam haben. Vorsichtig geht er über alle Differenzen hinweg und kaum etwas von dem eigentlichen Wesen des Calvinismus blieb übrig, wenn man ihm folgte. Alle persönlichen, gehässigen Streitigkeiten sollten zunächst aufhören, in den Zeremonien sollte man sich der Lutherischen Praxis fast vollständig fügen, in der Lehre galt es, Einigungsformeln zu finden, die die eigentlichen Streitpunkte umgehen. Und Alsteds Kollege, der alte blinde Hermannus, gestand, dass mit einer solchen Einigung ihm ein Jugendtraum in Erfüllung gehe, auch die in Marburg abgesetzten Theologie-Professoren, wie Feuerborn, seien derselben Meinung und hätten bereits Entgegenkommen bei ihren lutherischen Nachfolgern gefunden. Und so war es zu verstehen, dass die Grafen selbst, über die schweren Gewissensbedenken ihrer Untertanen wegsehend, diesen Notanker ergriffen, öffentlich, so oft die Gelegenheit es zu erfordern schien, ihre Zugehörigkeit zur Augsburger Konfession betonten und auch die übrigen Wetterauer Grafen reformierten Glaubens zu gleicher Haltung fortrissen. Am weitesten ging dabei wohl Johann Ludwig von Hadamar, bei dem jetzt schon eine bedenkliche Gleichgültigkeit gegen den angestammten Glauben sich kundgab.

Eben diese Unionsbestrebungen aber setzten sich, von den nassauischen Landen ausgehend, über das ganze Gebiet der reformierten Reichsstände fort. Alle Beratungen sind diesen mitgeteilt worden, besonders Hessen-Kassel leitete sie dann weiter an den mächtigsten Reformierten, den Kurfürsten von Brandenburg. Erste Aufgabe war es nun, alle diese Stände zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, um dann durch solche teilweise Unterwürfigkeit auch die Lutherischen in eine andere Haltung zu drängen, so dass der Kaiser bei seinen Plänen auf den geschlossenen Widerstand aller Evangelischen stossen musste. Wie schwierig diese Aufgabe war, kann jeder ahnen, der den tiefeingewurzelten Religionshass kennt, der vor allem die Lutherischen erfüllte, und dessen Hauptvertreter der berühmte, in Fanatismus ganz aufgehende sächsische Hofprediger Hae von Hohenegg gewesen ist. Nur einige Momente aus diesen Verhandlungen lassen sich hier skizzieren.

Am 20/30 April forderte Hoen, der Dillenburger Rat, den hessischen Kanzler zu weiteren Verhandlungen mit den reformierten Ständen auf, damit eine Gesandtschaft an dem kaiserlichen Hof zu Stande komme und Sachsen zu freundlicher Haltung bewogen würde. So wurde der hessische Rat Dr. Justus Jungmann an die Höfe der anhaltischen Fürsten gesandt. Dort fand man Geneigtheit, sich ebenfalls zur ungeänderten Augsburger Konfession zu bekennen. Schon waren Verhandlungen auch mit Kurbrandenburg im Gange, die nur durch die Abwesenheit des Kurfürsten Georg Wilhelm von Preussen nicht voran kamen. Auf Sachsen setzte Fürst Christian von Anhalt wenig Hoffnung, hier habe man die Absicht, sich von den andern Ständen abzusondern, die dann der Katze die Schelle anhängen sollten. Jedenfalls habe auch Kurfürst Johann Georg, der „Biergörge“, schon besondere Versprechungen vom Kaiser. Dafür möge man mit anderen Lutherischen Ständen, etwa Braunschweig-Lüneburg, Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt, dem Herzog von Württemberg verhandeln, um zweierlei wenigstens zu erreichen, dass die heftigen Schmähungen der Gegner von den

Kanzeln herab und in Flugschriften aufhörten, und dass man wenigstens in politicis zusammenstehe. Damit war schon hier ausgesprochen, was später der Leipziger Konvent wirklich beschlossen hat. Den kaiserlichen Kommissarien gegenüber aber sollte man doch wieder das alte Vertuschungssystem gebrauchen und erklären, man wisse von keiner geänderten oder ungeänderten Confessio Augustana zu sagen, eine Haltung des alten kalvinistischen Vorkämpfers, die freilich der seiner Agnaten nicht entsprach. Landgraf Wilhelm aber zog es nun doch vor, sich direkt an den Reichsstand zu wenden, dessen Gesinnung dem Fürsten von Anhalt so verdächtig war, dessen Beistand aber für die gemeinsame Sache unschätzbar sein konnte. Er sandte seinen Rat Bernt von Dalwigk an Kurfürst Johann Georg. Hauptargument war die Gemeinsamkeit der Gefahr. Dem Papst sei ihrer beider Heil dermassen angelegen, dass er sie, ihrer unter sich verübten Condemnation ungeachtet, mit einem Holz, wie man sagt, zu brennen pflege. Ferner sollte man hervorheben, dass man im Grund der Seele mit den Lutherischen einig sei und in Hessen trotz unbedeutender Veränderungen man dieselbe Lehre bekenne, wie einst zu Landgraf Philipps Zeiten, jedenfalls sei man immer für ein Glied der Augsburger Confessionsverwandten gehalten worden. Der Kurfürst möge sich nicht irre machen lassen durch das Geschwätz der Theologen und wenigstens beim Kaiser vermitteln, dass der Landgraf Gehör fände. Nun hatte man freilich für diese inständigen Bitten den denkbar ungünstigsten Moment gewählt. Zwei Wochen später wäre Kurfürst Johann Georg vielleicht, durch den Kaiser in seinen Hoffnungen auf Magdeburg empfindlich enttäuscht, für irgend ein vorsichtiges Zusammengehen zu haben gewesen; jetzt wies er noch hochfahrend und höhnisch den Klagen protestantischer Reichsstände gegenüber, die ihn als ihren geborenen Schirmherrn ansahen, immer wieder auf die Notwendigkeit des Gehorsams gegenüber dem Edikte hin, dessen unangenehmen Konsequenzen er selbst aus dem Wege zu gehen gedachte. Eine persönliche Beleidigung war es für ihn, die förmlich abgebeten werden musste, als Herzog Johann Casimir von Sachsen ihn als Direktor des evangelischen Wesens bezeichnete. So erhielt denn jetzt der Landgraf eine Antwort, die er nur als Hohn ansehen konnte, der Kurfürst wünschte ihm zu seiner Bekehrung Glück und forderte ihn auf, nun ohne weiteres Disputieren die reine lutherische Lehre in seinen Landen durchzuführen. Seine Haltung war noch ganz beeinflusst durch seinen Hofprediger Hoe, der jede Versöhnung schroff zurückwies. Altes, abgedroschenes Stroh sind ihm die Begründungen des Landgrafen, der Calvinismus ist nicht im Religionsfrieden begriffen, und wenn der Kaiser und die evangelischen Stände die Reformierten doch dispensierten, so könnte die Evangelischen es nicht rühren, bis dahin aber blieben sie ausgeschlossen. Nur der Kaiser und die beiden Religionen zugehörten Stände hätten über die Zugehörigkeit zum Religionsfrieden zu urteilen. Von der ziemlich schwächlichen Haltung des Landgrafen und auch der nassauischen Herren unterschied sich die des Pfalzgrafen Johann von Zweibrücken durch grössere Klarheit und Entschiedenheit. Er wusste, dass mit einem allgemeinen Bekenntnis zur Augsburger Confession nichts zu erreichen war, nannten doch die Lutherischen Melancthons Variata eine gefälschte Privatkonfession, ja eine uneheliche Tochter. Er war gegen jede besondere Zusammenkunft der

reformierten Fürsten, die den Verdacht einer neuen Union wachrufen könnte. Dafür riet er, dass alle Kreistage sich mit Gesandtschaften an den Kaiser wenden sollten; wenn hier die reformierten Stände mitwirkten, so sei dies schon stillschweigende Anerkennung ihrer Gleichberechtigung. Stark optimistisch aber war seine Meinung, dass der lutherische Landgraf Georg von Darmstadt, Kurfürst Johann Georgs Schwiegersohn, ein gutes Wort einlegen könnte, denn es konnte keinen heftigeren Gegner der Reformierten geben, keinen der einer Unionspolitik abgeneigter gewesen wäre als dieser vielgeschäftige „Reichsfriedensmeister“. Nun sind dann allerdings von einigen Reichskreisen solche Deputationen nach Wien gegangen, aber ohne irgend etwas zu erreichen, und von den religiösen Fragen ist dabei garnicht die Rede gewesen; nur eine Sonderaktion der reformierten Stände konnte hier vielleicht einen Erfolg erzielen, und nur ein Reichsstand konnte sich hier an die Spitze stellen, Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg, dessen Politik sich ja in keiner Weise kompromittiert hatte. Wirklich hatte Christian von Anhalt hier schon 1628 Verhandlungen angeknüpft, auch hier wurden Gutachten und Denkschriften über das Recht der Reformierten ausgearbeitet, um eventuell beim Kaiser vorstellig zu werden, aber noch fühlte sich der Kurfürst sicher, und mit einem gewissen Rechte, wenn wir an ein Wort Maximilians von Bayern denken: den Kurfürsten von Brandenburg gehe das nichts an, denn derselbe sei vielleicht nicht einmal wirklich ein Calviner, und wenn auch, so habe er doch keinen calvinischen Gottesdienst in seinem Lande eingeführt. Da bedauerte man denn doch, nach dem Erlass des Ediktes nicht rechtzeitig vorgebeugt zu haben, wollte aber doch den Schritt nicht tun, den Anhalt und die Wetterauischen Grafen, die Nassauer an der Spitze, vorschlugen, nämlich pure et simpliciter sich zur ungeänderten Augsburger Konfession zu bekennen. Schien doch dem Brandenburgischen Kanzler Pruckmann im 10. Artikel der Augsburger Konfession direkt die papistische Transsubstantiationslehre gutgeheissen zu sein, und man müsse ja mit den am Ende jedes Artikels stehenden Worten: „Damnamus secus docentes“ sich selbst verdammen. So erhielten auch die Grafen von den Brandenburgischen Räten nur Vertröstungen, man hoffe, hier in der Mark mit Restitutionsforderungen nicht belästigt zu werden. Eine Vertrauensseligkeit, die recht wenig angebracht war, zumal schon von Wien aus die Exekutoren für den obersächsischen Kreis ernannt waren, die sicher auch den reichen geistlichen Besitz des Brandenburgers fordern würden. Wenn man sich auch jetzt noch scheute, beim Kaiser entschiedenen Protest einzulegen, so spielt das Misstrauen gegen den sächsischen Nachbarn mit, dem man wohl zutraute, dass er auch diesmal eine Judasrolle spielen, für sich sein Schäfchen ins Trockene bringen und dann die Glaubensgenossen im Stiche lassen würde. Johann Georg würde, so meinte Pruckmann, auch nicht einen Finger für Brandenburg rühren, der schändliche Hofprediger Hoe und seine Kameraden hätten ihn dahin gebracht, dass er die Calvinisten verabscheue, wie die Aegypter die Juden. Ohne Sachsen aber war nichts zu tun. Bei selbständigem Vorgehen Brandenburgs wäre die Uneinigkeit im protestantischen Lager vor aller Welt enthüllt. Dass Adam von Schwarzenberg, der Katholik, diesmal mit seinen Gegnern zusammenging, war natürlich. Auch

er widerriet ja den Protest und meinte nur, die *Confessio Marchica* weiche so sehr von den reformierten Glaubenssätzen ab, dass man sie ruhig als lutherisch ausgeben könnte. Die Wetterauer Grafen aber bekamen nun auch von Georg Wilhelm einen ziemlich nichtssagenden Bescheid.

Nun aber begann, angesichts der starren Haltung des Kaisers, der auch Sachsen und Brandenburg gegenüber nicht von dem Buchstaben des Restitutionsedikts weichen wollte, eine Annäherung der beiden Fürsten. So schlug der brandenburgische Rat Knesebeck bereits auf der Konferenz von Annaberg im April 1630 eben jenen grossen Konvent aller Evangelischen vor, den die bedrängten Glaubensgenossen im Westen forderten. Sehr vorsichtig freilich musste man in der Religionsfrage vorgehen, um den reizbaren „Biergürge“ nicht zu verletzen. So konnte Knesebeck nur, wie auch Hessen es getan, auf die Dillinger Streitschriften sich beziehen, etwa den lutherischen „Ketzerkrieg“ des Dr. Forer oder das Pamphlet „Wer hat das Kalb ins Auge geschlagen“, die ja bewiesen, dass auch die Lutherischen, und mehr noch als die Reformierten, von der alten Augsburger Konfession abgewichen seien. „Mich dünkt es“, meint der Brandenburgische Gesandte, „mit dieser Exklusion der Reformierten eben wie mit dem Werke der geistlichen Güter. Denn wie unter den nach dem Passauer Vertrage eingezogenen Klöstern unzweifelhaft auch die gesucht werden, so vorher eingezogen worden, also auch unter der Exklusion der Reformierten ebenmässig ein gleichmässiges gegen die Lutherischen“. Als nun auf dem Regensburger Kurfürstentage von 1630 neben den Fragen der grossen Weltpolitik und der Absetzung Wallensteins auch diese Dinge vorgenommen wurden, blieben die Kaiserlichen vollkommen unnachgiebig. Nur dass auf Anregung des Mainzer Erzbischofs Landgraf Georg von Darmstadt jetzt Gelegenheit fand, wieder den Reichsfriedensmeister zu spielen. Aber sein Vermittlungsvorschlag suchte zwar in Sachen der Kirchengüter einige Erleichterungen zu bringen, in der religiösen Frage aber war er noch päpstlicher als der Papst. Sein Kanzler Wolf von Totenwart schlug vor, dass die Entscheidung über die Frage, wer der Augsburger Konfession zugetan war oder nicht, allein den evangelischen Fürsten und Ständen zustehe, die sich zur *Formula Concordiae* bekannten oder künftig bekennen würden. Also jetzt sollte eine Formel als massgebend angesehen werden, die noch nicht einmal alle Lutherischen einst unterschrieben hatten, in der eine Lehre gefordert wurde, die auch der gemässigteste Calvinist nie annehmen konnte, die von der Allgegenwart des Leibes Christi. Wie die Katholischen diese Vermittelung schroff zurückwiesen, so auch die Brandenburger. Unmöglich konnten die Reformierten die grimmigsten Gegner als Richter anerkennen. Aber nun vollzog sich doch allmählich eine Milderung der die Gemeinschaft mit den Reformierten abweisenden Haltung bei den Sachsen. In Regensburg war beschlossen worden, dass zu Frankfurt a/M. auf einem Kompositionstage nochmals eine Versöhnung der Katholischen und Evangelischen versucht werden sollte. Da stieg denn in Landgraf Georg die Angst empor, dass die Calvinischen dort zugelassen würden und vielleicht sogar ihre Gleichberechtigung erzielen könnten. Besonders fürchtete er eine entschiedene Haltung der Wetterauer Grafen. Er wandte sich in seiner Besorgnis

an Hoe, aber der hatte unterdessen seine Schwenkung vollzogen. Er wollte jetzt nichts davon wissen, dass jemals evangelische Theologen die Calvinisten hätten aus dem Religionsfrieden ausschliessen wollen, sie begehrten nicht, Kaiser und Reichsstände wider die Calvinisten zur Verfolgung aufzufrischen. Vergebens wirkte Landgraf Georg auch auf seinen Schwiegervater ein, ihm arbeiteten Vertreter einer milderen lutherischen Richtung entgegen, die Thüringischen Vettern und der Markgraf Christian von Brandenburg-Kulmbach. Am 24. Dezember erklärte sich Kurfürst Johann Georg bereit, nach Leipzig den lange geforderten evangelischen Konvent einzuberufen. Vergebens warnte der Darmstädter, aus diesem Protestantentage werde der Calvinismus Vorteil ziehen und die Papstkirche nur um so bessere Ursachen nehmen, um auch gegen die Lutheraner vorzugehen. Und jetzt stand es den Sachsen fest, dass man bei aller Differenz in vielen Fragen auf politischem Gebiete zusammenstehen müsse. Auch die Calvinisten seien membra imperii mit allen Rechten und Pflichten, so hiess es in einem Gutachten der sächsischen Räte, sie hätten bei Türkenkriegen ihre Pflicht getan und alle Reichslasten auf sich genommen. Manche seien für ihre Person Calvinisten, hätten aber ihren Untertanen das ungehinderte Exercitium der Augsburger Konfession erlaubt. Es wäre höchst unbillig, solche evangelischen Kirchen ihrer Herren Dissens in der Religion entgelten zu lassen, so dass sie von den Vorteilen ihrer übrigen Glaubensgenossen ausgeschlossen würden. Selbst Hoe stimmte solchen Anschauungen bei. Und als dann im Frühjahr 1631 der Leipziger Konvent zusammentrat, hielt der streitbare Hofprediger eine Predigt, die von Kampfesstimmung gegen die listigen Anschläge der Feinde erfüllt war, er blies gewaltig zu Feld gegen die Katholischen, wie er noch kurz vorher gegen die verhassten Sakramentierer geeifert hatte. Auch Markgraf Christian und der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel meinten, jetzt gäbe das Dillinger Buch das delphische Orakel für die Papisten ab, und der Grundsatz „haereticis fidem non esse servandam“ gehe im Schwange wie nie zuvor. Kein Wunder, dass Landgraf Georg damals verärgert nachhause reiste. Zugleich fand damals ein grosses Religionsgespräch zwischen Lutherischen und Reformierten statt, angeregt von dem brandenburgischen Domprediger, Dr. Johann Bergius, sowie den Theologen Landgraf Wilhelms von Hessen-Kassel, Crocius und Theophil Neuberger. Am 13. März gaben hier die Brandenburger und Hessen die Erklärung ab, dass sie sich mit Hand und Mund zur unveränderten Augsburger Konfession von 1530 bekannten und sie so bedingungslos unterschreiben wollten, wie sie der „sächsische Augapfel“, eine Schrift Hoes, abdruckte, nur wollten sie die Variata nicht verwerfen, die ja einst Sachsen selbst 1560 auf dem Naumburger Fürstentage anerkannt habe. Damit waren dann freilich die grossen Lehrgegensätze nicht aus der Welt geschafft, aber man wollte sich doch gegenseitig christliche Liebe erzeigen. Zänkerei und Hetzerei mussten schweigen, solange das Ganze der Reformation bedroht erschien, ein Waffenstillstand war geschaffen für die Zeit des gemeinsamen Kampfes. So vermochten denn die evangelischen Stände auf dem zu Frankfurt a. M. Ende August 1631 beginnenden Kompositionstage als einheitlich geschlossene Macht den Gegnern entgegenzutreten, die auch hier an Nachgiebigkeit nicht dachten und dabei durch Versuche des unermüdlichen Reichs-

friedensmeisters unterstützt wurden, den neugeschlossenen Bund zu sprengen und den Katholischen in liebedienerischer Weise den Weg zu ebnen. Aber das war jetzt umsonst, es war doch bedeutungsvoll, dass jetzt von den Lutherschen die Bezeichnung Calvinisten, die den reformierten Ständen immer als beleidigend gegolten hatte, vermieden wurde; in der Instruktion für die sächsischen Gesandten redete man durchweg nur von den evangelischen und protestierenden Ständen. So klagte der Mainzer Erzbischof, dass die Grafen — er meinte eben seine Wetterauer Nachbarn — jubilierten und Hoffnung schöpften, ihre sonst verbotene Sekte allerorten zu propagieren.

Da, mitten in diese von vornherein zur Aussichtslosigkeit verdammtten Verhandlungen dröhnte ein Donnerschlag hinein: es kam die Nachricht von dem grossen Siege Gustav Adolfs bei Breitenfeld; eine ganz neue Zeit schien anzubrechen, und als der siegreiche Schwedenkönig nahte, da brachten sich schleunigst die katholischen Gesandten in Sicherheit.

Auch für die Wetterauischen Grafen war auf dem Leipziger Konvent ein Vertreter erschienen, der Graf Philipp Reinhard zu Solms, der sich natürlich in allen Dingen, besonders den Religionssachen, den Meinungen der übrigen reformierten Stände anschloss. Er hatte hier ein von Philipp Hoen, dem uns schon bekannten Dillenburgener Rate, verfasstes Gutachten im Sinne einer gegenseitigen Duldung eingereicht. Ausserordentlich schwächlich aber ist dagegen in diesen entscheidenden Tagen die Haltung der nassauischen reformierten Grafen gewesen, vertreten durch Ludwig Heinrich von Dillenburg und den Diezer Amtmann Martin Naurath; gerade letzterer hatte grosse Bedenken gegen eine Beteiligung am Leipziger Konvent, er hatte gehört, dass der Bischof von Osnabrück sich bemühe, bei Johann Georg von Sachsen die Einberufung des Tages rückgängig zu machen. Und jetzt, nach der glücklich überstandenen Gefahr des fiskalischen Prozesses dürfe man sich beim Kaiser nicht kompromittieren. Und noch weit ängstlicher war beim Frankfurter Tage die Haltung Ludwig Heinrichs gewesen, dem es darauf ankam, nur ja keine Ombrage zu machen. Er ahnte noch nichts von dem nahen Umschwung der Dinge.

Bis zu diesem Momente wollte ich die zusammenhängende Darstellung führen. Es fehlt an Zeit, die weiteren Schicksale der nassau-oranischen Kloster- und Güter genauer zu erörtern, zumal da die nun beginnenden Zänkereien um diesen Besitz ebenso endlos wie unerquicklich sind. Nur einige Andeutungen mögen gegeben werden. Zunächst musste der schwedische Sieg zur Folge haben, dass auch hier wie überall im Machtbereiche der Sieger die konfiszierten Güter wieder den alten Besitzern zurückgegeben wurden. Gustav Adolf hatte in Frankfurt mit den Wetterauischen und Westfälischen Grafen und also auch den Nassauern solche Abmachungen getroffen, und auch der Trierer Kurfürst fügte sich den Umständen. Trotzdem ging aber Johann Ludwigs, des Hadamarer Grafen, Politik in der alten Richtung weiter. Auch jetzt noch betrieb er eifrigst die Sache des Jesuitenordens und suchte im Kampfe nach zwei Fronten hin sein Ziel, die Gewinnung aller dieser Güter, zu erreichen. Einerseits bot er allen Einfluss bei Kaiser und Papst auf, um dem alten Orden gegenüber eine ihm und den Jesuiten günstige Entscheidung zu erzielen; aber beide Mächte haben

in diesem Streite katholischer Propagandagemeinschaften nicht entschieden Partei ergriffen, und alle noch dazu verklausulierten Zugeständnisse konnten nicht durchgeführt werden. Die Schweden haben in diesen Gegenden ihre Macht nicht gleichmässig aufrecht erhalten können; so kam es, dass wieder die alten Orden, vom Trierer Kurfürsten begünstigt, für eine zeitlang versuchten, sich festzusetzen. Im allgemeinen aber war in diesen entsetzlichen Jahren alles Klostergut verwüstet und verfallen. Nun aber hielten ebenso hartnäckig auch die reformierten Grafen von Dillenburg und Diez ihre Ansprüche gegenüber Johann Ludwig von Hadamar fest. Beide Teile suchten die Gunst des Kaisers und bedeutender Reichsstände zu erhalten, denn seit dem Prager Frieden von 1635 hatte Ludwig Heinrich von Dillenburg, der vorher als schwedischer Oberst mit grossem Erfolge gegen den Kaiser gekämpft hatte, ebenfalls mit diesem Frieden geschlossen, um nun auf dieser Seite an den kriegesischen Aktionen teilzunehmen. Damit war ja auch sein Recht auf die Kirchengüter gesetzlich anerkannt. Trotzdem kämpfte Johann Ludwig weiter, gewaltige Kosten wurden aufgewendet für Reisen und Bestechungen, die besser den notleidenden Untertanen zugute gekommen wären, ausführliche Rechtsverwahrungen erschienen im Druck. Erst der westfälische Friede, bei dessen Zustandekommen bekanntlich Johann Ludwig von Hadamar als einer der kaiserlichen Gesandten mitgewirkt hatte, brachte die Entscheidung. Nur Beselich blieb dem kaiserlichen Günstling, der kurz vor seinem Tode, am 7. Oktober 1652 ein Jesuitenkollegium, verbunden mit einem Gymnasium, zu Hadamar gründete. Er war damals bereits vom Kaiser in den Reichsfürstenstand erhoben worden, eine Würde, die der Bedeutung seines Ländchens keineswegs entsprach. Die übrigen Klostergüter kamen an seine Agnaten gemäss jener Bestimmung des Friedens, dass alle Kirchengüter, die am 1. Januar 1624 im Besitze protestantischer Stände waren, diesen bleiben sollten. Damit war endlich das Restitutionsedikt, das schon 1635 im Prager Frieden zugunsten der diesem Frieden sich anschliessenden Stände eine Milderung erfahren hatte, beseitigt, und auch die religiöse Klausel fiel weg; besonders durch die Bemühungen des jungen Kurfürsten von Brandenburg, Friedrich Wilhelm, erlangten endlich die Reformierten die ersehnte Gleichberechtigung.³⁾

Beilagen.

1. *Johann Ludwig an seine Gemahlin Ursula, Gräfin zu Lippe. Wien*
 4. Sept. 1629.
 25. Aug.

(Nach dem eigenhändigen, vielfach korrigierten „*Concept notificationis Schreibens an meyne hertzallerliebste Gemahlin*“ im Wiesbadener Staatsarchiv VII. Hausarchiv Nr. 554 und dem Original VII. Corresp. Bd. 1629).

†

Mein allerliebstes hertz, den gütigsten gott, bitte Ich von grundt meines hertzens D. L. sambt unseren hertzliebsten kinderen in freuden, gesundtheit vnd aller seligen wohlfahrt balt wider zu sehen, darnach mich hertzlich verlanget, darumb auch aller

³⁾ Die hier geschilderten Vorgänge beruhen fast durchaus auf direkten Quellenforschungen. Welche Verwirrung darüber z. T. noch in der populären Geschichtsliteratur herrscht, zeigen z. B. die Notizen pag. 49 des 24. Bandes der „Nussovia“.

möglichkeit nach mich dahin bearbeiten wihl, meine reiß mit götlichem gnädigem beystandt zu D. L. wider balt an handt zu nemen. Vnderdeßen, mein allerliebstes hertz kan ich nicht vnderlaßen D. L. freundlich zu verständigen, daß Ich vnserem allergetrewsten Gott vnd Vatter von hertzen demütiglich dancke, das es Ihme gnädig gefallen, mich zu retten vnd aufzuhelfen auß den so schweren anfechtungen, zweifeln vnd gedancken, darin Ich (:wie D. L. bewust vnd D. L. solches so oft mit so Christlichen heißen vnd mich wohl durchs hertz schneidenden tränen beweinet haben:) nun etlich jahr hero so betrübt vnd beschwerlichen gelebt habe, vnd die- weil Ich Ider zeyt einen sonderbaren eyffer bei den Catholischen gesehen, gott mit sonderlicher andacht vnd fleiß zu dienen, auch gefunden, das Ihre lehr, ordnungen vnd ceremonien keines wegs (:wie von Ihnen von etlichen außgeben wirdt:) von Christo unserem einigen gott vnd erlößer uns abführen, sonderen vielmehr alle Ihre lehr vermanungen vnd ceremonien dahin gerichtet sein, der Einigen Dreyfaltigkeit mit aller demutt eyfer vnd gehorsam zu dienen, und alles dahin richten, wie die rohe, sichere leucht zu solchem demütigen eyferigen gottes Dienst geführet und gotsfürchtige darbey erhalten mögen. Ob nun schon leider weder in meinem leben noch gottes Dienst (:so mich oft hoch, wie D. L. wissen, bekümmert hatt und noch betrübet:) so eyferig gewesen alß billich gesolt hette, sonderen wohl oft D. L. frommes Christliches hertz durch meine sünde, so mich vberwältiget, geärgert habe; So habe Ich doch eine lange Zeit hero eine neigung, affection vnd innerlichen trieb, solcher religion, gewissen grundt zuhaben, oft also bey mir gefunden, das Ich da mehr bewogen worden, mich mit Catholischen Inn zeytten⁴⁾ in gespräche inzulaßen: Je mehr Ich mit Ihnen umgangen, Je mehr ich in mein hertzen, den Innerlichen trieb vnd affection zu solchen⁵⁾ demütigen gottes Diensten empfunden, bey welchem aber große vielfeltige schwere so wohl geist als weltliche anfechtungen auf beyden seitten mir nicht außenblieben, sondern wie D. L. sich erinnern werden, fast ohn vnderlaß mir fürgefallen, also das fast in stätiger vnruhe geweßen, wodurch Ich bewogen worden, meinen getrewen gott fleißig anzuruffen, mich umb seines allerliebsten sohns, meynes einigen erlößers und seligmachers Jesu Christi willen, durch seinen heiligen geist dahin zu regieren vnd mir ferner ins hertz zu geben, wie es zu seyynes heiligen großen nahmens Ehre vnd zu meiner und der meinigen seligkeit dien vnd ersprießlich sein mögte. Die affection aber hatt sich je mehr vnd mehr in mir gemäret, also das in deme Ich dießer ohrten gewesen, bey fernerer fleißiger anruffung meines gottes umb seinen getrewen beystandt und heiligen geist, mit fürnemen geistlichen herren auß solchen sachen geredt und gründtlich was der wahre Catholische glaub seye mich berichten laßen: habe Ich also, Gott sey lob in ewigkeit, durch die ohngezweifelte genade meines einigen Erlößers Jesu Christi endtlich in mein gewissen und hertzen empfunden, das solcher glaube, lehr und gehorsam der Catholischen kirchen, dem heiligen Wort gottes gemäß, mir zu meiner seligkeit dienlich vnd Ich darin dem einigen wahren gott, vatter, sohn vnd heiligen geist durch seine genadt seliglichen dienen können. Darauf auch mit inbrünstiger anruffung meynes gottes in meinem hertzen gänzlichen mich entschloßen, zu der uhralten Catholischen Christlichen kirchen und under dero

⁴⁾ Im Original fehlt: Inn zeyten.

⁵⁾ Orig.: solchem.

gehorsamh mich gott zu ehren zu begeben, Der Ewige barmhertzig gott, wolle umb seines allerliebsten sohns meines einigen erlößers vnd seligmachers Jesu Christi willen durch seinen heiligen Geist ferner gnädig und kräftlichlichen allezeit in mir wirken, das biß in meinen todt Ihme von hertzen trewlich, aufrichtig, demütig und gehorsamhlich dienen möge, damit durch seinen götlichen beystandt vnd genadt den Zweck, darzu er mich hatt laßen geboren werden nemlich Ihme zu Ehren zu dienen, und meine, von meinem einigen heylandt Christo Jesu mir erworbene seligkeit, zu befürderen, erfüllen möge, nach welchem genommenen schluß durch gottes genadt, ich mich gott lob und danck also frolich vnd ruhig in meinem hertzen und gemüht nunmehr entpfinde, das dem lieben gott nicht genugsam dafür dancken kan: Mein allerliebstes hertz, mit was großem Christlichen eifer, mit was trewem aufrichtigen hertzen und fleiß D. L. jederzeit unserem lieben gott, durch seine genadt, gedienet haben, wie getrew freundt und tröstlich mir D. L. in allen meinen betrübüssen, anfechtungen und beschwerungen allezeit geweßen (:vnangesehen leider durch vngedult, bey denen ein zeithero mir vielfeltigen vorgefallenen beschwerungen, welche Ich billich mit gehorsam und gedult von der handt meines himlischen Vatters hette annemen sollen, Ich D. L. nicht allemahl wie ich billich gesolt hette hin wider begegnet bin, sondern oft fast D. L. hinderlich in Ihren gottsfürchtigen werken geweßen bin, so mir dan oft hernach und noch wunden in mein hertz geschnitten, wan ich betrachte mit was großer gedult und freundtlichkeit D. L. es allezeytt überwunden haben, aber D. L. seynt vnd wollens biß in mein todt versichert sein, das Ich sie gleichwohl allezeit trew vnd hertzlich geliebt habe und biß in mein grab, durch gottes genadt lieben werde:). Wie sorgfältig D. L. fur Ihren nechsten vnd sonderlich die armen jederzeit geweßen, In Summa, wie so uberauß löblich, und als eine rechte Catholische eyferige Dienerin Christi D. L. sich allezeit erwiesen, das weiß mein Gott; daß Ich es mit großer bewegnuß vnd verwunderung oft betrachtet, vnd dancke dem lieben gott von hertzen, das er mir eine solche gotsforchtige tugentsame Gemahlin gegeben vnd kan wohl mit warheit vnd mit frewden sagen, das in D. L. Ich solch Christlich leben und gutte intentiones iderzeit gesehen vnd gespüret; wie itzo sehe⁶⁾, das die Catholische lehr, durch gottes genadt, von einem menschen erfordert, also D. L. in der Warheit wohl schon recht vnd heilig Catholisch sein; wan sie nur in etlichen puncten, deren lehr grundtlich vnd warhaftig underricht vnd erkleret weren, Ich bitte den getrewsten gott durch seinen allerliebsten sohn unseren herren vnd heylandt, von grundt meiner seelen vnd hertzen, D. L. allezeit mit seinem heiligen gutten Geist zu stürcken, zu regieren und seliglichen in allem gutten zu führen, auch D. L. vnd alle unsere liebe angewandten, die genadt zu geben, das sie die wahre vnd tröstliche Catholische lehr vnd glauben recht verstehen mögen; daran mir dan gar nicht zweifelt, das geschehen wirdt, dan gott so fromme vnd Ihn suchende hertzen, wie D. L., nicht laßen wirdt. Underdeßen, mein allerliebstes hertz, bitte ich D. L. von gantzem hertzen, sie wollen sich gewißlich versichern, das Ich Dich, mein allerliebstes hertz, beständig trew aufrichtig vnd vnveränderlich biß in meinen todt lieben werde, vnd durch gottes genadt lieben wihl, darzu mich auch die Catholische lehr dermaßen anweißet, das Ich mit gott bezeuge, das sey solcher

⁶⁾ Orig.: entpfinde.

Zeyt Ich solche angenommen, Ich meyne trewe lieb zu D. L. noch stärker vnd inbrünstiger entpfinde, der barmhertzig gñädige gott vnd stifter der Ehen, der erhalte vns allezeit vnd verbinde unsere hertzen in aller beständiger trewer lieb biß in unser seliges absterben: D. L. wollen sich auch zu mir vergewisseren vnd vestiglich zutrawen, das D. L. die aller geringste beschwernuß oder hinderung in Ihrem gewissen nicht thun wihl; sonderen, wie billich D. L. eigenem gewissen alles heimstellen, vnd sie darbey ruhig laßen. Zwar ohne vnderlaß wihl den getrewen gott inbrünstig vnd fleißig für D. L. bitten D. L. durch seinen heiligen Geist auch in diesem punct gñädig zu erleuchten, nicht zweifelen seine göttliche Majestat mein, als auch D. L. fleißige gebett umb Christi Jesu willen vetterlich erhoren werde, vnd wie dem Corneli in Geschichten der Apostel am 10. Capitul D. L. auch seinen gutten Engel schicken: D. L. wollen also deßwegen sich die geringste gedancken noch schwermutt nicht machen; sonderen mir solches sicherlich zutrawen: mich betreffende, dan Ich weiß, daß mich D. L. hertzlich lieben, bitte ich D. L. sehr freuntlichen sich keines Weges betrüben, sonderen vielmehr erfreuen wollen, dan ich durch gottes genadt und hülfe verhoffe, mein bißanhero sündtliches leben bey solchem gottes Dienst und durch, von Christo Jesu meinem einigen seligmacher mir gñädig verordneten mittelen, je länger vnd mehr zu beßeren, durch seine genadt ein ander mensch zu werden, vnd das ewige selige leben, so er unser einiger seligmacher vns durch sein heiliges blut erworben, zu erlangen, Der getrewe Gott wolle unser beyder hertzen in ewigkeit erfreuen und in aller beständiger trewer cheliger lieb biß in unser grab vetterlichen erhalten. In deßen getrewesten starcken schutz und vetterlichen schirm D. L. sambt unseren hertzallerliebsten sambtlichen kinderen (:so neben D. L. hiermit zu hunderttausentmahl küße:) und alle liebste angewandte zu aller zeit und ewigen seligen Wohlfahrt, von gantzem trewen hertzen auch mich D. L. trewesten liebsten hertzen, hiermit empfelende, bleibe ich biß zu meinem letzten blutstropfen⁷⁾)

D. L. trewster dienstwilliger Knecht Johann Ludwich, grave zu Naßaw etc.

D. Wien den $\frac{4. \text{ Sept.}}{25. \text{ Aug.}}$ 1629.

An meine hertzallerliebste Gemahlin Ursulam geborene Grävin zu Lippe, grävin zu Nassaw Katzenelnbogen etc.⁸⁾)

Nachschrift: An Frawmutter, schwester leiss vnd alle D. L. liebe schwesteren, als auch an alle meyne liebe schwesteren bitte Ich D. L. meyne gehorsahme vnd freuntliche dienst vermelden wollen, wan D. L. an J. L. ohne das schreiben: hilft mir gott wieder zu J. L. verhoffe Ich durch gottes genadt mich also gegen sie zu erzeugen, das wider inbringen möge, was von uns hiebevor plumbes, bey meinen damahligen großen verwirrungen vorgegangen, so mich oft darnach gerewet hatt.

⁷⁾ Cone: in meynen todt.

⁸⁾ Orig.: Auf dem versiegelten Umschlag: Der wolgeborenen Ursulen grävin zu Nassaw, Catzenelnbogen etc. geborener grävin zur Lippe etc. Meyner freuntlichen hertzallerliebsten gemahlin

Hadamar.

*2. Eigenhändiger Bericht Johann Ludwigs über seine Glaubensänderung.
Privatkorrespondenz Johann Ludwigs.*

(Wiesbadener Staatsarchiv VII, Hausarchiv Nr. 554.)

1629.

Nachdem Ich etliche Zeyt mit dem herren Pater Wilhelm Lämmerman societatis Jesu keyßerlicher Majestat Beichtvatter auß der Religion, mit fleißiger anruffung gottes conferiret, bin Ich endlich durch die genade Gottes in der erkendtnuß der Catholischen Religion so weyt kommen, dass Ich mich durch ohngezweifelte ingebung des heiligen Geist geresolviret mich zu derselbigen zu erkennen; damit aber alles mit gott vnd zu seines Namens Ehre, meine vnd der meynigen seligkeit der besser angefangen wurde vnd Ich dem gebett auch Christlichen geistlichen andächtigen contemplationen der beßer vnd vngehindert abwahrten könne, habe Ich mich den $\frac{18}{28}$ Augusti deß 1629 Jahres zu Wien in Osterreich, in der herren

Patrum Societatis Jesu profeshauß ein viertzehen tag retiriret vnd daselbstn mich durch gottes genadt in obgedachtem Gebett vnd contemplationen geubet vnd in der Wahren seligmachenden Catholischen Romischen Religion also durch Gottes vätterlichen Beystandt confirmiret, das den $\frac{5 \text{ Septembris}}{26 \text{ Augusti}}$ 1629 obgedachtem Herrn Pa-

tri Lämmerman zu Wien mein Erste beicht gethan vnd den $\frac{8 \text{ Septemb.}}{29 \text{ Augusti}}$ 1629 zu Wien im Profeßhaus in der capel so man die Hof Capel nennet zum ersten mahl communiciret, worauf Ihro keyßerliche Majestat mich also bald deß folgenden tags mich zu sich erfordert allergnädigst glück gewünschet vnd sich aller keyßerlicher genadt vnd schutzes gegen mich erbotten, wolten nicht allein mein allergnädigster kayßer, sondern mein Vatter sein etc.

Hernach hab Ich den $\frac{5}{15}$ Septemb., den $\frac{13}{23}$ den $\frac{20}{30}$ ejusdem, item den $\frac{4}{14}$ octobris 1629 zu Wien dem herrn Patri Johanni Casparo Wiltheim Societatis Jesu, gebeicht vnd darauf communiciret. Eben selbigen Tags, nemblich den $\frac{4}{14}$ octob.

1629 hab ich das heilige Sacrament der Firmung nach der Vesper in der keyßerin neuen Capel zu Hoff empfangen, mich hatt gefirmet der Herr Cardinal Clösel, Ihro kayßerliche Majestet der kayßer haben mir die genadt erzeyget, das sie mein Patrinus geweßen; vnd ist geschehen in gegenwart Ihro Majestet der keyßerin, Ihro Majestet des Königs Ferdinandi III. in Ungarn und Böhmen, Ertzherzogs Leopoldi, Wilhelm, Frawen Anna Marien vnd Fraw Caecilia Renata, beyder Ertzherzoginnen vnd einer gutten Anzahl des keyßerlichen hofs Dames und Cavallieren. Der getrewe Barmhertzig gott wolle mir seine genad und Geist umb seines Allerliebsten sohns, meines einigen Erlöfers willen verleihen, damit Ich biß in mein todt Christlich vnd beständig in dem wahren Catholischen glauben vnd getrewen dienst Gottes verbleiben vnd nach meinem äußersten Vermögen die Ehr Gottes auß kreften helfen und seiner Catholischen, Apostolischen Romischen Kirchen eyferig dienen vnd seinen heiligen namen unerschrocken alle zeyt bekennen vnd loben möge, daß helfe mir vnd allen meinen lieben angehörigen der Einig Wahre Gott Vatter Sohn vnd heiliger Geist. Amen

D. Wien 1629 den 16. Octob.

J. Ludwich, grave zu Nassaw etc.

Nachschrift: Den $\frac{18}{8}$ Octob. 1629 von Wien gen Nicolaßburg zu S. F. Gn. Herren Cardinal Carlen Fürsten von Dietrichstein auf S. F. Gn. begeren gereißet, daselbsten von S. F. Gn. mir alle genadt vnd ehr widerfahren ist, vnd hab ich daselbsten den 19. Oct. zu St. loetten communiciret.

Den $\frac{31}{21}$ Octob. 1629 zu Wien zu abend hab Ich von Ihrer kayßerlichen Majestet meinen allerunderthenigsten abscheidt genomen vnd haben Ihro keyßerliche Majestet mich Allergnädigst deren beharlichen keyßerlich genadt versichert, mit den Worten (:so lang mir die augen aufstehen:) allergnädigst gelück gewünschet vnd dergleichen keyßerlichen allergnädigste demonstrationes gethan, daß michs allerunderthenigst zu erfreuen hohe Ursach habe.

Den $\frac{1 \text{ Novemb.}}{22 \text{ Octob.}}$ 1629 zu Wien von Ihrer keyß. Majestet der Keyserin, Ihro Majestet dem König zu Böhmen vnd Hungern vnd Ihrer Durchlaucht dem Ertzherzog Leopold Wilhelm mein abscheidt genomen.

Die nassauische Politik auf dem Rastatter Kongress.

Von

Albert Henche

Einleitung.

I. Die Rastatter Verhandlungen von Kruses 1797.

II. Die Pariser Sendung von Marschalls.

III. Die nassauische Politik im Widerspiel Frankreichs und Oesterreichs.

Schluss.

An 300 deutsche Diplomaten waren der Ladung zu einem Kongresse der Reichsstände nach Rastatt gefolgt. Sie sollten das Ihrige dazu beitragen, dass — nach dem Wortlaut des kaiserlichen Hofdekrets — dort „auf der Basis der Integrität Deutschlands Verfassung und Wohlfahrt zur bleibenden Wonne der friedliebenden Menschheit auf Jahrhunderte befestigt werde.“ Diplomatische Mittel sollten die nach dem Baseler Frieden aller Welt offenbar gewordene deutsche Ohnmacht gegen die Machtstellung Frankreichs sichern!

Wohl selten litt eine politische Aktion unter grösserer innerer Unwahrhaftigkeit als dieser Kongress, von dessen Unfruchtbarkeit her sich recht eigentlich die Vernichtung des Reiches, die Vormachtstellung des westlichen Nachbarn und die verbissene politische Feindschaft der beiden deutschen Großstaaten begreifen lassen. War doch Preussen mit dem Neutralitätsvertrag mit Frankreich, war auch Oesterreich mit den Geheimartikeln von Campo Formio belastet, suchten schliesslich die süddeutschen Kleinstaaten ihre politische Zukunft zunehmend unter dem aufsteigenden Stern der Franzosen. Innerdeutsche Uneinigkeit, gegenseitiges Misstrauen und Hintergehen in beispielloser schamloser Geheimdiplomatie, zynisches Ausspielen eigensüchtiger dynastischer Belange charakterisieren trotz oft gehörter reichsvaterländischer Phrasen diesen Schacher um Länder und Titel, diesen Beutezug des hohen Adels gegen Kirchengut und Kleinbesitz, diese seit Campo Formio klügllich vorbereitete und gepflegte Spekulation Frankreichs auf eine rheinische Stellung als den Untergang der patrimonialen Staatsidee und des Reichsgedankens schlechthin, damit aber auch als das Ende der mitteleuropäischen Machtstellung der Deutschen. Der Reichsdeputationshauptschluss von Regensburg ist nur die traurige Ernte der Rastatter Saat.

In dem Wuchergetriebe des Kongresses verlor der politische Gehalt der deutschen Geschichte jeden Rest überlieferter Ehre und Würde, der dynastische und monarchische Gedanke aber in demselben Masse seine nationale

Kraft, wie sich für die Herrschaftsansprüche eines revolutionären und eines Napoleonischen Frankreich zugleich mit dem Niedergang des Reichsrechtes die moralischen Scheingründe ergaben, das aus jenen Niederungen unseres Schicksals geborene Urteil über die politische Unfähigkeit der Deutschen, die Unmöglichkeit einer neudeutschen Mitteleuropa- und Grossmachtpolitik, die Berechtigung der traditionellen französischen Rheinlandpolitik pour dépayser l'Allemagne als erwiesene Wahrheit und politische Weisheit in Europa zu propagieren.

Wichtig genug fürwahr, dieser Rastatter Kongress! Wichtig auch für die rheinischen Kleinstaaten. Sollten sie doch bei der allgemeinen Säkularisation durch Erben der geistlichen Gebiete und Anerben der französischen Nachbarschaft die zufriedenen Garanten der zukünftigen Festlandstellung Frankreichs werden. Aber zwangsläufig unter diese fremde Idee gestellt, wurden sie nicht allein der deutschen politischen Gedankenwelt entfremdet, gerieten nicht nur in die letzten Endes fruchtlose Zwitterstellung, zwischen Oesterreich und Preussen, den grossen Nutzniessern des Reichsunterganges, optieren zu müssen — sie trieben sich zudem auf dem nun einmal in Bewegung gesetzten zitternden Boden der engräumigen Kleinstaaterei und böser Nachbarschaften gegenseitig durch die Hast nach der Beute von Frankreichs Gnaden in Schmach und Schande hinein. Das deutsche Volkstum nahm an ihren dynastischen Würdelosigkeiten gerade an seiner gefährdetsten Grenze schweren Schaden. Eine *pénétration pacifique* in dem altgewohnten Gewande militärischer Besetzung griff auf diesem mosaikisierten Boden umso leichter Platz, je absichtsvoller Frankreichs Gesandte auf dem Kongress das *divide et impera*-Spiel zu spielen unternahmen und je eifersüchtiger die deutschen Potentaten um die französische Gunst buhlten.

In diesen geschichtlichen Zusammenhang hinein sahen sich auch die nassauischen Herrschaftsgebiete gestellt. Ihre politische Lage ist aber durchaus nicht gleichartig. Während nämlich Oranien an der preussischen Verwandtschaft scheinbar gute Hilfe zu gewinnen hatte, fehlte Usingen jeder derartige Beistand in den Händeln der Zeit. Seine diplomatischen Schritte und Verhandlungen auf dem Kongress sind daher schon aus diesem Grunde interessanter; sie werden aber für unsere Betrachtung ausschlaggebend, weil diese nassauische Linie von Rastatt bis Wien der bevorzugte und alleinige Nutzniesser jener Diplomatie geworden ist. Diese Akten und Urkunden eröffnen daher einen sachlichen und inhaltreichen Einblick in jene Wirrnisse und Probleme. Wir können uns aber umso mehr auf sie beschränken, als Dillenburgerische Berichte lediglich als gelegentliche Ergänzungen in Betracht kommen; führte doch dessen Sache vorwiegend der preussische Schwager.

I.

Nassau-Usingen hatte bereits am 20. März 1797 diplomatische Schritte erwogen, um bei dem bevorstehenden Friedenskongresse seine Belange vertreten zu können. Der Fürst Karl Wilhelm hatte selbst in einem Handschreiben an den Ministerpräsident Kruse¹⁾ eine Deputation nach Paris empfohlen. Daraufhin

¹⁾ Vgl. Henche, Nass. Heimatbl. 1927.

war der Reg.-Rat von Hadeln nach der französischen Hauptstadt entsandt worden und hatte unter dem 11. 4. berichtet, dass die französische Regierung Hoffnung gemacht habe, dass der Fürst — der in Mainz im „Mainzer Hof“ abwartete, „bis sein Land geleert sein“ würde — in den Besitz seiner Länder wieder eingesetzt werde. Ein Besuch Marschalls in Paris bestätigte v. Hadelns Eindrücke. Am 21. 5. empfiehlt Marschall die Einberufung einer nassauischen Hauskonferenz, um eine gemeinsame Deputation nach Paris zu senden. Dillenburg erklärte (30. 5.) seine Zustimmung mit dem Marschallschen Vorschlag, „wenn man die Grundsätze der Friedenspräliminarien zwischen Frankreich und Deutschland“ kenne. Nassau-Weilburg möchte (6. 4.) ebenfalls mit der Deputationsreise noch warten und gleichzeitig mit Wien verhandelt wissen, um die Fäden nach dem Kaiserzentrum nicht abreißen zu lassen. Zu diesem Rat sieht sich Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg auch besonders deshalb veranlasst, weil sein Staatsmann v. Gagern in Erfahrung gebracht hat, dass Hessen-Darmstadt in Wien zu Ungunsten Nassaus Verhandlungen aufgenommen hatte. In der Tat entsandte (26. 6.) der Weilburger Gagern nach Wien, der dort die Interessen des nassauischen Gesamthauses wahren sollte. Andererseits stimmte er zu, dass Kruse die künftigen Verhandlungen in Rastatt führe. Der Dillenburger hingegen regte durch den Ministerpräsidenten v. Neufville vor allen Deputationen eine innerdynastische Verständigung auf einer Hauskonferenz an. Zuvor hatten schon zwei solcher internen Kongresse in Weilburg und Idstein stattgefunden, zu denen die österreichisch gesinnten Südnassauer den preussisch betreuten Nordnassauer nicht zugezogen hatten. Weilburg und Usingen spielen gegenüber dem Dillenburger ihr diplomatisches Spiel fort. Sie stimmen zwar dem Vorschlag einer Gesamtkonferenz zu Frankfurt grundsätzlich bei, bezweifeln aber deren Dringlichkeit, da ein Kongress zwischen Frankreich und Deutschland wohl noch nicht so bald bevorstände. Dabei hatte jede der verbrüderten Linien bereits Sonderverhandlungen in Paris und Wien vorgesehen.²⁾ ein Vorspiel späterer ernsterer Intriguen! Erst als (am 16. 7.) der Weilburgische Resident von Walben in Wien berichtete, dass der Kaiser selbst auf einen Sonderkongress beim Regensburger Reichstag dränge, entschlossen sich auf erneutes Anraten Dillenburgs und nach ausgiebigem Briefwechsel der Souveräne und Regierungen die drei nassauischen Linien zu einer Gesamthauskonferenz, die am 13. 11. 1797 im „Weissen Schwan“ in Frankfurt stattfand, und an der für Usingen Kruse und Marschall, für Weilburg Gagern und Bircke, für Dillenburg Neufville und v. Schenk teilnahmen. Auch auf dieser Hauskonferenz hielt die seit dem Baseler Frieden traditionell gewordene politische Innenkonstellation des nassauischen Hauses stand: gegen Dillenburg hielten Weilburg und Usingen die österreichische Front. In der Einsicht, dass letzten Endes am Franzosen sich das nassauische Schicksal erfüllen müsse, waren alle drei Linien einig. Die Grundlage der Konferenzverhandlungen bot das Reichsgutachten vom 7. Oktober zur Beschickung eines Sonderkongresses. Viel wichtiger aber war und wurde dieser nassauischen Hauskonferenz die Frage der nassauischen und der einzeldynastischen Belange. Das Protokoll lässt den heutigen Leser vor allem das beschämende, aber durch

²⁾ Vgl. dazu allgemein Wies-b. Staatsarch. VI, Weilburger Generalia IV^a 32. 35.

die Tatsachen gerechtfertigte Ohnmachtsgefühl dieser Kleinstaaten erkennen. Man müsse „das Schicksal annehmen“, Nassau könne „nicht Wunsch und Vorschrift in Erfüllung bringen“, es müsse sich „auf die Assistenz derjenigen Höfe verlassen, die zu seinem Vorthail sich zu verwenden geneigt sind.“ Vom Kaiser erwartet man den wirksamsten Beistand. Preussen, Sachsen und Hannover sollen von Dillenburg, die übrigen Stände von Usingen um Hilfestellung bei den zukünftigen Kongressverhandlungen gebeten werden. Als Direktorialmacht des Gesamthauses schlägt Dillenburg vor, einen eignen Gesandten zum Rastatter Kongress zu entsenden, wenn auch nach dem Reichsgutachten die sog. „Partikulargesandten“ nicht an allen Sitzungen teilnehmen dürfen. Als solcher wird von Kruse (Nassau-Usingen) gewählt. Ihm wurde als Sekretär der Sohn des Kammergerichtsassessors von Neurath beigegeben. Seine Tagesspesen wurden auf 30 Gulden festgesetzt. Die Kosten der Gesandtschaft wurden repartiert, so dass Dillenburg $\frac{2}{5}$, Usingen $\frac{2}{5}$ und Weilburg $\frac{1}{5}$ davon übernehmen.

Mit der Gesandtschaft Kruses hatte N.-Usingen die politische Führung auf dem Kongress in Händen. Sie war ihm nach Lage der Verhältnisse zu Recht zugefallen. Denn es ist dieser Zweig des nassauischen Gesamthauses, der am frühesten die politische Konjunktur der Zeit auszunutzen verstand. Allen jenen, die wie Treitschke nur von der Liebedienerei dieses nassauischen Fürstenhauses zu reden wissen, blieb verborgen, dass neben der offensichtlichen Feindschaft des Usinger Fürsten gegen die Franzosen und dem Hass seines Ministerpräsidenten Kruse gegen diese Nation auch die realpolitische Diplomatie Usingens beweist, dass die Fühlung zwischen Usingen und Paris, zudem begleitet von einer mindestens so starken zwischen Usingen und Wien, nicht einem würde. losen Mangel an Deutschgefühl entsprach. Die Staatsräson Usingens erkannte eben am frühesten von den nassauischen Linien den Vorteil der Zeit. Hatte doch der Freiherr von Marschall bereits früher (21. 5.) geraten, betr. des zu erwartenden Kongresses nassauischerseits eine Gesandtschaft nach Paris zu delegieren. Die Regierung, d. h. Kruse, der Fabius Cunctator der nassauischen Diplomatie, hatte aber „einiges Bedenken gehabt, weil die eigentliche Basis, worauf der Friede zwischen Frankreich und dem deutschen Reich gegründet werden solle, noch zur Zeit völlig unbekannt“ sei und man dem Gesandten daher nicht „eine durchaus vollständige Instruktion“ geben könne. Angesichts der Besetzung des nassau-usingischen Gebietes und im Hinblick darauf, dass die Bedingung eines Friedens die Abtretung des linken Rheinufers und damit für Usingen der Verlust der Saarbrückischen und Saarwerdischen Lande sein werde, hatte dann ein Memoriale der Regierung an den Fürst doch die Meinung vertreten, dass ein Gesandter nach Paris gehen solle, „damit derselbe nicht allein denen hiesigen Landen in ihrer dormalig bedrängten Lage einige Erleichterung zu verschaffen suchen, sondern auch vor dem Anfang der Friedensunterhandlungen das terrain gehörig sondieren und die nötigen Bekanntschaften allenthalben machen könne.“ Auch solle der Kaiser an dem Schicksal Nassau-Usingens interessiert werden. Der Fürst hatte seine Zustimmung gegeben, da es „nicht unwahrscheinlich sei, dass in dem gegenwärtigen Augenblick das Schicksal des grössten Theils unserer jenseits des Rheines gelegenen Lande³⁾ zu

³⁾ Bes. aber der erwarteten saarbrückischen, über deren Organisation der fürsorgliche von Marschall bereits eine geheime Denkschrift an die Wiesbadener Regierung eingereicht hatte.

Paris entschieden wird.“ Damals hatte der Fürst ohne Benachrichtigung an Weilburg, die angeblich „wegen der über alle Beschreibung unglücklichen Lage meiner diesseits rheinischen Lande nicht möglich“ gewesen sei, eine Gesandtschaft nach Paris empfohlen. Am 24. 5. hatte der Usingische Fürst erneut auf einer Mainzer Besprechung mit Kruse und Gagern eine Pariser Gesandtschaft gegen die Bedenken der beiden Staatsmänner, die für die Würde Serenissimi durch Verhandlungen mit dem französischen Direktorium fürchteten, für ratsam erklärt. In einem geschickt abgefassten Handschreiben hatte er den Weilburger Vetter für seinen Plan gewonnen. Dillenburg brauchte bei seinen freundschaftlichen Beziehungen zu Preussen nicht den ersten Schritt zur Erhaltung der nassauischen politischen Existenz zu tun. Dass Fürst Karl Wilhelm von Usingen ihn tat, kann ihm angesichts der zwangsläufig macchiavellistischen Zeit nur von Politikern der *post festum* = Moral verdacht werden! —

Kehren wir von dieser Abschweifung zu Kruses Reise nach Rastatt zurück. Es ist interessant genug, aus seinem unveröffentlichten Briefwechsel mit dem Fürsten und aus seinen Dienstberichten an die Regierung die Eindrücke dieses schwunglosen, aber durchaus zuverlässigen, echt deutsch empfindenden Diplomaten auf sich wirken zu lassen.

Er ist am 25. November angekommen. Grosses Gedränge auf Weg und Steg. Die Kleinstadt kann die strömende Menge nicht fassen. Eine Teuerung und Schwierigkeiten der Unterkunft sind die Folgen der Massenansammlung; „es fehlt auch nicht an Gesandtschaftsdamen.“ Bei Hofbuchdrucker Sprinzing hat er Wohnung gefunden; die Gesandten der Ritter und Grafen, jene durch einen Gagern, diese durch einen Sickingen vertreten, müssen mit kleinen Bürgerquartieren vorlieb nehmen. Der Gesandte des Kaisers, Graf von Metternich, und der Direktorialgesandte (Mainz) von Albini wohnen im Schloss. Dort hat auch Bonaparte Wohnung genommen. Er hat Audienzen erteilt. Kruse glaubt, dass der General vielleicht die Kontributionen in Nassau — wie er es im Breisgau getan hatte — nachlasse; „so werde ich meine Bemühungen in dieser Sache noch nicht einstellen, wünsche aber mehr als ich zu hoffen getraue, dass ein guter Erfolg solche krönen möge.“ Tatsächlich empfängt Bonaparte den nassauischen Gesandten mit anderen am 22. 11.: „Er empfing uns mit vieler Höflichkeit, liess uns um das Camin herum sitzen und unterhielt das Gespräch mit ebenso viel Artigkeit als Laune. *Que ferez-vous donc dans votre congrès?* war eine seiner Fragen. Als man ihm darauf antwortete, dass man unter seiner Leitung Deutschland den Frieden zu geben hoffe, sagte er: *Oh, pour la paix je n'en doute pas.*“ Es fiel Kruse auf, besonders da sich Bonaparte nicht über die Gründe seiner Rückkehr aus Italien äusserte, dass es „eine historische Merkwürdigkeit sei, die zugleich zu einigem Nachdenken die Veranlassung gibt, dass B. auf seiner Rückreise alles französische Gebiet sorgfältig zu vermeiden gesucht“ habe.

Seit dem 29. war auch Metternich im Schloss anwesend. Ueber den Austausch der Höflichkeitsbesuche zwischen ihm und Bonaparte weiss Kruse, dass der General „von auffallender und daher nicht geringe Sensation erregender Distinktion“ gewesen sei. In der Nacht zum 3. 12. fährt Bonaparte, den fran-

zösischen Diplomaten, den „Minister-Bürgern“ Treilhard und Bonnier, die deutschen Geschäfte überlassend, nach Paris ab und seiner gloire entgehn.

Kruse nahm am 29. 11. gelegentlich seines Antrittsbesuches bei dem Direktorialgesandten Albin seine diplomatische Sendung auf. Er regte an, „gleich bei Beginn des Kongresses die Fragen der Besetzung und der Kontributionen in Westdeutschland anzuschneiden.“ Diesen begreiflichen nassauischen Sonderwünschen gegenüber wies Albin auf die allgemeinen Ziele des Kongresses hin: Hauptsache sei der Frieden, alles andere störe diesen Hauptgedanken. „Indessen“ — so lässt er sich gegenüber Kruse vernehmen — „muss den armen, bis aufs Blut ausgesogenen deutschen Reichslanden alles daran gelegen seyn, dass jenen Thathandlungen endlich einmal das Ziel gesteckt werde.“ Stimme doch die Methode der französischen Besetzungsformen mit ihren ständigen Requisitionen nicht „mit dem bisshero rezipierten Völkerrecht überein.“ Es blieb für Kruse — wie wir noch sehen werden — ein Hauptziel seiner Tätigkeit hinter den Kulissen, den auch von seinem in Rumpenheim exilierten Fürsten sehnlichst erhofften Abzug der französischen Besatzungstruppen, die schamlos hausten, zu erreichen; leider vergebliche Mühe!

Ueber das allgemeindeutsche Schicksal auf dieser in der Hand der französischen Gesandten befindlichen Konferenz ist sich der nassauische Gesandte nicht im unklaren geblieben. Es hält ihn dieser „cauchemar“ sogar eine Zeitlang davor zurück, den französischen Delegierten „aus erheblichen Ursachen“ seinen Besuch zu machen. Dagegen hofft er, des geheimen Reichs verrats der Oesterreicher im Frieden von Campo Formio unkundig, wie alle andern, von der Hofburg alles Gute. Er besucht mit innerer Ergriffenheit die Gesandten des Kaiserstaates, Metternich, Cobenzl und Lehrbach. Er hofft, dass seit Metternichs Ankunft „nichts mehr im Wege steht, dass über das künftige Schicksal des deutschen Reichs, über welches dermahlen noch düstere und dunkle Wolken hängen, eine, Gott gebe: günstige, oder wenigstens erträgliche Entwicklung gefasst werde.“ An Oesterreich will er sich auch in rebus Nassauisch halten; gegenüber dem leisen Zweifel Marschalls, der aus der Heimat privatim warnt, verteidigt Kruse vorerst die Treue und Hilfsbereitschaft der kaiserlichen Politik. Der Edelmann kann sich ein treuloses Oesterreich nicht vorstellen. Dagegen misstraut er den preussischen Gesandten v. Jacoby, Götz und Dohm, wie er überhaupt die preussische Politik seit Basel verabscheut. Hier klaffen zum ersten Male zwischen den beiden Staatsmännern Nassaus um 1800 Kruse und Marschall später wichtig werdende Gegensätze der nassauischen Politik auf.

Es dauerte nicht lange, bis Kruse die Problematik des Kongresses klar erkannte. Am 6. 12. schreibt er an Marschall, dass die Geschäftsführung so schleppend sei, dass noch kaum etwas geschehen sei. Er „findet sich daher in einer nicht geringen Verlegenheit über den Gang, den er seiner negotiative geben soll und zum Besten des Hauses geben muss“. Er erkennt den politischen Gegensatz zwischen Oesterreich und Preussen in Reichsangelegenheiten und fürchtet von der Ankunft der preussischen Gesandten die Störung der Konferenz. Wichtiger aber erscheint uns seine Ueberlegung: „Es ist höchst wahrscheinlich, dass das linke Rheinufer von Deutschland abgerissen wird. Dass

dieses Schicksal das Haus Nassau hart⁴⁾ treffen würde, ist keinem Zweifel unterworfen. Es fragt sich daher, da die franz. Gesandten wohl kaum etwas entscheiden können, ob es nicht ratsam, ja notwendig sei, dass jemand nach Paris abgesendet werde“. Kruse geht dabei als Diplomat seines Hauses immer von den Interessen des Gesamthauses Nassau aus und erweist sich in seinem privaten Briefwechsel mit Marschall hierin als dessen schärfster Gegner, der (10. 12.) nach einer Besprechung mit dem Fürsten in Mainz „auch ohne Zustimmung von Weilburg“ nach Paris zu delegieren rät.

Inzwischen hatte Dillenburg einen eigenen Gesandten, Passavant, nach Rastatt entsandt und so die Solidarität des Gesamthauses gebrochen: „Die Gesandtschaft Passavant erregt Sensation, man kennt die Ursache derselben“. (Preussen!) Jetzt wird Kruse auch misstrauisch gegen Weilburg.

Am 8. 12. rät er daher nochmals, den Delegierten nach Paris zu schicken: „Man kann schon vermuten, dass die französische Republik die Abtretung des ganzen linken Rheinufers vorbringen wird. Dann müssten dem nassauischen Hause die Domänen im linksrheinischen Gebiet bleiben und Entschädigungen rechtsrheinisch werden. Ob solche Säkularisationen, die die Mächte wünschen, von Frankreich unterstützt und wie auch immer gestaltet werden, ist hier das Hauptproblem“.

Die Methode der inzwischen endlich in Fluss gekommenen Sitzungen der Reichsdeputation erregt Kruses Missfallen. Da den Partikulargesandten die Teilnahme an wichtigen Sitzungen versagt blieb, hat Kruse es durchzusetzen vermocht, dass eine Deputation dieser Ausgestossenen an allen Sitzungen wenigstens als Zuhörer teilnehmen darf. Er entwickelt sich allmählich zum Führer der Partikulargesandtschaften, wohl infolge seines unbestechlichen Rechtsgefühles, seiner schönsten Charaktereigenschaft. Sein Hauptaugenmerk bleibt nach wie vor auf die Entfernung der französischen Besatzung gerichtet. Er freut sich, dass er an Baden in dieser Frage starke Unterstützung findet: „ich wünsche freilich mehr als ich hoffen kann, dass man diesem gerechten und billigen Gesuch von Seiten dieses grausamen Feindes Gehör geben möge.“ Politisch interessiert ihn, dass die französischen Gesandten nur mit den Gesandten der einzelnen Mächte verhandeln wollen. Weit entfernt, diese Konjunktur für die nassauischen Belange auszunutzen — wie es der hessische Gesandte von Gatzert für sein Land tat — beklagt Kruse, dass die Franzosen „eine Reichsvollmacht nicht mehr anerkennen, da diese die Integrität des Reiches voraussetzt, welche sie also anzuerkennen nicht Sinnes sind.“ Angesichts der fortschreitenden „Organisation des linken Rheinufers“ ist ihm die Abwesenheit der eine Stellungnahme scheuenden preussischen Gesandtschaft sehr verdächtig: „üble Symptome gewähren keine gute indication vor den kranken teutschen Reichskörper, dem nur durch eine Wunderkur geholfen kann.“ Diese Wunderkur scheint Kruse neben dem schliesslichen Diktat Frankreichs doch auch von den beiden deutschen Großstaaten abzuhängen. Er kann noch nicht an die Zustimmung Oesterreichs zu Säkularisationen geistlichen Gebietes glauben; „wenn sie aber

⁴⁾ Die Verluste an Einwohnern allein betrugen 53286 Seelen; an Wäldern 125071 Morgen. Die sachlichen Schädigungen durch Verwüstungen usw. wurden auf 8 Mill. Gulden geschätzt.

kommen, so gebe Gott, dass es nicht auf eine tumultuarische Art geschehe, denn sonst ist alles auch für das Haus Nassau verloren.“ Er argwöhnt, dass Frankreich solche Unruhen zur Besetzung oder gar Aneignung deutschen Gebietes benutzen werde: „Das Anrücken der französischen Truppen gegen Mayntz hat hier Schrecken und Befürchtungen verbreitet.“

Die beabsichtigte Verschleppung der Verhandlungen durch die Franzosen, aber auch die ihm rätselartige Haltung Wiens verstimmt Kruse bis zu dem Gefühlsausbruch: „Hätte ich die unerträgliche Wendung vorhergeahndet, welche die Sache zu nehmen scheint, so hätte ich niemals diese Mission angenommen, die nach meinem Temperament und Denkungsart auf mich mehr wie Gift wirkt.“ Er erhofft von der angeblich bevorstehenden Ankunft Bonapartes eine Belebung des einschlafenden Kongresses: „Dieser wird unser definitiv Schicksal im Sack haben!“ Eine lähmende Unsicherheit aller Rastatter Verhältnisse, die auffallende Zurückhaltung Preussens von den Kongressgeschäften, die Untätigkeit der Hofburg töten, die Ueberschreitung der Demarkationslinie durch die Franzosen und die Besetzung von Mainz verurteilen den Kongress zur Untätigkeit: „manche Gesandte gehen wie Schatten an der Wand herum, und alles ist consternirt und in tiefster Traurigkeit.“ „Dass grössere Mächte sich mit einem Nachdruck, welcher der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessen sein müsste, vor die Integrität des teutschen Reichs und vor seine Verfassung sich verwenden und solche verfechten wollen — hierzu ist leider keine Aussicht vorhanden.“ Er spottet über den Beschluss des Kongresses, rücksichtlich der Besetzung von Mainz „einer allgemeinen Reichsversammlung von diesem Vorfall ungesäumten Bericht zu erstatten“; denn wo „lassen sich bey einer solchen Teufeley Grundsätze gedenken?“

Ueberblickt man diesen Pessimismus Kruses, so mag man billig zweifeln ob dieser Ehrenmann als Politiker auf dem Rastatter Boden des gegenseitigen Hintergehens an der richtigen Stelle war. Für die nassauischen Belange war noch nichts erreicht. Es war höchste Zeit, dass der nassauischen Politik zu Rastatt frisches Blut zugeführt wurde, besonders aber aus dem Grunde, weil die vordem endlich auch von Kruse als notwendig erachtete Pariser Delegation in dessen politischen Gedankengängen nunmehr so sehr in den Hintergrund tritt, dass sie gänzlich aufgegeben zu werden droht. Persönliche Resignation lässt Kruse sogar zeitweilig politisch geradezu quietistisch werden, was in dem Milieu der Rastatter Zweideutigkeit zwar verständlich, aber eben diplomatisch doch gefährlich genug war. Tatkräftigeres Handeln war das Gebot der Stunde.

Schon seit dem Ausgang des Jahres 1797 erkannte Marschall, dass die biedereren Methoden Kruses keinen greifbaren Erfolg in dieser Welt der Intriguen versprachen. Der eigentliche Schauplatz der nassauischen Politik musste nach Paris verlegt werden. Die Hoffnungen auf Bonaparte konnten aufgegeben, die Fühlung mit den allmächtigen Männern des Direktoriums musste nach dem Vorgang Hessens hergestellt werden. Dieser Macchiavelli Nassaus erkannte als Utilitarist, dass im Schlepptau Wiens nichts zu erreichen, dass aber Berlin und Wien gegeneinander auszuspielen nicht schwer sei, dass auch in Rücksicht auf den Günstling Preussens Oranien in Berlin guter Wind gemacht werden könne,

dann schließlich die geheiligte Verfassung von 1648 antiquiert sei und andere Kräfte als die Konservierung der geistlichen Herrschaften eine Konsolidierung des deutschen Reichskörpers gewährleisten müssten. Dabei war Marschall davon überzeugt, dass Kruse durch seine ehrenwerte Reichsgesinnung den nassauischen Haus- und Landesinteressen nicht genügend Rechnung tragen könne. Die Zeit verlangte angesichts des Egoismus und des Kampfes aller gegen alle robustere Naturen als solche moralischen Persönlichkeiten vom Schlage Kruses. Und mit Lamentationen war „in der gegenwärtigen Crisi“ nichts anzufangen. So stellte denn Marschall mit offensichtlicher Unterstützung des für den tatendurstigen Rationalisten eingenommenen Fürsten jetzt seine robuste Persönlichkeit ohne Skrupel und Reflexionen in den politischen Kampf auf der Rastatter Bühne. Er bildet von nun an trotz allmählichen Abflauens der ersten politischen Hoffnungen eines erstmalig zu grösseren Aufgaben berufenen ehrgeizigen Diplomaten das treibende Element in der nassauischen Politik: das Paar Kruse-Marschall legte, vorerst noch im Ausgleich ihrer politischen Qualitäten, die Grundlage des späteren Nassau, sie, die in ihrer politischen Psyche Vertreter einer schwindenden und einer werdenden Zeit waren.

In einem Privatbrief vom 15. 12. 1797 hatte Kruse Marschall mitgeteilt, dass Frankreich bestimmt auf der Abtretung des linken Rheinufers bestehen würde. Aus dieser Sachlage formt Marschall seine nunmehr einsetzende politische Initiative. Da Preussen durch seine linksrheinischen Besitzungen mit interessiert ist, gilt es für ihn, diesen Staat über Dillenburgerische Beziehungen hinweg für die nassauischen Interessen zu gewinnen. Die Säkularisierung der geistlichen Gebiete muss im nassauischen Sinne zu einer günstigeren Gestaltung des nassau-usingerischen Gebietes führen. Gegenüber den Klagen Kruses über die Zerstörung des rheinischen Gleichgewichts wünscht Marschall (20. 12. an Kruse) „von Herzen, dass das Prinzip solcher Entschädigungen seine volle Anwendung finden möge. Denn, es wäre gar wohl möglich, dass am Ende doch noch der deutsche Staatskörper durch die bevorstehenden Veränderungen, anstatt geschwächt zu werden, mehr Consistenz und Festigkeit erhalte und dass besonders dem nassauischen Hause Vorteil aus dem Säkularisationssystem . . . erwachsen könnte.“ Geopolitisch seien die künftigen Säkularisationsgebiete so gelegen, dass ihre Einbeziehung in Nassau-Usingen diesem Territorium „eine solide Grösse“ verschaffe. Wenn es so durch Einverleibung von Trier, Mainz, Rheingau, Königstein, Höchst „das schönste geschlossene und zusammenhängende Territorium erhalten könnte“, . . . „so wird es durch das allgemeine Unglück eher gewonnen als verloren haben“. Für diesen Plan befürchtet Marschall aber die Eifersucht der hessischen Häuser, weiss er doch, dass Hessen-Kassel bereits in Paris geheime Vertreter hat, die wohl dort nicht nur „wegen der auf das Bistum Fulda gerichteten Pläne“ verhandeln. „An der Unterstützung Preussens wird durch seine Verbindungen mit Oranien nicht zu zweifeln sein“. Energisch vertritt von da an Marschall seine Ansichten gegenüber dem zögernden Kruse, der glaubt (19. 12.), dass „die Sache ein anderes Aussehen habe als sich Marschall aus der Entfernung vorstelle“. Kruse glaubt sogar jetzt noch, dass es vielleicht gar nicht zu „eigentlichen Säkularisationen“ komme, sondern dass nur „Veränderungen der geist-

lichen Regenten und Landesherren in weltliche“ eintreten werden. „Eine allzu hoch gespannte Erwartung der Dinge ist in der gegenwärtigen Crisi höchst schädlich.“ Demgegenüber verzehrt sich Marschall „in Unruhe, vom Gedanken gequält, man versäume einen Schritt zur Abwendung des Verlustes zu machen“. (24. 12.) Er wirft Kruse vor, dass er sich vom Kaiser und von Kurmainz, „ohne dass Ihr es selbst merkt“, hinhalten lasse. Die Idee der Nichtsäkularisation sei die einzige Hoffnung der geistlichen Fürsten, Preussen aber werde das 1648 Versäumte jetzt nachgeholt haben wollen. Auch sei „der Hass der französischen Regierung gegen christliche und geistliche Fürsten zu bekannt“, und Österreich wird sich endlich gern zu Säkularisationen bereit finden lassen, wenn „auch ihm etwas von der Beute zuteil wird“. Andere weltliche Staaten seien nicht so reglos wie Kruse glaube; sie „haben an gehörigen Orten Objekte angegeben, die sie verlangen“. „Unsere nassauische Existenz hängt davon ab, dass man zu Säkularisationen schreitet“. Gegen solche, offenbar von Marschall auch dem Fürsten dargelegten realpolitischen Gründe kann Kruse nur schwächlich erklären, dass er alles für das nassauische Haus tue, aber „ohnmögliche Dinge lassen sich nicht möglich machen“.

Gegen Ende des Jahres 1797 spielte Marschall stärkere Trümpfe aus. Um den Fürsten besser in seinem Sinne beeinflussen zu können, veranlasste der Minister, dass Karl Wilhelm, der sich so lange ausser Landes aufhalten wollte, bis die französische Besetzung Südnassaus beendet sei, nunmehr nach Wiesbaden zurückkehrte. [Am 19. 12. traf der Fürst in Biebrich ein, wo es „der sensibilité seines Herzens wehe tat, dem Schauplatz des Elendes so mancher Untertanen näher zu sein, auch in den Fall zu kommen, ihre Klagen und Lamentationen anhören zu müssen, ohne ihnen immer tätige Hilfe leisten zu können“.

Es beginnt seitdem ein reizvolles Spiel der beiden Staatsmänner Kruse und Marschall um die Entscheidung Serenissimi in Absichten der Pariser Delegation. Kruse setzt seinen nicht geringen persönlichen Einfluss als Verwandter des Fürsten ein, „eine unnütze oder gar schädliche Absendung“ zu hintertreiben. Er hofft, dass die Domänen des linksrheinischen Gebietes den Fürstenhäusern verblieben, dass Frankreich aus Scheu vor der katholischen Religion die geistlichen Territorien unter weltlicher Herrschaft in ihrem Bestande erhalten werde. Ausserdem hänge die Gestaltung der Säkularisationen mehr von den deutschen Großstaaten als von Frankreich ab, das sich in deutsche Innenverhältnisse nicht einmischen werde, sondern „sich wahrscheinlich passive verhalten, während es die Grundsätze [der Verweltlichung des Staatskörpers des Reiches] mit starkem Arm durchsetze“. Die preussische Gesandtschaft sei derselben Ansicht. Richtig erkennt Kruse, dass die grösseren Wirrnisse während des Säkularisationsprozesses von der Eifersucht der deutschen Stände drohen, dass man „zuletzt noch die französische Hilfe implorieren müsse, damit nicht alles zugreift und zuletzt das Faustrecht eingeführt wird, wobei notwendig die Geringeren den Kürzeren ziehen“.

Marschall arbeitet energisch diesen Ansichten Kruses entgegen. Man merkt seiner Korrespondenz die eifernde Absicht an, spiritus rector rerum Nassoicarum zu heissen und zu sein. In einem ausführlichen Schreiben vom

16. 12. sucht er Kruse zu widerlegen. Die Franzosen werden mit den Ländern auch die Domänen des linken Rheinufers einziehen. Es sei naiv zu glauben, dass sich die Franzosen durch Rücksicht auf die deutschen Potentaten „abhalten lassen, ihre Einkünfte zu vermehren und neue Nationalgüter zu schaffen, die sie veräussern und mit welchen sie nach Gefallen umgehen können. Wenn wir analogisch von dem, was geschehen ist, auf die Zukunft schliessen, so wird uns nicht ein Hof gelassen werden“. Sehr interessant ist, dass Marschall für den Fall, dass die Fürsten nicht hinreichend für ihren linksrheinischen Besitzverlust entschädigt werden könnten, an eine Zuweisung Hannovers an Preussen denkt. Aus Rücksicht auf die katholische Religion werde Frankreich die geistlichen Fürsten gewiss nicht schützen. Auch Österreich interessiert sich für die geistlichen Staaten nur so weit es in ihnen Einfluss hat, aber bei seinem bekannten Egoismus „wird es aus kirchlichen Gründen“ nichts unternehmen. Frankreich schliesslich wird in rebus Germanicis durchaus keine passive Rolle spielen; denn die Franzosen „haben sich von jeher und gegenwärtig mehr als jemals in die inneren Angelegenheiten ihrer Nachbarn gemischt. . . . Dieses ist ganz dem gebieterischen, ehrgeizigen und unruhigen Charakter der französischen Regierung gemäss, die gewiss darin Nahrung für ihren Stolz finden wird. Fürsten und Herren nach Willkür zu schaffen und über Fürstentümer zu disponieren“. Wie in der Schweiz, werden sie auch am Rhein durch Schaffung abhängiger weltlicher Territorien „die Rolle des Gebieters spielen“. Im Falle aber, dass Frankreich tatsächlich dem Kongress die Ordnung der deutschen staatlichen Neuorganisation überliesse, „so würde es von einer beträchtlichen Menge deutscher Reichsstände selbst aufgefordert werden, hier als Gebieter aufzutreten. Alle Stände werden das tun, die schon in freundschaftlicher Verbindung mit der französischen Regierung stehen oder die von ihr durch partikuläre Friedensschlüsse bestimmte Entschädigungen oder Zusicherungen erhalten haben.“ Frankreich wird also von vielen angesehenen Reichsständen selbst zur Einmischung aufgefordert werden. Wie Schweden 1648 „mit einem Federstrich über geistliche Güter disponierte, ebenso und in einem höheren Grade“ wird der aus Ehrgeiz autokratische französische Schiedsrichter verfahren.

Da nun aber Frankreich zur Zeit im Besitz aller derjenigen Entschädigungsobjekte ist, auf die das Gesamthaus Nassau Wert legen müsse, so müsse das nassauische Hausinteresse zu einem „Ingress“ bei der französischen Regierung anstelle zu einem Kongress der deutschen dynastischen Nebenbuhler seine Zuflucht nehmen. Nur eine sofortige Pariser Delegation könne an Ort und Stelle „wo man etwas erhalten könne“, etwas erreichen. Leider sei sein ständiger Wunsch seither nicht durchgedrungen, aber lieber plus tôt que jamais.

Es entgeht dem Leser dieser Korrespondenz, die Marschall noch durch eine ausführliche Denkschrift an den Fürsten über die Unzulänglichkeit der Rastatter Verhandlungen gewichtig zu machen versuchte, natürlich nicht, dass der grössere politische Horizont bei dem unruhigen Dränger Marschall vorhanden ist. Er durchschaut die grosspolitischen Hintergründe des Handelns und Feilschens auf dem Kongress besser als Kruse, er schätzt die Österreicher nüchterner nach

ihrer politischen Tradition ein als sein altkaiserlicher Gegner, er erkennt die Absichten der Franzosen nach einem politischen Glacis auf dem rechten Ufer nach dem Erwerb der Rheingrenze, ein Ziel, das auch das republikanische Frankreich nicht aufgegeben hatte. Marschalls politische Psyche ist auch insofern moderner, als er weniger als Kruse nur an dynastische Belange denkt, sondern den Gedanken der nassauischen Landes- und Staatspolitik immer stärker in den Vordergrund seiner Erwägungen treten lässt. Ein gewisser Übereifer spricht mitunter aus seinen mit dem Elan der unbedingten Überzeugung hingeworfenen, schon im Stil von dem trockenen Aktendeutsch Kruses leicht abzuschheidenden Essays, ein selbstbewusster Optimismus ist nicht zu leugnen.

Für Kruse sind Marschalls Pläne „ein süsser Traum und die Illusion einer lebhaften Einbildungskraft“. Schliesslich aber hat auch dieser Cunctator, der nur in den Privatbriefen an seinen Fürst die gewohnte Reserve etwas aufgibt, seine Kritik der Rastatter Verhandlungen nicht länger verschweigen können (29. 12.): „Hier ist alles in Traurigkeit und stillem Leidwesen eingehüllt und eine Art von Resignation in denen Geschäften . . .“ „Mangel an Stoff zu interessanten Relationen hat meine Berichte bisher seltener gemacht.“

Kruse erkennt auch ziemlich richtig die Gründe für die Untätigkeit des Kongresses: Unzulänglichkeit der Machtmittel des Reiches, Kollision der kleinstaatlichen Interessensphären, Unmöglichkeit des Kriegskostenersatzes durch das Reich. Dass in Paris das Spiel der Zukunft auf dem politischen Schachbrett aufgestellt werde, dass auch der Kaiser den Kongress der Reichsstände je rascher desto lieber in Ferien schicken möchte, blieb Kruse verborgen. Er klagt, es sei . . . „das teutsche Reich in diesen über alle Massen traurigen Zeitläuften mit dem bei weitem grössten Teil seiner Stände in einer äusserst kritischen und bedenklichen Lage, welche nicht nur den Verlust ansehnlicher Länder, sondern auch den Verlust der ganzen Existenz, bei dem einen früher, bei dem andern später befürchten lässt . . .“ „Bis der Feind im Besitz von allem ist, was er selbst durch ferneren Krieg zu erhalten sich nicht schmeicheln durfte, . . .“ „dann wird das Los über Deutschland und seine Fürsten geworfen werden.“ Empört verurteilt Kruse die Intriguen der deutschen Fürsten untereinander. Er fürchtet, dass die „freiwillige, aber wenig ehrenvolle Biegung des teutschen Nackens unter französisches Joch, welche immer Disharmonie, Egoismus und Habsucht vorbereitet haben und noch immer unterhalten, mehr im Steigen als Fallen sei und dass sich davon in kurzem autentische aber höchst traurige Beweise darlegen lassen.“ Der Kongress wird erst wieder belebt werden, wenn „Bonaparte in kurzem wieder hier eintreffen und das grosse Trauerspiel dann seinen Anfang nehmen wird“. Wie wenig kannte Kruse die politischen Absichten Napoleons, der keineswegs gewillt war, seine persönlichen Energien an dieses diplomatische Ränkespiel unfruchtbarer Geheimdiplomatie zu verschwenden.

Inzwischen hatte Marschall den Fürsten für seine Pariser Reise gewonnen. Kruse lässt seinem Pessimismus die Zügel schiessen (29. 12.): Die Hauptsachen werden in Rastatt entschieden, vielleicht mag Marschall für „Nebendinge“ in Paris etwas helfen können. Es ist nicht Eifersucht, sondern tiefer Pessimismus des alten Diplomaten österreichischer Einstellung, was Kruse so sprechen lässt.



Er glaubt nicht mehr, dass die Entschädigungen für Nassau „vollständige sein werden, und wenn der Engel Gabriel selbst unser Protektor wäre“, fürchtet, „dass wir der französischen Raub- und Habsucht ganz unterliegen“. Er unkt, dass „vielleicht die Ersten die Letzten sein würden“, und fragt, ob „die Paria-läufer, die das Direktorium beschicken, schmeicheln und begrunzen, ein besseres Los als die andere haben werden“.

Erst als er hört, dass Bonaparte, seine persönliche Hoffnung, — ein Gedanke, den der französische Legationssekretär, „ein feiner und moderater Mann“, in Kruse genährt zu haben scheint — nicht nach Rastatt komme, ein Anzeichen, dass er in einem Brief an Marschall *signum pessimum in urina* nennt — wird Kruse der Pariser Sendung Marschalls geneigter. Zugleich rückt er in Rastatt etwas von seiner seitherigen österreichischen Schleppenträgerei ab und überreicht (2. 1. 98) der französischen Gesandtschaft eine Denkschrift, in der „unter nachgemässen Motiven die Restitution der okkupierten nassauischen Lande und eventualiter um deren Ersatz in quali et quanto gebeten wird“. Was Kruse dazu Veranlassung und Mut gab, war der am Tage vorher von Metternich den Franzosen überreichte Protest des Kaisers gegen die Besetzung von Mainz. Eine Antwort der französischen Gesandtschaft erfolgte in keinem Falle. Eine weitere nassauische Initiative in Rastatt aber hielt Kruse vorerst trotz einer gewissen Ehrsucht, es dem optimistischen Marschall in Paris gleichzutun, nicht für dienlich.

II.

Freiherr von Marschall hatte inzwischen seine Pariser Sendung⁵⁾ angetreten, über die wir ein selten aufschlussreiches Aktenmaterial besitzen. Gewährt schon die Vorbereitung und der äussere Verlauf dieser Reise den Eindruck eines Zeit- und Gesellschaftsbildes, so wird nun diese Mission zum politischen Agens des nassauischen Schicksals. Sie ist keineswegs ein Misserfolg der „vagen Raisonsnements“ geworden, wie Kruse dem Fürst gegenüber (6. 1. 98) die Hoffnungen Marschalls bezeichnet hatte. Sie wurde schliesslich aber auch ein Zeugnis für dessen überragende politischen Fähigkeiten, deren utilitaristische Färbung im Zuge und Zwange jener Zeit lag. In Paris legte Marschall die Grundlage für seine spätere glänzende dienstliche Laufbahn, zu der er sich dort die diplomatischen Sporen verdiente. Die Eindrücke, die der nassauische Staatsmann in dem Paris des Direktoriums gewann, bestärkten seinen schon in der Jugend⁶⁾ nachweisbaren Hang zu autokratischer, aber liberaler Geisteshaltung, wie er ganz im Gegensatz zu seiner späteren Alterseinstellung⁷⁾ die Erstepoche der vielverschiedenen Marschallschen Politik kennzeichnete, ehe er in dem Kampfe mit dem Freiherrn vom Stein sein diplomatisches Andenken mit dem Fluch des Reaktionären belasten musste.

Kruses Instruktion für Marschall hatte ihm die Ziele der Reise dahingehend vorgeschrieben, dass er in Paris durch Sondieren am Direktorium hilfsweise in der Frage der Domänen Nassaus auf dem linken Rheinufer die Rastatter

⁵⁾ Vgl. Akten im Wiesb. Staatsarchiv. V Nassau-Usingen. Generalia VII c, 38 2, Heft d.

⁶⁾ Vgl. „Lebenserinnerung“ von Christoph Hrch. Pfaff. Kiel 1854, Seite 36, 46, 55 f.

⁷⁾ Vgl. jedoch einen Brief Steins an den hannoverischen Diplomaten Graf Münster (24. 9. 1814) aus Wien, in dem er die politische „Mässigung“ Marschalls anerkennt. [Pagel, Stein Briefe 1927. S. 255.]

Verhandlungen Kruses unterstützen sollte. Dieser war allerdings trotz ständiger Enttäuschungen immer noch nicht geneigt, die Entscheidung über die letzten Dinge der Säkularisation bei dem Direktorium zu suchen, sondern hielt, unbeirrt selbst durch die Erklärung der französischen Gesandten, dass ihre „Vollmacht nur auf Negationen beschränkt“ sei, an seinem Glauben an die entscheidende Bedeutung des reichsständischen Kongresses fest. Marschall war dank seines ganzen persönlichen Gepräges nicht gewillt, sich auf eine so nebensächliche Aufgabe in seinen grosspolitischen Erstlingstaten zu beschränken, zumal Kruse von Rastatt berichtet hatte, dass das Benehmen der französischen Gesandten darauf schliessen liesse, dass man „auf harte Bedingnisse“ gefasst sein müsse, welche „der übermütige Feind dem deutschen Reich vorzuschreiben vor gut finden wird“. Man kann sich leicht vorstellen, dass es Marschall als persönliches Ziel vorschwebte, diese allgemeinen Aussichten für Nassau nach aller Möglichkeit durch seine Pariser Reise zu bessern.

Er wollte zunächst sich eines Emigranten als Spitzel bedienen, aber dieser Monsieur Pivillot, „der sich bekanntlich überall und besonders unter den Franzosen ingress zu verschaffen weiss“, versagte aus unbekannten Gründen; angegeben hatte er ein Magenübel. Marschall scheint sehr auf die Hilfe dieses Mannes gerechnet zu haben: „Ich trete meine Reise mit vermehrter Unruhe und weniger Heiterkeit an, als es ohne diesen unangenehmen Zufall geschehen sein würde.“ In Strassburg, wo er „Bekanntschaften genug hat“, versichert er sich als Ersatz der Dienste eines alten nassauischen Spions, des Kommissars Mathieu, der einen Bruder im „Bureau des affaires étrangères“ hat. Wichtig schien, dass er Empfehlungsbriefe an eine Madame Reubel erhielt, die „viel vermöge“. Ihr Salon galt als politisches Büro. Die Korrespondenz zwischen Paris und Rastatt soll ein Monsieur Lacombe vermitteln, der Notar in Strassburg war.

„Nach einer Reise von 3 Tagen bin ich von Strassburg hier angekommen,“ schreibt Marschall am 12. 1. aus Paris. Dort erkennt er sofort, dass eine Erhaltung der linksrheinischen Domänen, auf die er auftragsgemäss dringen sollte, nicht möglich ist, und „da das Schicksal des (nassauischen) Hauses ganz von den Gesinnungen der hiesigen Regierung abhängt, so ist es gefährlich, Punkte in Anregung zu bringen, von welchen vorauszusehen ist, dass man sich darauf nicht einlassen“ wird.

Sehr hart urteilt Marschall über die Absichten und Methoden der preussischen Politik: „Preussen sieht es nicht gern, wenn man sich unmittelbar an die französische Regierung wendet aus Sorge für preussische Pläne und Vorschläge. Deshalb wendet der preussische Minister alles an, um die Abgeordneten einzelner deutscher Fürsten von hier zu entfernen. Dieses sehr maskierte Betragen des preussischen Ministers macht es mir sehr wahrscheinlich, dass man vielleicht von preussischer Seite aus mit Plänen umgeht, die dem ganzen deutschen Staatskörper sehr nachteilig werden dürften.“ Marschall erkennt sehr scharfsinnig, dass innerhalb der nassauischen Hauspolitik Preussen zur Zeit auf Seite der Oranier steht, dass es sich mit deren Befriedigung zufrieden geben würde. Er erkennt ferner, dass Preussen an einer Erhaltung linksrheinischer Besitzungen gar kein Interesse [seit dem Baseler Frieden] haben kann, „weil es dadurch

Ansprüche zu sehr grossen Entschädigungen auf der rechten Seite des Rheins bekommt“. Die französische Regierung, die die „Diskussionen des Kongresses“ abwarten möchte, ist noch unschlüssig — „der preussische Minister wird der erste sein, der die Einziehung der Domänen raten und sie befördern wird.“ Aus dieser egoistischen Politik heraus hat ihm derselbe abgeraten, mit der französischen Regierung über die Domänenfrage zu sprechen. Im Frieden von Campo Formio sind gegenüber Oesterreich auch keine darauf bezüglichen Zusicherungen gegeben worden. Daher sind beide deutschen Großstaaten an dem linken Rheinufer an sich und für sich nicht mehr interessiert. So sind es nur Kleinstaaten, die sich für die linksrheinischen Domänen einsetzen, aber bei dieser Sachlage wohl kaum mit Erfolg, so schwer auch die Verluste sind. Als er dem preussischen Minister die Entschädigungssumme von 1 $\frac{1}{4}$ Pfund an Renten nannte, „tat man, als ob man dies kaum begreifen könnte“. Die Grossstaaten wollen eben den kleinen Reichsständen solche Interessen nicht zugestehen, damit deren Entschädigungsansprüche auf dem rechten Rheinufer nicht die eigenen, besonders die preussischen Hoffnungen störe.

In der Tat verlor Nassau auf der linken Rheinseite die Grafschaft Saarbrücken, die Herrschaft Ottweiler, die Grafschaft Saarwerden, die Herrschaft Kirchheim-Bolanden, die Aemter Jugenheim und Alsenz in der Pfalz mit grossen Wäldern, Eisen- und Kohlengruben und Salinen. Die letzten Einkünfte von 1791, dem letzten Jahre des Gesamthesitzes, überschritten sogar die oben genannte Summe. „Ce revenu considérable n'étonnera pas ceux qui connaissent la fertilité et la richesse de ces territoires.“ Zum ersten Male in der nassauischen Geschichte taucht in Marschalls Memoire, das er der französischen Regierung überreicht, der Anspruch auf Mainzer und Trierer Gebiet auf; es nennt Montabaur, Limburg, Ehrenbreitstein, Oberlahnstein, sowie Rüdesheim, Eltville, Königstein und Höchst. Marschall schliesst seine Eingabe bezeichnend wie folgt: „Le sousigné ose se flatter que le Directoire executif qui balance dans ce moment les grands intérêts de l'Europe ne se refusera pas à prendre aussi en considération ceux de Princes de Nassau auxquels son interposition généreuse suffit pour leur faire obtenir les dedommagements qu'ils demandent.“

Kruse in Rastatt tritt nunmehr ganz zurück. Marschall beklagt sich (24. 1.), dass er „noch keine Silbe von Rastatt erhalten“ habe. Es fehle jede Kommunikation mit Kruses Schritten. Dieser hatte inzwischen an den Fürst geschrieben, dass Marschalls „Träume und Illusionen in Paris wohl bald verschwinden“ würden. Dessen Auftreten in der französischen Hauptstadt hatte den hessischen Gesandten von Waitz sehr verstimmt, der für seine eigenen Hoffnungen fürchtete, besonders für die hessischen Ansprüche auf Höchst und Königstein. Marschall lässt sich jedoch nicht so sehr diese Konkurrenz verdriessen wie Kruse in Rastatt; er „beschliesst, sich durch alle diese Insinuationen nicht irre machen zu lassen, und glaubt, dass es hohe Zeit sei, der Regierung die Wünsche des nassauischen Hauses vorzutragen“. Er beantragte daher beim Aussenminister erneut eine Audienz, die diesmal gewährt wurde. Der Minister gibt die ausweichende Auskunft: „Nous n'avons pas encore pris des engagements avec vous.“

Marschall schliesst daraus, dass andere Reichsstände, besonders Hessen, schon bestimmte Zusicherungen erhalten haben. An dem ihm bekannten Legationssekretär Bertholet sucht er einen politischen Helfer zu gewinnen, was einige nassauische Münzen kostete. Wenn es gelinge, den Minister so zu beeinflussen, dass er dem Direktorium über die nassauischen Wünsche günstigen Rapport erstattet, sei alles gewonnen. Direkt beim Direktorium anzukommen, sei unmöglich, auch die Beziehungen der Madame Reubel nützen nichts. Durch Bestechung eines gewissen preussischen Hofrates Bassé liesse sich auch nichts erreichen. Alle diese politischen Dunkelmänner lassen sich von zu vielen in Sold nehmen. Dazu wechselt Laune und Willkür der Direktoren ständig: „Personen, die heute Kredit hatten, haben morgen keinen mehr, und es gehört deswegen viel Anstrengung und Vorsicht dazu, um die wahren Dinge zu finden“.

Nicht verborgen bleibt Marschall auch auf diesem Niveau der politischen Gaunerei die Rivalität zwischen Preussen und Oesterreich, deren „Eifersucht auf einen kaum glaublichen Grad gestiegen ist“. Von beiden erwartet er für Nassau z. Zt. nichts. Mit deutlicher Anspielung auf Kruses Haltung in Rastatt schreibt er (25. 1.) an diesen: „Ich wünsche von Herzen, dass uns Oesterreich mehr nutzen möge als die preussischen Verbindungen dem nassauischen Hause genutzt haben würden.“ Dass Kruse die französischen Beziehungen während des Kongresses nicht „kultiviert“ habe, lasse man ihn in Paris entgelten.

Gemäss der Pariser Methoden, wo „man an einen raschen Gang gewohnt sei“, erkennt Marschall, dass man anstatt allgemeiner Forderungen „bestimmte Objekte“ wünschen müsse, dass eine deutlichere Sprache als die Rastatter Diskussionen erwünscht sei. Er bedauert, dass Höchst und Königstein offenbar schon an Hessen vergeben sind, und hofft, als Entschädigung „die kölnischen Aemter des Herzogtums Westfalen“ zu erlangen.

Inzwischen hatte Kruse gerüchtweise von einer politischen Diskordanz im Direktorium gehört und hoffte, dass bei einem Obsiegen der gemässigten Elemente (Barras) nicht das ganze linke Rheinufer verloren sei, wenigstens solle versucht werden, die Domänen zu retten. Mit der angeblichen politischen Schwenkung des Direktoriums aber „würde Preussen seinen ganzen Einfluss und Credit“ zum Vorteile Oesterreichs in Paris verloren haben. Und nun klammert sich Kruse von neuem an seine österreichischen Sympathien! Er nennt Marschalls Ideen „Chimären und Nebel“, seine Berichte enthielten „bis jetzt grösstenteils widersprechende Nachrichten“. Er bezweifelt, dass in Paris einigen Reichsständen schon bestimmte Entschädigungsobjekte zugesichert worden seien. Der Kongress sei „nichts weniger als faul und schläfrig“.

Einig sind sich Kruse und Marschall in der Beurteilung der oranischen Politik. Diese hält sich an Preussen, weil das Reich nicht für den Verlust der Niederlande Entschädigungen zahlen kann und will: „In Wien hat man dem Fürst von Oranien gesagt, seine Entschädigungen gingen das Reich so wenig an wie das Kap der guten Hoffnung Holland.“ Wenn aber Oranien für seinen nassauischen linksrheinischen Besitz entschädigt werde, dann habe es die preussische Hilfe zur Seite, und in dieser Frage werde Oesterreich desinteressiert sein; dann aber „Gnade uns Gott“! Für die französische Politik, die „auf eine Revolutionierung Europas“ hinauslaufe, seien die innernassauischen Dynastie-

streitigkeiten belanglos. Während Marschall nun in dieser Lage Oranien benutzen möchte, um Preussen für Nassaus Gesamtinteressen zu gewinnen, will Kruse nichts von Oranien wissen, das den übrigen nassauischen Häusern misstrauet.^{*)}

Die Mission Marschalls sei nach Kruses Ansicht dann nicht zwecklos, wenn der Minister erwirke, dass „bei Gelegenheiten der zu regulierenden Entschädigungen dem Hause Nassau ein seinem Verluste angemessenes Surrogat verschafft werden solle“. Erreicht Marschall einen solchen Befehl des Direktoriums an die französischen Gesandten in Rastatt, „so hat er alles getan, was zu erwarten war“ — aber „die französische Politik ist trotz der politischen Veränderungen ihres Landes noch immer die nämliche, welche sie immer zufolge der Geschichte war“.

Marschall verhandelte inzwischen in Paris und versicherte Kruse (3. 2): „In kurzer Zeit werden Sie vielleicht von dem Nutzen meines hiesigen Aufenthaltes noch besser überzeugt werden; ich fange an ingress bei denen zu finden, die viel vermögen.“ Die oben erwähnten Forderungen auf kurtrierische Gebiete des Westerwald- und Lahngbietes hält er gegen Kruses Widerspruch, der dies für eine zu spezielle Festlegung hält, aufrecht: „Sie sind die geschicktesten für Nassau, wenn es solide seine künftige politische Existenz gründen will“ . . . auch noch nicht „endgültig vergeben“. Das nassauische Interesse müsse in solchen Zeiten dem Reichsinteresse notgedrungen vorangehen: „Unsere Sache ist es nicht, für die auf das Ganze treffenden Einrichtungen zu sorgen; dieses ist die Sache der grossen Mächte, die unsrige hingegen, diese Einrichtungen wenn möglich so zu lenken, dass sie mit dem nassauischen partikularen Interesse harmonieren“. Deshalb aber müssen die Grossen, vor allem Frankreich, das nassauische Interesse mit Freimut erklärt bekommen: „Ein Verbrechen hätte man mir aus meinem Stillschweigen machen können, wo — so fügt Marschall ironisch hinzu — „wahrscheinlich andere Reichsstände ihre Wünsche schon vorgelegt haben“.

Kruse hatte freilich in Rastatt auch gemerkt, dass die Franzosen für die kleineren Staaten bessere Schiedsrichter seien als die sich neuerdings scheinbar besser verstehenden Großstaaten. Ueberliessen die Franzosen, denen zwar auch nicht zu trauen sei, die Säkularisationen ganz den deutschen Kleinstaaten. So danke er „für die huldvolle Protektion der beiden grossen Höfe, die uns schon beide fort gracieusement beschissen haben“.

Marschall hatte während der letzten Zeit tiefere Einblicke in das politische Milieu von Paris getan. Hören wir seine Worte: „Ich überzeuge mich nach meinem kurzen Aufenthalt, dass diejenigen, die daselbst Geschäfte zu betreiben haben, nur durch Bestechungen ihre Zwecke erreichen und sich Gehör verschaffen. Diese Missbräuche sind so bekannt, dass man öffentlich davon redet. Sie fliessen auch aus der Natur der französischen Verfassung; denn jeder, der ein Amt verwaltet, weiss, dass er es nur eine kurze Zeit verwalten wird. Dieses nötigt ihn, von der ihm nur auf wenige Jahre anvertrauten Gewalt alle Vorteile zu ziehen, die er daraus ziehen kann, und einen günstigen Augenblick zu benutzen.“

^{*)} Mit gewissem Rechte. Hatte doch ein Professor Busch aus Hamburg in Zeitzung einen angeblichen Entschädigungsplan verbreitet, der Dillenburg, Diez, Siegen, Hadamar und Beilstein Nassau-Usingen zugewiesen hatte.

der vielleicht nicht wieder zurückkehrt. Die Minister verkaufen ihre Gunst an die Meistbietenden durch Mittelspersonen, die in der Stille für sie solche Akkorde abschliessen und dann gegen gewisse Prozente die erhaltenen Summen abliefern“.

Marschall lernte diese Methode der französischen Politik bald meisterhaft anwenden: „Ueberzeugt, dass nur dann die Regierung sich für die Entschädigungen des nassauischen Hauses lebhaft verwenden werde, wenn man es dahin bringen könnte, sie persönlich dabei zu interessieren, so fühlte ich bald die Notwendigkeit, die Anträge nicht von der Hand zu weisen, die mir von mehreren Seiten gemacht wurden, für eine Summe Geldes die Regierung oder deren Agenten zu bewegen, dem nassauischen Hause eine vollständige Entschädigung zu verschaffen“.

Durch Bestechung des bereits oben kurz erwähnten Bassé erfuhr nun Marschall, dass das rechtsrheinische Kurmainz zwischen Frankfurt und Mainz schon an Hessen vergeben sei. Bassé hatte auch beim Minister für Marschall entsprechend vorgearbeitet: „Eben der Mann, der mich zuvor mit Kälte empfangen hatte, war jetzt zuvorkommend und höflich“. Ausserdem benutzte Marschall einen gewissen „René Penet und seine Gesellschaft“ zu politischem Spitzeldienst. Eine Audienz, die dieser bei Bonaparte zu vermitteln suchte, missglückte; denn der General „hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, niemand zu sehen“. Am 18. 3. hatte Marschall den nassauischen Nachrichtendienst in Paris so weit geordnet und damit den wertvollsten, wenn auch vorher so gänzlich unbeabsichtigten Zweck seiner Pariser Delegation erfüllt, dass er Penet mit einer Vollmacht und mit dem Bemerken, „dass er berechtigt sei, über die Summen zu disponieren, die zur Führung der Geschäfte notwendig sein dürften“, die weitere nassauische Hauspolitik in Paris anvertraute. Die französische Regierung hatte schliesslich am 21. 3. bekanntgegeben, dass fortan „alles was auf die Negotiationen von Rastatt Bezug habe, dorthin verwiesen“ werde.

So war Marschalls weiteres Verbleiben in der französischen Hauptstadt überflüssig geworden. Noch aber liess er Penet 55000 Gulden zurück, eine Summe, die „man wohl von Seiten des nassauischen Hauses aufopfern wird, um eine vollständige Entschädigung zu erhalten . . . und die auf der andern Seite gross genug ist, um diejenigen Personen, von welchen das Schicksal des Hauses in Paris abhängt, zu bewegen, sich lebhaft für die Entschädigung zu verwenden“.

Penet wusste seinen Weg zu gehen. Es war ihm bekannt, dass „die Mitglieder des Direktoriums eine geheime Kasse haben, in welche alle Gelder fliessen, die sie sich insgeheim durch Bestechung zu verschaffen wissen. Die Gelder, die in diese Kasse fliessen, werden unter die Direktoren verteilt, auch werden aus dieser Kasse geheime Ausgaben bestritten, die dem Direktorium notwendig sind, um sich zu erhalten und öfters Leute von Einfluss zu gewinnen, von welchen es Gefahr fürchtet“. Diese erbaulichen Zustände verstand Pernet zu benutzen. Er bestach einen Sekretär des französischen Ministers. Es war kein anderer als der Bruder des französischen Gesandten in Rastatt Treilhard. Der Mann verstand sein Handwerk, diese Ironie der nassauischen Politik war 55 000 Gulden wert!

Am 19. 3. meldete Marschall von Biebrich aus an Kruse nach Rastatt seine Rückkehr aus Paris. Trotzdem seine Reisekosten 2778 Gulden 37 Kreuzer betrugen, hat „Serenissimus keinen Anstand genommen, alles das zu genehmigen und gut zu heissen, was von mir eingeleitet worden ist“.

III.

Eine „Einleitung“ war Marschalls Pariser Sendung allerdings, wenn auch zugleich die entscheidende Zielsetzung der gesamten diplomatischen Wandlung der nassauischen Politik. Er hatte das Ziel eines landschaftlich geschlossenen Raumstaates auf einem natürlichen geographischen Gebiet erkannt. Seitdem hat nicht mehr Kruses allgemeines Entschädigungsideal für die verlorenen Domänen der Dynastie, sondern der politische Gedanke eines nassauischen Einheitsstaates die Politik bis zur Errichtung des Herzogtums als methodische Richtungslinie bestimmt.

Dass dem so ist, beweisen neben den urkundlich vorliegenden Äusserungen Marschalls vor allem die Formen der Politik der Gegner seines Programmes. Die Bekämpfung durch Kruse. Mehr noch die Stellung, die nun die nassauischen Entschädigungsverhandlungen in der wiederum von Marschall klärlich erkannten politischen Problematik der Zeit einnehmen. Denn jetzt erst treten die Probleme deutlich hervor, die innerhalb des nassauischen Gesamthauses und innerhalb der grosspolitischen Konstellation der nassauischen Interessenvertretung erwachsen. In diesen beiden konzentrischen Kreisen aber liegen sie beschlossen:

*

Innerhalb des Gesamthauses Nassau deckten sich die auf Arrondierung des nassauischen Besitzes abzielenden Bestrebungen Nassau-Usingens und Nassau-Weilburgs. Hatte doch das Letztere grösstes Interesse an dem Erfolg der Marschallschen Bemühungen als der mutmassliche Erbe der aussterbenden Usinger Linie. Von Weilburg war also kein Widerstand zu erwarten. Ganz anders lagen die Verhältnisse gegenüber den Linien Nassau-Saarbrücken-Erben (Ottweiler) und vor allem Nassau-Oranien. Jene Linie hatte freilich keine Aussicht auf irgend eine weitere politisch-souveräne Stellung. Nassau-Oranien dagegen hatte Macht und Einfluss bei Preussen und Oesterreich genug, um gefährlich zu werden. Auf die schliessliche Wiedererwerbung seines holländischen Besitzes konnte es nicht rechnen; dafür hoffte es umso mehr auf eine innerdeutsche Entschädigung. Durch einen Vertrag Frankreichs mit Preussen vom 5. 8. 1796 war dem Prinzen von Oranien Würzburg zwar als solche zugesichert worden. Als aber im Frühjahr 1798 Oesterreich und Preussen sich über die Säkularisationen zu einigen suchten, war Wien nicht geneigt, im fränkischen Gebiet den Oranier zu dulden, sodass Preussen moralisch und vertraglich verpflichtet war, für den Prinzen von Oranien andere Entschädigungen zu erwägen. Dieser aber erhob zur Abrundung seiner alten Dillenburgischen Hausbesitzungen nunmehr Ansprüche auf das kurtrierische und kurkölnische Gebiet im Westerwald und Lahntal. Dadurch aber wurden Marschalls Pariser Abmachungen gekreuzt. Das Arrondierungsstreben der Nassau-Usinger und dasjenige der Oranier standen sich solange als unlösbares Problem gegenüber, solange es nicht gelang, Oranien auf ein anderes Entschädigungsobjekt abzulenken. Kruse hatte diese entscheidende Frage wohl erkannt, aber aus Preussen- und Franzosenhass nicht aufzugreifen gewagt. Er

erhoffte eine Lösung durch Oesterreich. Marschall jedoch hatte realpolitisch klar sich dahin entschieden, da von Preussen nichts zu erwarten war, Frankreichs Wohlwollen zu erlangen. Die Gründung des Herzogtums unter den Auspizien Napoleons hat seiner Auffassung zugunsten der Linie Nassau-Usingen recht gegeben. Aber damit ist er nicht als der Franzosengünstling gestempelt, als der er später von borussischen Geschichtsschreibern angesehen wurde. Es war Kruses Misstrauen gegen das mit Preussen verbündete Oranien, das das Schicksal so verlaufen liess. Marschall hat in einer Denkschrift ausdrücklich erklärt, dass ein offenes Verhandeln mit Oranien zweifellos den Prinzen bestimmt hätte, sich andere Entschädigungen zu wünschen. Dass dieser zunächst mit Würzburg, dann mit Westfalen, später mit Fulda sich abzufinden bereit war, lässt Marschalls Ansicht als sehr richtig erscheinen. An eine grossnassauische Politik hat dieser oranische Prinz — wie es Kruse vermutet hatte — wirklich nicht gedacht. Hatte er doch (31. 1.) selbst dem Usinger Fürsten erklärt, dass die preussische Politik die Interessen Nassau-Usingens mitvertreten wolle. Zudem war die persönliche Sehnsucht dieses seiner nassauischen Heimat ganz entfremdeten Fürsten die Wiedergewinnung Hollands.

Es ist also durchaus wahrscheinlich, dass Oranien den nassau-usingischen Aspirationen nicht im Wege war. Dass der oranische Gesandte Passavant in Rastatt — nach Kruses Worten — „die preussischen Gesandten in seinem Sack hatte“, dass er ihm „Tort antue“, geschah nur zu dem Ziel, überhaupt eine Entschädigung für seinen Fürsten zu erlangen. Marschalls „über diese Materie vorgefassten Ideen“ waren in der Tat eine nüchterne Beurteilung der Sachlage. Nachdem aber Kruse mit seiner misstrauischen Behandlung Oraniens und des diesem seit 1796 moralisch verpflichteten Preussen diese beiden als Gegner der eigenen Ziele sich gewissermassen selbst erzogen hatte, führte der Weg zu einer politischen Raumbildung Nassaus über Frankreichs Wohlwollen. Man mag das post festum als Deutscher bedauern, es war aber die einzige Möglichkeit und als solche ist sie und ihr spiritus rector Marschall vom heimatgeschichtlichen Standpunkt zu beurteilen.

Nun hatte ferner Kruse, — um in diesem hausgeschichtlichen politischen Kreise zu bleiben — befürchtet, dass Oranien seine und die saarbrückischen Entschädigungsansprüche verbinden würde, war es doch auch Miterbe aus dieser Linie. Marschall erkannte jedoch sehr deutlich, dass die Entschädigungsansprüche Oraniens staatsrechtlich völlig anders begründet waren als die Saarbrückischen. Jene leiteten sich aus einem bestehenden Vertrage von 1796 her und waren von Preussen und Frankreich garantiert, diese waren die Folge einer Abtretung, die zugunsten des Reiches geschehen sollte, zu deren Ersatz dieses also verpflichtet war. Dass in dieser Auffassung Marschall abermals das Richtige erkannt hatte, wird dadurch hinreichend bewiesen, dass die Verhandlungen mit Oranien nicht auf dem Rastatter Kongress im Rahmen der Säkularisationsverhandlungen verhandelt wurden, sondern in Berlin und Wien direkt; ferner durch den Umstand, dass in der Korrespondenz über diesen Punkt zwischen Oranien und Preussen ausdrücklich der Erbprinz darauf hingewiesen wird, „immer die Entschädigungen des Saarbrückischen Hauses von den seinigen abzusondern“. Hätte also selbst

Oranien dies nicht beachtet, so hätte es sich an Preussen einen Gegner zugezogen, was nicht in seiner Absicht liegen konnte. Inwieweit aber der Prinz von Oranien als Persönlichkeit in Betracht kommt, so ist schliesslich zu unterstellen, dass er nach seiner politischen Einstellung keine Schwierigkeiten gemacht hätte. Urteilt doch der preussische Gesandte Neufchateau über ihn, dass er „lieber keine Entschädigungen suchen werde als eine solche, die ihn mit seinen Agnaten in Uneinigkeit und Streit werfen würden“. Und last not least hätte die befreundete Macht Preussen, die mit Frankreich in einer von diesem damals sehr wichtig empfundenen und gepflegten Neutralität sich befand, sicherlich für Oranien grossnassauische Hoffnungen genährt und gefördert, wenn Oranien solche Wünsche zu erkennen gegeben hätte!

Marschall hatte gegenüber Kruse nach alledem m. E. vollkommen recht, wenn er an den Fürsten Karl Wilhelm (ohne Datum, Frühjahr 1778) schreibt, dass Oranien sich in seinen Entschädigungsansprüchen dem Willen „der grossen paciscierenden Mächte unterworfen“ hätte.

*

Das zweite Problem, das nach Marschalls Pariser Reise der nassauischen Politik auf dem Rastatter Kongress erwuchs, hing mit der Kontroverse zusammen, die mit der Rheinlandpolitik Preussens und Oesterreichs sich ergab. Als nämlich zu Anfang des Jahres 1798 die französische Gesandtschaft zu Rastatt die Abtretung des ganzen linken Rheinufer verlangte, forderte Oesterreich, welches sich auf die Geheimartikel von Campo Formio berief, dass die preussischen (und kurkölnischen) niederrheinischen Besitzungen ihren Besitzern bleiben sollten. Preussen dagegen befürwortete die Abtretung des ganzen linken Rheinufer mit Einschluss seiner dortigen Länder an Frankreich. Es hoffte, die weit entfernten rechtsrheinischen Gebiete mit besser gelegenen vertauschen zu können. Um diesen Plan durchzusetzen, musste die Stimmenmehrheit auf dem Kongress für die preussischen Absichten gesichert werden. Daher versuchten die preussischen Gesandten sich der Zustimmung des Mainzer Direktorialgesandten von Albini zu versichern, damit dieser seinen grossen persönlichen Einfluss geltend mache, dass die Reichsdeputation in die Abtretung des ganzen linken Rheinufer willige. Nach anfänglichem Zögern suchte Kurmainz die preussische Verlegenheit auszunutzen und erhielt auch für seine schliessliche Bereitwilligkeit das preussische Versprechen, sich für eine exzeptionelle Behandlung seines geistlichen Gebietes, ja für die Erhaltung seiner Reichsstandschaft bei Frankreich einzusetzen. Oesterreichs war Mainz gewiss. Um diesen Preis erkaufte Preussen die wichtigste Persönlichkeit unter dem deutschen Delegierten des Kongresses.

Durch diese Verhandlungen, die Marschall wiederum in Erfahrung zu bringen wusste, wurde nun aber zunächst die rechtsrheinische Säkularisationsfrage gerade in dem von Nassau erhofften kurmainzischen Nachbargebiet wegen der Erhaltung dieses Staates ein Problem besonders für eben dieses Nassau. Ferner reizte diese Ausnahme nunmehr auch Oesterreich, seine geistlichen Trabant auf der rechten Rheinseite, besonders Würzburg, zu schützen. Das Schlimmste aber konnte für Nassau eintreten, wenn eine eventuelle Einigung Oesterreichs und Preussens für Frankreich die Veranlassung wurde, auf die Generalsäkularisation, die ihm als innerdeutsche Angelegenheit tatsächlich auch immer uninteressanter

wurde, nicht mehr mit dem seitherigen Nachdruck zu drängen. Dann verengte sich für Nassau der Raum für seine Entschädigungsansprüche ganz erheblich, und für eine Arrondierung seines Gebietes war vollends kein Platz mehr.

*

Dies war die politisch-diplomatische Lage, als nach Marschalls Pariser Reise der Schwerpunkt der nassauischen Politik wieder nach dem Rastatter Kongress verlegt wurde. Ihr stand eine doppelte Tragik zur Seite. In Rastatt verhandelte nicht Marschall, der die Probleme sah, sondern Kruse, der in edelster Gesinnung Reichspolitik mit nassauischer Interessenpolitik zu verbinden nicht müde wurde. Und dann boten sich in den nun auf dem Kongress entstehenden Wirren zwischen Frankreich und Oesterreich keine Gelegenheiten, Nassaus Belange interessant genug für die wichtigsten deutschen Großstaaten werden zu lassen. In den Gegensätzen Oesterreich : Frankreich und Preussen : Oesterreich verschwanden die nassauischen Hoffnungen vorerst in der Versenkung wohlwollender, aber beiderseitig theoretischer Versprechungen.

So aber kamen in dem weiteren Verlaufe des Rastatter Kongresses die engeren nassauischen Probleme nicht zu voller Entwicklung, geschweige einer Lösung, so sehr auch Kruse bestrebt blieb, sie wenigstens zur Erörterung zu bringen, besonders durch seine spezielle Denkschrift vom 18. 2. 1798.⁹⁾ Wie für die Reichs-, so blieb für unsere Heimatgeschichte diese „Länderbörse“ ohne positive Bilanz. Immerhin sind die nassauischen diplomatischen Handlungen in Rastatt nicht ohne ferneres Interesse. Zeitweilig rückte Kruse infolge seiner ehrenhaften Persönlichkeit an die Spitze der Partikulargesandten gegenüber den Hauptdelegationen. Mit ihm war es zu verdanken, dass sich die kleineren Staaten gegenüber der Behandlung durch die grossen Reichsstände zusammenfanden. Stets aber blieb seine Haltung reichsdeutsch, kaisertreu und auf Respekt gegen die nationalen Gesamtinteressen gestellt. Sein Briefwechsel freilich lässt deutlich erkennen, dass er zu Marschall nicht dieselbe offene Sprache spricht wie gegenüber seinem Fürst. Der aber ist durch Marschalls Einfluss nicht stets mit Kruses abwartender Haltung einverstanden. Kein Wunder daher, dass Kruse nur mehr verdriesslich und in der müden Resignation eines von seiner Bedeutung schlecht überzeugten Mannes die Verhandlungen führt. Es bedarf der ständigen Unruhe Marschalls, um diese ihres Dienstes ständig gleichgestellte Uhr zu gelegentlich rascherem Schlag zu veranlassen.

Die Annäherung Preussens an Oesterreich ist ihm nicht willkommen, doch „verliert er den Mut nicht“. Seine Zuversicht für Nassau besteht fortan in der sehr feinen Erkenntnis, dass Frankreich aus dem Grunde die Säkularisation wünsche, damit einem Teil der Reichsstände gegenüber den grösseren Höfen „eine grössere Existenz verschafft werde, die sie an die Republik attachiere“. Er erkennt auch, dass die „Franzosen in Deutschland einen status politicus einführen, der von ihnen abhängig ist“. Ueberraschend scharfsinnig ist Kruses Bemerkung über die wohl nicht undankbare „Einrichtung einer rheinischen Republik nach französischem Jus, wovon sie dermalen noch nichts sagen können und wollen“ . . . „mir steht der Verstand still, wenn ich an die Schwierigkeiten der Entschädigungen denke“.

⁹⁾ Vgl. Abdruck derselben bei Menzel, III. 525 Anm.

In diesen trüben Pessimismus Kruses bringt ein Ereignis eine plötzliche Wendung: die Ankunft des oranischen Gesandten Neufville (16. 4.) in Rastatt. Anstatt nach Marschalls Rat mit ihm in Verbindung zu treten, sieht Kruse in diesem Vorgehen der Oranier nur „einen abermaligen perfiden Vorschlag des Berliner Kabinetts“. Er meint, dass nur Verwirrung für die gesamtnassauischen Belange entstehen könnten; denn „es soll durch diese Verbindung der Oranier mit uns der allgemeine Hass gegen Oranien auch auf Usingen ausgedehnt werden“. Er befürchtet, dass nunmehr Oranien mit Usingen zusammen entschädigt werden solle: „O der abscheulichen politischen Klopffechtereistreiche, die dem preussischen Hof eigen sind!“ Er macht dem oranischen Gesandten Vorwürfe wegen seiner Einmischung: „Dieser ist betreten und schiebt alle Schuld auf Preussen!“ (3. 5.)

Auch Oesterreich denkt nicht mehr an die nassauischen Belange. „Was aber ist von dem Reich vor Hilfe zu erwarten, wo jeder nur vor sich sorgt und bloss an sich denkt und immer nur die grösseren Mächte bloss und allein auf ihre Vergrösserung und sonst auch nichts bedacht sind?“ (14. 5.)

Demgegenüber mahnt Marschall (17. 5.), der „durchaus nicht gewöhnt ist, rosenfarb zu sehen“, den Mut nicht sinken zu lassen. Am 16. 6. reist Marschall selbst — wohl auf Betreiben des Fürsten — nach Rastatt. Er geht auch hier sofort den Weg der nüchternen Raison und verhandelt mit der preussischen Gesandtschaft. Triumphierend kann er dem Fürsten berichten, dass Preussen bei Oesterreich den Antrag gestellt habe, Nassau mit Kurtrier zu entschädigen. Kruses Preussenhass erscheint als unbegründet. Von nun an drängt Marschall auf engere Fühlungnahme mit Preussen, das er in Paris nur ungünstig beurteilen konnte. „Oranien und Preussen sind bessere Helfer als Oesterreich!“ Nachdem der oranische Gesandte Neufville den verstorbenen Passavant ersetzt habe, sei mit Oranien sehr gut zu verhandeln, dieses begehe keinen Verrat am nassauischen Gesamthause; „es ist schädlich, wenn man Oranien so wenig kultiviert“. [sc. wie Kruse!] Marschall wiederholt in Rastatt dank seiner persönlichen Elastizität seine Pariser Methode, er „will Personen aufsuchen, die von dem, was im stillen vorgeht, nähere Sachkenntnis haben“. Es gelingt in der Tat Marschall, dem preussischen Gesandten den Gedanken zu suggerieren, dass Oranien mit Westfalen abgefunden werden solle, während Kurtrier (rechtsrh.) an Nassau-Usingen fallen soll. Eine neue Gefahr für die nassauischen Entschädigungsansprüche könnten die ritterschaftlichen Säkularisationsgelüste sein. Marschall sieht hier den Gang der Geschichte voraus und urteilt, dass dieses Bestreben aussichtslos erscheine.

Ein trauriges Widerspiel Kruse: Marschall beginnt nun in Rastatt: jener antichambriert bei Metternich, verspricht sich aber selbst „keine grosse Wirkung davon“, Marschall hoffte, dass „Preussen das Friedensgeschäft an sich reissen werde“, dabei werde Nassau durch Oranien „gut fahren“.

Am 21. 8. reist Marschall nach Biebrich zurück. Die Selzer Verhandlungen, die Berliner Konferenz und die zunehmende Spannung zwischen Oesterreich und Frankreich haben den Rastatter Kongress beinahe jeder politischen Aktionsfähigkeit entkleidet. Das einzige, was für Nassau angesichts des bevorstehenden Krieges zu erbitten, aber wohl kaum zu erreichen ist, wäre eine glimpflichere Behandlung der nassauischen Länder durch die französische Besatzungsarmee.

Kruse gibt sich nach dieser Richtung hin alle Mühe; er schreibt ständig und unbeirrt durch den Misserfolg Bittschriften an die Reichsdeputation, an Metternich, an die französische Gesandtschaft wegen des „unglaublichen Schicksals“ und der „trotlosen Lage“ des nassauischen Landes. Wohl vernehmen wir heute mit tiefer Bewegung seine Worte, aber es waren für die Adressaten: „verba, praeter ea nihil!“ Nicht ohne Interesse ist auch eine nassauische Petition an den König, zu der wohl Marschall gedrängt hatte. Der König wird gebeten, einen drohenden Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich zu verhindern, er „könne der Retter des südlichen, ja der Retter und Schutzgeist von ganz Deutschland werden durch eine feste und bestimmte Erklärung des Kgl. Willens und Wunsches an Frankreich, unterstützt durch zweckmässige militärische Demonstrationen, dass der Friede zwischen der Republik und dem deutschen Reiche ohne weitere Gefährde und Aufenthalt abgeschlossen werde.“ Eine weitere passive Haltung Preussens könne ihm im Kriegsfall nichts nützen: „Manche, die sich durch die höchste Not geleitet, in die liebevollen Arme der französischen Republik werfen, dürften aus blosser Liebe erdrückt werden“ . . . „alle Staaten ohne Ausnahme werden den Revolutionierungen unterworfen sein, welche während eines Krieges das französische Gouvernement, auch selbst wenn es solche verhindern wollte, nicht verhindern kann“ . . . „auch das nördliche Deutschland, das seine gegenwärtige Ruhe und Sicherheit allein Preussen zu verdanken hat, wird dann einer endlichen Revolutionierung nach französischen Grundsätzen nicht entgehen.“

Diese nassauische Demarche bei Preussen hatte freilich ebenso wenig Erfolg, wie die damaligen häufigen Denkschriften anderer Kleinstaaten an den norddeutschen Großstaat. Irgend welche Möglichkeiten aber, nassauische Politik auf dem Kongress zu treiben, war nicht mehr gegeben. Trotzdem blieb Kruse noch bis zu dessen Ende ¹⁰⁾ in Rastatt, während in der Heimat die Franzosen „die grössten Requisitionen eintreiben“, die „Teufel der Kriegskommissare“ den unglücklichen Untertanen des Fürsten „nicht einmal Haut und Knochen mehr zurücklassen“, sodass der enttäuschte „Untertan anfängt, über seine Not zu rasonnieren, die ein übles Perspektiv gewährt“. Ein neuer Krieg aber zog herauf, von dem Kruse in einer Denkschrift befürchtet, dass „er noch mehrere deutsche Länder verwüsten und solche Umstände herbeiführen würde, welche an sich und in ihren Folgen mit einer veränderten Ordnung der Dinge und dem Umsturz der bisher bestandenen Verfassung unsägliches Unglück über das deutsche Vaterland ausstreuen und verbreiten müsse.“

* * *

Der Rastatter Kongress ist für die Reichsgeschichte ein politischer Torso geblieben, viel mehr noch für die nassauische. Aber wie für jene wurden auch für die Zukunftsgestaltung Nassaus Leitlinien von geschichtlicher Fruchtbarkeit herausgestellt. Wir erkannten in jenen Verhandlungen einen Wendepunkt der

¹⁰⁾ Vgl. Henche, Der Rastatter Gesandtenmord im Lichte der politischen Korrespondenz des nassauischen Partikulargesandten von Kruse. Hist. Jahrbuch 46, 3.-4. Heft. 1926.

diplomatischen Kunst, verkörpert in dem dynastisch eingeschworenen Kruse und dem staatspolitisch denkenden Marschall. Wir sahen die beiden politischen Hauptlinien der zukünftigen Politik Nassaus vorgebildet: die Preussen-, dort Österreichsgesinnung. Wir waren Zeuge des unglückseligen Schicksals eines deutschen Grenzlandes am Rhein, das sich in den grossen Zügen bis heute wiederholen sollte.

Auch die näher liegenden Sachprobleme der späteren nassauischen Politik bahnten sich an: die Zusammenfassung der Teillinien in einem geographischen Staatsraum, unter einer Landesherrschaft; insbesondere auch interessiert seit jenem Kongress das Problem des Wettstreites zwischen Oranien und Usingen (Weilburg). Die ausschliesslich rechtsrheinische Basierung des späteren Herzogtums wurde damals grundgelegt, und das mit dem Zurücktreten Oraniens verbundene Desinteresse Preussens an Nassau, das bis zu Wilhelm I. anhielt,¹¹⁾ entstand damals.

Was den Gebietsstand Nassaus als Einheitsstaat anging, so schuf ihn freilich erst die Napoleonische Zeit, aber auch hier hat der Rastatter Kongress das politische Konzept abgegeben.

So möge uns für unsere Heimatgeschichte die „Territorienfeilscherei“¹²⁾ von Rastatt doch wesentlich wichtiger erscheinen als man es seither Wort haben mochte.

¹¹⁾ Vgl. Bismarck, Ged. und Erinn. II, 92. (Volksausgabe).

¹²⁾ Lamprecht, Dtsch. Gesch. 9, 157.

DD
491
H6
N27
v.50
x67

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

FÜNFZIGSTER BAND

1929

ZWEITES HEFT

MIT 1 KARTE UND 1 ABBILDUNG IM TEXT.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1929

diplomatischen Kunst, verkörpert in dem dynastisch eingeschworenen Kruse und dem staatspolitisch denkenden Marschall. Wir sahen die beiden politischen Hauptlinien der zukünftigen Politik Nassaus vorgebildet: hie Preussen-, dort Osterreichagesinnung. Wir waren Zeuge des unglückseligen Schicksals eines deutschen Grenzlandes am Rhein, das sich in den grossen Zügen bis heute wiederholen sollte.

Auch die näher liegenden Sachprobleme der späteren nassauischen Politik bahnten sich an: die Zusammenfassung der Teillinien in einem geographischen Staatsraum, unter einer Landesherrschaft; insbesondere auch interessiert seit jenem Kongress das Problem des Wettstreites zwischen Oranien und Usingen (Weilburg). Die ausschliesslich rechtsrheinische Basierung des späteren Herzogtums wurde damals grundgelegt, und das mit dem Zurücktreten Oraniens verbundene Desinteresse Preussens an Nassau, das bis zu Wilhelm I. anhielt,¹¹⁾ entstand damals.

Was den Gebietsstand Nassaus als Einheitsstaat anging, so schuf ihn freilich erst die Napoleonische Zeit, aber auch hier hat der Rastatter Kongress das politische Konzept abgegeben.

So möge uns für unsere Heimatgeschichte die „Territorienfeilscherei“¹²⁾ von Rastatt doch wesentlich wichtiger erscheinen als man es seither Wort haben mochte.

¹¹⁾ Vgl. Bismarck, Ged. und Erinn. II, 92. (Volksausgabe).

¹²⁾ Lamprecht, Dtsch. Gesch. 9, 157.

NASSAUISCHE ANNALEN

DD
431
H6
N27
V50

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

FÜNFZIGSTER BAND

1929

ZWEITES HEFT

MIT 1 KARTE UND 1 ABBILDUNG IM TEXT.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1929

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
VII. Das Mühlenwesen in der Vogtei Ems. Von Prof. Dr. A. Bach in Bonn a. Rh.	117—127
VIII. Dorlar und die Herren von Merenberg in legendarer Uebertreibung. Von Hilfsprediger K. H. May in Frankfurt-Griesheim	128—137
IX. Die Kartäuser im Rheingau. Von Studienrat i. R. Prof. Dr. H. Otto in Wiesbaden	138—159
X. Der Streit um die während des Dreissigjährigen Krieges konfiszirten Güter des Hauses Nassau-Saarbrücken. Von Studienrat a. D. Prof. K. Pagenstecher in Wiesbaden	160—178
XI. Die nassauische Politik zur Zeit des Reichsdeputationshauptschlusses. Von Studienrat Dr. h. c. A. Henche in Wiesbaden-Biebrich	179—217
XII. Der Udenberg der Rheingauer Terminei. Von Sanitätsrat Dr. J. Christ in Wiesbaden (mit 1 Karte und 1 Abb.)	218—236
XIII. Kleinere Mittheilungen: I. Die sogenannte Heiliggrabkapelle in Weilburg. Von Studienrat Dr. F. A. Schmidt in Hersfeld	237—240
II. Zur Biographie Johann Huttichs aus Strinz. Von Studienrat i. R. Prof. Th. Schneider in Wiesbaden	240—243
III. Zur Geschichte des nassau-diezischen Amtmannes J. Chr. Becker. Von Mittelschullehrer A. Gerhardt in Frankfurt a. M.	243—244
IV. <i>Saevis tranquillus in undis.</i> Von Geh. Studienrat Prof. Dr. Primer in Frankfurt a. M.	244—246

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

FÜNFZIGSTER BAND

1929

MIT 1 KARTE UND 4 ABBILDUNGEN IM TEXT.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1929

*Der Nachdruck der in diesem Heft veröffentlichten Aufsätze ist nur mit besonderer
Erlaubnis gestattet.*

Inhalts - Verzeichnis

	Seite
VII. Das Mühlenwesen in der Vogtei Ems. Von Prof. Dr. A. Bach in Bonn a. Rh.	117—127
VIII. Dorlar und die Herren von Merenberg in legendarer Ueberlieferung. Von Hilfsprediger K. H. May in Frankfurt-Griesheim	128—137
IX. Die Kartäuser im Rheingau. Von Studienrat i. R. Prof. Dr. H. Otto in Wiesbaden	138—159
X. Der Streit um die während des Dreissigjährigen Krieges konfiszirten Güter des Hauses Nassau-Saarbrücken. Von Studienrat a. D. Prof. K. Pagenstecher in Wiesbaden	160—178
XI. Die nassauische Politik zur Zeit des Reichsdeputationshauptschlusses. Von Studienrat Dr. h. c. A. Henche in Wiesbaden-Biebrich	179—217
XII. Der Udenberg der Rheingauer Terminei. Von Sanitätsrat Dr. J. Christ in Wiesbaden (mit 1 Karte und 1 Abb.)	218—236
XIII. Kleinere Mittheilungen: I. Die sogenannte Heiliggrabkapelle in Weilburg. Von Studienrat Dr. F. A. Schmidt in Hersfeld	237—240
II. Zur Biographie Johann Huttichs aus Strinz. Von Studienrat i. R. Prof. Th. Schneider in Wiesbaden	240—243
III. Zur Geschichte des nassau-diezischen Amtmannes J. Chr. Becker. Von Mittelschullehrer A. Gerhardt in Frankfurt a. M.	243—244
IV. Saevis tranquillus in undis. Von Geh. Studienrat Prof. Dr. Primer in Frankfurt a. M.	244—246

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

FÜNFZIGSTER BAND

1929

ZWEITES HEFT

MIT 1 KARTE UND 1 ABBILDUNG IM TEXT.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1929

Das Mühlenwesen in der Vogtei Ems.¹⁾

Von

Adolf Bach.

I.

Schon in der Frühzeit der fränkischen Geschichte nahmen die Mühlen eine Sonderstellung in der Rechtsordnung und im Gewerksleben ein. Während der Franke die übrigen Gewerbe, so weit der Bedarf der Familie es erforderte, in der Hauswirtschaft betrieb, liess ihn der technische Aufwand der Wassermühlen, der dem einzelnen meist unerschwinglich sein mochte, zur gemeinsamen Errichtung der Mühle auf Kosten der Gesamtheit schreiten. Daher war die Gemeindemühle in jener Zeit die Regel, worauf schon der Umstand deutet, dass die Mühlen meist in Gehölzen und Weidegründen, also in der Allmende, angelegt waren. So auch in Ems.

Die alte Emser „Herrenmühle“, aus der die heutige „Herbels Mühle“ hervorgegangen ist, stand nicht immer auf ihrem jetzigen Platze. Wie wir im Folgenden hören werden, lag sie vor 1688 ein Stück weiter den Emsbach hinauf. Da uns jedoch schon 1570 ein Flurname „vff der alten Moellen“²⁾ überliefert wird, den andere Zeugnisse („ein Schlüssel Wieß auff der große Wieß, die alte Mühl genannt“) näher erläutern, liegt die Vermutung nahe, dass sie schon vor dieser Zeit einmal verlegt und dem Dorfe näher gerückt worden ist. Der Einwand, dass es sich hier um eine andere Mühle handle, darf kaum erhoben werden. „Die Wies“ oder „die grosse Wies“, wo die alte Emser Mühle gestanden haben muss, war aber jenes unmittelbar oberhalb des Dorfes am Emsbach gelegene Wiesengelände, das 1646 als zehntfrei bezeichnet wird. Es war offenbar Allmende.³⁾

Wo sich Grundherrschaften bildeten, gingen die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde, vor allem die Mühlen, in den Besitz der Grundherren über, und da die Fronhofswirtschaft der Grundherren alle ihre Bedürfnisse im Eigenbetrieb der Hauswirtschaft zu befriedigen suchte, wurden sämtliche Gewerbe in den Bereich des Fronhofs einbezogen, auch die Mühlen, die man nun im allgemeinen als Pertinenz des Fronhofs mit hörigen Knechten betrieb.

¹⁾ s. Ferd. Abel, Das Mühlengewerbe in Nassau-Hadamar und -Diez. Bei Cotta 1910. Carl Koehne, Das Recht der Mühlen bis zum Ende der Karolingerzeit. Breslau 1904. — Für alle auf die Vogtei Ems im besonderen bezüglich Ausführungen schöpfte ich aus den Akten und Urkunden des Staatsarchivs in Wiesbaden.

²⁾ Ueber diesen und alle im Folgenden vorkommenden Emser Lokalnamen vgl. A. Bach, Die alten Namen der Gemarkungen von Bad Ems und Kemmenau, in: Nass. Annalen 46, 2. (1925) S. 189 ff.

³⁾ s. A. Henche in den Nassauischen Annalen 43, S. 227.

Auch in Ems mögen sich die Dinge in dieser Weise entwickelt haben, denn auch hier beobachten wir eine Grundherrschaft, die bereits um das Jahr 1000 im Besitz des St. Kastorstiftes in Koblenz gewesen sein dürfte.⁴⁾ Als seit der Wende des 12. und 13. Jahrhunderts dann die Eigenwirtschaft der Fronhöfe aufgelöst wurde, gingen die Mühlen wie die übrigen Bestandteile der Fronhöfe an Kolonen über, die sie auf eigene Rechnung übernahmen und den Grundherren alljährlich eine Rente zu entrichten hatten. Oft wurden sie auch weiter veräussert. Das Höfergericht des Kastorstifts in Ems bekundete am 21. Januar 1311 urkundlich, dass die Fronmühle zu Ems von dem weil. Ritter Heinrich vom Stein in Nassau in Besitz genommen worden sei und von seinem Nachfolger und seiner Witwe auch noch in Besitz gehalten werde, dass aber der rechte Eigentümer der Mühle, der Pfarrer Heinrich von Oestrich, sein Recht an der Mühle niemals veräussert habe, vielmehr gegen den Ritter auf Herausgabe der Mühle klagbar geworden sei.

Wie an vielen andern Orten so konnten sich auch in Ems die Grundherren übermächtiger Nachbarn, hier der Grafen von Nassau, nicht erwehren, deren bevorzugte Stellung es ihnen ermöglichte, durch Plünderung der Reichshoheit und durch Unterdrückung der weniger mächtigen Nachbarn sich zu Landesherren aufzuwerfen. Der Strick aber, an dem die Nassauer Grafen die Grundherrschaft des Kastorstifts in Ems in ihre Gewalt zogen, war die Vogtei. In den Territorialstaaten wussten die neuen Landesherren im Laufe des 14. Jahrhunderts eine staatliche Mühlenhoheit durchzusetzen, sowie den in seinen Anfängen bestehenden Mühlenbann in seine letzten Konsequenzen zu verfolgen; so entstand für das Mühlengewerbe eine völlig neue Rechtsgrundlage, die bis ins 19. Jahrhundert massgebend geblieben ist. Auf Grund des beanspruchten Mühlenregals war nun die Ausübung dieses Gewerbes ohne Rücksicht auf die gegebenen örtlichen Besitzverhältnisse von den Landesherren abhängig und die landesherrliche Verleihung des Wasserrechts, für das eine Abgabe zu entrichten war, bildete die unumgängliche Voraussetzung für den Mühlbetrieb.

In der älteren Zeit war die gemeinsame und ausschliessliche Benutzung der Gemeindemühle durch die Gemeindegossen wohl allgemeiner Brauch, und diese hatten, ohne dass ein Zwang zur Benutzung der Gemeindemühle nachzuweisen wäre, das Recht zum Mahlenlassen in der Gemeindemühle, der Müller aber hatte (nach dem Grundsatz: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst) die Pflicht der Vermahlung. Die Zeit der Grundherrschaft, die aus den freien Bauern in ihrer Freiheit beschränkte Hofgenossen gemacht hatte, brachte es mit sich, dass aus dem Recht, in der Gemeindemühle mahlen zu lassen, ein Zwang, aus der Freiwilligkeit der Benutzung die Pflicht, sich der grundherrlichen Mühle zu bedienen, erwuchs, während die Pflicht des Müllers zur Vermahlung der Früchte der Markgenossen ein Recht wurde. Die alte Gemeindemühle ward zur Bannmühle und damit zur sicheren Einnahmequelle der Grundherren und ihrer Rechtsnachfolger. In dieser Form hat das Mühlenwesen bis ins 19. Jahrhundert bestanden.

Für die Verleihung der Banngerechtigkeit hatte der Inhaber der Mühle eine besondere Abgabe das „Banngeld“ (in Geld oder Naturalien) zu leisten.

⁴⁾ s. A. Bach, Das Koblenzer St. Kastorstift in seinen Beziehungen zur Vogtei Ems in: Nass. Annalen 46, 1. S. 26.

das meist mit dem Wasserzins zu einer Gesamtabgabe verschmolzen und bei den in Erb- oder Zeitpacht verliehenen fiskalischen Mühlen in der Regel mit dem Wasserzins in den Pachtbetrag einbegriffen war. Dem Bannmüller stand meist die Fronfreiheit zu, während die gebannten Mahlgäste vielfach im Interesse des Betriebes der Mühle zu weitgehenden Frondiensten verpflichtet wurden. Das Inventar der Mühle stellte in der Regel der Lehnsherr, wobei jedoch der Pächter zu dessen Unterhaltung oder Instandsetzung verbunden war.

Was die Betriebsform des Mühlengewerbes angeht, so kaufte der Verbraucher (sei es nun ein Bürger oder Bauer, der die Bedürfnisse seiner Haushaltung deckte, oder ein Bäcker, der sich für den Betrieb seines Gewerbes versah) im allgemeinen nicht die fertige Ware vom Müller; er brachte vielmehr sein Getreide zur Mühle, um es dort verarbeiten zu lassen, und holte die fertigen Produkte selbst wieder ab; oder aber: er übergab es einem mit Eseln oder Wagen die Dörfer besuchenden Müller, der dann auch die Rücklieferung übernahm. Diese erfolgte nach Abzug eines bestimmten Quantum als Mahllohn („Molter“). So hatte das Mühlengewerbe den Charakter eines Lohnwerkes, das man als Kundenmüllerei bezeichnet. Daneben bestanden jedoch auch schon die Anfänge zu einer bescheidenen Handelsmüllerei und zum Mehlhandel, durch den die Müller die ihnen als Mahllohn zufallenden Getreidemengen verwerteten.

II.

Die eben geschilderte Entwicklung hatte sich in Ems lange vollzogen, ehe die Akten uns Näheres von der Mühle berichten. Zweifellos war die Emser Mühle schon 1352 im Besitz der Grafen von Nassau. Beim Beginn der aktenmässigen Ueberlieferung in der Mitte des 16. Jahrhunderts war die Emser „Herrenmühle“ von den nunmehrigen Landesherren der Vogtei Ems (Nassau-Dillenburg und Hessen) in Zeitpacht vergeben; bei ihr lag der Bann über sämtliche Einwohner von Ems und die zur Vogtei Ems gehörigen Einwohner von Kemmenau, und so ist es bis in die neuere Zeit geblieben. Denn wenn wir auch von anderen Mühlen in der Vogtei hören, so handelte es sich bei ihnen stets um besonders privilegierte private Unternehmen, die nicht für Kunden arbeiteten: so die Kaffinesche Mühle, von der wir unten des Näheren zu reden haben werden; so sicherlich auch die bis ins 17. Jahrhundert in der heutigen mittleren Grabenstrasse bestehende, später in den sog. „grossen Stall“ umgebaute, vom Westersbach getriebene kleine Mühle, an die noch im 18. Jh. an der genannten Stelle der Flurname „im Weier“ erinnerte, der zweifellos den zu dem Mühlchen gehörigen Mühlenteich bezeichnete. Obgleich urkundliche Nachrichten über diese Mühle fehlen, so liegt doch die Vermutung nahe, dass sie im Interesse der (beiden?) Verwalter der herrschaftlichen Kurhäuser und nur für sie betrieben wurde.

Wenn man es in Ems seit der Zeit, da die Herren- und die Kaffinesche Mühle in einer Hand lagen (s. u.), duldete, dass auch in der privaten Mühle für Kunden gemahlen wurde, so konnte doch noch 1787 der Emser Schultheiß Lotz auf die Beschwerde der Emser Müller hin den Müllern in der Augst das Mahlen für die Untertanen der Vogtei und den Mehlhandel mit ihnen verbieten, wenn ihm das gemeinschaftliche Amt auch nur in dem ersten Punkte recht gab,

da der Mehlhandel frei sei. So blieb den Emser Müllern damals die gefährliche Konkurrenz des Müllers und Kurtrierischen Schultheissen Holli auf dem Bierhaus und seines Schwiegersohnes Christian Müller bestehen, gegen die sich das Verbot in erster Linie gerichtet hatte und die als wohlhabende Leute viel Mehl nach Ems und Dausenau auf Borg liefern konnten, wozu die ärmeren Emser Müller nicht in der Lage waren.

Von alters her war die Emser Herrenmühle wohl „von allen sowohl ordinären als extraordinären, auch Kriegsbeschwerden“ befreit. Jedoch scheint die Gemeinde, trotz der gelegentlichen gegenteiligen Behauptung der Behörde, nicht zu Frondiensten im Interesse der Herrenmühle, wie man sie wohl anderswo zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der Mühlen kannte, verpflichtet gewesen zu sein: Als im August 1748 durch ein heftiges Gewitter die Mühlenteiche zugeschwemmt worden waren, reinigte sie zwar die Gemeinde; und 1755 schöpft sie den Teich „biß an die Wieß oder Schaaßbrück“ gegen Zahlung eines Reichstalers aus; beidemale betonte sie jedoch ausdrücklich, dass die Arbeit freiwillig, des allgemeinen Nutzens wegen und nicht in der Fron ausgeführt werde. 1791 schöpfte man „dem Herkommen nach“ wie wohl alljährlich im Herbste den Mühlenteich aus, wobei der Müller die Verbindlichkeit hatte, der Gemeinde 1 Rtlr. „für Brandewein“ zu geben und ihn dem Bürgermeister auszuliefern; 1789 hatte man dafür 2½ Mass erhalten. Um einen eigentlichen Frondienst scheint es sich auch hier nicht gehandelt zu haben.

Nachdem wir nun die Rechtslage der Emser Herrenmühle kennen gelernt haben, wenden wir uns zur Erörterung ihrer Schicksale seit der Mitte des 16. Jahrhunderts.

Im Oktober 1541 klagten die Bürger und Gemeinde von „Eymptz“: dass sie vor einer Zeit einen Müller bei sich gehabt, mit dem sie wohl zufrieden gewesen seien; nun hätten die Keller von Nassau und Braubach diesen Müller abgesetzt und „einem Fremdling vs der Euffeln“ (Eifel) die Mühle übertragen, „der sich mit seinem Malen vbell angestalt“ habe; „der ist nuw by Nacht vnd Nebell entgangen, haben keinen Molner gehait, wirt zu Sanct Peters Tagk ein Jar“. Nun liege die Mühle verwahrlost, „kan sich niemants darvff behelffen“, wenn aber mit dem Winter Frost einfalle und das Mahlen aufhöre, müssten sie alle elend werden; „dan warlich: die Zeit wir keinen Molner gehait, wann einer sein Korn hatt, most daß ane frembde Ort foren vnd darvon zu dem Molter dem Molner sein Belonung geben mit großer Bitt“.

Der von den Kellern zu Nassau und Braubach, wohl weil er den jährlichen Zins nicht erlegen konnte, vertriebene Müller scheint der „Henrich Gelenfelt wohnhaft zw Kadenbach“ gewesen zu sein, der am 22. Febr. 1541 mit Gela, seiner ehelichen Hausfrau, bekennt, dass er den Kellern schuldig sei „tzwentzich vnd vier Malter Korns Nassawer Maß versessens Zinß vnd Paichtes von der Moiln zu Eymptz, nemlich von anderthalben Jar,“ für deren Bezahlung seine Güter in Kadenbach Sicherheit geben sollen.

1573 wurde die Mühle dem hessischen Vogt in Ems Enderß Treysß und seiner Hausfrau Margarete übertragen, unter der Bedingung, dass er jährlich auf Martini 6 Mltr. Korn Nass. Masses an jeden der Keller liefere; gleichzeitig wurde ihm die Erlaubnis erteilt, noch einen zweiten Gang in der Mühle anzu-

legen. Nach dem Tod des Vogts verlehnte man 1586 die Mühle auf 10 Jahre an seine Witwe („deß ernhaften weilandt Andreaßen Dreßen gewesenen Schultheißen zw Rennß sel. hinterlaßene Withwe Margretha oder ihrerechttten Erben“), und zwar unter den gleichen Bedingungen. Der zweite Mahlgang war damals noch nicht gebaut.

Wahrscheinlich wurde dann schon am Ende des 16. Jahrhunderts die Mühle dem nassauischen Vogt in Ems Hermann Lohr (Löhr, Leher) in Pacht gegeben, der sie einem Afterpächter überliess. Jedenfalls sagen 1648 „Veit Pristers sel. Erben in der Grafschaft Holzapfel“ aus, „daß ihr gewesener Stiefbruder von ihrer Mutter her, Herman Löhr von Embs sehl. /: welchen sie geerbt haben vnd dessen Vatter vnnnd Altvatter, auch alle beide Hermann genand, Gräfl. Nassawische Vögte zu Embs gewesen seindt⁵⁾:/ in Embs auch eine Mühl gehabt“, die alle Jahr 18 Mltr. Korn zu Pacht gegeben, deren 6 Hessen, 6 Nassau und die übrigen 6 den Erben Hermann Lohrs gefallen seien. Während des Krieges sei die Pacht auf die Hälfte herabgesetzt worden, nämlich auf 3 Mltr. für jeden Teil. 1648 fordern nun die Erben Rückstände von dem ihnen zuständigen Anteil.

Sicherlich hat man noch vor Ausbruch des Dreissigjährigen Krieges den Bau des zweiten Ganges vollendet. 1623 waren beide Gänge in leidlichem Zustand, 1629 nur einer. Da aber die Mühle während des Krieges „und sonderlich bey Belagerung der Festung Ehrnbreitstein [1636 ff] ganz ruiniret worden, alß hat selbige eine Zeittlang wüst gelegen, und haben sich die Eygenthumbß Herrn solcher nit mehr angenommen, dahero . . . die Mühl [aufs neue] verlehnt worden.“⁶⁾ Doch beschränkte man sich bei der Wiederherstellung der Mühle darauf, nur einen Gang wieder in Stand zu setzen, wahrscheinlich weil mit diesem einen die durch den Krieg und die Pest decimierte Bevölkerung der Vogtei vollauf zufrieden gestellt werden konnte.

Jedenfalls stand die Emser Herrenmühle von 1636 bis 39 völlig still; sie teilte dieses Schicksal mit den meisten im Amte Nassau gelegenen Mühlen: auch die in Geisig, Kördorf, Bettendorf, Sulzbach, Rettert und Ruppach feierten in jenen Jahren und lieferten keine Abgaben an die Kellerei; nur die Mühlen in Dausenau und Scheuern scheinen damals im Betrieb gewesen zu sein. Erst seit 1640 gab die Emser Mühle wieder Pacht an die Landesherren, zunächst aber nur 2½ Mltr. (= 2 Mltr. 6 Simmer) Korn auf jedes Halbscheid, seit 1644 lieferte der Müller jährl. je 3, seit 1646: 4 Mltr., seit 1647: 4 Mltr. 6 Simmer.

1641 erheben sich Klagen über den Pächter der Herrenmühle: er vernachlässige die Mühle, verhalte sich ungebührlich, so dass niemand bei ihm mahlen lassen wolle. Nun lebte damals im Dorf Ems der Sohn des hessischen Vogtes Otto Hausmann, der Leutnant Hans Jörg Hausmann, der 1640 abermals in der Fremde Kriegsdienste zu nehmen gedachte. Er war vielleicht derselbe „Johannes Georgius Hausman Embsensis“, dem wir 1621 als Studenten in Herborn begegneten⁷⁾ In der Absicht, den wertvollen Untertan in der leute-

⁵⁾ 1602 finden wir einen Hermannus Loeber Emsanus als Studenten auf der Hohen Schule zu Herborn (Zedler-Sommer, Die Matrikel der hohen Schule zu Herborn. Wiesb. 1908. Nr. 908. S. 36); statt Loeber ist wohl Loeher zu lesen.

⁶⁾ A. Henche, a. a. O. S. 230.

⁷⁾ s. Zedler-Sommer a. a. O. S. 277 Nr. 2945. Ueber die Familie Hausmann s. A. Bach, Hexenprozesse in der Vogtei Ems. Ems 1923. S. 77 Anm. 57. Hans Georg Hausmann war in den 1640er und 50er Jahren hessischer Vogt in Ems.

armen Zeit dem Lande zu erhalten, gewährt ihm Hessen alsbald auf 3 Jahre die Freiheit von der Herrschaftsfron; die gemeine oder Dorffron solle er durch sein Gesinde verrichten lassen. 1641 zeigte sich dann „der Leutenandt, des Vogts Sohn Haß Georg, in Willentz gedachter Mühl zu Embs sich ahnzunehmen vndt was darinnen mangelhaft ist nicht allein zu repariren . . . sondern auch daß Mahlwerk durch einen darzu in Sonderheidt bestelten ehrlichen Man alß bestellen zu lassen, daß einige Clage von den Underthanen nicht mehr solle vernommen werden“. Da auch der nassauische Vogt Gottfried Arcularius dem Plane des Leutnants günstig gesinnt war, erhielt er die Mühle, für die er jährlich jeder Herrschaft 6 Malter Korn zu liefern hatte. Doch hatte er die Mühle kaum drei Jahre, da erfuhr er von seinem Schwager, dem nassauischen Vogte (seine Ehefrau Anna Magdalena war eine geborene Arcularius), dass der hessische Keller in Braubach unbegreiflicher Weise die Mühle einem Manne aus Rhens übertragen wolle, und geriet darüber nicht wenig in den Harnisch, da er inzwischen die Mühle, die ohne Dach und Fach dagestanden, wieder in Bau gebracht und mit schweren Kosten einen neuen Wellbaum und ein Kammrads hatte machen lassen. Er erbietet sich künftig je 8 Malter Korn auf Martini geben zu wollen, wenn man ihm die Mühle lasse. Trotzdem aber erhielt der Müller Simon Winther von Rhens im Jahre 1646 die Pachtung auf 4 Jahre gegen 9 Malter „gutes, reines, trückerne Kornß Embßer Maaß“ jährlich. 1654 wurde dem Winther die Mühle dann auf 6 Jahre übertragen, und zwar gegen 10 Malter Korn, u. a. mit der Bedingung, „niemanden vber gebührlicher Molter zu beschweren“. Erst 1666 gab Simon Winther die Emser Herrenmühle auf, um nach „Mühlen“ (Miellen a. d. Lahn) zu ziehen, wo er eine andere Mühle zu eigen hatte. Sein Nachfolger wurde der Müller Heinrich Berfordt (aus Nastätten?), dem man die bereits wieder baufällige Mühle auf 6 Jahre (gegen 10 Malter Korn jährlich, 5 für jeden Landesherrn) zusprach.

1688 erhielt der hessische Vogt Joh. Nic. Hermann und seine Frau Anna Magdalena verw. Archenholz die Herrenmühle in Erbleihe; dabei übernahm der Vogt neben den üblichen Verpflichtungen (die Mühle in gutem Stand zu halten, sie mit einem tüchtigen Müller zu versehen, „die Mahlgäste mit Neuerungen nicht zu beschweren sondern bey herkommenem Molter, $\frac{1}{2}$ Achtel vom Nass. Mltr. zu bleiben, die Armen vor den Reichen und Schenkenden nicht zurückzusetzen“ usw.) auch die: die Mühle auf eigene Kosten neu von Grund aus zu erbauen. Dieser Verpflichtung ist er denn alsbald nachgekommen, wobei er sie jedoch „von demjenigen Platz, worauf die vorige alte Herrn-Mühle gestanden, weggerückt und auf einem andern schicklichern, ihm vorhin eigenthümlich gehörig geweßenen Platz erbaute, worgegen der vorige Platz als eigen von ihm zurückbehalten worden“. Als Vergünstigung gestand man dem Vogt hierbei zu, dass ihm für die ersten beiden Jahre seiner Leihe die landesherrlichen Abgaben von je 6 Malter Korn erlassen werden sollten.

1692 beklagte sich die Gemeinde, da — wie es scheint — das Bannrecht der Herrenmühle in Vergessenheit geraten war, darüber, dass Hermann die Gemeinde zwingen wolle, in seiner Mühle mahlen zu lassen „vndt vndersteht sich auch derselben Müller, da ein Vnderthan in einer andern Mühl mahlen willens,

demselben auff der Gassen den Molter aus dem Sack zu nehmen, mit diesen Worthen: Wan er den Molter hette, mögte er hernacher mahlen, wo er wollte“. Die Behörden haben dieses Verfahren in der Folge verworfen.

Der Neubau des Vogts Hermann an der Stelle, wo heute die Herbelsche Mühle steht, war ein massives, zweistöckiges, schiefergedecktes Haus, zu dem ein Rindvieh-, ein Schweinestall und ein gemauerter Eiskeller gehörten. Die neue Mühle hatte 3 Gänge; Hermann verpachtete sie an einen Müller unter der Bedingung: jährlich die 12 Malter Korn an die landesherrlichen Aemter nach Nassau und Braubach zu tragen, ihm selbst jährlich 12 Malter Korn, 1 Malter Weissmehl, 3 Malter Kleie (Nassauer oder Bopparder Masses) zu liefern, ihm jährlich 4 fl. Zins für eine bei der Mühle liegende Wiese zu zahlen, sowie alle „von ihm im Haushalt verbrauchten Früchte“ kostenlos zu mahlen. Als Müller der Herrenmühle erscheint 1711: Peter Bretz, 1748: Jac. Hastendeufel, dessen Vorfahren seit langem hier die Müllerei betrieben zu haben scheinen; seit 1750 Meister Georg Philipp Schäfer aus Berzhahn, dessen Frau Maria Margareta aus Wilmenrod stammte.

1736 hatte die Herrenmühle an 130 gebannte Mahlgäste, von denen man jeden auf 15 fl. jährlich anschlug. Als lange nach des Vogtes Tod auch seine Witwe (1724 oder 25) gestorben war und sein Amtsnachfolger und Stiefsohn Frdr. Ludw. Archenholz die Mühle nicht übernehmen wollte oder konnte, boten die „Archenholzischen und Hermännischen Erben“ die Mühle den Landesherren zum Kaufe an. Diese zeigten sich auch 1736 geneigt, die Herrenmühle samt der dazugehörigen Oelmühle und der alten Kaffineschen Mühle, die in den Besitz des Vogtes übergegangen war, zu erwerben, doch zerschlugen sich die Verhandlungen zunächst, bis sie in den 50er Jahren wieder aufgenommen wurden: 1754 erkaufen die Landesherren für je 1700 fl. je ein Halbschied der Erbleihmühle „wie solche dermahlen im Bau und lauffenden Geschirr, auch nebst der in der Vogtey Ems und in dem Dorf Kemmenau hergebrachten Banngerechtigkeit samt darbey befindlichem Scheelgang, eigentümlichem Backhauß, Stallungen und Schoppen . . ., die darbey befindliche Ohlenmühle und überhaupt alles Gebäue und Mülhgerätschaften“, sowie die dazugehörigen oder seither mit der Mühle verpachteten eigentümlichen Grundstücke (1800:1 Morgen 173 Ruten, 9 $\frac{1}{2}$ Schub). Die alte Kaffinesche Mühle war in diesen Verkauf nicht eingeschlossen. Allerdings fanden es Hessen und Nassau bereits 4 Jahre später für gut, die Herrenmühle und alles, was sie von den Hermann-Archenholzischen Erben erworben hatten, um 38.00 fl. an die Gemeinde Ems weiter zu veräußern, mit der Bedingung, dass diese die 12 Malter Korn jährlich nach Nassau und Braubach entrichte, sowie dass sie alle 15 Jahre die Erneuerung der Leihe erbitten und dafür pro laudemio 2 $\times$ 20 fl. bezahlen solle. Mitte der 1760er Jahre wurde im Verkaufsbrief noch die Klausel zugefügt, dass die erkaufte Oelmühle niemals in eine Mahlmühle verwandelt werden dürfe.

Die Gemeinde liess die Mühle, die 1777 durch den Mühlenmeister Konrad Berg aus Winden gründlich repariert werden musste, durch einen Müller betreiben (1756: Ludwig Müller; 1760 und 1770: Henrich Balthes [auch Balzer, Balthasar genannt]; 1774: Philipp Seck; 1787: Peter Buchholtz; 1799: Aug. Korn); dieser hatte (1770) jährlich der Gemeinde zu liefern: „1. 12 Malter Korn,

bezahlt solche nach dem accordierten Preis à 16 fl. 18 Petm. mit 198 fl. [1781 bezahlte der Müller für das Malter nur 6 fl. 20 Petm, also zusammen 80 fl.]. 2. vor 1 Malter Weissmehl — 9 fl., 3. vor 3 Malter Kleien — 4 fl., 4. anstatt des freyen Mahlens und Befreyung des Molters des vorigen Verpachters — 2 fl., 5. Pacht vor die Ohligmühle — 18 fl., 6. vor 8 Maaß Ohlig — 4 fl., 7. anstatt des freyen Ohlenschlagens, so die vorigen Verpachter außbedungen — 1 fl., 8. an Laudemialgeld jährlich 2 fl. 20 alb, 9. von einer Wieß, auf der alten Mühl, an Zinß — 4 fl., 10. von einer Schlüsselwies, die alte Mühl genannt, an Zinß — 24 fl. [!], 11. vor einen Acker auf der Hühnerweyd an Zinß — 2 fl. 10 alb. — Sa. 269 fl⁴. — 1760 zahlte der Müller alles in allem 179 fl.; 1761 — 191 fl.; 1765 — 145 fl.; 1781 — 147 fl.; 1799 — 236 fl. Die Abgaben waren also im Wesentlichen dieselben, die schon der Hermannsche Müller entrichtet hatte und die auch von den Landesherren während der kurzen Zeit, in der sie die Mühle besaßen, erhoben worden waren.

Als die Gemeinde dann am Ende des Jahrhunderts durch die Kriege der 1790er Jahre tief in Schulden geraten war, suchte sie — einerseits weil ihr die vielen Reparaturkosten für die Mühle lästig waren, andererseits um zu barem Gelde zu kommen — bei den Landesherren um die Erlaubnis nach, die Mühle „besseren Nutzens wegen“ verkaufen zu dürfen. Dies wurde ihr denn auch im Jahr 1804 gestattet; ihre Bitte, „die auf der Mühle liegende jährliche Erbpacht zu 12 Malter Korn in einen leidlichen beständigen Kanon in Geld“ zu verwandeln, wurde jedoch damals abgeschlagen.

Ueber die Geschichte der alten Herrenmühle im 19. Jahrhundert ist mir aus den Wiesbadener Akten nichts bekannt geworden.

Wahrscheinlich wurde auch in Ems wie im übrigen Nassau das Bannrecht und der Erbleihnexus erst 1868 und 69 in der preussischen Zeit beseitigt. 1841 nahm der Müller Kurtenacker die Banngerechtsame noch für seine Mühle in Anspruch.

III.

Wenn die Landesherren im Laufe des 17. Jahrhunderts gestatteten, dass neben der alten Herrenmühle in Ems eine zweite Mahlmühle errichtet wurde, so geschah dies mit der ausdrücklichen Beschränkung, dass der Inhaber der neuen Mühle nur die von ihm selbst im Haushalt und Gewerbe benötigten Früchte vermahlen und niemals für andere arbeiten solle. Allerdings hat man in einer Zeit, da die beiden Emser Mühlen in einer Hand vereinigt waren, von dieser Forderung Abstand genommen. War dies auch zunächst nur für die Zeit des ungetheilten Besitzes beider Mühlen gedacht, so scheint man doch auch dem neuen Besitzer der Privatmühle sein Handwerk nicht beschränkt zu haben. Allerdings sind die Befugnisse der privaten Mühle in späterer Zeit nicht völlig klar; von einer ausdrücklichen Aufhebung des bei der Herrenmühle stehenden Mühlenbannes ist in den Akten jedenfalls nicht die Rede.

1657 erfahren wir, dass der Bäcker Carlle Govine, ein Welscher, der im Dreissigjährigen Krieg in Ems ansässig geworden war,⁸⁾ daselbst eine ge-

⁸⁾ Karl Govine ist den Kennern der Emser Ortsgeschichte bereits als Mitglied des Ausschusses zur Verfolgung der Hexen von 1629 bekannt, s. A. Bach, Hexenprozesse in der Vogtei Ems, S. 26. Sein Name ist wohl identisch mit dem verbreiteten französischen Familiennamen Govinet oder Goffinet

ringe Oligmühle habe und für den Wassergang jährlich an jeden Landesherrn 3 alb, Zins entrichte. Damals hatte er den Plan, neben der Oehlmühle auch eine „geringe Mahlmühle“ anzurichten, natürlich „ohne einigen Abbruch der hiesigen . . . Herrschaftl. Mühl ahn deren Wassergang oder auch einiger Bürgern alhier, es were dann vnverhoften Fals.“ Tatsächlich gestattete man „Carlle dem Becker zu Embß“ bald danach, seinen Plan zu verwirklichen, unter der Bedingung, dass er ausser den Abgaben für seine Oelmühle noch 1 Kopfstück Wasserzins zahle, jedem Landesherrn zu Martini 1 Malter Korn, Nassauer Masses als Pacht liefere und keine andern Früchte mahle, als die er in seinem Haushalt, seiner Bäckerei und Brauerei verarbeite, es sei denn, dass die Herrenmühle stille stehe. Während man im 18. Jahrhundert die alte Erbleihmühle als die Archenholzische, die Herren- oder die Ober- (oberste) Mühle bezeichnete, hiess die hier in Frage stehende alte Kaffinesche Mühle gemeinhin die „unterste oder Brückenmühle“, weil sie an der Brücke über den Emsbach dort, wo sich heute die Römer- und die Coblenzerstrasse scheiden, gelegen war.

Auch die „Caphinesche Mühle“ ging später in den Besitz des Vogtes Hermann über, den wir schon als Inhaber der Herrenmühle kennen gelernt haben; ihm waren von den Landesherrn dieselben Bedingungen gestellt worden, unter denen man einst Carle Govine die Mühle verlehnt hatte. Da er sich jedoch hieran nicht hielt, sondern auch für Fremde darin mahlen liess und dies auch fernerhin zu tun gedachte, musste er 1710 „ratione praeteriti überhaupt 20 Malter Korn, pro futuro alle Jahr 8 Malter Korn in toto an Pfacht entrichten“. Doch bestimmte man damals, dass, falls eine dritte Mühle in der Vogtei errichtet werden sollte, Hermann auf seine ersten Bedingungen wieder zurückgesetzt werden müsse.

Als die Kaffinesche Mühle dann bei dem grossen Dorf-Brand vom Jahre 1720⁹⁾ samt der Oelmühle und den Scheuern völlig eingeäschert worden war, liess die Vögtin Hermann oder deren Erben bald danach an derselben Stelle, die ihr samt einem dazu gehörigen Platz und einem Gärtchen eigentümlich zustand, einen Neubau errichten. Der Müller hatte 1736 die landesherrlichen Abgaben von jährlich 10 alb. für den Schälgang zu entrichten, sowie den Hermannschen Erben 8 Malter Korn und $\frac{1}{2}$ Malter Weissmehl zu liefern und ihnen zu mahlen, was sie für den Haushalt bedurften. 1736 wurde der Wert dieser Mühle auf 800 fl. geschätzt.

Während die Landesherrn 1736 auch die alte Kaffinesche Mühle von den Archenholtzischen und Hermännischen Erben zu erwerben gedachten, war sie in den Verkauf von 1754 (s. o.) nicht eingeschlossen. Sie scheint schon vorher an einen Privaten veräussert worden zu sein. 1748 wurde sie von dem Müller Joh. Clos betrieben, 1772 von der dem Branntwein ergebenden Müllerswitwe Gieschin, 1787 von einer Witwe Blum; 1804 war sie im Besitz von Daniel Blaus Erben. Sie hat bis ins 19. Jahrhundert, bestanden. 1841 hatte sie Theodor Lindscheids Witwe in Besitz, 1846 Friedrich Schuhmacher.

⁹⁾ Beiträge zur Geschichte der Stadt Bad Ems. Herausgegeben von A. Bach. Ems 1925. S. 86 ff.

IV.

Neben der Vermahlung des Getreides wurde die Wasserkraft auch zu anderen gewerblichen Zwecken ausgenutzt. Nach den Braubacher Kellereirechnungen von 1581 gab „der Loher zu Embs von der Lohmühle“ jährl. 6 alb. an Zins; nach der Nassauer Kellereirechnung von 1594 hatte Stoffel Loher „daßelb ein Lohemuhl gebawt; gibt beiden hern 12 alb, thut zum halben theil vj alb.“ Diese Lohmühle war jedoch nach den Nassauer Rechnungen bereits 1618 eingegangen; über ihre Lage weiss ich so wenig zu sagen, wie über die der Schleif-[Schneid-?]mühle, die die Kellereirechnungen 1618 erwähnen und die ebenfalls im ganzen 12 alb. jährlich an Wasserzins zu entrichten hatte. 1629 gehörte sie Konrad Schneider.

Offen lasse ich überdies die Frage, ob Loh- und Schleifmühle nicht etwa gleichzusetzen sind; denn wenn sie in den Nassauer Amtsrechnungen 1618 auch getrennt aufgeführt werden, so lesen wir doch in der Braubacher Kellereirechnung von 1637: „6 alb. Conrad Schmidt zue Embß von der Lohe oder Schleiffmühle“; 1643 war diese Mühle „verfallen vnnd in Abganh kommen“, weshalb kein Zins mehr von ihr in Braubach vereinnahmt wird.

Nach einer Notiz vom Jahre 1712: „vorm Mühlberg unten gegen die Bohrmühle“ gab es in Ems auch eine solche. Sie stand beim Distrikt „auf der alten Mühle“ auf der Pfingstwiese. Es liegt die Vermutung nahe, dass diese mit der ebengenannten Schleifmühle und vielleicht weiterhin mit der Lohmühle identisch war.

Zu Anfang des 18. Jahrhunderts bestanden in Ems schliesslich auch einige Oelmühlen.

Bereits in der Nassauer Kellereirechnung vom Jahre 1594 lesen wir: „Item Hessen Siemon daßelb ein Ollech Mull gebawt, gibt beiden herren 6 alb, thut zum halben theil — iij alb.“ Allem Anscheine nach ist diese Mühle, nachdem sie in den Stürmen des grossen Krieges dem Untergange nahegekommen war, im Laufe des 17. Jahrhunderts in den Besitz des Carle Govine übergegangen, den wir oben als Oelmüller kennen gelernt haben. Sie stand wohl an der Stelle der späteren Kaffineschen Mühle (s. o.). Während Carle Govine noch wie Hessen Siemon, der Erbauer, zweimal 3 alb. Wasserzins zu erlegen hatte, gaben Daniel Blaus Erben 1804 je 5 alb. an jeden Landesherrn.

1671 erfahren wir, dass Bartholomäus Caffine (Carls Sohn) die Absicht hatte, oberhalb der „gemeinen Mahlmühle“, also der Herrenmühle, wo er einen passenden Platz ertauscht hatte, eine neue Oelmühle anzulegen, für die er denselben Zins geben wollte wie sein Vater für die seine, nämlich 3 alb an jeden Landesherrn. Tatsächlich hat er diesen Plan ausführen können. Um 1700 zahlte er jährlich 5 alb. Wasserzins auf jedes herrschaftliche Halbscheid.

Noch im Laufe des 17. Jhs. kaufte (von B. Caffine?) oder errichtete auch der Vogt Hermann in der Nähe der Herrenmühle eine Oelmühle, für die er 5 alb. (und 1 Malter Korn?) Abgaben zahlte; zu Anfang des 18. Jahrhunderts war Frdr. Schmitt Beständer dieser Oelmühle. Von Hermanns Erben ist sie dann mit der Herrenmühle an die Landesherrn, von diesen an die Gemeinde Ems und schliesslich in Privatbesitz übergegangen. 1736 taxierte man sie auf 300 fl.

Damals war sie gut im Stand und brachte den Hermannschen Erben, die sie verpachtet hatten, jährlich 18 fl. an Geld (wovon 10 alb. „vor den Wasserfall“ abgingen) und 8 Mass Oel ein; neben diesen Abgaben hatte der Müller die Pflicht, für die Erben auf Verlangen Oel zu schlagen und ihnen die Kuchen zurückzugeben. — Ob diese Oelmühle mit der von Barthel Caffine errichteten gleichzusetzen ist, liess sich nicht ermitteln.

Eine weitere Oelmühle war 1689 (oder kurz danach) von Johannes Ambrosius „auf der gemeinschaftl. Emser Bach“ erbaut worden und lieferte den Landesherren alljährlich je 7½ Frankfurter Albus Pacht. 1804 gehörte sie Peter Eichholzs Witwe in Ems, 1841 Nicolaus Eichholzs Witwe, 1846 Ferdinand Eichholz. An ihrer Stelle stand, wie es scheint, die spätere Arltsche Holzschneiderei in der Wipch.

Oberhalb dieser Mühle hatten 1832 die Brüder Bär (Bernhard) und Abraham Bernstein, die das Gerberhandwerk betrieben, eine Knochen- und Lohmühle angelegt, und zwar mit Einwilligung des Oelmüllers Eichholz, der ihnen seinen „Nachtswasserlauf“ verkauft hatte.

1843 beabsichtigte Phil. Christ. Zimmerschied zu Ems „in Dorf Ems längs der Bach“ ein Oeconomiegebäude aufzuführen, in dem er eine Brauerei und Brennerei zu betreiben gedachte, weshalb er gleichzeitig, und zwar ausschliesslich für die Zwecke seiner Brauerei und Brennerei eine Schrotmühle einbauen wollte. Wurde ihm dieser Plan zunächst durch den Einspruch der anliegenden Müller (Eichholz und Lindscheid) vereitelt, so hatte er mehr Erfolg, nachdem er 1846 die Bernsteinsche Lohmühle für 1300 fl. erworben hatte. Trotz des Einspruchs der anliegenden Müller erhielt er damals die Erlaubnis, die Lohmühle in eine Mahlmühle umzuwandeln.

Im 19. Jahrhundert hat schliesslich die Emser Hüttengewerkschaft oberhalb des Hoffnungsstollens eine Mühle, die sog. Kreuzmühle, angelegt, die 1851 der Müller Jac. Bruchhäuser betrieb, über deren Geschichte mir jedoch nichts bekannt geworden ist. — Eine Reihe von Plänen über die Errichtung neuer Mahl- und Oelmühlen am Emsbach, die der nassauischen Regierung im 19. Jahrhundert vorgelegen haben, sind nicht zur Ausführung gekommen.

Alle diese kleinen Unternehmen, die auf die Bedürfnisse einer wirtschaftlich gebundenen Zeit und einer Landwirtschaft treibenden Bevölkerung zugeschnitten waren, haben die Umwälzungen des 19. Jahrhunderts in Wirtschaft und Verkehr nicht überlebt.

Dorlar und die Herren von Merenberg in legendarer Ueberlieferung.

Von

Karl Hermann May.

Die früheste Urkunde, die von Beziehungen der Herren von Merenberg zu Dorlar redet, ist vom 18. Mai 1297.¹⁾ Damals übertrug Eberhard von Merenberg, Domherr zu Speyer, die Kirche zu Dorlar unter bestimmten Bedingungen an Gertrud, die Witwe seines Bruders Hartrad und deren Sohn, den Wetzlarer Propst Hartrad, die von ihren Einkünften ein Nonnenkloster errichten wollten.²⁾ Diese urkundliche Ueberlieferung erhält eine wünschenswerte Ergänzung durch zwei mittelalterliche Legenden, die Beziehungen der Herren von Merenberg zu Dorlar schon für das zwölfte Jahrhundert nachweisen.

I.³⁾

Eine der erwähnten Legenden verdanken wir Cäsarius von Heisterbach.⁴⁾ Um 1170 in Köln geboren, trat er Ende 1198 oder Anfang 1199 in genanntes Cisterzienser Kloster ein. Seine Tüchtigkeit befähigte ihn späterhin zum Prior und Novizenmeister. In grossem Ansehen stand er bei seinen Aebten, die er auf mehreren Visitationsreisen begleiten durfte. Am 25. September eines der dreissiger Jahre des dreizehnten Jahrhunderts starb Cäsarius.

Von der reichen literarischen Tätigkeit des gelehrten Mönchs interessiert uns hier nur das Werk, dem wir unsere Legende entnehmen. Es ist der „Dialogus miraculorum“⁵⁾ oder, wie wir am besten sinngemäss übersetzen, „Wunder in Zwiegesprächen“. Die redenden Personen sind der belehrende Mönch — wir erkennen in ihm den Novizenmeister Cäsarius — und der lernende neu-eingetretene Klosterbruder, der Novize. Jener erzählt das Wunder, dieser hat die Nutzenanwendung zu ziehen, die von dem belehrenden Mönch nochmals ergänzend formuliert wird. — Das Werk des Cäsarius zerfällt in zwölf grössere Abschnitte, die von der Bekehrung, der Reue, der Beichte, ferner von der Versuchung, den bösen Geistern, der Einfalt, weiterhin von der heiligen Maria, verschiedenen Erscheinungen, dem Leib Christi, von Wundern, Sterbenden und schliesslich von dem Lohn der Toten handeln. — Unsere Legende entnehmen

¹⁾ Wiese, Urkundenbuch der Stadt Wetzlar, I, S. 196, Nr. 429.

²⁾ Wenn in einer Urkunde vom 28. Dezember 1224, in der Hartrad von Merenberg mit Einwilligung seiner Frau und seiner Söhne dem Kloster Hachborn drei Eigenleute überweist (Wenck, Hess. Landesgesch. II, Ub. S. 144, Nr. 105), ein Sibodo de Dorlar die Zeugenreihe beschliesst, dürfte man daraus allein keinen sicheren Schluss auf enge Beziehungen der Merenberger zu Dorlar und seiner Kirche folgern.

³⁾ Das unter diesem Abschnitt Folgende ist schon zum Teil in „Land und Leute im Oberlahnkreis“ III, Nr. 1, S. 1/2 veröffentlicht worden.

⁴⁾ Ueber ihn s. Kaufmann, Alexander, Cäsarius von Heisterbach. Köln 1850.

⁵⁾ Herausgegeben von Joseph Strange, Köln, Bonn und Brüssel 1851.

wir dem fünften Kapitel des siebten Abschnitts, der von der heiligen Maria handelt; in deutscher Uebersetzung lautet sie etwa folgendermassen:

„Eine ähnliche⁶⁾ Geschichte von einem Priester in Dorlar, der dumm war und abgesetzt wurde und dem auf Befehl der heiligen Maria seine Kirche wiedergegeben wurde.

Ein Stiftsgeistlicher Sankt Gereons in Köln, Harderadus mit Namen, ein Edler aus dem Geschlecht derer von Merenberg, war Pfarrer einer Kirche an der Lahn mit Namen Dorlar. Da er verschwenderisch war und viel verbrauchte, genühten ihm seine jährlichen Einkünfte nicht. So sann er darauf, wie er von dem Vikar seiner Kirche, der, wie er glaubte, viel Geld habe, etwas abzwacken könnte. Und da er den Vikar als gar ungebildeten Menschen kannte, ging er, nachdem sich der Priester vorbereitet hatte, in Begleitung des Limburger Dekans gerade an dem Sonntag nach Epiphania, dessen Liturgie besonders schwierig ist, in die Kirche, so als ob er die Messe hören wolle. Der Vikar erschrak, als er solche Herren sah. Als er trotzdem die Confessio gesprochen hatte, begann er, da er die Liturgie des Tages nicht kannte, mit dem Introitus der heiligen Maria, der „vultum tuum deprecabantur“ anhebt. Da Harderad den Vikar aus dem Konzept bringen wollte, begann er auf Grund seiner Pfarrbefugnis mit der Liturgie des Tages, deren erste Worte „in excelso throno“ lauten. Als ihm so der Pfarrer dazwischen redete, ging der Vikar verwirrt davon. Nach Beendigung der Messe fährt Harderad ihn hart genug an und sagt: „Was für eine Messe hast Du heute gelesen?“ Antwortet ihm der Vikar: „Die Messe unserer Herrin; war sie nicht gut?“ Da aber entgegnete ihm Harderad: „Du wirst überhaupt nie mehr in meiner Kirche eine Messe lesen“. So kam der Vikar um seine Stelle und ein anderer Priester wurde angenommen. Als nun der Vertriebene in Armut und Not geriet, erbarmte sich seiner die Mutter des Mitleids: Eines Nachts nach gesprochener Matutin erschien sie dem Harderad ganz allein in der Kirche Sankt Gereons und fuhr ihn ziemlich hart an: „Wie kommst Du dazu, meinen Priester zu vertreiben und lässt Dich bis heute von Deinem Geiz beherrschen? Wenn Du den Vikar nicht so schnell wie möglich wieder einsetzt, soll Dein Mund verstummen“. Da fällt Harderad zu ihren Füßen nieder, bittet um Verzeihung und verspricht jegliche Busse. Am frühen Morgen setzt er den Entlassenen durch einen Eilboten wieder ein mit dem besonderen Auftrag, wie es oben vom heiligen Thomas erzählt ist, die Messe der heiligen Maria zu zelebrieren, so oft er wolle und bei ihr für seine Sünden Fürsprache einzulegen. [Die Geschichte ist wahr⁷⁾]; denn bis heute lebt dieser Priester und steht einem Mönchskloster vor, dessen Begründer er selbst ist. Der Novize: Es ist gut, einer solchen Herrin zu dienen, die so ihren Dienern

⁶⁾ Bezieht sich auf die vorhergehende Erzählung. Ihr Inhalt ist kurz folgender: In der Diözese des heiligen Thomas von Canterbury lebte ein dummer Priester, der nur die Messe der heiligen Maria kannte. Als der Erzbischof davon erfuhr, setzte er den Priester ab. Diesem, der in Not geriet, erschien die heilige Maria und forderte ihn auf, unter ihrem Schutz selbst zum Erzbischof zu gehen. Durch ein ihm von Maria verratenes Zeichen gelang es ihm, den heiligen Thomas in so grosse Bestürzung zu versetzen, dass er den entlassenen Priester sofort wieder einsetzte.

⁷⁾ Dieser Satz ist dem Sinne nach ergänzt.

hilft. Der Mönch: Nicht nur die Personen, von denen sie unterdrückt werden, ermahnt sie und rüttelt sie auf, nein auch den Besitz ihrer Gläubigen verteidigt sie machtvoll“.

Der hohe Wert der Cäsariusschen Legendensammlung als Geschichtsquelle lässt sich an unserer Geschichte besonders deutlich machen. Das liegt vor allem daran, dass es sich bei ihr nicht um weit zurückliegende, sondern um zeitgenössische Geschehnisse handelt. Denn der ehemalige Vikar von Dorlar ist Abt eines Klosters, als Cäsarius seine Legende niederschreibt. Dass der Name des Abtes und seines Klosters ungenannt bleiben, kann das Zutrauen zu dem Berichteten nicht zerstören. Vielmehr zeigt sich gerade hierin die Rücksichtnahme des Cäsarius auf den noch lebenden Zeitgenossen. Denn so wird das Verletzende an dem Bericht, dass der weithin bekannte Abt eines neugegründeten Klosters als Vikar so dumm und ungebildet war, dass er abgesetzt wurde, in gewisser Weise gemildert.

Unser Zutrauen zu Cäsarius erhält eine weitere Stütze, wenn wir uns der Person des Hartrad von Merenberg zuwenden. Für die Angabe, dass er Stiftsgeistlicher Sankt Gereons in Köln war, sind wir nämlich nicht nur auf Cäsarius angewiesen. Vielmehr hat uns eine Urkunde Propst Simons von Sankt Gereon vom Jahr 1182⁸⁾ seinen charakteristischen Vornamen aufbewahrt. Ausser Hartrad gehörte gleichzeitig noch ein älterer Bruder Namens Ulrich demselben Kapitel an. Wer die Eltern beider Brüder waren, lässt sich nach dem heutigen Stand der Merenberger Genealogie nicht mit Sicherheit ausmachen. An einem von ca. 1141—1189⁹⁾ auftretenden Hartrad und seine dem Namen nach unbekannte Frau zu denken, empfiehlt sich darum nicht, weil von ihren beiden bekannten Söhnen einer schon den Namen Hartrad führt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit trifft man jedoch das Rechte, wenn man in Hartrads Bruder Giso (1186—1189) den Vater der Brüder Ulrich und Hartrad sieht. Wenn schon Giso wie auch sein Bruder Hartrad seine letzten Lebensjahre in dem auf seine Schenkung zurückgehenden Prämonstratenserklöster Hachborn zugebracht zu haben scheint, so entsagt er doch erst ausdrücklich in der Schenkungsurkunde vom 31. Mai 1186 dem weltlichen Stande. Dass er als Ritter — miles —, wie er noch in der erwähnten Urkunde genannt wird, verheiratet gewesen sei und Kinder gehabt habe, ist eine Annahme, die über eine haltlose Vermutung hinausgehen dürfte; denn das Auftreten der Brüder Ulrich und Hartrad um 1182 erfordert ein Elternpaar, das in der Generation der Brüder Giso (1186—1189) und Hartrad (um 1141—1189) untergebracht werden muss. Wenn aber Hartrad aus oben genanntem Grunde als Vater kaum in Frage kommt, und wenn nichts dafür, aber alles dagegen spricht, in dieser Zeit einen unbekannten Merenberger weltlichen Standes anzusetzen, so bleibt kaum eine andere Möglichkeit übrig, als in Giso den Vater Ulrichs und Hartrads zu sehen. Dass er als der jüngere Bruder seine Söhne Stiftsgeistliche werden liess und später selbst dem weltlichen Stande entsagte, fügte sich unserer Annahme zwanglos ein. Erb- und Lehenrecht, auch

⁸⁾ Joerres, P. Urkundenbuch des Stiftes Sankt Gereon zu Köln, Bonn 1893, S. 31/3. Nr. 23.⁵

⁹⁾ Zur Erläuterung s. die Stammtafel der Herren von Merenberg vom 11. bis 13. Jahrhundert Beilage Nr. 2!

der verhältnismässig geringe Umfang des Besitzes vertrugen keine Teilungen oder das Verbleiben mehrerer Glieder der Familie im weltlichen Stand. Ueber Ulrich fehlen weitere Nachrichten. Hartrad war nach unserer Legende im Besitz der Pfarrei Dorlar. Vielleicht begegnet er uns noch einmal in einer Urkunde vom 3. April 1215. Damals bestätigte Erzbischof Siegfried II. von Mainz eine gemeinsame Schenkung der inzwischen gestorbenen Brüder Hartrad und Giso an das Kloster Hachborn. Zeugen an zweiter und dritter Stelle sind Hartrads Sohn und Enkel, Hartrad der Aeltere (1186–1215) und Hartrad der Jüngere (1194–1233). An erster Stelle steht ein Hartrad, Pfarrer in Siegen. Ihn als Merenberger anzusprechen, dazu veranlasst sein Vorname und seine Stellung an der Spitze der Zeugenreihe. Seine genealogische Unterbringung ist schwierig, wenn man ihn nicht mit dem Hartrad unserer Legende gleichsetzen will. So wäre jedenfalls sein Auftreten an betonter Stelle der Zeugenreihe sinnvoll. Er wäre als Sohn Gisos in erster Linie befugt gewesen, eine Schenkung seines Vaters zu bezeugen.

Wichtiger noch als dieser genealogische Ertrag ist das Licht, das unsere Legende auf die Beziehungen der Herrn von Merenberg zu Dorlar wirft. Um 1182 — so können wir jetzt zeitlich genauer sagen — war also ein Glied der Familie Pfarrer zu Dorlar. Hält man diese Tatsache zusammen mit der andern, dass etwa hundert Jahre später Eberhard von Merenberg im Besitze der Dorlarer Pfarrkirche war¹⁰⁾, und bedenkt man weiter, dass in Dorlar Merenbergischer Grundbesitz nachzuweisen ist,¹¹⁾ dann wird man die Vermutung aussprechen dürfen, dass der Ursprung der Pfarrei Dorlar in einer Merenbergischen Eigenkirche zu suchen ist.

II.

Die zweite Legende, die Beziehungen der Herren von Merenberg zu Dorlar schon fürs 12. Jahrhundert bezeugt, findet sich in den „Miracula sancti Mathiae“ (Wunder des heiligen Mathias). Sie sind uns in einer Handschrift des dreizehnten Jahrhunderts überliefert, die im Besitz der Trierer Stadtbibliothek¹²⁾ ist. Die Legendensammlung entstand im Mathiaskloster in Trier, das als Inhaber der Grundherrschaft Villmar das Interesse der Nassauischen Geschichtsforschung beansprucht. So enthalten denn auch die Miracula eine Legende über Villmar¹³⁾, deren historischer Kern zeitlich in dem ausgehenden elften Jahrhundert fixiert werden muss. Aber ausser dieser Legende macht auch die folgende jene Sammlung der Trierer Mönche zu einer wertvollen Quelle heimatlicher Geschichte.

„Von einem Krieger, der eine Scheune des seligen Apostels in Brand steckte und mit einem bösen Tod endete.“¹⁴⁾

Ein Herr der Burg Merenberg namens Hardrad wurde einmal von seinen Feinden bekriegt. Sie schwärmten aus und vernichteten, so gut sie es konnten,

¹⁰⁾ Vergl. die Einleitung und Anmerkung 1 dieses Aufsatzes.

¹¹⁾ Siehe unten die Erläuterungen zur zweiten Legende!

¹²⁾ Handschrift Nr. 550.

¹³⁾ Siehe Nassauische Heimatblätter XXIX, S. 46/50.

¹⁴⁾ Die Legende ist Mon. Germ., Scriptores VIII, S. 234 unvollständig von G. Waitz abgedruckt. Ich gebe den vollständigen lateinischen Text mit Kennzeichnung der entlehnten Vulgatastellen als Beilage.

alles, was ihm gehörte mit Raub und Brand. So kamen sie auch zu einem Dorf Duorlar, das unweit der genannten Burg lag und dem erwähnten Hardrad, dem Herrn dieser Burg, gehörte, in der Absicht, hier dasselbe zu tun, was sie an andern Orten schon ausgerichtet hatten. Es gab aber in jenem Dorf einen Hof und eine Scheune voll Getreides; dieses war von einem Ackerland eingesammelt, das der ältere Hardrad, der Grossvater jenes jüngeren Hardrad, dem seligen Apostel Mathias als Almosen für sein Seelenheil geschenkt hatte und das ein in jenem Dorf wohnender Kolone namens Ludwig fleissig bebaute und einen jährlichen Zins von jener Stiftung an die Kirche des seligen Mathias entrichtete. Als nun die Feinde und Gegner in jenes Dorf eindrangen, Beute wegführen, Feuer anlegen und das Dorf verbrennen wollten, da drang einer von den feindlichen Kriegern — er gehörte zu den Kriegsleuten, die gegen die Seele kämpfen und hatte, wie sich unten herausstellen wird, weniger Glück als die andern — in jenen Hof des seligen Apostels ein und wollte an die mit Getreide gefüllte Scheune Feuer legen. Da trat die Frau jenes Ludwig hervor und begann jenen Kriegermann mit klagender Stimme aufzuhalten und so gut sie es konnte mit eindringlicher Bitte anzuflehen indem sie sprach: „Herr, Herr! Um Gottes und des seligen Mathias willen bitte ich Euch bei allem, was Euch heilig ist, verschont diesen Ort; denn all das, was Ihr hier seht, gehört dem seligen Mathias und denen, die ihm dienen.“ Aber jener Krieger, wie er stark war in Schlechtigkeit und gross in Ungerechtigkeit, ergrimte in seinem Innern und sprach zu der Frau: „Wer ist denn überhaupt jener Mathias?“ Antwortet ihm die Frau: „Ein Apostel des Herrn ist er, berühmt in seinen Wundern, sehr vermögend als Helfer und äusserst gewaltig als Rächer. Daher bitte ich dich flehentlich, seine Güter nicht anzurühren, dass du seinen Zorn nicht zu spüren brauchst.“ Jener Krieger aber achtete die Worte der Frau für Nichts und sagte, indem er sich durch seine eigenen Worte das Urtheil sprach und Schuld auf sich lud: „Weib, was geht mich der Mathias an? Ich kenne keinen Apostel, ich weiss nichts von einem Mathias und so werde ich alles mit Feuer verbrennen.“ Und wie er das sagte, warf er den Feuerbrand hinein und steckte die Scheune in Brand. Wie die Frau sah, dass die Flammen loderten und das ganze Getreide vernichtet wurde, da wurde sie freilich im Innersten erschüttert über eine solche Ungerechtigkeit. Und in dem durchdringenden Schmerz im Innern ihres Herzens begann sie ihre Zunge wie ein Schwert zu schärfen. Und sie, die zuerst wie Jahel, die Frau des Aber Cynei, einen Schlauch mit Milch dem Sisera geöffnet und an jenen Krieger Worte gerichtet hatte mild wie Milch und voll Flehens, aber keinen Erfolg gehabt hatte, da streckte sie gleichsam ihre Linke aus nach dem Nagel und dem Hammer der Schmiede, und mit der Schleuder der Verwünschungen drang sie auf ihn ein und sagte: „Weil ihr weder Gott fürchtet noch auch seinen Apostel verehrt, möge der allmächtige Gott und selige Mathias der Apostel, den Verlust seiner Güter gegen Euer Haupt wenden und jene Brandstiftung niemals ungestraft lassen.“ Der gottlose und ruchlose Krieger aber ging hinweg, nachdem das Feuer alles verzehrt hatte. Und den Fluch, den ihm die Frau in der Bitterkeit ihrer Seele angewünscht hatte, zog er an wie ein Kleid und der Fluch drang wie Wasser in sein Inneres und war wie Öl in seinen Gebeinen; denn er fühlte den Zorn

des Apostels. Und weil er seine Glieder als Waffen der Ungerechtigkeit und zu einer ungerechten Tat gebraucht hatte, empfang er auch den seiner Ungerechtigkeit entsprechenden Lohn; er wurde nämlich wahnsinnig, begann zu rasen und erfuhr so die Last der Ungnade und des Zorns des Apostels. Als er aber nach Hause kommt, verrückt, irr und schrecklich von seinem Wahnsinn geplagt, da läuft ihm seine Mutter entgegen. Und wie sie ihn so leiden sieht, sagt sie zu ihm: „Mein Sohn, woher kommst du und was hast du gemacht und was für ein Leiden sitzt in deinem Körper?“ Da antwortet jener: „Wir drangen in ein Dorf ein und zündeten es an. Und eine Frau trat aus einem Hof jenes Dorfes, der, wie sie sagte, dem seligen Mathias, dem Apostel, gehöre und bat mich, ich möchte doch den Besitz des seligen Apostels verschonen. Als ich nicht darauf hörte, fluchte sie mir und wünschte mir den Zorn des Apostels an. Ich habe den Apostel beleidigt. Ich habe mir den Fluch zugezogen. Ich erleide Feuerstrafen und empfang so, was ich verdient habe.“ So wurde dieser Krieger wegen seines Verbrechens dahingerafft und zwar wurde er durch einen plötzlichen und bösen Tod dahingerafft. Als er nun gestorben war, reiste seine Mutter zu der erwähnten Frau und sprach zu ihr: „Seid Ihr nicht jene Frau, die meinem Sohn geflucht hat?“ Antwortet die Frau: „Wer seid Ihr und wer ist Euer Sohn?“ Und jene entgegnet: „Ich bin die Mutter jenes Soldaten, der die Scheune und Euren übrigen Besitz verbrannt hat. Und damit Ihr ihm verzeiht, sollt Ihr ein Malter Weizen für den durch den Brand entstandenen Verlust erhalten.“ Aber die Frau, stark wie sie war, tapfer und unerschrocken, wurde unwillig und ergrimte über das, was sie gehört hatte, und sprach zu jener: „Euer Sohn hat eine Scheune voll Getreides verbrannt und alle Güter des heiligen Apostels Mathias vernichtet, und einen solch grossen Verlust an Gütern wollt Ihr mit einem Malter Weizen gutmachen? Wenn niemand da ist, der den Verlust ersetzt, wird derjenige, der den Verlust verursacht hat, empfangen, was er getan hat. Barmherzigkeit hat jener Krieger, solange er die Möglichkeit hatte, in keiner Weise geübt. Darum hat er ein Urteil ohne Barmherzigkeit empfangen.“

Die zeitliche Fixierung der in der Legende geschilderten Begebenheiten macht grosse Schwierigkeiten. Denn keine Urkunde hat uns den Namen des Kolonen Ludwig oder die Tatsache der Schenkung an das Mathiaskloster aufbewahrt. Freilich besitzen wir zahlreiche Regesten der Merenberger. Aber was nützt die Angabe der Legende, dass der Hartrad, zu dessen Zeit die Geschichte spielt, einen gleichnamigen Grossvater gehabt hat, wenn alle Burgherrn zu Merenberg mit Ausnahme der Brüder Konrad und Wittekind diesen Namen führten.¹⁵⁾

Immerhin bietet die wohl in die erste Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts gehörende Schrift der *Miracula* einen wenn auch nicht genauen Anhaltspunkt. Denn dann können wir nicht mehr in dem Hartrad unserer Legende den von 1255—1296 auftretenden gleichnamigen Merenberger sehen. Mit ihm kann frühestens der von 1194—1233 bezeugte Hartrad identifiziert werden. Sein Grossvater wäre dann der von ca. 1141—1189 urkundlich belegte Hartrad. —

¹⁵⁾ Vergl. die Stammtafel Beilage Nr. 2!

Bleiben wir bei diesem Ansatz, dann liesse sich auch vielleicht der Krieg, in den Hartrad verwickelt war, genauer bestimmen. Wenn man den Worten der Legende entnehmen darf, dass es sich nicht um eine Fehde gewöhnlichen Ausmasses handelte, wird man an die Ereignisse des Jahres 1218¹⁶⁾ denken können. In dem Krieg Erzbischof Siegfrieds II. von Mainz gegen Landgraf Ludwig von Thüringen stand Hartrad auf der ersten Seite. Merenberg wurde damals zerstört und so könnte man auch die Brandschatzung Dorlars gut als Episode des erbitterten Kampfes zwischen Mainz und Hessen verstehen.

Wie dem aber auch sein mag, wichtig ist vor allem die von der Legende an die Hand gegebene Tatsache, dass die Merenberger spätestens gegen Ende des zwölften Jahrhunderts in Dorlar Grundbesitz hatten, den sie — wahrscheinlich nur zum Teil — dem Trierer Mathias-Kloster schenkten.

Fassen wir das zusammen, was die beiden Legenden über die Beziehungen der Merenberger zu Dorlar sagen, so lässt sich Folgendes mit Sicherheit feststellen: Die Herren von Merenberg hatten bereits im zwölften Jahrhundert in Dorlar Grundbesitz. Die Pfarrei ihrer dortigen Eigenkirche war um 1182 mit einem Glied der Familie besetzt.

So wertvoll der Ertrag dieser Legenden sein mag, wichtige Fragen bleiben nach wie vor unbeantwortet. So erführe man gern, ob sich der Dorlarer Besitz der Merenberger aus der Gleiberger Erbschaft oder aus der Reichsvogtei über Wetzlar oder auch aus sonstigen uns völlig unbekannten Verhältnissen der ältesten Merenbergischen Geschichte erklären lässt. Aber vielleicht gelingt es einmal einer eingehenden Territorialgeschichte des Kreises Wetzlar dieses Dunkel aufzuhellen.

Beilage Nr. 1.

De milite, qui horreum beati apostoli incendit et mala morte periit.¹⁷⁾

Dominus castri de Merenberg, Hardradus nomine, quodam tempore ab adversariis suis impugnabatur, et adversarii eius circumquaque discurrentes cuncta que sui iuris erant prout poterant rapinis et incendiis devastabant. Venerunt ergo ad quandam villam que Duorlar dicitur non longe a predicto castro positam et ad eundem Hardradum dominum castri pertinentem, eadem facturi que in aliis locis faciebant. Erat autem in eadem villa curtis quedam et horreum frumento plenum, collectum et aggregatum de quadam arabili terra, quam senior Hardradus, avus videlicet istius iunioris Hardradi, beato Mathie apostolo in elemosinam pro remedio anime sue legaverat, quam in eadem villa colonus quidam Ludowicus nomine strenue excolebat et censum annuum de eadem elemosina ecclesie beati Mathie solvebat. Igitur hostes et adversarii eandem villam ingressi, ceperunt predas agere, ignem inicere et villam exurere, unus ergo militum adversae partis, ex eorum numero militum, qui militant adversus animam¹⁸⁾, ceteris infelicior, ut post patuit, curtim illam beati apostoli intravit et in horreum frumento plenum ignem inicere voluit. Uxor illius Ludowici egressa militem illum clamosa voce interpellare cepit et prece supplicii qua poterat orare dicens:

¹⁶⁾ Böhmer-Will, Reg. der Erzbischöfe von Mainz II, S. 172/3. Nr. 327. Jürges, Leiss, Dersch, Waldecker Chroniken, S. 25. Diemar, Die Chroniken des Wigand Gerstenberg von Frankenberg, S. 157.8.

¹⁷⁾ Die von Waitz nicht gedruckte Ueberschrift ist in der Handschrift mit roter Tinte geschrieben.

¹⁸⁾ 1. Petrus 2, 11.

„Domine, domine, propter deum et beatum Mathiam rogo et obsecro, parcite loco huic, quia omnia ista quae hic cernitis bona sunt beati Mathie et eorum qui serviunt ei“. Miles ille animo tumens, fortis in malitia et potens iniquitate, dixit mulieri: „Quis est iste Mathias? Respondit mulier: „Apostolus domini est, clarus in miraculis, pussimus ad subveniendum et potentissimus ad ulciscendum. Obideo oro et deprecor, ut res eius non tangeris, ne iram eius sentias“. Miles ille verba mulieris pro nichilo reputans et se ipsum suis sermonibus dampnans et obligans ait: „Quid mihi, o mulier, cum Mathia? Nescio apostolum, ignoro Mathiam et ideo omnia igne consummam“. Et hec dicens ignem iniecit et horreum incendit. Mulier ut vidit flammam exurgere, frumentum omnem deperire, commota sunt quippe omnia viscera eius¹⁹⁾ tanta iniquitate et tacta dolore cordis intrinsecus²⁰⁾ cepit exacuere ut gladium linguam suam²¹⁾ et quae prius sicut *Jahel, uxor Aber Cynei, utrem lactis Sisare aperu-*²²⁾ erat et isti militi lactea et supplicatoria verba dederat et non profecerat, quasi sinistram suam misit ad clavum et fabrorum malleum²³⁾ et iactura maledictorum introit eum dicens: „Quia nec deum timetis nec eius apostolum reueremini, dominus omnipotens et beatus Mathias apostolus iacturam rerum suarum convertat in caput vestrum et illud incendium nunquam dimittat inultum“. Miles impius et profanus igne consumptis omnibus abiit et recessit. Et quam ei mulier in amaritudine anime sue imprecata fuerat, induit maledictionem sicut vestimentum et intravit sicut aqua in interiora eius et sicut oleum in ossibus eius;²⁴⁾ sensit enim iram apostoli. Et quia exhibuit membra sua arma iniquitatis²⁵⁾, et ad iniquitatem mercedem condignam recepit iniquitatis; nam versus in amentiam cepit insanire et experiri pondus apostolice indignationis (sue)²⁶⁾ et ire. Veniens autem domum vecors et amens et multam insaniam patiens occurrit ei mater eius et videns eum talia patientem dicit ei: „Fili, unde venis et quid egisti et quae te passio possidet?“ Et ille respondit: „Irruimus in quandam villam et incendimus eam. Et mulier quaedam egressa de curte quadam illius ville quam dicebat esse beati Mathie apostoli. Rogabat, ut rebus parcerem beati apostoli: Quod dum spernerem, maledixit mihi et iram apostoli imprecata est michi. Apostolum offendi, maledictionem offendi, solvo penas incendii et recipio quae merui“. Igitur miles iste propter scelus suum percussus est et in brevi mala morte percussus est. Illo mortuo mater eius perrexit ad mulierem praedictam et dixit ei: „Estis ne mulier illa quae maledixit filium meum?“ Respondit mulier: „Que estis et quis est filius vester?“ Et illa: „Mater militis sum illius, qui horreum et reliqua vestra succendit et, ut ei indulgeatis, maldrum tritici pro dampno incendii recipiatis“. Et mulier fortis utique et costans et imperterrita indignans et subsanans quod audierat ait illi: „Filius vester horreum frumento plenum exussit et omnia bona sancti Mathie apostoli perdidit et tantam rerum iacturam redimere vultis maldro tritici? Si non est qui dampnum restituat, illator dampni quod fecit recipiat. Misericordiam miles iste, quia dum potuit nequaquam fecit. Iudicium sine misericordia recepit“.

¹⁹⁾ 3. Könige 3, 26.

²⁰⁾ 1. Moses 6, 6.

²¹⁾ Psalm 63, 4.

²²⁾ Richter 4, 17—19.

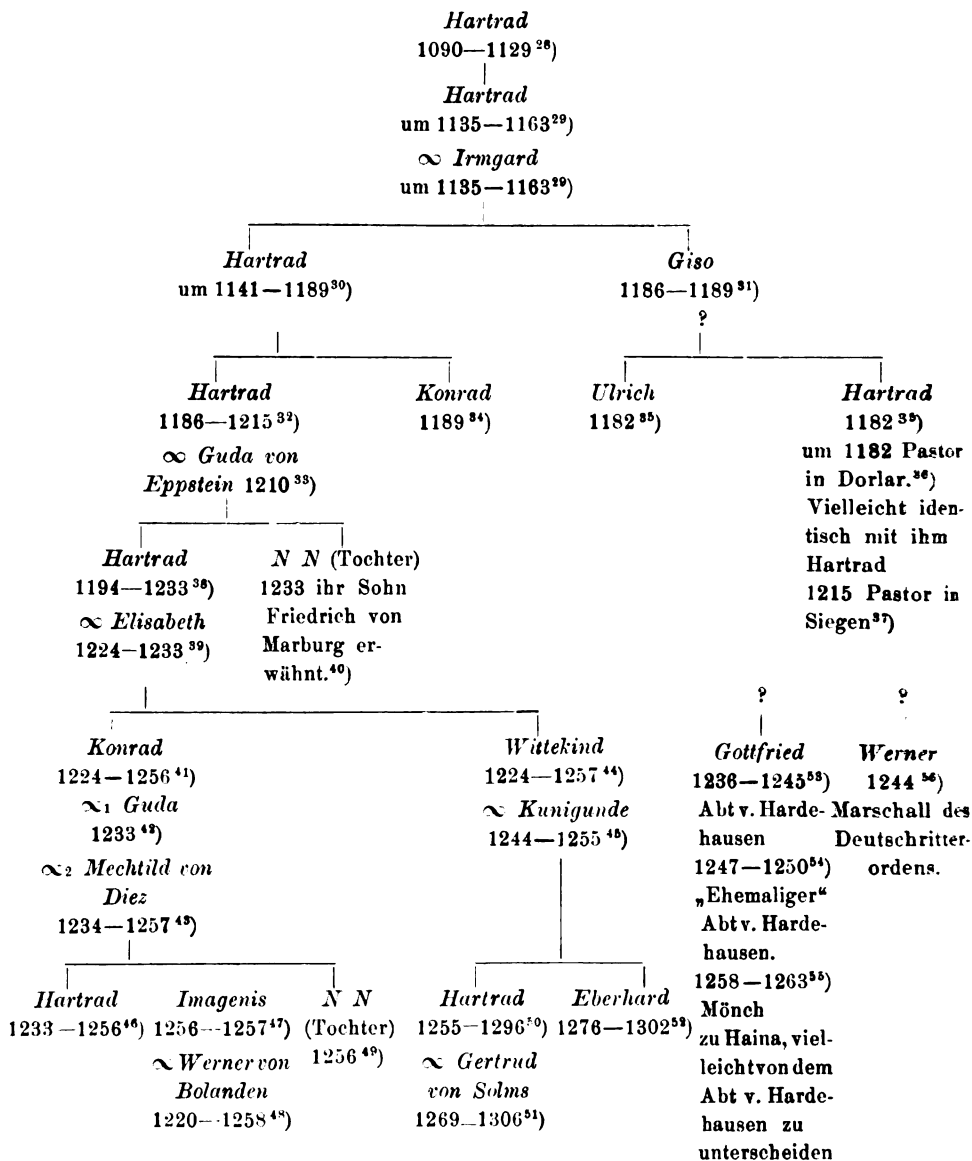
²³⁾ Richter, 5, 26.

²⁴⁾ Psalm 108, 18.

²⁵⁾ Römer 6, 13.

²⁶⁾ Durch Punkte unter dem Wort getilgt.

Beilage Nr. 2.

Stammtafel der Herren von Merenberg vom elften bis dreizehnten Jahrhundert.²⁷⁾

²⁷⁾ Genealogische Daten, die in weitgreifender Untersuchung gewonnen wurden und nur bei eingehender Darlegung verständlich sind, mussten, wenn der Rahmen dieser Arbeit nicht gesprengt werden sollte, unberücksichtigt bleiben. Das Verständnis der obigen Ausführungen wird indes durch diese Unvollständigkeit nicht beeinträchtigt. Um die Nachprüfung der Stammtafel zu ermöglichen, wird die erste und letzte Erwähnung jedes Gliedes in den folgenden Anmerkungen angegeben.

²⁸⁾ Böhmer-Will, Regesta archiepiscoporum Moguntinensium I S. 224/5, Nr. 7. — Wyss, Hessisches Urkundenbuch III S. 301, 2 Nr. 1329.

Dorlar und die Herren von Merenberg in legendarer Ueberlieferung. 137

- ³⁹⁾ Mechtel, *Introductio in pagum Logenae* (Stadtarchiv Köln) S. 41, 81 f., 323 f., 329 ff., 341. — Herquet, *Urkundenbuch des Prämonstratenser-Klosters Arnstein* S. 7, Nr. 4.
- ⁴⁰⁾ Wyss, *Hessisches Urkundenbuch III* S. 304/5, Nr. 1331. — *Beurkundete Nachricht von . . . Schiffenberg II* S. 77, Nr. 233.
- ⁴¹⁾ Dobenecker, *Regesta Thuringiae II* S. 141, Nr. 741. — *Beurkundete Nachricht von . . . Schiffenberg II* S. 77, Nr. 233.
- ⁴²⁾ Dobenecker, *Regesta Thuringiae II* S. 141, Nr. 741. — Philippi, *Siegener Urkundenbuch I* S. 7, Nr. 5.
- ⁴³⁾ Baur, *Urkundenbuch des Klosters Arnburg* S. 3, Nr. 4. — Vgl. auch *Nassauische Heimatblätter 30. Jg.* S. 26/9.
- ⁴⁴⁾ *Beurkundete Nachricht von . . . Schiffenberg II* S. 77, Nr. 233.
- ⁴⁵⁾ Joerres, *Urkundenbuch des Stiftes St. Gereon zu Köln*, S. 31/3, Nr. 23.
- ⁴⁶⁾ S. S. 131.
- ⁴⁷⁾ Philippi, *Siegener Urkundenbuch I* S. 7, Nr. 5.
- ⁴⁸⁾ Beyer, *Mittelrheinisches Urkundenbuch II* S. 178/9, Nr. 136. — Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 6/7, Nr. 19.
- ⁴⁹⁾ Wenck, *Hessische Landesgeschichte II* *Urkundenbuch* S. 144, Nr. 105. — Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 6/7, Nr. 19.
- ⁵⁰⁾ Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 6/7, Nr. 19.
- ⁵¹⁾ Wenck, *Hessische Landesgeschichte II* *Urkundenbuch* S. 144, Nr. 105. — Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 26, Nr. 81.
- ⁵²⁾ Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 6/7, Nr. 19.
- ⁵³⁾ Reinhard, *Kleine Ausführungen II* S. 356, Nr. 3. — Wyss, *Hessisches Urkundenbuch I* S. 112/3, Nr. 143.
- ⁵⁴⁾ Wenck, *Hessische Landesgeschichte II* *Urkundenbuch* S. 144, Nr. 105. — Scriba, *Regesten zur Landes- und Ortsgeschichte des Grossherzogtums Hessen. 2. Abt.: Oberhessen* S. 39, Nr. 488.
- ⁵⁵⁾ Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 11, Nr. 36. — Wiese, *I* S. 24, Nr. 74.
- ⁵⁶⁾ Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 6/7, Nr. 19. — Wiese, *I* S. 26, Nr. 81.
- ⁵⁷⁾ Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 26, Nr. 81. — Wyss, *Hessisches Urkundenbuch I* S. 112/3, Nr. 143.
- ⁵⁸⁾ Möller, *Stammtafeln westdeutscher Adelsgeschlechter*, Tafel 17.
- ⁵⁹⁾ Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 26, Nr. 81.
- ⁶⁰⁾ Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 24, Nr. 74. — Sauerland, *Urkunden und Regesten zur Geschichte der Rheinlande aus dem Vatikanischen Archiv I* S. 10, Nr. 22.
- ⁶¹⁾ Wiese, *Urkundenbuch der Stadt Wetzlar I* S. 56/7, Nr. 149. — Wiese, *I* S. 280, Nr. 631.
- ⁶²⁾ Remling, F. X., *Geschichte der Bischöfe zu Speyer I* S. 343, Nr. 379. — Remling, *II* S. 834.
- ⁶³⁾ Mooyer, E. F., *Verzeichnis der Aebte des Klosters Hardehausen=Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde XVII* (1856) S. 342.
- ⁶⁴⁾ Grotelfend, *Regesten der Landgrafen von Hessen* S. 2, Nr. 4. — Grotelfend, S. 10, Nr. 28.
- ⁶⁵⁾ Reimer, *Hessisches Urkundenbuch I* S. 242, Nr. 331. — Scriba, *Regesten zur Landes- und Ortsgeschichte des Grossherzogtums Hessen. 2. Abt.: Oberhessen* S. 42, Nr. 530.
- ⁶⁶⁾ Weller, Karl, *Hohenlohisches Urkundenbuch I* S. 142/3, Nr. 32.
-

Die Kartäuser im Rheingau.

Von H. Otto.

I.

Die Niederlassung der Kartäuser im Rheingau war nur von kurzer Dauer; sie hat deswegen tiefere Spuren kaum hinterlassen. Aber die Kartause im Peterstal bei Eltville war die älteste im westlichen Deutschland; und sie war zudem die Vorläuferin der Kartause auf dem Michaelsberge bei Mainz, aus der wiederum die Kartausen zu Koblenz und Trier hervorgegangen sind. Noch aus einem anderen Grunde verlohnt es sich, der Niederlassung der Kartäuser bei Eltville einige Aufmerksamkeit zu schenken. So kurzlebig, so ephemerisch sie war, um mich eines Ausdrucks von Bodmann in den „Rheingauischen Altertümern“ zu bedienen, so gross ist die Zahl der falschen, irrtümlichen Angaben, mit denen ihre Geschichte belastet ist; es zeigt sich hier wieder einmal, wie schwer es ist, das Falsche zu verdrängen, um das Richtige an seine Stelle zu setzen.

Die Kartause bei Eltville wurde errichtet im Jahre 1320 durch den Mainzer Erzbischof Peter von Aspelt (1306—1320). An dieser Tatsache ist ein Zweifel völlig ausgeschlossen. Denn wir besitzen nicht nur die Urschrift des Stiftungsbriefes vom 21. Mai 1320 — in Mainz auf der Stadtbibliothek —, sondern auch drei authentische Kopien; zwei in den zu Darmstadt im Staatsarchiv aufbewahrten Copiaren des Mainzer Kartäuserklosters, die andere in dem zu Mainz, auf der Stadtbibliothek, befindlichen Bruchstücke eines Kartäuser-Ingrossaturbuches. Die Stiftungs-Urkunde ist ferner inseriert in eine Urkunde Kaiser Karls IV. vom 19. April 1361. Interessant ist auch, dass Bodmann, der einmal sich rühmt, „das Archiv dieser Karthause emsig durchforscht“ zu haben, die Urkunde wiederholt abgeschrieben hat. Einer Abschrift¹⁾ hat er sogar das Datum der Abschrift beigefügt: „*Ex originali accuratissime descripta per me F. B. 1789*“. Ein Facsimile der Urkunde, von Bodmann herrührend, findet sich gleichfalls im Darmstädter Staatsarchiv.²⁾

In dieser Urkunde erzählt uns nun Erzbischof Peter — es war wenige Monate vor seinem Tode, — der demütige, fromme Lebenswandel der Brüder vom Kartäuserorden habe ihn so gefangen genommen, dass er sich weder bei Tag, noch bei Nacht von dem Gedanken an sie habe befreien können und dass er sich glücklich preise, diesen Orden an den Rhein (*ad partes Rheni, nostre*

¹⁾ Darmstadt St. A., Handschrift 70 10 fol. 35.

²⁾ V B 3, Konv. 346 fasc. 2.

videlicet dyocesis Moguntine), wo er bis jetzt noch völlig unbekannt gewesen sei, zu verpflanzen. Er schenke ihnen in der Nähe des Rheines (*iuxta decursum Reni*), im Rheingau, in einem Tale, das bisher Neuhaus (*nova domus*) hiess, zur Errichtung von Kirche und Kloster (*pro monasterio construendo et conventu ibidem Deo perpetuo famulando* einen Platz und ausserdem als ständige Wohnstätte (*pro habenda ibi mansionem perpetuo*), — die Kartäuser wohnen getrennt voneinander in einzelnen Häuschen; ihr Orden erstrebt eine Synthese von Kloster- und Einsiedlerleben — ein gelegentlich der Grundsteinlegung zur neuen Niederlassung (*cum in dicto loco in honore omnipotentis Dei et gloriose genitricis Virginis Marie sanctique Johannis Baptiste lapidem erigeremus fundamenti*) bestimmt abgegrenztes Gebiet, *que distinctio seu limitacio a fontibus inclusis usque ad finem pratorum dicte vallis . . et usque ad summitates montium, que a trans-euntibus in valle videri possunt, et non ultra, se extendit*. Ausdrücklich bemerkt der Stifter, dass das geschenkte Gebiet wohl aus dem Eigentum der Mainzer Kirche stamme, aber zu nichts anderem nütze sei (*nulli prorsus utilitati, sed cuidam venacioni, immo potius vagacioni deditum*). Zum Unterhalte der Brüder bestimmte Erzbischof Peter neben einigen Gütern eine Reihe von Einkünften, die er aus eigenen Mitteln erworben hatte (*de bursa nostra comparatos*), in Ober- und Niedereschbach, in Hausen bei Seligenstadt, in Weilbach, Wicker und Massenheim; dazu Einkünfte in Ingelheim und Oestrich und eine — Walluf gegenüberliegende — Insel im Rhein (*insulam Reni, que est ex opposito ville Waldaffen*). Die überlassenen Einkünfte bestanden, wie üblich, zum teil in Geld, zum teil in Naturalien: Holz, Heu, Getreide, Hühner, Mohn, Hülsenfrüchte und Wein (*vinum francum und vinum commune*). In zwei weiteren Urkunden, vom 24. Mai 1320,³⁾ gibt der Erzbischof Auftrag, den Bruder Johann — er ist der erste Rektor der neuen Niederlassung — in den Besitz und Genuss der Güter, die für den Unterhalt der aufzunehmenden Brüder bestimmt waren, einzuweisen; dabei wird neben Ober- und Niedereschbach auch noch Seulberg genannt, das anscheinend in der Stiftungsurkunde versehentlich ausgelassen worden war. Die neue Kartause bezeichnet der Erzbischof hier übrigens als die *novella plantacio instaurata a nobis sub castello, quod Nuwenhus vulgariter appellatur, retro castrum Scharpfinsteyn*. Uebereinstimmend damit erklären später, in einer Urkunde vom 16. April 1323⁴⁾, drei Mainzer Kanoniker, Erzbischof Peter habe am Ausgang (*circa exitum*) seines Lebens — Erzbischof Peter starb am 5. Juni 1320 — für die Stadt, Diözese und Provinz Mainz eine neue Pflanzstätte kirchlichen Lebens (*novam religionis, poenitentiae ac devotionis plantulam*), nämlich die Kartause Neuhaus bei „Scharpenstein“, gestiftet.

Ueber die Örtlichkeit der neuen Niederlassung hat ja wohl der Geistl. Rat J. Zaun in seinem Aufsatz im 14. Bande der Nass. Annalen (1877): „Ueber die Lage der Karthause im Petersthale“ endgültige Feststellungen gemacht. „Man braucht nicht gar weit *retro Scharpenstein* nach Nordosten über den (nächsten) Bergrücken in das nächste, eine starke Viertelstunde vom Scharfenstein entfernte Waldtal zu gehen“, so äussert sich Zaun, „um zu den spärlichen

³⁾ Vogt, Regesten der Erzbischöfe von Mainz I, 1 (1913) Nr. 2176. 2177.

⁴⁾ Ebenda Nr. 2428.

Ruinen einer kleinen Burg zu gelangen, welche an der Ostseite des Tales auf einem mässig hohen Bergkegel, Himmelberg genannt, mit herrlicher Aussicht in das einsam und romantisch gelegene Tal sich finden“. Hier auf dem Himmelberg haben wir nach Zaun unsere *nova domus* (*Nuwenhus*) zu suchen. Am Fusse des Himmelbergs lag die Kartause. Ich hegte eine Zeitlang die Hoffnung, mir ein Bild dieser Kartause verschaffen zu können. In einem Gange der Grossen Kartause bei Grenoble, des Mutterklosters der Kartäuser, sind nämlich nach Reichenlechner (*Der Kartäuserorden in Deutschland*, 1885) noch jetzt alle anderen Kartausen, die es je auf der Welt gegeben hat, abgebildet. Wie ich von befreundeter Seite erfahre, hat Viktor von Scheffel auf seinem „Gang zur grossen Kartause in den Alpen der Dauphiné“ sie gesehen. Doch auf eine Anfrage in der *Certosa di Lucca*, wo, seitdem die Grosse Kartause verödet ist (1903), das Generalat des Ordens sich befindet, wird mir mitgeteilt, dass eine Abbildung der Kartause bei Eltville dort nicht vorhanden ist, weil diese ja zunächst nur einen — übrigens misslungenen — Versuch darstellte, nicht aber ein vollgültiges Glied des Ordens war. Erst nach seiner Verlegung nach Mainz wurde das Kloster „incorporiert“ und auch da noch nicht sofort, sondern erst auf dem Generalkapitel des Jahres 1326.⁵⁾

Dass übrigens das Tal, in dem die Niederlassung sich befand, erst im Jahre 1320 bei der Errichtung der Kartause den Namen „Peterstal“ erhielt, ergibt sich mit Bestimmtheit aus der Stiftungsurkunde, wo es heisst: *cum in dicto loco . . lapidem erigeremus fundamenti et cum eundem locum . . Vallem s. Petri intitularemus*.⁶⁾ Vermutlich geschah es auf Vorschlag oder doch jedenfalls auf Grund einer Vereinbarung mit dem Rektor und seinen Brüdern, dass Erzbischof Peter diesen Namen wählte; pflegten ja doch die Kartäuser, ebenso wie Benediktiner und Cistercienser, ihre Klöster nach einem Berg oder einem Tale zu benennen. „*Vallis S. Johannis*“ hiess die Niederlassung zu Seiz in Steiermark, aus der der erste Rektor, Bruder Johann, stammte; „*Vallis iocosa*“ die zu Freudental, einer Vorstadt von Laibach in Krain; „*Vallis Sanctorum omnium*“ die im Jahre 1316, also fast gleichzeitig mit derjenigen im „Peterstal“, von Friedrich dem Schönen von Oesterreich zu Mauerbach bei Wien errichtete Kartause.

Doch kehren wir zu unserem Ausgangspunkte zurück. Wie kommt es, dass das Gründungsjahr der Rheingauer Kartause, obwohl es urkundlich unumstösslich feststeht, gewöhnlich falsch angegeben wird? Nicht nur im Rheingau, sondern auch auf dem Eichsfeld, südlich von Beuern, gab es eine Burg Scharfstein. An dieser Burg beanspruchte Erzbischof Peter das volle Eigentum; die

⁵⁾ Darmstadt St.-A., Handschrift 70.10 fol. 67. Siehe Bodmann, *Rheing. Altertümer* 1, 221.

⁶⁾ Bodmann hat sich hier mit sich selbst in Widerspruch gesetzt. Während er an einer Stelle (*Rheing. Altertümer* 1, 145) berichtet, Erzbischof Peter habe unfern von Scharfstein eine neue Burg „Nuwenhuß“ erbaut und in das darunterliegende sog. Peterstal eine Kartause gepflanzt, findet er es an anderer Stelle (1, 221) zweifelhaft, ob das Peterstal „nun erst von Erzbischof Peter“ oder längst vor ihm, von jener Burg, die früher auch *Castellum St. Petri* geheissen, den Namen getragen habe. Und an einer dritten Stelle (1, 220) behauptet er, dass das Thal „von einem kurz vorher gerichtlich erworbenen kleinen Schlosse „Neuhaus“ diesen Namen trug“.

Brüder Ludwig und Heinrich⁷⁾ von Kühnhausen (*Kyndeshusin*) aber behaupteten, von Erzbischof Gerhard von Eppenstein (1289–1305), Peters Vorgänger, damit belehnt worden zu sein. So entstand ein Streit, der am 12. Dezember 1308 zu „*Eltervil, que villa est de proprio fundo ecclesie Moguntine*“, in einer Gerichtssitzung (*consistorio*), bei der auf Befehl des Erzbischofs der Vitztum von Aschaffenburg, Ritter Hermann gen. Schelm, den Vorsitz führte, dahin entschieden wurde, dass dem Erzbischof das Eigentumsrecht zustehe und somit die genannten Brüder die Burg auszuliefern hätten. Der anwesende Ludwig von Kühnhausen wurde, bis er dafür die nötige Bürgschaft leiste, in Haft genommen.⁸⁾ Am 12. Mai 1310 erklärten sodann die Ritter Ludwig und Konrad von Kühnhausen (*Kindchusen*) — Ludwig war inzwischen aus der Haft entlassen —, dass ihre Streitsache mit Erzbischof Peter über die Burg „Scharffenstein“ durch Vermittlung der Edlen Friedrich von Rosdorf und Hildebrand von Hardenberg geschlichtet worden sei; sie versprechen ihm, gegen Zahlung von 500 Mk. reinen Silbers Erfurter Gewichts die Burg lastenfrei abzutreten.⁹⁾

Diese beiden Urkunden hat man nun irrtümlicherweise¹⁰⁾ auf die Burg Scharfenstein im Rheingau bezogen, weil der Spruch vom 12. Dezember 1308 in Eltville (*in consistorio dicte ville*) gefällt worden war. Auch in das Mainzer Kartäuserkloster fand dieser Irrtum Eingang. Kartäuserpatres, die sich mit der Geschichte ihres Klosters beschäftigten, bauten auf ihm auf; sie zogen aus der vermeintlichen Tatsache, dass Erzbischof Peter im Jahre 1308 die Burg Scharfenstein erworben habe, die mindestens recht kühne Schlussfolgerung, dass die Kartause im Rheingau entweder im Jahre 1308 errichtet worden, oder doch ihr Bau in diesem Jahr begonnen worden sei. Von einer nach Bodmann um das Jahr 1440 verfassten Schrift, die in einer Abschrift Bodmanns vorliegt¹¹⁾; genügt es, den vollen Titel anzuführen: „*Brevis quaedam annotatio de translatione Cartusie nostre, olim Vallis S. Petri nuncupate, in Ringavia prope castrum vulgo Scharpenstein circa a. 1308 fundate, ad montem S. Michaelis Archangeli ibidem a. 1320*“. Auch die von Bodmann¹²⁾ erwähnte „noch ungedruckte lateinische Handschrift aus dem 15. Jahrhundert“ (*de ortu et progressu domus Carthusiae montis s. Michaelis prope Moguntiam*), die ja wohl kaum mehr aufzufinden ist,

⁷⁾ Wintzingeroda-Knorr (Wüstungen des Eichsfeldes [1903] S. 453 Anm. 2) möchte statt „*Henricus*“ „*Conradus*“ lesen. Ludwig von Kindshausen und sein Bruder Conrad erscheinen in einer Urkunde vom 4. Mai 1302, Ludwig als Kastellan in Scharfenstein (a. a. O. S. 925).

⁸⁾ Vogt, Mainzer Regesten Nr. 1236.

⁹⁾ Ebenda Nr. 1330.

¹⁰⁾ Dass es ein Irrtum war, dass also Scharfenstein im Eichsfeld gemeint ist, daran ist nicht mehr zu zweifeln. Die Annahme von Zaun, Geschichte des Ortes und der Pfarrei Kiedrich (1879), dass wohl in der Urkunde vom 12. Mai 1310 „blos von der Burg Scharfenstein im Eichsfelde die Rede“ sei, die die von Kindshausen dem Erzbischof „aus Anlass des am 8. Dezember 1308 ergangenen Mannengerichtsurteils, insbesondere um die Freilassung des Ludwig von Kindhausen zu erlangen“, hätten verpfänden müssen, dagegen die erste Urkunde sich höchst wahrscheinlich auf unsere Rheingauer Feste beziehe, ist unhaltbar.

¹¹⁾ Darmstadt St. A., V B 3, Konv. 346 fasc. 2, fol. 6. 7.

¹²⁾ Rheing. Altertümer 1, 153 Note q.

dürfte vermutlich dieselben falschen Zahlenangaben enthalten haben. Sicher ist jedenfalls, dass das gleichfalls verschollene „*Chronicon Cartusiae*“ des Priors Michael Welcken (1712—1753) das Jahr 1308 fälschlich als Gründungsjahr genannt hat. Denn die Schriften zweier Männer, die aus ihm geschöpft haben, des bekannten Mainzer Historikers Peter Schunck und des Eltviller Pfarrers Phil. Krämer, und ebenso die von Bodmann mitgeteilten Stellen aus dem „*Elenchus priorum et rectorum Cartusie montis s. Michaelis prope Moguntiam*“: der nach Bodmann „eine aus Urkunden gezogene Hauschronik dieser geistlichen Versammlung“ enthielt und m. E. eben nichts anderes war als die Chronik des Mich. Welcken, weisen den gerügten Irrtum auf. In dem „*Elenchus*“ war zu lesen: *His quidem et aliis R(everendi) fundatoris adiumentis* — gemeint sind die Schenkungen des Erzbischofs Peter — *ab exordio foundationis mox anno 1308, quantum temporum quam plurimae graves permittebant iniuriæ, gaudebant primi patres nostri*. In dem „*Breviarium annalium domus cartusiae S. Michaelis prope Moguntiam . . auctore D. Petro Schunck* (1799)“¹³⁾ aber heisst es: „Bei Gelegenheit eines Streits mit den Gebrüdern von Kindshausen über das Schloss Scharfenstein . . hatte er das öde und wilde Thal, Neuhaus genannt, kennen gelernt, und als ihm dieses Schloss samt dem Thale im Jahre 1308 zugesprochen worden, so bauete er ein Karthäuserkloster in dieses Thal, besetzte es mit Mönchen aus Oberdeutschland und nannte es Petersthal.“ Joh. Krämer schliesslich (*Excerpta ex Chron. Cartusie prope Moguntiam*)¹⁴⁾ meldet kurz und bündig: „Die Kartaus im Petersthal bey Kidrich wurde von 1308 bis 1320 gebaut.“ Ja Krämer ist so überzeugt von der Richtigkeit der Kartäuser-Tradition, dass er eher geneigt ist, an der Echtheit des Stiftungsbriefes zu zweifeln. „1308 stiftete (Erzbischof Peter) in einem unfruchtbaren und nur zur Jagd geeigneten Thal hinter Kidrich die Kartaus im Petersthal; der Stiftungsbrief ist erst im Jahre 1320 ausgestellt, welches ihn verdächtig macht, weil in diesem Jahre die Kartause wieder eingegangen ist.“¹⁵⁾ So hatte also ein von einem Kartäuser-Historiker im 15. Jahrhundert zum erstenmale ausgesprochener Irrtum mit staunenswerter Zähigkeit bis ins 19. Jahrhundert hinein sich behauptet.¹⁶⁾ Da kam Bodmann. Er kannte die „Politische Geschichte des Eichsfelds“ von Wolf (1792) und hatte daraus ersehen, dass die Urkunden von 1308 und 1310 nicht auf das Rheingauer, sondern auf das Eichsfelder Scharfenstein sich beziehen.¹⁷⁾ Trotzdem hält er die Folgerungen, die die Kartäuser-Historiker aus der falschen Prämisse gezogen haben, aufrecht. Das macht seinem Forschersinn schliesslich wenig Ehre. „Erzbischof Peter“, so erzählt Bodmann, „hatte bereits in seinen jüngeren Jahren den Karthäuserorden in Frankreich kennen gelernt und daran ein Wohlgefallen gefunden; als er darauf Erzbischof ward — dies geschah Ende 1306 — wandte er sich an das Generalkapitel zu Karthaus bei Grenoble, eröffnete ihm seinen Vorsatz, ein Ordenshaus ihres Instituts in

¹³⁾ Darmstadt St.-A., Handschrift 218 50. § 1.

¹⁴⁾ Wiesbaden St.-A., Nachlässe 13 Kindlinger 11 fol. 4.

¹⁵⁾ A. a. O. fol. 1.

¹⁶⁾ U. a. hatten auch Trithemius, *Chron. Hirsaug.* (1601) 200 und Joannis, *Rer. Mog. Script.* (1722) 831 ihn übernommen.

¹⁷⁾ Rheing. Altert. I, 145.

seinem Bisthume zu errichten, erbat sich Sprösslinge davon und einen Mann, der das Haus nach Ordensbrauche einzurichten habe. Das Kapitel war willfährig, schickte einige dieser Aszeten nach Mainz und damit einen namens Johan Polonus, um die Einrichtung zu treffen. Es geschah dies ums Jahr 1308.¹⁸⁾ Auch unser Ch. D. Vogel vertritt in der „Beschreibung von Nassau“ (1843) noch die alte Auffassung; er weiss merkwürdigerweise auch noch nichts von Wolf und seinen Feststellungen. Das Gleiche gilt von dem P. Norbert (Stock), der im Jahre 1897 in der „Wissenschaftl. Beilage zur Germania“ Nr. 48 in einem längeren Aufsätze mit der „Karthause auf dem Michaelsberge bei Mainz“ sich befasste; er weicht nur insofern von seinen Vorgängern ab, als er den Erzbischof Peter erst nach der Unterwerfung der Brüder Ludwig und Heinrich (!) von Kindshausen, also etwa 1310, die Kartäuser an den Rhein berufen lässt. Geradezu unfassbar aber ist es schliesslich, dass auch Heinrich Schreiber in seinem verdienstvollen Buche über „Die Bibliothek der ehemaligen Mainzer Kartause“ (1927) sich von der verkehrten Tradition nicht frei zu machen wusste. Schreiber scheint, als er den einleitenden Abschnitt über „die Anfänge der Kartause und ihrer Bibliothek. Peterstal 1308—1324“ niederschrieb, überhaupt nicht daran gedacht zu haben, dass es so etwas wie Mainzer Regesten gibt.¹⁹⁾

Neben dem Jahre 1308 (bzw. 1310) wird nun neuerdings auch das Jahr 1312 als Gründungsjahr der Kartause im Peterstal genannt. Worauf beruht diese Angabe?

Erzbischof Peter hat die Güter und Einkünfte, die er im Jahr 1320 den Kartäusern überliess, im Jahr 1312 käuflich erworben. Die Kaufurkunden sind uns erhalten,²⁰⁾ und sie waren natürlich auch den Kartäusern schon frühzeitig bekannt geworden. Anstatt nun aber aus diesen Kaufurkunden den logischen Schluss zu ziehen, dass die Rheingauer Kartause nicht vor 1312 errichtet sein könne, hat man umgekehrt daraus geschlossen, dass die Güter, die der Erzbischof Peter im Jahr 1320 den Kartäusern urkundlich überliess, tatsächlich schon seit 1312 in deren Besitz gewesen seien. So zu lesen in dem Buche von Le Couteulx, *Annales ordinis Cartusiensis* (1686)²¹⁾ und auch bei Joannis (1722)²²⁾, der sich folgendermassen äussert: *Fasti fratrum domestici clarissime ostendunt census possessionesque, quas Petrus postea anno 1320 tabulis peculiaribus complexus est, una cum loco habitationis iam anno 1312 eorundem in peculio fuisse domumque, quam in Rhingavia excitare coeperant, ordini eodem anno contributam sive . . . incorporatam.* Auf die Autorität dieser beiden Männer gestützt, haben dann vermutlich Michael (Geschichte des deutschen Volkes)²³⁾

¹⁸⁾ Rheing. Altert. 1, 220. Roth, *Fontes* 1, 18 schliesst sich ihm ohne weiteres an.

¹⁹⁾ Er hat auch übersehen, dass Fr. Schneider in der Neubearbeitung des Buches von Wagner (Die vormaligen geistlichen Stifte 2 [1878] 178) den Sachverhalt bereits richtig dargestellt hat.

²⁰⁾ Vogt, Mainzer Regesten Nr. 1505, 1517; siehe auch Nr. 1519.

²¹⁾ Ausg. von 1885—1895, Band 5, 134.

²²⁾ 2 (1722) 831.

²³⁾ 2 (1899) 68.

und Heimbucher (Die Orden und Kongregationen der katholischen Kirche)²⁴⁾ das Jahr 1312 als Gründungsjahr angenommen.²⁵⁾

Auch bei der Beantwortung der Frage, wann und wo denn wohl Erzbischof Peter zum erstenmale die Bekanntschaft der Kartäuser gemacht habe, hat man wahllos Richtiges und Falsches durcheinander geworfen. Nach Joannis hatte Peter von Aspelt den Kartäuserorden in Frankreich kennen gelernt. Als er nach seiner Rückkehr von da nach Deutschland den erzbischöflichen Stuhl von Mainz bestiegen hatte (*cum redux Moguntinensem insedisset cathedram*), errichtete er ihnen nach Joannis in seiner Diözese eine Niederlassung. Etwas Aehnliches mag in dem „*Chronicon Cartusiae*“ des Priors Mich. Welcken gestanden haben; denn Schunck berichtet in seinem „*Breviarium*“: „Peter hatte den Carthäuserorden in Frankreich, wo er in grossem Flor war, kennen lernen und für denselben soviel Zuneigung gefasst, dass er sich vornahm, denselben auch in sein Bistum Mainz zu pflanzen“.²⁶⁾ Es scheint also, dass wir hier wieder einer alten Tradition der Mainzer Kartäuser gegenüberstehen; und ich möchte dieser nicht geradezu widersprechen. Es fragt sich nur, an welchen Aufenthalt Peters von Aspelt in Frankreich wir dabei denken sollen. Denn er ist zweimal in Frankreich gewesen: das erste mal in ganz jungen Jahren, als er eben seine Studien in Padua und Bologna vollendet hatte und nun zum Schluss noch Paris aufsuchte; das zweite mal im Jahre 1306, als ihn P. Clemens V. zum Erzbischof von Mainz erhob. Joannis scheint an den zweiten Aufenthalt zu denken; und wohl auch Schunck.²⁷⁾ Bodmann schliesst sich enge an Joannis an, betont dabei allerdings, dass Erzbischof Peter damals noch jung gewesen sei. „Erzbischof Peter hatte bereits in seinen jungen Jahren den Karthäuserorden in Frankreich kennen gelernt und daran ein Wohlgefallen gefunden; als er darauf Erzbischof ward“ usw. Ich möchte für meine Person die Ansicht vertreten, dass, falls Erzbischof Peter tatsächlich, wie es ja recht wohl möglich ist, die erste Bekanntschaft mit den Kartäusern in Frankreich gemacht hat.

²⁴⁾ Ausg. von 1896. Siehe auch den Artikel „Kartäuser“ in Herders Konversationslexikon, 3. Aufl. 1905.

²⁵⁾ Auch Bodmann (I, 220) verwertet die Kaufurkunden vom Jahre 1312. Er schliesst daraus, dass der Bau des neuen Klosters vermutlich bereits im Jahre 1312 fertig und die Einrichtung beendet gewesen seien und die neuen Ankömmlinge sich dort befunden hätten. P. Norbert endlich scheint annehmen zu wollen, dass die Schenkung des Erzbischofs Peter bereits im Jahre 1312 erfolgt und erst im Jahre 1320 verbrieft worden sei. Sein Aufsatz strotzt übrigens von handgreiflichen, allerdings z. T. von Schunck übernommenen Irrtümern. „Als ersten Rektor“, so sagt P. Norbert, „bestimmte das Generalkapitel den P. Johannes aus Polen, der dieses Haus bis zu seinem am 5. Juni 1320 erfolgten Tode leitete“. In Wirklichkeit ist aber nicht P. Johannes am 5. Juni 1320 gestorben, sondern Erzbischof Peter. Der schlagendste Beweis dafür, dass die Schenkung Erzbischof Peters nicht schon 1312 erfolgt ist, liegt übrigens in der Tatsache, dass dieser in dem im August 1318 niedergeschriebenen Entwurf zu einem Testament (s. Vogt, Mainzer Regesten, Anm. zu Nr. 2086) über die Güter, die er im Jahre 1320 den Kartäusern einräumte, noch in anderem Sinne verfügt hat.

²⁶⁾ A. a. O. §. 1. Fast wörtlich übereinstimmend (nur mit dem Zusatz: „nachher als Erzbischof“ vor „vornahm“) in „Kurzgefasste Geschichte der ehemaligen Karthaus bei Mainz“ in Schuncks Litterarischem Nachlass auf der Mainzer Seminarbibliothek.

²⁷⁾ Freilich kann man den Satz in der „Kurzgefassten Geschichte“, dass er sich nachher als Erzbischof vornahm usw. auch anders auffassen.

dies nur während seines ersten Aufenthaltes in Frankreich geschehen sein kann. Denn als er im Herbste 1306 zum zweiten male dorthin reiste, können ihm die Kartäuser keine Fremdlinge mehr gewesen sein.

Die ältesten Niederlassungen der Kartäuser in Deutschland waren die steirischen Klöster zu Seiz (nö. von Cilly) und Gairach; diese bestanden schon in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts.²⁸⁾ Die Steiermark war aber, wie auch das Herzogtum Oesterreich, seit dem Jahre 1276 im Besitze der Habsburger, und es scheint ja wohl, dass der Orden sich der Gunst des neuen Herrscherhauses erfreute. Hat doch Friedrich der Schöne, wie bereits erwähnt, im Jahre 1316 den Kartäusern zu Mauerbach in Niederösterreich eine neue Niederlassung gegründet, in der er sich übrigens auch seine Grabstätte wählte. Ein Kartäuser, der Prior Gotfrid von Mauerbach, Friedrichs Beichtvater, war es, der im Jahre 1325 die Aussöhnung zwischen diesem und König Ludwig dem Bayern vermittelte.

Nun hatte bekanntlich Peter von Aspelt seine Laufbahn, die ihn zuletzt auf den Mainzer erzbischöflichen Stuhl führte, als Leibarzt Rudolfs von Habsburg begonnen. Später war er in die Dienste K. Wenzels von Böhmen getreten, der Rudolfs Schwiegersohn war; und zu dessen Schwager K. Albrecht unterhielt Peter von Aspelt mindestens bis 1301 gute Beziehungen. Da müsste es merkwürdig zugegangen sein, wenn er nicht schon damals Gelegenheit gefunden hätte, sich über die Wirksamkeit der Kartäuser genauer zu unterrichten. Von Wichtigkeit ist auch die Tatsache, dass Erzbischof Peter sich den ersten Oberen für Peterstal, genau wie Friedrich der Schöne für Mauerbach, aus Seiz in Steiermark hat kommen lassen.

Zuletzt hat P. Norbert die Ansicht vertreten, dass Erzbischof Peter bei seinem zweiten Aufenthalt in Frankreich die Kartäuser kennen gelernt habe. Er schreibt: „Bei seinem Aufenthalt am päpstlichen Hofe zu Avignon . . hatte er den vom hl. Bruno von Köln gegründeten Orden der Karthäuser kennen gelernt. Ja wahrscheinlich hatte er die im Bistum Grenoble gelegene Grosse Kartause besucht und sich hier im Mutterhause des ganzen Ordens an den reinen Sitten und den erhabenen Gebräuchen der Mönche so erbaut, dass er für diesen Orden ganz begeistert und eingenommen war“. P. Norbert hat ganz übersehen, dass P. Clemens V., als er am 10. November 1306 den damaligen Bischof von Basel, Peter von Aspelt (1297—1306), zum Erzbischof von Mainz ernannte, noch nicht in Avignon residierte — erst im Jahre 1309 ist er dorthin übersiedelt —, sondern noch in Bordeaux, an seinem bisherigen Bischofssitze. Nun besteht ja immerhin die Möglichkeit, dass Erzbischof Peter von Bordeaux oder richtiger Villandraut aus, wohin er dem Papste um den 9. Dezember gefolgt war, nach Weihnachten 1306 die Grosse Kartause aufgesucht hat, zumal er erst am 12. März 1307 in Mainz auftaucht; aber wenn er die Reise dorthin wirklich gemacht haben sollte, so war er jedenfalls schon lange vorher für den Orden „begeistert und eingenommen.“

Geradezu unbegreiflich ist es, wie Krämer berichten kann, Peter von Aspelt habe schon im Jahre 1295 zu Basel eine „Kartause“ gegründet, „welche

²⁸⁾ Im Jahre 1101 war der hl. Bruno gestorben.

durch die Zwinglische Reform wieder einging.“ Die Baseler Kartause „*vallis Margarethae*“ ist in Wirklichkeit im Jahre 1401 gegründet worden, also volle 105 Jahre später, und Peter von Aspelt wurde erst am 21. März 1297 zum Bischof von Basel ernannt; im Jahre 1295 war er also noch kaum in der Lage, dort ein Kloster zu errichten.

II.

Wann ist die Kartause Peterstal nach dem Michaelsberg bei Mainz verlegt worden, und aus welchen Gründen wurde sie verlegt? In einer Urkunde vom 7. Juli 1322 spricht Erzbischof Mathias, der Nachfolger des Erzbischofs Peter, mit klaren Worten davon, dass „die frommen Leute, Br. Johannes und seine Mitbrüder vom Kartäuserorden, von dem Platz, gen. Neuhaus, bei Scharpenstein, ihrer neuen Niederlassung, zu einem besser gelegenen Orte überzusiedeln wünschen“. Er beauftragt drei Domkanoniker, sich nach einem für die Brüder passenden Platz umzusehen und ihnen dabei ihren Rat und ihre Hilfe angedeihen zu lassen.²⁹⁾ Am 20. Dezember 1322 erklärt das Domkapitel: Da die Kartäuser die Absicht hätten, an einen anderen Ort, nämlich in der Nähe von Mainz, überzusiedeln, so gebe das Kapitel zu der geplanten Verlegung (*translacioni faciente*) seine Zustimmung.³⁰⁾ Am 20. Januar 1323³¹⁾ schenkten der *Heinricus filius quondam Craiftonis sculteti Moguntini*, der *Petrus Lapicida* und zwei ihrer Genossen den Brüdern einen Acker, *supra Filzbach prope viam, ubi itur ad ecclesiam S. Victoris*, und Weinberge, *sitas superius in loco Filzbach extra muros Maguntie in littore Reni*.³²⁾ Am 16. April 1323 berichten sodann die drei Domkanoniker, die Erzbischof Mathias am 7. Juli 1322 beauftragt hatte, den Brüdern beim Aufsuchen eines geeigneten Platzes behilflich zu sein: Die Brüder hätten einen solchen auf dem Michaelsberg bei St. Alban vor Mainz gefunden und schickten sich an (*satagunt*), sich dorthin zu begeben.³³⁾ Als schliesslich am 18. Januar 1324 die Mainzer weltlichen Richter den Brüdern die Schenkung vom 20. Januar 1323 bestätigten, konnten sie diese bereits als die *religiosi viri fratres ordinis Cartusiensis extra muros Moguntie prope monasterium s. Albani commorantes* bezeichnen.³⁴⁾ Es steht also wiederum unumstösslich fest, dass die Uebersiedelung der Kartäuser von Peterstal nach Mainz in der Zeit vom 16. April 1323 bis zum 18. Januar 1324 erfolgt ist. Angesichts dieser Tatsache ist der Wirrwarr von unrichtigen und halbrichtigen Angaben über die Zeit dieser Ueber-

²⁹⁾ Vogt, Mainzer Regesten Nr. 2338.

³⁰⁾ Ebenda Nr. 2399, wo aber „*proponunt*“ falsch übersetzt ist.

³¹⁾ Siehe auch Bodmanns Abschriften (Darmstadt St.-A., V B 3, Konv. 346 fasc 2 fol. 85), woselbst eine Nachahmung Bodmanns; vgl. Wagner, Die vorm. geistl. Stifte 2, 179 = Baur, Hess. Urk. 5 (1873) Nr. 268 zum 26. Januar 1323 (nach dem Original.)

³²⁾ Vogt, Mainzer Regesten Nr. 2428.

³³⁾ Damit deckt sich eine Angabe in der *Brevis annotatio* zum Jahre 1123: *Donatio agrorum, hortorum et vinearum, in quibus modo — d. h. im 15. Jahrhundert — aedificatum et claustrum et ecclesia, Mons. s. Michaelis dictus*. Siehe auch Bodmanns Abschriften (s. Anmerkung 31) fol. 36 v.

³⁴⁾ *Brevis annotatio*. Siehe auch Bodmanns Abschriften fol. 37, seine Fascimiles (am gleichen Orte) fol. 84 und vor allem die Kopie in Darmstadt St. A, Handschrift 103 (Copiar) fol. 4 v.

siedelung geradezu unbegreiflich. Aber auch hier reicht der Irrtum weit zurück. Joannis lässt die Brüder mit Rücksicht darauf, dass Erzbischof Mathias erst am 30. März 1324 die Verlegung des Klosters genehmigt hat³⁵⁾, im Jahr 1324 übersiedeln.³⁶⁾ Also eine halbrichtige Angabe mit falscher Begründung! In dem von Bodmann³⁷⁾ ausgezogenen *Elenchus* aber wird die Schenkung vom 20. Januar 1323 mit der wohl schon 1322 erfolgten Schenkung der „*pia matrona d. Catharina zum Spiegel*“ verwechselt und infolgedessen die Uebersiedelung ins Jahr 1322 verlegt. Auf ihn stützt sich Bodmann selbst: „Es ward demnach ihre Verlegung beschlossen, und weil eine fromme Bürgerin, Kath. Spiegel, aus ihrem Sacke trefflichen Vorschub leistete, die Karthause unter dem Namen „St. Michelsberg“ im Jahre 1322 dahin verlegt“.³⁸⁾ Schunck hinwiederum spricht in seinem *Breviarium* von dem Bau der neuen Karthause im Jahre 1325,³⁹⁾ P. Norbert von der Uebersiedelung im Jahre 1324. Nach Schreiber⁴⁰⁾ sind die Kartäuser „spätestens 1324 in ihr neues Heim auf dem Michaelsberge bei Mainz“ eingezogen; er trifft also hier ungefähr das Richtige. Ullrich⁴¹⁾ aber verbindet Richtiges mit Falschem und lässt die Kartäuser „schon im 2. Jahre nach ihrer Ansiedlung“, also im Jahre 1322, „aus dem Rheingau wieder abziehen“.

Ueber die Gründe, die für die Kartäuser von Peterstal bestimmend waren, nach Mainz überzusiedeln, über die Verhältnisse und Vorkommnisse, an denen ihr Versuch, sich im Rheingau niederzulassen, gescheitert ist, können wir wiederum nur aus den gleichzeitigen Urkunden zuverlässigen Aufschluss gewinnen. In der Urkunde des Domkapitels vom 20. Dezember 1322 ist die Rede von neuen Gefahren, die für die junge Niederlassung entstanden seien (*novis periculis emergentibus*), und von einigen Nachbarn, die die Brüder so sehr beunruhigten, dass sie nicht in Frieden die hl. Geheimnisse feiern könnten (*quidam eorum vicini eosdem graviter perturbantes in tantum, quod divina ibidem pacifice celebrare non possunt*), so dass sie notgedrungen (*necessitate urgente*) einen andern Ort aufsuchen müssten. In der Urkunde der drei Kanoniker vom 16. April 1323 heisst es: „Aber ein Feind säete Zwietracht, und die Brüder . . sind durch Beleidigungen und Verletzungen derartig gestört worden, dass sie sich nicht mehr so, wie es ihre Regel vorschreibt, dem Gebet und der Betrachtung widmen konnten; ja es drohte sogar nicht nur ihren Gütern, sondern ihnen selbst Gefahr“.⁴²⁾ In

³⁵⁾ Vogt, Mainzer Regesten Nr. 5512.

³⁶⁾ 2, 834.

³⁷⁾ 1, 222 note g. Vgl. übrigens auch Froning, Frankf. Chron. (1884) 17, 78.

³⁸⁾ Rheing. Altert. 1, 221; ebenso Heimbucher a. a. O. 1, 482 und Michael, 2 (1899) 68.

³⁹⁾ Vgl. Wagner-Schneider, Geistl. Stifte 2, 179.

⁴⁰⁾ A. a. O. S. 17.

⁴¹⁾ Landes- und Kirchengeschichte des Herzogtums Nassau (1862) S. 499.

⁴²⁾ Darmstadt St.-A., Handschrift 103 fol. 30.: *Verum inimico homine (?) zizaniam seminante per ambitiones et perversitates malorum, qui illos acrius persecuntur, quos ardenciores invenerint in servicio salvatoris, predicti fratres . . . in predicta domo degentes tot dampnis, iniuriis et contumeliis ibidem hactenus sunt turbati, quod secundum regulam ipsius ordinis orationi ac contemplationi insistere non valebant. Immo . . . nedum eis bonorum periculum set etiam corporum imminabat.*

der Bestätigungsurkunde des Erzbischofs Mathias vom 30. März 1324 wird nur gesagt, die Brüder, die *propter perversorum aufractus et alias urgentes causas* dort nicht so, wie die Ordensregel es ihnen vorschreibe, in Ruhe Gott hätten dienen können, hätten nun in der Nähe von Mainz einen ruhigeren Platz (*locum magis quietum*) erworben.⁴³⁾ Uebereinstimmend damit heisst es in einer späteren Urkunde des Erzbischofs Gerlach (1346—1371) vom 3. Mai 1347:⁴⁴⁾ Erzbischof Mathias habe die Kartäuser schliesslich (*tandem*) nach Mainz verpflanzt, *ut Deo quietius possent famulari*.

Nach allen diesen Aeusserungen will es mir scheinen, dass für den Entschluss der Kartäuser, ihren bisherigen Wohnsitz aufzugeben, in letzter Linie nichts anderes bestimmend war, als Besitzstreitigkeiten mit gewissen Nachbarn — Bodmann mag recht haben, wenn er dabei an die Burgmannen von Scharfenstein denkt. — Streitigkeiten, die den Mönchen die für ihre religiösen Uebungen unerlässliche Ruhe und Sammlung raubten. Alles, was über diese Erklärung hinausgeht, halte ich für Phantasie. Und wenn wirklich, wie Bodmann⁴⁵⁾ berichtet, bereits in der verschollenen Handschrift des 15. Jahrhunderts: *de ortu et progressu domus Carthusiae montis s. Michaelis prope Moguntiam* „die Ausweichung der Karthause vom Petersthal auf das bestialische Verfahren der Scharfensteiner“, das „gehörig zu schildern“ der Chronist „nicht Worte genug zu finden wusste“, zurückgeführt wurde, so war eben schon damals der wahre Sachverhalt entstellt.

Jedenfalls ist m. E. die Darstellung des *Elenchus* rundweg abzulehnen. Dieser erzählt nämlich: *Anno (1320) et sequentibus vel maximas illi sustinere persecutiones, praecipue a nobilibus de Kindeshausen . . . et aliis illustrioris stemmatis, quorum venandi libertas per novi monasterii structuram impediri videbatur. His itaque instigantibus, licet notabile quid exstructum non fuisset, rustici, quicquid de die laboratum fuisset, nocte demoliebantur, sicque, cum officia divina peragere non valerent, emigrare inde potius elegerunt*. Bodmann übersetzt diesen lateinischen Text folgendermassen in unser geliebtes Deutsch: „So lange der Stifter lebte, mag das alles ruhig gewesen sein; kaum aber war dieser tot — 1320 —, so brachen rings um die Karthause solche Unruhen aus, dass den Mönchen ein längeres Dortbleiben schlechtweg unmöglich fiel. Der Rheingauer Adel konnte es nicht verschmerzen, dass ihm Erzbischof Peter dort die Jagd entzogen hatte, und setzte sich mit lärmendem Getöse wieder in ihren Besitz; was aber das Aergste war und die Urkunden verschweigen, wohl aber häusliche Berichte melden, geschah von den benachbarten Scharfensteinern, mit deren tollem Ritter- und Fehdegeiste ein stilles und sanftes Aszeteninstitut in der Nähe

⁴³⁾ Damit vergl. man den Bericht der *Brevis annotatio*. Nach dem Tode des Erzbischofs Peter bitten danach die Väter seinen Nachfolger Mathias, *quatenus auctoritate sua propter perversorum aufractus aliasque urgentes causas possent ad alium locum diocesis Moguntinae magis pacificum se transferre*. Die genannten 3 Kanoniker hätten nicht geringe Mühe aufgewandt, um einen geeigneten Platz für sie ausfindig zu machen (*locum pro patribus nostris magis pacificum et aptum, in quo Deo secundum statuta et professionem quiete famulari possent*.)

⁴⁴⁾ Darmstadt St.-A., Handschrift 103 (Copiar) fol. 4 Nr. 12; Abschriften Bodmanns in Darmstadt St.-A., Handschrift 70 10 fol. 35 und 55.

⁴⁵⁾ Rheing. Altert. 1, 153 Note g.

freilich sehr abstach und unverträglich war“.⁴⁶⁾ An anderer Stelle⁴⁷⁾ meint freilich Bodmann, die Haupttriebfeder der nachgesuchten Versetzung sei doch wohl der Umstand gewesen, dass „die so abgesonderte Lage den Karthäusern selbst nicht anstehen konnte“; vielleicht hätte der Platz ihnen von vornherein nicht „behagt“ und sei der Jagdlärm nur „ein plausibler Vorwand zur Emigration“ gewesen.⁴⁸⁾ Dagegen schliesst sich P. Norbert wieder eng an den *Elenchus* an. Die Ritter der Nachbarschaft hätten äusserst lärmende Jagden abgehalten und die friedlichen Bewohner des Peterstales zu sehr in ihren Uebungen der Frömmigkeit gestört; ja selbst die benachbarten Bauern hätten die Einsiedler nicht in Ruhe gelassen.

Ebensowenig ist natürlich auch die von Bodmann⁴⁹⁾ bereits abgelehnte „Volksmeinung“ richtig, „die Karthaus seye wegen Unverträglichkeit mit dem nahen Eberbach nach Mainz versetzt worden, weil beiden Klöstern, wegen gemeinschaftlicher Abstinenz vom Fleische, durch ihre Nachbarschaft die Fische zu rar und theuer geworden seien“. Diese Volksmeinung ist schon deswegen falsch, weil die Kartäuser so schrecklich viel Fische gar nicht essen.

Der Kartäuserorden ist ja wohl der strengste kirchliche Orden; auch heute noch, obwohl die Vorschriften, die der fünfte Prior der Kartäuser, der im Jahre 1137 gestorbene Guigo, dem Orden gegeben hat, die *Consuetudines Chartusiae*, nicht mehr mit der ursprünglichen Strenge durchgeführt werden. Die Kartäuser beobachten auch heute noch das grosse Fasten, das am 14. September beginnt und ununterbrochen bis Ostern andauert; freigegeben sind nur die Sonntage und einige Feste ausserhalb der Adventszeit und der sogenannten 40tägigen Fasten. Die „Religiösen“ erhalten in dieser ganzen Zeit nur eine Mahlzeit; höchstens ist es ihnen gestattet, am Abend zu ihrem Schoppen Wein, den sie indessen nicht ungemischt trinken dürfen, ein Stück Brot zu nehmen. Dabei ist ihnen jeder Genuss von Fleisch und Fett verboten. Die Enthaltensamkeit von Fleisch und Fett erleidet niemals eine Ausnahme, auch nicht in Zeiten der Krankheit; sie ist das Schibboleth des Kartäuserordens. „Eier, Käse, Gemüse, Milch, und Mehlspeisen — man denke an die Kartäuserklöster! — sind unsere gewöhnliche Nahrung, zuweilen Fische, nie Fleisch oder Fleischbrühen“; so steht in den *consuetudines* zu lesen. Zu bestimmten Zeiten fallen aber auch die Milch- und Mehlspeisen aus, und es bleibt nur Wasser und Brot.⁵⁰⁾ Doch wie dem auch sei, der Fische wegen hätten jedenfalls die Kartäuser, trotz der Nähe von Eberbach, ruhig im Rheingau bleiben können; und man muss sich wirklich wundern, dass, wenn wir Bodmann Glauben schenken dürfen,⁵¹⁾ ihm diese

⁴⁶⁾ Ebenda 1, 220.

⁴⁷⁾ Ebenda Anm. f.

⁴⁸⁾ Im Widerspruch damit sagt er auf S. 153: „Der Jagdlärm allein, den man als Grund angeben will, mag demnach nur ein Nebenattribut dieser Herren (von Scharfenstein) gewesen sein“.

⁴⁹⁾ S. 222 Anm. g.

⁵⁰⁾ Reichenlechner, Der Karthäuserorden in Deutschland (1885); Hubert Schmitz, Die Karthäuser in Deutschland (1899).

⁵¹⁾ *Ad Chron. Carthusiae Mog. Ex hist. mista (= manuscripta) D. Hermannii Bär Eberbach.* (Darmstadt St.-A., V B 3, Konv. 346 fasc. 2 fol. 88-99).

„irrige Meinung“ selbst von einem Kartäuser zu Ohren gekommen ist. Uebrigens darf hier auch darauf hingewiesen werden, dass nach H. Bär⁵²⁾ seit dem Jahre 1312 in Eberbach u. a. auch Häringe gegessen wurden. Der Häring fing also an, dem Rheinsalm Konkurrenz zu machen; von einer Fischnot konnte kaum mehr die Rede sein.

Es gibt aber noch eine irrige Meinung, die ich hier zurückweisen möchte. „Dieses Kloster“, so schreibt Ullrich in seiner Landes- und Kirchengeschichte des Herzogtums Nassau (1862)⁵³⁾ von dem Kloster Peterstal, „konnte jedoch zu einem rechten Gedeihen nicht kommen; der Rheingau war schon mit 7 andern Klöstern gesegnet, und da den Carthäusermönchen vom Erzbischof auch noch Waldung als Eigenthum zugewiesen ward, welche bisher die jagdlustigen Junker im Rheingau benutzt hatten, so wurden letztere über die neuen stummen Ankömmlinge, die sich geisselten und zur Ertödtung der Sinnlichkeit jährlich 5 mal zur Ader liessen, so erbittert und fügten denselben so viele Neckereien zu“ usw. Die Kartäuser sind in Wirklichkeit nicht stumm. „Ein beständiges Stillschweigen wollte der Stifter des Ordens nicht; auch gibt es bei ihnen keine Zeichensprache“. „Sonntags zwischen Non und Vesper⁵⁴⁾ haben sie ein Colloquium“; endlich machen sie jede Woche einen gemeinsamen Spaziergang (von gewöhnlich 3½ Stunden)⁵⁵⁾ auf dem natürlich auch nicht geschwiegen wird. Ueberhaupt sind über die Kartäuser mancherlei falsche Meinungen verbreitet. Es ist z. B. nicht wahr, dass sie selbst ihr Grab graben, indem sie täglich eine Schaufel Erde davon hinwegnehmen; auch nicht, dass sie nur den einen Gruss kennen: *Memento mori!* Wenn sie sich zur Ader lassen, so geschieht das nicht zur Ertödtung der Sinnlichkeit, sondern um schädlichen Wirkungen der sitzenden Lebensweise vorzubeugen. Eine Abtötung, und zwar keine geringe, soll dagegen das alle 50 Tage vorzunehmende Rasieren des Kopfes sein; die eigentlichen „Religiosen“ haben nämlich das Haupt ganz kahl geschoren und tragen keinen Bart. Gar nicht zu reden von der plötzlichen Unterbrechung des Schlafes! Von 10 oder 10½ Uhr abends an werden 4 bis 5 Stunden dem Gebete und der Betrachtung gewidmet. Wem seine Nachtruhe lieb ist, wer nicht darauf verzichten kann, der kann nicht Kartäuser werden.

III.

Als die Kartäuser im Jahre 1323 (oder ganz zu Anfang 1324) nach Mainz übersiedelten, liessen sie im Rheingau doch auch Freunde zurück. Ein Beweis dafür ist eine dem Kloster einige Jahre später gemachte Schenkung, die dann allerdings wieder rückgängig gemacht werden musste. Am 24. Februar 1337 wurde zu Lorch in der Wohnung des Schöffen Reynold in Gegenwart des ganzen Schöffenkollegiums folgender notarielle Akt vollzogen: Der damalige Schultheiss von Lorch, Ritter Heinrich „Glymendal“, schenkte seinen Hof in Lorch und die um Lorch liegenden Weinberge samt aller beweglichen und unbeweglichen Habe für das Seelenheil seiner Eltern und Ahnen den Mainzer

⁵²⁾ Dipl. Gesch. der Abtei Eberbach, herausgegeben von Rossel 2, (1858) 371 Anm. 16.

⁵³⁾ S. 499.

⁵⁴⁾ Kirchliche Tageszeiten.

⁵⁵⁾ Schmitz a. a. O.

Kartäusern, indem er dem Herkommen gemäss durch Ueberreichung eines Halmes (*per porrectionem calami, ut ibidem moris est*) feierlich darauf Verzicht leistete. Der anwesende Unterschultheiss von Lorch, Hennekin gen. Lör, setzte den Prior Bruder Emercho (*similiter per calamum cum sollempnitate debita et consuetudine*) in den Besitz der neuen Erwerbungen, die der bisherige Besitzer hierauf den Brüdern auf Lebenszeit gegen einen jährlichen Zins von einem Pfund Wachs abmietete. Die Brüder übernahmen als Gegenleistung die Verpflichtung, täglich 3 Messen *ultra missas, quas consueverunt alias celebrare*, in ihrem Kloster *cum derotione debita* zu lesen und dabei des Schenkers, seiner Eltern und Voreltern und besonders des Erzbischofs Baldewin von Trier (*qui huiusmodi negocium multum promovit*) zu gedenken. Interessant ist es, dass Heinrich von Glimmental dabei den Wunsch äusserte, es möge über seine Schenkung ausser der lateinischen auch noch eine Urkunde (*una litera*) in deutscher Sprache ausgestellt werden (*in vulgari conficeretur et conscriberetur*), die dann ausser ihm auch Erzbischof Baldewin und die Gemeinde Lorch (*universitas ville Lorchen*) besiegeln sollten. Ueber das Ganze nahm der Notar *Ulricus quondam Marquardi de Frisinga, commorans Moguntie* einen Akt auf.⁵⁶⁾ Heinrich von Glimmental starb nicht viel später; jedenfalls weilte er am 5. Juli 1339 nicht mehr unter den Lebenden.⁵⁷⁾ An diesem Tage verbriefte nämlich Erzbischof Heinrich von Virneburg zu Eltville einen Vergleich, der unter seiner persönlichen Vermittelung zwischen den „geistlichen luden dem Prior und dem Convente Carthusiers Ordens des huses Mentze“ einer- und dem Ritter „Frydrich genant Hepe“, sowie „Künen von Glymendal“, seinen Mannen, und den anderen Ganerben „ewilen Heinrichs von Glymendal“⁵⁸⁾ zustande gekommen war. Der Erzbischof, auf den beide Parteien „der mynne und des rechten“ gegangen waren zur Schlichtung ihrer „zweyunge und missehellunge“ um das liegende Gut in der Mark Lorch, entschied, dass sie „dasz selbe güt glich mit einander sullen deylen halp und halp jeder partyen“.⁵⁹⁾ Nach dieser Entscheidung glaubten nun die Kartäuser, auch die übernommene Verpflichtung bezüglich der täglichen 3 Messen ablehnen zu dürfen. Mit Zustimmung des Erzbischofs Heinrich von Virneburg und des Priors der Kartause wurde der betreffende Artikel dahin abgeändert und eingeschränkt, dass alljährlich, von seinem Sterbetage an, ein „*tricennarium perpetuum*“ stattfinde, und zwar erstens deswegen, weil ihnen die Hälfte der von Heinrich von Glimmental stammenden Güter entrissen sei (*ablata et abstracta*) und sie ausserdem dem Erzbischof Heinrich „*ratione compositionis inter nos et eosdem suos cognatos nostros adversarios per ipsum facte*“ 100 Pfund Heller hätten entrichten müssen, und zweitens, weil der Orden eine

⁵⁶⁾ Darmstadt St.-A., Handschrift 103 fol. 61 Nr. 179. Die deutsche Urkunde, die Erzbischof Baldewin tatsächlich besiegelte, siehe fol. 61 v. Nr. 180.

⁵⁷⁾ S. Bodmann, Rheing. Altert. 1, 315 Note e.

⁵⁸⁾ „Heinrich von Glymendal“ hatte früher (Donnerstag in der Osterwoche 1333, siehe Handschrift 103 fol. 94 v. Nr. 178) bestimmt, dass falls er sterben sollte, ohne über sein ererbtes Gut verfügt zu haben, „seine Geschwisterkind, weltlich und geistlich, Priester und Nonnen, gleich erben“ sollten. Doch behielt er sich vor, bei Lebzeiten zu seinem Seelenheil selber darüber zu verfügen (*enweg zu setzen*).

⁵⁹⁾ Darmstadt St.-A., Handschrift 103 fol. 62 Nr. 182; auch Bodmann-Habel (Handschrift 70, 10 fol. 7 v.)

solche Verpflichtung und Belastung des Hauses unter keinen Umständen billigen könne (*admittere neque sustinere*).⁶⁰⁾ Doch nicht nur ein Teil der Schenkung war auf diese Weise den Kartäusern entgangen. Man hat ihnen sogar mit Rücksicht auf die Schenkung Heinrichs von Glimmental den Vorwurf der Simonie gemacht, so dass sie genötigt waren, sich zu verteidigen und zur Wehr zu setzen. Im Jahre 1341 erklärten dann schliesslich 4 Herren, der Johanniterbruder mag. Dilmann, der Dominikanerbruder Lector Hermann, der Cantor mag. Heinrich und der Kanoniker mag. Engilbert von St. Marien *ad gradus* in Mainz, dass sie die Urkunde Heinrichs von Glimmental geprüft (*iuxta theologie et iuris doctores*) und keinen Makel der Simonie in ihr entdeckt hätten.⁶¹⁾

Auch der Besitz der Rheinau, die Erzbischof Peter ihnen im Jahre 1320 überwiesen hatte, ist den Kartäusern streitig gemacht worden und zwar von den Benediktinerinnen zu Altenmünster in Mainz. Der Streit scheint sich durch Jahre, ja durch Jahrzehnte hingezogen zu haben. Noch im Jahre 1360 wurde in der Angelegenheit eine Reihe von Zeugen vernommen. Den Aussagen dieser Männer, die uns in einer Abschrift Bodmanns⁶²⁾ vorliegen, können wir einige nicht uninteressante Einzelheiten entnehmen; der eine der beiden Notare, die die Aussagen protokollierten, ist übrigens wiederum der obengenannte Ulrich von Freisingen.

Ein Zeuge, der Fischer Peter gen. Knodt aus Mainz, behauptete, er könne sich noch ganz gut erinnern, dass die Insel noch nicht bestanden habe und dort, wo jetzt die Insel liege, nichts zu sehen gewesen sei als reines Wasser (*pura aqua*)⁶³⁾.

Heinrich, Sohn der Cristine, früherer Schultheiss von Oestrich, jetzt Schöffe, wusste von Hörensagen folgendes zu berichten: Als die strittige Insel (*insula litis*) aus dem Rhein herauswuchs, da habe ein gewisser Heilmann, gen. Lysinman, aus Hallgarten, der damals im Dienste der Nonnen von Altenmünster stand, mit anderen Bediensteten aus Budenheim — dort hatten die Nonnen einen Hof — sich daran gemacht, den aus dem Rheine hervorragenden Sandhaufen (*acervum seu cumulum*), um daraus eine Insel zu machen, zu bepflanzen (*plantaverunt et stipaverunt . . . salicibus arboribus et fustibus cum virgultis*). Als aber Erzbischof Peter (1307—1320) dies erfahren, habe er Anspruch auf die Anschwemmung erhoben und seine Beamten (*officiati*) und Schiffer in Walluf beauftragt, diese in seinem Namen zu bepflanzen. Nachdem sodann Erzbischof Peter die Insel einige Jahre im Besitz gehabt, habe er sie (*ob anime sue remedium*) den Kartäuserbrüdern geschenkt.

Ein anderer Zeuge hatte früher einmal erzählen hören, dass der öfters genannte Heilmann, ehe er begann, die Insel zu bestocken, folgende oder doch ähnliche Worte gesprochen habe: *Ego in nomine patris et filii et spiritus*

⁶⁰⁾ Fol. 61 v. Fussnote zu Nr. 180.

⁶¹⁾ Darmstadt St.-A., Handschrift 103 (Copiar) fol. 62 Nr. 181.

⁶²⁾ Darmstadt St.-A., V B 3, Konv. 347. fasc. 1. (Rotulus testium); siehe auch Rheing. Altert. 1, 49 u. 51 ff. u. Vogt, Mainzer Regesten Nr. 2175.

⁶³⁾ fol. 12 v.

sancti et dominarum sanctarum Bilhildis^{63a)} *et Alheidis patronarum in Waldaffen planto et firmo istam insulam, ut crescat et utilis fiat dominabus meis et eorum monasterio.*⁶⁴⁾

Der Schultheiss und Schöffe Richwin in Heydesheim sagte aus: Erzbischof Heinrich von Virneburg (1337—1353) habe Ansprüche auf die Insel erhoben. Dann aber habe er sich durch den verstorbenen Heilmann, gen. Lysinman, von Hallgarten, den Wigelo von Budenheim und den Schiffer Volkard von Walluf und einen Fischer, von denen jeder 100 Jahre zählte, davon überzeugen lassen, dass er keinerlei Recht an der Insel besitze. Der Zeuge behauptete, er sei zugegen gewesen, als der Erzbischof daraufhin auf der Burg zu Eltville (*in castro Eltvil*) von seinem Anspruche zurückgetreten sei.⁶⁵⁾

Alles in allem waren die Aussagen der Zeugen den Kartäusern nicht günstig; sie scheinen auch hier den kürzeren gezogen zu haben. Bodmann merkt von sich aus noch an, Erzbischof Gerlach (1347—1371) habe zu Anfang seiner Regierung die Ansprüche seines Vorgängers Heinrich von Virneburg noch einmal erneuert — ob vor oder nach 1360, ist nicht ersichtlich. Da seien 4 Männer zu ihm nach Aschaffenburg⁶⁶⁾ gekommen und hätten es auf ihren Schöffeneid genommen, dass er auf die Insel keinen Anspruch habe.

Schunck⁶⁷⁾ berichtet, dass diese Insel „nachher“ vom Rheine wieder verschlungen worden sei. Wann mag das geschehen sein? Jedenfalls beruht die Vermutung von Schreiber, dass unsere Insel identisch sei mit der auf der Karte des Rheingaus vom Jahr 1575⁶⁸⁾ „vor dem Dorfe Heidenheim gegenüber Hattenheim und Erpach“ eingezeichneten „Kartäuser Auw“, auf einem Irrtum. Gemeint ist zweifellos die dem linksseitigen Ufer ganz naheliegende „Alt Münster Auw“ bei Budenheim. Im Jahre 1575 hatte also diese der Rhein noch nicht verschlungen. Die Au bei Heidesheim aber ist vermutlich eine spätere Erwerbung des Mainzer Klosters.

IV.

Spätere Erwerbungen sind auch zwei andere Rheinauen, die zwar nicht im Rheingau liegen, sondern in der Nähe von Mainz, auf die ich aber hier, trotzdem ich damit den Rahmen meines Themas⁶⁹⁾ überschreite, noch hinweisen

^{63a)} Ich verweise hier auf den Aufsatz über die hl. Bilhildis in Schuncks Beiträgen zur Mainzer Geschichte 1, 137. Sie hatte ihr liegendes Gut dem von ihr gestifteten Kloster Altenmünster hinterlassen (a. a. O. S. 142).

⁶⁴⁾ fol. 14.

⁶⁵⁾ fol. 10.

⁶⁶⁾ Gerlach ist in Aschaffenburg am 12. Januar, vom 21. bis 25. Januar, vom 21. April bis 2. Mai, vom 28. Juli bis 10. August, am 31. August und am 10. und 15. Oktober.

⁶⁷⁾ Breviarium § 2.

⁶⁸⁾ Siehe Nass. Annalen 17 (1882) 34 und Tafel I.

⁶⁹⁾ Zu erwähnen wäre noch eine „*Donatio super vinea*“ in Lorch vom 8. Januar 1351, (Darmstadt St.-A., Handschrift 70/10 fol. 60 = Handschrift 103 fol. 61 v. Nr. 184); ferner ein Kauf vom Jahre 1370. In diesem Jahre erkaufte die „Carthause“ von Junker Wilhelm von Scharfenstein und Cuno von Glimmental einen Hof zu Flörsheim mit Gütern und Zinsen für 1060 fl. (Roth, *Fontes 1*; Krämer, Fortsetzung der Auszüge aus der Chronik der Mainzer Kartaus fol. 2.). Die Urk. vom 8. Januar 1351 ist ausgestellt von dem Notar „*Eridericus de Glymental, clericus Mog. diocesis*“ . . . Schenkerin ist die „*discreta matrona Katherina dicta boparten begina der Lorchen*“. Den Weinberg (*sitam in territorio dicto Conradiskirchen prope vineas domini Voltzonis militis in der bornygassen*) übernahm der „*discretus vir Gotsmannus de Lorchen colonus et inquilinus ac procurator curie dominorum prioris et conventus Cartusiensis in Lorche*“.

möchte. Im Jahre 1336 schenkt der Kleriker Conrad, gen. Rosendal, von Bingen⁷⁰⁾ der Mainzer Kartause $\frac{1}{8}$ der Au bei Biebrich, dazu seine Güter in Flörsheim und sein Haus, gen. zur Hölle, in der Salzgasse zu Bingen.⁷¹⁾ Und noch etliche Jahre später ist der Besitz der Mainzer Kartäuser um die Petersau bei Kastel erweitert worden.

Auch die Petersau⁷²⁾ war lange Zeit stark umstritten. Allem Anschein nach haben zunächst die Grafen von Nassau sie vom Reiche zu Lehen getragen. Am 8. Februar 1360 war es; da versammelten sich „an der seiten Reins, obendig der Bache, dy da heist die Saltza, uff dem sandt, der da heist der Saltsandt“, die Schultheissen und Schöffen von Wiesbaden, Mosbach, Schierstein, Auringen und Kloppenheim, Naurod, Bierstadt und Rambach und Erbenheim und verkündeten, dass kurz zuvor — am 31. Januar — Graf Adolf von Nassau und die Freunde von dessen Bruder, Graf Johann von Merenberg, „zu Wispaden am offen Gericht“ sie auf ihren Eid, den sie „under dem scheffen stuhl gethan hätten“, gefragt hätten „nach iren grefflichen Rechten. nach ire grafschafft und nach allen iren herschafften uff diese seitten der hohen- und sie auf ihren Eid „gedeilt“, d. h. geantwortet hätten. Da heisst es nun wörtlich: „Auch erkennen wir, die virzehen scheffen und die gemein gantz zu Mosbach und zu Biebergh sunderlichen, daz dy vorgeanten unsere hern uns fragten uf unsern eidt, was uns kunthlich were umb dy auhen. dy da heist dy saltz auwen sand, der sich dy carthuser zu Mentz underzigen“. Darauf hätten sie geantwortet, „daz wir, dy vorgeanten gemeinden, dy vorgeante auwe alwegen gehapt han geruwiglich von genaden unsern vorgeanten hern und ir altern, und niemant anders sich der auwen underzogen bit an dy zeit. daz der Erwardig her her Henrich der altbischof zu Mentz⁷³⁾ krigen wart mit unserm hern von Mentz, ytzund Ertzbischoff Gerlach⁷⁴⁾, und mit seinem vatter, unserm hern grave Gerlach“. Der Streit um das Erzbistum zwischen Heinrich von Virneburg und Gerlach von Nassau nahm bekanntlich seinen Anfang im Jahre 1346 mit der Absetzung Heinrichs und der Erhebung Gerlachs, der von seinen nassauischen Verwandten nachdrücklich unterstützt wurde. Infolge dessen fielen Heinrichs Anhänger im Jahre 1347 plündernd und verwüstend ins Nassauische ein. „Zu der Zeit“, so fahren die Wiesbadener und Mosbacher Schöffen fort, „wart uns dy auhe mit gewalt entfurt, als wole als daz fare zu Bieberg, daz unsre hern und ir eltern von dem reich zu

⁷⁰⁾ Man vergl. über ihn Darmstadt St.-A., Handschrift 103 fol. 61 v. Nr. 163 zum 11. April 1339, ferner Nr. 164. Am 31. Mai 1366 nennt er sich: *presbiter, vicarius ecclesie Maguntin-* (ebendort Nr. 165).

⁷¹⁾ Roth, *Fontes* 1, 20 Nr. 12; Krämer, *Forts. der Auszüge* fol. 2.

⁷²⁾ Ich verweise auf einen handschriftlichen Aufsatz von Schunck (Geschichte von Kastel und der Petersau) Nr. 16 in seinem litterarischen Nachlass auf der Mainzer Seminarbibliothek, der indessen kein ganz klares und einwandfreies Bild gibt.

⁷³⁾ Heinrich von Virneburg 1328—1354.

⁷⁴⁾ Gerlach von Nassau 1346—1371.

⁷⁵⁾ 1298—1361. Er trat im Jahre 1344 die Regierung an seine Söhne Adolf (1361 bis 1370) und Johann (1361—1371) ab.

lehen hatten und noch hand, daz sy mit gewalt vertriben, dy schiff zerhiewen und uns wund schlugen und fingen“.⁷⁶⁾

Die Fähre zu Biebrich hatte K. Ludwig der Bayer am 1. Juni 1336, bei einer persönlichen Anwesenheit in Sonnenberg, dem Grafen Gerlach, seinem „lieben Schwager“, für sich und seine Erben verliehen.⁷⁷⁾ Demgemäss wird denn auch in dem Weistum vom 4. Juni 1353⁷⁸⁾ dieses Recht ausdrücklich erwähnt. „Auch theylett man uns, das niemant hie diesseit Waldes, in unsem Landte keine schefferey haben soll, ohn unse Laube, ußgescheidten die von dem Neuencloster, die zu der Armen Ruhe ein schefferey haben mogent, mit einer zell“. Und als im Jahr 1360 die Zeugenvernehmung wegen der Budenheimer Au stattfand, da bekundete ein Mainzer Kartäuser, Bruder Conrad *presbiter de Fritzlar*,⁷⁹⁾ er habe bestimmt sagen hören (*se bene intellexisse ex relatione*), dass die Grafen von Nassau das Recht hätten, mit einem kleinen Schiffe (*cum una parva navi*) nach Biebrich über den Rhein zu fahren (*dominium navigandi per latitudinem Reni, versus Byburg*), aber nur einmal in der Woche, nämlich am Tage des Mainzer Marktes.⁸⁰⁾ Jetzt aber, nach dem Ueberfall der Virneburger, hat König Karl IV. am 27. Juli 1348 von Passau, nicht von Nassau aus, wie bei Dahl⁸¹⁾ zu lesen ist, — übrigens im Beisein des Erzbischofs Gerlach —, den Grafen von Nassau das Privileg Ludwigs des Bayern erneuert.⁸²⁾

Was aber die Au selber betrifft, so scheint sie doch tatsächlich, für einige Jahre wenigstens, den Nassauern verloren gegangen zu sein. Am 15. Oktober 1347 verkauften nämlich der Schultheiss Wigand und die Gemeinde von Castel „ir auwe, die da heisset das Wert, die gelegen ist obwendig der Sulza“, um 100 Pfund Heller dem Prior der Mainzer Kartäuser, Ludwig von Echternach (1337—1342)⁸³⁾. Wie es dabei zugeht, wird uns in einem Notariatsinstrument,⁸⁴⁾ (wieder von der Hand des „Johann, Ulriches Son von Frisingen, ein *publicus schreiber zu Mentze*“) ausführlich erzählt. Der Schultheiss lässt sich von dem Budel der Gemeinde Castel einen Halm überreichen

⁷⁶⁾ Wiesbaden St.-A. (V 7, Oberamt Wiesbaden; Bruchstück eines Copiars, der Urk. vom 11. Sept. 1366 beigelegt, fol. 11).

⁷⁷⁾ Ebendort: *Littera Cesaris de transnavigacione habenda in Bieburg* 1336. Der Kaiser verleiht ein ewiges urcar ze biburg über Reyn unde hinwider über ze varen.

⁷⁸⁾ Schliephake, Gesch. von Nassau 2 (1867) 221.

⁷⁹⁾ Er erscheint am 27. April 1365 als „Bruder, Scheffen und Furmunder des Priors“ (Darmstadt St.-A., Handschrift 103 (Copiar) fol. 65 Nr. 187; Wiesbadener St.-A., V 7, Copiar fol. 9.

⁸⁰⁾ Darmstadt St.-A., V B 3, Konv. 347 fasc. 1 (*Rotulus testium*) fol. 6 v.

⁸¹⁾ Rhein. Archiv 14 (1814) 252.

⁸²⁾ Er war aus dem Mainzer Kloster hervorgegangen, war dann Prior in Trier und als solcher der Helfer und Ratgeber des P. Joh. Neuenzell, des Stifters der Beatus-Kartause bei Koblenz (1331). Später kehrte er nach Mainz zurück. Er wird gerühmt als ein *vir praecipuae industriae et sanctitatis*. Nach Schunck, Kurzgefasste Gesch. S. 3 und *Breviarium* § 6 hat es sich nur um den unteren Teil der Au gehandelt; ebenso „Zur Gesch. von Kastel und der Petersau“.

⁸³⁾ Böhmer-Huber, *Regesta imperii* VIII Nr. 723.

⁸⁴⁾ Baur, Hess. Urkundenbuch 3 (1863) 290 Nr. 1206. Vergl. auch Schunck, *Breviarium* § 6; Krämer, *Excerpta ex chronico Cartusiae prope Moguntiam* fol. 4; Roth, *Fontes* 1, 21 Nr. 17.

und gibt ihn dem Schaffner und Conventsbruder Jacob Stoß „in sin Hant“. Es ward dann noch verabredet, dass Schultheiss und Schöffen von Castel „varen sulden in die stat zu Mentze und sulden gehn für den Kemmerer, den Schultheissen und für die vier werntliche Richter zu Mentze und sulden sich dere vorgeschriben ufgaben und kauffes von iren und von der gemeinde wegen erkennen“. Am 9. April 1348 wurde der Kaufbrief ausgestellt.⁸⁵⁾

Merkwürdig ist, dass Erzbischof Gerlach diesen Kauf bestätigt hat.⁸⁶⁾ Er war überhaupt ein Freund der Kartäuser. Es heisst, die Kartäuser seien die ersten gewesen, die ihn als Erzbischof von Mainz anerkannten. So hatte er schon am 3. Mai 1347 von Idstein aus ihre Niederlassung bestätigt.^{86a)} Im vorliegenden Falle aber handelte er offensichtlich gegen das Interesse seines Hauses.

Die Bestätigungsurkunde über den Kauf der Petersau ist übrigens nicht vom 11. Dezember 1359 datiert, wie Baur⁸⁷⁾ angibt. Damals wurde sie vielmehr vidimiert.⁸⁸⁾ Sie stammt also aus der Zeit von 1348—1359, höchstwahrscheinlich aus 1348; denn nach Krämer⁸⁹⁾ haben noch im nämlichen Jahr (1348) die Petersherrn in Mainz den Kauf zu entkräften gesucht, und nach Schunck haben die Kartäuser gerade gegen das Petersstift sich den Bestätigungsbrief Gerlachs erwirkt.⁹⁰⁾

Aber noch von anderer Seite wurde gegen den Kauf Einspruch erhoben. Hören wir zunächst wieder die Mosbacher Schöffen⁹¹⁾: „*Auch erkennen wir scheffen und gantz gemein vorgeant und sprechen uff unsern eidt, daz uns (= unser) her graff Adolf nach der zeit versatzten hern Georgen, hern Heinrichen und Juncker Seitzo von Lindaw daz dorf Mosbach und Bieburg mit anderen dorffern; des horten dieselben von Lindaw unser armen luden recht, daz wir zu der auhen hatten, und wolten uns helfen zu unserm rechten*⁹²⁾ und hiewen dieselb anwehe zu der zeit.“ Schunck und Krämer fanden in ihrer Vorlage, dem *Chronicon Cartusiae*, offenbar genauere Angaben vor; denn Schunck berichtet⁹³⁾: Im Jahre 1351 machten die von Lindau Anspruch darauf, liessen mit Gewalt die Bäume abhauen und das Holz hinwegführen.

Dieses gewaltsame Vorgehen der Herren von Lindau rief nun wieder den Erzbischof Heinrich von Virneburg auf den Plan. Im Jahre 1351

⁸⁵⁾ Siehe Baur, Hess. Urkunden 3 (1863) 292 Anm. 1.

⁸⁶⁾ Vigener, Mainzer Regesten 2, 1 (1913) Nr. 1232. Darmstadt St.-A., Handschrift 103 (Copiar) fol. 65 v. Nr. 189: *Vidimus* der Mainzer Richter mit dem Anfang der Urkunde Gerlachs.

^{86a)} Darmstadt St.-A., Handschrift 70/10 fol. 35, 55. (Abschrift Bodmanns, nach dessen Angabe das Original an verschiedenen Stellen von Mäusen angefressen war).

⁸⁷⁾ a. a. O. Anm. 2.

⁸⁸⁾ Wiesbaden St.-A., V 7 Copiar fol. 10 v. Siehe Vigener, Mainzer Regesten II, 1 Nr. 1232. Darmstadt St.-A., Handschrift 103 (Copiar fol. 650 Nr. 189.)

⁸⁹⁾ Excerpta fol. 4.

⁹⁰⁾ „Zur Gesch. von Kastel und der Petersau“.

⁹¹⁾ a. a. O. fol. 12 v.

⁹²⁾ S. Roth, Fontes 1, 21 Nr. 17.

⁹³⁾ „Zur Gesch. von Kastel u. der Petersau“; s. auch Krämer, *Excerpta* fol. 4.

setzte er dem Vitztum im Rheingau, Johann Marschalk dem Jüngeren⁹⁴⁾, — denn „auch das Land Rheingau regte sich“ nach Schunck⁹⁵⁾ —, ferner den Edelknechten Henne und Georg von Lindau und den Schöffen und der Gemeinde Castel einen Termin, *ut ibi discuteretur et tractaretur finaliter, sub cuius ville marchia dicta insula esset*. Geladen waren auch die Schöffen von Eltevil *et alii potiores de Ringowia*.⁹⁶⁾ Schultheiss und Schöffen von Castel behaupteten (*diffinitum fuit*), dass die Insel nach Ausweis der Grenzsteine (*sicut lapides graniciarum demonstrarent*) in der Mark von Castel liege, und daraus ergab sich (*fuit observatum*), dass sie zum Machtbereich (*de dominio*) des jeweiligen Mainzer Erzbischofs gehöre. Als darauf die Herren von Lindau und Sachverständige aus dem Rheingau und sonst hinzutraten (*ydonei de Ringowia et aliunde veniendo*), wurde ihnen an den Grenzsteinen klar gemacht (*super lapides marchiales seu graniciales demonstratum fuit et definitum*), dass die Insel von jeher zu Mainz gehört habe und jetzt „*ratione emptionis et venditionis*“ Eigentum des Mainzer Kartäuserklosters⁹⁷⁾ sei.

Von diesen Vorgängen wussten nun auch im Jahre 1360 die Mosbacher Schöffen zu erzählen.⁹⁸⁾ „*Des underwant sich bischoff Henrich und beschied des tags den von Castel und uns, daz wir von beiden seitten uns (= unsere) marg sollen beleiden; daz gingen die von Castel für, als inen daz eben quame, daz wir noch (= nach) sullen gehn uf unser ende mit den heiligen. Da wulden des bischofs frund und dy von Castel nit pleiben und erwulden uns nit lassen gehn, als uns der bischof Heinrich hat daz bescheiden*“. Indessen die Grafen von Nassau liessen sich nicht einschüchtern. Sie beriefen, wie schon erwähnt, ihre Schöffen zum 31. Januar 1360 nach Wiesbaden und liessen sich von ihnen ihr Recht auf die Au weisen;⁹⁹⁾ am 8. Februar¹⁰⁰⁾ wurde dieses Weistum auf dem Salzaustrand erneuert.^{100*)} Und auf Grund dieser Entscheidungen haben dann die Nassauer nicht nur die Petersau, sondern auch die Besitzungen der Kartäuser in Wicker und Marxheim an sich gebracht. Da griffen die kirchlichen Behörden ein.

Am 12. Februar 1356 hatte P. Innocenz VI (1352—1362) an den Erzbischof von Mainz, den Bischof von Utrecht und den Dekan von St. Severin in Köln geschrieben und sie beauftragt, die Kartäuser gegen etwaige Ver-

⁹⁴⁾ Darmstadt St.-A., Handschrift 103 fol. 61 Nr. 178: *Joh. Marschalq ein ritter von Waldecken, scholtesse zu Lorchen* (1333, Donnerstag in den Osterwochen = 8. April).

⁹⁵⁾ „Zur Gesch. von Kastel u. der Petersau“.

⁹⁶⁾ Bodmann, Rheing. Altert. 1, 503; Not. Instr. (Extr.).

⁹⁷⁾ Es handelte sich also damals nicht um Streitigkeiten zwischen den Kartäusern und der Gemeinde Castel, wie Roth, *Fontes* 1, 28 Nr. 19 und Bodmann, 1, 503 annehmen; sondern Kartäuser und Castel sind gewissermassen Verbündete.

⁹⁸⁾ a. a. O. fol. 12 v.

⁹⁹⁾ a. a. O. 12 v.: *Diese rede und teilung ist geschehen 1360 uf den freitag vor unser frawen tag purificationis*.

¹⁰⁰⁾ Freitag nach *Eeurge*.

^{100*)} Siehe darüber noch Krämer, *Excerpta* fol. 4. Mit den Tagen am 31. Januar u. 8. Februar 1360 mag es zusammenhängen, dass die Kartäuser am 11. Oktober 1359 sich Erzbischof Gerlachs Bestätigungsurkunde (von 1348) vidimieren liessen; Vigner, Mainzer Regesten II, 1 (1913) Nr. 1232.

gewaltigungen in Schutz zu nehmen.¹⁰¹⁾ Auf Grund dieses päpstlichen Mandats schrieb nun am 29. April 1360 der Dekan von St. Severin an die Pfarrer (*plebanis*) in Wispaden, Mosbach und Marxheim und an die übrigen Plebane und Viceplebane der Mainzer Diözese¹⁰²⁾: Der Prior von St. Michael in Mainz habe Klage geführt, dass Graf Adolf von Nassau, der Schultheiss in Wisbaden und die Schöffen und Gemeinden in Mosbach und Bieberg und deren Komplizen den Kartäusern in Mainz eine Insel (*sita prope Castel supra locum ubi rivulus dictus dy Saltza Renum intrat in medio ipsius Reni vel circa*) entrisen habe, (*quam idem fratres iam pluribus annis sine lite, contradictione et oppositione cuiuslibet hominis tenuerint et possederint pacifice et quiete*), und dass sie diese Insel nun schon eine Zeitlang in Besitz hätten (*aliquandiu detinuerunt et adhuc detinent occupatam*). Nicht zufrieden damit, schicke der Graf sich an, auch gewisse Besitzungen der Kartäuser in Wicker und Marxheim an sich zu bringen. Der Dekan befiehlt daher den Adressaten bei Strafe der Suspension und Excommunication, den Grafen aufzufordern, dass er innerhalb von 14 Tagen (*infra quindenam*) die Insel den Kartäusern zurückgebe. Auch sollten sie den Schultheissen, Schöffen und anderen weltlichen Richtern verbieten, auf Wunsch des Grafen (*ad comitis instanciam*) zum Nachteil (*in preiudicium*) der Kartäuser eine Entscheidung zu treffen. Gehorchen sie nicht, so sollen sie 20 Tage nach Ablauf der 15tägigen Frist zu Köln im Kreuzgang (*in ambitu*) von St. Severin vor dem Dekan sich einfinden, um sich zu verantworten.

Daraufhin mögen nun die genannten Pfarrer bei dem Grafen Adolf vorstellig geworden sein; aber sie hatten zunächst keinen Erfolg. Da schrieb am 1. August 1363 Papst Urban V. (1362—1370) an Erzbischof Gerlach von Mainz: Die Mainzer Kartäuser hätten ihm dargelegt, dass sie vor Zeiten von der Gemeinde des Dorfes Kastel (*Castelle*) eine im Rhein gelegene Insel gekauft und diese etwa 12 Jahre lang (also etwa von 1348 bis 1360) besessen hätten. Dann habe Graf Adolf, des Erzbischofs Bruder, sie ihnen mit Gewalt entrissen und besitze sie nunmehr seit mehr denn 3 Jahren (1360—1363). Der Erzbischof möge den Grafen, seinen Bruder, zur Herausgabe der Insel veranlassen.¹⁰³⁾ Den Bemühungen des Erzbischofs hatten es denn jedenfalls die Kartäuser zu verdanken, dass der Graf nachgab.

Am 13. August 1364 kam im Beisein des Erzbischofs Gerlach eine Einigung oder Sühne zustande zwischen Graf Adolf, seiner Gemahlin Margaretha und ihrem ältesten Sohne Gerlach einer- und den Kartäusern andererseits. Diese verpflichteten sich, dem Grafen 425 Gulden zu zahlen und ausserdem alljährlich „drey schub Bintweithen“ in ein bestimmtes Haus zu Biebrich zu liefern.¹⁰⁴⁾ Dafür traten die Nassauer die Au, „in dem Rein gelegen, nider-

¹⁰¹⁾ Wiesbaden St.-A., V 7, Bruchstück eines Copiars fol. 14 v.; Vigener, Mainzer Regesten Nr. 539.

¹⁰²⁾ fol. 14.

¹⁰³⁾ Vigener, Mainzer Regesten Nr. 1665.

¹⁰⁴⁾ Kopien Darmstadt St.-A. (Handschrift 103 [Copiar] fol. 65 Nr. 186) und Wiesbaden St.-A. (V 7 Oberamt Wiesbaden). Insert in Urk. Karls IV. vom 11. Sept. 1366 (Cop. des 16. Jahrh. a. a. O. und Copiar, ebendasselbst, fol. 6). Siehe Schunck, *Breviarium* und „Zur Gesch. von Kastel und der Petersau“, wo er sich auf das *Chron. Cartus. Mog. Ms.* beruft, und Krämer, *Excerpta* fol. 4; ferner Vigener, Regesten der Erzbischöfe von Mainz Nr. 185. Ich verweise auch auf die *Charta resignationis, immisionis et demonstrationis iurium, bonorum in Wicker* (Abschrift Bodmanns, Darmstadt St.-A., Handschrift 70/10 zweite Lage) vom 17. Juni 1364.

wendig des dorffs zu Castel, obwendig der saltza, etzwan genant der Wert“, an die Mainzer Kartäuser ab. Am 11. September 1366 hat König Karl IV. diese Sühne¹⁰⁵⁾ bestätigt.¹⁰⁶⁾ Karl IV. tat es, „angesehn des egenanten Priors und seines Convents andechtigkeit und ir stetes inniges gebet in got, daz sy zu allen zeitten für unser und des Richs ehr thun.“

¹⁰⁵⁾ Die Sühne, nicht den Verkauf von 1346.

¹⁰⁶⁾ Wiesbaden St.-A. V, 7 (Copiar fol. 6 u. besondere Abschrift). Siehe Schunck, *Breviarium* § 6, Kurzgef. Gesch. S. 3 und Gesch. von Kastel. Nach Schunck hat auch Erzbischof Gerlach die Sühne bestätigt und zwar im Jahre 1365. Diese Angabe dürfte auf einem Irrtum beruhen. Vermutlich stützt sich Schunck auf das Insert des Anfangs einer Urk. Gerlachs in einer undatierten Urk. Karls IV., die Johannes, Ulrichs Sohn, von Freisingen am 27. April 1365 vidimiert hat (Darmstadt St.-A, Handschrift 103 [Copiar] fol. 65 Nr. 187 und Wiesbaden St.-A, V 7, Copiar fol. 9). Ich glaube nicht, dass diese Urkunden Karls IV. und Erzbischof Gerlachs sich auf die Petersau beziehen.

Der Streit um die während des Dreissigjährigen Krieges konfiszierten Güter des Hauses Nassau-Saarbrücken.

Von

K. Pagenstecher.

Teilweise aus innerer religiöser Ueberzeugung, teilweise in der Sorge um seine und seiner Verwandten durch einen gefährlichen Feind bedrohten Lande, endlich umstrickt durch Schmeichelei des Kaiserlichen Hofes, hatte Johann Ludwig von Nassau-Hadamar den Glauben gewechselt, ohne doch seine Untertanen vor furchtbaren Kriegsnöten retten zu können.¹⁾ Nun aber, als die kaiserliche Gunst sicher zu stehen schien, glaubte er, die Zeitverhältnisse klug ausnützend, das Höchste zu erreichen, in Verbindung mit seinem Neffen alle Besitzungen des nassauischen Grafenhauses unter rücksichtsloser Verdrängung seiner Verwandten zu einer grossen Gesamtherrschaft vereinigen zu können, wie einst, als die Einzellinien noch nicht getrennt waren. In dieses furchtbare Ringen eines beutegierigen Strebertums, eines Imperialismus in nuce, — um das moderne Schlagwort zu gebrauchen — möchte ich hier einen Einblick gewähren und damit auch zugleich die Möglichkeit eines gesicherten Urteils, wie es aus der Durchsicht des vorhandenen Aktenmaterials sich ergeben muss.

Sein nächstes Ziel, die Aufhebung des fiskalischen Prozesses, hat der Graf in Wien wohl erreicht, ebenso einige Erleichterungen der Kriegslasten für seine Verwandten. Im übrigen wurde Johann Ludwig vollkommen der gelehrige Schüler seines früheren Gegners und jetzigen Partei- und Glaubensgenossen, Johanns d. J. von Nassau-Siegen. Sehr bald schon zeigten sich seine territorialen Ziele. Damals ging das Gerücht, Graf Ernst Casimir von Diez, der Statthalter von Friesland, habe sich in dänische Kriegsdienste begeben, umso direkt gegen den Kaiser zu kämpfen. Da war denn Johann Ludwig gleich bei der Hand, um sich für den Fall einer Konfiskation des Diezer Gebietes den Besitz dieses Ländchens zu sichern. Er forderte die Eventualbelehnung vom Kaiser, und als jenes Gerücht sich als irrig erwies und an ein rechtliches Vorgehen gegen Ernst Casimir nicht mehr gedacht werden konnte, liess er sich von seinem Bruder noch als grossmütigen Beschützer des Diezer Landes preisen.

¹⁾ Ueber diese mit dem Restitutionsedikt zusammenhängenden Vorgänge siehe meinen Aufsatz „Nassauisch-Oranische Wirren im Dreissigjährigen Krieg“, oben S. 67 ff.

Nun mussten dann vorläufig für einige Jahre bei beiden katholischen Herren solche Gelüste ruhen. Johann Ludwig widmete sich mit voller Hingabe der Durchführung der Gegenreformation in seinem Ländchen, liess sich zu diesem Zwecke Jesuiten aus Mainz kommen und versuchte, zum Unterhalte der Missionare wie zur Gründung einer Jesuitenresidenz sich mit Hilfe von Papst und Kaiser den Besitz der Kirchengüter in den nassauischen Landen zu erstreiten, die schon vor dem Restitutionsedikt an den Kurfürsten von Trier und die alten Orden verloren gegangen waren. Dabei blieb er in äusserlich freundlichem Verhältnis zu seinen oranischen Agnaten, die sich seiner bedienten, um gelegentlich noch weitere Vorteile zu erlangen.

Nun aber kam der grosse Umschwung, als Gustav Adolf, der Löwe vom Norden, herannahte und seinen Siegeszug bis zum Rheine ausdehnte. Da war es mit Johann Ludwigs einflussreicher Stellung vorbei; er selbst musste bei einem Besuche, den er dem Schwedenkönig in Frankfurt abstattete, manche Demütigung auf sich nehmen, um sich mit den Siegern auf guten Fuss zu stellen; sein Dillenburger Neffe aber, Graf Ludwig Heinrich, der eine besondere Kunst verstand, während der wechselvollen Kriegsjahre den Mantel nach dem Winde zu drehen, warb selbst ein Regiment für Schweden an und trat persönlich in den Kampf ein.

Für Johann den Jüngeren, der damals in den Niederlanden kämpfte, schien nun wieder die Gelegenheit gekommen, solche Lage für sich auszunutzen. In den Akten liegt ein kaiserliches Dekret vom 10. Juni 1633 vor. Wir hören darin, dass Graf Johann nach zwei Richtungen hin vorgegangen war. Er hatte zunächst den Beistand des Kaisers gegen seinen Bruder Johann Moritz erbeten, der damals im Besitze des Siegerner Landes war, und zugleich gefordert, die ihm auf die Dillenburger Erbschaft erteilte Expektanz zu konfirmieren, damit er auch im Falle eines General- oder Spezialpardons gesichert sei. Mit der kaiserlichen Antwort konnte er freilich nicht ganz zufrieden sein; wohl wurde ihm alles fiskalische Recht gegen seinen Bruder Johann Moritz und den Dillenburger Vetter Ludwig Heinrich erteilt und überlassen, aber bei einem künftigen Frieden sollte der Kaiser nicht zur Erstattung verpflichtet sein, überdies wurde befohlen, diesen Bescheid strengstens geheim zu halten. Nun schwand vollends für Graf Johann jede Aussicht, das schöne, ihm in so verlockender Nähe gelegene Dillenburger Ländchen in die Tasche zu stecken, als Ludwig Heinrich zur rechten Zeit wieder sich mit dem Kaiser aussöhnte, dem Prager Frieden 1635 beitrug und auf kaiserlicher Seite mit seinem Regiment ins Feld zog. Die Einnahme von Hanau war seine bedeutendste Kriegstat.

Aber eine herrliche Zukunft schien nun für Johann und Johann Ludwig sich zu eröffnen. Wieder wie einst zur Zeit des Restitutionsediktes wurde nun, wo der Kaiser von neuem eine grosse Partei unter Führung Sachsens und Brandenburgs für sich hatte, am Wiener Hofe der grosse Ländermarkt eröffnet. Wieder strömte dort alles zusammen, was durch devote Unterwürfigkeit unter das Erzhaus sich verdient gemacht oder gar dem Reichsoberhaupt grössere Summen vorgestreckt hatte. Nun fand man hier Belohnung für die bewiesene Tugend oder Sicherheit für die hohen, im Dienste des Kaisers gemachten Aus-

gaben. Herrliche Länder wurden ausgebaut, wie dumm wäre es gewesen, da nicht rechtzeitig sich zu melden! Standen doch grössere Reichsfürsten auf der Proskriptionsliste, wie der Herzog von Württemberg und der Markgraf Friedrich von Baden-Durlach, dazu eine Reihe von Grafen und Herren, die Grafen von Löwenstein, Erbach, Isenburg-Büdingen, Hanau-Münzenberg und Lichtenberg-Wied, Eberstein, Oettingen kalvinischen Teils, Graf Georg Friedrich von Hohenlohe, Maximilian von Pappenheim, die Herren von Freiberg zu Justingen und Oeffingen. Endlich aber alle Grafen der Linie Nassau-Saarbrücken. Alle waren beschuldigt, auf schwedischer Seite gegen den Kaiser gekämpft oder im consilium formatum gesessen zu haben. Und durch Denunziationen liess sich diese Liste ja leicht noch vermehren; wie dehnbar der Begriff des Hochverrats war, das hatte man ja schon bei dem fiskalischen Prozesse von anno 1629 schmerzlich erkennen müssen.

Die nassauischen Gebiete des Walramischen Stammes waren damals ebenso wie die des Ottonischen mehrfach geteilt. Die Gebiete jenseits des Rheins, das Saarbrückener Land, beherrschte der älteste Bruder Wilhelm Ludwig, über Wiesbaden und Idstein regierte Graf Johannes, der Weilburger Anteil war Ernst Casimir zugefallen, und der jüngste Bruder, Otto, hatte Usingen, Weilnaun, sowie Kirchheim und Stauf erhalten. In den Wirren der Kriegsjahre waren die Grafen immer neutral geblieben; erst als auch sie, trotz ihrer loyalen Haltung, durch das Restitutionsedikt sich vergewaltigt sahen, änderte sich ihre Politik. Sie traten jetzt offen zur schwedischen Partei über, und Graf Johannes war ein eifriges Mitglied im Rate des Kanzlers Oxenstierna, dem sogenannten consilium formatum. Graf Otto, der als schwedischer Rittmeister sich am Kampfe beteiligt hatte, war schon am 24. November 1632 zu Strassburg gestorben; seine Brüder aber zogen es, als der grosse Umschwung des Jahres 1634 kam und Bernhard von Weimar ihren Landen keinen Schutz mehr gewähren konnte, vor, jenseits des Rheins ihre Zuflucht zu suchen, sie stellten sich zu Metz unter den Schutz des Königs von Frankreich. Ihre Lande aber wurden vorläufig unter Sequester genommen und durch den kaiserlichen Kommissar Bertram von Sturm, einen besonders habgierigen Herrn, verwaltet. Und nun nahten, wie der nassauische Chronist des Dreissigjährigen Krieges, Keller, in seinem bekannten Buche „Die Drangsale des nassauischen Volkes“ sich ausdrückt, von allen Seiten die Harpyien, um sich ihre Beute zu sichern. Am ersten waren die Verwandten von Siegen und Hadamar zur Stelle, die bis dahin mit den Walramischen Grafen scheinbar enge Freundschaft gehalten hatten. Auch der Uebertritt Johann Ludwigs zum katholischen Glauben hatte dieses Verhältnis nicht stören können. So lud noch am 26/16. Juli 1631 der Graf von Hadamar den Saarbrücker Herrn Wilhelm Ludwig im herzlichsten Tone ein, er freue sich „Dero Liebden und die ganze liebste Gesellschaft in meinem geringen, schlechten, unausgebauten Häuslein zu sehen, weil ich mich versichere, dass Dero Liebden noch der liebste alte Wilhelm Ludwig sein, wie ich Dero Liebden versichere, dass ich noch Dero Liebden voriger Knecht Hans Ludwig bin und bleiben will“. Freilich folgte damals Wilhelm Ludwig dieser Einladung nicht, er mochte doch wohl nicht gern mit den Hadamarer Jesuiten

zusammentreffen; vielmehr ging Johann Ludwig nach Weilburg, wo dann über einen Austausch von Gütern verhandelt wurde. Auch Wilhelm Ludwigs Abschiedsbrief von Idstein 17/7. September ist sehr freundschaftlich gehalten. Jetzt aber wehte ein anderer Wind; wo so grosse Dinge in Betracht kamen, da hörte die Gemütlichkeit auf, und die alte Freundschaft war vergessen. Schon am 19. April 1635, also noch vor dem Abschluss des Prager Friedens, wandten sich die beiden katholischen Grafen des Nassauer Hauses, Johann der Jüngere und Johann Ludwig, in einer aus Brüssel datierten Eingabe an den Kaiser und suchten sich für den Fall einer Konfiskation der Saarbrücker Güter ihre Vorrechte zu sichern. Ausdrücklich wurde hier hingewiesen auf jene Teilung von 1255, die die nassauischen Gebiete einst zerriess, und die nun wieder, so hofften die Bewerber zuversichtlich, rückgängig gemacht werden sollte. Aber zugleich dehnten die Grafen ihre Ansprüche noch weiter aus; auch die Grafen von Sayn-Wittgenstein, Solms-Greifenstein, Wied-Runkel, Leiningen-Westerburg wurden nun als Rebellen denunziert und ihre Besitzungen erbeten. Die alte Lehnsherrschaft Nassaus über diese Gebiete musste als Grundlage für solche Ansprüche dienen.

Einen Bescheid des Kaisers auf diese Eingabe habe ich noch nicht auffinden können, jedenfalls aber hat man eine bestimmte zusagende Antwort nicht erteilt, und unterdessen stellten sich noch andere Bewerber um das herrenlose Gut der Nassau-Saarbrückener Grafen ein. Am 8. November 1635 ersuchte Graf Wolf von Mansfeld zur Deckung einer Schuldsomme von 144,850 Gulden den Kaiser um Belehnung mit Wiesbaden-Idstein, eventuell auch Hanau-Münzenberg, am 27. Dezember meldete der Mainzer Domprobst und Administrator von Halberstadt, Johann Reinhard von Metternich, seine Ansprüche auf Kirchheim und Stauff an; auch Fürst Lobkowitz forderte zum Ersatz für das dem König von Ungarn zugefallene Fürstentum Sagan (25. März 1636) Saarbrücker Güter von gleichem Wert. Andere Forderungen kamen bald hinzu. Da schien es den beiden Grafen geboten, alle Minen springen zu lassen und in der Hoffnung auf reichen Gewinn keine Kosten zu scheuen. Am 15. Januar 1636 wurde zu Siegen zwischen Johann dem Jüngeren und Johann Ludwig ein feierlicher Pakt geschlossen und durch gegenseitigen Eidschwur besiegelt. Alle Rechte des Hauses sollten gewahrt werden, damit kein Fremder in den Besitz der konfiszierten oder noch einzuziehenden Güter komme. Graf Johann hatte eine Forderung an den Kaiser von 500000 Gulden, nun sollte Johann Ludwig 30000 Gulden an seinen Neffen zahlen und dafür die Hälfte der Beute erhalten, die dann als erbliches Besitztum den Bewerbern bleiben sollte. Dafür, dass Johann Ludwig so billig wegkam, sollte er auch die ganze Arbeit übernehmen und zunächst persönlich am Wiener Hofe seinen ganzen Einfluss als Günstling des Kaisers und seiner theologischen Umgebung geltend machen. Denn es war hohe Zeit, schon meldete der Wiener Agent Heinrich Crane: „man suchet allenthalben, wie eine Generalamnestie zu erhalten; E. Exc. ist *dementia et bonitas austriacae* wohl bekannt.“ Er riet zugleich, ordentlich Geld in den Beutel zu tun. „*Munera, sagt ein Poet, crede mihi, placant hominesque deosque.*“ Johann Ludwigs Schwägerin, Sophie Hedwig von Diez, bat ihn, doch in Wien

auch ihre Interessen, wie die ihrer Söhne in bezug auf die Saarbrücker Lande wahrzunehmen und ihr Erleichterung der Kriegslasten durch Salvagardien zu verschaffen. Sie erhielt eine kühle Antwort, über die Massregeln des Kaisers habe er überhaupt nichts Genaueres gehört, sie möge selbst ihre Ansprüche schriftlich begründen, zu weiterer Beratung habe er keine Zeit, er könne nur ganz kurz in Wien bleiben und sich um ihre weiteren Privatangelegenheiten nicht kümmern. Es ist charakteristisch, dass die Fürstin, der es doch sonst an Selbstgefühl nicht fehlte (s. ihre Biographie von Heck) einen so schroffen Bescheid ganz demütig entgegennahm und nur manchmal den Jammer ihres Landes schilderte.

Anfang März traf nun Johann Ludwig in Wien ein, am 5. berichtet er dem Genossen nach Brüssel, von seiner Audienz beim Kaiser, die ihm gute Hoffnungen erweckte. „Wollen unser gnädigster Kaiser sein bis in ihre Gruben“. Mit diesen Worten entliess ihn Ferdinand II. Unterredungen mit dem Kriegsratspräsidenten Grafen Schlick und dem Reichsvizekanzler von Stralendorff, mit deren Freundlichkeit er sehr zufrieden war, gaben ihm die Ueberzeugung, dass sie die diesseits des Rheins gelegenen Besitzungen der Saarbrücker Agnaten wohl erhalten würden, nur sollte die Sache noch sekret bleiben. Aber immer wieder hiess es, Geld zu schaffen: „Wer wohl schmietet, der fährt wohl“, „bis dat, qui cito dat“, „man schmiede, weil das Eisen warm“, solche Mahnung kehrt immer in Johann Ludwigs Briefen wieder. Und er hat wirklich an „Verehrungen“, wie man das damals zartfühlend nannte, was wir jetzt deutlicher als Bestechung bezeichnen, das Aeusserste aufgewandt. So erhielt der Referent im Reichshofrat, Dr. Gebhardt, zunächst 300 Dukaten, später noch einmal 600 Thaler, der Bischof von Wien eine Tapiserie für 1000 Thaler, der Reichshofrat Hermann von Questenberg ein vergoldetes Lavoir oder Handfass im Werte von 300 Thalern, ausserdem noch 600 Thaler, der Vizekanzler von Stralendorff 1000 Thaler; auch die übrigen Reichshofräte wurden reichlich bedacht, der Präsident Freiherr von der Recke mit 600 Thalern, die übrigen Räte und Sekretäre dementsprechend. Später, als Johann Ludwig zu Stolenhofen bei Strassburg den König von Ungarn aufsuchte, kamen noch 660 Thaler für allershand Geschenke hinzu. 5806 Thaler hat der Graf allein zu Wien an Verehrungen ausgegeben. In den beiden Jahren 1636 und 1637 aber kostete die ganze Angelegenheit Johann 11450, Johann Ludwig 12049 Thaler. Und diese letztere Summe hatte das kleine Hadamarer Ländchen aufzubringen, das gerade damals so unsäglich litt ²⁾ Johann Ludwig selbst berichtet, dass seine Untertanen am Verhungern seien. Furchtbar ist die Schilderung, die er selbst nach seiner Rückkehr von Hadamar aus der Gemahlin Johannis, der Prinzessin Ernestine von Ligne, entwirft. Mehr als die Hälfte der Einwohner sind vor Elend gestorben, in manchen Dörfern findet sich keine lebende Seele, selbst in Hadamar, wohin sich viele geflüchtet haben, verzehrte man tote Pferde und Hunde. Dazu wütete damals besonders entsetzlich die Pest. Aber in demselben Briefe spricht der Graf wieder seinen unerschütterlichen Entschluss aus, an dem grossen Ziele festzuhalten: das Haus Nassau müsse die volle Macht wieder er-

²⁾ Siehe weiter unten.

ringen, die es einst vor der Teilung 1255 besessen. So sehen wir doch diese ganze Politik in einer ganz eigenartigen Beleuchtung: derselbe Graf, der als Landesherr in seiner Heimat in ernster Arbeit das Aeusserste tat, um seinen bedrängten Untertanen zu helfen, nahm ihnen noch das Letzte, um einem Phantom von Macht und Grösse nachzujagen. Er hätte es eigentlich von Anfang an merken können, dass bei all diesen Bemühungen im Grunde nur wenig herauskommen konnte, dass der Kaiser nach allen Seiten zu sehr verpflichtet war, um ihn allein so besonders zu begünstigen. Aber sein sanguinischer Optimismus liess ihn noch lange die Dinge in rosiger Beleuchtung sehen. Am 17. April reichte er ein ausführliches Memorial ein, in dem nicht nur seine Ansprüche auf die sämtlichen Saarbrücker Lande ausführlich begründet wurden sondern auch alles zusammengestellt war, was irgendwie die benachbarten Grafengeschlechter belasten konnte. So hatte ein junger Graf von Wied-Runkel, wie der Hadamarer Jesuit Prack nach seiner Angabe selbst als Augenzeuge bestätigen konnte, an der Verteidigung von Koblenz auf französischer Seite teilgenommen. In Runkel selbst hatte man in den Kirchen für den Schwedenkönig gebetet. Auch die Grafen Reinhard und Christoph von Leiningen-Westerburg waren schwedische Parteigänger gewesen, sie sollen vor allem das Stift Gemünden wieder ausliefern, das im Restitutionsedikt katholisch geworden, nun seit 1633 wieder durch einen lutherischen Pfarrer verwaltet wurde. Philipp Reinhard von Solms hatte damals im Namen Schwedens diese Rückgabe veranlasst, andere junge Solms'er Grafen hatten Kriegsdienste im schwedischen Heere getan, ungebührliche Reden gegen den Kaiser geführt, den Grafen selbst bedroht. In ähnlicher Weise wurde später noch Johann von Wittgenstein als Mitglied des consilium formatum und schwedischer Kriegsoberster denunziert. Und wenn auch Wilhelm von Solms-Greifenstein für seine Person pardonnirt sei, so dienten doch seine beiden Söhne Hans Conrad und Wilhelm in der schwedischen Armee. Aber auch kleineren Gewinn verschmähte man nicht. An demselben 17. April wurden auch vier adlige reichsfreie Herren als Hochverräter angegeben, deren kleine Gebiete in der Nähe lagen, zunächst Hans Conrad von Seelbach zu Zeppenfeld, der einst Rittmeister in pfälzischen Diensten, dann Oberstleutnant im schwedischen Regiment des Grafen Ludwig Heinrich von Dillenburg gewesen und in Westfalen gegen die Kaiserlichen gefallen war, ehe sein Herr die Partei gewechselt hatte. Dann die beiden Junker Gottfried und Ludwig vom Stein, die in ihrem Hause eine schwedische Garnison aufgenommen hatten und von da aus Hadamar bedrängten. Nun dienten sie in Koblenz bei den Franzosen, wo sie Prack, der Hadamarer Jesuit, wie er behauptete, ebenfalls im Kampfe bei einem Ausfall der Garnison gesehen hatte. Der dritte war Hans Wilhelm von Welschenengst, genannt Bernkott, ein nassauischer Lehnsmann, sein Tochtermann, ein Herr von Quernheim, sei Kommandant der schwedischen Garnison zu Benfelden, wo auch sein Sohn Hans Heinrich, jedenfalls mit Erlaubnis des Vaters, diene. Als letzter kam in Betracht Otto Heinrich Löhner, der, fast ohne Vermögen, in pfälzischen und schwedischen Diensten Johann Ludwig viel Leid zugefügt habe. Auf all diese Eingaben gab der Kaiser zunächst am 13. Mai nur eine ausweichende Antwort: noch wisse man nicht genau, wer

vom Prager Frieden wirklich ausgeschlossen sei, Weiteres werde der König von Ungarn, des Kaisers Sohn, anordnen. Unter diesen Umständen wurde nun der stürmische Bewerber doch etwas bescheidener, er forderte jetzt am 16. Mai ausser jenen übrigen gräflichen und ritterschaftlichen Gebieten nur die diesseits des Rheins gelegenen, schon sequestrierten Güter. Er versprach, dort die katholische Religion einzuführen und die so sehr verwüsteten Lande wieder hoch zu bringen, damit sie ihre Kontribution besser zahlen könnten. Auch wolle er den Verwandten nicht Tür und Tor zur kaiserlichen Gnade verschliessen und bitte nur, im Falle einer Generalamnestie ihnen die Schuldsomme auf das Land anzuweisen. „Wir werden, so hiess es, auch unserer erlittenen Verschimpfung in etwas ergetzt, und nicht deterioris conditionis als die, welche sich E. M. widersetzt“. Aber auch hierauf gab es noch keine bestimmte Zusage; wesentliche Stücke der Saarbrücker Gebiete waren schon anderweitig vergeben, und so konnte Johann Ludwig nur den Rest noch beanspruchen. Am 4. Juli bat er um die Güter des in wirklichem reatu verstorbenen Grafen Otto von Nassau-Saarbrücken, der weder Weib noch Kinder hinterlassen, ferner um die von den Brüdern gemeinschaftlich verwalteten Gebiete und die dem Weilburger Grafen Ernst Casimir gehörenden, dem Hadamarschen naheliegenden Dörfer Neunkirchen und Hüb-lingen, alles als Abschlagszahlung. Und das wenigstens wurde erreicht: am 11. Juli befahl der Kaiser dem König von Ungarn, den Grafen in den Besitz der Ottonischen Besitzungen, der Güter jener vier denunzierten Adligen, sowie der Dörfer Hüblingen und Neunkirchen nebst dem dazu gehörigen Forst zu setzen. Wegen der übrigen Güter sollte noch genauere Nachforschung gehalten werden. Aber dieser ganzen Bewilligung war doch ihr eigentlicher Wert genommen durch die Bedingung, dass alle Länder beim Frieden wieder dem Kaiser zur freien Verfügung zurückzustellen seien.

Johann Ludwig hatte gehandelt nach der Anweisung seines Mitbewerbers: „il faut tout demander, aussi bien on nous donnerat un peu“. Für dieses wenige, was er erlangt hatte, konnte es kein vollwertiger Ersatz sein, dass er äussere Ehren empfing. Der Kaiser ernannte ihn zum Reichshofrat, und der Graf wohnte auch einzelnen Sitzungen dieser höchsten Behörde, die zu jener Zeit das Reichskammergericht vollständig verdrängt hatte, persönlich bei. Allgemein wurden, wie die jesuitischen Chronisten mit Wohlgefallen hervorheben, der Glanz seines Auftretens bewundert, die neue Tracht seiner Bedienten erregte besonderes Aufsehen, sogar bei der Kaiserin selbst. Die Rechnungen freilich über Sammet, Seide, kostbare Wehrgehänge, goldene Knöpfe, die noch erhalten sind, zeigen, wie teuer dieser Eindruck erkaufte war. Und so musste sich doch der Graf bei seiner Abreise von Wien kleinlaut eingestehen, dass er die Schwierigkeiten seiner Aufgabe bedeutend unterschätzt hatte. Immer wieder hatte von Brüssel aus Johann der Jüngere gemahnt, man solle ja verhüten, dass die erworbenen Gebiete beim Frieden wieder verloren gingen, man hätte sonst alle Kosten umsonst aufgewandt und sich dem allgemeinen Spotte ausgesetzt. Und gerade das hatte nicht erreicht werden können, es war ziemlich sicher, dass der Kaiser später bei den Friedensverhandlungen unbedenklich die Interessen seiner Günstlinge den grossen politischen Rücksichten opfern würde.

Halten wir einen Augenblick inne, um das Urteil über diese Bestrebungen der beiden Grafen genauer zu präzisieren. In seinem eben schon erwähnten Buche über die Drangsale des nassauischen Volkes im 30jährigen Kriege hat Keller schon das Wesentliche dieser Vorgänge erwähnt und ihren Zusammenhang ähnlich beurteilt, wie wir es tun mussten. Ganz anders Wagner in seinem Werke über die Regentenfamilie von Nassau-Hadamar. Mit salbungsvoller Ueberschwänglichkeit feiert er Graf Johann Ludwig als das grösste und edelste Gemüt seiner Zeit, an dessen makellosem Charakter kein dunkler Fleck zu finden sei. Einzige Quelle für seine Auffassung ist ihm die Historiographie der Hadamarer Jesuiten, deren reichhaltige Darstellungen im *Diarium societatis Jesu*, der *Historia domestica* und zwei Biographien Johann Ludwigs ihm zur Verfügung standen. Dass in diesen ganz panegyrisch gefärbten Berichten mit ihrer erbaulichen Tendenz Irrtümer enthalten sein konnten, ist ihm ganz undenkbar, und so beschuldigt er Keller, der doch aus den archivalischen Dokumenten selbst schöpfen konnte, einfach bei jeder abweichenden Darstellung der böswilligen Fälschung.³⁾

Folgendes berichten nun die jesuitischen Historiker: Beide Grafen kamen im Jänner zusammen, um zu beraten, was in dieser bereits unheilbar gewordenen Angelegenheit zu tun sei, und sie beschlossen, vor allem und aus allen Kräften dahin zu wirken, dass der Kaiser dem Hause Nassau-Saarbrücken verzeihe und dasselbe im Besitze seiner Güter belasse, oder aber, wenn dieses nicht erzielt werden könne, sich am kaiserlichen Hofe dahin zu verwenden, dass diese Besitzungen ihnen zugeteilt würden, um auf diesem Wege, bei eingetretener günstigerer Sachlage, dem stammverwandten Hause sein Erbe wieder in die Hände spielen zu können. Und Wagner fährt fort: „Daraufhin war, wie wir bald nachweisen werden, die ganze Absicht der beiden Herren Grafen gerichtet, und wer hätte auch von einem Johannes Ludovicus etwas anderes erwarten sollen, der sein ganzes so inniges Verhältnis zum kaiserlichen Hofe stets nur zum Schutze seiner Familie verwendete, den einen seiner Verwandtschaft, der noch dazu ihm und seinem Lande so grosses Leid zugefügt, gänzlich mit dem Kaiser versöhnte und den andern durch seine Fürsprache und gestellte Bürgschaft aus Spanien herausholte und dem Tode durch Henkershand entrückte“.

³⁾ Nachträglich sehe ich, dass die Beurteilung der Persönlichkeit Johann Ludwigs, wie besonders seiner hier geschilderten Bestrebungen, in der neueren Forschung von jeder konfessionellen Voreingenommenheit sich losgelöst hat. Besonders Wagners Werk wird überhaupt nicht mehr ernst genommen. So hat H. Otto in zwei Artikeln über das Hadamarer Jesuitengymnasium (Nassauische Heimat, Sonderbeilage zur Rheinischen Volkszeitung 1927 Nr. 20 und 21) nicht allein neues wertvolles Material beigebracht, sondern auch ein durchaus objektives Urteil über den Hadamarer Grafen gefällt.⁴⁾ Gleiches gilt von Leonhard Hörpel in Frankfurt a. M., der seine eingehenden Forschungen besonders der Lokal- und Wirtschaftsgeschichte des Mengerskircher Gebiets widmete (Winkels Chronik, Sonderabdruck aus „Land und Leute“ im Oberlahnkreis, Blätter für Heimatgeschichte und Volkskunde, Monatsbeilage der Kreiszeitung für den Oberlahnkreis, Weilburg a. d. L.). Hier wird vor allem auch nachgewiesen, wie durch jene grossprahlerische Politik Johann Ludwigs die unglücklichen Untertanen eine zum Himmel schreiende Not erdulden mussten. Weiteres bringt Hörpel in seiner zur Zeit erscheinenden „Chronik von Mengerskirchen“. Sein Gesamturteil lautet: „Johann Ludwig ist unstreitig ein Mann hoher Intelligenz, der für den Forscher viel Anziehendes hat. Leider entspricht ihr ein gleiches Mass von Egoismus“.

⁴⁾ Immerhin deckt sich mein Urteil nicht völlig mit dem des Verfassers. H. O.

Die kindliche Naivität solcher Auffassung wird schon durch das, was wir bisher mittheilten, vollkommen widerlegt.

Von Anfang an haben die beiden Grafen den ständigen Erwerb der Saarbrücker Lande ins Auge gefasst; dass es anders kam, war ihnen eine schwere Enttäuschung. Unmöglich können sie etwas für die Rechtfertigung ihrer Verwandten getan haben, es wäre der Gipfel der Heuchelei gewesen, wenn wirklich, wie Thüringer, Johann Ludwigs Biograph. erzählt, der Graf in seiner ersten Audienz beim Kaiser versucht hätte, ein gutes Wort für die Hochverräter einzulegen. Im Gegenteil, er hat alles getan, um deren Schuld nachzuweisen und ihrer Amnestie entgegenzuarbeiten, ja er trat mit dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt in Verbindung, um durch dessen Vermittlung beim Kurfürsten von Sachsen zu verhindern, dass Nassau-Saarbrücken in die bevorstehende Amnestie eingeschlossen würde. So erscheint es ganz unmöglich, zur Beurteilung dieser Dinge irgendwie jene jesuitischen Quellen zu Rate zu ziehen, höchstens können wir ihnen nebensächliche Einzelheiten entnehmen. So hören wir hier, dass schon im Jahre 1635 von Mitte August an die beiden Patres Wiltheim und Prack in Wien weilten, um für die Sache Johanns und Johann Ludwigs zu wirken, und dass dann auf den Bericht Wiltheims vom Januar 1636 hin die eigentliche Aktion begann. Wir werden später sehen, dass jene Auffassung, wonach eigentlich Johann Ludwig nur im Interesse des Gesamthauses gehandelt habe, von dem Grafen selbst in die Welt gesetzt wurde, zunächst um seinen beleidigten Verwandten gegenüber sich zu rechtfertigen, dann um später den eklatanten Misserfolg seiner ganzen Politik zu verschleiern.

Denn auch das wenige, was er nun mit ungeheuren Kosten erhalten hatte, und das er noch dazu mit einem Neffen teilen musste, brachte ihm nichts als Sorgen, Mühen und täglichen Aerger ein. Zunächst versuchte er wenigstens, nach dem kaiserlichen Bescheid die Einräumung der bewilligten Gebiete zu erreichen. Auf dem Rückwege von Wien suchte er noch zu Stollenhofen bei Strassburg den König von Ungarn in seinem Hauptquartier auf, dem die Ausführung des Ediktes anvertraut war. Und von Hadamar aus musste er gleich wieder aufbrechen, um im Auftrage des Kaisers eine diplomatische Mission in Köln und Lüttich zu unternehmen. Dabei fand er Gelegenheit, mit seinem Neffen, Johann dem Jüngeren, zusammenzutreffen und zu Brüssel mit dessen Gemahlin Ernestine Yolantha von Ligne den Pakt zu erneuern. Auch jetzt noch hielt man an den alten Zielen fest, alles wenigstens, was von den Saarbrücker Landen diesseits des Rheines lag, dazu auch die benachbarten Grafschaften zu erlangen. Freilich mussten dann die andern Prätendenten abgefunden werden. Und besass man hierfür die Mittel? Es scheint, dass Graf Johannes der Jüngere in seinen letzten Lebensmomenten -- er starb im Februar 1638 -- den Glauben an den grossen Plan seines Oheims ganz verloren hat. Später hat dann seine Gemahlin im Interesse ihrer Söhne noch gelegentlich an den Verhandlungen teilgenommen, aber ebenfalls ohne entscheidenden Einfluss.

Nach der kaiserlichen Bewilligung hätte man denken können, dass nun sofort die Besitzergreifung wenigstens der überlassenen Gebiete kommen müsste.

Aber der kaiserliche Kommissarius, Herr Bertram von Sturm, erhob täglich neue Schwierigkeiten, um noch möglichst viele Verehrungen herauszupressen. Er hatte sich selbst zur Belohnung einen besonders fetten Bissen ausgesucht, das Dorf Steinfischbach im Weilnauschen, das noch in besonders gutem Zustande war. Und als Johann Ludwig seiner unverschämten Forderung nicht ohne weiteres nachgab, „Viel versprechen und wenig halten, so geht es mit den Verehrungen“, hiess es da, und der Graf musste noch 100 Thaler opfern und Sturm gestatten, sich unter den Gütern ein Lehen auszusuchen. Nun hatte zwar der Kaiser den beiden Bewerbern den ganzen Anteil Graf Ottos von Nassau-Saarbrücken bewilligt, der die Gebiete von Usingen, Alt- und Neu-Weilnau, Kirberg, das Stockheimer Gericht, Grävenwiesbach, Reichelsheim, dazu die Nebenstücke Kirchheim (Bolanden) und Stauf, sowie Anteil an den Gemeinschaftsgebieten umfasste. Aber Kirchheim und Stauf waren schon an den Herrn von Metternich vergeben und konnten auch nach dessen Tode nicht wiedererlangt werden. Dann wieder gab es Schwierigkeiten mit dem Fürsten von Lobkowitz, dem das Weilburger Gebiet zugesprochen war. Sturm behauptete, er habe das Recht, für Lobkowitz den ganzen Besitz des Grafen Ernst Casimir in Anspruch zu nehmen, während Johann Ludwig daran festhielt, der Fürst dürfe nur soviel nehmen, dass seine Vorschüsse an den Kaiser gedeckt seien. Der Kaiser entschied endlich in letzterem Sinne; aber eine praktische Folge hat das nicht gehabt. Johann Ludwig blieb beschränkt auf die Ottonischen Gebiete mit Ausnahme von Kirchheim und Stauf. Dazu kamen noch die Dörfer Neunkirchen und Hülbingen mit dem Forst, die einzigen Stücke, die auch nach dem Westfälischen Frieden durch gütliche Abmachung mit den Saarbrückern bei Nassau-Hadamar geblieben sind. (Nach Wagner hat Johann Ludwig an Ernst Casimir 8000 Thl. gezahlt). Es wurden für diese Territorien zwei Amtleute eingesetzt, Johann Philipp von der Hees und Dr. Hermann Kempfer. Die katholische Religion in seinen neugewonnenen Gebieten einzuführen, wie Johann Ludwig öfter versprochen, war garnicht möglich; vielmehr wurde befohlen, die Untertanen in ihrer Religion ungestört zu lassen. Freilich hören wir später einmal von dem saarbrückenschen Amtmann von Wachenheim die Klage, dass Kempfer, ein Konvertit, die Untertanen nur „luthersche Hunde“ nenne und sehr schlecht behandle. Hierzu kam dann noch der Kauf von Merenberg und Burgschwalbach; Graf Kurtz, als Reichsvizekanzler Stralendorffs Nachfolger, war froh genug, diese Stücke um einen guten Preis los zu werden. 9000 Thaler hat er dafür von Johann Ludwig bis Ende 1637 erhalten. Auch die übrigen Besitzer der Saarbrückener Lande konnten ihres Gewinnes nicht recht froh werden. Die genauen Berichte über den Zustand der Länder, die in den Akten vorliegen, zeigen, dass alles eine Wüste war und es sich nirgends lohnte, noch Geld zum Wiederaufbau anzuwenden, zumal ja überall der Kaiser es sich vorbehalten hatte, beim Frieden frei über diese Gebiete zu verfügen. So hatte denn der Kurfürst von Mainz Wiesbaden inne, in Idstein war Graf Adam von Schwarzenberg, der bekannte Brandenburgische Staatsmann, Landesherr, der seinen Besitz aber schon 1638 dem Kaiser wieder zurückgab. Kirchheim und Stauf war an Metternich gekommen (nach seinem Tode bekam es ein Verwandter, Wilhelm von Metternich), Lobkowitz sass in

Weilburg, und auch der Landgraf von Hessen-Darmstadt hatte für seine so oft und lange gegen den Kaiser bewiesene Devotion etwas erhalten, den Bezirk des dicht bei Giessen gelegenen Gleiberg nebst Cleeberg und Hüttenberg. Endlich hatte sich in Lahre ein kaiserlicher Oberst Bamberger festgesetzt. Die linksrheinischen Gebiete der Saarbrücker Linie waren dem Herzog von Lothringen zugefallen, dessen Herrschaft freilich auch nur auf dem Papier stand. Und mit den ritterschaftlichen Gütern, die Johann Ludwig auf seine Denunziation hin erhalten hatte, war ebenfalls kein Staat zu machen. Die besten Stücke der Steinschen Güter lagen im Gebiete von Kurmainz und Trier, die ihm die Besitznahme nicht gestatteten. Auch von den Bernkottschen Besitzungen war ein Teil vom Kölner Kurfürsten eingezogen. Löhner von Laurenburg war blutarm, „Er hat das Brot nit“, hiess es von ihm. er sei dermassen verschuldet, „dass selbiger Edelmann den schwarzen Hunger leidet und, reverenter zu reden, keine Schuch anzulegen hat“. Für die Rechte des Selbachschen Geschlechtes trat Graf Ludwig Heinrich von Nassau-Dillenburg ein, dessen Oberstleutnant jener gewesen war. „Der Witwen und Waisen Seufzer tringet durch die Wolken“, sagte Ludwig Heinrich im Hinblick auf die Not der Witwe Selbachs und ihrer vier unmündigen Kinder. Aber Graf Johann wollte nichts von Mitleid wissen, nicht das Geringste solle man den Herren zedieren; er warnte seinen Dillenburger Vetter, der sich durch solche Fürsprache in kein gutes Prädikament beim Kaiser setzen werde. Noch energischer haben die Herren vom Stein sich ihrer Haut gewehrt, sie wiesen alle Anklagen der Gegner kräftig zurück und hatten wertvolle Hilfe vor allem an dem Kurfürsten von Mainz, dann an dem Trierer Domkapitel und der gesamten rheinischen und wetterauischen Ritterschaft. Auch Sophie Hedwig von Diez protestierte dagegen, dass Johann Ludwig das Steinsche Haus in Nassau besetzte; dieser aber war gerade gegen die Herren vom Stein besonders aufgebracht. Dass sie ihn einen „kahlen“ Grafen genannt, verzieh er ihnen nicht; er beschwerte sich sogar über diese wichtige Affaire mehrmals beim Kaiser. Es half ihm nichts; am 3. Mai 1641 wurde er vom Kaiser aufgefordert, die Güter der Steinschen, deren Unschuld erwiesen sei, wieder abzugeben; am 31. Juli fand die Uebergabe an die kaiserlichen Subdelegierten, den Vizedom im Rheingau Friedrich v. Greiffenklau und Vollrats und den Geheimrat Franz Kaiser, statt. Unter diesen Umständen bestürmte Johann Ludwig den Kaiser mit immer erneuten Bitten und Klagen, um soviel wie möglich von seinen Ansprüchen zu retten; auch die Kurfürsten von Köln und Mainz wurden gebeten, ihren Einfluss zu seinen Gunsten geltend zu machen, damit es, so heisst es einmal, ihnen, den katholischen Treuen nicht übler gehe, als den unkatholischen Verwandten und Nachbarn, „welche uns rechtschaffen elendig verderbet zu werden manlich cooperiret“. Die sollten alle das Ihrige wieder bekommen, sie, die Getreuen, würden ohne Erstattung ruiniert. Von Wien aus aber gab es nur unbestimmte und ausweichende Antworten oder beredtes Schweigen. Der Agent Krane konnte nur von leeren Versprechungen berichten und klagte: „Dieser Hof ist nicht auszugründen, heute dies, morgen ein anderes“.

Aber die Sache wurde noch verwickelter, da auch für die Ottonischen Güter ein weiterer Rivale auftrat. An jener Summe, die Johann der Jüngere dem Kaiser vorgelegt oder vorgestreckt hatte, hatten auch seine Offiziere An-

teil gehabt, so ein Freiherr Jakob Reinhard von Rouveroi, der Oberst Pantaleon Wachtel, besonders aber ein Oberst von Bury mit einem Betrage von 28000 Gulden, der nun als Vertreter auch seiner Kameraden einfach sich in den Besitz von Usingen und Weilnau setzte und dort lange nicht zu vertreiben war, obgleich ein weitläufiger Rechtsstreit entstand und eine kaiserliche Kommission zur Nachforschung und Entscheidung eingesetzt wurde. Im Jahre 1641 hat einmal Johann Ludwig den Versuch gemacht, gewaltsam seine Rechte zu wahren. Heinrich Kempfer, so klagte der von Bury dem Kaiser, sei von Hadamar aus mit 70 Musketieren und 20 Reitern in Usingen eingefallen, hätten dort Stadt und Schloss besetzt, ebenso Alt- und Neu-Weilnau eingenommen, die Untertanen torquiert und beängstigt, dass viele weggezogen. Später, 1642 ist dann doch wieder Bury in Usingen eingesetzt worden. Die ganze Angelegenheit bedarf noch der Aufklärung. So konnte wohl Johann Ludwig später 1641 mit einem gewissen Recht sagen, dass er überhaupt nichts gewonnen, dagegen noch aus seinen eigenen Mitteln viel zugesetzt habe.

Damals sah der Graf von Hadamar schon sicher voraus, dass er bald alles wieder herausgeben müsse, und die allgemeine Amnestie für alle, die sich dem Kaiser unterwerfen und den Prager Frieden anerkennen würden, bevorstehe.

Gleich nach ihrer Flucht ins Metzzer Asyl hatten die Saarbrücker Grafen. wenigstens Wilhelm Ludwig und Ernst Casimir — Johann nahm noch eine besondere Stellung im engeren Anschlusse an Frankreich ein — versucht, dem Kaiser gegenüber sich zu entschuldigen. Sie betonten, dass sie sich in ihren eigenen Landen, von allen Seiten durch die Kriegswirren bedroht, nicht mehr hätten halten können; auch der Weg nach Strassburg sei ihnen verlegt gewesen, sie hätten jahrelang in treuer Anhänglichkeit an den Kaiser das Aeusserste daran gesetzt, auch keine Kriegsdienste gegen Kaiser und Reich getan; gegen ihren Rat nur habe ihr jüngster Bruder, Graf Otto, die Stellung als schwedischer Rittmeister angenommen, auch er aber sei nie im Kampfe gewesen. Endlich erhielten sie am 13. November 1637 den Bescheid: ihre Rechtfertigung wurde abgelehnt, sie hätten sich rechtzeitig beim Prager Frieden anmelden können, lebten jetzt an einem Ort, wo Ihrer Kaiserlichen Majestät und des Reiches Dienste nicht befördert würden. Aber der Schlusssatz konnte doch Hoffnungen auf künftige Begnadigungen erwecken: „Erklären sich demnach höchstgedachte Ihre Kaiserliche Majestät allergnädigst dahin, wan sich gedachte graven gepürlich submittiren werden, dass mehr höchstgedachte Kaiserliche Majestät alsdan auch in Kaiserlichen Gnaden nach beschaffenheit der sachen sich resolviren wollen“.

Von vornehmen Herren zu Wien, darunter selbst dem Reichsvizekanzler Stralendorff, erhält ferner der Agent der Saarbrücker Grafen die Versicherung, dass ihre Sache garnicht so schlecht stehe; andere, die viel schuldiger gewesen, hätten längst Verzeihung erlangt, nur forderte man eine entschiedene Erklärung, dass sie dem Prager Frieden sich unterwerfen und Metz verlassen wollten; man laviere noch zu sehr, wo es mit Frankreich und Herzog Bernhard hinaus wolle. Aber solche Erklärung war auch wieder bedenklich, zunächst da die Grafen Frankreich nicht beleidigen durften, dessen Schutz und Schirm sie angerufen. Hatten sich doch die drei Grafen (in Gemeinschaft mit Philipp Moritz von

Hanau und dem Wild- und Rheingrafen Johann Casimir) in ihrem Dankschreiben an den Grafen von Roussillon vom 26. August 1635 ausdrücklich als *serviteurs, alliés et confédérés* der französischen Krone bezeichnet. Graf Johann von Wiesbaden-Idstein aber vor allem wollte vorläufig noch von einer Unterwerfung nichts wissen. So fiel ihre erste Erklärung vom 5. 15. Januar 1638 noch zweideutig aus, sie könnten und wollten dem Prager Frieden nicht widersprechen. Das genügte nun nicht. „Solche Submission wird hier nicht für Sufficient gehalten“, schrieb der Agent, „weil sie eine Neutralität in sich begreift, man müsse unbedingt, pure und ohne einige exceptiones den Frieden annehmen und dann vornehmer Herren Hülfe gebrauchen“, das sei der einzige Ausweg, ob er sich gleich zu Tode bemühen wolle. So kam Wilhelm Ludwig allein — Graf Johann war anderer Meinung — etwas weiter entgegen und erklärt, gleich sämtlichen andern Kurfürsten und Ständen sich unterwerfen zu wollen, stellte auch eine andere Fassung dem Agenten frei. Am 5. Februar 1639 erhielten dann die Grafen einen freien Geleitsbrief, um sich in Wien persönlich zu verantworten, was bei ihnen freilich vorläufig unmöglich war. Vor allen Dingen kam ihnen dann aber die durch Sachsens Einfluss bewirkte Generalamnestie vom August 1640 zu gute, nur sollte ihre Sache ernsthaft untersucht werden, und auch Johann Ludwig bekam den Auftrag, Bericht und Probationen über die Verbrechen der Nassau-Saarbrückener Grafen einzusenden, da sie nicht geständig seien, sondern sich rechtlich zu defendieren anboten. Sehr merkwürdig war die Antwort: Johann Ludwig lehnte dieses Ansinnen jetzt edelmütig ab; es solle nicht angesehen werden, als ob er sich zum Kläger aufwerfen wolle. Und er hatte doch bis dahin in allen Ecken solche Verbrechen seiner Agnaten zusammen-gesucht!

Graf Johann von Nassau-Saarbrücken schrieb damals aus Strassburg am 16. April 1641 an seine Untertanen in Burgschwalbach, sie möchten etwas zu einer geplanten Abordnung nach Regensburg beisteuern, er hoffe, aus allen Aemtern eine freiwillige Gabe von 1000 Talern zu erhalten, und fügte hinzu: „Wir werden hieraus verspüren, wie vil affectionen gegen uns noch uberig und ob unser wiederkolmen unsern unterthanen annehmlich, und werden uns auch dargegen zu verhalten wissen“. Die Idsteiner wollten 100 Taler sammeln und forderten die zu Burgschwalbach zu gleicher Leistung auf, damit sich erweise, dass Ihro Gnaden nicht bei allen und jedem Herzen tot wären. Aber Johann Ludwig verbot in Burgschwalbach diese Kollekte.

Man sieht, die Verbindung zwischen den Grafen und ihren Landen war nicht ganz abgeschnitten; in Frankfurt a. M. waren noch Beamte, die beständig mit ihren Herren korrespondierten, vielfach in Chiffren oder einer andeutenden Geheimsprache. Die Grafen wurden als Junker von Sonnenberg genannt, und als Probe dieser Korrespondenz sei folgendes mitgeteilt, was ja für uns leicht verständlich ist. Ein gewisser Philipp Meyss meldet da: „Der Gärtner, so den angefangenen Garten nit weit von Gassenbach vollends ausbaует, behalt denselben und dessen Zughörde nun vor sich, schreibt sich dessen ein Herren, vermeint den vorigen Gärtner M. Johanssen nit mehr einzulassen. So vermeint auch derjenige, welcher vor diesem des vorigen Gärtners und seiner Brüder guter Freund gewesen, das Rad in die Nachbarschaft zu schieben, inmassen stark

verlautet, weiss nit, ob albereits beschehen“. Der erste Absatz bezieht sich jedenfalls auf Kurmainz, das sich damals in Wiesbaden festsetzte, der zweite auf Johann Ludwig.

Es ist natürlich, dass die Erbitterung der vertriebenen Grafen sich ganz besonders gegen Johann Ludwig als ihren eigentlichen Bedränger und Ankläger wandte; er ist vor andern ein harter Antagonist, hiess es einmal von ihm. Und ebenso natürlich erscheint es andererseits, dass auch Johann Ludwig das Bedürfnis empfand, sein Vorgehen in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen und womöglich zu rechtfertigen. Schon im Sommer 1635 suchte er sich mit seinen Agnaten in Verbindung zu setzen, zunächst ohne Erfolg. Am 10. Dezember 1636 schrieb er von neuem ausführlich. Und da haben wir jene Beleuchtung der Dinge, wie sie uns ähnlich schon oben in den Berichten der Hadamarer Jesuiten entgegengetreten sind. Es klingt alles so, als habe er eigentlich seinen Verwandten mit der Besetzung ihrer Lande einen grossen Dienst erwiesen, indem er den Ansprüchen Fremder in den Weg trat und so diese Güter für das Gesamthaus rettete. Freilich gerade das fehlt natürlich hier, was nach Wagners Darstellung die Hauptsache wäre, dass er diese Lande nur in Verwahrung nehmen wollte, um sie später zurückzugeben. So etwas konnte er eben nicht versprechen, weil es allen seinen grossen Plänen widersprach. Seine Rechtfertigung schloss mit den Worten: „gleichwohl hoffe versichert zu sein, es werden Euer Liebden uff erwehnten Fall, da sie selbstn solche Lande zu erhalten nicht vermögen könten, dieselbige uns beiden Vettern als gemeinen Stammes und Namens verwandten vor andern und Fremden gönnen, auch jederzeit mehrere Beliebung bei uns als bei andern zu haben, sich versichert halten“. In einem PS an den Vertreter seiner Vettern hiess es noch: „Ich erinnere mich, dass der Herr gedacht hat, als sollte man ahn bewusstem Ohrt geredt haben, ich hette den Karren gar in Schlamm geführt“. Dagegen verteidigt sich Johann Ludwig. Lange schon seien die Güter sequestriert gewesen, ehe er sich meldete; der beste Anteil sei schon *potentioribus* eingeräumt, er selber habe noch keines Hellers Wert erhalten. „Wir haben in dieser Sache zu lange geschlafen, so dass jetzt Fremde darin besitzen“.

Solche Entschuldigungen fanden dann freilich keinen Glauben, und dem ganzen Hasse, der sich allmählich bei den Beraubten gegen ihren Bedränger angesammelt hatte, gibt ein Schreiben Ausdruck, das Graf Johann von Wiesbaden-Idstein aus Metz am 19. August 1638 an den Grafen Ludwig Heinrich von Dillenburg richtet.⁴⁾

Einen solchen Brief wagte freilich der Dillenburger Graf, der jetzt so ängstlich seine Legalität zu wahren und mit dem Hadamarer Oheim in gutem Einvernehmen zu leben suchte, diesem nicht mitzuteilen: er entschuldigte vielmehr selbst Johann Ludwig, der es garnicht so böse meine, vielmehr nur seine Unkosten restituiert haben wolle, das übrige den Vettern gerne gönne und vermeine, diesen einen grossen Dienst zu tun, „danne solche stück auss frembder leut land schwerer werden herauszubringen sein“. So sollten doch eigentlich die Saarbrückener das Vorgehen Johann Ludwigs gerne sehen, weil sie dadurch

⁴⁾ Siehe Beilage.

später mit geringerem Schaden zu dem Ihrigen wieder kommen könnten. Ob wohl Ludwig Heinrich selbst an diese Auffassung der Dinge glaubte? Jedenfalls hat Johann von Wiesbaden-Idstein nicht so leicht sich beschwichtigen lassen; auch als bereits alles entschieden war, die Wiedereinsetzung der Grafen in ihr Erbe bevorstand, blieb der alte Groll bestehen. Johann Ludwig hatte damals die Beziehungen wieder angeknüpft und Graf Johann zu einer neuen Hochzeit von Münster aus gratuliert. Daraufhin bedankte sich dieser (Idstein. 20. Februar 1647), fügte aber hinzu: „Kan aber deroselben darbey nit verhalten, dass alss mihr dero schreiben zuekommen, eben der herr veltmarschall graf von Holtzapfelt bey mihr gewessen und den Außschlag solcher gestallt darüber gegeben, dass Euer Liebden vnd excellentz eines dabey vergessen, nemlich die restitution der landen, darauss mehrere freundschaft alss auss einer gratulation zue verspuren wehre, und hat ess Seine Liebden sehr befremddet, dass Euer Liebden vnd excellentz mit solcher restitution der letzte sein wollen, da doch von verschiedenem andern, so nicht von unserem hauss, deroselben mit gutem Exempel vorgangen wehre“. — Nun entschuldigt sich Johann Ludwig freilich wegen dieser Verzögerung, er wolle jeden Augenblick die Güter zurückgeben, erwarte nur den kaiserlichen Befehl; die Gratulation sei aus gutem Herzen gekommen. Aber obwohl schon 1645 die allgemeine Amnestie für alle Reichsstände vom Kaiser verkündet war, hatte doch Johann Ludwig als kaiserlicher Gesandter in München immer noch die wirkliche Rückgabe der Saarbrückenschen Gebiete zu verzögern gewusst. Erst im Dezember 1648, also mehr als 1½ Jahre nach jenem Briefwechsel, fand die formelle Restitution statt, und dann erhielt auch Johann Ludwig von Graf Johann einen freundlichen Brief, in dem die Hoffnung auf künftige Einigkeit ausgesprochen war.

Wir haben oben gesehen, dass Graf Ludwig Heinrich von Nassau-Dillenburg einmal seinen Oheim von Hadamar gegen die nur zu gerechtfertigte Beschuldigung Johanns in Schutz nahm. Dass dies seine Herzensmeinung nicht gewesen ist, zeugt ein interessanter Briefwechsel, der eine recht peinliche Unaufrichtigkeit auf beiden Seiten verrät. Da beklagt sich Johann Ludwig aus Münster am 30. Januar 1645 bitter über wiederholte Aeusserungen seines Dillenburgers Neffen, er — Johann Ludwig — sei Schuld daran, dass die Saarbrückener Grafen in Konfiskation geraten und habe zuerst sie am kaiserlichen Hofe für konfiskabel angegeben. So stellt er denn die Dinge dar, wie sie nach aussen hin erscheinen sollen, er führt sein Vorgehen auf einen Rat des Grafen Gallas zurück und spricht auch von der Hoffnung, die er gehegt habe, dass die Vettern wieder zu dem Ihrigen kämen. Eine Verdrehung der Tatsachen ist auch eine weitere Ausführung: „Wenn bei unserem Einkommen res noch integra gewesen wäre, würden wir nicht allein nichts auf solche Güter praetendiert haben, sondern würden uns, da wir was gesucht hätten, vorgesehen haben, den Fremden vorzukommen und zum wenigsten die besten, fürnembsten Stücke auszubitten, nicht aber die geringsten“. Schade, dass diese rührende Bescheidenheit, deren sich hier Johann Ludwig rühmt, in Wirklichkeit eine sehr gezwungene war; wir kennen ja den Hergang zur Genüge. Auch hier betont der Graf, wie wenig er erhalten: „Wir haben nur den geringsten Teil, Altweilnau, bekommen, und den besitzen jetzt Fremde“. Er meint den Oberst von Bury und Konsorten.

Aber auch Ludwig Heinrichs Verhalten ist nicht sehr sympathisch. Er drückt sich über die Beschuldigung recht unklar aus: „Und ist zwar nicht ohne, dass bei diesen so vberselzamen und wunderbarlichen zeiten und laufften auch allerhand reden und discours hinc inde und mannigmal nach unterschiedenen gegebenen verahnlaßungen möchten vorgangen und paßiret sein, warvon eben nicht allemahl memorial oder protocol gehalten wird. Weiss mich aber gleichwohl deren von Eurer Liebden eingeführten formalien eigendlich nit zu besinnen. Es endern oftmalß die umbstende die substanz eines ganzen discours, welcher wann er zerstückelt narriret wird, ganz einen anderen und widerigen verstand gewinnet.“ — Auf die Bitte, ihm Genaueres über Personen und Umstände jener Unterredung zu nennen, teilt dann Johann Ludwig (Münster, 28. Februar 1645) mit, die gräfliche Witwe von Nassau-Siegen, Ernestine von Ligne, habe ihm jene Mitteilung gemacht, um ihm zu zeigen, dass er zu Dillenburg nit in dem guten Concept wäre, als er sich imaginirte. Worauf dann Ludwig Heinrich die Prinzessin als Unheilstifterin charakterisiert, die die Sache also hitzig und der Gewohnheit nach, Misstrauen zu stiften, vorgebracht habe, und weiter ausführt: „dann nicht ohne, das ich der sach (daruon sonst yderman ungeschewt redet, diesen und jenen zu specificiren unnötig und gar lang fallen, sondern vom meisten teil beglaubt werden will, quod vox populi sit vox dei) gegen wohlged. Fürstin erwehnet, aber gar nicht in argem, sondern allein beklagungsweise und das es mir wehe thete, das Euer Liebden, denen so nahe verwandt zu sein ich die ehr hette, solches nachgeredet würde, welcher discours je zuemahl anders nicht als affection nach sich führet, er mag auch im übrigen von friedheiligen gemütern angebracht und außgedeutet sein werden, wie er wölle, und wird sich wohl nimmer anderster erfinden, alß daß Euer Liebden wegen deren so nahen angewandtnuss, vorleuchtenden qualitäten und hohen ehrenstands, darin sie Gott gesetzet, dieserorts gebührendermassen in sehr guttem concept und reputation iederzeit und noch gehalten werden“. Mit einer solchen Erklärung, die doch eigentlich den eigenen Zweifel an Johann Ludwigs Aufrichtigkeit durchschimmern lässt, war nun dieser zufrieden, meinte nur, (Münster, 2. April 1645): „Dass sprüchwort: vox populi sit vox dei, ist in gueten sachen wahr, kan aber nit in ubelen nachreden explicirt werden. Ich laße eß zwar dahin gestellet und würde viel zu thun haben, ein jedes unnützes maul zue stopfen, ist mir lieb und genüget mir, dass bei Euer Liebden in besserem praedicat bin.“ Man sieht, wohl oder übel musste sich der Graf damit abfinden, dass sein ganzes Werk, die mühevollen Arbeit von länger als einem Jahrzehnt, nicht nur ohne jeden eigentlichen Nutzen geblieben war, sondern auch seinem guten Rufe überall empfindlich geschadet hatte.

Doch wir wollen zum Schlusse noch eine Episode erwähnen, die uns den Herrn von Hadamar von einer etwas sympathischeren Seite erscheinen lässt. Von den Nöten der Zeit waren auch zwei Tanten der Saarbrücker Grafen betroffen worden. Die eine, Ernestine, (1584--1665), Witwe des Grafen Philipp Ludwig von Wied-Runkel, erschien, wie die Jesuitenannalen berichten, im März 1635 aus ihrem Lande vertrieben, zu Hadamar und hat dort — wie lange ist nicht angegeben — unter dem Schutze des Grafen gelebt. Sie musste ihm allerdings am 31. Januar 1636 für Kostgeld 520 Thaler auf ihre von der Kellerei

zu Merenberg zu beziehende Apanage verschreiben. Dabei liess sich Johann Ludwig dadurch nicht in seinem immer wieder geltend gemachten Begehren nach der Grafschaft Wied-Runkel beirren. Eine andere ältere Schwester Magdalene (1580—1658), Fräulein von Nassau-Saarbrücken, hatte in Neuweilnau ihren Aufenthalt, wo ihr das Schloss angewiesen war. Auch sie war nach Metz geflüchtet, von da aber im November 1638 nach Frankfurt übersiedelt, wo sie sich, wie lange Klagebriefe bezeugen, kümmerlich durchhelfen musste. 600 Thaler, die sie in Neuweilnau vergraben hatte, und ihr ebenfalls auf diese Weise gerettetes Silberzeug halfen ihr noch eine Zeitlang; nun klagte sie, den bitteren Hunger leiden zu müssen und gezwungen zu sein, auf den Gassen zu betteln, wenn Johann Ludwig ihr nicht das Ihrige zurückgebe. Das lehnte freilich der Graf sehr energisch ab, der erklärte, nicht das Geringste tun zu können; er habe überhaupt in Neuweilnau garnichts zu sagen, die Erben von Johannes von Nassau-Siegen und dessen Offiziere hätten hier die Macht inne; er verbat sich alle Vorwürfe, war aber doch bereit, die Not der alten Dame in etwas zu lindern, die auch von ihren eigenen Blutsverwandten, den Saarbrücker Herren, im Stiche gelassen wurde. Er wollte ihr einiges ihr von Plünderern geraubtes Vieh wieder kaufen und liefern lassen; auch bekam der Amtmann in Neuweilnau, Heinrich Kempffer, Auftrag, der Gräfin ihr Zinngerät, so weit es noch vorhanden sei, ausliefern zu lassen und ihr zwölf Hasen, sowie ein paar Rehe zu senden. Später ist dann noch ein Befehl Johann Ludwigs an den Keller Paulinus Dalby zu Hadamar erhalten. Darnach sollten der Gräfin Magdalena 2 Kühe, 6 Malter Korn Hadamarer Mass (= neun Achtel) und 1 Malter (= $1\frac{1}{2}$ Achtel) Weizen übergeben werden. Auch soll der Amtmann wieder 12 Hasen senden. Solche kleine Liebenswürdigkeiten, die den Anschein grossherziger Gesinnung erwecken sollten, waren ebenfalls ganz nutzlos. Wohl blieb Graf Johann Ludwig in der Gnade des Kaisers bestehen, er wurde zu allerlei diplomatischen Missionen, besonders in Lüttich, verwendet, er war Hilfsgesandter bei den langjährigen Friedensverhandlungen, aber nur durch Einigung mit seinen näheren Verwandten konnte er in einem Vergleich vom 4. Juni 1650 kleine Vorteile erringen, über die man in Wagners Geschichte des Fürstentums Hadamar II., 276 das Nähere findet. Aber was dem Grafen sein Lebensideal war, das konnte er jetzt durchführen, die Errichtung eines ständigen Jesuitenkollegiums nebst Gymnasium, deren Stiftungsurkunden vom 3. Oktober 1652 datiert sind. Freilich, die erfolgte Erhebung in den Reichsfürstenstand hatte mehr für den Kaiser selbst Wert, der mit so gefügigen Mitgliedern, die katholische Partei der Fürstenbank im Reichstage verstärken konnte. Johann Ludwig selbst musste sich zunächst wegen dieses Krönleins derb verspotten lassen. Uebrigens folgten die übrigen nassauischen Grafen beider Linien bald in dieser Würde nach, zunächst Ludwig Heinrich von Dillenburg.

Es ist kein erquickliches Bild, das wir hier entrollten. In nackter Ehrsucht offenbarte sich bei diesen kleinen Landesherrn das eigentliche staatliche Prinzip dieser Zeit, die *ratio status*, der Macchiavellismus, wie man solche politischen Intriguen später nannte. Aber gerade aus den Anschauungen der Zeit heraus müssen wir diesen gross angelegten Fürsten in seinem Wesen verstehen. Neben jener masslosen Ehrsucht stand doch eine Fürsorge für seine

notleidenden Untertanen, die Bewunderung verdient, eine Arbeitskraft, die in unzähligen, meist in Wiesbaden, teils auch im Haager Hausarchiv aufbewahrten Akten sich äussert. Die in eigentümlicher Weise an Bismarcks Handschrift erinnernden persönlichen Niederschriften verraten einen fast fieberhaften Tätigkeitsdrang, und am sympathischsten berührt uns das Verhältnis zu seiner edlen Gemahlin, deren Frömmigkeit — der Graf hat nie den Versuch einer Bekehrung gemacht, auch nicht auf dem Sterbebette — ganz an die heilige Elisabeth erinnert. Nach ihrem Tode hat der Graf versucht (Haager Familienarchiv), ihren Charakter wie die Geschichte ihres Endes ausführlich darzustellen in Aufzeichnungen, die eine echte Empfindung verraten.⁵⁾ Und noch eins: auch der Protestant muss anerkennen, dass vor allem religiöse Gewissensbedenken ihn zum Uebertritt in Wien veranlassten, dass er bei der Bekehrung seines Ländchens weit schonender vorging, als es damals üblich war, dass auch die Jesuiten, die er berief, meist Gutes wirkten. So lohnt es sich wohl, von dem merkwürdigen Manne einmal ein vollständigeres wissenschaftliches Bild zu entwerfen. Ein gewaltiges Material wäre dann freilich durchzuarbeiten.

Beilage.

Graf Johann von Nassau-Saarbrücken an Graf Ludwig Heinrich von Dillenburg.

Metz, 19. August 1638.

(Wiesbadener Staatsarchiv, Saarbrückener Akten S. 805) Orig. P. S. eigenhändig.

E. Ld. ist ohne weitläufigkeit bekannt, welcher gestalt unser vetter grave Johann Ludwig zu Hadamar per sub-obreptitias preces und darauf erpracticierte kayl. donation in unser der gebrüdere graven zu Nassau Saarbrücken land und leut nicht allein einen starken eingrief gethan, sondern selbige auch noch und bis uff dieße stund de facto uns vorenthält, nutzen und genießen thut. Darbei es dann nicht geplichen, sondern haben E. Ld. ab beikommendem inschluß mit mehrerm ableßend zu vernehmen, daß durch ein ebenmäßig erpracticirt kays. decret er sich noch ferners understehet, mein zu Frankfurt befindlich archiv gleichfals anzusprechen, zu erheben und ohne einige schuld oder ursache an sich zu pringen. Welcher gestalt mir dieß widerrechtlich und meinem hauß praejudicirlich und schädlich beginnen vorkombt, haben E. Ld. ohnschwer zu ermeßen, sich aber darbey zu erinnern, welcher gestalt er von unserem hauß degenerirt, sich auch je und allezeit dahien bevliessen, wie er graf Johann Ludwig demselben zu schimpf und schaden sein können, welches er dann nochmals und anjetzo hierin erweisen thut. Ich verhoffe nicht, dass E. Ld. darab einige gefallen haben, versehe mich zu deroselben weit eines bessern und ersuche E. Ld. freundvetterlich, weiln mir wohl bewust, daß dies procedere von niemand anderst als sein grave Johann Ludwigen ohnersätlichem geiz herkompt und geführet wird, ihne dahin zu erinnern, von dießem ohnbillichen, ohnbefugten und widerrechtlichen beginnen abzuweichen und sich darvon zu enthalten, widerigen fals sich zu versichern, so wahr ich noch der alte Hanß, ich dahien trachten, auch nicht zu verdenken sein werde, wie ich mich inskünftig gegen ihne erhoben und rechnen möge. Weiln E. Ld. ahn diesem

⁵⁾ Siehe meine Abhandlung über Richls Novelle und deren sagenhafte Grundlage in „Alt-Nassau“ (Beilage zum Wiesbad. Tageblatt 1898, jetzt vergriffen.)

ort in verwandnues näher als ich begrieffen, hab ichs dieselbe zu dem end sonderlich berichten wollen, damit, da mir etwa gelegenheit zu rechtmüssiger revange an hand kommen solte, E. Ld. die ursach wissen mögten. Datum Metz den 19. Augusti ao 1638.

E. Ld. dienstwilliger vetter und Freund Johannes graf zu Naßau-Saarbrücken.

PS. Mich wundert, das das Jesuiterlein von Hadamar so große lust hat, mitt mir ohnfreundschaft zu suchen, da ihme doch bewust, dß sein geißbart ohne ds dünn geschet, so hatt er je ds glück sich oft wenden sehen; mich verdreust, das solche leichtfertige thaten von unseren stamms genoßen geschehen, binn aber Wilhelm Ottens meinung, ds wir unns desto redlicher haltten sollen, darmitt unnserere tugenden der anderen laster decken mögen; komme ich ihme ein mahl vbern hals, soll er es, geliebts Gott, nicht lachen.

Die nassauische Politik zur Zeit des Reichsdeputationshauptschlusses.

Von

Albert Henche.

- I. Bis zur provisorischen Besitznahme Mainzer Gebietes.
- II. Die militärische Besitznahme.
- III. Die Zivillbesitznahme.

Am 9. 2. 1801 entriss der Friede von Luneville dem deutschen Reiche das linke Rheinufer. Damit traten die durch den 2. Koalitionskrieg unterbrochenen Verhandlungen, die in Rastatt über die Bestimmungen des Friedens zu Campo Formio gepflogen worden waren, wieder in den Vordergrund des politischen Interesses. In Regensburg^{a)} trat eine aus Abgeordneten der sechs grössten weltlichen Staaten sowie des Mainzer Kurfürsten bestehende Reichsdeputation zusammen, um über die Säkularisationen — nach den Verhandlungen des Rastatter Kongresses — zu beraten. An diesem diplomatischen Entschädigungsplan waren sämtliche Linien des nassauischen Hauses interessiert genug, und so hatten denn sowohl Usingen und Weilburg als auch Dillenburg grosse Vorbereitungen getroffen, auf der vom 24. 8. 1802 bis zum 25. 2. 1803 dauernden Regensburger Tagung die Belange ihrer Dynastien und Länder wahrzunehmen. Wie vordem hatten die Staatsmänner der drei Linien sich in ihre Aufgaben geteilt: in Regensburg selbst vertrat der usingische Regierungspräsident von Kruse (seit dem 30. 8. 1802) die walramschen, der Geh. Legationsrat von Arnoldi (seit dem 18. 9. 1802) aber die ottoischen Interessen. Der gewandte Freiherr von Gagern war in Paris tätig, und in den Händen Marschalls in Wiesbaden liefen nicht nur viele dieser diplomatischen Fäden zusammen, sondern er stand auch in regstem Austausch mit den betroffenen Fürsten.

Allgemeinesgeschichtlich ist bekannt, dass der Regensburger, wie sein Vorgänger, der Rastatter Kongress, das Widerspiel der deutschen Hauptmächte (Oesterreich und Preussen in verstärkter Verbissenheit sah, dass auch hier die deutschen Kleinstaaten ihre Daseinsberechtigung in französischen Machtsprüchen garantiert sehen wollten und dass alle Verhandlungen der Reichsdeputation durch die Entscheidungen des französischen Drahtziehers beeinflusst und gelenkt wurden.

a) Vgl. allgemein Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau, Bd. VII. S. 375 bis 604.

Also dieselbe politische Lage, wie in Rastatt¹⁾, nur dass nicht mehr wie dort das Direktorium, sondern der Erste Konsul das Diktat ausgesprochen hatte. Napoleon.

Die nassauische Politik hatte mit diesen Verhältnissen zu rechnen und hat es getan. Das innernassauische Gepräge war dasselbe wie in der Rastatter Zeit; aber man hatte durch Marschalls diplomatische Kunst gelernt, die usingisch-weilburgischen Interessen nicht gegen die oranischen Absichten sich versteifen zu lassen; war doch Dillenburg noch immer der Günstling Preussens. Freilich werden wir im Laufe der Verhandlungen noch manche Eifersüchtelei der Vetternschaft kennen lernen, aber eine Hauskonferenz konnte wenigstens für den Anfang und für die grossen Richtlinien der gesamt-nassauischen Diplomatie die erfreuliche Einigkeit der Häuser feststellen. Auf dieser Tatsache beruhte oben erwähnter Feldzugsplan in Regensburg und Paris. Einigermassen dabei auffallen muss für den Kenner der so wirr verschlungenen damaligen Hausgeschichte Nassaus, dass Nassau-Usingen diesmal und ganz im Gegensatz zu seinem Rastatter Verhalten einen oranischen Mitgesandten in Regensburg duldeten, ja wünschte. Es mag das z. T. an der überragenden Persönlichkeit Arnoldis gelegen haben, z. T. aber auch an dem aus den betr. Aktenstücken zwischen den Zeilen erkennbaren Zweifel an der diplomatischen Befähigung des seit Rastatt doch ziemlich belasteten Kruse. Statt seiner hätte sich denn auch Marschall in ehrgeizigem Selbstbewusstsein gern nach Regensburg abgeordnet gesehen — den Nothelfer, wie in Rastatt, zu spielen, mochte ihm wenig genehm sein —, aber Kruse war durch seine persönlichen Beziehungen zu dem Fürsten Karl Wilhelm bis zu dessen Tode (1803) nicht aus dem Sattel zu heben. So musste sich Marschall denn bescheiden, aber er tat es auf seine, sehr positivistisch-aktivistische Art. In ständiger Korrespondenz mit geradezu allen beteiligten Persönlichkeiten hält er die Fäden der nassauischen Politik in geschickten Händen. War er in Rastatt der Manager Usingens vor Kruse geworden, so beginnt jetzt die zweite politische Etappe im Aufstieg des Diplomaten: Neben Gagern wird er für das Gesamthaus Nassau so wichtig und wertvoll, dass seine spätere Führerrolle (auch unter der Weilburger Dynastie) sich aus jenen Tagen seiner zentralpolitischen Tätigkeit mit herleiten lässt.

Wir legen daher neben dem „Protokoll der ausserordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg“ (2 Bd. und Beilagen), ohne das übrige Material ganz zu übergehen, doch vorwiegend unserer Darstellung die Korrespondenz Marschalls zugrunde, die wir durch Gagerns „Pariser Berichte“ bis zu dessen Bruch mit Kruse und seiner infolgedessen erfolgten Heimkehr (22. 11. 1802) sehr glücklich unterstützen können. Ein sechstägiger Aufenthalt in Hahnstätten ermöglichte ferner erstmalig die Benutzung der diesbezüglichen Akten des Marschallschen Hausarchivs. Ausserdem sind die Berichte Kruses und der erhaltene Briefwechsel des Fürsten Karl Wilhelm uns hinreichend geeignet erschienen, die Generalakten der Regierung²⁾ zu ergänzen.

* * *

¹⁾ Henche, Die nass. Politik auf dem Rastatter Kongress. Nass. Annal. 50.

²⁾ Nass. Usingen. Generalia A I b. 47, 48, 49, 50, 51.

I.

In Paris hatte, besonders um die Gunst Talleyrands und seiner einflussreichen und leicht für Gold zu erkaufenden Kreaturen, unter denen wiederum der von Rastatt her berühmte Elsässer Mathieu eine Rolle spielte, ein „grosses Börsenspiel“³⁾ um Deutschlands Land und Leute“ begonnen, und „es weidete sich der Spott der Pariser an dem Anblicke der Fürsten und Staatsmänner des heiligen Reiches, die in Scharen zu dem Herrschersitze des Ersten Konsuls eilten“. Vor allem übrigen hatte das mit Frankreich noch immer verbündete Preussen aus der Rastatter Zeit gelernt, dass vor den Regensburger Verhandlungen in Paris „das Wesentliche geordnet“ werden müsse;^{3a)} Talleyrands zynischer Ausspruch: „il faut étouffer les regrets“ war freilich an keinem deutschen Fürstensitz ungehört verhallt. Immerhin trifft Preussen die Schuld, die Säkularisationslust der Kleinen durch sein Abkommen mit Bonaparte — ohne Befragen des Reiches! — über seine eignen Entschädigungen auf die Bahn der begehrlichen Selbsthilfe gebracht zu haben. Hatte es doch auch, allerdings hier im Bunde mit dem um die Existenz der geistlichen Stände noch immer feilschenden Oesterreich, den Zusammentritt der seit Ende 1801 beschlossenen Reichsdeputation verzögert, bis es seine eignen Belange sichergestellt wusste. Was war natürlicher als dass die kleinen Staaten des Reiches, die zu kurz zu kommen befürchten mussten, die von ihnen verabscheute preuss. Politik nachahmten und in folgerichtiger Parallele zu Rastatt in Paris beim Ersten Konsul zu erwirken suchten, was ihnen das Direktorium dereinst versprochen hatte. Dieser Zug nach dem Westen wurde aber zu einer Massenwanderung der Diplomaten aller Grade, als Preussen, „wiederum des Reiches ungefragt“, am 3. 8. 1802 die ihm von Bonaparte zugestandenen Landentschädigungen durch sog. provisorische Besetzung an sich brachte.

Dieser Gewaltstreich wurde das Signal für alle deutschen Fürstenhöfe, zu den Quellen des politischen Lebens zu eilen: in Paris verteilte man die deutsche Erde, und „wie das Geschmeiss hungriger Fliegen stürzte sich Deutschlands hoher Adel auf die blutigen Wunden seines Vaterlandes“.⁴⁾ Das deutsche Reich, von Talleyrand nur noch „Confédération germanique“ genannt, wurde liquidiert. Wehe denen, die dabei nicht mitboten!

Unmittelbar nach dem preussischen Rechtsbruch hatte Nassau-Weilburg seinen Staatsmann Gagern beauftragt, von Saarbrücken, wo er sich in Sachen der saarbrückischen Erbschaft aufhielt, nach Paris zu fahren (5. 8.). Dort befand sich bereits seit Anfang des August der usingische Legationsrat Fabricius auf der Suche nach „Beziehungen“. Marschall hatte nach eigenen Erfahrungen in Rastatt diesen diplomatischen Kurs in dem wüsten Schacher durchgesetzt. Fabricius hatte denn auch seinen Handel mit dem schmutzigsten der Makler,

³⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte I, 184 f. Bitterauf, Geschichte der franz. Revolution 99.

^{3a)} Die Grundlage bildete der Entschädigungsplan, der zwischen Talleyrand und dem russischen Botschafter Markoff am 4. 6. 1802 ausgefertigt wurde (ergänzt durch den „Pariser Vertrag zwischen Preussen und Frankreich vom 22. 5. 1802“ betr. Preussens Entschädigungen).

⁴⁾ Treitschke, a. a. O. 184 und Lamprecht, Deutsche Geschichte 9, 180. Seibert, Erlauchtes Schiebertum in „Nassovia“ 1921.

jenem Mathieu, der Napoleon⁵⁾ in deutschen Geschäften unentbehrlich war, aufgenommen. Am 17. 8. meldete er von Paris an Marschall, dass ihm ein „homme de confiance“ mitgeteilt habe, dass Nassau „pourrait se mettre en mesure pour occuper provisoirement les pays échus sur le même pied et sous les mêmes restrictions que S. M. le Roi de Prusse a fait ses occupations“.

Diese vertrauliche Auskunft stammte von keinem Geringeren als von dem als Makler sehr bekannten Fürsten von Löwenstein, dessen Vermittlung freilich nicht selbstlos zu sein pflegte. Immerhin wusste man nassauischerseits, dass man zu den Protegierten Napoleons gehören würde. Sofort wurde Gagern entsprechend instruiert und zur Eile angetrieben. Marschall bittet auch den Fürsten, dass er persönlich „prend des mesures pour l'exécution future ou bien celles qu'il jugera convenables pour obtenir la communication officielle qu'on nous fait espérer“. Es ist sicher auch Marschall, der hinter dem Rat an Gagern steckt, den preussischen Gesandten in Paris in diesem „Wettkampf der dynastischen Habgier“ wohl zu hofieren. Es war der eitle und seiner Protektorstellung gegenüber den kleinen deutschen Staaten sehr bewusste Marquis Lucchesini,⁶⁾ ein seit Friedrich d. Gr. bekannter „geschmeidiger Intrigant“. Schliesslich sollen nach Marschalls Rat die nassauischen Fürsten mit Napoleon persönliche Fühlung suchen, da er der „Diktator⁷⁾ von Regensburg“ sei. Aber auch mit dem die Opfer des ganzen Handels tragenden letzten Vertreter der nachbarlichen „Klerokratie“, dem Mainzer Kurfürsten, der in Aschaffenburg Hof hielt, wollte Marschall nicht alle Fäden abreißen lassen. Diese Aufgabe einer moralischen Diplomategeste wollte er selbst zu lösen unternehmen.

So war denn alles sehr gut vorbereitet, als Gagern am 18. 8. von Saarbrücken aus an Marschall seine Abreise nach Paris meldete: „Wir werden fleissig korrespondieren“. Es spricht für die Bewertung Marschalls seitens der andern Linien des nassauischen Gesamthauses, dass Kruse, der inzwischen nach Regensburg abgereist war, zunächst nur über Marschall die diplomatische Verbindung mit Nassau-Weilburg erhielt, während die Dillenburgern ihren Regensburger Gesandten⁸⁾ wie einst in Rastatt nur in losen Konnex mit Kruse treten liessen. Nur dieser schwamm nämlich noch im Fahrwasser der Hofburg, obwohl der Kaiser es war, der neben der Säkularisation der geistlichen Staaten auch die „Vernichtung der kleinen weltlichen Stände“ gefordert hatte.

Da sich die Reise Gagerns infolge „eines zerbrochenen Schwanenhalses“ (=Reisekutsche) verzögerte, findet sich in den Akten für die nächsten Tage noch eine Korrespondenz von Fabricius, die allgemeineschichtlich nicht ohne Interesse ist. Der Legationsrat berichtet von dem Widerstand, den der Russen- zar gegen die preussischen Landbesetzungen erhebe. Hatte er schon gegen Napoleons ursprüngliche Absicht Mecklenburg für die ihm verwandten Herzöge gerettet, so verlangte er jetzt für seine „Zustimmung zu den preussischen Ok-

⁵⁾ Driault, Bonaparte et le recès Germanique 1803, Revue Historique 1909, 100.

⁶⁾ Kleinschmidt, Die Säkularisation von 1803, 420 f.

⁷⁾ Vgl. dazu: Driault, La politique du premier Consul 1800 bis 1803, 237 ff.

⁸⁾ Arnoldi. Oesterreich war schliesslich als Machtfaktor fast ganz ausgeschaltet, was Kruse wie einst in Rastatt ganz übersah. Vgl. Wahl, Gesch. des europ. Staatensystems 1789 bis 1815, S. 136 f.

cupationen“ den Grossherzogstitel für jene. Auch aus der Korrespondenz von Fabricius erhellt, dass Russlands Einfluss im Konsulat beachtlich erscheint, was either bestritten⁹⁾ oder nicht beachtet wurde. Er steht wohl im Zusammenhang mit der preussisch-russischen Zusammenkunft in Memel (10. 6. 1802), die für Russlands Politik gegenüber Frankreich auch sonst bedeutungsvoll werden sollte.

Inzwischen hatten am 18. 8. die Vermittelnden Mächte ihre „Deklaration“ der Regensburger Deputation überreicht. Gagern war am 23. 8. 1802 in Paris angekommen und hatte sofort seine Beziehungen aufgenommen. Er verhandelte vorwiegend mit Mathieu, ferner mit Durant. Da er aber bald sehr richtig merkte, dass Preussen die geheime Absicht hatte, sowohl selbst möglichst viel westdeutsches Land zu erwerben als auch zwecks Vernichtung der Kleinsten der Kleinstaaterei durch die Säkularisation einige westliche Grenzstaaten zu rösseren Gebilden zu arrondieren, so unterhandelte Gagern auch möglichst bald mit Lucchesini. Freilich stiess er sich an der zähen Kleinlichkeit Preussens, so es galt, kleine Landfetzen zur eignen Abrundung zu erlangen. Beim Handel im Altenkirchen¹⁰⁾ lesen wir in Gagerns Briefwechsel mit Marschall: „Welche Vnersättlichkeit, welche Abscheulichkeit! Wer kann für Gewalt und Unrecht! Preussen will es für Wittgenstein, von diesen [wenn dieses überhaupt bestehen bleibt] dann kaufen, ebenso gewisse Verbindungen dieses Landstriches mit den harkischen Bergwerken“. Trotzdem verhandelte Gagern unbeirrt nach allen Seiten. Ihm scheinen die „Dinge auf dem rechten Mainufer gut für Nassau“ zu stehen, dagegen sei „auf dem linken Ufer der Buchstabe minder klar und gut“. Hessen muss sehr viel Gold in Paris haben rollen lassen. Gagern weiss doch Rat: „Alle diese dubiose Gegenstände, also Orb und Lohr, das Amt Linz, Lieburg, Fürth, Lorsch, Hirschhorn sind unter den Gegenständen, wo man die Besitzerergreifung versuchen muss, bis Widerspruch erfolgt. Dann kommt es auf eine Negociation an. Und diese Besitzerergreifung ist unverzüglich vorzunehmen, wenn entweder der Kaiser oder Bayern die ihnen bestimmten Staaten besetzen“. Gagern ist davon überzeugt, dass der Erste Konsul nichts gegen eine solche Gewaltpolitik einzuwenden habe: „Man gibt das hier nach“!

Marschall hörte nicht ungern diese Botschaft aus Paris. Allein es fehlte ihm, da Hessen zu misstrauen nicht aufhörte, noch vorerst der Glaube an die dmainschen Zukunftserwerbungen. Er arbeitete daher eine Denkschrift aus, in die nassauischen Ansprüche auf die genannten Landstriche zu begründen. Er sieht darin von jeder Einzelmotivierung ab, die ihm auch recht schwer gefallen sein dürfte, und begnügt sich mit der Feststellung, dass der Verlust an rksrheinischen Ländern nach den Rastatter Verhandlungen und im Sinne des uneviller Friedens Entschädigungen erheische. Nassau habe zwar Zutrauen zu dem französisch-russischen Entschädigungsplan, der sich in Ausarbeitung befinde; er nach dem Vorgange anderer Staaten [Preussen!] erwachse auch dem Hause Nassau die politische Pflicht, um „Nachteile von Herrn und Land“ abzuwehren.

⁹⁾ Treitschke, a. a. O. I, 181. Dagegen vgl. Schüfer, Deutsche Geschichte II, 270. Es war in der Tat die Absicht der preussischen Politik unter Haugwitz; so sollte die Widerstandskraft des Reiches gegen Frankreich erhöht werden.

¹⁰⁾ Menzel, Gesch. Nass. VII, 577.

sich nach positiven Grundlagen einer geopolitisch möglichen Arrondierung umzu-
sehen. Zu diesem Ziel bleibe in den gegenwärtigen Zeitläufen nur die proviso-
rische Landnahme; es entstehe sonst „aus der längeren Dauer des Zwischenzu-
standes“ grosser Schaden.

Es ist inzwischen von dem Entschädigungsplan Frankreichs und Russlands
soviel durchgesickert, dass Gagern erfahren hat, man wolle die kurtrierischen
Besitzungen, um die schon auf dem Rastatter Kongress gekämpft wurde, an
Nassau fallen lassen; freilich „liegt auf ihnen eine ungeheure Schuldenlast“.¹⁰⁾
Immerhin erscheint Gagern jedes Entgegenkommen des Ersten Konsuls einer
besonderen Aufmerksamkeit seitens der nassauischen Dynasten wert, und so
veranlasste er (25. 8.) folgendes Dankschreiben des Weilburger Fürsten an
Napoleon:

„General premier Consul,

A peine instruit de votre déclaration concertée avec Sa Majesté Imperiale de toutes les Rus-
sies et portée à la diète de Ratisbonne je crois devoir m'empresser en ma qualité de doyen
d'âge de ma maison de Vous en témoigner vivement ma reconnaissance.

C'est à ma maison et particulièrement à ma branche qu'est applicable.

L'empressement particulier à soutenir des droits qui auraient pu trouver moins d'appui au
milieu des interesses.

Une intention si juste et bienveillante est bien conforme au grand caractère et aux hautes ver-
tus du premier Consul de France.

Le baron de Gagern, notre envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire, en Vous
présentant respectueusement ces lettres de remerciement, est chargé en même temps de Vous
demander avec instance la continuation de cette faveur et de la puissante protection du
grand Empire que Vous gouvernez.

Désormais le plus proche voisin de la France je dois désirer sa splendeur et son re-
port — je dois donc prier la Providence de veiller sur Vos jours.

Charles Guill. de N.“

Marschall veranlasste, dass ausser diesem Schreiben noch ein paar persönliche
Zeilen an Talleyrands, den Allmächtigen, abgingen.

„Citoyen Ministre,

Au milieu des occupations les plus étendues et les plus difficiles vous n'avez point oublié
les détails que de vait entraîner la paix de Luneville.

Epuisée par une guerre désastreuse, privée de la majeure partie de ses possessions et
isolée des intérêts des autres puissances ma maison était près de sa perte.

Mais vous avez noblement soutenu les droits du moins forts, vous avez poursuivi avec
persévérance l'exécution difficile des indemnités et vous ne vous êtes point lassé de rechercher
péniblement les connaissances étendues qui devaient y mener.

Enfin vous avez achevé presque sans concurrence cet important travail et l'Empire Ger-
manique va bientôt reprendre une assiette plus tranquille et jouir la paix. Recevez d'avance
mes remerciements, veuillez conserver ces bonnes dispositions envers les plus proches voi-
sins de cette vaste république et assurez vous de mon parfait et inviolable dévouement“.

Die Huldigung an Napoleon verfehlte ihren Zweck vollauf. Gagern fand
keine Gelegenheit, an den in solchen Dingen aner kennenswert unzugänglichen
Machthaber heranzutreten. Desto freundlicher war sein durch Mathieu vermittelter
Empfang bei Talleyrand, besonders da Gagern zu den Vorschusslorbeeren um
das nassauische Haus noch einige goldne Münzen hinterlassen konnte. Napoleon
hatte freilich von den schmeichelhaften Worten der Huldigungsadresse wohl

¹⁰⁾ Vgl. über die geistlichen Gebiete Treitschke, a. a. O. I, 173 f. und besonders
Deutschmann, Die Rheinlande vor der franz. Revolution. Neusser Gymnasialprogramm 1902.

Kenntnis genommen. Er erwähnte sie später, als er als Empereur im Weilburger Schloss weilte und eine Sèvres-Vase dem Fürsten überreichen liess.

Am 29. 8. gab Marschall an Gagern eine ausführliche Antwort, besonders auf den Vorschlag einer Gebietsbesetzung. Von ihr hatte inzwischen auch Kruse von Regensburg aus abgeraten. In der Tat war ja noch nicht zu erkennen, ob und was man von Mainzer Territorialbesitz in Besitz nehmen dürfe. Bestand doch sowohl beim Kaiser wie beim Konsulat der Plan, den Reichserzkanzler in seinem Besitzstand soweit¹¹⁾ zu belassen, dass seine Souveränität, die man zu erhalten wünschte, genügend basiert war. Auf die abkömmlichen Teile aber seine Hand zu legen, stand Hessen schon seit Rastatt bereit.

Marschall wollte daher auf die Besetzung von Mainzer Gebiet zunächst nicht eingehen. Er erblickte auch vorläufig in den hessischen Aspirationen auf Mainz keine Gefahr: „Darmstadt wird Mainz nicht besetzen, da es von Mainzer Truppen besetzt bleibt“. Dadurch sei auch keine Gefahr, dass „andere uns zuvorkommen, sonst würde man es diesseits an Energie nicht fehlen lassen“.

Was diesen letzten Punkt angeht, so war sich Marschall allerdings seiner theoretischen Bedeutung wohl bewusst. Daher tut er einen Schritt, der nicht zu billigen war. Wir lesen in einem Brief an Gagern wörtlich: „Da hier kein Militär vorhanden ist“, so möge Gagern „Massregeln ergreifen, um mir Weisung an die französischen Kommandanten zu extrahieren, im Notfall Assistenz zu leisten“; dann „erst hat man hier den Rücken gedeckt [gegen Hessen] und kann eine energische Sprache führen“ [gegen Mainz]. „Ich bemerke noch — fügt Marschall dann bezeichnend hinzu —, dass der Fürst, mein Herr, die französische Assistenz verabscheut und nichts auf diesem Wege ausrichten will, indessen aber doch wünscht, dass die oben angegebenen Befehle an das Militär erlassen werden möchten, weil dieser Umstand, auch wenn man keinen Gebrauch davon machen will, doch günstig wirken und menagement veranlassen wird“.

Es ist immerhin interessant, dass Gagern auf diesen Vorschlag Marschalls eine ablehnende Antwort gegeben hat.¹²⁾ Dagegen ersuchte er, auf Kruse in Regensburg ein wachsames Auge zu haben. Dieser hatte sich auf den Besitz von Orb und Lohr versteift. Da „der preussische Hof darauf dringt“, so befürchtete Gagern durch Kruses Hartnäckigkeit Schwierigkeiten mit Lucchesini. Marschall trat seiner Ansicht umso lieber bei, als er seit Rastatt jede Gelegenheit benutzt zu haben scheint, Kruse ins Unrecht zu setzen. Auch jetzt bittet er Kruse, sich in seinen Verhandlungen auf das Oberamt Aschaffenburg zu beschränken.

Gagern mahnt wiederholt von Paris aus, nicht zu sehr auf den Gang der Regensburger Beratungen zu blicken. Er erkennt, dass „die Impulsionen auch in geringfügigen Dingen von Paris aus gingen“ . . . „dass es vorzüglich auf die hiesigen Ansichten ankomme“ u. dgl. m.

¹¹⁾ Tatsächlich erhielt Dalberg ja auch die Reste der Einkünfte des Mainzer Domkapitels zugewiesen als „Kurfürst-Erzkanzler des Reichs“. Vgl. Schneider, Die bischöfl. Domkapitel.

¹²⁾ Als die Hessen aber später Mainzer Gebietsteile besetzt haben, schreibt er am 18. 9. 02 vertraulich an Marschall: „Es hat mich nachher gereut, dass ich in der Sache des Begehrens franz. Truppen mit zuviel Pathos geschrieben habe. Die Sache hatte etwas für sich. Doch ist es besser so“.

Trotzdem er Gagern recht geben musste, hatte sich Marschall zu einer Zusammenkunft mit dem Fürsten, der damals in Frankfurt weilte, entschlossen, besonders als die Gagernschen Berichte in Bezug auf Orb und die linksmainischen Bezirke immer ernster klangen. Marschall durchschaute die Schwierigkeiten der Mainzer Okkupation am besten: „Der Buchstabe ist dort überall gegen uns“. Der Hof „suchte soviel an Entschädigungen zu gewinnen, bis denn doch die Million¹³⁾ wenigstens ausgemittelt sei“. Nicht unrichtig hatte schliesslich Gagern in Paris gemerkt, dass Hessen um die linksmainischen Mainzer Landstriche geradezu „buhle“. Der Entschädigungsplan der Doppelmächte hatte allein Nassau-Usingen Entschädigungsobjekte im Werte von 600000 Gulden zugebilligt. Man musste um dieses Zieles willen alle Hebel in Bewegung setzen.

Bestimmt aber wurde Marschall erst wirklich zu seiner Besprechung, als er merkte, dass der Einfluss der Berichte Kruses aus Regensburg den Fürsten in eine abwartende Unentschiedenheit zu treiben begann. Ihn musste er paralisieren. Gagern gibt ihm nicht unrecht; Marschall solle „dem Fürsten ein wenig bange machen“. Jedenfalls aber rät Gagern von einer gewaltsamen Besetzung besonders des Mainzer Landes ab: „Nur nirgends etwas Blutiges“. Bald aber schreibt er: „Mit dem Versuch des Besitzes (sic!) lasse ich Ihnen freie Hände“ . . . wenig später: „Ich wiederhole es, dass man die Besitzergreifung unter der Hand nachgibt, allein im Mainzischen wird sie noch grosse Schwierigkeiten haben“.

Das freilich ahnte auch Marschall. Andererseits kam es ihm für Nassau-Usingen aber gerade auf diese Besitzungen¹⁴⁾ an; nachdem für Nassau-Weilburg das Lahngebiet vergeben schien, musste das Mainland und der Rheingau unter allen Umständen an Nassau-Usingen fallen.

Gegenüber der Hoffnung Gagerns, dass „man in Regensburg vielleicht einen noch günstigen Ausgang zu Wege bringe“, vertritt Marschall den Gedanken der Selbsthilfe.

Es ist nun — wie in Rastatt — interessant zu sehen, wie dieser impulsive Diplomat, zwischen den bedächtigen Kruse in Regensburg und den kühlen Gagern in Paris gestellt, erkennen muss, dass er selbst zum Handeln berufen sei. Gegenüber den hessischen Aspirationen auf das Mainland will er den Rheingau ausspielen. Gegenüber einem zaudernden Fürsten, gegenüber einem feilschenden Erzkanzler will er die rasche Tat einer provisorischen Besetzung wenn nicht rechtfertigen, so doch „nach dem Vorgang anderer Stände“ durchsetzen. Die preussische right-or wrong — Politik hatte in Marschall einen gelehrigen Schüler gefunden.

Mit diesen Absichten fuhr er am 1. September nach Frankfurt zum Fürsten Karl Wilhelm, der ihm im wesentlichen zustimmte, aber auf Kruses dauernde Warnungen aus Regensburg hinwies, Mainzer Gebiet zu besetzen. Marschall fand Gelegenheit, seine und Gagerns Unzufriedenheit mit dem isolierten Vorgehen Kruses deutlich auszusprechen.

¹³⁾ Tatsächlich betrug nach der Säkularisation durch den Reichsdeputationshauptschluss das Einkommen des Kanzlers 1 Million Goldgulden.

¹⁴⁾ Vgl. Stimming, Die Entstehung der weltl. Territorien des Erzb. Mainz.

Wie wichtig Marschall allmählich auch den übrigen Linien des Gesamt-hauses Nassau erschien, erhellt aus dem Umstande, dass Marschall noch an demselben 1. September nach Weilburg zum dortigen Fürsten beordert wurde, dem er in zweistündiger Audienz „über die bekannten Angelegenheiten“ Vortrag hielt. Die Nacht fuhr er zurück: „habe die ganze Nacht auf den steinigen Wegen zwischen Weilburg und Homburg zugebracht“ — schreibt er an den Regierungsrat von Rössler, der ihn mit dem Regierungsrat Huth in Wiesbaden politisch vertrat. Nach der Unterredung mit Friedrich Wilhelm von Weilburg hielt es Marschall für geraten, „den Operationsplan ein wenig abzuändern“. Er drängt nunmehr bei seinem Fürsten auf unmittelbare Verhandlungen mit dem Erzkanzler. Karl Wilhelm solle persönlich ein Schreiben an den Kurfürst nach Aschaffenburg richten des Inhalts, dass „es sicher Kurfürstl. Gnaden bekannt sei, dass Nassau die diesseits und jenseits des Mains gelegenen Teile von Kurmainz erhalten solle. Es sei aber Durchlaucht unbekannt, inwieweit dieser Plan von dem Reiche genehmigt werden dürfte. Es liege ihm aber nur daran, dass inzwischen nicht einem andern Reichsstand ein solcher Teil eingeräumt werde. Man hätte jedoch Ursache zu vermuten, dass Darmstadt auf die Bergstrasse [Lorsch und Fürth] Absichten habe. Noch aber seien diese Gebiete nicht an Hessen gegeben. Der Kurfürst möge dafür sorgen, dass dieser Landstrich nicht an Hessen falle“. Soweit der Diktatentwurf Marschalls, den der Fürst tags darauf ausfertigte und absandte.

Marschall hatte in Weilburg erfahren, dass der Weilburger Fürst eifersüchtig auf Nassau-Usingen sei. Er hatte ferner die Ueberzeugung gewonnen, dass von Kruse in Regensburg sich von dem kurmainzischen Gesandten von Albin hintergehen lasse. Dieser hatte von Kruse versprochen, dass sobald [für Mainz] die versprochene Million da sei, er selbst den Befehl erteilen lassen wolle, dass „alle Uebergabe à l'aimable geschehen sollte“. Solche trivialen Redensarten hatten Kruse beruhigen können.

Inzwischen glaubte sich der Weilburger Fürst von dem Usinger Vetter übervorteilt, dessen Entschädigungen seine eigenen überschritten. Karl Wilhelm teilt ein Beschwerdeschreiben Friedrich Wilhelms Marschall mit dem Zusatz mit: „Der Weilburger soll nicht denken, dass ich ihn übervorteilen will. Es kömmt mir hart vor jemand zu proponieren, dass er in gunsten meiner die Hand biete, sich lieber von mir als von einem andern ausziehen zu lassen“.

Marschall wusste, was die Uhr geschlagen hatte. Ehe Hessen gewaltsam zugriff, ehe Weilburg Schwierigkeiten mache, ehe Kruse sich übertölpeln liess, musste er persönlich in den Lauf der Dinge eingreifen. Es blieb ihm aber nur eine einzige Möglichkeit dazu: die unmittelbare Bearbeitung des Mainzer Kurfürsten in Aschaffenburg. Daher beschloss er am 5. September, trotzdem ihm tags zuvor noch Gagern aus Paris versichern liess, dass „weil man hier — wie sie aus meinem letzten Schreiben werden erschen haben, nicht Ursache hat zu befürchten, dass andere Reichsstände Nassau in Besitzergreifungen zu-vorkommen, so sind wir hier ganz ruhig“ . . . „im wesentlichen scheinen mir die Besorgnisse noch zur Zeit überflüssig zu sein“ — trotzdem auch Kruse¹⁵⁾

¹⁵⁾ Kruse scheint sich in Regensburg stark nach dem Verhalten der badischen Delegierten orientiert zu haben.

aus Regensburg sich vernehmen liess: „An der Wiederaufrichtung des Kontinents wird stark gearbeitet“ . . . „Die teutschen Gesandtschaften behalten ihr ruhiges Vertrauen — trotz aller ruhigen Theorie“, ergriff Marschall in stetem Argwohn, es könne etwas versäumt werden, die rasche Praxis.

Er müsste jedoch nicht Marschall gewesen sein, wenn er seine Aschaffenburgische Reise nicht gründlich auch „inoffiziell“ vorbereitet hätte. Da Kruse privatim ihm mitgeteilt hatte, er glaube, dass „Nassau-Usingen nicht genug entschädigt sei“ — Marschall war anderer Ansicht —, so sondiert Marschall insgeheim über den Wert und die Rentengefälle der betr. Mainzer Entschädigungsobjekte: „Morgen kommen — schreibt er an Kruse — Mainzer Beamten zu mir, durch die ich vieles genau erfahren werde!“

Am 5. 9. tritt nun Marschall seine Reise nach Aschaffenburg an. In einem Billet hatte ihm der Fürst „glückliche Reise“ zugerufen: „Meine Wünsche begleiten Sie, wenn es auch bis nach Monomataga¹⁶⁾ wäre“. An dem forschen Draufgängertum Marschalls hatte der Fürst stets eine besondere Freude. Die leise Ironie seines Glückwunsches dürfte auf Kruseschen Einfluss zu setzen sein.

In Aschaffenburg hatte Marschall zunächst eine Vorbesprechung mit dem Geheimrat von Deel, der während der Abwesenheit Albinis (in Regensburg) den Minister vertrat. Er eröffnete ihm die Besorgnisse der nassauischen Fürsten, dass Hessen an der Bergstrasse einige Teile erhalten solle, die nach nassauischer Information für dieses Haus angewiesen seien. Deel erklärte, dass der Kurfürst persönlich die auswärtigen Angelegenheiten führe und dauernd mit Albini darüber korrespondiere. Daher wolle er das Schreiben des nassauischen Fürsten an den Kurfürsten weiterleiten.

Noch an demselben Tage wurde Marschall vom Kurfürsten Karl¹⁷⁾ selbst „äusserst höflich“ empfangen. Zu dem Schreiben seines Fürsten, das der Kurfürst noch nicht gelesen hatte, übergehend, bemerkt Marschall, dass „Durchlaucht sich sehr ungern zu diesem Schritt entschlossen habe, indessen aber aus vielen hier einschlagenden, dem Kurfürsten selbst am besten bekannten bewegenden Ursachen keinen längeren Anstand nehmen könnten, dieses Ansinnen zu tun“. Der Kurfürst stellte sich höchst überrascht: „er habe das nicht vermutet, indem Albini gestern noch berichtet habe, Herr von Kruse habe erklärt, dass Nassau-Usingen keinen Besitz ergreifen werde. Man sieht, dass Marschall als spiritus rector der Politik den Ministerpräsidenten seines eigenen Landes völlig ohne Orientierung gelassen hat. Kruse galt ihm immer offensichtlicher als *quantité négligeable*. Dem Kurfürsten antwortete er ausweichend, dass „neue Umstände und Nachrichten diesen Schritt veranlasst hätten“. Der Kurfürst entgegnete, dass er eine provisorische Besitznahme nicht verhindern könne und wolle, sofern sie „sich nicht auf Gegenstände ausdehne, die nicht Nassau ausdrücklich zugewiesen seien“. Er fordert aber das Recht, seine „Truppen liegen zu lassen und zu verstärken“. Marschall versichert, dass „Nassau sich genau an die Deklaration halten werde“.

Marschall wurde zur Tafel geladen.

¹⁶⁾ „Negerreich“; eigentlich Negerkönig um 1500 in Mozambique.

¹⁷⁾ Coadjutor ist seit 1787 Karl von Dalberg, seit 1802 Erzbischof.

Vorher aber liess er Marschall nochmals zu sich bitten. Er hatte das Schreiben des Fürsten Karl Wilhelm inzwischen gelesen und sagte zu Marschall, von der Tragik der Stunde gerührt, dass „man nassauischerseits nicht Geringeres als seine Vernichtung wolle, dass Forderungen aufgestellt seien, die er nimmermehr zugeben könne, dass er eine Besitznahme nach solchen Grundsätzen nicht billige; dass er entschlossen sei, etwaige nassauische Gewalt mit Mainzer Gewalt abzuwehren“. Marschall lässt nun durchblicken, dass er nach Gagerns Informationen — denn in Paris, nicht in Regensburg würden die Würfel geworfen — den Inhalt der demnächst erscheinenden Entschädigungsdeklaration so weit zu kennen glaube, behaupten zu dürfen, dass „der Kurfürst sich bei Vergleichung der nassauischen Forderungen mit dieser Deklaration leicht überzeugen werde, dass von Nassau nicht weniger, als geschehen, habe gefordert werden können“. Auf der rechten Mainseite sei Aschaffenburg bei Mainz geblieben, daher habe Nassau nichts vom Oberamt Aschaffenburg gefordert. Linksmainisch sei alles, was bei Mainz bleiben solle, genau in der Deklaration bestimmt. Angesichts des Ernstes der Entscheidungen für beide Teile bat Marschall dennoch den Kurfürst um eine offizielle Antwort. Dieser jedoch behielt sich diese für einen späteren Briefwechsel vor; er wolle erst seinen Conseil versammeln und Beschluss fassen lassen. Tatsächlich wollte er wohl versuchen, angesichts der ihm nicht verborgen gebliebenen Zwiespältigkeit der politischen Ziele und diplomatischen Methoden Marschalls und Kruses durch Albini in Regensburg bei diesem sondieren zu lassen. Die Frage der anderweitigen Besitznahme linksmainischer Mainzer Gebiete blieb nicht ganz unberührt: „Diskoursive äusserte der Kurfürst noch, dass auch andere Reichsstände [sc. Hessen] auf die Länder Anspruch machten, die Nassau-Usingen haben wolle“. Marschall entnahm daraus, dass man in Aschaffenburg wohl mehr wissen müsse, deckte sich aber formal mit der Entgegnung, dass „nur auf Grund der Deklaration Ansprüche gemacht werden könnten“.

Bei der Tafel sprach der Kurfürst u. a. mit dem Grafen Beust über die nassauische Forderung. Dieser war Marschall nicht unbekannt. Nach dem Essen näherte er sich dem nassauischen Staatsmanne und äusserte zu ihm, „wie sehr er es beklage, dass Nassau nicht wie andere Stände in der Deklaration auf bestimmte¹⁸⁾ Aemter verwiesen sei“. Nicht einmal auf das (!) Rheingau könne es Anspruch machen „ungeachtet ihm dieses offenbar so gut gelegen sei“ „Dieses sei ganz klar; denn da, wo das Rheingau anfangte, habe der Main zu fliessen schon aufgehört; man könne also nicht sagen, dass das Rheingau auf der rechten Seite des Mains liege“.

Marschall empfindet, dass man ihn wohl etwas necken möchte: „Ich konnte natürlich so etwas nicht anders als einen Scherz nehmen (ungeachtet ich wohl sah, dass es Ernst war) und Graf Beust hier etwas sehr Sinnreiches gedacht zu haben glaubte“. Rasch fasste sich der vielgewandte Diplomat — es ist dies psychologisch interessant, wenn man an Kruse denkt! — und versetzte, „dieses liesse er sich gern gefallen, denn nun läge Saarbrücken auch nicht auf der linken Rheinseite, weil es nicht so wie das Rheingau, nur zwei Stunden von dem Main, sondern wohl 40 von dem Rhein entfernt läge“.

¹⁸⁾ Es hiess nur „rechtsmainisch“ zu entschädigen.

Beust aber hielt im Ernst an seiner Behauptung fest. „Zu was solche Dinge führen sollen, begreife ich nicht recht“, umschreibt Marschall euphemistisch seinen Verdacht gegen solche diplomatischen „Drolieres“. Er will den Beschluss des Mainzer Conseils abwarten und erst dann Aschaffenburg verlassen.

Am gleichen Tage noch fertigte der Kurfürst an den Nassauer Fürsten ein persönliches Schreiben, das Marschall seinem Herrn überbringen soll. Es heisst darin: Ehe Kaiser und Reich die Entschädigung für Mainz nicht „in förmlichem Reichsschluss“ festgesetzt hätten und der Kurfürst nicht im Besitze der neuen Länder sei, werde er weder „dem einen noch dem andern“ von seinem Gebiete etwas einräumen, da die „Erhaltung des ersten Kurtums allgemein¹⁹⁾ anerkannt ist“. Der Kurfürst verrät etwas aus dem diplomatischen Kartenspiel, was Marschall freilich vorher schon wusste, wenn er in seinem Schreiben fortfährt: „Auch habe ich gegründete Ursache zu glauben, dass des Herrn Landgrafen von Darmstadt Liebden die Richtigkeit und Billigkeit meiner Grundsätze anerkennen, auf deren Sinn und Inhalt ich fest und nachdrucksamst zu bestehen entschlossen bin. Von Ew. Liebden freundnachbarlichen Gesinnungen bin ich nicht minder überzeugt, dass dieselbe diesem meinen festen Entschluss auch Ihren vollen Beifall nicht versagen werden“.

Dieser Brief bedeutete in der höflichen Formensprache jener Zeit nichts anderes, als die glatte Absage an Nassau; und wer die diplomatischen Floskeln noch besser zu analysieren verstand, der konnte zwischen den Zeilen lesen, dass Mainz sich gegenüber Hessen nicht so spröde gezeigt hatte.

Marschall verstand sich auf die Auslegung solcher Schreiben. Er schrieb sofort dem Fürsten: „Bis zu meiner Rückkehr bemerke ich inzwischen, dass es notwendig worden ist, bestimmte Weisungen an Mainz ergehen zu lassen: es ist nicht möglich, hier nachzugeben; und damit Herr von Gagern hierzu die vorläufigen Einleitungen machen kann, überschiere ich ihm die Copia dieses Briefes“.

Am Abend des 5. September hatte Marschall nochmals Gelegenheit, mit dem Kurfürsten persönlich zu sprechen. Dieser war dessen gewiss, dass „die Erhaltung von Kurmainz²⁰⁾ garantiert“ sei. Er versichert Marschall, dass es ihm leid tue, seine Untertanen verlassen zu müssen. Er könne aber nichts ändern, und in jedem Falle trete er einen Teil seiner Länder lieber an Nassau-Usingen als jeden andern ab; sei er doch überzeugt, dass es den Untertanen gut gehen werde. Fürst Karl Wilhelm „könne überzeugt sein, dass eine vorzeitige Besitznahme irgend eines Teils der Kurlande von andern Reichsständen gegenwärtig nicht zu besorgen sei“.

Diese Bemerkung des Kurfürsten entsprach nicht der Wahrheit; denn tags zuvor hatte er mit Hessen über dessen Anspruch auf Mainzer Gebiet verhandelt und nur verlangt, dass „der Abtretung eine Entschädigung vorausgehen“ müsse.

Marschall erkannte richtig, dass Preussen an der Erhaltung von Mainz Interesse habe: „Bei der Unterredung mit dem Kurfürsten bemerkte ich deut-

¹⁹⁾ Vgl. dazu Treitschke, a. a. O. I, 186.

²⁰⁾ Verlegung des Erzbistums nach Regensburg; weltliche Ausstattung: Aschaffenburg, Regensburg, Wetzlar, Anweisung auf den Rheinschiffahrtsoktroi, so dass insgesamt 1 Million Gulden Einkünfte gewährleistet waren.

lich, dass er mit Preussen in ganz gutem Vernehmen zu stehen scheint. Er sagte manches zum Lobe des Königs und schien sogar die Besitznahme von Erfurt²¹⁾ als dem Lande nicht nachtheilig zu betrachten“. Besonders schien sich der Kurfürst zu freuen, dass er angeblich einige mainischen Besitzungen (ausser dem Rest der domkapitularischen Gebiete) behalten solle: „Gelegentlich äusserte er auch, dass ihm die Aemter Orb und Lohr durch den Ersten Konsul²²⁾ fest zugesichert seien“.

Auf eine kaiserliche Unterstützung schien Mainz nicht mehr zu rechnen, so sehr früher sich der Kaiser als Beschützer gerade der geistlichen Staaten geriert hatte. Seitdem die „Vermittelnden Staaten“ (Russland und Frankreich) in die Regensburger Verhandlungen mit ihrem Entschädigungsplan eingegriffen hatten, nachdem Preussen und Bayern ihre Sonderverträge mit Paris ins Reine gebracht hatten, galt eben Napoleons stolzer Ausspruch in der Tat: „C'est moi, moi-seul, qui je le sais arranger“! Oesterreichs und auch des Kaisers Bedeutung war für jene Tage im deutschen Reich völlig verblasst. Man gab Marschall deutlich anlässlich einer anschliessenden Abendgesellschaft dies zu verstehen: „Der kaiserliche Gesandte²³⁾ spielte in Regensburg eine traurige Rolle“. Eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem eignen Herrn, die freilich nur ein kleines Beispiel für den durch die Zeitverhältnisse entfesselten Egoismus des Adels darstellt, fiel Marschall auf: „Graf und Gräfin Ingelheim und Weihbischof Heimes sagten in Gegenwart des Kurfürsten, sie freuten sich, dass das Rheingau, in welchem sie Besitzungen haben,²⁴⁾ in keine anderen Hände falle“. Marschall hätte „mehr Schutz (=Schonung) für den Kurfürsten in seinem eignen Hause erwartet“. Gross war die Erbitterung gegen den Fürsten von Leiningen,²⁵⁾ der den schönsten Teil des Erzstiftes erhalte. „Eine der anwesenden Damen erzählte mir, dass sie jeden Augenblick mit Vergnügen diesen Fürsten umbringen sehen könne“.

Diese Bemerkung ist weniger charakteristisch für die Person, als für die tatsächliche Psychologie²⁶⁾ des damaligen Adels im Kurfürstentum Mainz. Besonders unter den rheingauischen Adligen, die zu Dutzenden am Hofe des Kurfürsten ihren Interessen nachgingen, hatte sich die Gewohnheit herausgebildet, wie die Würdenstellen auch die Besitzungen als ureignes Privileg zu betrachten. Da es im Kurstaat (ausser dem Domkapitel) keine Landstände gab, herrschte diese geistlich-weltliche Aristokratie in der geistlichen Sphäre der Politik recht leicht, wenn sie in althergebrachter Duldung unter sich war. Dem Eindringling sagte man dagegen Fehde bis aufs Blut an. Dabei waren die damaligen Geschlechter²⁷⁾ dieser Oligarchie keineswegs von alters her im Rheingau ansässig geworden, die Ingelheim, Langwerth von Simmern, Elz, von Ostein, von Ritter, von Zwierlein.

Nach Marschalls Aschaffenburgs Reise setzte zwischen den Fürsten von Nassau und dem Kurfürsten von Mainz noch ein lebhafter Schriftverkehr ein,

²¹⁾ Seit dem 8. Jahrhundert mainzisch. 1802 mit dem Eichsfeld an Preussen.

²²⁾ Ueber Dalbergs Verhältnis zu Napoleon Treitschke a. a. O. I, 186.

²³⁾ Graf Schlick.

²⁴⁾ In Geisenheim.

²⁵⁾ Richter, Der Rheingau, 278.

²⁶⁾ Spielmann, Gesch. von Nassau I. 248.

²⁷⁾ Ausser den alteingesessenen Greiffenklau.

der zum Teil lediglich höflicher Courtoisie entsprach, zum Teil auch politisch weiterführte.

Am 9. September wird eine neue Färbung in diesen Schwulst schöner Hofphrasen hineingetragen. Der hessische Landgraf hatte sich angesichts der schleppenden Regensburger Verhandlungen, aber ganz offensichtlich auch, weil ihm Marschalls Aschaffenburgers Schritt ebenso wenig verborgen geblieben war wie Gagerns ständiges Drängen in Paris, zu einer provisorischen Militärbesetzung von kurmainzischem Gebiete entschlossen. Es wirft nun ein eigen tümliches Licht auf den Kurfürsten, dass er die hessische Ankündigung dieser Besetzung dem Fürsten von Usingen mitteilt.²⁸⁾ War es Ehrlichkeit, wahrhaft oder scheinbar?

Das Schreiben des Landgrafen von Hessen an Mainz lautete:

„Nach dem Vorgange anderer Reichsmitständen und nach den Gesinnungen der grösseren Mächte finde ich mich veranlasst, die mir zur Entschädigung zugewiesenen Aemter und Distrikte des Erzstifts Mainz und des Hochstifts Worms ohne Aufschub einstweilen dergestalten militärisch besetzen zu lassen, dass vorderhand die ganze Landesverfassung und Administration wie auch der Revenuenbezug in der bisherigen Einrichtung verbleibe und meinen Truppen nichts weiter als Obdach, Holz und Licht verabfolgt werde“.

An den Landgrafen von Hessen hatte der Kurfürst sofort (9. 9.) geantwortet, dass Hessen Länder in Besitz nehmen wolle, die ihm nicht zuständen; denn

„noch hat hierüber Kaiser und Reich kein Endliches verfügt und ist noch kein Reichsbeschluss gefasst worden. Ew. Liebden muss ich hierauf offen und aufrichtig erklären, dass ich meinem Staatsminister und Reichstagsdeputationsdirektoralen Frh. von Albin meinen Entschluss bereits vorhin in der Art habe zugehen lassen, dass, wenn derlei Ansinnen von Besitzergreifungen von meinen Reichsmitständen an mich gelangen würden, ich hierunter alles dem Entscheid der vermittelnden Mächte und ihren zu Regensburg anwesenden Ministern in vollem Vertrauen überlassen haben wolle“.²⁹⁾

Der Kurfürst eröffnete dann dem hessischen Landgrafen, dass vor einigen Tagen ein nassau-usingischer Gesandte Befürchtungen gehegt habe betr. der hessischen Besitzergreifungen. Hessen solle daher angeben, welche Teile von Kurmainz es besetzen wolle und diese Aemter namentlich benennen, damit Kollisionen zwischen Reichsständen vermieden würden, und „auch dem Entscheid der Vermittelnden Mächte nicht vorgegriffen werden möge, woran mir allerdings sehr viel gelegen ist“.

Inzwischen hatte auch Karl Wilhelm an den Kurfürsten (10. 9.) ein Schreiben gerichtet, um ihm „für die freundschaftliche Gesinnung“ zu danken. Er geht dann auf die hessische Landforderung mit den Worten ein: „Des Landgrafen Ansinnen ist umso auffallender, da nicht einmal diese Aemter und Distrikte bestimmt angegeben sind, mithin hierunter schon eine Absicht verborgen zu sein scheint, darmstädtischerseits mit der Okkupation weiter zu gehen als der Buchstaben des Entscheidungsplanes lautet“. Der nassauische Regensburger Delegierte Kruse werde daher angewiesen werden, sich dem Schritt Albinis anzuschliessen und solle versuchen, die „Besetzung mainzischen Gebietes durch den Landgrafen von Hessen zu verhindern“. . . . „Auch werde ich nicht säumen, in Darmstadt selbst gegen die vorhabende militärische Okkupation ernsthafte

²⁸⁾ Ueberbringer Generaladjutant von Oyen.

²⁹⁾ Am 10. 9. ist das Schreiben in Albinis Hand.

Gegenvorstellungen zu tun“. Schliesslich wünscht der Fürst gegenüber Hessen eine „Communication zwischen Mainz und Nassau“.

Marschalls Misstrauen gegen Hessen, das der Aufenthalt in Aschaffenburg und die Beruhigungen des Mainzer Kurfürsten keineswegs beschwichtigt hatten, war also berechtigt gewesen. Es ist dies umsomehr auf die Habenseite der Marschallschen Diplomatie zu buchen, als auch Kruse in Regensburg an eine Gewalttat Hessens nicht glaubte. Und wie verhielt sich Gagern in Paris?

Während der Kurfürst von Mainz die militärische Besetzung des Oberamtes Starkenburg durch die Hessen unter dem Generalmajor von Werner durch seinen in Bensheim stationierten Generalmajor Frh. von Breidbach [auch Breidenbach in den Akten] beobachten und dergestalt durchzuführen zulässt, dass in den Ortschaften gleichviel Mainzer und Hessen garnisonieren, schickte Gagern seinen 87. Bericht aus Paris an Marschall (18. 9.). Er hatte die Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen. Besonders hat er die Beziehungen zu den Agenten Mathieu und Durant gepflegt. Mit diesem verkehrt er³⁰⁾ freundschaftlich und ist Gast auf dessen Landhaus zu Passy. In seinen Unterredungen hört er u. a., dass Frankfurt sich beklage, dass ihm in dem Entschädigungsplan der „Vermittelnden Mächte“ Soden und Sulzbach nicht zgedacht sei; wenn „Nassau, das jene Orte nicht begehrt, Lohr und Orb dafür bekäme, ist es gern zu einem Tausch bereit“ — davon freilich will Durant nichts wissen. Betreffs des hessischen Vorgehens im Mainzischen äussert sich Gagern vorsichtig. Aber er traut Mainz weniger noch als Marschall: „Die Darmstädtischen Eingriffe sind zu bedauern. Ich werde bescheiden hier dagegen arbeiten. Eigentlich ist aber der Buchstabe und der geographische Umriss und Begrenzung so wenig für uns als wie für Darmstadt, die Konvenienz noch eher für das letzte“.

Hier spricht der Weilburger, dem die Mainzer Lande doch erheblich ferner liegen als dem Usinger, aber er spricht die — Wahrheit! Interessant ist, dass Gagern entgangen ist, dass zwischen den Agenten Mathieu und Durant eine Spannung persönlicher Art eingetreten ist, die ihre Rückwirkungen auf Nassau-Usingen hatte. Die gesamten domkapitularen Besitzungen ausser „dem elenden Ort Harheim“ sollen jetzt nach „einem eigenhändig von Mathieu [an den Kurfürst von Mainz] ausgefertigten Verzeichnis“ an Hessen fallen.³¹⁾ Dabei hatte Gagern (19. 9.) „die darmstädtischen Eingriffe auf das umständlichste [Durant] erklärt“.

Freilich „hat er sich jedes Feld offen gehalten“ und will nun warten, was der nächstbeteiligte Kurfürst von Mainz dazu sagt. Auf Durant einen weiteren Druck auszuüben, hält er für unzweckmässig: „Ich bin immer der Sinnesart, sich niemandes individuelle Feindschaft und Beschwerde aufzuladen. Leben und leben lassen! Das Verfahren, andern eher das Wort zu reden, ist mir bisher öfters zu Statten gekommen“.

Es kann nicht wundernehmen, dass Gagerns Verhalten bei Marschall einiges Befremden erregt: ob er auch die Belange Nassau-Usingens mit demselben Eifer verfehlt wie die Weilburger Interessen? Marschall muss derartiges angedeutet

³⁰⁾ Gagern wohnte im „Hôtel des Etrangers“, rue de la Concorde.

³¹⁾ Darunter also besonders Kastel und Hochheim.

haben. Wir lesen in einem Briefe, dass künftig doch besser alle vier nassauischen Fürsten einen Geschäftsträger in Paris halten sollten. Freilich könnten die Franzosen sich nur mit einem Gegengesandten revanchieren. Der müsste in Fulda aggregiert werden; denn „an den übrigen Stellen [Weilburg, Biebrich, Dillenburg], wenn der Mann nicht vor langer Weile sterben soll, müsste man ihn beständig mit *gênes*³²⁾ bei Hof füttern“.

In Paris scheint Gagern keine Langweile zu empfinden: „Ich verlange höhere Bezahlung; seit dem Einströmen der Engländer in Paris [Wintersaison!] sind die Preise gestiegen, habe schon vorher aus dem Meinigen zugesetzt“. Der Weilburger Fürst aber urteilte: Gagern sei etwas sehr „*gênereuse dans les affaires*“.

Das etwas lässige Verhalten Gagerns hat Marschall mißstimmt, aber nicht entmutigt. Vielmehr geht er nun zur Tat über: er sieht, dass keine andere Wahl bleibt, als das hessische Beispiel nachzuahmen, zu einer provisorischen Besetzung zu schreiten.

Am 18. September hatte Fürst Karl Wilhelm an den Kurfürsten von Mainz geschrieben, dass seinen Kommissarien „da nun nach dem Vorgange mehrerer Höchsten und Hohen Reichsstände die Notdurft und Lage der Dinge erheischen will, dass auch von meiner Seite den mir zugedachten und heimgewiesenen Landesteilen sich genähert und sie durch eine vorläufige Besitzerklärung gesichert werden, keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen“. Die Verwaltung solle ganz im gewohnten Gange bleiben: „vielmehr ich mir alles, was von Kaiser und Reich deshalb weiter beliebt werden dürfte, gefallen zu lassen bereit bin.“

Am 19. September überreichte Marschall dieses Schreiben in Aschaffenburg. Dass von „Kaiser und Reich“ nichts zu erwarten war für den, der sich nicht selber half, hatte Marschall längst richtig erkannt. Dass man auch in Paris nur Höflichkeiten an Nassau verschwendete, ohne Taten zu dessen Gunsten zu tun, bewies der Empfang Gagerns durch Napoleon am 20. 9.: „Der Konsul nahm das Handschreiben des Fürsten mit einer kleinen Verbeugung, hörte meine kurze Standrede an und steckte es ein“! Eines Wortes wurde Gagern nicht gewürdigt.

II.

Der Freiherr von Kruse³³⁾ hatte in Regensburg bisher wenig ausrichten können. Es lag gewiss nicht nur an seiner persönlichen Art, die mit bürokratischer Kleinlichkeit einen natürlichen Widerwillen gegen die „Schachergeschäfte unter französischer Protektion“ verband. In der Tat lagen die Verhältnisse wesentlich anders, als er sie in blindem Vertrauen — wie einst in Rastatt — auf Kaiser und Reich zu sehen beliebte. Aber dabei darf nicht verschwiegen werden, dass der Regensburger Kongress von vornherein zum Tode verurteilt war. Hatten doch die grossen Mächte bereits vor seiner Eröffnung, besonders Preussen und Bayern, ihre Sache in Paris unter Dach und Fach gebracht. Hatten doch später die sogenannten „Vermittelnden Mächte“, d. h. in Wirklichkeit Napoleon,³⁴⁾ durch ihre „Deklarationen“ die etwaigen Be-

³²⁾ Martern, hier Verärgerungen.

³³⁾ Sein Legationsrat war Karl Friedrich Ibell.

³⁴⁾ Ueber Russlands Rolle, die anfänglich recht bedeutend schien (Correspondance de Bon VII, 612), beklagten sich später die russischen Vertreter in Regensburg des öfteren.

schlüsse der Reichsdeputation illusorisch gemacht. Kruses Tätigkeit in Regensburg war also an sich schon lahmgelegt.

Dazu kam nun freilich, dass er, wie in Rastatt, von einem tiefen Misstrauen gegen Preussen sowie dessen Günstling Dillenburger-Oranien beseelt war. Mit Arnoldi hielt er deshalb keinen dauernden Kontakt. Statt an den preussischen Gesandten Anschluss zu suchen, hielt er sich treu aber zwecklos an den österreichischen Delegierten. Obwohl er dessen Ohnmacht einsehen musste, schreckte ihn doch der Plan Preussens,³⁵⁾ den dieses schon seit Rastatt gegen Oesterreichs Kaisertum hegte und jetzt von neuem propagierte. Mit Albini, dem Mainzer Gesandten, wusste der unglückselige Zauderer ebenfalls erst spät Fühlung zu gewinnen, und mit dem nicht einflusslosen Karl Friedrich von Baden verband ihn nur biederemännischer Gradsinn. Der schlimmste Fehler Kruses aber war wohl die völlige Verkennung der hessischen Absichten auf Mainzer Gebiet. Noch bis zuletzt warnt er vor „Missgunst gegen Darmstadt“; noch bis zuletzt glaubt er nicht an gewaltsame Okkupationen der Reichsstände. Erst als er in Regensburg von den Verhandlungen Preussens wegen des Nassau in Aussicht gestellten Altenkirchen hört, ist er über so „schändliche Dinge“³⁶⁾ entsetzt; erst die militärische Besetzung Mainzer Gebietes öffnet ihm die Augen über Hessens politische Psyche.

Will man den methodischen Fehler Kruses — neben dem grundsätzlichen, dass er mit einem „Teutschen Reich“ zu rechnen nicht aufhörte, das nicht mehr als politischer Machtfaktor bestand — bezeichnen, der in unserem engeren Thema seine diplomatischen Schwierigkeiten erklärt, so braucht man nur Marschalls Klage an Gagern zu lesen (28. 9.): „Unser ganzes Unglück rührt daher, dass man nassauischerseits selbst die Deklaration für undeutlich verfasst erklärt und eine Deklaration der Deklaration nicht mit der gehörigen Vorsicht gefordert hat. Diese Blöße scheinen unsere Feinde [Hessen!] auszunutzen, und sogar die französischen Minister, deren Gesinnungen sich zu unserm Nachteil geändert haben, benutzt zu haben. Wir wissen garnicht mehr, woran wir sind, wenn wir anders uns nicht an die Deklaration halten. Wahrhaftig, die Nassauer Angelegenheiten hätten keine fatalere Wendung nehmen können. Wir haben einen unsicheren und schwankenden Gang, der alle Gegner veranlasst, Nassau-Usingen anzugreifen und einen öffentlichen Beweis enthält, dass wir unserer Sache nicht trauen“.

Marschall erkannte richtig, dass Kruses ewiges Theoretisieren um Einzelheiten, seine Buchstabenklauberei um den Wortlaut der Deklarationsparagrafen die nassauischen Interessen in der Regensburger Luft des Staatsegoismus, wo jeder andere zunächst einmal durch frisches Zugreifen faits accomplis schuf, die man später immer noch zurücknehmen konnte, wenn es nicht anders ging — dass diese ganze Krusesche Methode ein Hinken, kein zielbewusster Wettlauf um den Preis darstellte. Eine Verhandlung mit Albini — schreibt Marschall an Gagern — über Besetzungsfragen führe zu keinem Erfolg: „Albinis Bemühungen sind garnicht abzuwarten. Wenn jemand anzufragen hat über das,

³⁵⁾ Ueber Dohm und seinen norddeutschen Koalitionsplan: Treitschke, a. a. o I, 181.

³⁶⁾ Brief an Marschall vom 27. 9. 02.

was Nassau okkupieren darf, so ist es Herr von Kruse selbst; er hätte sich darüber in unmittelbare Erklärung mit dem französischen Minister einlassen sollen, aber alle Nachrichten zeigen, dass ihm sogar der Zutritt zu Mathieu³⁷⁾ erschwert wird“. Die Scheu vor Verhandlungen mit dem nun einmal unübergehbaren „abscheulichen“ Franzosen hatte Kruse freilich schon in Rastatt nicht ganz ablegen können; und elastischer war er nicht geworden.

Marschall spricht demgegenüber tatsächlich nicht ruhmredig, wenn er einmal an Gagern schreibt: „Ich meines Orts habe alles getan, was ich tun konnte, um die Sache in dem rechten Geleise zu erhalten, aber meine Bemühungen waren vergebens. Mein Rat bleibt immer noch, nach der alten Deklaratio zu okkupieren, sowie unsere Truppen beisammen sind, was in wenigen Tagen sein wird“.

Gagern ist ebenfalls mit Kruses Haltung in Regensburg gar nicht einverstanden. Dieser verliere sich, da er von der fixen Idee befallen sei, dass Nassau-Usingen zu kurz³⁸⁾ komme, in Theorie. Er „spintisiiere darüber, dass die 600000 Gulden Einkünfte nicht erreicht würden . . . dass die Declaratio der „Vermittelnden Mächte“ unglücklich und dunkel³⁹⁾ gefasst sei“. „Der fürstliche Dienst aber soll in Wahrheit kein Tummelplatz kleinlicher Leidenschaften sein“!

Seit dem 30. September ist die Front Marschall-Gagern gegen Kruse zum Angriff bereit. Aus Kollegialitätsrücksichten muss Gagern die Steine gegen Kruse schleudern, die Marschall mit auflesen half.

Kruse hatte am 29. 9. berichtet, dass die französischen Behörden „dem Herrn von Albini gestern das verlangte Verzeichnis [der von Nassau-Usingen zu okkupierenden Länder] nicht gegeben“. Das sei für Nassau eine schwere Zurücksetzung, z. B. gegen Leiningen. „Bei jeder Gelegenheit äussert sich die fatale Gesinnung der französischen Minister“.

Nun empfiehlt Marschall die Okkupation. Da er an Kruses Entschlussfähigkeit nicht glaubt, auch wohl dessen hindernden Einfluss auf den Fürsten fürchtet, bittet er Gagern um Hilfe: „Von Ihrer Seite bitte ich alles zu tun, um es zu bewirken, dass man in Regensburg Nassau nicht willkürlich und so wie die Einleitungen dazu gemacht sind, behandle“. Gagern möge versuchen, „uns eine offizielle Erklärung des Gouvernements zu verschaffen, die uns berechtigt, nach der Deklaration zuzugreifen“.

Dem Fürsten gegenüber liess Marschall nicht weniger deutlich seine Enttäuschung über Kruses Verhalten merken. Er schreibt an Gagern, er wolle dem Fürsten raten „sich an das Temporisieren, zu dem man zu Regensburg rät, nicht zu kehren und so zuzugreifen, wie andere es tun“. Demgegenüber blieb Kruse bei seinem Bedenken, ja er warnt wiederholt vor einem Besetzen, ehe Kaiser und Reich gesprochen hätten. Durch die Vermittlung Albinis hat er trotz seiner seitherigen üblen Erfahrungen von Mathieu „detaillierte Raisonements“ verlangt, was Nassau-Usingen an dem Mainzischen zuteil werde“. Natürlich abermals ohne jeden Erfolg.

³⁷⁾ Dieser war seit Mitte September in Regensburg.

³⁸⁾ In der Tat kam Nassau-Weilburg verhältnismässig besser weg. Spielmann a. a. O. I, 427.

³⁹⁾ 580 000 Gulden an Einkünften waren in dem Entschädigungsplan vorgesehen.

Inzwischen hatte der Mainzer Kurfürst (20. 9.) auf des nassauischen Fürsten Anzeige einer bevorstehenden Besetzung durch nassauische Truppen geantwortet. Seine Antwort stellte einen Versuch zur Verzögerung dar, der umso auffallender nach der Unterredung mit Marschall (5. 9.) ist, als hessische Truppen in Starkenburg mit ihrer Besetzung mainzischen Gebietes ruhig und unbehindert fortgefahren hatten. Der Kurfürst schrieb, dass „betr. der Aemter, die Nassau erhalten soll, sind in der russisch-französischen Deklaration mehrere dunklen Stellen enthalten, wohin besonders auch jene gehören, worin Ew. Liebden Entschädigungslande bestimmt worden sind“. Daher habe er die Minister der Vermittelnden Mächte in Regensburg angefragt, „mir von denselben eine deutliche Bestimmung und Anweisung zu verschaffen“.

Diese Auskunft bewog Marschall, Kruse zu ersuchen, dessen Zögerung gewissermassen nun durch Mainz bestärkt wurde, eine sofortige Unterredung mit Mathieu herbeizuführen. Jedoch kam diese nicht zustande, ohne dass wir einen Grund vernehmen.

Gagern verurteilt diese Unterlassung Kruses unnachsichtlich. Er schreibt an Marschall: „Wenn solche Absurditäten Kruses zu erweitern Torheiten Anlass geben und sie beschönigen sollen, so muss ich jenes Stillschweigen brechen, das ich den Opinionen Kruses gegenüber seither bewahrt habe“. . . Gagern bemängelt vor allem, dass Kruse sich durch Stimmungen und Reflexionen über die Deklaration der Mächte von energischem Handeln abbringen lasse: „Der Präsident von Kruse war nicht in Regensburg, um freundliche Gesichter zu sehen, sondern um das Terrain zu verteidigen und zu erweitern“. Schliesslich beklagt er sich noch über Kruses eigenmächtiges Vorgehen und seine Schweigsamkeit. Die persönliche Privatkorrespondenz, die er mit dem Fürsten führen möge, sei zur Erledigung der ernstesten diplomatischen Geschäfte nicht ausreichend. Vor allem hätte er in ständiger Verbindung mit ihm in Paris bleiben müssen: „Warum sein Kurier nicht wenigstens ein Aperçu seiner Verhandlungen gebracht hat, expliciere ich nicht“. Er befände sich über die Regensburger Verhältnisse dauernd im unklaren: „Ich wehre mich Schritt vor Schritt, bin aber im Labyrinth“!

Gagern gibt bei dieser Gelegenheit wiederholt zu verstehen, dass neben dem eigentlichen Gegner Nassaus (Hessen) auch „Mainz gefährlich“ sei.

Währenddem hatten die Verhandlungen der „Vermittelnden Mächte“ infolge der fortwährenden Einsprüche seitens der deutschen Fürsten eine Wendung der Geschehnisse all jener Bittsteller herbeigeführt. Eine neue Deklaration hatte die alte ergänzen müssen. Die Aufteilung des geistlichen Besitzes hatte zur Befriedigung der zahlreichen Bittsteller und Anwärter auf Titel und Mittel weit aus nicht genügt. Um dem alten Plan einer Dreiteilung der deutschen Fürstenwelt durchzuführen und dabei gegenüber Oesterreich und Preussen an mittelgrossen west- und süddeutschen Staaten das Zünglein an der Wage der Reichspolitik nach eigenem Vorteil zum Ausschlag zu bringen, hatte Napoleon gewünscht, ihm besonders wichtige Fürstenhäuser oder Länder noch reicher auszustatten. Diesem Begehren mussten zunehmend kleinere weltliche Herrschaften, besonders aber die reichstädtischen und reichsritterschaftlichen Gebiete, geopfert

werden. Preussen teilte diesen Wunsch Napoleons, wollte es doch die ostelbischen Landstriche durch Einverleibung Mecklenburgs „ausgleichen“.

Betreffs der nassauischen Belange spielte diese Wendung der Dinge insofern eine sehr bedeutungsvolle Rolle, als Hessen zu den besonderen Günstlingen Napoleons gehörte und auf dem rechten Mainufer neue Zuweisungen erwarten konnte (Kastell, Hochheim, die Wetterau).

Kruse hatte in Regensburg von dieser neuen Deklaration gehört und sofort durch engere Fühlungnahme mit Albin die Gefahr abzuwenden versucht. Als ob dieser habe helfen können! Eine starke Verärgerung Marschalls war die Folge. Und als nun endlich unter dessen Zwang Kruse auch Mathieu aufgesucht hatte, vertröstete ihn dieser geschmeidige Filou mit höflichen Redensarten.

Gagern aber nahm nun den Kampf gegen Kruse mit allen Kräften auf, zumal dieser in seinen Briefen an Marschall nicht davor zurückschreckte, Gagern der einseitigen Fürsprache für Nassau-Weilburg zu ungunsten Nassau-Usingens zu ziehen.

Marschall hatte den Fürsten auf diese Verstimmungen zwischen den beiden Staatsmännern beizeiten aufmerksam gemacht und auf die ernsten Folgen hinzuweisen umso weniger versäumt, als er Serenissimi Vorliebe für den seit 1770 gewohnten und bewährten Präsidenten Kruse sehr wohl aus eigenen Erfahrungen kannte.

Für den Fürsten⁴⁰⁾ kommentarlos bezeichnend ist dessen Antwort an Marschall:

„Nun ist denn auch in Paris Feuer und Flamme los — -- Wen diese Gagernschen Höflichkeiten und sehr gut gesittete Ausdrücke betreffen, ist leicht zu rathen. Mir altem Kerl sind dergleichen Auftritte und Originalitäten unangenehm und ekelhaft. Der Fürst von Weilburg, der jung ist, wird darüber lachen . . .

Da es mit der Hirschjagd nicht gehen will, weil die Hirsche nicht schreyen und man keinen sieht, so habe ich sie mit gestrigem Nachmittag beschlossen und bin nun wieder Tag und Nacht zu allen Stunden hier zu finden.

4. Oktober 1802.

Nassau“.

Das Schreiben vermittelt mehr als jedes Werturteil einen Einblick in die grossen Schwierigkeiten, die Marschalls Politik unter dem gealterten Serenissimus⁴¹⁾ der mit seinem Schwager Kruse⁴²⁾ durch dick und dünn zu gehen und ihm für die „Hausinteressen“ Blankovollmachten zu geben gewohnt und gewillt war, sich entgegenstellen mussten.

Gagern, der Staatsmann einer anderen Linie, brauchte solchem laissez faire-laissez aller gegenüber nicht zu schweigen.

Und er tat auch alles andere als von seinem Kampf gegen Kruse abzulassen. Er stellt in einem Schreiben an den Fürsten die Fehler Kruses in Regensburg fast wie ein Strafregister zusammen: Kruse hat niemals an ihn über die mainzischen Besitzungen zur rechten Zeit berichtet, er hat durch seine ablehnend-störrische Haltung die günstige Gesinnung der französischen Dele-

⁴⁰⁾ Ende September war er von Frankfurt nach Biebrich gereist.

⁴¹⁾ Vgl. Spielmann, a. a. O. I. 182: „mild und landesväterlich“.

⁴²⁾ Kruse war mit der „Freiin von Limburg“, einer Tochter aus der morgunatischen Ehe des Fürsten Karl mit der Schultheisstochter Magdalene Gross aus Wiesbaden, vermählt.

gation, besonders Mathieus verscherzt. Er hat durch seine langweilige Wortklauberei „die Deklaration schwankend gemacht, indem er sie in Einzelheiten für dunkel erklärte statt sich am nüchternen Buchstaben zu halten“. Er hat nicht gemeinsam mit Gagern gehandelt, obwohl dieser „sich an der Quelle befand“.

Marschall aber schreibt am 4. Oktober, alle seine Klagen zusammenfassend, an Gagern:

Am 28. 9. habe der Kurfürst von Mainz dem Fürsten Karl Wilhelm mitgeteilt, dass „nach einem vom Bürger Mathieu eigenhändig ausgefertigten Vorschlag der „Vermittelnden Mächte“ Nassau nunmehr folgende kurmainzische Aemter zur Entschädigung angewiesen seien: Eltville, Harheim, Höchst, Königstein, Kronberg, Lahnstein, Rüdesheim, Vilbel. Der Kurfürst habe nichts gegen eine nunmehrige Besetzung dieser Landstriche einzuwenden“.

Diese Mitteilung hatte Marschalls Zorn über Kruses Verhandlungsmethode mehr als dessen eigene Schreiben, erregt.

Schon am 21. 9. hatte er Gagern geschrieben: „Sie sehen, wie in Regensburg die Dinge stehen. Es scheint, dass doch ein nicht unbedeutender Teil der Vorteile, die Sie Nassau-Usingen verschafft haben, verloren geht, und wenn ich nicht irre durch eine falsche Richtung der Negotiation. Ob Sie wieder einlenken und etwas verbessern können, werden Sie am besten beurteilen können“. Dass die Aemter in der Deklaration nicht bestimmt genannt seien, dass man infolgedessen auf eine vorwiegend von Mathieu abhängige „Declaratio Declarationis“ angewiesen sei, wenn es um die Zugehörigkeit einzelner Ortschaften gehe, habe Kruse zu seiner bürokratischen Uebergewissenhaftigkeit getrieben, ohne dass er merkte, dass man aus dieser Pedanterie, die als Unsicherheit ausgelegt werde, „eine Gelegenheit zur Chicane“ mache . . . ja „man will sogar darauf die Verweigerung der provisorischen Besetzung gründen“ . . . „hätten wir nur tausend Mann,⁴³⁾ so würden wir uns darum nicht kümmern, so aber sind wir genötigt zurückzuhalten“.

Gagern bleibt die Antworten an Marschall nicht schuldig. Beide sind sich über die Schuld Kruses einig, wenn grössere Verluste durch eine bevorstehende neue Deklaration für Nassau-Usingen eintreten sollten. Er schreibt aber unmittelbar an den Fürsten.

Er habe „mit nicht geringem Erstaunen die neuesten Nachrichten aus Regensburg gehört“. Da nun jetzt „von Tatsachen und nicht von Opinionen die Frage ist, so setze ich die vorige Schonung beiseite“. Kruse habe in der Deklaration, die ganz klar und eindeutig sei, so lange „mit übelstem Willen oder absichtlichster Blindheit eine Undeutlichkeit gesucht und gefunden“, bis Nassau-Usingen die Felle weggeschwommen seien. Auch der Luneviller Friede⁴⁴⁾ besage, dass das rechte Mainufer ohne Aschaffenburg an Nassau-Usingen fallen solle. Kruse habe durch seine dauernden Unbeholfenheiten und sein Stolpern über gar nicht vorhandene, aber von ihm gewitterte Probleme die naive Sach-

⁴³⁾ Nassau-Usingen hatte seit Ende September seine Truppen im kölnischen Gebiet, d. h. in den ihm zufallenden Teilen zur militärischen Besetzung. (Siehe Fussnote 54a).

⁴⁴⁾ In § 6.

lage kompliziert. Besonders aber habe er in Regensburg Mathieu aus „Mangel an politischem Anstand“ vor den Kopf gestossen, einen „Mann in seiner Verblendung und Tadelsucht durch undankbare Herabwürdigung seines Werkes beleidigt“, und doch ist „das usingische Haus Mathieu die grösste Erkenntlichkeit schuldig“.⁴⁵⁾ Bis ins Kleinste gehende Detailierung und Urteilsfähigkeit über den Wert der einzelnen Wertobjekte der Entschädigungsgebiete könne man schliesslich bei den Franzosen nicht voraussetzen. Absichtlich sei sicherlich Usingen von ihnen, wie Kruse zu behaupten nicht müde werde, nicht geschädigt oder gegenüber anderen nassauischen Häusern zurückgesetzt worden. Er weise es weit von sich, was Kruse sage, dass er „die usingische Sache vernachlässigt habe“.⁴⁶⁾ Mathieu aber habe angesichts „der ewigen Gesprächigkeit [Kruses] zu Aschaffenburg mit Recht gesagt: Je ne me fache pas contre ceux qui se plaignent, mais contre ceux que j'ai servi“. Sein „erregter Unwille kann ihn zu schädlichen Darstellungen“⁴⁷⁾ verleiten“.

Gagern schliesst dieses geharnischte Schreiben mit den Worten: „Aus solchen unwürdigen Ursachen hat man [Kruse] beigewirkt, den Bestand, die Dauer und den Wert eines Völkervertrags zu untergraben, auf dem das fürstliche Haus künftig als auf einer festen Säule ruhen sollte“.

Auch Marschall äussert nochmals sein Missfallen über Kruse in einem Privatbrief an Gagern (4. 10.):⁴⁸⁾

„Ich konnte es nicht anders vermuten, als dass die Regensburger Verhandlungen auf Ihnen gerade den Eindruck machen würden, den sie auf mich gemacht haben. Es bleibt mir unbegreiflich, wie Herr von Kruse so handeln konnte, wie er wiederholt gehandelt hat. Durch nähere Umstände muss ihm der wahre Gesichtspunkt der Negotiative ganz aus den Augen gerückt worden sein. Es ist traurig für das fürstliche Haus, dass er sich aller angewendeten Mühe ungeachtet nicht wieder auf die rechte Bahn leiten liess. Schon in den ersten Zeilen habe ich die Abwege“^{48a)} bemerkt, auf die Herr von Kruse geraten würde. Die Akten beweisen es, dass ich nichts versäumt habe, um ihm das Nachteilige und Zweckwidrige dieses Verfahrens aufzudecken. Aber alles war vergebens, selbst Befehle des Fürsten fruchteten nichts. Kruse, über alles aufgebracht, blieb unabänderlich dabei, sich in eine Art von Liquidation einzulassen. An einem Ort wie Regensburg konnten die Blößen, die er sich gab, nicht unbenutzt bleiben. Alles fiel auf die Usinger Entschädigung, weil man sie schlecht verteidigt fand. Die sogenannten Stürme mehrten sich in eben dem Verhältnis, in welchem sich die Verlegenheit des Herrn von Kruse äusserte. Dabei bildet sich von Kruse ein, grosse Verdienste errungen zu haben. Auf seine Nachrichten ist durchaus nicht zu gehen. Er ist in Regensburg von Leuten umgeben, die

⁴⁵⁾ Früher hatte freilich Gagern nicht so anerkennend über M. geäussert!

⁴⁶⁾ Ganz kann man sich des Eindrucks allerdings nicht erwehren, dass Gagern nach Befriedigung der Weilburger Ansprüche sich nicht mit dem gleichen Eifer für Usingen eingesetzt habe.

⁴⁷⁾ scil. gegenüber dem Konsul.

⁴⁸⁾ Hausarchiv Marschall von Bieberstein.

^{48a)} Er hatte immer wieder mit einer gewissen Starrköpfigkeit entgegen der Deklaration auf linksmainiseln Besitz für Nassau bestanden, was gut gemeint, aber realpolitisch betrachtet unmöglich war.

ihn natürlich irre zu leiten suchen, weil es ihr Interesse fordert. Es scheint, dass er nicht gehörig zu beurteilen weiss, wem er glauben und wem er nicht glauben darf, dass er die Sprache, die fremdes Interesse andere gegen ihn zu führen verleitet, nicht von der Wahrheit zu unterscheiden vermag. Leider machen die Kruseschen Berichte trotz ihrem ewigen Widerspruch starken Eindruck auf den Fürsten. Höchstdieselben wissen auch nicht, was Sie befehlen sollen. . . . Doch genug von dieser schlimmen Sache, die nun nicht mehr zu ändern ist und bei welcher Sie und ich uns nichts vorzuwerfen haben“.

Dieser Brief Marschalls kreuzte sich mit einem Dankschreiben Talleyrands an den Fürsten für dessen früheres Handschreiben: „Je désire que les arrangements qui vont être définitivement arrêtés à Ratisbonne vous assurent l'entier dédommagement des pertes que vous avez éprouvées et je me féliciterai d'avoir été chargé par le Premier Consul de concourir aux négociations qui auront amené ce résultat.“

Tags darauf meldete Kruse das Erscheinen einer neuen Deklaration. Sie enthält gegenüber der ersten für Nassau-Usingen die Verschlechterung, dass links des Maines kein Landstrich an Nassau falle.⁴⁹⁾ Dieses hatte mit dem Erwerb des Oberamtes Steinheim gerechnet, nach Gagerns Auffassung zu unrecht, nach Kruses Interpretation zu recht.

Jedenfalls hatte man nun eine schriftliche, wenn auch noch nicht befriedigende Grundlage für⁵⁰⁾ eine provisorische Besetzung. Daher schreibt Fürst Karl Wilhelm an den Kurfürst von Mainz (9. 10.), dass er am 11. zur militärischen Besetzung schreiten wolle, und zwar nach der ersten Deklaration, da „mir überdies aus Paris bestimmt angesonnen worden ist, zur provisorischen Besitznahme vorzuschreiten“.

Hochbefriedigt schreibt Marschall an Gagern: „Zur Besitznahme im Mainzischen rüsten wir uns; sobald die Leute beisammen sind, wird man vorwärts gehen und nach der früheren Deklaration okkupieren, insofern in der Zwischenzeit sich nichts abändert. Eine Okkupation ohne alles Militär im Mainzischen ist ohnmöglich, weil man sie auf diese Art leicht zu vereiteln wissen, wohl auch die Kommissarien zurückweisen würde, wenn sie ohne Bedeckung erscheinen sollten“.

Marschall denkt dabei wohl an hessischen Einspruch. Dass aber der Kurfürst von Mainz höchst erstaunt über die nassauische Erklärung ist, geht aus seinen Antworten auf die Okkupationsankündigung zweifellos hervor: die nassauische Note habe keinen guten Eindruck gemacht, da auch links des Mains besetzt werden solle. Jedenfalls lasse der Kurfürst zur Vorsorge die Aemter Orb und Lohr „mit einigen Grenadierkompagnien“ (unter dem Oberst von Sodenhausen) besetzen.

Der Fürst von Nassau-Usingen antwortet, dass Orb und Lohr nicht besetzt werden sollten⁵¹⁾, doch behalte er sich alle Rechte darauf vor. Im übrigen „konnte ich mich nur an die mir von der französischen Regierung offi-

⁴⁹⁾ Damit gingen 160 000 Gulden an Renten verloren!

⁵⁰⁾ Von Durant in einer Unterredung mit Gagern.

⁵¹⁾ Sie gehörten zwar zu dem Mainz versprochenen Aschaffenburgischen, waren aber von Kruse oft genug für Nassau angefordert worden, das sie gegen Sulzbach und Soden auszutauschen bereit gewesen wäre.

ziell mitgeteilte Deklaration der beiden vermittelnden Mächte halten, deren klare und unzweideutige Fassung mir alle Ueberreste des Erzstifts Mainz auf der rechten Seite des Mains mit alleiniger Ausnahme des auf dieser Seite des Flusses gelegenen Teils des Oberamtes Aschaffenburg und jenseits die Distrikte desselben, die zwischen diesem Flusse, Darmstadt und Erbach liegen, zuweist. Deswegen konnte mir die von Ew. Liebden überschickte Designatio nicht zur Richtschnur dienen, indem diese von mir offiziell von Frankreich kommunizierten Deklaration, auf welche ich mit meiner Entschädigung noch für jetzt und solange dieselbe nicht in einem oder dem andern Punkte abgeändert ist, verwiesen bin, ganz abweicht“. Wie andere Reichsstände darf sich Nassau an die Deklaration halten, das kann Mainz nicht „unerwartet“ sein. In § 25 dieser Deklaration wurden für Mainz Orb und Lohr, nicht aber Steinheim ausdrücklich genannt. Um dieses kämpften daher die nassauischen Diplomaten noch einige Zeit.

Im übrigen hatte die offizielle Deklaratio im § 12, der sich auf die nassauischen Entschädigungen bezog, folgenden Wortlaut:

„Du prince de Nassau-Usingen pour la Principauté de Saarbruck⁵²⁾, les deux tiers du Comté de Saarwerden, la Seigneurie d'Ottweiler et celle de Lahr dans l'Ortenau: les baillages mayeneois de Koenigstein, Hoechst, Cronenberg, Rudesheim, Oberlahnstein, Eltville, Harheim, Castell, avec les possessions du Grand-chapitre à la droite du Main sous Francfort: plus le baillage Palatin de Caub avec dependances, les restes de l'Electorat de Cologne proprement dit (à l'exception des baillages d'Altewied et de Nurbourg), les baillages Hassois de Katzenellenbogen, Braubach, Embs, Eppstein et Kleeberg degagés des prétentions de Solms, les villages de Soden, Sulzbach, Schwanheim et Okristel, les abbayes de Limbourg, Runnersdorf⁵³⁾, Bleidenstaut, Sayn et tous les Chapitres, Abbayes et Couvents situés dans les terres qu'il reçoit en indemnité, enfin le comté de Sayn-Altenkirchen à charge de se conformer à la consention arrêtée pour le dedommagement de la maison de Sayn-Wittgenstein, dont les pretentions⁵⁴⁾ sur le Comté de Sayn et dependances demeureront éteintes“.

Nach Erhalt dieser Deklaratio teilte Fürst Karl Wilhelm dem Kurfürst von Mainz nach Aschaffenburg mit, dass sein Major von Todenwarth angewiesen sei, alle Distrikte zu besetzen, die nach der ersten Deklaration an Nassau fallen sollten, also auch das jetzt Hessen zugewiesene Steinheim. Der Kurfürst antwortete ablehnend: „Die provisorische Militärakkupation ist eigentlich kein reichsverfassungsmässiges Geschäft, sondern eine Folge derjenigen Achtung, welche man den Vermittelnden Mächten und ihren Erklärungen teils okkupierend, teils duldend bezeigt. Erklärungen der Vermittelnden Mächte sind mithin die Richtschnur und die letzte Erklärung ist dem kurfürstlich-erzkanzlerischen Direktorialgesandten [Albini!] offiziell durch die bevollmächtigten russischen und französischen Gesandten zugestellt worden. Ich habe daher gegründete Ursache, mich in jeder Hinsicht an diese Erklärung zu halten“.

Nassau-Usingen war inzwischen aber bereits zur Tat übergegangen. Nachdem die ehemals kurkölnischen Gebietsteile, d. h. die Aemter Linz, Lahr, Königs-

⁵²⁾ Vorübergehend war der Gedanke aufgetaucht, Saarbrücken zu erhalten. Am 18. 9. schrieb der preussische Gesandte Goetz an Marschall, dass Saarbrücken dem Vernehmen nach nach dem Willen des Konsuls an die Schwester des 1794 verstorbenen Grafen Ludwig zurückgegeben werden solle.

⁵³⁾ Soll heissen „Rommersdorf“.

⁵⁴⁾ Sayn-Wittgensteins Ansprüche wurden durch Zahlung einer Summe von 300 000 Gulden und eine sehr unregelmässig gezahlte Jahresrente von 12 000 Gulden abgefunden.

winter, Vilich und Deutz^{54a)} bereits Ende September besetzt worden waren, meldete Marschall an Gagern, dass „das Mainzische jetzt auch bald besetzt sei, insofern Herr von Kruse nicht nochmals seine Meinung ändert. Will er das aber, so ist auch derselbe für alle Folgen verantwortlich. Kein (!) Widerstand ist von Mainz nicht zu erwarten“.

Kruse gab sich zufrieden, und so schritt man zur Militäraktion. Aber in Paris erhoben sich im letzten Augenblick Schwierigkeiten. Der verärgerte Sekretär Talleyrands, Mathieu, hielt „Nassau-Usingen als zu begünstigt“, was auch die „allgemeine Stimme in Paris geworden“ sei. „Täglich — Gagern am 9. Oktober — habe ich mehr Ursache, die unseligen eignen Zweifel in die Klarheit der Deklaration, das Begehren der Interpretationen und das Einlassen auf solche Kapitulationen zu beklagen . . . auch was man hier im Schilde führt, kann ich nicht sagen, aber soviel, dass man sich selbst, unter den Behörden nämlich, nicht einig ist“.⁵⁵⁾ Nochmals warnt Gagern vor Mainz; dieses „gewinnt Terrain, und ich weiss, dass der Konsul mit dem Kurfürsten korrespondiert“. Man glaube, dass der Gewinn des Rheingaus von Nassau höher gewertet werden müsse: „Unsere Schätzung wird als zu niedrig angesehen, wogegen — wie billig — ich ein Zetergeschrei erhoben habe“.

Nach diesen Pariser Nachrichten riet Kruse, wie nicht anders zu erwarten, von einer provisorischen Besitznahme Mainzer Gebietes ab.

Demgegenüber setzte Marschall beim Fürsten die Anordnung der Okkupation energisch und mit Erfolg durch. Freilich ist er sich bewusst, dass eine Aenderung der Entschädigungen durch einen eventuellen Umfall der Franzosen zugunsten von Mainz oder gar Hessen „schlimm wäre und uns vor dem Publikum in einem sonderbaren Lichte zeigte. Denn auffallend muss es demselben sein, wenn es sieht, dass man solange gezögert hat, nach einer günstigen Deklaration zu okkupieren und sich nun eilt, die ungünstigere zu vollziehen“.

Am 11. 10. kann Marschall an Gagern mitteilen, dass am 9. die Okkupation begonnen habe. Man habe vorerst gegen „die erstere Absichten“ darauf verzichtet, die in der 2. Deklaration nicht mehr genannten Bezirke Wetterau und Steinheim besetzen zu lassen. An diesem Verluste sei Kruse schuld. Dieser habe völlig versagt: „Das, was geschieht, muss das Haus Nassau als eine unglückliche Wendung der Dinge ansehen, der jetzt noch zu entgehen schwer sein wird. . . Herr von Kruse lässt sich durch Lobeserhebungen Mathieus beruhigen, er scheint nicht zu fühlen, dass nicht Worte Mathieus, sondern dessen Handlungen ihn rechtfertigen müssen“. Darmstadt „ist fürchterlich begünstigt“.⁵⁶⁾

Zum Schluss aller Verhandlungen steht nun doch eine plötzliche Ueberraschung, die wohl ein Satyrstückchen auf Marschalls eigner Flöte ist. Als die

^{54a)} 1815 gegen die durch Vertrag vom 31. 5. 1815 von Nassau-Dillenburg an Preussen abgetretenen oranischen Besitzungen an Preussen eingetauscht; daher hier nicht weiter berücksichtigt.

⁵⁵⁾ Mathieu und Durant; jener wollte betr. der domkapitularischen Güter Nassau weniger als dieser geben.

⁵⁶⁾ „Die ungeheure Faveur, die Darmstadt genießt, das mit Westfalen allein 18 Klöster und Stifter erhält, ist mir unbegreiflich.“ Vgl. dazu Hattemer, Territorialgeschichte der Landgrafschaft Hessen III. Gymn. Programm Darmstadt.

Vollmachten für die Kommissare, die mit der Besetzung betraut werden, vom Fürsten ausgefertigt werden (9. 10.), ist dabei auch eine zur Okkupation von — Steinheim!

Zu dessen Besitzergreifung war der Regierungsrat von Neurath ausersehen; die Aemter des Rheingaus und Lahnstein sollte der Regierungsrat Rössler. Höchst, Eppstein, Vilbel, Soden, Sulzbach sollte der Regierungsrat Huth für Nassau-Usingen in Besitz nehmen.

Die Vollmachten enthielten folgenden Text:

„Von Gottes Gnaden Wir Karl Wilhelm, Fürst zu Nassau usw.

Demnach Wir uns in Gemässheit des von den Vermittelnden Mächten vorgeschlagenen und von der Reichsdeputation zu Regensburg angenommenen Entschädigungsplans und nach dem Vorgang anderer Reichsstände bewogen finden, die Uns unter anderem zur Entschädigung für den jenseits des Rheins erlittenen Länderverlust angewiesene . . . Aemter (folgen die jeweils betroffenen!) in provisorischen Besitz nehmen zu lassen, als erteilen Wir Unserm Regierungsrat . . . volle Macht und Gewalt, die benannten Aemter in unserm Namen in provisorischen Besitz zu nehmen, diese Besitzergreifung durch Anschlagung der ihm mitgegebenen Patente gehörig publizieren zu lassen, auch dafür zu sorgen, dass sothane provisorische Besitznahme durch Affizierung jener Patente auf den Ortschaften allgemein bekannt gemacht werde und zu jedermanns Wissenschaft gelangen möge“.

Noch ehe diese Vollmachten an die Kommissare abgegangen waren, kommen dem Fürsten Zweifel betr. Steinheims. Er schreibt am späten Abend ein Billet an Marschall, dass ihm vom Aschaffenburgischen offenbar nichts gehöre, „nachdem ich den Teilungsplan noch einmal durchlese“. Es sei also klar, dass „es bei Mainz bleiben muss: „Hierüber befragen Ew. Hochw. wenn Sie wollen. aber keine andere als solche, die frantzöbisch kennen, ich kan es nicht anderst verstehen. Allenfalls proviciere ich auch meinen Schwiegersohn, dem ich kein Wort gesagt habe. Gute Nacht, morgen ein mehreres! Nassau“.

Serenissimi Bedenken kamen zu spät. Major Todenwarth befand sich auf dem Nachtmarsch ins Mainzische, und Marschall mag einmal sinnig gelächelt haben, dass der Fürst etwas unterschrieben hatte, was ihm nachher bedenklich erschien.

Die Anweisungen an die einzelnen Kommissare enthielten u. a. die Bestimmungen, dass sie „mit Hilfe des bei sich habenden Militärs die Aemter für Serenissimum feierlich in provisorischen Besitz zu nehmen und diese provisorische Besitznahme den Beamten und zu diesem Endzweck zu convocierenden Ortsschultheissen solemniter bekannt zu machen, auch die bei sich habende Patente aller Orten anheften zu lassen“ hätten . . . „Sollten bei der Besitzergreifung Protestationen von Seiten des seitherigen Landesherrn erfolgen, so hat Commissarius sich an solche nicht zu kehren, sondern mit der Besitzergreifung fürzuschreiten und zu erwarten, ob solche mit Gewalt hintertrieben werden wolle“ . . . „Die Disposition der Truppen bleibt den Führern überlassen, jedoch haben diese dafür zu sorgen, dass die Truppen soviel als möglich zusammengehalten werden . . .“

Uns interessiert freilich am meisten, dass die Kommissare angewiesen waren, über die Besitznahme Protokolle zu führen. Da diese recht anziehende Notizen über Land und Leute bringen, bedeuten sie uns eine schlichte Quelle, und wir wenden uns zunächst ihnen zu, indem wir vorwiegend landeskundliche Aeusserungen wiedergeben wollen.

Zuerst begleiten wir den Regierungsrat Rössler auf seiner Okkupationsreise:

In der Instruktion für Rössler (9. 10.) war ausdrücklich vermerkt, dass die Inbesitznahme in solcher Form vor sich gehen solle, dass die „Landesbewohner sich versichert halten, dass sie auf die Uns obliegenden Pflichten der Gerechtigkeit, Gnade und Fürsorge befugten Anspruch haben“.

In der Zeit vom 9. bis zum 16. Oktober entledigte sich Rössler in diesem Sinne seiner Aufgabe. Am 16. reichte er dem Fürsten sein Protokoll darüber ein, „welchergestalten das höchst angenehme Geschäft in denen von der Natur vorzüglich gesegneten, sehr schönen und reichen Weingegenden des weltberühmten Rheingaaues, nach⁵⁷⁾ dem weiten Lauf des ehrwürdigen Rheines Ew. Hochfürstl. Durchlaucht als künftigen Regenten zu verkünden und den provisorischen Besitz zu erwirken, untätigst angelegentlich befolgt habe, zeigen anliegende Protokolle im Nähern. Höchstihro treuen Dienern musste dabei zu besonderer Seelenrührung und inniger Freude gereichen, mit anzusehen, wie alles Volk, auch herrschaftliche Diener und alle Gotteshäuser mit ihren frommen Bewohnern beiderlei Geschlechts durch ohnverstellte Züge der Freundlichkeit, Ehrfurcht und Fröhlichkeit bezeugten, unter Ew. Hochfürstl. Durchlaucht allgemein anerkannten vorzüglich-gnädigen Landesregierung sich glücklich nach ihren Wünschen (!) versetzt zu sehen und ein wahres Verlangen bezeugten, sich diesen Schutz und Gnade submissesst zu empfehlen mit innigster Anwünschung Höchstihrer nach göttlicher Fügung anoch weit zahlreiche Jahre andauernder Höchster Landesregierung, wie andurch versprochenemassen submissesster Bericht bezeugen soll“.

Ueber die Rheingauorte spricht der Bericht das Urteil, dass es ein „vortrefflich schöner, reicher und höchst nützlicher, beträchtlich Landstrich sei“. Leider sei Johannisberg „abgenommen.“⁵⁸⁾ Eltville sei „ein schönes wohl stehendes Städtchen, das sich hauptsächlich von dem Weinbau und Weinhandel nährt, zu weiterer Handlung aber keine vorzügliche Situation haben möchte“. Daher blühe dort auch ein Schmuggel eines Handelsmannes mit Manufakturwaren auf die französische linke Rheinseite. Dort sei nicht alles Gold, was glänzt: „Wenn nicht Gebäudemangel wäre, so würden sich mehrere Missvergnügte von jenseits Rheins dahinziehen.“ Das Amt habe „14 Ortschaften, Wein, Wald, aber nicht hinlängliche Brotfrüchte“. Reich⁵⁹⁾ sei vor allem das Kloster Eberbach;⁶⁰⁾ doch habe es „die Hälfte seiner Einkünfte durch sehr beträchtliche jenseits Rheins belegene Höfe verloren“. Wenn der Fürst es einziehen [was er „nach freiem Belieben“ entscheiden konnte, § 42 des Hauptschlusses] wolle, so „muss dabei viel Klugheit gebraucht werden, dass die grosse Landökonomie des Maststalles und Brantweinbrennerei, allenfalls auch Brauerei, welche bereits nach obengedachten verlorenen Höfen abgenommen haben, vollständig fortgehet“. Diese Oekonomie sei notwendig zur Erhaltung des etwa 70 Morgen Land umfassenden Weinbaus.⁶¹⁾

Kloster Gottestal mit 11 Nonnen, 3 Schwestern und einem Probst aus Eberbach sei „alt und nicht sehr vermögend“, Eberbach⁶²⁾ nicht gleichzustellen.

Rüdesheim sei „äusserst reich an Weinwuchs“ und ernte oft 1000 Stück jährlich.⁶³⁾ Es gebe in Rüdesheim nur „Arm und Reich, keinen Mittelstand“. Denn „ein allzu grosser Besitz der Gemarkung stehet in dem Besitz des Adels, wodurch der eingeerntete Reichtum

⁵⁷⁾ = entlang.

⁵⁸⁾ Nassau-Oranien hatte es bereits seit einigen Tagen durch den Regierungssekretär Lautz fürsorglich in Besitz genommen.

⁵⁹⁾ Seine Bibliothek hatten die Hessen bereits 1631 im Gefolge der Schweden verschleppt. Vgl. Jürges, Nass. Heimatbl. 20. Heft 3 u. 4. S. 63.

⁶⁰⁾ Richter, Zur Geschichte des wirtschaftl. Lebens des Klosters Eberbach. (Viertelj. f. Soz. u. Wirtsch. Gesch. 16. Heft 1—2. 1922.)

⁶¹⁾ Seine Einkünfte von Nassau-Usingen auf etwa 17 000 Gulden geschätzt, was noch zu gering erscheint.

⁶²⁾ Vgl. Domarus, Die letzten Eberbacher Äbte. „Nass. Heimat“. 1916. Nr. 1.

⁶³⁾ Die Weine würden meist schon „vor der Kelter“ verkauft. Der normale Weinpreis wird auf 8 000 Gulden pro Stück geschätzt.

ausser Landes verzehrt wird“. Trotzdem „fällt jedem der Wohlstand des Amtes — dem „14 wohlstehende Weinbauorte“ angehörten — sofort in die Augen“ . . . „vor mehreren Jahren wurde in dem Rüdesheimer Amt eine Mineralquelle von Bestandteilen gleich dem Schwalbacher Sauerbrunnen entdeckt und schon zu grossem Absatz gebracht, der aber durch den Krieg sich wiederum verloren hat.“ [Der Assmannshausener Sprudel ist nicht gemeint; denn Rössler fügt bei: „Leider 3 Stunden vom Rhein gelegen.“] Mit Brotfrüchten „kommt das Amt nicht aus“; man klagt, dass keine üherrheinischen Früchte mehr (infolge der französischen Grenze) den Fluss passieren dürfen, und wünscht sehr einen Kornmarkt in Biebrich oder dessen Gegend“ . . . „Rüdesheim und Eltville haben noch einen gemeinschaftlichen Amtswald; sein Haingericht⁶⁴⁾ setzt sich aus Adel und Bürgern zusammen und hat in jährlicher Zusammenkunft den Nutzen zu repartieren“. Der Kammerforst dagegen, der 3000 Morgen gross ist, ist herrschaftlicher Wald. „Obgleich er durch die französischen Kriegsvölker sehr gelitten hat, ist er gleichwohl noch mit vielem Holz bestanden.“ Vielleicht könne man „einen Holzhandel ins holzarme üherrheinische Land ins Auge fassen“. Das ins Amt gehörige Kloster Eibingen, mit 8 Konventualen und 1 Probst besetzt, habe zwar „grosse und neue Gebäude“. Da die Benediktiner jedoch zumeist über Rhein⁶⁵⁾ gehabt hätten, sei es jetzt arm. Das mit 16 Konventualen besetzte Kapuzinerkloster Nothgottes „erhält seinen Unterhalt aus Eberbach auf einem alle Vierteljahre dorthin geschickten Wagen“. Dagegen kann das sehr schöne und neue Bernhardiner Nonnenkloster Marienhausen seine 25 Konventualen selbst ernähren. Tiefenthal mit 13 Nonnen habe nur hölzerne Gebäude und „wolle arm sein“. Doch sei sein Waldbesitz und Hofgut „nicht gering“. ⁶⁶⁾

Das Amt Kaub „zieret seine Rheingegend mit freundlich schönem Anblick wohl gebauter, gut angestrichener Häuser längs dem Ufer, worüber sodann das alte ehrwürdige Bergschloss steht, welches mit Kasematten, Blockhäusern, Aufzugbrücken vor allem feindlichen Zugang und Ueberfall gesichert, auch weil es mit Wasser und kühlen Behältern zur Aufbewahrung der Lebensmittel versehen ist, sich lange Zeit defendieren kann, übrigens auch über den Rheinstrom dominiert, wodurch alle Passage behindert werden kann“. Kurpfalz hatte dort eine kleine Garnison von 79 Mann „dienstbarer Leute und Invaliden“. Rössler hält es für angebracht, die Burg Gutenfels weiterhin besetzt zu halten. Sie besitzt noch 4 Kanonen zu 30 Pfd.-Kaliber, 70000 Musketenkugeln und 40 Gewehre. „Die zweite zu Kaub gehörige Festung liegt mitten auf dem Rhein und steht auf grossen Felsen. Sie wird die Pfalz genannt, ist ein Oval, von dickem Mauerwerk mit Schiesscharten rings umgeben, in dessen Mitte können Kanonen aufgestellt und der Rhein auf beiden Seiten bestrichen werden . . . Zweck⁶⁷⁾ mag sein, dass die Schiffspferde übersetzt werden müssen“. Kaubs 450 Bürger ($\frac{3}{4}$ protestantisch), das „der Tradition nach schon einmal nassauisch gewesen sein soll, und Kaiser Adolf Kommandant der Festung, freuen sich sehr auf die gegenwärtige Rückkehr“. Ein reiches Schieferbergwerk ernährt neben gutem Weinbau die Bewohner.

Oberlahnstein ist „von einer hohen Mauer und 12 Stadttürmen ganz umgeben. Das herrschaftliche Schloss ist erst vor 15 Jahren für 20000 Gulden renoviert worden und könnte also zu einem kurzen Aufenthalt den Höchsten Herrschaften in seiner schönen Lage vieles Vergnügen zuweilen verschaffen“.

⁶⁴⁾ War durch das „Churmainzer Landrecht“ von 1756 nicht beseitigt worden. Rüdesheim besitzt noch sein bekanntes, für die Entwicklung des Volksrechts noch nicht ausgenutztes „Hengrathsbuch“.

⁶⁵⁾ Ruppertsberg bei Bingen. Vgl. Zaun, Beiträge zur Geschichte des Landkapitels Rheingau, 298.

⁶⁶⁾ Die Revenuen aus dem „Bezirk Eberbach“ betrugen 45000 Gulden Renten; (Berechnung Kruses vom September 1802 nach dem Bericht von Preuschens).

⁶⁷⁾ Von Kaub bis Rüdesheim wurde allerdings der unterhalb linksseitige Leinpfad rechtsrheinisch. Ludwig d. Bayer hatte sie freilich als Zollstätte gegründet, um „die Steuern noch härter eintreiben zu können“. Banntuch des Papstes Johann XXII. 1327.

Braubach ist „ein grosser, aber sehr übel gebauter Ort“. Der „Weinertrag ist die Hauptnahrung seiner Bewohner“ (sic!), jährlich erntet man ca. 200 Stück. Die Einwohnerschaft ist „sehr arbeitsam, aber nach ihren eigenen Gebäuden zu urteilen, wenig kunstverständlich“. Viele gehen weit in die Umgebung auf Arbeitssuche.

Auf dem Staatsgefängnis Marxburg (Marksburg) liegen unter Major Hill 31 Mann in Garnison. Unter den Gefangenen befindet sich „ein 84jähriger Advokat aus Giessen, der durch ehrenrührige Schreibart gegen die obrigkeitliche Personen und Verfügungen sich seit vielen Jahren diesen Aufenthalt zugezogen, aus welchem derselbe nun auch nicht mehr verlangt“.

Der Rheinstrom liefert an Lachsfang jährlich 10000 kg Fische⁶⁸⁾. Von dem Dinkholder Brunnen⁶⁹⁾ werden „weit und breit schon über 10000 Krüge jährlich ausgefahren“. Rössler rät gelegentlich, alle Mineralbrunnen chemisch neu untersuchen zu wollen.

Die fliegende Schiffsbrücke bei Braubach erregt Rösslers Missfallen, da hier der Rhein nicht geeignet sei; sie „sollte bei Lahnstein angelegt werden“.

Die Vogtei Ems besteht aus Bad und Dorf Ems sowie Kemmenau. „Bad Ems enthält grosse Gebäulichkeiten mit Bädern und Wohnzimmern vor die vielen Fremden, welche dahin kommen, um die Schwächlichkeiten des Körpers mit Baden und Trinkwasser zu heilen. Die Quellen sind von verschiedenem warmen und mineralischen Gehalt. Vier darmstädtische Badhausgebäude sind vorhanden⁷⁰⁾. Ein Haus⁷¹⁾ gehört einem Obristen, stehet nur noch in Dach und Mauern und ist durch den letzten Krieg zerstört (?). Es möchten wohl diese Badeanstalten mehr zum Ansehen und Ehre des Landes gereichen als eine beträchtliche Einnahmequelle vor die Hofkammerrezeptur werden“.

Das Katzenelnbogener Amt umfasste in 9 Herrschaften 1833 Bewohner. Der Ort selbst ist „ein Flecken in altdeutschem Geschmack, der um die Höhe eines Berges sich windet“. Er besitzt ein schönes Wiesental, hat guten Boden mit Fruchtfeldern und Obstgärten. Eine Eisenschmelze mit 13000 Gulden Jahresertrag ist in Privatbesitz. Rössler rät sie im Sinne des Staatssozialismus der Zeit in Staatsverwaltung zu nehmen⁷²⁾. Er meint, wenn dort ein Eisenhammer errichtet, also nicht nur der Rohstoff, sondern Fabrikate verkauft würden, könnte der Staat 3—4000 Gulden mehr erzielen⁷³⁾.

An Wäldern besitze das Gebiet Katzenelnbogen, Braubach und Ems zusammen etwa 1500 Morgen. Schweine und Hochwild seien nicht, Rehe und Hasen in guter Wildbahn aber zahlreich vorhanden.

Die Besitznahme ging überall ohne Zwischenfall von statten. Nur in Ems machte der Dillenburgische Amtmann Rath „ein vermeintes reliutions (-Auslösungs-) recht der angeblich verpfändeten⁷⁴⁾ Vogtei Ems“ geltend. Rössler meint, „da seit einhalbtausend Jahren von diesem Recht kein Gebrauch gemacht worden ist, so wird solchem auch wohl leichtlich seine Rechtsgültigkeit zu entdecken sein. Wenigstens kann dieser geringe Vorfall an der Heiterkeit der grossen frohen Aussicht nichts benehmen, das nunmehr von hiesiger umliegender Gegend längs dem Rhein bis zum Ausfluss der Lahn der allerbeste Erdstrich von Deutschland in Höchsteigener Hand sich befinde, wo die erhabene Natur ihre grossen Vollkommenheiten nebst andern denen Wassern in tiefen Klüften und reicher Strombahn, sodann denen Reben bis zu den hohen Bergspitzen stolz beigelegt so, dass dessen sich nicht wohl ein anderes Land so gross rühmen kann — ganz Europa, auch die entferntesten Lande, nicht ausgeschlossen — und die hiesigen Landeseinwohner reich machen werden: folglich eine herrliche Wendung der Kriegskalamitäten⁷⁵⁾ eingetreten ist.“

⁶⁸⁾ Die Fischfangabgabe betrug damals 1½ Kreuzer pro Fisch.

⁶⁹⁾ Durch Thilenius bekannt gemacht.

⁷⁰⁾ Vgl. Henche, Altens. Ges. Aufsätze S. 103 ff.

⁷¹⁾ Die Karlsburg des Frh. von Thüngen, 1817 vollendet. Vgl. Henche, Bad Ems, Bausteine zu einer Ortskunde S. 87. Das Bergwerk in Ems war oranisch.

⁷²⁾ Vgl. Schüler, Die Lasten der Niedergrafschaft K. vor ihrem Anfall an Nassau (Altnassau 22. 1918). Herold, Das Kirchspiel K. (Altnassau 7. 1914).

⁷³⁾ Der Besitzer Pauli war in Konkurs geraten.

⁷⁴⁾ Vgl. dazu Henche, a. a. O. S. 194. (Das Pfandjahr ist 1405).

⁷⁵⁾ Ueber diese Henche, Vogtei Emser Kriegsrechnungen a. a. O. S. 247 ff.

Freilich sind Rössler auch die noch notwendigen Verbesserungen in dem okkupierten Gebiet nicht entgangen. Besonders beklagt er, dass die Hauptverkehrsstrasse, der Rhein, von den Franzosen beansprucht werde: „Ueber dem Rhein beeifert sich eine stolze, sehr tätige Nation, Deutschlands Handelsvorteile und die Nutzbarkeiten, welche diese fürstlichen Lande aus dem Rheinstrom und ihrer natürlichen Lage zu ihm erhalten könnten, an sich auf jene Seite zu ziehen“. Er empfiehlt folgende Mittel, diesen Absichten entgegenzuwirken: Eine Konvention müsse mit Frankreich geschlossen werden „über den wechselseitigen freien Gebrauch des Rheinstroms“; die Stapel in Köln und Mainz⁷⁶⁾, die „uns höchst verderblich sind“, müssten fortfallen. Frankreich habe durch die Einrichtung von „Wasserdilligencen“ sich den Fracht- und Personenverkehr gesichert. Nassau müsse dieses Beispiel nachahmen. Zwei Dilligencen müssten täglich von Mainz nach Koblenz fahren und eine von Kastel nach Ehrenbreitstein „unter nassauischer Flagge“. Auch sollte ein nassauisches Marktschiff neben dem Mainzer von Kastel nach Frankfurt fahren⁷⁷⁾; ferner „eine Reihe zierlicher Gondolen unter obgedachter Flagge in 8 Stunden nach Ehrenbreitstein“. Die neu projektierte Chaussee (linksrheinisch) Mainz-Koblenz⁷⁸⁾ schädige den Verkehr der nassauischen Rheinseite, daher müsse von Lahnstein aus durch eine Fähre Verkehrsanschluss an diese Chaussee geschaffen werden. Man solle, wie es die Franzosen an der linken Rheinseite vorhaben, auch am nassauischen Ufer, etwa zwischen „Rheinspitze“⁷⁹⁾ und Eltville einen Freihafen anlegen⁸⁰⁾.

Betr. der Klöster meint Rössler, dass man sie am besten aufheben solle, und schreibt, er halte es „vor eine grosse fürstliche Wohltat, so diesen geistlichen Gefangenen durch eine solche Erlösung geschehen würde“. Man solle die Klöster für soziale Zwecke nutzbar machen als Anstalten „für Kleinkinderfürsorge oder Geschicklichkeitskurse für erwachsene Mädchen“. Die Gebäude könnten als „Waisenhäuser, Verwahrungsort für Wahnsinnige und tolle unglückliche Menschen“ verwertet werden. Betr. des katholischen Schulwesens rät Rössler „für die seither in Mainz qualifizierten Schullehrer des Rheingaus ein neues Seminar zu errichten“⁸¹⁾. In Idstein müsse katholischer Gottesdienst eingerichtet werden. Eberbach könne ein „Waisenhaus vor beide Religionsverwandte“ werden⁸²⁾, auch etwa ein „Armenhaus“⁸³⁾. Soweit der Bericht Rösslers.

Folgen wir nun dem Bericht des Regierungsrats Huth!

Dieser hatte in der Zeit vom 9. bis 27. Oktober die östlichen Aemter zu okkupieren. Im allgemeinen konnte dies ordnungsgemäss erfolgen, sodass das Vogteiamt Kastel, das Amt Höchst, das domkapitularische Amt Hochheim, die Vogteiämter Eppstein, Königstein und Oberursel, das Amt Kronberg und die Dörfer Soden und Sulzbach (reichsfrei) und Vilbel bald in nassauischem Besitz waren. Nach Orb und Lohr aber hatte der Mainzer Kurfürst Militär beordert, sodass Huth von der Regierung angewiesen wurde, diese Orte nicht zu besetzen. „In Kastell liess man uns ungehindert einrücken. Darauf aber erfolgte eine Protes-tation gegen die Besitznahme auf Grund einer in voriger Nacht erhaltenen kurfürstlichen Ordre, die Amtsverweser Horn bestätigte“. Nach seiner Instruktion sollte Huth „mit allem Nachdruck und Entschlossenheit vorgehen“, daher besteht er auf der Besitzergreifung.

⁷⁶⁾ Alle Waren mussten 3 Tage dort feilgeboten werden. Mainz trieb stark merkantilistische Wirtschaftspolitik. Dazu Becker, Rheinhandel in „Der Rheingau“ (Heimatblatt 1929. Nr. 6.

⁷⁷⁾ Das Schiffspersonal sollte „billig aus abgedientem Militär gewonnen werden.“

⁷⁸⁾ Für 1803 projektierte Rheinstrasse Napoleons.

⁷⁹⁾ Vgl. Zedler, Nass. Heimatbl. 21, Heft 1 u. 2. S. 10 Anm.

⁸⁰⁾ Fingl, Der Rhein als Handelsstrasse, Progr. Krems.

⁸¹⁾ Michels, Zur Gesch. des Schulwesens. Nass. Schulzeitung 11. u. 12. Jahrg.

⁸²⁾ Dazu vgl. die Denkschrift Ibells über Armenwesen 1809, mitgeteilt von Wagner. Nass. Heimatbl. 19. Heft 3 u. 4. S. 78 ff. Auch Anonym in „Altnassau“ 18 (1914) unter B. W. „Altnass. Armenpflege“.

⁸³⁾ Dessen Einkünfte gedachte freilich die Regierung anders zu verwenden. Sie hatte bereits umfassende Inventarisierung der Klöster durch den Regierungsrat von Preuschen [einen Tag (15. 10.) vor Rösslers Ankunft z. B. in Eberbach] vorgenommen.

schreibt aber an die Regierung: „Aus dem ganzen Vorgange erhellet nur allzu deutlich, dass man noch eine geheime Instruktion in Händen gehabt haben muss“.

Wie eine Ironie klingt der Glückwunsch des Frankfurter Magistrats (13. 10.) betreffs der Inbesitznahme von Sulzbach und Soden:⁶¹⁾ „Wünschen ohngeheuchelt Glück dazu, können aber nicht umhin, diesseitige Jura daran zu wahren“.

Im allgemeinen berichtet Huth, (Brief an den Fürsten 27. 10.), dass alle Einwohner sich auf die bevorstehende Regierungsveränderung vorbereitet hätten und derselben mit Verlangen entgegengesehen. „Die meisten, besonders der gebildete Teil, sind auch, da Ew. Durchlaucht Regententugenden und tolerante Gesinnungen und die davon in Höchstdero Landen erst neuerlich gegebenen Beweise durchgängig gepriesen werden, in Absicht ihrer ferneren ungestörten Religionsübung völlig beruhigt. Wenn unter der niederen Klasse hie und da einige Besorgnis wahrzunehmen gewesen, so mag solches hauptsächlich der Aufholzung des missvergnügten, seine Auflösung besorgenden Mainzischen Militairs, vielleicht auch den geheimen Einflüstern der Geistlichkeit beizumessen, in der Folge aber bald mit der Tat und Erfahrung zu beseitigen sein.“

In der Stille haben mehrere Gebrechen der Staatsverfassung und namentlich Beschwerden über die Vielheit der Beamten, deren hartes Verfahren und Sfortulierlust (= Wichtigmacherei) angebracht werden wollen“. Huth hat sich demgegenüber reserviert verhalten, „muss man doch, abgesehen davon, dass es ausser den Grenzen eines Kommissarii liegt, bei der zukünftigen Administration derlei Dinge nicht in Ansehung bringen“. In Sulzbach und Soden⁶²⁾ hat der Kommissar „den Katholiken auf ihr Befragen ausdrücklich versichert, dass ihre katholische Religionsübung nicht gestört würde“.

Inzwischen war Neuraths Besitzergreifung nicht so friedfertig verlaufen.

Am 12. Oktober, mittags um 12 Uhr, war er in Offenbach eingetroffen. Die Truppen „refraktierten“ (erholten sich) dort, Neurath fuhr voraus, um schneller Quartier zu beschaffen; um 3 Uhr ist er in Steinheim. Dort hatte der Amtsverweser, Titular-Hofgerichtsrat Klingenhühl, zwar noch keine Anweisung von Aschaffenburg, wollte aber eine provisorische Besetzung nicht hindern. Doch nach einer Viertel-Stunde widerruft er alles auf Grund „eines soeben von Aschaffenburg eingetroffenen Befehls“; er würde bewaffneten Widerstand leisten und sei stärker als das nassauische⁶³⁾ Detachement. Neurath macht ihn für alle Folgen der Gewaltbesetzung verantwortlich. Darauf erklärt der Amtsverweser, dass „er sich leidend verhalten werde und die Truppe als eine nur durchmarschierende betrachten wolle“. Auch gegen anrückende hessische Truppen will Neurath den Ort halten. Marschall bestärkt ihn in dieser Absicht und bittet den Fürsten, durch eine Korrespondenz mit dem hessischen Landgrafen zu entscheiden. Darauf folgende Antwort.

„Verlangter Massen remittiere ich Ew. Hochwohlgeboren den Neurathschen Bericht. Er war von gestern, wonach die Darmstädter, wenn sie zu Steinheim haben einmarschieren wollen, solches wohl bereits getan haben werden. Da nun alles getan sein wird, so bleiben die weiter zu erwartenden Nachrichten, betr. deren es so gehen wird wie mit den Hessen zu Völklingen⁶⁴⁾ oder dass ein Schreiben des Landgrafen durch einen Offizier an mich kommen wird . . . Denn keine Gewalttätigkeiten kann ich mir nicht träumen lassen, es sei denn, dass der Landgraf, der bisweilen ein Narr ist, Torheiten tun wollte. Gute Nacht nebst Gemahlin! Nassau.“

Die neue Deklaration brachte es mit sich, dass der Mainzer Kurfürst gegen eine Besitznahme von Steinheim an den Fürsten persönlich protestiert: „Ich finde zwar gar keinen Anstand dabei, dass Ew. Liebden unter dem Vorhalte der diesseitigen Kameralbenutzung und Landesverwaltung eine militärische provisorische Okkupation insolang vornehmen, bis

⁶¹⁾ Eigentümer der Sodener Salinen war der preuss. Kammerherr v. Malapert-Neufville. Er gratuliert dem nass. Fürsten „als meinem gnädigsten Herrn, dero gesegnete Regierung mache noch lange das Glück und der Stolz so vieler Völker“!!

⁶²⁾ Rossbach, Gesch. der fr. Reichsdörfer Sulzbach und Soden.

⁶³⁾ 90 Mann und 3 Offiziere: Major v. Todenwarth, Hauptmann v. Wintzingerode und v. Trümbach. Seligenstadt und Hanau waren die „Lager“

⁶⁴⁾ Die Hessen hatten versucht, nach dem Saargebiet vorzudringen.

Kaiser und Reich darüber entschieden haben, wobei ich mich zugleich bei dieser bloss militärischen provisorischen Okkupation gegen die Absendung von Zivilkommissaren feierlich verwahren muss.“

Daraufhin ordnet der Fürst die Rücknahme der Truppe aus Steinheim nach Höchst an. Marschall ist grenzenlos erbittert. Er fügt der fürstl. Ordre persönlich hinzu: „Uebrigens muss ich privat bemerken, dass nach heute von Regensburg erhaltenen Nachrichten Nassau-Usingen ganz ein Opfer für Mainz und Darmstadt geworden ist und wir weder jenseits Mains noch in der Wetterau etwas behaupten werden — dagegen ist zu erwarten, dass uns wenigstens Wallau nicht entgeht . . . Alles dies darf uns übrigens nicht abhalten, unsere Schuldigkeit zu tun und wohlgemut zu handeln“.

Aus Wallau berichtete dann Neurath, dass es protestiert habe: „Ich liess die Truppe weiter vor die dasige Abtei marschieren, wo wir (er und Wintzingerode) uns zu dem Herrn Prälaten verfügten. Er deklarierte, dass er der Besitznahme sich in Demut fügen und es daneben als ein besonderes Glück erkennen werde, dass solche vonseiten Serenissimi nostri Hochfürstl. Durchlaucht geschehe.“

Am 30. Oktober erstattete Neurath seinen Schlussbericht, der sich gegenüber dem Rösslerschen, auch dem Huthschen, wesentlich anders ausnimmt. Er kann nicht von Freudeinstimmung der Bewohner berichten und hat keine „detaillierte Nachforschungen über statistische Gegenstände“ machen können, was „bei der Stimmung der dortigen Beamten schwer gefallen wäre. Diese hielten es nämlich bei der Unsicherheit des Schicksals der Klugheit gemäss, sich durchaus leidend zu verhalten und kein Zeichen von Anhänglichkeit oder Dienstfertigkeit zu geben. Diese Ungewissheit wirkte auf eine ähnliche Art auf das Betragen der Einwohner“.

Damit war die provisorische militärische Besetzung beendet, und wir kehren wieder in res politicas zurück.

III.

Schon aus den Protokollakten der Besetzungskommissare erhellte, dass während der militärischen Okkupation die politischen Verhandlungen nicht eingestellt wurden.

Allerdings sind Gagerns Aufgaben in Paris ziemlich erledigt. Er wird nicht müde „auf die Besetzung zu dringen“. Er hat in Paris den Eindruck, ja „man (Durant) äusserte sogar, man habe sich sonst die Folgen selbst zuzuschreiben“. Wenn man nicht alle Tauschobjekte erhält, wird „man sich Remedur suchen“.

Inzwischen hatte die Regensburger Reichsdeputation gegen Oesterreichs Einspruch am 22. Oktober 1802 den sogenannten „Genralplan“⁸⁸⁾, d. h. eine zweite Redaktion der Deklaration vom 18. 8. 1801 angenommen, durch welche die Weilburger Entschädigungen nicht, die Usinger jedoch insofern betroffen wurden, dass Steinheim wegfiel und die hessischen Aemter und der mainzische Rheingau den Fürsten zugesprochen wurden. Dieser Generalplan hatte die Grundlage zur provisorischen Besetzung gebildet.

Noch waren kleinere territoriale Schwierigkeiten mit Frankfurt, Hessen-Darmstadt, Runkel zu erledigen⁸⁹⁾, aber die Hauptverhandlungen gingen, soweit es Nassau betraf, ohne grössere Aktionen ihren Weg. Gagern kehrte am 22. November aus Paris, Kruse am 29. 11.⁹⁰⁾ aus Regensburg zurück, wohingegen

⁸⁸⁾ Beilage II, 22 42 zu den Regensburger Protokollen. Am 14. Oktober in Wiesbaden eingetroffen.

⁸⁹⁾ Menzel, a. a. O. S. 581 ff.

⁹⁰⁾ Dagegen Menzel, a. a. O. 581: Februar 1803.

Regierungsrat Fabricius nach Paris ging und Ibell noch in Regensburg bis zum 15. 3. 1803 zurückblieb.

Die noch zu lösenden Probleme betrafen Verhandlungen über die Reichsritterschaft⁹¹⁾ sowie zwei unmittelbar auch Nassau angehende Fragen. Es gelang, dem Gesamthaus Nassau das Jus de non appellando zu verschaffen. Die mainzischen Gebiete besaßen dieses, die altnassauischen jedoch nicht. Daher musste man es zur Vermeidung von „allerlei Misständen in der inneren Landesorganisation“ zu erreichen suchen. Es „muss ein eignes Revisions- oder Oberappellationsgericht angeordnet werden und die damit verbundenen Kosten müssen vom Staat getragen werden“.

Vergeblich waren auch die Einsprüche des Hauses Stolberg wegen der Zuweisung von Königstein⁹²⁾ an Nassau.

So konnte denn am 28. 11. Marschall an Fabricius berichten: „Im Lauf der gegenwärtigen Woche wird der Zivilbesitz Nassau-Usingischerseits allgemein ergriffen sein, und dann werden die Auseinandersetzungen mit den vielen Reichsständen, mit welchen man zu tun haben wird, ihren Anfang nehmen und sicher noch an dem einen oder andern Orte grosse Weitläufigkeiten veranlassen“.

Gagern hatte noch in seinem letzten Bericht gemeldet, dass die Sache zu einem Ende kommen müsse; „der Erste Konsul soll, wie ich vernehme, sehr ungeduldig sein; er hat noch vor wenigen Tagen selbst dem Graf Cobenzl ein Wort des Ernstes gesagt“. . . „Der 24. oder 25. November wird hier allgemein als der Tag angegeben, wo die provisorische Besitznahme in eine wirkliche und fruchtbare werde verwandelt werden“.

Am 23. November hatte der Fürst bereits die Vollmachten für die Kommissare zur Zivilbesitznahme ausgefertigt.

In den Instruktionen heisst es, dass „alle Beamten, Aktuarii, Rentmeister, Unterbeamte, Akzessisten und Amtspraktikanten sollten verpflichtet werden.“⁹³⁾ Sie erhalten neue Dienstsiegel⁹⁴⁾ und bleiben vorläufig im Dienst, nachdem die früheren Landesherren sie von ihrem Eid entbunden hatten.⁹⁵⁾ Die Rent- und Kellereibeamten sollen ab 1. 12. neue Manuale anlegen und alle Revenüen nach Wiesbaden verrechnen.

Bei der Verpflichtung der Untertanen soll die Versicherung gegeben werden, dass sie „Gehorsam und Treue“ ihrem neuen Herrn schuldig sind. Die Huldigung soll in einer Art vorgenommen werden, die dem Kommissar jeweils zweckmässig dünkt; ein Protokoll wird darüber aufgenommen.

Darauf erhalten die Beamten eine Mahlzeit, bei „der jeder überflüssige Aufwand zu vermeiden, jedoch auch nichts nach dem Herkommen Uebliches zu unterlassen sei, damit bei den neuen Untertanen dadurch kein Missvergnügen

⁹¹⁾ Meister, Nassau und Reichsritterschaft 1803—1815.

⁹²⁾ Menzel, a. a. O. S. 581.

⁹³⁾ Nicht Schultheissen als unpolitische Beamte, wohl aber Oberschultheissen.

⁹⁴⁾ Am 19. 11. 1802 erging ein Dekret, dass „Siegel mit nassauischem Löwen“ sollten gestochen werden. Die meisten Ämter liefern ihre Siegel ab; ebenso die Klöster und Stifte ausser Bleidenstadt. Die Oberförstereien kommen als letzte in den Besitz der neuen Siegel, so Eberbach erst 1809, Hahnstätten erst 1811! (Generalia A. Ib 19.)

⁹⁵⁾ Geschah am 24. November.

erregt und auch bei dieser Gelegenheit die Würde des neuen Landesherrn beobachtet werde“.

Die Eidformel für die Untertanen lässt diese den Fürsten „für ihren rechtmässigen Landesfürsten und Herrn erkennen und dem fürstlichen Gesamthaus Nassau treu, hold und gehorsam sein, so wahr Euch Gott helfe (für die Evangelischen:) und sein heiliges Evangelium, (für die Katholischen:) und seine Heiligen“.

Die Eidformel für die Beamten lautete:

„Nachdem Ihr aus Euern obgehabten Pflichten entlassen worden, der Fürst Euch zu Höchstdero Dienern in denen von Euch seither bekleideten Aemtern provisorisch aufgenommen hat, sollt Ihr treu, hold und gehorsam sein und die Euch obliegenden Geschäfte mit Treue, Eifer und Fleiss jederzeit erfüllen“.

Der Kurfürst von Mainz hatte seiner Benachrichtigung von der Eid-entbindung seiner Beamten ein persönliches Handschreiben an den Fürst beigefügt, dem wir folgende Zeilen entnehmen:

„Wenn nun gleich Ew. Liebden gerechte und billige Gesinnungen für die ungestörte reichsgesetzsmässige Gewissensfreiheit Meiner seitherigen Untertanen, für Unterstützung ihres katholischen Gottesdienstes und der öffentlichen Religionslehranstalten Mir schon hinlängliche Bürgschaft sind, so kann ich mir doch die Beruhigung nicht versagen, alle meine seitherigen treuen Untertanen, welche, kaum den unseligen Folgen eines langjährigen Krieges entrissen, nach Erholung und Ruhe seufzen, Dero landesväterlicher Fürsorge anzuempfehlen“. Der Fürst antwortet (24. 11.), dass er „ungestörte Ausübung der Religion“ sichern werde.

Die Besitznahme erfolgte überall nach der Regierungsvorschrift⁹⁶⁾, dass „die Kommissionen den Huldigungsakten die grösstmögliche Solemnität“ geben sollen. Es sollen „herrschaftliche Lakaien und Equipagen (vom Fürst) bewilligt“ werden.⁹⁷⁾

Es würde zu weit führen, die Protokolle der Huldigungsakte und Eidabnahme, die von den früheren Kommissaren der provisorischen Besitznahme eingereicht wurden, hier wiederzugeben. Angesichts des Zeitgeistes sind sie jedoch heimatgeschichtlich interessant genug, dass eine kurze Probe daraus gerechtfertigt ist.

Am 18. 12. reicht Rössler, der wegen der Form der Eidesleistung mit den rheingauischen katholischen Geistlichen, die einem weltlichen Herrn glaubten keinen Untertaneneid schuldig zu sein, noch längere, hier nicht zu erörternde Auseinandersetzungen⁹⁸⁾ hatte, sein Schlussprotokoll ein, dem wir das folgende Allgemeine entnehmen:

⁹⁶⁾ Generalia A 1 b 18.

⁹⁷⁾ Es sind aber keine 3 geschlossenen Wagen für die Kommissare vorhanden. Neu-rath kann nur eine „Chaise haben, insofern eine solche vorhanden und entbehrlich ist“!

⁹⁸⁾ Am 26. 11 verlangte Weibbischof Heimes von Marschall, dass „die Geistlichen nicht durch einen fürstlichen Schwur, wozu bei den Geistlichen katholischer Religion ein gewisser Ritus vorgeschrieben, sondern durch eine bei denselben in regula schon herkömmliche Handreichung statt des Eides angenommen werde“. Als Marschall einwilligt, versichert ihn Heimes von Aschaffenburg aus am 3. 12. „seiner Treue, nachdem nun Usingen Besitz von dem Rheingau, meinem Vaterland, genommen“. Marschall macht den Fürsten auf „diesen sehr wichtigen Mann“ aufmerksam und antwortet (13. 12.), dass „er mit grösstem Vergnügen seine gute Gesinnungen erschen habe“, ihm sei „nichts angenehmer, als Heimes gefällig sein zu können“.

Rössler „hat die deutsche Hälfte des grossen Rheinflusses unter prächtig fliegender Fürstlich Nassauischen Flagge“ in Eigentum des Staates übernommen.

„Durch den grossen Volksjubel der aller Orten dabei durch Aufmarschierung der bewaffneten und mit Fahnen aller Orten versehenen Untertanen, durch Abfeuerung des grossen und kleinen Schiessgewehrs, durch die herrlichste Musik, durch Läutung der Glocken aller Kirchen, auch abends zugefügten Illuminationen, wo bei allen diesen schönen Anstalten und Auftritten alte und junge Landes- einwohner ihrem neuen Landesregenten ein freudiges Lebehoch vereinbart entgegen erschallten und durch die Luft das Vergnügen ihres Herzens verbreiteten, auch durch herrliche Schifffahrt auf dem stolz vorbeirauschenden Strome des Rheingaus unter Zulauf vieler Tausend beiderseitiger Uferbewohner verherrlichten, wurde dann zugleich auch umso mehr Ew. Hochfürstl. Durchlaucht jetzt verbreitete Landesregierung weit und breit durch alle Elemente verkündigt. Die gemeine Stimmung gehet dahin, wie der Hofgerichtsrat Schmidt zu Rüdesheim in dem Zuruf an seine Amtsuntergebene sich erklärte: dass bei der damaligen Umwälzung der Landen ein sehr guter Genius dem Rheingau das glücklichste Los gezogen, den besten Regenten glücklich verschafft habe, dem sie denn nun auch als Landeskinder mit Treue, Anhänglichkeit und Untertänigkeit sich ergeben hätten und stets verehren würden“.⁹⁹⁾

In Katzenelnbogen¹⁰⁰⁾ wurde Rössler am 4. 12. besonders feierlich empfangen. Die Hessen waren nicht beliebt gewesen, und man hatte grösste Befürchtungen, „die Preiße käme“. Umso grösser war die Freude über die nassauische Besitznahme, die allein dem Volkstum der Bewohner entsprach. Oberförster Follenius empfing Rössler mit 5 Förstern den Kommissar. In der Kirche fand Festgottesdienst statt; man sang das Lied „Erhalt uns Gott die Obrigkeit“! Kinder rufen Vivat. Am Altar werden Rössler „zwei Gedichte auf seidenen Kissen“ („Gefühle und Empfindungen der aufblühenden Schuljugend“) überreicht. Sie waren von dem Präzeptor Thurn¹⁰¹⁾ fabriziert, der eine eigne Arbeit „Ueber den Einfluss der Staatsumwälzungen auf die Menschheit“ überreichte. Ausser in Oberlahnstein (dessen Pfarrer Coenen dem Fürst gratuliert) wurde Rössler freundlich empfangen. Dafür gab es denn „überall Essen mit gutem Wein“. In Katzenelnbogen wurden z. B. 59 Amtspersonen in getrennten Lokalen bewirtet. In Eltville erhielt Rössler ein „künstlerisches Billet“: PaX nUnc restIt Uta CaroLU s wILheLMU sibi et suis reLigIone patrIa atqUe LItérIs floreat et faVeat . aLta VILLa.

Nach der Okkupation erhielt der Fürst Glückwünsche in grosser Zahl. Der Prinz von Oranien drückt aus Fulda seine „Teilnahme an einer so interessanten Acquisition“ aus und wünscht dem Fürsten, dass „seine Regierung von langer Dauer und von Segen begleitet sein“ möge.

Solche Glückwünsche konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass wie Marschall richtig gesehen hatte, sich noch manche Probleme politischer Art oder wirtschaftlicher Natur nach dem Schluss der Reichsdeputation¹⁰²⁾ erheben und zumindest die diplomatische Arbeit noch im folgenden Jahr beeinflussen würden.

⁹⁹⁾ Die Rheingauprotokolle veröffentlicht von Henche, Der Rheingau. 1929 Nr. 6.

¹⁰⁰⁾ Vgl. Herold, Nass. Blätter. Jhrg. 1926, Nr. 5. Quelle dieser Darstellung ist die zeitgenössische Chronik des Schultheissen Kramb von Schönborn, der auch das Elend seiner Gemeinde zu schildern weiss. (Mitteilung des Herrn Lehrer Herold-Klingelbach an den Verfasser)

¹⁰¹⁾ Ueber ihn Henche, Nass. Heimatbl. Jahrgang Nr. 27, Heft 1.

¹⁰²⁾ 25. 2. 1803.

Zunächst waren es Schwierigkeiten während der Besetzung, da Mainz die Aemter Orb und Lohr unter allen Umständen erhalten wollte und auch schliesslich gegen andauernde Proteste Kruses bei dem französischen Minister Laforet in Regensburg behielt.¹⁰³⁾

Sodann besetzte Hessen nach der Rückkehr seines Regensburger Gesandten¹⁰⁴⁾ rechts des Mainz liegende Gebiete wie Hessloch, Grundhof, Ostheim. „Wie das durch den Entschädigungsplan¹⁰⁵⁾ gerechtfertigt werden will — schreibt Marschall an Gagern — begreife ich nicht; und wenn es jedem Reichsstande erlaubt ist, willkürlich das zu okkupieren, was ihm gelegen ist, ohne Rücksicht auf die Deklarationen, so hätten die vermittelnden Mächte nicht nötig gehabt, einen Plan zu entwerfen“. Fabricius machte an Napoleon vergebens eine persönliche Eingabe (18. 12.), in der es heisst: „La maison de Nassau dont le lot a déjà dû subir tant de diminutions bien sensibles“. Bis zum 3. 1. 03 verhandelte Fabricius erfolglos in dieser Sache in Paris; ebenso wenig Erfolg hatte eine kurze Reise Marschalls nach Darmstadt.

Auch Frankfurt gelang es noch in letzter Stunde, die Dörfer Sulzbach und Soden zu erringen. Fabricius meldet am 14. 1. 03, dass „Mathieu von Paris die Weisung erhalten hat, den Frankfurtern diesen Besitz zuzusichern“. Obwohl der nassauische Bevollmächtigte sofort Protest beim Konsul gegen „die über alle Massen wahrheitswidrigen Vorspiegelungen der Frankfurter“ erhob, blieben die Frankfurter „nach dem Grundsatz: das Haben ist dem Reklamieren weit vorzuziehen die beati possidentes“. Ein Syndikus Schmidt, ein nach Fabricius Urteil „gut arbeitender Mann“, war in Frankfurt vergebens für Nassau tätig gewesen.

Wichtiger als diese territorialen Streitereien wurden aber die Fragen der Rheinschifffahrt, besonders der Zölle.

Kruse kehrte deswegen am 3. Januar 1803 nochmals nach Regensburg zurück, wo inzwischen Ibell die nassau-usingischen Geschäfte wahrgenommen hatte. Jetzt ist es gerecht, die fruchtbare Tätigkeit Kruses auf diesem Gebiete anzuerkennen. Bis zum 5. Februar¹⁰⁶⁾ ordnete er in mustergültigen Verhandlungen dieses Problem, dessen Lösung ihm an erster Stelle zu verdanken ist. Zwar hatte Gagern bereits früher (6. 9. 02) von Paris aus gemahnt: „Der Mainzer Zoll in Höchst muss für Nassau gerettet werden; man ist gleich bei der Hand: il faut vous donner autre chose. Die autre chose ist aber so leicht nicht zu finden“. Jedoch Kruse griff in zwei ausführlichen Denkschriften das Gesamtproblem an, wenn auch vergebens.

Auf die Verhandlungen zu Regensburg — führte Kruse aus, der sich hier in seinem Element befand —, müssten in den einzelnen Staaten grosse Schuldenlasten folgen. Die Landesherrn brauchten daher neue Steuerquellen. Die beschlossene Abschaffung der Rheinzölle müsse daher auf eine Reihe von Jahren

¹⁰³⁾ Die von Gagern dafür erhoffte (6. 9. 02) Entschädigung „durch Mainzer Gebiet gegen den Neckar zu“, die Durant versprochen hatte, trat aber nicht ein.

¹⁰⁴⁾ von Backhausen.

¹⁰⁵⁾ § 12.

¹⁰⁶⁾ Vgl. dazu Menzel, a. a. O. VII. 582 Anm. und 597. Beilagen II, 90–95 zu den Regensb. Protokollen. Vgl. auch Protokoll I, 262.

verschoben werden. Ferner müssten, um den Rheinverkehr freier und einträglicher zu machen, die Stapel in Mainz und Köln aufgehoben werden. Schliesslich ging Kruse auf die Frage des sogenannten „Thalwegs“¹⁰⁷⁾ ein. Anstelle dieser veränderlichen¹⁰⁸⁾ Grenze solle die Flussmitte Hoheitsgrenze zwischen Frankreich und Deutschland sein. Auch müsste die politische Zugehörigkeit der Inseln und Rheinbrücken bestimmt werden. Leider blieb diese Frage unentschieden,¹⁰⁹⁾ was in der Rheinbundzeit unangenehme Folgen haben sollte.

Eine Streitfrage entstand aber sofort: mit Kastel war auch Kostheim an Nassau gekommen. Dieses beanspruchte auch „die sogenannte Mainspitze“¹¹⁰⁾ bei Kostheim, eine Frage, die vorläufig in der Schwebe blieb, obgleich Fabricius an Kruse schreibt, dass er „sich sogleich angelegen sein lasse, die Beschwerde gegen Darmstadt anzubringen und mit Nachdruck zu verfolgen. Ich werde die Unbilligkeit geltend zu machen suchen, die darin liegt, dass nur Nassau und gerade Nassau überall den Kürzeren ziehen und nachgeben soll“. Auch Marschall „reklamiert nassauischerseits alle Pertinenzstücke des Amtes Kastel, die nicht ausdrücklich Hessen als Entschädigung zugewiesen sind, darunter die Auen und die Mainspitze“.

Da in „Regensburg die Sache nicht behandelt werden kann, weil Nassau keinen Gesandten dort hat“, wandte sich Marschall direkt an den Ersten Konsul. Tagsdrauf ging Kruse — wie bereits erwähnt — nach Regensburg.

Noch bis zum Anfang Oktober¹¹¹⁾ bleibt Fabricius in Paris, ohne in der Sache der Schifffahrtzölle zu einem Ergebnis zu kommen.

Am 17. Mai 1803 starb der Fürst Karl Wilhelm von Nassau-Usingen. Napoleons Dankschreiben an ihn (auf des Fürsten Adresse vom August 1802) hatte ihn nicht mehr lebend angetroffen. Napoleon schrieb (am 5. 6. 03 eingelaufen) an den nun toten Fürsten:

„Le Ministre Plénipotentiaire de Votre Altesse Sérénissime m'a remis la lettre de remerciement qu'Elle m'a écrite à la fin d'août de l'année dernière au sujet de ma déclaration faite de concert avec l'Empereur de Russie à la diète de Ratisbonne. Je suis fort aise que Votre Altesse Sérénissime en ait été pleinement satisfaite et qu'Elle y ait vu quel soin a été apporté à ménager les intérêts des maisons considérables d'Allemagne et de celle de Votre Altesse Sérénissime en particulier. Je la prie d'être bien persuadée de tout l'intérêt que j'y prends et des vœux que je forme pour la continuation de sa prospérité.

Donné à S. Cloud le 9 Prairial¹¹²⁾ an XI

Bonaparte“.

Am 23. Juni übergab allerdings erst Fabricius die offizielle Todesanzeige an den Ersten Konsul. Talleyrand kondolierte und sagte u. a.: „L'intention du Premier Consul a toujours été que la maison de Nassau fût favorablement traitée, et je crois qu'elle n'a pas sujet de se plaindre“.

¹⁰⁷⁾ Stromstrich, der die Grenze im Rhein bilden sollte.

¹⁰⁸⁾ Gerade damals entstanden neue Flussauen.

¹⁰⁹⁾ Protokoll II, 829 und Beilage IV, 197.

¹¹⁰⁾ Da linksrheinische Landstriche nicht für Nassau in Betracht kamen, kann hier nicht die gegenüber Kostheim liegende Landzunge gemeint sein (cf. Zedler, Nass. Heimatbl. 21. Jahrg., Heft 1 u. 2), vielmehr ist es eine damals so heissende Insel im Rhein, westlich der Bleiaue, die Schanzwerke trug. Siehe auch Anm. 79.

¹¹¹⁾ Am 12. Okt. erhält er seine Gratifikation von 1100 Gulden.

¹¹²⁾ 29. Mai.

Bei der Gelegenheit machte Talleyrand den nassauischen Bevollmächtigten darauf aufmerksam, dass „andere Staaten höflicher in ihren Anreden an Bonaparte als gerade die Nassauer“ seien. So „bedienen sich deutsche Fürsten dieses Ceremoniells und wetteifern immer in den verbindlichsten und höflichsten Wendungen. In den preussischen Gesuchen fehlen nie die Worte „veneration — très humble serviteur“. Der Erzkanzler hat ihm nur als „Votre constant admirateur“ geschrieben.

An die derberen Nassauer kam nach Abschluss der Regensburger Verhandlungen diese Ermahnung allerdings zu spät. Möglich, dass es mit mehr „Huld und Guld“ bessere Ergebnisse¹¹³⁾ gezeitigt hätte.

Es hatte aber der Regensburger dem Gesamthause Nassau, ohne dass dessen Belange nun alle geklärt worden wären, viel Geld gekostet. Eine Abrechnung liegt begreiflicherweise¹¹⁴⁾ nicht in den Akten; Kruse hatte für seinen Aufenthalt in Regensburg allein im Jahre 1802: 7355 Gulden 29 Kreuzer liquidiert — und er ist sicher der bescheidenste Rechner gewesen!

Seit dem Mai 1803 treten in Paris alle andere Fragen hinter den Kriegsvorbereitungen gegen England zurück, also auch die der nassauischen Politik. Am 29. 5. hatte Fabricius an Kruse geschrieben: „Die Erbitterung, mit welcher der Krieg gegen England dahier betrieben wird, und die Anstrengungen aller Kräfte, mit der das Gouvernement arbeitet, um dem Feind zu schaden, lässt sich nicht beschreiben. Man scheint hier für nichts mehr zu hören und zu sehen, als für das, was den Krieg und die Feindseligkeit betrifft“. Als am Anfang des Juli aber Napoleon Paris verlässt, lässt sich Fabricius ergänzend an Marschall vernehmen (18. 7.): „Seit der Konsul fort ist, ist das hiesige Corps diplomatique wahrhaft in den Ruhestand versetzt“. Der aber war mit dem Corps Mortiers am 23. d. M. bereits in Hannover eingerückt — Fabricius datiert daher ein „refroidissement“ zwischen Preussen und Frankreich —, um Preussens Unentschiedenheit¹¹⁵⁾ im bevorstehenden Krieg mit England zu nutzen.

* * *

Der Reichsdeputationshauptschluss hatte Nassau fraglos gestärkt. Seine Resultate sind für dieses politische Gebilde das Ergebnis der Arbeit von Kruse, Marschall und Gagern gewesen. Wird man dem letzteren auch den „Hauptanteil an der Politik“ jener Tage zuschreiben, so passt doch auch auf Marschall das Lob¹¹⁶⁾ Wagners, das er ihm als demjenigen, „der die bunt zusammengewürfelten Ländergebiete des Herzogtums zu einem Staatswesen umgestaltet“ habe, gespendet hat. Es ist dem hinzuzufügen, dass seine Mühe um die Begründung eben dieses Herzogtums an Bedeutung, wenn auch nicht an Wirkung der späteren Tätigkeit Marschalls gleich-

¹¹³⁾ Entschädigungen aufgezählt bei Menzel, a. a. O. I, 591. Usingen hatte 40 Quadratmeilen, 121 000 Seelen und 670 000 Gulden Einkünfte, Weilburg 15 Gm., 35 000 Seelen und 250 000 Gulden Einkünfte.

¹¹⁴⁾ Bestechungsgelder u. a. m.

¹¹⁵⁾ Preussen hatte am 4. Juli 1803 des vom Zaren gegen Napoleon angetragene Bündnis abgelehnt, erschien diesem aber daraufhin unzuverlässiger als zuvor.

¹¹⁶⁾ „Nass. Heimatbl.“ 19. Jahrgang, Heft 3 u. 4. S. 79.

kommt. Der Diplomat früherer Zeit steht würdig neben dem Politiker späterer Zeit. Mag er auch (in der Innenpolitik grösser¹¹⁷⁾ gewesen sein, die Rastatter und Regensburger Verhandlungen erwiesen deutlich doch auch seine aussenpolitische Bedeutung; diese seine „Vorgeschichte“ trat aber seither nicht gebührend ins Licht der Kritik.

Sollte ferner einmal die Geschichte der nassauischen Bürokratie und des politischen Beamtentums geschrieben werden, so kann ihr Verfasser nicht an der geradezu vorbildlichen Geschäftsführung jener Männer um 1800 vorübergehen. Steins absprechendes Urteil über „die Bürokratie“ ist gewiss nicht in irgend eine Beziehung zu der nassauischen Verwaltung jener Epoche zu setzen, deren Leistungen und Formen der grosse Reformator freilich auch nicht selbständig zu beurteilen in der Lage gewesen wäre.

Hinsichtlich der politischen Zeitlage i. e. S. erwachsen nun nach dem Reichsdeputationshauptschluss gerade den nassauischen Staatsmännern für den Aufbau ihres Landes besonders schwierige Aufgaben. Ihnen fühlte sich von Kruse nicht mehr gewachsen; er nahm nach dem Tode seines Fürsten den Abschied. Mit ihm schwand die altnassauische patriarchalische vor der neuen rationalistischen Zeit dahin. In Marschall erstand Nassau der Staatsminister eines frischeren Mutes, aber doch wohl auch des grösseren Formates.

¹¹⁷⁾ Vgl. Spielmann a. a. O. I, 250.

Der Udenberg der Rheingauer Terminei.*)

Die Lage des Udenbergs und seine Eigenschaft als germanische Kultstätte.

Von

Joseph Christ.

(Mit einer Karte und einer Abbildung.)

Eines der wichtigsten nassauischen Weistümer ist das Rheingauer Weistum, welches gewöhnlich vom Jahre 1324 datiert wird. W. Sauer hat das Verdienst, die von Jac. Grimm¹⁾ schon als notwendig erkannte Veröffentlichung des vollständigen Textes besorgt zu haben. Das Weistum ist uns zwar nur in Abschriften aus dem 15. Jahrhundert überliefert, aber seine Aufstellung geschah unzweifelhaft erheblich früher. Nach Roth²⁾ ist dieselbe vielleicht sogar um das Jahr 1100 anzusetzen. W. Sauer³⁾ hat in seiner Arbeit eine textvergleichende Untersuchung und Ausgabe der ihm bekannt gewordenen 5 Abschriften unternommen, die er mit den Buchstaben E. (das ist die Abschrift, welche er abdruckt,) und A. B. C. D. bezeichnet.

In dem ersten der 15 Artikel des Weistums wird die Grenzbeschreibung des Rheingaus gegeben. Die in dieser Rheingauer Terminei angegebenen Grenzpunkte kennen wir leider heute z. T. nicht mehr. Schon Bodmann⁴⁾, wie vor ihm auch Bär⁵⁾, bemerkt, „dass sie sich grösstenteils entweder verloren haben oder heutigen Tages unbekannt sind“. Die Bestimmung der alten Grenze ist daher bis jetzt nur lückenhaft möglich.

Die östliche Hälfte derselben hat neuerdings eine eingehende Bearbeitung durch die mühevollen und langwierige Untersuchung von A. Herber⁶⁾ gefunden. Leider ist seine Angabe, dass nach Sauer „der Abschnitt der Grenze vom Niederthal bei Lorch bis etwa zum Dornbach von v. Schenk festgelegt sei“, nicht zutreffend. Sauer⁷⁾ sagt ausdrücklich: „für die weitere Strecke von dem Punkt ab, wo das Gebück die Grenze verlässt, sind noch eingehendere

*) Wir bringen diese Abhandlung hier zum Abdruck mit Rücksicht auf die dankenswerten örtlichen Feststellungen, die darin niedergelegt sind, müssen aber die Verantwortung für die etymologischen Deutungen und für die der Mythologie entlehnten Beweisgründe dem Verfasser überlassen.
Der Schriftleitungsausschuss.

¹⁾ Jac. Grimm, Weistümer IV. 1863. S. 573. Anm.

²⁾ F. W. E. Roth, Geschichtsquellen des Niederrheingaus, II. 1880. S. 51.

³⁾ W. Sauer, Das Weistum des Rheingaus. Nass. Ann. XIX. S. 83 ff.

⁴⁾ F. J. Bodmann, Rheingauische Altertümer I. 1819. S. 67.

⁵⁾ Herm. Bär, Diplomatische Nachrichten des Rheingaus. 1790. S. 6.

⁶⁾ Alfr. Herber, Die alte Rheingauer Grenze vom Dornbach bis in den Rhein bei Niederwalluf. Nass. Heimatbl. 28. Jahrg. Nr. 1/2. 1927. S. 11–14.

⁷⁾ u. a. O. S. 38.

Untersuchungen erforderlich.“ Und v. Schenk zu Schweinsberg spricht an der fraglichen Stelle⁸⁾ überhaupt nur von der Grenze östlich der Laukenmühle, die er ganz richtig von da bis zum Dornbach mit dem Wisperbett zusammenfallen lässt. Wir müssen also feststellen, dass der Abschnitt vom Sauertal bis zur Wisper in seinem genaueren Verlauf noch unbekannt ist. Die Angaben der Autoren über den Punkt, an welchem die Grenze die Wisper erreichte, schwanken zwischen Mündung des Werkbaches und Gerolstein, gehen also um etwa 5 km auseinander.

Die über den betreffenden Grenzabschnitt vorliegenden urkundlichen Angaben sind folgende: Nach dem Weistum von 1324⁹⁾ verlief die Grenze „von nyedderntal an so daz unser herre von Mentze da selber uff eyne roysch sal ryden yn den Rin, als fer er mag, und wy fer er mag mit eim huphamer gewerffen yn den Rin, als fer gatt sin gericht an der stad, von nyedderdayl den berg usz glich bisz gen Fronenborn, von Fronenborn vor sich zussen Hespenscheyt und Wollmerscheyt und also vor sich bisz Udenberg¹⁰⁾ und von Udenberg¹¹⁾ biz yn die Wischebur, usz bisz yn die Durnbach, die Durnbach usz bisz yn die Rumescheyt, usz bisz yn die Entesiffen, die Entesiffen usz bisz zu Kemel an den westengebel, von deme westengebel by den galgen her yn die Kelbach, zue Kelbach yn bisz an die Arde, due Arde usz bisz in den hubischingrunt, den hubschingrunt usz bisz zu den keseln, die keselstrasse usz bisz zu den crutzen von den crutzen bisz an die Heselbach von der Heselbach den phat heryn bisz an die Waldaff an den eychensten, die Waldaff yn bisz an den Rin, da sal unser her von Mentze aber mit eyne roysch ryden yn den Rin und sal werffen mit eym huphamer als ferre er gewerfen mag, so fer get sin recht“.

1458 werden in einem Schiedsspruch über Grenzstreitigkeiten zwischen Lorcher und Cauber Gebiet noch Einzelheiten über den uns interessierenden Abschnitt der Grenze gegeben: „by Nyderntale Im Ryne, so ferre eyner vff eynem Ross daryn geryten vnd mit eynem Hufhamer gewerffen kann; vnd dan forter zu Niddertale den Grund usz hin, nach Falle des Wassers, bisz uff die Steichstein, vnd den Steichsteinen alles nach, von eynem uff den andern, bis zu Fronborn; vnd zu Fronborn herynn, bisz vff den Wasserfall; vnd den Wasserfall hir Inn bisz in den Wyher, vnd da furter dem Wasserfall nach, bisz in die Dieffenbach usz hin, bis in den Suerntale; von dem Suerntale an, den Vathentale usz hin, nach desselben Wassers fall, bis uff die Stichstein; die Stichstein usz hin bisz uff die Ranszstrassen; da stet ein grosser Entscheidstein, daran ist Schrifft gehauwen, dasz es ein Entscheydtsteyn sy der von Lorch vnd Cube; vnd von demselben Entscheydtstein die Strasze usz hin, zu dem Wyssenstein zu; vnd von dem Wyssensteyn an, fur sich, zuschen Espenschens vnd Wolmerscheit; vnd also fur sich bisz Udenberg; vnd von Udenberg bis in die Wisper . . .“¹²⁾

⁸⁾ G. Frhr. Schenk zu Schweinsberg, Mitteil. aus d. Gesch. d. Wispertalburgen. Quartalblätter des Histor. Vereins f. d. Grossherzogt. Hessen. 1883. Nr. 3 u. 4. S. 23.

⁹⁾ Sauer, a. a. O. S. 37.

¹⁰⁾ an die Udenburg (A); Udenberg (B); zu Udenberg (C, D).

¹¹⁾ Udenburg (A).

¹²⁾ Bodmann, a. a. O. I. S. 67.

Das „Berstatter“ Weistum der 15 überhöhschen Dörfer von 1489, das von Erzbischof Berthold aufgestellt wurde, bringt einige andere Angaben: „... von Lorchhusen in den Nydertal, vnd furter die Haberteyl heruß gein fronborn an den Slagk biß in den Suertail, das Surteil heruß biß in das Nasloich; vom Nassenloch biß an den wissen steyn; vom wyssen stein biß in die Wirk; uß der Wirk an den Vdenbergk herab bis in die Wisper“ u. s. f.¹³⁾ u. ¹⁴⁾. In der Abschrift des gleichen Weistums, welche Sauer¹⁵⁾ vorlag, lautet die entsprechende Stelle: „... und geht an zu Lorch an den niederberg also weidr, als einer in dem Rein gereiden kann und forther mit ein hubhamer gewerfen kann. Und ghet die hobendeill heraus mit ghen Fronborn an den Schlagk hinder Sauerbergk herab mit dem Sauerndeill, den Sauerndeill heraus mit in diss naissloch, von dem naissloch mit an den weissen stein bei Wolmerschietter, hie-ab mit an die Werck, aus der Wirck mit in die Udenbach, die Udenbach herab mit in die Wusper“

Für Bodmann scheint es eine feststehende Tatsache zu sein, dass Espenschied von den frühesten Zeiten an zum Rheingau gehörte. Deshalb muss nach seiner Annahme die Grenze nördlich von Espenschied hergegangen sein und weiter oberhalb, vielleicht erst bei Gerolstein, die Wisper erreicht haben. Ueber den klaren Wortlaut der Urkunden „zwischen Wolmerschied und Espenschied“ setzt Bodmann sich mit Leichtigkeit hinweg. Durch die Annahme, der Ausdruck „zwischen“ sei nicht wörtlich zu nehmen, schaffte er sich freie Bahn für seine eben erwähnte weitgehende Grenzauffassung. Wir müssen aber demgegenüber feststellen, dass bei der minutiösen Gründlichkeit in der Grenzbeschreibung des Weistums von 1324 resp. des Grenzschiedsspruches von 1458, die alle Einzelheiten, welche die genaue Grenzbestimmung erleichtern können, aufs sorgfältigste anführt, die Anwendung eines mehrdeutigen oder falschen Ausdrucks hierneben nicht verständlich sein würde.

Sauer bemühte sich, über das Zusammentreffen der Grenze mit der Wisper etwas Näheres auszusagen. Er vermutet, „ohne dass hierdurch genaue Bestimmung beabsichtigt wird“, dass die Grenze „etwa von der Mündung des Werkerbaches in die Wisper bei der Laukenmühle die Wisper aufwärts“ gehen würde. Dieser Satz ist nicht ganz klar. Es wäre zu bemerken, dass der Werkerbach nicht bei der Laukenmühle, sondern ungefähr 3,5 km weiter abwärts bei der Kammerbergermühle in die Wisper mündet. Wollte aber Sauer, wie anzunehmen ist, damit sagen, dass die Kammerbergermühle¹⁶⁾ jener Treffpunkt von Grenze und Wisper sei, so wird sich im folgenden das Irrige dieser Vermutung zeigen. Richtig an der Sauerschen Aeusserung ist, dass bei der Laukenmühle jedenfalls die Grenze der Wisper entlang lief. „Die Grenze der beiden Gaue Einrich und Rheingau zog aber zweifellos schon von der Luckenmühle her im Wisperbett“ nimmt auch Schenk zu Schweinsberg an. Die Identifizierung von Einzelheiten wie z. B. Udenberg ist ihm nicht möglich:

¹³⁾ Jac. Grimm, Weistümer, I. 1840. S. 549.

¹⁴⁾ Bodmann, a. a. O. II. S. 697. Anm. b.

¹⁵⁾ a. a. O. S. 36.

¹⁶⁾ An der Stelle der niedergelegten Mühle steht jetzt das Forsthaus Kammerburg.

auch entbehrt seine ganz richtige Vermutung bisher eines Beweises. Richter¹⁷⁾ hat sich, wie wohl noch erwähnt werden muss, über Einzelheiten der Grenzbeschreibung des Weistums von 1324 nicht geäußert.

So schwierig auch zunächst das Eindringen in die Einzelheiten des westlichen Grenzabschnittes scheint, wir sind doch überzeugt, dass eine eingehende Beschäftigung mit dem Stoffe, die sich auf nähere Kenntnis der Oertlichkeiten und der Flurnamen aufbaut, den einen oder andern der angeführten Grenzpunkte noch feststellen könnte. Dann werden sich für den Gesamtverlauf dieses Grenzteiles doch einige Anhaltspunkte gewinnen lassen.

Wir wollen unsere Untersuchung nur auf eine einzelne Angabe der Terminei beschränken, das ist der Malstein Udenberg. Udenberg stellt den Punkt dar, von welchem aus die Grenze von Norden her die Wisper erreichte, die sie bis dahin von Lorchhausen resp. dem nördlich davon gelegenen Niedertal aus im Bogen, ohne sie zu berühren, umzog. Bodmann ist der Udenberg „unbekannt“, er sucht ihn aber „in der Gegend der Burg Geroldstein“.¹⁸⁾ Heckmann, der¹⁹⁾ das Gelände dieser Gegend genau kannte und mit historisch interessiertem Auge oft durchwanderte, hatte sich längere Zeit mit dem Udenbergproblem erfolglos beschäftigt. Er schreibt: „niemand weiss, wo der Udenberg liegt“.²⁰⁾ Schenk zu Schweinsberg erwähnt, dass wir die Lage des Udenbergs der Terminei nicht kennen. Dies geht auch aus den Ausführungen Sauers hervor.

Versuchen wir nun auf die Grenzschilderung in diesem Abschnitte näher einzugehen, so erscheint zunächst beachtenswert, dass es heisst: „zwischen Espenschied und Wollmerschied“ und nicht: „zwischen Wolmerschied und Espenschied“. Die Grenze zog, von dem Ranseler und Wolmerschieder Gebiet herkommend, nach der Wisper hin; wo die Punkte liegen, die sie auf diesem Weg berührte, davon wissen wir zwar nichts Bestimmtes, doch dürfen wir aus der Tatsache, dass Espenschied hier in beiden Urkunden an erster Stelle genannt wird, vielleicht mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit entnehmen, dass die Grenze da, wo der in den Urkunden angegebene Verlauf in Betracht kommt, näher an Espenschied als an Wolmerschied lag. In dieser Gegend wäre demnach der Punkt Udenberg zu suchen.

Abgesehen davon, dass in Grenzbeschreibungen Ortschaften nicht als Grenzpunkte genannt zu werden pflegen, fehlen für die Annahme einer etwa ausgegangenen frühmittelalterlichen Ortschaft des Namens Udenberg auch alle Unterlagen, sowohl örtlicher als archivalischer Art. Udenberg muss demnach eine Anhöhe bedeutet haben. Wir wissen von derselben sicher, dass sie zwischen der Verbindungslinie von Wolmerschied-Espenschied einerseits und der Wisper andererseits, und dass auf ihr der letzte Hauptmalstein sich befand, ehe die Grenze an die Wisper stiess; wahrscheinlich ist auch, dass diese Anhöhe näher

¹⁷⁾ Paul Richter, Der Rheingau. 1913. S. 83 ff.

¹⁸⁾ Bodmann, a. a. O. I. S. 67.

¹⁹⁾ Max Heckmann, Zur Belagerung von Rheinberg 1279. Nass. Ann. XVII. S. 135.

²⁰⁾ Brief, dat. Mainz 5. 12. 1878, an H. Nikolaus Schifferstein (im Besitz des H. W. Schifferstein, Laukenmühle). — Ueber Heckmann und seine Beziehung zum Wispertale vgl. v. Cohausen, Nekrolog des 1886 verstorbenen Max Heckmann. Nass. Ann. XX. S. 139.

an Espenschied als an Wolmerschied gelegen war. Dies sind die drei einzigen Tatsachen, die mit annähernder Bestimmtheit aus den Weistümern zu entnehmen sind. Wir suchen nach Hilfsmitteln, um die Lücke unserer Kenntnisse von dem Verlauf der alten Terminei an dieser Stelle auszufüllen.

Der Name Udenberg ist auf keiner der Karten zu finden, die uns und augenscheinlich auch den früheren Bearbeitern der Frage zugänglich waren; er ist auch bei der Bevölkerung völlig unbekannt. Die Verbindungslinie zwischen Wolmerschied und Espenschied zeigt selbst keine Höhenangaben auf den Karten. Letztere nennen uns östlich des Werkbaches unmittelbar nördlich der Linie die Namen „Feldseyerkopf“, „Lichtenberg“, „Hinterlöherkopf“. Eine dieser Höhen mit dem Udenberg der Grenzbeschreibung zu identifizieren, ist nicht angängig.

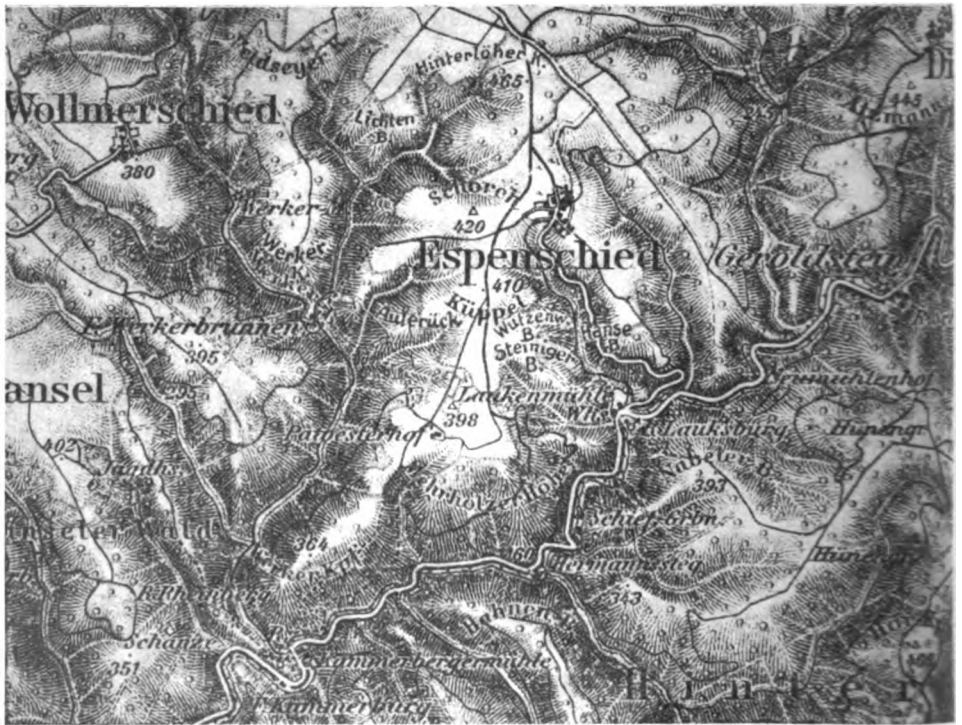


Abb. 1. Karte des mittleren Wispertales von der Werkbachmündung bis Geroldstein

weil sie sämtlich nördlich der Verbindungslinie der beiden genannten Ortschaften liegen. Südlich von deren Verbindungslinie und zwar mehr südwestlich findet wir einen „Werkerkopf“ und „Aulerück“, („Aullrick“), noch südlicher einen zweiten „Werkerkopf“; östlich von diesem die „Mehrholzhöhe“. Südöstlich also mehr zur Espenschieder Gegend gehörig, liegen die „Heide“ oder „Hanseberg“ (auf dem Espenschieder „Mühlberg“), ferner die Höhen „Schoreck“, „Küppel“ und „Steiniger Berg“. Der Fuss des letzteren befindet sich gegenüber Burg und Mühle Laukenmühle. Einer von diesen Gipfeln, und zwar mit grösserer Wahrscheinlichkeit einer der letztgenannten, muss der ganzen Situation nach der Udenberg gewesen sein.

Aus den mitgeteilten Bergnamen sind keine direkten Fingerzeige für die Bestimmung des Udenberg unter denselben zu entnehmen. Was könnte nun Udenberg besagen? Mone²¹⁾ führt die Ortsnamen Udenheim, Udenhausen auf die keltischen Worte *uden, uten, oden, odin, ote* = Wohnort, Dorf, zurück, Bergnamen wie Odenberg, Odensberg dagegen auf das keltische Diminutivum *oden* = kleiner Berg. Es erscheint wenig naheliegend, dass grade ein ausgesprochen kleiner Berg unter vielen grossen einen wichtigen Grenzpunkt abgegeben haben sollte; eine bewohnte Oertlichkeit kommt noch weniger in Frage. Wir glauben daher nach einer anderen Erklärung suchen zu müssen. Bei der Durchdenkung der Bezeichnung Udenberg wird man an den Gudensberg bei Maden in Oberhessen erinnert werden, dessen Namen zuletzt G. Landau²²⁾ als gleichbedeutend mit Wodansberg nachwies, und den er damit als eine wichtige — wenn nicht die hauptsächliche — Kultstätte im Lande der Chatten bezeichnete. Die urkundlichen Benennungen der später unterhalb des Berges gegründeten Stadt sind Wuodensberg (1131), Godenesberg, Utenesberg (1133), Gudenesberg (ca. 1150), Wutensberg (1189), u. s. f. Ebenso ist Vilmar,²³⁾ der übrigens die Form Wuodenesberg auch noch für das Jahr 1154 angibt, der Ueberzeugung, dass der Name Gudensberg, der 1209 noch VVtensberg geschrieben wurde, „ohne Frage an Wodan sich anlehne“. Die Form Gudenberg, die sich in dem grossen und kleinen Gudenberg bei dem oberhessischen Orte Zierenberg findet, muss nach Vilmar nicht aus dem Nominativ Wuotan, sondern aus der gleichbedeutenden Form Wode, Genitiv Woden, abgeleitet werden. Vor Landau und Vilmar haben schon 150 Jahre früher der ältere Schmincke²⁴⁾, dann später J. Grimm und andere die Ableitung des Namens Gudensberg von dem heidnischen Gotte Wodan oder Guodan vertreten.

Der Gudensberg bei Maden steht mit seiner Ableitung von dem germanischen Gotte keineswegs allein. Ein zweites hessisches Gudensberg befindet sich nach J. Grimm²⁵⁾ bei Erkshausen im Amte Rotenburg. Gleichfalls in Oberhessen, in der Gemarkung der Stadt Frankenau, gibt es eine Flur „Wodenberg“ und eine „Wodehain“,²⁶⁾ von denen wir allerdings nicht bestimmt ihre Ableitung angeben können. Von Godesberg bei Bonn sind die Formen Wodenesberg (947, 973), Gudenesberg urkundlich belegt. Sie kommen nebeneinander auch bei Caesarius von Heisterbach vor^{27), 28)}. Von weiteren Ortsnamen, die auf Wotan zurückzuführen sind, nennt der Germanist P. Herrmann noch „Godenesberg (1133), jetzt Utzberg in Weimar, Wunstorp bei Hannover, früher Wodenstorp. . . In Thüringen gab es ein Wudaneshusen (jetzt Gutmannshausen bei Weimar), in Oldenburg ein Wodensholt (jetzt Godensholt), in England Wodnesbeorg, Wodnesfeld“.

²¹⁾ F. J. Mone, *Celtische Forschungen zur Geschichte Mitteleuropas*. 1857. S. 119, 143.

²²⁾ G. Landau, *Beschreibung des Hessengaues*. 1857. S. 44—46, 50.

²³⁾ A. Fr. Chr. Vilmar, *Die Ortsnamen in Kurhessen*. Z. d. Vereins f. hess. Gesch. und Landeskunde. I. S. 244.

²⁴⁾ Fr. Chr. Schmincke, *Monimenta Hassiacae*. I. 1747. S. 14, 15 u. Vorrede.

²⁵⁾ Jac. Grimm, *Deutsche Mythologie*. 1854. S. 139, 140.

²⁶⁾ Karl Lynker, *Deutsche Sagen und Sitten in hessischen Gauen*. 1854. S. 3 Anm.

²⁷⁾ Karl Helm, *Altgermanische Religionsgeschichte*. I. 1913. S. 359.

²⁸⁾ Paul Herrmann, *Deutsche Mythologie*. 2. Aufl. 1908. S. 242.

Die Uebereinstimmung der Bezeichnung Udenberg mit Gudensberg und ähnlichen scheint so sehr in die Augen fallend, dass die Annahme auch einer sachlichen Uebereinstimmung dieser Namen sehr nahe liegt.

Zwei sprachliche Bedenken wären aber noch herauszustellen, auf welche uns eine sehr hochgeschätzte germanistische Autorität, die wir dieserhalb um Rat fragten, gütigst aufmerksam machte. Das eine besteht in dem Fehlen des anlautenden w, das andere in dem Mangel des genetivischen s in dem Wort Udenberg. Sich über diese Bedenken massgebend zu äussern, muss den Fachleuten vorbehalten bleiben.

Allein, wenn dem Laien ein bescheidener Hinweis gestattet sein darf, so möchten wir auf folgendes aufmerksam machen: Es wäre zu prüfen, ob ein solches Abwerfen eines anlautenden w vor Vokalen im Nassauischen nicht auch sonst noch vorkommt. In dem nordöstlich anstossenden Oberhessen, dem chattischen Stammlande, scheint es jedenfalls anzutreffen zu sein, wie aus der Form Utenesberg gleichzeitig neben Wuodensberg hervorgeht. Der Einrich war unmittelbar vor und nach der Römerherrschaft mehr oder minder lange Zeit in den Händen der Chatten. Wenn jene Form „Utenesberg“ in Oberhessen Nachklänge an das Chattentum wiedergibt, so wäre das Gleiche auch bei „Udenberg“ im Einrich möglich²⁹⁾.

Den vorhin schon erwähnten oberhessischen Flurnamen Wodenberg und Wodehain fehlt ebenfalls das genetivische s. Gehen sie auf die Form Wode zurück, was als nicht unwahrscheinlich bezeichnet werden kann, würden sie zusammen mit den Bergnamen Gudenberg wertvolle Parallelen abgeben, um die Form Udenberg (ohne genetivisches s) verstehen zu lassen. Ausserdem ist zu erwähnen, dass es sich bei „Udenberg“ um ein Wort unsicherer Ueberlieferung handelt, dass das Original der von Sauer veröffentlichten fünf Abschriften der Terminei nicht bekannt ist. Es ist anzunehmen, dass die gleichlautende Wortform der jüngeren Urkunden von 1458 und 1489 sich eng an die dieser älteren anlehnt. Leider ist eine Befolgung des Grundsatzes, dass bei Flurnamen die Deutung erst in zweiter Linie von den ältesten urkundlichen Schreibungen auszugehen hat³⁰⁾ nicht möglich, da die jedenfalls weit ältere mundartliche Form nicht mehr erhalten ist.

Wir glauben trotz der geäusserten sprachlichen Bedenken es wagen zu dürfen, — zunächst als Arbeitshypothese — die Gleichung Udenberg = Wodenberg aufzustellen. Nach dieser hätte also in dieser Gegend auf einem Bergvorsprung eine germanische Kultstätte bestanden, welche nach dem Wodan benannt war.

Die germanischen Kultstätten lagen nach unseren bisherigen Annahmen vielfach auf Höhen, die ausgezeichnet waren durch ihre Gestalt oder sonstige Eigentümlichkeiten, durch ihre Umgrenzung mit seitlichen Wasserläufen, durch welche die Gottheit sie eingefriedigt hat, durch den Wuchs alter Bäume und

²⁹⁾ Für die Anhänger der Ableitung des Wortbestandteiles „Katzen-“ in manchen Ortsnamen von Chatten oder Katten sei bemerkt, dass eine grosse Waldwiese des Udenbergheiligthums das „Katzenrod“ heisst.

³⁰⁾ Wilh. Schoof, Flurnamensammlung und Flurnamenforschung. Z. f. Deutschkunde 1929. II. 6. S. 440.

durch das Vorhandensein einer guten Trinkquelle innerhalb oder am Fuss der Opferstätte, wie man glaubt, wohl auch durch die Möglichkeit eines freien, das Herz zu feierlicher Stimmung erhebenden Ausblicks in die Ferne³¹⁾. Alle diese Merkmale finden wir bei dem „Küppel“ und dem ihm vorgelagerten „Steinigen Berg“ in hervorragendem Masse vereinigt. So beginnt nach der Kennzeichnung der Eigenschaften germanischer Kultstätten für unsere Hypothese sich dieser eine Gipfel aus dem Nebel der Unklarheit, welcher die vorhin genannten Höhen gleichmässig umlagerte, schon merklich herauszuheben. Der Küppel (411 m) ist ein Ausläufer des Hinterlöherkopfes (466 m). Der direkt nach der Wisper hinziehende Teil des Küppel, der heute der „Steinige Berg“ heisst, oberhalb des Gasthauses zur Laukenmühle gelegen, zeichnet sich zunächst durch seine Form vor den benachbarten Höhen aus. Es gibt wenige Berge in der Umgebung, welche den Anblick einer derart schöngeformten Pyramide darbieten, wie es bei dieser Spitze, von den verschiedenen Seiten des Tales oder von der gegenüberliegenden Hinterwaldseite aus gesehen, der Fall ist. Von allen den vielen Bergvorsprüngen in der Nähe ist er derjenige, welcher durch seine Form und sein Hervortreten am meisten zu einer Zwiesprache mit der Gottheit aufzufordern schien. Und diese Eignung zur Kultstätte durch die Gestalt wurde noch unterstützt durch das Vorhandensein einer Quelle, die am Westhang des Berges entspringt und nach einem Lauf von etwa 600 Metern in die Wisper mündet. Dies Zusammentreffen der beiden eben hervorgehobenen Eigenschaften bei dieser Höhe, die an den benachbarten nicht in gleichem Masse vereinigt sind, lässt uns jetzt schon die Vermutung äussern, dass der „Steinige Berg“ die gesuchte heidnische Opferstätte gewesen sein könnte.

Natürlich dürfen wir nicht erwarten, heute, nach vielleicht 1300 Jahren, substantielle Reste des heiligen Hains auf diesem Berge noch vorzufinden. Und doch sind wir in der glücklichen Lage, für dessen früheres d. h. altgermanisches Vorhandensein in dieser Gegend jetzt noch ein Zeugnis beibringen zu können. Wir wissen, dass die Wald- und Bergkultstätten der germanischen Stämme als heilige Haine, d. h. Wälder mit licht stehenden und infolgedessen mit der Zeit besonders stattlichen und ehrwürdig aussehenden Bäumen, gehalten und von den Priestern gepflegt wurden. Die althochdeutsche Bezeichnung für einen solchen Wald, einen heiligen Hain, der als Kult- und z. T. auch als Gerichtsstätte diente, war *lôch*, mhd. ebenfalls *lôch*. Wo wir auf die Zusammensetzung *-lôch* (Plural: *-lôher* oder *-lôer*) stossen, können wir mit einiger Wahrscheinlichkeit auf eine alte Kultstätte der Germanen schliessen, „da das Land damals überall voll heiliger Haine war und dieser gewiss mehr als jetzt Kirchen zählte.“³²⁾ Damit sei aber keineswegs behauptet, dass mhd. *lôch* sich auf die Bezeichnung heiliger Haine beschränke.

³¹⁾ Elard Mülhause, Die auf urgermanische Kulturzustände hinweisenden Sagen in der Umgegend von Rauschenberg. Z. d. Vereins f. hess. Gesch. und Landeskunde. Neue Folge. V. 1874. S. 360 ff.

³²⁾ C. D. Vogel, Nachrichten von der Burg Sonnenberg. Nass. Ann. II. 3. H. S. 8. Vgl. auch H. Jacobi, Die „Ewige Lohe“ bei Homburg v. d. H. Nass. Ann. XXV. S. 16.

Wir glauben in dieser unserer Feststellung ein nicht unwichtiges unterstützendes Moment für unsere Beweisaufgabe zu finden. Die dem Küppel nördlich benachbarte Höhe, deren südlichen Ausläufer er bildet, trägt den bezeichnenden Namen „Hinterlöher Kopf“.³⁾ Das wird nach unserer obigen Feststellung nichts anderes heissen, als dass diese Erhebung hinter mehreren, mindestens aber hinter einem heidnischen Opferhain liegt, der mit seiner Bergspitze vorne in das Tal hineinragte. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Küppel, bezw. dessen Wispertalende, eine heidnische Gottesverehrungsstätte, ein heiliger Hain, gewesen ist, dürfte durch den Namen Hinterlöherkopf jedenfalls zugenommen haben.

Es kommt hinzu, dass eine besonders bemerkenswerte Einsenkung am Rande der Hochfläche zwischen Küppel und Steiniger Berg den Flurnamen Hainsdellchen, d. h. Hainsdellchen, Hainseinsenkung trägt.³⁴⁾

Es fehlt aber trotz unserer bisherigen Ausführungen noch der sichere Beweis, dass gerade der „Steinige Berg“ und kein anderer der Udenberg gewesen sei. Denn auch die ganze östlich anstossende Höhe war ein heiliger Hain. Dafür spricht mit einiger Wahrscheinlichkeit ihr Name Hanseberg (Hainsberg). Die Wahrscheinlichkeit wird zur Gewissheit durch das gleichzeitige Vorhandensein bestimmter auf Menschenhände zurückzuführender Merkmale ganz derselben Art, wie wir sie auf einem Bergrücken bei Wiesbaden als Kennzeichen germanischer Hain-Kultstätten zuerst aufgefunden und später in einer ganzen Anzahl von Bezirken, deren Namen oder Eigenschaften an germanisch-kultische Beziehungen denken liessen, anderwärts bestätigt gefunden hatten. Auf diese Feststellungen ist an anderer Stelle eingehend zurückzukommen. Zweifel an der

³³⁾ Jos. Kehrlein (Nassauisches Namensbuch. 1891. S. 492 Anm.) leitet dieses Wort von „ahd. der hléo, mhd. lè = Hügel, hochliegender, freier Platz“ ab. Kehrlein steht zugestandenermassen mythologisch-kultischen Deutungen nicht unvoreingenommen gegenüber (a. a. O. S. 295). Ferner sind die löer, um die es sich bei unserm Worte nur handeln kann, zwar hochliegend, aber wohl nie freie Plätze, sondern stets dicht bewaldet gewesen. Auch haben wir im Nassauischen das urkundlich belegte Beispiel von Rucheslo (C. D. Vogel, Rucheslo, die Mallstätte des Erdehegaus. Nass. Ann. II. 2. S. 104) und von Eppichloch (H. Jacobi, a. a. O.) und manche andere, so dass wir bei dem Worte löher oder löer berechtigt sind, in erster Linie an die Mehrzahl von „löch“, also Hain, mit der Nebenbedeutung „Kultstätte“ zu denken.

³⁴⁾ In der Gemarkung Schotten in Oberhessen findet sich neben mehreren anderen Bezeichnungen, welche auf germanisch-kultische Vergangenheit hinweisen, der Flurname Hansrod. Nordwestlich von Schotten, im Gräfl. Solms-Laubach'schen Walde, liegen nebeneinander fünf Höhen: Ziegenkopf, Gaulskopf, Wallerberg, Kirchberg und Heinzeberg. Alle fünf können ihren Namen nach die gleiche Beziehung wie Hansrod haben. Dies näher zu begründen, würde zu weit führen. Jedenfalls entspricht sprachlich der Heinzeberg dem Hanseberg bei Espenschied (wie auch z. B. dem Hanskopf bei Schlungenbad.) Dem nassauischen Dialekt liegt die Umwandlung von Hain in Han, Hahn, und damit genetisch in Hans nahe. Dem Worte Hain haftet durchaus nicht immer die Bedeutung einer Gottesverehrungsstätte an (vgl. Grimm, Deutsch. Wörterb.). Es erscheint uns aber sehr beachtenswert, dass nach K. Th. Ch. Müller (Alte Strassen und Wege in Oberhessen. Mitteil. d. Oberhess. Gesch. Vereins. N. F. XXVIII. 1928. S. 116 Anm.) „mit Hain mittelalterlich allgemein der Herrenwald und insbesondere der Königswald bezeichnet wird.“ Man vergleiche damit uns. Anmerkung 41 auf Seite 229 über die Beziehungen der mittelalterlichen Bezeichnung „Forst“ zu früheren heiligen Hainen.

Richtigkeit unserer Deutung des Namens „Hinterlöherkopf“ werden durch diese Uebereinstimmung ausgeräumt.

Zu den wesentlichen Bestandteilen eines heiligen Haines gehörte noch ein Opferstein, nach Möglichkeit ein Fels, der als solcher dienen konnte. Ein Felsen von ganz besonders eigenartiger Gestalt — er ragt auf seiner Ostseite unvermittelt senkrecht als etwa 50 : 20 m grosse düstere Fläche aus dem Waldboden neben dem vorhin erwähnten Bach in die Höhe — liegt an der Westseite des „Steinigen Berges“. Dieser gewaltige Felsblock heisst Noënstein, wie auch die gewaltige Schlucht, neben welcher er sich erhebt, und in welcher das Wasserlein fliesst, noch heute Noënsteingraben genannt wird.³⁵⁾

Wenn wir nun den Versuch machen, das Kennwort Noën zu erklären, so sind wir uns wohl bewusst, welches Wagnis es für einen Laien bedeutet, Flurnamendeutungen zu geben, welche Anspruch darauf machen wollen, ernst genommen zu werden. Wie ausserordentlich schwankend und unsicher der Boden der Ortsnamenerklärung manchmal sein kann, erkennt man bei näherer Beschäftigung mit diesem Zweige der Wissenschaft schon aus der Tatsache, dass keinem der gelehrten Forscher, wie F. J. Mone, Jac. Grimm, A. F. Vilmar, W. Arnold, Fr. Otto, Jos. Kehrein, Ad. Bach Irrtümer auf diesem Gebiet erspart blieben. Wir müssen deshalb mit ganz besonderer Vorsicht bei unserem Versuche zu Werke gehen.

Bei Flurbezeichnungen, die man aus dem Munde der Bevölkerung sammeln will, wird man oft die Beobachtung machen, dass im Nassauischen die Vokale o und u nicht scharf unterschieden werden, sondern ineinanderfließen. Der Bauer kennt seine Flurnamen in der Regel nur in ihrer gesprochen überlieferten, daher nicht immer ganz feststehenden Form. Daher auch die häufige Antwort auf die Frage nach dem Namen einer Flur „das nennen sie . . .“, „da sagen sie . . .“, „das heisst man . . .“. Nicht das Schriftbild schwebt ihm vor, sondern er gibt meist nur das Klangbild wieder, und dies ist sicherlich mehr einer subjektiven Färbung als jenes ausgesetzt.

Wir möchten das Moment der rein mündlichen Ueberlieferung von Oertlichkeitsbezeichnungen, das nicht selten lange Jahrhunderte hindurch das einzig vorhandene war, und das so mancherlei mundartliche Abänderungsmöglichkeiten bot, besonders unterstreichen. Wir möchten es gegenüber den rein philologischen Gesichtspunkten einer noch stärkeren Berücksichtigung empfehlen, als es neuerdings schon findet. Es kann uns sicherlich einen guten Teil der im Laufe der Zeit eingetretenen Umwandlungen mancher Namen erklären. Bei unserer Aufgabe liegt aber keine Gelegenheit vor, es heranzuziehen.

³⁵⁾ Wir geben dieser u. W. nur mündlich überlieferten Ortsbezeichnung gleich diejenige Schreibweise, welche sich als die richtige herausgestellt hat; von vornherein mussten wir auch mit den Möglichkeiten Nön, Nohn, Noon resp. Nun, Nuhn, Nuun, Nuën rechnen. Dass Kehrein die Bezeichnung Noënstein, sowie auch die gleich zu behandelnde „im Ahlen“ bei den Flurnamen Espenschieds nicht nennt, erklärt sich daraus, dass sie Waldgebiet, nicht Feldfluren darstellen, während Kehrein seine Sammlung nur auf Feldnamen beschränkte.

Den Herren W. Schifferstein (Laukenmühle) und Lehrer Nik. Schnell (Selters) sei an dieser Stelle für freundliche Hinweise gedankt.

Nun ist zu beachten, dass der Name einer Feldflur in der Nähe des Küppel auf den wir in einem späteren Teil der Untersuchung über den Udenberg zu sprechen zu kommen gedenken, heute noch zwischen Non- und Nunseyen schwankt. Die Form Noenstein muss also mit der eventuellen Form Nunstein zusammen erörtert werden. Die Silbe „Non“ oder „Nun“ kann in Flurbezeichnungen mit „Nonnen“ (mhd. *nunne*) gleichbedeutend sein. So gab es z. B. einen Ort Nunrade, Nonnenroth³⁶⁾, 1 Stunde entfernt von Hungen in der Wetterau. Das Wort Noën oder Noon oder ein ähnliches in der Wispergegend kann aber schon deshalb kaum auf diese Wurzel zurückgeführt werden, weil ein unmittelbar östlich benachbarter Waldbezirk heute noch den urkundlich bis zur Wende des 15. Jahrhunderts verfolgbaren Namen Nonnenwald führt. Man sprach also in dieser Gegend „Nonnen“ und nicht „Non“ oder „Nun“. Ausserdem würde das gedehnte o in unserem Worte zu dem kurzen o in Non = Nonnen nicht passen. Lautlich ähnlich ist auch die alte Sprachform für das Adjektiv „neu“. So wird z. B. die oberhessische Wüstung Neuenhain (1574) im Jahre 1283 Nuinhain, im Jahre 1462 Nuenhain urkundlich genannt³⁷⁾. Der Neuberg bei Wiesbaden heisst ca. 1380 Nuwenberg³⁸⁾. Die Deutung des Noënstiefelsens als Neustein wäre aber wohl von keiner sachlichen Erwägung aus möglich. Dasselbe wäre zu sagen über ev. etymologischen Zusammenhang mit niun = „neun“ und andern ähnlich lautenden Stammwörtern.

Alle die eben genannten Möglichkeiten kommen demnach für eine Erklärung der Bezeichnung Noenstein für einen Felsen im Herzen des Waldgebietes, das nach unseren bisherigen Ausführungen mit grosser Wahrscheinlichkeit ein Wodenhain war, nicht in Betracht. So bleibt nur noch eine einzige Deutungsmöglichkeit übrig; und diese dürfte mit einem Schlage unsere bisherige Hilfs-hypothese, dass der „Steinige Berg“ jener Wodenhain gewesen sei, zu einer festen Tatsache erhärten. Die Sprachforscher führen nämlich unter den verschiedenen mundartlichen Formen des Namens Woden ausdrücklich die Bezeichnungen Oen und Noën an. „Urgermanisch Wodanaz, hiess er altsächsisch Wodan, angelsächsisch Woden, altnordisch Odinn, hochdeutsch Woutan, mundartlich Wode, Waud, Waur, Wutan, Wute, Guet, Muet, Oen, Foen, Noen.“³⁹⁾ Dass Noenstein aus Udenstein entstanden sein kann, ist unschwer zu erklären. Das Ineinanderfliessen der Vokale o und u in der mittelhessischen Umgangssprache haben wir schon erwähnt; das Schwinden des d innerhalb von Worten ist ein noch heute alltägliches mundartliches Vorkommen. Das anlautende N aber ist als ein prosthetisches⁴⁰⁾ n aufzufassen, das aus dem Artikel in Ver-

³⁶⁾ Wagner-Rossdorf, Zur Gesch. ausgegang. Orte. Arch. f. hess. Gesch. VII. S. 117. Anm. u. 108

³⁷⁾ Wagner-Rossdorf, a. a. O. S. 116.

³⁸⁾ Fr. Otto, Merkerbuch der Stadt Wiesbaden. 1882. S. 15.

³⁹⁾ Elard Hugo Meyer, Mythologie der Germanen. Strassburg 1903. S. 370.

⁴⁰⁾ „zugefügt“; vgl. z. B. bei W. Arnold (Ansiedelungen und Wanderungen deutscher Stämme. 1875. S. 425 u. S. 428). Jac. Grimm (Deutsche Gram. I. 2. Ausg. 1870. S. 20 Anm.) nennt diesen sprachlichen Vorgang „Zufügen falscher Buchstaben“ und „Zuwachs von n resp. m“. (Ibid. IV. 1898. S. 1139. Nachträge z. I. Bd.) D. Sanders (Fremdwörterbuch 1871. S. 362, Z. 6, resp. S. 363, Z. 15) schreibt: „Prothesis = Hinzufügung, Zusatz z. B. von Buchstaben zu einem Wort; . . . Prothesis = 1. . . ; 2. die Prothesis (s. d.) vorn an einem Worte“. Mone (a. a. O. S. 157) spricht von „Vorsetzen“, O. Behaghel (Gesch. d. deutschen Sprache 1928. S. 380) von „Vorschub“ solcher Buchstaben.

bindung mit einer Praeposition herstammt. Vergleiche unter vielen andern Beispielen: Ersberg, Nersberg (uff'n Ersberg), heute Neroberg (bei Wiesbaden). Diese Ableitung glauben wir umso eher annehmen zu können, als wir für den Namen des Waldbezirkes Münzberg bei Wiesbaden, den wir auf Grund seiner innern und äussern Merkmale für eine germanische Kultstätte ersten Ranges halten müssen, ganz die entsprechende Ableitung geben können; in diesem Falle ist sogar das genetivische s noch nachweisbar.⁴¹⁾

Für die Identifizierung des Geländes südlich des Küppel mit einem Wotansheiligtum ist ausserdem auch noch die Bezeichnung „Wutzenwieserberg“ anzuführen; dieser Name (vgl. Utzberg bei Weimar, s. oben S. 223), welcher das dem „Udenberg“ fehlende W noch besitzt, ist auf der Karte in dem nördlichen Teil des gleichen Bergrückens, der weiter nach der Wisper zu die Bezeichnung „Steiniger Berg“ trägt, eingetragen.⁴²⁾ Die „Wuteswiese“ muss die heilige Wiese des Haines gewesen sein, welche wir in der „Springerwiese“ (siehe weiter unten) wiedererkennen zu müssen glauben. Der noch häufig zu findende Flurname „Heilige Wiese“ oder ähnlich lässt erkennen, welch grosse Bedeutung im Kultus die Hainwiese einnahm. Es lag sehr nahe, Haingebiete als ganzes nach einem ihrer kultischen Mittelpunkte zu benennen. In andern Fällen tragen solche als ganzes die Namen ihres Opferfelsens.

⁴¹⁾ An die Gegend des Münzberges knüpften sich früher Ueberlieferungen heidnisch-mythologischer Art an, wie aus Hellmund S. 144 und S. 268 hervorgeht. (Egid. Günther Hellmund, Thermographia Paraenetica oder nützliches Baad-Buch. Wißbaden 1731.) In den dortigen Flurnamen „Teufelsgraben“ und „Himmelswiese“ steckt heute noch dieselbe Tradition. Der Münzberg war „herrschaftlicher“ Wald. Es ist bekannt, dass frühere heilige Haine bei der Christianisierung von den fränkischen Eroberern öfters als königliches Eigentum aus der übrigen Mark ausgeschieden wurden. Landesherrliche Aussonderungen aus der Waldmark wurden als „forestis“, Forst, bezeichnet. Man findet in der einschlägigen Literatur wiederholt die Angabe, dass deshalb die mittelalterliche Bezeichnung Forst vielfach auf eine frühere Benutzung des betr. Waldes als germanische Kultstätte hinweise. In dem ältesten Lagerbuche der Stadt Wiesbaden, dem Herdschillingsbuch von 1564 (städt. Archiv) wird die Gegend nördlich des sog. Wolkenbruchs häufig „der Forst“ genannt. Aber diesem Momente kann hier keine besondere Bedeutung beigemessen werden, da der ganze Wald nördlich Wiesbaden bis zur Höhe ursprünglich Königswald war und daher im Herdsch. Buch z. B. auch der Wald bei Clarenthal als „Forst“ angeführt wird.

Wenn nun zu diesen eben skizzierten aus dem Schrifttum geschöpften Momenten noch eine hervorragende Ausbildung der inneren und äusseren Hainmerkmale im Gelände hinzutritt, haben wir das Recht, den Namen Münzberg von dem mythologischen Gesichtswinkel aus zu betrachten. Die älteste Schreibweisen gibt Hellmund: Müntzberg, Muendsberg, Mundsberg, Mondsborg. Wir erkennen ungezwungen in diesen Formen die durch die rein mündliche Ueberlieferung im Laufe der Jahrhunderte missverstandenen und nach dem volksetymologischen Bedürfnis entsprechend umgeformten ursprünglichen Namen Muensberg und Moensberg wieder. „Mund“ und „Mond“ sind ganz auseinanderliegende, inkommensurable Begriffe, stellen in ihrem alternativen Nebeneinander einen Unsinn dar; „Muensberg“ und „Moensberg“ aber stimmen in ihrer sachlichen Bedeutung völlig überein. Beide Formen entsprechen der Bezeichnung Nuenstein und Noenstein aufs genaueste; das M ist ein prosthetisches m, welches in Oertlichkeitsnamen noch häufiger als ein zugefügtes n nachzuweisen ist. Der Wahrscheinlichkeitsbeweis für den Charakter des Münzberges bei Wiesbaden als Wodansheiligtum liesse sich noch erweitern.

⁴²⁾ Karte des Rheingau-Kreises. Wandkarte Unter Benutzung Materials des königl. Landratsamts zu Rüdesheim bearbeitet im Geogr. Institut von Dietr. Reimer (Berlin).

Mit diesen Feststellungen muss u. E. jeder Zweifel an der Richtigkeit unserer Vermutung hinfällig werden, und wir glauben jetzt mit aller Bestimmtheit sagen zu können, dass der südliche Ausläufer des Kuppel, der heutige „Steinige Berg“, der Udenberg der Rheingauer Terminei gewesen ist. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit können wir jetzt auch annehmen, dass die heutige Flurbezeichnung „Steiniger Berg“, welche übrigens auf einzelnen Karten nicht der Bergpyramide, sondern dem westlichen, oberhalb des Noënstens gelegenen Teile zukommt, ursprünglich „Steinberg“ (d. h. Opfersteinberg) geheissen haben wird, denn der Waldgrund an dieser Oertlichkeit ist nicht „steiniger“ als in der Nachbarschaft. Der Ausdruck Steinberg für einen früheren heidnischen Berghain ist ein sachlich naheliegender, denn der Opferstein bildete einen kultischen Mittelpunkt. Die Möglichkeit einer solchen Namensgebung erachten wir auch durch nahe Parallelen anderwärts für belegt. Wenn wir z. B. in einer zusammenhängenden Feldmark auf die Flurnamen stossen „In den heiligen Wiesen“, „In der Steinwiesen“, „Bei dem Steinborn“, „Am Steinwald“, so erscheint die Bedeutung des Kennwortes „Stein“ durch die Flurbezeichnung „In den heiligen Wiesen“ genügend charakterisiert⁴³⁾. Wenn nun der Opferstein einen bemerkenswerten Teil eines Berges bildete, so ist die Analogiebildung „Steinberg“ ungemein naheliegend. Vermutlich verlor der Name Steinberg, der äusserst kennzeichnend für diese Höhe mit dem seitlich gelegenen gewaltigen Noënstein war, mit dem Schwinden des Opferdienstes für die späteren Generationen seinen eigentlichen Sinn. So ist das Aufkommen der verblassten und tatsächlich nichtssagenden⁴⁴⁾ Bezeichnung „Steiniger Berg“, die dennoch einen gewissen Zusammenhang mit dem Ueberkommen widerspiegelt, erklärlich. Dass das Wort Udenberg schon im 15. Jahrhundert nicht mehr in seiner Bedeutung verstanden wurde, geht aus der Variante Undenberg in der Abschrift B des Rheingauer Weistums (s. oben) hervor. Im Laufe der nächsten Jahrhunderte hat dann der Verblassungsvorgang seinen äussersten Grad, den des völligen Verschwindens des Wortes, erreicht.

Mit dem Nachweis des Wortes Noënstein als Wotanstein erachten wir den Beweis für die sachliche Uebereinstimmung des Udenbergs der Rheingauer Terminei mit dem Gelände um den „Steinigen Berg“ bei der Laukenmühle als unanfechtbar erbracht.

⁴³⁾ Baur, Die Höfe Igelshausen u. Streithain bei Glashütten im Kreise Nidda. Arch. f. hess. Gesch. und Altertums. XII. S. 210.

⁴⁴⁾ Nicht selten sind ganz sinnlose Bezeichnungen infolge der Unkenntnis späterer Generationen von dem Ursprung der betr. Namen entstanden. Rocholz (E. L. Rocholz, Deutscher Unsterblichkeitsglaube. 1867. S. 316) weist auf deutlich germanisch-kultische Beziehungen des Dörfchens „Hohlestein“ und des „Hohlesteintags“ des Städtchens Bischofszell (beides im Kanton Thurgau) hin. Er macht wahrscheinlich, dass es ursprünglich „Hollestein“ geheissen haben wird, da „der Frauen Holl Stein“ nach Rocholz urkundlich in Wertheimer Gerichtsprotokollen vorkommt. Dies erscheint leicht möglich. I. W. Wolf (Hessische Sagen. 1853. S. 10) berichtet eine Sage von dem „Frau-Holl-Stein“ bei Fulda. Aus Nassau ist zu bemerken, dass der sachlich völlig unzutreffende Name Hohlenfels (Burg im Aartal) in der Limburger Chronik (1355) Hollenfels heisst (K. Rossel, Die Limburger Chronik. Nass. Ann. VI. S. 434). Die viel spätere Benennung Höllenfels scheint zu bestätigen, dass der jetzige Burgname tatsächlich auf „Holle“ und nicht auf „hohl“ zurückzuführen ist.

Gleichzeitig ist mit der Feststellung des Udenbergs als südgermanischen Wotanheiligtums die geringe Zahl der vorhin genannten sicher nachweisbaren deutschen Wotanberge um einen weiteren vermehrt. Nassau rückt damit in die Reihe der deutschen Gaue ein, in welchen ein solcher mit urkundlicher Bestimmtheit vorhanden war. Der Udenberg bei Espenschied füllt örtlich die Lücke aus, welche bisher zwischen den beiden nächstgelegenen bekannten Wotanhainen bestand, zwischen dem Godenesberg bei Bonn und dem Gudensberge bei Maden. Er nimmt insofern noch eine besondere Stellung neben beiden ein, als er erheblich südlicher als diese liegt. Wilh. Müller glaubte s. Z. feststellen zu können, dass die Orte mit „Wodan“ nach Süden nicht über Hessen und Thüringen hinausgehen⁴⁵⁾.

Dem bisherigen unseres Erachtens völlig ausreichenden Beweismaterial gegenüber würde es nichts verschlagen, wenn die Deutung eines weiteren Waldflurnamens, in dem wir eine Bestätigung unserer Feststellung von dem Heiligtumscharakter des Berges erblicken, nicht allgemein anerkannt würde. Ein Teil der Waldflur unterhalb des Noensteins heisst nämlich noch heute „im Ahlen“. Unter Zugrundelegung des in der Anmerkung mitgeteilten Materials und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Flurbezeichnung „im Ahlen“ des Udenbergs der unmittelbaren Nachbarschaft des Noensteins eigen ist, halten wir unsere Vermutung, dass „im Ahlen“ hier mit „im alah“, d. h. „im Heiligtum“ gleichbedeutend ist, für hinreichend begründet.⁴⁶⁾

⁴⁵⁾ Wilhelm Müller, *Gesch. u. System d. altdeutsch. Religion*. 1844. S. 86.

⁴⁶⁾ Dass der Fisch Aal und das Schusterinstrument Ahle für unseren Flurnamen nicht in Betracht kommen, dürfte von vornherein feststehend sein. Eher käme vielleicht die Bedeutung al = Sumpf (W. Arnold, *Ansiedelungen und Wanderungen deutscher Stämme*. 1875, S. 126) in Frage, da das hier nicht sehr abschüssige Gelände zu einer gewissen Feuchtigkeit zu neigen scheint. Im Dialekt ist aber ahl oder al eine nicht seltene mittelhessische Bildung für das Adjektiv „alt“, sowohl bei Sachen (ahler Hut, ahles Haus u. dgl.) als bei lebenden Wesen (ahler Hund, ahler Mann) gebräuchlich. Wir kennen keine Flur- oder Ortsbezeichnung, in welcher dieses Adjektiv in der Form des Dialekts mit Sicherheit zu erkennen ist (siehe jedoch später betr. Ahlbach bei Hadamar); auch bei Kehrrein konnten wir den Gebrauch desselben in Flurnamen nicht angegeben finden. Immerhin wäre vielleicht sprachlich mit der Möglichkeit dieses Wortbestandteiles in unserem Waldflurnamen zu rechnen, wenn nicht die sachliche Schwierigkeit entgegenstände, eine plausible Erklärung für deren evtl. Sinn zu geben.

Es gibt aber auch noch eine zweite Bedeutung dieses Wortes im nassauischen und oberhessischen Dialekt. W. Creelius (*Oberhessisches Wörterbuch* I. 1897 S. 21) bemerkt hierzu folgendes: „Der Al, oder wenn man die Dehnung des A bezeichnen will, Aal, Ahl, d. i. Zwinger oder Winkel zwischen Gebäuden . . . , der zur Aufnahme von allerlei Unrat, häufig zum Abtritt dient, deshalb auch Sch. ß-al genannt“. Ahl ist die zusammengezogene niederdeutsche Form von einem im Hochdeutschen unüblichen Worte Adel, welches die Pfütze bezeichnet, die sich als Abfluss aus den Viehställen bildet, und so bedeutet der Al eigentlich den Abzugskanal für unreine Flüssigkeit, wozu ja unsere Winkel zwischen Gebäuden häufig dienten . . .“ In Herchenhain in Oberhessen ist Al auch der schmale Gang zwischen Ofen und Wand. Nach Vilmar bezeichnet er auch einen engen, dunklen Raum zwischen Häusern, auch innerhalb des Hauses. Dies das Wesentliche aus dem Oberhessischen Wörterbuch. Das Wort kommt in der angegebenen Bedeutung schon in der Limburger Chronik vor, wo es bei der Schilderung des blühenden Zustandes der Stadt (vor 1342) heisst: „Dann alle gassen und alhen waren voll leut vnd guts“ (a. a. O. S. 418).

Wir begnügten uns bei unseren Ausführungen an dieser Stelle zunächst mit der ganz allgemein gehaltenen Gleichstellung des „Udenberg“ der Urkunden mit dem oberhalb der Laukenmühle gelegenen „Steinigen Berg“. Wir werden im Laufe unserer Untersuchungen, die einer späteren Arbeit vorbehalten sein

Kehrein, der wie oben schon angedeutet, mit Förstemann „mythologische Deutungen solange in den Hintergrund stellt, als er gleich gute andere weiss“ (a. a. O. S. 298), bemerkt über „Ahlen“: „enger Gang zwischen zwei Häusern oder Häuserreihen; Bezeichnung von Gemarkungsteilen, die meist eine etwas schluchtartige Lage haben“ (a. a. O. S. 309). Kehrein befindet sich demnach nur mit dem ersten Teil seiner Deutung des Wortes Ahl in Uebereinstimmung mit Crecelius. Wir müssen es dem Leser überlassen, ob er die Erklärung Kehreins für den Waldflurnamen „Im Ahlen“, der nach unseren Informationen nicht die Schlucht neben dem Noßstein, sondern das flachere Gelände gleich unterhalb desselben bezeichnet, annehmen will. Wir selbst ziehen eine andere Deutung vor und zwar einen Zusammenhang mit ahd. alah = Heiligtum.

Der Germanist Paul Herrmann (a. a. O. S. 406) führt Ortsnamen wie Alstatt (ausgegangen Dorf in der Wetterau), mehrere Alstädte in Westfalen, Allerstädt bei Wiehe in Thüringen, Altdorf in Schwäbisch Hall, Alsheim bei Worms und Alsheim bei Speyer, Ahlberg bei Grebenstein in Hessen auf ahd. alah = Heiligtum zurück, weil sie urkundlich früher Alahstatt, Alahstetti, Alahdorf, Alahesfelt, Alahesheim hiessen. Ähnlich äussern sich G. Landau (Beschreibung des Gaues Wetteraiba. 1885. S. 74) und W. Arnold (Deutsche Urzeit. 1879. S. 429). Der Germanist E. H. Meyer (Jac. Grimm, Deutsche Mythologie, herausgeb. von E. H. Meyer, III. Nachträge. S. 32) nimmt ausserdem an, dass in dem Ortsnamen Hallstadt (bei Bamberg) das gleiche Wort alah steckt, da der Ort 889 als Halazesstat und später als Alagastat vorkommt. Meyer hält Halazesstat für einen Lesefehler statt Alahesstat. K. L. Weigand (Oberhessische Ortsnamen, Arch. f. Hess. Gesch. u. Altertumskunde VII. 1853. S. 271) erkennt in dem Dorf Albach in Oberhessen entweder die Bedeutung „zum alten Bach“ (s. vorher) oder aber Alahbach „d. i. Bach, an welchem ein alah, d. i. heidnischer Tempel, . . . sich befand“. Aus der Zurückführung der erwähnten Ortsnamen auf ahd. alah geht nicht hervor, dass diese Ortschaften selbst immer aus vorchristlicher Zeit stammen müssten. Es kann u. E. aus diesen Namen nur die Tatsache gelesen werden, dass die betreffenden Gegenden früher durch ein solches alah ausgezeichnet waren, und dass die Siedelungen nach diesem Merkmale der Oertlichkeit benannt wurden.

Den Ausführungen anerkannter Germanisten möchten wir hier noch folgendes zufügen: Auch im Nassauischen gibt es bei Hadamar einen Ort Ahlbach, der 772 schon Albach geschrieben wurde, und dessen Namensursprung ebenso wie der des in der Nähe gelegenen ausgegangenen Dorfes Niederahlbach nach W. Arnold (Ansiedelungen S. 179) mit dem des hessischen Dorfes Albach gleich ist. Im Amt Dillenburg gibt es in Fellerdilln eine Flur Alochs-feld (Kehrein. S. 385) und in Nanzenbach gleichen Amtes einen Alochswasem (Kehrein, a. a. O. S. 594.) Es ist zu bemerken, dass ahd. alah „alach“ gesprochen wurde! Im Amt Marienberg findet sich der Flurname Ahlsberg gleich in 3 Ortschaften, in Ailertchen, Öllingen und Schöenberg; ferner gibt es Alerberg bei Camp, Alfelsberg bei Heiligenroth (Amt Montabaur), Allertsberg bei Hennethal (Amt Wehen), Alsborg, einen bei Nastätten und einen bei Rennerod, Alsenberg bei Cubach (Amt Weilburg), Altersberg bei Niederkestert im Amt St. Goarshausen. (Alle diese Namen gibt Kehrein an S. 329). Bei Watzelhain (Amt Langenschwalbach) findet sich der Flurnamen Alsenesifen (Kehrein S. 550), in Neunkhausen (Amt Hachenburg) ein Alstein. Ausserdem gibt es das Wort in Verbindung mit Quellen, in welcher es ebenfalls mit Wahrscheinlichkeit auf die gleiche Wurzel zurückgeführt werden dürfte: Seiferahl (Gemarkung Weinbach, Amt Weilburg) und Zweibornsahl in der Gem. Waldmannshausen, Amt Hadamar (Kehrein S. 309, 310).

Im Gegensatz zu Kehreins Auffassung scheinen doch in all diesen Namen mehr oder minder deutlich Beziehungen zu ahd. alah, oder, wie die ostgermanische Form lautet, alhs, germanisch-kultischer Art vorzuliegen. Dass diese Bezeichnungen nichts mit „schluchtartiger“ tun haben, geht aus den betr. Grundwörtern hervor.

sollen, noch Gesichtspunkte gewinnen, welche eine genauere Begrenzung des Heiligtums ermöglichen.

Neben dem Udenberg kommt in einer der Urkunden, dem Berstatter Weistum von 1489, auch der Name Udenbach vor. Dieses Weistum bestimmt

Aus dem nahen Rheinhessen wäre zu erinnern, dass Gausalgesheim in seiner frühesten urkundlichen Erwähnung 766 Alagastesheim heisst, eine Bezeichnung, die uns mit aller Deutlichkeit auf die Entstehung des Ortes in der Nähe eines Alah hinzuweisen scheint. Unter den späteren Umwandlungen dieses Namens findet sich 1136 auch die Form „Alengraheim“ (K. Joh. Brilmayer, Rheinhessen. 1905. S. 156).

In der Gemarkung Meerholz bei Gelnhausen heisst eine Flur Bechtoldsahl. Bechtold ist nachweislich an anderen Orten öfters die verstümmelte Form von Berchta = Frau Holle (vgl. W. Müller, Gesch. u. Syst. d. altd. Relig. S. 125). Wir halten daher die Deutung Berchtasahl d. i. Berchtasheiligtum für berechtigt. Dieselben Beziehungen erblicken wir in dem Flurnamen Teufelsahl der oberhessischen Gemarkung Gedern, weil es in derselben neben andern auch die Bezeichnungen Helgenwiesen, Helgendriesch, Helgenrainfeld gibt. Wir fanden ferner, dass bei einem Gelände bei Bad Nauheim, das sachliche und andere Merkmale heiliger Haine trägt, in der Nähe der „heiligen Wiese“ desselben die höchste Erhebung „Alsenkuppel“ heisst. Der nicht weit davon entfernt, in der Friedberger Gemarkung, vorkommende mittelalterliche Flurname „die alzunah“, „die alzunah“, die dem heutigen Ortsnamen Alzenau (niederdeutsch Altona) entspricht, dürfte wohl auch hier genannt werden (vgl. Lorenz Dieffenbach, Aus Archivalien der Stadt Friedberg. Arch. f. hess. Gesch. u. Alt.-K. XIV. S. 524).

Wenige Kilometer südlich von Biedenkopf befinden sich die „Alberge“. Es sind dort deutliche Reste germanischer besonderer Bevorzugung, wahrscheinlich auch kultischer Art, dieser Berge in Gestalt von Ringwällen und auffallenden Flurbezeichnungen vorhanden. Wir glauben daher, mit Bezugnahme auf die eben angeführten Feststellungen der Germanisten in diesen Albergen Alahberge erblicken zu dürfen. Der Name Aalsberg, Alersberg (G. Landau schreibt Ahlsberg) kommt übrigens auch im Wetterauischen Geographus (1747) für ein Dorf bei Salmünster (Kreis Schlüchtern) vor; 1509 wird es Allessberg geschrieben (K. Th. Müller, Das Aschaffenburgische Kopialbuch des Klosters Hirzenhain in Regesten. Arch. f. hess. Gesch. u. Alt.-K. N. F. XII. Nr. 315. 1919).

Auch einige oberhessische Quellnamen können hier herangezogen werden: Aalwiesenborn bei Dagobertshausen (Oberhessen), Alborn bei Löhlbach und Alborn bei Willersdorf, Alsee zwischen Holstein [wohl Frau-Hollestein?] und Udenhain (!) (Karl Lynker, Brunnen und Seen und Brunnenkultus in Hessen. Z. d. V. f. hess. Gesch. u. Landeskunde. VII. 1858. S. 229) scheinen, wenn andere Ableitungen nicht belegt sind, fast mit Sicherheit für die gleiche Wurzel alah zu sprechen.

Dass es auch eine Unmenge von ähnlich lautenden Ortsnamen gibt, die sicherlich nicht auf alah zurückzuführen sind, sei nur nebenbei erwähnt.

Zum Schluss dieser Anmerkung möchten wir nur noch auf den im Text schon erwähnten Grenzgang vom Jahre 1572 hinweisen (Baur, a. a. O.). Wir stossen dort u. a. auf die Bezeichnung „Im roden ahlen“. Unter den Flurnamen dieser Grenzbeschreibung findet sich eine derartige Häufung von Bezeichnungen, welche auf frühere kultische Beziehungen hinzuweisen scheinen, wie z. B. ausser „Steinwiesen“, „Steinwald“, „Steinborn“, „Heilige Wiese“ noch „Teufelszägel“, „Teufelskaut“, „Steinernes Kreuz“, so dass wir in diesem „ahlen“ bei Nidda ebenfalls wohl mit Recht die gleichen Ideenzusammenhänge wie bei dem „ahlen“ des Udenbergs vermuten dürfen. Ähnliches zeigen die Flurnamen der Gemarkung Kaulstoss (K. Th. Ch. Müller, an dem in Anmerkung 34 angeg. Orte S. 135 ff.). Unter diesen heben wir hervor „am Helgenstock“ (Kreuze und Kapellen wurden vielfach auf dem Gelände früherer Heiligtümer errichtet), „Helchenacker“ (Heiliger Acker oder Heiligenacker), „offm Goetzenacker“, „am Wetzelsrain“ und ausserdem „im Ahle“, „im schlappen Ahn“ (schlapp = weich, also hier wohl = feucht, sumpfig), was für die Nähe einer Quelle, vielleicht heiligen Quelle, spricht; nicht weit davon auch „vffm schlappen Acker“ und „die brüchige Wiese“.

die Grenzlinie wie folgt: „... von wyssen steyn [bei Wolmerschied] biß in die Wirk; uß der Wirk an den Udenbergk herab bis in die Wisper“ und in einer zweiten Abschrift „hieab mit an die Werck, aus der Wirck mit in die Udenbach, die Udenbach herab mit in die Wisper.“

Welches ist nun dieser Udenbach, der in dem angezogenen Weistum zweimal genannt wird? Wir haben oben schon erwähnt, dass in dem Wodenheiligtum ein kleiner Bach vorhanden ist, welcher an der Westseite des Wodenberges in die Wisper mündet. Dies Wasserlein fließt zwischen dem Noenstein und dem eigentlichen Bergrücken, muss also zum Heiligtum gehört haben, aber es konnte nur dann als der heilige Bach der Gottheit betrachtet werden, wenn es in seinem ganzen Verlauf innerhalb des heiligen Haines gelegen ist.

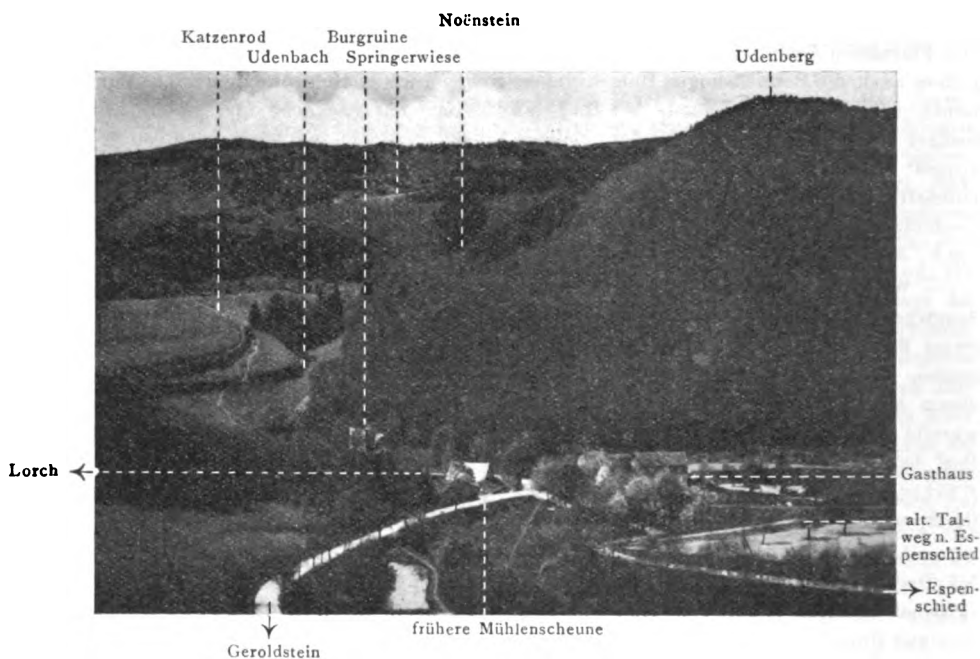


Abb. 2 Der Udenberg und seine Umgebung.

Der kleine Bach hat eine Länge von etwa 600 Meter und setzt sich aus zwei nahe bei einander liegenden Quellgebieten zusammen. Das längere derselben zieht aus der langgestreckten Wiese „Langensoder“ herab („soder“, d. h. wo „saures“ Gras wächst, wie „seifen“ oder „seyen“ also sumpfiger Grund). Das kürzere mehr westlich gelegene kommt von der grösseren rundlichen „Springerwiese“. In seinem Mittellauf fließt das Bächlein in einem gewaltig tiefen Bergeschnitt; schluchtartig steigen mit steiler Böschung auf beiden Seiten die Hänge wohl 20—40 m hoch in die Höhe. In den letzten 150 Metern des Verlaufs zeigen seine Ufer dagegen viel bescheidenere Masse. Es mündet etwa 100 Meter unterhalb des Gasthauses, da wo die Chaussee von der linken auf die rechte Talseite übergeht.

Aber es sind noch weitere Wasserläufe im Bereich des „Steinigen Berges“ vorhanden. Von den beiden kleinen Rinnsalen, welche von der Ostseite des

„Steinigen Berges“ herabfliessen, kommt keines als Udenbach in Betracht, weil sie beide nicht in die Wisper münden, wie die Urkunde verlangt, sondern in den Rans- oder Weizenwieserbach; dieser Bach entspringt unmittelbar unterhalb Espenschied, bewässert das Espenschieder Tal und mündet an der „Bogenlei“ hinter der Laukenmühle in die Wisper. Der Weizenwieserbach selbst kann deshalb nicht als der Udenbach der Urkunden aufgefasst werden, weil er den „Steinigen Berg“ an seiner Ostseite begrenzt, also nicht im Innern des Haines floss.

Nach unserm Dafürhalten kann der Name Udenbach = Wodenbach keinem andern Wasser zu eigen gewesen sein als dem innerhalb des Wodanhaines entspringenden und fliessenden. Der Udenbach muss also das von uns an erster Stelle genannte Wässerlein gewesen sein.⁴⁷⁾

Für die Uebereinstimmung des Udenbachs der Urkunden mit dem von uns beschriebenen Wasserlauf spricht mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch der Name „Springerwiese“, von welcher der Hauptteil der Quelle herkommt. Da die Heranziehung evtl. anderer Bedeutungen der Wurzel dieses Wortes auf sachliche Bedenken stösst, dürfte dieselbe das ahd. spring = Quell sein. Es „entspringt“ eben auf dieser Wiese der Quell, d. h. der heilige Quell, der Udenborn, der zum Udenbach wurde.

Es lässt sich für diese Auffassung eine Parallele heranziehen. Bei dem Dorfe Sichenhausen in Oberhessen liegt eine sagenumwobene, imposante steile Bergkuppe, die den Namen Alteburg trägt. Wenn wir auch nicht übersehen dürfen, dass eine solche Bezeichnung mehrfach für die Reste römischer Kastelle gebräuchlich ist, so gibt auf der andern Seite der Name nach der Ansicht verschiedener Forscher manchmal auch eine Berechtigung, den Berg mit dem germanisch-heidnischen Kulte in Verbindung zu bringen. In vorliegendem Fall wird eine solche Vermutung für uns zur Gewissheit, da eine naheliegende Flur die Bezeichnung „heilige Seif“, also „heiliger feuchter Wiesengrund“ trägt. In dieser heiligen Wiese nun liegt eine Quelle, der „Gesprengsborn“. Wir glauben in dem Wort „Gesprengsborn“ und in dem Namen der nahe liegenden Flur „das Gespreng“ das ahd. spring des Udenbergs wiedererkennen zu müssen.

⁴⁷⁾ Die Wassermenge des Udenbaches ist heutzutage verhältnissmässig unbedeutend, der Bach weist in seinem Ende in der Regel nur die Stärke etwa eines Kinderarmes auf und fliesst in einer ebenso schmalen wie niedrigen Rinne. Wir müssen aber bedenken, dass in der Zeit, in welcher der Einrich noch fast ganz bewaldet war, auch alle an seinen Hängen entspringenden Quellen eine grössere Wassermenge mit sich geführt haben müssen. Es ist übrigens eine dem Spezialforscher bekannte Tatsache, dass selbst ganz unbedeutende Wasserläufe wichtige Teile von Gaugrenzen bilden konnten. Sogar der Abfluss einer ganz kleinen Quelle stellt eben eine natürliche Linie dar, die im Gegensatz zu aller künstlichen Steinsetzung unverrückbar ist. Dass der Udenbach auch wohl schon grössere Wassermassen zutal brachte, zeigt das etwa 1 1/2 Meter tiefe und ebenso breite Felsentor, das er wenige Dutzend Schritte vor seinem Ende mit der Zeit sich geschaffen hat.

Ueber diese letzte Strecke noch einige Bemerkungen. Heutzutage fliesst der Bach nach dem Durchbruch durch den Felsen dicht am Fusse einer etwa 3 Meter hohen Böschung, während auf der linken Seite das Ufer fast völlig flach erscheint. Bei genauerer Betrachtung erkennt man, dass hier die ursprünglichen Verhältnisse künstlich verändert worden sind. Der Bach hatte früher ein ganz ausgesprochenes wohl 18 Schritte breites Mündungsbett, das einige Meter tief war. Dieses wurde aufgefüllt, zur Wiese gemacht und das Bächlein künstlich dicht an den Fuss seiner rechten Böschung gelegt.

Wir sind am Ende unserer Untersuchung über die Lage des Udenbergs angelangt. Wir sind uns wohl bewusst, dass unserer Beweisführung naturgemäss manches Laienhafte eigen ist. Sache der Fachwelt wird es sein, Fehler der Arbeit aufzuzeigen, Schiefheiten zurechtzurücken und ev. die Lücken im sprachlichen Unterbau der Beweisführung fachmännisch zu ergänzen.

Es lag uns am Herzen, die Arbeit an dieser Stelle zum Abdruck gelangen zu lassen, weil wir glauben, von hier aus am besten den Heimatforschern nahelegen zu können, den Oertlichkeitsnamen vom Gesichtspunkt ev. germanisch-mythologischer resp. kultischer Beziehungen mehr Beachtung als bisher zu schenken. Die seit Kehrein hierin geübte Zurückhaltung ist als zu weitgehend zu betrachten. Unsere seit Jahren auf die Möglichkeit solcher Zusammenhänge gerichtete Aufmerksamkeit liess uns allmählich die Ueberzeugung, später die beweisbare Gewissheit gewinnen, dass nicht nur am Südrande des Einrichs, sondern noch mancherorts in unserer Gegend aus Oertlichkeitsbezeichnungen, zumal wenn gewisse typische, von uns aufgefundene, hier aber nicht näher zu beschreibende Eigentümlichkeiten im Gelände damit übereinstimmen⁴⁸⁾, vielfach wichtige Einblicke in die germanisch-kultische Vergangenheit sich ergeben.

Wir fanden, dass der Punkt, an welchem die alte Rheingaugrenze mit dem Udenbach die Wisper erreichte, in nächster Nähe der Laukenburg, des alten befestigten Hauses Luckemühl lag. Dieses war auf dem linken Wisperufer angesichts des Grenzpunktes erbaut und schaute mit der einen Hauptseite in das Espenschieder Tal hinein, aus welchem ein Weg vom Einrich herunter etwa ungebetene Besucher heranbringen konnte. Dieser Weg vereinigte sich zu Füssen der niedrig gelegenen Burg mit dem dem von Gerolstein herkommenden Wispertalweg, sodass beide von dem kleinen Kastell völlig beherrscht wurden.

Weiterhin haben wir noch in grossen Umrissen den Udenberg als eine germanische dem Wodan geweihte Kultstätte charakterisiert.

Kommen wir zum Schlusse dieser Ausführungen auf die eingangs angeführten Ansichten der Autoren über den Grenzpunkt Udenberg zurück, so können wir feststellen: Die von v. Schenk geäusserte Vermutung über das Verhältnis des Udenbergs zur Wisper (Gegend der Laukenmühle) hat sich als richtig, die von Sauer aufgestellte, dass der Berg in der Nähe der Werkbachmündung zu suchen sei, als unrichtig und die von Bodmann ausgesprochene Behauptung von dessen mutmasslicher Lage bei Gerolstein als völlig abwegig erwiesen.

⁴⁸⁾ Vgl. unsere Bemerkung in Anm. 34 über den Hanseberg.

Kleinere Mitteilungen.

I.

Die sogenannte Heiliggrabkapelle in Weilburg.

Der Rundbau auf dem alten Friedhof zu Weilburg hat zuerst eine ausführliche Beschreibung und Würdigung gefunden bei R. Görz, die Heiliggrabkapelle zu Weilburg a. d. Lahn, zuerst erschienen in Försters Bauzeitung 1845 Seite 284 ff., dann 1852 in Denkmäler aus Nassau Heft 1 Seite 37 ff. Ausser der Jahreszahl 1505, die über der heutigen Eingangstür eingemeisselt ist, fand er weder urkundliche, noch traditionelle Nachrichten zu ihrer Geschichte. Nur der Name „Heiliggrab-Kapelle“ habe sich, sagt er, durch Tradition erhalten. So konnten nur die Bauformen in Verbindung mit dem angeblich überlieferten Namen Aufschluss über ihre Geschichte geben. Die dem Aufsatz beigefügten Abbildungen geben eine genügende Vorstellung ihres Aussehens. Es war ein Rund- bzw. Polygonalbau mit halbkreisförmiger Apsis, einem längs vorgelagerten Rechteckbau und einem Wendeltreppenturm. Luthmer, der sich den Ausführungen von Görz vollkommen anschliesst, sagt von ihr¹⁾: „Die . . . Kapelle macht im Aeusseren den Eindruck eines romanischen Zentralbaues. Dennoch überzeugt eine nähere Prüfung der Bauformen, dass die über dem Eingang eingemeisselte Zahl 1505 tatsächlich die Jahreszahl der Erbauung ist.“ Dalmann, dem wir eine Neuvermessung und eingehende Betrachtung in letzter Zeit verdanken, erklärt: „Die Kapitelle sind dürftige Versuche, Würfelkapitelle wiederzugeben. Man hat die Empfindung, dass der Baumeister weder Geschmack, noch hinreichende Kenntnisse romanischer Bauformen besass . . .“²⁾ Aus allen diesen Bemerkungen geht hervor, dass die Kapelle von ihren Bearbeitern zwar in ihren wesentlichen Formen für einen romanischen Bau erklärt wird, dass sich aber alle durch die Jahreszahl 1505 und die von Görz aufgenommene Hypothese, dass es sich hier um eine späte Nachahmung der Heiliggrabkapelle in Jerusalem handle, verleiten liessen, nur eine rohe Nachbildung romanischer Bauformen anzunehmen.

Görz hatte nämlich folgende Vermutung ausgesprochen: „Der Erbauer ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Graf Johann Ludwig von Nassau-Saarbrücken, welcher . . . mit seinem Schwager, dem Herzog Alexander von Pfalz-Zweibrücken, . . . ums Jahr 1495 eine Pilgerreise nach Palästina zum heiligen Grabe unternahm. . . . Im Jahr 1499 wurde derselbe Graf Johann Ludwig von Nassau vom Kaiser Maximilian I. zum Kurator über seinen Vetter, den Grafen Ludwig von Nassau-Weilburg, und Mitregenten in dessen Landen bestellt, daher er von da

¹⁾ Die Bau- und Kunstdenkmäler des Lahngebiets, Frankfurt 1907, S. 4 ff.

²⁾ Dalmann, Das Grab Christi in Deutschland, in „Studien über christliche Denkmäler“. Herausgeg. von J. Fischer, Heft 14, Leipzig 1924, S. 93 ff.

an oft und längere Zeit dort verweilt haben mag. — Gleichwie sein Reisegefährte nach Palästina, der Herzog Alexander von Zweibrücken, zum Danke für die glücklich vollbrachte Reise und zum Andenken an dieselbe bald nach der Rückkehr von derselben die Alexanderkirche in Zweibrücken nach dem Muster der Kirche über dem heil. Grabe zu Jerusalem erbaut hat; ebenso mag sich auch Graf Johann von Nassau-Saarbrücken, vielleicht infolge eines Gelübdes, gedrungen gefühlt haben, in gleicher Absicht und Form, wenn auch mit geringeren Mitteln und weniger glücklichem Erfolge, die besagte Kapelle zu Weilburg während seines Aufenthaltes daselbst errichten zu lassen.“

Diese von Görz aufgestellte Hypothese hat in der letzten Zeit in doppelter Hinsicht an Wahrscheinlichkeit verloren. C. Dolfen hat nach Dalmann (a. a. O. S. 93) in der Festschrift: Die Alexanderskirche in Zweibrücken (1911) nachgewiesen, dass die alte Behauptung, Herzog Alexander von Pfalz-Zweibrücken habe die Alexanderskirche, ursprünglich Kirche zum heiligen Kreuz, nach dem Muster der Grabeskirche in Jerusalem erbaut, jeden Grundes in ihrer Gestalt entbehrt. Damit fällt eine Stütze für die Annahme von Görz. Weiter ist es Karl May³⁾ gelungen, die Existenz einer Marienkapelle an der gleichen Stelle, wo die Friedhofskapelle heute steht, mindestens für die Zeit von 1284–1400 nachzuweisen. Er vermutet nun, dass ursprünglich der polygonale Bau mit der Apsis die Marienkirche gewesen sei und dass die Jahreszahl 1505 sich auf den Um- und Erweiterungsbau, im wesentlichen also auf den Rechteckbau mit gotischen Fenstern beziehe. Damals sei sie zur Heiliggrabkapelle umgestaltet worden, und dieser Name habe dann den der Marienkirche verdrängt. — Aber schon ehe diese Feststellung bekannt war, waren Dalmann Bedenken aufgestiegen, ob unsere Kapelle eine Nachahmung der Heiliggrabkapelle sein könne. Das wesentlichste Merkmal einer solchen, das Grab Christi, vermisste er hier. „Wenn es niemals da war, so sagt er S. 94, darf die Kapelle nur zu den Kirchen gerechnet werden, welche sub vocabulo sancti sepulcri gebaut worden sind.“

Sehen wir nun einmal zu, was sich aus alledem ergibt und was noch für die Annahme einer Heiliggrabkapelle hier übrig bleibt. Fest steht das Vorhandensein einer romanischen Kirche an dieser Stelle. Dazu passen der Zentralbau und die romanischen Bauformen dieses Teiles. Zentralbauten waren aber der romanischen Bauzeit nichts Ungewöhnliches. An eine Nachahmung der Jerusalemer Kapelle ist im Allgemeinen dabei nicht zu denken.⁴⁾ Aber auch die für den Umbau von 1505 zur Heiliggrabkapelle vorgebrachten Gründe fallen in sich zusammen. Dass Graf Johann Ludwig von Nassau-Saarbrücken durch das Beispiel seines Begleiters, des Pfalzgrafen, nicht zu einem derartigen Bau veranlasst worden sein kann, da dieser überhaupt keine Nachahmung der Heiliggrabkapelle in Zweibrücken gebaut hat, ist oben schon erwähnt worden. Wie sollte der Saarbrücker Graf auch dazu gekommen sein, gerade in Weilburg sein angebliches Gelübde auszuführen? Hätte der Saarbrücker Graf ein solches

³⁾ Die Weilburger Marienkapelle, in „Land und Leute“, 1. Jahrg. 1925, S. 17.

⁴⁾ Nur in Rundkirchen, welche nachweislich ein Heiliges Grab enthalten, wie in Fulda ... oder doch nach ihm benannt waren, wie in Weilburg ... ist der Zusammenhang erweisbar. (Dalmann a. a. O. S. 19)

Gelübde abgelegt, wovon gar nichts bekannt ist, hätte er es höchstwahrscheinlich in Saarbrücken, seiner Residenzstadt, und nicht in dem ihm doch fernliegenden Weilburg ausgeführt. Da in dem Umbau von 1505 nirgends ein Anhaltspunkt für die Herrichtung der Kapelle zu einer Heiliggrabkapelle bemerkt werden kann, bliebe also nur der angeblich überlieferte Name „Heiliggrabkapelle“ übrig, der ja auch für Görz der Ausgangspunkt seiner Betrachtung gewesen ist. Ich vermag im folgenden zu zeigen, dass eine solche Bezeichnung für die Friedhofskirche niemals gebraucht und der Name wahrscheinlich infolge eines Missverständnisses irrtümlich für sie verwandt worden ist.

Innerhalb der Friedhofsmauern befindet sich ausser der erwähnten Kapelle eine Kreuzigungsgruppe, die durch ein von Säulen und Pfeilern getragenes Kegeldach geschützt ist.⁵⁾ Hier, entweder unter dem Schutzdach oder neben der Gruppe, war der bevorzugte Begräbnisplatz, hier hatten die Weilburger Honorationen ihre Erbbegräbnisse, diese Stelle galt für besonders heilig. In älteren Akten über Kirche und Friedhof zu Weilburg (Wiesbaden, Staatsarch. Akten Konsist. Nass. Weilb. VI, No. 18 u. 112) wird dieser Platz regelmässig „das heilige Kreuz“ genannt, so 1521, 1540, 1688 folg., 1779, 1785, 1806. Die Friedhofskapelle dagegen wird für den gleichen Zeitraum meist ohne weiteren Zusatz mit „Die Kapell“ bezeichnet, seltener mit dem Zusatz „beim Begräbnis“ oder „auf dem Friedhof“. Werden sie in Verbindung miteinander genannt, so heisst es „die Kapelle und das sogenannte heilige Kreuz“ (1690) und ähnlich. Niemals begegnet in den umfangreichen Akten die Bezeichnung „Heiliggrabkapelle“. Das müsste aber der Fall sein, wenn sie diese Benennung jemals gehabt hätte und diese dann bis in die Zeit lebendig geblieben wäre, in der Görz davon erfuhr (um 1845). Damit fällt auch der einzige Punkt noch, der Name, der von Görzens Hypothese übrig geblieben war. Die Weilburger Friedhofskapelle gehört nicht mehr zu den Kapellen, die als Nachahmung der Heiliggrabkapelle anzusprechen wären.

Die Fragen, wie Görz zu der Bezeichnung „Heiliggrabkapelle“ gekommen ist und welche Bedeutung der Umbau von 1505 gehabt hat, lassen sich wenigstens vermutungsweise beantworten. Im Jahre 1786 wird die Kreuzigungsgruppe einmal „die heilige Kreuzkapelle“ genannt. Es wäre denkbar, dass Görz diesen Namen gehört, ihn durch ein begreifliches Missverständnis auf die Friedhofskapelle übertragen und daraus eine Heiliggrabkapelle gemacht hätte. — Die Akten geben keine Aufschlüsse über die Verwendung der Kapelle vor der Reformation. Wir sehen aber dort, dass Graf Ludwig von Nass.-Weilburg in den beiden ersten Dezennien des 16. Jahrhunderts an der Stiftskirche bauen liess. 1503 wurde die Stiftskirche erweitert und zur Martinskirche ausgebaut (Spielmann, Geschichte von Weilburg, S. 62). Dürfen wir den Umbau der Marienkirche auf dem Friedhof vom Jahre 1505 mit diesem Umbau der Stiftskirche in Verbindung bringen? Etwa so, dass während der Unbenutzbarkeit der grossen Kirche die Kapelle nach ihrer Herrichtung vorübergehend als Schlosskapelle benutzt wurde? Als Friedhofskapelle kann sie damals noch nicht in Betracht

⁵⁾ Dass diese nicht erst 1576 (Luthmer a. a. O. S. 7) errichtet sein kann, sondern der got. Bauzeit angehört, wird an anderer Stelle zu erörtern sein.



kommen sein, da der Friedhof erst nach der Reformation aus der Stadt hierhin verlegt worden ist.

Es ist zu hoffen, dass sich nunmehr die Kunstgeschichtler erneut mit unserer Kapelle beschäftigen und unter den neuen Voraussetzungen die Bauformen unseres interessanten Baues prüfen.

Hersfeld.

F. A. Schmidt.

II.

Zur Biographie Johann Huttichs aus Strinz.

Die dankenswerte Biographie unseres Landsmanns Johann Huttich aus Strinz, die F. W. E. Roth in der Zeitschrift „Euphorion“ Leipzig 1897, S. 772 ff. veröffentlicht hat, bedarf in einigen Punkten der Ergänzung und Richtigstellung, die das Bild dieses uns vor allem als ersten Sammlers nassauischer Altertümer¹⁾ teuren Mannes nicht unerheblich ändern. Sie seien daher auch an dieser Stelle²⁾ noch einmal einem weiteren Leserkreis mitgeteilt.

1. Der Name Huttich hat sich in der Form Hüttig bis zum 19. Jahrhundert in Strinz-Trinitatis erhalten.³⁾ Danach darf es als ziemlich sicher gelten, dass der Gelehrte aus diesem Strinz stammte, zumal da er sich gelegentlich auch selbst mit g, also Huthigius schrieb. Der Name muss damals ziemlich verbreitet gewesen sein. Nach einer Mitteilung des Herrn Archivdirektors Dr. Domarus gab es 1502 einen Schultheiss Heintz Huttich in Bleidenstatt. Einen älteren Namensgenossen, mit dem unser Landsmann öfters verwechselt wurde, hat schon Bausch als Mainzer Domvikar nachgewiesen. Endlich gibt es in Limburg nach einer Mitteilung von Herrn Prof. Dr. Otto einen alten Stadtturm mit dem Namen Huttich. Daraus dürfte sich ergeben, dass der Sinn des Namens gewesen ist „Hüte dich (vor mir)“! Das sagt dann auch die spätere Form des Namens in Strinz.

2. Die seit Joannis, Scriptorum historiae Moguntinensi inservientium (Tomus novus, Frankfurt 1727, S. 322) unbeantwortet gebliebene, auch von Bausch und Roth nicht gelöste Frage, was unter der arx Curcellina regni desertizu verstehen sei, wo Huttich am 22. Juli 1517 die letzte Hand an seine gerade auch für uns so wertvollen Collectanea antiquitatum in urbe atque agro Moguntino repertarum gelegt hat, ist in der Hauptsache geklärt. Das regnum desertum ist der Westrich, der wie ich zuerst durch Herrn Pfarrer Fröhlich in Castellaun erfuhr und mir dann mehrfach bestätigt wurde, in früheren Zeiten des öfteren als „das wüste Reich“ gedeutet wurde. Danach kann für den damaligen Aufenthaltsort Huttichs nur eines der beiden Courcelles in der Nähe von Metz in Frage kommen, entweder Kurzel oder Courcelles an der Nied. Vielleicht gibt die Tatsache, dass auf der von Hagenau kommenden Reichsstrasse u. a. die Grafen von Pfalz-Zweibrücken, in deren Dienst Huttich damals stand, das Geleitsrecht besaßen, einen Fingerzeig für die Beantwortung der Frage, wie er von Zweibrücken in das kleine Courcelles kam.

¹⁾ Nass. Ann. 4, 310 f.

²⁾ Vgl. meinen Aufsatz „Ein nassauischer Gelehrter als Zierde der Mainzer Universität“ in der Idsteiner Heimatschau 1928, 11—14.

³⁾ Idst. Heimatschau 1921, 1.

3. Das Wichtigste aber ist ein Brief Huttichs, der Roth auffallender Weise entgangen ist, obwohl bereits bei Böcking, (Ulr. Hutteni opera. Suppl. II, 398) auf ihn hingewiesen war, und der für die innere Haltung des Gelehrten in den Anfangsjahren der Reformation von der grössten Bedeutung ist. Es handelt sich um einen Brief, der eine geradezu leidenschaftliche Parteinahme für Reuchlin in dessen bekannter Fehde mit den Kölner Dominikanern bekundet und ihn zweifellos als Streitgenossen Huttens und seiner Freunde erscheinen lässt. Er findet sich in einem der 1519 bei Anshelm in Hagenau in zweiter Auflage erschienenen *Epistulae clarorum virorum*, jener Briefe von Reuchlinfreunden, die dem verehrten Meister in seinem harten Kampfe Hilfe bringen sollten. Hier erscheint Huttich nicht nur, wie Roth meinte, in der Reihe des *exercitus Reuchlinistarum*, übrigens neben Hutten und Martin Luther, sondern auch mit einem eigenen Brief. Da er heute schwer zugänglich und für die Zeitverhältnisse wie für den Verfasser zu charakteristisch ist, sei er hier, mit einigen Anmerkungen versehen, nach dem Original noch einmal abgedruckt:

D N.⁴⁾ Joanni Capnioni, undecunque docto. Joannes Huttichius S. D.⁵⁾ Et quis unquam putasset, Capnion Doctissime, te ea incidisse tempora, quae innocenti, contumeliis, ignominiiis maledictisque perturbato, afflicto et pene obruto iusticiam⁶⁾ iam quasi per septennium imploratam tamdiu retraxerint? Nec tamen satis scire possum, an tempora, an fortunam, an perversos Leguleorum quorundam anfractus magis incusem. Video enim mortales iam plerosque hoc erroris imbibisse somnium, ut piaculum omnino esse ducerent, vel ob rem nihili non sollicitare Rabulas forenses trepideque ambire manus, a quibus tandem quicquid bonorum est mulctati homines miserrimi, cum nihil spei aliud tulerint, e somno experrecti se delusos sero sapiunt, sed fortasse tum *ῥαρόσπονδα*.⁷⁾ Possem tibi proferre exempla id generis immodica, nisi tu melius⁸⁾ atque aulicis quibusdam auro et purpura inflatis ignominiosa videretur detrectatio.⁹⁾ Quippe si aliena deficerent, praesens de te locupletissimum praestaret testimonium; qui toties in ius ob rem tantillam fueris tractus. Quae tua causa licet unico potuisset finiri termino, in septennium tamen, et ultra protracta, postquam satis fueris citatus, aggravatus et reaggravatus, tandem a te provocatum, ab illis tuis¹⁰⁾ mille dolis¹¹⁾ Technae et exceptiones quaesitae, quo conceptam futurae notam sententiae¹²⁾ subterfugerent. His artibus, non dicam aureis, rem eo deduxerunt, ut partem utramque Summus Pontifex in perpetuum iusserit tenere silentium.

O Deus, quo tandem maiorum fides, summa aequitas et sincera omnium iusticia pervenit? Laudanda profecto non immerito vetustas in extruendis ad loca montana aedificiis, quibus Germania, Diis gratia, refertissima est, ut inde pro numinibus, pro patria, pro fortunis, pro fama et gloria nominis Germanorum dimi-

⁴⁾ Abkürzung für Domino.

⁵⁾ Salutem dicit.

⁶⁾ Orig.: obruto. Iusticiam.

⁷⁾ Orig. *ῥαρόσπονδα*.

⁸⁾ Ich ergänze jetzt proferre possem.

⁹⁾ Sc. si alia exempla proferrem.

¹⁰⁾ Sc. auro et purpura inflatis.

¹¹⁾ Abl. instr.

¹²⁾ D. h. conceptam notam futurae sententiae.

carent, et inde, si quos iure adquisito et repentino compellere non possent, ne et armis adorirentur. Quis enim, dicas quaeso,¹³⁾ ex nostris hoc seculo Principibus homunciones pauperculos ab iniuria potentum lege vel praecipiente delecti et si qui sunt, qui pauci admodum, non tamen sine iactura et calamitate, quicquam missello superest rerum, in tutelam suscipiunt?¹⁴⁾ At haec sine causa non commemoro, Capnion disertissime, tui enim miserti sunt Principes quidem et Primates non infimi nominis, miserabilisque rerum status hac aetate eventum vix sine chrimis et vaticinati sunt et congemuere. Noverunt optime te parentem literarum hebraicae, graecae et latinae literaturae apud Germanos instauratorem, et omnibus bonis et patria benemeritum, atque ut est apud Graecos φιλότιμος καὶ πολυτκὼν quique dignius pacatiori tempore ob ingenium nobilissimum, posteritati consulere possis, ab omnibus nostrae aulae ordinibus iudicaberis. E tibi plurimum Antistes noster Argentinensis¹⁵⁾ integerrimus, qui tui nunquam honorificentissime meminit. Admiratur etiam famam Capnionis, licet iuvenis apprime Princeps meus illustrissimus LUDOVICUS¹⁶⁾, Rheni Palatinus, Bavariae dux, et mesque Veldentiae, cui A praeceptore iam per aliquot annos, uti forte adhuc in iuservivi, nescioque in sui utilitatem vel magis in detrimentum meum. Quos suae aulae optimatibus et opere et consilio non defuturos tibi persuadeas, vel. Porro si ulterius Anagyrim moveant iterumque Andabatarum more pugnare et tendant illi superciliosi Theologistae, non dubita, clarissimos ex equestri dignitate viros ingenio, labore, industria et armis paratissimos, tuique causa scelestissimum Hypocritis induere bellum est animus, quod, crede mihi, nisi omnes Spoli effecti, nunquam finietur. Dispeream nisi omnes emasculatos velim; luxuria et ita orbat, reliquum vitae sola invidia et ignorantia conterent perditissime. Similia se apud mulierculas et plebeculam adeo castos et integrae vitae, ut ominosum ferat sit, non sanctos dicere viros, at aedes illorum cum intraveris, anam effrenat impudicissimam, qua cum tam sancte et incorrupte vivit probus ille Theologus ut Asiotis libidiniosorem dicere possis.

Haec ex iusto animi dolore, non stomacho ad te scripsit Huttichius, tui nominis ἀκολακίζτως detissimus¹⁸⁾, et vale Germaniae ingens decus.

Anno MDXVIII.

Nach diesem die gleichzeitigen starken Ausdrücke in Luthers Replik an Prierias und in Huttens Kampfschriften womöglich noch überbietenden. Ist die Ansicht Roths unhaltbar, dass Huttich „als Gegner der Reformation“ mit Unrecht in den Epistolae obscurorum virorum genannt sei. Es leidet kein Zweifel, dass die ihm dort zugeschriebene Rolle so gut wie bei einem (Cicero) Rubeanus seiner damaligen Haltung entsprach, dass er wie Hutten ein Anhänger des Pfaffenkriegs war und erst durch die Schrecken des Bauernkrieges, wie er das ja im libellus imperatorum Romanorum 1526 selbst schrieb, veranlasst

¹³⁾ Orig. quaeso.

¹⁴⁾ Orig. suscipiunt.

¹⁵⁾ Gemeint ist *φιλότιμος*.

¹⁶⁾ Der Strassburger Bischof Wilhelm von Hohenstein.

¹⁷⁾ Ludwig II. von Pfalz Zweibrücken.

¹⁸⁾ Für deditissimus, wobei zweifelhaft bleibt, ob der Fehler auf Kosten des Druckers oder des Briefschreibers geht.

wurde, sich wieder der alten Kirche zu nähern, ohne doch mit seinen bisherigen Kampfgenossen völlig zu brechen.

4. Dass Meister Hans, wie Huttich nach Joannis a. a. O. in Mainz kurz genannt wurde, von seiner Reise nach Spanien an den Hof des Königs Karl wieder nach Mainz an die Universität zurückkehrte, geht jetzt auch aus der Tatsache hervor, dass ihn Sebastian von Rotenhan, der Herausgeber der Chronik des Abtes Regino von Prüm, 1521 in der einleitenden Widmung an Kaiser Karl V. als Mitarbeiter erwähnt, dessen er sich im Drange der Geschäfte bedient habe.¹⁹⁾

5. Für die im Grunde stets pacifistische Stimmung Huttichs ist ein Testament bezeichnend, das nach Joannis (a. a. O. S. 326) bestimmte, dass indotatis civium Argentoratensium filiabus, si qua iuveni opifici, militiam haud colenti, nuberet, dos constituatur. Nach einer weiteren Meldung des Joannis wurde dies Legat noch in seinen Tagen bestimmungsgemäss von der Obrigkeit verwaltet, wie ihm der vir amplissimus Jacobus Wenckerus, rei tabulariae praeffectus, aus Strassburg mitgeteilt hat.

Wiesbaden.

Th. Schneider.

III.

Zur Geschichte des nassau-diezischen Amtmannes J. Chr. Becker.

Der Aufsatz von P. Wagner im ersten Hefte dieses Bandes befasst sich mit der Lebensgeschichte und der schriftstellerischen Tätigkeit des nassauischen Amtmannes Johann Christoph Becker. Die nachfolgenden Ausführungen bieten eine Ergänzung hierzu.

In der Kirche zu Runkel befindet sich ein Grabstein, den Becker hat setzen lassen. Die Inschrift dieses Steines lautet:

CLARISS. AC CONSVLTISS. | VIR, DN. JOHAN CHRISTOPH. BECKER
I. V. DOCTOR, HASSVS, | ET GENEROS. COMIT. A. WEDA | HVIVS
LOCI PRAEFECTVS | HVNC LAPIDEM SEPVLCHRA | LEM POSVIT |
CASTISSIMAE VIRGINI ANNAE MARLÆ | STÖVERIN SORORI ANNÆ
LOVYSÆ BECKERIN CONIVGIS SVÆ DILECTISS. | QVÆ OBIIT RON-
KALLÆ XXV. DIE | OCTOB. AN. MDCXXXV. ÆTAT. | SVÆ XVIII. AN. |
2. FILIOLE SVÆ CHARISS. ANNÆ | ELISABETHÆ BECKERIN ÆTAT. |
V. ANN. ET III. MENS. OBIIT VII. | DIE SEPTEM. AN. MDCXXXVI.
3. COGNATO SVO ECKARDO VLNERO | FILIO SORORIS SVÆ APPO-
LONLÆ | VLNERIN ÆTAT. XVI. AN. OBIIT | XV. DIE SEPT. ANNO
EODEM | MDCXXXVI. | DEVS TER. OPT. MAX. IISDEM ET | NOBIS
OMNIBVS IN EXTREMO ILLO | DIE LARGIATVR PROSPERRIMAM |
RESVRRECTIONEM. AMEN. |

Bei der Zerstörung Runkels durch Isolanis Kroaten am 1. Oktober 1634 brannte die Kirche gleich dem Schloss und fast allen Gebäuden nieder. In dem in Trümmer gesunkenen und — wie aus Angaben des Runkeler Kirchenbuches geschlossen werden muss — notdürftig hergerichteten Gotteshaus wurden

¹⁹⁾ P. Kalkoff, Ulrich von Huttens Vagantenzeit und Untergang. Weimar 1925. S. 205 f. K. meint, der Anteil Huttichs müsse recht bedeutend gewesen sein. Das sorgfältige Register rühre wohl auch von ihm her.

die auf dem Grabmal genannten Verwandten Beckers (Schwägerin, Tochter und Neffe) bestattet. Die Grabtafel liess der Amtmann jedenfalls bald nach der Beisetzung des Letztverstorbenen an dem erhalten gebliebenen Chorbogen anbringen. Der Wiederaufbau der Kirche erfolgte erst 1640.

Der Grabstein ist bisher unbekannt geblieben. Er verdient aber unsere Aufmerksamkeit, denn seine Inschrift enthält einige beachtenswerte Angaben zur Lebensgeschichte Beckers. Zunächst erfahren wir, dass Becker während der Jahre 1635 und 1636 Amtmann in Runkel gewesen ist. Dass Beckers Wirksamkeit in Runkel auch über diese Jahre hinausreichte, beweisen zwei Urkunden im Staatsarchiv zu Wiesbaden vom 20. März und 21. November 1639, in denen der Amtmann als Bevollmächtigter des Grafen Philipp Ludwig von Wied bei dem Grafen Johann Ludwig von Nassau-Hadamar zur Empfangnahme von Lehen erscheint. Aus der Nähe Runkels mag es sich erklären, dass die Gräfin Sophie Hedwig von Diez mit dem Runkeler Amtmann bekannt wurde, ihn schätzen lernte und schliesslich seine Berufung nach Diez bewirkte.

Wagner berichtet, dass Becker zweimal verheiratet war. Name und Herkunft der zweiten Frau waren bekannt: Katharina, die Tochter des Amtmanns Dr. Krebs in Gleiberg. Aus der Grabschrift erfahren wir, dass die erste Frau einer Familie Stöver entstammte.

Frankfurt a. M.

A. Gerhardt.

IV.

Saevis tranquillus in undis.

Auf der schönen grünen Insel Borkum, wo ich mehr als zwanzigmal herrliche Ferientage verlebt habe, findet sich im Stadtwappen, in den Kirchensiegeln, auf dem Papiergeld, das die Gemeinde in der Inflationszeit herausgab, und auch sonst häufig der Spruch: *mediis tranquillus in undis* (ruhig mitten in den Wogen.)

Ich fragte den Bürgermeister, den Badedirektor, die drei Geistlichen auf Borkum, den Lehrer Scharphuis und alle möglichen Sachverständigen, woher dieser Spruch stamme? Niemand wusste es mir zu sagen, aber alle sprachen den lebhaften Wunsch aus, zu erfahren, wo er herrühre. So entschloss ich mich denn, der Sache nachzuforschen.

Da der Spruch daktylischen Rhythmus hat und die zweite Hälfte eines Hexameters nach der Penthemimeres zu sein scheint, habe ich die klassischen lateinischen Dichter, die in Hexametern gedichtet haben, so den Ovid, Vergil, Horaz usw. durchgesehen, aber nirgends die Worte gefunden.

Allerdings, sagte ich mir, kann man nicht daraus, dass der Spruch daktylischen Rhythmus hat, unbedingt und mit Sicherheit schliessen, dass er einem Hexameter angehört. Es gibt lateinische Sprüche in Menge, die daktylischen Rhythmus haben und doch nicht einem lateinischen Hexameter-Dichter entnommen sind. Immerhin schien es mir bei dem Spruch: *mediis tranquillus in undis* wahrscheinlich.

Da mir lange bekannt war, dass sich in Dillenburg, im Wilhelmsturm, ein grosses Bild des Prinzen Wilhelm von Oranien findet, auf dem die Worte:

saevis tranquillus in undis stehen, fragte ich den dortigen Gymnasialdirektor, Herrn Studiendirektor Dr. Becker, ob er wisse, wo der Spruch herstamme? Auch er wusste es nicht, doch sprach er die Vermutung aus, die ich auch von anderen Gelehrten gehört hatte, dass der Spruch nach einer Stelle in Lucretius Carus in der Humanistenzeit abgewandelt sei. Im 5. Buche seines Werkes *De rerum natura* (über die Beschaffenheit der Dinge) Vers 222 und 223 sagt Lucrez vom Neugeborenen: *tum porro puer, ut saevis proiectus ab undis Navita nudus humi iacet.* (Ferner das Kind — Wie der Schiffer, den wütende Wellen ans Ufer werfen, so liegt am Boden der Säugling, nackt, —) (übersetzt von Hermann Diels, Berlin, Weidmann, 1924).

Nach diesen Worten *saevis proiectus ab undis* (Herausgeworfen von den wilden Wogen) hat sich der Prinz seine Devise gebildet, vielleicht mit Zuhilfenahme und Unterstützung zweier Männer, die ihm besonders nahe standen und die er überaus hochschätzte, erstens seines Mitarbeiters, des berühmten Staatsmannes und Humanisten Marnix van St. Aldegonde, und zweitens des ebenfalls ausgezeichneten Humanisten Janus Dousa (Johann van der Does), der sich durch seine tapfere Verteidigung der Stadt Leiden im Jahre 1574 so ausgezeichnet hat, dass der Prinz die Stadt mit einer Universität beschenkte, deren erster Kurator und Rector magnificus Dousa war.

Die Humanisten kannten die lateinischen Dichter besser, als wir heute unsere Klassiker kennen. Ihnen war die Stelle aus Lukrez: *saevis proiectus ab undis* sicher bekannt, und mit kleiner Veränderung haben sie aus dieser die Devise des grossen Schweigers: *saevis tranquillus in undis* geformt. Sie passt ja ausgezeichnet für den Prinzen, der in dem schrecklichen Kampfe der Niederlande gegen Spanien so oft herrliche Proben seiner Ruhe und Kaltblütigkeit gegeben hat.

Dass der Spruch *saevis tranquillus in undis* der Sinnspruch Wilhelms von Oranien gewesen ist, beweisen viele Münzen und Medaillen aus den Jahren 1568 bis 1584, dem Todesjahr des Prinzen, die fast alle auf Veranlassung der Staaten von Holland angefertigt worden sind, mit denen Marnix in steter Verbindung war. In dem grossen dreibändigen Werke von Gerard van Loon, *Niederlandsche Historipenningen ins Graaenhage*, das 1723 erschienen ist, sind 7 Münzen und Medaillen aus den Jahren 1568—1584 abgebildet, die alle auf der einen Seite das geharnischte Brustbild Wilhelms von Oranien und seinen Namen, auf der Rückseite als Emblem einen Eisvogel zeigen, der seinem auf erregter See schwimmenden Nest zufliegt. Es ist dies die Geschichte der Halkyone, die Ovid im 11. Buche seiner *Metamorphosen* erzählt. Solche Embleme, Alciatusembleme genannt, waren im 16. Jahrhundert sehr beliebt. Am Rande steht auf allen sieben Medaillen deutlich zu lesen: *saevis tranquillus in undis*. Der Prinz will durch das Sinnbild des Eisvogels Halkyon zu erkennen geben, dass er, als ein anderer Halkyon, inmitten der hochgehenden See der Niederländischen Unruhen, wie van Loon a. a. O. Bd. I. S. 346 sagt, eine ungestörte Ruhe bewahrt hat. Während der Brutzeit der Halkyonen, der Eisvögel, acht Tage vor Neujahr und acht Tage nach Neujahr liess, nach einer alten Sage, der Windgott Aeolus alle Winde ruhen. So entstand der sprichwörtliche Ausdruck „hal-

kyonische Tage“, womit man Tage glücklicher Stille und ungestörter Ruhe bezeichnete. Es sind die 14 Wintertage, während deren der Eisvogel sein Nest baut und brütet. Weil das Meer in dieser Zeit ohne Sturm zu sein pflegt, wurden sie das Symbol tiefer Ruhe. Da der Eisvogel in Holland wenig bekannt ist, wurde für ihn oft als Emblem eine Möve gesetzt.

Van Loon nennt die Devise *saevis tranquillus in undis* oft (z. B. a. a. O. S. 241) *zyne gewoonlyke beyspreuk* (seinen gewöhnlichen Sinnspruch) —

Dass der Spruch *saevis tranquillus in undis* allgemein als Leibspruch Wilhelms von Oranien bekannt war, bezeugt auch der zeitgenössische holländische Geschichtsschreiber van Meteren, dessen grosses in holländischer Sprache geschriebenes Geschichtswerk in deutscher Uebersetzung Schiller bei der Abfassung seines Werkes über den Abfall der vereinigten Niederlande von der spanischen Regierung (Kürschners Nationalliteratur Bd. 129) benutzte. Auch bei Meteren wird der Spruch *saevis tranquillus in undis* als Sinnspruch des Prinzen Wilhelm von Oranien genannt, und Schiller hatte sicher diese Worte im Sinne, als er von Wilhelm von Oranien sagte: „er war ruhig im Tumult“. (A. a. O. S. 86).

Wie Wilhelm von Oranien zu seinen Lebzeiten und noch lange darüber hinaus in aller Munde war, so war es auch seine Devise: *saevis tranquillus in undis*.

Die Theologen mussten in früherer Zeit nach altem Brauch, wenn sie in Borkum Prediger werden wollten, auf einer holländischen Universität studiert haben. Dass sie dort dann oft den Spruch des Prinzen *saevis tranquillus in undis* gehört haben, ist selbstverständlich. Einer von ihnen wird dann wohl den Spruch nach Borkum gebracht und ihn in seiner Kirche niedergeschrieben haben, indem er aus dem ersten Wort desselben *saevis* mit leichter Aenderung *mediis* gemacht hat. So ist Borkums Devise *mediis tranquillus in undis* entstanden. Der Spruch entspricht vorzüglich der geographischen Lage Borkums. Auch sonst schien der schöne Spruch vielen geeignet, für jeden Menschen als Wahlspruch zu dienen.

Frankfurt a./M.

Primer.

1

NASSAUISCHE ANNALEN

DD
491
H6
N27
v.51

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN

MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

EINUNDFÜNFZIGSTER BAND

1930

MIT 1 KARTE IM TEXT.

WIESBADEN

SELBSTVERLAG DES VEREINS

1930

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN

MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

EINUNDFÜNFZIGSTER BAND

1930

MIT 1 KARTE IM TEXT.

WIESBADEN

SELBSTVERLAG DES VEREINS

1930

DD
491
.H6
N27
v.51

*Der Nachdruck der in diesem Heft veröffentlichten Aufsätze ist nur mit besonderer
Erlaubnis gestattet.*

DRUCK VON RUD. BECHTOLD & COMP. WIESBADEN.
BUCHDRUCKEREI & LITHOGR. ANSTALT.

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
I. Die Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse im ehemaligen kurtrierischen Amt Montabaur bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Von Dr. Emil Haas aus Neitersen (Westerwald)	1—95
II. Zur Deutung alter Oertlichkeiten beim Kloster Johannisberg im Rheingau. Von Prof. Dr. Gustav Lüstner in Geisenheim a. Rh. (Mit 1 Karte)	96—113
III. Eine Kapellenstiftung in der Pfarrei Kiedrich. (Mit einer unbekannten Rheingauer Urkunde). Von Geh. Archivrat Dr. Paul Wagner in Wiesbaden	114—120
IV. Kleinere Mitteilungen: Münzfund. Von E. Suchier in Höchst a. M. . .	121
V. Nassauische Literatur der Jahre 1928 und 1929. Von Studienrat i. R. Prof. Dr. Wilh. Hofmann in Wiesbaden	122—178



Die Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse im ehemaligen kurtrierischen Amte Montabaur bis zum Ende des 18. Jahrhunderts.

Von

E. Haas-Bonn a. Rh.

Einleitung.

Die deutsche Agrargeschichte ist in den einzelnen Landschaften und Territorien sehr verschiedene Wege gegangen. Die Schärfe und Bedeutung der Gegensätze tritt am deutlichsten in die Erscheinung, wenn wir der „Gutsherrschaft“ des Ostens, insbesondere des Nordostens, eine westliche Entwicklungsform gegenüberstellen, wie sie in ihrer extremen Ausbildung im Rheinland als reine „Rentenherrschaft“ zu beobachten ist.

Das Wesen der Gutsherrschaft liegt im ausgedehnten landwirtschaftlichen Eigenbetrieb des ehemaligen Grundherrn, welchen dieser in den letzten Jahrhunderten immer mehr und mehr erweiterte. Für die Rentenherrschaft ist umgekehrt das Fehlen oder wenigstens die absolute Geringfügigkeit des landwirtschaftlichen Eigenbetriebs kennzeichnend; auch der Eigenbesitz der ehemaligen Grundherren an landwirtschaftlicher Nutzungsfläche schmilzt zusammen, und der Rest wird im allgemeinen an kleine Bauern verpachtet.

Sowohl zur ostdeutschen Gutsherrschaft, als auch zur westdeutschen Rentenherrschaft gehören leistungspflichtige Bauern. Der genannte Gegensatz aber bedingt es, dass ihre Bindungen hier und dort ganz und gar verschiedener Natur sind. Im Osten liegt das Schwergewicht auf der Arbeitsleistung im Eigenbetrieb des Herrn. Der westdeutsche Bauer dagegen bezahlt Pacht, Zins und mancherlei andere Abgaben in Geld oder Naturalien, die er aus seinem eigenen bauerlichen Betrieb herauswirtschaftet. Frondienste werden im Westen in erster Linie dem Landesherrn geleistet.

Der Bauer des Ostens steht ferner zu seinem Gutsherrn im Verhältnis der Erbuntertänigkeit, auch öffentlich-rechtlich steht der Gutsherr zwischen ihm und dem Landesherrn. Im Westen dagegen ist der Bauer unmittelbar der landesherrlichen Gerichtsbarkeit und Verwaltung unterstellt. Damit hängen starke Unterschiede in der wirtschaftlich-sozialen, wie in der rechtlichen Stellung des Bauernstandes zusammen.

Die folgenschwerste Auswirkung des Gegensatzes aber haben wir im sogenannten Bauernlegen des Ostens, d. h. in der Verdrängung von ursprünglich festangesessenen, persönlich und dinglich mehr oder minder freien Bauern aus ihrem Besitz vor uns, während im Westen grundherrlich abhängiges Land zu

freiem Bauerngut wurde. Damit in Zusammenhang steht ein Stillstand, ja sogar ein Rückgang der Besiedlung im Osten, während im Westen eher von einer Uebervölkerung des platten Landes gesprochen werden kann, deren nachteilige Wirkung z. B. in einer unwirtschaftlichen Zersplitterung von Grund und Boden in die Erscheinung tritt.

Der Gegensatz wird noch auffälliger dadurch, dass er uns erst seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts entgegentritt. Während bis dahin die Grundstruktur der agrarischen Verhältnisse in ganz Mitteleuropa die gleiche war, während die Kolonisten, die im Mittelalter zur Besiedlung des deutschen Ostens auszogen, anfänglich sogar durchweg unter günstigeren Abhängigkeitsformen angesetzt waren als ihre Standesgenossen in Altdeutschland, trat im 15. und 16. Jahrhundert jene durchgreifende Wandlung ein, deren Ursachen die Forschung seit langem beschäftigten.

Als wesentliche Voraussetzung für die Entstehung der ostdeutschen Gutsherrschaft ist der Uebergang landesherrlicher Gerichts- und Verwaltungsbefugnisse an die Grundherrschaft erkannt worden. Unter dem Eindruck dieser Feststellung steht seitdem die ganze Behandlung des Problems. Einzelne Versuche, wirtschaftliche Motive in den Vordergrund zu rücken, sind nicht durchgedrungen, weil die vorgebrachten wirtschaftlichen Triebkräfte der Gutsbildung keineswegs auf den Osten beschränkt waren, sondern im Westen ebenfalls aufgetreten sind, hier aber ganz andere Wirkungen hervorgerufen haben. Es ist aber auf der anderen Seite nicht zu übersehen, dass die Frage durch die bisherigen Erörterungen nicht ausreichend geklärt erscheint.

Wo dieses Problem bisher erörtert worden ist, war der Blick vorzugsweise auf die Gutsherrschaft des Nordostens gerichtet; in ihr sah man eine Neubildung des 16. Jahrhunderts, deren Entwicklungsursachen es zu erklären galt. Es liegt aber nahe, einmal umgekehrt zu verfahren und zu fragen, welche Ursachen und Kräfte im Westen den Grundherrschaften sozusagen enteignet und die breite Schicht der mehr oder weniger abhängigen Bauern persönlich frei und zum fast ausschliesslichen Träger der agrarischen Wirtschaft gemacht haben.

Beim gegenwärtigen Stande der Forschung darf man allerdings nicht hoffen, darauf eine schnelle und eindeutige Antwort zu finden. Die ungeheure Vielgestaltigkeit der westdeutschen Rechts- und Grundbesitzverhältnisse macht es sehr schwierig, durchgehende und typische Entwicklungslinien aufzuweisen. sobald man über allgemeine und nur das Beharrende, nicht das werdende Neue treffende Kennzeichnungen wie „versteinerte Grundherrschaft“ oder „Rentengrundherrschaft“ hinausgelangen will. Die vorliegende Untersuchung kann daher nur eine Teilfrage in Angriff nehmen. Die herrschende Auffassung, der Uebergang gerichtsherrlicher und verwaltungsrechtlicher Befugnisse an den Grundherrschaften des Nordostens wäre ausschlaggebend gewesen für die Entstehung und Entwicklung der Gutsherrschaft, wirft von selbst die Frage auf, ob umgekehrt das Fehlen oder der Verlust der Gerichts- und Verwaltungsrechte den Grundherrschaften des Westens dazu gebracht hat, seine Eigenwirtschaft in der Neuzeit noch mehr zu beschränken, als es schon im Mittelalter geschehen oder auch von Anfang an der Fall gewesen war, auf den Weg seiner ostdeutschen Standesgenossen

zur Begründung einer neuen wirtschaftlichen Machtstellung ganz zu verzichten und sein Heil einzig und allein in der Vermehrung der Renten zu suchen, oder ob hier zuletzt doch andere Umstände und Antriebe massgebend gewesen sind.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, die Wandlungen, die sich in der deutschen Agrargeschichte vom Ausgang des 12. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts vollziehen, für ein räumlich beschränktes Gebiet des Westens möglichst eingehend zu verfolgen und ihre Ursachen zu ergründen. Dabei soll besonders das Verhältnis zwischen der Grundherrschaft, den bauerlichen Rechts- und Wirtschaftsverhältnissen und der öffentlichen Gerichts- und Verwaltungsorganisation geklärt werden. Es bestand zunächst die Absicht, das ganze Gebiet Kurtriers östlich des Rheines zu berücksichtigen. Die Schwierigkeit und Fülle des Materials zwang jedoch zu einer Beschränkung auf den Bereich des ehemaligen Amtes Montabaur. Es handelt sich dabei um eines der grössten kurtrierischen Aemter, das die verschiedenen Möglichkeiten der agrarischen Entwicklung, die auch sonst in der Umgebung vertreten sind, in sich begreift.

Durch den Vergleich der Untersuchungsergebnisse mit den Verhältnissen, wie sie uns durch eine neuere Arbeit aus einem östlichen Teilgebiet bekannt sind, soll versucht werden, dem eingangs berührten Problem näher zu kommen.

I. Geographische und geschichtliche Grundlagen der Agrargeschichte im ehemaligen Amt Montabaur.

Der Aufgabenkreis der Agrargeschichte umfasst die gesamten rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der an der Landwirtschaft beteiligten Bevölkerung. Wer sich mit der Agrargeschichte einer einzelnen Landschaft oder eines bestimmten Territoriums beschäftigen will, hat zunächst Klarheit zu schaffen über die besonderen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen in seinem Untersuchungsgebiet. Die Wirtschaftsverhältnisse und die politische Stellung einer Landschaft haben zum grossen Teil ihre gemeinsame Grundlage in naturgegebenen Faktoren, also in Oberflächengestalt und Bodenbeschaffenheit, Höhenlage, Klima und Verkehrslage. Diese Dinge bilden einerseits die Grundlage für die Siedlungs- und Ertragsfähigkeit einer Landschaft; andererseits sind sie bestimmend für das Interesse, das politische Gewalten einem solchen Gebiet gegenüber an den Tag legen. Ihren innigen Zusammenhang mit den Anfängen menschlicher Kultur-tätigkeit zeigt uns die Siedlungsgeschichte; sie lässt uns die engen Wechselbeziehungen, die hier zwischen Mensch und Erde bestehen, deutlich erkennen.

Das Gebiet des früheren kurtrierischen Amtes Montabaur bildet den süd-westlichen Teil des Unterwesterwaldes, der sich als breite, aber durchaus nicht einheitliche Senke zwischen den Deckenbasalt des hohen Westerwaldes im Osten und den Höhen des Vorderwesterwaldes im Westen einschiebt. Es hat eine vollkommen unregelmässige Gestalt. Die Ostgrenze verläuft westlich einer Linie, die man sich zwischen Westerbürg und Elz gezogen denkt, die Südgrenze geht von da in ungefähr westlicher Richtung, jedoch mit vielen Unregelmässigkeiten, ungefähr bis Arzbach, die Westgrenze von da in nördlicher Richtung auf Ebernhahn zu, und die Nordgrenze zieht von Ebernhahn in nordöstlicher Richtung, bis sie die oben bezeichnete Linie Westerbürg—Elz trifft. Der Mittelpunkt des Amtes, die Stadt Montabaur, liegt im westlichen Teil dieses Gebietes.

Diese ganze, oben ungefähr umgrenzte Landschaft stellt eine Platte dar, in die einzelne Senken eingelagert sind. Sie ist gegen Lahn und Rhein, also gegen Süden und Westen geneigt, in dieser Richtung fliessen auch die Flüsse unseres Gebietes. Die geologischen Grundlagen bilden überall die Schichten des Devons, wir finden hauptsächlich Tonschiefer mit Grauwacke und Quarzit. Im Westen sind diese Schichten mannigfach von tertiärem Vulkangestein durchbrochen (Malberg, Arzbacher Köpfe) und von mächtigen Ablagerungen des Diluviums überdeckt, im Osten verschwinden sie unter den Ausläufern des hohen Westerwaldes. Dem Alluvium kommt nur ganz geringe Bedeutung zu.

Den nordwestlichen Teil unseres Gebietes nimmt die sogenannte Wirges-Siershahner Senke ein, die eine durchschnittliche Höhe von 270—290 Meter aufweist. Das Devon tritt hier nur sehr vereinzelt zu Tage, es ist zum grössten

Teil von jüngeren Bildungen des Tertiärs und Diluviums überlagert. Von den tertiären Ablagerungen sind die reichen Tonlager, welche schon früh zu einer Industrie geführt haben, die für die Gegend von grösster Bedeutung ist, besonders zu erwähnen. Als diluviale Bildungen finden wir neben Basalt- und Quarzitschotter hauptsächlich Lehm. Dieser überzieht das Gebiet in einer fast zusammenhängenden Decke, auf ihm beruht seine Fruchtbarkeit. Die Flusstäler erscheinen als breite Mulden und weisen geringe Tiefe auf.

An die Wirges-Siersshahner Senke schliesst sich im Süden in ungefähr gleicher Höhenlage die Montabaurer Platte an. Eine besondere Mächtigkeit erreicht hier der diluviale Lehm, der bis zu einer Tiefe von 38 Metern festgestellt ist. Die Flusstäler, deren Breite und geringe Tiefe wir oben hervorgehoben haben, werden nach Süden zu immer tiefer und enger. Im Westen ist die Montabaurer Platte durch eine tektonische Bruchstufe von dem Quarzit-rücken der Montabaurer Höhe (540 Meter) getrennt.

Ganz anderen Charakter als diese beiden Teilgebiete zeigt in geologischer Hinsicht der östliche Teil des ehemaligen Amtes Montabaur, das Rumpf-plateau des Unterwesterwaldes. Mit einer Höhe von über 300 Metern überragt es sowohl sein westliches Nachbargebiet, als auch sein südöstliches, die Limburg-Hadamarer Senke. Den Untergrund bilden ebenfalls die Schichten des Devons, die jedoch nur im Süden in die Erscheinung treten, im nördlichen Teil sind sie von dem Deckenbasalt des Oberwesterwaldes überlagert. Hier reichen dessen Ausläufer in unser Teilgebiet hinein, welches sozusagen eine Vorstufe des hohen Westerwaldes bildet. Die Verhältnisse für den Ackerbau liegen jedoch hier noch weit günstiger. Die Flusstäler sind im Norden breit und flach und werden nach Süden hin immer enger und steiler.

Einen kleinen Anteil hat das ehemalige Amt Montabaur dann noch an dem Limburg-Hadamarer Becken, das vor allem durch das Vorkommen von Löss gekennzeichnet ist.¹⁾

Für den Ackerbau ist vor allen Dingen die Bodenbeschaffenheit dieses Gebietes von ausschlaggebender Bedeutung, besonders das Vorhandensein von Lehm. Der im nordöstlichen Teil vorkommende Lehm zeigt eine dunkle Farbe, er ist ein Verwitterungsprodukt des Basalts und gibt nur in trockenen Jahren einen fruchtbaren Ackerboden ab. In nassen Jahren dagegen bildet er infolge seiner Wasserundurchlässigkeit einen nur schwer zu bearbeitenden Boden. Leichter dagegen ist der im übrigen Teil des ehemaligen Amtes auftretende Lehm Boden, der wahrscheinlich ein Verwitterungsprodukt devonischer Schichten darstellt. Von weiterer Bedeutung für die Agrarverhältnisse dieses Gebietes ist dann auch die Oberflächengestaltung. Der Norden zeigt breite und flache Täler, die nach Süden zu immer tiefer und damit siedlungsfeindlicher werden. Die Bergspitzen und Höhenrücken des Amtes sind mit Wald bedeckt, ferner auch die steilen Abhänge. Die Täler hingegen werden von Wiesen eingenommen, die zum Teil sehr sumpfig sind. Für den Ackerbau bleiben also nur die sanft geneigten

¹⁾ Die Darstellung der geologischen Verhältnisse erfolgt auf Grund der Erläuterungen zur geologischen Spezialkarte von Preussen und der Thüringischen Staaten. Blatt: Westerb-
burg, Selters, Montabaur, Gieroth, Hadamar, Ems.

Hänge übrig, auf denen sich der Ackerboden oft in zusammenhängenden Stücken, die ununterbrochen durch mehrere Gemarkungen laufen, oft aber auch durch kleine Wiesentäler und Wälder voneinander getrennt, ausdehnt. Ueber die Bodengüte möge folgende Tabelle²⁾ unterrichten:

Gemarkung	Flächengehalt der Klassen:			
	I	II	III	IV
Montabaur	118	440	404	330
Dernbach	25	46	262	314
Elgendorf	11	25	49	100
Eschelbach	11	23	287	62
Heiligenroth	18	89	328	256
Hübingen	4	22	195	61
Holler	20	31	182	180
Moschheim	21	94	116	69
Niederelbert	9	29	44	243
Siershahn	19	64	160	260
Untershausen	9	55	89	84
Welschneudorf	16	64	178	—
Wirges	41	218	385	419

Diese Angaben der Bodengüte für einige Dörfer des Amtes Montabaur sind kennzeichnend für unser ganzes Gebiet. Demnach gehört der grösste Teil des vorhandenen Ackerlandes der dritten und vierten Bodenklasse an.

Das Klima dieses Gebietes ist entsprechend seiner Höhenlage rauher als am Rhein, Obstblüte und Getreidereife kommen hier durchweg 14 Tage später. Die Niederschlagsmengen übertreffen die des Rheingebietes.

Der heutige Zustand dieser Landschaft ist das Ergebnis jahrhundertelanger Kulturarbeit, denn das Klima machte diesen Boden ursprünglich zu Waldboden, auf dem die einzelnen Dörfer erst durch Rodung ihr Ackerland gewannen. Schlüter zeichnet freilich bei Montabaur ein waldfreies Gebiet ein³⁾ und zwar auf Grund folgender Tatsachen: Im Norden kommen Ortsnamen von altem Gepräge (—ingen, —heim) vor. Hügelgräber aus der Hallstattzeit bei Wirges (Wahle, Fundkatalog Seite 40) deuten darauf hin, dass die Gegend in den späteren Zeiten der Vorgeschichte bewohnt war. Die Stelle liegt auf dem auf der geologischen Spezialkarte mit d bezeichneten Lehm. Allein alle diese Kriterien scheinen mir doch nicht ausreichend, um hier ein grösseres zusammenhängendes Gebiet als von Natur waldfrei festzulegen. Bodenbeschaffenheit und klimatische Verhältnisse (Niederschläge) sprechen für die Bewaldung, was freilich das Vorhandensein vereinzelter kleiner Siedlungsoasen nicht ausschliesst.

Dieses Gebiet wurde in frühgeschichtlicher Zeit von einer Strasse durchzogen, die von Koblenz über Montabaur-Limburg nach Giessen führte.⁴⁾ Sie

²⁾ Diese Angaben sind entnommen einer Tabelle, die in den Jahrbüchern des landwirtschaftlichen Vereins im Herzogtum Nassau (Bd. 15. Wiesbaden 1849) enthalten ist.

³⁾ Aubin-Niessen, Geschichtlicher Handatlas der Rheinprovinz. Köln-Bonn, 1926. Karte 1. Die frühgeschichtliche Waldbedeckung der Rheinlande (etwa 500 n. Chr.). Entwurf von Prof. Dr. O. Schlüter-Halle.

⁴⁾ Schumacher, Siedlungs- und Kulturgeschichte der Rheinlande. Bd. I. Karte 6. Mainz 1923.

ging also im westlichen Teil des Westerwaldes nördlich der Lahn vorbei und mied so den verkehrsfeindlichen Unterlauf dieses Flusses, eine Tatsache, die uns bei der alten Moselstrasse in gleicher Weise entgegentritt. Durch diese Strasse stand unser Gebiet in Verbindung mit dem Rhein und dem Limburg-Hadamarer Becken, dessen frühe Besiedlung reichlich bezeugt ist.

Siedlungsgeschichtlich steht der Westerwald in enger Beziehung mit den anderen Teilen des rheinischen Schiefergebirges, mit Hunsrück, Eifel und Taunus. Sie stellten in der Frühzeit ausgedehnte Waldgebiete dar und boten so nur Jägern, Fischern und Viehzüchtern auskömmliche Siedlungsmöglichkeiten. Ackerbauer liessen sich nur in den wenigen Lössoasen nieder (Maifeld, Limburger Grund).

Anhanden der Besiedlungsgeschichte von Hunsrück und Eifel hat nun K. Schumacher den Nachweis zu führen versucht, dass in der späteren Hallstattzeit eine aus Ostfrankreich kommende Völkerwelle mit einer charakteristischen Kultur-, Siedlungs- und Bestattungsweise, die sich von derjenigen der rheinischen Hallstattbevölkerung wesentlich unterscheidet, sich durch Eifel und Hunsrück bis zum Rheine vorschob.⁵⁾ Sie leitete die grosse keltische Völkerwanderung ein, welche keineswegs am Rhein Halt machte, sondern über diesen hinweg bis in den Westerwald vordrang.⁶⁾ Spätestens in dieser Zeit hat also der Mensch schon den Weg in den im allgemeinen schwer zugänglichen Westerwald gefunden. Zu Gebote stand ihm dabei in unserem Gebiet der oben erwähnte alte Höhenweg von Koblenz über Montabaur nach Giessen. Diese keltischen Stämme waren in erster Linie tüchtige Jäger und Viehzüchter, und als solchen kamen ihnen wald- und wiesenreiche Gebirgsgegenden besonders zustatten. Ihre Toten beerdigten sie unter Grabhügeln, während die mittelhheinische Hallstattbevölkerung ihre Toten verbrannte. Diese von Westen vordringenden Stämme kamen auch in das Gebiet des späteren Amtes Montabaur und liessen sich in dem für Viehzucht besonders geeigneten nördlichen Teil desselben nieder. Die Gegend bot ihnen Laubwald und in den breiten Ausläufern der Flusstäler ausgedehnte Weidemöglichkeiten. Hier finden wir bezeichnende Hügelgräber bei Wirges und Bilckheim.⁷⁾ Diese keltische Bevölkerung blieb während der ganzen Hallstattzeit im ungestörten Besitz ihrer Siedlungsflächen.

Strittig wurden ihnen diese erst durch vorrückende Germanenstämme gemacht. Seit dem Zuge der Cimbern und Teutonen drangen diese zum Rhein hin vor. An der Lahn sind eine Reihe germanischer Siedlungen aus jener Zeit festgestellt.⁸⁾ Im Innern des Westerwaldes jedoch scheint diese germanische Bevölkerung keine dauernden Niederlassungen begründet zu haben.

Damit treten wir in die Zeit ein, da die Römer vom Rheinland Besitz ergriffen. Sie besiedelten nur das fruchtbare Neuwieder Becken und seine an-

⁵⁾ Schumacher, *Prähistorische Zeitschrift* VIII (1916). Seite 139 ff.

⁶⁾ Schumacher, *Beiträge zur Siedlungs- und Kulturgeschichte des Westerwaldes und Taunus in der Hallstatt- und Früh-La Tène Zeit*. Nassauische Annalen, Bd. 44. Wiesbaden 1918. Seite 175 f.

⁷⁾ Wahle, E.: *Die Besiedlung Südwestdeutschlands in vorrömischer Zeit nach ihren natürlichen Grundlagen*. Ansbach 1921. Fundkatalog Seite 40.

⁸⁾ Schumacher, *Siedlungs- und Kulturgeschichte der Rheinlande*. Bd. 2. Seite 120 f. Die röm. Periode. Mainz 1923.

grenzenden Höhen und sicherten dieses Gebiet nach Osten durch die Anlage des Limes. Dieser zieht über die Höhen des Vorderwesterwaldes, also nicht allzuweit westlich an dem Gebiete des späteren Amtes Montabaur vorbei. Die Montabaurer Höhe scheint auch hier eine natürliche Scheide gebildet zu haben. Die vorrömische Bevölkerung auf den Höhen ist in römischer Zeit verschwunden, und es scheint, als ob sich hinter dem Limes ein Gebiet der Siedlungsleere gebildet habe.⁹⁾ Dass die Römer selbst im Bereich des Westerwaldes den Limes überschritten und sich jenseits desselben angesiedelt haben, ist auf Grund der bisherigen Forschungsergebnisse kaum anzunehmen. Allerdings will man bei Urbach (Dierdorf) den Grabstein eines römischen Veteranen aus dem ersten Jahrhundert gefunden haben¹⁰⁾, der nach der Ansicht Schumachers gelegentliche römische Ansiedelungen über den Limes hinaus beweist.¹¹⁾

Mit dem Verschwinden der Römer am Rhein begann für die Siedlungsgeschichte des Rheinlandes eine neue Epoche. Jetzt erst bildeten sich Siedlungsverhältnisse heraus, die wir als vollkommen dauerhaft bezeichnen können. Neben den Bodenfunden stehen uns aus dieser Zeit auch die Ortsnamen zur Feststellung und Verfolgung der Siedlungstätigkeit zur Verfügung.

Voraussetzung für die Möglichkeit, an Hand der Ortsnamen den Verlauf der Besiedelung einer Gegend darzustellen, ist die Beobachtung, dass gewisse Ortsnamentypen für eine bestimmte Zeit charakteristisch sind. Mit dem Beginn einer neuen Siedlungsperiode wechselt auch der Namentyp.¹²⁾ Das schliesst jedoch nicht aus, dass auch nach Ablauf einer Periode noch Namentypen derselben vereinzelt wirksam sind. Bei Verwendung der Ortsnamen müssen wir uns weiter darüber klar sein, dass diese allein kein sicheres Mittel bieten, den Gang der Besiedelung festzustellen. Wir müssen vielmehr die Ergebnisse der Ortsnamenforschung verbinden mit den Ergebnissen geographischer und historischer Forschung.¹³⁾

Als älteste Namentypen gelten die Ortsnamen auf —ingen und —heim.¹⁴⁾ Sie finden wir vorwiegend in den Gebieten, die auf Grund ihrer natürlichen Verhältnisse schon in frühester Zeit besiedelt waren, also in Gebieten, die entweder von Natur aus waldfrei waren oder doch zu den am frühesten gerodeten gehören. Innerhalb des Amtes Montabaur haben wir 11 Dörfer solcher Namentypen, 7 auf —ingen (Düringen, Elbingen, Kölbingen, Oetzingen, Möllingen, Härtlingen und Hübingen) und 4 auf —heim (Bilkheim, Bladernheim, Guckheim und Moschheim). Für das Alter dieser Ortsgründungen spricht zunächst ihre günstige geographische Lage. Sie liegen nämlich zum grössten Teil im Norden des Amtes Montabaur, der durch seine breiten, wenig tiefen und wiesenreichen Täler ausgezeichnet ist. Das Gebiet der —ingen-Orte erstreckt sich

⁹⁾ Bach, A.: Die Siedlungsnamen des Taunusgebietes in ihrer Bedeutung für die Siedlungsgeschichte. Bonn 1927. Seite 19 § 13.

¹⁰⁾ Bonner Jahrbücher 107. Seite 116. Bonn 1901. Westdeutsche Zeitschrift XI. S. 284 f. Trier 1892.

¹¹⁾ Schumacher, a. a. O. (Anm. 4.) Bd. 2, S. 163.

¹²⁾ Bach a. a. O. Seite 168, § 39.

¹³⁾ " " " " " 164, § 33,

¹⁴⁾ " " " " " 201, § 64. Seite 204, § 65.

über die ehemalige Amtsgrenze hinaus (Wölferlingen, Freilingen).¹⁵⁾ Südlich an das Gebiet der —ingen-Orte schliessen sich die —heim-Orte an. Neben den oben erwähnten geographischen Vorbedingungen bezeugen vor allem auch die Gräberfunde aus der Hallstattzeit¹⁶⁾ die frühe Besiedelung dieser Gegend.

Eine dichtere Besiedlung brachte unserm Gebiet aber erst die mittlere Ausbauperiode des Mittelalters. Die Ortsnamen für die in dieser Periode entstandenen Siedlungen sind in erster Linie Bildungen auf —hausen, —dorf, —stadt, —hofen, —bach und —felden. Die Zahl dieser Ortsnamen ist im Amte Montabaur besonders hoch. Es kommen vor:

auf —hausen: Ewighausen, Goldhausen, Görgeshausen, Ehringhausen, Ettinghausen, Nentershausen, Oberhausen, Untershausen, Zehnhausen;

auf —dorf: Elgendorf, Ettersdorf, Haindorf, Welschneudorf, Wörsdorf;

auf —hofen: Arnshofen, Kühnhofen, Stahlhofen;

auf —bach:¹⁷⁾ Daubach, Dernbach, Etzelbach, Gackenbach, Holbach (Klein- und Gross-Holbach), Herschbach, Horbach, Erbach (Nieder- und Ober-Erbach), Pütschbach, Ruppach.

Zusammen gehören dieser Siedlungsperiode also 29 Orte an, die sich über das ganze Amt verteilen.

Als jüngste Ortsnamentypen treten uns in diesem Gebiete Bildungen auf —rod und —scheid entgegen. Wir finden:

auf —rod: Berod, Girkenroth, Girod, Heiligenroth, Leuterod, Roth, Rothenbach, Wehrod, Sespenrod;

auf —scheid: Bannberscheid, Brandscheid, Heilberscheid, Sainscheid, Wanscheid.

Die Entstehung der Siedlungen auf —rod ist schon durch den Namen gekennzeichnet, es handelt sich dabei um Rodungsdörfer. Dass Rodungen in unserm Gebiet bis im 13. Jahrhundert vor sich gegangen sind, ist ausdrücklich bezeugt.¹⁸⁾ Dieser jüngsten Siedlungsperiode gehören in unserm Gebiet 14 Orte an, die sich über das ganze Amt verteilen, wenn wir auch ein Ueberwiegen der Dörfer auf —rod im östlichen Teil, den wir als Rumpfplateau des Unterwesterwaldes bezeichneten, feststellen können.

Unter der Voraussetzung, dass diese in andern Landschaften gefundene und erprobte Periodisierung der Siedlungen nach ihren Namen auch für unser

¹⁵⁾ Schumacher, a. a. O. Bd. 3 weist ebenfalls auf die Tatsache hin, dass die ersten Ansiedler in der Hauptsache Viehzüchter waren, wenn er bei Behandlung des Limburger Beckens schreibt: „Jngen = Orte sind weniger häufig in dem unteren Ackerland des Limburger Beckens als in seinem oberen für Viehzucht geeigneteren Gebirgsauslauf bei Westerbürg“.

¹⁶⁾ Wahle, a. a. O. Fundkatalog S. 40. Wirges und Bilkheim.

¹⁷⁾ Bach (§ 62) betrachtet zwar die Ortsnamen auf —bach als Stellenbezeichnungen und schreibt dann über sie: „einer bestimmten Siedlungsperiode gehören sie nicht an“. Und doch sind diese Siedlungen, die entweder an Bächen oder in der Nähe derselben liegen, in bezug auf ihre natürliche Lage zum grossen Teil weit besser gestellt, als die um 1200 entstandenen Rodungsdörfer. Für eine zeitliche Begrenzung der bach-Namen können also geographische Gesichtspunkte herangezogen werden, und diese sprechen dafür, die Mehrzahl der —bach Siedlungen jener mittleren Periode einzuordnen.

¹⁸⁾ Liber annalium jurium Archiepiscopi et ecclesie Treverensis. (L. a.) XXXVI, 6. An dieser Stelle wird ausdrücklich gesagt, dass von den 6 Kammerforsten des Erzbischofs 2 gerodet sind. Ueber den L. a. siehe Abschnitt II, Anmerkung 27.

Gebiet zurecht besteht, woran zu zweifeln kein Anlass vorliegt, stellen wir demnach fest, dass der Hauptanteil der Besiedelung des Amtsgebietes von Montabaur der mittleren und späteren Siedlungsperiode zukommt, unser Gebiet also zu den spät besiedelten gehört. Die Scheidung der Ortsnamen in 3 Gruppen soll dabei keineswegs sagen, dass diese 3 Siedlungsperioden in scharfer zeitlicher Trennung aufeinander folgten, sie gingen vielmehr ohne deutliche Grenzen ineinander über. Die Natur des Bodens hat hier auf lange Zeit eine dichtere Besiedlung verhindert. Der befruchtende Einfluss römischer Kultur und römischen Wirtschaftslebens hat vollkommen gefehlt.

Betreffs der Siedlungsform können wir heute ein überwiegendes Vorherrschen des Gewanndorfes feststellen, nur vereinzelt kommen alleinliegende Höfe vor.¹⁹⁾ Beim Gewanndorf liegen die Gebäude vieler Bauern zusammen, ihr Grundbesitz ist in einer gewissen Regelmässigkeit in vielen Streifen auf mehrere Flurabschnitte, die sogenannten Gewanne, verteilt.²⁰⁾ Beim Einzelhof dagegen liegt der Besitz des einzelnen Bauern in geschlossenem Bering im Umkreis seiner alleinstehenden Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Nun besteht nach Steinbach ein Zusammenhang zwischen den ältesten Siedlungsräumen, wie sie vor dem Beginn des mittelalterlichen Ausbaues vorhanden waren, und dem ursprünglichen Verbreitungsgebiet der Gewanndörfer.²¹⁾ Dem scheinen die Verhältnisse unseres Gebietes zu widersprechen. Aber wir dürfen eben die hier herrschende Gewannverfassung nicht als das Ergebnis einer einmaligen systematischen Anlage betrachten.²²⁾ Sie ist vielmehr in langsamer Entwicklung geworden. Bei den ersten Ansiedlern lag das Hauptgewicht noch auf Viehzucht und Jagd, erst langsam vollzog sich der Uebergang zum Ackerbau. Zuerst war der kleine Besitz des einzelnen Bauern geschlossen oder doch auf wenige Flurabschnitte verteilt. Die Vergrösserung des Ackerlandes durch Rodung war Sache des einzelnen. Nicht eine Genossenschaft tritt uns hier ursprünglich als Träger des Landausbaues entgegen, sondern ein einzelner, dem vom Territorialherrn die Erlaubnis erteilt wird, seine Siedlungsstelle zu vergrössern.²³⁾

Die Grösse eines Bauerngutes wurde in unserm Gebiet sowohl durch die Schwierigkeit der Landgewinnung, als auch der Bodenbearbeitung begrenzt. Grössere, zusammenhängende Komplexe von Ackerland fehlten hier. Mit dem zunehmenden Ausbau des Landes ging eine Konzentration der Wohnstätten Hand in Hand. In älteren Urkunden über unser Gebiet werden eine Reihe von Siedlungen genannt, die heute nicht mehr bestehen. Es handelt sich dabei keineswegs immer um untergegangene Dörfer, sondern um Einzelhöfe und Weiler, die sich im Laufe der Entwicklung zu Dörfern zusammengezogen haben. Einzelhöfe mit geschlossenem Bering haben sich in unserem Gebiet nur unter starkem grundherrlichen Einfluss erhalten.

Das Gebiet des ehemaligen Amtes Montabaur war von Natur aus nicht so reich ausgestattet, dass es schon früh die Aufmerksamkeit öffentlicher Ge-

¹⁹⁾ Ueber Einzelhöfe mit geschlossenem Bering siehe Abschnitt V.

²⁰⁾ Steinbach, Gewanndorf und Einzelhof. Festschrift für Aloys Schulte. 1927. Seite 44.

²¹⁾ Desgl. Seite 44.

²²⁾ Desgl. Seite 53.

²³⁾ Vergleiche dazu L. a. XXXVII, 10: Si vero aliquis sine licentia Archiepiscopi novale in silva fecerit, ... Siehe auch: Abschnitt II, S. 13. (Anlage eines Neubruchs.)

walten auf sich zog und so zum Ausgangspunkt staatlicher Bildungen wurde. Die gebirgige Natur des Westerwaldes macht uns die Tatsache verständlich, dass dieser nicht eine selbständige territoriale Entwicklung gezeitigt hat. Vielmehr dringen fremde Territorien von aussen her in das Gebiet ein, machen einen von der Natur begünstigten Ort zum Ausgangs- und Stützpunkt ihrer Bestrebungen und versuchen, von diesem Mittelpunkt ihre Landeshoheit auszubreiten. So griff von den späteren Territorien Berg von Norden her, dem Unterlauf der Sieg folgend, auf Westerwälder Gebiet über, Köln drang vom Rheine aus nach Osten vor, und Trier machte Koblenz und Limburg zum Ausgangspunkt seiner Erwerbungen auf dem Westerwald. Als Bindeglied zwischen beiden Orten erscheint das Amt Montabaur. Diese Lage unseres Gebietes zwischen der alten Rheinstrasse und dem frühgeschichtlichen Siedlungsraum an der Lahn tritt zum ersten Male bei der mittelalterlichen Gaueinteilung in die Erscheinung, der westliche Teil gehörte zum Engersgau, der östliche dagegen zum Niederlahngau.²⁴⁾ In einer Zeit, da die Eifel schon den Höhepunkt ihrer Kultur sah, freilich nicht auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, sondern durch ihre zentrale Lage im karolingischen Staate, lag der Westerwald mit Ausnahme seiner von Natur aus begünstigten Randgebiete noch ausserhalb des politischen Interesses. Beim Ausbau des Landes ist von einer starken Mitwirkung grundherrlicher Gewalten nichts zu spüren; ebenso fehlte die fördernde wirtschaftliche und kulturelle Tätigkeit der Kirche, die für die Eifel so bedeutend wurde. Der geringe Anteil, den im frühen Mittelalter öffentliche Gewalten an unserem Gebiet nahmen, lässt sich auch aus der urkundlichen Ueberlieferung der Orte erschliessen. Bis zum 10. Jahrhundert sind im Limburger Grund schon eine ganze Reihe von Siedlungen genannt, während innerhalb des Amtes Montabaur solche nur vereinzelt in den Urkunden auftreten.²⁵⁾ Wenn wir auch aus dem Nichterscheinen eines Ortes in den Urkunden der Zeit nicht auf sein Nochnichtvorhandensein schliessen können, so zeigt uns diese Tatsache doch das Fehlen des Interesses öffentlicher Gewalten. Dieses setzt in unserm Gebiet erst mit dem Erscheinen Kurtriers ein.

Die Entwicklung der erzbischöflichen Landeshoheit im kurtrierischen Amte Montabaur.

Heinrich II. übertrug im Dezember 1018 dem Erzbischof Poppo den königlichen Hof Koblenz und die Abtei St. Florin mit allem Zubehör. Konrad II. schenkte dann demselben Erzbischof am 20. Juni 1031 die Grafschaft Marfels im Einrichgau. So besass Kurtrier am Rhein und an der Lahn zwei feste Stützpunkte.²⁶⁾ Die Verbindung zwischen beiden Gebieten bildeten

²⁴⁾ Ueber die mittelalterlichen Gaue des Westerwaldes vergl. Vogel C. D., Beschreibung des Herzogtums Nassau. Wiesbaden 1843. Niederlahngau Seite 158. Engersgau Seite 160.

²⁵⁾ Vogel, a. a. O. Seite 152 f. Vergleiche dazu die wenigen Ortsnamen, die bei der Grenzbeschreibung des Montabaurer Kirchensprengels genannt werden. Siehe Seite 17 unter Anmerkung 58. 59.

²⁶⁾ Zur Entwicklung der Landeshoheit in Kurtrier vergl.: 1. Marx, Geschichte des Erzbistums Trier; 5 Bde. Trier 1858—64. 2. Marx, Entstehung des Kurstaates Trier, Trierisches Archiv Heft 3. 1899. Seite 38 ff. 3. Rudolph, Die Entwicklung der Landeshoheit in Trier bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Trierisches Archiv, Ergänzungsheft 5. 1905. 4. Rörig, Die Entstehung der Landeshoheit des Trierer Erzbischofs zwischen Saar, Mosel und Ruwer. Ergänzungsheft 13 der Westd. Zeitschrift, Trier 1906. Siehe auch Anmerkung 35 und 39.

die späteren Aemter Montabaur und Ehrenbreitstein. Von einem Besitz des Erzbischofs im Bereiche dieser Aemter hören wir zum ersten Male im Anfang des 13. Jahrhunderts. Eine bedeutende und umfassende Urkunde über die erzbischöflichen Besitzungen haben wir für diese Zeit in dem sogenannten „Liber annalium“.²⁷⁾ Das ist ein Verzeichnis erzbischöflicher Einkünfte an Geld, Naturalien und Fronden in den einzelnen dem Erstift irgendwie untergebenen Gebieten. Ein besonderer Abschnitt behandelt die erzbischöflichen Besitzungen, Rechte und Einkünfte im Bannwald Spurginbergh.²⁸⁾

Dieser Wald, so lesen wir im ersten Teil unseres Weistums, beginnt bei Loginstein (Lahnstein), wo die Lahn in den Rhein mündet, dann verläuft seine Grenze lahnauwärts bis zu dem Fluss, welcher „anra“²⁹⁾ genannt wird. Weiter steigt die Grenze an der „anra“ hinauf bis zur „isena“³⁰⁾, von dort geht sie bis „Muede“³¹⁾ längs der Westseite der Kirche, dann verläuft sie bis zur Westseite der Kirche von Helferskirchen, von wo aus sie dem Bach bis zur alten Sayn einsam folgt. Weiter zieht sie der Sayn entlang bis zum Rhein und von da ab rheinaufwärts bis zur Lahn. Dieses gesamte Waldgebiet tritt uns hier als festumgrenzter Bezirk entgegen, der den ganzen südwestlichen Teil des Westerwaldes einnimmt.

In diesem Walde war die Jagd nur mit Erlaubnis des Erzbischofs oder der von ihm damit betrauten Vögte gestattet. Wen der Förster unter Eid anzeigte, der musste 60 Schillinge Busse in den erzbischöflichen Hof nach Eschelbach zahlen. Der Vogelfang im ganzen Walde war frei, nur auf den Fang der sogenannten Bannmeise stand eine Strafe von 60 Schillingen, wie auf einen Hirsch. Von allen Strafen bekam der Erzbischof $\frac{2}{3}$ und die Vögte $\frac{1}{3}$. Wenn der Erzbischof nach Ehrenbreitstein kam und nach Isenburg oder Nassau schickte, so mussten ihm von da alle Jäger und Hunde zur Verfügung gestellt werden. Der Fischfang war ebenfalls nur mit Einwilligung des Erzbischofs oder der Vögte erlaubt. Von jedem Werkzeug, „quod hepa (= Hippe) dicitur“, soll ein Denar

²⁷⁾ Der „Liber annalium“ ist gedruckt in: 1. Lacomblet, Archiv für die Geschichte des Niederrheins, Bd. 1 Seite 309/373. Düsseldorf 1831. 2. Beyer, Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt die preussischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier bildenden mittelrheinischen Territorien (M R U B.), Bd. 2, Seite 391/428. Die beiden Ausgaben differieren nur in der Schreibweise der Namen und in den in bezug auf ihre Genauigkeit sowieso zweifelhaften Zahlen. Ueber den L. a. vergl. die Einleitung zu diesen Urkunden bei Lacomblet und Beyer, ferner: Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter II, 169 ff. Schoop, Verfassungsgeschichte von Trier, Westd. Zeitschrift, Ergänzungsheft 1, 107. Baer, Der Koblenzer Mauerbau. Publikationen der Rhein. Ges. f. Geschichte V. 1888, Seite 6 ff. Lennarz, Albert, Der Territorialstaat des Erzbischofs von Trier um 1220 nach dem Liber annalium iurium archiepiscopi et ecclesie Trevirensis. Diss. phil. Bonn, 1900. Lennarz, Albert, Prof. Dr.: Die Entstehungszeit des „Liber annalium iurium archiepiscopi et ecclesie Trevirensis“. Trierisches Archiv, Heft 28/29. Trier 1919. Die Entstehungszeit des L. a. legt Lennarz in der letztgenannten Arbeit auf die Jahre 1211 bis 1217 fest. Als engste Grenzen gibt er die Zeit zwischen dem 15. Juli 1212 und dem Ende des Jahres 1214 an.

²⁸⁾ L. a. XXXVII Jura Archiepiscopi de silva Spurginberch. Lacomblet Seite 366 ff.

²⁹⁾ Anra = Gelbach, die hinter der Burg Langenau in die Lahn mündet. Nach Vogel (a. a. O. S. 35) hieß sie noch 1492 Anner.

³⁰⁾ Eisenbach.

³¹⁾ Meudt.

gegeben werden. Wenn aber einer einen so grossen Baum fällt, dass er dazu ein Beil braucht, muss er von jedem Beil 6 Denare geben. In der Zeit vom 23. April bis zum 7. Juni durften Hunde nur an der Leine mit in den Wald genommen werden, auch war das Fahren mit einem Wagen während dieser Zeit verboten. Vom 17. September bis zum 6. Januar durfte kein Müller des Nachts mahlen, um die Fische nicht zu stören, bei Strafe von 12 Denaren.

Der Förster soll den Vogt (*advocatus ville*) zweimal im Jahre mit einem Ritter und deren Knechten, mit einem Jäger und zwei Knechten zu Fuss und mit 12 Hunden und einem „leideunde“ bei sich aufnehmen und verpflegen. Danach soll der Förster mit ihnen gehen bis zur „warta“ mit 2 Hunden. Wenn ein Hirsch naht, soll er die Hunde losslassen und den Hirsch verfolgen. Wird der Hirsch gefangen, so erhält er den „furslach“. Will der Vogt nacher noch rasten, so braucht ihm der Förster nur Feuer, Salz und Stroh zu geben, alles andere muss der Vogt dem Förster und seiner Familie bezahlen.

Wenn der Förster Ungehörigkeiten begeht, wenn er selbst Wild oder ein Böckchen oder Fische ohne Wissen des Erzbischofs fängt oder einem andern den Fang erlaubt, so soll er dreimal zitiert werden, jedesmal mit 14 Tagen Zwischenzeit. Erscheint er und wird durch die drei anderen Förster oder durch die Vögte überführt, so soll er seines Lebens verlustig gehen. Kann er aber nicht überführt werden, so soll er sich mit sieben Eideshelfern reinigen.

Wer in diesem Walde ohne Erlaubnis Kohlen brennt, bezahlt von jeder Grube einen Schilling. Wenn er die Erlaubnis des Försters hat, darf er nur dürres Holz brennen. Brennt er aber einen grünen Baum, so soll er 60 Schillinge Strafe zahlen.

Der Wald, welcher „Kammerforst“ genannt wird, gehört allein dem Erzbischof. Er kann ihn schlagen lassen wie er will, Zehnt und Medem³²⁾ empfängt er allein. Er kann Wald aufforsten; ohne Rat der Vögte darf er jedoch nichts in Ackerland umwandeln. Im ganzen Walde stehen zwei Drittel des Medems dem Erzbischof zu, ein Drittel gehört den Vögten.

Wenn einer ohne Erlaubnis des Erzbischofs in dem Walde einen Neubruach anlegt, so soll dieser den Vögten gebieten, die Saaten zu zerstören. Ausserdem soll der Missetäter 60 Schillinge geben. Ist die Saat aber schon reif, so empfängt der Erzbischof davon zwei Drittel und die Vögte ein Drittel, weiter muss noch die Strafe von 60 Schillingen entrichtet werden.³³⁾

Vier Mansen gehören den Förstern, einer zu „sibenburnen“ (Simmern), einer zu „liprechtingin“ (Leimpdingen), der dritte zu „elewartin“ (Elbert) und der vierte zu „oumete“ (Ems). Diese Mansen gibt ihnen der Erzbischof nach dem Rat der Vögte.

Innerhalb dieses ganzen Gebietes war der Erzbischof also im Besitz des Forst- und Wildbannes. Es heisst in Abschnitt 2 des L. a.: „Et si pignus ali-

³²⁾ Der Medem stellt eine pflichtmässige Abgabe an den König für die Benutzung von herrenlosem- oder Rodeland dar. Vergl. Meister, Deutsche Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis ins 15. Jahrhundert. 3. Aufl. 1922, Seite 81. (Grundriss der Geschichtswissenschaft Reihe 2, Abteilung 3.) Schroeder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. 6. Aufl. Leipzig 1919. Teil I, Seite 207.

³³⁾ Siehe auch Anmerkung 23.

cuius acceptum ferit pro violatione banni, illud in eandem curiam feretur; et si quis captivatur, etiam illuc ducetur³⁴⁾ Dem Erzbischof standen in diesem Walde Jagd und Fischerei, Holzschlag und Rodung zu. Freilich sind seine Rechte schon durch die Vögte bedeutend geschmälert. Wenn Michel³⁵⁾ in bezug auf den Erzbischof schreibt: „Ihm allein gehören dort (Schweine-) Zehnt und Medem“, so übersieht er, dass dies nur bei dem zu Beginn des Abschnitts 10 besonders erwähnten Kammerforst der Fall ist. Nur über ihn hat der Bischof freies Verfügungsrecht,³⁶⁾ im übrigen Wald gehören ihm nur $\frac{2}{3}$ des Medems, also der Abgabe bei Anlage von Neubrüchen, das andere Drittel steht den Vögten zu. Die Forst- und Wildbannrechte des Erzbischofs haben sich eben nur da voll und ganz erhalten, wo im Laufe der Entwicklung noch andere bildungsfähige Elemente hinzutreten.³⁷⁾

Dieser Bannwald Spurginbergh stellt unzweifelhaft alten Königsbesitz dar. Durch den Forstbann konnte der König gewisse Bezirke, sei es für eigene oder für Kolonisations- oder Dotationszwecke aus dem Recht der gemeinen Nutzung aussondern und demgemäss Jagd und Fischerei, Viehweide und Schweinemast, sowie Holzschlag und Rodung für sich oder für den von ihm mit dem Eigentum Begabten bei Strafe des Königsbannes vorbehalten.³⁸⁾ Dem entsprechen die Verhältnisse unseres Gebietes.

Für die Tatsache, dass wir es hier mit altem Königsgut zu tun haben, sprechen noch weitere Argumente. Michel³⁹⁾ weist auf den Umstand hin, dass, so oft der Erzbischof nach Isenburg oder Nassau schickte, alle dort anwesenden Jäger und Hunde ihm zugesandt werden mussten.⁴⁰⁾ Dazu schreibt er: „Diese Verpflichtung der Dynasten von Isenburg und Nassau — denn nur diese können darunter verstanden werden — leitet sich am zwanglosesten aus der Zeit her, wo sie ihrem Herrn, dem König, bei dessen Anwesenheit im Bannforst mit ihren Diensten gewärtig oder in seiner Abwesenheit mit der Ausübung der Jagd daselbst betraut waren.“⁴¹⁾

Im ganzen Bannwald bezieht der Erzbischof bzw. seine Vögte den Medem. Dieser, eine dauernde Belastung aller neu in Kultur genommenen Grundstücke, ist wohl aus dem Bodenregal des Königs abzuleiten.⁴²⁾ Weiter ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass in älterer Zeit die Strafsumme des fränkischen Königsbannes 60 „solidi“ betrug. Der Bannwald Spurginbergh

³⁴⁾ Gemeint ist die erzbischöfliche Hufe von Eschelbach.

³⁵⁾ Michel, Wie entstand die Landeshoheit des Erzbischofs von Trier in dem Gebiete zwischen Lahn, Rhein, Sayn und Gelbach? Zeitschrift für Heimatkunde von Koblenz und Umgebung. 1. Jahrgang. 1920, Seite 109.

³⁶⁾ Vergleiche Seite 13.

³⁷⁾ Siehe Seite 16.

³⁸⁾ Schröder, a. a. O. I. Seite 209.

³⁹⁾ Michel, Zur Geschichte der Sporkenburg, sowie der ehemaligen Vogtei Denzerode bei Ems. Annalen des Vereins für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. Bd. 31. S. 203–214. Wiesbaden 1901.

⁴⁰⁾ L. a. XXXVII, 4. Vergl. S. 12.

⁴¹⁾ Michel, a. a. O. (Nass. Ann.) Seite 204.

⁴²⁾ Schroeder, a. a. O. I. 207.

war also unter Königsschutz gestellt und wird demnach auch dem Erzbischof vom Könige verliehen worden sein.

Innerhalb dieses Waldes erscheint der König aber auch schon in früher Zeit als Grundherr. So schenkte König Ludwig II. am 1. Juli 868 dem Frauenkloster Herford zwei Herrenhöfe zu Overanberg (Arenberg) und Lindwinesthorp (Leutesdorf) mit 30 Mansen und Hörigen beiderlei Geschlechts, Waldungen, Fischerei und allen Regalien daselbst.⁴³⁾

Zu welcher Zeit der Erzbischof von Trier in den Besitz dieses königlichen Forst- und Wildbannes gekommen ist, wissen wir nicht, denn eine Urkunde darüber ist nicht vorhanden. Von einem Besitz desselben in dieser Gegend hören wir zum ersten Mal anlässlich der Uebertragung des inmitten des Bannwaldes gelegenen Hofes Denzinrode an das Kloster des heiligen Eucharius bei Trier. Erzbischof Egelbert von Trier (1079—1101) schenkte diesem Kloster „uillam nostram dominicalem cognomento de Gencenrode ultra renum sitam in comitatu Meffridi in pago qui dicitur Engeres-gowe“ samt allem Zubehör an bebautem und unbebautem Land, an Wäldern, Wasserläufen und einer Mühle, ausserdem die Kirche in Berg (Arenberg) samt zugehörigem Zehnten und zwar unter der Bedingung, „ut nullius unquam episcopi comitis uel alicuius secularie potestatis legatus uel exactor potestatem uel licentiam aliquid inde exigere uel aliquid ibi precipere habeat“.⁴⁴⁾ In einer Schenkungsurkunde, die Erzbischof Albero am 24. Okt. 1143 dem Kloster Schönstadt bei Vallendar ausstellte, wird deutlich auf die dem Erzbischof zustehenden Forstbannrechte hingewiesen, wenn es heisst: „Si aliqua novalia⁴⁵⁾ fecerint, decimam et ius episcopale quod ad nos pertinet, quia in foresta nostra sita sunt, . . . de cetero indulgemus“.⁴⁶⁾ Um diese Zeit ist der Trierer Erzbischof also schon im Besitz der Forst- und Wildbannrechte, die allerdings durch Schenkung bereits mannigfach gemindert sind.

Den grössten Verlust erlitt der Erzbischof aber in Zukunft durch die Vögte, die Herrn von Isenburg und Nassau.⁴⁷⁾ Diese Vögte scheinen die in den einzelnen Dörfern des Waldgebietes vom Erzbischof mit der Gerichtsbarkeit beliehenen Gewalthaber zu sein. Im Jahre 1476 entstand ein Streit zwischen dem Erzbischof und dem Grafen Philipp von Katzenellenbogen und Diez, sowie Johann zu Nassau und Diez „des wildfanghes und gejeches weggen der marken mit namen in nyederlansteyner marck und in horchgerner marck“, die ja im Bereiche des Bannwaldes lagen.⁴⁸⁾ Die fünf ältesten Männer der Gemeinden Nievern und Fachbach erklärten hierzu, dass die beiden Grafen allein in den genannten Marken jagdberechtigt seien.⁴⁹⁾ Die erzbischöflichen Forst- und Wildbannrechte bilden also nicht die alleinige Grundlage der späteren Landes-

⁴³⁾ Goerz, Mittelrheinische Regesten. Koblenz 1876, Seite 189.

⁴⁴⁾ Beyer, Eltester und Goerz, Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt die preussischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier bildenden Territorien. (M R U B.) 3 Bände. Koblenz 1860 bis 1874. Bd. I. Seite 453. Nr. 398.

⁴⁵⁾ Novalia = Land, welches zum ersten Male unter den Pflug genommen wird.

⁴⁶⁾ M R U B. I, Nr. 529 (Seite 585).

⁴⁷⁾ Michel, a. a. O. Seite 109. (Koblenzer Heimatblätter).

⁴⁸⁾ Michel, a. a. O. Nuss. Ann. Bd. 31. Seite 205.

⁴⁹⁾ Schöffenweistum vom 3. Jan. 1476. Orig. St. A. Wiesbaden.

hoheit, es müssen eben noch andere Rechte hinzutreten. So konnte der Erzbischof noch im 14. Jahrhundert die Herrn von Isenburg mit dem Wildbann im Walde Spurginbergh belehnen, auf die eigene Ausübung desselben also verzichten,⁵⁰⁾ ohne dadurch seine Landeshoheit irgendwie zu mindern. Diese fand eben ihre Stütze in dem Besitz öffentlicher Gerichtsbarkeit.

Schon im 13. Jahrhundert stand allgemein der Grundsatz fest, dass Wildbann- und Hoheits- (nicht Grundherrschafts-) grenzen identisch sein sollten. Im 15. Jahrhundert galten Wild- und Forstbann ohne weiteres als Sache des Territorialherrn.⁵¹⁾ Massgebend für den Besitz bzw. die Beibehaltung der Wild- und Forstbannrechte war der Besitz der Gerichtsrechte.⁵²⁾ In einem diesbezüglichen Streit zwischen Nassau und Sayn wurde entschieden: „dad der greve von Seine behalden sal den wildban, also verre also dat eijen inde die herschaf von Vroutsbreht jeit. Die greven von Nassowe sulen behalden inde besitzen den wildban, also verre also dat gerihte inde die herschaf van Sijen inde van Nassowe jeit“.⁵³⁾ Dementsprechend hat der Erzbischof in unserm Gebiet nur da seine Forstbannrechte voll und ganz erhalten können, wo er im Besitze der öffentlichen Gerichtsbarkeit war. Wo andere Territorialherrn diese Gerichtsrechte erlangt hatten, da brachten sie es mit Hilfe dieser Rechte fertig, die ehemals erzbischöflichen Forstrechte an sich zu ziehen.

Neben diesen Wild- und Forstbannrechten war der Erzbischof von Trier im Gebiete des späteren Herrschaftsbezirkes im Besitz bedeutender grundherrlicher Rechte, die wohl in gleicher Weise auf königliche Verleihung zurückgingen.

Im Bereich des Bannwaldes Spurginbergh waren schon die ältesten Salier begütert. Sie sassen von Anfang an in der Lahngegend und breiteten ihre Besitzungen nach und nach so weit aus, dass sie von Westfalen bis zum Neckar reichten.⁵⁴⁾ Nach Kremer war Graf Konrad Teilhaber der salischen Güter im Lahngau und Inhaber der Grafschaften im Engersgau, in Hessen, auf dem Eichsfelde und auf dem Gozfelde.⁵⁵⁾ Sein Neffe Hermann, der Sohn seines Bruders Gebhard, hatte um die Mitte des 10. Jahrhunderts den grössten Teil des Spurkenwaldes als Eigentum inne. Er besass in Humbach⁵⁶⁾ eine Burg und errichtete dort eine grundherrliche Eigenkirche, die er dem Florinsstift zu Koblenz nebst zugehörigem Zehnten schenkt. Sie wurde von dem Propst des Stifts neu aus Stein errichtet und im Jahre 959 vom Erzbischof Heinrich eingeweiht.⁵⁷⁾ Das Geschenk Hermanns wurde hierbei von neuem bestätigt und die Grenze des Zehnten festgesetzt. Sie deckt sich mit dem Praedium Herzog Hermanns. Es umfasste den ganzen Spurkenwald, nur reichte es nicht bis zum Rhein, auch die Nordostecke (Grenzhausen, Nauort, Alsbach) und die Südostecke (Arenberg, Arzheim.

⁵⁰⁾ Codex diplomaticus Rheno Mosellanus. III. S. 364. Nr. 229. 21. Jan. 1338.

⁵¹⁾ Lamprecht, a. a. O. I, 479.

⁵²⁾ Rörig, a. a. O. Seite 8.

⁵³⁾ MRUB. III. Seite 1080. 2. Sept. 1259.

⁵⁴⁾ Kremer, Originum Nassovarum. I. II. Wiesbaden 1779. S. 5.

⁵⁵⁾ Derselbe Seite 75/77.

Ueber die Namensänderung Humbach-Montabaur siehe Seite 20.

MRUB. I, 264.

Horchheim, Niederlahnstein, Ems und Nassau) gehören nicht dazu.⁵⁸⁾ Da, wo sich vor dieser Grenzfestsetzung schon Grundherrschaften gebildet hatten — genannt wird in der Urkunde von 959 die Ansiedlung des Helperich (Helferskirchen) —, die zum Teil die Grundlage späterer Territorien abgaben, hat sich die Grenze nicht mehr wesentlich verändert. Nur wo der Ausbau des Landes später erfolgte, wurde sie durch die Entstehung neuer Kirchspiele nicht unwesentlich zurückgeschoben.⁵⁹⁾ Herzog Hermann war nun am 10. Dezember 949 schon gestorben und hatte nur eine Tochter Ida, die 948 den Sohn König Ottos, Ludolph, geheiratet hatte.⁶⁰⁾ Sein ganzer Besitz um Humbach (Montabaur) fiel anscheinend an das Reich zurück, denn Otto I. schenkte am 29. April 958 der Witwe Hermanns, Reginlind, Güter zu Wirges mit Hörigen.⁶¹⁾ Durch sie kamen diese Güter später an das Florinsstift zu Koblenz. Da nun die Schenkung des Hofes Denzerode unter Erzbischof Egilbert (1079—1101) geschehen ist,⁶²⁾ so muss der grosse Humbacher Besitz, soweit nicht einzelne Teile schon an Klöster und Kirchen verschenkt waren, zwischen 960 und 1100 an das Erzstift gekommen sein. Eine Urkunde darüber ist nicht vorhanden.

Im Anfang des 13. Jahrhunderts sehen wir den Erzbischof im Banne Montabaur als mächtigen Grundherrn. Nach dem L. a.⁶³⁾ besass er dort 65 Mansen, deren Inhaber zu Geld-, Hafer- und Hühnerzinsen und ausserdem zu Dienstleistungen verpflichtet waren. Von diesen 65 Mansen wurden 38 Scharhuben genannt. Sie hatten neben den erwähnten Abgaben dem Erzbischof an 5 Tagen Holz zu fällen und dieses am 6. Tage nach Ehrenbreitstein oder Koblenz zu führen. Ferner mussten sie einen berittenen Boten stellen, wenn der Erzbischof dessen bedurfte. Die übrigen 27 Mansen dagegen waren verpflichtet, dem Erzbischof jegliche Dienste zu leisten, wenn er deren bedurfte. Zu Haferzinsen waren weiter noch verpflichtet die Höfe von Berenscheid, Eschelbach, Aldendorf, Himbach, Heiligenroth, Dernbach, Siershahn, Stockin (bei Wirges), Widingis (Wirges?) und Dedinsburch (bei Wirges), sodann die Mühlen Eschilbach und Boden.⁶⁴⁾ Der Erzbischof besass weiter dort 6 Kammerforste, von

⁵⁸⁾ Ueber die Südgrenze des Kirchspiels Humbach vergl. Bach, Die alten Namen der Gemarkungen von Bad Ems und Kemmenau. Nass. Ann. Bd. 46, Seite 195 ff. Wiesbaden 1925.

⁵⁹⁾ Ueber den Bezirk der Pfarrei Humbach nach der Urkunde von 959 vergl. Fabricius, Erläuterungen zum geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz. Bd. V, Seite 286 ff. Bonn, 1913. Ueber den Zusammenhang zwischen Kirchspiels- und Bannbezirksgrenzen schreibt Aubin (Die Entstehung der Landeshoheit nach rheinischen Quellen, Studien über Grafschaft, Immunität und Vogtei, Berlin, 1920. S. 278 ff.), nachdem er auf die engen Beziehungen, die durch das Eigenkirchenwesen zwischen Kirche und Hofverband gegeben waren, hingewiesen hat: „Wir können nun auch manchmal das Zusammenfallen von Pfarre und Bannbezirk feststellen. Allein eine allgemeine Uebereinstimmung ist nicht zu behaupten. Meist sind die Kirchspiele die grösseren Räume“. In unserm Falle beobachten wir tatsächlich ein Zusammenfallen zwischen Bannbezirks- und Kirchspielsgrenzen. Als in späterer Zeit von der Kirche zu Montabaur die Kirchen zu Holler und Wirges abgetrennt wurden, wurden deren Kirchspiele zu neuen Bannbezirken. Vergl. dazu Seite 21 dieses Abschnittes. Ueber Bannbezirke siehe Anmerkung 66.

⁶⁰⁾ Michel, a. a. O. Seite 210 (Kobl. Heimatblätter).

⁶¹⁾ M. G. Dipl. I. Nr. 193. Seite 274.

⁶²⁾ Siehe Seite 17.

⁶³⁾ L. a. XXXVI. Die wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung dieser Urkunde wird im nächsten Abschnitt erörtert.

⁶⁴⁾ Vergl. Abschnitt III. Seite 26.

denen 2 abgeholzt waren. Ferner bezog er von den Mansen zu Elgendorf, Horressen und Bannberscheid jährlich 600 bzw. 300 irdene Schüsseln. Zu seinem Besitz gehörten auch noch 2 Wildhuben zu Elbert, und je eine in Ems, Simmern und Lieprehdengin (bei Welschneudorf), deren Inhaber verpflichtet waren, dem Erzbischof zu jagen und zu fischen.

Die Tatsache, dass wir es bei diesem gesamten erzbischöflichen Grundbesitz mit altem Königsgut zu tun haben, war bedeutsam für die ganze spätere Entwicklung. Königsgut besass ohne weiteres Immunität in Gestalt von Steuer- und Lastenfreiheit, Verbot des Introitus der öffentlichen Beamten und Ausschluss ihrer Banngewalt, also Immunität etwa im Ausmass der älteren Privilegien. Diese Eigenschaften behielt es auch dann, wenn es verleht oder sogar veräussert wurde.⁶⁵⁾ Als die Immunitäten im Laufe der Entwicklung öffentliche Gerichtsbarkeit erlangten, erstreckte sich diese anfangs entsprechend der Streulage der Grundherrschaft nur auf die zu dieser gehörigen einzelnen Güter. „Die abschliessende territoriale Organisation weist demgegenüber als Gebiet der meisten Immunitätsgerichte geschlossene Bezirke auf, in welchen dem Hofherrn auch die übrigen öffentlichen Rechte mehr oder minder zustanden oder von denen doch die Grafengewalt hinsichtlich dieser Rechte ausgeschlossen war. Solche Bezirke nennen wir Bannbezirke.“⁶⁶⁾ Diese Entwicklung war zur Zeit der Abfassung des L. a. im Gebiete von Montabaur schon vollzogen, denn dieses wird ausdrücklich in unserm Weistum als Bann bezeichnet. „Hec sunt jura Archiepiscopi in banno ville de Himbach“, lautet die Ueberschrift desselben. Der Erzbischof ist innerhalb dieses Bannbezirkes im alleinigen Besitz der öffentlichen Gewalt. Das wird erhärtet durch eine Bestimmung im Abschnitt 6 des L. a, wo es heisst: „Preterea in eodem banno ad petitionem 200 modia avene.“ Diese Abgabe ruht nicht auf Inhabern von bestimmten Gütern, die dem Erzbischof als ihrem Grundherrschaft abgabepflichtig sind, sondern auf allen Banninsassen. Die „petitio“ oder „bede“ wurde an den Inhaber des öffentlichen Gerichts (Vogt, Landesherrn) gezahlt⁶⁷⁾, in unserem Falle also an den Erzbischof von Trier. So tritt uns der Bann Montabaur hier als geschlossener Bezirk entgegen, in welchem dem Trierer Erzbischof öffentliche Rechte über alle Bannbewohner zustanden.

Montabaur mit dem zugehörigen Besitz war zu einer Zeit an das Erzstift gekommen, da die aus dem Forstregal erwachsenen Rechte noch lebendig waren, denn innerhalb des Bannes hat der Erzbischof mit Unterstützung seiner Ge-

⁶⁵⁾ Vergl. Aubin (a. a. O.) Seite 136.

⁶⁶⁾ Vergl. dazu Aubin (a. a. O.) Seite 251 ff. Die Entstehung der Bannbezirke Die Bildung der Bannbezirke erfolgte demnach, indem alles in ihrem Bereich gelegene Gut, auch das Eigentum und die Lehen fremder Höfe, ihrer Gerichtsbarkeit eingeordnet wird. Lamprecht (a. a. O.) I, 714 glaubt nun für ehemaliges Königsgut geschlossene Lage annehmen zu müssen. Dagegen Aubin (a. a. O.) Seite 252/53. Seine Ansicht wird auch durch die Verhältnisse unseres Gebietes bestätigt, denn obwohl es sich bei dem Grundbesitz des Erzbischofs um ehemaliges Königsgut handelte, war derselbe nicht alleiniger Grundherr im Bannbezirk, während sich seine öffentlichen Rechte über den gesamten Bannbezirk erstrecken.

⁶⁷⁾ Weis, Die ordentlichen direkten Staatssteuern von Kurtrier im Mittelalter. Diss. Münster 1893. Er zeigt, dass der Erzbischof seine Bede nicht als Grundherr, sondern als Herr des öffentlichen Gerichts forderte. (Seite 13/14).

richtbarkeit seine Forstrechte voll und ganz gewahrt. In dieser Zeit waren dem Erzbischof aber auch bereits durch die wichtigen Urkunden Karls des Grossen (1. April 722)⁶⁸⁾, Zwentibolds (5. Februar 898)⁶⁹⁾, Ludwig des Kindes (19. April 902)⁷⁰⁾ und Ottos I. (27. Januar 947)⁷¹⁾ für den Gesamtbesitz seiner Kirche und die zukünftigen Erwerbungen alle ehemals gräflichen Rechte und Gerechtsame übertragen worden, besonders die Hochgerichtsbarkeit und deren Erträgnisse. Trotzdem bestand noch im 11. Jahrhundert das Grafenamt als öffentliches Amt weiter. Von dem Hof Denzerode, den Erzbischof Egilbert dem Kloster des heiligen Eucharius schenkte, heisst es, dass er gelegen sei „in comitatu Meffridi in pago qui dicitur Engersgau“. Jedoch ist mit Sicherheit anzunehmen, dass der Graf innerhalb des erzbischöflichen Bannbezirks keine gerichtsherrlichen Rechte mehr besass. Diese waren bereits auf den Erzbischof bzw. seine Vögte übergegangen. Meffrid ist denn auch der letzte Gaugraf, der für dieses Gebiet genannt wird.⁷²⁾

Bei dem Bestreben, seine Landeshoheit weiter auszubauen, standen dem Trierer Erzbischof seine Vögte hindernd im Wege. Lehnbarkeit und Erblichkeit hatten deren Stellung bedeutend zu ihren Gunsten verschoben. Wollten die zukünftigen Landesherrn frei und ungehindert über ihre Rechte verfügen, so mussten sie sich von den Vögten unabhängig machen. Bedeutende Mittel haben die trierischen Erzbischöfe zur Rückerwerbung verlehnter Vogteien aufgewandt. So verpfändeten auch am 25. Juli 1253 die Grafen Walram und Otto von Nassau dem Erzbischof Arnold von Trier ihre vom Erzstift lehnrübrige Vogtei zu Koblenz, zu der wohl auch unser Gebiet gehörte, für 600 kölnische Mark.⁷³⁾

Damit hatte der Erzbischof in unserm Gebiet die letzte konkurrierende Gewalt beseitigt; er war nun im vollen Besitz der öffentlichen Gerichtsbarkeit und so alleiniger Herr des Bannbezirks.⁷⁴⁾

⁶⁸⁾ Karl der Grosse bestätigte dem Erzbischof von Trier für sein Gebiet am 1. April 772 durch das Immunitätsprivileg für Erzbischof Weomad volle Immunität. M. G. Dipl. Karol. I. Nr. 66. Böhmer-Mühlbacher, Regesta Imperii. (Innsbruck 1918) II. Aufl., Bd. I, Nr. 145.

⁶⁹⁾ König Zwentibold stellte dem Erzbischof Ratbod am 5. Februar 898 eine Urkunde aus, die bestimmte, dass aus allen Klöstern, Abteien mit deren Zubehör, Kirchen, Kastellen, Dörfern, Höfen mit zugehörigen Familien, Wiesen und allem, was die fränkischen Könige und andere Wohltäter für ihr ewiges Seelenheil der Trierer Kirche von St. Peter geschenkt hatten, eine Grafschaft gebildet sei, mit Freiheit von allen Abgaben bis auf 6 Pferde jährlich. „Wir bestimmen, dass nichts weiter (von dem erzbischöflichen Stuhl) gefordert werden soll, weil aus demselben eine Grafschaft gemacht worden ist“. So war der Erzbischof als Immunitätsherr im Vollbesitz der Rechte eines Grafen und konnte dessen Tätigkeit für sein Gebiet ausschliessen. Böhmer-Mühlbacher, R. J. (a. a. O.) Nr. 1973.

⁷⁰⁾ Ludwig IV. (das Kind) bestätigte diese Urkunde Zwentibolds am 19. September 902 durch das Privileg von Wadgassen. Er verlieh dem Erzbischof die gleichen Rechte auch für die Stadt Trier. MRUB. I, 214. Nr. 150. Böhmer-Mühlbacher, R. J. Nr. 2002.

⁷¹⁾ Otto I. bestätigte am 27. Januar 947 dem Erzbischof Rodbert von Trier die von seinen Vorgängern der Trierer Kirche erteilte Immunität und Zollbefreiung. Kein öffentlicher Richter darf das Gebiet der Trierer Kirche betreten. M. G. Dipl. I, S. 168, Nr. 86.

⁷²⁾ Michel, (a. a. O.) Seite 171 (Kobl. Heimatblätter).

⁷³⁾ Goerz, Mittelrheinische Regesten. Seite 243. Urkunde vom 25. Juli 1253.

⁷⁴⁾ Wir brechen die Darstellung der Entwicklung der erzbischöflichen Landeshoheit an dieser Stelle, wo sich, um mit Spangenberg und Gierke zu reden, erst eine Landesherrlichkeit herausgebildet hat, ab und verfolgen die Entwicklung derselben weiter bei Betrachtung der Amts-

Dem aufstrebenden Kurstaat traten bei seinem Bestreben nach Ausbildung der Landeshoheit andere Gewalten hindernd und hemmend in den Weg. Immer wieder mussten sich die trierischen Erzbischöfe ihre Rechte von deutschen Kaisern und Königen bestätigen lassen. Erst mit der vollkommenen Durchsetzung Kurtriers änderte sich die Stellung dieser Gewalten. So hat die Entwicklung der Landeshoheit neben ihrer verfassungsrechtlichen Seite auch eine politische Geschichte.

Der erbittertste Feind der auf Ausdehnung ihrer Macht bedachten Trierer Erzbischöfe war in unserm Gebiet das Geschlecht der Herrn von Nassau. Im Kampfe der beiden Gegenkaiser Friedrich II. und Otto IV. ergriff der Erzbischof von Trier, Theoderich II. (1212–42) aus dem Hause Wied, die Partei Friedrichs, während Graf Heinrich von Nassau zu Otto stand. Beide traten sich so als Feinde gegenüber. Heinrich von Nassau blieb Sieger und setzte den Erzbischof gefangen (1212). Erst im Jahre 1214 erlangte dieser durch Kaiser Friedrich seine Freiheit. Um sein Gebiet nun gegen fernere Angriffe derer von Nassau zu schützen, stellte er das alte Kastell zu Humbach wieder her und vergrößerte es durch Neubauten.⁷⁵⁾ Dies war im Jahre 1217. Der religiösen Stimmung jener Zeit folgend nannte er die Burg, welche nun mit dem hohen Turm von dem Berge aus, auf dem sie erbaut war, die Gegend weithin beherrschte, nach dem Berge, auf welchem Jesus seinen Jüngern erschien, „Mons tabor“.⁷⁶⁾ Zur Sicherung dieser Burg warb der Erzbischof dann eine Reihe von Burgmannen⁷⁷⁾; als erster unter ihnen wird Rupert von Nassau, ein Sohn jenes Heinrich, der Erzbischof Theoderich gefangen setzte, genannt. So war eine Aussöhnung zwischen denen von Nassau und den Erzbischöfen von Trier erfolgt, in Zukunft sehen wir beide meist in gutem Einvernehmen. Damit war die weltliche Gewalt, die dem Erzbischof seine Landeshoheit im Bannbezirk Montabaur hätte streitig machen können, ausgeschaltet.

verfassung. Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat. Ein Beitrag zur Entstehung der landständischen Verfassung. München und Berlin 1912. Seite 120. „Es besteht zwischen Landesherrlichkeit und Landeshoheit ein beachtenswerter Unterschied, der auch in der strengen Scheidung der beiden Begriffe zum Ausdruck kommen sollte. Die Landesherrlichkeit entstand im 12. und 13. Jahrhundert aus der Erblichkeit des Lehns durch eine vom Lehenrecht vollzogene Umbildung, welche die vom Reiche übertragenen Befugnisse in selbständige Herrschaftsrechte verwandelte. Die fürstliche Gewalt büsste durch Anwendung privatrechtlicher Grundsätze der Teilbarkeit, Veräußerlichkeit usw. an ihrem öffentlichen Charakter ein und erhob sich erst wieder seit der Mitte des 14. Jahrhunderts zur Stellung einer wirklichen Staatsgewalt, als gleichzeitig mit dem Eindringen des römischen Rechts in der „Landeshoheit“ ein neues Prinzip zur Herrschaft kam und die Landesherren begannen, sich als Träger einer ihrem Wesen nach einheitlichen und um des öffentlichen Wohls willen unveräußerlichen und unteilbaren Staatsgewalt, mit anderen Worten als Landesobrigkeit zu betrachten“. Vergl. O. Gierke, Genossenschaftsrecht I. S. 535 ff.

⁷⁵⁾ Schliephake, Geschichte von Nassau. I. (1866) Seite 387.

⁷⁶⁾ Während des fünften Kreuzzuges (1217) hatte sich ein Bruder des Erzbischofs beim Berge Tabor in Galiläa im Kampfe gegen die Sarazenen ausgezeichnet. So wurde mit der Umnennung Humbachs in Montabaur diesem zugleich ein Denkmal gesetzt. Siehe Aubin, Frings usw. Geschichte des Rheinlandes von der älteren Zeit bis zur Gegenwart. Bd. I, S. 134f. Essen 1922. In einer Urkunde aus den Jahren 1319–23 kommt Montabaur unter folgendem Namen vor: Himbach, quae nunc Monthabur appellatur. Vergl. Meister, Geschichte der Stadt und Burg Montabaur. 1876. S. 92.

⁷⁷⁾ Hontheim, Historia Trevirensis Diplomatica. I. S. 716. Augsburg u. Würzburg 1750.

Dieser Bann Montabaur jedoch umfasste nur den westlichen Teil des späteren Amtes, zu ihm gehörte neben dem Gebiet der Stadt Montabaur auch das Gebiet der späteren Bänne Holler und Wirges. Die im L. a. genannten erzbischöflichen Güter liegen zum grossen Teil im Gebiet der späteren Bänne Holler und Wirges, ein Zeichen dafür, dass diese in jener Zeit noch mit zum Bann Montabaur gehörten.⁷⁸⁾ Bis gegen Ende des Kurstaates standen diese Bänne noch mit der Stadt Montabaur unter dem gleichen Gerichtszwang des Stadtgerichts.⁷⁹⁾ Die Abtrennung erfolgte wohl erst, als auch die Pfarreien Wirges und Holler von der Pfarrei Montabaur abgetrennt wurden.⁸⁰⁾

Beträchtlichen Zuwachs erhielt dieser alte Herrschaftsbezirk Montabaur dadurch, dass weltliche Herrn sich samt ihren Gebieten in die Lehnshoheit des Erzbistums begaben. So übertrug im Jahre 1273 Ditherich von Molsberg dem Trierer Erzbischof Dorf und Burg Molsberg und nahm sie als Lehen zurück.⁸¹⁾ Bedeutender war der Gewinn, den Kurtrier im Jahre 1564 durch den sogenannten Diezer Teilungsvertrag erhielt.⁸²⁾ In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts gehörte die Hälfte der Grafschaft Diez den Herrn von Eppenstein, die andere Hälfte denen von Nassau-Dillenburg. Beide Teile sollten in ungetrennter Gemeinschaft bleiben und wurden von ihren Herrn Kurtrier zu Lehen aufgetragen.⁸³⁾ Im Jahre 1564 jedoch wurde diese Gemeinschaft aufgelöst und Kurtrier gewann bei dieser Teilung ausser dem Kirchspiel Lindenholzhausen, das zum Amt Limburg kam, die Kirchspiele Hundsangen, Meudt, Untershausen und Salz, die zum Amt Montabaur geschlagen wurden.

Was diese weltlichen Herrn dazu bewog, sich in die Lehnsabhängigkeit des Erzbischofs zu begeben, ist unschwer zu erraten. Entweder fühlten sie sich selbst zu schwach, um sich und ihre Herrschaft durchzusetzen, oder sie suchten Schutz gegen stärkere Territorialfürsten unter der sicheren, aber immerhin nicht allzu harten Regierung der Trierer Erzbischöfe.

⁷⁸⁾ Siehe Anmerkung 59. Vergl. auch die Lage der im L. a. Abschnitt XXXVI genannten erzbischöflichen Höfe.

⁷⁹⁾ Linz, der Verfasser der Amtsbeschreibung von Montabaur führt dort noch weiter aus, dass alle Ortschaften dieser Bänne mit Ausnahme weniger Dörfer ehemals in der gleichen Gemeinschaft des Märker-Waldes standen; weiter zahlen die Ortschaften der Bänne Wirges und Holler in der Stadt Montabaur kein Zoll- und Weggeld, das alle übrigen Untertanen entrichten müssen. Vergl. die Montabaure Amtsbeschreibung des Hofrates Damian Linz. X, 7 III, 2 Bd. 2, Seite 27 f. St. A. W. (Die Abfassung der Kurtrierschen Amtsbeschreibungen erfolgte auf Grund einer Verordnung des letzten Kurfürsten Klemens Wenzeslaus vom 1. April 1783. Scotti, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem ehemaligen Churfürstentum Trier ergangen sind. 3 Bände, Düsseldorf 1832. Nr. 774. Die Montabaure Amtsbeschreibung wurde abgeschlossen am 31. Dezember 1786.)

⁸⁰⁾ Mont. Amtsbeschr. X, 7 III, 2. Bd. I, S. 29. St. A. W.

⁸¹⁾ Hontheim (a. a. O.) I. Seite 801. 22. Aug. 1273.

⁸²⁾ Montab. Amtsbeschr. X, 7. III, 2. Bd. I, S. 33. St. A. W.

⁸³⁾ Vergl. Vogel, Beschreibung des Herzogtums Nassau. S. 209 ff. Weiter: Heyn, Der Westerwald und seine Bewohner von den älteren Zeiten bis heute. Marienberg 1893. S. 26 ff.

III. Die Grundbesitzverhältnisse im trierischen Herrschaftsbezirk Montabaur zu Beginn des 13. Jahrhunderts.

Die ersten umfassenden Urkunden, die uns über die Grundbesitzverhältnisse innerhalb des ehemaligen kurtrierischen Amtes Montabaur unterrichten, fallen in den Anfang des 13. Jahrhunderts. Bekanntlich brachte diese Zeit den Zerfall der Betriebsgrundherrschaft des frühen Mittelalters und bildete einen neuen Typ der landwirtschaftlichen Organisation heraus, die Rentengrundherrschaft.⁸⁴⁾

Als wichtigste Urkunde dient uns auch hier wiederum der „Liber annalium“, der uns im Abschnitt XXXVI über Umfang und Ausnutzung des innerhalb des Bannes Montabaur gelegenen erzbischöflichen Grundbesitzes unterrichtet. Es heisst dort: „Ad curiam in himbach pertinent 65 mansi.“

Unter dieser „curia“ haben wir hier den inmitten des genannten Grundbesitzes gelegenen landesherrlichen Herrenhof oder Fronhof zu verstehen. Zu diesem Hofe gehören also die 65 Mansen.⁸⁵⁾ Als Besitzer dieser Bauerngüter gilt der Erzbischof. In anderen Abschnitten des L. a. wird dieses erzbischöfliche Besitzrecht durch die Wendungen zum Ausdruck gebracht: „In N. N. habet dominus archiepiscopus n. mansos“⁸⁶⁾ oder „In N. N. sunt n. mansi“.⁸⁷⁾ Wenn wir hier jedoch von einem Eigentum des Erzbischofs sprechen, so dürfen wir dabei keineswegs an unsern modernen Eigentumsbegriff im Sinne einer unbeschränkten Verfügungsgewalt denken. Nach den Wendungen des L. a. will es zwar scheinen, als ob diese 65 Bauerngüter unbeschränktes Eigentum des Erzbischofs wären. Aber hier gilt eben auch, was Schöningh⁸⁸⁾ sagt, dass die Weistümer keineswegs die richtigen Machtverhältnisse zeigen. Sie verzeichnen oft nur Ansprüche. Solche aber hat hier unzweifelhaft auch der Bebauer einer solchen Hufe. Das wird sich noch deutlich zeigen, wenn wir auf die Erblichkeit dieser Güter zu sprechen kommen. Dem Bauern steht unumstritten das Recht der freien Ausnutzung dieses Grundbesitzes zu, der Erzbischof dagegen hat das Recht, die noch später zu betrachtenden Abgaben und Leistungen zu fordern. Das ursprünglich wohl bessere Eigentumsrecht des Grundherrn ist schon in dieser Zeit zu einem zwar noch nutzbaren Obereigentum herabgemindert.

Im Anschluss an die oben aufgeführte Stelle fährt der L. a. weiter: „horum dicuntur 38 scharhuben, horum quilibet per annum solvet 6 solidos

⁸⁴⁾ Die einzelnen Entwicklungsstadien der westdeutschen Grundherrschaft seien im Folgenden gekennzeichnet als: 1. Betriebsgrundherrschaft, 2. Rentengrundherrschaft, 3 (reine) Renten-herrschaft. Das unterscheidende Merkmal liegt dabei in der Anteilnahme des Grundherrn an der Wirtschaftsführung. Diese war am stärksten bei der Betriebsgrundherrschaft, völlig verschwunden dagegen bei der (reinen) Renten-herrschaft, die jede Beziehung zu Grund und Boden verloren hatte. Bei der Rentengrundherrschaft dagegen ruhte die Rente des Grundherrn als feste Last noch auf bestimmtem Land. Eine scharfe Scheidung ist nicht immer möglich, da im Laufe der Entwicklung die eine Form in die andere überging.

⁸⁵⁾ Unter einem mansus verstehen wir gewöhnlich ein Bauerngut in der ungefähren Grösse von 30 Morgen.

⁸⁶⁾ L. a. I, 1. III, 1. VIII, 1 usw.

⁸⁷⁾ L. a. II, 1/2. VIII, 4—7. XIII, 1, 4, 5, 7.

⁸⁸⁾ Schöningh, Der Einfluss der Gerichtsherrschaft auf die Gestaltung der ländlichen Verhältnisse in den niederrheinischen Territorien Jülich und Köln im 14. und 15. Jahrh. Diss. phil. Leipzig 1905. Seite 13.

levis monete“.^{88a)} Die 38 Scharhuben sind also an Bauern zur Bewirtschaftung ausgetan, und diese müssen für jede Hube an Geld 6 solidos entrichten. Als weitere Abgaben haben sie mit Ausnahme von 3 Huben 4 Scheffel Hafer zu liefern, diese 3 Huben liefern nur 2 Scheffel.⁸⁹⁾ Weiter sind sie verpflichtet, an 5 Tagen im Jahre dem Erzbischof Holz zu fällen und dieses am 6. Tage nach Ehrenbreitstein oder Koblenz zu fahren.⁹⁰⁾ Ausserdem liefert jeder derselben 3 Hühner. Von 2 Wiesen sollen sie dem Erzbischof das Heu aufhäufen und einfahren. Neben Geld- und Naturalabgaben haben diese 38 Scharhubenbesitzer auch noch Arbeitsdienste der verschiedensten Art als Zins für ihr Bauerngut zu leisten.

Von den übrigen 27 Mansen heisst es: „Alii 27 mansi quilibet per annum solvet 5 solidos predictae monete et eisdem terminis et 4 modios avenae et 3 gallinas“⁹¹⁾. Hier handelt es sich ungefähr um die gleichen Abgaben an Geld, Frucht und Hühnern wie bei den Scharhubenbesitzern. Ausserdem sind die Inhaber dieser 27 Mansen aber verpflichtet, Zäune um die erzbischöflichen Wiesen zu machen und das Heu in die Scheuer zu sammeln, ja sie sind gehalten, dem Erzbischof jegliche Dienste zu leisten, wenn es nötig ist.⁹²⁾ Dabei soll ihnen der Erzbischof die Kost stellen. Diese Verpflichtung des Herrn, den bäuerlichen Fronarbeitern bei Verrichtung ihrer Arbeit die Kost zu geben, stellt eine übliche, für die mittelalterliche Grundherrschaft bezeichnende Erscheinung dar.⁹³⁾ Auch von diesen 27 Hubenbesitzern wird also neben Abgaben an Geld, Frucht und Hühnern die Leistung von Arbeitsdiensten gefordert, nur mit dem Unterschied, dass ihre Dienste ungemessen sind.

Was nun den Verfasser des L. a. veranlasst hat, die 27 Mansen von jenen 38 Scharhuben gesondert aufzuführen, zeigt uns der 3. Abschnitt unseres Weistums. Jeder Scharhubenbesitzer ist demnach verpflichtet, dem Erzbischof einen berittenen Boten zu stellen, wenn dieser ihn nötig hat.⁹⁴⁾ Solange der Erzbischof den Boten behält, ist der betreffende Mansus von jeder Abgabeverpflichtung befreit, geht das Pferd zu Grunde, so soll der Erzbischof seinen Wert ersetzen.⁹⁵⁾

Bast⁹⁶⁾ folgert aus der Bezeichnung dieser Huben als Scharhuben⁹⁷⁾ und aus dem Dienst zu Pferde, dass es sich hier um an Ritter ausgetane Hufen

^{88a)} L. a. XXXVI, 1.

⁸⁹⁾ In einer späteren Fassung des L. a. ist diese Ausnahmestellung beseitigt. Vergl. M R U B. II, Seite 423.

⁹⁰⁾ L. a. XXXVI, 2.

⁹¹⁾ L. a. XXXVI, 4.

⁹²⁾ L. a. XXXVI, 4. Tenentur Archiepiscopo servire ad quolibet servitia quando necesse est, sed Archiepiscopus eos pascet.

⁹³⁾ Über die Beköstigung der Fronarbeiter vergl. Siebeck, Der Frondienst als Arbeitssystem. Seite 66 ff. Tübingen 1904. (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Ergänzungsheft XIII).

⁹⁴⁾ L. a. XXXVI, 3.

⁹⁵⁾ Desgl.

⁹⁶⁾ Bast, Die Ministerialität im Erztift Trier. Diss. phil. Seite 104. Bonn 1918.

⁹⁷⁾ Nach Lamprecht (a. a. O.) I, 2 Seite 811 war der Schardienst ursprünglich eine Fronde wie jede andere. Im Laufe des 9. Jahrhunderts ging jedoch eine bedeutende Veränderung vor sich, Schardienst wurde nunmehr zum besseren Dienst. Da oft die Stellung eines Pferdes nötig war, wurden die Schardienste zum Privileg besser gestellter Hofbesitzer. Im 13. Jahrhundert erscheinen diese dann als volle Ministeriale.

handele, dass ihre Inhaber sich zum ministerialen Adel emporentwickelt hätten. Diese Behauptung erscheint zweifelhaft in Anbetracht der auf diesen Hufen lastenden Verpflichtungen. Ausser Natural- und Geldabgaben müssen sie dem Erzbischof Holz fällen und Heu machen. In dieser Hinsicht stehen sie den übrigen 27 Hubenbesitzern vollkommen gleich, nur dass ihre Dienste fest umrissen sind, während die jener ungemessen sind (si necesse est.) Die 38 Scharhubenbesitzer haben ihre Bauerngüter nicht als Entgelt für die Dienste, welche sie leisten müssen, wie dies regelmässig bei Ritterlehen der Fall ist, sondern diese Botendienste bilden einen Teil der Grundrente, welche sie für ihr Land entrichten müssen. Dies zeigt deutlich die Bestimmung, dass während der Zeit, da sie ihre Botendienste leisten, alle anderen Verpflichtungen ruhen.⁹⁸⁾ Freilich scheint die Stellung dieser 38 Scharhubenbesitzer eine gehobenere zu sein, als die jener 27 Mansenbesitzer, schon deshalb, weil sie nur gemessene Dienste leisten. Es besteht daher immerhin die Möglichkeit, dass sie andern sozialen Schichten entstammen.⁹⁹⁾ Dass sich die 38 Scharhubenbesitzer aber auch späterhin zum ministerialen Adel entwickelt haben, möchte ich in Hinsicht auf die im Verhältnis zu der räumlichen Enge unseres Gebietes grosse Zahl derselben für unmöglich halten. Zudem besitzen wir aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts schon ein Verzeichnis erzbischöflicher Burgmannen zu Montabaur,¹⁰⁰⁾ die mit den 38 Scharhubenbesitzern keineswegs identisch sein können.¹⁰¹⁾

Die uns hier entgegen tretende Form der Landleihe erfordert noch eine nähere Betrachtung. Ueber die zeitliche Dauer dieses Leihverhältnisses gibt uns der Abschnitt des L. a. über Montabaur keine Auskunft. Dagegen zeigen andere Abschnitte, dass der Erzbischof diese Güter zu Erbrecht vergibt.¹⁰²⁾ Bei Uebernahme der Hufen haben die Erben eine bestimmte Abgabe zu entrichten; so heisst es in einem andern Abschnitt unseres Weistums: „Si quis moritur in manso, ei succedens in eodem dat tantum ad vurehuve quantum dat census, scilicet solidos 5“.¹⁰³⁾ In einem andern Abschnitt werden als Erben des Be-

⁹⁸⁾ Lennarz (a. a. O.) schreibt Seite 85: „Nur sind die Scharhufen ausnahmslos noch mit einem census belastet, woraus erhellt, dass ihre Inhaber einfache Bauern waren, zum Unterschied von den Prümer Verhältnissen, wo die „Scararii“ identisch sind mit den Ministerialen.“ Die Tatsache, dass hier einfache Bauern Schardienste verrichteten, führt uns zurück in die Anfänge Kurtriers auf dem Westerwalde. Die weltlichen Herren standen dem Erbstift zunächst feindlich gegenüber. Erst als sich dieses vollkommen durchgesetzt hatte, änderte sich deren Stellung, und sie traten als Burgmannen in Trierische Dienste (vergl. Hontheim a. a. O. I, 716). Damit gingen wohl auch die Dienste höherer Art an diese Burgmannen über.

⁹⁹⁾ Vergl. dazu Lamprecht, Entwicklung des deutschen, vornehmlich des rheinischen Bauernstandes, während des Mittelalters und seine Lage im 15. Jahrhundert. (Westd. Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst VI 1878.) Vogteileute und Grundholde — das heisst alle Bestandteile der ländlichen Bevölkerung — verschmolzen jetzt nahezu mit einander, sie verquickten sich in dem gemeinsamen Begriff landesherrlicher Unterordnung, sie wurden landesherrliche Untertanen, oder wie sie seit dem 14. Jahrhundert auch genannt werden, „arme Leute“. Seite 27.

¹⁰⁰⁾ Hontheim, (a. a. O.) I, 716. Verzeichnis der erzbischöflichen Burgmannen zu Montabaur aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts.

¹⁰¹⁾ Dass die erzbischöflichen Burgmannen zu Montabaur mit diesen Scharhubenbesitzern nicht identisch sein können, zeigen ihre verschiedenen Grundbesitzverhältnisse. Siehe Abschn. III. Seite 27 ff.

¹⁰²⁾ L. a. I, 5. II, 1. III, 5. IV, 3. XI, 11. XXXIX, 3.

¹⁰³⁾ L. a. XXXIX, 2.

bauers (colonus) „uxor eius vel heredes ipsius“ genannt.¹⁰⁴⁾ Ueber die Art der Uebertragung und der dabei zu leistenden Abgaben lässt der L. a. nähere Angaben vermissen. Die Tatsache, dass wir es hier mit Land zu tun haben, das zu Erbrecht ausgetan ist, lässt ohne weiteres auf die Unsteigerbarkeit des Grundzinses schliessen.¹⁰⁵⁾ Dieses Leiheverhältnis ist demnach charakterisiert durch Erbllichkeit des Besitzes und Unsteigerbarkeit der Grundrente, das Land ist zu „Erbzinsrecht“¹⁰⁶⁾ ausgetan.

Diese Verhältnisse zeigen deutlich die Umwandlung, welche die Betriebsgrundherrschaft im Uebergang vom 12. zum 13. Jahrhundert erfuhr. Kennzeichnend für sie war die grundherrliche Wirtschaftsführung. Diese wurde nun aufgegeben, der Grundherr beschränkte sich auf die Verwaltung seiner Grundrenten, aus der Betriebsgrundherrschaft wurde die Rentengrundherrschaft. In unserem Falle finden wir kaum noch eine Spur des früheren Eigenbetriebs, nur einige Wiesen bewirtschaftet der Erzbischof zur Deckung seines Bedarfes an Heu auf eigene Rechnung. Heu brauchte er eben für seine eigenen Pferde, und dieses mag wohl in jener Zeit noch keinen Handelsartikel dargestellt haben. Das zum eigenen Gebrauch notwendige Heu aber als Naturalabgabe ähnlich den Fruchtzinsen zu fordern, musste ohne weiteres an der Qualitätsfrage scheitern. So hatte der Erzbischof ein besonderes Interesse daran, auf seinen Wiesen den Eigenbetrieb beizubehalten.¹⁰⁷⁾ Die notwendigen Arbeitskräfte hierzu stellten ihm die grundherrlich von ihm abhängigen Bauern. Von einer eigenen Bewirtschaftung von Ackerland finden wir in unseren Urkunden keine Spur. Das schliesst jedoch nicht aus, dass er in geringem Umfang vorhanden war; eine wirtschaftliche Bedeutung kommt ihm aber jedenfalls nicht zu.

Hervorzuheben bei dieser ganzen Wirtschaftsorganisation, der Gruppierung des grundherrlich abhängigen Landes um einen Fronhof als Rentenhebestelle, ist noch die Mannigfaltigkeit der erhobenen Abgaben, neben Geldleistungen kommen Naturalabgaben der verschiedensten Art vor. Ein Mansus in Elgendorf muss sogar 600 Schüsseln, ein halber Mansus in Horressen (orusin) und ein halber in Bannberscheidt (berincheit) müssen jeder 300 Schüsseln liefern.¹⁰⁸⁾ Lag es im Sinne der Betriebsgrundherrschaft, alle Bedürfnisse möglichst durch Eigenerzeugung zu befriedigen, so erkennen wir auch hier das Bestreben, die Selbstversorgung auf den verschiedensten Gebieten durch die Mannigfaltigkeit der Abgaben zu sichern. Wir stehen eben in einer Uebergangszeit, in der Zeit der aufkommenden Geldwirtschaft und der Entstehung der Stadtwirtschaft.

Neben diesen zu Erbzinsrecht ausgetanen Hufen, die Lennarz¹⁰⁹⁾ als „Bauernlehen“ bezeichnet, hatte der Erzbischof aber noch anderen Grundbesitz im Herr-

¹⁰⁴⁾ L. a. I, 5.

¹⁰⁵⁾ Die Unsteigerbarkeit der Grundrente war eine Folge der Erbllichkeit dieser Güter. Die Übernahme durch die Erben bedeutete nicht den Abschluss eines neuen Pachtvertrages, sondern das Weiterbestehen der alten Verhältnisse.

¹⁰⁶⁾ Im folgenden bezeichnet Erbzinsrecht (Erbzinsleihe) immer Erbllichkeit des Besitzes und feststehende Grundrente.

¹⁰⁷⁾ Vergl. Schöningh (a. a. O.) Seite 72.

¹⁰⁸⁾ Hier haben wir zugleich ein Zeugnis für die frühzeitige Entwicklung der Tonindustrie innerhalb unseres Gebietes.

¹⁰⁹⁾ Siehe Lennarz, (a. a. O.) Seite 24.

schaftsbezirk Montabaur. Es heisst im L. a.: „Item de curia eschilbach 25; in aldendorf de curia 6; in himbach 7 $\frac{1}{2}$; in hildigerode 4; in derinbach 2; in sigarshagen 1 $\frac{1}{2}$; in stockin 2; in widingis 3; in dedinsburch 1; in eschilbach de molendino 10 modii; in bodime de molendino 10.“¹¹⁰⁾

Im Anfang werden hier 3 Höfe (curia) ausdrücklich genannt, nämlich die zu „berenscheid, eschilbach und aldendorf“. Es entsteht nun die Frage, ob das Fehlen der Worte „de curia“ bei den Orten „himbach“ usw. sachlich begründet ist, oder ob wir es hier nur mit einer stilistischen Verkürzung zu tun haben. Für die letzte Annahme spricht die Tatsache, dass wir später erzbischöfliche Höfe, bestehend aus Land mit zugehörigen Gebäuden, in Himbach (Montabaur) und Derinbach (Dernbach) finden.¹¹¹⁾ Wir werden unter diesen Höfen also die alten, über den ganzen Bannbezirk verstreuten erzbischöflichen Fronhöfe zu verstehen haben. Diese sind jetzt ebenfalls zur Bewirtschaftung an Bauern ausgetan. Auffällig ist jedoch bei diesen Gütern die einheitliche Abgabe. Neben der festgesetzten Naturalabgabe hören wir nichts von Geldzinsen und Dienstleistungen. Das lässt uns vermuten, dass wir es hier mit einem erst in jüngster Zeit entstandenen Pachtverhältnis zu tun haben, zumal wir einzelne dieser Höfe im 16. Jahrhundert als erzbischöfliche Pachtgüter wiederfinden.¹¹²⁾ An ihnen hatte der Erzbischof jedenfalls ein besseres Eigentumsrecht als an den zu Erbzinsrecht ausgetanen Hufen.

Im Bereiche des Bannes Montabaur hat offenbar der Erzbischof neben dem Fronhof zu Humbach noch mehrere solcher Höfe besessen, die über das ganze Gebiet verstreut lagen. Zu jedem dieser Höfe gehörten in älterer Zeit eine Reihe abhängiger Bauerngüter. Die Grundlagen dieser Einrichtung hatte der Erzbischof zweifellos aus früherer Zeit übernommen, wenn auch der Ausbau hier und da noch unter Kurtrier erfolgt sein mag. Bei Einführung der Verwaltungsorganisation des erzbischöflichen Grundbesitzes, wie wir sie aus dem L. a. kennen gelernt haben, wurden nun die von diesen Fronhöfen abhängigen Bauerngüter einer gemeinsamen Zentrale, nämlich der erzbischöflichen „curia“ in Himbach unterstellt. Unter dieser curia haben wir nicht etwa den alten Fronhof zu verstehen, der in früherer Zeit den Wirtschaftsmittelpunkt für das um Humbach gelegene Land bildete, sondern eine neu geschaffene Rentenhebestelle für den ganzen im Banne Montabaur zu Erbzinsrecht oder in Zeitpacht ausgetanen landesherrlichen Grundbesitz. Die erzbischöfliche „curia“ im ersten Sinne tritt uns ebenfalls in unserer Urkunde wieder entgegen, sie ist für 7 $\frac{1}{2}$ Scheffel Hafer verpachtet. Das ehemals zu den Fronhöfen gehörende Salland¹¹³⁾ wurde zusammen mit diesen verpachtet. Näheres über ein solches Pachtverhältnis kann erst für eine spätere Zeit mit reichlicher überliefertem Urkundenmaterial gesagt werden.¹¹⁴⁾

¹¹⁰⁾ L. a. XXXVI, 5.

¹¹¹⁾ Siehe Abschnitt V.

¹¹²⁾ Siehe Seite 38 ff.

¹¹³⁾ Als Salland bezeichnet man das im Eigenbetrieb des Fronhofs stehende Land. „Es gab Fronhöfe mit ausgedehntem, zum Teil geradezu gutsherrschaftlichem Betrieb, und andererseits solche mit minimalem Eigenbetriebe und einem geringen Bestand an Zinsgütern“. Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte I, 229.

¹¹⁴⁾ Siehe Abschnitt V, Seite 36 ff.

Diese Zentralisierung der gesamten grundherrlichen Verwaltung, die Schaffung einer neuen Rentenhebestelle zu Montabaur für allen innerhalb des Bannes gelegenen Grundbesitz, die völlige Auflösung der alten Fronhofsverbände ist der bedeutsamste Vorgang der agrarischen Entwicklung bis zum 13. Jahrhundert und stellt tatsächlich ein so radikales Verfahren der trierischen Landesherren dar, wie es selbst im Rheinland nicht gewöhnlich ist.¹¹⁵⁾ Mit der gesamten Grundbesitzverwaltung war wohl ein besonderer Güter- und Einkünfteverwalter oder Schultheiss beauftragt, in dem wir den Vorläufer des späteren Amtskellners sehen.

Die Bedeutung der grundherrlichen Einkünfte geht aus einer Zusammenstellung der gesamten Einkünfte Kurtriers im Bannbezirk Montabaur deutlich hervor. Im letzten Absatz der mehrfach angeführten Stelle aus dem L. a. lesen wir: „Summa denariorum est 18 libre et 3 solidi levis monete; avene summa est 611 modii; gallinarum 200 minus 5. Item de duobus forestis noviter succisis solvuntur Archiepiscopo 55 modii maioris mesure“. Öffentlich rechtlicher Natur sind von diesen Einnahmen nur die als Bede gelieferten 200 Scheffel Hafer, alles andere sind grundherrliche Abgaben. Es fehlen dabei noch die Erträge des allerdings geringen Eigenbetriebs und der Wert der geleisteten Dienste. Die grundherrlichen Bezüge stellen also den Hauptanteil der erzbischöflichen Einkünfte dar. Daraus erkennen wir die Bedeutung der Grundherrschaft für die Entwicklung der erzbischöflichen Landeshoheit, sie gab dem Erzbischof die zu diesem Zwecke notwendigen finanziellen Mittel in die Hand.

Der Erzbischof war jedoch nicht alleiniger Grundherr innerhalb des Bannbezirkes, denn zur Ausbildung einer Banngrundherrschaft¹¹⁶⁾ ist es um diese Zeit noch nicht gekommen. Urkundlich erwähnt wird solcher Grundbesitz anderer Herren zum ersten Mal in dem Verzeichnis erzbischöflicher Burgmannen zu Montabaur¹¹⁷⁾ aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts. Diese Burgmannen übertragen ihren Grund und Boden dem Erzbischof, erhalten ihn als Burglehen zurück, bekommen dafür eine gewisse Geldsumme und sind zum Schutze der Burg Montabaur verpflichtet. So erhält innerhalb unseres Gebietes Gerho von Derenbach für 2 Mansen zu Hildegerode und 2 Mansen und eine Mühle zu Buling¹¹⁸⁾ 50 kölnische Mark, Konrad von Wirges für seinen Weinberg zu St. Georgium und sein Allod zu Widergis¹¹⁹⁾ 25 kölnische Mark, Ludovico de Urencede¹²⁰⁾ für Haus, Hof und Güter zu Urencede 25 kölnische Mark, ein Ritter Manthoue für seine Güter zu Dernbach 40 kölnische Mark und endlich Anselm von Hoilbach 40 kölnische Mark für sein Allod zu Hoilbach.¹²¹⁾

¹¹⁵⁾ Vergl. Kötzschke R., Studien zur Verwaltungsgeschichte der Grossgrundherrschaft Werden a. d. Ruhr. Leipzig 1901.

¹¹⁶⁾ Unter einer Banngrundherrschaft verstehen wir eine solche, in deren Bereich der Bannherr von allem Land Abgaben fordert. Sie ist erst bei einem gewissen Entwicklungsstadium der Rentengrundherrschaft möglich und hat mit Grundherrschaft sehr wenig zu tun. Vergl. Seite 18.

¹¹⁷⁾ Hontheim (a. a. O.) I, 716.

¹¹⁸⁾ Nach Domarus, Geschichte von Dernbach (1926) Seite 84, Anmerkung 18 sucht man diesen Ort an der unteren Lahnggend. Seine Lage ist nicht genau zu bestimmen.

¹¹⁹⁾ Wirges.

¹²⁰⁾ Steinefrenz.

¹²¹⁾ Holbach.

Ueber die Bewirtschaftung dieser Güter gibt uns die betreffende Urkunde keine Auskunft. So bleibt uns nur der Versuch übrig, aus den allgemeinen Agrarverhältnissen jener Zeit heraus diese Frage zu beantworten. Die Wirtschaftsform des Grossgrundbesitzes haben wir eben bei der Betrachtung der zu Erbzinnsrecht ausgetanen erzbischöflichen Bauernlehen kennen gelernt. Hier dagegen handelt es sich um Kleinbesitz; nur wenige Mansen werden dem Erzbischof übertragen. Damit soll keineswegs gesagt sein, dass diese Mansen den ganzen Besitz der betreffenden Grundherren darstellen, aber sie sind nicht wie die erzbischöflichen Bauernlehen zu einer Rentengrundherrschaft zusammengefasst.¹²²⁾ Sie stehen vielmehr in Parallele zu den alten erzbischöflichen Fronhöfen und sind wie diese verpachtet, ohne dass sie deshalb selbst alte Fronhöfe sein müssen. Dieses Verhältnis ist auch sonst im Rheinland beobachtet worden. So schreibt M. Bosch¹²³⁾: „Dagegen war der Besitz der kleinen Lehnsleute wohl stets direkt ihren Hörigen zur Bewirtschaftung übergeben“. Es war also keine Fronhofswirtschaft eingerichtet. Ueber die näheren Bedingungen einer solchen Leihe können wir hier nichts erfahren. Ob es freilich in dieser Zeit noch Hörige sind, die solchen Grundbesitz bewirtschaften, ist zweifelhaft, denn bekanntlich verzichtete im 13. Jahrhundert der Grundherr oft auf seine herrschaftlichen Gerechtsame und forderte dafür eine höhere Rente. Dies führte in der Regel zur Begründung eines freien Pachtverhältnisses.¹²⁴⁾

Die Eigentumsverhältnisse sind in diesem Falle sehr schwankend. Drei Personen sind an den Gütern beteiligt, der Erzbischof als Lehnsherr, der betreffende Ritter als Lehnsträger und der abhängige Bauer als Bewirtschafter. Letzterer kommt als Eigentümer nicht in Frage.¹²⁵⁾ Im vollen Besitz des Eigentumsrechtes war vor dem Lehnsauftrage wohl der Ritter, durch den Lehnvertrag wurde jenes allerdings wesentlich beeinträchtigt. Das Mass dieser Beeinträchtigung ergab sich aus der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kurfürst und Ritterschaft.¹²⁶⁾

Innerhalb des Herrschaftsbezirkes Montabaur besass der Adel jedoch auch solchen Grundbesitz, der in einer Rentengrundherrschaft zusammengefasst und zu Erbzinnsrecht vergeben war. Freilich fehlen für unsere Zeit die entsprechenden Urkunden, wir können das Vorhandensein adeliger Grundherrschaften nur aus ihrem Auftreten im späteren urkundlichen Material erschliessen. So lesen wir in einem Verzeichnis aus dem Jahre 1548, dass die Herrn von Wied und Isenburg zu „Bungelsshusen“¹²⁷⁾ vom Erzstift Trier ein Hofgericht zu Lehen tragen, aus dem sie jährlich nebst Zehnten 80 Malter Hafer, 16 Gänsen, 8 Fl., etliche Hühner

¹²²⁾ Auch in späteren Urkunden hören wir in bezug auf diese Mansen nichts von Hofgerichten.

¹²³⁾ Bosch, Margarete, Die wirtschaftlichen Bedingungen der Befreiung des Bauernstandes im Herzogtum Kleve und in der Grafschaft Mark im Rahmen der Agrargeschichte Westdeutschlands. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1920, Seite 20.

¹²⁴⁾ Vergl. Lamprecht (a. a. O.), Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte u. Kunst. VI, Seite 31. 1887.

¹²⁵⁾ Er ist entweder auf Grund irgendwelcher Abhängigkeitsverhältnisse zur Bebauung des Gutes verpflichtet oder er ist Pächter.

¹²⁶⁾ Darüber siehe Abschnitt V, Seite 46 ff.

¹²⁷⁾ Untershausen.

und 4 Malter harter Frucht, ein Jahr Korn, das andere Jahr Hafer, beziehen.¹²⁸⁾ Bedeutenderen Umfang erreichte der ritterschaftliche Grundbesitz dieser Art in den 4 Kirchspielen, denn hier hatte sich ein zahlreicher Adel niedergelassen.¹²⁹⁾ Die Entwicklung solchen zu Hofgerichten zusammengefassten ritterschaftlichen Grundbesitzes werden wir im Verlaufe unserer Untersuchung besonders betrachten.¹³⁰⁾

Neben Landesherrn und Adel tritt auch die Kirche im Gebiet des späteren Amtes als Grundherr auf. So besass seit 1124 das St. Georgsstift zu Limburg 6 Mansen zu Eisen und Meudt.¹³¹⁾ Weiter war das Kloster Marienstatt im Kirchspiel Salz reich begütert¹³²⁾, was wohl auf die Beziehungen desselben zu den Herren von Molsberg zurückzuführen sein dürfte. Grossen Umfang hat der geistliche Grundbesitz jedoch innerhalb unseres Gesamtgebietes nie angenommen, nur ein geistliches Hofgericht hat hier bestanden, nämlich das der Deutschherren zu Cadenbach.¹³³⁾ Bis ins späte Mittelalter hinein haben wir im Amtsbezirke Montabaur keine Niederlassung geistlicher Orden¹³⁴⁾, erst um 1400 liessen sich in Montabaur selbst Franziskaner nieder.¹³⁵⁾ Bei dem geistlichen Besitz innerhalb unseres Gebietes handelt es sich zum grossen Teil um den geringen Grundbesitz der einzelnen Dorfkirchen, welcher diesen wohl als Stiftung geschenkt worden war.

Gelegentliche spätere Nachrichten bezeugen uns, dass es auch schon im Mittelalter freibäuerlichen Besitz in unserm Untersuchungsgebiet gegeben hat. Doch lässt sich über seinen Umfang in älterer Zeit nichts feststellen.

IV. Die Einführung der Amtsverfassung.

Mit der Loslösung des erzbischöflichen Herrschaftsbezirkes von Montabaur¹³⁶⁾ aus der Verwaltungsorganisation des frühen Mittelalters, der Grafschaftsverfassung, ging Hand in Hand eine Festigung der trierischen Herrschaft nach unten durch Schaffung einer Lokalverfassung.

Die Entstehung und Entwicklung derselben im einzelnen zu behandeln würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen; der Verfasser beschränkt sich vielmehr darauf, die Ausgangspunkte dieser Entwicklung aufzuzeigen und dann in einem kurzen Querschnitt die Amtsverfassung, wie sie gegen Ende des Kurstaates im Amte Montabaur bestand, zu schildern. Einzelheiten ihrer Ent-

¹²⁸⁾ Verzeichnis der dörfen, feurstedt und haupter, auch frembder hern renthen und guldten, in der stat und banne Montabaur, anno domini 1548 beschrieben und in cantzlei überschickt. X, 7. Abt. III. Nr. 5., Nr. 72. St. A. W. Herausgegeben von Thamm, Montabaurer Gymnasialprogramm. 1906.

¹²⁹⁾ Vergl. dazu Vogel (a. a. O.) über das Kirchspiel Salz.

¹³⁰⁾ Siehe Abschnitt V dieser Arbeit. Über die Entwicklung der Hofgerichte zu Elbert, Meudt, Weidenhahn usw.

¹³¹⁾ Menzel und Sauer, Codex diplomaticus Nassovicus. I, S. 100. Nr. 171.

¹³²⁾ Über die Beziehungen zwischen Molsberg und Marienstatt siehe Vogel (a. a. O.) Seite 258.

¹³³⁾ Cadenbach kam im 16. Jahrhundert zum kurtrierischen Amt Ehrenbreitstein.

¹³⁴⁾ Vergl. Abschn. I, S. 11.

¹³⁵⁾ Vogel, a. a. O. Seite 417.

¹³⁶⁾ Siehe Abschnitt II.

wicklungsgeschichte werden, soweit sie für das Gesamtthema von Bedeutung und Interesse sind, an der betreffenden Stelle herangezogen.

Den Ausgangspunkt für die Entwicklung des späteren Amtes Montabaur stellt der erzbischöfliche Herrschaftsbezirk dar, der im Laufe der Entwicklung zum geschlossenen Bannbezirk geworden war.^{136a)} Seinen Mittelpunkt bildete die in Montabaur gelegene Burg. Ihre Aufgabe war zunächst rein militärischer Art, sie diente zum Schutz gegen mächtige Nachbarn.¹³⁷⁾ Zur Sicherung dieser Burg warb der Erzbischof eine Reihe von Burgmannen.¹³⁸⁾ Als erster unter diesen wird Rupert von Nassau genannt. Er erhielt für sein aus Rebenland, Aeckern, Wiesen und Wäldern bestehendes Allodium, das er zu Diez und Oberlahnstein besass, 60 kölnische Mark, bekam seinen Besitz als erbliches Montabaurer Burglehen zurück und übernahm dafür die Verpflichtung, das ganze Jahr hindurch auf der Burg zu Montabaur zu wohnen und diese treulich zu behüten. Verliess Rupert die Burg, löste er also von seiner Seite aus das Lehnverhältnis, so fielen seine Güter an den Erzbischof zurück. Die übrigen Burgmannen waren verpflichtet, bei der Verteidigung der Burg mitzuwirken. Sie wohnten nicht dauernd dort, sondern wurden im Falle der Gefahr aufgeboten. Dann mussten sie allen Anordnungen ihres Herrn Folge leisten. Im Ganzen waren es 27 Ritter, die der Erzbischof um 1235 als Burgmannen zu Montabaur gewann.

Neben dieser militärischen Aufgabe wurde die Burg zu Montabaur schon früh zum Mittelpunkt der Finanzverwaltung des gesamten Bannbezirks.¹³⁹⁾

Wollte der Erzbischof sich den vollen Besitz seiner Rechte und Gerechtsame im Bannbezirk Montabaur erhalten, so musste er die Fesseln des durch Erblichkeit des Besitzes erstarkten Lehnswesens überwinden und sich ein neues, ihm ganz ergebenes Beamtentum schaffen. Dies geschah mit der Einführung der Amtsverfassung am Ende des 13. Jahrhunderts. An die Stelle des erzbischöflichen Burggrafen trat ein Amtmann. Schon im Jahre 1293 wird Hermann, Herr zu Helfenstein als erzbischöflicher Amtmann von Montabaur genannt.¹⁴⁰⁾ Dieser hatte nun nicht mehr allein die militärische Aufgabe, Burg nebst Umgebung zu schützen, sondern er war zugleich Vermittler in Regierungsangelegenheiten zwischen dem Landesherrn und den einzelnen Gemeinden des Amtsbezirkes. Vor allem war er Inhaber der Polizeigewalt.

Die kurfürstlichen Amtleute hatten dagegen mit der Verwaltung der landesherrlichen Einnahmen nichts zu tun. Dafür wurde ein besonderer Beamter, der Kellner, angestellt. Seinen Vorläufer lernten wir bereits in dem erzbischöf-

^{136a)} Desgl. Seite 18.

¹³⁷⁾ Desgl. Seite 20.

¹³⁸⁾ Siehe Hontheim (a. a. O.) I, 716. Verzeichnis der erzbischöflichen Burgmannen zu Montabaur aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts.

¹³⁹⁾ Siehe Seite 27 dieser Arbeit über die Zentralisierung der Güterverwaltung. Vergl. Koernicke, Entstehung und Entwicklung der Bergischen Amtsverfassung bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Diss. phil. Bonn 1892. (Seite 40/54. Die Burg als Glied der Militärverfassung. Seite 55/59. Die Burg als Mittelpunkt der grundherrlichen und finanziellen Verwaltung.)

¹⁴⁰⁾ Siehe Michel, Die Herrn von Helfenstein. Trierisches Archiv. Seite 23.

lichen Güter- und Einkünfteverwalter zu Montabaur kennen.¹⁴¹⁾ Die Einrichtung der Kellereien erfolgte wohl im Zusammenhang mit der Amtseinteilung und der Schaffung einer neuen Verwaltungsorganisation. Die erzbischöfliche Kellerei zu Montabaur bestand bereits im Jahre 1335. Nach einer Urkunde vom 9. Februar dieses Jahres soll Diedrich von Staffeln, Ritter und Dienstmann des Erzbischofs, für die Burg Balduinstein die Burgleute rekrutieren „mit rade und willen unsers burggreven und Kelnern zu Montabur“.¹⁴²⁾ Der Kellner musste alle landesherrlichen Forderungen an Steuern, Gerichtsbussen und Domänenrenten einziehen. Die Einnahmen an Naturalabgaben hatte er bis zur Verwertung gut aufzubewahren. Andererseits zahlte er alle vom Landesherrn oder der Zentralstelle angewiesenen Gelder aus, er besoldete die Beamten, bestritt die Ausgaben für Handwerker, Ackerbestellung und Fuhren. Daher hat man diese Kellereien geradezu „Finanzämter“ genannt.¹⁴³⁾ In einer Dienstanweisung aus den Jahren 1657—1664 stehen noch genauere Anweisungen für den Kellner.¹⁴⁴⁾ Er soll einmal im Jahr an den Landrentmeister berichten, was für Vorräte auf der Kellerei lägen, das Saalbuch erneuern, Rechte, Gerechtigkeiten, Frondienste, Schöffenweistümer aufzeichnen, alle Renten und Gefälle in die Heb- und Zinsregister eintragen, die Einwohner der Orte mit Vor- und Zunamen in Listen aufzeichnen und Arbeitszettel für Handwerker und Tagelöhner dem Landrentmeister einreichen. Nach einer Verfügung aus dem Jahre 1660 musste er vierteljährlich über seine Kellerei Bericht erstatten.

Als Unterbeamte fungierten schon im späten Mittelalter die Heimbürger, welche die Abgaben in den zu ihrer „Zeche“ gehörigen Dörfern einsammelten und an die Kellerei ablieferten. Schon im Jahre 1548 war die Einteilung des gesamten Bannbezirkes Montabaur in einzelne Zechen, an deren Spitze ein Heimbürger stand, erfolgt.¹⁴⁵⁾

Es ist besonders hervorzuheben, dass das Gerichtswesen in diese Verwaltungsorganisation zunächst nicht eingegliedert war. Dies lag entweder noch in den Händen von adeligen Herrn¹⁴⁶⁾, die ihre Gerichte aber dann als erzbischöfliche Lehen inne hatten, oder es war Sache der Kirchspielsgerichte bezw. des Stadtgerichts in Montabaur und wurde in Fortsetzung der älteren Gerichtsorganisation durch ungelehrte Richter ausgeübt.¹⁴⁷⁾ Oberster Gerichtsherr war jedoch der Erzbischof, der seine Gerichtsorganisation aber erst allmählich zur vollen Durchführung brachte. So heisst es in dem Saalbuche aus dem Jahre 1589: „Item hat mein gnedigster Herr zu Montabaur inne und in dem Lande und gantzen Bann zu Montabaur Gebot und Verbot, Beyde gericht geistlich und weltlich, wasser und Weyde als des Landes gewaltiger Fürst und Herr.“¹⁴⁸⁾

¹⁴¹⁾ Siehe Abschnitt II, S. 27.

¹⁴²⁾ Thamm, Die Kellnerei des kurtrierischen Amtes Montabaur. Montab. Gymnasialprogramm 1907 Seite 3.

¹⁴³⁾ Desgl. Seite 4.

¹⁴⁴⁾ Desgl. Seite 5.

¹⁴⁵⁾ X, 7. III, 5. 1548, St. A. W.

¹⁴⁶⁾ Die Herrn von Helfenstein hatten gerichtsherrliche Rechte zu Elbert, die von Isenburg-Grenzau und Wied zu Meudt, die Herrn von Walderdorf zu Molsberg.

¹⁴⁷⁾ Schultheiss und Schöffen. Vergl. Untergerichtsordnung vom 12. Juni 1533. Hontheim (a. a. O.) II, 645.

¹⁴⁸⁾ Thamm (a. a. O.), Montab. Gymnasialprogr. 1907. Seite 9.

Während die wichtigsten Neuerungen des 14. Jahrhunderts in der Organisation der Lokalverwaltung erfolgten, brachte der Ausgang des Mittelalters und der Beginn der Neuzeit wesentliche Aenderungen auf dem Gebiete der Zentralverwaltung.¹⁴⁹⁾

Im Kriegswesen wurde das Lehnsherr durch ein Söldnerheer ersetzt, das unmittelbar der Zentralgewalt unterstand. Das Gerichtswesen erfuhr eine Aenderung durch die Aufnahme des römischen Rechts und durch seine Eingliederung in die übrige Landesverwaltung. Durch Einrichtung von Hofgerichten wurden Apellationsinstanzen bei der Zentrale geschaffen. Die Besetzung dieser Gerichte mit römisch-rechtlichen Berufsrichtern hatte die langsame Verdrängung des Laienelementes aus der Rechtspflege zur Folge. Für Kurtrier wurde es von besonderer Bedeutung, dass man jetzt das ganze Land als ein geschlossenes und einheitliches Verwaltungsgebiet betrachtete. „Seit dem 16. Jahrhundert setzt eine Fülle landesherrlicher Verordnungen ein, die alle darauf ausgehen, die Verhältnisse des Landes nicht mehr partikulär sondern einheitlich zu regeln.“¹⁵⁰⁾ Diesem Streben nach Vereinheitlichung fielen die patrimonialen Zwischengewalten auch auf dem Gebiete des Gerichtswesens nach und nach zum Opfer.¹⁵¹⁾ So bildete sich in langsamer Entwicklung die Amtsverfassung heraus, wie wir sie für das Amt Montabaur aus der Amtsbeschreibung des dortigen Amtsverwalters Damian Linz aus dem Jahre 1786 kennen lernen.¹⁵²⁾

An der Spitze des Amtes steht ein meist adeliger Amtmann, dem ein juristisch vorgebildeter Amtsverwalter zur Seite steht. Ihm liegt die Beobachtung und Ausführung aller landesherrlichen Gerechtsame mit Ausnahme der Kameral- und geistlichen Sachen ob, die besonderen Behörden unterstellt sind. Dem Amtmann zur Seite steht der Amtskellner, der sich seine selbständige Stellung als Finanzbeamter erhalten hat. Er ist zugleich Beisitzer im Amtskollegium. Die Ernennung dieser 3 Beamten ist Sache des Landesherrn, ihre Vereidigung geschieht mit Ausnahme des Kellners bei der Landesregierung. Der Kellner dagegen wird bei der kurfürstlichen Hofrentkammer als der ihm vorgesetzten Instanz vereidigt. Als Unterbeamte bzw. als Vertreter der örtlichen Selbstverwaltung haben wir dann in der Stadt Montabaur den Bürgermeister und Stadtrat, auf den Dörfern Heimbürger, Bürgermeister und Feldgeschworene. Die Ernennung der Mitglieder des Stadtrats und der Heimbürger, die früher dem jeweiligen Amtmann überlassen war, erfolgt ebenfalls von seiten der Landesregierung. Die Mitglieder des Stadtrates werden vom Stadtschultheissen, das ist der Vorsitzende des Stadtgerichts Montabaur, vereidigt, die Heimbürger dagegen werden vom Amt vereidigt. Der städtische Bürgermeister wird überhaupt nicht vereidigt, er wird nur vorgestellt. Die Dorf-

¹⁴⁹⁾ von Below, Territorium u. Stadt. S. 283/98. Die Neuorganisation der Verwaltung in den deutschen Territorien des 16. Jahrhunderts. Vergl. dazu Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat. Ein Beitrag zur Entstehung der landständischen Verfassung. München und Berlin 1912.

¹⁵⁰⁾ Knetsch, Die landständische Verfassung und reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier, vornehmlich im 16. Jahrhundert. Berlin 1909. Historische Studien Heft LXXV, Seite 104.

¹⁵¹⁾ Über das Verhältnis zwischen Erzbischof und Ritterschaft siehe Seite 46 ff.

¹⁵²⁾ X, 7. III, 21–2 1786. St. A. W. Darüber vergl. Anmerk. 79. Siehe auch Thamm, Montab. Gymnasialpr. 1909. (Auszug aus der Amtsbeschreibung.)

bürgermeister, Schützen und Feldgeschworenen werden von der Gemeinde selbst erwählt, oder ihr Amt wechselt jährlich im Kreise der Gemeindemitglieder reihum. In den beiden Bännen Holler und Wirges werden sie theils von dem jeweiligen Stadtschultheissen, theils von den Heimbürgern vereidigt, in den Kameralorten Meudt und Dahlen und in den 4 Kirchspielen jedoch durch die Gerichtsschultheissen verpflichtet. Heimbürger gibt es im ganzen Amt 42, die ein, zwei, drei und mehrere Dörfer unter sich haben. Ihr Amtsbezirk ist die Zeche, nicht die Gemeinde, an deren Spitze der Bürgermeister steht. Die Heimbürger haben in ihren Zechen die kurfürstlichen Verordnungen, sowie die Amts- und Kellereiausschreiben zu verkünden, die Amtsfronden zu verteilen und zu beschreiben und ferner diejenigen Gelder, welche nicht unmittelbar von der Kellerei empfangen werden, einzuziehen und abzuliefern. Sie müssen jedes Jahr einmal mit ihren Gerichtsschultheissen auf der kurfürstlichen Kellerei erscheinen und Rechnung ablegen. Sie selbst sind als Entgelt für ihre Tätigkeit von allen Abgaben und Leistungen wie Schultheissen- und Amtmannshühnern, Kellereibutter und Amtsfronden befreit. Sind diese Heimbürger so lokale Vertreter der Landesregierung, so treten uns die Dorfbürgermeister, Schützen und Feldgeschworenen als Träger der Gemeindeselbstverwaltung¹⁵³⁾ entgegen. Ihre Aufgabe ist die Besorgung des Gemeindehaushalts, die Verwaltung des Gemeindeeigentums an Wald und Weide, sie wachen über Feld- und Waldfrevel und üben die Dorfpolizei aus. Die Feldgeschworenen haben im besonderen die Grenzsteine zu setzen; wo keine Feldgeschworenen vorhanden sind, übernehmen Bürgermeister und Schützen diese Aufgabe.

So zeigt die kurtrierische Lokalverwaltung im Amte Montabaur einen gewissen Dualismus. Dem Heimbürger als Beamten der Landesregierung steht der Bürgermeister als Vertreter der ihre eigenen Angelegenheiten selbständig verwaltenden Landgemeinden gegenüber. Amtsverwalter Linz schreibt hierzu: „In vielen Ortschaften ist der Heimbürger zugleich ständiger Bürgermeister und wäre es aus vielen Ursachen rätlich, solches in allen Orten, wo wirklich Heimbürger sind, einzuführen; weil aber mancher zwei, drei bis vier Gemeinden in seiner Zeche hat, so kann es, ohne mehrere anzuordnen, nicht ganz allgemein werden.“¹⁵⁴⁾ Darin macht sich deutlich das Bestreben der kurtrierischen Landesregierung, Einfluss auf die Selbstverwaltung der Landgemeinden zu gewinnen, bemerkbar.

Das Gerichtswesen zeigt ebenfalls gegen Ende des Kurstaates den entsprechenden veränderten Aufbau. Als gerichtliche Instanzen haben wir jetzt das Amtsgericht, das Stadtgericht zu Montabaur, das Kameralgericht zu Meudt und Dahlen^{154 a)} und die 4 Kirchspielsgerichte zu Hundsangen, Meudt, Nentershausen und Salz. An der Spitze dieser Gerichte steht ein Schultheiss, mit Ausnahme des Amtsgerichts zu Montabaur, dem der Amtsverwalter als Vertreter des Amtmanns vorsteht. Den Schultheissen zur Seite stehen die Gerichtsschöffen. Die

¹⁵³⁾ Vergleiche Reitz, Die Selbstverwaltung der Landgemeinden im ehemaligen Kurtrier. Mittelrheinische Geschichtsblätter (Koblenz) Jahrgang 1, Nr. 1 ff.

¹⁵⁴⁾ Linz (a. a. O.) Montab. Amtsbeschr. I Seite 291.

^{154a)} Dieses ist nur zuständig für die beiden Orte Meudt und Dahlen; im übrigen Teil des Kirchspiels Meudt tritt das Kirchspielsgericht an seine Stelle.

Ernennung der Gerichtsschultheissen und -schöffen ist Sache der Zentralverwaltung. Die Zahl der Gerichtsschöffen ist ungleich; so hat das Gericht zu Hundsangen 6 Schöffen, Meudt 5, Nentershausen 7 und Salz 4. Ausserdem finden wir an den einzelnen Gerichten noch den Gerichtsschreiber und Gerichtsdienner, sie wurden von den betreffenden Gerichten selbst ernannt.

Die hohe oder Kriminalgerichtsbarkeit steht im ganzen Amte dem Erzbischof zu. Ihre Ausübung geschah früher von jedem Bauerngericht; in späterer Zeit wurde sie für das gesamte Amt dem Stadtgericht zu Montabaur übertragen. Dabei vertrat der Amtsverwalter die Stelle der Staatsgewalt. Auch nachdem durch die Verordnung vom 23. Februar 1765 der Inquisitionsprozess eingeführt wurde, blieb das Stadtgericht in ihrem Besitz. Das führte zum Konflikt mit dem Amt, es kam dahin, dass die Kriminalgerichtsbarkeit zu Meudt und Dahlen, in den 4 Kirchspielen und in dem Flecken Molsberg von dem Amte unter Zuziehung derjenigen Gerichtspersonen, in deren Bezirk sich der Fall zugetragen hatte, ausgeübt wurde. Dem Stadtgericht hingegen blieb die Kriminalgerichtsbarkeit in Montabaur und in den beiden Bännen Holler und Wirges, also nur in dem Gebiete, wo es auch die freiwillige Gerichtsbarkeit besass. Linz schreibt hierzu, dass das Amt auch hier den Vorsitz führen könnte und sollte, wie es in andern Aemtern wirklich geschieht.¹⁵⁵⁾

Die Ziviljurisdiktion ist in 2. und 3. Instanz im ganzen Amt ebenfalls kurtrierisch. Die „*jurisdictio civilis contentiosa primae instantiae*“ und die „*jurisdictio voluntaria*“ erfahren nur in dem Flecken Molsberg eine Ausnahme, wo beide den Grafen von Walderdorf zustehen. Linz wirft hier die Frage auf, ob die strittige Gerichtsbarkeit erster Instanz und also auch die erste Berufung in der freiwilligen Gerichtsbarkeit den Grafen von Walderdorf ohne weiteres oder nur in Konkurrenz mit dem Amte zustehe.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit (*jurisdictio voluntaria*) wird in der Stadt und in den beiden Bännen Holler und Wirges von dem Stadtgericht zu Montabaur, in Meudt und Dahlen von dem Kameralgericht zu Meudt und in den 4 Kirchspielen von den betreffenden Kirchspielsgerichten ausgeübt, die daher als Nebengerichte bezeichnet werden.

Die strittige Gerichtsbarkeit (*jurisdictio contentiosa*) besitzt das Stadtgericht für das Gebiet der Stadt und der beiden Bänne Holler und Wirges in Konkurrenz mit dem Amt. In Meudt und Dahlen sowie in den vier Kirchspielen steht sie eindeutig dem Amt zu. Den Nebengerichten ist die Ausübung der strittigen Gerichtsbarkeit untersagt. Das Amt bildet zugleich Berufungsinstanz für die freiwillige Gerichtsbarkeit der Nebengerichte; solange aber keine Berufung eingelegt wird, hat sich das Amt um die Ausübung dieser Gerichtsbarkeit nicht zu kümmern.

Daneben besteht noch eine besondere Rügegerichtsbarkeit. Im Gebiet der Stadt Montabaur werden die kleinen Felddiebstähle, das Hüten an fremden oder verbotenen Orten, das unterlassene Zumachen der Hecken und Aufräumen der Wiesengräben von dem zeitlichen Bürgermeister und den Stadtschützen selbst abgestraft. Von den Rügegeldern bezieht der Bürgermeister die Hälfte,

¹⁵⁵⁾ Linz, a. a. O. Seite 205.

die Schützen die andere Hälfte. In gleicher Weise werden auf den einzelnen Dörfern alle geringeren Verbrechen, die von den Schützen angezeigten Waldfrevel und die bei Gemeindeversammlungen vorkommenden Verbalinjurien von Bürgermeistern und Schützen gerügt. Die Rüsegelder werden zum Besten der Gemeinde verrechnet, zu geringem Teil auch den Bürgermeistern und Schützen überlassen oder, was hauptsächlich bei Verbalinjurien in Betracht kommt, bei versammelter Gemeinde vertrunken. Jedoch erhebt das Amt den Anspruch, auch die gesamte Rüegerichtsbarkeit, die einen wesentlichen Bestandteil der Gemeindegeldverwaltung darstellt, an sich zu ziehen.¹⁵⁶⁾

Aus dieser ganzen Organisation der Verwaltung und des Gerichtswesens erkennen wir ein erfolgreiches Streben der kurtrierischen Landesregierung nach Vereinheitlichung. Den Nebengerichten kommt nur noch eine untergeordnete Bedeutung zu, die Gerichte patrimonialer Herren sind fast vollkommen verschwunden.¹⁵⁷⁾ Hauptträger der Verwaltung und des Gerichtswesens ist das kurfürstliche Amt geworden.

Damit nimmt unser Gebiet selbst innerhalb der westdeutschen Territorien eine Sonderstellung ein. Noch im Jahre 1789 zählen wir nach Fabricius¹⁵⁸⁾ in den beiden Territorien Jülich und Köln je etwa 150 selbständige Dingstühle, trotzdem die Landesherren sich seit Anfang des 16. Jahrhunderts eifrig um die Zusammenlegung der Gerichtsbezirke bemühten.¹⁵⁹⁾ In diesen Gebieten ist es den patrimonialen Unterherren in weitem Umfange gelungen, sich ihre Mitwirkung bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit zu erhalten. Dagegen gelang es dem Kurfürsten von Trier im Amte Montabaur, die Gerichtsbarkeit vollkommen der Amtsverfassung einzugliedern. Die Bedeutung dieser Entwicklung für die Grundbesitzverhältnisse wird uns im nächsten Abschnitt beschäftigen.

V. Die Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse im ehemaligen kurtrierischen Amte Montabaur im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit.

Die Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse im Amte Montabaur vollzog sich allgemein im Rahmen der Amtsverfassung, die wir im letzten Abschnitt kennen gelernt haben und deren Eigenart für diese Entwicklung sehr bedeutungsvoll gewesen ist.

¹⁵⁶⁾ Desgl. Seite 306. „Es steht unstrittig in der Willkür des Landesherrn, den Gemeinden dieses eigene Rügen stündlich zu untersagen. Es wäre derselbe um so mehr befugt, alle von der Gemeinde bereits Gerügte noch mal zu strafen und zu solchem Ende sich alljährlich, wie nun bei Ablag der Gemeindevertretungen ohnehin geschehen muss, die Gemeinderügenlisten vorlegen zu lassen oder die Gemeindevorsteher auf die bereits gnädigst verordnete jedesmalige Anzeige der Verbrechen, besonders wenn sie von einigen Betracht sind, schärfer zu erinnern, es würde zur besseren Zucht sowohl als Kameralbestem wirklich beitragen. Es würde aber anfänglich mehr letzteres als ersteres zum Gegenstand zu haben scheinen.“

¹⁵⁷⁾ Nur die Herrn von Walderdorf blieben im Besitz der niederen Gerichtsbarkeit zu Molsberg. Vergl. Abschn. V, S. 63 ff.

¹⁵⁸⁾ Fabricius, Erläuterungen II, Seite 55/86 und 259/86.

¹⁵⁹⁾ Schöningh (a. a. O.) Seite 17/18.

Dabei wurde die Gestaltung der landesherrlichen und bäuerlichen Besitzverhältnisse im besonderen durch die von kurfürstlicher Seite eingeschlagene Finanzpolitik bedingt, die der ritterschaftlichen dagegen durch die Stellung des Trierer Adels zum Kurstaat. Der geistliche Grundbesitz, der in unserem Gebiet nur geringen Umfang aufweist, unterlag bei seiner Entwicklung keinem Sondereinfluss.¹⁶⁰⁾

A. Der landesherrliche Grundbesitz.

Nach Besitzrecht und Bewirtschaftungsweise unterschieden wir 3 Arten landesherrlichen Grundbesitzes im Amte Montabaur: Erbzinsland, Pachtland und solches, das in einem allerdings unbedeutenden Eigenbetrieb bewirtschaftet wurde. Den grössten Umfang unter dem zu Beginn des 13. Jahrhunderts urkundlich erwähnten Grundbesitzes nahm das im L. a. erwähnte erzbischöfliche Erbzinsland ein.¹⁶¹⁾ Diese Hufen treten uns wieder in einem Weistum des Hofgerichtes zu Montabaur entgegen, das in dem von dem Kellner Peter Koch zu Montabaur im Jahre 1589 angelegten „Saal- und Rentbuch“¹⁶²⁾ der Kellerei Montabaur aufgezeichnet ist. Das Weistum selbst stammt jedoch aus einer früheren Zeit, es fällt in die Jahre 1481–92.¹⁶³⁾ Dass wir es in diesem Weistum mit dem im L. a. erwähnten 65 Mansen zu tun haben, erkennen wir sowohl aus der Ausdehnung des zu dem Hofgerichte zu Montabaur gehörigen Grundbesitzes als auch aus der Gleichheit der geforderten Abgaben. Das Hofgericht erstreckt sich über den ganzen Bann Montabaur.¹⁶⁴⁾ Als Abgaben werden Hafer, Hühner und Schüsseln gefordert, weiter wird die Leistung von Arbeitsdiensten in Gestalt von Holz- und Rheinfuhren verlangt. Dies alles entspricht den im L. a. geschilderten Verhältnissen.

Das Hofgericht zu Montabaur erledigt alle Fragen zwischen dem Erzbischof als Grundherren und seinen abhängigen Bauern, die das zu diesem Hofgericht gehörige Land in Bewirtschaftung haben. Hauptgegenstand aller Verhandlungen bildet die Verteilung der geforderten Abgaben. Dreimal im

¹⁶⁰⁾ Als Ausgangspunkt unserer weiteren Untersuchungen nahmen wir die Grundbesitzverhältnisse zu Beginn des 13. Jahrhunderts (vgl. Abschn. III). Viele Dinge, über welche uns die Urkunden jener Zeit nur spärliche Nachrichten geben, erscheinen jetzt in hellerem Lichte. So sollen die folgenden Untersuchungen mit dazu dienen, die im III. Abschnitt dargelegten Ansichten zu ergänzen und zu stützen.

¹⁶¹⁾ L. a. XXXVI, 1. Siehe III, Seite 22 ff.

¹⁶²⁾ Saal- und Rentbuch der Kellerei Montabaur. X, 7. VIII b 1. 1589. St. A. W. Seite 122.

¹⁶³⁾ In diesem Weistum wird als Amtmann der Junker Peter von Eltz, als Kellner Johann Kitzinger und als Schultheiss Jakob Schwinde genannt. Von diesen 3 Personen hat sich nur für Peter von Eltz die genaue Amtszeit feststellen lassen. Er wurde nämlich am 11. Mai 1481 vom Erzbischof Johann von Trier zum Amtmann in Montabaur bestellt. Sein direkter Nachfolger war wahrscheinlich der Graf Reinhardt von Leiningen-Westerburg-Schaumburg, dessen Bestallungsrevers vom 4. April 1492 datiert. (Diese Mitteilung verdanke ich der Freundlichkeit des Herrn Staatsarchivdirektors Dr. Domarus, Wiesbaden).

¹⁶⁴⁾ Die Überschrift des Weistums lautet: „Underrichtongh und gestaltdt, dess Hoifgerichts der Hoeffen und Hoeffsgulden zu der Stadt zu Monthabaur. In dem Lande unde Bande, Berorend, Meines Gnedigsten Herrn, Renthe ahn Lehengelder, Lehen Habern, Lehen Hoenern. Lehen Schusseln, Reinfuren und Holzfuren.“ (Schreibweise des Originals).

Jahr wird dieses Gericht gehalten. Es erscheinen dazu der Kellner und der Landknecht im Auftrage des Erzbischofs, ferner sind schuldig zu kommen „alle Hoeffler In der Stadt, Lande und Banne zu Montabaur, so sie dar verboth werden vermitz dem Land Knecht“.¹⁶⁵⁾ Den Vorsitz dieses Hofgerichts führt der landesherrliche Kellner zu Montabaur.¹⁶⁶⁾

Das zu diesem Gericht gehörige Land ist noch wie zu Beginn des 13. Jahrhunderts zur Bewirtschaftung an einzelne Bauern ausgetan, die dafür einen feststehenden Zins zahlen. Eine sehr bezeichnende Aenderung ist aber in bezug auf die Erhebung dieses Zinses eingetreten. Im L. a. war die Leistung jeder einzelnen Hufe genau festgelegt; hier jedoch nennt der Kellner als Vertreter des Erzbischofs nur die Gesamtforderung, die Verteilung auf die einzelnen Hofleute ist Sache des Hofgerichts.¹⁶⁷⁾ Der Grund für diese Veränderung ist wohl darin zu suchen, dass in der Zwischenzeit starke Besitzveränderungen stattgefunden haben. Der eine Bauer hatte seine Hufe durch Ankauf von anderem zum Hofgerichte gehörigen Land vergrößert und wurde dementsprechend auch zu einer höheren Leistung herangezogen, der kleinere Besitzer zahlte weniger. Andererseits müssen wir feststellen, dass der Kurfürst hier schon nicht mehr sein Land verwalten lässt, sondern nur noch seine Rente.

Die Tatsache, dass im Hofgericht nicht mehr die Leistung jeder einzelnen Hufe von seiten des Erzbischofs bzw. dessen Kellners festgelegt wird, sondern nur die Gesamtsumme für alle Hofleute, läuft auf die Beseitigung des privatrechtlichen Verhältnisses zwischen Grundherrn und Hofmann hinaus. Der Grundherr nimmt immer weniger Anteil an der Bewirtschaftung dieser Güter und sucht, seine Rente zu einer von der Gesamtheit der Höfer garantierten Forderung zu machen. Das führt letzten Endes zu einer völligen Aufgabe irgendwelcher Eigentumsansprüche an diesen Gütern, der Hofmann darf dieses Land als freies Eigenland verkaufen¹⁶⁸⁾, der Erzbischof hat lediglich Interesse an dem ungeschmälernten Eingang seiner Renten. Aus der Rentengrundherrschaft des beginnenden 13. Jahrhunderts ist um diese Zeit schon eine Rentenherrschaft geworden.

Gegen Ende des Kurstaates finden wir die entsprechenden Verhältnisse. In dem im Anhang beigefügten Verzeichnis des gesamten Grundbesitzes im Amte Montabaur sind diese ehemals grundherrlichen Besitzungen nicht mehr aufzufinden, weil sie inzwischen mit dem aus früherer Zeit vorhandenen freibäuerlichen Besitz auf eine Stufe gelangt sind. Mit dem restlosen Verzicht auf

¹⁶⁵⁾ Siehe Saal- und Rentbuch der Kellnerei Montabaur. X, 7. VIII b 1. 1589. St. A. W. Seite 122.

¹⁶⁶⁾ „Item Sitzt ein Kelner Nieder als ein Richter und nimt bey sich einen Schulthessen oder Scheffen oder etlichen von den Aeltesten Hoebnern.“

¹⁶⁷⁾ Darüber lesen wir in unserem Weistum: „Seiner gnaden gulden und Renthen soll der Kelner zu verstehen geben den Hoebnern, sollen alhsdann die Hoeffler wissen und wissen wo Mein Gnedigster Herr sein gulde und Renthe soll uff lassen heben“.

¹⁶⁸⁾ „Item were sach, das Einich Hoeffler verkaufft etliche Hoeffs guther vor frey eigen hinweg, ess were Landt, Wiessen, Gerthen, Heusser und das Meinem Gnedigsten Herrn gulde und Renthe gebe, so gibt der Stumpf die gulde, und mochte sein gnade sich nit erholen an den Stumpfen, der gulde und Renthen, So wissen die Scheffen, das sich alles wider zusammen, Meinem Gnedigsten Herrn —, richten seine gulde und Renthen“.

irgendwelche Eigentumsrechte schwinden die grundherrlichen Ansprüche auf Renten und Dienste der mannigfaltigsten Art. Diese Tatsache steht an und für sich nicht vereinzelt in der rheinischen Agrargeschichte da. So zeigt Aubin¹⁶⁹⁾, wie das Domkapitel von Köln im Jahre 1747 im Einverständnis mit seinen Hofleuten von Worringen alle gegenseitigen Verpflichtungen aufhebt. „Die innerlich schon längst ausgehöhlte Grundherrschaft ist hier ganz still von der wirtschaftlichen Entwicklung vollends hinweggespült worden.“ Einen ähnlichen Fall zeigt Steinbach für das Hofgericht zu Paffrath.¹⁷⁰⁾ In beiden Fällen verzichtet der Grundherr auf seine Forderungen, weil seine Verpflichtungen den Hofleuten gegenüber den Betrag der entwerteten Grundrente übersteigen, die Grundherrschaft also unrentabel geworden ist. In unserem Falle dagegen handelt es sich nicht um einen Verzicht auf altüberlieferte Forderungen, nicht um einen blossen Wegfall der zu Beginn des 13. Jahrhunderts geschaffenen Organisation der gesamten Güterverwaltung, sondern um die Ersetzung grundherrlicher Einkünfte durch solche öffentlich-rechtlicher Natur, es handelt sich um eine Neuordnung der gesamten Finanzwirtschaft.¹⁷¹⁾

Anders als bei dem Erbzinsland, aber schliesslich doch in der gleichen Richtung, verläuft die Entwicklung beim Eigenland der ehemaligen Fronhöfe. Ueber ihre Bewirtschaftungsweise konnten wir aus dem L. a. nichts erfahren, erst für eine spätere Zeit werden wir darüber unterrichtet.

Nach dem „Saal- und Renthbuch“¹⁷²⁾ der Kellerei Montabaur aus dem Jahre 1589 besass der Erzbischof 3 Höfe, nämlich den Neuhof¹⁷³⁾, den Dernbacher Hof¹⁷⁴⁾ und den Hof Pfaffenacker.¹⁷⁵⁾ Bei diesen 3 Höfen handelt es sich um den Rest des dem Erzbischof unmittelbar gehörenden Grundbesitzes. Im L. a. waren zwar mehrere solcher Höfe genannt,¹⁷⁶⁾ hier sind es nur noch drei. Die andern im L. a. noch genannten Höfe sind vielleicht zerfallen oder verkauft worden. Das dazu gehörige Land kann zum Teil diesen noch bestehenden Höfen angegliedert worden sein, was ja bei der räumlichen Nähe der genannten Orte keine Schwierigkeiten bot¹⁷⁷⁾, zum Teil mag es auch Erbzinsland geworden sein.¹⁷⁸⁾

Bei diesen Höfen handelt es sich um Ackerland mit zugehörigen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden. Besitzer der Höfe war der Erzbischof.¹⁷⁹⁾ Zur Be-

¹⁶⁹⁾ Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart. Bd. II, S. 136-137. Essen 1922.

¹⁷⁰⁾ Beiträge zur bergischen Agrargeschichte. Vererbung und Mobilisierung des ländlichen Grundbesitzes im bergischen Hügelland. S. 62. Bonn, Leipzig 1922.

¹⁷¹⁾ Dazu siehe Seite 42 ff.

¹⁷²⁾ X, 7. VIII b 1. 1589. St. A. W.

¹⁷³⁾ Desgl. Seite 136 b.

¹⁷⁴⁾ Desgl. Seite 138 b.

¹⁷⁵⁾ Desgl. Seite 133 b.

¹⁷⁶⁾ Vergl. Seite 26.

¹⁷⁷⁾ Der in der Gemarkung Elgendorf gelegene Neuhof hat Ländereien in der Gemarkung Eschelbach. Für beide Dörfer wird im „L. a.“ eine erzbischöfliche „curia“ erwähnt.

¹⁷⁸⁾ Vergl. die Grundbesitzverhältnisse im Dorfe Heiligenroth. Seite 42 ff.

¹⁷⁹⁾ Darüber heisst es: „Item hatt mein Gnedigster Herr Einen Hoeff genand Derenbach, welcher In seiner gnaden Dorff zu Derenbach mit Wonhaus, einer Schauern, ein Schaofstall, und Backhaus und vorth mit Gerechten und anderem begriff des Dorfes“. X, 7. VIII b 1. Seite 138 b (St. A. W.)

wirtschaftung waren sie an Bauern verpachtet. Darüber lesen wir: „Item Winth und Kerth der Hoffman den Hoiff umb das halbe theille aller frucht.“¹⁸⁰⁾ Wir haben hier also den sogenannten Halbbau. Der Landesherr stellt den ganzen Samen jeglicher Frucht, beim Dreschen nimmt der Kellner diesen geliehenen Samen vom Gesamtertrag wieder zurück.¹⁸¹⁾ Danach wird die Ernte geteilt, der Landesherr als Besitzer dieser Höfe erhält die Hälfte allen Ertrages, die andere Hälfte gehört dem Hofmann. Der wirtschaftlich besser gestellte Grundherr nimmt hier noch Anteil an der Bewirtschaftung, er stellt den halben Samen und hat unmittelbaren Anteil am Ertrag. Die Vergebung von Gütern zum Halbbau führt uns zurück in die Entstehungszeit freier Pachtverhältnisse. Bei Aufgabe des Eigenbetriebs der alten Fronhöfe gab es noch keinen leistungskräftigen Pächterstand. So musste der Grundherr auch weiter die Betriebsmittel stellen. „Der Pächter ist noch mehr naturalentlohnter Wirtschaftsleiter und Arbeiter als Unternehmer.“¹⁸²⁾ Unternehmer ist in weit höherem Masse der Grundherr. In unserem Falle gehen dessen Verpflichtungen noch weiter als oben angegeben. Neben dem halben Samen muss er auch einen Teil der zur Bewirtschaftung des Hofes notwendigen Arbeitskräfte stellen.¹⁸³⁾ Wir haben also hier ein ziemlich kompliziertes Pachtverhältnis mit den mannigfachen Rechten und Pflichten auf beiden Seiten. So ist es denn verständlich, dass man einen Weg suchte, dieses in einfachere Formen überzuführen. Kellner und Hofmann können zusammen einen Pachtvertrag abschliessen, wonach der Erzbischof seinen geliehenen Samen zuvor herausbekommt und der Hofmann dann nur von jeglicher Frucht einen Sömmmer zu liefern hat.¹⁸⁴⁾ Mit der Abschliessung eines solchen Pachtvertrages war der Erzbischof von der Stellung der nötigen Arbeitskräfte entbunden.

Die Leistung solcher Ackerbaufronden geht sicherlich in eine Zeit zurück, da der Grundherr diese Höfe noch im Eigenbetrieb bewirtschaftet. Zur Stellung der erforderlichen Arbeitskräfte waren grundherrlich abhängige Bauern, in unserm Falle die Einwohner einzelner Dörfer, verpflichtet. So mussten Oberelbert, Niederelbert und Welschneudorf das Korn schneiden und binden, den Hafer dagegen mussten die Dörfer Ettersdorf, Daubach und Stalhoben mähen, binden musste ihn der Hofmann selbst. Jedoch hatte ihm in diesem Falle der Kellner eine Flasche Wein und ein Stück Fleisch zu geben.¹⁸⁵⁾ Das zeigt deutlich, dass wir es bei einem solchen Pächter mit einem ursprünglich grund-

¹⁸⁰⁾ X, 7. VIII b 1. Seite 136 b.

¹⁸¹⁾ (A. a. O.) Seite 139: „Item Ist gewonheit, das Mein Gnedigster Herr den gantzen Samen Iglicher frucht vorlegt, und so man dreschet nimpt ein Kelner den samen zuvor heraus.“

¹⁸²⁾ Vergl. dazu: Aubin, Geschichte des Rheinlandes (a. a. O.) Bd. II, Seite 128.

¹⁸³⁾ „Item ist auch gewonheit von gnaden Meines Gnedigsten herrn zu Ernnt, wanner der Keller und Hoffmann nit Pechten zusammen, das Mein Gnedigster herr dem Hoffmann steuer thut vermitz Acht Lude mit schneiden und mehen“. (a. a. O.) Seite 138.

¹⁸⁴⁾ „Item konnent sich der Kelner und der hoffman vertragen, das der Kellner Pecht mit dem Hoffmann, sodass Mein Gnedigster herr zuvor heraus habe gelent[en] samen, ob des were, und das der hoffmann den fortt ledigh liebere, zu Monthabauer Iglicher frucht ein Sommer, sie das uber kommende“. Saal- und Rentbuch der Kellnerei Montabaur (a. a. O.) Seite 138.

¹⁸⁵⁾ X, 7. VIII b 1. Seite 135. St. A. W.

herrlich abhängigen Bauer zu tun haben, der sich erst im Laufe der Zeit zum freien Pächter entwickelt hat. Die Verpflichtung des Erzbischofs, ihm die oben angegebene Verpflegung zu stellen, kann nur aus einer Zeit herrühren, da der Bauer noch infolge grundherrlicher Abhängigkeit zur Leistung von Ackerfronden verpflichtet war. Entsprechend musste der Kellner auch weiter die Erntearbeiter aus den oben genannten Dörfern beköstigen. Hierbei waren die Mahlzeiten genau festgelegt.¹⁸⁶⁾ Der Wert der geleisteten Arbeit wurde durch diese Beköstigungsverpflichtung bedeutend herabgemindert. So ist es uns verständlich, wenn der Erzbischof für den Fall, dass er diese Arbeitskräfte nicht zu stellen braucht, auf den halben Teil aller Frucht verzichtet und sich mit einem Sömmmer jeglicher Art begnügt.

Diese Höfe, die also im 16. Jahrhundert noch als Eigentum des Erzbischofs galten und an Bauern verpachtet waren, finden wir im 18. Jahrhundert in der Hand sogenannter Erbbeständer. Der ursprüngliche Pächter war im Laufe der Entwicklung mehr und mehr zum Besitzer geworden, der nun einen solchen ihm vom Erzbischof überlassenen Hof auch veräußern durfte. So ist z. B. der Neuhof bei Elgendorf im 18. Jahrhundert im Besitz von Stadtbürgern, die ihn zu Erbrecht inne haben und zur Bewirtschaftung weiter verpachten. Der Pächter des Neuhofs zahlt dem Erbbeständer an jährlicher Pacht 233 rth., die Pachtzeit beträgt 12 Jahre. Der Erbbeständer dagegen entrichtet dem Erzbischof als Erbbestands-Canon jährlich 80 rth., die er allerdings auf den Pächter abwälzt.¹⁸⁷⁾ So zieht der Erbbeständer aus diesem Hofe 233 rth., während der Erzbischof als ursprünglicher Besitzer nur den geringen Betrag von 80 rth. erhält. Die Ausnutzung dieses Grundbesitzes liegt also vollkommen in den Händen der Erbbeständer, deren Rechte so weit gehen, dass sie diese Höfe, allerdings nach Einholung landesherrlicher Erlaubnis, anlässlich einer Erbschaftsauseinandersetzung öffentlich versteigern dürfen.¹⁸⁸⁾ Das Eigentumsrecht des Erzbischofs ist tatsächlich zu einem blossen Recht auf die feststehende Grundrente herabgemindert. Als der Erzbischof später den Dernbacher- und den Neuhof wieder in seinen Besitz bringen wollte, musste er sie zurückkaufen; das Domkapitel bewilligte zu diesem Zweck eine Summe von 8000 rth.¹⁸⁹⁾

Die Entwicklung dieser ehemaligen Pachtgüter ist grundsätzlich von der beim Erbzinsland beobachteten nicht verschieden. Auch hier gelangt das Eigentumsrecht zum grössten Teil an den Bebauer, die Güter haben die gleiche

¹⁸⁶⁾ „Item So man das Korn Schneidt und Bindet, gibt man den Armen Leuden des Morgens zu 6 1/2 Uhren Brodt, und Knoblach, oder Kress (wie das Alte Renthbuch aufweist, aber nun meher nimmt Ider ein halb Brodt und kein wein, und zu Mittag gibt man Inet gemoess, Durre Fleisch, oder grune fleisch, wein und Brodt, oder Fleisch und Eier und nach Mittags gibt man Inen Brodt, Kress und Wein, und der Hoffmann furret alle frucht Inne mit seinen Wagen. Item Wann man die Habern mehet, gibt man Inen die Kost in obgl. massen, aber man gibt den mehern des Morgens auch wein“. X, 7. VIII b 1. (S. 135). St. A. W.

¹⁸⁷⁾ X, 7. III, 2 II. Seite 82. St. A. W.

¹⁸⁸⁾ X, 7. VIII b. Nr. 16. St. A. W.

¹⁸⁹⁾ X, 7. VIII b. Nr. 16. Seite 165. St. A. W. Diese Rücklösung der beiden ehemaligen Kameralhöfe steht in Zusammenhang mit den in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts einsetzenden Bemühungen um eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsweise. (Musterwirtschaften.) Vergl. dazu: Seite 73 ff.

rechtliche Stellung wie die Lehengüter.¹⁹⁰⁾ Zwar sucht die erzbischöfliche Hofkammer ihre Eigentumsansprüche noch aufrecht zu erhalten, aber die Bestimmung, dass beim Tode eines Erbbeständers dessen Totenschein, weiter ein vom Ortsschultheissen oder Heimbürger bestätigtes Zeugnis der vom letzten Besitzer hinterlassenen Erben nach Ordnung ihres Alters und Bemerkung der Lebensfähigsten und ein ortsgerechtliches Zeugnis, dass alle zum Erbbestand gehörigen Stücke, Rechte und Gerechtsame ungeschmälert und unverschuldet hinterlassen werden, beizubringen sei, bedeutet doch kein entschiedenes Einschreiten in dieser Hinsicht.¹⁹¹⁾

Wir finden aber im Amte Montabaur immer noch erzbischöflichen Grundbesitz, an dem der Landesherr volles Eigentumsrecht besitzt und den er in freier Zeitpacht unmittelbar an Bauern zur Bewirtschaftung vergibt. So besass er seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in Dernbach den Burghof. Als erledigtes Lehen¹⁹²⁾ war dieser heimgefallen, und Kurtrier hatte am 21. Januar 1746 davon Besitz ergriffen. Der Erzbischof verpachtete diesen Hof nun an Peter Fischbach. Dieser scheint um 1754 gestorben zu sein, denn nun wird seine Witwe als Hofbeständerin genannt. Im Jahre 1758 wurde sie von neuem auf 9 Jahre mit dem Dernbacher Burggut belehnt, nachdem bauliche Veränderungen und Ausbesserungen an den Gebäuden vorgenommen worden waren. Die jährliche Pacht betrug 45 Malter Korn, 46 Malter Hafer und 12 Wagen Heu zu je 18 Zentnern. Zum Hofe gehörten an Ackerland 72 Morgen und 26 Ruten, an Wiesen 29 Morgen und 3 Ruten und 39 Morgen Drieschland.¹⁹³⁾ Besondere Rechte innerhalb der Gemeinde waren mit diesem Lande nicht verbunden. Es lag untermengt mit dem Bauerngut, und die Gemeinde hatte darauf das Schützen- und Weiderecht.

Als 4. Gruppe landesherrlichen Grundbesitzes sind dann noch die geringen im Eigenbetrieb bewirtschafteten Besitzungen zu nennen. Es handelt sich dabei in erster Linie um Wiesen, denn auf eine ausreichende Wiesenkultur legte der Erzbischof noch immer Wert. So spielen denn auch gegen Ende des Kurstaates die Wiesenfronden noch eine Rolle, während die Ackerlandsfronden, die zur Erntezeit als Saisonarbeiten¹⁹⁴⁾ geleistet werden mussten, unbedeutend sind.¹⁹⁵⁾ Der Kellner zu Montabaur, dem der Erzbischof als Teil seiner Besoldung Land zur eigenen Bewirtschaftung überliess, hatte ebenfalls Anspruch auf diese Arbeitsdienste. Ob solche Fronden aber überhaupt noch in dem Umfang, wie sie auf Grund älterer Verzeichnisse gefordert wurden, tatsächlich auch geleistet worden sind, ist zweifelhaft, denn der Vermehrung der Frondienstpflichtigen durch die Umwandlung dieser ursprünglich grundherrlichen Forderung in solche öffentlich rechtlichen Charakters stand ein dauernder Rückgang des landwirtschaftlichen Eigenbetriebs gegenüber.¹⁹⁶⁾ Auch

¹⁹⁰⁾ Ueber Lehensgüter vergl. Seite 67 ff.

¹⁹¹⁾ X, 7. VIII b. Nr. 12. St. A. W.

¹⁹²⁾ Ueber die allgemeine Entwicklung der Burg- und Ritterleben vergleiche den nächsten Abschnitt, über Dernbach Seite 68.

¹⁹³⁾ Domarus, Geschichte von Dernbach. 1926. Seite 34.

¹⁹⁴⁾ Es handelt sich dabei um Korn schneiden, Hafer mähen und Erbsen abmachen.

¹⁹⁵⁾ Siehe: Amtsbeschreibung von Montabaur Bd. I, Seite 392; St. A. W.

¹⁹⁶⁾ Mit der Aufgabe des Halbbaues fielen auch die für die Höfe zu Elgendorf usw. zu leistenden Ackerfronden weg.

die Bewirtschaftung der Wiesen gab der Erzbischof nach und nach auf. In einer Verordnung vom 3. Mai 1782 wird die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass man aus den Wiesen einen grösseren Vorteil ziehe, wenn man sie verpachte, als wenn man sie selbst bewirtschaftete. Das für den Hofstall nötige Heu könne man vorteilhafter durch Lieferanten beziehen, auch sei die Güte dieses gekauften Heus besser.¹⁹⁷⁾

Der gesamte landesherrliche Grundbesitz im Amte Montabaur ist gegen Ende des Kurstaates unbedeutend, wie die als Anhang beigefügte Tabelle deutlich zeigt.¹⁹⁸⁾ Wir haben im Laufe unserer Untersuchung auch nirgends das Bestreben feststellen können, diesen Grundbesitz zu vergrössern. Die Einziehung der Ritterlehen¹⁹⁹⁾ ist lediglich eine Massnahme im Kampfe gegen den Adel. Aus dem 16. Jahrhundert haben wir zwar eine Reihe von Kaufbriefen,²⁰⁰⁾ in denen der Kellner zu Montabaur für seinen Landesherrn Grundbesitz ankauft. Es handelt sich dabei jedoch meist um in der Nähe des erzbischöflichen Schlosses gelegene Parzellen, um Wiesen oder später auch um Land, das zur Vergrösserung des angelegten Tiergartens diente.

Im ganzen haben die grundherrlichen Einnahmen, die im 13. Jahrhundert den Hauptanteil der trierischen Forderungen ausmachten, ihre Bedeutung vollkommen verloren.²⁰¹⁾ Nirgends haben wir gesehen, dass der Kurfürst den Versuch machte, diese Entwicklung zu hindern. Seine Finanzpolitik ging vielmehr ausschliesslich auf die Steigerung seiner öffentlich-rechtlichen Einkünfte aus; so konnte er seine grundherrlichen Einnahmen durch diese ersetzen.

Die Umwandlung ursprünglich grundherrlicher, also privatrechtlicher Forderungen in öffentlich-rechtliche beobachten wir deutlich an den Verhältnissen im Dorfe Heiligenroth. Nach dem L. a. besass der Erzbischof in Heiligenroth einen Hof, der zur Lieferung von 4 Scheffeln Hafer verpflichtet war.²⁰²⁾ Weiter aber haben wir in diesem Dorfe sicherlich auch solchen Grundbesitz zu suchen, der zu Erbzinsrecht vergeben war, also mit zu den im L. a. genannten 65 Mansen gehörte. In dem Saal- und Rentbuch der Kellerei Montabaur aus dem Jahre 1589 lesen wir nun, dass das Dorf Heiligenroth auf Grund des alten Rentbuches schuldig sei, jährlich nach Montabaur von 6 Hufen eine festgesetzte Haferabgabe, von 5 Hufen ausserdem noch Geld- Hühner- und Holzabgaben zu liefern.²⁰³⁾ Diese kurze Bestimmung ist an und für sich unklar, sie sagt nicht, wer nun eigentlich zahlungspflichtig ist, das Dorf oder die genannten Huben. Die Betrachtung der Entwicklung dieser Verhältnisse jedoch bringt uns hier völlige Klarheit.

Die geforderten Abgaben entsprechen denen des L. a.²⁰⁴⁾ Von dem im L. a. genannten Erbzinsland wurden Geld-, Hafer- und Hühnerabgaben gefordert.

¹⁹⁷⁾ Abt. 1. C Nr. 1286. St. A. Koblenz. Verordnung vom 3. Mai 1782.

¹⁹⁸⁾ Vergl. damit: Reitz, Die Grösse des geistlichen und ritterschaftlichen Grundbesitzes im ehemaligen Kur-Trier. Diss phil. Bonn. 1919.

¹⁹⁹⁾ Vergl. dazu den nächsten Abschnitt Seite 67 ff.

²⁰⁰⁾ St. A. W. X, 7. Urkunde vom: 14. Juni 1587. 27. Juni 1589. 25. Juni 1595. 4. Oktober 1597. 27. Oktober 1597.

²⁰¹⁾ Vergl. Seite 27.

²⁰²⁾ Siehe Seite 26. (hildigerode.)

²⁰³⁾ X, 7. VIII b. 1 a. Seite 28. St. A. W. 1589.

²⁰⁴⁾ Vergl. Abschnitt III, Seite 22 ff.

Fünf solcher Hufen haben wir hier vor uns, sie müssen sogar noch Holzabgaben leisten. Die alten Fronhöfe des L. a. dagegen leisteten nur eine Haferabgabe, unter ihnen wurde ein solcher zu „hildigerode“ genannt, der jährlich 4 Malter Hafer liefern musste. Dieser Hof ist die 6. der oben genannten Hufen, die allein nur eine Haferabgabe zu entrichten braucht. Zu ihm als ehemaligem Fronhof haben die andern 5 Hufen gehört; bei der Neuorganisation der gesamten Güterverwaltung wurden sie unmittelbar der in Montabaur geschaffenen Zentrale unterstellt und waren in Zukunft auch dorthin abgabepflichtig.²⁰⁵⁾

Nun wird aber in der oben angeführten Stelle aus dem Jahre 1589 das Dorf Heiligenroth als zahlungspflichtig angegeben. Darin sehen wir die bedeutende Neuerung, die Kurtrier auf diesem Gebiete durchgeführt hat. Nach dem alten Rentbuch waren die mit Namen genannten 6 Hufen zur Leistung der erzbischöflichen Forderungen allein verpflichtet, die gleiche Summe muss jetzt das ganze Dorf aufbringen. Das alte Rentbuch nennt noch die Namen der zahlungspflichtigen 6 Hufen, das neue dagegen führt als Träger dieser Verpflichtung die im Bereiche der Gemeinde begüterten Bauern an. Was früher die 6 Hufen entrichteten, bezahlt jetzt die ganze Gemeinde. Die Güter der einzelnen Bauern wurden von den Nachbarn geschätzt und dementsprechend mit einer bestimmten Abgabe belastet. So lesen wir, dass der Heimbürger zu Heiligenroth von allen seinen Gütern, die durch die Nachbarn auf 1525 Gulden eingeschätzt sind, jährlich 2 Malter und einen Sester Hafer und 6 Albus und 9 Heller entrichten muss.²⁰⁶⁾

Die Umlegung privater grundherrlicher Forderungen auf alle Amtsuntertanen, also die Errichtung einer sogenannten Banngrundherrschaft,²⁰⁷⁾ war der bedeutendste Vorgang trierischer Finanzpolitik im Uebergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Freilich hatte diese nun von allen Untertanen geforderte Steuer keineswegs mehr grundherrlichen Charakter, ihr grundherrlicher Ursprung war vollkommen verdunkelt, sie galt voll und ganz als öffentlich-rechtliche Forderung des Landesherrn. So lesen wir in dem Feuerbuch aus dem Jahre 1563, nachdem die Dörfer des gesamten Amtes Montabaur aufgezählt sind: „Alle diese obermelte Dörffer oder dero Inwoner seint wie vorgehen unserm gnädigsten Churfürsten und Hern zu Trier; als dem Landfürsten zu gleichen Froen und diensten, auch steuer, schatzung, volge und reise, ohne mittel gesessen, und aller Ihrer Churf. gn. Landrecht zu Montabaur unterworfen. Dero seien auch in jedem Dorf viel oder wenig, mit der Leibeigenschaft verwant wenn sie wollen, allein des fremden Hern leibsangehörigen keine Bede jarlichs wie die Trierischen hieher geben, sondern iren Leibherrn diesselbe liefern, auch ihre Besthaupte dahin verfallen und ausrichten müssen, sonst geben sie denselbigen weither keinen schatz.“²⁰⁸⁾ Damit sind klar und deutlich die Forderungen des Trierer Kurfürsten zum Ausdruck gebracht. Er verlangt von allen seinen Untertanen Heeresfolge und Gerichtsfolge, Steuern, Abgaben und Dienste.²⁰⁹⁾ Für die Forde-

²⁰⁵⁾ Desgl. Seite 27 ff.

²⁰⁶⁾ X, 7. VIII b. 1 a. Seite 28. St. A. W. 1589.

²⁰⁷⁾ Vergl. Anmerkung 116.

²⁰⁸⁾ 1. C. 12928. St. A. Kobl. Seite 67.

²⁰⁹⁾ Vergl. Schoeningh, a. a. O. Seite 53.

rungen fremder Herren lässt diese Bestimmung wenig Raum übrig, nur die Leibeigenen fremder Herren dürfen ihre jährliche Bede und ihre Besthäupter noch weiter dorthin entrichten und sind dafür von diesen Abgaben im Amte Montabaur befreit. Doch auch diese Ausnahme suchte der Erzbischof im Laufe der Entwicklung zu beseitigen. Gegen Ende des Kurstaates gibt es im Amte Montabaur mit geringen Ausnahmen nur noch eine Leibeigenschaft, der alle Amtsinsassen unterworfen sind, die Amtsuntertanenschaft.

Dass die Forderungen des Erzbischofs keineswegs gering waren, zeigt eine Bittschrift der Heimbürger des Amtes Montabaur, die ebenfalls in dem Feuerbuch aus dem Jahre 1563 aufgezeichnet ist.²¹⁰⁾ Im Jahre 1556 war eine vierjährige Landsteuer beschlossen worden. Im Amte Montabaur hatte man noch eine Quote zu entrichten. Die Heimbürger bitten nun, wegen der beschwerlichen Zeit ihnen diese Summe gnädigst zu erlassen.

Beim Ausbau seiner Landeshoheit hatte der Grundbesitz dem Erzbischof wesentliche Dienste geleistet. Mit der Festigung der Landeshoheit aber schwindet sein Interesse am Grundbesitz. Die Bedürfnisse für sich und seine Verwaltung, die er zunächst zum grossen Teil aus grundherrlichen Ansprüchen deckte, ersetzte er nun durch die Forderung von Steuern, Abgaben und Diensten.

Als Rechtsgrund für alle diese Ansprüche galt dabei einzig und allein die Landeshoheit.

Als Steuern verlangte der trierische Landesherr Schirmgulden, Nahrungsschätzung, Güteranschlag, Viehertrag und Waldnutzbarkeit.²¹¹⁾

Der Schirm- oder Ehegulden war eine alle weltlichen Haushaltungsvorsteher treffende Personalabgabe. Im Anfang des 18. Jahrhunderts (23. November 1714) beschlossen die Landstände, „es solle ein jeder weltlicher haus-gessener, wessen standt und condition derselbe seye, ausgenohmen die bey ihren Eltern geheirathete söhne und töchter, welche von zeit angetretener ehe eines jahres freyheit zu geniesen haben, einen gulden Rheinisch, die verwittibte weiber aber einen halben gulden jährlich zahlen“. ²¹²⁾ Die Entrichtung dieser Steuer galt als besonderes Zeichen dafür, dass man kurtrierischer Untertan war. Alle 10 Jahre fand eine Aufnahme der steuerpflichtigen Familien statt; erfolgte in der Zwischenzeit ein Zuwachs oder Abgang an Steuerpflichtigen, so gereichte dies der Gemeinde je nachdem zum Vorteil oder Nachteil.

Die zweite Steuer, Nahrungsschätzung genannt, war eine Gewerbesteuer.²¹³⁾ Alle Gewerbetreibende, auch alle Tagelöhner, Handwerker und Gutspächter wurden in den Städten mit Zuziehung der daselbst bestehenden Zünfte, auf dem Lande unter Mitwirkung der Gemeindevorsteher, abgeschätzt und nach dem Reinertrag ihres Betriebes veranschlagt. Die sich so ergebende Summe bildete auf 10 Jahre einen unveränderlichen Gewerbesteuerertrag.

Als dritte Steuer finden wir dann den Güteranschlag, die Grundsteuer des Kurfürstentums Trier. Schon im Jahre 1569 verordnete Kurfürst Jakob von Eltz, dass alle Grundgüter bei Verkauf, Tausch, Schenkung und Erbschaft mit

²¹⁰⁾ 1. C. 12928. Seite 71. St. A. Koblenz.

²¹¹⁾ Vergl. die als Anhang beigelegte Tabelle.

²¹²⁾ Hontheim, a. a. O. III, 877.

²¹³⁾ Hontheim, a. a. O. III, 250 (1614), weiter III, 877.

ihren bestimmten Steuern und Zinsen auf die neuen Besitzer übergehen müssten.²¹⁴⁾ Die Güter wurden durch die Nachbarn abgeschätzt und dementsprechend veranschlagt, wie wir dies schon im Fall von Heiligenroth kennen gelernt haben.

Als Vieh- und Waldsteuer wurden im Amte Montabaur die in beigefügter Tabelle aufgezeichneten Viehertrags- und Waldnutzbarkeitsabgaben erhoben.

Der einfache Steuerbetrag hiess Simpel. Je nach Bedarf des Kurstaates wurden 1—25 Simpel erhoben.²¹⁵⁾

Die Festlegung dieser Steuern, also die Bestimmung des Simpelfusses war Sache der Landstände. Dagegen waren die geforderten Abgaben an und für sich unsteigerbar. Als solche finden wir im Amte Montabaur den Weidhammel, den Grafenhaber, Bussenhuhn und Beethgelder, Amtmanns- und Schultheissenhühner, Kellereibutter und Besthaupt.²¹⁶⁾

Jede Gemeinde, die eine eigene Schäferei hatte, musste jährlich den Weidhammel an die kurfürstliche Kellerei entrichten. Dafür bezahlte die Gemeinde Bilkheim jährlich 1 rth. und 27 albus.²¹⁷⁾

Während der Weidhammel eine Abgabe für Weidenutzung war, wurde der Grafenhaber als Waldabgabe von den einzelnen Gemeinden erhoben.²¹⁸⁾ Beide Abgaben wurden von den Gemeindemitgliedern zu gleichen Teilen getragen.

Bussenhuhn, Beethgelder und Besthäupter galten als Abgaben leibherrlicher Art. Wir haben schon früher gesehen, dass gegen Ende des Kurstaates im Amte Montabaur mit geringen Ausnahmen nur noch eine Leibeigenschaft, die sogenannte Amtsuntertanenschaft, bestand.²¹⁹⁾ Wer einmal leibeigen war, musste auch die Leibeigenschaftslasten wie Bussenhuhn, Beethgelder und beim Tode das Besthaupt entrichten, oder er konnte sich mit 5 vom Hundert seines Vermögens loskaufen.²²⁰⁾ Bei der Verheleichung musste der Kellereilosschein erworben werden.

²¹⁴⁾ Hontheim, a. a. O. III, 15 ff.

²¹⁵⁾ Görres „Politische Schriften der Frühzeit. 1795—1800“. Herausgegeben von Max Braubach, Köln 1928. Bd. I, Seite 385. Ueber die Grundsteuer.

²¹⁶⁾ Ueber Abgaben vergl. Schoeningh, a. a. O. Seite 55—66.

²¹⁷⁾ „Keine gemeinde schuld sind vorhanden, auch keine gemeindslasten, ausser dem weidhammel, wovon jährlich 1 rth. 27 alb. an die Kellerei zahlt werden“. Montabaurer Amtsbeschr. II, 788.

²¹⁸⁾ Vergl. Schoeningh, a. a. O. Seite 65. (Holzgraf). Thamm (a. a. O. Gymn. Progr. 1907) bezeichnet den Grafenhaber als eine Ablösung für die früher übliche Stellung von Pferden, Tross und Gespann bei Kriegszügen oder für das Recht des Einlagers, d. h. freien Quartiers der Herrn und ihrer Leute. (Seite 7.) Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass Kriegsfrenden noch gegen Ende des Kurstaates gefordert werden. (Siehe Seite 61.) In der Beschreibung der 4 Kirchspiele (a. a. O.) lesen wir Seite 5 ausdrücklich, dass die Gemeinden „Grevenhaver“ von ihren Gemeindewäldern geben.

²¹⁹⁾ Daneben haben sich noch Reste älterer Leibeigenschaft erhalten, so die „Burg Dernbachische“ (vergl. dazu: Domarus, a. a. O. Seite 86 Anm. 49), die der Vogtei Weidenbahn (zu der Frage, ob diese mit der Dernbacher Leibeigenschaft identisch ist, vergl. ebenfalls Domarus a. a. O.) und die Molsberger.

²²⁰⁾ Montabaurer Amtsbeschreibung (a. a. O.) I, 648. „Wer einmal ein Leibeigener ist, muss, wann er auch in ein fremdes Land zieht, die Leibeigenschaftslasten als Bussen-Huhn und Bethgelder fortzahlen und auf Absterben das Besthaupt entrichten, oder sich mit 5 vom 100 seines Vermögens von der Leibeigenschaft loskaufen“.

Die anderen Abgaben wie Kellereibutter und Hühner lasteten auf jeder selbständigen Haushaltung.

Die Heimbürger, die mit der Verwaltung und Eintreibung dieser Abgaben betraut waren, waren persönlich davon befreit.

Die von den Amtsuntertanen entrichteten Steuern und Abgaben genügten jedoch nicht, alle Bedürfnisse des Kurstaates zu befriedigen. So wurde noch in hohem Masse die Arbeitskraft der Amtsinsassen in Anspruch genommen. Hand- und Spanndienste wurden von ihnen gefordert. Die Leistung von Acker- und Wiesenfronden wurde schon erwähnt, dazu kamen besondere Kellereifronden, Fuhrfronden, Baufronden, Jagdfronden und Kriegsfronden. Mit dem Ausschreiben der Fronden war ein besonderer Fronschreiber beauftragt.²²¹⁾

Alle diese Leistungen der Untertanen an Steuern, Abgaben und Arbeitsdiensten waren wohl in der Lage, den Wert der früher bezogenen grundherrlichen Einkünfte zu ersetzen, zumal dazu noch Zölle und indirekte Steuern kamen. So konnte der Landesherr seinen Staatshaushalt auf diesen sicheren öffentlich-rechtlichen Einnahmen aufbauen.

B. Der ritterschaftliche Grundbesitz.

Die Entwicklung der ritterschaftlichen Grundbesitzverhältnisse im Amte Montabaur ist bedingt durch die Stellung der Ritterschaft zum Kurstaate. Dabei lassen sich zwei Perioden unterscheiden, die sich ungefähr in der Mitte des 16. Jahrhunderts berühren. Den ersten dieser Abschnitte können wir als die Zeit vollkommener Einordnung der Ritterschaft in den Kurstaat bezeichnen, der zweite dagegen ist charakterisiert durch den Eintritt der trierischen Ritterschaft in den rheinischen Ritterkreis und das Streben nach Reichsunmittelbarkeit.

Der Trierer Adel hatte seine Reichsunmittelbarkeit schon früh aufgegeben und war in den Lehnverband des Erzbischofs getreten. Ungefähr bis zur Zeit des Interregnums standen die wenigsten Reichsministerialen Kurtriers noch in persönlichen Beziehungen zum Reichsoberhaupt.²²²⁾ Im Jahre 1258 tritt Elias von Boppard, Burgmann zu Cochem, als Zeuge in einer Kaiserurkunde zu Toledo auf.²²³⁾ Nur wenige Burgen bewahrten bis ins 14. Jahrhundert ihre Eigenschaft als Reichslehen. Um diese Zeit gingen in Kurtrier die letzten Reichsburgern in die Lehensabhängigkeit des Erzbischofs über. So bildete sich im 14. Jahrhundert aus den verschiedensten Bestandteilen, aus bischöflichen, klösterlichen und einigen Reichsministerialen eine einheitliche kurtrierische Ritterschaft.²²⁴⁾

Für das Gebiet des Amtes Montabaur traten uns solche im erzbischöflichen Lehnverband stehende Ritter zum erstenmal in dem Verzeichnis der Montabaurer Burgmannen aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts entgegen.²²⁵⁾

²²¹⁾ Montab. Amtsbeschr. (a. a. O.) II, Seite 392—410. (Frondsachen).

²²²⁾ Ueber die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Landesherr und Ritterschaft vergl. Knetsch, Die landständische Verfassung und reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier vornehmlich im XVI. Jahrhundert. Berlin 1919. Historische Studien. Heft I.XXV. Ueber den Untergang der alten Reichsministerialen vergl. Knetsch, Seite 149.

²²³⁾ Mittelrheinische Regesten III, 1473.

²²⁴⁾ Knetsch, a. a. O. Seite 151.

²²⁵⁾ Hontheim (a. a. O.) I, 716.

Auf die Erwerbung von Molsberg und eines Teiles der ehemaligen Grafschaft Diez durch Lehnübertragung wurde schon hingewiesen.²²⁶⁾ Auch in der Folgezeit hatte der Lehnverband die grösste Bedeutung für das Bestehen und die Entwicklung des Kurstaates. Namhafte Summen verwandten die trierischen Erzbischöfe immer wieder zu dem Zwecke, ihren Lehenhof zu vergrössern. Aus dem Jahre 1400 haben wir ein Verzeichnis erzbischöflicher Burgmänner zu Montabaur.²²⁷⁾ Danach beziehen 53 Burgmänner 410 flor. und 4 Albus. Auch hier erkennen wir die beträchtliche Vergrösserung der Burgmannschaft gegenüber der oben erwähnten Urkunde aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts. Die Zahl der Burgmänner hat sich von 27 auf 53 erhöht. Die im Staatsarchiv Koblenz aufbewahrten Balduineen enthalten eine ganze Reihe von Lehnsaufträgen für Montabaur.²²⁸⁾ Für diese Zeit ist also das Verhältnis zwischen Erzbischof und Ritterschaft durch ein enges Zusammengehen beider gekennzeichnet. Das zeigt auch die Stellung der Ritterschaft zur landständischen Verfassung und zum Gerichtswesen.

Neben Geistlichkeit und Städten gehörte in Kurtrier auch der Adel den Landständen an. Grafen, Herren und Ritter verhandelten in einer besonderen Kurie, deren weitaus grössten Bestandteil die landständische Ritterschaft ausmachte.²²⁹⁾ Als Berechtigung zum Besuch des Landtages wird stets Lehnsabhängigkeit und Besitz im Erzstift angegeben. Eine Matrikel hat es in Kurtrier während der Zeit, da die Ritterschaft landsässig war, nicht gegeben.

Eigentlichen Gegenstand der Landtagsverhandlungen bildeten immer wieder die Steuerbewilligungen, andere Materien wurden selten behandelt.

Eine persönliche Steuer der Ritterschaft hat es in Kurtrier nicht gegeben. Eine Ausnahme bildet der gemeine Pfennig von 1542 und 1544, zu dessen Leistung auch die Ritterschaft herangezogen wurde. Weiter lässt sich dann noch für das Jahr 1532 eine Besteuerung der Ritterschaft zum Zwecke der Türkenhilfe nachweisen. Sonst wurden nur die adeligen Hintersassen zur Landsteuer herangezogen, wie es uns zum erstenmal für die Jahre 1501 und 1502 bezeugt ist. Vorher hören wir nichts von einer Besteuerung der adeligen Hintersassen, und auch in den nächsten Jahrzehnten ist davon nicht mehr die Rede. Im Jahre 1505 wurde von Städten, Pflegen und Landschaft eine zweijährige Landsteuer, im Jahre 1522 eine Reichssteuer von 140 000 Gulden und in dem gleichen Jahre von den Weltlichen in der Sickingischen Fehde eine Steuer von 1360 Gulden und 30 Albus gezahlt. Nirgends wird dabei eine Besteuerung der adeligen Hintersassen erwähnt. Sie genossen bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts im allgemeinen Steuerfreiheit. Als der Graf von Nassau-Saarbrücken 1548 in eine Besteuerung seiner Insassen einwilligte, da musste ihm der Erzbischof versprechen, diese Steuer in keine Konsequenz und Nachfolge zu ziehen, sondern er wolle „bemelte seine undertanen nach bezahlung dieser itzigen steuer halten und bleiben lassen, alles gestalt wie sie bei unsern vorfaren seligen sind gehalten worden“.²³⁰⁾

²²⁶⁾ Vgl. Abschnitt II, Seite 21 ff.

²²⁷⁾ Hontheim (a. a. O.) II, 316.

²²⁸⁾ Balduineum I, 682, 683, 684, 710, 738, 783, 864. St.-A. Koblenz. I C 1--3.

²²⁹⁾ Vergl. Knetsch (a. a. O.) Seite 51.

²³⁰⁾ Hontheim (a. a. O.) II, 714. 13. Oktober 1548.



Doch um die Mitte des 16. Jahrhunderts zeigt der Erzbischof das Bestreben, den Kreis der Steuerpflichtigen zu erweitern und auch den Adel samt seinen Hintersassen zu besteuern. Um diese Zeit stellen die durch die Türkenskriege notwendigen Reichssteuern hohe Ansprüche an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Territoriums; dazu kam die Verschuldung desselben im 15. Jahrhundert. Die beiden andern Stände, Geistlichkeit und Städte, machten besondere Anstrengungen, um auch den Adel mit seinen Hintersassen zur Steuerleistung heranzuziehen. Dieses Bestreben jedoch hatte nur vorübergehenden Erfolg. Im Jahre 1557 verweigerte der Adel jede Landsteuer von seinen Untertanen, dem Drängen der anderen Stände gegenüber wandte er sich dem rheinischen Ritterkreis zu, machte sich nach und nach frei von der trierischen Landeshoheit und wurde reichsunmittelbar. Der Kampf, der in dieser Sache zwischen Landesherrn und Adel ausbrach, wurde erst im Jahre 1729 durch den sogenannten „Ritterschaftlichen Vergleich“²³¹⁾ beendet.

Ebenso, wie sich die trierische Ritterschaft einst der landständischen Verfassung eingegliedert hatte, unterstand sie auch der Gerichtsbarkeit des Kurfürsten. Im Jahre 1309 gewährte König Ludwig der trierischen Kirche das Privileg, dass keiner ihrer Vasallen, Ministerialen, Burgmannen, Bürger oder Untertanen vor das Kaiserliche Hof- oder ein anderes Gericht gezogen werden könne, sondern vor dem Erzbischof oder seinen Richtern Recht suchen müsse.²³²⁾ Im Jahre 1314 erhielten die trierischen Kurfürsten das „privilegium de non appellando et evocando“²³³⁾, 1332 wurde das Privileg aus dem Jahre 1309 von neuem bestätigt.²³⁴⁾ Die Ritterschaft unterstand so der Gerichtsbarkeit des Erzbischofs, jedenfalls ist bis tief ins 16. Jahrhundert hinein dessen Gerichtshoheit über seine Ritterschaft nie bestritten worden.²³⁵⁾

Die um diese Zeit einsetzenden Bestrebungen der trierischen Ritterschaft trugen zunächst rein wirtschaftlichen Charakter. In der Zeit, da der Trierer Kurfürst die Steuerkraft seiner Untertanen in erhöhtem Masse in Anspruch nehmen musste, erstrebte seine Ritterschaft vollkommene Befreiung von allen staatlichen Lasten für sich und ihre Hintersassen. Ihr war anfänglich wenig an der Erlangung der Reichsunmittelbarkeit gelegen, nur den gesteigerten finanziellen Anforderungen des Landesherrn wollte sie sich entziehen. Dies allerdings war nur durch Anschluss an den rheinischen Ritterkreis zu erreichen, und so nahmen diese Bestrebungen erst politischen Charakter an.

In dem „Ritterschaftlichen Vergleich“ vom Jahre 1729 wurde die Trierische Ritterschaft von vornherein als reichsunmittelbar anerkannt gleich dem Adel in Schwaben und Franken.

²³¹⁾ Der „Ritterschaftliche Vergleich“ ist abgedruckt bei: Scotti (a. a. O.) II, Nr. 427. Hontheim (a. a. O.) III, 940. Vergleiche dazu: Fabricius (a. a. O.) II, 509; Knetsch, Seite 181 ff.

²³²⁾ Siehe: Knetsch, Seite 152.

²³³⁾ Hontheim II, 191.

²³⁴⁾ Desgl. II, 119.

²³⁵⁾ Eine andere Frage ist es jedoch, welches Gericht für die Ritterschaft zuständig war. Rudolph (a. a. O.) behauptet, das aus dem alten Landgericht entstandene Rittergericht. (Seite 54. Lamprecht nimmt den Lehnshof als ordentliches ritterschaftliches Gericht an (Deutsches Wirtschaftsleben I, 2, 1267). Knetsch dagegen weist nach, dass seit dem 14. Jahrhundert die erzbischöflichen Räte, jedesmal vom Kurfürsten beauftragt, die einzige anerkannte Instanz für den trierischen Adel bildeten. (Vergl. Seite 152 ff.)

Im Gerichtswesen wurde der Grundsatz aufgestellt: „actor sequitur forum rei“. Die Ritterschaft verpflichtete sich zur Einrichtung eines eigenen Gerichts mit 3 Instanzen. Dieses Rittergericht war zuständig für den Adel und seine unmittelbaren Untertanen in der strittigen Zivilgerichtsbarkeit. In Kriminalsachen blieben die betreffenden Landesherren zuständig.

Alle diejenigen adeligen Hintersassen, die auf freiadeligen Grundstücken sassen und dem Erzstift in bezug auf die Gerichtsbarkeit unterworfen blieben, waren auch verpflichtet, den Ehe- oder Schirmgulden an die landschaftliche Kasse zu entrichten. Diejenigen aber, die in den adeligen Häusern wohnten und dem Erzstift weder nach Geburt, noch Wohnort oder Besitz unterworfen waren, bezahlten den Ehe- oder Schirmgulden nicht und unterstanden einzig und allein der ritterschaftlichen Gerichtsbarkeit. (Art. 6).

Bei diesen unmittelbaren Untertanen der Ritterschaft kann es sich also nur um Gesinde oder Gutspächter handeln, die weder als trierische Untertanen geboren sind, noch irgendwelchen eigenen Besitz im Kurstaate haben.

Die freiadeligen Güter steuerten hinfort zur ritterschaftlichen Kasse, das bürgerliche Gut dagegen weiter zur Landschaftskasse. Alle Ansprüche des Landesherrn auf Steuern wurden durch eine Abfindungssumme von 30000 Talern abgelöst. (Art. 14).

Für die Frage, ob ein Gut freiadelig oder bürgerlich war, sollte der Stand bei Beginn der Vermessung (1718) entscheidend sein. (Art. 15).

Entstehende Streitigkeiten über diese Frage mussten vor einem Schiedsgericht erledigt werden. (Art. 16).

Alle vor dem Jahre 1655 von Bürgerlichen erworbenen adeligen Güter sollten nicht mehr zurückfallen, ebenso nicht die vom Adel erworbenen Bauerngüter. (Art. 24).

Dieser Ausgang des Kampfes zwischen Adel und Landesherrn war von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung der ritterschaftlichen Grundbesitzverhältnisse.

Zwei Arten von Grundbesitz haben wir hier zu unterscheiden: das an Bauern übertragene ritterschaftliche Erbzinsland und das in einem Pachtverhältnis ausgetane freiadelige Gut. Beide Arten ritterschaftlichen Besitzes konnten Lehen des Kurstaates sein.

Auch beim ritterschaftlichen Grundbesitz vollzog sich um 1200 die Umwandlung der Betriebsgrundherrschaft in die Rentengrundherrschaft. Das Erbzinsland ist zusammengefasst in Hofgerichten, die aus der alten Frohnhofsverfassung der Betriebsgrundherrschaft hervorgegangen sind. Solche Hofgerichte bestanden innerhalb des Amtes Montabaur zu Oberelbert²³⁶⁾, Meudt²³⁷⁾, Nomborn²³⁸⁾, Weidenhahn²³⁹⁾, Ruppach²⁴⁰⁾, Hahn (Hayn)²⁴¹⁾ und Untershausen.²⁴²⁾

²³⁶⁾ Grimm, Weistümer I, Seite 608. (1507.)

²³⁷⁾ St. A. W. X, 7 Meudt I. (Älteste Fassung dieses Weistums vom 6. Juni 1513).

²³⁸⁾ Desgl. X, 7 Nomborn 1^I–II. (1604).

²³⁹⁾ Desgl. X, 7 Weidenhahn 1. (1625).

²⁴⁰⁾ Vogel (a. a. O.) Seite 742.

²⁴¹⁾ St. A. W. X, 7. III, 1. Seite 16 b. (1564), vergl. dazu: Vogel, Seite 747.

²⁴²⁾ St. A. W. X, 7. III, 5. Nr. 72. (1548).

Im Besitze des Hofgerichts zu Oberelbert waren die Herren von Helfenstein.²⁴³⁾ In einem Weistum aus dem Jahre 1507²⁴⁴⁾ lesen wir, dass die Schöffen den Kurfürsten von Trier als Oberherrn über Hals und Bauch erkennen und ihm Wasser und Weide zuweisen. Die Herrn von Helfenstein dagegen sind Gerichtsherren²⁴⁵⁾ und Grundherren.

Von einem Grundbesitz der Helfensteiner zu Elbert hören wir zum ersten Mal im Jahre 1319 anlässlich einer Teilung ihres um die Sporkenburg gelegenen Besitzes. Diesen hatten die Helfensteiner um die Wende des 13. Jahrhunderts erworben.²⁴⁶⁾ Im Jahre 1309 trug Heinrich von Helfenstein seine Burg (Sporkenburg) mit allen Hoheitsrechten und sonstigem Zubehör dem Erzbischof Balduin von Trier als Lehen auf und erhielt sie von diesem unter Ausschlag der hohen Gerichtsbarkeit wieder zurück.²⁴⁷⁾ Dieses Lehen sollte nur in männlicher Linie nach dem Rechte der Erstgeburt forterben und nie geteilt werden, zu ihm gehörte auch der Grundbesitz der Helfensteiner zu Elbert.²⁴⁸⁾

Nach dem Lehnsauftrag waren die Helfensteiner Grundherrn und Niedergerichtsherrn. Die Verhältnisse zwischen ihnen als Grundherren und ihren abhängigen Bauern wurden im Hofgerichte geregelt. Es erkennen die Schöffen, dass die Zinsen der Herrn am St. Martinstag fällig sind. Alsdann sollen sie den Hofleuten eine „zimliche“ Mahlzeit geben. Wer aber zu diesem Tage nicht erscheint, dem sind sie nicht verpflichtet, etwas zu geben, es sei denn ihr guter Wille.

Das Land ist also zu Erbzinsrecht ausgetan. Erblichkeit des Besitzes und feststehende Grundrente sind für dieses Verhältnis kennzeichnend. An der Bewirtschaftung der Güter hat der Grundherr auch hier kein Interesse, er legt lediglich Wert auf den ungeschmälernten Eingang seiner Renten. So heisst es in unserem Weistum, dass die Herrn denjenigen, der seine Grundrente nicht bezahlt, obwohl er dazu in der Lage ist, strafen dürfen „so dyck und vyll. dass er des moede wurde und sey iren schaden erby quemen“. Zum Zwecke der Eintreibung ihrer Grundzinsen wird den Herrn von Helfenstein das Pfändungsrecht zugesprochen.²⁴⁹⁾ Auch in diesen Bestimmungen zeigt sich nur das Bestreben, den ungeschmälernten Eingang der Grundrenten durchzusetzen, wobei den Helfensteinern ihre Gerichtsrechte wesentliche Dienste leisten konnten.

²⁴³⁾ Vergl. über die Herrn von Helfenstein: Michel, Fr., Die Herrn von Helfenstein. Ein Beitrag zur Familien- und Landesgeschichte Kurtriers. Trierisches Archiv Ergänzungsheft 6. Trier 1906.

²⁴⁴⁾ Grimm (a. a. O.) I, 608.

²⁴⁵⁾ In diesem Weistum heisst es: „Zum ersten haben die scheffen erkant und gewist u. g. h. v. [unsern gnädigen Herrn von] Trier vor einen oberherrn ober halss und bauch und ihme zugewyst wasser und weyde, und die h. v. [Herrn von] Helfenstein vor gerichtsherrn.“

²⁴⁶⁾ Der dem Kloster des heiligen Eucharius gegen Ende des 11. Jahrhunderts geschenkte Hof Denzerode (siehe Seite 15) war von dem Kloster nebst allem Zubehör veräussert worden und kam in den Besitz der Herrn von Helfenstein. Vergl. Michel, Die Herrn v. H. (a. a. O.) Seite 208.

²⁴⁷⁾ Hontheim I, 237.

²⁴⁸⁾ Siehe Michel, Die Herrn v. H. Seite 31, 37, 41, 46, 52, 55, 63, 68.

²⁴⁹⁾ „Und welcher die herren nit bezahle, den sollen die herren pfanden vor ihre schult und schinbarlichen schaden, so dick ine dass not ist.“

Beim Tode eines Besitzers sind dessen Erben gehalten, das Gut von neuem zu empfangen.²⁵⁰⁾ Diese Bestimmung hatte wohl nur die Bedeutung, dass der betreffende Bauer die Verpflichtung zur Zahlung der auf dem Gute lastenden Grundrente anerkannte. Sie bedeutet aber keineswegs den Abschluss eines neuen Leiheverhältnisses irgendwelcher Art, sondern die Erben treten ohne weiteres Rechte und Besitz ihrer Vorgänger an.

Die Höhe der von den Dörfern Nieder- und Oberelbert zu entrichtenden Grundrente erfahren wir aus einem Verzeichnis des Jahres 1548.²⁵¹⁾ Danach entrichteten sie jährlich 40 Malter Hafer.

Alle Besitzveränderungen, die Schloss und Herrschaft Spurkenberg in Zukunft erfuhren, brachten für diese Verhältnisse keine wesentliche Veränderung. Am 20. Oktober 1518 verkaufte Johann von Helfenstein seinen Besitz, die Herrschaft Spurkenberg nebst dem Dorf Dentzenrod, den Gebrüdern Quyrin und Johann von Nassau²⁵²⁾ für 1200 Goldgulden.²⁵³⁾ Da das Haus baufällig war und so keine militärische Bedeutung mehr hatte, gestattete der Erzbischof denen von Nassau, dass auch ihre Töchter erberechtigt sein sollten. So kam nach dem Tode Heinrichs von Nassau, des letzten männlichen Sprosses dieses Stammes, die Herrschaft Spurkenberg an die Herrn von Metternich, wahrscheinlich durch Erbschaft, da die Ahnfrau Wilhelms von Metternich die „eldeste vom Stamme Nassauisch“ war.²⁵⁴⁾ Die Herrn von Metternich gerieten mit dem Kurfürsten Philipp Christoph von Sötern in die heftigste Feindschaft, und so wurde ihnen die Sporkenburg als verfallenes trierisches Lehen entzogen, jedoch 1644 nach einer allgemeinen Amnestie wieder zurückerstattet.

Diesen Besitzwechsel und die Einziehung hatte der Erzbischof jedoch dazu benutzt, sich in den Mitbesitz der Rentengrundherrschaft zu setzen. In der Montabaurer Amtsbeschreibung²⁵⁵⁾ lesen wir, dass die Dörfer Oberelbert und Niederelbert mit Welschneudorf zusammen „57 gross malt[er] haber zur hube, so halb Churfürstl[ich], halb graf Metternichisch ist“, zahlen müssen. Das Hofgericht ist verschwunden, die zu zahlenden Malter Hafer ruhen als feste Grundrente auf dem Gute, das in Privatbesitz der ehemaligen Hofleute übergegangen ist. Der Eingang des Hofgerichtes steht wohl in Zusammenhang mit der Einziehung der Gerichtsbarkeit während der oben geschilderten Vorgänge.

Seine Bedeutung hatte das Hofgericht im Laufe der Zeit vollkommen verloren, denn die Ansprüche der Grundherren lagen ein für allemal fest. An seinem Fortbestehen konnte auch der Grundherr wenig Interesse haben, denn die Verpflichtung, den Hofleuten bei Entrichtung ihrer Grundrenten eine „zimpliche“ Mahlzeit zu geben, bedeutete eine nicht unwesentliche Schmälerung seiner Einnahmen. Mit dem Verfall des Hofgerichtes war er dieser Verpflichtung ent-
hoben.

²⁵⁰⁾ „Forthers haben sie geweist, so ein man buissen wissen der herrn uf unentpfenlich gut ginge, der sulte in der herren gnad' und umb eine hoberweth verfallen sein“.

²⁵¹⁾ X, 7. III, 5. St. A. W. 82.

²⁵²⁾ Diese nannten sich nun Herrn zu Sporkenburg.

²⁵³⁾ Michel (a. a. O.) Nass. Annalen Seite 211.

²⁵⁴⁾ Michel (a. a. O.) Nass. Annalen Seite 212.

²⁵⁵⁾ X, 7. III Nr. 2. Bd. 2. Seite 1004. (1786).

Zusammenfassend können wir also feststellen, dass dieser Besitz eine ähnliche Entwicklung durchmacht wie der landesherrliche Grundbesitz, soweit er bäuerliches Erbzinsland geworden war. Er wird zu Privatbauerngut mit der Massgabe jedoch, dass die Abgaben bestehen bleiben. Der ritterschaftliche Grundbesitzer hatte eben keine Möglichkeit, seine finanziellen Bedürfnisse aus andern Quellen zu befriedigen. Darum legte er Wert auf die Erhaltung seiner grundherrlichen Einkünfte, das Verfahren ihrer Entrichtung wird durch den Wegfall des Hofgerichtes vereinfacht und verbilligt.

Dieser Grundbesitz muss schon früh, wenigstens vor Ausbruch des Streites zwischen Landesherrn und Ritterschaft, vollkommen den Charakter von erblichem Bauerngut angenommen haben; wir können nirgends den Versuch feststellen, dieses Gut der landschaftlichen Besteuerung zu entziehen, obwohl der Grundherr hier im Besitz gerichtsherrlicher Rechte war. Zu der Zeit, da die Steuerfreiheit des adeligen Gutes anerkannt wurde, betrachtete man folglich diesen Grundbesitz schon als bäuerliches Eigengut, das lediglich mit Zinsen belastet war.

Bedeutender an Umfang als diese Grundherrschaft der Herren von Helfenstein zu Elbert war die der Herren von Isenburg-Grenzau und Isenburg-Wied zu Meudt.²⁵⁶⁾ Sie war im gemeinsamen Besitz beider Linien, im Jahre 1580 besass Grenzau drei Viertel und Wied ein Viertel des Hofgerichtes. Es bestanden eigentlich 2 Hofgerichte, eines gehörte ganz den Herren von Isenburg-Grenzau, das andere war halb wiedisch und halb grenzausch. Jeder Herr hatte seinen besonderen Schultheissen. Innerhalb des Bereiches dieses Hofgerichtes waren die oben genannten Herren im Besitz grundherrlicher, gerichtsherrlicher und leibherrlicher Rechte.

In einem Weistum aus dem Jahre 1513²⁵⁷⁾ lesen wir, dass alle Höfer in dem Kirchspiel Meudt in diese Hofgerichte gehören²⁵⁸⁾ mit Ausnahme von dreien und dem Dorf Zehnhausen. Diese gehören an das Landgericht.

Als Grundherren²⁵⁹⁾ bezogen die Herrn von Grenzau und Wied von den zu dem genannten Hofgericht gehörigen Gütern eine feststehende Abgabe als Grundrente.²⁶⁰⁾

Alle Besitzveränderungen an den zu diesen Gerichten gehörigen Gütern mussten dort erledigt werden. Derselben Güter durfte keines verkauft, verlihen oder verringert werden ohne Willen der Herren von Isenburg und Wied.²⁶¹⁾

²⁵⁶⁾ Siehe Anmerkung 237.

²⁵⁷⁾ Desgl.

²⁵⁸⁾ „Vorther erkennen wir alle hoeber in dem kirchspell Muede hoerende in die zwei Hobsgericht zu Isenburgh und Grensaw, ussgeschieden drei hoebe, Einer zu Langwiesen, einer zu Mittelanre und der dritte In der heistern uff der Seyhne, unde das Dorff Zehnhausen, die hoerent an das Landgericht zu vertaedigen“. (X,7 .Meudt Nr. 1. St. A. W.) Nicht dazu gehörten die Dörfer der Filiale Weidenhahn, denn dieses hatte ein eigenes Hofgericht. (Siehe Seite 49.)

²⁵⁹⁾ „Meud ist binnen den Falschlägen mit Grund und Boden Isenburgisch und Wiedisch.“ X, 7. III, 1. Seite 18 b. St. A. W.

²⁶⁰⁾ „It. primo Hoester Hoff gibt 11 mass haber, 3 fl. 8 alb., 3 Capaune und ein Viertel, und ein fassnachtshun. It. Cunen Hoff von Reiffenberg 11 mass haber, 3 fl. 8 alb., 3 Capaune ohne 1/4 und ein fassnachtshun“ usw. X, 7. Meudt Nr. 1. Seite 10. St. A. W.

²⁶¹⁾ „Derselben güter soll man keins verkauffen noch verlihen, oder der Hoeben vor- genannt keine verschmelen, so dick und viele das geschehe, so soll einer, der das Thäte, den H. um die wette seyn, es geschehe denn mit willen der H. von Isenburg.“ X, 7. Meudt 1., Seite 9. St. A. W.

Alle Streitigkeiten der Hofleute untereinander oder betreffs der „Hobsgült“ wurden vor diesen Hofgerichten verhandelt und durften vor kein anderes Gericht gebracht werden.

Die Gerichtsbarkeit der Herren von Grenzau und Wied erstreckte sich nicht wie die Grundherrschaft über das ganze Kirchspiel, sondern nur über die Dörfer Meudt und Dahlen. Darüber lesen wir in einer Beschreibung der 4 Kirchspiele aus dem Jahre 1564, dass Meudt weiter nicht in die Grafschaft Diez gehört als mit der hohen Oberkeit, dem Recht, über Hals und Bauch zu richten und blutige Wunden, Diebstahl und Steinwürfe zu bestrafen.²⁶²⁾

Alle andern Rechte stehen Isenburg und Grenzau zu, sie haben im Dorfe den Angriff, behalten den Missetäter bis an den dritten Tag und übergeben ihn dann dem Grafschaftsrichter.

Danach waren Grenzau und Wied hier im Besitze der Zivilgerichtsbarkeit, während die Strafgerichtsbarkeit den Herren der Grafschaft Diez zustand. Weiter besaßen Grenzau und Wied die Rügegerichtsbarkeit. Das Gericht der Grafen von Diez musste vor dem Dorf im Freien gehalten werden, im Dorfe selbst hatten sie zwecks Ausübung gerichtsherrlicher Rechte keinen Zutritt. Sie durften einen Missetäter nicht einmal über die Dorfgrenze verfolgen.²⁶³⁾ Das mussten sie den Herrn von Grenzau und Wied überlassen.²⁶⁴⁾

Neben grundherrlichen und gerichtsherrlichen Rechten waren die oben genannten Herren weiter im Besitz ausgedehnter leibherrlicher Rechte. Nach einer Zusammenstellung aus dem Jahre 1564 besaßen sie zu Meudt von 36 leibeigenen Einwohnern 26,²⁶⁵⁾ auch im übrigen Teil des zum Meudter Hofgericht gehörenden Kirchspiels hatten sie eine beträchtliche Zahl leibeigener Leute, die ihnen neben Abgaben auch noch zu Diensten der mannigfaltigsten Art verpflichtet waren.

Alle diese Rechte und Gerechtsame haben die Herrn von Grenzau und Wied nicht veranlasst, eine intensivere Ausnutzung ihres Grund und Bodens zu erstreben. Wir finden bei ihnen keine Spur von Eigenbetrieb, obwohl ihnen Land in genügendem Ausmasse zur Verfügung stand, denn ausser dem oben erwähnten Erbzinsland waren sie auch im Besitze von freiem Eigenland,

²⁶²⁾ „Meud gehöret weiter nit in die Grafschaft Dietz den mit nachfolgend Gerechtigkeit, die hohe Oberheit, darzu ist der Grafschaftsherrn, über Hals und Bauch zu richten und blödige Wunden, Diebstahl und Steinwurf müssen zu Dietz verteidigt werden.“ X, 7. III, 1. Seite 18, St. A. W.

²⁶³⁾ „Item wöhre es sache, das die herren der grafschaft von Dietze einen misstätig menschen jagten zu dem Dorf meude, und das ein seiden faden umb das Dorf meude genge, und das gejagte mensch ünder dem faden in das Dorf queme, sollens die Vorgem. Herren der grafschaft Dietz wenden und den faden nicht scheiden.“ X, 7. Meudt 1. Seite 29. St. A. W.

²⁶⁴⁾ Ueber die Herkunft der gerichtsherrlichen Rechte der Herren von Isenburg und Wied zu Meudt vgl. Vogel (a. a. O.) Seite 742. Danach waren die Herren im Besitze der Vogtei des St. Georgstifts zu Limburg und leiteten daraus alle öffentlichen Gerechtsame ab. Sie selbst hatten im Kirchspiel ausgedehnten Grundbesitz und darüber 2 Hofgerichte. Den Grundbesitz des Stiftes zu Meudt scheinen sie ebenfalls an sich gebracht zu haben (vergl. Seite 52.) Aus diesem alten Vogteigericht zu Meudt muss das später für die Orte Meudt und Dahlen zuständige Kameralgericht hervorgegangen sein.

²⁶⁵⁾ Siehe: X, 7. III, 1. Meudt Seite 19. (St. A. W.)



das in Zeitpacht ausgetan war. So lesen wir in der schon öfter erwähnten Amtsbeschreibung der 4 Kirchspiele, dass die Herren von Isenburg zu Yttinghausen einen Hof besaßen, der „Jahrs“ verpachtet wird.²⁶⁶⁾ Dass es sich hier wirklich um Land handelt, das in freier Zeitpacht ausgetan ist, geht daraus hervor, dass es bei Beschreibung derselben Dörfer einige Zeilen weiter heisst: „Item hat der Herr von Isenburg in diesen Dörfern etliche Hofgüter, die müssen vor Gericht zu Meudt vertheidigt worden.“²⁶⁷⁾ Die Amtsbeschreibung unterscheidet also deutlich zwischen Erbzinsland und freiem Eigenland. Ein solcher auf Zeit verpachteter Hof hätte ohne Schwierigkeiten den Ausgangspunkt zur Bildung eines Eigenbetriebs abgeben können. Die notwendigen Arbeitskräfte stellten dem Grundherrn seine leibeigenen Leute, die Gerichtsherrschaft gab ihm die Mittel an die Hand, seine Rechte geltend zu machen und seine Forderungen auszudrücken.

Doch den Herrn von Grenzau und Wied lag dieser Weg fern, sie begnügten sich weiter mit der ihnen zustehenden Grundrente. Die Ritterschaft des Westens zeigte genau wie die Landesherrn überhaupt weniger Neigung, sich der Bewirtschaftung ihrer Güter zuzuwenden, als ihr Heil in der wirtschaftlichen Ausnutzung ihrer öffentlich-rechtlichen Befugnisse zu suchen. So machte auch Grenzau in Meudt den allerdings vergeblichen Versuch, Reichssteuern zu erheben.²⁶⁸⁾

Das zu dem Hofgericht in Meudt gehörige Land wurde im Laufe der Entwicklung zu bauerlichem Eigentum. Gegen Ende des Kurstaates waren die Hofgerichte verschwunden, nur die Abgaben hatten sich in veränderter Form erhalten.

Das Isenburg-Grenzauische Hofgericht war schon im Jahre 1338 kurtrierisches Lehen geworden.²⁶⁹⁾ So zog Trier es im Jahre 1664, als die Linie Isenburg-Grenzau ausstarb, als erledigtes Lehen ein. Der Isenburg-Wied gehörige Anteil dagegen kam erst im Jahre 1774 durch Tausch an Kurtrier. Wied erhielt dafür den Zehnten zu Freirachdorf und musste jährlich zu Martini noch 2 Malter Korn zur Kellerei Herschbach liefern.²⁷⁰⁾

Mit dem Uebergang der Hofgerichte an Kurtrier gingen dieselben ein; als Rest finden wir das spätere Kameralgericht Meudt, das in seinen Befugnissen den übrigen Kirchspielsgerichten gleich steht²⁷¹⁾, grundherrliche Funktionen hat es nicht mehr. Die mit dem Hofgericht zu Meudt ehemals verbundenen Einnahmen gingen gleichfalls an Kurtrier über. Der Erzbischof liess sie keines-

²⁶⁶⁾ X, 7. III, 1. Seite 21. St. A. W. „Ein Hof zu Yttinghausen ist des von Ysenburg wird Jahrs verpacht.“

²⁶⁷⁾ X, 7. III, 1. Seite 21. St. A. W.

²⁶⁸⁾ Die Scheffen zu Meudt sagten am 19. November 1580: „Es mögte wohl seyn, dass Isenbg. grensau reichsteuer des Orts gefordert, bey ihrem gedenken seye ihnen aber durch Wiedt zu Handreichen verbothen worden.“ X, 7. Meudt 1. Seite 8. St. A. W.

²⁶⁹⁾ Vergl. Vogel, a. a. O. Seite 742; Günther, Cod. dipl. R. M. III, 364; Hontheim II, 217. 13. Febr. 1362.

²⁷⁰⁾ Vergl. Vogel, a. a. O. Seite 742. X, 7. III, 2. Bd. 1. Seite 32 ff. St. A. W.

²⁷¹⁾ Vergl. Abschnitt IV, Seite 33. Siehe auch Anmerkung 154^a und 264. Fabricius (a. a. O. II, Seite 215) schreibt, dass das Kameralgericht Meudt unter dem Amtskellner gestanden hätte. Zu dieser Ansicht führte wohl der Name, der erhalten geblieben war.

wegs verfallen, wie wir dies in bezug auf seinen eigenen Grundbesitz feststellen konnten, denn hier bestand keine Möglichkeit mehr, sie durch andere Einnahmen zu ersetzen. Bezeichnend aber ist die veränderte Form, unter der diese Abgaben grundherrlichen, gerichtsherrlichen und leibherrlichen Ursprungs gegen Ende des Kurstaates auftreten. Sie sind zu Personalabgaben geworden. In der Montabaurer Amtsbeschreibung²⁷²⁾ lesen wir nur, dass zu Meudt ehemals der Sitz verschiedener Leibeigenschaft war. Um die Leibeigenschaftslisten zu führen und die damit verbundenen Gefälle in Ordnung zu halten, bestand ein besonderes Gericht mit Schultheiss und Schöffen. Von dem grundherrlichen Charakter dieses Gerichts scheint der Verfasser der Amtsbeschreibung nichts zu wissen. Nachdem der Isenburg-Grenzausche Anteil nun an Kurtrier gekommen war, so lesen wir weiter, der Rest aber noch Isenburg-Wied zustand, liess man von trierischer Seite aus alles ziemlich unbeobachtet. Erst als Kurtrier auch diesen Anteil an sich gebracht hatte, übernahm es in vollem Umfang die zu dem ganzen Hofgericht gehörigen Abgaben, die nun nicht mehr an den Gütern hafteten, sondern an den Personen. Dieses Beispiel bestätigt uns die Ansicht Gotheins²⁷³⁾, der da sagt, dass man im Westen von der Bewirtschaftung des Grund und Bodens zur Menschenbewirtschaftung übergegangen sei. Als Kurtrier die zum Meudter Hofgericht gehörigen Abgaben übernahm, wusste man nicht mehr, auf welchen Ländereien diese nun im einzelnen lasteten, man kannte höchstens die zahlungspflichtigen Personen. Aus der Rentengrundherrschaft war schon eine Rentenherrschaft geworden. Dass Kurtrier an dem zum ehemaligen Hofgericht gehörigen Land kaum Interesse hatte, zeigt die Verpachtung der gesamten Meudter Einnahmen grundherrlichen und leibherrlichen Ursprungs. Posthalter Meurer aus Wallmeroth hatte sie vom Jahre 1781 ab auf 6 Jahre gepachtet und zahlte jährlich dafür 579 rth.²⁷⁴⁾ Nachdem am 10. Januar 1783 die Leibeigenschaftslasten wie Beeth- und Dienstgelder, Jägerbrod, Hühner, Besthäupter und Losschein durch die Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von 1568 rth. 15 alb. 4 h. abgelöst worden waren²⁷⁵⁾, ermässigte sich die Pacht um 90 rth. 27 alb. und er zahlte nur noch 488 rth. und 27 alb.

Den gleichen Entwicklungsgang nahm auch das zu den andern oben erwähnten Hofgerichten gehörige Land; es wurde zu freiem Bauerngut, das höchstens noch durch die alte, im Laufe der Zeit stark entwertete Grundrente belastet war.²⁷⁵⁾ Die Hofgerichte selbst sind zerfallen, die Grundzinsen ruhen als feste Lasten auf den betreffenden Gütern bzw. ihren Besitzern; wo das Hofgericht weitere Rechte besass, sind sie an das öffentliche Gericht übergegangen.

²⁷²⁾ X, 7. III, 2. Bd. 1. Seite 51 ff.

²⁷³⁾ Gothein, Agrarpolit. Wanderungen im Rheinland. Seite 256. (Festschrift für Kniess).

²⁷⁴⁾ X, 7. VIII b. 49 III. St. A. W. Seite 7. Bericht des Kellners vom 31. Oktober 1787.

²⁷⁵⁾ X, 7. III, Bd. 1. S. 58. St. A. W. X, 7. VIII b. 49 III. St. A. W. Seite 6. (Quittung über den Eingang der Abfindungssumme.)

²⁷⁶⁾ So lesen wir in bezug auf das ehemalige Hofgericht zu Nomborn: „An Hubenweitz wird nach Nomborn geliefert 21 Sümmer, und etliche Viertel.“ „Die Huben Weitz nach Nomborn sowohl als die Wallmannshäusser- und Molsberger gült haften auf dem guth und werden auf dem Sempel Fuss, sive ruthen Zahl erhoben.“ X, 7. III, 2. Bd. 2. Seite 1008/9. St. A. W.

Dem ritterschaftlichen Erbzinsland gegenüber steht das in freier Zeitpacht ausgetane Eigenland. An ihm hat sich die Ritterschaft ein unbeschränktes Verfügungsrecht und Eigentum erhalten, um diesen Grundbesitz drehen sich die ganzen wirtschaftlichen Bestrebungen des Trierer Adels im 16. Jahrhundert, für ihn erstrebte er im Kampf gegen Landesherrn und Stände die Steuerfreiheit. Diesen Grundbesitz sucht die trierische Ritterschaft durch Kauf zu erweitern, was allerdings auf die Dauer, am Widerstand des Landesherrn scheiterte; diesem Besitz allein kommt im ritterschaftlichen Vergleich vom Jahre 1729 das Prädikat „freiadelig“ zu.

Die Absonderung der trierischen Ritterschaft und ihr Uebertritt zum rheinischen Ritterkreis brachte als unmittelbare Folge die Beschränkung des freien Güterverkehrs mit sich. In Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen musste die Ritterschaft nun darauf bedacht sein, dass keines ihrer Güter an Bauern überging, denn das bedeutete ja die Verringerung ihrer Einnahmen. Vielmehr musste ihr Streben auf eine Ausdehnung und Erweiterung ihres Grundbesitzes gerichtet sein. Auf der andern Seite aber hatte der Landesherr an der Erhaltung des Bauerngutes schon aus steuerpolitischen Gründen stärkstes Interesse; er und seine Beamten wachten darüber, dass kein Ritter Bauerngut erwarb. Schon im Mittelalter hatte der Kurfürst vielfach gefordert, dass Bauerngut von Adel und Geistlichkeit nur dann erworben werden dürfe, wenn alle darauf ruhenden Lasten mit erworben würden.²⁷⁶⁾ Doch diese Forderung erlangte keine praktische Bedeutung, da sie immer nur bei Einzelfällen erhoben und nicht zu einer ein für allemal gültigen Verordnung gemacht wurde. Die Steuerverweigerung der trierischen Ritterschaft brachte in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung. Die beiden anderen Landstände forderten nun vom Erzbischof, dafür Sorge zu tragen, dass der Adel von allen Gütern, die er seit Menschengedenken erworben habe, die Steuer entrichte. Sie gaben dabei an, dass es ihnen auf die Dauer nicht möglich wäre, die Steuern in der alten Höhe aufzubringen, da der Adel täglich Güter erwerbe.²⁷⁷⁾ Diese gingen somit der landesherrlichen Besteuerung verloren, die Steuerforderung dagegen behielt ihre alte Höhe. Der Erzbischof kam den Bitten seiner Stände entgegen, Jakob von Eltz erliess am 18. April 1569 eine entsprechende Verordnung.²⁷⁸⁾ Danach sollte der Uebergang von Bauerngut an Adel oder Geistlichkeit nur erlaubt sein, wenn der Erwerber genügende Sicherheit gab, dass er alle Abgaben, Steuern und Dienste, die auf solchem Gut hafteten, in voller Höhe übernehmen würde. Tat er dies nicht, so war der Kauf ungültig. Diese Verordnung wurde allen Hofrichtern und Räten, Amtsleuten, Schultheissen, Bürgermeistern, Gerichten, Geschworenen, Heimbürgern und Gemeinden zu unnachlässiger und straffer Beobachtung aufgetragen. Unter diesen Bedingungen konnte dem Trierer Adel nichts mehr an dem Erwerb von Bauerngut gelegen sein, weil die Belastung desselben durch den Landesherrn bis zur Grenze des Möglichen ging. Der Adel beschwerte sich zunächst auf dem kommenden Landtag und forderte völlige Abgabefrei-

²⁷⁶⁾ Siehe Knetsch (a. a. O.) Seite 90.

²⁷⁷⁾ Desgl. Seite 91.

²⁷⁸⁾ Scotti (a. a. O.) I, 107.

heit auch für alle diejenigen Güter, die er noch in Zukunft erwerbe.²⁷⁹⁾ Die beiden anderen Stände hingegen forderten die strengste Beobachtung der oben angeführten Verordnung. Ihren Wünschen kam der Erzbischof abermals entgegen. Am 20. Februar 1576 wiederholte Erzbischof Jakob die Verordnung vom Jahre 1569 mit dem verschärfenden Zusatz, dass künftig nicht nur der Verkauf ungültig sei, wenn nicht alle Lasten mit übernommen würden, sondern dass auch der Verkäufer den Kaufpreis als Strafe erlegen solle.²⁸⁰⁾ Die Hälfte davon sollte den Gemeinden zur besseren Erregung ihrer Wachsamkeit zufallen. Damit war dem trierischen Adel die letzte Möglichkeit genommen, seinen Grundbesitz zu vergrössern; seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zeigt denn auch das Verhältnis von adeligem Gut zu Bauerngut eine gewisse Stabilität.

Frei-adelige Güter der oben angegebenen Art haben wir schon verschiedentlich kennen gelernt. Zu ihnen zählen jene Mansen, die dem Trierer Erzbischof in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts als Montabaurer Burglehen übertragen wurden²⁸¹⁾, ferner auch das im Kirchspiel Meudt gelegene Isenburger Gut, das auf Zeit verpachtet war.

Die ersten umfassenderen Verzeichnisse ritterschaftlichen Grundbesitzes dieser Art haben wir jedoch erst aus der Mitte des 16. Jahrhunderts. Im Staatsarchiv zu Wiesbaden findet sich ein „Verzeichnis der dörffer, feurstedt und haupter auch frembder hern renthen und guldten in der stat und banne Montabaur.“²⁸²⁾ Darin ist auch der ritterschaftliche Grundbesitz mit den darauf ruhenden Abgaben verzeichnet. Bei jedem einzelnen Hofe wird eine bestimmte Abgabesumme genannt, diese Güter waren also zur Bewirtschaftung an Bauern ausgetan. So muss ein Hof zu Helferskirchen jährlich 4 Malter Frucht und 8 Gulden entrichten. Ueber die Dauer eines solchen Pachtverhältnisses können wir aus unsern Quellen für diese Zeit nichts erfahren; wir müssen uns darauf beschränken festzustellen, dass diese Güter im 18. Jahrhundert in Zeitpacht von Bauern bewirtschaftet werden. Wann sich dieses freie Zeitpachtverhältnis herausbildete, können wir auf Grund des zur Verfügung stehenden Materials nicht feststellen. Die vollkommene Durchführung und Auswertung steht im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Bestrebungen der Ritterschaft.

Eine Abgabe wird einzig und allein bei dem zur Burg Dernbach gehörigen Lande in dem oben genannten Verzeichnis nicht erwähnt. Von der zur Burg gehörigen Mühle wird an der gleichen Stelle gesagt, dass sie ihrem Herren jährlich 18 Malter Korn einbringt. Die Tatsache, dass bei dem Hofgut eine solche Abgabe nicht erwähnt ist, lässt vielleicht die Annahme berechtigt erscheinen, dass dieses auf Rechnung seines Besitzers, also im Eigenbetrieb bewirtschaftet wurde. Dieses Dernbacher Burggut ist das einzige, wenn wir von den besonders zu behandelnden Verhältnissen von Molsberg absehen, bei dem wir aus den Quellen für diese Zeit noch auf Eigenbetrieb schliessen können. Die Frage, wer die dazu notwendigen Arbeitskräfte stellte, ob dazu irgendwie abhängige Bauern verpflichtet waren, oder ob der Besitzer mit Gesinde gewirtschaftet hat, lässt sich aus den uns überlieferten Nachrichten nicht beantworten.

²⁷⁹⁾ Knetsch (a. a. O.) Seite 91.

²⁸⁰⁾ Scotti (a. a. O.) I, 117.

²⁸¹⁾ Hontheim (a. a. O.) I, 716. Siehe auch Seite 70.

²⁸²⁾ X, 7. III, 5. St. A. W. 1548.



Alle anderen ritterschaftlichen Güter waren verpachtet. Das erkennen wir besonders, wenn wir die Verhältnisse in den 4 Kirchspielen Meudt, Salz, Nentershausen und Hundsangen nach der Beschreibung derselben aus dem Jahre 1564 betrachten.²⁸³⁾ Bei jedem Dorf ist hier der darin gelegene ritterschaftliche Grundbesitz samt der darauf ruhenden Abgabeverpflichtung aufgezeichnet. So heisst es in bezug auf einen solchen Hof zu Gerodt im Kirchspiel Nentershausen: „Zu G. ist ein Hof, gehöret Balthasar von Staffel zu, der Hoffmann den jährlichs um 20 oder 24 Malter Frucht“.²⁸⁴⁾ Wenn auch der Text verstümmelt ist, so sehen wir doch, dass ausdrücklich von einem Hofmann als Bebauener des Gutes die Rede ist, der eine jährliche Pacht zahlt. Besonders ausgedehnt war der ritterschaftliche Grundbesitz dieser Art im Kirchspiel Salz wo sich ein zahlreicher Adel niedergelassen hatte.²⁸⁵⁾ Von einem Hofe zu Salz lesen wir: „Ein Hof zu Salz ist Brambachs, giebt Jahrs stehenden Pachts Korn und Hafer zusammen 10 Malter“.²⁸⁶⁾ Noch deutlicher wird dieses Pachtverhältnis bei einem anderen Hof zu Salz erwähnt, von dem es heisst, dass derselbe „jährlich gepacht wird“.²⁸⁷⁾

Diese Angaben mögen genügen, um die Eigentums- und Bewirtschaftungsverhältnisse dieses adeligen Grundbesitzes um die Mitte des 16. Jahrhunderts zu kennzeichnen. Unbeschränkter Eigentümer ist der Ritter, der sein Land in einem freien Pachtverhältnis an von ihm rechtlich keineswegs abhängige Bauern austut.

Der trierischen Ritterschaft ist es auch nach dem 16. Jahrhundert trotz ihrer Loslösung aus dem Territorialverband nicht gelungen, wesentliche Veränderungen zu ihren Gunsten in diesen Verhältnissen herbeizuführen.

Innerhalb der Gemeinde Bilkheim besaßen die Grafen von Walderdorf gegen Ende des 18. Jahrhunderts den sogenannten Neuröther Hof.²⁸⁸⁾ Nach Vogel war dieses Gut schon im 14. Jahrhundert Eigentum der Herren von Brambach.²⁸⁹⁾ Nach Aussterben dieser Familie kam es dann an die Grafen von Walderdorf, welche es verpachteten. Das Gut hatte seinen geschlossenen Bering, trotzdem hatte die Gemeinde das Weide- und Schützenrecht darauf. Der Hofmann selbst durfte sein Vieh nicht früher in die Stoppel oder Grummetweide treiben, bis die Gemeinde dieselbe auftat, es sei denn, dass er ein Stück Land zur Weide liegen liess. Nur eine zum Hof gehörige Wiese war von dieser Bestimmung ausgenommen.²⁹⁰⁾

²⁸³⁾ X, 7. III, 1. 1564. St. A. W.

²⁸⁴⁾ X, 7. III, 1. Seite 7. St. A. W.

²⁸⁵⁾ Vergl. Vogel (a. a. O.), Ueber das Kirchspiel Salz.

²⁸⁶⁾ X, 7. III, 1. Seite 13. St. A. W.

²⁸⁷⁾ Desgl.

²⁸⁸⁾ X, 7. III, 2. Bd. 1. Seite 588. Bd. 2. Seite 779. St. A. W. Vergl. X, 7. III, 1, Seite 13. St. A. W. 1564.

²⁸⁹⁾ a. a. O. Seite 744.

²⁹⁰⁾ „Jedoch hat die gemeinde das weyd und Beschüzigungsrecht auf allen dergestalten, dass der Hofmann nicht Einmahl sein Vieh /: ausser auf diejenige Plätze, wo Er Ein wiess oder Driesch vor sein Vieh zur weyde liegen lasset /: Ehender in die Stoppel oder Grummet weyd auftreiben darf, Biss die gemeinde diese Stück auf thut; in der vorgenannten Weyer wiess hat der Hofmann allein die Weydegerechtigkeit biss Martini, nach welcher Zeit die gemeinde auch die weyd gerechtigkeit darinnen hat.“ X, 7. III, 2. Bd. II, Seite 977. St. A. W.

Das Pachtverhältnis selbst lernen wir näher kennen aus den Verhältnissen, wie sie beim Meissenburger Hof gegeben waren. Das zu diesem Gut gehörige Land lag zum geringen Teil unter dem Bauerngut vermischt, der grösste Teil hatte seinen geschlossenen Bering. Der Hof war 1786 in Zeitbestand vergeben, die jährliche Pacht betrug damals 100 rth.²⁹¹⁾ Ein solches Zeitpachtverhältnis finden wir fast bei allen adeligen Gütern, die Pachtzeit beträgt meist 9—12 Jahre. Erbbestand kommt nur vereinzelt vor. So hatten die von Brambach zu Wahnscheid einen Hof in Erbbestand vergeben.²⁹²⁾

Diese ritterschaftlichen Güter hatten in der Regel nur dann eigene Gebäude, wenn ein grösserer Teil des Gutes in geschlossenem Bering lag. In diesen Gebäuden wohnte der Pächter des Gutes. Der grösste Teil des ritterschaftlichen Besitzes aber lag unter Bauerngut vermischt und war in diesem Falle meist an mehrere Gemeindenachbarn parzellenweise verpachtet.

In der Bewirtschaftungsweise dieser Güter war demnach seit Ausgang des Mittelalters keine grundlegende Aenderung eingetreten. Der trierische Adel hat seinen Grundbesitz verpachtet, zum Eigenbau ist er nicht übergegangen. Als Grundbesitzer hat er gegenüber den Bauern keine Sonderstellung errungen. Das zeigt deutlich die Bestimmung, dass die Gemeinden auf den zwischen Bauerngut gelegenen Gütern überall das Weide- und Schützenrecht haben; die Pächter der adeligen Güter treiben ihr Vieh dann auch mit zur Gemeindeweide. Auf den in geschlossenen Beringen liegenden adeligen Gütern haben hingegen nur die Pächter derselben das Weiderecht, sie dürfen aber dann ihr Vieh nicht mit zur Gemeindeweide treiben.²⁹³⁾ Der adelige Grundbesitzer ist also in dieser Hinsicht Nachbar des Bauern geblieben.

Ueber den Umfang des ritterschaftlichen Grundbesitzes unterrichtet uns die als Anhang beigegefügte Tabelle. Sie zeigt die Besitzverteilung nach der allgemeinen Vermessung aus den Jahren 1773—74. Jedoch fehlen einige in geschlossenem Bering liegende Höfe, die nicht gemessen waren.

Wir beobachten in der Mitte des 16. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den gesamten wirtschaftlichen Bestrebungen der trierischen Ritterschaft die Versuche derselben, ihren Grundbesitz zu vergrössern. Auf die Abwehrmassnahmen der kurfürstlichen Landesregierung haben wir schon früher hingewiesen.²⁹⁴⁾ In der Tat scheinen diese Massnahmen des Erzbischofs im ganzen den gewünschten Erfolg gehabt zu haben. Eine Ausnahme bildet anscheinend der Grundbesitz des Freiherrn von Esch zu Langwiesen; doch wird gerade die eingehende Betrachtung dieser Verhältnisse die durchgreifende Wirkung des erzbischöflichen Einschreitens in bezug auf die Erhaltung von Bauerngut zeigen. Bei Fabricius²⁹⁵⁾ lesen wir, dass zu Langwiesen 1756 noch 9 Haushaltungen waren. Der Ort bildete eine Gemeinde, in welcher der Freiherr von Esch eine Burg mit zugehörigen Gütern, die teils in geschlossenem Bering, teils unter Bauerngut ver-

²⁹¹⁾ X, 7. III, 2. Bd. I. Seite 588. St. A. W.

²⁹²⁾ X, 7. III, 2. Bd. II. Seite 905. St. A. W.

²⁹³⁾ X, 7. III, 2. Bd. I. Seite 590. St. A. W.

²⁹⁴⁾ Siehe Seite 56 ff.

²⁹⁵⁾ Fabricius (a. a. O.) II, 215.

streut lagen, besass. Diesem Freiherrn gelang es nun nach und nach, alle Bauerngüter und den Gemeindewald durch Kauf und Tausch gegen anderswo gelegene ritterschaftliche Güter an sich zu bringen.

Hier hat ein adeliger Grundherr es also fertiggebracht, seinen Grundbesitz auszubauen; zudem kam das Amt des Gemeindevorstandes in seine Hände. Die Wolff'schen Erben hatten ihr zu Langwiesen gelegenes Gut dem Freiherrn von Esch übertragen und dafür dessen in anderen Gemarkungen gelegene Güter erhalten, ausserdem eine Geldentschädigung. Dieser Austausch bedeutete also keine nennenswerte Verminderung des Bauerngutes. Trotzdem erblickte der kurtrierische Amtsverwalter Möhn zu Montabaur darin eine Schmälerung der Rechte Kurtriers und verlangte die Annullierung dieses Tausches. Er wurde bei der kurfürstlichen Landesregierung zu Ehrenbreitstein vorstellig, und so erging am 26. Juli 1752 die Verordnung, dass dieser Tausch und Kauf innerhalb von 2 Monaten rückgängig gemacht werde.²⁹⁶⁾ Beim Austausch der Güter war ausdrücklich festgelegt worden, dass die auf den Bauerngütern haftenden Lasten auf die den oben genannten Erben übertragenen freiadeligen Güter übergehen sollten, alle vorkommende Rittersteuer übernahm der Freiherr von Esch auf das eingetauschte Bauerngut.²⁹⁷⁾ Trotzdem erklärte die kurfürstliche Regierung diesen Tausch für nichtig. Der Freiherr von Esch trat nun an die genannten Erben mit der Forderung heran, entweder bei der Regierung die Anerkennung des Tauschvertrages zu erwirken, oder die ausgetauschten Güter zurückzuerstatten.²⁹⁸⁾ In gleichem Sinne wandte er sich auch an die Landesregierung. Daraufhin fand am 17. Januar 1764 ein Lokaltermin zwecks eingehender Prüfung dieser Angelegenheit zu Langwiesen statt. Hierbei erklärten die betreffenden Erben, dass es ihnen unmöglich sei, ihre Güter in Langwiesen wieder anzutreten. Sie hätten dort keine Wohnung mehr und fänden auf diesem kleinen Besitz auch kein genügendes Auskommen.²⁹⁹⁾ Zuletzt wurde dann noch der Heimbürger vorgeladen und gefragt, ob die Wolff'schen Erben wieder ihre früheren Güter antreten und die von dem Freiherrn von Esch ertauschten zurückgeben könnten.³⁰⁰⁾ Hierauf antwortete der Heimbürger, dass dieses ohne grossen Schaden der genannten Erben nicht geschehen könne. Nachdem so in langen Verhandlungen festgestellt worden war, dass den Rechten und Ansprüchen Kurtriers kein Abbruch geschah und die Nichtigkeitserklärung der Tausch- und Kaufverträge den wirtschaftlichen Ruin kurtrierischer Untertanen nach sich ziehen würde, gab die Regierung endlich ihre Einwilligung. Dabei erging von seiten des Amtsverwalters zu Montabaur ein Schreiben an die betreffenden Heimbürger und Schultheissen, strengstens darauf zu achten, dass die Rechte und Ansprüche Kurtriers keine Schmälerung erführen. Besonders wurden die Abgabeverpflichtungen und Arbeitsleistungen der Hofleute des Freiherrn von Esch anerkannt.³⁰¹⁾

²⁹⁶⁾ X, 7. V, 4. Seite 12. St. A. W.

²⁹⁷⁾ Desgl. Seite 13.

²⁹⁸⁾ Desgl.

²⁹⁹⁾ Desgl. Seite 21, 31.

³⁰⁰⁾ Desgl. Seite 35.

³⁰¹⁾ Desgl. Seite 58.

So war dem Adel also jede Möglichkeit zur Ausdehnung seines Grundbesitzes auf Kosten von Bauerngut genommen. Mag auch hier und da vereinzelt ein Uebergang von Bauerngut an die Ritterschaft vorgekommen sein, zu einer nennenswerten Verringerung des Bauerngutes hat er jedenfalls nicht geführt. Bei der kurtrierischen Grundbuchaufnahme um 1720 wurde überall nachgefragt, ob Bauerngut in geistliche oder adelige Hand übergegangen sei. Dabei erklärten von 300 Gemeinden des Kurstaates nur 12, dass Bauerngut vom Adel oder der Geistlichkeit erworben worden sei.³⁰²⁾ Im Amte Montabaur finden wir in beinahe sämtlichen Dörfern, in denen gegen Ende des Kurstaates ritterschaftlicher Grundbesitz vorkommt, auch schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts adelige Höfe. Eine Umgruppierung vollzog sich nur insofern, als die Zahl der adeligen Grundbesitzer zurückging.³⁰³⁾ Das dadurch freiwerdende Gut kam dann in den Besitz der Standesgenossen. So vergrösserten die Grafen von Walderdorf ihren Grundbesitz nicht unbeträchtlich dadurch, dass sie das Erbe derer von Brambach antraten. Deutlich erkennen wir diese Vorgänge in bezug auf den Geissenwald.³⁰⁴⁾ Dieser gehörte ursprünglich 10 verschiedenen Ritters, welche die daraus fliessenden Einnahmen gemeinsam bezogen; nach und nach aber brachten die Grafen von Walderdorf die ganze Rente an sich.

In bezug auf die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der ritterschaftlichen Hofleute unterscheidet D. Linz, der Verfasser der Montabaurer Amtsbeschreibung, drei Klassen, zunächst diejenigen, welche in ihren eigenen Häusern wohnen, dann die, welche in adeligen Gebäuden wohnen, in ihren Gemeinden aber Mitnachbarn sind, und zuletzt diejenigen, die in adeligen Häusern wohnen und nirgendwo Mitnachbarn sind.

Die ritterschaftlichen Hofleute der ersten Art leben hauptsächlich von der Bebauung ihrer eigenen Güter, das adelige Gut bauen sie nebenbei. Sie stehen den übrigen kurtrierischen Untertanen vollkommen gleich und werden auch so angesehen, als ob sie gar keine Hofleute wären. Als kurtrierische Untertanen und Mitnachbarn in ihren Gemeinden müssen sie alle Untertanen- und Bürgerlasten mittragen. D. Linz klagt darüber, dass der Rossenberger Hofmann der Grafen von Walderdorf zu Landstrassen- und Kriegsfronden nur mit einem Gespann beizutragen schuldig sein will, während er dauernd zwei Gespanne hält. Alle anderen Hofleute dieser Gattung unterziehen sich willig den Forderungen des Landesherrn. Diese in ihren eigenen Häusern wohnenden Bauern haben den grössten Teil der ritterschaftlichen Güter in Bewirtschaftung.

Die zweite Gruppe gilt ebenfalls als kurtrierische Untertanen und muss daher alle Untertanen- und Bürgerlasten mittragen. Jedoch schreibt Linz, dass sie nicht ganz zu allen Lasten und auch nicht zu allen Lasten ganz beisteuern.³⁰⁵⁾ So entrichtet der Hofbeständer des Grafen von Walderdorf zu Kirchähr Gemeindelasten, Schullasten; Schirmgulden und Viehertrag anderen Untertanen gleich, er frondet jedoch zur Landstrasse und zu Kriegszeiten nur mit einem

³⁰²⁾ Vergl. Reitz, Der Schutz des bäuerlichen Grundbesitzes in Kurtrier. Mittelrhein. Geschichtsblätter I, Nr 9.

³⁰³⁾ Siehe Seite 88.

³⁰⁴⁾ X, 7. III, 2. Bd. 1. Seite 331 ff. St. A. W.

³⁰⁵⁾ X, 7. III, 2. Bd. 1. Seite 596. St. A. W.

Gespann, obwohl er ständig zwei hält. Bei der Verehelichung erwirbt er den Kellereilosschein, zahlt Bussenhuhn und Beethgelder, entrichtet das Beethaupt, liefert jedoch keine Kellereibutter und leistet keine Kellereifronden. Der Hofmann zu Wahnscheid wird zwar bei dem Wechsel des Bürgermeisteramtes übergangen, er entrichtet aber alle Gemeinde-, Pfarr- und Schullasten, zahlt Schirmguld und Viehertrag, erwirkt bei der Verehelichung den Kellereilosschein, entrichtet Bussenhuhn, Beethgelder und beim Tode das Besthaupt; er liefert jedoch keine Kellereibutter, leistet gar keine Kellereifronden und ebenfalls keine Fronde zur Landstrasse. Zu den Kriegsfronden trägt er nur zur Hälfte bei. Die Uebergehung beim Wechsel des Bürgermeisteramtes erklärt Linz daher, dass mit den Wahnscheider Hofleuten wegen verschiedener Streitigkeiten mit der Gemeinde das Bürgermeisteramt nicht habe anvertrauen wollen.³⁰⁶⁾ Es werden dann noch eine ganze Reihe von Hofleuten angeführt, die sich teilweise ihren Untertanen- und Nachbarspflichten entziehen, so auch der gräflich Walderdorfsche Hofmann zu Wiersdorf. Diese Ausnahmen betrachtet Linz als Missbräuche, denn alle trierischen Untertanen sind als Mitnachbarn zur Leistung sämtlicher Untertanen- und Gemeindelasten verpflichtet.³⁰⁷⁾

Die dritte Gattung³⁰⁸⁾ adeliger Hofleute sind zur Errichtung des Schirmguldens und zur Anerkennung der kurfürstlichen Gerichtsbarkeit nur verpflichtet, wenn sie dem Erzstift „origine vel domicilio vel bonis“ unterworfen sind. Eine Verordnung vom Jahre 1760 besagte, dass sie zu den Amts- und Kriegsfronden nur zur Hälfte verpflichtet wären.³⁰⁹⁾ Zu dieser Gattung gehörte der Hofmann zu Härtlingen.

Im ganzen Amte Montabaur befinden sich keine adeligen Hofleute, die der ritterschaftlichen Gerichtsbarkeit unterworfen sind. Sie alle sind kurtrierische Untertanen, „und die Ritterschaft geht es nichts an, was der Landesherr mit seinen Untertanen zu tun hat.“³¹⁰⁾

Der trierischen Ritterschaft war es nicht möglich, ihre Hofleute dieser landesherrlichen Forderungen zu entziehen und so einen grösseren Einfluss über dieselben zu gewinnen. Auch darüber äussert sich der Verfasser der Montabaurer Amtsbeschreibung in breiteren Ausführungen.³¹¹⁾ Wollte die Ritterschaft ihre Hintersassen von den Verpflichtungen dem Kurfürsten gegenüber befreien, so dürfte sie nur solche Hofbeständer annehmen, die keine kurtrierischen Untertanen wären. Bei denjenigen Höfen, die unter Bauerngut vermengt liegen, ist das von vornherein ausgeschlossen, da die Hofbeständer wegen der Weiden und anderer Gemeindennutzbarkeiten ohne weiteres Mitnachbarn und als solche zugleich kurtrierische Untertanen sind. Von den übrigen Höfen, die ihren ausschliesslichen Bering haben, sind nur wenige so gross, dass sie einen Hofmann der kein eignes Bauerngut besitzt, ernähren könnten. Als Bebauer für die Höfe käme nur ein Ausländer in Betracht. Jedoch wird ein solcher kaum wer-

³⁰⁶⁾ Desgl. Bd. I. Seite 609.

³⁰⁷⁾ X, 7. III, 2. Bd. I. Seite 608. St. A. W.

³⁰⁸⁾ X, 7. III, 2. Bd. I. Seite 597. St. A. W.

³⁰⁹⁾ Scotti (a. a. O.) II, 607.

³¹⁰⁾ X, 7. III, 2. Bd. I. Seite 653. St. A. W.

³¹¹⁾ X, 7. III, 2. Bd. I. Seite 365 ff. St. A. W.

eines 6—9 jährigen Bestandes sein Vaterland verlassen und sich auch dort ausländisch machen. Wenn ihm auch eine längere Bestandszeit zugesichert würde, so gäbe es doch noch Hindernisse genug. Ohne kurtrierischer Untertan zu werden, kann er kein einziges Stück Land ankaufen, und so würde er auch dann bei der Verehelichung seiner überall fremden und in der Nachbarschaft unbegüterten Kinder immer wieder Hindernisse finden. Um solche Hofleute zu finden, müsste die Ritterschaft die Pacht weit heruntersetzen.

Der Kampf zwischen Landesherrn und Ritterschaft ist so den Hofleuten zugute gekommen. Sie blieben freie Pächter, die zu ihrem Gutsherrn nur in einem privatrechtlichen Verhältnis standen. Linz schliesst seine Betrachtung dieser Dinge mit den Worten: „Ist nicht Kurtrier schuldig, seine Gerechtsamen in Ausübung zu setzen und der Ritterschaft die Benutzung der ihrigen zu überlassen“ ? ³¹²⁾

Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Entwicklung scheint jedoch der Grundbesitz der Grafen von Walderdorf auf Schloss Molsberg genommen zu haben.³¹³⁾ Nach der Amtsbeschreibung von Montabaur³¹⁴⁾ bildete Molsberg eine eigene Herrschaft unter den Grafen von Walderdorf, die ihren eigenen Amtmann daselbst angestellt hatten. Die genannten Herren waren zugleich im Besitz der Niedergerichtsbarkeit. Eine besondere Leibeigenschaft war nicht vorhanden, jedoch mussten die Einwohner bei der Verehelichung von der Herrschaft den Kellereilosschein erwerben. Bussenhuhn, Beethgelder und Besthaupt wurden nicht entrichtet. Jeder Fuhrmann, gemeint ist wohl jeder Besitzer eines Gespanns, musste das Jahr zweimal zwischen Koblenz und Andernach an den Rhein fahren. Ausserdem hatten die Grafen von Walderdorf im Kirchspiel Hundsangen noch 26 Leibeigene, die ihnen jährlich 4 Tage Handfronden und 4 Tage Spannfronden leisten mussten, weiter eine Fahrt an den Rhein zwischen Mainz und Andernach.³¹⁵⁾ Diese Leibeigenschaft erbte nicht weiter, sondern beim Tode eines Leibeigenen hatten die genannten Herren das Recht, sich einen Ersatzmann aus den Kirchspielseinwohnern zu wählen. Dass sie bei ihrer Wahl wirtschaftlich gut gestellte Bauern bevorzugten, ist selbstverständlich; diese waren dann von ihren Verpflichtungen gegen Kurtrier entbunden.

Die Grafen von Walderdorf sind demnach im Besitz von Rechten und Gerechtsamen, die weit über die eines privaten Grundherrn hinausgehen. Warum war es dem Kurfürsten von Trier im Falle von Molsberg entgegen der sonstigen im Amte Montabaur festgestellten Tendenz, alle patrimoniale Gerichtsbarkeit aufzusaugen und Verwaltung und Gerichtswesen zu vereinheitlichen, nicht gelungen, dieses der landesherrlichen Regierung vollkommen einzugliedern und haben die Grafen von Walderdorf ihr gerichtsherrliches Recht benutzt, um eine intensivere Bewirtschaftung ihres Grundbesitzes durchzuführen?

³¹²⁾ Desgl. Seite 656. St. A. W.

³¹³⁾ Auf die Ausnahme, die der Flecken Molsberg bei der Gerichtsorganisation des Amtes Montabaur bildete, wurde schon Seite 35 hingewiesen.

³¹⁴⁾ X, 7. III, 2. Bd. II. Seite 980 ff. St. A. W.

³¹⁵⁾ Nach Y, 7. V, 1^{II} (Seite 35. St. A. W.) betrug die Frondverpflichtung 10 Tage. Siehe auch: X, 7. III, 2. Bd. I. Seite 552 ff. betr. die Ergänzung der Molsberger Leibeigenen.

Die Beantwortung dieser Fragen erfordert ein näheres Eingehen auf die Geschichte von Molsberg. Nach Spielmann³¹⁶⁾ ist die Herrschaft Molsberg, bestehend aus Burg und Dorf, aus einer Grundherrschaft entstanden. Als ältester ihrer Dynasten wird Anselm I. schon um 1050 erwähnt. Die Herren von Molsberg erwarben aus der Vogtei des Trierer Klosters St. Maximin die Landeshoheit über Niederbrechen und Niederselters und von den Herren zu Freusburg durch Heirat diejenige über Haiger und Ebersbach. Jedoch waren die Herren von Molsberg keine guten Haushalter, und so gingen ihnen ihre Besitzungen nach und nach verloren. Haiger und Ebersbach kamen in den Jahren 1311 und 1323 an Nassau-Dillenburg. Georg, der letzte seines Stammes, verkaufte schliesslich 1365 Molsberg, Niederbrechen und Niederselters an Kurtrier, nachdem sie schon am 23. August 1273 kurtrierische Lehen³¹⁷⁾ geworden waren. Molsberg wurde jetzt Sitz eines kurtrierischen Kellners, der den Titel eines Burggrafen führte. Im Jahre 1436 verpfändete Kurtrier die Hälfte der Burg und Herrschaft an Hessen, 1550 wurde sie wieder eingelöst, 1575 erhielt Philipp von Reiffenberg diesen Besitz als Lehen, 1581 kam er als Pfandlehen an Melchior von Eltz und im Jahre 1657 als Lehen an die Freiherrn von Walderdorf, die 1767 in den Grafenstand erhoben wurden.³¹⁸⁾

Durch den am 20. März 1657 zwischen dem Erzbischof Karl Kaspar von Trier einerseits und Wilderich, Johann Philipp, Emmerich Friedrich und Georg Friedrich, alle Gebrüder von Walderdorf, andererseits abgeschlossenen Lehenvertrag³¹⁹⁾ fanden die oben geschilderten Verhältnisse ihre rechtliche Festlegung. Wir entnehmen der Einleitung dieses Vertrages, dass Haus und Schloss Molsberg samt Hof und zugehöriger Mühle durch gewesene Kriegszeiten gänzlich verfallen waren, ausserdem waren sie mit einer schweren Pfandverschreibung denen von Eltz gegenüber belastet. Aus Mangel an Mitteln konnten sich die Erben derer von Eltz zu einer Wiederherstellung der Gebäude nicht entschliessen. Sie wollten vielmehr das Schloss nebst Zubehör gegen Rückerstattung des Pfandgeldes wieder an Trier abtreten. Dem Erzbischof aber war es nicht möglich, neben der Pfandsumme auch noch die Kosten für die Wiederherstellung der beschädigten Gebäude aufzubringen. Da erboten sich die Herren von Walderdorf, das Schloss aus der Eltzischen Pfandschaft zu lösen und die Gebäude auf eigene Kosten wieder herzustellen. Dafür übertrug ihnen der Erzbischof Schloss und Herrschaft Molsberg als kurtrierisches Mannlehen unter folgenden Bedingungen. Sie mussten die Pfandsumme in Höhe von 2000 Reichstalern entrichten und die Pfandbriefe dem Erzbischof übergeben. Die beschädigten Gebäude hatten sie auf eigene Kosten wieder herzustellen. Weiter mussten sie versprechen, die trierischen Untertanen zu Molsberg bei ihren bisherigen Rechten und Freiheiten zu erhalten, zu beschirmen und sie zu keinen unnötigen Frondiensten heranzuziehen. In dieser Hinsicht sollte alles bleiben, wie es bisher gewesen. In Schloss und Flecken Molsberg hatten sie das Erbstift, den Erzbischof und dessen Untertanen vor allem Schaden zu bewahren.

³¹⁶⁾ Spielmann, Geschichte von Nassau. Bd. 1. Seite 103.

³¹⁷⁾ Hontheim, (a. a. O.) I. 801.

³¹⁸⁾ Vergl. Vogel, (a. a. O.) Seite 745.

³¹⁹⁾ X, 7. V. 1¹ St. A. W.

Ohne Einverständnis des Erzbischofs durften die Herren von Walderdorf keinen Krieg führen. Das Schloss selbst musste dem Landesherren Tag und Nacht offen stehen. Weiter übernahmen die Herren von Walderdorf die Verpflichtung zur Pflege des Waldes. Auf die früher aus der Kellerei Montabaur erhaltenen Mann- und Dienstgelder³²⁰⁾ leisteten sie Verzicht. Unter diesen Bedingungen übertrug Karl Kaspar den Gebrüdern von Walderdorf zum Mannlehen Schloss und Flecken Molsberg samt den Untertanen mit seinem Burgfrieden und allen dazu gehörigen Rechten und Gerechtigkeiten; die Hochgerichtsbarkeit nebst dem Recht, Steuern zu erheben, behielt sich Kurtrier vor. Weiter überliess genannter Erzbischof denen von Walderdorf noch eine Reihe Geld- und Naturalabgaben, sie hatten ausserdem die Mitjagd auf Gross- und Kleinwild in den Kirchspielen Salz und Hundsangen, ausgenommen, wenn der Erzbischof in Montabaur Hof hielt. Weiter gestand ihnen der Erzbischof noch die früher genannten Leibeigenen aus dem Kirchspiel Hundsangen zu.

Aus diesem Lehnungsvertrag erkennen wir deutlich die Gründe, welche den Erzbischof noch um diese Zeit veranlassten, von der gewohnten Regel abzuweichen und einem Patrimonialherren öffentliche Rechte und Gerechtsame zuzugestehen. In finanzieller Bedrängnis sah er keinen anderen Weg, Schloss und Flecken Molsberg zu erhalten. Mit Recht können wir hier von einer Schwäche des Landesherrn reden.

Die Herren von Walderdorf waren nun als Gerichtsherrn im Besitz der niederen Gerichtsbarkeit, als Grundherrn besaßen sie allein zu Molsberg³²¹⁾ 140 Morgen Ackerland und 89 Morgen Wiesen,³²²⁾ weiter standen ihnen Hand- und Spanndienste in so beträchtlichem Umfange zur Verfügung, dass diese, als Saisonarbeiten geleistet, wohl die Einrichtung und Durchführung eines Eigenbetriebs ermöglicht hätten. Doch die Herren von Walderdorf haben ihre verschiedenen Rechte in dieser Richtung nicht ausgenutzt. In der Montabaurer Amtsbeschreibung lesen wir³²³⁾, dass die Walderdorf'schen Güter von 12 Nachbarn im Halbbau bewirtschaftet werden, sie sind also verpachtet; die Herrschaft stellt den halben Samen und den Dünger ihres eigenen Viehs, soweit sie denselben nicht in ihren Gärten oder selbst bewirtschafteten Kraut- und Rübenpflanzungen gebraucht. Die nötigen Arbeitskräfte zu dem geringen Eigenbetrieb stellen diese 12 Bauern. Die Ernte wird geteilt, die erste Garbe erhält die Herrschaft, die zweite der Beständer. Diese müssen die herrschaftliche Frucht bis auf den Speicher liefern. Die Wiesen sind verpachtet.

Wir haben früher bei Betrachtung der im Halbbau bewirtschafteten Güter des Erzbischofs darauf hingewiesen, dass diese Pachtform den Uebergang von

³²⁰⁾ Mann- oder Dienstgelder empfingen die erzbischöflichen Burgmannen zu Montabaur. Ein Verzeichnis der im Jahre 1592 zu Montabaur gezahlten Mann- oder Dienstgelder besitzen wir im Staatsarchiv Koblenz (Abt. 1 C. Nr. 1274). Siehe auch Thamm, Die Kellnerei des kurtrierischen Amtes Montabaur. Gymnasialprogramm 1907. Seite 16.

³²¹⁾ X, 7. III, 2. Bd. II. S. 980. St. A. W.

³²²⁾ Weiterer Grundbesitz der Grafen von Walderdorf innerhalb des Amtes Montabaur wurde im Verlauf dieses Abschnittes schon erwähnt. So besaßen sie den Rosenberger Hof zu Montabaur und den ehemaligen Brambach'schen Hof zu Schönberg.

³²³⁾ X, 7. III, 2. Bd. II. Seite 984. St. A. W.

der Eigenwirtschaft zu einem freien Pachtverhältnis bedeutet.³²⁴⁾ Dies finden wir auch in unserem Falle bestätigt. Nach der Montabaurer Amtsbeschreibung³²⁵⁾ hatte die Herrschaft das Gut früher nicht verpachtet, sondern selbst bewirtschaftet. Die nötigen Arbeitskräfte stellten die Fuhrleute sowie die Leibeigenen aus dem Kirchspiel Hundsangen. Bei diesen Fronen wurde ehemals die ganze Kost mit Suppe, Gemüse und Beilage samt Bier gegeben, jetzt jedoch erhalten die Fuhrleute bei den Rheinfahrten auf jedes Paar Ochsen 9 Albus, bei Fahrt der leeren Fässer weiter nichts, bei Fahrt der vollen Fässer aber neben diesen 9 Albus noch 2 Mass Wein. Seitdem die Kost nicht mehr gewährt wird, sind keine Fronen zum Ackerbau mehr geleistet worden. Sollen sie aber geleistet werden, so fordern die Untertanen die alte Kost oder ein Aequivalent dafür. Die Gartenarbeiten müssen die Hofleute noch leisten, dabei wird aber ihre Zahl nicht so genau eingehalten. Früher bekamen sie dabei die ganze Kost, jetzt dagegen eine Geldentschädigung.

Eine genaue Zeitangabe für die Aufgabe der Eigenwirtschaft fehlt in unserer Amtsbeschreibung. Jedoch lesen wir in einer Erläuterung des oben angeführten Lebensvertrages aus dem Jahre 1674, dass die Leibeigenen aus dem Kirchspiel Hundsangen „jedes Jahr zu bequemer Zeit ein jeder zehen Tag Fuhr oder pferds frön an Heu, Holtz und anderen sachen, wie im gleichen mit der handfröhn, als fruchten schneiden, heumachen und dergleichen, wie sie dazu erfordert werden, Dienst thun“.³²⁶⁾ Um diese Zeit werden Ackerbaufronden also noch in erheblicher Weise gefordert, die Herren von Walderdorf bauten eben ihr Gut oder wenigstens einen Teil desselben im Eigenbetrieb.

Zweifellos dürfen wir in diesen Verhältnissen die Ansätze gutherrlicher Entwicklung sehen, die aber nicht voll und ganz zur Entfaltung kommen, sondern mit in die allgemeine Entwicklung des Westens hineingezogen und beseitigt werden. Dabei ist der Ursprung der hier vorkommenden Arbeitsdienste sicherlich alt, sie leiten sich her aus der frühmittelalterlichen Betriebsgrundherrschaft. Als Gegenleistung für diese Dienste wird eine ausgiebige und genau festgesetzte Beköstigung gewährt, auf welche die abhängigen Bauern Anspruch haben. Damit bekommt dieses ganze Verhältnis einen patriarchalischen Charakter, wie er im allgemeinen den Arbeitsdiensten des Mittelalters eigen ist.³²⁷⁾ Die Frondienste dieser Art sind im Westen nie als eine allzu grosse Härte empfunden worden, oft wurde die schlecht geleistete Arbeit mit der vom Grundherrn zu gebenden Beköstigung reichlich teuer bezahlt.³²⁸⁾ Die hier vorkommenden Arbeitsdienste werden nicht auf Grund gerichtsherrlicher Befugnisse geleistet, denn Gerichtsrechte besaßen die Grafen von Walderdorf nur im Flecken Molsberg; dagegen keineswegs im Kirchspiel Hundsangen. Die Arbeitsverpflichtung der Bauern aus diesem Kirchspiel geht also sicherlich in eine Zeit zurück, in welcher diese in grundherrlicher Abhängigkeit von der Herrschaft Molsberg standen. Alle andern grundherrlichen Rechte sind verfallen, was bei der wechselvollen

³²⁴⁾ Siehe Seite 39. Vergl. Aubin, *Gesch. der Rheinlande*. Bd. II. Seite 128.

³²⁵⁾ X, 7. III, 2. Bd. II. Seite 981 82. St. A. W.

³²⁶⁾ X. 7. V, 1^{II} Seite 50. St. A. W.

³²⁷⁾ Dazu vergl. Siebeck (a. a. O.) Seite 66 ff. über die Beköstigung der Fronarbeiter.

³²⁸⁾ Vergl. Aubin, (a. a. O.) Bd. II. Seite 125.

Geschichte der Herrschaft Molsberg wohl verständlich ist; nur die Arbeitsverpflichtungen haben sich erhalten, weil sie in ununterbrochener Dauer zur Aufrechterhaltung des Eigenbetriebs nötig waren. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, dass der Umfang des Eigenbetriebs unter Einwirkung zeitlich bedingter Wirtschaftsverhältnisse Veränderungen unterworfen war. Festzuhalten ist aber, dass die Anfänge dieser Eigenwirtschaft in die Zeit der Betriebsgrundherrschaft zurückreichen. Die Umwandlung derselben in eine Rentengrundherrschaft brachte keineswegs für das grundherrliche Eigen- oder Saalland die restlose Aufgabe des Eigenbetriebs. Dies geschah vielmehr erst im Laufe der Zeit.³²⁹⁾ Ueber den Umfang des im Eigenbetrieb genutzten Grundbesitzes zu Molsberg können wir keine Angaben machen. Doch auch er muss der allgemeinen Entwicklung des Westens entsprechend einem Pachtverhältnis weichen, obwohl dem Grundherrn öffentliche Rechte und Arbeitsdienste von altersher zu Gebote standen.

Ritterschaftliches Erbzinsland und ritterschaftliches Eigenland konnten nun Lehen des Kurstaates werden, ohne dass ihre Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse dadurch wesentliche Aenderungen erfuhren.

Die allgemeine Bedeutung des Lehnswesens für den Aufbau und die Entwicklung des Kurstaates haben wir schon früher erörtert.³³⁰⁾ Sie ändert sich mit der Stellung des Landesherrn zur Ritterschaft und übt einen dem entsprechenden Einfluss auf die Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse aus. Lag zunächst das Eingehen eines Lehnvertrages sowohl im Interesse des Landesherrn als auch des einzelnen Ritters, so wurde dies mit den Loslösungsbestrebungen der Ritterschaft anders. Mit ihrem Ausscheiden aus dem Kurstaat war das Band zwischen Lehnsherrn und Ritter gelöst. Das dem Ritter als Lehen übertragene Gut war für den Landesherrn verloren und diente der Ritterschaft bei ihrem Kampfe gegen die Landeshoheit des Erzbischofs als wirtschaftliche Stütze. Der Landesherr versuchte natürlich, diese Lehen wieder einzuziehen, was ihm freilich nur möglich war, wenn der Inhaber eines solchen Lehens ohne Erben starb oder seine Rechte und Gerechtsame an einen nicht erbberechtigten Dritten verkaufte.

Die Einziehung der ritterschaftlichen Hofgerichte zu Elbert³³¹⁾ und Meudt³³²⁾ haben wir schon erwähnt. Bei der Auftragung derselben an den Erzbischof war der Lehnsträger im vollkommenen Besitz der daraus fließenden Einnahmen geblieben; erst beim Heimfall des Lehens war es dem Landesherrn möglich, sich selbst in den Besitz derselben zu setzen.

Aehnlich lagen die Verhältnisse auch bei dem frei-adeligen Land. Dadurch, dass ein Adelige solches Land dem Erzbischof zu Lehen übertrug, ging das Obereigentumsrecht wohl an denselben über. Er musste jedoch ein solches Gut den Erben immer wieder von neuem verleihen. Für die Bewirtschaftung des

³²⁹⁾ Reste eines ehemals wohl ausgedehnten Eigenbetriebes haben sich im Falle von Molsberg bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts erhalten. Die Herren bewirtschafteten ihre Gärten selbst und bauten auf eigene Rechnung Futtermittel (Kraut und Rüben.) Das lässt wohl auf eine ausgedehntere Viehzucht schließen.

³³⁰⁾ Siehe Seite 21, auch Seite 46 ff.

³³¹⁾ Siehe Seite 51.

³³²⁾ Siehe Seite 54.

Gutes brachte die Lehnübertragung gar keine Aenderung; der Ritter verpachtete das Gut in freier Zeitpacht, denn er selbst zeigte keine Neigung zu wirtschaftlicher Tätigkeit. So hielten sich die Hilchen von Lorch, die den Dernbacher Burghof als kurtierisches Lehen besaßen, selbst nur wenig dort auf. Nach der Entfremdung zwischen Erzbischof und Ritterschaft versuchte dieser, solches in freier Pacht ausgetane Lehnsgut möglichst einzuziehen. Am 15. November 1747 erschien eine Verordnung, wonach alle heimfallenden Lehen mit den erzstiftischen Kameralgütern zu ewigen Tagen vereinigt werden sollten. Sie wurden als uralte Kameralgüter in die Rechnungen und Saalbücher eingetragen und von der kurfürstlichen Hofkammer verwaltet.³³³⁾ Dieses Schicksal hatte die Burg Dernbach nebst zugehörigem Gut bereits im Jahre 1746 getroffen.³³⁴⁾ Als Philipp Ludwig Hilchen von Lorch 1722 starb, ging sein Dernbacher Besitz auf die Tochter seiner mit dem Oberst Fr. Hartmann verheirateten Schwester über, die selbst bereits 1686 gestorben war. Am 25. Juni 1722 belehnte Erzbischof Franz Ludwig von Trier die Sophia Maria von Erffa mit Dernbach. Da sie unverheiratet blieb, bewarb sich ihr Halbbruder um die Belehnung mit Dernbach; aber diese wurde verweigert, da er kein Nachkomme derer von Lorch war. Als Fräulein von Erffa im Winter 1745 starb, ergriff Kurtrier am 21. Januar 1746 Besitz von dem heimgefallenen Lehen.³³⁵⁾

Ueber den Umfang des innerhalb des Amtes Montabaur gelegenen Lehngutes besaß man keine vollständigen Verzeichnisse. In einer Zeit, da das Lehnswesen vollkommen im Interesse des Kurstaates lag, hatte man auf die Beaufsichtigung und Verwaltung der Lehngüter weniger geachtet. Linz³³⁶⁾ schreibt, dass die Lehnssachen der trierischen Verfassung noch gar nicht zur Beobachtung eines besonderen Beamten gehören. So mag im Laufe der Entwicklung auch Lehngut entfremdet worden sein.

Als Ergebnis halten wir fest, dass auch der ritterschaftliche Grundbesitz, soweit er bauerliches Erbzinsland war, sich gegen Ende des Kurstaates von freiem Bauerngut nicht mehr unterschied. Es gab wohl noch Zinsverpflichtungen, die teils an dem Boden, teils an der Person hafteten, deren grundherrliche Herkunft aber völlig verdunkelt war. In verhältnismässig geringem Umfang war freiadeliges Gut vorhanden, das von bauerlichen Zeitpächtern bewirtschaftet wurde. Auch der Besitz gerichtsherrlicher Gewalt hat den ritterlichen Grundherrschaft des Westens nicht vor dieser Entwicklung bewahrt, weil er ihn nicht zur Erhaltung und zum Ausbau seiner Grundherrschaft verwandt hat.

C. Der geistliche Grundbesitz.

Neben Landesherrn und Adel tritt uns in der deutschen Agrargeschichte auch die Geistlichkeit als Grossgrundbesitzer entgegen. Durch Schenkung von Königsgut, durch Uebertragung von Freigütern von seiten privater Grundbesitzer, durch fromme Stiftungen aus allen Kreisen, sowie durch Kauf war ein nicht unbeträchtlicher Teil von Grund und Boden in die Hand von Kirchen und

³³³⁾ Scotti, (a. a. O.) II, 517.

³³⁴⁾ Siehe Domarus, (a. a. O.) Seite 29 ff.

³³⁵⁾ Ueber die wirtschaftliche Ausnutzung dieses Gutes von seiten Kurtriers siehe Seite 41.

³³⁶⁾ X, 7 III, 2. Bd. I. Seite 566. St. A. W.

Klöstern gekommen. Im Amte Montabaur hat dieser geistliche Grundbesitz jedoch nie einen grossen Umfang angenommen.³³⁷⁾

Es ist bezeichnend für die Stellung des geistlichen Grundbesitzes im Amte Montabaur, dass wir hier in späterer Zeit kein einziges geistliches Hofgericht finden. Zwar lesen wir in einem Verzeichnis³³⁸⁾ aus dem Jahre 1548, dass die Deutschen Herren zu Cadenbach ein Hofgericht haben.³³⁹⁾ Jedoch kam dieses Dorf mit Arzbach und Eitelborn zusammen im Jahre 1564 zum Amte Ehrenbreitstein.

In Meudt und Eisen erwarb im Jahre 1097 das Georgstift zu Limburg durch Schenkung 6 Bauerngüter.³⁴⁰⁾ Gegen Ende des Kurstaates finden wir von diesem Besitz keine Spur mehr. Da nun die Herrn von Isenburg Vögte des Stifts waren, die niedere Gerichtsbarkeit im Dorf Meudt als Eigentum besaßen und dieselben später als alleinige Grundherrschaft dort genannt werden, so sind wir wohl zu der Annahme berechtigt, dass diese ihre gerichtsherrliche Gewalt dazu benutzt haben, dem St. Georgstift seinen Grundbesitz zu entfremden. Diesen gliederten sie dann ihrer eigenen Grundherrschaft ein.

Das Fehlen geistlicher Hofgerichte darf uns jedoch nicht zu der Annahme führen, dass es hier kein geistliches Erbzinsland gegeben hätte. Dem geringen Umfang dieses Landes entsprechend wurde die davon zu leistende Grundrente erhoben, ohne dass ein Hofgericht bestand. So lesen wir in dem schon öfter erwähnten Verzeichnis³⁴¹⁾ aus dem Jahre 1548, dass ein Hospital³⁴²⁾ in der Stadt Montabaur an jährlichen Renten ungefähr 100 fl. einnimmt. Weiter hat das Kloster „St. Mergenstatt“³⁴³⁾ in und ausserhalb der Stadt an jährlichen Renten 6½ fl., das Kloster Arnstein³⁴⁴⁾ 7 fl. 2 albus und an Frucht 4 Malter. Bei diesen Renten und Zinsen handelt es sich um Abgaben für Grundbesitz, der zu Erbzinsrecht übertragen war.

Daneben besaßen sowohl das Hospital zu Montabaur, als auch das Kloster Marienstatt noch Grundbesitz, über den sie unbeschränktes Verfügungsrecht hatten. Das Hospital richtete darauf mit Hilfe seiner Insassen einen Eigenbetrieb ein, der jedoch im Jahre 1780 aufgehoben wurde;³⁴⁵⁾ das Kloster

³³⁷⁾ Siehe die als Anhang beigelegte Tabelle. Vergl. Reitz, Die Grösse des geistlichen und ritterschaftlichen Grundbesitzes im ehemaligen Kur-Trier. Diss. 1919. Ueber das Interesse der Kirche an diesem Gebiet siehe Seite 11. Siehe auch Anmerkung 246.

³³⁸⁾ X, 7, III, 5. St. A. W. „Item haben auch die Teutschen herrn zu cadenbach hauss und hoff und ein hoffs gericht, wirdet viermal im iar daselbst gehalten“.

³³⁹⁾ Grimm, Weistümer I, 611. Weistum des Hofgerichts zu Cadenbach.

³⁴⁰⁾ Erzbischof Adalbert I. von Mainz bestätigte am 1. April 1124 dem St. Georgsstift zu Limburg die von der Pfalzgräfin Adelheid im Jahre 1097 gemachte Schenkung von sechs Mannen zu Eisen und Meudt. (Sauer, Cod. Dipl. Nass. I. Seite 100. Nr. 171.) Nach Vogel u. a. O. Seite 742) waren die Herrn von Isenburg im Besitz der Vogtei des Stifts und leiteten daraus wohl alle öffentlichen Gerechtsame ab, welche sie besaßen. Vergl. Anmerkung 264.

³⁴¹⁾ X, 7, III, 5. St. A. W.

³⁴²⁾ Das Hospital der Stadt Montabaur diente zur Aufnahme von mittellosen Kranken und kinderlosen Leuten, die gegen Uebertragung ihres Vermögens lebenslänglich unterhalten wurden. Der Almosenhof, eine ähnliche Einrichtung, wurde 1782 mit dem Hospital vereinigt.

³⁴³⁾ Kloster Marienstatt bei Hachenburg, im Jahre 1215 von Heisterbach aus gegründet.

³⁴⁴⁾ Arnstein an der Lahn, seit 1139 Prämonstratenser-Kloster.

³⁴⁵⁾ Vergl. Meister, (a. a. O.) Seite 50.

Marienstatt dagegen hatte sein Land verpachtet ³⁴⁶⁾, Bedeutenderen Umfang nahm unter dem geistlichen Grundbesitz des Amtes Montabaur auch das Eigenland der einzelnen Pfarrkirchen, das diesen wohl zum grössten Teil bei ihrer Gründung übertragen worden war, nicht ein. Aus dem Jahre 1678 besitzen wir ein Verzeichnis ³⁴⁷⁾ allen geistlichen Grundbesitzes in den 4 Kirchspielen. Danach besass die Pfarrkirche zu:

Grossholbach	23 ¹ 2	Morgen	Ackerland
Nentershausen	22	"	-
Niedererbach	11 ¹ 2	"	-
Hundsangen	35 ¹ 2	-	-
Salz	14	-	"
Meudt	(nicht geschätzt)		

Diese Güter wurden ehemals von den betreffenden Pfarrern selbst bebaut, denn bei jeder Pfarrei ist eine bestimmte Wertsomme für das vorhandene Vieh eingesetzt. Im Falle von Hundsangen lesen wir ausdrücklich, dass der frühere Pastor alle seine Güter verpachtet hat, weil er alt und infolgedessen zu deren Bewirtschaftung nicht mehr in der Lage ist. ³⁴⁸⁾ Dieser Fall, dass das Pfarrgut einem andern zur Bewirtschaftung übergeben war, wird hier als Ausnahme gewertet und darum besonders begründet. Der Eigenbetrieb der Pfarrer auf den zu ihrer Kirche gehörigen Gütern hat sich zum Teil bis gegen Ende des Kurstaats erhalten. So lesen wir in der Montabaurer Amtsbeschreibung, dass der Pastor zu Wirges wohl den grössten Teil des Pfarrgutes verpachtet hat einzelne Stücke jedoch selbst bewirtschaftet. ³⁴⁹⁾

Neben den einheimischen Pfarrkirchen tritt vor allem das Kloster Marienstatt innerhalb des Amtes Montabaur als Grundbesitzer auf. Nach dem oben erwähnten Verzeichnis geistlichen Grundbesitzes aus dem Jahre 1678 besass es Höfe zu Grossholbach, Kleinholbach, Steinefrenz, Roth und Ettinghausen. Der Marienstatter Besitz zu Grossholbach ist folgendermassen zusammengestellt ³⁵⁰⁾:

Hauss und hoff mit allen zugehörigen Bauhen und Gerechtigkeit	75 fl.
Mobilia	— —
Länderei	32 morg. 1 acht.
Heuwachs	11 ¹ / ₂ wag.
Hecken	

Dieses Gut wurde von Bauern in freier Zeitpacht bewirtschaftet. Die Pachtsumme betrug 7 Malter Korn, 6 Malter Hafer, 4 Mass Butter und drei Hahnen. ³⁵¹⁾

Ähnliche Verhältnisse finden wir auch bei den anderen Marienstatter Höfen, nur dass gelegentlich neben den Naturalabgaben auch Geldzahlungen geleistet werden.

Alle diese Verhältnisse haben sich gegen Ende des Kurstaates nur wenig geändert. So lesen wir bei Linz in bezug auf den Marienstatter Hof zu Steine-

³⁴⁶⁾ Siehe unten.

³⁴⁷⁾ X, 7. X, 1. 1678. St. A. W.

³⁴⁸⁾ Desgl. Seite 4.

³⁴⁹⁾ X, 7. III, 2. Bd. II. Seite 1135. St. A. W.

³⁵⁰⁾ X, 7. X, 1. Seite 2. St. A. W.

³⁵¹⁾ Desgl.

frenz, dass er an 4 Nachbarn verpachtet ist, die jährlich 12 Malter Korn und 13 Malter Hafer entrichten müssen.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, dass dem geistlichen Grundbesitz innerhalb des Amtes Montabaur im Rahmen der Gesamtentwicklung nur ganz geringe Bedeutung zukommt. Das geistliche Gut zeigt die wenigsten Veränderungen, den im Amte Montabaur begüterten geistlichen Grundherrschaften kam es nur auf einen gesicherten Eingang ihrer Renten an.

D. Der bäuerliche Grundbesitz und der Gemeindebesitz.

Das private Bauerngut, das gegen Ende des Kurstaates, wie aus der als Anhang beigelegten Tabelle ersichtlich ist, den weitaus grössten Teil des gesamten Grund und Bodens im Amte Montabaur ausmachte, tritt uns bei Beginn unserer Betrachtungen urkundlich kaum entgegen. Das darf uns jedoch nicht zu der Annahme verleiten, dass es im 13. Jahrhundert hier freies Bauernland, das in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu irgend einem Grundherrschaften stand, nicht gegeben hätte.

Im L. a. wird der Erzbischof wohl als der alleinige Besitzer der im ganzen Banne erhobenen öffentlich rechtlichen Abgaben genannt; grundherrliche Abgaben bezieht er aber nur von 65 Mansen und den besonders genannten Höfen.³⁵²⁾ Ritterschaftliches Erbzinsland und Eigengut traten uns schon verschiedentlich in Urkunden aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts entgegen³⁵³⁾, von geistlichem Grundbesitz hörten wir innerhalb unseres Amtes zum ersten Mal im Jahre 1124³⁵⁴⁾ zu Meudt und Eisen. Wenn wir bäuerlichen Grundbesitz um jene Zeit urkundlich noch nicht erwähnt finden, so liegt das nur an der Eigenart der Quellen. Sein Vorhandensein können wir für keine Zeit in Zweifel ziehen, sein Umfang entzieht sich für ältere Zeiten jedoch jeder Berechnung.³⁵⁵⁾

Urkundlich tritt uns bäuerlicher Grundbesitz zum ersten Male um die Mitte des 14. Jahrhunderts entgegen. In einem Kaufbrief vom 13. Mai 1349 verkaufen die Gebrüder Heinrich und Bruno, Söhne des verstorbenen Hermann Schwalborn, für 14 Mk. dem Johann von Rübenach, Bürger zu Montabaur, zwei Stücke Land bei Montabaur.³⁵⁶⁾ Der Verkauf wird nicht vor einem grundherrlichen Gericht, sondern vor dem öffentlichen Gericht zu Montabaur vollzogen, zwei Schöffen desselben siegeln die Kaufurkunde ab. Das zeigt deutlich, dass es sich hier nicht um die Uebertragung grundherrlich gebundenen, sondern freien Bauerngutes handelt.

³⁵²⁾ Siehe Abschnitt III

³⁵³⁾ Hontheim (a. a. O.) I, 716.

³⁵⁴⁾ Siehe Anmerkung 340.

³⁵⁵⁾ Im Abschnitt I dieser Untersuchung wurde darauf hingewiesen, dass die Anteilnahme öffentlicher Gewalten an unserm Gebiet infolge seiner nicht besonders günstigen Siedlungs- und Ertragsfähigkeit (Verkehrslage) gering war. In solchen „vergessenen Gebieten“ finden wir kaum eine Häufung ausgedehnter Grundherrschaften. Darum kann sich freies Bauerngut hier eher erhalten. Vergl. Heyn, Der Westerwald und seine Bewohner. (Seite 184 ff. Die freien Bauern der Herrschaft vom Westerwald.) Alle diese Dinge bedürften jedoch einer näheren Betrachtung, die an dieser Stelle nicht gegeben werden kann.

³⁵⁶⁾ Orig. Perg. 13. Mai 1349. St. A. W

Für die vier Kirchspiele Meudt, Salz, Hundsangen und Nentershausen finden wir solchen freibäuerlichen Besitz zum ersten Male in dem Weistum des grundherrlichen Gerichts zu Meudt aus dem Jahre 1513 erwähnt.³⁵⁷⁾ Von 3 Höfen und dem Dorf Zehnhausen hören wir, dass sie nicht an das grundherrliche Gericht gehören, sondern an das Landgericht.³⁵⁸⁾

Diesem bäuerlichen Privatgut, das nie einer Grundherrschaft eingegliedert und mit grundherrlichen Abgaben belastet war, gleicht sich im Laufe der Entwicklung das landesherrliche, ritterschaftliche und geistliche Erbzinsland an, das vollkommen zu bäuerlichem Eigengut wurde und im schlimmsten Fall noch durch die alten entwerteten Abgaben belastet war.³⁵⁹⁾

Die gesamte Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse im Amte Montabaur führte zu einer Erhaltung und Vermehrung des freien Bauerngutes auf Kosten des landesherrlichen und ritterschaftlichen Grundbesitzes.

Aehnlich wie bäuerliches Eigengut wird auch Gemeindebesitz erst in später Zeit urkundlich erwähnt, es handelt sich dabei hauptsächlich um Weideland und Wald.³⁶⁰⁾ Ackerland besitzen die Gemeinden selten; wo es vorkommt, wird es häufig zur Besoldung des Gemeindevorstandes verwandt. An Wald und Weide waren alle Mitnachbarn, also die wirklichen Gemeindemitglieder, zu gleichen Teilen berechtigt, die darauf ruhenden Lasten trugen sie in gleicher Weise gemeinsam.³⁶¹⁾

VI. Die soziale und wirtschaftliche Fürsorge Kurtriers für seinen Bauernstand.

Bei den Grundbesitzverhältnissen, wie sie sich im Laufe der Zeit im Kurstaate Trier herausgebildet hatten, musste die Landesregierung der Erhaltung und Förderung eines kräftigen Bauernstandes besonderes Interesse entgegenbringen. Ein freier, nicht durch Verpflichtungen patrimonialen Herrn gegenüber belasteter Bauernstand bildete eine der besten und ergiebigsten Steuerquellen für den Kurstaat. Für die verhältnismässig günstige soziale Lage der Bauern im Trierischen war es von grösster Bedeutung, dass die Staatsgewalt bereits im 16. Jahrhundert unmittelbare Fühlung mit den untersten Schichten des Bauernstandes gewann, patrimoniale Zwischengewalten wurden dabei einfach übergangen.³⁶²⁾ Als Zwischenglied zwischen Amtmann und Bauer galt der Heimbürger oder Zender, nicht irgend ein patrimonialer Meier.

Weiter hat Kurtrier niemals den Versuch gemacht, eine allgemeine drückende bäuerliche Leibeigenschaft durchzuführen. Im Gegenteil verlangte es von allen zuziehenden Leibeigenen fremder Herrn die Lösung ihrer alten

³⁵⁷⁾ X, 7 Meudt 1. 6. Juni 1513. Orig. u. Abschr. St. A. W.

³⁵⁸⁾ Vergl. Anmerkung 258.

³⁵⁹⁾ Seite 55.

³⁶⁰⁾ Ueber den Umfang des Gemeindebesitzes siehe die Tabelle als Anhang.

³⁶¹⁾ Ueber Weide- und Waldabgaben vergl. Seite 45.

³⁶²⁾ Vergl. dazu Rörig, a. a. O. Seite 62.

Leibeigenschaft, ohne dabei das Eingehen einer neuen zu fordern.³⁶³⁾ Was man im Amte Montabaur allgemein als Leibeigenschaft bezeichnet, ist im eigentlichen Sinne ein Untertanenverhältnis und hat nie drückende Formen angenommen.

Als um die Mitte des 16. Jahrhunderts Adel und Geistlichkeit infolge der veränderten wirtschaftlichen Lage danach trachteten, ihren Grundbesitz zu vergrössern, unterband der Landesherr dieses Bestreben durch strenge Verordnungen,³⁶⁴⁾ die für eine Erhaltung des Bauerngutes eintraten.

Weiter bemühte sich die kurfürstliche Regierung auch um technische und kulturelle Verbesserungen in der Landwirtschaft. Alle diese Bestrebungen fallen zum grössten Teil in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts und sind aufs engste mit der Person des Kurfürsten Klemens Wenzeslaus verbunden. Mit ihm beginnt überhaupt für Kurtrier eine neue Zeit, es wird in die Flut des allgemeinen Geisteslebens hineingezogen, die Aufklärung hält ihren Einzug. Der Kurfürst lebte ganz in der Gedankenwelt der Aufklärung; mit dem rückständigen Wesen am Hof, in der Verwaltung und im gesamten bürgerlichen Leben wurde gebrochen. Auf allen Gebieten verspüren wir die Reformtätigkeit dieses Regenten und so auch auf dem Gebiete landwirtschaftlicher Kulturtechnik. Für diese Zeit schreibt Schüller,³⁶⁵⁾ man könne es erleben, dass ein Pfarrer Sonntags auf der Kanzel vom Nutzen des Kleebaues spreche.

Landwirtschaftliche Betriebstechnik und die Intensität der Bodenbearbeitung waren im ausgehenden Mittelalter so konservativ, dass man jeden bedeutungsvolleren Fortschritt der Agrartechnik in der Periode vom Zeitalter Karls des Grossen bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts überhaupt leugnen kann. Um diese Zeit aber setzt in Kurtrier ein nachhaltiges Bestreben ein, Bodenkultur und Betriebstechnik zu verbessern. Wenn auch der sehnlichste Wunsch des Kurfürsten Klemens Wenzeslaus der war, sein Volk „industriös“ zu machen, so bemühte er sich doch auch in gleicher Weise um die Hebung der Landwirtschaft.

³⁶³⁾ Hontheim, (a. a. O.) III, 157. Vergl. dazu: Aubin G., Die Entstehung und Entwicklung des grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Frankreich und einigen andern mitteleuropäischen Ländern. Diss. München 1907. Seite 50 (Lokalleibeigenschaft). Knetsch (a. a. O.) schreibt über die kurtrierische Leibeigenschaft (S. 50): Andererseits war die bäuerliche Freiheit hier wie in ganz Südwestdeutschland nur höchst unbedeutend eingeschränkt. Die Bemerkung eines bayerischen Juristen vom Jahre 1759 „dass heut zu tag ein leibeigener und anderer gemeiner bauer fast wie zwei tropfen wasser einander gleich sehen“, bestätigt sich auch in Trier.

³⁶⁴⁾ Vergl. Seite 56 ff. Wenn Hontheim (Wirtschaftliche Lage und soziale Bewegung im Kurfürstentum Trier während des Jahres 1525. Diss. phil. Halle 1907) behauptet, die Lage der Bauern im Kurstaat Trier sei zu Beginn des 16. Jahrhunderts, wie im ganzen südwestlichen Deutschland, eine sehr ungünstige gewesen, denn Adel und Klöster hätten ihre Kapitalien zu immer neuen Güterkäufen verwandt und schon am Ende des 15. Jahrhunderts sei mehr als die Hälfte des ganzen Grund und Bodens in ihren Händen gewesen, so haben die Untersuchungen in unserem Gebiet zu wesentlich anderen Ergebnissen geführt. Ueber den Umfang des adeligen und geistlichen Grundbesitzes in seinem Verhältnis zum Bauerngut vergl. die als Anhang beigefügte Tabelle.

³⁶⁵⁾ Schüller Andreas, Die Volksbildung im Kurfürstentum Trier zur Zeit der Aufklärung, (Die Anfänge der modernen Volksschule.) Trierer Jahresberichte 4, 5 u. 6. Trier 1913, 14-16. V, Seite 43.

Unter diesem Kurfürsten wurde im Jahre 1784 in Koblenz ein Lehrerseminar gegründet,³⁶⁶⁾ in dem der landwirtschaftliche Unterricht eine wichtige Rolle spielte. Er sollte die Grundlage zur landwirtschaftlichen Lehre und Uebung in der Volksschule bilden. Zur Rechtfertigung dieses Unterrichts schrieb der damalige Seminardirektor Mathie: „Es ist bekannt, wie mechanisch der Bauersmann seine Felder bearbeitet, und wie oft er aus Dummheit der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens gerade entgegen handelt.“³⁶⁷⁾ Der Bauer wollte eben seine Felder immer noch so bestellen, wie er es von Vater, Grossvater und Urgrossvater gelernt hatte. Ihm galten die alten Ueberlieferungen und Bauernregeln weit mehr als die Vernunft. Hier sollte die Schule aufklärend wirken.

Als Stoff des landwirtschaftlichen Unterrichts im Seminar wird angegeben: die verschiedene Art der Feld- und Gartenerde, die Ursachen ihrer Fruchtbarkeit oder Unfruchtbarkeit, ein Gleiches von dem Feld- und Gartensamenwerk, von der sicheren Aufbewahrung, Erhaltung, verschiedenen Verwendung der Feld- Baum- und Gartenfrüchte und Gemüse, von der Witterung und ihren Regeln, von den verschiedenen Arten Weinreben, von ihrer Anpflanzung und Behandlung in Schiefer- oder Grundbergen, von der Verschiedenheit und den Vorteilen der daher zu erwartenden Weingüte, von künstlichen Wiesen, Futterkräutern, besonders Klee, von deren Behandlung, von Erhaltung und Besorgung des Viehes, vom Verhältnis des Viehstandes gegen jenen der Felder und Weinberge, von der Verschiedenheit der Hölzer, von der Kultur und Wartung der Waldungen und überhaupt von den wesentlichen derlei landwirtschaftlichen Gegenständen.

Die landwirtschaftliche Betriebsweise, wie sie jahrhundertlang in der Dreifelderwirtschaft bestanden hatte, wurde im 18. Jahrhundert durch das Aufkommen des Kartoffel- und Futterpflanzenbaues durchbrochen. Auf Sommer- und Winterfrucht liess man das Feld jetzt nicht mehr brach liegen, sondern bestellte es mit Kartoffeln, Klee oder Rüben.

Schon im Jahre 1734 wird in einer kurfürstlichen Verordnung die Kartoffel eine „neuerdings im Erzstift angebaute Frucht“ genannt. Sie muss schnell Eingang gefunden haben, denn im Jahre 1786 klagt ein Amtmann³⁶⁸⁾ in seinem Bericht über den Stand der Landwirtschaft darüber, dass der Körnerbau infolge des immer mehr um sich greifenden Anbaues der Kartoffel zurückgegangen sei.

Die Bestellung der Brachfelder wurde durch landesherrliche Verordnungen gefördert. In einer solchen vom 17. März 1778³⁶⁹⁾ heisst es, der Kurfürst habe sich von dem unermesslichen Schaden überzeugt, welcher den mit Gütern versehenen Untertanen dadurch entstehe, dass alle in der Brache gelegenen Ländereien nicht benutzt, sondern einer mageren Viehweide preisgegeben wären.

Weiter wandte die kurfürstliche Regierung ihre Fürsorge dem Wiesenbau zu. Nach dem 15. März mussten die Wiesen mit aller Viehtrift verschont werden, damit die Eigentümer solche gehörig reinigen und zubereiten könnten

³⁶⁶⁾ Desgl. VI, Seite 43.

³⁶⁷⁾ Desgl. V, Seite 53.

³⁶⁸⁾ X, 7. III, 2. Bd. I. St. A. W.

³⁶⁹⁾ Scotti, (a. a. O.) III. Seite 1283. Nr. 738.

und das im Frühjahr aufkeimende frische Gras nicht durch das Vieh eingetreten oder mit der Wurzel herausgerissen werde.³⁷⁰⁾ Ebenso war es verboten, die Wiesen nach der Heuernte mit dem Vieh zu behüten. Sie sollten bis Michaelis verschont bleiben, damit der Eigentümer auch den Grummet gewinnen könnte. Diese Verordnungen trugen in gleicher Weise zur Hebung der Viehzucht bei.

So förderte Kurtrier den kulturellen Fortschritt in der Landwirtschaft, um einen tüchtigen und starken Bauernstand in seinem Lande zu haben.

VII. Der Gegensatz der agrarischen Entwicklung West- und Ostdeutschlands.

Im Vorwort wurde die Absicht angekündigt, mit der vorliegenden Untersuchung einen Beitrag zu dem oft widerspruchsvoll erörterten Problem der gegensätzlichen agrarischen Entwicklung in Nordost- und Westdeutschland zu liefern. Die Arbeit von H. Maybaum³⁷¹⁾ über die Agrargeschichte der beiden mecklenburgischen Ämter Gadebusch und Grevesmühlen gibt uns erwünschte Gelegenheit, die bisher aufgestellten Theorien über die Ursachen dieses Gegensatzes durch Gegenüberstellung der beiderseitigen Ergebnisse zu prüfen.

Ohne Vollständigkeit zu erstreben, stellen wir zunächst die wichtigsten Lösungsversuche des Problems zusammen, die uns in der Literatur³⁷²⁾ begegnet sind. Zwei Arten von Gründen sind immer wieder als massgebend für die Entwicklung des Ostens angeführt worden, zunächst wirtschaftliche und dann staatsrechtlich-politische.

Die Verschiedenheit in der Besitzverteilung hat man mit der grössern oder geringeren Fruchtbarkeit des Bodens in Verbindung zu bringen gesucht.³⁷³⁾

³⁷⁰⁾ Scotti, (a. a. O.) III. Seite 722.

³⁷¹⁾ Maybaum H., Die Entstehung der Gutsherrschaft im nordwestlichen Mecklenburg. (Amt Gadebusch und Amt Grevesmühlen). Berlin, Stuttgart, Leipzig. 1926.

³⁷²⁾ Ueber den Gegensatz west- und ostdeutscher Agrarentwicklung siehe: 1. Wittich, Artikel: Gutsherrschaft im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 2. Aufl. Bd. IV. Seite 930. 1900. 2. Caro, Probleme der deutschen Agrargeschichte. Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. B. V. 1907. 3. von Below, Territorium und Stadt. Aufsätze zur deutschen Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. München und Leipzig 1900. 4. Knapp, Georg Friedrich, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preussens. 2. Aufl. München und Leipzig. 1927. 5. Wittich, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland. Leipzig 1896. 6. Oehr, Ländliche Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im 16. Jahrhundert. Hannover-Leipzig 1903. 7. Fuchs Joh. C., Die Epochen der deutschen Agrargeschichte und Agrarpolitik. Jena 1898. 8. Knapp Th., Gesammelte Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte vornehmlich des deutschen Bauernstandes. Tübingen 1902. 9. Knapp Th., Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstandes. Tübingen 1919. 10. Ludwig, Der badische Bauer im 18. Jahrhundert. Strassburg 1896. Weitere Literatur siehe bei v. Below, Territorium und Stadt, und bei Köttschke, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters. Jena 1924.

³⁷³⁾ Ueber die Zurückführung der Verschiedenheit der Besitzverteilung auf die Bodengüte vergl. Roscher, (a. a. O.) Seite 114 und 162. Niebuhr (Kleine historische und philologische Schriften Bd. 1. Seite 70) weist darauf hin, dass das Bauerneigentum in um so kleinere Besitzungen verteilt vorkommt, je fruchtbarer die Marsch ist. Caro, (a. a. O., Seite 452.) „Rein wirtschaftliche Ursachen wie die Ergiebigkeit des Bodens, abhängig von seiner geologischen Beschaffenheit und dem Klima, haben ohne Zweifel auf die Grundbesitzverteilung eingewirkt“. Meiner Ansicht nach darf die Bonität des Bodens nur im Zusammenhang mit den anderen Faktoren der Siedlungsfähigkeit gewürdigt werden.

Tatsächlich kann man oft das Zusammenfallen von gutem Boden und Kleinbesitz einerseits und schlechterem Boden und Grossbesitz andererseits beobachten. Doch sind diese natürlichen Verhältnisse nicht von so weitreichender Bedeutung, dass sie zur Erklärung der Entwicklung der Gutsherrschaft ausreichen, denn wir müssen feststellen, dass sich in fruchtbaren Gegenden des Ostens ebenso Grossbesitz befindet wie in unfruchtbaren Teilen des Westens Kleinbesitz. Wollten wir die Bodengüte als massgebend für diese Entwicklung betrachten, so müssten wir für den Osten durchschnittlich schlechteren Boden annehmen. Das ist aber nicht der Fall.

Gothein³⁷⁴), der vor allen Dingen wirtschaftliche Momente zur Erklärung heranzieht, deutet an, dass die Gutsherrschaft im Nordosten deshalb aufkam und sich zu solchem Umfang entwickelte, weil sie seit dem 16. Jahrhundert rentabel wurde. Das bringt er in Zusammenhang mit der günstigeren Gestaltung der Absatzverhältnisse. Im Westen konnte nach seiner Ansicht dieser Weg nicht beschritten werden, weil bei der Höhe der Arbeitslöhne an eine gewinnbringende Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte nicht zu denken war. In diesem Sinne schreibt er: „Die Arbeitslöhne standen (in Westdeutschland, speziell Südwestdeutschland, seit dem 16. Jahrhundert) so hoch, an spekulative Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte war bei der grundsätzlichen Erschwerung des Handels mit solchen so wenig zu denken, dass es das einzig Vorteilhafte war, Bauerngüter zu Zeitpacht und Erbpacht zu bilden, und dies selbst in Gegenden, wo es sich um Viehwirtschaft handelte“. Demgegenüber hat von Below darauf hingewiesen, dass sich auch in Norddeutschland ein bedeutender Getreideexport entwickelte und dass die günstigere Gestaltung der Absatzverhältnisse nicht nur dem Osten zu gute kam. Ueberhaupt warnt er vor einer Ueberschätzung der Absatzverhältnisse in ihrer Wirkung auf die Grundbesitzverteilung. Was aber die Beschaffung billiger Arbeitskräfte anbetrifft, so ist nicht einzusehen, warum der Grundherr des Westens, soweit er im Besitz gerichtsherrlicher Rechte war, nicht auch den Weg des Ostens beschritten hat.³⁷⁵)

E. O. Schulze³⁷⁶) führt für das Aufkommen der Gutsherrschaft im Osten seit der Wende des 15. Jahrhunderts folgende Gründe an: „Die durchgreifende Ausgestaltung der Geldwirtschaft im Verlaufe des Jahrhunderts, das Zurückdrängen von Kriegs- und Hofdienst, das Beispiel der von städtischem Kapital bewirtschafteten Güter wiesen die Ritter, die ihren Beruf mehr und mehr in der Bewirtschaftung ihrer Güter fanden, darauf hin, diese geldwirtschaftlich auszubeuten“. Alle diese Gründe sind abzulehnen, da sie in gleicher Weise auch für den Westen zutreffen und somit die östliche Sonderentwicklung nicht

³⁷⁴) Gothein, Allgem. Zeitung. Beilage vom 11. September 1888. Siehe dazu Below, (a. a. O.) Seite 41. In diesem Zusammenhang weist Below darauf hin, dass sich in mehreren Landschaften, denen die Absatzverhältnisse ebenso zustatten kommen mussten wie den östlichen Provinzen Preussens, in Jütland, Ditmarschen, Hannover keine Gutsherrschaften auf Kosten des Bauernstandes gebildet haben. (Seite 45).

³⁷⁵) Dass dies in unserem Untersuchungsgebiet weder vom Landesherrn, noch vom Adel versucht worden ist, mögen die Ausführungen in Abschnitt V gezeigt haben.

³⁷⁶) Schulze, Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe. Leipzig 1896. Seite 354.

erklären können. Weiter weist von Below darauf hin, dass nicht einzusehen ist, inwiefern das Beispiel der von städtischem Kapital bewirtschafteten Güter den Grossbetrieb angeregt habe.³⁷⁷⁾ Im Westen finden wir in der Nähe der Städte den kleinsten Parzellenbesitz. Weiter ist zu sagen, dass der Adel auch nach Einführung der Söldnerheere seine Stellung als Offizier beibehielt. Näher kommt Schulze den tatsächlichen Gründen für die Entwicklung des Ostens, wenn er schreibt: „Die treibenden inneren Gründe der Entwicklung waren wirtschaftlicher Art, vor allem der notwendig gewordene Uebergang zu einer anderen Richtung und Betriebsweise der landwirtschaftlichen Produktion, bei gleichzeitigem Mangel an genügenden und billigen freien Arbeitskräften“.³⁷⁸⁾ Entscheidend dabei ist die Frage, durch welche Gründe der Uebergang zu einer andern Betriebsweise notwendig wurde und ob diese nur für den Osten zutrafen.

Wirtschaftliche Momente hält auch Wittich³⁷⁹⁾ bei diesem Vorgang für bedeutend, wenn er schreibt: „Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass der landwirtschaftliche Grossbetrieb, der die Gutsherrschaft hervorgebracht hat, erst dann in einem Lande entstehen konnte, wenn infolge günstiger Transport- und Ausfuhrverhältnisse oder infolge eigener, meist städtischer Entwicklung die Naturalwirtschaft der Geldwirtschaft zu weichen begann.“ Weiter fügt er noch hinzu, dass, so sehr auch diese Entwicklung eine wirtschaftliche war, ebenso die verschiedensten natürlichen politischen und sozialen Verhältnisse, bald hemmend und hindernd, bald fördernd gewirkt haben. Die rein wirtschaftliche Entwicklung vollzog sich unter der Einwirkung nicht wirtschaftlicher Einflüsse. Alle diese von Wittich in dem oben zitierten Satz angeführten Gründe galten jedoch viel mehr für Westdeutschland als für den Osten. Und doch kennt nur der Osten die Gutsherrschaft.

Brentano³⁸⁰⁾ betrachtet die Säkularisation der Kirchengüter im 16. Jahrhundert als ausschlaggebend für die Verringerung des Bauernstandes. Der eingezogene geistliche Grundbesitz stellt danach einen grossen Anteil der Hofländereien der Gutsherrschaft dar. Als Erbe der Kirche trat jedoch hauptsächlich der Staat auf, und so hätte die Verweltlichung des kirchlichen Besitzes nur zur Bildung landesherrlicher Gutsherrschaften beitragen können. Dass wir aber in der Säkularisation keineswegs einen Grund für die Herausbildung der Gutsherrschaft erblicken dürfen, zeigt ein Vergleich mit dem Westen. In mehreren protestantischen Territorien ist hier ebenfalls der Kirche umfassender Grundbesitz genommen worden. Und doch führte dies keineswegs zur Verringerung des Bauernstandes und so zur Ausbildung der Gutsherrschaft. Dagegen finden wir auch in katholischen Gebieten des Ostens ausgedehnten Grossgrundbesitz.³⁸¹⁾

Alle diese Versuche, die Entstehung der Gutsherrschaft aus wirtschaftlichen Gründen heraus zu erklären, können nicht befriedigen, da sie diese komplizierte Erscheinung zu sehr aus einem Prinzip heraus zu begründen versuchen. Dabei ist man sich des tatsächlichen Gegensatzes in der wirtschaftlichen Struk-

³⁷⁷⁾ A. a. O. Seite 46.

³⁷⁸⁾ A. a. O. Seite 366.

³⁷⁹⁾ Wittich, a. a. O. Seite 230.

³⁸⁰⁾ Brentano, Allgemeine Zeitung. 1886. Nr. 4--6.

³⁸¹⁾ Vergl. dazu von Below (a. a. O.) Seite 48 ff.

tur West- und Ostdeutschlands nicht immer ganz bewusst. So wird es uns verständlich, dass man den Versuch machte, diese ganz verschiedene Entwicklung aus einem Gebiet heraus zu erklären, auf welchem ein Gegensatz zwischen Westen und Osten deutlich in die Erscheinung trat, nämlich aus der verschiedenen Verteilung der öffentlichen Gewalt. Seit dem 14. Jahrhundert veräusserte nämlich der Landesherr des Ostens in steigendem Masse öffentliche Rechte an den Adel und wohl auch an Kirchen und Städte.³⁸²⁾ Von grossem Ausmass war die Uebertragung öffentlicher Gerichtsbarkeit. Die Bedeutung dieser Tatsache für den zu erklärenden Vorgang bringt von Below, nachdem er darauf hingewiesen hat, dass dieser Wandel zunächst noch nichts an der allgemeinen Lage der Bauern änderte, folgendermassen zum Ausdruck: „Diese Umwandlung war die Voraussetzung für die Massregeln, durch welche die Ritter am Schluss des Mittelalters und im Beginn der Neuzeit aus ihrer Grundherrschaft eine Gutsherrschaft herstellten“.³⁸³⁾ Die Veräusserung wichtiger staatlicher Rechte an die Ritterschaft sieht er so als bedeutungsvoll für die ganze Entwicklung an. Das könnte jedoch nur zur Erklärung der ritterschaftlichen Gutsherrschaft dienen. Aber auch der Landesherr des Ostens bildete die Gutsherrschaft heraus, der des Westens dachte gar nicht daran, obwohl ihm ursprünglich gerichtsherrliche Rechte in mindestens gleichem Umfang zustanden.

Aehnlich wie von Below schreibt auch Caro, nachdem er wirtschaftliche Gründe als massgebend für diese Entwicklung abgelehnt hat: „Die einzig durchweg zutreffende Erklärung scheint auf staatsrechtlich-politischem Gebiet zu liegen. Die Ausbildung der gutsherrlichen Grossbetriebe ist um so weiter fortgeschritten, je mehr Einfluss die Stände und vor allem der grundbesitzende Adel auf die Regierung eines Territoriums erlangten“.³⁸⁴⁾ Auch diese Argumente sprechen nur für die ritterschaftliche Gutsherrschaft.

Um nun den Gründen, die tatsächlich zur Ausbildung der nordostdeutschen Gutsherrschaft, der landesherrlichen wie der ritterschaftlichen, geführt haben, näher zu kommen, betrachten wir die Agrarverhältnisse der obengenannten mecklenburgischen Ämter Gadebusch und Grevesmühlen. Die Grundbesitzverhältnisse, wie wir sie im 14. Jahrhundert hier vorfinden, waren eine Neuschöpfung der ostdeutschen Kolonisation des 12. und 13. Jahrhunderts. Die Siedlungstätigkeit ging dabei von weltlichen Fürsten aus, die Durchführung lag in den Händen von fürstlichen Lehnsmannen, die als Lokatoren zu ritterlichen Grundherrn wurden. Durch die Kolonisation wollten sich die Landesherren einen leistungsfähigen und steuerkräftigen Bauernstand und einen durch Lehensbande eng mit ihnen verbundenen Kriegerstand schaffen. „Diese beiden Ziele zu erreichen war nur auf dem Wege möglich, dass man deutsche Einwanderer, Ritter wie Bauern, in das Land zog, sie nach deutschem Recht ansetzte und ihren Grundbesitz mit jenen beiden Leistungen, Kriegsdienst und Zinszahlung, dinglich belastete“.³⁸⁵⁾

³⁸²⁾ Desgl. Seite 11.

³⁸³⁾ Desgl. Seite 12. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass auch im Westen die vollständige Eingliederung der Gerichtsbarkeit in die gesamte Staatsverwaltung nicht gelang. So blieb innerhalb des Amtes Montabaur der Graf von Walderdorf bis gegen Ende des Kurstaates im Besitz gerichtsherrlicher Rechte, und doch beschritt er nicht den Weg zur Ausbildung einer Gutsherrschaft. Vergl. Seite 65.

³⁸⁴⁾ Caro, (a. a. O.) Seite 453.

³⁸⁵⁾ Maybaum, (a. a. O.) Seite 17—18.

Aufgabe der Lokatoren war es dabei, in Altdeutschland Auswanderungslustige zu werben und diesen dann in den betreffenden Gebieten Bauernstellen anzuweisen. Für ihre Tätigkeit wurden diesen Unternehmern eine Reihe von Hufen frei von Zins und Zehnt und das erbliche Schulzenamt übertragen. Zwei Gruppen solcher Lokatoren müssen wir hierbei unterscheiden: zunächst solche, denen vom Landesherrn Grundbesitz in grösserem Umfang übertragen wurde und die dessen Besiedlung auf eigene Rechnung vornahmen, und dann diejenigen, die als landesherrliche Beamte einzelne Dörfer besiedelten.

Die erste Gruppe bestand aus fürstlichen Lehensmännern, die dem ritterschaftlichen Stande angehörten. Entweder waren sie selbst als Lokatoren tätig, oder sie übertrugen die Besiedlung des ihnen verliehenen Grund und Bodens irgendwelchen Unterlokatoren. Auf jeden Fall nahmen aber diese ritterlichen Grundherren die den Lokatoren zustehenden Rechte für sich in Anspruch, nämlich das Schulzenamt mit allen sich daraus ergebenden Gerechtsamen und die abgabefreien sogenannten Settingshufen.

Diese Settingshufen bildeten nach ihrer rechtlichen Stellung den Gegensatz zu dem an Bauern vergebenen Land. Sie machten die Hauptmasse der späteren sogenannten Hofländereien aus. Ueber die Stellung dieser Hofhufen schreibt Maybaum: „Die Hofhufe war in höherem Grade ein rechtlicher als ein wirtschaftlicher Begriff“³⁸⁶), d. h. die Unterscheidung bezieht sich keineswegs auf die Bewirtschaftung, sondern nur auf die Besitzverhältnisse. Es ist also damit nicht gesagt, dass solche Hofhufen im herrschaftlichen Eigenbetrieb ausgenutzt wurden, sondern nur, dass sie zu Hofrecht und nicht zu Bauernrecht ausgetan waren. Ein grosser Teil dieser sogenannten Hofhufen, in manchen Dörfern sogar alle, war in einem Zeitpachtverhältnis an bäuerliche Bewirtschafter vergeben. Der ritterschaftliche Eigenbetrieb in den genannten Gebieten des Ostens überschritt, wenigstens was den Getreidebau anbetraf, während des ganzen Mittelalters kaum die Grenzen einer bäuerlichen Wirtschaft. Die Viehwirtschaft dagegen scheinen ritterliche Grundbesitzer gelegentlich in weiterem Ausmass betrieben zu haben. Dazu waren wenig Arbeitskräfte erforderlich, und die grundherrlichen Vorrechte an der Allmende forderten dazu heraus.

Die zweite Gruppe der Lokatoren unternahm die Besiedlung im Interesse des Landesherrn als Grundherren. Ihnen fielen ebenfalls eine oder mehrere Settingshufen zu und das Schulzenamt, jedoch besaßen sie keine grundherrlichen Rechte über das ihnen zur Besiedlung angewiesene Dorf. Sie waren eben nur grundherrliche Beamte der Landesherrn. Manche von ihnen sind allerdings nach Verleihung von grundherrlichen Gerechtsamen in den Lehensverband aufgenommen worden und damit in den Ritterstand eingetreten.

Vorherrschend war in den beiden Aemtern Gadebusch und Grevesmühlen die ritterschaftliche Grundherrschaft, ihr gegenüber trat die landesherrliche in den Hintergrund.

Aus der planmässigen durchgeführten Besiedlung ist die lückenlose Bedeckung des in Frage kommenden Gebietes mit Grundherrschaften zu erklären; es gab keine Eigentumsbauern, sondern nur Zinsbauern, die unter irgend einem Grund-

³⁸⁶) Maybaum, (a. a.O.) Seite 23.



herrn standen. Durch diese Einordnung in eine Grundherrschaft wurde die persönliche Freiheit der Zinsbauern jedoch in keiner Weise beschränkt. „Die Grundherrschaft bildete kein rechtliches, sondern nur ein soziales Rangverhältnis.“³⁸⁷⁾

Diese ganzen Verhältnisse, wie sie durch die ostdeutsche Kolonisation geschaffen wurden, stellen sich als eine Uebertragung der Verhältnisse und Einrichtungen Altdeutschlands in das Kolonisationsgebiet dar. Das zeigt besonders die Betrachtung des Besitzrechtes der deutschen Kolonisten. Sie brachten aus der Heimat ihr altes Erbzinsrecht mit.

Zwei Formen dieses Erbzinsrechtes können wir nach den Urkunden der Ämter Gadebusch und Grevesmühlen unterscheiden: die reine „Erbpacht“, gekennzeichnet durch Erblichkeit und Unkündbarkeit des Besitzes, und die sogenannte „Erbzeitpacht“, ein Mittelding zwischen reiner Erb- und reiner Zeitpacht. Im Laufe der Entwicklung jedoch sind diese Unterschiede verschwunden, die Erblichkeit setzte sich überall durch. Eine wichtige Folge derselben war die Unveränderlichkeit des Zinses, den der Grundherr nicht einseitig steigern konnte.

Das bäuerliche Nutzungsrecht an der Allmende, das eigentlich jedem Hufenbesitzer zustand, unterlag weitgehenden Beschränkungen von seiten des Grundherrn, ihm stand von vornherein ein Obernutzungs- und Verfügungsrecht zu.

Neben das oben gekennzeichnete Erbzinsrecht, das eigentliche bäuerliche Besitzrecht, trat schon im Mittelalter die reine Zeitpacht. Den grössten Umfang des auf Zeit verpachteten Landes machten die ritterschaftlichen Hofhufen aus, die von ihren Besitzern nicht selbst bewirtschaftet, sondern eben verpachtet wurden. Dieses freie Zeitpachtverhältnis erstreckte sich bis ins 16. Jahrhundert hinein ausschliesslich auf das alte Hofland.

Vergleichen wir mit diesen Verhältnissen diejenigen unseres westlichen Gebietes um die gleiche Zeit, so müssen wir die Uebereinstimmung in allen wesentlichen Punkten feststellen.

Der Unterschied setzt erst in der Entwicklungsrichtung ein, die Osten und Westen in Zukunft einschlagen. Der ostdeutsche Grundherr war mit Ausnahme des Landesherrn im 14. Jahrhundert nicht im Besitz von Gerichtsbarkeit, der westdeutsche besass solche noch in weitem Masse. Während nun im Osten im Laufe der Zeit der Grundherr landesherrliche Gerichtsbarkeit erwarb, ging sie dem Grundherrn des Westens, wenigstens in dem von uns behandelten Gebiet, zum grössten Teil verloren. Das gegensätzliche Verhalten der west- und ostdeutschen Landesherrn tritt bei diesem Punkte in schärfste Beleuchtung.

Der Erzbischof von Trier suchte im Amte Montabaur alle patrimoniale Gerichtsbarkeit zu beseitigen und das ganze Gerichtswesen dem landesherrlichen Amt einzugliedern.³⁸⁸⁾ Der Landesherr von Mecklenburg dagegen veräusserte seine Gerichtsrechte in weitem Masse an den Adel. Ohne den Vorgang dieser Veräusserung im einzelnen zu verfolgen, stellen wir hier nur fest, dass die Ueber-

³⁸⁷⁾ Maybaum, (a. a. O.) Seite 27.

³⁸⁸⁾ Vergl. Seite 33 ff. Siehe auch die Ausführungen über die Einziehung der Hofgerichte Meudt und Elbert. (Abschn. V.)

tragung der vollen Hochgerichtsbarkeit von seiten des Landesherrn an die Grundherrn hauptsächlich im 14. Jahrhundert beginnt und im 15. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht. Die Herzöge von Mecklenburg haben sich jedoch dieses Recht in weit höherem Masse gewahrt, als etwa die holsteinischen Herzöge oder die brandenburgischen Markgrafen.³⁸⁹⁾

Leider geht Maybaum nicht auf die Gründe ein, die seinen Landesherrn zur Veräusserung gerichtsherrlicher Rechte an die Gutsherrn veranlasst haben. Allgemein nimmt man wohl an, dass die Schwäche ihres Regiments die ostdeutschen Landesherrn zu diesem Verzicht auf wichtige staatliche Rechte gezwungen habe. So schreibt von Below: „Erklären lässt sich die grössere Nachgiebigkeit der Landesherrn der östlichen Territorien wohl nur aus einer grösseren Schwäche des Regiments.“³⁹⁰⁾ Im weiteren Verlaufe weist er aber selbst darauf hin, dass es schwache Regenten auch im deutschen Westen gegeben hat, die ihre staatliche Gerichtshoheit trotzdem nicht nur bewahrt, sondern sogar ausgebaut haben. Umgekehrt haben auch starke und unabhängige Landesherren des Ostens ihre Gerichtsrechte preisgegeben. Den Uebergang dieser Rechte an die späteren Gutsherrn können wir demnach nicht einseitig aus der Schwäche der ostdeutschen Landesherrn erklären, sondern wir müssen darin eine durch besondere Verhältnisse des Ostens bedingte politische Massnahme sehen. In einer Zeit, wo der Kurfürst von Trier in der Lage war, den Adel mehr und mehr aus seiner Staatsverwaltung zu verdrängen, weil sein auf den Leistungen eines gekräftigten Bürger- und Bauernstandes aufgebautes Finanzwesen ihm die Schaffung eines Berufsbeamtentums gestattete, war der ostdeutsche Landesherr in erhöhtem Masse noch auf die Mitwirkung seines landsässigen Adels in Verwaltung und Gerichtswesen angewiesen.

Die politische Erstarkung der Stände war im deutschen Osten nicht die Voraussetzung zum Erwerb der Gerichtsrechte, sondern weit mehr eine Folge. Bezeichnend ist es in diesem Zusammenhang, dass der erste mecklenburgische Gesamtlandtag, mit dem erst die fortlaufende Reihe der vereinigten Landtage beginnt, der vom 1. August 1484 zu Wismar war.³⁹¹⁾ Der Landtag, dessen Hauptgegenstand die Bewilligung allgemeiner Landsteuern war, trat in Mecklenburg also erst ins Leben, nachdem der Uebergang gerichtsherrlicher Rechte an die ritterschaftlichen Grundherrn schon zum grossen Teil erfolgt war. Diese Tatsache bestärkt uns in unserer Auffassung, dass wir in dem Vorgang des Erwerbs öffentlicher Gerichtsbarkeit durch den ostdeutschen Adel nicht das Ergebnis eines Kampfes zwischen Landesherrn und Adel zu sehen haben, sondern weit mehr ein durch gemeinsame Interessen gebotenes Zusammengehen. Der ostdeutsche Landesherr musste auch aus steuerfiskalischen Gründen Wert darauf legen, sich einen leistungsfähigen Adel zu erhalten.³⁹²⁾

In diesem Zusammenhang muss beachtet werden, dass der Gerichtsbarkeit im deutschen Osten nicht die gleiche Bedeutung zukam wie im Westen. Die mittelalterliche Gerichtsbarkeit war ein staatliches Hoheitsrecht. Im deutschen

³⁸⁹⁾ Maybaum, (a. a. O.) Seite 72.

³⁹⁰⁾ von Below, (a. a. O.) Seite 13.

³⁹¹⁾ Maybaum, (a. a. O.), Seite 148.

³⁹²⁾ Ueber die finanziellen Leistungen der Ritterschaft (Saatgeld) siehe Seite 84.

Westen wurde sie zum Ausgangspunkt der Territorialbildung, ihr Besitz drängte auf den Weg, die Landeshoheit zu erstreben. Dazu bot sie die rechtlichen und auch zugleich zum Teil die finanziellen Mittel. Sie war ein wirtschaftlicher Faktor, denn sie gab Ansprüche auf eine ganze Reihe von Diensten und Abgaben.³⁹³) Aus dieser Tatsache ist das Bemühen der Trierer Erzbischöfe, alle patrimoniale Gerichtsbarkeit zu beseitigen, zu verstehen; denn Gerichtsrechte in den Händen irgend eines Herren bedeuteten eine Durchlöcherung der Landeshoheit und zugleich eine Verringerung der landesherrlichen Einnahmen.

Im deutschen Osten dagegen bedeutete die Aufgabe der Gerichtsbarkeit keinen Verzicht auf namhafte finanzielle Einkünfte. Steuern und Bede bezog nur der Landesherr. So schreibt Caro: „Wollte der ostelbische Gutsherr seine Einkünfte aus der Gerichtsbarkeit steigern, so blieb ihm kaum etwas anders übrig, als die Fronen zu erhöhen.“³⁹⁴) Diesen Weg hat er bekanntlich beschritten, als er durch eine wirtschaftliche Krise dazu gezwungen wurde.

Der ritterschaftliche Grundbesitzer des Ostens hatte zwei Einnahmequellen, den Ertrag seines allerdings wenig umfangreichen Eigenbetriebs auf unverpachtetem Hofland und die Abgaben seiner abhängigen Bauern. Diese erst ermöglichten dem Ritter eine standesgemässe Lebensführung. Durch zwei Umstände jedoch verloren diese Einnahmequellen seit dem 15. Jahrhundert mehr und mehr ihre Bedeutung, durch die eintretende Geldentwertung und durch die Verödung des flachen Landes.

Die bäuerlichen Abgaben, die zunächst überwiegend in Naturalien entrichtet worden waren, wurden im Laufe des 14. Jahrhunderts nahezu restlos in Geld umgewandelt. Auf jeder Bauernhufe lag eine genau fixierte Abgabe.³⁹⁵) Die starke Vermehrung des Bestandes an Edelmetall brachte nun eine Verringerung des Geldwertes mit sich. So stiegen von 1450–1480 die Kornpreise in Gadebusch um 50–100⁰/₀.³⁹⁶) Im gleichen Verhältnis sank aber der Wert der bäuerlichen Abgaben.

Diese Entwicklung hätte nun ohne weiteres zu einer Hebung und Förderung der wirtschaftlichen Lage des Bauernstandes führen müssen, wenn nicht andere Ereignisse hier hemmend in den Weg getreten wären, nämlich die Verwüstung des platten Landes. Das 15. Jahrhundert ist für Mecklenburg eine Zeit wirtschaftlichen Rückgangs, es ist das Jahrhundert der Fehden und des Raubrittertums. Auf die überspannte Aussenpolitik des kleinen Territoriums, die sogar den Versuch zur Gewinnung der schwedischen Königskrone für das mecklenburgische Haus machte, erfolgte jetzt der Rückschlag. Was an kriegerischer Kraft übrig geblieben war, verzehrte sich in der Heimat weiter im wieder erwachenden Raubwesen, in dauernden Fehden und kleinen Händeln mit den Nachbarn.³⁹⁷) Von diesen Wirren am härtesten betroffen wurde natürlich der Bauer, der täglich sein Leben, sein Eigentum und den Ertrag seiner Arbeit in

³⁹³) Vergl. Schöningh, (a. a. O.) Seite 53 ff. „Der Gerichtsherr verlangt Gerichtsfolge, Heeresfolge, Abgaben und Dienst“.

³⁹⁴) Caro, (a. a. O.) Seite 443.

³⁹⁵) Maybaum, Seite 108.

³⁹⁶) Desgl., Seite 109.

³⁹⁷) Desgl., Seite 112.

Gefahr sah. Es war eine Zeit allgemeiner Unsicherheit, in der nur die starken Mauern einer Stadt ausreichenden Schutz boten. Unter diesen Umständen kam es zu einer Flucht der Bauern in die Städte. Das führte letzten Endes zu einem beträchtlichen Rückgang der besetzten Bauernstellen. So zeigen in der Zeit von 1404 bis zum Ende des 16. Jahrhunderts von 81 Dörfern des Amtes Gadebusch nur 26 einen unveränderten Bestand an besetzten Hufen. Dabei zeigt die Statistik, dass die landesherrlichen und geistlichen Dörfer in bezug auf die Zahl der besetzten Hufen weitaus günstiger dastanden als die ritterschaftlichen. Das lässt darauf schliessen, dass die Ritterschaft schärfer gegen ihre zahlungsunfähigen Bauern vorgegangen ist, allerdings mit dem Erfolg, die Landflucht derselben zu beschleunigen.³⁹⁸⁾ Diese Umstände führten letzten Endes zu einer bedeutenden Verschuldung des mecklenburgischen Adels; ein Teil seiner Güter lag verödet da, von andern gingen die Abgaben nicht ein. „Der Adel war so verarmt, dass er die Konkurrenz mit dem reichen Bürgertum nicht mehr aufnehmen konnte. Seine gesunkenen Einkünfte erlaubten ihm keine standesgemässe Lebenshaltung mehr. Noch vergrössert wurde dieses Missverhältnis durch das zunehmende Luxusbedürfnis jener Zeit und die allgemeine Steigerung der Lebensansprüche.“³⁹⁹⁾ Unter solchen Umständen war es für den Adel eine Lebensfrage, sich neue Einkünfte zu erschliessen. Was blieb dem Grundherrschaften des Nordostens da anders übrig, wenn er nicht gleich vielen Bauern das Feld räumen wollte, wenn das ganze Werk der ostdeutschen Kolonisation nicht in Frage gestellt werden sollte, als zum Eigenbetrieb überzugehen und damit eine neue Form der durch die Entwicklung im Westen überholten Betriebsgrundherrschaft, die Gutsherrschaft zu errichten?

Der Uebergang vom Rentenbezug zum Eigenbetrieb vollzog sich dabei in langsamer Entwicklung. Die Neueinrichtung eines so ausgedehnten landwirtschaftlichen Eigenbetriebs, wie ihn die ostdeutsche Gutsherrschaft darstellt, birgt in sich eine solche Menge von Schwierigkeiten, dass wir diesen Schritt des ostdeutschen Gutsherrn nur aus seiner bedrängten wirtschaftlichen Lage heraus als „ultima ratio“ verstehen können. Es war für ihn die einzige Möglichkeit, seine vollkommen gesunkenen Einnahmen zu heben.

Am einfachsten gestaltete sich bei der Einrichtung der Gutsherrschaft wohl die Gewinnung des nötigen Landes. Die verödeten Bauernstellen konnte der Grundherr ohne weiteres einziehen. Auf Grund seines Obernutzungsrechtes an der Allmende war er jederzeit in der Lage, Teile derselben auszusondern und zur Vergrösserung seines Eigenbetriebes heranzuziehen, denn das anbaufähige Land war in der Kolonisationszeit bei weitem nicht so restlos besiedelt worden wie im Westen. Schwieriger als die Landgewinnung aber war die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte. Hierbei kam nun dem Grundherrschaften der Besitz gerichtsherrlicher Rechte zugute, der ihm neben dem rechtlichen Anspruch auf die Dienste seiner gerichtsherrlichen Hintersassen zugleich auch ein starkes Machtmittel zur Durchsetzung seiner Forderungen in die Hand gab.

³⁹⁸⁾ Desgl., Seite 115 ff.

³⁹⁹⁾ Desgl., Seite 118.

Einen starken Antrieb zur Vergrößerung ihres Betriebes erhielten die ostdeutschen Gutsherrn dann durch die günstige Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produkte. Die Absatzmöglichkeiten vergrößerten sich, und damit Hand in Hand ging eine gewaltige Preissteigerung. „Der durch die Industrialisierung des westlichen Europas entstehende Mehrbedarf an Getreide einerseits, die Preisrevolution des 16. Jahrhunderts, welche die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse um das Doppelte und Dreifache erhöhte, anderseits waren nach Rörig⁴⁰⁰⁾ die Ursache dafür, dass damals in Schleswig-Holstein eine kapitalistische Getreideproduktion für den Markt einsetzte. Die gleichen Ursachen waren auch in Mecklenburg wirksam, wo der Preis für einen Scheffel Roggen von 5—5½ Schillingen im Jahre 1548 auf 12 Schilling im Jahre 1590, also ungefähr um 140% stieg.⁴⁰¹⁾ Das hatte eine bedeutende Vergrößerung der im Eigenbetrieb bewirtschafteten Ackerflächen zur Folge, die so weit ging, dass der Gutsherr besetzte Bauernstellen einfach einzog, es kam zum sogenannten „Bauernlegen“. Um die nötigen Arbeitskräfte zu erhalten, wurde die Freizügigkeit der abhängigen Leute beschränkt, es entwickelte sich die Erbuntertänigkeit. Jetzt erst wurde der ehemalige Grundherr zum wirtschaftlichen Unternehmer.

Von bedeutendem Einfluss auf diese ganze Entwicklung war dabei die Haltung des ostdeutschen Landesherrn. Er trat den wirtschaftlichen Bestrebungen seiner Ritterschaft nicht etwa hindernd entgegen, sondern liess ihnen sogar seine Unterstützung zuteil werden. An einem starken Bauernschutz konnte der Landesherr des Ostens kein Interesse haben, denn ein verarmter und wirtschaftlich nicht leistungsfähiger Bauernstand bildete für ihn keine Einnahmequelle. „Auch musste dem Landesherrn das Interesse an der Erhaltung eines steuerkräftigen Bauernstandes in hohem Masse schwinden, seitdem das vom Adel zu zahlende Saatgeld einen vollen Ersatz für die nicht gezahlte Landbeede eingezogener Bauernhufen bildete.“⁴⁰²⁾ Im Westen aber war eine solche Haltung des Landesherrn aus dem Grunde unmöglich, weil der westdeutsche Kleinstaat den Adel sozusagen übergangen hatte und seine eigentliche Stütze nicht mehr in ihm, sondern in einem in steuerlicher Hinsicht leistungsfähigen Bürger- und Bauernstand fand. Neben den Forderungen des Landesherrn blieb dabei für die des Adels wenig übrig. Das einzige, was man jedoch von den bauerlichen Untertanen des Ostens verlangen konnte, war die Leistung von Arbeitsdiensten. Diese aber konnte der Landesherr für seine eigenen Zwecke nur dort in vollem Masse in Anspruch nehmen, wo er selbst Grundherr war. Wo dies nicht der Fall war, liess er sie seiner Ritterschaft zukommen. Den Weg, den der ostdeutsche Landesherr zur Steigerung seiner finanziellen Einkünfte selbst beschreiten musste, hat er seiner Ritterschaft nie verwehrt.⁴⁰³⁾

Diese Entwicklung ist typisch für den gesamten Osten. Gerade die Tatsache, dass neben der Ritterschaft auch der Landesherr selbst zur Einführung des Eigenbetriebs schreitet, ist in dem Zusammenhang wichtig. Ihn leiten dabei die gleichen Beweggründe. In diesem Sinne lesen wir bei Oehr: „Je stärker

⁴⁰⁰⁾ Rörig, Zeitschr. für lüb. Gesch. 14. 1912. Seite 114 ff.

⁴⁰¹⁾ Maybaum, (a. a. O.) Seite 153.

⁴⁰²⁾ Maybaum, (a. a. O.) Seite 152.

⁴⁰³⁾ Siehe dazu Seite 86.

mit den wachsenden Finanzbedürfnissen das Interesse des Fürsten auf Erhöhung der Domänenerträge gerichtet wurde, desto mehr war er auch bestrebt, den Eigenbetrieb zu vergrössern⁴⁰⁴⁾ Mögen auch landschaftliche Unterschiede in bezug auf das Grössenverhältnis zwischen landesherrlicher und ritterschaftlicher Grundherrschaft oder zwischen der Grundherrschaft überhaupt und dem noch vorhandenen Bauernland bestehen, so lässt sich eine Gleichheit der Entwicklungsursachen und -richtung für den gesamten Nordosten nicht leugnen⁴⁰⁵⁾.

Den Ausgangspunkt für die Entwicklung der Agrarverhältnisse des Nordostens im 15. und 16. Jahrhundert sehen wir so in dem Ueberfluss an anbaufähigem Land und dem Mangel an wirtschaftlich leistungsfähigen Bebauern. In diesem Sinne schreibt Caro, nachdem er darauf hingewiesen hat, dass bei der ostdeutschen Kolonisation jedem Ansiedler nur eine Hufe verteilt wurde: „Später aber findet sich sehr häufig, dass ein Bauer zwei Hufen Ackerland und mehr unter dem Pfluge hat. Gewiss mochten die Verwüstungen des Landes, welche die Kriege des späteren Mittelalters mit sich brachten, eine Zusammenlegung der Hufen erleichtern und selbst bei dem Menschenmangel erfordern“⁴⁰⁶⁾ Auch Oehr berichtet uns in seiner Schilderung der ländlichen Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im 16. Jahrhundert, dass der Fürst besonders die wüst gewordenen Höfe und Feldmarken gern in die Amtswirtschaft hineinnahm⁴⁰⁷⁾ So wurde es 1546 im Amte Wilsenburg als Sitte bezeichnet, Meierhöfe, welche wüst liegen blieben und drei Jahre den Dienst nicht taten, vom Amte aus zu bestellen. Im gleichen Sinne weist auch Knapp auf die Verödung von Bauernstellen hin und sagt ausdrücklich, dass bei Einrichtung der Gutsherrschaft mit unbesetzten Hufen der Anfang gemacht wurde, um diese nicht wüst werden zu lassen⁴⁰⁸⁾ Besonders durch den Dreissigjährigen Krieg wurde dann im 17. Jahrhundert eine Reihe von Bauern von Haus und Hof vertrieben, und so wurden wiederum in reichlichem Masse Bauernstellen frei. Hier bot sich für den Gutsherrn eine günstige Gelegenheit, solche zwecks Vergrösserung seines Eigenbetriebes einzuziehen.

Diese in grossem Umfang vorhandenen und wirtschaftlich nicht ausgenutzten Ländereien drängten den ostdeutschen Grundbesitzer geradezu auf den Weg zur Gutsherrschaft. Eine Möglichkeit, solches öd liegende Land zu verpachten, gab es für ihn nicht, denn wie hätte sich dort, wo es selbst den mit gutem Besitzrecht ausgestatteten Bauern nicht möglich war, sich zu halten, ein wirtschaftlich leistungsfähiger Pächterstand entwickeln können? Zur Beschaffung von Arbeitskräften im freien Verkehr fehlten dem ostdeutschen Grundherrschaften die notwendigen finanziellen Mittel. Es blieb ihm also nur der Weg, seine gerichtsherrlichen Hintersassen zu erhöhten Fronden heranzuziehen⁴⁰⁹⁾ Die auf den Bauernhöfen entbehrlichen Kinder traten in früherer Zeit wohl freiwillig als Knechte und Mägde in den Dienst des Gutsherrn. Als aber im Laufe der

⁴⁰⁴⁾ Oehr, (a. a. O.) Seite 19.

⁴⁰⁵⁾ Caro, (a. a. O.) Seite 448 ff. Vergl. dazu Lamprecht (a. a. O. Westd. Zeitschr. S. 17 ff.) über die Besitzverkleinerung im Westen bis zur Viertelhufe.

⁴⁰⁶⁾ Oehr, (a. a. O.) Seite 19.

⁴⁰⁷⁾ Knapp, G. F. (a. a. O.) Seite 38/49.

⁴⁰⁸⁾ Desgl. Seite 40.

Zeit die Bauernstellen geringer wurden, verlangte der Gutsherr geradezu diesen Eintritt. In seiner Forderung wurde er dabei vom Landesherrn unterstützt. So heisst es in einer entsprechenden landesherrlichen Verordnung: „Welche Untertanen in unserem Lande Kinder haben, derer sie selbst nicht zu ihrer Arbeit bedürfen und die sie zu Diensten bringen wollen, sollen diese vor allem andern ihrer Herrschaft zu Diensten anbieten und gönnen zum billigen Lohn“.⁴⁰⁹⁾ So entwickelte sich mit landesherrlicher Unterstützung vom Ende des 16. Jahrhunderts ab der Zwangsgesindedienst.

Wenn nun der Bauer unter dem Druck der immer mehr anwachsenden Fronen und der Gemeindedienste seiner Kinder einfach seine Bauernstelle verliess, so bedeutete das für den Gutsherrn die vollkommene Zerstörung der Grundlagen seiner Wirtschaft. Das musste verhindert werden, und so wurde den Bauern die Freizügigkeit genommen. „Der kostbare, weil selten gewordene Bauer musste mit um so strengeren Banden an das Gut gefesselt werden“.⁴¹⁰⁾

Das alles führt uns zu dem Ergebnis, dass Landesherr und Ritter des deutschen Nordostens zur Einführung des Eigenbetriebs schreiten, um der durch Geldentwertung und Verödung des platten Landes verursachten wirtschaftlichen Notlage zu begegnen. Die Gerichtsrechte gaben dabei nur die Möglichkeit, diesen Eigenbetrieb zu einem solchen Umfang auszudehnen. Der Anreiz zu einer solchen Ausdehnung lag in einer günstigen Entwicklung der Preis- und Absatzverhältnisse.

Im deutschen Westen dagegen nahm diese ganze Entwicklung deshalb einen andern Verlauf, weil wir hier weit eher von einem Mangel an anbaufähigem Land und einem Ueberfluss an Menschen, die für die Bewirtschaftung desselben in Frage kamen, reden können.⁴¹¹⁾ Gelegentliche Erwähnungen wüster Bauernstellen können an dieser Auffassung nicht irre machen.

Auch den deutschen Westen traf die Wirtschaftskrise des 15. und beginnenden 16. Jahrhunderts, doch hier konnte man ihr ganz anders begegnen. Der Grundherr des Westens erlebte zwar auch eine Schmälerung seines Einkommens, aber keineswegs dessen Vernichtung; hier bestand immer noch die Möglichkeit, aus den Ueberschüssen bäuerlicher Wirtschaft Abgaben zu erhalten.

Der Kurfürst von Trier hatte um diese Zeit schon zum grossen Teil auf seine grundherrlichen Forderungen verzichtet und diese durch solche öffentlich-rechtlicher Natur ersetzt.⁴¹²⁾ Das war möglich, weil der Westen von einer Entvölkerung des platten Landes verschont blieb. Zwar hören wir auch im Westen von eingegangenen Siedlungen, doch handelt es sich dabei nicht so sehr um Aufgabe älterer Siedlungsflächen, als um eine Konzentration der Wohnstätten.⁴¹³⁾ Die Lücken, die im Westen durch Kriege und deren Folgeerscheinungen in die Reihen der Bevölkerung gerissen wurden, waren bald wieder ausgewachsen. Dass es im Westen nie an Menschen zur Bebauung des vor-

⁴⁰⁹⁾ Desgl. Seite 42.

⁴¹⁰⁾ Desgl. Seite 50.

⁴¹¹⁾ Siehe Lamprecht, Anmerkung 405.

⁴¹²⁾ Siehe Seite 42 ff.

⁴¹³⁾ Siehe Seite 10.

handenen Landes gefehlt hat, zeigt die starke Zersplitterung des Grundbesitzes, die oft geradezu Zwergwirtschaften zeitigt. Unter dem Einfluss dieser Erscheinung ging der westdeutsche Grundherr sogar von der Bodenbewirtschaftung zur Menschenbewirtschaftung über.⁴¹⁴⁾ Der westdeutsche Bauer war auch in dieser Zeit den an ihn gestellten finanziellen Anforderungen in weit höherem Masse gewachsen als sein östlicher Berufsgenosse. Zwar wurde seine Leistungsfähigkeit durch die vom Landesherrn geforderten Abgaben⁴¹⁵⁾ aufs höchste angespannt, aber unter dem Einfluss der im 17. Jahrhundert eintretenden günstigen Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produkte überwand er diese Krisis. Eine nicht unbedeutende wirtschaftliche Stütze hatte sich der westdeutsche Bauer in seinem Anteil an der Allmende erworben. Diese gewährte ihm Brand- und Bauholz, sowie für den grössten Teil des Jahres Weidemöglichkeiten für sein Vieh. So blieb im Westen ein leistungsfähiger Bauernstand mit eine Hauptsteuerquelle für den Landesherrn. Das Bestreben desselben, eine Verringerung des bäuerlichen Eigentums zu verhindern,⁴¹⁶⁾ lag in seinem eigenen Interesse; Bauernschutz bedeutete für ihn Sicherung einer wesentlichen Existenzgrundlage seines Staates. Daneben war es für den Landesherrn des Westens von Bedeutung, dass die Landwirtschaft hier auch auf dem Lande nicht der einzige wirtschaftliche Berufsstand war; Handel und Gewerbe traten ihr zur Seite. So blieb es ihm erspart, zur Sicherstellung der finanziellen Mittel für sich und seinen Staatshaushalt den mühsamen Weg der Eigenwirtschaft zu beschreiten, der Gedanke einer wirtschaftlichen Ausnutzung seines Grundbesitzes lag ihm vollkommen fern.

Der kurtrierische Adel allerdings wurde von jener Wirtschaftskrise bedeutend härter getroffen als der Landesherr. Seine grundherrlichen Einkünfte waren stark gemindert, jedoch keineswegs, wie im deutschen Osten, völlig vernichtet, denn er hatte immer noch Gelegenheit, seine freieigenen Güter zu verpachten. Seine Existenz gründete sich aber auch nicht einzig und allein auf die Erträge aus seinem Grundbesitz, ihm standen die mannigfaltigsten Einnahmen und Berechtigungen zu.⁴¹⁷⁾ Auch der Adel versuchte, gleich dem Landesherrn, sich einen Ersatz für seine grundherrlichen Einkünfte zu schaffen, darum erstrebte er im Kampf gegen den Landesherrn Reichsunmittelbarkeit und Freiheit von allen Abgaben für sich und seine Hintersassen.⁴¹⁸⁾ Da diese Bestrebungen nicht den erhofften wirtschaftlichen Erfolg brachten, trachtete der Adel danach, seinen Grundbesitz zu vergrössern und so seine Pachteinnahmen zu steigern. Eine Neigung zu wirtschaftlicher Eigentätigkeit zeigte er aber auch jetzt noch nicht. Wo er ausnahmsweise einen Eigenbetrieb unterhielt, übertraf dieser kaum die Grösse einer bäuerlichen Wirtschaft. Der Kurfürst von Trier

⁴¹⁴⁾ Gothein E., Agrarpolitische Wanderungen im Rheinland. Festgabe für Karl Kniess, Berlin 1896 S. 256.

⁴¹⁵⁾ Siehe das Gesuch der Heimbürger im Amte Montabaur um Erlass der noch rückständigen Steuer. S. 44.

⁴¹⁶⁾ Siehe Seite 56 ff.

⁴¹⁷⁾ Below, (a. a. O.) Seite 34. „Es war ein kompliziertes System von Einnahmen und Berechtigungen, auf das sich ihre Existenz gründete“.

⁴¹⁸⁾ Vergl. Seite 48.

machte jedoch seinem Adel die Vergrößerung seines Grundbesitzes unmöglich.⁴¹⁹⁾ Die Interessen von Landesherrn und Ritterschaft prallten in diesem Punkte scharf aufeinander; nur der Landesherr konnte seine Ansprüche durchsetzen, der Adel musste letzten Endes das Feld räumen. So lesen wir bei Linz, dem Verfasser der Montabaurer Amtsbeschreibung: „Dermal ist im hiesigen Amt keine einzige einer Ritterschaft einverleibte Familie wohnhaft, sonder allen Zweifels haben deren in uralten Zeiten mehrere darin gewohnt.“⁴²⁰⁾ Was mag diesen Adel anders zur Aufgabe seiner alten Wohnsitze veranlasst haben als wirtschaftliche Gründe?⁴²¹⁾ Er fand eben auf dem Land kein genügendes Auskommen mehr. zog in die Stadt, wurde Beamter, Offizier oder Geistlicher. Seine grundherrlichen Einnahmen wurden ihm mit der Zeit zu Nebeneinnahmen.

So sehen wir die gegensätzliche Agrarentwicklung West- und Nordostdeutschlands sich vollziehen im Rahmen der gesamten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der betreffenden Territorien. Dabei beobachten wir im Westen nicht nur ein langsames Abklingen und Verschwinden der mittelalterlichen Grundherrschaft und der durch sie bedingten Verhältnisse, sondern zugleich deren bewusste und planmässige Ersetzung durch eine moderne Verwaltungs-, Wirtschafts- und Finanzordnung. Diese Fortentwicklung mitzumachen. ist das ostdeutsche Kolonisationsgebiet nicht in der Lage, und so greift es im kritischen Augenblick auf eine ältere Wirtschaftsform zurück, die nun allerdings, durch die besonderen Verhältnisse bedingt, ihre eigentümliche Ausgestaltung erfährt. Die ostdeutsche Gutsherrschaft erscheint dabei als ein in langsamer Entwicklung gewordener Wirtschaftskörper, dessen Existenz nicht einseitig aus einem Prinzip heraus erklärt werden kann, ebensowenig wie die Befreiung und Verselbständigung des westdeutschen Bauernstandes sich auf eine bestimmte Einzelursache zurückführen lässt.

⁴¹⁹⁾ Siehe Seite 56 ff.

⁴²⁰⁾ X, 7. III, 2. Bd. I. Seite 580 81. St. A. W.

⁴²¹⁾ Ueber den Rittersitz derer von Brambach zu Schönberg schreibt Linz, dass man kaum in diesem elenden mit Stroh bedecktem Hause die Wohnung eines Adligen vermutet habe. (X. 7. III, 2. Bd. I. Seite 581. St. A. W.)

G ü t e r	
1	...
2	...
3	...
4	...
5	...
6	...
7	...
8	...
9	...
10	...
11	...
12	...
13	...
14	...
15	...
16	...
17	...
18	...
19	...
20	...
21	...
22	...
23	...
24	...
25	...
26	...
27	...
28	...
29	...
30	...
31	...
32	...
33	...
34	...
35	...
36	...
37	...
38	...
39	...
40	...
41	...
42	...
43	...
44	...
45	...
46	...
47	...
48	...
49	...
50	...
51	...
52	...
53	...
54	...
55	...
56	...
57	...
58	...
59	...
60	...
61	...
62	...
63	...
64	...
65	...
66	...
67	...
68	...
69	...
70	...
71	...
72	...
73	...
74	...
75	...
76	...
77	...
78	...
79	...
80	...
81	...
82	...
83	...
84	...
85	...
86	...
87	...
88	...
89	...
90	...
91	...
92	...
93	...
94	...
95	...
96	...
97	...
98	...
99	...
100	...

7112

X, 7 III, 2 Bd. 1. St. A. W. 1786.

										Steuern										Gemeinde-Schulden			
Zusammen										jährlich	in jedem Simpel										Mit Cousens	Ohne Cousens	
acker		Wiesen			Wald			Schirm- gulden	Nahrungs- schätzung	Güter- Anschlag	Vieh- Ertrag	Wald-Nutz- barkeit	Zusammen										
Ruthen	Schuh	Morgen	Ruthen	Schuh	Morgen	Ruthen	Schuh							rth. alb.	rth. alb.	d.	rth. alb.	d.	rth. alb.	d.			rth. alb.
39	3	53	54	2				4				1	25 3 ¹ / ₂		18			1	43 3 ¹ / ₂				
125	6	92	76	6	16			10	18		1	4	3	35 6		14	2		9 2 ³ / ₄	4	5 2 ³ / ₄		13
29	1	158	27	6	33			22	36		4		7	37 1 ¹ / ₂		36			15 3 ³ / ₄	8	38 4 ¹ / ₄		
18	9	51	87	5	40			4	18				1	39		10	4		11 3	2	6 7		68
118	7	121	51	13	20			19	36		8		4	2 3 ¹ / ₄		6	2		4 1 ¹ / ₂	4	20 3 ¹ / ₄		78
76	10	77	112	14	3			19	36		2		2	31 4					2 33	4			
34	2	203	39	5	46			13			4		3	5 1 ¹ / ₄		26			1 2 ¹ / ₄	3	86 4 ¹ / ₂		
74	8	130	30	4	9			24			4		2	34 6		5	2		2 44				
100	13	105	48	1	54 50			14	36		2		4	27 6 ¹ / ₄					4 29 6 ¹ / ₄	400			
111	5	66	4	1	100			12			8		2	42 2 ¹ / ₂		34	4		11 3 ¹ / ₄	3	37 1 ³ / ₄		400
24	13	316	150	12	27			43	36		13		8	16 4 ¹ / ₂		50		2	6 3 ³ / ₄	11	32 1 ¹ / ₄	500	
123	4	90	23	3	4			4	36				1	40 4 ¹ / ₄		9			9 4 ³ / ₄	21	5 1		150
104	5	217	67	15	12			15					4	19 5 ³ / ₄		40			18 1	5	23 6 ³ / ₄		
5	14	132	104	9	20			7			1		3	47 2 ³ / ₄					22 4	4	16 6 ³ / ₄		85
108	4	67	68	7	4			16			3		4	6 5		22	4		2 1 ¹ / ₄	4	34 2 ¹ / ₂		
62	14	122	23	7	8			18			5		2	20 4		27			22 2	3	20 6		28
46	1	209	126 1 ¹ / ₂	15				19	18		6		7	14 1 ³ / ₄		44	2		38 6	8	49 1 ³ / ₄		90
150	12	70	153	6	40			6	18				1	16 1 ¹ / ₂		9	6		4 5 ³ / ₄	1	30 4	84	
4	2	92	7	6	61 50			12			2		1	51 2 ¹ / ₂		25			7 7 ¹ / ₄	2	32 1 ³ / ₄		120
138	8	73	120		30			9	36				3	40 4 ³ / ₄		16			16 1	4	18 5 ³ / ₄		

-

1

;

=

1:

1:

;

1

2

-

1

Namen der Ortschaften	Entfernung von Montabaur (Stunden)	Häuser Zahl		Back- öfen	Bestand der Familien					Gemeinds Vorstände			Fron- bares Vieh		Kurfürstliche								
															Aecker			Wiesen			Wal		
		Gemeine	Private	Bürger	Beisassen	Verhehlicht ohne Haushaltung	Alte, so vom Aushalt leben	Losledig Ererbte so das ihrige bauen	Heimbürgen	Bürgermeister	Schützen	Steinsetzer	Pferde	Ochsen	Morgen	Ruthen	Schuh	Morgen	Ruthen	Schuh	Morgen	Ruthen	
Arnshöfen	3	11	2	10						1	2		1	14									
Bannberscheid	1	21	1	20		2		1		1	4		4	14				1	151		8		
Beroth	2 ^{1/2}	50	1	39	4	3				1	4	2	1	60									
Bladernheim	1	9	1	6		2					2	1		14				1	11	12			
Boden	1	37	1	27		1	2	1		1	6		6	28				3	72	5			
Brandscheid	3 ^{1/2}	31	1	30	2		3	1		1	2		3	26									
Bilkheim	3	22	1	21	1		6			1	2		1	31									
Caden und Elben . . .	3	35	2	32	1	4			1	1	2		1	44									
Dahlem	2	25	1	24		3				1	2	5	2	35									
Daubach	2	28	1	18	1	2	1	1		1	6	1		25									
Dernbach	1	79	2	75		4	2		1	1	8		19	44	134	17	13	102	153				
Düringen	3 ^{1/2}	15	1	10	2	1				1	2		1	6									
Ebershahn	1 ^{1/2}	33	1	27	1	4				1	4		6	46				93	10	6			
Eisen	2 ^{1/2}	20	1	18	2	1		1		1	3	2	1	18				2	80	8			
Elbingen	2 ^{1/2}	30	3	25	5	1				1	4		1	42									
Elchendorf	1 ^{1/2}	47	1	35	2	2			1	1	3		1	26	65	50	15	16	111	3			
Eschelbach	1 ^{1/4}	39	1	33		3	1			1	4		36	23	137	1	33	42	12				
Ettersdorf	1	11	1	8		1	1			1	3		1	14									
Ettinghausen	2 ^{1/2}	30	2	21	2	3		1	1	1	4		1	32									
Ewighausen	3 ^{1/4}	25	3	24						1	4		1	28									

1
1

Schlusswort.

Die bekannten Rechts- und Wirtschaftshistoriker Gustav Schmoller und Georg von Below haben mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, dass in der deutschen Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte Fortschritte nicht mehr durch neue Deutungen und Erklärungsversuche an den wenigen bekannten und meist umstrittenen Hauptquellen, sondern nur noch durch einen Massenaufmarsch neuer Zeugen auf allen Teilgebieten erzielt werden können. Solche Erwägungen führen den Wirtschaftshistoriker auf den Boden der Lokalgeschichte. Die wirtschaftliche Entwicklung eines begrenzten Gebietes gilt es in ihrer ursächlichen Verbundenheit mit der natürlichen Beschaffenheit und der historischen Ausgestaltung der Landschaft zu erkennen. Dabei darf aber der Historiker nicht stehen bleiben, sondern er muss solche Ergebnisse örtlicher Forschung in Zusammenhang bringen mit den Fragen der allgemeinen Geschichtsforschung, er muss sich stets der grösseren Einheit bewusst bleiben, die über allen kleineren Bezirken liegt. Auf diesem kurz angedeuteten Wege soll in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen werden, einer wichtigen Frage der deutschen Agrargeschichte näher zu kommen.

Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich den Uebungen über den „Gegensatz der agrarischen Entwicklung im Osten und im Westen Deutschlands“, an denen ich im Sommersemester 1927 im „Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ an der Universität Bonn unter Leitung von Herrn Prof. Dr. Steinbach teilgenommen habe. Ihm bin ich für die Förderung und Beratung dieser Arbeit, sowie für die Anteilnahme an meinen Studien stets zu grösstem Dank verpflichtet. Dank schulde ich auch den Beamten der Staatsarchive Wiesbaden und Koblenz, besonders den Herrn Staatsarchivdirektoren Dr. Domarus und Dr. Schauss, die mir die Benutzung eines umfangreichen Aktenmaterials durch dessen Uebersendung nach Bonn erleichterten.

Besonderer Dank gebührt dem „Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung“, der mir die Drucklegung ermöglichte; auch Herrn Prof. Dr. Otto Wiesbaden, der mich in freundlicher Weise beim Lesen der Korrekturen unterstützte, sei an dieser Stelle herzlicher Dank gesagt.

Bonn, den 1. Dezember 1930.

E. Haas.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Schlusswort	89
Einleitung	1—3
Gegensätze der deutschen Agrarentwicklung. Schärfste Ausprägung: Gutsherrschaft des Nordostens — Rentenherrschaft des Westens S. 1. Entwicklung des Gegensatzes erst im 16. Jahrhundert. Mannigfache Versuche zur Erklärung der Gutsherrschaft. Angebliche Hauptursache: Übergang landesherrlicher Gerichtsbarkeit an die Grundherrschaft, nicht wirtschaftlicher Verhältnisse S. 2. Wodurch ist aber die westdeutsche Entwicklung bedingt, durch das Fehlen gerichtsherrlicher Rechte? Betrachtung der Frage für ein enges Gebiet S. 3. Ergebnisse sollen in Verbindung mit denen eines östlichen Gebietes zur Klärung des Gesamtproblems verwandt werden.	
I. Geographische und geschichtliche Grundlagen der Agrargeschichte im ehemaligen Amt Montabaur	4—11
Bodenbeschaffenheit und Klima sprechen für vorgeschichtliche Bewaldung und sind für den Ackerbau wenig günstig S. 4—6. Das Gebiet liegt abseits der grossen Verkehrsstrassen. Die Ungunst der natürlichen Verhältnisse bedingt eine späte Besiedlung (II. und III. Periode) S. 7—10. Siedlungsform: Einzelhöfe und Weiler entwickeln sich zu Gewanddörfern S. 10. Öffentliche Gewalten zeigen erst spät für dieses Gebiet Interesse, der Einfluss römischer und kirchlicher Kultur fehlt S. 10—11.	
II. Die Entwicklung der erzbischöflichen Landeshoheit im kurtrierischen Amt Montabaur	11—21
Umklammerung des Gebietes von Koblenz und Limburg aus S. 11—12. Ausgedehnte Wildbannrechte (königliche Schenkung) werden mannigfach gemindert und erhalten sich nur da, wo der Erzbischof Gerichtsherr ist S. 12—16. Grundherrliche Rechte auf altem Königsgut S. 16—18. Dieses besass ohne weiteres Immunität S. 18. Ausbau des Immunitätsbezirk zum Bannbezirk. Infolgedessen Verschwinden der Grafen und Beseitigung der Vögte S. 19. Überwindung konkurrierender Gewalten und Erweiterung des Bannbezirk durch Lehnsaufträge S. 20—21.	
III. Die Grundbesitzverhältnisse im trierischen Herrschaftsbezirk Montabaur zu Beginn des 13. Jahrhunderts	22—29
Erzbischöfliches Erbzinsland ist abhängigen Bauern gegen feststehende Rente in Erbbestand übertragen. Rentengrundherrschaft S. 22—25. Eigenbetrieb (nur auf Wiesen) sehr gering S. 25. Erzbischöfliche Eigenhöfe sind in einem freien Pachtverhältnis ausgetan S. 25—26. Eine Zentralisierung der gesamten Grundbesitzverwaltung ist bereits durch Angliederung allen Landes an eine neu geschaffene Rentenhebestelle durchgeführt S. 26—27. Auflösung der alten Fronhofsverbände. Die grundherrlichen Einkünfte stellen um diese Zeit noch den Hauptanteil der erzbischöflichen Einnahmen dar S. 27. Ritter tragen ihren Grundbesitz dem Erzbischof als Lehen auf. Geistliches Gut und freies Bauerngut treten in den Urkunden kaum in Erscheinung S. 27—29.	
IV. Die Einführung der Amtsverfassung	29—35
Den Ausgangspunkt für die Entwicklung des Amtes bildet der erzbischöfliche Bannbezirk S. 29—30. Die Burg als Mittelpunkt der Militär- und Finanzverwaltung. Die Überwindung des Lehnswesens und die Schaffung eines Berufs-	

beamtentums bedeutet eine erhebliche Stärkung der landesherrlichen Gewalt S. 30. Burggraf–Amtmann. Güterverwalter (Schultheiss)–Kellner. Lokalbeamte–Heimbürger. Keine Eingliederung der landesherrlichen Gerichtsbarkeit in diese Verwaltungsorganisation S. 30–31. Während so das 14. Jahrhundert eine neue Lokalverwaltung schuf, brachte das 16. eine Reform der Zentralverwaltung S. 32. Die Organisation der Amtsverwaltung im 18. Jahrhundert. Amtmann (Amtsverwalter) und Kellner haben sich ihre Stellung erhalten. Heimbürger sind nur lokale Vertreter des Amtmanns. Träger der Gemeindeselbstverwaltung–Bürgermeister. Das Gerichtswesen ist der Amtsverfassung fast vollkommen eingegliedert S. 32–35. Keine Patrimonialgerichtsbarkeit (Ausnahme Molsberg). Damit nimmt unser Gebiet selbst im Westen eine Sonderstellung ein S. 35.

V. Die Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse im ehemaligen kurtrierischen Amte Montabaur im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit

35–72

A. Der landesherrliche Grundbesitz

38–46

Das Interesse des Landesherrn an seinem Grundbesitz schwindet, aus der Rentengrundherrschaft wird eine Rentenherrschaft, Zerfall des Hofgerichtes. Das Erbzinsland wird zu bäuerlichem Eigentum S. 36–37. Erzbischöfliche Eigenhöfe werden zu Erblehen S. 38–41. Erzbischöfliches Eigentum ist gering, der Eigenbetrieb geht immer mehr zurück S. 41–42. Die grundherrlichen Einnahmen schwinden S. 42. Diese Entwicklung ist möglich, weil es dem Erzbischof gelingt, seine grundherrlichen Einnahmen durch solche öffentlicher Natur zu ersetzen S. 42–44. Er fordert Steuern, Abgaben und Dienste S. 44–46.

B. Der ritterschaftliche Grundbesitz

46–48

Stellung der Ritterschaft zum Kurstaat. Nach Durchsetzung der erzbischöflichen Landeshoheit vollkommene Eingliederung der Ritterschaft in den Staat S. 46–47. Erst im 16. Jahrhundert wandte sie sich vom Staat ab, um sich und ihre Hintersassen den wachsenden finanziellen Anforderungen des Landesherrn zu entziehen S. 48. Der ritterschaftliche Vergleich von 1729 S. 48–49. Die Ritterschaft erreicht für sich Reichsunmittelbarkeit und auch für ihre direkten Hintersassen Steuerfreiheit. Die Entwicklung des ritterschaftl. Erbzinslandes S. 49–55. Es wird zu bäuerlichem Eigentum, die Hofgerichte verfallen, die Abgaben bleiben bestehen und haften teils am Gut, teils an Personen. Der Besitz gerichtsherrlicher Rechte hält diesen Vorgang nicht auf. Ihr Eigentum suchte die Ritterschaft vom 16. Jahrhundert ab auf Kosten von Bauerngut zu vergrößern, an dessen Erhaltung der Landesherr aus steuerpolitischen Gründen höchstes Interesse hatte S. 56–57. Die Bewirtschaftungsweise des freiadeligen Gutes änderte sich im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit nicht, es war an rechtlich keineswegs abhängige Bauern in freier Zeitpacht ausgetan S. 57–59. Eine Neigung zu eigener wirtschaftlicher Tätigkeit war dem trierischen Adel fremd S. 59. Als Grundbesitzer genoss der Adel keine Sonderstellung S. 59. Einer Ausdehnung des adeligen Besitzes trat der Landesherr erfolgreich entgegen S. 59–61. Die adeligen Hoffleute (3 Klassen) blieben freie Pächter, keiner unterstand der ritterschaftlichen Gerichtsbarkeit S. 61–63. Alle wirtschaftlichen Bestrebungen der Ritterschaft scheiterten an der Haltung des Landesherrn. Trotzdem den Grafen von Walderdorf vom Landesherrn gerichts- und leibherrliche Rechte zugestanden werden, benutzen sie diese nicht zur intensiveren wirtschaftlichen Ausnutzung ihres Grundbesitzes, sondern gehen vom Eigenbau zur Verpachtung über S. 63–67. Ritterschaftliche Lehengüter suchte der Erzbischof, nachdem die Ritterschaft reichsunmittelbar geworden war, wieder einzuziehen S. 67–68.

	Seite
C. Der geistliche Grundbesitz	68—71
Geringer Umfang desselben S. 68—69. Der Geistlichkeit kam es nur auf einen gesicherten Eingang ihrer Renten an. Geringer Eigenbau bei Pfarrgütern S. 69—71.	
D. Der bäuerliche Grundbesitz und der Gemeindebesitz . . .	71—72
Bäuerliches Eigengut. 2 Quellen: Altes Eigengut. — Vermehrung desselben durch erzbischöfliches und ritterschaftliches Erbzinsland S. 72. Gemeindebesitz: Wald und Weide.	
VI. Die soziale und wirtschaftliche Fürsorge Kurtriers für seinen Bauernstand	72—75
Ein leistungsfähiger Bauernstand bildete eine gute Steuerquelle für den Staat. Daher milde Handhabung der Leibeigenschaft und Schutz des bäuerlichen Eigentums S. 72—73. Fürsorge für den kulturellen und technischen Fortschritt S. 73—75.	
VII. Der Gegensatz der agrarischen Entwicklung West- und Ostdeutschlands	75—88
Die für die Entstehung der ostdeutschen Gutsherrschaft angeführten wirtschaftlichen Gründe sind abzulehnen, da sie die wirtschaftliche Eigenart des Ostens nicht treffen und so zum grössten Teil auch im Westen Geltung haben S. 75—77. Der Übergang landesherrlicher Gerichtsbarkeit an den Adel könnte höchstens zur Erklärung der ritterschaftlichen, aber nicht der landesherrlichen Gutsherrschaft dienen S. 78. Zur Erkennung der tatsächlichen Gründe betrachten wir die in den Ämtern Gadebusch und Grevesmühlen durch die ostdeutsche Kolonisation geschaffenen Grundbesitzverhältnisse. Sie gleichen denen Altdeutschlands S. 78—80. Unterschied in der Entwicklungsrichtung in bezug auf die Erhaltung bzw. Veräusserung der Gerichtsrechte durch den Landesherrn S. 80—81. Gründe: Der ostdeutsche Landesherr war aus wirtschaftlichen Gründen auf seinen Adel angewiesen S. 81. Aufgabe der Gerichtsbarkeit bedeutete im Osten keinen Verzicht auf namhafte finanzielle Einkünfte S. 81—82. Dieser Vorgang wurde von Bedeutung, als Landesherr und Adel durch eine wirtschaftliche Krise gezwungen wurden, sich neue Einnahmequellen zu erschliessen. Geldentwertung, Verödung des platten Landes S. 82—83. Mangel an Menschen und Überfluss an anbaufähigem Land zwangen den Grundherrschaft zur Einführung des Eigenbetriebs S. 83. Bei Beschaffung der Arbeitskräfte leistete die Gerichtsherrschaft wesentliche Dienste S. 83. Eine günstige Preisentwicklung förderte die Ausdehnung des Gutsbetriebes S. 84. Landesherr und Adel hatten hier die gleichen Interessen S. 84. Diese Entwicklung (Gadebusch und Grevesmühlen) ist typisch für den gesamten Osten S. 84—86. Den Landesherrn des Westens traf diese wirtschaftliche Krise lange nicht in dem Masse, weil ihm ein leistungsfähiger Bauernstand blieb S. 86—87. Seine öffentlich-rechtlichen Einnahmen blieben erhalten. Der kurtrierische Adel fand auf dem Lande kein genügendes Auskommen mehr und zog in die Stadt S. 87—88. Seine alten Grundrenten waren entwertet, einer Ausdehnung seines Eigengutes trat der Landesherr hindernd entgegen.	
Literaturverzeichnis	93
Anhang: Grundbesitzverteilung in den einzelnen Dörfern des Amtes Montabaur gegen Ende des Kurstaates. (Tabelle).	

Literaturverzeichnis.

A. Quellen.

I. Ungedruckte

a) Staatsarchiv Wiesbaden (St. A. W.)

1. Verzeichnis der dörffer, Feurstedt und haupter, auch frembder hern renthen und guldten, in der stat und banne Monthabaur, anno domini **1548** beschrieben und in cantzlei überschickt. X, 7: Abt. III. Nr. 5. Dieses Verzeichnis wurde veröffentlicht von Thamm, Montabaurer Gymnasialprogramm **1906**.
2. Saal- und Rentbuch der Kellneri Montabaur. 1589. X, 7: VIII^b 1.
3. Beschreibung der 4 Kirchspiele Meudt, Salz, Hundsangen und Untershausen. **1564**. X, 7: III, 1.
4. Verzeichnis des geistlichen Grundbesitzes in den 4 Kirchspielen. 1678. X, 7: X, 1.
5. Montabaurer Amtsbeschreibung des kurtrierischen Hofrates Damian Linz. 1786. X, 7: III, 2. Bd. 1. u. 2. Einen Auszug dieser Amtsbeschreibung veröffentlichte Thamm als Montabaurer Gymnasialprogramm 1909 ff.
6. Weiter wurden eine ganze Reihe einzelner Archivalien und Urkunden benutzt, deren Signatur jedesmal an der betr. Stelle angegeben wird.

b) Staatsarchiv Koblenz (St. A. Kob.)

1. Amtsbeschreibung von Limburg. I. C. 1901.
2. Feuerbuch vom Jahre 1563. I. C. 12 928 Montabaur S. 64-71. Auszug bei Thamm, Montabaurer Gymnasialprogramm 1906.
3. Extrakt aus den Rechnungen, was jeder Zöllner und Kellner jährlich neben der Rentmeisterei an Pension, Mann-, Amt- und Dienstgeld, Korn, Hafer, Wein verrechnet. 1592. I C. 1274.
4. Balduineum I C. 1—3.
5. Einzelarchivalien.

II. Gedruckte.

1. Böhmer-Mühlbacher, Regesta Imperii (751—918) II. Aufl. Bd. 1. Innsbruck 1908.
2. Beyer, Eltester und Goerz, Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt die preussischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier bildenden Territorien. M R U B. 3 Bände Koblenz 1860, 65, 74.
3. Goerz, Mittelrheinische Regesten. Koblenz. 1876.
4. Grimm, Weistümer Bd. 1. Göttingen 1840.
5. Günther, Codex diplomaticus Rheno-Mosellanus. Koblenz 1822 26.
6. Hontheim, Historia Trevirensis Diplomatica. 3. Bd. Augsburg u. Würzburg 1750.
7. Lacomblet, Archiv für die Geschichte des Niederrheins. Bd. 1. Düsseldorf 1831.
8. Menzel und Sauer, Codex diplomaticus Nassovicus. Nassauisches Urkundenbuch von Dr. Sauer. Wiesbaden 1886.
9. Monumenta Germaniae Diplomata.
10. Scotti, Kurtrierische Gesetze und Verordnungen. 3 Bd. Düsseldorf 1832.

B. Darstellungen.

1. Aubin, G., Die Entstehung und Entwicklung des grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Frankreich und einigen andern mitteleuropäischen Ländern. Diss. München 1907.
2. Aubin, G. Zur Geschichte des gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreussen 1910.
3. Aubin, G., Die histor. Entwicklung der ostdeutschen Agrarverfassung und ihre Beziehungen zum Nationalitätenproblem der Gegenwart. Sammlung von Aufsätzen zu den Fragen des Ostens. Herausgegeben von W. Volz unter dem Titel: „Der ostdeutsche Kulturboden. Breslau 1926.

4. Aubin, H., Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart. Essen 1922. 2 Bd.
5. Aubin, H., Die Entstehung der Landeshoheit nach niederrheinischen Quellen, Studien über Grafschaft, Immunität und Vogtei. Berlin 1920.
6. Aubin-Niessen, Geschichtlicher Handatlas der Rheinprovinz. Köln-Bonn 1926.
7. Bach, A., Die Siedlungsnamen des Taunusgebiets in ihrer Bedeutung für die Siedlungsgeschichte. Bonn 1927.
8. Bast, J., Die Ministerialität des Erzstiftes Trier. Diss. phil. Trier 1918.
9. von Below, G., Territorium und Stadt. Aufsätze zur deutschen Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, München. Leipzig.
10. Bosch, M., Die wirtschaftlichen Bedingungen der Befreiung des Bauernstandes im Herzogtum Kleve und in der Grafschaft Mark im Rahmen der Agrargeschichte Westdeutschlands. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1920.
11. Brentano, Warum herrscht in Altbayern der bäuerliche Grundbesitz? Beilage zur Münchener Allg. Zeitung vom 7., 8. u. 9. Januar 1896. Nr. 4—6.
12. Caro, Probleme der deutschen Agrargeschichte. Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Bd. V. 1907.
13. Domarus, Geschichte von Dernbach, Fest- und Heimatschrift zur Erinnerung an die Dernbacher Jubiläen im August 1926. Herausgegeben vom Verein für Denkmalschutz und Heimatpflege in Dernbach.
14. Fabricius, Erläuterungen zum geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz. Bonn 1913.
15. Fuchs, Die Epochen der deutschen Agrargeschichte und Agrarpolitik. Jena 1898.
16. Gothein, Agrarpolitische Wanderungen im Rheinland. Fests Ausgabe für Karl Kniese. Berlin 1896.
17. Hanstein, Wirtschaftliche Lage und soziale Bewegung im Kurfürstentum Trier während des Jahres 1525. Diss. Halle 1907.
18. Heyn, Der Westerwald und seine Bewohner. Marienberg 1893.
19. Knapp G., Fr., Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preussens. 2. Aufl. München u. Leipzig 1927.
20. Knapp, Th., Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernlandes. 2 Bd. Tübingen 1919.
21. Knapp, Th., Gesammelte Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte vornehmlich des deutschen Bauernlandes. Tübingen 1902.
22. Knetsch, G., Die landständische Verfassung und reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier vorzüglich im 16. Jahrhundert. Berlin 1909.
23. Koernicke, Entstehung und Entwicklung der bergischen Amtsverfassung bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Diss. phil. Bonn 1892.
24. Kötzschke, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters. Jena 1924.
25. Kötzschke, Studien zur Verwaltungsgeschichte der Grossgrundherrschaft Werden an der Ruhr. Leipzig 1901.
26. Kremer, Orgines Nassouiae. 2 Bd. Wiesbaden 1779.
27. Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben. (D. W.) 3. Bd. Leipzig 1886.
28. Lamprecht, Entwicklung des deutschen, vornehmlich des rheinischen Bauernstandes während des Mittelalters und seine Lage im 15. Jahrhundert. (Westd. Zeitschr. f. Gesch. und Kunst VI.) 1878.
29. Lennarz, A., Die Entstehungszeit des „Liber annalium iurium archiepiscopi et ecclesiae Trevirensis“. Trier. Archiv. Heft 28—29. Trier 1919.
30. Lennarz, A., Der Territorialstaat des Erzbischofs von Trier um 1220 nach dem „Liber annalium iurium archiepiscopi et ecclesiae Trevirensis“. Diss. phil. Bonn 1900.
31. Ludwig, Der badische Bauer im 18. Jahrhundert. Strassburg 1896.
32. Maybaum, Die Entstehung der Gutsherrschaft im nordwestlichen Mecklenburg. (Amt Gadebusch und Amt Grevesmühlen.) Berlin, Stuttgart, Leipzig 1926.
33. Meister, Geschichte der Stadt und Burg Montabaur. 1876.
34. Michel, Wie entstand die Landeshoheit des Erzbischofs von Trier in dem Gebiete zwischen Lahn, Rhein, Sayn und Gelbach? Zeitschr. für Heimatkunde von Koblenz und Umgebung. 1. Jahrgang 1920.

35. Michel, Zur Geschichte der Sporkenburg, sowie der ehemaligen Vogtei Denzrode bei Ems. Annalen des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. (Nass. Ann.) Band 31. Wiesbaden 1901.
36. Michel, Die Herren von Helfenstein. Ein Beitrag zur Familien- und Landesgeschichte Kurtriers. Tr. Archiv. Ergänzungsheft 6. Trier 1906.
37. Oehr, Ländliche Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im 16. Jahrhundert. Hannover und Leipzig 1903.
38. Reitz, Die Grösse des geistlichen und ritterschaftlichen Grundbesitzes im ehemaligen Kur-Trier. Diss. phil. Bonn 1919
39. Reitz, Der Schutz des bäuerlichen Grundbesitzes in Kurtrier. Mittelrheinische Geschichtsblätter. Jahrgang I, Nr. 9. Koblenz 1920.
40. Reitz, Die Selbstverwaltung der Landgemeinden im ehemaligen Kurtrier. Mittelrhein. Geschichtsblätter. Jahrgang I, Nr. 1 f. Koblenz 1920-
41. Rörig, Die Entstehung der Landeshoheit des Trierer Erzbischofs zwischen Saar, Mosel und Ruwer. Ergänzungsheft 13. Westdeutsche Zeitschrift. Trier 1906.
42. Rörig, Zeitschrift für lübeckische Geschichte. 14. 1912.
43. Roscher, System der Volkswirtschaft. X. Auflage. Stuttgart. 1899—1906.
- 43^a. Rudolph, Die Entwicklung der Landeshoheit in Kurtrier bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Tr. Archiv. Ergänzungsh. 5. 1905.
44. Spielmann, Geschichte von Nassau. 2 Bd. Wiesbaden 1909.
45. Schliephake, Geschichte von Nassau. 7 Bände Wiesbaden. 1866—89.
46. Schöningh, Der Einfluss der Gerichtsherrschaft auf die Gestaltung der ländlichen Verhältnisse in den niederrheinischen Territorien Jülich und Köln im 14. u. 15. Jahrhundert. Diss. phil. Bonn 1905.
47. Schüller, Die Volksbildung im Kurfürstentum Trier zur Zeit der Aufklärung. (Die Anfänge der modernen Volksschule). Trierer Jahresberichte 4, 5 u. 6. Trier 1913, 14, 16.
48. Schumacher, Siedlungs- und Kulturgeschichte der Rheinlande. 3 Bd. Mainz 1923.
49. Schumacher, Beiträge zur Siedlungs- und Kulturgeschichte des Westerwaldes und Taunus in der Hallstatt- und Früh-La-Tène Zeit. Nass. Ann. Bd. 44. Wiesbaden 1918.
50. Schumacher, Prähistorische Zeitschrift. VIII. 1916.
51. Schulze, Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe. Leipzig 1896.
52. Schroeder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. Leipzig. 1919. 6. Aufl. von Eb. Frhr. v. Künzberg.
53. Siebeck, Der Frondienst als Arbeitssystem. Tübingen 1904. (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Ergänzungsheft XIII.)
54. Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat. Ein Beitrag zur Entstehung der landständischen Verfassung. München-Berlin 1912.
55. Steinbach, Gewandorf und Einzelhof. Beitrag zur Festschrift für Aloys Schulte. Düsseldorf 1927. (Sonderdruck).
56. Steinbach, Beiträge zur bergischen Agrargeschichte. Vererbung und Mobilisierung des ländlichen Grundbesitzes im bergischen Hügelland. Bonn, Leipzig 1922.
57. Thamm, Die Kellnerei des kurtrierischen Amtes Montabaur. Gymnasialprogramm 1907. Ueber die Gymnasialprogramme von 1906, 1909 u. 1910 siehe: A I. a 1 u. 5.
58. Vogel, Beschreibung des Herzogthums Nassau. Wiesbaden 1843.
59. Wahle, Die Besiedelung Südwestdeutschlands in vorrömischer Zeit nach ihren natürlichen Grundlagen. Fundkatalog. Ansbach 1921.
60. Weis, Die ordentlichen direkten Staatssteuern von Kurtrier im Mittelalter. Diss. Münster 1893.
61. Wittich, Artikel: Gutsherrschaft im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Bd. IV. Seite 930 ff. 2. Aufl. 1900.
62. Wittich, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland. Leipzig 1896.

Zur Deutung alter Oertlichkeiten beim Kloster Johannisberg im Rheingau.

Von

Gustav Lüstner-Geisenheim a. Rh.

Das Kloster Johannisberg ist das älteste der rheingauischen Klöster. Es ist eine Gründung des Erzbischofs Ruthard von Mainz (1088—1109), der den damals noch Bischofsberg genannten Berg dem Albanskloster in Mainz schenkte zur Verwirklichung seiner Absicht, auf ihm ein Kloster nach den Regeln des heiligen Benedikt zu errichten. Das Kloster hiess deshalb auch zunächst Bischofsberg. Aber schon bei seiner Erhebung zur selbständigen Abtei 1130 und der gleichzeitig damit erfolgten Weihe des Hauptaltars seiner Kirche zu Ehren des heiligen Johannes trägt es den Namen Johannisberg, der dann allmählich auch auf den ganzen Berg überging.

In einer Anzahl Urkunden wird der Johannisberg auch unter dem Namen „*mons episcopi*“ aufgeführt. Zedler¹⁾ erblickt in diesem Ausdruck ein Anzeichen für ihre Unechtheit. Er glaubt festgestellt zu haben, dass in allen echten mittelalterlichen lateinischen Urkunden sich ausschliesslich die Bezeichnung Bischofsberg findet, nie aber die lateinische Uebersetzung dieses Namens. „Die Ortsnamen“, sagt er, „werden in ihren deutschen volkstümlichen Bezeichnungen in den mittelalterlichen Urkunden wiedergegeben. Das ist ein allgemeines Gesetz, das ich überall, soweit deutsche Länder in Betracht kommen, bestätigt gefunden habe. Wie daher in der vorliegenden Urkunde (es handelt sich um die vom Jahre 1109)²⁾ die Ortsbezeichnung *in episcopi monte* ein deutlicher Beweis ihrer Unechtheit ist, so sind es ebenso die weiter in dieser Urkunde vorkommenden Bezeichnungen *comitis insula* für Lützelau und *in comitis monte* für Grevenberg“.

Diese Auffassung Zedlers dürfte im allgemeinen richtig sein. Sein Gesetz lässt aber, wie andere Gesetze, Ausnahmen zu, und deshalb erfordert es bei seiner Anwendung Vorsicht. Damit wird sein Wert für die Urkundenkritik bedeutend abgeschwächt, denn wenn es in dem einen Fall versagt, bleibt es fraglich, ob es in dem anderen zutreffend ist. Es ist ihm dann die Beweiskraft genommen. Das gilt gerade für den von Zedler als Beweis für die Richtigkeit seines Gesetzes herangezogenen Bischofsberg, denn dieser wird tatsächlich

¹⁾ Zedler, G. Nassauische Annalen, Bd. 45, 1918—1921, S. 2 und 37.

²⁾ Sauer, W. Codex diplomaticus Nassovicus, Nr. 161.

in einer echten Urkunde aus der fraglichen Zeit, nämlich im Lehnzbuch Werners II. von Bolanden³⁾ 1194–1198 in seiner lateinischen Uebersetzung aufgeführt. Dort heisst es: *Filii Dammonis de Gisenheim habent in Gisenheim I. iugerum vineti, in monte episcopi (die Zahl ist vom Schreiber vergessen) et dimidium iugerum vineti in Hasemanneshusen et V. solidos in Gisenheim.*

Der Name *comitis mons* für den Gräfenberg ist, soviel ich sehe, nur in der genannten Urkunde von 1109 nachweisbar. Zedler meint, dass diese Bezeichnung auf einer ganz falschen Vorstellung über die Entstehung des Namens beruhe. Nach ihm soll dieser Berg nicht Eigentum der Rheingrafen gewesen sein, sondern nach dem Zeugnis der Urkunden von 1262 und 1263⁴⁾ der Grafen (greven) von Nassau.

Diese Ansicht Zedlers ist jedoch eine irrige. In dem oben genannten Lehnzbuch Werners II. von Bolanden 1194–1198 (S. 14) wird der Grevenberg nicht weniger als sechsmal als *mons Ringravii* angeführt. Die Stellen lauten: *Bruno de Blidenstat habet in Kederchen totam decimam in monte Ringravii; ... In Kedercho quoque in monte Ringravii II^o. jugera vineti.*

Filii Eigelmanni de Alta villa habent de monte Rhingravii II^o. jugera rineti et dimidium.

Cunradus de Neseno habet in Ketercho in monte Ringravii II^o jugera vineti.

Anshelmus Callo habet in monte Ringravii II^o. jugera vineti.

Preterea Eutonis Kalbes situm est in Kedercho in monte Ringravii videlicet. VIII. jugera vineti et VII. agri et I. curia.

Das Lehnverzeichnis beginnt: *In hac pagina continetur beneficium Ringravii, quod habuit in Rinecgowa. Homines itaque, quos subnotamus, eodem beneficio ex parte domini Werneri de Bolanden sunt infeodati.* Hieraus ergibt sich, worauf Sauer in seiner Einleitung (S. 5.) bereits hingewiesen hat, „dass nicht Lehen gemeint sind, welche Werner von Bolanden und der Rheingraf gemeinschaftlich innehaben, sondern solche, deren Besitz nach dem Tode des Rheingrafen Embricho IV. 1194 auf Werner II. überging“.

Damit ist bewiesen, dass entgegen der Ansicht Bärs⁵⁾, Vogels⁶⁾, und der Zedlers⁷⁾ der Grevenberg Eigentum des Rheingrafen war, und dass er somit auch von diesem seinen Namen hat. Die Vermutung Richters⁸⁾, dass der Gräfen- oder Grafenberg rheingräfliches Eigen gewesen sein muss, ist also richtig.

Wann und auf welche Weise der Grevenberg an die Grafen von Nassau gekommen ist, ist nicht bekannt. Jedenfalls hatten sie bereits 1262 u. 1263, wie sich aus den Urkunden des Grafen Walram⁹⁾ ergibt, in dem Berge Besitz.

³⁾ Sauer, W. Die ältesten Lehnzbücher der Herrschaft Bolanden, S. 15.

⁴⁾ Rossel, K. Urkundenbuch der Abtei Eberbach im Rheingau, II. Teil, Seite 130 und 145.

⁵⁾ Bär, H. Dipl. Geschichte der Abtei Eberbach im Rheingau, 2. B. S. 123.

⁶⁾ Vogel, C. D. Beschreibung des Herzogtums Nassau, S. 579.

⁷⁾ a. a. O. Seite 37.

⁸⁾ Richter, P. Der Rheingau. Eine Wanderung durch seine Geschichte, Wiesbaden 1913. Seite 22.

⁹⁾ Rossel, K. a. a. O.

Ob aber der ganze Berg ihr Eigentum war, bleibt, worauf Zaun¹⁰⁾ bereits hingewiesen hat, fraglich. Denn in den beiden Urkunden handelt es sich nicht um den ganzen Grevenberg, sondern nur um zwei in ihm gelegene Weinberge die an das Kloster Eberbach vergeben werden. Das ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus der Urkunde von 1262, in der es heisst: *vineam unam in monte qui dicitur Grevenberg*. Aus der von 1263 ist das nicht so deutlich ersichtlich, denn sie führt nur an: *vineam unam apud kedircha sitam dictam Grevenberg*, jedoch zeigt die erstere, dass auch hier nur ein einzelner Weinberg in der Lage Grevenberg gemeint sein kann. Das ist alles, was wir über den nassauischen Besitz im Grevenberg wissen. Der Rheingraf dagegen hatte dort nach dem Lehnsbuche Werners II. von Bolanden von 1194—98¹¹⁾ einen Besitz von 18 Joch. Der Uebergang des Grevenbergs an Nassau oder einzelner Weinberge in ihm muss also vor 1262 und nach 1194—98 erfolgt sein. Das ist auch aus den Bolandischen Lehnbüchern zu ersehen. Denn während das von 1194—1195 (S. 14) den Berg als *mons Ringravii* aufführt, in dem der Rheingraf eine grössere Zahl Weinberge besessen hatte, gibt das aus der Mitte des 13. Jahrhunderts (S. 47) ihn als Grevenberg an. In ihm werden Weinberge im Grevenberg überhaupt nicht mehr erwähnt.

Zu dem Namen Lützelau, der kleine Au bedeutet, sei in Ergänzung der Zedler'schen Angaben bemerkt, dass seine Ableitung von dem Vornamen Ludwig vor Bär bereits von v. Vorster versucht worden ist. Bär¹²⁾ führt ihn auf Ludwig, den Sohn des Rheingrafen Richolf zurück und glaubt, dass die Insel diesen Namen nach dessen Eintritt ins Kloster erhalten habe, um sein Gedächtnis wach zu halten. von Vorster¹³⁾ dagegen bringt den Namen mit Ludwig dem Frommen in Zusammenhang, der nach ihm auf der Insel gewohnt haben und auch gestorben sein soll. Diese Ansicht ist bereits von Bär¹⁴⁾ widerlegt worden.

Das Gründungsjahr des Klosters Johannisberg ist nicht bekannt. Die von Roth¹⁵⁾ darüber veröffentlichte Urkunde, die aus einem Johannisberger Lager- und Copialbuch des 15. Jahrhunderts stammen und nach der die Gründung 1090 erfolgt sein soll, ist, wie Sauer¹⁶⁾ und Zedler¹⁷⁾ nachgewiesen haben, gefälscht.

Der Anonymus bei Schannat (*Vindemiae literariae*, I. 154 ff.)¹⁸⁾ gibt als Gründungsjahr nicht bestimmt 1090 an, sondern sagt, dass das Kloster *circa annum* 1090 errichtet worden sei. Richter¹⁹⁾ nimmt als Gründungsjahr *circa* 1100, Zedler²⁰⁾ 1106 an.

¹⁰⁾ Zaun, J. Geschichte des Ortes und der Pfarrei Kiedrich, Wiesbaden 1879, Seite 22

¹¹⁾ Sauer, W. a. a. O. Seite 14.

¹²⁾ Bär, H. Beiträge zur Mainzer Geschichte der mittleren Zeiten, II. Stück, Mainz 1790. Seite 237.

¹³⁾ von Vorster. Der Rheingauer Weinbau. Frankfurt und Leipzig 1765. Seite 13.

¹⁴⁾ a. a. O. Seite 234.

¹⁵⁾ Roth, F. W. E. Fontes rerum Nassoicarum B. I. 2. Teil, Nr. 3.

¹⁶⁾ Sauer, W. Codex diplomaticus Nassoicus Nr. 136.

¹⁷⁾ a. a. O. Seite 73.

¹⁸⁾ Nach Roth a. a. O. 3. Teil, Seite 90.

¹⁹⁾ Richter, P. a. a. O. Inhaltsübersicht.

²⁰⁾ a. a. O. Seite 75.

Ueber die Anfänge des Klosters berichten erst zwei Urkunden aus dem Jahre 1130²¹⁾. Beide sind von Erzbischof Adelbert I. von Mainz ausgestellt. Inhaltlich stimmen sie in der Hauptsache überein. Aber in der einen ist der Hauptaltar des Klosters dem hl. Nikolaus, in der anderen dem hl. Johannes geweiht. Sie werden deshalb von Zedler als Nikolaus- und Johannesurkunde unterschieden. Zedler²²⁾ hat über die Echtheit der beiden Urkunden eine längere Untersuchung ausgeführt, und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Nikolausurkunde gefälscht sei. Es soll dazu hier keine Stellung genommen, sondern nur zwei Eingriffe in die Nikolausurkunde erwähnt werden, die seither übersehen wurden. Der eine betrifft ihr Siegel, dessen Rand, der ursprünglich infolge des Eindrückens des Stempels gerundet war, ausgeschnitten ist, sodass er jetzt scharfkantig erscheint. Auf dem Schnitt erscheint das Wachs frischer als auf den unversehrten Teilen, die Entfernung der Wulst muss also erst in späterer Zeit erfolgt sein. Der zweite Eingriff besteht in einer Rasur zwischen den beiden Indorsaten in der Breite von etwa drei Zeilen. Daneben sei noch erwähnt, dass die in der Nikolausurkunde vorkommende Form *Winchela* für Winkel, in der Zedler²³⁾ einen Beweis für deren Unechtheit erblickt, als solcher nicht gelten kann, denn in der Johannisberger Urkunde von 1140²⁴⁾ kommt der Ort in dieser Form nicht weniger als dreimal und in der Disibodenberger Urkunde von 1108 und in der Ilbenstadter Urkunde von 1156²⁵⁾ je einmal vor.

Der Wechsel des Klosterheiligen in den beiden Urkunden hat bis heute eine befriedigende Erklärung noch nicht gefunden, doch hat die Ansicht Bodmanns²⁶⁾ darüber viel für sich. Er nimmt an, dass auf dem Johannisberg vor der Klostergründung ein dem heiligen Nikolaus geweihtes Bethaus gestanden habe, und dass dieser Heilige danach vom Kloster übernommen worden sei, um 1130 mit dem heiligen Johannes vertauscht zu werden. Die Verehrung des heiligen Nikolaus im Rheingau war eine verbreitete. In Eltville bestand eine Nikolauskapelle²⁷⁾. Ihr Erbauungsjahr ist nicht bekannt. Zum ersten Mal erwähnt wird sie 1327. In Hattenheim befindet sich im Pfarrarchiv ein Bruderbuch der dortigen Nikolausbruderschaft²⁸⁾, das 1442 beginnt. Wann der dortige, nach Zaun²⁹⁾ von Sambuga erwähnte St. Nikolausaltar in der Kirche errichtet wurde, ist nicht bekannt. In Oestrich gab es zwei Nikolauskapellen³⁰⁾, die nach ihren Einkünften die des armen und die des reichen Nikolaus genannt wurden. Ueber das Erbauungsjahr der des armen Nikolaus liegen Angaben nicht vor. Die des reichen Nikolaus ist 1335 gestiftet worden. In Geisenheim trägt der Kapellengarten noch heute diesen Namen nach einer Nikolauskapelle,

²¹⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 179 und 180.

²²⁾ a. a. O. Seite 78 ff.

²³⁾ a. a. O. Seite 35 und 78.

²⁴⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 199.

²⁵⁾ Ebenda Nr. 157 und 236.

²⁶⁾ Bodmann, F. J. Rheingauische Altertümer Seite 196.

²⁷⁾ Zaun, J. Beiträge zur Geschichte des Landkapitels Rheingau Seite 48.

²⁸⁾ Roth a. a. O. I. Teil, Seite 304.

²⁹⁾ a. a. O. Seite 152.

³⁰⁾ Zaun, a. a. O. Seite 178 ff.

die in ihm gestanden hat. Sie wurde 1292 von Giselbert von Rüdesheim und seiner Gattin Elisabeth von Scharfenstein dem Kloster Eberbach geschenkt³¹⁾. In Rüdesheim lag eine Nikolauskapelle über dem Wallgraben der Niederburg³²⁾. Sie bestand bereits 1311. Für Lorch wird ein Nikolausaltar 1401 erwähnt³³⁾.

Die Verehrung des heiligen Nikolaus erstreckt sich somit auf fast alle am Rhein gelegenen Ortschaften des Rheingaaues. Der Grund dafür ist leicht einzusehen. Der heilige Nikolaus ist der Schutzpatron der Schiffer. Die Rheingauer Schiffer machten in seiner Verehrung keine Ausnahme. Legte es ihnen ihr Beruf schon an und für sich nahe, seine Hilfe zu erbitten, so hatten sie dazu noch einen beonderen Grund; drohte ihnen doch unterhalb Rüdesheim beim Durchfahren des Bingerloches ständig ernste Gefahr. So war eine Bitte um gute Fahrt an den Heiligen wohl angebracht, wie es die Schiffer noch heute tun, wenn sie das auf der rechten Rheinseite, kurz vor dem Bingerloch stehende Nikolauskapellchen passieren. Und so wie dieses heute den Schiffen ihren Schutzherrn in Erinnerung bringen soll, bevor sie sich in Gefahr begeben, so wird in früherer Zeit die Kirche dadurch auf ihn aufmerksam gemacht haben, dass sie ihm auf dem vom Rheine aus von weither sichtbaren Johannisberg eine Kapelle errichtet hat. Kein anderer Berg war dafür geeigneter, denn keiner beherrscht den Rhein mehr und tritt so nahe an ihn heran, wie dieser. Das Bestehen einer Nikolauskapelle auf dem Johannisberg vor der Klostergründung und die Uebernahme des Heiligen ins Kloster danach, würde sich somit aus den örtlichen Verhältnissen erklären. Und eine solche Erklärung ist doch die natürlichste. Sie würde zugleich ein Beweis für die Echtheit der Nikolausurkunde sein. Da jedoch die Ausführungen Zedlers über diese Urkunde bis heute noch nicht widerlegt sind, soll in folgendem nur die Johannesurkunde berücksichtigt werden. Erst aus ihr erfahren wir, dass das Kloster von Erzbischof Ruthard gegründet und mit Land beschenkt, und dass diese Schenkung vom Rheingrafen Richolf vervollständigt worden ist. Adelbert bestätigt diesen Güterbesitz, erhebt das Kloster zur selbständigen Abtei, gibt ihm das Recht auf Wunsch zu taufen und zu begraben, verleiht ihm die Immunität und bewilligt die Abhaltung eines Jahrmarktes auf dem Johannisberg am Johannistag, dessen Gefälle er dem Kloster überlässt.

Das Kloster Johannisberg war ein Mönchskloster. Ob es aber als solches auch gegründet wurde, ist fraglich. Es besteht die Möglichkeit, dass es anfangs auch Nonnen beherbergt hat, also zunächst ein Doppelkloster war. Bodmanns³⁴⁾ Ansicht darüber ist keine bestimmte. Nach ihm soll es Erzbischof Ruthard als Benediktiner-Mannskloster gegründet haben. Aber bei seinen Erörterungen über die Klause gibt er an, dass nach ihrer Errichtung die Nonnen aus dem Kloster Bischofsberg in sie gewiesen worden seien. Vogel³⁵⁾ teilt diese Ansicht. Richter³⁶⁾ lässt Ruthard dem Albanskloster zu Mainz den Bischofsberg zu

³¹⁾ Ebenda Seite 262.

³²⁾ Ebenda Seite 286.

³³⁾ Ebenda Seite 328 und 362.

³⁴⁾ a. a. O. Seite 193 und 246.

³⁵⁾ a. a. O. Seite 597.

³⁶⁾ a. a. O. Seite 22 und 23.

dem Zwecke schenken, auf ihm ein Mönchskloster nach der Benediktinerregel zu gründen. Doch eine Seite weiter sagt er, dass das neue Kloster für Mönche und Nonnen bestimmt gewesen sei, also ein Doppelkloster werden sollte.



Karte der Umgebung von Johannisberg im Rheingau.

Zedler³⁷⁾ hält Johannisberg von Anfang an für ein Mönchskloster. Er erblickt in allen den Frauen, die, nachdem sie Hab und Gut dem Kloster vermacht,

³⁷⁾ a. a. O. Seite 94.

der Welt entsagen und sich in es zurückziehen, Reklusen. Aber aus den darüber vorhandenen Urkunden geht das nicht hervor.

Die Urkunde von 1140³⁸⁾, in der Erzbischof Adelbert II. von Mainz dem Kloster einige Güterschenkungen bestätigt, führt zwei Frauen an, die dem Kloster Johannisberg Güter schenken und sich mit ihren Männern in es zurückziehen. Die Stellen lauten: *Ludewicus comes in Rinegowe cum uxore sua Liudgardis subdens se in predicto loco sancti Benedicti regule mansum unum terre prefate donavit ecclesiae und Herchinbertus quoque quidam ministerialis noster de Hedersheim in prefato Cenobio se devote cum uxore sua subiciens vite monastice tradidit* Hieraus kann doch nur gefolgert werden, dass diese Frauen Nonnen wurden, denn beide unterwarfen sich wie ihre Männer dem mönchischen Leben. Wären die Männer Mönche, die Frauen aber Reklusen geworden, so würde dieses verschiedene Verhalten in der Urkunde zum Ausdruck gebracht worden sein, wie in ihr auch die Gertrudis als Rekluse bzw. incluse bezeichnet wird.

Ebenso liegen die Verhältnisse bei der in der undatierten, nach Sauer³⁹⁾ wahrscheinlich aus 1144 stammenden Urkunde genannten Matrone Cunha zu Geisenheim, die bei ihren Eintritt in das Kloster Johannisberg diesem ihre zwei Höfe in Geisenheim mit allem Zubehör schenkt. Der Satz dieser Urkunde: *Et quia prefata matrona omnibus relictis patrocínio beati Johannis baptiste in prefato loco se ipsam contradidit et regularem vitam secundum preceptum beati Benedicti subiit*, kann doch nur so verstanden werden, dass sie ihre Tage dort als Nonne zugebracht hat. Nach alledem kommen wir zu dem Schluss, dass das Kloster Johannisberg zu Beginn seines Bestehens Mönche und Nonnen beherbergt hat, also ein Doppelkloster war.

Ausser dem Kloster auf dem Johannisberg gab es in dem Wiesengrund an seinem Fusse ein Benediktiner Nonnenkloster: die St. Georgsklausen. Als *monasterium sancti Georgii in Clusa* wird sie urkundlich 1285 zum ersten Mal genannt.⁴⁰⁾ Ohne Angabe des Jahres erwähnt sie das eine der beiden Indorsate der Johannesurkunde, das lautet: *curia apud sanctum Georgium cum attinenciis*.

Zedler⁴¹⁾ legt den Hof an den Fuss des Bischofsberges und betrachtet ihn als früheren rheingräflichen Besitz. Er nimmt an, dass das Nonnenkloster, die St. Georgsklausen, ebenso wie die Siedlung „im Grund“ aus diesem Hof hervorgegangen seien. Auch Sauer lässt in seinen Bemerkungen zur Nikolaus Urkunde⁴²⁾ die Klausen an der Stelle des Hofes entstehen.

Nach dem Indorsat kann der Hof nicht an der Stelle der Klausen gelegen haben. Es müssen vielmehr beide nebeneinander bestanden haben, denn das Indorsat lautet: *curia apud sanctum Georgium*. Es war also ein Hof bei, d. h. in der Nähe der Klausen.

³⁸⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 199.

³⁹⁾ a. a. O. Nr. 209.

⁴⁰⁾ Ebenda Nr. 1047.

⁴¹⁾ a. a. O. Seite 102.

⁴²⁾ a. a. O. Nr. 179.

Wenn, wie Sauer⁴³⁾ und Zedler⁴⁴⁾ meinen, das Indorsat von einer mit der Urkunde ziemlich gleichzeitigen Hand herrühre, so müssten Mönchs- und Nonnenkloster und der Hof bereits um 1130 nebeneinander bestanden haben. Für das Mönchskloster und den Hof ist das sicher, denn sie werden sowohl in der Nikolaus- als auch in der Johannesurkunde nebeneinander genannt; für die Klause ist es jedoch urkundlich nicht zu beweisen. Es verbleiben somit zwei Möglichkeiten: entweder sind Urkunde und Indorsat gleichzeitig, dann waren beide Klöster und der Hof 1130 bereits vorhanden, oder das Indorsat ist später als die Urkunde, dann könnte auch die Klause eine spätere Gründung sein. Das dürfte aber kaum der Fall sein. Bereits 1292⁴⁵⁾ wird ein Weinberg „in via Clusen“ erwähnt und im Güterverzeichnis des Klosters Eberbach⁴⁶⁾ 1306 ein weiterer „ame cluserwege“ genannt. Es handelt sich dabei um den heutigen „Kläuserweg“, der vom Nordostende von Geisenheim am Fusse der Weinberge entlang zu der Klause führt. Er hat der genannten Weinbergslage den Namen gegeben. Der Weg hat seinen Namen nach der Klause erhalten. Diese muss also älter sein als er. Und wenn er schon vor der Gründung dieses Klosters bestanden haben sollte, kann er den Namen erst angenommen haben, nachdem diese erfolgt war. Auch die Benennung einer Weinbergslage nach dem Wege setzt sein längeres Bestehen voraus, denn zur Uebertragung des Namens des Weges auf die Weinbergslage, was erst nach deren Rodung erfolgen konnte, gehörten Jahrzehnte. Die Lage Kläuserweg, die unmittelbar westlich des Grundes im unteren Teile des Morschberges liegt, ist eine der besseren Lagen der Gemarkung Geisenheim. Als reine Südlage dürfte ihre Anrodung ungefähr gleichzeitig mit der des Johannisbergs erfolgt sein. Jedenfalls ist sie für den Weinbau sehr viel geeigneter als der über ihr und dem Morschberg auf einer vorwiegend flachen Rheinterrasse gelegene Kilsberg. Dieser ist aber, wie später gezeigt werden wird, der in der Johannesurkunde genannte culleresberc, der, wie die Urkunde angibt, 1131 schon Reben trug. Es ist also mit grosser Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass um diese Zeit auch die dem Weinbau viel günstigere Lage Kläuserweg bereits mit Reben bestockt war. Bereits 779 besass das Kloster Fulda Güter in der Gemarkung Geisenheim⁴⁷⁾, und wie ausgedehnt der Weinbau zu Beginn des 12. Jahrhunderts in ihr war, ist daraus zu erkennen, dass 1128⁴⁸⁾ Erzbischof Adelbert I. von Mainz dem Domkapitel jährlich sechs Fuder Wein aus Geisenheim verlieh. Fraglich bleibt nur, ob die Lage Kläuserweg damals schon diesen Namen trug. Er setzt das Bestehen der Klause voraus. Aber diese wird, wie gesagt, urkundlich erst 1285 erwähnt. Sie ist um diese Zeit bereits Kloster. Ob sie aber als solches auch gegründet wurde, ist nicht erwiesen. Das Indorsat der Johannesurkunde führt sie nicht als Kloster an. Nach ihm lag der Hof „apud sanctum Georgium“. Damit kann auch eine Kapelle oder eine Einsiedelei gemeint sein.

⁴³⁾ a. a. O. Nr. 180.

⁴⁴⁾ a. a. O. Seite 102.

⁴⁵⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 1141.

⁴⁶⁾ Roth, a. a. O. 3. Teil, S. 370.

⁴⁷⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 2.

⁴⁸⁾ Ebenda Nr. 178.

in denen der Heilige verehrt wurde. Es besteht also die Möglichkeit, dass das Nonnenkloster eine ganz andere Entwicklung genommen hat, wie seither angenommen wurde, dass es aus einer Kapelle oder Einsiedelei (*clusa*) hervorgegangen ist. Darauf könnte auch sein Name hindeuten, den es nach der Umbildung beibehalten hat. Der hl. Georg als Schutzpatron des Klosters weist auf eine Stiftung von ritterlicher Seite hin. Danach hätte also die Lage Kläuserweg ihren Namen nicht nach dem Nonnenkloster Klausen erhalten, sondern nach einer in dem stillen Talgrund am Fusse des Johannisbergs gelegenen Einsiedelei. Wann sich daraus das Nonnenkloster entwickelt hat, ist nicht bekannt. Die Verhältnisse dieser Klausen mögen ähnlich gelegen haben, wie die der Klausen bei Fachingen. Nach Vogel⁴⁹⁾ bestand dort schon 1350 unter dem Patronat von Westerbürg eine Kapelle des hl. Georg mit einem Kaplan. Sie war der Pfarrkirche zu Freindiez unterstellt. An die Kapelle erbauten die Herren von Westerbürg eine Klausen und schenkten sie ihr 1458. Es lebten darin unter einer Priorin neun Nonnen vom Orden des hl. Wilhelm unter der Aufsicht des männlichen Wilhelmitenklosters in Limburg. Ihre 1471 beabsichtigte Umwandlung in ein förmliches Kloster, die bereits vom Papst genehmigt war, ist unterblieben.

Das Nonnenkloster Klausen trug⁵⁰⁾ den Namen *monasterium sancti Georgii in Clusa*. Es, bzw. der Altar seiner Kapelle war also, wie es heute noch der Fall ist, dem heiligen Georg geweiht. Darauf deutet auch, worauf Zedler bereits hingewiesen hat, nicht allein sein Siegel hin, sondern auch die Darstellung des Heiligen auf der Wetterfahne des Dachreiters. Erwähnt wird der Altar in einer Urkunde von 1356 Mai 8.⁵¹⁾, in der zwei zu Geisenheim wohnende Jungfrauen ihr sämtliches Gut zu Geisenheim zur Stiftung einer ewigen Messe an ihn verschenken, und in der Stiftungsurkunde des heiligen Kreuzaltars der Geisenheimer Kirche von 1421⁵²⁾. Auch Zaun⁵³⁾ führt diesen Altar an und macht Angaben über seine Verleihungen. Daneben besaß die Klausen aber auch noch einen heiligen Kreuzaltar, der in den Urkunden vom 25. Juli und 24. August 1345⁵⁴⁾ angeführt wird. Das Vorhandensein eines Johannesaltars in der Klausen lehnt Zedler⁵⁵⁾ ab. Er hält die Urkunde von 1429⁵⁶⁾, die ihn erwähnt, für gefälscht. Die Stelle lautet: *Item fünf Binger malter einem Vicarien zu Sant Mergendale, der Sant Johans altaire in der Clusen verschet*. Der Johannesaltar in der Klausen wird aber noch einmal erwähnt in der Urkunde des Erzbischofs Johann Schweikarts von Mainz vom 9. März 1626⁵⁷⁾, die nach Zedler⁵⁸⁾ echt ist. Sie wird auch von Roth⁵⁹⁾ allerdings ohne Quellenangabe

⁴⁹⁾ a. a. O. Seite 766.

⁵⁰⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 1047 und 2395.

⁵¹⁾ Ebenda Nr. 2816.

⁵²⁾ Roth, F. W. E. Geschichte der Stadt Geisenheim Seite 136.

⁵³⁾ Zaun, J. Beiträge zur Geschichte des Landkapitels Rheingau, Seite 228.

⁵⁴⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 2394 und 2395.

⁵⁵⁾ a. a. O. S. 226.

⁵⁶⁾ Roth, a. a. O., 2. Teil, Nr. 187.

⁵⁷⁾ Würdtwein, St. A. Dioecesis Moguntina II., 279—283.

⁵⁸⁾ a. a. O. Seite 219.

⁵⁹⁾ Roth, F. W. E. Geschichte der Stadt Geisenheim, Seite 145—146.

angeführt. Der Erzbischof trifft darin Bestimmungen über den Marien-Magdalenenaltar zu Geisenheim und den Johannesaltar in der Klaus. Es handelt sich dabei um zusammen 17 Malter Korn Binger Mass. Davon erhält nach der Urkunde von 1440⁶⁰⁾ der Marien-Magdalenenaltar zu Geisenheim 12 Malter, es bleiben also für den Johannesaltar in der Klaus die fünf Malter übrig, die auch in der nach Zedler gefälschten Urkunde von 1429 angeführt sind. Damit ist bewiesen, dass in der Klaus tatsächlich ein Johannesaltar vorhanden war. Die Zedler'sche Auffassung, dass die Urkunde von 1429 gefälscht sei, ist somit eine irrige. Schliesslich sei noch erwähnt, dass, worauf Roth⁶¹⁾ bereits hingewiesen hat, die fünf Malter Fruchtgefälle an die Klaus auch in der Urkunde von 1440, in der Bürgermeister, Schöffen etc. zu Geisenheim kund tun, dass sie von Conrad von Morsheim etc. den Hof Düppenhausen gegen gewisse Leistungen in Bestand nehmen, vorkommen. Allerdings wird in ihr nicht gesagt, dass sie an den Johannesaltar fallen, es heisst vielmehr nur: *Item zehn Clausen fünf Maltr.* Da aber in dieser Urkunde und in der von 1429 alle übrigen Gefälle übereinstimmen, kann wohl angenommen werden, dass es sich auch bei diesen fünf Maltern um die gleichen handelt.

Zu Düppenhausen bemerkt Zedler⁶²⁾, indem er Sauer folgt, dass eine Stätte Düppenhausen schon am Ende des 13. Jahrhunderts nachweisbar sei in einer im Wiesbadener Staatsarchiv erhaltenen Urkunde⁶³⁾, in der das Stift Bingen dem Pächter Conrad von Rüdesheim einen Weinberg *apud Duphus* in Erbpacht gibt.

Auch Bach⁶⁴⁾ bringt dieses *Duphus* mit Düppenhausen in Beziehung, wobei er sich auf Sauer und Zedler stützt.

Die Namen Düppenhausen und *Duphus* haben jedoch miteinander nichts zu tun, sie bezeichnen vielmehr zwei verschiedene Oertlichkeiten. Düppenhausen war ein Hof bei Marienthal, auf dem sich eine mittelalterliche Töpferwerkstätte befand⁶⁵⁾. Der Name ist abzuleiten von mhd. tüpfen, Topf. Auf der geologischen Karte der Umgebung von Geisenheim am Rhein von A. Leppla, wird die Oertlichkeit, wo er sich befand, unzutreffender Weise „Töpferhausen“ genannt; sie heisst heute noch Düppenhausen.

Duphus dagegen ist der Name einer Weinbergslage in der Gemarkung Rüdesheim. Sie ist belegt durch den Güterrotul des Klosters Aulhausen 1356⁶⁶⁾. Dort heisst es: *Diz sint die vnderpant, die vor die VI marcis ligen zy Ru(densheim): zum ersten Giselbrechts scholtheyz alle sine wingert gelegen in der wüsten mit eym firteyl gelegen oberm duphus vor fyer morgen.* Der Name ist in Rüdesheim verschwunden. Dagegen hat sich in der Gemarkung Hochheim eine Weinbergslage „im duphuhs“ erhalten. Sie wird erwähnt im Hoch-

⁶⁰⁾ Roth, a. a. O., 2. Teil, Nr. 197.

⁶¹⁾ Roth, Geschichte der Stadt Geisenheim, Seite 146.

⁶²⁾ a. a. O. Seite 224.

⁶³⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 1275.

⁶⁴⁾ Die Siedlungsnamen des Taunusgebietes, Seite 70.

⁶⁵⁾ Periodische Blätter der Geschichts- und Altertumsvereine zu Kassel, Darmstadt und Wiesbaden 1861, Nr. 15/18, Seite 448.

⁶⁶⁾ Roth, a. a. O., 3. Teil, S. 413.

heimer Gerichtsprotokoll⁶⁷⁾ und heisst heute „Daubhaus“. Die Ableitung des Namens von ahd. tuba, duba, mhd. tube, Taube⁶⁸⁾ liegt nahe. Sie ist aber sehr zweifelhaft, denn Taubenhäuser in Weinbergen und Feldern dürfte es kaum gegeben haben. Sehr viel wahrscheinlicher dürfte taub in diesem Falle den Sinn von öde, wüst, leer, wertlos, trocken, dürr und darum ertraglos, unfruchtbar haben⁶⁹⁾, wie in den Verbindungen taube Nuss, taube Aehre, Taubnessel. *Duphus* würde hiernach unbebautes und deshalb ertragloses Land bedeuten. Diese Deutung ist für das Rüdesheimer *Duphus* umso wahrscheinlicher, als die fraglichen Weinberge gelegen sind, „in der wüsten mit eym firteyl gelegen oberm duphus“. Die Lage „Wüsten“, heute „Wüst“ genannt, liegt westlich von Eibingen und nördlich von Rüdesheim. Ihr Name deutet an, dass sie aus Land entstanden ist, das länger in unbebautem Zustand liegen geblieben ist, als das benachbarte. Vielleicht ist sie identisch mit dem bergigen und unbebauten Distrikt bei Rüdesheim und Eibingen, den Erzbischof Bardo 1031 den Einwohnern der beiden Ortschaften gegen eine bestimmte jährliche Abgabe zur Anlage von Weinbergen überlassen hat⁷⁰⁾. Von diesem wüsten Land wird 1356 noch ein Stück unbebaut in dem bereits gerodeten und mit Reben bepflanzten Distrikt gelegen haben, das deshalb *duphus* genannt wurde, und darüber lag das Viertel der in der Urkunde genannten Weinberge. Auch in der Aufzählung der „Ehemaligen Güter von Stiftern, Klöstern und geistlichen Korporationen“ sowie der der „Besitzungen von Adeligen“ in Hochheim bei Schüler⁷¹⁾ kommt die Weinbergslage Duphus wiederholt vor; 1622 wird sie dort bereits Daubhaus genannt. Die Lage erstreckt sich bis in die Gemarkung Kostheim hinein, wodurch auch diese ein Daubhaus besitzt. Die Gemarkung Oppenheim am Rhein hat gleichfalls eine Lage Daubhaus. Der Flurname kommt noch in anderen Gemarkungen Nassaus vor: Daubhaus in der Gemarkung Oberneisen, Taubhaus (volkstümlich Daubes) in den Gemarkungen Camp, Filsen, Niederlahnstein und Heuzert⁷²⁾. Auch in der Gemarkung Boppard gab es um 1500 eine Weinbergslage „auf dem Dauphaus“⁷³⁾.

Die in dem Indorsat der Johannesurkunde genannte *curia apud sanctum Georgium* identifiziert Zedler mit dem in der Urkunde genannten, vom Rheingaugrafen Richolf und seiner Gemahlin und seinem Sohne dem Kloster geschenkten, seiner Meinung nach am Fusse des Bischofsberges gelegenen Hof. Dass der Hof aber tatsächlich am Fusse dieses Berges gelegen hat, wird in der Urkunde nicht gesagt. Die Genannten schenkten vielmehr „*curtim quandam, que e regione montis proxima adjacet*“. Auf welcher Seite er anfiel, anstieß, oder angrenzte, ist aus der Urkunde nicht zu ersehen. Zedler nimmt die Süd-

⁶⁷⁾ Schüler, Th. Geschichte der Stadt Hochheim, Seite 105.

⁶⁸⁾ Schade, O. Altdeutsches Wörterbuch.

⁶⁹⁾ Prinz, L. Flurnamen an der Saar. Rheinische Heimatblätter, 6. Jahrgang, 1929, Seite 354.

⁷⁰⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 114.

⁷¹⁾ a. a. O. Seite 31—51.

⁷²⁾ Kehrein, J. Nassauisches Namenbuch, 3. Band, Seite 436.

⁷³⁾ Söhn, J. Geschichte des wirtschaftlichen Lebens der Abtei Eberbach im Rheingau vornnehmlich im 15. und 16. Jahrhundert. Veröffentlichungen der historischen Commission für Nassau VII, Seite 100.

seite des Berges an und legt ihn an die Stelle der Klause. Einen Beweis für die Richtigkeit seiner Annahme erbringt er jedoch nicht. Hätte der Hof sich am Fusse des Berges befunden, so wäre dies wohl, wie es später geschah, in der Urkunde angegeben worden, denn bei der Lagebezeichnung der Klause heisst es in Urkunden: 1293 *in clusen sub monte sancti Johannis*⁷⁴⁾, 1345 *im Kloster zu Clusen under s. Johans berge*⁷⁵⁾ und *zu Clusen unter Johannisberg*⁷⁶⁾ und 1453 *cocnobium monialium sub pede montis*.⁷⁷⁾ Schon hieraus erscheint es wenig wahrscheinlich, dass sich der Hof an der Stelle der Klause befunden hat. Sehen wir zu, ob er sich an einer anderen Stelle nachweisen lässt.

Ein Kilometer nordwestlich des Dorfes Johannisberg, dort wo der die Siedlung tragende Berg nach Westen zu abfällt, unmittelbar westlich des Landhauses Hansenberg (Johannisburg) liegt der Felddistrikt „Klingenhäuserfeld“. ⁷⁸⁾ Er hat seinen Namen von dem am Fusse des Abhanges vorbeifliessenden Klingelbach (Elster- oder Marienthalerbach) erhalten. An dieser Stelle dürfte der in der Urkunde genannte Hof zu suchen sein. Er hiess, wie sich aus der Urkunde von 1421 Nov. 11.⁷⁹⁾ ergibt, „*Clinginhufs*“. In dieser Urkunde tut der Abt Helffrich von St. Johannisberg kund, dass er des Klosters Hof zu Clinginhufs „*vor dem waldte gelegen mit aller siner Zugehorung, ez sin eckir wesen oder wie man daz nenen mag, nüss nit ussgenommen*“ an genannte Treuenhändler verpfändet, dafür, dass er das Seelgerede des Probstes Friedrich von Alsens vom St. Stefansberg zu Mainz begehen solle. Der Flurname, der bereits von Wittmann⁸⁰⁾ im Zusammenhang mit unserer Urkunde erwähnt wird, hat den Namen bis auf den heutigen Tag bewahrt. Der Name Klingelbach steht in Verbindung mit der Klinge, einem engen Tal, in das er ca. 600 m südlich Stephanshausen zwischen Zwirnwald und Sandkopf eintritt und bis zum Kloster Marienthal durchfliesst. Der Name erinnert an die Klinge der Waldaffa zwischen Neudorf und Schlangenbad, die in der alten Schutzwehr des Rheingaues, dem Gebück, wegen der Enge des Tales von besonderer Bedeutung war, weshalb auch die durch sie hindurchführende Strasse mit einem Torbau, der Klingenförte, gesichert war. Das Wort ist abzuleiten von ahd. *clingo*, mhd. *clinge*, Gebirgsbach, Talschlucht, in der Wasser fliesst⁸¹⁾, das wieder in Verbindung steht mit ahd. *clingan*, klingen, tönen, rauschen. Eine zweite Klinge hat der Klingelbach kurz vor seinem Eintritt ins Rheintal gebildet, wo er zwischen dem Kilzberg und dem Johannisberg den vordersten Quarzitrückén durchbricht. In ihr liegt die Siedlung „im Grund“, deren Namen auf diese örtlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Er ist abzuleiten von ahd. *grunt*, das Abgrund, schmales,

⁷⁴⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 1152.

⁷⁵⁾ Ebenda Nr. 2394.

⁷⁶⁾ Ebenda Nr. 2395.

⁷⁷⁾ Roth, a. a. O. 1. Teil, Seite 195.

⁷⁸⁾ Siehe die Karte des Rheingaukreises. Beilage zu: Der Rheingaukreis 1891—1900.

⁷⁹⁾ Roth, a. a. O. 2. Teil, Nr. 182.

⁸⁰⁾ Wittmann, J. Chronik der niedrigsten Wasserstände des Rheines vom Jahre 70 nach Christi Geburt bis 1855. Ztschr. d. Vereins zur Erforschung der Rhein. Gesch. und Altertumskunde zu Mainz 1859, B. 2, Seite 136 Anmerkung.

⁸¹⁾ Schade, O. Aldeutsches Wörterbuch.

tief eingeschnittenes Tal, Schlucht bedeutet^{81a)}. Der Hof Clinginhuß scheint bereits 1536 nicht mehr bestanden zu haben, denn in der Urkunde aus diesem Jahre⁸²⁾, in der Erzbischof Albrecht von Mainz die Irrungen zwischen Kloster und Ort Johannisberg entscheidet, und in die das Johannisberger Weistum eingerückt ist, wird er als Klingenhewser Feld angeführt. Der Name Elsebach kommt bereits in einer Urkunde vom Jahre 1285⁸³⁾ vor, in der das Kloster Clusen an ihm gelegene Güter verpachtet. Eine Mühle in *loco qui dicitur Elso* wird gar schon 1132 genannt⁸⁴⁾.

In der Johannesurkunde schenkt nun Erzbischof Ruthard dem Johannesaltar des in der Urkunde zur selbständigen Abtei erhobenen Klosters Johannisberg: *circumpositi nemoris aliquantam partem scilicet usque ad alveum qui dicitur hunenclington et ita deorsum usque ad locum, qui dicitur kalvenberc, in septentrionali montis plaga et in aliis tribus plagis usque ad ruralia loca in dotem supra sacras reliquias*. Die Dotierung bestand also in einem Teil des auf der Nordseite des Berges um das Kloster herumliegenden Waldes, der zwischen einer hunenclington genannten Schlucht und einer Oertlichkeit lag, die kalvenberc genannt wird, und der auf drei Seiten (Osten, Süden, Westen) an bebauten Land anstieß. Dieser Wald wurde bereits von Wittmann⁸⁵⁾ als der spätere Abtwald erkannt, und auch der kalvenberc als der heutige Kahlenberg richtig gedeutet. Der Wald gehört heute noch zum Schloss Johannisberg und trägt den Namen Schlosswald. Als das Schloss noch Kloster war, hieß er Abtwald, wie er auch heute noch mitunter genannt wird. Ein Distrikt in ihm nördlich vom Kloster Marienthal trägt noch den Namen „Abtsrech“, der nordöstlich an diesen angrenzende den Namen „Abtwald Unner“. Dieser diente also dem Kloster als Viehweide. Das Wort ist abzuleiten von ahd. untar, mhd. unter und bedeutet⁸⁶⁾ die Unterzeit, Zwischenzeit, den Ort, wo das Weidevieh Mittagsruhe hält, unter Mittag ruht. Der Name hat sich auch in anderen Rheingauer Gemarkungen erhalten, ebenso wie der Name „Kuhweg“, wie der aus den Siedlungen nach Norden in den Wald führende Weg meist heute noch genannt wird. Auf der Unner standen alte Bäume, die dem Vieh in der heißen Mittagszeit Schatten boten. Von solchen Unnerbäumen sind in Nassau noch eine ganze Anzahl vorhanden. Im Johannisberger Weistum wird der Wald „Abtwaldgenannt“. Er wurde von den Schützen des Dorfes mitgehütet, wofür sie vom Kloster ausser „vier Malter und drei Viertzel korn Meintzer Mass und einem Binger Malter Habern“ die Hälfte der Eynungen hatten, die in dem Wald gerügt wurden. Diese Eynung betrug ein Pfundt Heller. Abt und Convent durften dreihundert Schafe und hundert Lämmer halten; sie wurden von dem Gemeindevhirten mitgehütet. Daneben war es ihnen unbenommen, „nach ihrer Gelegenheit Sew zu halten“.⁸⁷⁾ In der oben genannten Urkunde von 1536⁸⁸⁾, in der

^{81a)} s. auch Bach a. a. O. S. 69.

⁸²⁾ Roth, a. a. O. 2. Teil, Nr. 257, Seite 285.

⁸³⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 1047.

⁸⁴⁾ Ebenda Nr. 189.

⁸⁵⁾ a. a. O.

⁸⁶⁾ Kehrein, a. a. O. Seite 586.

⁸⁷⁾ Roth, a. a. O. 2. Teil, Nr. 257, Seite 285, 286.

⁸⁸⁾ Roth, 2. Teil, Nr. 257, Seite 286.

Irrungen zwischen Kloster und Ort Johannisberg entschieden werden und in der Urkunde von ca. 1641⁸⁹⁾, in der die Gemeinde Johannisberg für einen etwaigen Verkauf der Abtei Johannisberg ihre Rechte wahrt, wird der Wald gleichfalls unter dem Namen „Abtwald“ angeführt. Der Wald ist abgesteint mit Grenzsteinen, die das Wappen des Fürstbistums Adolf, Freiherrn von Dalberg von Fulda (geb. 1678, gest. 1737) und die Jahreszahl 1728 tragen. Die letzten Grenzsteine im Norden stehen in unmittelbarer Nähe des Waldrandes, an den das Stephanshäuser Feld südlich des Dorfes angrenzt, an dem Wege, der hier über den Elsterbach geht und von ihm aus den Berg hinaufläuft. Es ist dies die Stelle, wo die Klinge des Klingelbaches zwischen Zwirnwald und Sandkopf beginnt. Diese Stelle dürfte also die in der Urkunde als *hunenclington* bezeichnete sein. Von hier aus zog sich der Wald östlich des Klingelbaches und ihm nach Süden folgend bis zu der Oertlichkeit, welche *kalvenberc* genannt wird. Diese liegt unmittelbar nordwestlich des Dorfes Johannisberg bei der früheren Kaltwasserheilanstalt, die heute Kloster ist. Es handelt sich also um den Wald, der vom Stephanshäuser Feld aus nach Süden bis zum neuen Kloster reichte, und der im Westen vom Klingelbach und den ihn begleitenden Wiesen und im Osten von der Strasse Johannisberg-Stephanshausen begrenzt wird und der, wie gesagt, heute noch als Schlosswald zum Schloss Johannisberg gehört.

Ob es sich in der Waldirrung der Abtei Johannisberg mit der Gemeinde Winkel im Jahre 1224⁹⁰⁾ um einen Teil des in Rede stehenden Waldes handelt, ist aus der nur im Auszug bekannten Urkunde nicht zu ersehen, aber wahrscheinlich, weil das Kloster in seiner Umgebung einen anderen Wald nicht besessen hat.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass der Hof Clinginhuß 1130 noch in dem in der Urkunde genannten Wald und zwar nahe an seinem südlichen Ende gelegen hat. Erstellte damals eine Lichtung in ihm dar, denn der Wald reichte über den Hof hinaus bis zu seinem südlichen Ende, dem *kalvenberc*. In der Urkunde von 1421⁹¹⁾ wird der Hof als „vor dem waldte gelegenn“ angegeben, woraus zu schliessen ist, dass das Stück vom *calvenberc* bis zum Hof in der Zwischenzeit gerodet worden ist. Es ist, wie schon Wittmann⁹²⁾ richtig erkannt hat, die heutige Weinberglage „Hölle“. Sie darf nicht verwechselt werden mit der „*Helda in monte sancti Johannis*“, die im Rheingräflichen Güterverzeichnis⁹³⁾ genannt wird. Diese Hölle liegt auf der Westseite des Johannisberges, unmittelbar östlich des Grundes, zu dem sie steil abfällt. Sie trägt heute den Namen „Nonnenhöll“, woraus vielleicht geschlossen werden kann, dass sie früher zur Klause gehört hat.

Auch andere Ländereien, die Richolf und seine Angehörigen in der Johannesurkunde dem Kloster schenken, sind heute noch nachweisbar. So ist

⁸⁹⁾ Ebenda 2. Teil, Nr. 278, Seite 332.

⁹⁰⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 401.

⁹¹⁾ Roth, a. a. O. 2. Teil, Nr. 182, S. 154.

⁹²⁾ a. a. O.

⁹³⁾ Fabricius, W., Güterverzeichnisse und Weistümer der Wild- und Rheingrafschaft. Trierer Archiv, Erg.-Heft 12, 1911, Seite 11, 7.

unter (*vineam*) *quartam in culleresberg* ein Weinberg im heutigen Kilzberg das ist die Anhöhe unmittelbar westlich des Grundes, zu verstehen. Die Lage heisst 1413 in einer Gütervermietung⁹⁴⁾ „Kolsberg“, 1421 in der Stiftungsurkunde des Heilig Kreuzaltars in der Geisenheimer Kirche⁹⁵⁾ „kollesberg“, in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Verzeichnis der Liegenschaften des Michelsaltars in der Geisenheimer Michelskapelle⁹⁶⁾ „Kolhsbergk“. Ueber die Lage des fünften und sechsten Weinbergs kann man geteilter Meinung sein. Die Stelle in der Urkunde lautet: (*vineam*) *quartam in culleresberg, quintam in eiusdem montis latere orientali, sextam ad radices montis juxta aquae ductum*. Zedler⁹⁷⁾ erblickt in diesem Berg den Johannisberg und schliesst aus der Angabe, dass dieser schon zur Zeit der Ausstellung der Urkunde mit Reben bepflanzt gewesen sein soll. Aber aus der Urkunde geht das nicht so ohne weiteres hervor. Nach ihrem Wortlaut hat der fünfte Weinberg auf der Ostseite des culleresberges gelegen, denn das *eiusdem* bezieht sich auf diesen Berg. Freilich kann damit auch, wie Zedler annimmt, der Johannisberg selbst gemeint sein. Für den sechsten Weinberg scheint das tatsächlich zuzutreffen, denn bei ihm heisst es einfach *ad radices montis*. Seine Stelle wird noch genauer bezeichnet: er lag *juxta aquae ductum*, also neben einer Wasserleitung. Diese ist freilich heute spurlos verschwunden, aber vielleicht deutet der Flurname „Weiher“, im unteren Teile der Südwestseite des Johannisbergs ihre Lage an. Der Name besagt, dass sich hier ein Weiher befunden hat, der vielleicht dem Kloster zur Fischzucht diente. Sein Wasser erhielt er aus dem in der Nähe vorbeifliessenden Elsterbach und es kann vermutet werden, dass die Zuleitung durch Röhren, den Aquädukt, erfolgte. Es kann sich aber auch um eine Wasserleitung nach der Klause handeln. Hiernach würde also unter *ad radices montis* der Johannisberg zu verstehen sein. Dass der Bischofsberg zur Zeit der Ausstellung der Urkunde schon Reben trug, ergibt sich auch aus der Urkunde von 1132 des Erzbischofs Adelbert I. von Mainz⁹⁸⁾, in der dieser mehrere, dem Kloster Johannisberg gemachte Güterschenkungen bestätigt. Die Stelle lautet: *Wlvericus quedam vineta in declivo eiusdem montis Biscofesberg predicto sancto Johanni contulit*.

Das grundherrliche Gericht auf dem Johannisberg und im Grund⁹⁹⁾ stand dem Abte des Klosters zu. Es fanden grosse und kleine Dingtage statt „unter der Linde oder dabei“. Diese Linde stand an der Dorfstrasse in der Nähe des heutigen Schulhauses. Wir haben den Baum in den Mitteilungen des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung 15. Jahrgang 1911/12, Seite 26 beschrieben und abgebildet. Auf dem grossen Dingtag nach Johannis verkündigte auch der Schultheiss in Gegenwart des Abtes und der Klosterangehörigen, sowie des Gerichtes und der ganzen Gemeinde „des Klosters Freiheit“, aber nicht am Orte der Gerichtshandlung, sondern „unter den Eichen“.

⁹⁴⁾ Roth, a. a. O. 1. Teil, S. 339.

⁹⁵⁾ Roth, Geschichte der Stadt Geisenheim, Seite 135.

⁹⁶⁾ Ebenda Seite 185.

⁹⁷⁾ a. a. O. S. 102.

⁹⁸⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 189.

⁹⁹⁾ Richter, P. Geschichte des Rheingauens. Der Rheingaukreis, Rudesheim 1902, S. 196.

Auch diese Oertlichkeit ist heute noch nachweisbar, es ist die Weinberglage „hinter den Eichen“ unmittelbar östlich des Schlosses Johannisberg.

Das rheingräfliche Güterverzeichnis¹⁰⁰⁾ erwähnt ein *husen apud montem s. Johannis*, das dem Rheingrafen abgabepflichtig ist. Zedler¹⁰¹⁾ glaubt, wie sich ja auch aus der Lagebezeichnung ergibt, dass mit diesen Husen nur ein später eingegangener Hof in unmittelbarer Nähe Johannisbergs gemeint sein könne.

Das rheingräfliche Güterverzeichnis führt weiterhin unter den gräfllich-nassauischen Lehen eine *villa in Husen an*¹⁰²⁾. Fabricius hält dieses Husen für Lorchhausen; Vogel¹⁰³⁾ und Richter¹⁰⁴⁾ erblicken in ihm Hausen v. d. H. Zedler¹⁰⁵⁾ weist jedoch darauf hin, dass ersterer Ort einige Zeilen weiter (9,20 g) ausdrücklich als Lorchhausen bezeichnet wird und eine Vergleichung der hier aufgeführten nassauischen Lehen mit den in der Parallelstelle im zweiten Abschnitt (11,4) namhaft gemachten gleichen Lehen zeige, dass auch an dieser zweiten Stelle die an erster Stelle genannten Lehen zu Lorchhausen als ebendort befindlich bezeichnet werden. „Dagegen“ fährt er fort „heisst es statt des dortigen *villam in Husen an* der zweiten Stelle: *villam que dicitur Ringravinhusen*. Wie sollte nun aber (a. a. O. 6, 2 d) unter *Husen apud montem s. Johannis* das Dorf Hausen v. d. H. zu verstehen sein? Offenbar ist mit diesen verschiedenen Bezeichnungen ein und dasselbe gemeint. Es muss also damals noch am Fusse des Bischofs- oder Johannisbergs ein rheingräflicher Hof, Rheingrafenhausen auch kurz Husen genannt, bestanden haben. Das Dorf Hausen v. d. H. dagegen befand sich im Besitz der Herren v. Bolanden, ging von diesen an die Grafen von Sponheim und schliesslich an Nassau-Saarbrücken über (Vogel, S. 615)“. Zedler findet in diesem Rheingrafenhausen den wirklichen alten, mitten im Herzen des Rheingaus gelegenen Stammsitz der Rheingrafen wieder. Er legt ihn an den Fuss des Bischofsberges und lässt mit seinem Eingehen den heute dort liegenden Teil des Dorfes Johannisberg, „den Grund“, daraus hervorgehen. Aus dem Güterverzeichnis ist aber nicht zu erkennen, dass der Hof wirklich am Fusse des Johannisbergs gelegen hat. Es führt lediglich ein *husen apud montem s. Johannis an*. Wir erfahren daraus also nur, dass er bei, d. h. in der Nähe des Johannisbergs gelegen hat.

Dass tatsächlich in nächster Nähe des Johannisbergs ein Landgut Husen gelegen hat, haben wir oben gesehen; es ist der Hof Clinginhuß. Da dieser Name feststeht, kann es sich bei ihm nicht um *villam que dicitur Rhingravinhusen* handeln. Ein anderes Husen ist aber in nächster Nähe des Bischofsberges nicht nachweisbar, und einen anderen Hof als den Hof Clinginhuß hat das Kloster Johannisberg in seiner Nähe nicht besessen. Mit der *curia apud sanctum Georgium* des Indorsates der Johannesurkunde kann deshalb einzig und allein der Hof Clinginhuß gemeint sein. Wären mehrere Höfe dort vor-

¹⁰⁰⁾ Fabricius, a. a. O., Seite 6, 2 d.

¹⁰¹⁾ a. a. O. Seite 102.

¹⁰²⁾ Fabricius, a. a. O. Seite 9, 20 b.

¹⁰³⁾ a. a. O., Seite 615.

¹⁰⁴⁾ Der Rheingau. Eine Wanderung durch seine Geschichte, Seite 68.

¹⁰⁵⁾ a. a. O. Seite 103.

handen gewesen, so hätte der gedachte mit seinem Namen angeführt werden müssen. Das ist nicht geschehen. Das Indorsat weist vielmehr auf den Hof bei der Klause hin. Bei dem *villam in Husen*, das Zedler zweifellos richtig mit Ringravinhusen identifiziert, muss es sich also um ein anderes Husen handeln.

Wo ist nun dieses Rhingravinhusen zu suchen? Der Güterrotul des Klosters Aulhausen¹⁰⁶⁾ setzt uns auf den Weg. Wir finden dort unter den Weinbergen, welche das Kloster in der Gemarkung Rüdesheim besessen hat, die Angabe: *dy burnegezzeren habent triu quartalia sita uffe deme grebehuserwege pro tercia parte diebus vite sue*. Roth bemerkt dazu, dass diese Flurbenennung einen Ort Grafenhausen, oder wie es im rheingräflichen Güterverzeichnis heisse, Rheingrafenhausen voraussetze. Hausen v. d. H. käme nicht in Betracht, da dort Weinwachs schwerlich jemals zu finden gewesen wäre, auch könne ein Weg bei Rüdesheim nicht nach diesem weit gelegenen Ort benannt sein. Es müsse aber ein Ort gewesen sein, der Weinwachs gehabt hätte und der nahe bei Rüdesheim gelegen habe. Er weist weiter darauf hin, dass Bodmann¹⁰⁷⁾ den Ort in Assmannshausen vermute, und dass Kindlinger an-gebe, dass an der Stelle des heutigen Johannisbergs früher ein Dörfchen Rheingrafenhausen gelegen habe, wozu die Rheingrafen den Grund und Boden hergegeben hätten. Dieses Dörfchen sei aber später nach dem Kloster Johannisberg genannt worden. An einer anderen Stelle soll Kindlinger die Lage des Ortes zwischen Hattenheim und Kiedrich vermuten, wobei er sich auf den Weinbergsdistrikt „hinter Hausen“, dicht bei Hattenheim stütze. Endlich führt Roth an, dass sich im Seelbuch der Nikolausbruderschaft in Hattenheim ein Peter von Greffenhusen finde, was andeute, dass der Ort damals (die Angabe stammt aus 1470, s. Roth a. a. O., 1. Teil, S. 305) noch bestanden habe.

Dazu sei bemerkt, dass es sich bei dem Kindlinger'schen „hinter Hausen“ nicht um eine Ortschaft oder ein Landgut, sondern nur um eine Weinbergslage handelt, die ihren Namen danach erhalten hat, weil sie dicht hinter den Häusern auf der Nordseite von Hattenheim gelegen ist. Sie besteht heute noch. Die Lagebezeichnung kommt im Rheingau auch in anderen Gemarkungen vor, z. B. 1287 in Rüdesheim¹⁰⁸⁾ *retro domos*, ca. 1335 in Rüdesheim¹⁰⁹⁾ *hinden an den husen*, ca. 1335 in Lorch¹¹⁰⁾ *hindern husen*, saec. 14 in Oestrich¹¹¹⁾ *hinder den Husen*. Der von Roth angezogene Peter von Greffenhusen beweist für unsere Frage nichts, weil nicht zu erkennen ist, ob dieser Ort im Rheingau gelegen hat. Es kann damit auch ein anderer Ort dieses Namens gemeint sein, z. B. Gräfenhausen in der Pfalz, in der Nähe von Germesheim, Gräfenhausen nordwestlich von Darmstadt oder Grebenhusen (Husen uff der Solms) bei Altenkirchen¹¹²⁾. Ebenso wenig anzufangen ist mit dem Grewenhusen, das Roth¹¹³⁾ im Güterverzeichnis des Klosters Eberbach anführt.

¹⁰⁶⁾ Roth, a. a. O. 3. Teil, Seite 410.

¹⁰⁷⁾ a. a. O. Seite 116.

¹⁰⁸⁾ Sauer, a. a. O. Nr. 1066.

¹⁰⁹⁾ Roth, a. a. O., 3. Teil, S. 410.

¹¹⁰⁾ Roth, ebenda Seite 404.

¹¹¹⁾ Roth, ebenda Seite 373.

¹¹²⁾ Vogel, a. a. O., Seite 809.

¹¹³⁾ Roth, a. a. O. 3. Teil, Seite 379.

Der in den Urkunden von 1225 und 1232¹¹⁴⁾ genannte Wernerus advocatus de grevenhusen stammte ebenso wie der in der letzteren Urkunde angeführte Salmannus sculthetus in Grevenhusen aus Gräfenhausen bei Darmstadt.

Jedenfalls dürfte aber die Annahme Roth's, dass mit der Flurbezeichnung „*uffe deme grebehuserwege*“ im Aulhausener Güterrotul der Ort Rhingravinhusen des rheingräflichen Güterverzeichnisses für die Gemarkung Rüdesheim oder deren Nähe belegt sei, zutreffend sein. Es ist dies umso wahrscheinlicher, als um 1200 im Güterrotul des Klosters Ruppertsberg¹¹⁵⁾ Weinberge „zu Husen“ in der Gemarkung Rüdesheim angeführt sind. Dieses Husen und damit auch Rheingrafenhausen muss nördlich von Rüdesheim und westlich oder nordwestlich von Eibingen gelegen haben, denn nicht weniger als drei (oberer, mittlerer, unterer) Wege, die auf der Westseite von Eibingen nach Westen nach dem von Rüdesheim heraufkommenden Engerweg führen, sowie die Weinbergslage durch die sie gehen, tragen heute noch den Namen „Häuserweg“.

In einer Güterverschreibung von 1400, 26. Dezember¹¹⁶⁾ wird der Weg bereits Huserweg genannt. Es handelt sich dabei um einen Weinberg „*an dem wengerwege und stuzit vnder den huserweg of den pirner*“. Dieser Wengerweg ist der oben genannte heutige Engerweg. Es hat somit allen Anschein, dass uns der Flurname „Häuserweg“ die letzte Erinnerung an das Rhingravinhusen des rheingräflichen Güterverzeichnisses erhalten hat.

In der fraglichen Gegend, 1 km nördlich Rüdesheim lag noch ein zweites Landgut, der Hof Cleberg, den Roth¹¹⁷⁾ irrthümlicher Weise unter den Ehrenfels legt. Auch sein Name hat sich bis heute als Flurbezeichnung erhalten. Nach Vogel¹¹⁸⁾ trugen die Adeligen von Cleberg ihn von der Grafschaft Diez und nachher von Nassau-Dillenburg zu Lehen. Nach ihrem Aussterben wurde er 1476 an die von Dern, dann 1751 an die von Wülknitz und 1796 an die von Canstein vergeben.

¹¹⁴⁾ Rossel, K. Urkundenbuch der Abtei Eberbach im Rheingau, 1. Teil, Nr. 136 u. 167.

¹¹⁵⁾ Roth, a. a. O. 1. Teil, Seite 352.

¹¹⁶⁾ Ebenda Seite 232, Nr. 40.

¹¹⁷⁾ Ebenda Seite 408.

¹¹⁸⁾ a. a. O. Seite 592.

Eine Kapellenstiftung in der Pfarrei Kiedrich.

Mit einer unbekannten Rheingauer Urkunde.

Von

Paul Wagner.

Gegen das Ende des 12. Jahrhunderts — eine genauere Zeitangabe ist nicht zu machen — wurde von einem der Mainzer Erzbischöfe auf steil abfallendem Bergvorsprunge nordöstlich vom Dorfe Kiedrich die Burg Scharfenstein erbaut und ihre Sicherung einer Anzahl von Rittern anvertraut. Inwieweit diese dem niederen Adel angehörigen Burgmannen einheimischen Geschlechtern des Rheingaus entnommen wurden, lässt sich nicht bestimmen; einzelne stammten aus anderen Gegenden, sei es dass sie im Rheingau vorher schon ansässig waren, sei es dass sie der Erzbischof hierher zog, indem er ihnen einen Burgsitz verlieh, zu dem sie dann Grundbesitz in der Nachbarschaft erwarben. Einige dieser Burgmannengeschlechter, jedenfalls wohl die auswärtigen, behielten ihre hergebrachten Namen, andere nannten sich nach der ihrem Schutze anvertrauten Burg. Die Zahl dieser letzteren war nicht klein. P. Richter nimmt etwa acht Familien an, die sich noch Scharfenstein nannten.¹⁾ Sie unterschieden sich durch Beinamen und Wappen.

Eins dieser Geschlechter waren die Brun von Scharfenstein, die vermutlich von einem Bruno abzuleiten sind. Ein Bruno, der der Ahnherr dieses Zweiges gewesen sein könnte, wird in einer Urkunde von 1329, Juni 7, als Vater eines damals bereits verstorbenen Johann von Scharfenstein genannt.²⁾ Seine Lebenszeit mag hiernach in die zweite Hälfte des 13. und den Anfang des 14. Jahrhunderts fallen, während sein Sohn Johann dem Ende des 13. und den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts angehörte. Aus der erwähnten Urkunde geht hervor, dass er 1329 bereits verstorben war. Er hinterliess drei Söhne, Truschard, Johann und Otto, sowie eine Tochter Grete, die als Nonne im Kloster Retters lebte. Mit ihrer Mutter Elisabeth zusammen werden die Geschwister gleichfalls in jener Urkunde genannt, aus der man weiter noch erfährt, dass die Familie ein Haus auf dem Scharfenstein, also wohl ein Burghaus, besass. Sie bewohnte es nicht selbst, sondern es war einem Fremden gegen Zins überlassen worden. Wie sich noch ergeben wird, hatten die drei Brüder ausserdem verschiedenen Streubesitz in Ober- und Niederwalluf, Kiedrich, Erbach und Hallgarten.

¹⁾ P. Richter, Der Rheingau. S. 46.

²⁾ Sauer, Nass. Urkundenbuch I³ Nr. 1898. S. 150.

Zu den Scharfensteiner Burgmannen gehörte auch die Familie der Eselwecke, die aus Mainz in den Rheingau gekommen war.³⁾ Ein Hertwicus Eselwecke erscheint bereits in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts als Burgmann.⁴⁾ Er hatte Grundbesitz in Hallgarten, Kiedrich und dem ausgegangenen Dorfe Draiss. Nachkommen waren auch in Hattenheim begütert. Eine Anzahl derselben wird in einer Urkunde von 1317 Januar 12, genannt,⁵⁾ darunter ein jüngerer Hertwicus, der indes damals schon nicht mehr am Leben war, aber Kinder hinterlassen hatte.

Ob eine aus dem oberhessischen Orte Echzell stammende, schon in der Mitte des 13. Jahrhunderts im Rheingau vorkommende Familie von Echzell ebenfalls zu den Burgmannen von Scharfenstein gehörte, ist nicht bekannt, wäre indes möglich. Eberhard von Echzell, der als ein adliger Herr (*nobilis vir*) in einer Urkunde vom Jahre 1254, März 18, genannt wird,⁶⁾ besass neben anderen auch im Rheingau Güter zu Steinheim und Oberwalluf. Sein Geschlecht scheint jedoch nicht weit verbreitet gewesen zu sein, pflanzte sich hier aber bis in das 14. Jahrhundert fort, vermutlich durch seinen Sohn Eberhard. Ein zweiter Sohn, Eberwin, war, wie es scheint, unheilbar krank und darum dem Hospital des Klosters Eberbach zur Pflege überwiesen worden.⁷⁾ Im Jahre 1333 erscheint ein Meingot von Echzell, der in Oberwalluf einen nicht unbedeutenden, von ihm verpachteten Streubesitz hatte. Wo sich sein Wohnsitz befand, ob hier oder anderwärts, ist unbekannt.

Meingot muss ein gewalttätiger Mensch gewesen sein. Er beging einen Mord, und zwar an dem zuvor genannten jüngeren Hertwig Eselweck, wobei der ebenfalls genannte Johann Brun von Scharfenberg Helfershelferdienste leistete. Der Fall ereignete sich vor dem Jahre 1327, da Hertwig damals, wie erwähnt, bereits tot war.⁸⁾ Ueber die Veranlassung zur Ermordung erfährt man ebensowenig etwas, wie man weiss, welche Sühne sie nach dem Strafrecht des Rheingaus gefunden hat. Vielleicht ist sie ungesühnt geblieben. Darauf könnte es zurückzuführen sein, dass die Mordgesellen im Laufe der Zeit Gewissensbisse empfanden, von denen sie sich zu befreien trachteten. Hierbei konnte nur die Kirche vermitteln. Da sie Reue zeigten und Busse zu tun bereit waren, nahm diese das Opfer, das sie bringen wollten, an, nämlich zur Mehrung der Gottesverehrung und zum Seelenheile des Ermordeten eine Kapelle zu bauen, für die sie die Mittel aus ihrem Vermögen bereit stellten. Johann Brun von Scharfenstein war inzwischen verstorben.⁹⁾ Sei es nun, dass seine drei Söhne, Truschard, Johann und Otto, in die Sühnenverpflichtung des Vaters eintraten, oder dass sie an dem Morde gleichfalls beteiligt waren — sie werden als *cointerfectores* bezeichnet¹⁰⁾ — jedenfalls hatten sie an der Ausführung des Vorhabens Anteil.

³⁾ Zaun, Geschichte des Ortes und der Pfarrei Kiedrich S. 74.

⁴⁾ Hertwicus, 1215, Sauer I Nr. 339. S. 242 u. öfters; vgl. Nr. 513. S. 333.

⁵⁾ Sauer I³ Nr. 1849. S. 141.

⁶⁾ Sauer I. Nr. 593. S. 367.

⁷⁾ Ebenda.

⁸⁾ Siehe Anm. 5.

⁹⁾ Siehe Anm. 2.

¹⁰⁾ Siehe die Anlage.

Erst im Jahre 1333, also mindestens 5—6 Jahre nach der Mordtat, wurde die Stiftung der Kapelle vorgenommen. Meingot von Echzell wies eine Reihe jährlicher Zinserträge aus Grundstücken in Oberwalluf, ebenso die Söhne des Johann Brun von Scharfenstein Zinsen aus Grundstücken in Ober- und Niederwalluf, Kiedrich, Erbach und Hallgarten zum Unterhalt eines Kaplans an, der die Kapelle bedienen sollte. Da beabsichtigt war, die Stiftung innerhalb der Pfarrei zu errichten, musste der Pfarrer nach kanonischem Recht seine Einwilligung erteilen, und Pfarrer Simon von Kiedrich gab sie ohne weiteres in einer Urkunde vom 1. September 1333.¹¹⁾ Ebenso bedurfte es der Genehmigung des geistlichen Oberen, des Mainzer Archidiacons, zu dessen Bezirk die Pfarrei Kiedrich gehörte. Der damalige Propst von St. Mauritius, Johann von Friedberg, gleichzeitig Kanonicus am Dom, bestätigte am 17. September auch seinerseits die Stiftung und setzte zugleich die Bedingungen fest, unter denen sie erfolgen sollte. Sie waren teils allgemeiner Natur und wurden in allen derartigen Fällen gestellt, teils ergaben sie sich aus dem vorliegenden Falle. Die Kapelle sollte nicht innerhalb der Burg Scharfenstein, sondern ausserhalb errichtet werden. Dem künftigen Kaplan wurde auferlegt, täglich eine Messe nur zu lesen, nicht aber ein feierliches Hochamt zu celebrieren,¹²⁾ es sei denn am Tage der Kapellenweihe. Alle am Altar gespendeten Opfergaben sind dem Pfarrer der Kiedricher Kirche abzuliefern. Bei Leichenfeiern innerhalb der Pfarrei hat der Kaplan, wenn er dazu verlangt wird, auszuhelfen sowohl bei dem Totenamt, wie bei den sonstigen Exequien; keinesfalls darf er in der Kapelle celebrieren, bis die Leiche kirchlich bestattet ist. An hohen Festtagen, die genau bestimmt werden, hat er bei den kirchlichen Tagzeiten in der Pfarrkirche teilzunehmen; bei Abwesenheit des Pfarrers, oder wenn dieser krank ist, hat er Kranken und Sterbenden geistlichen Beistand zu leisten, Bussen aufzuerlegen, die Wegzehrung zu reichen und die letzte Oelung zu spenden. Sollte er, bis die Kapelle im Bau fertiggestellt ist, am Marienaltar der Kiedricher Kirche Messe lesen, so sind ihm die zu seinem Unterhalt ausgesetzten Einkünfte ebenso zu zahlen, als ob er bereits in der Kapelle celebrierte. Schliesslich wurde auch noch bestimmt, dass das Recht der Besetzung der Kapelle den Nachkommen des ermordeten Hertwig Eselwecke zustände. Die Quelle für unsere Kenntnis dieser Vorgänge ist die Urkunde, die der Propst von St. Mauritius unter dem 17. September aufstellte.

Wenn eine der Bedingungen für die neue Stiftung die war, dass die Kapelle nicht innerhalb der Burg Scharfenstein errichtet werden durfte, so muss man annehmen, dass ihr ein Platz ausserhalb, aber doch wohl in der Nähe angewiesen werden sollte. Nun ist es auffallend, dass weder von einer solchen Kapelle in der Nähe vom Scharfenstein, noch innerhalb der Pfarrei Kiedrich etwas bekannt ist. Die Mainzer Archidiaconatsregister führen sie nicht auf. Der Geschichtschreiber von Ort und Pfarrei Kiedrich, Pfarrer Zaun,

¹¹⁾ Inseriert in der als Beilage abgedruckten Urkunde vom 17. September 1333.

¹²⁾ Das ist doch wohl der Sinn der Worte in der unten abgedruckten Urkunde: *missam omni nota non celebret in eadem [capella], sed legat*. Ähnlich heisst es in der Stiftungsurkunde einer Messe am St. Michaelsaltar in der Pfarrkirche zu Wiesbaden vom 2. Mai 1334, also derselben Zeit angehörig: *missam cum notis non celebret, sed legat*.

der den vorhandenen Quellenstoff fleissig durchforschte, kennt sie überhaupt nicht. Da das kein Zufall sein kann, so liegt die Vermutung nahe, dass es zum Bau nicht gekommen ist. Wenn unter den Bedingungen für die Errichtung davon die Rede ist, dass der zum Altardienst bestimmte Kaplan, der ja verpflichtet wurde, dem Kiedricher Pfarrer im Kirchendienst auszuhelfen, bis zur Fertigstellung des Kapellenbaus am Marienaltar der Kiedricher Kirche die Messe lesen sollte, so ist denkbar, dass man auf den Bau verzichtete und das Kapellenbeneficium auf den Marienaltar übertrug. Einen eigenen Kaplan scheint dieser bis dahin nicht gehabt zu haben, da wohl sonst er, und nicht der Kaplan der neu zu errichtenden Kapelle, den Aushilfedienst für den Kiedricher Pfarrer zu leisten gehabt hätte. Zur Gewissheit wird die Vermutung durch eine Dorsalnotiz der Urkunde von 1333, Sept. 17, die freilich erst aus dem 16. Jahrhundert stammt, deren Beweiskraft aber hierdurch nicht abgeschwächt wird. Sie lautet: *fundatio altaris in Kedderich Beate Marie virginis*. Man wusste also damals nichts von einer Kapelle bei Scharfenstein, die der Inhalt der Urkunde betreffen sollte, sondern bezog ihn ganz selbstverständlich auf den Marienaltar der Kiedricher Kirche.

Von diesem wusste Zaun in seiner „Geschichte des Ortes und der Pfarrei Kiedrich“, dass er um 1396 schon bestand.¹³⁾ Die Urkunde aber zeigt, dass er bereits 1333 vorhanden war, seine Stiftung also in eine noch frühere Zeit zu setzen ist. Alle anderen Altäre sind nach Zaun jünger; der Marien- oder Muttergottesaltar ist also der älteste der Kiedricher Kirche.

So erweist sich diese Urkunde kultur- und kirchengeschichtlich von einigem Interesse. Es kommt hinzu, dass sie auch für die Ortsgeschichte Kiedrichs und der benachbarten Ortschaften manche wertvollen Angaben bietet. Persönlichkeiten, Flurbezeichnungen, Weinberglagen werden genannt, die, soweit ich sehe, sonst unbekannt sind. Zudem ist sie ein neuer Beleg für die allerdings nicht eben unbekannte Tatsache von der ausserordentlich starken Zersplitterung des Grundbesitzes, namentlich des Weinberglandes im Rheingau. Ihr Abdruck verlohnt sich um so mehr, als sie zugleich eine Ergänzung zu Sauers Nassauischem Urkundenbuche bietet.

Das Original befindet sich im Greiffenclau'schen Archiv auf Schloss Vollrads. Hier fand es bei ihren verdienstvollen Arbeiten für die Ordnung dieses Archivs Frau Clara Gräfin Matuschka-Greiffenclau. Bereitwilligst gestattete sie den nachfolgenden Abdruck, wofür ihr auch an dieser Stelle verbindlichst gedankt sei.

Beilage.

Johann von Friedberg, Domherr und Propst des Stiftes St. Mauritius in Mainz, genehmigt die Stiftung einer Kapelle ausserhalb der Burg Scharfenstein durch die Adligen Meingot, genannt von Echzell, Ritter, und die Söhne des verstorbenen Knappen Johann genannt Brun von Scharfenstein. O. O. 1339, September 17.

In nomine domini amen. Johannes de Friedeberg canonicus maioris prepositus sancti Mauricii ecclesiarum Moguntinarum universis presentes literas inspecturis et auditoris et specialiter, quorum interest et interesse poterit, salutem et de infrascriptis in omnibus cognoscere veritatem. Humanam creaturam divine ymagini et similitudini figuratam ipse crea-

¹³⁾ Zaun a. a. O. S. 102.

tor semper misericordi pietate respiciens colapsam usque ad ultima vite hominum tempora miro et multiplici, dummodo excedendum delinquendumque appareat emenda, decrevit sic peccantes thesauro sue clemencie ad vite gaudia relevare. Hinc nobilibus viris Meingoto dicto de Echzil militi¹⁴⁾ interfectori necnon Druschardo, Othone et Johanne armigeris, filiis quondam Johannis dicti Brün armigeri de Scharpenstein similiter cointerfectoribus quondam Hertwici dicti Eselweke armigeri, infundente altissimo eorum mentibus timorem sui nominis et amorem, prefati nobiles propter huiusmodi homicidium suum commissum, prout eos tangit vel tangere poterit, in divini cultus augmentum necnon remedium anime iam quondam dicti Hertwici novam plantulam in territorio parrochie ecclesie Kedrich nostre prepositure eorum sumptibus et expensis devocionis zelo et morsu consciencie tacti erigere cupientes, cuius flores in agro dominico iugiter fructus deo gratos fovente eius clemencia successivis temporibus germinabunt, utpote quandam cappellam construendam cum altari de novo penitus pro officiatione unius misse perpetue dotaverunt, cuius dotalicium in bonis, redditibus, censibus et iuribus infrascriptis deputaverunt constituerunt et sollempniter ordinaverunt, videlicet: primo ex parte Meingoti militis in superiori Waldaffen dictus Wirteler dimidiam marcam de uno jugere zû Seczelingen; item Hermannus Hûder V solidos colonienses minus coloniensem (!) de vinea iuxta scultetum in Waldaffen; item jugera zû Lowen dimidiam marcam cum quarto dimidio coloniensi; item gener der Kôrenbechersen XVIII colonienses de duali inferius; item Heinricus Boperner et Bertoldus fertonem et hallensem de altero dimidio jugere ex opposito; item Swalbecher et filius der Humbrehtessen XIV solidos hallensium et capponem de areis eorum; item Culmann in dem Odebernesten solidum coloniensem super aream suam; item Conradus Lepper novem solidos colonienses de domo sua in foro et dimidio jugere in monte, quem possidet; item Arnoldus Spiser duos solidos colonienses pro subpignore domus; item Volemarus V solidos colonienses de vinea an der Lodenhelden; item relicta Wolfini duos solidos colonienses super pratum prope Nicolaum et de vinea an der Wiesenhelden; item Emercho Glockener tres colonienses et capponem de vinea an dem Sonnenberge; item Friescho in foro quatuor colonienses de prato prope molendinum; item unum coloniensem de vinea iuxta Hunretrage; item Greda scultetissa duos colonienses de jugere prope arborem, que vocatur Schrudeling; item area Cristiani duos colonienses, quos dat Petrus Bender; item Damarus coloniensem de vinea iuxta Jacobum fabrum; item in Rodechen dictus Bieschof duos solidos colonienses et capponem de quodam prato; item Apele dimidiam marcam de domo et vinea prope domum suam, quam inhabitat; item mons dicti Linzen V solidos colonienses et tres cappones; item Wirteler duos solidos hallensium; item der Bübenberg quatuordecim solidos hallensium et duos cappones. Secundo ex parte Johannis dicti Brün bone memorie armigeri census in inferiori Waldaffen et in superiori: primo Nicolaus ligator in inferiori Waldaffen unum fertonem de agro arabili; item relicta Arnoldi de Strinzeche¹⁵⁾ quatuor¹⁶⁾ solidos hallensium colonienses et quinque colonienses et tres cappones; item dictus Kodenhowere unum solidum coloniensem de orto; item Elizabet relicta Ludewici XIII^{or} colonienses et duos cappones; item Wernherus de Lindowe X colonienses; item in superiori Waldaffen relicta Goezonis Wegehouptez XV colonienses et duos cappones; item relicta Kezzelringe unum solidum coloniensem et capponem; item in inferiori Waldaffen Alheidis dicta Hûdemechersen VI colonienses et duos cappones; item Bûle Heinze unum solidum coloniensem; item Johannes dictus Vout VIII colonienses; item Hennekus Blinze XIII colonienses et duos cappones; item domini de domo Theutonica Moguntina XVIII colonienses; item Sifridus miles de Lindowe XVIII colonienses de duabus particulis vinee et agri; item Wasmûdus VI denarios de orto; item Carrucarius V colonienses de dimidio jugere an dem Schindeberge; item Gerhardus Welker VI denarios et capponem de agro an dem Schindeberge; item Hanemannus dictus Fink solidum coloniensem de vinea an dem Schindeberge; item die Soternsen solidum coloniensem

¹⁴⁾ So Orig.

¹⁵⁾ Von späterer Hand und mit anderer Tinte übergeschrieben: Conzo Hudere.

¹⁶⁾ Ubergeschrieben, wie zuvor: XI. solidos hallensium.

de vinea sita an der Iemgrüben; item Katherina pistrix XIX colonienses de vinea an dem alten wege sita; item Weczelo plebanus in Steinheim XIII colonienses et capponem de vinea an dem Schindeberge; item plebanus in Waldaffen tres colonienses de agro an dem Vrowensteiner wege; item Rûlemannus Olich aucam de frusto an dem Schindeberge; item in superiori Waldaffen relicta Coczonis Wegehoubtez XXV colonienses de duabus particulis vinearum an dem Schindeberge et capponem et pullum; item in Kedrich II¹⁷⁾ solidos colonienses de dimidio jugere in Dreyser pade; item tres colonienses et dimidium de bonis Thileren; item de bonis Syboldi XXX⁶⁾ colonienses; item Nicolaus de Treyse quatuor solidos colonienses de quadam vinea in valle; item domini de Erbach duos colonienses; item Rûdolfus sartor duos colonienses de bonis suis; item Heinemannus dictus Grunewalt dimidium marcam coloniensem de bonis suis; item Wilhelmus duos colonienses et duos cappones; item dictus Fenne duos solidos hallensium et duos pullos de bonis suis; item Wenzo portenarius quinque solidos hallensium et duos pullos de bonis suis; item Henricus dictus Koch duos pullos de domo et area sua; item in Erbach dicta die Kolbessen novem solidos hallensium de orto quodam; item dicta die Rûbersen solidum coloniensem de quadam vinea; item in Eltefil Emercho scultetus novem solidos colonienses de bonis suis; item in Hargarten Petrißa dicta die Wolfremersen unum fertonem coloniensem de tribus particulis vinearum et aliis bonis. Jure collacionis pretacte cappelle exnunc, quociens quando et ex quacumque causa eam vacare contigerit sibi et suis heredibus videlicet dicti Hertwici sic per tales dotatores occisi omnimode reservato, prout in aliis privilegiis desuper confectis plenius est expressum, requirentes nichilominus iidem nobiles fundatores et dotatores cappelle antedictæ super premissis omnibus perficiendis et complendis consensum expressum rectoris parrochialis ecclesie predictæ et nostram licenciam ac confirmationem, prout ad nostrum spectat officium, humiliter specialem, cuius quidem rectoris consensus sua patente litera est habitus super ea, cuius tenor talis est: Honorabili viro domino preposito ecclesie sancti Mauricii Moguntini Symon pastor ecclesie parrochialis in Kedrich reverenciam in omnibus debitam et devotam. Innotuit mihi perpetuam missam in iam dicta ecclesia mea fore dotandam; circa quod meum consensum, quantum ad me spectat, adhibendum duxi et presentibus adhibeo salvo jure quolibet ecclesie mee hujusmodi quam ex jure quam ex consuetudine competenti, quod vestre honorabilitati necnon omnibus, quorum interest, sub sigillo meo proprio cupio fore notum. Actum et datum anno domini MCCCXXXIII kalendis Septembris. Nos igitur Johannes predictus prepositus sacris canonibus informati ac laudabili consuetudini Moguntine dyocesis circa premissa observate hactenus inherentes supplicationem predictorum nobilium cum adjectione subsequentis discrecionis duximus admittendam: primo ut hujusmodi cappella ab ipsis dotatoribus extra castrum Scharpenstein penitus construat; secundo ut cappellanus dictæ cappelle pro officiendo institutus pro tempore, ut premittitur, missam omni nota non celebret in eadem sed legat die dedicacionis ipsius dumtaxat excepta; tertio ut oblaciones sibi ad altare dictæ cappelle provenientes rectori predictæ parrochie pro tempore existenti integraliter assignet; quarto ut, cum funus in eadem parrochia presens fuerit, idem cappellanus ad ipsam ecclesiam venire teneatur cooperaturus rectori in misse sollempniis et aliis exequiis, si fuerit requisitus, vel saltem ea die non celebret in cappella, donec funus sit traditum ecclesiastice sepulture; quinto quod in sollempnibus festis tocus anni in vigilia cuiuslibet festi quoad vespas, in sequenti die quoad matutinas et ad missam cooperaturus dicto rectori ut predicetur, necnon a vigilia cene domini usque in completorium diei sacre pasche ad ipsam ecclesiam venire sit astrictus; cum, que essent festa sollempnia, circa premissa posset in dubium evocari, circa hunc punctum materiam dissensionis amputare volentes festa apostolorum eisque equipollencia secundum consuetudinem ecclesie Moguntine vel ipsis majora quoad expressa divini officii juvamina festa fore sollempnia declaramus; sexto ut articulo necessitatis imminente rectore quoque dictæ ecclesie absente vel alias infirmante idem cappellanus morientibus et infirmis penitentiam salutarem injungat, viaticum transeuntibus ad vitam amministret et eis sacri olei conferat unctionem. Insuper est adjectum, quod cappellanus deputandus pro officiante cappellam constituendam de novo et dotandam

¹⁷⁾ Verbessert aus V.

infra limites parrochialis ecclesie in Kedrich pro emenda homicidii facti quondam in personam Hertwici dicti Eselwecke armigeri per Meingotum militem et Johannem dictum Brû armigerum interfectores, ut predicatur, idem cappellanus dummodo celebrans in altari beate virginis Marie Kedrich dotem predictam deputatam exnunc ad ipsam cappellam fiendam singulis annis percipiet et percipere debet et idem nobiles dotatores ejusdem cappelle fiende sibi hujusmodi redditus expedite assignare tenentur, ac si in hujusmodi cappella constructis singulis diebus celebraret. Premissis itaque omnibus et singulis rite et canonice constructis, dotatis, deputatis et completis, ut premittitur, ac per modum ordinacionis per nos insertis in posterum inviolabiliter observandis ea et eorum quodlibet, prout tacta sunt, ratificamus, laudamus et approbamus necnon, prout ad nostrum spectat officium, in nomine domini in hiis scriptis et ex certa sciencia confirmamus. In cuius rei et confirmacionis testimonium sigillum nostre prepositure presentibus duximus appendendum. Datum anno domini MCCCXXXIII XV kalendas Octobris.

Original, Pergament; von dem an Pergamentstreifen abhängenden, spitzovalen Siegel nur ein Bruchstück erhalten mit folgenden Buchstaben der Legende: PPTI AV und einem getheilten Wappenschilde in der unteren Spitze des Siegelfeldes; oben steigender Löwe, unten Lilie?. Greiffenclausches Archiv auf Schloss Vollrads.

Dorsalnotiz von einer Hand des 16. Jahrhunderts: fundatio altaris in Kedderich Beate Marie virginis.

Kleinere Mitteilungen.

Münzfund. Bei den Erneuerungsarbeiten der Justinus-Kirche in Höchst a. M. wurde vor kurzem im Innern in der Nähe des Südalars in etwa 1 m Tiefe eine römische Münze, Mittelbronze von Agrippa, gefunden: Avers: M. AGRIPPA. L. F. COS. III. Kopf n. l. mit Schiffsschnabel-Kranz. — Revers: S. C. Neptun stehend, nackt, mit Mantel auf den Schultern, hält rechts einen Delphin, links den Dreizack. Das Stück entspricht dem bei Cohen² I, S. 175, Nr. 3 beschriebenen und abgebildeten. Die III befindet sich am Halsabschnitt genau an derselben Stelle wie bei der Abbildung, ebenso einzelne Buchstaben, während die Umschrift sonst bei der sehr starken Patina nicht mehr vollständig erkennbar ist. Es ist eine Restitutionsmünze des Tiberius: auf der Reversseite findet sich in dem freien Raum zwischen Kopf und ausgestrecktem rechten Arm ein Gegenstempel von 0.4 zu 0.8 c Grösse TIA/ = Tiberius Augustus, den Bernhart im Textband seines Handbuches S. 263 abbildet. Die Grabungen G. Wolffs in dem Hofe des alten Rathauses und in dem Gärtchen westlich der Justinus-Kirche (s. Limesblatt 1896, Sp. 585 und 588) und E. Ritterlings auf dem kleinen Platz nördlich der Kirche und nochmals auf dem Hofe des alten Rathauses (s. Nassauische Mitteilungen 1901/2 Sp. 45 ff und ebenda 1904/5 Sp. 44 ff) haben die Besiedelung von Alt-Höchst schon in Augusteischer Zeit erwiesen, was auch durch diesen Münzfund bestätigt wird.

Höchst a. M.

E. Suchier

Literatur der Jahre 1928 und 1929 zur nassauischen Geschichte, Volkskunde und Heimatpflege.

Bearbeitet von **Wilhelm Hofmann.**

(Um gepl. Zusendung aller in entlegeneren Zeitschriften und Zeitungen erschienenen hierher gehörenden Aufsätze wird höflichst gebeten.)

Die mit Ortsangabe versehenen Arbeiten sind meist unter I 2 (Einzelne Orte und Gegenden) angeführt.

Allgemeine häufiger erwähnte Zeitschriften.

- Aarbote, Amtliches Kreisblatt für den Untertaunuskreis. Tageblatt für Langenschwalbach. 67. u. 68. Jahrg. 1928 und 1929.
- Alt-Nassau. Freibeilage zum Wiesbadener Tagblatt. 1929.
- Nassauische Annalen. Jahrbuch des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. Wiesbaden. Band 49 u. 50. 1928 und 1929. (=A).
- Göttingische gelehrte Anzeigen. 190. Jahrg. 1928. Berlin, Weidmann.
- Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde. Berlin, Weidmann. 47. und 48. Band 1928 u. 1929.
- Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde. Neue Folge. Herausgeg. von Prof. Dr. Ed. Edw. Becker, Darmstadt. XVI. Band. 1929.
- Martin, Bernhard: Bibliographie zur deutschen Mundartenforschung und -Dichtung in den Jahren 1921—1926. Unter Mitwirkung von Fachgenossen gesammelt usw. Verl. Fritz Klopp, Bonn a. Rh. 1929.
- Hessische Blätter für Volkskunde (Begründet von Adolf Strack). Herausgeg. im Auftrage der hessischen Vereinigung für Volkskunde von Hugo Hepding, Giessen. Band XXVII. 1928.
- Nassauische Blätter. Monatsschrift für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege im Nassauer Land. Herausgeg. von Regierungsrat Aug. Bertsche-Montabaur. 8. und 9. Jahrg. 1928 und 1929. (=N.Bl.).
- Hessische Chronik. Monatsschrift für Familien- und Ortsgeschichte in Hessen und Hessen-Nassau. Herausgeg. von Prälat D. Dr. Wilhelm Diehl, Darmstadt. 15. und 16. Jahrg. 1928 u. 1929.
- Fest-Zeitung anlässlich der 600 Jahrfeier der Stadt Diez am 29., 30. Juni und 1. Juli 1929. (= Diezer Festzeitung). Sonderbeilage des „Diezer Anzeiger“, 1929.
- Dill-Zeitung. (90 Jahre: 1839—1929). Jubiläumsausgabe. Dillenburg, 5. Oktober 1929.
- Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde. Köln, Langgasse 12.1. Rhenania Verlag und Druckerei, Bonn.
- Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte. In Verbindung mit Otto Hintze herausgeg. von Melle Klinkenberg und Joh. Schultze. 42. Band 1929.
- Evangelisches Gemeindeblatt. Wiesbaden. 48. und 49. Jahrg. 1928 und 1929.
- Germania. Korrespondenzblatt der römisch-germanischen Kommission des deutschen archäologischen Instituts. 12. und 13. Jahrg. 1928 und 1929. Bamberg, Buchner.
- Nassauische Heimat. Sonderbeilage zur Rheinischen Volkszeitung. 8. und 9. Jahrg. 1928 u. 1929. (=N. Ht.).
- Aus unserer Heimat. Blätter für Geschichte, Volks- und Heimatkunde. Freibeilage zum Nassauer Anzeiger. 1928 und 1929.

- Unsere schöne Heimat.** Beilage zur Pflege der Heimatkunde und Heimatgeschichte. Diezer Anzeiger. 1929.
- Heimatblätter zur Pflege und Förderung des Heimatgedankens.** Beilage zur Dill-Zeitung. (= Dillenburg. Heimatblätter). 1. und 2. Jahrg. 1928 und 1929.
- Nassauische Heimatblätter.** Mitteilungen des Vereins für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. Wiesbaden, Selbstverlag. 29. und 30. Jahrg. 1928 und 1929. (= N. H.)
- Rheinische Heimatblätter.** Zeitschrift des Vereins für Mosel, Hochwald und Hunsrück. Rheinische Verlagsgesellschaft Koblenz, Castorpfaffenstrasse 22—24. 5. und 6. Jahrg. 1928 und 1929. (= Rh. Htbl.)
- Heimatblätter für den Unterlahnkreis.** Beilage zur Emser und Diezer Zeitung. 3. und 4. Jahrg. 1928 und 1929. (= Htbl. U. L.)
- Aus der Heimatgeschichte.** Beiblatt zur „Westerwälder Volkszeitung“. Verl. von M. Flock & Cie., Montabaur. 2. und 3. Jahrg. 1928 und 1929.
- Illustrierter Heimatkalender für den Taunus auf die Jahre 1928 und 1929.** C. Ebner, Hachenburg. (= H. Kal. T.)
- Illustrierter Westerwälder Heimatkalender auf die Jahre 1928 und 1929; 4. und 5. Jahrg.** Verl. C. Ebner, Hachenburg und Marienberg.
- Heimatland, mein Hessen-Nassau.** Zwanglose Beilage zum Weilburger Tageblatt. 9. und 10. Jahrg. 1928 und 1929, (cf. Land und Leute). (= Htl.)
- Unser schönes Heimatland.** Zeitschrift für Heimatkunde, Heimatsitte und Heimatart. Beiblatt des „Rheingauer Anzeiger“, Rüdesheim. 1929.
- Heimatland.** Beilage zur Siegener Zeitung. Verlag von W. Vorländer, Siegen. 3. und 4. Jahrg. 1928 und 1929.
- Idsteiner Heimatschau.** Herausgeg. vom Altertumsverein Idstein. 4. und 5. Jahrg. 1928 und 1929. Beilage zur Idsteiner Zeitung und Anzeigebblatt. (= Idst. H.)
- Hessenland.** Illustrierte Monatsblätter für Heimatsforschung, Kunst und Literatur. Kassel. 40. Jahrg. 1928.
- Historisches Jahrbuch.** Im Auftrage der Görres-Gesellschaft usw., herausgeg. von Heinrich Günther, München, Herder. 48. und 49. Band, 1928 und 1929.
- Nassauischer Allgemeiner Landes-Kalender auf das Jahr Christi 1928, 51. Jahrg. 1929, 52. Jahrg.** Wiesbaden. Rud. Bechtold & Comp. (= N. A. L. K.)
- Klio.** Beiträge zur alten Geschichte. Herausgeg. von C. F. Lehmann-Haupt. Leipzig, Dieterichsche Verl.-Buchhandlung. 22. Band (Neue Folge Band IV) 1928 u. 1929. 23. Band (Neue Folge Band V) 1929.
- Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine.** 76. und 77. Jahrg. 1928 und 1929.
- Land und Leute im Oberlahnkreis.** Blätter für Heimatgeschichte und Volkskunde. Monatliche Beilage zur Kreiszeitung für den Oberlahnkreis. Weilburg. Schriftl.: Studienrat F. A. Schmidt, Hersfeld. Druck und Verlag: H. Hirschhäuser, Weilburg. 4. Jahrg. 1928. 5. Jahrg. 1929. (= L. u. L.)
- Land und Zeit.** Wöchentliche Unterhaltungsbeilage des Nassauer Boten. Limburg a. d. L. 7. Jahrg. 1928. 8. Jahrg. 1929. (= Ld. u. Zt.)
- Mannus.** Zeitschrift für Vorgeschichte. Begründet und herausgeg. von Prof. Dr. Gustav Kossinna, Leipzig, Kurt Kabitzsch. 20. Band 1928. 21. Band 1929.
- Nachrichtenblatt für deutsche Vorzeit.** Beiblatt zum Mannus. Herausgegeben von Martin Jahn. (Leipzig. Kabitzsch.) 4. Jahrg. 1928. 5. Jahrg. 1929.
- Das schöne Nassau.** Illustrierte Monatsschrift zur Pflege der Heimatliebe und Förderung des Fremdenverkehrs im Nassauer Land. Begr. und gel. von August Straub. Westerburg, Kaesberger. 1. Jahrg. 1929.
- Nassovia.** Zeitschrift für nassauische Geschichte und Heimatkunde. Herausgegeben von Pfr. Oskar Fuchs, Westerburg. 28. Jahrg. 1928. 29. Jahrg. 1929, (= N.)
- Oranien-Nassau.** Zeitschrift für Heimatgeschichte und Volkskunde. Beilage zum Herborner Tageblatt. 1. Jahrg. 1928. 2. Jahrg. 1929.
- Der Rheingau.** Heimatblatt des Rheingauer Bürgerfreund. Schriftleiter: Erich Becker. Östlich im Rheingau. Druck u. Verl.: Adam Etienne-Östlich im Rheingau. 1. Jahrg. 1928. 2. Jahrg. 1929.

- Rhein und Lahn. Beilage zur Rheinisch-Nassauischen Tageszeitung. Oberlahnstein. Schriftl.: J. Knodt. Verl.: Fr. Schickel, Oberlahnstein. 10. Jahrg. 1928. 11. Jahrg. 1929. (= Rh. u. L.)
- Westerwälder Schauinsland. Monatsschrift des Westerwaldvereins. Hachenburg, C. Ebner 21. Jahrg. 1928. 22. Jahrg. 1929. (= W. Sch.)
- Siegerland. Blätter des Vereins für Heimatkunde und Heimatschutz im Siegerlande sowie Nachbargebieten. Siegen, W. Vorländer. 10. Band. 1928. 11. Band 1929.
- Biebricher Tagespost. 67. Jahrg. 1928. 68. Jahrg. 1929.
- Rheinisch-Nassauische Tageszeitung. St. Goarshausen. 1928/29.
- Der Taunus. Zeitschrift des Taunusklubs, Druck: W. Fischer, Frankfurt a. M. Niddastrasse 60. 13. Jahrg. 1928. 14. Jahrg. 1929.
- Taunus-Blätter. Unterhaltungsblätter für Geschichte und Heimatkunde. Wochenbeilage zur Taunuszeitung. Druck u. Verl.: Ph. Kleinbühl-Königstein im Taunus. 1928 u. 1929.
- Teuthonista. Zeitschrift für deutsche Dialektforschung und Sprachgeschichte. Herausgeg. von Dr. Herm. Teuchert. Verl.: Fritz Klopp [Berlin-Friedenau.]
- Der Uhrturm. Zeitschrift der Nassauischen Familiengeschichtlichen Vereinigung 1929. Schriftleiter: Rud. Dietz, Wiesbaden, Schützenhofstrasse 14.
- Verhandlungen des 64. Kommunallandtages des Reg.-Bez. Wiesbaden vom 26. 3.—3. 4. 1928. Landeshausdruckerei Wiesbaden.
- Historische Vierteljahrsschrift. Herausgeg. von Dr. Erich Brandenburg. XXV. Jahrg. 1929. Druck und Verl.: Wilhelm und Berta Baensch-Stiftung, Dresden.
- Volk und Scholle. Heimatblätter für beide Hessen, Nassau und Frankfurt. Verlag des historischen Vereins für Hessen. 6. Jahrg. 1928. 7. Jahrg. 1929. Druck von L. E. Wittich, Darmstadt.
- Dieser Zeitung. Kreisblatt für den Unterlahnkreis. Diez. Festaussgabe. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149.
- Historische Zeitschrift. Begr. von Heinrich v. Sybel. Herausgeg. von Friedr. Meinecke. 138.—141. Band. 1928—1929.
- Prähistorische Zeitschrift. Herausgeg. von Wilh. Unverzagt. Berlin. Kommissionsverlag. Bd. 29, 1928.

I. Geschichte.

Vorrömische, römische und fränkische Zeit.

- Asmus, Felix: Armin der Cheruskerfürst im Taunus?, eine historische Betrachtung. Taunusbote Bad Homburg 1928. Nr. 280.
- Behlen, H.-Bach (Westerwald): Der erste Fund einer vorgeschichtlichen Scherbe auf dem Hohen Westerwald. Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929. Nr. 9. Oranien-Nassau 2. Jahrg. 1929. Nr. 15.
- Ders.: Meine Ausgrabungen in Langenaubach. Dillenburg. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 3—7.
- Blümlein, C.: Der nassauische Bauer vor 2000 Jahren. Heimatkalender für den Taunus 1929. S. 63f.
- Ders.: Römische Feldbäckereien in der Saalburg. Didaskalia. 106. 1928.
- Ders.: Die römischen Grenzen im Taunus. Heimatkalender für den Taunus 1929. S. 51 ff.
- Ders.: Hünengräber. Heimatkalender für den Taunus 1928. S. 55 f.
- Ders.: Neues vom Zugmantelkastell. Didaskalia 106. Jahrg. 1928. Nr. 46.
- Döringer, Karl-Wiesbaden: Die Frankengräber von Oestrich. Auf den ersten Spuren des Christentums im Rheingau. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Eidam: Deutschlands Besetzung durch die Römer. Nach den neuesten Forschungen bearbeitet. Dinkelsbühl: Krüger 1928.
- Fehrle, E.: P. Cornelius Tacitus Germania. München (Lehmann) 1929. 128. S. m. 14 Tafeln u. 1 Karte.
- Fronemann, Wilhelm: Krieg im Taunus. Die Befestigungsanlagen des Altkönigs im Lichte frühgermanischer Geschichte. Heimatkalender für den Taunus 1928. S. 48 ff.
- : Fundchronik für die Zeit vom 1. Mai bis zum 31. Dez. 1927. IV. Hessen, Nassau. Germania. Jahr XI. 1928. Heft 2. S. 149 ff.
- : Auf der Heimatwarte. Grabungen in Holzappel; Die alte Römerstadt Nidda; Urnenfunde in Friedendiez; Steinzeit-Funde im Oberwesterwald; ein weiterer wertvoller archäologischer Fund auf dem Westerwald; Urnenfunde in Braubach; Zerstörung eines Naturschutzdenkmals [Eitelborn]; das

- Schicksal der Ruine Ardeck; die Renovierung des Herborner Schlosses; hundert Jahre Bistum Limburg; der neubelebte Lukasmarkt in Haiger; nassauische Auswanderer; ein berühmtes nass. Glockengiesser-Geschlecht; ein tausendjähriges Dorf [Breitenbach]. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Gutenbrunner, S.: Die rheinischen Germanen im Altertum. Teuthonista. 5. Jahrg. 1929. S. 277 ff.
- Herder, Fritz-Wiesbaden-Erbenheim: Die Römer in unserer Heimat. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11, 12.
- Hertlein, Friedrich-Ludwigsburg/Stuttgart: Decumates agri. Germania Jahr XIII. 1929. Heft 1/2. S. 51 f.
- Hertlein, F.: Die Entstehung des Dekumatlandes. Klio XXI. H. 1. S. 29 ff. Rez.: Histor. Ztschr. Bd. 185. 1927. S. 318.
- Huss, Richard: Die rheinischen Germanen im Altertum. Teuthonista 5. Jahrg. 1929. S. 85 ff.
- Jacobi, H.: Führer durch die Saalburg und ihre Sammlungen. 11. Auflage. Homburg v. d. H. 1927.
- Jacobi: Fundchronik vom 1. I.—30. 6. 28. Germania. XII. Heft 4. S. 189 f. 1. 7.—31, 12. 28. Arbeitsgebiet des Saalburg-Museums. [Jahr XIII. Heft 1/2. S. 78].
- Jacobi, H.: Chronik der Saalburg von 1914—24. Die Ausgrabungen; das Erdkastell der Saalburg; die Pila muralia der Saalburg. Saalburg-Jahrbuch VI. Frankfurt a. M. 1927. S. 1—167.
- Jacobi, H.: Zwei neue Mithrasheiligtümer im rheinischen Germanien. Denkmalpflege u. Heimatschutz 1927. S. 160—64.
- Kasten, H.: Die Feldzüge des Germanikus in Deutschland. In: Festschrift der Gelehrtenschule des Johanneums zu Hamburg 1529—1929. Verl. Broschek & Co., Hamburg.
- Köhne, K.: Die Streitfrage über den Agrarkommunismus der germanischen Urzeit. Berlin, Weidmann. 1928 (Schriften der Historischen Gesellschaft zu Berlin, Heft 3.)
- Kühn, Herbert: Kunst und Kultur der Vorzeit Europas. Das Paläolithikum. Berlin-Leipzig 1929. Walter de Gruyter & Co. Wildscheuer (bei Steeden a. d. Lahn, Nassau). S. 70, 72, 73, 185, 196, 304.
- Kutsch: Fundchronik vom 1. I.—30. VI. 28. Arbeitsgebiet des Landesmuseums Wiesbaden. Germania XII 1928, Heft 4. S. 190. 1. 7.—31. 12. 28. Germania. XIII. Heft 1/2. S. 79. 1. I.—30. 6. 1929. Germania. XIII. 1929. Heft 4.
- : Die Römerstadt Nidda. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Oppeln-Bronikowski von, Friedrich: Römische Ausgrabungen in Deutschland. (Rhein. Boobachter 1926.) Beil. Der schöne Rhein S. 73.
- : Das Römerkastell bei Rambach. Vorgeschichtlicher Germanenfriedhof. — Wo lag der verschwundene Dorfteil? N. Wsb. Ztg., 81. Jahrg. Nr. 64 (4. 3. 28.)
- Rau, Reinhold-Stuttgart: Decumates agri. Germania Jahr XII, Heft 4. S. 143 ff.
- Reichwein, R.-Dornholzhäusen: Die römischen Grenzanlagen in unserer engeren Heimat. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Schmitt, J. Landeswegemeister-Montabaur: Das Steedener Höhlengebiet. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Stampfuß, R.: Die jungneolithischen Kulturen in Westdeutschland. Bd. II der rheinischen Siedlungsgeschichte. Herausgeb. von F. Steinbach, Bonn (Röhrscheid) 1929.
- Stümpel, Gustav: Über Name und Nationalität der Germanen im Anschluss an Cäsars Bellum Gallicum und die Germania des Tacitus. Klio. Bd. XXIII, Heft 2. 1929.
- Veeck: Alamannen und Franken in Süddeutschland. Volk u. Rasse II. 1927. Heft 4. S. 213—223 mit 27 Abb.
- Wagner, Paul: Über ein angebliches Kloster zu Höchst a. M. in Karolingischer Zeit. Nass. Annalen. Bd. XLVIII. 2. Heft. S. 108—113.
- Weiland, Paul-Siershahn: Germanische Niederlassungen auf dem Westerwald, W.-Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Wolf, Georg-Frankfurt a. M.: Zu Ammianus Marcellinus XII, I, 7. Germania XII 1928, Heft 3.
- Wolf, Georg-Frankfurt a. M.: Ziegelstempel als wichtige Denkmäler für Chronologie der römischen Militärstationen im nördlichen Limesgebiete. Germania XIII 1929, Heft 3.
- Wolf [Georg]: Ortsnamen als Hilfsmittel der Besiedlungsforschung im nördlichen Limesgebiete. Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde. XV 1926—28. S. 1—23.
- Wolf, Karl-Ffm.-Griesheim: Als das Meer zum letzten Mal im Rhein- und Mainland stand. Unser schönes Heimatland. Jahrg. 1929. Nr. 1.

Mittelalter und Neuzeit.**1. Allgemeines.**

- : Aus nassauischen Amtsstuben. Geburten (lebende) und Sterbefälle, sowie Geburtenüberschuss im Regierungsbezirk Wiesbaden im Jahre 1927. Nass. Blätter 9. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- : Aus nassauischen Amtsstuben. Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- : Aus nassauischen Amtsstuben. I. Nachtrag zur Bücherei des Landesjugendamtes in Wiesbaden Abteilung A u. B. Nass. Blätter, 9. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- : Bekanntes und Unbekanntes aus dem Jahr 1848. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 14.
- B[ecker] E.: Das Bootunglück von 1900. Ein Gedenkblatt zum 17. April. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Becker, E., Studiendirektor-Dillenburg: Erdbeben in Nassau. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 15.
- Becker, Erich: Die missliche Lage des Rheinhandels im Rheingau am Ausgang des 18. Jahrhunderts. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Benner, J.: Beamtenverhältnisse im Herzogtum Nassau. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Benner, J.-Braubach: Buchführung eines Kleinhandwerkers vor 200 Jahren. Rhein und Lahn. 10. Jahrg. Nr. 22 (Beilage zur Rheinisch-nassauischen Tageszeitung St. Goarshausen). [Betr. einen Schmied aus Frücht.]
- Benner, J.-Braubach: „Ein hundertjähriger“ Kalender. [1829]. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Benner, J.: Der Ursprung und das Ende der nassauischen Militärmacht. Rhein und Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 7, 8.
- Benner, J.: Wie das Herzogtum Nassau entstand. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928, Nr. 11.
- Benner, J.: Das Postwesen in Nassau. (Forts. III.) Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Benner, J.-Braubach: Steuernachlass in früherer Zeit. Rheinisch-nassauische Tageszeitung (St. Goarshausen) 1928. Nr. 281. [Betr. Frücht 1777.]
- Benner, J.: Die nassauischen Truppen bei der Märzrevolution 1848. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 13.
- Benner, J.-Braubach: Verwaltungsreformen in früherer Zeit in Nassau. Rheinisch-nassauische Tageszeitung (St. Goarshausen) 1928. Nr. 128.
- Benner, J.: Vor hundert Jahren. Bestrafung der Zollvergehen in Nassau. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 15.
- Bertsche, August: Nassauer Heimatland. (Ein Begleitwort zum Heimatfilm der Bezirksverwaltung.) Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- : Mit Blücher und der Schlesischen Armee in Nassau. Von Leipzig zur Lahn. Blüchers Quartier in Limburg. Im Taunus und Westerwald. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 1, 2, 3.
- Böhmer, Leo: Die rheinische Separatistenbewegung und die französische Presse. Stuttgart-Berlin-Leipzig. Deutsche Verlagsanstalt 1928. 127 S. 8^o.
- Buchholz, W.: Über Marken im allgemeinen und die „Dürstorfer Mark“ im Besonderen. Idsteiner Heimatchau. 1929. Nr. 2, 3, 4.
- : Bunt es Allerlei aus Hessen-Nassau. (Gefangenen Klage im Volksliede. Die Römerstadt Nida. Die Ablösung der Zehnten in Nassau. Um die Ortsgerichte. Beibehaltung nach der Eingemeindung oder nicht? Des Morgens zu so früher Stunde! L. S. Zwei merkwürdige alte hohe Grenzsteine von 1520. Wiederherstellung des Grabmals der nass. Dichterin Albertine von Grün. Der Lahn auf der Emser Kirche. Ein tausendjähriges Dorf [Breidenbach]. Urnenfunde in Freidiez. Die Renovierung des Herborner Schlosses. Frühere Felsstürze in Nassau: Caub; Eppstein im Taunus; am Nollich bei Lorch. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 5, 8, 9, 10.)
- Burmeister, Pfr.-Häiger: Aus der Franzosenzeit vor hundert Jahren. Oranien-Nassau 2. Jahrg. 1929. Nr. 13.
- Christ, Joseph-Wiesbaden: Eine neue fossile Spongiengattung, Asteriscosella, im Unterdevon des Nass. Hunsrückschiefers; Asteriscosella nassovica. Jahrbücher des Nass. Vereins für Naturkunde. Jahrg. 77.
- Cohnen, Theo, Dr. phil.: Der Rhein in der französischen Romantik. Rhein. Heimatblätter 5. Jahrg. 1928. Nr. 12.

- Dänner-Weyer: Aus einem Almosenbuch um 1750. L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Dänner, O.-Weyer: Heimatkundliches Allerlei. (Franzosenbäumchen. Der erste Kaffee in Allendorf bei Weilburg.) L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Demmel, Karl: Poetische Landeskunde [Pastor Hengstenberg: Nassau.] Alt-Nassau 1929. Nr. 18.
- : Aus Deutschlands trübster Zeit. Ein Beitrag zum Gemälde deutscher Rechtlosigkeit. Land und Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 7, 8.
- Domarus, Dr. Staatsarchivdirektor: Die Sicherung der nassauischen Domänenweine 1848 und ihre Rettung vor den Preussen 1866. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 20.
- v. Dungen, V.: „Ritterburgen und Schlösser über der Lahn“. Ein Heimatbuch von hessen-nassauischer Vergangenheit in Geschichte und Sage. J. Eckard Müller, Halle/S.
- Enke, Pfarrer-Sinn: Die Franzosen auf dem Westerwald. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Fiebig, G.: Auf den Spuren der Emigranten in unsern heimischen Gauen 1791—92. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 14.
- G. F.: Altnassauische Erinnerungen. Nassau und „die Preisse“. Land u. Zeit. 6. Jahrg. 1929. Nr. 18, 19.
- G. F.: Aus Thurn und Taxis' Zeiten. Land und Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 18.
- Fiebig, Georg-Freindiez: Die Fürstlich Wiedischen Westerwälder Fischweiher. Koblenzer Heimatblatt (Sonderbeilage des Koblenzer General-Anzeigers.) 5. Jahrg. 1928. Nr. 19.
- F.: Vom Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. Frankfurter Nachrichten. 2. Beiblatt. Nr. 88. 28. März 1928.
- Fischer, Karl Gust. Ad.-Frankfurt a. M.: Die Beobachtung des Bodenkriechens am Taunushang und die eiszeitliche Bildung der Felsenmeere. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. Nr. 5.
- Förtner, W. Siegfried: Noch einmal die Emser Depesche. Kritische Untersuchungen zur Vorgeschichte des Kriegsausbruchs von 1870/71. München. Phil. Diss. v. 19. Mai 1920 [1925]
- Geissel, J.: Nassauische Wanderungen. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11. 13.
- Gersbach Dr. A.: Das Vorkommen des Kropfes im Taunus und die Bekämpfungsmassnahmen. Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung. Berlin 1925. Verl.: Rich. Schoetz, Wilhelmstr. 10.
- Gotthardt, Heinrich Wilhelm-Wiesbaden: Die erste Petroleumlampe. [Osterrod]. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Graf, Elise: Erinnerungen einer achtzigjährigen Nassauerin. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Grimm: Der Separatismus nach französischen, amerikanischen und deutschen Quellen zusammengestellt. Köln. o. J.: Schauberg 15. S. 49.
- Gropengiesser, H.: Die zwanzigste Tagung des Südwestdeutschen Verbandes für Altertumsforschung in Wiesbaden 21.—25. April 1927. Prähistorische Zeitschrift XVIII. Bd. 1927. Heft 3/4 Jahrg. S. 313 bis 317.
- Gross, A.: Vormarsch 1813. Idsteiner Heimatschau. Jahrg. 1929. Nr. 5. 6.
- Hain, Heinrich = Gumbinnen: Vom Jahre 1866. (Dillenb.) Heimatblätter 2. Jahrg. 1929. Nr. 13.
- Ders.: Was eines Heimbergers Amt sey. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 20.
- Ders.: Nassauer in Ostpreussen. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 16/17.
- Hansmann, H.: Aus der Geschichte der nassauischen Turnvereine. Von 1848 bis 1928. N. Wab. Zt. 81. Jahrg. Nr. 64. (4. 3. 28)
- Hasselbach, Gustav Wilhelm: Bevölkerungsbewegung im Taunus. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Hecht, Richard: Der Taunus und seine Mäler. Heimatkalender für den Taunus. 1928. S. 57 f.
- Heck, R. und Wittgen, W.: Katalog der Spielmann-Bibliothek. Im Verlag der Stadt Diez. 1927.
- Heidel, J. Rektor-Bad Homburg: Die Franzosen in Nassau in den Kriegsjahren 1793—1797. Taunusbote. Bad Homburg 1928 Nr. 106.
- Heiler, Dr. Carl: Von Landstreichern, friedlosen Leuten und fahrendem Volk, besonders in den nassau-ottonischen Ländern von 1500—1800. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Nassaus. Beilage zum Jahresbericht der hohen Landesschule zu Hanau, 1927. Bespr. von Otto Stückrath in N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Unmässigkeit und Luxus in Altnassau. Nass. Bote 1928. Nr. 252.
- : Zwei bedeutsame Ereignisse aus der Heimatgeschichte. Die Abtretung der oranischen Stammlande. Der Übergang Nassaus an Preussen. Dill.-Ztg. Jubil.-Ausg. 5. X. 29.

- : Auf der Heimatwarte. (Nass. Briefmarkenjubiläum. Als es in Nassau noch Wölfe gab. Die 1000jährige Linde von Steinborn. Wiederherstellung des Grabmals der nassauischen Dichterin Albertine von Grün. Der Hahn auf der Emser Kirche. Instandsetzung der Vorderburg in Rüdesheim.) N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- : Aus der Heimatwarte. Seltene Vögel in der nassauischen Seenplatte. Funde aus der Steinzeit. Erhaltung des alten Stadtbildes von Camberg. Die Saalburg-Ausgrabungen. Das Ende der Waterloo-Linde bei Usingen. Der schiefe Turm zu Dausenau. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 9, 11.
- Henche, A.: Im Fluge durch die Heimatgeschichte. Die mittlere Geschichte. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Ders.: Das Lahntal. Rheinische Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Ders.: Das Antlitz unserer Landschaft. Alt-Nassau. 1929. Nr. 13.
- Ders.: Die nassauische Politik auf dem Rastatter Kongress. A. 50. Bd. 1929. 1. Heft. S. 92—116.
- Ders.: Die nassauische Politik zur Zeit des Reichsdeputationshauptschlusses. Nass. Ann. 1929. 50. Bd. 2. Heft.
- Ders.: Westerwälder Wetter in 50 Jahren. Nach Schulchroniken. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Ders.: Die Zivilbesitznahme des Rheingaus durch Nassau-Usingen 1802. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- A. H.: Schlechte Zeiten vor 100 Jahren. (Aus alten Erinnerungen.) Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 10. (Heimatkal. für den Taunus 1928. S. 97.)
- Herber, Alfred: Die Rheingauer im Bauernkrieg 1525. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Herber, Alfred: Der Mann, von dem man Zwiebeln kaufte. [Wilddiebe im Rheingau.] Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Heubach, Dr.: Renaissanceplastik in Nassau. I. Werke des Bildhauers Dietrich Schro. II. Meister Christoph Goldschmit von Andernach. Nass. Heimatblätter. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Heubach, Dr., Wiesbaden: Spätgotische Plastik in Nassau. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Bemerkungen zu der kritischen Studie des Herrn Dr. Weber über meinen Aufsatz „Koppelhut und Aussenfeld“. Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Westerwälder Scharfrichter. (Dillenb.) Heimatbl. 2. Jahrg. 1929. Nr. 15.
- Hörpel, Leonhard: Beiträge zur Pestgeschichte des Westerwaldes. N. H. 30. Jahrg. Nr. 4. 1929.
- Hoffmann, Wilhelm: Volksmedizin zu Ausgang des 18. Jahrhunderts. (Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Zeitalters Goethes.) Alt-Nassau. 1929. Nr. 3.
- Hofmann, Wilhelm: Literatur der Jahre 1926 und 1927 zur nassauischen Geschichte, Volkskunde und Heimatpflege. Annalen 1928. 49. Bd. S. 149—194.
- Ihl, J.: Wie Westerwaldbauern anno 1848 „Revolution“ machten. Aus der Heimatgeschichte. (Montabaur) 3. Jahrg. 1929. Nr. 3, 4. Land und Zeit. Beilage zum Nass. Boten. 1928. Nr. 36.
- Jüngst, Wilhelm: Fassung und Verwaltung von Nassau-Oranien von 1743—1806. Frankfurt, Phil. Dissert. vom 14. Nov. 1923 [1925].
- Kaltwasser, K.: Der Rheinstrom in Eis. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Klapheck: Kunstreise auf dem Rhein. Verlag des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege. Druck von Schwann, Düsseldorf.
- Koerner, Bernhard, Dr. iur.: Deutsches Geschlechterbuch (Genealogisches Handbuch bürgerlicher Familien.) 60. Bd. 1928. Bespr. von Ernst von Oidtman. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- : fpd.: Hundert Jahre Konsolidation in Nassau. Taunus-Blätter. Jahrg. 1929. Nr. 48. Idst. Heimat-schau. 1929. Nr. 12/13.
- Kraus, Georg: Sonderbare Auslegung eines Kartenspieles. Biebricher Tagespost 1928. Nr. 38.
- G. K.: Die Revolution in Nassau. Taunuszeitung. Königstein 1928. Nr. 57.
- : Die nassauischen Kreise im Wandel der Zeiten. Taunuszeitung. Königstein 1928. Nr. 66.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Aus der Franzosenzeit. [1795 u. ff.] (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 22, 23.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Von der Fehde zwischen der Gräfin Adelheid von Nassau-Dillenburg und den Adligen von Baiger (1355—1357.) (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- : Kriegslasten um die Wende des 18. Jahrhunderts. 1. Eine Kriegskostenrechnung des Dorfes

Wellmich von 1794 bis 1801. 2. Kriegsleiden des Dorfes Weisel bei Caub. Unser schönes Heimatland. 1929. Ohne Nummer und Datum.

Lindner, Bernhard: Rheinische Heimatgeschichte. Frankfurt a. M. 1929. Moritz Diesterweg.

Lücke, Bergrat a. D.-Wiesbaden-Biebrich: Tropfsteingebilde im Heimatgebiete. (Dillenb.) Heimatbl. 2. Jahrg. 1929. Nr. 21.

Lotz, Prof. Dr.-Schneider, Friedrich-Berlin: Baudenkmäler im Heimatgebiete. Aus der Heimatgesch. 2. Jahrg. 1928. Nr. 10, 11.

—: Die Anfänge der rheinischen Männergesangsvereine. Rheinisch-nassauische Tageszeitung (St. Goarshausen) 1928. Nr. 34.

—: Der Mainzer Dom und Nassau. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 18.

Meister, Robert: Nassau und Reichsritterschaft vom Reichsdeputationshauptschluss bis zum Wiener Kongress (1803—15.). Berlin, E. Eberling 1923. 107 S. (Historische Studien, Heft 153.)

Bespr. von O. Heinemann-Wiesbaden, in den Nass. Heimatblättern 29. Jahrg. 1928 Nr. 2.

Meyer, Josef Robert: Rheinschlepper. Rhein. Heimatblätter. 6. Jahrg. 1929. Nr. 3.

Michels, Dr. Franz: Bergstürze in unserer Heimat. Land und Zeit, Beilage zum Nass. Boten 1928. Nr. 49

Middelhuuwe-Reichert, Berta: Von der Verwandtschaft zwischen Nassauer Land und Saarland. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 5.

Milani, Dr. A.: Erneuerung der Kirchenkunst. Eine Besprechung. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 16.

—: Miscellen „Der Franz von Mürle“. (Franz Steiger); Stadt und Land im 18. Jahrhundert. Eine „Bürgermeisterwahl“ vor 100 Jahren. Aus der Franzosenzeit 1813. Die tausendjährige Linde von Reinborn. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 9.

Müller, Studienrat-Dillenburg: Der erste Luftballon in Nassau [1785]. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12.

Müller, Wilhelm, Pfarrer-Wiesbaden: Aus der Zeit der Kleinstaater. Idsteiner Heimatschau 1929. Nr. 1.

—: Hundert Jahre Nassauischer Verein für Naturkunde. Taunusblätter. Jahrg. 1929. Nr. 30.

—: Die 48er Revolution in Nassau. Alt-Nassau (Wiesbad. Tagblatt) 21. März 1928. Nr. 69.

Neujahr, P.: Ein Collect-Büchlein vom Jahre 1755 [Tringenstein]. Nassovia 28. Jahrg. Nr. 10.

Nies, Ludwig: Lotsen auf dem Mittelrhein. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 3.

Nies, Ludwig: Vom „Wahrschauern“ im nassauischen Rheingebiete. Alt-Nassau. 1929. Nr. 5.

Nies, L.: Wahrschauerhäuschen am Rhein. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 17.

Pagenstecher, K., Prof. Studienrat a. D.: Nassau-Oranische Wirren im Dreissigjährigen Kriege. A. 50. Bd. 1929. 1. Heft S. 67—91.

Pagenstecher, K.: Der Streit um die während des Dreissigjährigen Krieges konfiszierten Güter des Hauses Nassau-Saarbrücken. Nass. Ann. 1929. 50. Bd. 2. Heft.

Panzer, Wolfgang: Studien zur Oberflächengestalt des östlichen Taunus. Dissertation: Freiburg i. Br. 1921.

Philippi, F.: Siegener Urkundenbuch Abt. II. Herausg. v. Philippi, bearb. von W. Menn und B. Messing, Siegen, W. Vorländer. 1927.

von Preuschen, Rudolf Freiherr: Ein Rheinfloss um 1800. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 10.

Quetsch, Joseph: Ein Beitrag zum Jahre 1848. Nass. Heimat 8. Jahrg. 1928. Nr. 22.

Raht, Geh. Justizrat-Limburg: Nassauische Geschichtchen — nicht Geschichte — wie sie sich in der Erinnerung eines alten Nassauers darstellen. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12 bis 15.

Redhardt, W.: „Auf der Scholle der Väter . . . ?“ Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1.

B. R.: Auch ein französischer Abzug vom Rhein. [1803]. Unser schönes Heimatland. Jahrg. 1929. Nr. 15

—: Räuberunwesen in Nassau. Heimat und Welt. Unterhaltungsbeilage zum Kreisblatt für den Kreis Usingen. 4. Jahrg. 1928. Nr. 1. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 7/8. Rheinisch-nassauische Tageszeitung (St. Goarshausen) 1928. Nr. 218. Taunuszeitung Königstein 1928. Nr. 30.

Fj. R.: Erinnerungen eines Nassauischen Freiwilligen aus den alten nassauischen und preussischen Zeiten. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 7.

Reiners, Heribert: Vom Werden rheinischer Kunst. Rhein. Beob. 1926. Beil. Der schöne Rhein, S. 49.
: Der Rhein als Verkehrs- und Handelsstrasse. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 3.

- Roedler, Georg: Zwischen Taunuskamm und Lahnhöhen. (Dörfer an der Hühnerstrasse. Im Aarkreis. Im Dürsbachtal. Am Mühlbach abwärts.) Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 13.
- Roth, Dr. Ludwig: Grenzgänge und Flurumzüge. Didaskalia. 107. Jahrg. 1929. Nr. 33.
- Roth, Dr. Ludwig: Jagdschutz vor 150 Jahren. Alt-Nassau. 1929. Nr. 1.
- Roth, Dr. Ludwig: Nassau und Solms. Alt-Nassau. 1929. Nr. 16.
- Roth, Dr. Ludwig: Wanderungen in Heimat und Vorzeit. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- O. R. D.: Alte Bilder im Westerwälder Wirtshaus. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- O. R. D.: Försterbesoldung vor 150 Jahren. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- O. R. D.: Westerwälder Heimatkalender. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- O. R. D.: Heimatkundliches Allerlei. (Lehrer- und Pfarrerbesoldung vor 100 und 150 Jahren. Verbot körperlicher Züchtigung in alter Zeit.) Land u. Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- O. R. D.: Wildernde Hunde. Hunde in den Kirchen. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- O. R. D.: Medizinalwesen in alter Zeit. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- O. R. D.: Das Amt des Ortsvorstehers in Nassau-Weilburg. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- O. R. D.: Wachholderschutz vor 200 Jahren. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- O. R. D.: Wälder und Wohlhabenheit der Westerwaldortschaften. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Schäfer, Fritz, Regierungsbaurat-Diez: Etwas über Fachwerkbauten. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 5. Diezer Festzeitung 1929. S. 14.
- Th. Schüler: Aus der Wiesbadener Schäfereiordnung vom Jahre 1508. Alt-Nassau. 1929. Nr. 1.
- Scherer, Landesbaurat a. D.-Idstein: Felsstürze im Taunus und deren Ursachen. N. Bl. 8. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Schlosser, Prof. D.: Land und Leute in Nassau-Oranien um 1760. [Nach von Koppelow.] Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1, 2.
- Schlüter, W.-Littfeld: Ein Rechenbuch aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Schmidt, Erwin-Frankfurt a. M.: Ein Postüberfall vor hundert Jahren. Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Schmidt, F. A.: Kulturgeschichtliches aus Zeitungen um 1800. L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 4, 5, 6.
- Schneider, Dr. Georg-Berlin: Die Landgängerei der Westerwälder. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 2, 3, 4.
- Schneider, Th.: Spielbanken, eine geschichtliche Erinnerung zum Nachdenken. Frankf. Zeitung. 9. 4. 1929. (Behandelt die früheren Spielbanken zu Wiesbaden und Homburg.)
- Schmidt, Th.: Die Spielbank in der Geschichte Nassaus. Ev. Gemeindeblatt. 49. Jahrg. 1929. Nr. 21 (Frankf. Zeitung vom 9. 4. 29, Stadtblatt.)
- Schüller, K. M.: Mittelalterliche Schmiedekunst im Rheingau. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 13.
- Schüller, K. M.: Am heiligen Rheinstrom im Nassauer Land. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Schweter, Walter: Aus meinem Wanderbuch. Im Hohen Westerwald. Westerwälder Heimatkalender. 1928. S. 72 ff.
- Stadt, Heinrich: Hessen-Nassau und die Rheinlande. Antiquariats-Katalog Nr. 8. 1928.
- Steinbach, J.: Aus drei Jahrhunderten. Fürstliche Badereisen nach nassauischen Bädern. [1582, 1637, 1864.] Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Steinbach, J.: Herzog Adolf von Nassau und sein Offizierkorps. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 2. cf. Land und Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Steinbart, Kurt: Die Marburger Ausstellung „Religiöse Kunst aus Hessen und Nassau.“ Rhein. Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 9.
- Sternberg, Dr. Leo, Amtsgerichtsrat-Rüdesheim: Landschaft und Volkstum. Taunus. 14. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Stöffler, Dr., Landeserziehungsrat-Wiesbaden: Die Arbeit des Landesjugendamtes in den Jahren 1927 bis 1929. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Stolberg, Friedrich: Das Turmdachwerk vom Mittelalter bis zur Barockzeit, dargestellt an Landkirchen aus dem Lahnggebiet. Karlsruhe. Dissert. vom 11. Jan. 1924. [1925].
- : Das Strassenwesen in Nassau. Taunusbote. Bad Homburg. 1928. Nr. 167.
- Straub, August-Okriftel a. M.: Das zeitgenössische Schrifttum in Nassau. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 4, 6, 7, 8.

- Struck, J.: Alt-Nassau vor 1000 Jahren. Geschichtliches Allerlei aus dem 10. Jahrhundert. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Struck, J.: Alt-Nassau zur Zeit der Städtegründung. Geschichtliches Allerlei aus dem Mittelalter, als Fortsetzung der Darstellung: Alt-Nassau vor 1000 Jahren. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Struck, Dr., Gustav: Ausstellung religiöser Kunst aus Hessen und Nassau im Jubiläums-Kunstinstitut der Universität Marburg. Hessenland. 40. Jahrg. 1928. Heft 8.
- Struck, J.: Gräfllich-fürstliche Reformatoren im Mittelalter. Einzelbilder aus der nassauischen Reformationsgeschichte. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Stückrath, Otto: Ein Heimatbuch Nassauer Land. Verlag Limbarth-Venn, Wiesbaden. Nass. Blätter. 8. 1928. Nr. 5. S. 108.
- Stückrath, Otto: Eine vergessene Kunst [Ausschneidekunst]. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- : 90 Jahre Taunusbahn. Aus der „Urgeschichte“ des nassauischen und hessischen Eisenbahnwesens. Taunusblätter. 1929. Jg. Nr. 38. cf. Taunuszeitung. Königstein 1928. Nr. 183.
- : 60 Jahre Taunusklub. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Trott, L.: Volkswehr in Nassau. [1849.] Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 14.
- Trott, Louis-Haiger: Steuerliches aus Nassau und dem Birkkreis vor 70 Jahren. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Ullius, Fritz: Unser täglich Brot. Eine Betrachtung aus nassauischem Volkstum. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 14.
- Veit, L. A.: Zur Säkularisierung in Nassau-Usingen. Ein Beitrag zur Auflösung des Oberrheinischen Kreises. Zeitschr. f. d. Gesch. des Oberrheins. N. F. Bd. 41, Heft 4. (Der ganzen Reihe 50. Bd.) 1928. Seite 479—541.
- : Aus Nassaus Vergangenheit. „Vollkommen einverstanden“. Biebricher Tagespost 1928. Nr. 163.
- Volbach, W. F.: Ein westfälisches Tonrelief im nassauischen Landesmuseum. Nass. Heimatbl. Jg. 27. 1926. S. 61/62.
- Wachendorf, Karl: Zehn Jahre Fremdherrschaft am deutschen Rhein. Berlin: Rhein. Beobachter 1928. (Rhein. Schicksalsfragen. Schrift 22/24.)
- Wagner, Gg.: Feuerlöschwesen in früherer Zeit. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Weber, Dr. Rudolf-Marienbergr: Das Notjahr 1929. Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Ders.: Neuere Feststellungen über das Wesen der Koppelhuten im Westerwald. D. Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Wecks, G.: Allerlei aus einer sturmbelegten Zeit. (Zeitungen; Brotpreise im Jahre 1848; eine Arbeiterorganisation vor 80 Jahren; Verteilung von Kriegsbeute aus der Schlacht bei Waterloo; das erste Jahr Selbstverwaltung in den nassauischen Gemeinden.) N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- : 40 Jahre Wegemarkierung im Taunus. Taunuszeitung. Königstein 1928. Nr. 108.
- Weiershausen, Paul: Aus heimischen Wäldern. (Dillenb.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 5, 16/17.
- Weitzel, A.: Die raumverschiebende Auswirkung der Neugliederung in dem rheinfränkischen Wirtschaftsgebiet. Sonderdruck aus „Erde und Wirtschaft“ 1929. 1. Westermann, Braunschweig.
- Weitzel, A.-Frankfurt a. M.: Zur deutschen Klein- und Vielstaaterci. Rheinfranken in seiner geschichtlichen Entwicklung. Nass. 29. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Werner, Gust.-Bonn: Eine kurtrierische Brandordnung aus dem 18. Jahrhundert. Koblenzer Heimatblatt. Wöchentliche Sonder-Beilage des Koblenzer General-Anzeigers. 5. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Wille, G. A.: Geographische Beschreibung der Gebirgsmassen zwischen dem Taunus- und Vogelsgebirge. Mainz: Kupferberg 1928.
- Windorf, A.-Niederscheld: Die Thurn und Taxis'sche Post. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- : Aus alten Briefen. [Freudenberg 1841/42; Feldpostbrief eines Siegerländers aus den Kämpfen um Breda im Jahre 1793.] Mitgeteilt von Albert Wingenroth, Lüchow i. H. Heimatland Siegen 3. Jahrg. 1928. Nr. 3 S. 34 ff.
- : Strenger Winter 1783/84. Biebricher Tagespost 1929. Nr. 32.
- : Die Wirtschaft im Bezirk des Verbandes Hess.-Nassau. Industrie- und Handelskammern. Rhein und Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- : Als es in Nassau noch Wölfe gab. Land u. Zeit. Beilage des Nass. Boten. 1928. Nr. 2.
- Wittgen, Theodor: Zigeuner. Heimatkalender für den Taunus. 1929. S. 38 f. cf. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1928. Nr. 1.

- Wolf, Georg-Frankfurt a. M.: Über den gegenwärtigen Stand der heimatlichen Altertumsforschung im rechtsrheinischen Westdeutschland. Hessenland. 40. Jahrg. 1928. Heft 10.
- Wolf, Dr.-Frankfurt: Von Krieg und Kriegsgeschrei in Nassau um 1600. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Wolf, Dr., Karl: Freudenberger Auswanderer von 1738. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 3. S. 42 ff.
- Wolf, Karl: Die Edelkastanie im Taunus. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- : Zeitgeschichten aus der Taunuszeitung von 1877 bis 1927. Auszüge anlässlich des 50 jährigen Bestehens der „Taunus-Zeitung“ am 1. Jan. 1927. Taunusblätter. 28. Jahrg. Nr. 1—34. Jahrg. 1929. 1—52.
- Zichner]: Kunst und Wein im Rheingau. Rheinische Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 10. S. 443 ff. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. S. 81—83.
- Ziemer, Max: Aus Kriegsbriefen eines nassauischen Offiziers (1806—1813.) Nach alten Familienpapieren. N. H. 30. Jahrg. Nr. 3, 4.
- Ziemer, Max-Idstein: Verzeichnis aller geistlichen und gemeinen Händel, so sich zugetragen und gegeben haben im 1548. Jahr. Aus der Handschrift des Weilburger Superintendenten Caspar Goltwurm im Staatsarchiv zu Wiesbaden. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 2. 6. 7, 9. 10.
- Zimmerschied, Erich: Die Taunusbäder unter besonderer Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. Frankfurt (Main) 1924.

2. Einzelne Orte und Gegenden.

- Spanmuth, K.: Geschichtliche Entwicklung von Stadt und Burg Adolfsöck. Alt-Nassau (Wiesb. Tagbl.) 21. März 1928. Nr. 69. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Zutt, H.-Wiesbaden: Ein Beitrag zur Geschichte des Dorfes Ahausen. a. d. L. I. Dorf und Flur. II. Entstehung und Entwicklung. III. Vorkommnisse aus Anlass kriegerischer Ereignisse. IV. Besitzwechsel und Gerechtsame. V. Religiöse Angelegenheiten. VI. Sonstiges. Land und Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 7, 8.
- Liertz: Altenkirchen (Westerwald.) Westerwälder Heimatkalender 1928. S. 80 ff.
- Zutt, H., Oberingenieur-Wiesbaden: Die Dyckerhoff'sche Zementfabrik in Amöneburg. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 22.
- Schuppach, Albert-Holzheim: I. Mühlen im Aartal. II. Die Ardecker Mühle. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- : Arfurt in Flammen, der Brand von 1831. Land u. Zeit. Beilage zum Nass. Boten 1928. Nr. 27.
- Kettel, Pfarrer: Arfurt und seine Kirche. Land u. Zeit. Beilage zum Nass. Boten. 1928. Nr. 27.
- Mackeprang, R.: Arnstein oder Dausenau. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 5.
- Mackeprang, R.: Der Bergbau im Gebiet der reichsfreien Abtei Arnstein a. d. Lahn. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 6.
- Mackeprang, Rudolf: Kloster Arnstein unter Abt Wilhelm von Staffel. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Buschkamp, Friedrich (O.-G. Köln): Ein Idyll im Asbacher Land. Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929, Nr. 8.
- Hermann, Karl: Die Familien-Namen in der Dorfgemeinde Aull und ihre Erklärung. Ein Versuch Unsere schöne Heimat. (Diezer Anzeiger) 1929. Nr. 3.
- Endres, W., Pfarrer-Beilstein: Der alte Friedhof [Beilstein]. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Hörpel, L.-Frankfurt a. M.: Gedanken des Beilsteiner Amtmanns Dr. Christoph Becker über die Entstehung der Basaltrosseln und -säulen. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Hörpel, L., Frankfurt a. M.: Schweine als Schatzgräber. [Beilstein]. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Hörpel, Leonhard: Wie der Prinz von Oranien den Beilsteinern eine Kirche schenkte. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1, 2, 3.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Beilsteiner Bier. Alt-Nassau 1929. Nr. 27.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Wie ein Friedländischer Leutnant 1626 zu Beilstein Ostern feierte. (Dillenb.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 3, 4.

- Erlenmeyer, Albrecht: Die Konstitutionsurkunde der Loge „Zur beständigen Einigkeit“ in Biebrich In „Quellen zur Geschichte der Freimaurerei“. Bd. 1. Leipzig 1918. S. 193—200.
- Heiler, Carl: Biebrich-Mosbach nach der Völkerschlacht bei Leipzig. N. H. 30. Jahrg. Heft 4. 1929.
- Heiler, Dr. Carl, Studienrat-Wiesbaden: Allerlei aus Biebrich-Mosbach vom Ende des 18. Jahrhunderts. Biebricher Tagespost 1928. Nr. 181. cf. Nassovia. 28. Jahrg 1928. Nr. 9.
- Kraus, Georg: Aus Biebrichs Vergangenheit. (St. Adelheidkapelle; Hotel „zur Krone“; Kriegsteilnehmer von 1813; Einquartierungslasten 1813/14; Vertrag mit dem Gemeindebäcker; frühere Oberschultheissen von Mosbach-Biebrich; Joachim Walburg, der Heidenkönig; alte Gebäude und Anwesen: aus dem Westfälischen Friedensvertrag.) Biebricher Tagespost 1928. Nr. 7, 17, 26, 31, 40, 42, 57, 97, 145.
- Ziehner: Schloss Biebrich. Rheinische Kunstbücher. Rheinische Verlagsgesellschaft Koblenz.
- Merkel-Griesheim: Die ausgegangenen Orte im Kreise Biedenkopf. Nassovia 28. Jahrg. 1928. Nr. 3, 4.
- Schneider, K.-Wiesbaden-Erbenheim: Sitten und Gebräuche bei einem Begräbnis in der Gegend von Biedenkopf. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Herder, Fritz: Aus der Geschichte des Klosters Bleidenstadt. Alt-Nassau 1929. Nr. 18.
- Lüstner, Gustav: Rund um die Bleidenstadter Terminei von 812. Ein Beitrag zur Klärung ihrer strittigen Punkte. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Ziehner, R. A., Regierungsbaumeister a. D. Dipl. Ing.: Bleidenstadt im Taunus. Mit Aufnahmen des Verfassers. Nass. Heimat. 9. Jahrg. Nr. 3.
- Benner, J.: Gerechtigkeiten und Lasten der Stadt Braubach. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 20.
- Benner, J.: Ein Braubacher Grenzbezug aus dem Jahre 1731. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 9, 10.
- Benner, J.: Braubach und die Marksburg einst und jetzt. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 14.
- Benner, J.-Braubach: Aus dem Protokollbuch der Stadt Braubach. Rheinisch-nassauische Tageszeitung (St. Goarshausen) 1928. Nr. 214, 253, 260, 287.
- : Mittelalterlicher Grabstein in der alten Barbarakirche in Braubach. Rheinisch-nassauische Tageszeitung (St. Goarshausen.) 1928. Nr. 275.
- : Ein Streit um die Stadt Braubach. [1599.] Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Das Zugvieh der Breitscheider Bauern im Wandel der Zeiten. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Die Kapelle zu Breitscheid und ihr Verhältnis zur Herborner Kirche. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Erste urkundliche Erwähnung von Breitscheid u. Erdbach. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Der Vergleich zwischen dem Kaplan zu Breitscheid und der Gemeinde daselbst vom 22. Februar 1349. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Preuschen, Rudolf, Freiherr von: Der Hof Buchelborn. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928, Nr. 14.
- Heil, F.-Camberg: Der Camberger und der Idsteiner Ausschuss auf dem Kriegspfade im Jahre 1721. Die Landmiliz im ehemaligen gemeinschaftlichen Amt Camberg und das Gefecht zwischen dem Wörsdorfer und Erbacher Schlag mit den Idsteinern am 17. April 1721. Idsteiner Heimat-schau. 1928. Nr. 5 bis 8.
- Bellinghausen, Dr. Hans: Blüchers Rheinübergang bei Caub in der Neujaurnacht 1813—1814. Koblenzer Heimatblatt. (Kobl. General-Anzeiger.) 6. Jahrg. 1929. Nr. 8. cf. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 11, 12.
- Horn, W. O. von: Es liegt ein Städtchen an dem Rhein. [Caub.] Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Arnold, Robert-Seelbach: Das Waldenser Dorf Charlottenberg. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Hörpel, Leonhard: Die Wüstlegung des Dorfes Cödingen. Westerwälder Heimatkalender 1928. S. 62 ff.
- Hildmann, Heinr. Nik.: Cransberg i. Taunus. Oberurseler Bürgerfreund. 65. Jahrg. 1928. Nr. 66.
- Dungern, W. von: Die Burg Cronberg und ihre Herren. Alt-Nassau. 1929. Nr. 25.
- Hb.: Die Cronberger Schützengesellschaft. Taunusblätter. 1928. Nr. 17.
- Kiesewetter, Fr.: Burg Cronberg. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Frajo: Die „Lickebitzemännchen“ bei Dahlen. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Henche, Albert: Ein Freiherrlich von Steinsches Hubengericht in Dausenau 1716. (Nass. Blätter.) Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 8. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 1.



- Schäfer, Fritz-Diez: Die beiden Wehrtürme von Dausenau. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 4.
Unsere schöne Heimat (Diezer Anzeiger) 1929. Nr. 5.
- Hense, Wilh.: Die Ortsgeschichte von Dehrn an der Lahn. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- O. R. D.: Wann ist Dierdorf Stadt geworden? Westerw. Schauinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Runkel, O.-Dierdorf: Was alte Grabsteine erzählen. Aus der Geschichte der evangelischen Kirche in Dierdorf. Koblenzer Heimatblatt (Kobl. General-Anzeiger) 6. Jahrg. 1929. Nr. 25.
- Gäffgen, Hans: Idyll im Lahntal. [Dietkirchen.] Alt-Nassau. 1929. Nr. 15.
- Kalb, Walter-Montabaur: Dietkirchen an der Lahn. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 5. Rhein und Lahn. 11. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Otto, H.: Dietkirchen als Archidiakonatsitz. In „Limburger Illustr. Almanach“. 1930. Verlag von Gebr. Steffen, Limburg.
- Wolff, K.: Der Dietkirchen-Limburger Markt. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Ziehner, R. A.: Die Stiftskirche St. Lubentius zu Dietkirchen an der Lahn. N. Ht. 8. Jahrg. 1929. Nr. 6. Rhein. Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- : Das Dreifaltigkeitsfest in Dietkirchen. Die Geschichte der Wallfahrtskapelle. Nass. Bote 1928. Nr. 126.
- Berg van der, Carl: Die Lahn. Zur 600. Jahrfeier der Stadt Diez. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149, S. 12. Festschau.
- Bierbrauer, Berufsschulvorsteher, staatlicher Berufsschulrevisor: Die Entwicklung der Diezer Berufsschule. Ebenda S. 7 f.
- Bohrmann, Karl Hermann-Aull: Die St. Peterskirche zu Diez. Ebenda S. 13 f.
- R. B.: Seltene Bäume am Diezer Felkebad. Ebenda S. 4.
- Debusmann, Oberpostmeister: Rückblick und Ausblick der Reichspost in Diez. Ebenda S. 5.
- Decker, Kreisdeputierter und Vorsitzender der Kreisbauernschaft f. den Unterlahnkreis: Die Landwirtschaft im Unterlahnkreis. Zum 600. jährigen Jubiläum ihrer Kreisstadt (Diez.) Ebenda S. 4.
- Von einem Diezer: Aus dem Diezer Verwaltungsleben früherer Zeit. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. S. 10.
- Eufinger, Pfarrer der kath. Gemeinde Diez: Aus der Chronik der katholischen Gemeinde in Diez. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. Festschau. S. 13.
- Eufinger: Diez im Zeichen des Sports. Ebenda S. 17.
- Fiebig, Georg-Freindiez: „Die arme und nahrungslose Stadt Dietz“. Ein geschichtlicher Rückblick zur Sechshundertjahrfeier. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Fiebig, Georg-Freindiez: Zur Geschichte des ehemaligen Diezer Zuchthauses. Ein kulturhistorisches Bild. Nach den Akten der Zuchthauskommission und der Nassau-Oranischen Landesregierung zu Wiesbaden. Koblenzer Heimatblatt. 5. Jahrg. 1928. Nr. 49 bis 52. Nassauische Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Gehler, Viktor: Diez im Wandel der Zeiten. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 13. Festschau.
- Gehler, Viktor: Zur Sechshundertjahrfeier der Stadt Diez. N. Ht. 9. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Goldsticker, Regierungsbaurat: Diez und die Lahn. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 10. Festschau.
- Gros, Generalmajor a. D.: Diez die Militärstadt. Der Rückblick eines ehemaligen 160 ers. Ebenda S. 19.
- Heck, Robert: Theodissa oder der Wille zum Leben. Zum 600. jährigen Stadtjubiläum von Diez. Von seinem Bürgermeister. Ebenda S. 1 f.
- Heck, Robert: Diez, eine Perle der Lahn. N. A. L. K. 1928. S. 37 ff.
- [Heck, Robert-Diez]: Von Schifffahrt und Handel. Heimatblätter f. d. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 14. (cf. Diez/Lahn, Bilder aus der Vergangenheit einer deutschen Kleinstadt. Verl. v. H. Chr. Sommer, Diez u. Bad Ems.)
- Hemming, Heinrich: Deutsches Turnen in Diez. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 17. Festschau.
- Henkmann, Dr. W.: Die Staatliche Rebschule in Diez und der deutsche Weinbau. Ebenda S. 4 f.
- Hüllein, Dr. med.: Felke-Heilsystem und Felkebad Diez. Ebenda S. 12.
- : Die israelitische Kultusgemeinde. [Diez.] Ebenda S. 14.
- Kleh, August-Diez: Einzelbilder aus der Geschichte von Diez. Aus der ersten, bisher unveröffentlichten Diezer Chronik von Albert Maxheimer, Diez, zusammengestellt und bearbeitet. Ebenda S. 11.

- Kleh, Aug.: Diezer Schulen. Aus der Chronik von A. Maxheimer bearbeitet. Ebenda S. 12.
- Kleh, Aug.: Das Privileg der Wuth'schen Amtsapotheke zu Diez. Nach alten Urkunden zusammengestellt. Ebenda S. 13.
- Kutsch, Dr. F.: Ein Specksteinmodel des Hans Dirmstein (Ein Diezer Bodenfund), mit 3 Abbildungen. A. 50. Bd. 1929. 1. Heft S. 58—66.
- Laubender-Wuth, Dr. Margarethe: Ein Beitrag zur Entwicklung der Diezer Apotheke. Diezer Zeitung 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 12 f.
- Liesau, Dr. Franz-Diez a. L.: Von der Lateinschule zum Reformrealgymnasium. Ein Beitrag zur Geschichte der Diezer Höheren Schule. Ebenda S. 6.
- von Lindeiner-Wildau, H. E.; M. d. R. Ein Festgruss [an Diez]. Ebenda S. 3 f.
- : Aus der Geschichte der Stadt Diez. Zur 600 Jahrfeier. Taunusblätter 1929. Jahrg. Nr. 28.
- Lutsch, Dr., Landeshauptmann in Nassau, Wiesbaden: Zur 600 Jahrfeier der Stadt Diez. Diezer Zeitung, 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 11. Festaussgabe.
- May, Adolf: Aus der Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr Diez. Ebenda S. 18.
- May, Karl: Zwei moderne Urkundenfälschungen zur älteren Geschichte der Stadt Diez. A. 50. Bd. 1929. 1. Heft. S. 43—57.
- Meyer, Otto-Diez: Vom Handel in Diez. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 12 f. Festaussgabe.
- Müller, Konrad Bernhard: Die Geister Flotte der Diezer. Ebenda S. 15.
- Ringshausen, H.: Zur Geschichte der Diezer Volksschule. Ebenda S. 7.
- Schäfer, Anny: Heimerinnerungen. [Diez.] Ebenda S. 10 f.
- Schäfer, Fritz, Regierungsbaurat-Diez: Diez und seine baugeschichtliche Entwicklung. Ebenda S. 9 f.
- Schaus, Emil: Beiträge zur älteren Geschichte der Diezer Mühlen. A. 60. Bd. 1929. 1. Heft, S. 28—42.
- Schneider, Hans: 600 Jahre Stadt Diez, 1329—1929. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 1. Festaussgabe.
- Siebert, Hermann: 600. [Diez.] Ebenda S. 6.
- Wilhelmi, Dekan: Die evangelische Kirchengemeinde in Diez. Ein Rückblick in vergangene Jahrhunderte. Ebenda S. 13.
- : Zur 600-Jahrfeier der Stadt Diez. W. Sch. 22. Jahrg. 1929. Nr. 6. Taunus. 14. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- : Aus dem Verwaltungsleben früherer Zeit [Diez]. Von einem Diezer. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149 Festaussgabe S. 6.
- : Zuchthausmethoden in früherer Zeit, eine Erinnerung anlässlich der Auflösung des Zuchthauses Diez. Aarbote 1928. Nr. 12.
- Bahmer, Oberstudienrat-Dillenburg: Der Dillenberg. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Becker, E. Studiendirektor-Dillenburg: Altnassau-Dillenburgische Ärzte und Naturforscher. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 9 bis 20.
- Becker, Studiendirektor: Das oranien-nassauische Archiv zu Dillenburg und seine Beamten. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Brandenburger, Dekan: 90 Jahre evangelische Kirche Aus dem kirchlichen und religiösen Leben des Dillkreises. Dill.-Ztg. Jubil. Ausg. 5. X. 29.
- Dereziński, Rektor-Haiger: Bebauungspläne aus Dillenburgs Vergangenheit. Dillenb. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Dereziński, Rektor-Haiger: Vor 150 Jahren. (Nach den Dillenburgischen Intelligenzblättern vom Jahre 1779. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Dönges, Dr. C.: 80 Jahre Gewerbeverein Dillenburg und Entwicklung des Berufsschulwesens in Dillenburg. Selbstverl. des Gewerbevereins. 1929.
- Dönges, Dr. C.: Ein fürstliches Leichenbegängnis zu Dillenburg vor 100 Jahren, am 15. Oktober 1739. [Christian von Nassau-Dillenburg.] Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 14.
- Dönges, Dr. C.-Dillenburg: 90 Jahre Heimatbezirk. Rückblick auf die ehem. staatliche und Selbstverwaltung in den Ämtern Dillenburg, Herborn u. im Dillkreis. Dill. Ztg. Jubil. Ausg. 5. X. 29.
- Dönges, Dr. C.-Dillenburg: Dillenburg. Didaskalia. 106. Jahrg. 1928. Nr. 40.
- [Fett, W.-Dillenburg]: Ein 90 jähriges Jubiläum. [Buchhandlung von Moritz Weidenbach, Dillenburg.] (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 9.

- Gierlich, C. A., Bürgermeister a. D. Bergzabern: Aus meiner Dillenburgers Amtszeit. Dillztg. Jubil. Ausg. 5. X. 29.
- Heintz, Dr. Studienrat-Dillenburg: Die Wickbrücke zu Dillenburg und ihr Name. (Dillenburg.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Aus dem tollen Jahr: Warum die Märker der Calenberger Zente nach Dillenburg zogen. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Exodus Dillenburgers Gestütsperde im Jahre 1808. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Irlé, Lothar-Niederortzen: Das Dillenburgische in Siegerländer Urkunden vor 1500. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Irlé, Lothar: Personale Beziehungen zwischen dem Dillenburgischen und dem nördlichen Siegerland im 17. Jahrhundert. (Dillenburg.) Heimatblätter 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Kupfrian, Bürgermeister: 90 Jahre Stadt Dillenburg. Dill. Ztg. Jubil. Ausg. 5. 10. 29.
- Kupfrian, Bürgermeister-Dillenburg: Das alte Hofgartentor in Dillenburg. Ein Kunstwerk in Gefahr. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Leng, August, Syndikus: 90 Jahre Industrie und Handel. [Dillkreis]. Dillztg. Jubil. Ausg. 5. X. 1929.
- Lücke, E. Bergrat, i. R.-Wiesbaden-Biebrich: Interessante Persönlichkeiten aus dem Kreise der Dillenburgers Bergbeamten älterer Zeit. [Pieler, Frohwein, Fuhrmann]. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Mayer, P.: Der Dillkreis. Dill. Ztg. Jubil. Ausg. 5. X. 1929.
- Mayer, P.: Die Revolution von 1848 im Spiegel des Dillenburgers Wochenblattes. Dill. Ztg. Jubil. Ausg. 5. 10. 29.
- Mayer, P.: Die Zeitungs-Anzeige von anno dazumal. [Dillenburg]. Ebenda.
- Mayer, P.: Dillenburg, einstmalige Mittelpunkt der Welt. Ebenda.
- Mayer, Paul-Dillenburg: Die Dill-Zeitung und ihre Vorläufer. Eine Geschichte des Zeitungswesens im Dillenburgischen. Ebenda.
- Mayer, P.: Wie die Dill-Zeitung entsteht. Ein Arbeitstag in unseren Betriebsräumen. Ebenda.
- Menz, H. L.-Dillenburg: „Fachliche Kleinodien“ an der evangelischen Kirche zu Dillenburg. Ein Beitrag zur Baugeschichte der Kirche. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 21.
- Menz, H. L.-Dillenburg: Dillenburg. Einst und Jetzt. Ebenda Nr. 9.
- N. N.: Der Dillenburgers Tiergarten. Die Brunneninschrift am Neuen Haus. Ebenda Nr. 4.
- Nies, R.-Haspe: Eine Dillenburgers Bürgerordnung aus dem 15. Jahrhundert. Ebenda Nr. 18.
- Nies, Rudolf-Haspe: Aus der guten alten Zeit. Neuer Galgen zu Dillenburg. (1727). Hinrichtung auf dem Galgenberg, 1827. Westerw. Schauinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Peters, Walter, Studienrat: 90 Jahre katholische Kirche. Die Geschichte der katholischen Pfarrei Dillenburg (1783) 1839—1929. Dill-Ztg. Jubil. Ausg. 5. 10. 29.
- O. R. D.: Vor 150 Jahren. [Aus den Dillenburgers Intelligenznachrichten]. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- d: Ein Zahnarzt in Dillenburg vor 140 Jahren. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Weinmann, Bergrat-Dillenburg: 90 Jahre Bergbau im Dillgebiet. Dill-Ztg. Jubil. Ausg. 5. 10. 29.
- Hörpel, L.: Dillhäuser Chronik. L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 3 bis 7. Bespr. von W. H. in N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Wie die Dillhäuser einen preussischen Deserteur befreiten. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Becker, E. Studiendirektor-Dillenburg: Das höhere Schulwesen im Dillkreis. Dill-Ztg. Jubil. Ausg. 5. X. 29.
- Müller, F. Studienassessor-Dillenburg: Die Jagd im Dillkreis. (Dillenburg.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Schulze-Rössler, Landwirtschaftsrat-Westerburg: 90 Jahre Landwirtschaft im Dillkreis. Dill-Ztg. Jubil. Ausg. 5. X. 29.
- Birkenbeul, Fritz: Vom Dilltal zu den Höhen des Westerwaldes. Land u. Zeit, Beilage zum Nass. Boten 1928. Nr. 46.
- May, Karl Hermann: Doriar und die Herren von Merenberg in legendarer Überlieferung. Nass. Ann. 50. Bd. 1929. 2. Heft.

- Roedler, Georg: Die Dornburg und ihre Wunder. Westerwälder Heimatkalender 1928. S. 50 ff.
- St. Fr.: Die 100 jährige Jubelfeier des Hotel Scheller in Dornholzhausen. Taunusbote Bad Homburg 1928. Nr. 207.
- Stückrath, Otto: Zur Ortsgeschichte Dotzheims. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- : Kriegerehrung. [Arnold Hensler: Kriegerehrenmal in Dotzheim; Kriegergedächtniskapelle in Möllingen.] Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 19.
- Hörpel, Leonhard: Die Aufhebung der Besthauptpflicht im Amte Driedorf durch den Fürsten Adolf von Nassau. [1668]. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 19.
- N. N.: Der Brand von Driedorf 1672. Hirschkuh in Herbornseelbach. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Diel, J. Dekan: Eine Weinprobe in Eberbach. Biebricher Tagespost 1928. Nr. 81.
- Kalisch, J.: Kloster Eberbach im Rheingau. (Die Stätte deutscher Weinkultur). Alt-Nassau 1929. Nr. 21.
- Kutsch, F.: Die Zisterzienserabtei Eberbach. Wiesbaden, Dioskuren Verlag 1927. (Rhein. Kunstbücher. Bd. 4.)
- Steinbach, J.: Aus der Kulturgeschichte der Abtei Eberbach. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Stiefvater, A.: Die Beziehungen des Klosters Eberbach zu Weilbach. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 13.
- Minola, Josef: Eddersheim als Dompropsteiliches Dorf. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928 Nr. 19.
- : Geschichte der Eddersheimer Pfarrei. Ebenda Nr. 19.
- Bellinghausen, Dr. Hans: Die grosse Kanone „Vogel Greif“ der Kurtrierischen Festung Ehrenbreitstein. Koblenzer Heimatblatt. Wöchentl. Sonder-Beilage des Koblenzer Generalanzeigers. 5. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Nies, Ludwig: Eine Wirtshauskirche am Mittelrhein. [Ehrental.] (Mit einer Kunstbeilage von Peter Nink.) Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Bertram, H. Rektor-Rüdesheim: Das Eibinger Heiligenhäuschen. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Domarus, Dr. Staatsarchivdirektor: Die Säkularisation der Benediktinerinnen-Abtei Eibingen. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Krayer, Anton: Die Entstehung von Eibingen. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. S. 63—64.
- Wagner, Johann Jakob: Der Untergang des alten Klosters Rupertsberg. [Eibingen]. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Weil, H., Pfarrer-Eibingen: Die Reliquien der heiligen Jungfrau und Äbtissin Hildegard in der Pfarrkirche zu Eibingen im Rheingau. Nass. Bote 1928. Nr. 16.
- Hörpel, L.: Schatzgräber auf der Maiburg [Eigenberg]. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Herold, A.: Alte Dorfkirchen auf dem Einrich. Nass. Allg. Landeskalendar. 53. Jahrg. 1930. S. 41 ff.
- Steffen, P. Stephan-Marienstatt: Von Eisenbacher Schultheissen im 18. Jahrhundert. Land u. Leute. Beilage zum Nass. Boten 1928. Nr. 32.
- Schmidt, E. H.-Eisenroth: Was uns die Kirchenrechnung der Gemeinde Eisenroth aus der Zeit der Reformation ab 1523 erzählt. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Müller, W.-Dörsdorf: „Freiflecken“ Eisighofen. [1803]. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Arndt, Willy-Eitelborn: Eine kleine Skizze von einem Westerwalddorf. Ebenda Nr. 8.
- Arndt, Willy: Mein Westerwalddorf. [Eitelborn.] Alt-Nassau 1929. Nr. 23.
- Kunz, H.-Elkershausen: Von einem ehemaligen mittelalterlichen Grenzbefestigungswerk bei Elkershausen. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Kunz, H.-Elkershausen: Die Elkershäuser National- oder Bürgergarde im Jahre 1848. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Kunz, H.: Geschichte der Kirche zu Elkershausen 1278—1928. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Schmidt, F. A.: Elkershausen, Dorf, Burg und Geschlecht. Ebenda Nr. 9.
- Schmidt, F. A.: Grabsteine in der Elkershäuser Kirche. Ebenda Nr. 9.
- Becker, Erich: Was die Gemeinde Eltville 1680 beschwerlich fand. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Domarus, Dr., Staatsarchivdirektor: Wann wurde das erzbischöfliche Schloss Eltville zerstört und wieder aufgebaut? Ein Beitrag zur Geschichte der Schweden im Rheingau und zur Baugeschichte der Burg Eltville. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1, 2.

- Meuer, A. H.: Eine Judenzählung im Kurmainzer Oberamt Eltville anno 1782. Der Rheingau. 3. Jahrg. 1930. Nr. 1.
- Milani, A.: Über alte Wandmalereien in der Burg der Erzbischöfe und Kurfürsten von Mainz zu Eltville. N. H. 1929. 30. Jahrg. Heft 4.
- Otto, H.: Die Kartäuser im Rheingau. [Eltville.] Nass. Ann. 50. Bd. 2. Heft. 1929.
- Otto, H. Prof. Dr.-Wiesbaden: Die Burg zu Eltville, eine Schöpfung des Erzbischofs Baldwin von Trier und seines Gegners Heinrich von Virneburg. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 4. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 22.
- Schaus, Dr. Emil, Archivdirektor-Koblenz: Eine Stadtrechtsverleihung für Elz. Annalen. 1928. 49. Band. S. 141—43.
- Steinmetz, E. G.: Aus der Geschichte von Emmershausen. I—IX. Heimat und Welt. Unterhaltungsbeilage zum Kreisblatt für den Kreis Usingen. 4. Jahrg. 1928. Nr. 3 u. 4.
- Bach, Adolf: Das Mühlenwesen in der Vogtei Ems. Nass. Annalen. 50. Bd. 1929. 2. Heft.
- Bach, Adolf: Skizzen zur Geschichte von Bad Ems. Bad Ems 1927. Verlag von G. Heil.
- Gansen, J.: Eine beschwerliche Badereise des Landgrafen Philipp von Hessen. [nach Ems, 1637]. Koblenzer Heimatblatt 6. Jahrg. 1929. Nr. 36.
- Henche, A.: Alt Ems. Aufsätze. Verlag von Gg. Heil. (o. J.) Die Besetzung von Bad Ems anno 1806. Ems in Erwartung der Pest (1721). Unsere schöne Heimat, (Diezer Anzeiger) 1929. Nr. 4, 5.
- Henche, Albert: Bad Ems. Rhein. Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 4.
- Löhmann, Dr.-Bielefeld: Bad Ems und seine Umgebung vor 100 Jahren. Koblenzer Heimatblatt 6. Jahrg. 1929. Nr. 16.
- Stückrath, Otto: Alt Emser Fastnacht. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Wagner, Heinrich-Bad Ems: Badereisen nach Ems in alter Zeit. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Wagner, H.-Ems: Vom Kurtheater zu Bad Ems. Koblenzer Heimatblatt. 5. Jahrg. 1928. Nr. 47.
- Wagner, Heinrich: Ein Pferdehandel in Ems vor 160 Jahren. Aus dem Ortsarchiv. Ders.: Die Spiesser Kirmes in Bad Ems. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Wagner, Heinrich: Ein Emser Steuerkuriosum. Nach Akten der ortsgeschichtlichen Sammlung. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Wagner, Heinrich: Aus vergangenen Emser Tagen. Nach den Akten des Emser Ortsarchivs. Heimatblätter f. d. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 13. 4. Jahrg. 1929. Nr. 2, 4, 6.
- : Frei! [Schicksale der Städte Ems, Nassau und Diez während der französischen Besetzung vom Dezember 1918 bis Dezember 1929.] Sonderausgabe der Emser und Diezer Zeitung. 36. Jahrg. Nr. 292. 14. Dez. 1929.
- : „Die Sonne auf dem Baad zu Ems.“ Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- dt: Der Ennericher Erdfall auf dem Wingertsberg, 1784. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Nikolaus, A.: Eppenhain. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Br. J.: Die Eppsteiner. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 7/8.
- Wagner, P.: Die Eppsteinischen Lebensverzeichnisse usw. (cf. Bibliographie 1926/27. Annalen Bd. 49.) Bespr. von Schaus in N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 1 und von W. Lippert in „Histor. Zeitschrift“. Bd. 138. Heft 3. S. 711. 1928.
- Kaltwasser, Karl: Erbach im Rheingau. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Straub, August: Eine vergessene Stätte deutscher Frömmigkeit. [Erdbach.] Aus meinem Wanderbuch. Idst. Heimatschau 1928. Nr. 10. Oranien-Nassau. 1. Jg. 1929. Nr. 4, 5. Nassovia. 29. Jg. 1929. Nr. 1. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- O. R. D.: Der Eschbacher Hammelkrieg. [1662.] Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Hoffmann, Wilh.: Die Gemeinde Wissenbach kauft die Eschenburg 1590 von Johann dem Älteren. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Benner, J.-Nievern: Fachbach und Miellen im Jahre 1821. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Hb.: Die Falkensteiner Mühlen. Taunusblätter 1928. Nr. 22.
- Hb. [Hasselbach, G. Wilh.]: Geschichtliches über Burg Falkenstein. (Nürings — Minzenberg — Falkenstein — Nassau — Preussen). Taunusblätter 1928. Nr. 29—33.
- Hb.: Zugewandert. [Falkenstein]. Taunusblätter 1928. Nr. 23.
- Nies, Rudolf-Haspe: Feldbach bei Dillenburg. 1. Die kirchlichen Verhältnisse Feldbachs in älterer

- Zeit. 2. Die Verlegung der Pfarrei Feldbach nach Dillenburg. (Dillenb.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 3, 8.
- Dietz, Rudolf: Aus alten Feldbergbüchern. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Hecht, Richard: Fünfundzwanzig Jahre Feldberg-Turm. Heimatkalender für den Taunus. 1929. S. 104 f.
- Hecht, Richard-Frankfurt a. M.: Im Banne des Pferdkopfes. [Feldberg.] Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Seidel, Rolf: Der Brunhildisfelsen in der altgermanischen Göttersage. [Feldberg.] Taunusblätter 1928. Nr. 34.
- Steinmetz, E. G.: Der Feldberg im Geistesleben der Heimat. Vortrag. Sonderabdruck. Taunusbote, Jahrg. 1929. Nr. 40—48.
- : Vom Feldberg. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- : Die Franzosen [General Mordacq] und das Feldberg-Kastell. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- : Von der Blockhütte zum Observatorium. 100 Jahre Feldberg — Wetterbeobachtung. Biebricher Tagespost 1928. Nr. 156. Taunuszeitung Königstein 1928. Nr. 133.
- : Das erste Feldberghaus. Taunusblätter. Jg. 1929. Nr. 30. Land u. Zeit. 1928. Nr. 2.
- : Hundert Jahre Gradmessung auf dem Feldberg. Taunusblätter. Jg. 1929. Nr. 46.
- : Flammersfeld. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- v. O.: Gründung der Pfarrei Fleisbach. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- : Kriegerehrenkapelle in Flörsheim. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 19.
- Schmidt, Erwin-Frankfurt a. M.: Das Haus Weilburg in Frankfurt a. M. I., u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Meuer, A. H.: Geschichte von Dorf und Burg Frauenstein, nebst Nachrichten über die Höfe Armada, Grorod, Nürnberg, Rosenköppl und Sommerberg 1929. Rauch, Wiesbaden. Bespr. von Erich Becker: D. Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 2.
- Meuer, A. Hch.: Schloss Sommerberg bei Frauenstein. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Fiebig, Georg-Freindiez: Aus der Geschichte der Freilinger Posthalterei. Koblenzer Heimatblatt (Kobl. Generalanzeiger). 5. Jahrg. 1928. Nr. 27.
- Steinbach, O.: Aus der Geschichte der Freilinger Posthalterei. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928 Nr. 14.
- G. F.: Aus Thurn und Taxis' Zeiten. [Nach den Originalakten der Posthalterei Freilingen.] Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929 Nr. 18.
- Bäumer, Otto-Freudenberg: Gericht und Verwaltung des Amtes Freudenberg. Siegerner Heimatland. 3. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Horn, H.: Klein-Frankreich. Ein Ausschnitt aus der Geschichte Frickhofens. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Hain, Heinrich-Gumbinnen: Aus der Vergangenheit von Frohnhausen und Wissenbach. Kriegsbegebenheiten. (Dillenb.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Hain, Heinrich: Die Pest und andere Krankheiten im Kirchspiel Frohnhausen in 3 Jahrhunderten. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Hoffmann, Wilhelm: Eine Frohnhäuser Kirchenordnung 1809. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jg. 1929. Nr. 21.
- Benner, J.-Braubach: Aus der Geschichte des Dorfes Frücht. Rheinisch-nassauische Tageszeitung. (St. Goarshausen.) 1928. Nr. 235, 256, 264.
- Schweter, Walter: Im Waldland des Reichsfreiherrn vom und zum Stein. [Frücht.] Unser schönes Heimatland. Jg. 1929. Nr. 13.
- Wagner, Heinrich: Aus dem Dorf des Stein'schen Erbbegräbnisses. [Frücht.] Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Holz, Walther: Über die Lage der Burg Fürsteneck. Annalen 1928. 49. Bd. S. 135—140.
- Fiebig, Georg: Das alte Rathaus und die Linde von Geisenheim. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Hoehl, Karl-Geisenheim: Die katholische Pfarrkirche von Geisenheim. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- : Geisweid. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 1. S. 13.

- Wolf, K.: Glashütten im Taunus. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Mathar, Dr. Ludwig: Der Kreis St. Goar, das Land zwischen Rhein und Mosel. Rheinische Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 3.
- Benner, J.-Braubach: Die Parlamente im Herzogtum Nassau. Besitzverhältnisse im Kreise St. Goarshausen. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Nies, Ludwig-St. Goarshausen: Martininachbarschaften am Mittelrhein. [St. Goarshausen.] Lahn u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 18.
- Nies, L.-St. Goarshausen: Wahrschauerhäuschen am Rhein. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Jungmann, Ernst: Geschichte des Kreises St. Goarshausen in Einzelbildern. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 26—35. 11. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Schöller, Karl M.: Die Kirche von St. Goarshausen. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 14.
- Zorn, Rich.: Wanderungen durch den Kreis St. Goarshausen. I. Alte Grenzsteine. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 5, 6.
- Herber, Alfred: Skizzen aus Kloster Gottesthal. Ein Beitrag zu seiner Geschichte. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Ullius, F.: Die Korbflechtschule in Grävenwiesbach. N. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Henche, Albert: Der Graue Stein. Alt-Nassau 1929. Nr. 10.
- Becker, E., Studiendirektor: Ein Zweikampf in Greifenstein anno 1668. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jg. 1929. Nr. 22/23.
- Dümler, Erich: Die Töpfer von Grenzau. Alt-Nassau. 1929. Nr. 1.
- O. R. D.: Der letzte Grenzauer. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Sponheimer, D. M.-Berlin-Dahlem: Eine Gronauer Hospitalordnung aus dem 16. Jahrhundert. Nass. Heimat. 29. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Büsse, Jos.-Hachenburg: Hachenburg und die Freusburg Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- H. K.: Eines Hachenburger Handwerksburschen Wanderweg im Jahre 1843. Westerwälder Heimatkalender 1928. S. 50 f.
- Jung, Dr., G.-Hadamard: Hadamar. W. Sch. 22. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- : Der Hadamarder Hilgenborn. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Hörle, Dr. Josef: Die Fehde um den Häuserhof im Jahre 1772. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 14.
- Löber, Karl: 90 Jahre Stadt Haiger. Dill-Ztg. Jubil. Ausg. 5. X. 29.
- Mayer, P.: Haiger die 1000 jährige Stadt. Ebenda.
- Menz, H. L.-Dillenburg: Ein Beitrag zur Baugeschichte der evangelischen Kirche in Haiger. Leistungen von Chr. Schmauss-Haiger. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 14.
- Melchers, Maria-Wiesbaden: Haintchen, ein Jdyll im Taunus. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Fischbach, N.: Von zwei Künstlern der alten Zeit aus Hallgarten. [Johannes Dymge u. Johannes Bapt. Zell.] Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Zott, Oswald: Die Baugeschichte des Rathauses in Hallgarten. N. Ht. 8. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Hofmann, E.: Dorf Hambach, Heimbachskirche und „Schlesselmensch“. Siegener Heimatblätter. 3. Jahrg. 1928. Nr. 9, 10.
- Hanson, Ludwig: Eine Grenzberichtigung. Skizze aus der Zeit nach dem 30 jährigen Kriege. [St. Goarshausen und Baumbach.] Nass. Allg. Landeskalendar. 53. Jahrg. 1930. S. 37 ff.
- Meuer, A. H.: Die Burg zu Hattenheim und das Patronat der dortigen Kirche. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Ziemer, M.: Die Pfarrei Hefftrich nach dem 30 jährigen Kriege. Aus den Idsteiner Protokollen Superintendentes Erythropilus im Staatsarchiv zu Wiesbaden ausgezogen. Idsteiner Heimatblätter. 1928. Nr. 7.
- Behlen, Heinrich-Bach: Das Herborner Heimatmuseum. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1 bis 8.
- Hofmann, J. H. †: Die Herborner Stadtbefestigung. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1 bis 10.
- Hopf, Fr. Direktor-Herborn: Die Baudenkmäler des Amtes Herborn. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1929. Nr. 1, 2, 5. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1, 2.
- Klingelschmitt, F. Th.: Die alte Universität. [Herborn] Didaskalia. 107. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Mayer, P.: Herborn, das nassauische Rothenburg. Dill-Ztg. Jubil. Ausg. 5. X. 29.

- Nies, Rudolf-Haspe: Die Entdeckung des Gesundbrunnens bei Herborn. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Schmidt, Ferd.-Herborn: Noch einige Baudenkmäler. [Die „Greden“ in Herborn.] Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Schmidt, Ferd.-Herborn: In Winkeln und Gässchen Herborns. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Schumann, Rektor i. R.: 90 Jahre Stadt Herborn. Dill-Ztg. Jubil. Ausg. 5. X. 29.
- Aus Steubing: „Topographie der Stadt Herborn“. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1 bis 4. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1. 2.
- Trott, L.-Haiger: Herborn Sitz des 1. Nass. Verwaltungsbezirks. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Wissenbach, E.: Die alte Universitätsstadt Herborn. Bäder-Wochenendblatt der Frankfurter Nachrichten. 17. August 1928 3. Beiblatt. Nr. 228.
- : Der Hermannsborn im Taunus. Taunusbote Bad Homburg 1928. Nr. 293.
- Schell, O.: Land und Leute im Hickengrund. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Bertram, Heinrich: Die Hindenburgbrücke. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929 Nr. 1.
- Schäfer, Emil-Hirzenhain: Die Entstehung und Entwicklung der Segelfliegerei in Hirzenhain. Nass. Blätter 9. Jahrg. 1929. Nr. 9, 10.
- Müller, K.: Das „Viktoria-Denkmal“ in Hochheim. Nass. Heimat 8. Jahrg. 1928. Nr. 19.
- : Die ältesten geschichtlichen Nachrichten über Hochheim. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 19.
- Ullius, Fritz: Der Hochaunus in seinen Heimat- und Wanderwerten. Der Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Bauer, Heinrich: „Alt Höchst“. [Skizzenmappe.] Verl. J. Kuhl, Höchst a. M.
- Bruch, Erich: Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Höchst a./M. im 19. Jahrhundert. Frankfurt, Dissert. vom 4. März 1924. [1925.]
- Frischholz, W.: Höchst a. M. in der Schwedenzeit. Alt-Nassau. 1929. Nr. 22.
- Frischholz, Wilhelm, Rektor in Höchst a. M.-Unterliederbach: Aus der Geschichte der Stadt Höchst am Main. Nassauische Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Hensler, Dr. Joseph: Höchster Baudenkmäler. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Leonhard, Philipp Hermann: Die Justinuskirche in Höchst am Main. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Stegmeyer, Franz: Althöchster Porzellan. Didaskalia. 107. Jahrg. 1929. Nr. 27.
- Jahresbericht des Altertums-Museums der Stadt Mainz für die Zeit vom 1. April 1926 bis 1. April 1927, in „Mainzer Zeitschrift“, Jahrg. XXII, 1927. S. 25 ff. [Enthält Mitteilungen über Höchster Porzellane nebst Abbildungen.]
- : Herzoglich Nassauisches Truppenlager bei Höchst im Jahre 1858. N. W. Z. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Lotz, K.-Nassau: Die „Brandschatzung“ des Dorfes Hümberg durch die Franzosen im Jahre 1795. Aus unserer Heimat. 1928. Nr. 1. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928 Nr. 10, 11.
- : Hundert Jahre Hohemark-Teilung. Taunusblätter. Jg 1929. Nr. 31.
- H.: Der alte Ziemer und die Burg Hohenstein. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Hess, Dr. N.: Holzappel. Mitteilungen für Münzsammler. Frankfurt 1929.
- Kasper, E.: Neujahrsglückwunschsreiben des Holzappeler Stadtrates an den Fürsten Karl Ludwig zu Anhalt-Schaumburg 1800. Heimatbl. f. d. Unterlahnkreis. 4. Jg. 1929. Nr. 14.
- Sannemann, Hermann-Bernburg: Anhalt-Bernburg und die Reichsgrafschaft Holzappel. Koblenzer Heimatblatt. (Kobl. General-Anzeiger.) 6. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Hoffmann, Josef-Breitscheid.: Auf der Hombacher Heide. Das kommende Westerwälder Heide-Naturdenkmal? Westerw. Schauinsland 22. Jahrg 1929. Nr. 1.
- Blümlein, C.: Das Homburger Schloss. Didaskalia. 106. Jahrg. 1928. Nr. 4, 5.
- H. J.: Die Gründung des Bades Homburg. Taunusbote, Bad Homburg 1928. Nr. 149.
- Schick: Die Geschichte des Eisenbahnvereins Bad Homburg. Taunusbote, Bad Homburg 1928. Nr. 152.
- Kasper, E.-Rossbach-Holzappel: Urkunde, betr. Erbleihablösung des Schaumburger Hoflandes zu Hohenhausen. [1860.] Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- : Die Stadt Hosten in grauer Vorzeit. Eine recht alte, aber doch neue Geschichte. (Forts.) Aus der Heimatgeschichte. (Montabaur.) 3. Jahrg. 1929. Nr. 2, 3, 4.

- Wüst, W.: Die Hühnerkirche. Aarbote 1928. Nr. 259.
- Ziemer, Max: Einige Notizen aus der Geschichte der Hühnerkirche. Idst. Heimatschau 1930. Nr. 1 2
- Fellmeth, Dr. A.: 200 Jahre Kirchendienst in einer Familie. [Dieffenbach in Idstein und Oberrod.] Deutsches Pfarrblatt. 33. Jahrg. 1929. Nr. 42.
- Kirmse, Max: Der Gold- und Silbermünzenschatz des Löwenkellers zu Idstein. Heimatkalender für den Taunus 1929. S. 60 ff.
- Ziemer, M.: Aufrührerisches aus Alt-Idstein. (Aus den Akten des Staatsarchivs in Wiesbaden.) Alt-Nassau. 1929. Nr. 14.
- Ziemer, M.: Idsteins Einwohner nach dem 30 jähr. Kriege bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts. Nach dem Kirchenbuch zusammengestellt. Idst. H. Sch. 4. Jahrg. 1928. Nr. 2, 3.
- Ziemer, M.: Berufung des M. Martin Erythropilus zum Superintendenten, Stadt- und Hofprediger nach Idstein im Jahre 1648. Aus den Idsteinischen Protokollen des Superintendenten Erythropilus im Staatsarchiv zu Wiesbaden ausgezogen. Idst. H. Sch. 4. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Ziemer, M.: Das Friedensfest zu Idstein im Jahre 1648. Aus den Idsteiner Protokollen des Superintendenten Erythropilus ausgezogen. Idsteiner Heimatschau 1928. Nr. 4
- Ziemer, M.: Die Gartenanlagen des Grafen Johannes am Idsteiner Residenzschloss um das Jahr 1650. Idsteiner Heimatschau 1929 Nr. 4.
- Ziemer, M.: Tabelle der an das französische Militär vom 1. Dezember 1797 bis Ende 1798 abgelieferten Fourage. Idst. Heimatschau. 1929. Nr. 12/13.
- Ziemer, M.: Wie die nassauischen Grafen nach dem 30 jährigen Kriege für ihre Residenzstadt Idstein sorgten. Idsteiner Heimatschau. 1928. Nr. 5, 8.
- Ziemer, M.: Georg Christian Rüger wird Pfarrer in Wörsdorf und Direktor der Schule in Idstein. Aus den Idsteiner Protokollen des Superintendenten Erythropilus ausgezogen. Idst. H. Sch. 4. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Ziemer, Max: Erblichbestandsbrief über das zum St. Michaelisaltar zu Idstein gehörige Hofgut zu Seelbach de anno 1549. Aus den Wiesbadener Staatsarchivakten (V 3 Herrschaft Idstein-644) ausgezogen. Idst. Heimatschau. 1929. Nr. 10 11.
- Ziemer, M.: Die Idsteiner Superintendentenkutsche. Nach den Akten des Wiesb. Staatsarchivs. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Ziemer, M.: Der herrschaftliche Viehhof in Idstein. Nach den Akten des Wiesb. Staatsarchivs Idst. Heimatschau. 1929. Nr. 10/11, 12/13, 14. 1930 Nr. 1 2.
- : Der Felssturz in Idstein. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- : Worte der Erinnerung an die Lehrer des ehemaligen Schullehrerseminars zu Idstein Schellenberg, Anthes, Frickhöffer, Walther, Thiel, Meister und Diehl. Idsteiner Heimatschau. 1928. Nr. 5 bis 13.
- K....: Das Kriegerehrenmal in Isselbach. Der Ehrenfriedhof in Hahnstätten. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Schmidt, E. H.-Eisemroth: Vor 300 Jahren im Kirchspielsdorf Issemrod. (Dillenb.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Bärwinkel, Paul: Schloss Johannisberg. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Heft 7.
- Fiebig, Georg: Das Colomb'sche Freikorps und sein Husarenstreich auf Schloss Johannisberg anno 1813. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Hoehl, Carl-Geisenheim: Johannisberg im Rheingau. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Kalisch, J.: Schloss Johannisberg im Rheingau. Alt-Nassau. 1929. Nr. 25.
- Irle, Albert-Niedersetzen: Beitrag zur Dorfgeschichte von Kaan-Marienborn. Siegener Heimat. 3. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Irle, Albert: Geschichte der Klapperts Mühle in Kaan. [Siegen.] Ein Gedenkblatt zu ihrem 250 jährigen Bestehen. Heimatlaud Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 1/2. S. 3 ff./S. 20 ff.
- Bockemühl, Erich: Kindheitstage im Kannebäckerland. Alt-Nassau. 1929. Nr. 19.
- Schmitt—Kraemer, Josef Adolf-Bingen: Burg Katz. Land u. Zeit. Beilage zum Nass. Boten. 1928. Nr. 35.
- Herder, Fritz: Zinsen, Zehnten, Frondienste der Niedergrafschaft Katzenelnbogen vor 150 Jahren. (Erklärt am Beispiel des Dorfes Hettenhain.) Alt-Nassau. 1929. Nr. 5.
- Herold, A.: Das ehemalige Kirchspielsgericht Katzenelnbogen. Unsere schöne Heimat, Beilage zur Pflege der Heimatkunde und Heimatgeschichte. Bad Emser Anzeiger. 1928. Nr. 5.

- Jacob, Bruno: Aus der Niedergrafschaft Katzenelnbogen. Hessenland. 40. Jahrg. 1928. Heft 12.
- Fiebig, Georg: Die Kriegsereignisse in Kemel 1866. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Wagner, Heinrich-Bad Ems: Aus vergangenen Emser Tagen. Ein Streit zwischen Schullehrer und Landwirt in Kemmenau u. a. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 3, 5, 7, 8, 11.
- : Kettenbach. N. A. L. K. 1928. S. 51 ff.
- : Das letzte hochnotpeinliche Halsgericht in Kirchen [1785]. Siegerner Heimatland. 3. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Berns, Robert-Mademühlen: Der Knoten. [Westerwald]. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Braubach, Max: Die Unruhen in Koblenz im Oktober 1799. Rheinische Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 3.
- Berns, Robert: Die Sage von Königsschuh am Knoten. [Mademühlen.] Alt-Nassau. 1929. Nr. 7. (Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.)
- Hb: Die Erstürmung Königsteins durch die Reifenberger 1374. Taunusblätter 1928. Nr. 17.
- Piepenbring, Georg: Alte Geschichte von Königstein. Taunus-Blätter. 1928. Nr. 1. folg. Jahrg. 1929. Nr. 1. folg.
- : Die evangelische Kirche in Königstein. Taunuszeitung Königstein. 1928. Nr. 183. [Geschichte des Baues!]
- : Geschichtliche Erinnerungen an das „Parkhotel und Kurgarten“ in Königstein. Taunuszeitung Königstein. 1928. Nr. 55.
- : Die Aufzeichnungen des letzten Königsteiner Türmers. Taunusblätter 1928. Nr. 39.
- Berns, Robert-Mademühlen: Der Kronbacher Weiher. Alt-Nassau. 1929. Nr. 20. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- K. K.: Kronberg oder Cronberg? Taunusblätter Jahrg. 1929. Nr. 45.
- : Das Kriegerehrenmal zu Laasphe. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 4. S. 64.
- Jungmann-Nordenstadt: Was wissen wir aus der älteren Geschichte des Ländchens? (Fortsetzung). Nassovia 29. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- von Dungen, V.: Ritterburgen und Schlösser über der Lahn. Ein Buch von hessen-nassauischer Vergangenheit. Halle 1929. Chr. Gräger. (Nassovia 1929. Nr. 10.)
- Scheuern, E., Landrat-Diez: Die Lahn als Schifffahrtsstrasse. Heimatblätter f. d. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 14. Nass. Allgem. Landeskulender. 53. Jahrg. 1930. S. 47 f.
- : Hochwasser an der Lahn (1909). Unser schönes Heimatland. 1929. (Ohne Datum und Nummer).
- Assmann, P.: Burg Lahneck. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Bernd, A.-Niederlahnstein: Burg Lahneck. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 7.
- Lotz, Karl: Zur Fertigstellung des Lahnkanals am 1. Januar 1929. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 4.
- Lutsch, Dr. Landeshauptmann: Zur Eröffnung des Lahnkanals am 1. Januar 1929. Heimatblätter f. d. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 14.
- Sch. H.: Der Lahnkanal, ein bedeutsames Werk in schwerer Zeit. Heimatblätter f. d. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 14.
- Fiebig, Gg.-Freiendiez: Die Lahnkanalisierung vor 80 Jahren. Ein Kapitel aus der nassauischen Verkehrspolitik. Koblenzer Heimatblatt (Kobl. General-Anzeiger. 5. Jahrg. Nr. 47. (25. 11. 28.)
- Steinbach, J.: Die Lahnkanalisierung vor 80 Jahren, interessante Erinnerungen. Land u. Zeit. Beilage zum Nass. Boten 1928 Nr. 45.
- H. H.: Von der Lahnmündung bis zur Pfalz im Rhein. Rheinisch-nassauische Tageszeitung (St. Goarshausen). 1928. Nr. 38.
- Spielmann, C.: Eine Lahnreise vor 100 Jahren. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Göbel, Dr. Ernst, Liegenschaftsrat-Köln: Zur Geschichte der Lahnschifffahrt. Heimatblätter f. d. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 14.
- Nemnich, Geh. Justizrat-Köln: Eine Reise im Lahntal vor 110 Jahren. Land u. Zeit. Beilage zum Nass. Boten 1928 Nr. 48.
- Mackeprang, R.: Schloss Langenau an der Lahn. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 6.
- Hörle, Dr. Josef: Das Hofhaus, der Volmhof und andere Höfe von Langendernbach. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Freiburg, Josef: Etwas vom Lasterbach und der Geschichte seiner Dörfer. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 3.

- Zutt, H.-Wiesbaden: Geschichte des Hofgutes Steeg bei Laufenselden. Aarbote. 1928. Nr. 76. Alt-Nassau. 1929. Nr. 10.
- Klingelschmitt, Dr. Franz Theodor-Mainz: Liebenstein über Bornhofen. Nass. Heimat. 5. Jahrg. 1925. Nr. 1.
- von Preuschen, Dr. Rudolf Freiherr-Osterspai: Die Herren vom Stein und die Burg Liebenstein. N. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Assmann, P. Studienrat-Limburg: Das teilweise abgebrannte Schloss Limburg. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 5. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Fiebig, Georg-Freindiez: Vom Limburger Domhahn. Koblenzer Heimatblatt (Kobl. General-Anzeiger). 6. Jahrg. 1929. Nr. 39.
- Fliegel, Prof. Studienrat-Limburg: Der neue Kreuzweg der St. Anna-Kirche zu Limburg. Nass. Bote. 1928. Nr. 166.
- Glässer, Kaplan-Limburg: 40 Jahre katholischer Lehrlingsverein Limburg. Nass. Bote. 1928. Nr. 202.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Wann wurde das Sakramentshäuschen im Dom zu Limburg errichtet? Ein Beitrag zur Baugeschichte des Domes. Land und Zeit. Beilage zum Nass. Bten. 1928. Nr. 44.
- Höhler, Dr. J. Studienrat-Limburg: Die Isenburger in Limburg. Ein Beitrag zur Geschichte des Schlosses. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 2, 3.
- Höhler, J.: Der Dom zu Limburg a. d. Lahn. Ein Führer durch seine Kunst und Geschichte. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei. 1929.
- Höhler, Dr. Studienrat-Limburg: Die geschichtlichen Grundlagen der Architektur des Domes zu Limburg. Land und Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Nikolay, W.: Aus der Vorgeschichte des Bistums Limburg. In: Beiträge zur Gründungsgeschichte der Oberrheinischen Kirchenprovinz, veröffentlicht zum Jahrhundertjubiläum der Erzdiözese Freiburg i. Br. 1927. S. 217—258.
- Sternberg, Leo: Limburg an der Lahn. Didaskalia. 106. Jahrg. 1928. Nr. 42.
- Zedler, Gottfried: Zur Erklärung und Textkritik der Limburger Chronik. Münchener Museum für Philologie des Mittelalters und der Renaissance, Herausgeg. von Friedrich Wilhelm. 5. Bd. 1929. 2. Heft. S. 210—250.
- Zedler: Die Quellen der Limburger Chronik und ihre Verwertung durch Tilemann. Histor. Vierteljahrsschr. Jg. 28. S. 289.
- : Die Geschichte des Limburger Rudersports. Nass. Bote. 1928. Nr. 23.
- : Vor 30 Jahren, denkwürdige Daten aus der neueren Diözesangeschichte von Limburg. Nass. Bote. 1928. Nr. 27.
- Osterhage, Karl: Alte Grab- und Gedenksteine. [Löhnberg.] Mein Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Osterhage, Karl, stud. med.: Die Kirche zu Löhnberg. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 10. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Wehrum, Carl: Geschichte und Beschreibung des Löhnberger Schlosses. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1928. Nr. 5, 6.
- Zutt: Alte Geschichten vom Hundsbach bei Löhnberg. Land und Leute im Oberlahnkreis. Jg. 2.
- Becker, Erich: Lorch am Rhein und an der Wisper. Eine geschichtliche Skizze des Verkehrs und der Wirtschaft. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Herber, Alfred: Der Parteigänger Lacroix und sein Anschlag auf Lorch 1735. Der Rheingau. 2. Jg. 1929. Nr. 5.
- Sanner, A.: Ein Besuch in der Jugendherberge „Wispertal“ zu Lorch am Rhein. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Troitzsch, D.: Das Ehrenmal bei Lorch a. Rh. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- : Reichsehrenmal. (Rheininseln bei Lorch.) N. A. L. K. 1928. S. 59 ff.
- Diehl, Dekan-Hattenheim (Rhg.). An der Lorch bei 200 Jahren. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Berns, Robert-Mademühlen: Von den Mademühlener Viehherden und Hirten. N. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Wolff, K.-Griesheim: Von der Mainschiffahrt (1. Die Mainschiffahrt einst und jetzt. 2. Das Marktschiff Mainz—Frankfurt.) Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 15.

- : Main-Taunus-Kreis im Jahre 1928. (Kreisausschuss: Der Vorsitzende Landrat Apel 24. 3. 1929).
- mr: Der Mainzer Dom und Nassau. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 18.
- Schäfer, B.-Dernbach: Aus Sage und Geschichte des unteren Westerwaldes. Vom Malberg. Westerwälder Heimatkalender 1928. S. 86 ff.
- r: Der Malberg im Unterwesterwaldkreise. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- : Kurze Chronik von Mammolshain. Taunus-Blätter. Jahrg. 1929. Nr. 36.
- Meuer, A. Hr.: Der Hof Mappen, die Mapper Schanze und das Rheingauer Gebück. Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Müller, K.: Aus der Geschichte Marienbergs. Westerwälder Heimatkalender 1928. S. 42 ff.
- : Marienberg, der Tagungsort unserer diesjährigen Hauptversammlung. Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Beitz, Egid: Kunstführer an Rhein und Mosel. (Wellstein: Kloster Marienstatt). Verl. Augsburg: Filser.
- Gerards, P. Alberich, O. Cist.-Marienstatt: Der Einfluss des Armutsideals auf die Architektur im Zisterzienserorden mit besonderer Berücksichtigung der Abteikirche zu Marienstatt. Westerwälder Heimatkalender 1928. S. 111 ff.
- Steffen, P. Stephan, Abtei Marienstatt: Auf Zisterzienser-Spuren. Westerwälder Schauinsland. 21. Jahrg. 1928. Nr. 5 bis 9.
- Wellstein, P. Gilbert, O. Cist.: Nochmals das Alter der Abteikirche von Marienstatt. Entgegnungen: I. H. Otto. II. E. Stiehl. Nass. Heimatblätter. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- t: Marienthal im Lenzesschmuck. [Hugo Pfister]. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Hellmer, Dr. A.: Die Marksburg. Land u. Leute. Beilage zum Nass. Boten 1928. Nr. 30.
- Zichner, Rudolf Artur: Die Marksburg bei Braubach am Rhein unter hessischer Herrschaft. Mit 5 Abbildungen. Volk u. Scholle. 6. Jahrg. 1928. Heft 2.
- Zichner: Die Marksburg bei Braubach am Rhein. Rheinische Kunstbücher. Rheinische Verlagsgesellschaft Koblenz.
- Gersbach, Pfr.: Die Pietà in Marxheim. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Minola, Josef: Aus der Geschichte der Pfarrei Marxheim. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Mengerskircher Chronik. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 5—12.
- Hörpel, L.-Frankfurt a. M.: Die Mengerskirchener Zünfte. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Kutsch, Dr. Museumsdirektor: Die St. Egidius-Kirche zu Mittelheim. Ein neuer Datierungsversuch. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Nies, Ludwig: Lotsen auf dem Mittelrhein. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 3. (Alt-Nassau. 1929. Nr. 24.
- Benner, Josef: Die Herrschaft Molsberg im Westerwald. Land u. Zeit. 7. Jahrg. 1928. Nr. 46. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Becker, Kaplan: Aufhebung des Almosenhofes in Montabaur 1783. Aus d. Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Becker, Kaplan: Pfarrvisitation in Montabaur 1768. Aus d. Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- H. B. Montabaur auf der Universität Prag. Aus d. Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Gj. B.: Zur Tausendjahrfeier der Stadt Montabaur. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- W. H.: Dod geckig Mondebauer. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- W. H.: Joseph Scheidt, der erste Pedell des K. W. Gymnasiums [Montabaur]. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Kalb, Walter: Beziehungen der Franziskaner zu Montabaur 1627—1813. Aus der Heimatgeschichte (Montabaur). 3. Jahrg. 1929. Nr. 4, 5.
- Kalb, Walter: Du mein Montabaur. 12 Federzeichnungen. (1928). Verlag Willy Kalb, Montabaur.
- Kalb, Walter: Haus Hübinger-König am Grossen Markt in Montabaur. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Kalb, Walter: Verbot des übermässigen Holzverbrauchs beim Bauen und Verbot der Strohdächer im Amt Montabaur 1688. Aus der Heimatgeschichte (Montabaur.) 3. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Kalb, Walter: Wie zwei Diebe in Montabaur beim „Quetschestrenze“ gefunden und bestraft wurden. anno 1699. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 9.

- Kalb, Walter: Die Stadt Montabaur engagiert einen Maulwurfsjäger 1788. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Kalb, Walter: Wie man in Montabaur vom 18. bis 20. Oktober 1814 das Jahresgedächtnis der Völkerschlacht bei Leipzig und die Befreiung von den Franzosen feierte. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Kalb, Walter: Kriegsleistungen der Stadt Montabaur 1914—1927. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jg. 1929. Nr. 1.
- May, K. cand. theol.: Eine Sage über die Entstehung Montabaur. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Schmidt, Erwin-Frankfurt a. M.: Ein Postüberfall in der Hermolder bei Montabaur vor 100 Jahren. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- : Montabaur, Die tausendjährige Stadt. Aus der Zeit der grossen Brände, der schweren Kriegslasten und des Wiederaufstiegs. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 9—12.
- : Das alte Schloss Montabaur. Erinnerungen an Montabaur, die tausendjährige Stadt im Westerwald. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 6—12.
- Becker, Erich: Zum achtzigsten Geburtstag des Bürgermeisters in Nassau. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Becker, Dr. Hans Karl: Die Höhlen in Nassau. Alt-Nassau. 1929. Nr. 4, 5.
- Demmel, Karl: Tore, Türme und Stadtmauern in Nassau. (Dillenb.) Heimatblätter. 1. Jg. 1929. Nr. 2. Alt-Nassau. 1929. Nr. 9.
- A. H.: Nassau im Spiegel seiner Geschichte. Rhein u. Lahn. 1928. Nr. 36.
- Heiler, Dr. Karl: Die Ruhr in Nassau 1781—1783, die Ursachen ihrer Verbreitung und ihre Bekämpfung. I. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Lotz, Karl-Nassau: Der Adelsheimer Hof. [Nassau.] Heimatblatt für den Unterlahnkreis. 4. Jahrg. 1929. Nr. 13.
- Lotz, K.-Nassau: Von Märkten in Nassau im 17., 18. und 19. Jahrhundert. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 10.
- Lotz, Karl-Nassau/Lahn: Die Verteilung des Kirchspiels-Schulvermögens in Nassau in den Jahren 1817—24. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- L. M.: Stammburg und Schloss Stein im Lahntal. [Nassau.] Leben und Wirken des Reichsfreiherrn vom und zum Stein. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 4.
- Mackeprang, R.: Beschreibung des ehemaligen Amtes Nassau [Nach dem Wiesb. Staatsarchiv XXV 1a. Nr. 2. Gen. Hfc.] Aus unserer Heimat. 1928. Nr. 2.
- Mackeprang, Rudolf: Befreiung. [Nassau 1929.] Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 12.
- Mackeprang, R.: Der Besitzstand des Amtes Nassau 1816—1866. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 4.
- M[ackepran]g: Der Nassauer Burgfried von 1414. Aus unserer Heimat. 1928. Nr. 3.
- Mackeprang, R.: Kriegerehrung. Ehrentafel der Opfer des Weltkrieges. [Nassau.] Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 11.
- Mackeprang, R.: Nassauer Einwohner 1719. Aus unserer Heimat 1928. Nr. 3.
- Meyer, H. H.-Nassau: Die ortsgeschichtliche Sammlung in Nassau. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Meyer, H. H.-Nassau: Das Grab im Schlossgarten zu Nassau-Lahn. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 9.
- Meyer, H. H.-Nassau: Das Steindenkmäl, seine Geschichte und Erbauung. Aus unserer Heimat 1928/29. Nr. 6, 7, 8.
- Roth, Dr. Ludwig: Nassau und Solms. Alt-Nassau. 1929. Nr. 16.
- Sch.: Das alte Backhaus in Nassau. Alt-Nassau. Unterhaltungs-Beilage des Wiesbadener Tagblatts. Nr. 91. 18. April 1928.
- Struck, J.-Wiesbaden: Alt-Nassau zur Zeit der Städtegründung. Geschichtliches Allerlei aus dem Mittelalter. Westerw. Schauinsland. 22. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Trott, Louis-Haiger: Steuerliches aus Nassau und dem Dillgebiet vor 70 Jahren. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Ullius, Fritz: Burg Nassau. Eine volkstümliche Ansprache. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 7. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. Nr. 5.

- Wickel, Werner: Nassau im Stein-Erinnerungsjahr 1931. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 1.
- Peters, H.-Eltvile: Nastätten, einst und jetzt. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Wüst, Wilhelm: Geschichte des Dorfes Naurod. N. A. L. K. 1929. S. 37 ff.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a./M.: Der Nenderoder Pfarrweiher. Westerw. Schauinsland. 22. Jg. 1929. Nr. 12.
- Volland, Ria: Skizzen aus Neudorf. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Schumacher, K.: Neuhäusel im Westerwald. Eberts Reallexikon XI. S. 477.
- Jung, R.-Niederdielfen: Von der Kronprinzeneiche. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 3. Seite 42.
- Diels, H.: Das verschwundene Niederfischbach. N. A. L. K. 1928. S. 50 f.
- Herold, A.: Das ausgegangene Dorf Niederfischbach. Vortrag, gehalten im Verein für Ortsgeschichte auf dem Einrich. Unsere schöne Heimat (Diezer Anzeiger.) 1929. Nr. 3, 4, 5.
- Reichensperger, Peter-Koblenz: Vom ehemaligen „Horchheimer Turm“ der Johanneskirche zu Niederlahnstein. Koblenzer Heimatblatt. 6. Jahrg. 1929. Nr. 36.
- Bücher, Gg. H.-Niedertiefenbach: Niedertiefenbach und seine Geschichte. Land u. Zeit. 8. Jg. 1929. Nr. 10.
- : Zur Geschichte des Niederwalddenkmals. Biebricher Tagespost. 1929. Nr. 11.
- Meuer, A. Hch.-Wiesbaden: Niederwalluf, die Pforte des Rheingaus. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Volland, Ria: Skizzen aus Niederwalluf. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Quetsch, Joseph: Von der Nisterbrücke zwischen Erbach und Büdingen. Nach Akten des Staatsarchivs zu Wiesbaden. Westerwälder Zeitung. Hachenburg (E. Ebner.) 78. Jahrg. 1926. Nr. 97—100; 102—105.
- : Nievern an der Lahn. Rheinisch-nassauische Tageszeitung (St. Goarshausen). 1928. Nr. 21.
- : Nordenstädter „Allerlei“. Alt-Nassau. 1929. Nr. 27.
- O. R. D.: Warum Nordhofen nicht Stadt ist. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Hoehl, Carl-Geisenheim: Nothgottes im Rheingau. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Zichner, Rud. Art.: Kloster Nothgottes im Rheingau. Rheinische Heimatblätter. 6. Jahrg. 1929. Heft 10. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 15.
- Mohr, W. Lehrer: Chronik von Obereschbach. Taunusbote, Bad Homburg. 1928. Nr. 189 ff.
- Schmidt, W. Lehrer-Königshofen: Oberjosbach im Taunus. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Holz, Dr. W.-Oberlahnstein: Oberlahnstein. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Wüst, W.-Niedernhausen: Zur Geschichte des Dorfes Oberneisen. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- : Obernetphen gegen Beienbach (Siegen). Eine Urkunde aus alter Zeit. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 1. S. 9/10.
- : Höhenluftkurort Oberreifenberg i. T. (Höchstgelegener Ort des ganzen Taunus.) Heimatkalender für den Taunus 1928. S. 149.
- Dienstbach: Aus der Familiengeschichte eines Oberroder Pfarrers. Idst. Heimatschau. 1929. Nr. 10/11.
- Wagner, G.-Dotzheim: Feuerlöschwesen in Obertiefenbach aus früherer Zeit. Land u. Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Kiesewetter, Fr.: Oberursel. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Volland, Ria: Skizzen über Oberwalluf. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Becker, Erich: Die drei Martinskirchen zu Oestrich, Lorch und Oberwalluf. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Becker, Erich: Die Statue des heiligen Nikolaus. [Oestrich.] Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- E. [Becker]: Der Oestricher „Kranen“. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Döringer, Karl: Das Rheinufer von Oestrich heute und vor 50 Jahren. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Döringer, Karl: Ist der Oestricher Kran von Freiweinhelm herübergekommen? Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. S. 18—19.
- Döringer, Karl: Die Frankengräber von Oestrich. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. S. 44—45.
- Herber, Alfred: Die Liste der Handwerker und Gewerbetreibenden in Oestrich anno 1685. Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.

- Heck, R.: Die fürstlich-nassau-diezische Gemäldesammlung im Schloss Oranienstein zu Diez an der Lahn. Selbstverlag. (In Kommission bei Th. H. Meckel, Diez. 1927). Idsteiner Heimatschau. 1928. Nr. 5.
- Pleimes, Henny: Auslandsdeutsche Jungbäuerinnen auf einer deutschen Bauernhochschule. [Oranienstein]. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Ries, Hanns: Das Erziehungsheim „Schloss Oranienstein“. Eine grundsätzliche Betrachtung. Diez-Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 20. Festausgabe.
- Schwabe, Oberst a. D.: Oranienburg, Oranienstein, Oranienbaum. Anhalter Anzeiger vom 26. August 1928. 2. Beilage. Nr. 201.
- Benner, J.: Osterspai als „Kriegsursache“. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 6. 9.
- Wittgen, Wilhelm: Auf der Platte. Neue Wiesbadener Zeitung. 87. Jahrg. Nr. 118. 1. Mai 1929.
- Jungmann, Nordenstadt: Die Benediktiner-Abtei Prüm und ihr Besitz im Nassauerlande. Nassau. 29. Jahrg. 1929. Nr. 4. 5.
- Herber, Alfred: Dorf Ramschied, seine Ortsgeschichte. Aarbote. 1928. Nr. 285.
- Zorn, Richard: Ein vorgeschichtlicher Zufluchtsort. [Ransel/Wispertal]. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Henche, A.: Vom guten Leben im Rheingau. [Bauernhochzeit in Rauenthal im Jahre 1695]. Der Rheingau. 3. Jahrg. 1930. Nr. 1.
- Becker, Kaplan: Bericht über die Schule in Reckenthal 1784. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Steinbach, J.: Die Herzoglich nassauische Reichelsheimer Dreifaltigkeit. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Steinbach, J.: Ein Amtskuriosum in Alt-Nassau, ein merkwürdiges Triumvirat im Herzogl. Nassauischen Reichelsheimer Amt. Land u. Zeit, Beilage zum Nass. Boten. 1928. Nr. 48.
- Abel, W.: Ein altes kaum beachtetes und ein neues wenig bekanntes Wahrzeichen im Hochtaunus. [Bassenheimsche Grabkapelle in Reifenberg]. Heimatkalender für den Taunus 1928. S. 65 f.
- Roth, Dr. Ludwig: Die Reifenberger. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 19.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Der Nenderother Pfarrweiher. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 22/23.
- Heil, F.-Camberg: Auf einem alten Herrensitz an der Rennstrasse vor 300 Jahren. Idst. H. Sch. 4. Jahrg. 1928. Nr. 3. 4.
- Becker, Erich: Der Eisgang des Rheins im Winter 1879/80. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- : Der vereiste Rhein im Winter 1879/80. Erinnerungen eines alten Biebrichers. Biebricher Tagespost. 1929. Nr. 46.
- Diel-Hattenheim: Der vereiste Rhein. Erinnerungen eines alten Rheingauers. Biebricher Tagespost. 1929. Nr. 42.
- : Friert der Rhein zu? Wiesb. Tgbl. 1929. Nr. 23. (Behandelt Eisfeste aus den letzten 30 Jahren u. dergl.)
- : Wenn der Rhein zufriert. Biebricher Tagespost. 1929. Nr. 30. (1740—1929).
- Heinzemann, Ed.-Heftrich i. Ts.: Auf dem Rheineise 1929; ein Heimatgruss und ein deutscher Gruss. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Saure, Otto: Der Rhein als Verkehrs- und Handelsstrasse. Taunuszeitung. Königstein. 1928. Nr. 3. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 3.
- Freimuth, Josef: Rheinabwärts von Rüdesheim bis Lahnstein. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- G. F.: Eine rheinische Napoleon-Erinnerung. [Rheinfels]. Alt-Nassau. 1929. Nr. 16.
- Becker, Erich: Die Nachbarschaften und Brunnengesellschaften im Rheingau. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Becker, Erich: Verfassungsgeschichtliche Entwicklung des Rheingaus unter kurmainzischer Herrschaft. Der Rheingau. 3. Jahrg. 1930. Nr. 1.
- Becker, Erich: Rheingauer Rathäuser. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7. 8.
- Becker, Erich: Öffentliche Armenfürsorge und Wohlfahrtsanstalten in den Gemeinden des Rheingaus vom 16.—18. Jahrhundert. Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Becker, Erich: Mainz und der Rheingau. Ein Beitrag zu ihren Beziehungen im Mittelalter. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Bertram, H.-Rüdesheim: Jugendherbergen im Rheingau. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 6.

- Becker, Alfred: Wie die alten Rheingauer die Namen ihrer Weingemarkungen schützten. Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Bertram, Heinrich: Rheingauer Burgen. Burg Rheinberg a. d. Wisper. Die Brömsenburg zu Rüdesheim. Lorcher Rittergeschlechter. Die Greiffenklaus. Die Stellung des Rheingauer Adels. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1/2.
- Herder, Fritz-Wiesbaden-Erbenheim: Das Rheingauer Gebäck. (Die alte Grenzbefestigung des Rheingaus.) Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Hoehl, Carl-Geisenheim i. Rhg.: Eine weinfröhliche Fahrt durch den Rheingau. Alt-Nassau. 1929. Nr. 8. —: Zwei Rheingau-Grenzsteine. [Caub-Lorch; Eibingen-Geisenheim.] Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Bertram, Heinrich: Rheingauer Klöster. Kloster Johannisberg. Kloster Eberbach. Die übrigen Klöster. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Kutsch, Dr. F., Direktor des Landesmuseums nassauischer Altortümer-Wiesbaden: Kulturgeschichtliche Wanderungen im Rheingau. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Meuer, A. H.: Das Kurmainzer Normalmass an den Rheingauer Kirchen. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Meuer, A. Heinr.: Staudbilder des hl. Johannes von Nepomuk im Rheingau. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Schmitt, Joseph Adolph: Der Bauernkrieg im Rheingau 1525. Alt-Nassau. 1929. Nr. 21.
- Sternberg, Leo: Der Einzug der neuen Zeit im Rheingau. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Volland, Ria: Weinprobe im Rheingau. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 114.
- Ziehner, R., Regierungs-Baumeister: Kunst und Wein im Rheingau. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Zimmermann, Karl: Reisen im Rheingau und am Mittelrhein in alter Zeit. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Zott, Oswald: Der oder das Rheingau? N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Schumacher, K.: Rittershausen in Hessen-Nassau. Eberts Reallexikon. XI S. 146. (Nachr. Bl. f. d. V. 4. Jahrg. 9. Heft 1928).
- Nies, Rudolf: Die „Veste“ Rohrbruch und die Seeburg. Eine geschichtlich-topographische Skizze. Westerwälder Heimatkalender 1928. S. 55 ff.
- Grandpierre, Jean: Ein alter Gadenort in den Taunuswäldern. (Der Romberg im Billtal) N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Becker, Alfred: Das Rüdesheimer Bürgerbuch. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Bertram, Heinrich: Der Gesangbuchkrawall in Rüdesheim 1787. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Domarus, Dr. Staatsarchivdirektor: Die Beschießung von Rüdesheim durch die Franzosen im Juni und September 1796. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Killian, Hanns: Der Rüdesheimer Brand vom Jahre 1883. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Dänner, O.-Weyer: Mühlen in der Herrschaft Runkel 1765. L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Gerhardt, A.-Frankfurt a. M.: „Mein Herr haben keine Lauskrabber“. Raufhandel zweier wied-runke-lischer Soldaten in der Kirche zu Runkel [1764.] L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Gerhardt, A. —: Das preussische Militärlazarett im Schlosse zu Runkel 1813/14. L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 1—3.
- Laut, Hans-Herborn: Runkel a. d. Lahn. Rheinische Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Schmidt-Krämer, Josef Adolf: Schloss Runkel. Land und Zeit. Beilage zum Nass. Boten 1928. Nr. 37.
- Wolff, K.: Runkel und sein Wein. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- A. F.: Die „Fräuleins Steuer“ in Sayn-Altenkirchen. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 3 S. 47.
- Runkel, O.-Dierdorf: Hie Sayn, hie Siegen. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- [Fuchs, Oskar, Pfr.-Westerburg]: Geschichte des Fleckens und des Schlosses Schadeck a. d. Lahn. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Fuchs, Oskar-Westerburg: Kriegsdrangsale der Gemeinde Schadeck im Jahre 1796. (Auf Grund von Quellen aus dem Archiv der Westerburg.) Nassovia 29. Jahrg. 1929. Nr. 1.

- Fuchs, Oskar, Pfarrer-Westerburg: Flecken und Schloss Schadeck. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- : Zwei Schaumburger Verordnungen aus alter Zeit. 1. Gegen die Kurpfuscherei [1782]. 2. Viebseuchenbekämpfung [1765]. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Horn, Anton: Schlossborn. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Schäfer, Wilhelm-Oberlahnstein: Kloster Schöna u. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 10.
- Schneider, Studienrat a. D.-Wiesbaden: Die heilige Elisabeth von Schöna u. Nassovia 28. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Braband, Wilh.-Schönbach: Die Fundierung und Dotierung der Schule in Schönbach. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Herber, Alfred: Die Schwalbacher Schultheissen und Bürgermeister seit 1364 [bis 1929]. Aarbote. 68. Jahrg. 1929. Nr. 197.
- Herber, Alfred: Aus der Ortsgeschichte von Bad Schwalbach. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Herder, Fritz-Wiesbaden-Erbenheim: Schwalbacher Grenzstreitigkeiten im 17. u. 18. Jahrhundert. Aarbote. 68. Jahrg. 1929. Nr. 185.
- Herder, Fritz-Wiesbaden-Erbenheim: Ein amtliches Verzeichnis der Einwohner Bad Schwalbachs von 1694. Aarbote. 68. Jahrg. 1929. Nr. 251.
- H.: Die bestellte Droschke. [Schwalbach.] Nassovia 28. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Priester, A.-Bad Schwalbach. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- : Die Geschichte des kaufmännischen Vereins zu Bad Schwalbach. Martinimarktzeitung für Bad Schwalbach vom 13. 10. 1928 (Verlag des Aarbotes).
- : Aus der guten alten Zeit. [Zustände in Bad Schwalbach 1816.] Aarbote 1928. Nr. 134.
- Osterhage, Karl, stud. med.: Die Kirche zu Selters. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 10. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Ströder, Bürgermeister-Mogendorf: Der Selterswasserkrug. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Ziemer, M.: Von dem Selterser Sauerbrunnen. Aus dem Pagus Logenahe des Johannes Mechtel ausgezogen. Alt-Nassau. 1929. Nr. 12.
- fc: Ein ausgewandertes Westerwälder Dorf. [Sespenrod]. N. Ht. 8. Jahrg. 1926. Nr. 6. Rheingau und Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 15. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- H. J.: Die Ausgrabungen in der „Hunburg“ bei Seulberg. Taunusbote Bad Homburg. 1928. Nr. 399.
- Böttger, Hermann, Oberstudienrat-Weidenau: Die Wüstungen des Kreises Siegen. Siegerland. 11. Bd. 2, 3 u. 4. Heft. 1929.
- Ernst, Gustav-Halberstadt: Die ritterliche Kriegsschule zu Siegen im Jahre 1616. Ein Beitrag aus der Landesbibliothek zu Wiesbaden. Siegerner Heimatland. 3. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Ernst, Gustav: Ein Empfehlungsbrief bei dem Besuche der Landeshochschule zu Siegen 1596. Siegerland. 10. Bd. 2. Heft. 1928.
- Göbel, Hermann: Wie zwei preussischen Soldaten die Fahnenflucht durch das Jesuitenkloster zu Siegen gelang. [1712]. Eine unerbauliche Geschichte. Nach den Akten des Geh. Staatsarchivs zu Berlin. Siegerland. 10. Bd. 3. Heft. 1928.
- Irl, Lothar-Niedersetzen: Siegerner Bürger-Aufnahmen aus dem heutigen Dillkreis vor 1700. Dillenb. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Jung, R.-Niederdielfen: Einiges aus Altsiegerländer Hüttenherrlichkeit. Heimatland (Siegen). 3. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Kocher, Walter: Siegerner Gaststätten im Jahre 1568. Siegerland. 10. Bd. 2. Heft. 1928.
- Krasa, O.-Gosenbach: Vulkanismus rings um das Siegerland. Sieger Heimatland. 3. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Kruse, Dr. H.: Festschrift zur 700 Jahrfeier. [Siegen]. Verl. W. Vorländer, Siegen.
- Kruse: Vom Siegerner Kunstleben. Siegerland. 10. Bd. 3. Heft. 1928.
- Löhmman, Dr.: Eine Episode aus dem 7 jährigen Kriege in Siegen. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 3. S. 33 ff.
- Philippi, Dr.: Siegerner Urkundenbuch. 1.—3. Teil. Verl. W. Vorländer, Siegen.
- Plitsch, H.: Erinnerungen an die 700 Jahrfeier. Verl. W. Vorländer, Siegen.
- Stötzl, Karl-Siegen: Zur Geschichte des Turnens im Siegerlande. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 3. S. 37 ff.
- Wolf, Dr. Karl: Von der ersten Kirchturmuhre in Siegen. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 5.

- : Die beiden ältesten in Siegen noch vorhandenen Schulhäuser. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- : Die älteste Siegerländer Neujahrskarte [Siegen, 1. 1. 1792]. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 2. S. 32.
- : Aus vergilbten Blättern Singhofens. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Sternberg, Leo: Bad Soden am Taunus. Rhein. Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 4.
- Franz, Philipp: Die Sporkenburg. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Wolf, K.: Steeden und seine Höhlen. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Braun, H.: Der Stegskopf. Westerw. Schausinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Schneider, Chr.-Steimel: Der Steimeler Markt. [Westerwald] Westerw. Schausinsl. 22. Jg. 1929. Nr. 7.
- Pauli, Lehrer-Steinbach: Politische Sonderstellung Steinbachs a. T. einst und jetzt. Taunusbote Bad Homburg. 1928. Nr. 24.
- : Das merkwürdigste Dorf im Taunus. [Steinbach] Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- : Wie sich die Frauen von Steinbeisshausen zu helfen wussten. Aus der Heimatgeschichte 2. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Schmidt, F. A.-Hersfeld: Die Steuerburg. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 8. 11.
- Ullius, Fritz: Der Brand in Stracksborn Eine nassauische Dorfgeschichte. Heimatkalender für den Taunus. 1928. S. 74 ff.
- Hecht, Richard: Die Edelkastanie im Taunus. Heimatkalender für den Taunus. 1929. S. 40 ff.
- Zundel, Alfred: Führer durch den Taunus. Verl. Ludw. Ravenstein A.-G. Frankfurt a. M. 7. Aufl. mit 4 Plänen, 7 Karten und 24 Bildern.
- Dahlhoff, Heinrich: Die Siedlungen im Taunusgebiete. Nassauische Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Henche, Albert: Der Taunussockel in unserer Heimat. Alt Nassau 1929. Nr. 19.
- Vonjahr, H.: Tringenstein: Burg Tringenstein. Dillenb. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Wittgen, Theodor-Hofheim a. Ts.: „Die neuangelegten Gärten der Landleute zu Tringenstein“. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 13.
- Christ, Joseph: Der Udenberg der Rheingauer Terminei. Die Lage des Udenbergs und seine Eigenschaft als germanische Kultstätte [Laukenmühle im Wispertal.] Nass. Ann. 50. Bd. 2. Heft. 1929.
- Steinmetz, E. G.: Usinger Schützenchronik. Kreisblatt Usingen. 63. Jahrg. 1928. Nr. 137. (2. Blatt).
- Steinmetz, E. G.: 100 Jahre Usinger Singverein „Walter von der Vogelweide“, jetzt Männergesangsverein „Eintracht“. Kreisblatt Usingen. 63. Jahrg. 1928. Nr. 93. (2. Blatt.)
- Steinmetz, E. G.: Die Fahne der Usinger Turngemeinde. Gedenkblatt zum 23. Juli 1928. Kreisblatt Usingen. 63. Jahrg. 1928. Nr. 113. (2. Blatt.)
- Krayer, Anton: Der Zug der Rheingauer gegen Villmar. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. S. 53–54.
- Hoffmann, Josef-Breitscheid: Das deutsche Ordenshaus (Commende) in Waldbreitbach. Westerw. Schausinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Herber, A.: Die Schanze bei Wambach. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Witzel, W.-Wehen i. T.: Der Wehener Grund. Ein Versuch gemeinverständlicher Darstellung heimatgeschichtlicher Bilder. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1, 2.
- Hörpel, Leonhard: Ein Weilburger Valutastreit des 16. Jahrhunderts. Heimatkalender für den Taunus. 1929. S. 53 ff.
- Keller, Pfr. von St. Peter-Diez: Das Nachspiel des Weilburger Kadettenmordes. Selbsterlebnis. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Runkel, O.-Dierdorf: Grenzstreitigkeiten zwischen Weilburg und Wied-Runkel. (Nach fürstlich-wiedischen Archiv-Akten.) Land u. Leute. 1929. 5. Jahrg. Nr. 7.
- Schmidt, F. A.-Hersfeld: Beiträge zur Geschichte der Kirchen und Friedhöfe zu Weilburg. Land und Leute. 1929. 5. Jahrg. Nr. 8.
- Schmidt, F. A.: Zur Geschichte des Weilburger Rollschiffs. Land u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Schmidt, F. A.-Hersfeld: Balthasar Wolff aus Heilbronn, der Erbauer des Weilburger Renaissance-Schlusses. L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Schmidt, F. A.: Die sogenannte Heiliggrabkapelle in Weilburg. Nass. Annalen. 50. Bd. 2. Heft. 1929.
- dt: Toleranzvorschlag aus Weilburg, 1805. L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Schmidt, Dr. G.-Weilburg: Zur Baugeschichte des Weilburger Schlosses. (Eine Vermutung.) L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 2.

- Schneider, Ernst: Instruktion für den herrschaftlichen Fruchtmesser Johann Jacob Hederich in Weilburg, 1794. Land u. Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Stuhl, Ernst: Die Weilburger auf der Universität Marburg von 1527—1827. Nachrichtenblatt für die Mitglieder der Wilinaburgia (Verein ehemaliger Angehöriger des Gymnasiums zu Weilburg) 1928. Nr. 18 (Mai). S. 7—17.
- Zierner, M.: Das Weilburger Lahnschiffahrtsfest im Jahre 1810. Aus alten Familienbriefen herausgegeben. Das milde Klima Weilburgs. Land und Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Hein, Oskar: Aus Weilmünsters Vergangenheit, in: Festschrift zum Gesangwettstreit deutscher Männergesangsvereine vom 6—8. Juli 1929 zu Weilmünster. Weilmünster, Hirschhäuser S. 5—14. (L. u. L. 5. 1929. 9.)
- von Dungen, V.: Die Burgen zu Alt- und Neu-Weilnau. Alt-Nassau. 1929. Nr. 14.
- v. Dungen, V.: Zwei Burgen im Weiltal. Unser schönes Heimatland. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Henz, W.: Eine Wanderung durch das Weiltal. Nass Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 16.
- Schmidt, F. A.: Burgen im Weiltal. Heimatkalender für den Taunus. 1929. S. 57 ff.
- Mackepfang, R.: Die Mariot'sche Eisenhütte zu Weinähr. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 5.
- May, cand. theol.-Weilburg: Kirchenjubiläum von Weinbach. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- dt.: Das Sterntagen zu Weinbach am Dreikönigsfest. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- : Kriegslasten um die Wende des 18. Jahrhunderts. 1. Eine Kriegskostenrechnung des Dorfes Wellmich von 1794 bis 1801. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Gerhard, A.-Frankfurt a. M.: Wenigenvillmar. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 9, 10, 11.
- Denzler, W.-Westerburg: Aus der Vergangenheit von Stadt und Schloss Westerburg. (Vortrag.) Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Fuchs, Oskar: Widersetzlichkeiten der Bürgerschaft zu Westerburg gegen herrschaftliche Befehle. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Fuchs, Pfarrer-Westerburg: Halbe und ganze Feiertage. (Eine Westerburger Verordnung von 1778.) Unser schönes Heimatland. 1929. Ohne Nummer und Datum.
- Fuchs, Oskar-Westerburg: Die gräflich Leiningensche Gruft in Westerburg. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- [Fuchs, Oskar]: Eine Sylvesternacht auf der Westerburg (1855/56). Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- † Knoch, Archivrat: Unglückliche Zeiten des 30 jährigen Krieges in denen Hochgräflich Leiningischen Herrschaften Westerburg, Schaumburg und Schadeck. Aus archivalischen Nachrichten zusammengetragen. Nassovia. 28. Jahrg. 1928 Nr. 7, 8, 29.
- Arndt, Willy: Westerwald. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Heft 7. Alt-Nassau. 1929. Nr. 17.
- Encke: Die Franzosen auf dem Westerwald. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. S. 45.
- Heyn, E. Dekan: Der Westerwald-Führer mit 5 Karten und zahlreichen Abbildungen, herausgeg. für den Westerwald-Verein. Verl. C. Ebner, Hachenburg.
- Hild, Fr.: Aus der Jugendzeit. [Geschichte aus dem Westerwald.] Verlag des Bundes Haus und Scholle. Frankfurt a. O. (W. Schauinsl. 21. 1928. Nr. 7.)
- Hörpel, Leonhard-Erkf. a. M.: Beiträge zur Geschichte der Westerwälder Landesbewaffnung. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 3 und 4; 30. Jahrg. 1929, Nr. 1.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt/Main: Vom Wolf im Westerwald. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 14.
- Lauer-Herborn: Jugendherbergen im Westerwald. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Müller, L.-Marienberg: Eine alte Rheinstrasse des westlichen Westerwaldes. N. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Quetsch, Joseph-Wiesbaden: Der Westerwald. Eine Landschaftsschilderung. Heimatblätter f. d. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 13.
- Runkel, O.-Dierdorf: Die Kosaken auf dem Westerwald. (Westerwälder Winterfreuden vor einem Jahrhundert.) L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- O. R. D.: Bucheckernsammeln im Westerwald. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Stahl, Hermann-Wied: Der Westerwald und seine Bodenschätze. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Stückrath, Otto: Die Lichterkirche. [Westerwald.] Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Heft 12.
- Weiland, Paul: Die Fischweiher des Fürsten zu Wied im Westerwald. [Bei Dreifelden, Steinen und Freilingen.] Westerw. Schauinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 12.

- Ziehner, Rud. Artur-Wiesbaden, Reg.-Baumeister a. D.: Neue Kirchenbauten im Westerwald: Büdingen, Langenhahn, Eitelborn, Hellenhahn, Höhn-Urdorf. Nass. Heimat 9. Jahrg. 1929. Nr. 15.
- Heider, E.-Dorlar/Wetzlar: Alte Beziehungen aus dem Siegerlande zu dem Kreise Wetzlar. Siegerland. 10. Bd. 3. Heft. 1928.
- [Dänner, O.] Turm und Kirche zu Weyer. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Dänner, Otto: Strassen und Wege in der Gemarkung Weyer. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Dänner, Otto und Wittgen, Theodor: Heimatbuch Weyer. Herausgegeben zum Heimattage Pfingsten 1928. Selbstverlag von Th. Wittgen, Hofheim. (L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Gerhardt, A.: Das Gefecht bei Wicker am 31. März 1800 und der Kurmainzer Landsturm. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 13.
- Minola, Josef: Aus Wickers Vergangenheit. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Sturmfels, Wilhelm-Rüsselsheim: Wicker. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- O. R. D.: Die „Heimberger“ in der ehemaligen Grafschaft Wied. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Henche, Albert: Das Wiesbadener mittlere Tertiär. Alt-Nassau. 1929. Nr. 25.
- Henche, Albert: Rund um Wiesbaden vor 100 Jahren. Alt-Nassau in N. Wsb. Ztg. vom 7. März 1928.
- Heymach, Ferdinand: Wiesbaden vor hundert Jahren. Alt-Nassau. Unterhaltungsbeilage des Wiesbadener Tagblatt. Nr. 91. 18. April 1928.
- J. H---e: Wie es in Wiesbaden vor 80 Jahren aussah. Neue Wsb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- : Wiesbaden vor 50 Jahren, eine Lokalchronik nach Veröffentlichungen im „Wiesbadener Tagblatt“, Jahrg. 1879. Wiesb. Tgbl. 1929. Nr. 14.
- : Die alten Stadttore Wiesbadens. Neue Wiesb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Mahler, Adolf: Wiesbadener Brief. Rheinische Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 3.
- Pierre Mac Orlan: Villes mémoires. [Wiesbaden. S. 224 ff.] 1929. Paris, Librairie Gallimard.
- Müller, Walter-Waldenburg: Das Jahr im Weltbad Wiesbaden. „Das Theater“. 1929. S. 182.
- Paquet, Alons: Wiesbaden, die doppelte Stadt. Rhein. Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 4.
- Quetsch, Joseph: Wie's mich anschaut. [Wiesbaden] Nass. Schulzeitung. 25. Jahrg. 1927. Nr. 10/11.
- Qu[etsch], J.: Wiesbaden. Nassauische Schulzeitung. 25. Jahrg. 1927. Nr. 8.
- Schmelzeis, Dr. K.-Wiesbaden: Wiesbaden und Frankfurt. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- : Erdbeben in Wiesbaden. N. Wsb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Vorkampff-Laue, Dr.: Zur Geschichte des Wiesbadener Stadtwaldes. Allgem. Forst- und Jagdzeitung. Herausgegeben von Dr. Heinr. Weber und Dr. Christoph Wagner. 104. Jahrg. Mai 1928. Frankfurt a. M. Sauerländer.
- Vorkampff-Laue, Dr.: Vom Wiesbadener Stadtwald. Wiesbadener Tagblatt 76. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Wecks, Gottfr.: Wiesbaden, altes Weinland. Neue Wiesbadener Zeitung. 1929. 10. 4. 1929.
- Guttmann, Max: Uebertragbarkeit der Wiesbadener Thermalquellen. Zeitschrift der Anwaltskammer im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt a. M. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7/8.
- Henrici, Paul: Die Wiesbadener Badekur in alter Zeit. (Nach der frühesten Badeschrift.) N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- : Das Wiesbadener BADELEBEN in altnassauischer Zeit. N. Wsb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Domarus, Dr.: Glas- und Porzellanwaren-Geschäfte in Wiesbaden vor 100 Jahren. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Domarus, Dr.: Die Pohl'sche Weinstube auf dem Michelsberg und Weinpreise vor 100 Jahren. (Wiesbaden.) N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Heinemann, Dr. Otto, Staatsarchivrat: Das Schenk'sche Haus in der Friedrichstrasse und das Kirchen-Reulchen (Wiesbaden.) Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 21.
- : Der Wiesbadener Bürgerwehr Glanz und Ende [1848]. N. W. Z. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. 3. 1928.
- : Vom Esel bis zum Flugzeug. Die Wiesbadener Verkehrsmittel von 1848 bis 1928. N. Wsb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Escherich, Mela: Neuordnung der städtischen Galerie. [Wiesbaden]. Ztschr. für bildende Kunst. 63. Jahrg. 1929/30. Heft 7. Seemann, Leipzig.
- Harms, Juliane: Die Steinskulptur eines sitzenden Ordensgeistlichen im Landesmuseum zu Wiesbaden. [Bernhard von Clairvaux]. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- N. W. Z.: 1848. Neue Wiesbadener Zeitung. 1928. N. W. Z. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928

- B. E. E.: Das Theater einer Kleinen Residenz. Wiesbadener Theaterfreuden und -Leiden vor 80 Jahren. N. W. Z. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Christ, Joseph-Wiesbaden: Eine Theatervorführung im Garten des „Schützenhofs“ zu Wiesbaden. Nass. Heimatblätter. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Fiebig, G.: Wiesbadener Theatererinnerungen. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Geissel, Julius: Theater-Erinnerungen eines alten Wiesbadeners. N. Wiesb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- : Staatstheater Wiesbaden. Grosses und Kleines Haus. Spielzeit 1928/29. Blätter der Staatstheater Wiesbadens. Grosses Haus und Kleines Haus. Schriftleitung: Horst Hoffmann. Verlag R. Bechtold.
- Lange, Wilhelm: Das Wiesbadener Musikleben von 1848 bis 1928. N. Wsb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Herrmann, Albert: Gräber berühmter und im öffentlichen Leben bekannt gewordener Personen auf den Wiesbadener Friedhöfen. Selbstverlag des Verfassers. Druck der L. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei, Wiesbaden 1928. 632 S. Text, Quellen- und Inhaltsverzeichnisse. XXXVI S. 4°. Bespr. von Ernst v. Oidtman. N. H. 29. Jahrg. 1928, Nr. 3., von W. Fröhne auf Wiesbaden: Evang. Gemeindeblatt. 48. Jahrg. 1928. Nr. 27.
- Schneider, Theodor, Studienrat i. R.: Eine Wanderung über die Wiesbadener Friedhöfe. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Wecks, Gottfr.: Dichter und Schriftsteller auf Wiesbadener Friedhöfen. N. Wsb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. 3. 28.
- Schüler, Th.: Das hochnotpeinliche Halsgericht und das Ehrlichsprechen des Hofgerichts zu Wiesbaden. Alt-Nassau. 1929. Nr. 17.
- : Pfarrkloster St. Elisabeth/Wiesbaden. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- : Drei Glaubensbekenntnisse und drei Gotteshausweihen. 1849 Bonifatiuskirche. 1862 Marktkirche. 1869 Synagoge am Michelsberg. (Wiesbaden). N. Wiesb. Zeitg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Fischer, Vallerie: 20 Jahre Frauenverein an der Lutherkirche. [Wiesbaden]. Ev. Gemeindeblatt. 49. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Meuer, Aug. Heinrich: Wiesbadener Schulen in früherer Zeit. Nass. Schulzeitung. 25. Jahrg. 1927. Nr. 10/11.
- Heinemann, Dr. Otto-Wiesbaden: Zur Vorgeschichte der Loge „Plato zur beständigen Einigkeit“ in Wiesbaden. Eklektisches Bundesblatt. Herausgeg. von der Grossen Mutterloge des Eklektischen Freimaurerverbandes Frankfurt a. M. Nov. 1929. Nr. 11. 5. Jahrg.
- Grevel, Erwin: Die „Nassauische Landesbank und Nassauische Sparkasse“. Marburg Phil. Dissert. v. 22. Sept. 1925.
- : 25 Jahre Berufsfeuerwehr der Stadt Wiesbaden. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 232.
- F. R.: 25 Jahre Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend. Biebricher Tagespost 1929. Nr. 38.
- Schüler, Th.: Die Wiesbadener Fleischerzunft (1474—1819). Alt-Nassau. 1929. Nr. 8.
- Schmidt, F. A.-Hersfeld: Die Johanniterkommende Wiesenfeld und ihre Beziehungen zur Pfannstielers Bruderschaft bei Weilburg. Hessenland. 40. Jahrg. 1928. Heft 6.
- Reisinger, P. Amadeus, Ord. Cist.-Wilhering: Geschichte des Stifts Wilhering. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Dango, Franz-Wilnsdorf: Die Geschichte der evangelischen Volksschule zu Wilnsdorf. Siegerner Heimatland. 3. Jahrg. 1928. Nr. 10, 11, 12.
- dt: Heimatkundliches Allerlei. Der Ennericher Erdfall auf dem Wingertsberg 1784. Land u. Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Domarus, Dr. Staatsarchivdirektor: Eine Weinfälschung zu Winkel 1782. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Rudersdorf, W.: Die Bartholomäer Kapelle bei Winkel. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Rudersdorf, Benefiziat: Das gebrannte Heiligenhäuschen bei Winkel. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- von Schroetter, Baronin-Wiesbaden: Neue kirchliche Stickerien in Winkel-Rhg. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.

- Sternberg, Leo: Das Haus der Brentano zu Winkel a. Rh. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Hörpel, Leonhard: Winkelser Chronik. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 10, 11, 12. 5. Jahrg. 1929. Nr. 1, 2, 3. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Becker, Kaplan: Statistisches von Wirzenborn. [1803 u. 1817]. Aus d. Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Kalb, Walter: Wie die Wirzenborner Kirche entstand. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Holz, Dr. Walther: Das Wispertal in der Dichtung. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Holz, Dr. Walther: Geschichtliche Spuren im Wispertal. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Jung, F. C.: Durch das Wispertal. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Troitzsch, Dr. Max: Das Wispertal. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Hoffmann, Wilhelm: Der grosse Brand in Wissenbach vor 50 Jahren, am 7. Mai 1879. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Wrede, Günther: Zur Territorialgeschichte der Grafschaft Wittgenstein. Mit einem Atlas von 12 Kartenblättern. Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte. Hg. von Edmund E. Stengel. I. Reihe. 3. Heft. Marburg, N. G. Elwert 1927.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Allerlei aus dem ältesten Kirchenbuch der evangelischen Pfarrei Wörsdorf. Idsteiner Heimatschau. 1929. Nr. 2/3. 7/8. 12/13.
- Müller, Wilhelm, Pfarrer zu Wiesbaden: Der sechszwanzigjährige Krieg zwischen den Gemeinden Wörsdorf und Walsdorf von 1700—1726. Idsteiner Heimatschau. 1929. Nr. 14; 1930. Nr. 1/2.
- Müller, Pfr.-Wiesbaden: Wer hat die Verpflichtung, die Wörsdorfer Pfarrgebäude zu unterhalten? Idsteiner Heimatschau 1930. Nr. 1/2.
- Müller, Wilhelm, Pfr.: Der Beisassenstuhl in der Kirche zu Wörsdorf. Idst. Heim.-Schau. 4. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Ziemer, Max: Wörsdorfs Bevölkerung vor und nach dem Dreissigjährigen Kriege. Aus den Akten des Staatsarchivs zu Wiesbaden (V 3 Herrschaft Idstein, Wörsdorf Nr. 32). Idst. Heimatschau. 1929. Nr. 7/8.
- Ziemer, Max: Freie Güter zu Wörsdorf. Aus den Akten des Wiesbadener Staatsarchivs (Herrschaft Idstein, V 3, Wörsdorf Nr. 26) ausgezogen. Idsteiner Heimatschau. 1929. Nr. 10/11.
- Ziemer, Max-Idstein: Der Werwolf in Wörsdorf. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Ziemer, Max: Aus der Geschichte der Abteiwiesen. [Wolfsbach.] Nach den Bleidenstadter Akten VI C. 96 im Staatsarchiv in Wiesbaden. Idst. Heimatschau 1929. Nr. 7/8.
- Hahn, K.: Der Postraub zu Würges. (Aus den Tagen des Schinderhannes.) Taunusbl. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Hassellbach, Gust. Wilh.-Falkenstein im Taunus: Geschichtliches von Zeilsheim. Festschrift zur 25 jährigen Jubelfeier des Radfahrer-Clubs 03 Zeilsheim. 1928. Druck Wilh. Pollex Nachf. Dr. Walter Krause & Cie., Bingen a. Rh.
- Hildmann, Heinr. Nik.: Ziegenberg. Oberurseler Bürgerfreund. 65. Jahrg. 1928. Nr. 60.
- Jacobi, H.: Das Heiligtum des Jupiter Dolichenus auf dem Zugmantel. Seaburg-Jahrbuch VI 1927. S. 168—184.

3. Biographisches.

- Heiler, Dr. Carl: Die Hanauer und der Herzog Adolf von Nassau 1848. Hanauisches Magazin. 1926. S. 96.
- Roth, Dr. Ludwig: Taunus-Jäger vergangener Tage. [Herzog Adolf; Fürst Ferdinand zu Solms-Braunfels.] Alt-Nassau 1929. Nr. 12.
- Steinmetz, E. G.: Die Feldzeichen des Prinzen Adolf von Nassau-Usingen. Aus: Heimat u. Welt-Kreisblatt Usingen. 4. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Hörpel, Leonhard: Anna von Hessen und die Beilsteiner Junggrafen. Alt-Nassau 1929. Nr. 9.
- Hörpel, Leonhard: Aus Hundskopf und Falkenkammer der Beilsteiner Grafen. Westerwälder Heimatkalender. 1928. S. 46 ff.
- Heck, Robert: Christine von Diez. Eine Ehe tragödie im Hause Nassau. Westerwälder Heimatkalender. 1928. S. 91 ff. Heimatkalender für den Taunus. 1928. S. 87 ff.

- Becker: Kinderreichtum und seltsame Verwandtschaftsverhältnisse im Dillenburg Grafenhaus. Dillenb. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Richter, R.: Ein Beitrag zur Geschichte der Grafen von Nassau-Dillenburg. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 21.
- May, K.-Wiesbaden-Dotzheim: Die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Herrn von Epstein und den Herrn von Merenberg. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Doering, Dr. O.-Daachau: Fürst Friedrich zu Wied und die Burg Runkel a. d. Lahn. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 10. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Henche, Albert: Zur Persönlichkeit Richards von Trier als rheinischen Politikers. [Richard von Greiffenklau zu Vollraths.] Histor. Jahrbuch. 49. Bd. 2. Heft S. 240 ff. 1929.
- Fiebig, Georg: Aus dem Leben einer nassauischen Prinzessin. [Henriette von Nassau-Weilburg.] Alt-Nassau 1929. Nr. 27.
- : Zum Tode der Königin Mutter Maria Christine von Spanien. Biebricher Tagespost. 1929. Nr. 34. [Behandelt ihre Herkunft von Erzherzogin Henriette, die ihre Grossmutter war]
- Steinbach, J.: Prinzessin Henriette von Nassau und der Christbaun. Nass. Heimat 8. Jahrg. 1928. Nr. 22. Land u. Zeit. 1928. Nr. 49.
- Benner, J.: Der Landgraf von Hessen-Braubach und sein Hofprediger. Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Domarus, M.: Graf Johann der Aeltere zu Nassau-Dillenburg und der Landschreiber Conrad Vogel zu Diez. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Wolf, Dr. M.-Frankfurt a. M.: Johann der Mittlere von Nassau-Siegen und Moritz von Hessen i. J. 1609. Siegerland. 11. Band. 1929. 3. Heft.
- Jung, Dr. G., Studienrat-Hadamar: Der Uebertritt des Grafen Johann Ludwig von Nassau-Hadamar zur kathol. Kirche. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 13.
- Ziemer, M.: Der Todesengel im Hause des Grafen Johannes von Nassau-Idstein. Nach den Akten des Nassauischen Hausarchivs in Biebrich. Idsteiner Heimatschau. 1929. Nr. 1. 2. 3.
- Henche, Albert: Des Grafen Johann von Idstein-Wiesbaden Erziehungsideale. Alt-Nassau 1929. Nr. 2.
- Kruse, Dr. Hans: Johann Moritz von Nassau-Siegen mit einem Bericht über die Oeffnung seines Grabes. Zu seinem 250. Todestag. Siegerland 11. Band. 4. Heft 1929.
- Stapper, Dr. Josef: Johann Moritz von Nassau. (Zum 250. Todestage am 20. Dez. 1929.) Rhein. Heimatblätter. 6. Jahrg. 1929. Heft 11.
- : Aus den letzten Stunden des Fürsten Johann Moritz. [1679.] Siegener Heimatland. 3. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Freimuth, Josef: Die Grafen von Katzenelnbogen Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 16.
- [Fuchs, Oskar]: August Reinhard, Graf zu Leiningen-Westerburg-Alt-Leiningen (1863—1929). Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- [Fuchs, Oskar]: Das gräflich Leiningische Archiv der Westerburg und andere Leiningische Archive. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Jungmann-Nordenstadt: Ludolf, Herzog von Schwaben, sein Vasall Gerung und die Dörfer Brechenheim, Hornestat und Wanloha. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- v. G., H.-Biebrich: Die erste Rheinreise der Königin Luise als Kind 1787, entnommen aus den Tagebuchblättern ihrer Erzieherin. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 91.
- Fuchs, Pfarrer-Westerburg: Margarethe, Gräfin zu Leiningen, Frau zu Westerburg (1694—1761). Alt-Nassau. 1929. Nr. 24.
- Schäfer, Rudolf-Darmstadt: Die Rübsame von Merenberg. Annalen 1928. 49. Band. S. 122—134.
- Dietert, Friedrich: Die Brautwerbung des Hamburger Predigers Schuppiss für den Fürsten zu Nassau-Dillenburg. Nach alten Briefen und Schriften aus dem 17. Jahrhundert Dillenb. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Maxeiner, Dr. Th.-Bad Ems: Graf Philipp zu Solms-Braunfels wird von Bad Ems auf die Wildenburg bei Siegen verschleppt und vom Grafen Wilhelm von Nassau-Dillenburg befreit, wahrscheinlich 1522. Unsere schöne Heimat. 1928. Nr. 5 (Diezer Anzeiger).
- [Fuchs, Oskar, Pfr.-Westerburg]: Philipp Ludwig, Graf zu Leiningen-Westerburg. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Benner, J.: „Grosser Tag“ auf dem Felde zwischen Oberlahnstein und Braubach. [1400. Wenzel] Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 18.

- Becker, E. Studiendirektor-Dillenburg: Wilhelm von Oranien und die Stadt Leiden. Dillenburg. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Primer, Dr. Geheimrat-Frankfurt: *Saevis tranquillus in undis*. [Devise Wilhelms von Oranien.] Nass. Annalen. 50. Bd. 2. Heft, 1929.
- Guttmann, M.-Wiesbaden: Alexander Alberti. Zum Gedächtnis. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Jung, R.-Niederdielen: Harscher von Almendingen. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Krücke, W., Oberprimaner-Ballersbach: Johann Heinrich Alstedt (1588—1638). Die Laufbahn eines Ballersbacher Pfarrerssohnes. (Dillenburg.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 18.
- Hohenberg, Günther: Ernst Moritz Arndt und die Sänger aus Nassau und Ems. Rheinische Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Schmidt, Albert: Arnold von Siegen. Siegerland 10. Bd. 2. Heft. 1928.
- Becker, E., Studiendirektor: Valentin Arnoldi aus Dillenburg, ein oranischer Gelehrter und Geistlicher des 18. Jahrhunderts. (Nach seiner eigenen unveröffentlichten Lebensbeschreibung.) (Dillenburg.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1—6. 2. Jahrg. 1929. Nr. 1—4. 6. 7.
- Dönges, Dr. C.-Dillenburg: Johannes von Arnoldi, der Geschichtsschreiber der Nassau-Oranischen Lande. Ein Gedenkblatt zu seinem 100. Todestag am 2. 12. 1927. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 2. S. 17 ff.
- Grützmaker, Prof. Dr. A. H.-Wiesbaden: Hugo Asbach. Zu seinem 60. Geburtstag am 1. Mai 1928. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 102.
- Domarus, Dr., Staatsarchivdirektor: Ein nassauischer Augenzeuge der Ermordung des Abg. der deutschen Nationalversammlung, des preussischen Generals von Auerswald, am 18. September 1848 in Frankfurt. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 17.
- Ziemer, M.: Zur Ehrenrettung des Grafen Balthasar. N. H.: 29. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- [Kantel, Hermann:] Eduard Bartling. Zum Gedächtnis. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Wagner, Paul: Ein nassau-diezischer Amtmann als Schriftsteller. [Joh. Christoph Becker.] Ein Beitrag zum Pazifismus und zur Publizistik des 17. Jahrhunderts. A. 50. Bd. 1929. 1. Heft. S. 1—27.
- Gerhardt, A.: Zur Geschichte des nassau-diezischen Amtmanns J. Chr. Becker. Nass. Annalen. 50. Bd. 2. Heft. 1929.
- Ullius, Fritz: Joseph Heinrich Berlenbach. Einem Frühvollendeten zum Gedächtnis. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Berlin, Dorothea: Ein deutsches Freundespaar aus besserer Zeit. (Rudolf Berlin und Gustav Nachtigal.) B. Behrs Verlag / Friedrich Feddersen. Berlin und Leipzig 1928.
- Hürle, Josef, Studienassessor-Wiesbaden-Feldkirch: Junker Bernkott zu Lg.-Dernbach und sein Keller M.-Hörlen. Nass. Heimat. 5. Jahrg. 1925. Nr. 1.
- Weber, H. A.: Richard Biringer. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Straub, August: Der Taunuswaldwilderer. [Karl Blank.] Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Weisser, Richard-Frankfurt a. M.: Der Stammbaum der Familie Bümper. [Herborn.] Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Mehlhaus, Jos., Uhrmachermeister-Limburg: Andreas Bösch (Busch), ein vergessener Limburger Künstler. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Irlé, Albert-Niedersetzen: Ein verdienstvoller Marienborner Schulmann. [Theodor Braeucker]. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 3. S. 44 ff.
- Schrötter von, H.: Antonia Brentano. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 14.
- Wolf, Dr. W. Karl: Bettina Brentano in Schlangenbad. Heimatkalender für den Taunus. 1929. S. 48 ff.
- Bach, Ad., Dr. Prof.-Bonn: Brentano und der Rhein. Rede, gehalten bei der Brentanofeier auf dem Markte in Ehrenbreitstein am 9. Sept. 1928. Rhein. Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Meyer, Anton-Bochum: Clemens Brentano. Eine Würdigung des Lebenswerkes an seinem 150. Geburtstag. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Volland, Ria: Clemens Brentanos Rheinmärchen und ihre Beziehungen zu rheinischen Motiven. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 211.
- Volland, Ria: Clemens Brentano und die nassauische Heimat. Alt-Nassau. 1929. Nr. 11.



- Volland, Ria: Die Rheinmärchen Clemens Brentanos und ihre Beziehungen zum Rheingau. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Zimmermann, Karl-Bonn: Der junge Clemens Brentano. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Straub, August-Oberkriftel b. Frankfurt a. M.: Katharina Bronn. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- : 125 Jahre P. P. Cahensly, ein Geschäftsjubiläum des „Steinernen Hauses“ zu Limburg. Nass. Bote. 1928. Nr. 99.
- Steinmetz, E. G.: Vincenz Clemm, grüfl. nassauischer Keller und Schultheiss und die Kellerei Usingen 1548—1583. Familiengeschichtliche Blätter des Hauses Clemm. 1929. (N. B. 29. Nr. 3.)
- Becker: Das Grab des Comenius gefunden (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 16/17.
- Döninger, Franz Xaver]: Beschreibung meiner Lebenszeit vom Jahr 18 Meines alters. Idsteiner Heimatschau. 1929. Nr. 1—14
- Muth, Prof. Dr.-Geisenheim: August Dern zum 70. Geburtstag [bayr. Weinbauinspektor, * Flacht]. Rheingauer Weinzeitung. 1928. Nr. 21.
- Pfau, Emil: Zum 75. Todestage des Medizinalrats Peter Josef Claudius Devora, zugleich ein Beitrag zur Jugendgeschichte des Verewigten, mitgeteilt aus der Chronik der Familie Devora. Hadamarer Anzeiger. 1928. Nr. 71.
- Behr, Josef: Johannes Diel. Zum Gedächtnis. N. H. 1929. 30. Jahrg. 4. Heft.
- G. F.: Der nassauische Pomologe Diel aus Diez. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Hoerber, Dr. Carl-Köln: Johannes Diel, ein nassauischer Schriftsteller. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Schepp, A.: Friedrich August Adrian Diel [Diez]. Diezer Festzeitung. 1929. S. 13.
- Zorn, Richard: Hofrat Dr. Diel als Begründer der Obstsortenkunde. N. A. L. K. 1928. S. 34 ff.
- Schneider, Th.: Eine Biebricher Erinnerung an das Jahr 1848 [Hermann Diels]. Biebricher Tagespost 1929. Nr. 168 (2. Blatt).
- Guttmann, Marie: Clara von Dungen. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Bach, A.: Aus Freiligraths rheinischen Jahren. Rh. Htbl. 5. Jahrg. 1928. Heft 6.
- O. R. D.: Wilhelm Freudenberg, ein 90-jähriger Westerwälder und Nassauer. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Schrohe, Heinrich: Christian Ful aus Idstein. Annalen. 1928. 49. Band. S. 143—146.
- Heymach, Ferdinand: Hans von Gagern. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Hain, Heinrich-Gumbinnen: Nassauische Genealogie. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jg. 1929. Nr. 24.
- : Ein Sänger des Taunus. [Johann Jaak Gerning] Taunuszeitung, Königstein. 1928. Nr. 158.
- Wingenroth, Albert-Lüchow, Reg.-Bez. Lüneburg: Johannes Henrich Ginsberg, der Vater des Admirals van Kinsbergen. Siegener Heimatland. 3. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Heymach, Ferdinand: Goethe in Wiesbaden. Alt-Nassau. 1929. Nr. 13.
- Roth, Dr. Ludwig: Goethe und der Reichsfreiherr vom Stein. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 9. Alt-Nassau. 1929. Nr. 18.
- Stern, Dr. Bolko: Goethe, Demel und Schwalbach. Rhein. Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Heft 4.
- Zieler, Max: Aus den Aufzeichnungen des Weilburger Superintendents Caspar Goltwurm. [1550] L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Grein, Ludwig, Pfarrer in Wiesbaden von 1883—1926. Zum Gedächtnis von Dekan Schüssler und Pfarrer Diehl. Ev. Gemeindeblatt Wiesbaden. 48. Jahrg. 1928. Nr. 17.
- Bock, Alfred: Albertine von Grün. Eine Liebesgeschichte aus der Genieperiode. Westerw. Heimatkalender. 1928. S. 65 ff.
- Hlenche, Albert, Studienrat-Wiesbaden-Biebrich: Albertine von Grün. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Becker, J.: Erinnerungen an Dr. Gottlieb Anton Gruner. Abdruck aus dem Allg. Nass. Schulblatt. 1854. Nr. 14. Jdst. H. Schau. 4. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Schmidt, Emil: Gottlieb Anton Gruner. Ein deutscher Schulmann und Volkserzieher aus der Zeit der Pestalozzi'schen Bewegung, Verlag des Lehrervereins zu Frankfurt a. M. Bespr. von Hermann Weimer-Frankfurt a. M. in N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Hatzfeld von, Adolf: Ein Sommertag im Rheingau. „Am Grabe der Dichterin Caroline von Gündelode“. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 9.
- Volland, Ria: Karoline von Gündelode. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 1.

- Wagner, Ernst: Ein Nassauer Achtundvierziger [Heinrich Handel, Usingen]. Heimatkalender für den Taunus. 1929. S. 77 ff.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Wie der Dillenburg Domänen-Inspektor [Hatzfeld] 1811 die Geburt des Königs von Rom besang. Dillenb. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Ziemer, Max: Wie Luise Henriette von Hayn Herrnhuterin wurde. Nach den Akten des Idsteiner Dekanatsarchivs. Volk und Scholle. 6. Jahrg. 1928. Heft 8.
- Heckel, Wilhelm: Aus der Chronik der Biebricher Familie Heckel. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 271.
- Heiler, Dr. Carl Studienrat-Wiesbaden: Aus dem Leben des Pfarrers und Schriftstellers Aegidius Henning. Ein Beitrag zu dem Hanauer Pfarrbuch. Hess. Chronik. 16. Jg. 1929. Nr. 11/12.
- Bertram, H.: Auf den Stätten der hl. Hildegard. [Eibingen]. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Braun, Johannes: Die heilige Hildegard, Aebtissin v. Rupertsberg (1098—1179) Mit 4 Farbedruckbildern von Alfred Gottwald. Leinenband RM. 5.— Verlag von Herm Rauch, Wiesbaden.
- Como, Jacob: Aus der Geschichte des Klosters Rupertsberg. [Hildegard]. Volk u. Scholle. 7. Jg. 1929. Nr. 9.
- Dechent, D. Dr. Geh. Konsistorialrat: Die heilige Hildegard von Bingen. Didaskalia. 107. Jahrg. 1929. Nr. 37.
- Fiebig, G.: St. Hildegards Missionstätigkeit. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Fischer, H.: Die heilige Hildegard von Bingen, die erste deutsche Naturforscherin und Aerztin. Ihr Leben und Werk. München, Verlag Münchener Drucke. 1927.
- Freimuth, Joseph: Die heilige Hildegard, Aebtissin von Rupertsberg und Eibingen. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- St. Hildegardis-Feier in lebenden Bildern mit begleitenden Gesängen. Herausgeg. von der Abtei St. Hildegard, Eibingen. Verl. von Herm. Rauch, Wiesbaden.
- Hildegard, die heilige: Fruchtbare Jungfräulichkeit. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Klingelschmitt, Franz Theodor: St. Hildegard vom Rupertsberge. Frankf. Nachrichten. 208. Jahrg. 1929. Nr. 256. 4. Beiblatt.
- Kniess, Richard: Die heilige Hildegard als Briefschreiberin. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Kohl, Johannes: Die heilige Hildegard von Bingen, die erste deutsche Naturforscherin und Aerztin. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Kohl, Dr. J.-Bingen a. Rh.: Auf den Spuren St. Hildegards von Bingen. Zu ihrem 750. Todestage. Rhein. Heimatblätter. 6. Jahrg. 1929. Heft 5.
- Kutsch, Dr. Museumsdirektor: Die Benediktinerinnenabtei St. Hildegardis bei Eibingen. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Meyer, Anton Haus-Bochum: Die hl. Hildegard von Bingen und Eibingen. Ein Gedenkblatt zu Ehren der grossen Heiligen an ihrem 750. Todestag. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Rahm, Peter Paul: Vom Leben und der Persönlichkeit der heiligen Hildegard von Bingen. Volk und Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Schaefer, Romanus Johannes: Hildegards Bedeutung als Aerztin (1098—1179). Volk und Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Schuchert, August: St. Hildegard und der heilige Benediktinerorden. Volk und Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Spilger, Ludwig: Die heilige Hildegard als Heimatforscherin. Volk und Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Steinbach, J.: Die heilige Hildegard über die Heilwirkung der Edelsteine. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Steinbrink, J.: St. Hildegard und die hl. Elisabeth von Schönau. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Sternberg, Leo: Der Kamm der Hildegardis. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Sternberg, Leo: St. Hildegard. Fünf Gedichte. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Sternberg, Leo: Die Mystikerin Hildegard von Bingen im rheinischen Geistesleben. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Sternberg, Leo: Die Mystikerin Hildegard in der deutschen Geistesgeschichte. Hochland. Monatschrift für alle Gebiete des Wissens usw. Herausgeg. von Karl Muth. 7. Heft 1928/29. 26. Jahrg. S. 26—33.

- Sternberg, Leo: Die Seherin von Bingen. Legende. [Hildegard] Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- A. St. H.: Die drei grossen mystischen Werke der heiligen Hildegard Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Trabert, B.: Die heilige Hildegard im Rheingau. Nass. Heimat. 9. Jg. 1929. Nr. 12.
- Werkmann, P.: St. Hildegards Zeit und Umgebung. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Zutt, Heinrich: Hildegard von Hundsbach und die Gründung von Biskirchen a. d. L. N. 28. Jg. 1928. Nr. 1, 2.
- : Carl Hill (1831—1893). Dem Wagner-Sänger zum Gedächtnis. Idsteiner Heimatschau. 1929. Nr. 2 u. 3.
- : Domdekan Prälat Dr. Hilpisch † Nass. Bote. 1928. Nr. 76.
- Hild, Dr.-Limburg: Domdekan Prälat Dr. theol. Georg Hilpisch. Zum Gedächtnis. Nass. Heimatblätter. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Breuer, Jos.: Ein Veteran der katholischen Presse: Karl Hoerber. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Keller, Albrecht: Alfred Hopff. Zum Gedächtnis. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Schneider, Th.: Zur Biographie Johann Huttichs aus Strinz. Nass. Ann. 50. Bd. 2. Heft. 1929.
- Schneider, [Th.] Stud. Rat u. D.: Ein Brief Johann Huttichs an Reuchlin. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Schneider, Th. Studienrat-Wiesbaden: Ein nassauischer Gelehrter als Zierde der Mainzer Universität [Johann Huttichs]. Idsteiner Heimatschau. 1928. Nr. 11—14. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Benner, J.: Ein politischer Mordversuch in Nassau. [Ibell; Lönning]. Rhein und Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 16.
- Götz, Dr. Joh. Bapt.: Die Grabsteine der Moritzkirche in Ingolstadt. (Sammelblatt des historischen Vereins Ingolstadt. 45. Jahrgang 1926) 8. 20. Biographisches von Peter Joseph v. Ickstatt, Prof. in Ingolstadt, geb. zu Vockenhausen.
- Stückrath, Otto: Karl Immermann an der Lahn. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Hörpel, L.: Die Irmtraud'schen Händel. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- May, K.: Ein Beitrag zur älteren Geschichte der Adligen von Irmtraud. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Schlosser, Prof. D.: Anton Jäger. Zum Gedächtnis. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- I.g.: Turnvater Jahn und Homburg. Taunusbote Bad Homburg. 1928. Nr. 188.
- Geissel, Julius-Wiesbaden: Das Jubiläumsgeschenk eines Wiesbadener Bühnenkünstlers u. sein Schicksal. [Jos. Friedr. Jaskewitz]. Biebricher Tagespost. 1929. Nr. 63.
- st.: Die Tragödie von La Bisbal. [Eduard von Jochberg in Dillenburg]. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 1/2.
- Hofmann, Wilh.: Albert Keuchen und die Herzogin von Orleans, Helene von Mecklenburg. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Blümlein, Carl: Kleist in Homburg. Didaskalia. 106. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Benner, J.: Eine Nassauerin als grosse Wohltäterin der Menschheit. [Katharina Kasper]. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Harms, Julian: Ludwig Knaus zu seinem 100. Geburtstag. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- F. M.: Erinnerungen an Ludwig Knaus. Alt-Nassau. 1929. Nr. 11.
- Galladé, Dr. M.-Wiesbaden: Ein berühmter Taunusgeologe. Zum 100. Geburtstag Karl Kochs. N. Wiesb. Ztg. 81. Jahrg. Nr. 64. 4. März 1928.
- Schöller, Karl M.: Augustin Kolb. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Bernhammer, Arnold-Giessen; Konrad von Marburg. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Höhler, Dr. Studienrat-Limburg: Konrad Kurzbald, Graf des Niederlahngaus. Land und Zeit. Beilage zum Nass. Boten. 1928. Nr. 47.
- u.: Der Parteigänger Lacroix. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Häberle, Dr. D.: Geheimer Bergrat Prof. Dr. August Leppla (1859—1924). Pfälzisches Museum. (45. Jahrg.) Pfälzische Heimatkunde. (24. Jahrg.) 1928. Heft 5/6.
- Roth, F. W. C. Archivar †: Der Lebensweg eines erfolgreichen Westerwälder Dorfkindes im Mittelalter. [Balthasar Lipp 1565—1623] Land und Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 5.

- Runkel, O.-Dierdorf: Lubentius, der Apostel des Westerwaldes. Koblenzer Heimatblatt. 5. Jahrg. 1928. Nr. 37. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- D.: Ein Wiesbadener als Erfinder einer neuen Form des Piano Forte [J. A. Mahr.] N. Ht. 8. Jg. 1928. Nr. 2.
- Krämer, Wolfgang: Der Chevalier Christian de Mallempre († 1705). Die Geschichte eines Limburger Kindes in der Fremde, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Kreuzkapelle in Blieskastel (Saargebiet). N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 2. Land und Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 14, 15, 16.
- Steinbach, J.: Die Hüttenherren von Mariot. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 1. G. F.: Dasselbe. Land und Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Ziemer, M.-Idstein: Ein würdiger Jubilar. [Geheimrat Medicus. 1811.] Land und Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Alberich: Ein vergessener Sohn des Lahntales. [Peter Melander]. Rhein u. Lahn. 11. Jg. Nr. 2. Unser schönes Heimatland. 1929. (o. N. u. D.)
- Anthes, Otto: Melander von Holzappel. Alt-Nassau. 1929. Nr. 7.
- Jung, Dr. G.-Hadamar: Wo und wann ist Peter Melander, Graf zu Holzappel, geboren? N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Kasper, E.-Rossbach (Westerwald): Peter Melander Kaiserlicher Feldmarschall und Reichsgraf zu Holzappel. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 2. Unsere schöne Heimat. (Diezer Anzeiger) 1929. Nr. 4.
- Roth, Dr. Ludwig: Ein vergessener Sohn des Lahntals [Peter Melander]. Rheinische Heimatblätter. 6. Jahrg. 1929. Heft 2. S. XV/XVI. Alt-Nassau. 1929. Nr. 3.
- : Landeskirchenrat Merz. Der Sonntag. Gemeindeblatt für die evangelische Landeskirche in Nassau. 41. Jahrg. 1928. Nr. 18. Heidelberg.
- Bonnet, Rudolf: Otfried Hans Freiherr von Meusebach, ein aus Nassau gebürtiger Kulturpionier in Texas. N. H. 30. Bd. 4. Heft. 1929.
- : Die Michel in Idstein. Aus der anlässlich des Michel-Tages in Idstein herausgegebenen Michel'schen Familienchronik 1653—1928. Idst. Heimatschau. 1929. Nr. 9.
- Hoffmann, Wilhelm: Der Werdegang Daniel Müllers. Die Geschichte eines Propheten aus Wissenbach. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 12—15.
- : Ein Dichtergrab. [Dr. Fr. Alfred Muth, Pfarrer zu Dombach.] Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 19.
- Geissel, Julius-Wiesbaden: Nassr-Ed-Dins Rheinfahrt. Rheingauer Weinzeitung. 1928. Nr. 36.
- Nicolay, Prof. Dr.-Frankfurt: Wilhelm Nicolay und die katholische Presse. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 13.
- Arndt, Willy: Fritz Philippi, zum 60. Geburtstag des Dichters, am 5. Januar. Wiesb. Tagblatt. 1929. Nr. 3.
- Fresenius, W., Prof.: Fritz Philippi: 60 Jahre alt. Ev. Gemeindeblatt. 49. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Michel, Pfr. Dr.-Wiesbaden: Fritz Philippis religiöse Dichtung. (Zu seinem 60. Geburtstag.) Ev. Gemeindeblatt. 49. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Straub, August-Okriftel: Fritz Philippi. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- : Ein achtzigjähriger Taunusforscher. [Georg Piepenbring in Königstein.] Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Redhardt, Willi-Gemmerich: Adolf Presber und sein Werk. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Stuhlfauth, Georg: Adolf Presber, ein rheinischer Meister religiöser Gegenwartskunst. Rhein. Heimatblätter. 6. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Roth, Dr. Ludwig: Die Reifenberger. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 19.
- Krohmann, Willy: Wilhelm Reuter, ein nassauischer Mundartdichter. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 13.
- Ullius, Fritz: Wilhelm Reuter. Zum 40. Geburtstag am 19. April 1928. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 4. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 7. Rhein und Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 16. Heimatkalender für den Taunus. 1928. S. 92 ff.
- †Traumann, Ernst: Eine nassauische Mundartdichterin. [Frieda Reuting.] Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Steffen, P. Stephan: P. Heinrich Rick vom Gellershof, ein Marienstatter Zisterzienser. Westerwälder Heimatkalender. 1928. S. 102 ff.

- Haerthe, Erich: Ein berühmtes hessisches Glockengiessergeschlecht. [Rincker-Sinn.] Didaskala. 106. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Lehner, H.: Nachruf auf Emil Ritterling. Bonner Jahrbücher. Heft 133. Bonn. 1928.
- Zedler, Gottfried: Emil Ritterling. Ein Nachruf. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- : Nachlass Emil Ritterlings. Jahrb. des deutschen Archäolog. Instituts. 43. Bd. 1928. Archäolog. Anzeiger. 1928. S. 269.
- Becker, Dr. W. J.: Jörg Ritzel. Zum 65. Geburtstag am 31. März. Koblenzer Heimatblatt. 6. Jahrg. 1926. Nr. 13.
- Massenkeil, Dr. Joseph: Pfarrer Klemens La Roche. Nachklänge zu seinem goldenen Priesterjubiläum Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Krohmann, Willy: Der Westerwald und sein Sänger [Pfr. Peter Wilhelm Schardt]. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. Nr. 2. Unser schönes Heimatland. 1929. (Ohne Datum und Nummer).
- : Karl Schausst. Wiesb. Tgbl. 1929. Nr. 11. Biebricher Tagespost 1929. Nr. 11.
- Ziemer, M.: Aus dem Leben des Weilburger Gymnasialdirektors Johann Anton Philipp Schellenberg (Schluss.) L. u. L. 4. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Schulthess, Konrad: Genealogie der Familie Schulthess-Würth. Stammtafeln. Posth. von Idstein im Taunus, Saarbrücken u. Lahr i. Br. O. O. u. J.
- Schneider, Th., Studienrat i. R.-Wiesbaden: Karl Schurz in Wiesbaden. Wiesb. Tagblatt vom 21. März 1929. Nr. 68.
- Arndt, Willy: Walter Schweter. Zum 50. Geburtstag des Dichters. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 5.
- Esselborn, Prof. Dr. Karl: Walter Schweter. Alt-Nassau. 1929. Nr. 14.
- Straub, August: Walter Schweter. Taunus. 14. Jahrg. 1929. Nr. 6. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 5. Westerw. Schauinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Schlosser, Prof. D.-Herborn: Caspar Sibels Herborner Schülerjahre (1605—1608). Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 4. 5. 6.
- Anthes, Otto: Der Geheime Rat von Sickingen. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Becker, Dr. W. J.: Vom „letzten“ Sickingen. (Sauerberger Hof, Sauerburg und Sauertal bei Caub.) Koblenzer Heimatblatt. 5. Jahrg. 1928. Nr. 50.
- Holz, Dr. Walther: Sickingens Glück und Ende. Rheinische Heimatblätter. 5. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Nies, Ludwig: Ein Gang zum Grab des letzten Sickingen. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Lembke, Fr., Oekonomierat-Berlin: Sohnrey als Volkserzieher. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- [Schenk, Paul, Prof. Dr.]: Ein Dillenburg'scher Arzt und Forscher, Geh. Sanitätsrat Dr. Karl Speck (1828—1916). Dillenburg. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Fuchs, Pfr.-Westerburg: Das Lebenswerk des Hofrats Dr. Spielmann (1861—1917). Alt-Nassau. 1929. Nr. 7.
- Fuchs, Oskar-Westerburg: Zum Gedächtnis Spielmanns. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Lüstner, Lothar, Stadtarchivar-Wiesbaden: Hofrat Dr. Christian Spielmann. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Wittgen, Wilhelm: Hofrat Dr. C. Spielmann. Ein Gedenkblatt. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1929. Nr. 2/3.
- Kalb, Walter: Der verstorbene P. Stephan Steffen O. Cist. aus Marienstatt und Montabaur. Aus der Heimatgeschichte (Montabaur). 3. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- G. W.: P. Stephan Steffen von Marienstatt. O. Cist. Zum Gedächtnis! N. H. 30. Jahrgang 1929. Nr. 2.
- Meissner, Rudolf: Hans Steguweit. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Anthes, Otto: Der Freiherr [vom Stein] und der Leierkastenmann. Alt-Nassau. 1929. Nr. 23.
- Benner, J.: Geschichtliches aus der Herrschaft derer vom Stein. Rhein und Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 22.
- Henche, Albert: Der Freiherr vom Stein und Prinz Louis Ferdinand. Alt-Nassau. 1929. Nr. 22.
- M[ackeprang]: Zum Nassauisch-Stein'schen Ausgleich 1813. Aus unserer Heimat. 1928. Nr. 2.
- Ritter, G.: Der Freiherr vom Stein und die politischen Reformprogramme des Ancien Régime in Frankreich. Historische Zeitschrift. Band 137. Heft 3. 1928. S. 442 ff.
- Ritter, G.: Die Staatsanschauung des Freiherrn vom Stein, ihr Wesen und ihre Wurzeln. Berlin. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. 1927. IV. 23 S. Berlin W. 8.

- Schneider, Walther: Die religiösen Anschauungen des Freiherrn vom Stein Annalen 1928. Band 49. S. 1—121. Bespr. von W. Frühauf: Evangelisches Gemeindeblatt Wiesbaden. 49. Jahrg. 1929. Nr. 32.
- Thiede, Klaus: Die Staats- und Wirtschaftsauffassung des Freiherrn vom Stein. Jena: Fischer 1927.
- Spanier, Max: Leo Sternberg. Ein Dichter des Westerwaldes. Rhein und Lahn. 10. Jahrg. 1928. Nr. 13.
- Volland, R.: Leo Sternberg als Dramatiker Didaskalia. 106. Jahrg. 1928. Nr. 44.
- Paulus-Kassel: Adolf Stoll. Zum Gedächtnis. Nass. Heimatblätter. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Gessert, Dr.: Otto Thilenius. N. H. 29. Jahrg. 1928 Nr. 1.
- Martin, Alfred-Bad Nauheim: Der Salzmeister Joseph Todesco und seine Familie. Archiv für Geschichte der Mathematik, Naturwissenschaft und Technik, Bd. 11, 1928. (Todesco stand 1730 in nassau-usingischen Diensten.)
- Schneider, Studienrat a. D., Wiesbaden: Baronin Üxkülli. Ein Blatt der Erinnerung an Deutschlands apostolischen Sitz zu Trier und die Auflösung der Melchitenkirche in eine Rituskirche. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Menn, Dr. Walter-Münster i. W.: Der Oberpräsident von Vincke und das Siegerland. Siegerland. 10. Band. 3. Heft. 1928.
- Nicolay, W. Prof.: Niclas Vogt. [1756—1836] Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 16.
- Schüssler, Dekan; Diehl, Pfarrer: † Pfarrer Konrad Volz zum Gedächtnis. Evang. Gemeindeblatt. 49. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Zutt, H.-Wiesbaden: Carl Theodor Wagner und sein Werk [Elektr. Uhren] N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 3. Aus Heimat und Welt. Kreisblatt Usingen. 4. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Wagner, H. Bad Ems: Richard Wagner und Karl Maria von Weber als Kurgäste in Bad Ems. Koblenzer Heimatblatt. (Kobl. General-Anzeiger) 5. Jahrg. 1928 Nr. 27.
- Hüfner, Pfr. Dr.-Wiesbaden: Professor Wedewer und seine Stiftung. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Rühl, Pfr.-Obernhof: Die „Pfarrfrau von Heftrich“, ein Kind unserer engeren Heimat. [„Cäcilie Wicht von Heftrich“.] Aus unserer Heimat 1928/29. Nr. 5.
- Wuas, Christian: Wielands sentimentalische Reise an den Rhein. Volk und Scholle. 6. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Wagner, Ernst: Der Geigerkönig August Wilhelmj, eine Biographie. Verl. der „Taunusdruckerei, G. m. b. H.“-Bad Homburg v. d. H. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4. Besprochen von P. Tiedemann in N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 3. cf. Heimatland (Htl.) 10. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Wagner, Ernst: Wilhelmj-Anekdoten. Heimatkalender für den Taunus 1929. S. 113 f.
- Wagner, Ernst-Frankfurt a. M.: August Wilhelmj und Richard Wagner. Abdruck aus einer demnächst im Druck erscheinenden Biographie über August Wilhelmj. Kreisblatt für den Kreis Usingen. 68. Jahrg. 1928. Nr. 23. (2. Blatt). cf. Taunusbote. Bad Homburg. 1928. Nr. 165.
- Hain, Heinrich-Gumbinnen: Ein berühmter Frohnhäuser. [Johann Jak. Wissenbach.] (Dillenburg) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 19.
- Schrohe, Heinrich-Mainz: Johann Witt, ein Hamburger Kaufmann am Rhein und Main (1668—1704). N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Eisenberger, B. E.: Wilhelm Wittgen, der Heimatdichter. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 3.

II. Volkskunde.

1. Sprachliches.

- Arndt, Johanna: Rettet das versinkende Volksgut. [Mundart.] Alt-Nassau. 1929. Nr. 17.
- Bach, Adolf: Zum Problem der Stadtmundarten. Mundart von Bad Ems. Teuth. 1. 41 ff.
- Becker, Dr. W. J.: Vom alten deutschen Wort „Mal“. [Malberg.] Koblenzer Heimatblatt. 6. Jahrg. 1929. Nr. 36.
- Berthold, Luise: Hessen-Nassauisches Volkswörterbuch . . . aus den für ein hessen-nassauisches Wörterbuch . . . von Ferdinand Wrede angelegten und verwalteten Sammlungen ausgewählt und bearbeitet. 2. Band, Bogen 1—4 (= 4. Lieferung) Marburg (Lahn). N. G. Elwert'sche

- Verlagsbuchhandlung 1927. Bespr. von Adolf Bach-Bonn. Nass. Heimatblätter. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2; von Karl Helm in: Hessische Blätter für Volkskunde. Bd. XXVI. 1927. Giessen.
- Zum Hessen-Nassauischen Volkswörterbuch. Lieferung 1. (Marburg. Elwert.) Entgegnung von Louis Berthold-Marburg a. L. Erwiderung von Adolf Bach-Bonn a. Rh. N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Bretschneider, A.: Wiederbelebungsversuche. Aus dem Material des Hess.-Nass. Wörterbuchs. Hessenland 38. 107—109.
- Bretschneider, A.: „Kennst du das Land . . .?“ Mundartliche Plauderei aus dem Material des Hessen-Nassauischen Wörterbuchs. Hessenland 38. 211 ff.
- Brücher, Martin: Der Altkönig [sprachlich]. Taunusbote Bad Homburg. 1928. Nr. 18. cf. Ebenda. Nr. 28.
- Gerhard, Paul: Wörterbuch der Siegerländer Bergmannssprache. Diss. Marburg. 1922.
- Hörpel, Leonhard: Momper und Momperschaft [sprachl.]. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Jungmann-Nordenstadt: Die nassauische Volkssprache und der Au-Laut. Alt-Nassau. 1929. Nr. 20.
- Kappus, Chr.: Die Ausdrücke für Heidelbeere und Klempner im Nassauischen. Nass. Blätter 1923. 63 f.
- Martin, Bernhard-Marburg: Wortgeographische Studien in Hessen-Nassau. Zeitschrift für deutsche Mundarten. Herausgeg. von Hermann Teuchert. 18. Jahrg. 1923. Heft 3/4. S. 254 ff.
- Martin, Bernhard: Molkenstecher, Molkenzaubersche u. Verwandtes des Hessen-Nassauischen Wörterbuchs. Hessische Blätter für Volkskunde. Herausgeg. von Hugo Hepding. Band XXVII. 1928. S. 195 ff. Giessen 1929. Selbstverlag der Hessischen Vereinigung für Volkskunde.
- Münch, Wilhelm: Untersuchungen zur mittelhessischen Dialektgeographie (Kreise Rheingau und St. Goarshausen). Marburg. Philol. Dissert. v. 9. Juli 1925.
- Neurath, K.: Geschichte der mundartlichen Literatur in Hessen und Nassau. Diss. Giessen 1922.
- Nies, L.: Von den Dummern im Volksmund am Mittelrhein. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- R. N.: Historische Sprichwörter und geflügelte Worte in Nassau. (Dillenb.) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 4. 5.
- Reuting, F.: Wörterbuch der Höchster Mundart. Herbert Bärsch, Höchst a. M.
- L. R.: „Provinzielle“ Kraftausdrücke aus dem Rheingau. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Schwing, Heinrich-Weilburg: Beiträge zur Dialektgeographie der mittleren Lahn. Zeitschrift für deutsche Mundarten. 1921. Heft 1/2. S. 154—163. Herausgeg. von Hermann Teuchert.
- Riehl, Wilhelm Heinrich: Rheingauer Deutsch. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 12, 13, 14.
- Stock, Hilda: Ein Kinder-Wintervergnügen in den hessen-nassauischen Mundarten. Hessenland 1922. 17—20.
- Straub, August: Das Hessen-Nassauische Volkswörterbuch. [Lehenverstrich.] Bespr. Alt-Nassau. 1929. Nr. 9.
- Wagner, Ernst: Was heisst „Nassauern“? Heimatkalendar für den Taunus. 1928. S. 77.
- Wagner, Kurt: Deutsche Sprachlandschaften. Heft XXIII der „Deutschen Dialektgeographie“. 1927. Marburg, Elwert.
- Walters, Prof. Dr. L.: Altddeutsches Sprachgut in der Westerwälder Mundart. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Witzel, L.: Da hört doch der Bindfaden auf! Eine sprachliche Betrachtung. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 9.

2. Literatur, bes. mundartliche Dichtungen.

- Arndt, Johanna: Westerwälder Bauernweisheit. Sprichwörter aus dem Unterwesterwald. Rhein. Heimatblätter. 6. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Arndt, Johanna: Westerwälder Volksrätsel. Rhein. Heimatbl. 5. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- A.—.: Geschichtchen vom Westerwald. De veronglekt Quetschekuche. Huchzit an der owere Lahn. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Berthold, L.: Etwas von Nassauer Klössen. Der Schulbote 1923. Nr. 4.
- Bink, Hermann: Aus alten Nassauischen Stammbüchern. Plauderei. Alt-Nassau. 1929. Nr. 22.
- Bink, Hermann: Nassauische Wiegen- und Schlummerlieder. Alt-Nassau. 1929. Nr. 25.
- Dahlhoff, Rektor: Friedrich August von Nassau und der Volksschullehrer. [1812.] Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6.

- Dietz, Rudolf: „Lachkunrad“. Frohe Gedichte in nassauischer Mundart, mit Bildern nach Aufnahmen des Verfassers. Im Selbstverlag des Verfassers. 1928. Wiesbaden, Schützenhofstrasse 14.
- Dietz, Rudolf: Dehum es dehum. (Vertonung von Wilhelm Aletter.) Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- : Ein Bauer nach dem Besuch in der Stadt. (Mundart aus der Umgegend von Dillenburg, abgedruckt aus dem Dillenburgischen Wochenblatt 1839, 9. November.) (Dillenburg) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Doderer, Otto: Das Ufer. Eine Sammlung rheinischer Dichtung. Verlag Walther Gericke, Siegburg im Rhld. und Leipzig.
- Felix: Heimatklänge. Kreuz und quer im deutschen Volksliedewald. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 10. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- (cf.) „Vollkommen einverstanden“ [Herzog Adolf von Nassau und König Wilhelm I. von Württemberg in der Paulskirche 1848]. Idst. Heimatschau 1929. Nr. 7/8.
- Gasser, A.: Der Wildschütz. Eine alte Erzählung aus dem Leben. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jg. 1928. Nr. 1 ff. 3. Jahrg. 1929. Nr. 1 ff.
- † Gros, Erwin: Veteran Schlössermann. Ein Schwank aus der Zeit vor hundert Jahren. (Dillenburg) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Gros, Erwin: Der Spanier und sein Vermächtnis. Die Geschichte eines alten Dillenburgers. (Dillenburg) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1, 2, 3.
- : Gründonnerstagssei. Mundart von Emmerichenhain bei Rennerod. (Dillenburg) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Henche, Albert: Die romantischen Heimat-Balladen in Prosa. Verlag H. Chr. Sommer, Bad Ems. (o. J.)
- W. H.: Nächtlicher Reiter. [Dillenburg]. (Dillenburg) Heimatblätter. 1. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- W. H.: Wie eich noch e klaner Doß war. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- W. H.: Ilaj eau-Lo esu. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Heuser, W. und Missler, K.: Der Bauern doktor oder was die alte Linde rauscht. Ein nassauisches Heimatspiel. Wiesbaden o. J. Heinrich Standt.
- Historicus: Aus der Weisheit des Volkes. Altnassauische Sprichwörter. Alt-Nassau. 1929. Nr. 19.
- Hörpel, L.-Frankfurt a. M.: Episoden aus dem 30jährigen Kriege. 1. Bestrafte Hammeldiebe. 2. Ein Ueberfall auf dem Knoten. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 6. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 4, 5.
- Hörpel, L.: Beiträge zur Geschichte der Westerwälder Landesbewaffnung. Nass. Heimatblätter. 29. Jg. Nr. 3. S. 89—93. Nr. 4. S. 129—139.
- Hörpel, L.-Frankfurt a. M.: Wie zwei Westerwälder Bürgermeister im Hemd nach Beilstein marschierten [1644]. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Hoffmann, Dr. Bernhard-Wiesbaden: Gerichte. Nach einer wahren Begebenheit erzählt. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 3.
- Hoffmann, Dr. Bernhard-Wiesbaden: Der verloren gegangene Sanitätsrat. Eine lustige Geschichte vom alten Sanitätsrat Fohr in Eltville. Unser schönes Heimatland 1929. Nr. 3.
- H.: Nochber, stech er sich aach [von Nachtwächtern in Bad Schwalbach im 18. Jahrhdt.] Aarbote 1928. Nr. 128.
- Ihl, J.: Der Dotzemichel und der Herzog. Aus der Heimatgesch. 3. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Ihl, J.: „Die Preussen kommen!“ [1866]. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Jung, R.: Die Gespenster von Aardeck. Eine Burggeschichte aus Nassau, einer alten Niederschrift nacherzählt. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 4. S. 53 ff.
- : Am Brunnen vor dem Tore [Ausgrabungen am Unterbrunnen in Königstein]. Taunuszeitung Königstein 1928. Nr. 230.
- Leukel, R.: Hannphilipps Hannes bei den Nassauer Soldaten. Der Schulbote 6. 19 ff.
- [Klaus, Lehrer]: Die Orgel. [Ged. in nass. Mundart. Allgem. Nass. Schulblatt. 1859. Nr. 3. Dillenburg. Wochenblatt 1840.] Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Dr. M.: Das Volkslied auf dem Lande. Unser schönes Heimatland, Jahrg. 1929. Nr. 15.
- Micus, Emil-Nauort: Kinder- und Abzählreime im untern Westerwald. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- R. N. Historische Sprichwörter und geflügelte Worte in Nassau. (Dillenburg) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11. 19—21.

- Nies, Ludw.-St. Gouarshausen: Tiere im Sprichwort des nassauischen Mittelrheingebiets. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Philippi, Fritz: Hannibal Bautzmann. Eine lächerlich ernsthafte Geschichte. Alt-Nassau. 1929. Nr. 15 16.
- Philippa, Wilhelm: Die Glocke von Wölferlingen. Eine Westerwaldgeschichte. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 5—7.
- W. Ph.: Mäin Wäller Bauernstuff. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Plitsch, H.: Zwei Siegener „Zeitungen“ aus dem Jahre 1573. Siegener Heimat. 3. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- : Eine Vorgängerin der Siegener Zeitung. [Dillenburgische Intelligenz-Nachrichten] Siegener Heimatblatt. 3. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Polit, G.: Altdeutsche Weingrüsse und -sagen. Koblenzer Heimatblatt. 5. Jahrg. 1928. Nr. 37.
- Quetsch, Joseph: Rheingau, schöner Rheingau! [Gedicht.] Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Eb. R.: Riewekooche. Wat am zweite September 1819 em Dellnhütter (Dillnhütter) Hanner passiert es Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 1. S. 16.
- Rehse, B.: Die nassauischen Dragoner. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Reuter, W.: Baureläwe. Nassauer Landkalender 1927. 68 ff.
- Reuter, Wilh.: Schinnerhannes, de rheinisch Räuwerschelm. Volksstück in 5 Akten in Nass Mundart. Montabaur. Willy Kalb in Komm. [1929.] Bespr. von Ad. Bach in N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- W. Reuter: Völkermai. Rettung. (Gedichte.) N. H. 8. Jahrg. 1928. Nr. 9. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Reuter, Wilh.: Wenn still sich zu die Schatte senke Heimatkal. f. d. Taunus. 1929. S. 84.
- Reuter, Wilh.: Zwesche de Joahre. Nass. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Reuting, [Frieda]: Höchster Scherwe. Geschichten aus dem alten Höchst. 2. Aufl. Wiesbaden: Staat. 1928. Bespr. von O. Stückrath: N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 4 und Fr. Stroh in Hess. Blätter. Bd. XXVII. 1928. S. 233.
- Riehl, Wilh. Heinr.: Rheingauer Deutsch. N. H. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11/12.
- Rieser, W.-Bärstadt: Haamwieh. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Riewekooche: Wellmes Willäm: De Hornerbläser eam Nassauer. H. Schulte: Naturgeschichte. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 3. S. 48.
- Röder, Franzjosef: Von einem Tiroler, der auf den Westerwald kam. Lebenswahr aufgezeichnet. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Röder, Frzjo: Das seltsame Mütterlein von der Friedgrundmühle. Nassauische Erzählung. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Röder, Josef: Du mein Montabaur [Gedicht.] Aus d. Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Roth, Dr. Ludwig-Buchschlag: Die Reifenberger. Taunus. 14. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Rühle, Ludwig: De Hollerbiks. E Dorfgeschicht. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Rühle, Ludwig: Wäller Kermes. E Danzliedche. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Runkel, O.-Dierdorf: Der Schultheiss von Heckholzhausen. [Kerkerbach.] Land u. Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- O. R. D.: Die Glocke von Königsschuh. Westerw. Heimatkal. 1928. S. 75 f.
- O. R. D.: Westerwälder Lichtmessverse. Land u. Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Runkel, O.-Dierdorf: Der Wied-Runkel'sche Hof- u. Hauskalender. L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 11/12.
- Schaefer, Anny: Sophie Hedwig, die Mutter des Volkes. Das Diezer Festspiel von Bürgermeister Heck. Diezer Festzeitung 1929. S. 2.
- Scherer, Dr. Peter: Im alten Säkulum. Rheinische Heimat-Erinnerungen. Verl. Mainz, Math. Grönwald.
- Scherer, Peter: Im alten frohen Rheingau. Im deutschen Strassburg. Freiburg i. Br. Herder 1928. Bespr. von Ad. Bach-Bonn. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Schlosser, Johanna: Eine Weihnachtsnacht im besetzten Gebiet. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Schlosser, Karl: „Dat Ammieche von de Goldbachmill“ von Wilh. Reuter. Eine Studie. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Schwab, Hansheinz: Des Kaisers Dank. Heinrich IV. auf der Burg Braubach (heute Marksburg.) Geschichtliche Erzählung. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 67.
- Spielmann, C.: Allemannenliebe. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Spielmann, C.: Das erste Regiment Nassau. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 7.

- Steinbach, J.: Der „Minserabel“, eine heitere Geschichte aus Alt-Nassau. Land u. Zeit. Beilage zum Nass. Boten. 1928. Nr. 47. (Bad Schwalbach um 1860.)
- Sternberg, Leo: Goldduft und blaue Berge. Ausgewählte Gedichte. Heft 13 der Hessen-Nassauischen Bücherei. Herausgeg. von Otto Stückrath. Heimatschollen-Verlag, A. Bernecker, Melsungen.
- Stoy, Hannelore: Kinderleben im Nassauer Ländche! Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 3.
- Straub, Aug.: Das zeitgenössische Schrifttum im Nassauer Land. Westerbürg, Kaesberger 1929. 83 S. 80. Idsteiner Heimatschau 1929. Nr. 7, 8, 10 L. u. L. 5. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Straub, Aug.: Saft, Saft, Weidenholz. Idstein. Heimatsch. 1929. Nr. 4. Land u. Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 2. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 4. Didaskalia. 1929. Nr. 14. Alt-Nassau. 1929. Nr. 7. Rhein. Heimatbl. 6. Jahrg. 1929. Heft 5. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Stückrath, Otto: Rheingauer Volkslieder. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- Stückrath, Otto: Rheingauer Stammbücher und Albumverse. Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Stückrath, Otto: Das Volkslied im Taunus. Heimatkalender für den Taunus. 1929. S. 36 ff.
- Stückrath, Otto: Die Waise im deutschen Volksliede des Nassauer Landes. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. 1929. Nr. 8. Alt-Nassau 1929. Nr. 6. Unser schönes Heimatland. 1929. (o. J. u. N.)
- Stückrath, Otto: Volksliedsammler unseres Gebiets. [1. Friedr. Stolle. 2. Friedr. Seibert. 3. Friedr. Rossbach. 4. Ernst H. Wolfram.] Nass. Blätter 8 Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Stückrath, Otto: Nassauische Volkslieder mit Bildern und Weisen. Herausgeg. mit Unterstützung des deutschen Volksliedearchivs. Bilder von Peter Trumm. Verlag Moritz Diesterweg. Frkf. a. M. 1929. (Bespr. v. Ad. Bach N. H. 1929. 30 Jg. 4. Heft.)
- Stückrath, Otto-Wiesbaden-Biebrich: Die Vorarbeiten Ernst H. Wolframs zu seiner Volkslieder-Sammlung. Dillenb. Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Stückrath, Otto: Die Tätigkeit der nassauischen Volksliedsammelstelle im Jahre 1927. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.; 9. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Stückrath, Otto: Die nassauische Volksliedforschung. Ein Aufruf. Westerwälder Heimatkal. 1928. S. 106 f. Heimatkal. f. d. Taunus. 1928. S. 95 ff.
- Ullius, Fritz: Der Findling. Eine nassauische Dorfgeschichte. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4/5.
- Ullius, Fritz: Fremd Volk im Land. Eine Erzählung aus unserer Väter Tagen. Heimatkal. f. d. Taunus. 1929. S. 80 ff.
- Unruh von, Fritz: An der Lahn. [Gedicht]. Diezer Zeitung. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. Fests Ausgabe.
- Usinger, J.: Rheingauer Buwe! Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Vahlert, Heinr.: Am Felsbruch. Eine Taunus-Erzählung. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. 9. Jg. 1929.
- Vahlert, Heh.: Mattes. Novelle aus dem Taunus. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 1—4.
- : Zeitgeschichten aus der Taunus-Zeitung von 1877—1927. Taunusbl. Jahrg. 1929. Nr. 27—49.
- de Vylder, Seved: Eisenbahnschnurren aus alter Zeit. Alt-Nassau. 1929. Nr. 2.
- : Wie ein Wallensteiner Ostern feierte. [Grafschaft Diez.] Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
- Weiland, Paul: Der Döppe-Pitter und sein Kürassiergaul. Eine Manövergeschichte aus dem Westerwald. Westerwälder Heimatkal. 1928. S. 84 f.
- Weiland, Paul: Der geschaukelte Rehbock. Eine Wilddiebsgeschichte aus dem Westerwald. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Weiland, Paul: Die Sylvesterbrezel. Humoreske. [Westerwald.] Westerw. Schaunsl. 22. Jg. 1929. Nr. 1.
- Weiland, P.: Der versalzene Sylvesterbraten. Humoreske. Aus d. Heimatgesch. 2. Jahrg. 1928. Nr. 12.
- Weiss, Adolf-Mademühlen: Mundartliches. Vo' wem? (Dillenb.) Heimatbl. 2. Jahrg. 1929. Nr. 16/17.
- : 80 Jahre Westerwälder Zeitung. Jubiläums-Festgabe. Hachenburg: Ebner 1928. (Rh. Heimatbl. 6. Jahrg. 1929. 3.)
- Wittgen, Th.: Der Köhler von Tringenstein. Kulturgeschichtliche Erzählung aus Nassau. Nassovia. 29. Jahrg. 1929.
- Wittgen Th.: „Dorflocke“. Ernste Gedichte in Nassauer Mundart. Hofheim i. Ts. Selbstverlag. (Nassovia 28. 1928. 1.)
- Wittgen, Wilh.: Am Heimatborn. Erzählungen. [Nassau.] O. J. Biermann, Barmen.
- Zitzer, G.: Volkslieder aus dem Kreise Biedenkopf, Hessen. Ztschr. des Vereins für Volkskunde. 37./38. Jahrg. 1927/28. S. 43—49.
- Zuckmayer, Carl: Ein Bauer aus dem Taunus und andere Geschichten. Berlin 1927. Propyläen-Verlag. (Volk u. Scholle. Heft 11. 1928.)

3. Kirche und Schule.

- H. B.: Das „Ewige Gebet“ in den Pfarreien des Westerwaldkreises. Aus der Heimatgeschichte. 3. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Encke, Pfr.-Sinn: Aus Nassaus kirchlicher Vergangenheit. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 15—20.
- Encke, Pfarrrer-Sinn: Eine Kirchenvisitation aus alter Zeit [Fleisbach 1752.] (Dillenb.) Heimatbl. 2. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Fresenius, Dr. Wilh. -Wiesbaden: Zusammenschluss der Landeskirchen in Hessen, Nassau, Frankfurt u. Waldeck. Ev. Gemeindebl. 49. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Fuchs, Oskar]: Eine christliche Kirchenzensur aus dem Jahre 1674 und eine Schuldiener Bestellung aus dem Jahre 1688. (Westerburg). Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Grün, H. Lic. Dr. Pfarrer: Ueber Vermögen und Einkommen der evang. Kirchengemeinden im Taunusgebiet im 16. Jahrhundert. Heimatkal. f. d. Taunus. 1929. S. 42 ff.
- Grün, Dr. H. Pfr. Lic.-Hochheim a. M.: Aus dem Synodalleben der Nassau-Oranischen Landeskirche im 18. Jahrhundert. (Dillenb.) Heimatbl. 1. Jahrg. 1928. Nr. 5/6.
- Hecker, Franz: Beiträge zur Geschichte der Schule und der Volksbildung im Siegerlande bis zum Beginn der preussischen Herrschaft. Frankfurt. Phil. Dissert. vom 14. Mai 1924 [1925.]
- Hörpel, Leonh.-Frankfurt a. M.: Kirche und Hebamme. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Korthauer: Die Anfänge der Missionstätigkeit in Nassau. Evang. Missionsmagazin, herausgeg. von Dr. W. Oehler. N. Folge. 71. Jahrg. April 1927. S. 107—118. (N. H. 29. 1928. 2. Umschl.)
- Krohmann, Willy: Das Unterrichts- und Bildungswesen im heutigen Wiesbaden. Nass. Schulzeitung. 25. Jahrg. 1927. Nr. 10/11.
- Krücke, Pfr.-Ballersbach: Vollständiges Verzeichnis derer Prediger, welche bei dem Kirchspiel Ballersbach gestanden haben pp. mitgeteilt. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Kutsch, Dr. F.: Die Uebertragung und Wunder der Heiligen Marcellinus und Petrus. [Einhard in Wiesbaden.] N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- : Lehrerbildung vor 100 Jahren. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1926. Nr. 17.
- Mackeprang, R.: Bruchstücke aus der Nassauer Schulgeschichte. Aus unserer Heimat. 1928. Nr. 3.
- Pleines, Henny: Aus dem „Manual“ eines nassauischen Schulmeisters vor 100 Jahren. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- O. R. D.: Wied-Runkelsehe Schulordnung. Land u. Leute. 5. Jahrg. 1929. Nr. 2.
- O. R. D.: Himmelsbrief. (Haus und Schutzbrief.) Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- O. R. D.: Lehrerbildung vor 100 Jahren. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Schneider, Studienrat a. D.-Wiesbaden: Eine Cisterzienserrregel des 13. Jahrhunderts. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Schnell, A.-Wiesbaden: Die Nassau-Weilburgischen Kirchenstuhlordnungen. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 10/11.
- Ziener, M.: Verzeichnis, was die Pfarr Esch samt ihrem Filial Rheinborn jährlich Einkommens hat. 1594. Idsteiner Heimatschau. 1928. Nr. 8/9.

4. Namen.

- Bach, Ad.: Die Siedlungsnamen des Taunusgebiets usw. (cf. Annalen Bd. 49. S. 151.) Bespr. von Alfr. Götze in Hess. Blätter für Volkskunde. Bd. XXVI. Giessen 1927. S. 198 ff.; von F. Maurer, Giessen in Nass. Heimatbl. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Beschorner, H.: Handbuch der deutschen Flurnamenliteratur bis Ende 1926, im Auftrage des Verbandes deutscher Vereine für Völkervunde. Frankf. a. M., Diesterweg. 1928.
- : Driedorfer Flurnamen. Oranien-Nassau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Hasselbach, G. W.: Scherzhaft Ortsbenennungen im und am Taunus. Heimatkal. f. d. Taunus. 1928. S. 80.
- Heilig, Otto Ed.: Ein Streifzug durch die Ortsnamen Nassaus. Volk u. Scholle. 6. Jahrg. 1928. Heft 8.
- Holz, Dr. phil. Walther-Lorch a. Rh.: Rheingauische Ortsnamen. Nass. Heimat. 5. Jahrg. 1925. Nr. 1 [Jacobi:] Alte Namen im Taunus. Taunus. 13. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Jacobi, Baurat-Bad Homburg: Die alten Namen der Taunusberge. Taunusbote Bad Homburg 1928. Nr. 3.
- Jungmann-Nordenstadt: Noch einmal der Ortsname Nordenstadt. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 9.

- Kaltwasser, K.: „Nassauer Land“ — „Nassauische Ortsnamen.“ Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 14.
 Nies, Ludw.: Wie fremdländische Familiennamen an unsern Mittelrhein kamen. Nass. Blätter. 9. Jg. 1929. Nr. 1.
 Schröder, Edw.: Die deutschen Burgennamen. Göttinger Beiträge zur deutschen Kulturgeschichte. 1927. Göttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht.
 Schwing, H.: Die Lahn. Die sprachliche Entwicklung des Wortes. Heimatland. (Weilb. Tagbl. 2. Jg. Nr. 1.)
 Stormfels, Wilh.: Die Flurnamen der Gemarkung Hochheim. Alt-Nassau. 1929. Nr. 23.
 Stormfels, Wilh.: Die Ortsnamen Nassaus. Etymologisches Verzeichnis der Orts-, Fluss- und Bergnamen Nassaus. Rüsselsheim a. M. Selbstverl. 1928. Bespr. von Walter Holz in Nass. Heimatbl. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2; von M. Ziemer, Idst. Heimatbl. 4. Jahrg. 1928. Nr. 3; von Alfr. Götz, Giessen. Hess. Blätter. Bd. 27. 1928. S. 238 f.

5. Volkshumor.

- Fiebig, G.: Landstand Dickers Christian aus Wörsdorf. Eine Humoreske aus dem Volksleben. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 5.
 G. F.: Eine rheinische Napoleon-Erinnerung. [Herpel auf Rheinfels]. Alt-Nassau. 1929. Nr. 16.
 Roth, F. W. E. †. Archivar: Landstand Dickers Christian aus Wörsdorf. Eine Humoreske aus dem Nass. Volksleben des 19. Jahrhunderts. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 17.
 Scherer, Peter: Rheingauer Humor. Unser schönes Heimatland. Jg. 1929. Nr. 12. Nass. Blätter. 9. Jg. 1929. Nr. 7.
 de Vylder Seved: Die Perschwadierung. [Usingen.] Alt-Nassau. 1929. Nr. 18.
 de Vylder Seved: Stadtkämmerer Eppelberger. [Hollerburg.] Alt-Nassau. 1929. Nr. 13.
 de Vylder Seved: Der Bürgermeister von Eschenrod. Alt-Nassau. 1929. Nr. 7.

6. Sagen.

- Arndt, Willy-Eitelborn im Unterwesterwald: Vom velle Taijer mit de siwwe Dächselhunn. Nach mündlichen Berichten mitgeteilt. Alt-Nassau. 1929. Nr. 26.
 Bach, Ad. Prof. Dr.-Bonn a. Rh.: Neue Nassauische Sagensammlungen. N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 1.
 Berns, Rob.-Mademühlen: Die Sage vom Königsschuh am Knoten. Oranien-Nassau. 2. Jg. 1929. Nr. 2.
 Bertram, Heinr.: De Schiffer u. des Nikelösche. [Binger Loch.] Rheingau. 2. Jg. 1929. Nr. 12.
 Fem: Der Türmer vom Westerwald. Eine alte Sage. Aus der Heimatgeschichte. 2. Jahrg. 1928. Nr. 10.
 Fiebig, G.: Der verschwundene Junker von Langenau. Eine Lahnsage. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 1. Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 11.
 Heck, Rob.: Die Pförtnerin von Dierstein. (Sage.) Heimatkal. f. d. Taunus. 1929. S. 74 ff.
 Henche, Alb.: Mythische Volkssagen in Nassau. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 9.
 Henrich, Helm.-Straßebach: Die versunkene Glocke. Eine alte Ebersbacher Sage. (Dillenb.) Heimatblätter. 2. Jahrg. 1929. Nr. 16/17.
 Hoffmann, Jos.-Breitscheid: Das Bleischeider Bildchen. Westerw. Schauinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 3.
 Hué, F.: Die Hexeneiche im Heestal. Nach einer alten Sage frei gestaltet. Sieg. Heimat. 3. Jahrg. 1928. Nr. 7.
 Kohl, Joh. Dr.-Bingen: Vom Wesen und Werden der Mäuseturmsage. Volk- u. Scholle. 6. Jahrg. 1928. Heft 9.
 Kowallik: Wampelshausen. Eine Siegerländer Sage. Siegerl. Heimat. 3. Jahrg. 1928. Nr. 7.
 Kraye, A.: Die Entstehung von Eibingen. Eine Rheingauer Sage. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 8.
 Levison, W.: Das Werden der Ursula-Legende [betr. auch Elisabeth von Schönauf]. Jahrbuch der Altertumsfreunde im Rheinland. Heft 132. Köln 1928.
 —: Zwei Sagen vom Limburger Schloss. Die Gespensterechaise von Ardeck. Das Muhlkalb. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929. Nr. 5. Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. 1929. Nr. 6.
 Mannes, Fr.: Schön Irrmtrauts Not. Eine Sage von der Groblay (Gelbachtal.) N. A. L. K. 1928. S. 31 ff.
 May, K.: Eine mittelalterliche Legende als Beitrag zur älteren Geschichte Villmars. Nass. Heim. Bl. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2.
 Nies, Rud.: Nassauische Sagen. Verl. Hegel u. Schade, Leipzig.

- Rohmer-Heilscher, Lucie: Die Prinzessin von Hadamar. Ein Sommermärchen. W. Sch. 22. Jg. 1929. Nr. 6.
- Runkel, Otto: Aus dem Sagenschatz der Heimat, Westerwaldsagen. Gesammelt u. erzählt, mit einem Geleitwort von Leo Sternberg. 1. Teil, Verlag Beltz, Langensalza. of. Westerw. Schaulust 22. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Runkel, O.-Dierdorf: Die Trödelsteine. Eine Westerwaldsage [Daaden]. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 9.
- Schäfer, Wilh.: Der Bäcker von Limburg (Rheinsagen). Land u. Zeit. 8. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Schneider, Th.-Wiesbaden: Der Anteil der heil. Elisabeth von Schönnau am Werden der Ursulalegende. Annal. 1928. 49. Bd. S. 146—148.
- Schöller, K. M.: Die himmlische Tierschau. Eine Heimatlegende. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Schreiber, Aloys: Das Wispertal. Eine Sage. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 10.
- Schrey: Siegerländer Sagen. Verlag W. Vorländer-Siegen.
- Schwab, Hansheinz: Ein Braubacher Märlein. N. 28. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Straub, Aug.-Oberkriftel b. Frankf. a. M.: Deutsches Volkstum in Märchen u. Sage der Heimat. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 2. Idst. Heimatschau. 1929. Nr. 6—8.
- Stückrath, O.: Der Aufhocker und seine Sippe im Nassauischen. N. H. 30. Jahrg. 1929. N. 3.
- Stückrath, O.: Die Madonna mit der Scherbe. Eine rheingauische Legende. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Verleger, Aug.: Frau Holle und der Riese Wode. Eine Sage aus dem Taunus. Alt-Nassau. 1929. Nr. 3.
- Wellstein, P. Gilb. O. Cist.: Aus Nassaus mittelalterlichem Legendenschatz. Nass. Heim. 9. Jg. 1929. Nr. 10.
- Wolff, K.-Griesheim: Das gute Weibchen vom Butznickel. (Sage). Nass. Heim. 8. Jahrg. 1928. Nr. 16.
- Zaunert, Paul: Hessen-Nassauische Stammeskunde (Deutscher Sagenschatz). Hessen-Nassauische Sagen. Gesammelt u. herausgeg. Mit 25 Taf. u. 63. Abbild. im Text. Verl. Eug. Diederichs in Jena 1929. Bespr. von W. Schoof, Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929. Nr. 4; und von Prof. Dr. G. Koch in „Hess. Blätter.“ 27. Bd. 1928. S. 252 f.
- Zaunert, P.: Rheinlandsagen. Bd. 2. Das Rheintal von Bonn bis Mainz. Volksglauben der Gegenwart. Mit 14 Taf. u. 26 Abb. Jena, Diederichs 1924.
- Zott, Osw.: Der Schmied von Hallgarten. Eine rhein. Sage. Nass. Heim. 9. Jahrg. Nr. 6.

7. Inschriften, Münzen, Glocken.

- A. B.: Was ich an Häusern fand in deutschen Landen. Uns. schön. Heimatl. Jg. 1929. Nr. 12.
- Bink, Herm.: Nassauische Heimatglocken. Alt-Nassau. 1929. Nr. 26.
- Diezer Inschriften. Grab-, Glocken- u. Hausinschriften. Der Inschriftensammlung von Rob. Heck entnommen. Diez. Ztg. 36. Jahrg. 1929. Nr. 149. S. 14. Festaussg.
- Fischer, H.: Zwei kirchliche Inschriften aus Oestrich. Didaskalia. 106. Jahrg. 1928. Nr. 44.
- Geisler, C.-Herborn: Die Wappen u. Inschriften am Rathaus zu Herborn. Oranien-Nassau. 2. Jg. 1929. Nr. 9/10.
- : Hausinschriften. Idst. Heimatschau. 1929. Nr. 10/11.
- Hofmann, K., Ortsgerichtsvorsteher in Niederscheld: Hausinschriften, in Beziehung zu einem Dorfbrande im 18. Jahrhundert in Niederscheld (Dillkr.) Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 9.
- Meyer, H. H.-Nassau: Einiges über das Nassauer Wappen. Heimatbl. f. d. Unterlahnkr. 4. Jg. 1929. Nr. 14.
- Meuer, A. H.: Rheingauer Epitaphien. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- O. R.-D.: Allerlei Inschriften im Westerwälder Hause. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Scherer, Landesbaurat a. D.: Inschriften u. Jahreszahlen an Bauten einst und jetzt. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Schlosser, Prof. D.-Herborn: Nassauische Inschriften. (Dillenb.) Heimatbl. 1. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Schmidt, Beschlicher Grabinschriften. Land u. Leute im Oberlahnkreis. Jg. 2.
- Steffen, P. Stephan, O. Cist. Abtei Marienstatt: Fünf Glasgemälde aus einem rheinischen Zisterzienserrinnenkloster. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 15.
- Sturmfels, Wilh.: Aus der Weisheit des Volkes. Hausinschriften. Alt-Nassau. 1929. Nr. 1. 3.
- Troitzsch, Dr.: Die neuen Glocken zu Lorch am Rhein. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 4.

8. Volksaberglaube.

- Arndt, Johanna: Vom Aberglauben im Unterwesterwald. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 6—8.
- Hain, W.-Breitscheid: Hexenglaube und -Prozesse in unserer Heimat. (Dillenb.) Heimatbl. 2. Jahrg. 1929. Nr. 24.

- Heil, F.-Camberg: „Weber Hans“, der Hexenpfeifer u. Werwolf von Dombach. Auszug aus den Akten der Camberger Hexenprozesse vom Jahre 1659. Idst. Heimatschau. 1928. Nr. 9—11.
- : Der Ketzstein. Alt-Nassau. (Wiesb. Tagbl.) 21. März 1928. Nr. 69.
- Krause, Wilhelm: Vom Hexenmüller im Wispertal und seinem Hexenbuch. Nass. Bl. 8. Jg. 1928. Nr. 5.
- Lone von, Dr. P. J.: Der Juni im Volksglauben. Nass. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Rühl, Pfr.-Obernhof/Lahn: Von Hexen u. Hexenprozessen im ehemaligen „Drei- und Vierherrischen“ unserer Heimat. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 8. Htbl. U. L. 4. Jg. 1929. Nr. 7.
- O. R. D.: Im Februar. (Vom Westerwälder Glauben und Aberglauben.) Nassovia. 29. Jg. 1929. Nr. 2.
- Schmidt, E. H., Müller-Eisenroth: Spuck. [Eisenroth]. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 6.
- Schüler, Th.: Die Ausrottung der Hexen und Zauberer in der Grafschaft Idstein-Wiesbaden. Alt-Nassau. 1929. Nr. 20.
- Schüler, Th.: Aber- und Wunderglaube in Nassau. Alt-Nassau. 1929. Nr. 11.
- Straub, Aug.: Zaubersprüche u. Beschwörungsformeln aus altnassauischem Volkstum. Didaskalia. 107. Jahrg. 1929. Nr. 44.
- Ziener, M.: Die Idsteiner Hexenjagd von 1676. Nach den Akten des Staatsarchivs in Wiesbaden. Idst. H. Sch. 4. Jahrg. 1928. Nr. 1—4.

9. Recht, Sitte und Brauch.

- : Acta criminalia. [1566/67.] Sieg. Heimatland. 3. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Becker, Erich: Rheingauer Volksbräuche. Ein Beitrag zur rheinischen Volkskunde. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Bertsche, Reg.-Rat, Vors. d. Arbeitsamts Niederlahnstein: Vom Aufbau und der Tätigkeit eines Arbeitsamts [Niederlahnstein]. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Billerbeck, Dr., Direkt. beim Landesarbeitsamt Hessen in Frankf. a. M.: Die Entwicklung zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Bless, Oberregierungsrat, Landesarbeitsamt Hessen in Frankf. a. M.: Praktische Arbeitsvermittlung. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Fiebig, Georg-Freindiez: Eine fürstliche Brautwerbung vor 100 Jahren. [Herzog Wilhelm I. v. Nassau.] Kobl. Heim. 6. Jahrg. 1929. Nr. 16.
- Fiebig, Georg: Ein Stück Sittengeschichte aus Deutschlands trübster Zeit. Ein Beitrag zum Gemälde deutscher Rechtslosigkeit. (Die niederrheinischen Räuberbanden. Fetzer, der Neuwieder Räuberhauptmann. Die Diebesbanden am Rhein u. auf dem Westerwald.) Nass. Heim. 8. Jahrg. 1928. Nr. 15.
- Frerking, Wilh.: Der Zinshahn. [Er springt wie ein Zinshahn]. Alt-Nassau. 1929. Nr. 9.
- h: Die Bestrafung für einen Kindesmord. [Katharina Pfeifer in Mittelheim 1735.] N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 6.
- Gamann, H.: Hirte und Hude. [1616—1803]. Siegerl. Heimat. 3. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- Grün, Dr. Lic. Hugo, Pfr. in Oberauhoff: Taufe, Hochzeit und Beerdigung während des 16. Jahrhunderts im Taunusgebiet. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 5/6.
- Heiler, Dr.-Wiesbaden: Vom Heiraten. Kulturelles aus altnassauischen Gesetzen. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Heiler, Dr. Carl, Studienrat-Wiesbaden: Die Bettelfuhrer. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- : Ein Lehrbrief aus dem Jahre 1772, [Joh. Wilh. Metz zu Braubach.] Rhein u. Lahn. 11. Jahrg. Nr. 6.
- Jakel, W., Leiter der Versicherungsabteilung des Arbeitsamts Niederlahnstein: Die unterstützende Arbeitslosenfürsorge in ihrer Entwicklung u. heutigen Gestaltung. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Lone, von Dr. Paul J.: Weihnachten im alten Volksbrauch. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 12.
- Müller, Wilh. Pfr.: Die Brautsuppe. Ein von den Wörsdorfer Schulkindern erkämpftes Recht. Nass. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Nies, Ludwig-St. Goarshausen: Die Nachbarschaften, eine alte Volkssitte am Mittelrhein. Nass. Blätter. 8. Jahrg. 1928. Nr. 11.
- Nies, R.: Der Christbaum in Nassau-Dillenburg. [Verbot 1786.] (Dillenb.) Heimatbl. 1. Jahrg. 1928. Nr. 6.

- Plitsch, H.: Aus der Heimat alten Tagen. (Nassau-Oranien.) Lebensart, Sitten und Gebräuche im 15. Jahrhundert. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 2/4. S. 26 ff. S. 61 ff.
- Rieck, Ernst: Begräbnis- und Trauerordnungen des 18. Jahrhunderts in den Ländern des Westerwaldes und der Lahn. W. Sch. 21. Jahrg. 1928. Nr. 1.
- Roth, W. E. Archivrat †: Das Leben an einem Rheingauer Adelssitze vor hundert Jahren. [Geisenheim]. Alt-Nassau. 1929. Nr. 23.
- O. R. D.: Der Küsse- oder Kissentanz. (Ein Westerwälder Volkstanz). Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- O. R. D.: Das Richtfest. Wie es früher auf dem Westerwald gefeiert wurde u. noch hier und da geübt wird.) Nassovia. 39. Jahrg. 1929. Nr. 8.
- Runkel, O.-Dierdorf: Alte Bilder in Westerwälder Bauernwirtschaften. (1. Die 10 Wirtschaftsbote. 2. Der Baum der Liebe. 3. Alter Haussegen.) Kobl. Heimatbl. (General-Anzeiger). 5. Jahrg. 1928. Nr. 34.
- Seiler, Lehrer-Rehe: Nassauische Sitten. [Kindtaufe und Leichenfeier auf dem Westerwald]. (Dillenb. Heimatbl. 2. Jahrg. 1929. Nr. 19.
- Stahl, Herm.: Hochzeit in der Nordostecke des Taunus. (Ein Beitrag zur Sitte und Tracht in der Grafschaft Cleeburg. Heimatkal. f. d. Taunus. 1928. S. 58 ff..
- Stückrath, O.: Der Jahrestag der Brunnengesellschaft. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- Ullius, Fr.: Der Verspruch. Ein Bild aus nassauischem Volkstum. Heimatkal. f. d. Taunus. 1929. S. 65 ff.
- Ullius, Fr.: Nassauisches Fastnachtstreiben. Die Nachbarschaft in der Volkssitte Nassaus. Tod und Begräbnis im nassauischen Brauchtum. Alt-Nassau. 1929. Nr. 2, 19, 24.
- Ullius, Fr.: Sitte und Brauch im Nassauer Land im Lauf des Arbeitslebens. Ländliche Nebenerwerbszweige. Nass. Bl. 8. Jahrg. 1928. 9. Jahrg. 1929. Rhein u. Lahn. 10. Jahrg. 1928.
- Ullius, Fr.: Aus heimischen Sitten u. Bräuchen. Das liebe Vieh. Htbl. U. L. 3. Jg. 1928. 4. Jg. 1929.
- Werhan, K.: Frankfurter Kinderleben in Sitte und Brauch. Kinderlied u. Kinderspiel. Veröffentlichungen des Volksliedausschusses für das Land Nassau, die Stadt Frankf. a. M. u. den Kreis Wetzlar. Bd. I. Wiesbaden: Stadt 1929. (XV, 387 S.) 8°. Bespr. von Hannelore Stoy im Westerw. Schauinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 7 und von Ad. Bach in N. H. 30. Jahrg. 1929. Nr. 3.
- Wilhelmi, F.: Wie man vor Alters im Nassauischen Hochzeit hielt. Biebr. Tagespost 1928. Nr. 62.
- Wolff, K.-Griesheim a. M.: Das Gergo und das Klickerspiel zu Limburg a. d. L. Ein Erinnerungsblatt. a. d. Jugendzeit. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- : Aus den Tagen des Reichs-Kammer-Gerichts. Alt-Nassau. 1929. Nr. 21.

10. Familie.

- Dietz, R.: Stammbäume und Ahnentafeln in eigenartiger und ichtümlicher Ausstattung. Urturm 1929. Heft 1.
- Fuchs-Hartmann, Werner: Zur Praxis der Familienforschung. Alt-Nassau. 1929. Nr. 12.
- Kempf, Dr. iur. Hans: Westerwälder, treibt Familienkunde. Westerwäld. Heimatkal. 1928. S. 41 f.
- R. M.: Familienkunde und Familienforschung. Aus unserer Heimat. 1928/29. Nr. 7, 9—12.
- Nies, Ludwig-St. Goarshausen: Martinnachbarschaften am Mittelrhein. Land u. Zeit. 8. Jg. 1929. Nr. 18.
- O. R. D.: Die Vorbedingungen zum Heiraten im Sayn-Hachenburgischen. Siegener Heimat. 3. Jahrg. 1928. Nr. 7.

11. Feste.

- Dänner, Otto: Das Heimatfest in Weyer. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- : Fastnachtsreigen, Tänze, Hochzeiten und Kindtaufen um 1600, wie sie sich in nassauischen Verordnungen widerspiegeln. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 2. S. 29 ff.
- Fuchs, Pfr.-Westerburg: Halbe und ganze Feiertage. (Eine Westerburger Verordnung von 1778.) Alt-Nassau. 1929. Nr. 6.
- Gessler, Albert: Kinderfastnacht im Herzogtum Nassau. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- : Die Gonzenheimer Kerb. Taunusbote. Bad Homburg. 1928. Nr. 230.
- : Grenzgangfeste. Taunuszeitung. Königstein. 1928. Nr. 168.
- Herber, Alfred: Der Alltag und die Feste im alten Rheingau. Der Rheingau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7.
- Hoche, R.: Die Hattenheimer Fastnacht. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 3.

- : Der Hochheimer Markt. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 259.
H.: Die Schillerfeier 1859 in Bad Schwalbach. Aarbote. 1928. Nr. 72.
Hb.: Zur Falkensteiner Kirchweihe. Taunuszeitung. Königstein. 1928. Nr. 89.
Ihl, J.: Jahrmarktfreuden und ihre Folgen. Aus d. Heimatgesch. 3. Jahrg. 1929. Nr. 1.
Langkopf, H.: Zum 75. Feldbergfest. Taunusbote. Bad Homburg. 1928. Nr. 140.
Löber, Karl: Lukasmarkttag. Ein Bild aus Haigers Vergangenheit. (Dillenb.) Heimatblätter. 1. Jg. 1928. Nr. 2.
Lone von, Dr. Paul J.: Wie unsere Altvordenen Ostern feierten. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 4.
Lone, von Dr. Paul J.: Altdeutsche Pfingstfeier. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 5.
O.: Das Feldbergfest, eine turngeschichtliche Betrachtung zum 75. Feldbergfest am 24. 6. 1928. Taunuszeitung Königstein. 1928. Nr. 123.
O. R. D.: Der Neujahrstag im Dillenburg Land. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 1.
O. R. D.: Fastnacht auf dem Westerwald. Westerw. Schauinsl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 2.
O. R. D.: Zweiter Pfingsttag im Amt Selters. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 6.
O. R. D.: Vom Christfest vor 100 Jahren. Nassovia. 29. Jg. 1929. Nr. 1.
O. R. D.: Allerlei Westerwälder Weihnachtsgebete und Neujahrswünsche. Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 1.
Schüler, Th.: Ein Schützenfest im Jahre 1537. Alt-Nassau. 1929. Nr. 25.
Sternberg, Leo: Winzerfest unter Kaiser Maximilian. [Limburg]. Rhein. Heimatbl. 5. Jg. 1928. Nr. 1.
Ullius, Fr.: Wenn Kirmes ist! Ein Bild aus der nass. Volksfreude. Westerwälder Heimatkal. 1928. S. 95 ff. Heimatkal. f. d. Taunus. 1928. S. 61 ff.
—: Weihnachten in Altnassau. Taunuszeitung Königstein. 1928. Nr. 254.
Witten, Theodor: Aus dem Heimatfestspiel zu Weyer. Gedichte. Land u. Leute. 4. Jahrg. 1928. Nr. 7.

12. Bergbau, Landwirtschaft, Weinbau, Industrie.

- Austermann, K.: Der Eisenerzbergbau a. d. Lahn u. Dill, seine Bedeutung und seine Arbeiter, m. bes. Berücks. d. Dillreviers. Diss. Münster. 4. April 1925.
Becker: Die Einführung der Kartoffel in Nassau. (Um 1615.) (Dillenb.) Heimatbl. 1. Jahrg. 1928. Nr. 2.
Bertram, Heinr.-Rüdesheim: Der Weinbau im Mittelalter. Die Weinmärkte im Rheingau. Einfluss des Weinbaues auf die Rheingauer Verhältnisse. Handel u. Gewerbe im Rheingau. Der Rheingau. 1. Jahrg. 1928. Nr. 3.
Bertsche, Aug.: Die Höchster Farbwerke. Nass. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
Birkenholz, K.: Lahnmarmor. Land u. Zeit. 8. Jg. 1929. Nr. 10.
Böcher, Emil: Die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftliche Bedeutung des Eisenerzbergbaues und der Eisenindustrie des Siegerlandes. Würzburg. Diss. 2, 3. 1925.
Bollenbach, Dr. Studiendirektor: Die Staatliche Keramische Fachschule Höhr. Nass. Blätter. 9 Jg. 1929. Nr. 11.
Cisarz, Arnold: Mineralogisch-mikroskopische Untersuchung der Erze und Nebengesteine des Roteisensteinlagers der Grube Maria bei Braunkopf a. d. L. Diss. Giessen vom 17. 3. 1924 [1925].
—: Aus der Geschichte des nassauischen Buchdrucks. Biebricher Tagespost. 1929 Nr. 142.
Collet, Rich. Landrat-Montabaur: Das Kannenbäckerland. N. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
Dalechow, Dr. phil. Ilse-Köln: Rheinische Porzellanmanufakturen. [Höchst]. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 3.
Daum, Fr.-Grenzhausen: Zur Geschichte der Krug- und Gläsermalerei im Kannenbäckerland. Nass. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
Dehlt, Lothar: Floersheimer Fayence. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Keramik. Hamburg. Phil. Diss. v. 23. Jan. 1925.
Diel, J.-Hattenheim: Der Weinbergsschluss. Biebricher Tagespost. 1928. Nr. 235.
Duhme, Wilh.: Nominal- und Reallohne der Metallarbeiter Wiesbadens vom Nov. 1918 bis Ende 1922. Frankfurt, Wirtschaftl. und sozialwiss. Diss. v. 7. Okt. 1924. [1925].

- D.: Die Zugabe der Wiesbadener Metzger. [1810]. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Eisen, Matthias: Der Wandel in den Arbeitsverhältnissen in der Siegerländer Erz- und Eisenindustrie, insbesondere in den Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Köln, Dissert. vom 25. Februar 1925.
- : Erzbergbau und Eisenhüttenwesen im Dillkreisgebiet. Land u. Leute Beilage zum Nass. Boten. 1928. Nr. 28.
- Felow, v.: Die erste Kartoffel in Nassau. Land u. Zeit, Beil. z. Nass. Boten, 1928. Nr. 42.
- Fiebig, G.: Rheinische Weinmuseen. Kobl. Heimatbl. (General-Anzeiger). 5. Jahrg. 1928. Nr. 34.
- Fiebig, G.: Die Fürstlich-Wiedischen Westerwälder Fischweiher. Kobl. Heimatbl. (Kobl. Generalanzeiger) 5. Jahrg. 1928. Nr. 19.
- Flesche, Franz: Die Entwicklung der Rheinschiffahrt in den Jahren 1910—1920. Frankf. Dissert. vom 14. Aug. 1924 [1925].
- Fremdt, Hans: Die landwirtschaftl. Betriebsweise im Untertaunuskreis; ihre Intensitäts- und Standortverhältnisse. Bonn-Po. Dissert. v. 10. Sept. 1924 [1925].
- Gamann: Aus der Industriegeschichte des Siegerlandes. Verl. W. Vorländer, Siegen.
- Grimmelt, Lehrer-Hilgert: Die Pfeifenindustrie im Kannenbäckerland. Nass. Blätter. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Grisse, Ernst: Untersuchungen über die Entwicklung und Kultur des Grünlandes im Siegener Lande. Giessen, Dissert. v. 4. Nov. 1925.
- Gross, Dr. Carl R., Syndikus: Höchster Industrie in Vergangenheit und Gegenwart. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Hagemann, Oberförster: Die Forstwirtschaft im Untertaunuskreise unter besonderer Berücksichtigung des Gemeindewaldes. Heimatkal. f. d. Taunus. 1929. S. XXI ff.
- : Der Westerw. Hausierhandel. [Nass. Bote]. 1928. Nr. 11. Heimatland, mein Hessen-Nassau. 9. Jahrg. 1928. Nr. 8.
- Henrichs, Alfred: Untersuchungen über die Land- u. Haubergswirtschaft im Kreise Siegen. Giessen. Phil. Diss. v. 5. Aug. 1925.
- Hertz, Heinz: Die Entwicklung der nassauischen Rindviehzucht im XX. Jahrhundert und ihr heutiger Stand. Jena, Phil. Diss. v. 14. Febr. 1925.
- Himmelreich, J.: Weinbau im Solms' Land. Nass. Heimat. 8. Jahrg. 1928. Nr. 17.
- Hoehl, Carl-Geisenheim i. Rhg.: Die Sektindustrie im Rheingau und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Der Rheingau. 2. Jg. 1929. Nr. 10.
- Ders.: Vom Küfer-, Schröter- u. Winzerhandwerk. Der Rheingau. 1. Jg. 1928. Nr. 8.
- Hörpel, L.: Beiträge zur Geschichte des Kartoffelbaues im Westerwald. Nass. Heimatbl. 29. Jahrg. 1928. Nr. 2.
- Ders.: Beiträge zur Geschichte des Obstbaues im südlichen Westerwald. (Schluss.) Westerw. Schauinsland. 21. Jahrg. 1928. Nr. 9, 10.
- Ders.: Von Müllern und Molter. N. Ht. 8. Jahrg. 1928. Nr. 5. Oranien-Nassau. 2. Jahrg. 1929. Nr. 7, 8.
- Hofmann, A. Diplomlandwirt: Die Landwirtschaft im Untertaunuskreise. Heimatkal. für den Taunus. 1929. S. XVII ff.
- Ht. R.: Aus der Geschichte des nassauischen Obstbaues. Taunusztg. Königstein. 1928. Nr. 203. Taunusbote Bad Homburg. 1928. Nr. 242.
- Jung, R.: Erbfuss und Erbstollen. Heimatland Siegen. 3. Jahrg. 1928. Nr. 4. S. 57 ff.
- Jungmann-Nordenstadt: Zeugen der ältesten deutschen Töpferindustrie auf dem Westerwald in Orts- u. Flurnamen. Nassovia. 28. Jg. 1928. Nr. 10, 11.
- Ders.: Was wissen wir aus der älteren Geschichte des Ländchens? Nassovia. 29. Jg. 1929. Nr. 11.
- Kamp, Alfred Professor: Staatliche Keramische Fachschule in Höhr. Nass. Bl. 9. Jg. 1929. Nr. 11.
- Klein, Heinrich: Die neueste Entwicklung der Siegerländer Eisenindustrie. Giessen. Phil. Diss. vom 24. Februar 1925.
- Koepfel, Klaus: Die Eisenerzlagerstätten des Siegerlandes und des Sauerlandes. Stuttgart. Dissert. vom 22. Juli 1925.
- Kohlbeck, Rich.: Die deutsche Marmorindustrie (unter bes. Berücks. der Marmorindustrie des Lahnggebietes). Frankf. Diss. v. 15. Febr. 1924. [1925].

- Koscielniazyk, Rektor-Höhr: Die Zunft der Kannenbäcker. N. Bl. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
- Kühn, Fritz: Die Hütten- und Hammerordnung im Lande Siegen unter preuss. Herrschaft [1815—1873]. Giessen. Phil. Diss. v. 14. Sept. 1925.
- Kunze, Friedr.: Die Weinlese in der Kulturgeschichte. Der Rheingau. 2. Jg. 1929. Nr. 10.
- : Lorcher Weinbau Rhein u. Lahn. 10. Jg. 1928. Nr. 12.
- Lotz, Karl-Nassau: Von Märkten in Nassau im 17., 18. u. 19. Jahrhundert. Htbl. U. L. 4. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- Lucius, Werner: Vergleich u. Bedeutung zweier Landrassen (Vogelsberger u. Westerwälder) unt. bes. Berücks. der Weideergebnisse des Jungviehs. Giessen, Phil. Diss. v. 20. Apr. 1925
- Maas, Clemens: Rheingauweine. Nass. Bl. 8. Jg. 1928. Nr. 6.
- Manskopf, Hans: Betriebsorganisation eines mittleren Betriebes des Unterwesterwaldkreises in der Nachkriegszeit 1919—1924. Giessen. Phil. Diss. v. 4. Jan. 1925.
- Metzler, Heinz: Rhein. Weinkultur unt. bes. Berücks. der Weinkultur Rheinhessens. Frankf. Wirtsch. u. socialwiss. Diss. v. 20. Aug. 1928 [1925].
- Milani, Dr. A.: Über die Baumkelter. Nass. Heimat. 9. Jg. 1929. Nr. 10.
- Möhringer, K.: Das Westerwälder Rind. Seine Gesch. und die wichtigsten Blutlinien. Giessen. Phil. Diss. v. 9. Sept. 1925.
- Müller, Dr. Bürgerm.: Höchst a./M., die Stadt der Farben. Ein Überblick über die Entwicklung. Nass. Bl. 8. Jg. 1928. Nr. 4.
- Nemnich, Geh. Justizr.-Köln: Landwirtschaft u. Industrie a. d. Lahn i. J. 1808. Uns. schön. Heimat. (Diezer Anzeiger). 1929 Nr. 2.
- Nies, Rud.-Haspe: Bunte Bilder aus älterer Zeit. Jagd-u. Fischereiverordnung 1562, Schuldschein des Grafen Johann v. Sayn aus dem Jahre 1358. W. Sch. 22. Jg. 1929. Nr. 10.
- Nies, L.: Salmfischergerechtsame zu nass. Zeiten. N. Bl. 9. Jg. 1929. Nr. 7.
- Ders.: Salmfischerei im nass. Rheingebiet. Nass. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 9. Rhein.-nass. Tagesztg. (St. Goarshausen). 1928. Nr. 209.
- Ders.: Salmfang am Mittelrhein. Alt-Nassau. 1929. Nr. 15.
- : Der Obstbau im Obertaunuskreise. N. Bl. 8. Jg. 1928. Nr. 3.
- Palme, Fabrikdirektor-Wirges: Wirges und seine Glasindustrie. N. Bl. 9. Jg. 1929. Nr. 11.
- Piper, Bergassessor: Der Westerwälder Braunkohlenbergbau. Nassovia. 28. Jg. 1928. Nr. 3.
- t.: Die Porzellanfabrik in Höchst. Nass. Heimat. 8. Jg. 1928. Nr. 12.
- : Höchster Porzellan 2. Beiblatt der „Frankfurter Nachrichten“. 12. Febr. 1928. Nr. 43.
- Pruischen v.: Osterspaiser Bergbau. Rh. u. L. 10 Jg. 1928. Nr. 12.
- : Ein berühmtes nassauisches Glockengiesser-Geschlecht. [Rinker in Sinn]. Aus d. Heimatgesch. 2. Jg. 1928. Nr. 1. N. Ht. 8. Jg. 1928 Nr. 2.
- Roth, F. W. E.: Ein Weintransport im Jahre 1800. Der Rheing. 3. Jg. 1930. Nr. 1.
- O. R. D.: Fischerei im Westerwald. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 3.
- O. R. D.: Fruchtpreise in alter Zeit. [1654]. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 7.
- O. R. D.: Obstdiebstähle u. ihre Bestrafung in alter Zeit Nassovia. 29. Jahrg. 1929. Nr. 10.
- O. R. D.: Vom Wiesenbau im Wied-Runkelischen. Nassovia. 28. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Saure, Otto: Rheinische Keramik in alter Zeit. Rhein.-nass. Tageszeitung. (St. Goarshausen). 1928. Nr. 185.
- Saure, Otto: Rheinische Mineralquellen. Rh. u. L. 11. Jahrg. Nr. 4.
- Schmidt, Erwin-Frankfurt a. M.: Die Industrie im Oberlahnkreis vor 100 Jahren. L. u. L. 3. Jahrg. 1929. Nr. 1.
- Schmidt, F. A.-Hersfeld: Papiermühlen in nassauischen Zeiten. Alt-Nassau. 1929. Nr. 26.
- Schmitt, Willi: Die landwirtschaftl. Verhältnisse des Siegkreises. Bonn-Po. Diss. v. 24. April 1925.
- Selzer, Just.: Kartoffel-Sortenfrage im Gebiete der Landw.-Kammer Wiesbaden. Gießen, Phil. Diss. v. 25. Sept. 1925.
- Senning, F., Reg.-Rechnungsrevisor-Wiesbaden: Die Leistungen der produkt. Erwerbslosenfürsorge im Reg.-Bez. Wiesbaden von 1920—28. Nass. Bl. 9. Jahrg. Nr. 8.
- Stenter, J. Fabrikdir.-Grenzhausen: Die feuerfeste Industrie des Westerwaldes. Nass. Bl. 9. Jg. 1929. Nr. 11.
- Ullius, F.: Der Weinbau an der unteren Lahn. Kobl. Heimatbl. 5. Jahrg. 1928. Nr. 48. cf. Htbl. U. L. 3. Jahrg. 1928. Nr. 1.

- Viehmann, Bürgermst.-Grenzhausen: Fischereigerechtsame in Nassau. Nass. Bl. 9. Jahrg. Nr. 2.
 Vonjahr, G.: Ein Mühlbrief aus dem Jahre 1719. Nassovia, 29. Jahrg. 1929. Nr. 4.
 Weber, Dr. Rud.: Geschichtliches üb. den Kartoffelbau. [In Nassau, a. d. Westerwald.] Westerw. Schau-
 insl. 22. Jahrg. 1929. Nr. 10/11.
 Weber, Rud.: Die Trieschwirtschaft-Feldgraswirtschaft des Westerwaldes und ihre Entwicklung. Bonn-
 Po. Diss. v. 23. April 1925.
 —: Deutscher Wein. [Eine grosse Anzahl kleiner Aufsätze u. Gedichte über den Rhein u. seinen
 Wein.] Sonderausgabe der Frankf. Nachr. 20. Okt. 1929. 7. Beibl. Nr. 291.
 —: Der älteste Wein. Rheing. Weinzeitung. 1928. Nr. 40.
 —: Berühmte Rheinweinkellereien. Taunusztg. Königt. 1928. Nr. 176.
 Wenzel, F.: Ueber die Beziehungen der beamteten Tierärzte des Reg.-Bez. Wiesbaden zur Tierzucht.
 Berlin Ti H., Diss. v. 25. Juli 1925 [1925].
 Wolf, Carl: Edelobst u. Wein im Taunus. Nass. Heim. 9. Jahrg. 1929. Nr. 11.
 Zichner, R. A.-Wiesbaden: Deutsches Porzellan. Eine rückblickende Betrachtung zur Porzellan-Aus-
 stellung in Wiesbaden. Rhein. Heimatbl. 5. Jahrg. 1928. Nr. 12.

13. Dorf.

- Blümlein, C.: Der nassauische Bauer vor 2000 Jahren. Rhein-nass. Tageszeit. (St. Goarshausen.)
 1928. Nr. 293.
 Hecht, Rich.: Aus heimischem Bauernleben vor 200 Jahren. Heimatkunde f. d. Taunus. 1928. S. 82 ff.
 Rh. u. L. 10. Jahrg. 1928. Nr. 6.

14. Nassauische Originale.

- Dönges, Dr. C.: Dillenburger Originale. 1. Der Lügen-Fey. 2. Hehl's Aaler. 3. Engerts Adolf. 4. Der
 goldene Louis. 5. Metzgers Aaler. 6. Der gute Maa. 7. Des Murche. 8. Brambachs Peter.
 9. Der blind' Christel. 10. Der alt Posener. Nass. Bl. 8. Jahrg. 1928. Heft 6—8.
 Anthes, Otto: Schinderhannes in Michlen. Alt-Nassau. 1929. Nr. 6.
 Elwenspoeck, Curt Dr. jur.: Schinderhannes, der rheinische Rebell. Aus Akten, Dokumenten, Anekdoten.
 Mit zahlr., zum Teil erstmalig veröffentl. Abbild. Süddeutsch. Verlagsh. G. m. b. H. Stuttgart.
 Bespr. v. O. Stückrath in N. H. 29. Jahrg. 1928. Nr. 4.
 Friedel, Gg.-Nürnberg: Das Ende des Schinderhannes. Unser schönes Heimatland. 1929. Nr. 8.
 Grellmann, G.: Schinderhannes. Hausfreund f. d. gold. Grund. Camberg. 1928. Nr. 3 ff.
 Gross, Aug.: Ein Stücklein vom Schinderhannes. Idst. Heimatschau. 1928. Nr. 5.
 Hahn, K.: Aus der Vergangenheit. Schinderhannes Oberurseler Bürgerfreund. 65. Jahrg. 1928. Nr. 276.
 288.
 Huhn, K.: Das Ende des Räuberhauptmanns „Schinderhannes“ in Mainz am 21. November 1803.
 Taunusbl. Jg. 1929. Nr. 4/5. Taunusztg. (Königt.) 1928. Nr. 230.
 Krohmann, Willy-Wiesbaden: „Schinderhannes, der rheinisch Räuberschelm“. Von Willh. Reuter N. Bl.
 9. Jg. 1929. Nr. 10.
 Lange, Gust.: Schinderhannes, der rheinische Rebell. Aus d. Heimatgesch. 3. Jg. 1929. Nr. 2.
 J. St.: Eine Schinderhannes-Erinnerung. Ld. u. Zt. 8. Jg. 1929. Nr. 17.
 —: Wie es um 1800 in Schinderhannes' Heimat aussah. Rh. u. L. 11. Jg. Nr. 4.
 Hecht, K.: De Hannebopp un sein Komerod. Zwei Usinger Originale. Heimatkal. f. d. Taunus 1928.
 S. 105 ff.
 Herber, Alfred: Komische Menschen, ausgestorbene Originale und anderes. Rh. u. L. 11. Jg. 1929.
 Nr. 11.
 Hoffmann, Wilh.: Daniel Müller aus Wissenbach, der sich den „Ellias“ nannte. (Ein sonderbarer Hei-
 liger des 18. Jahrhunderts). Alt-Nassau. 1929. Nr. 21.
 A. J. in N.: Siegerländer Originale. IV. Der Schinderhannes. Heimatl. Siegen. 3. Jg. 1928. Nr. 1.
 S. 15 ff.
 —: Das nassauische Bardenpaar — Philipp u. Lisbeth Keim. N. Wsb. Ztg. 81. Jg. Nr. 64. 4. 3. 28.

- : Erinnerungen an den „Mörder Klaus“, den lustigen Abenteurer. Aus d. Heimatgesch. 2. Jahrg. 1928, Nr. 4.
- z. K.: Aus Biebrichs Vergangenheit, Nachtwächter Kuhn u. sein Pudel. Biebr. Tagespost, 1928, Nr. 268.
- Landsberg, Alice: Der Bierstädter Philipp. N. Ht. 8. Jg. 1928, Nr. 3.
- Pez, H.: Der Vogel Klaus. [Raubach]. Westerw. Heimatkal. 1928, S. 77 f.
- : Hartmann Prinz, ein Montabäurer Original. Aus d. Heimatgesch. 2. Jg. 1928, Nr. 8.
- Sühl, A. Pfr.: Der Kratznickel von Hannebach. Heimatkal. f. d. Taunus 1928, S. 107 ff. Aus uns. Heimat, 1927, Nr. 1.
- : Ruppert Schuster. Zur Erinnerung an seinen 40. Todestag. Aus d. Heimatgesch. 2. Jahrg. 1928, Nr. 2.
- Spies, Moritz: Bechtheimer-Dorf-Originale. Aus den „Erinnerungen aus meinem Leben“. Idst. Heimatschau, 1928, Nr. 7.
- Ullius, Fr.-Freiendiez: Merkwürdige Gestalten unserer Heimat. 1. Der Bäschtekork. 2. Die Schweizergritt. 3. Der Schäferkönig. Htbl. U. L. 3. Jg. 1928, Nr. 8, 9.
- Veckerling, K.: König Salomon. Eine Montabaurer Jugenderinnerung. Nass. Heimat. 9. Jahrg. 1929, Nr. 1.
- Necks, G.: „Räuber“ Leichtweis. Nass. Heimat. 9. Jg. 1929, Nr. 1.
- Neiershausen, Paul: Der Backes-Fritz. N. Bl. 9. Jg. 1929, Nr. 1.

III. Heimatpflege.

- Behlen, Heinr.-Bach (Westerw.): Das Herborner Heimatmuseum. I. Die vorgeschichtl. Sammlung d. Herborner Heimatmuseums, zugl. als ein Beitrag zur Vor-, Ur- u. Frühgesch. des oberen und mittleren Dilltals. Oranien-Nassau, 2. Jg. 1929, Nr. 1 ff.
- Bers.: Die Naturdenkmäler im Westerwald u. ihr Schutz. W. Sch. 21. Jg. 1928, Nr. 12.
- Bertsche, Aug.: 15 Jahre Nass. Verein für ländl. Wohlfahrts- u. Heimatpflege. Heimatkal. f. d. Taunus. 1928, S. 100 ff.
- Bers.: Nass. Heimatland. Ein Begleitwort zum Heimatfilm der Bezirksverwaltung. N. Bl. 8. Jahrg. 1928, Nr. 1.
- Brand, Walther u. Zimmermann, Ludwig: Heimat- u. Landeskunde an Höherer Schule u. Universität. Marburg, Elwert 1929. Darin [E.] Martin: Siedlungsgesch. d. Lahntals. H. Martin: Mundartforschung in Hessen und Nassau. Univ. Prof. Dr. Wagner: Volkskunde und Höhere Schule in Hessen-Nassau.
- Heilmann, Ludw.: Wilh. Dilich u. seine Hessischen Landtafeln. Volk u. Scholle. 6. Jg. 1928, Nr. 5.
- Hänner, O., Wittgen, Theod.: Heimatbuch Weyer. Herausgeg. zum Heimattage, Pfingsten 1928. Verlag Wittgen, Hofheim i./T.
- Hecht, H.: „Heimatanhang für Frankfurt a/M. u. Nassau“ zu Schuster-Francke, Lehrbuch für den evang. Relig.-Unterr. Frankf. a/M. o. J. Moritz Diesterweg.
- : Denkmalpflege, Verhandlungen des 64. Kommunallandtags des Reg.-Bez. Wiesb. 1928, S. 153. 277—79, 380.
- Hillich, Wilh.: Landtafeln hess. Ämter pp. Herausgeg. von Edm. E. Stengel, Marburg, Elwert 1927. (Bespr. von P. Wagner in N. H. 29. Jahrg. 1928, Nr. 1.)
- Hus-bender, Dr. Stadtmedizinalrat: Gesundheitsfürsorge [in Höchst]. N. Bl. 8. Jg. 1928, Nr. 4.
- Jessler, C.: Heimatkunde der Provinz Hessen Nassau. 7. verm. u. verb. Aufl. Mit 80 Bildern und 1 Notenbeil. N. G. Elwert'sche Verl.-Buchhandlung (C. Braun) Marburg.
- Klemann, Schulrat-Montabaur: „Von toten Steinen zum redenden Stein“. N. Bl. 9. Jg. 1929, Nr. 5.
- Küchler: Jugendpflege im Kreise Usingen. N. Bl. 8. Jg. 1928, Nr. 5.
- Künze: Die Volkskunde und ihre Pflege in der Schule. Bonn: Schröder 1928, 208, S. 8^o.
- Müller, Ad.: Wie können wir für die Geschichts- u. Altertumsvereine werben? Vortrag, gehalten in Oppenheim am 22. 6. 29. Volk u. Scholle. 7. Jahrg. 1929, Heft 11.
- Müller, K.-Marienberg: 40 Jahre Westerwaldverein. N. Bl. 8. Jg. 1928, Nr. 9. W. Sch. 21. Jahrg. 1928, Nr. 4.

- M. R.: Mittelrheinische Gesellschaft zur Pflege alter und neuer Kunst. E. V. Rhein. Heimatbl. 3. Jg. 1928. Heft. 12.
- Schleeh, Maria: Volksbildungsarbeit in Höchst a. M. N. Bl. 8. Jg. 1928. Nr. 4.
- Schoof, Wilh. Dr.: Hessen-Nassauisches Heimatbuch. Weidmann, Berlin.
- Schüller, Beigeordneter: Aus der Wohlfahrtsarbeit der Stadt Höchst a. M. N. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 4.
- Spamer, Ad.: Wesen, Wege und Ziele der Volkskunde. Leipzig, Brandstetter 1928. (Bespr. von F. B. in Ztschr. für Volkskunde. Neue Folge Bd I, 30. Jahrg. Heft I. Berlin und Leipzig, 1929. Walter de Gruyter u. Co.
- Stückrath, Otto: Zur nassauischen Heimatkunde. Allgem. Schulblatt. 73; 1922; 219 f.
- Ders.: Nassauer Land. Ein Heimatbuch. Verl. Limbarth-Venn, Wiesbaden. (o. J.)
- Ullius, Fr.: Volkskundliche Heimatbücher. N. Bl. 9. Jg. 1929. Nr. 9.
- Venter, Dr. Robert: Die Bedeutung einer sozialen Volkskunde für die Volksbildungsarbeit. Rhein. Heimatbl. 6. Jg. 1929. Nr. 9.
- : Aus der Arbeit des Nass. Vereins für ländl. Wohlfahrts- u. Heimatpflege im Jahre 1927. Jahresbericht des Geschäftsführers zur 10. Ordentlichen Mitgliederversammlung. Nass. Bl. 8. Jahrg. 1928. Nr. 5.
- Weiershausen, Dr. Studienrat-Laasphe: Moderne Heimatforschung und ihre Lage im Dillkreis. (Dillkreis) Heimatbl. 2. Jg. 1929. Nr. 2.
- Wissenbach: Die Entwicklung des Westerwaldvereins. W. Sch. 21. Jg. 1928. Nr. 2.

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

ZWEIUNDFÜNFZIGSTER BAND

1931

ERSTES HEFT.

DEM ANDENKEN
AN DEN FREIHERRN VOM STEIN BEI DER 100 WIEDERKEHR
SEINES TODESTAGES.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1931

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN

MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

ZWEIUNDFÜNFZIGSTER BAND

1931

ERSTES HEFT.

DEM ANDENKEN
AN DEN FREIHERRN VOM STEIN BEI DER 100. WIEDERKEHR
SEINES TODESTAGES.

WIESBADEN

SELBSTVERLAG DES VEREINS

1931

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

ZWEIUNDFÜNFZIGSTER BAND

1931

ERSTES HEFT.

DEM ANDENKEN
AN DEN FREIHERRN VOM STEIN BEI DER 100 WIEDERKEHR
SEINES TODESTAGES.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1931

DD
431
.H6
N27
v.52
no.1

*Der Nachdruck der in diesem Heft veröffentlichten Aufsätze ist nur mit besonderer
Erlaubnis gestattet.*

DRUCK VON RUD. BECHTOLD & COMP. WIESBADEN.
BUCHDRUCKEREI & LITHOGR. ANSTALT.

V o r w o r t.

Die hundertste Wiederkehr des Tages, an dem der Freiherr vom Stein aus dem Leben schied, möchte der Verein für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung nicht vorübergehen lassen, ohne dem Andenken dieses wahrhaft grossen Deutschen auf seine Weise zu huldigen.

Nicht als ob Stein zu unserem Verein Beziehungen gehabt hätte, wie Goethe und Bismarck, die beide seine Ehrenmitglieder gewesen sind.

Aber Nassau ist die Heimat derer vom Stein. Hier ist der letzte, der grösste ihres Stammes geboren und erzogen; hier ruht, was sterblich war an ihm; hier steht das Denkmal, das dankbar ihm das deutsche Volk errichtet hat.

So mögen wir von ihm nicht lassen, so ist er verbunden mit uns trotz allem, was kam, ihn Nassau zu entfremden.

Es bedarf danach keiner weiteren Rechtfertigung, dass unser Verein ein Scherflein zur Stein-Literatur beiträgt, bei einer Gelegenheit, da alles, was deutsch fühlt, dieses Mannes gedenkt und aus seiner Persönlichkeit Kraft und Vertrauen für die Zukunft des Vaterlandes schöpft.

Wiesbaden, im Juni 1931.

Der Vorstand

des Vereins für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung.

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
I. Die Achtung Steins. Von Universitätsprofessor Dr. Gerhard Ritter in Freiburg i. B.	1—17
II. Steins Verweigerung des nassauischen Untertaneneides und ihre Vorgeschichte. Von Staatsarchivdirektor Dr. M. Domarus in Wiesbaden	18—49
III. Der Freiherr vom Stein und sein Urteil über seine Mitmenschen. Von Studienrat i. R. Professor Dr. Walther Schneider in Köln-Klettenberg	50—74
IV. Die Reorganisation der Steinischen Güterverwaltung 1784. Von Mittel- schullehrer R. Mackeprang in Nassau/Lahn	75—88

Die Aechtung Steins.

Neues Quellenmaterial zu ihrer Erklärung

vorgelegt von

Gerhard Ritter.

Das Aechtungsdekret, das Napoleon am 16. Dezember 1808 gegen den gestürzten Minister Freiherrn vom Stein erliess, ist von jeher als eine der rohesten Gewalttaten des Imperators beurteilt worden. Die förmliche Kriegserklärung gegen einzelne Individuen ist zwar in der Geschichte der modernen Diplomatie nichts Unerhörtes mehr, seit wir es erlebt haben, dass ganze Scharen von angeblichen „Kriegsverbrechern“ von den in Versailles verbündeten Mächten als Schlachtopfer verlangt wurden. Aber in der Geschichte Napoleons, so reich sie auch ist an Gewalttaten und so brutal ihre Methoden einer Zeit erschienen, deren Diplomatie noch an die aristokratischen Verkehrsformen des 18. Jahrhunderts gewöhnt war, bildet die Friedloserklärung eines einzelnen aus der hohen Politik schon vorher verdrängten Mannes doch einen sehr merkwürdigen Ausnahmefall. Bekanntlich haben schon die diplomatischen Werkzeuge Napoleons selbst, der Minister des Auswärtigen Champagny und sein Gesandter Graf St. Marsan, seinen Befehl, die förmliche Auslieferung des „Hochverrätters“ zu verlangen und mit seiner Füsilierung zu drohen, schlechthin unerträglich gefunden und die Ausführung auf eine sehr geschickte Art sabotiert. Die moderne Geschichtsschreibung aber hat sich bisher noch immer vergeblich den Kopf darüber zerbrochen, welcher konkrete Anlass den Gewaltschritt verursacht haben könnte.

Max Lehmann in seiner grossen Steinbiographie sucht zunächst durch eine Gegenüberstellung Steins und Napoleons in monumentalem Stil, die beide als Vertreter gegensätzlicher politischer Prinzipien, ja als Führer von zwei feindlichen politischen Welten erscheinen lässt, den Eindruck zu erwecken, dass hier notwendig ein Zusammenstoss von grosser Gewalt erfolgen musste. Vom Standpunkt Napoleons gesehen, heisst das aber doch die politische Rolle des preussischen Reformministers in ihrer Wichtigkeit übertreiben. Gewiss hatte ihm dessen unheilvoller Brief an Fürst Wittgenstein vom 15. August 1808, der den Franzosen in die Hände gefallen war, blitzartig die Gefahren erhellt, die ihm von einem nationalen Aufstand in Norddeutschland drohten. Aber ob er diese Gefahren wirklich schon damals für unmittelbar dringend gehalten hat? Von der allgemeinen Erbitterung preussischer Beamten und Offiziere gegen die Fremden wusste er durch seinen kunstvoll ausgebauten Postüberwachungs- und Spionagedienst schon längst. Andererseits wird er über die unbedingt friedfertige Gesinnung des preussischen Königs schwerlich im Zweifel gewesen sein. Die Unvorsichtigkeit des preussischen Ministers war ihm in erster Linie ein

Vorwand — ein hochwillkommener! — um die schleunige Unterzeichnung eines überaus drückenden Abkommens über die Kontributionen von Preussen zu erzwingen. Die Entlassung Steins hat er mit unzweideutigen Worten niemals gefordert, obwohl er ihn durch seine Presse vor aller Welt als ebenso schlechten Politiker wie Patrioten an den Pranger stellen liess und seinem Bruder Jérôme befahl (am 6. September), den Reichsfreiherrn als vermeintlichen Westfalen vor die Königlich-Westfälischen Gerichte zu laden, im Falle der Weigerung seine Güter zu konfiszieren. Den heftigen Zornausbrüchen, mit denen er sich über die „Verrätereien“ Steins äusserte, entsprachen zunächst noch keineswegs die Taten. Selbst aus den Erfurter Verhandlungen im Oktober, in denen der Minister Goltz so harte Worte über seinen Chefkollegen zu hören bekam, wusste der Zar zu berichten, dass Bonaparte sich wahrscheinlich mit einer Beschränkung Steins auf die inneren Geschäfte zufrieden geben würde, ja wohl gar seine Mitwirkung dabei für wünschenswert halte, weil niemand besser das Geld für die Kontributionen herbeizuschaffen verstünde. Mag man nun auch das sachliche Gewicht dieser optimistischen Mitteilungen nicht allzu hoch einschätzen — sehr auffallend bleibt es doch, dass Napoleon sich ohne jeden ausdrücklichen Protest die monatelange Fortführung der Geschäfte durch den vor aller Welt entlarvten „Verräter“ gefallen liess, um ihn dann drei Wochen nach seiner freiwillig vollzogenen Entlassung aus allen Staatsämtern, mitten in der spanischen Kriegsunternehmung, plötzlich für vogelfrei zu erklären und die schon längst angedrohte, aber noch immer nicht verfügte Beschlagnahme seiner nassauischen Güter wirklich vollstrecken zu lassen.

Zur Erklärung dieses Verhaltens hat man verschiedene Vermutungen vorgebracht. Graf Goltz meinte damals, Napoleon wolle offenbar die Frage der Entlassung Steins zum Prüfstein für die Gesinnung des Königs gegen Frankreich machen und fordere sie darum nicht kategorisch, obwohl sein Hass gegen den Minister grenzenlos sei. Aber ein solches Finassieren war sonst nicht die Art des Korsen, am wenigsten gegenüber den verachteten Preussen; überdies wäre es doch auch ein recht gefährliches Experiment gewesen. Besser leuchtet die Konstruktion Cavaignacs ein, der auch Lehmann im wesentlichen gefolgt ist.¹⁾ Solange Stein noch im Amt war, meint der französische Historiker, musste Napoleon sich hüten, den Bogen nicht zu überspannen. Jeden Augenblick drohte der Aufstand in Norddeutschland aufzuflackern, während die französischen Truppen grösstenteils nach Spanien abzogen. Wer mochte sagen, ob nicht die Entlassung Steins, von Frankreich durch offene Gewaltdrohungen erzwungen, den Königsberger Hof wider Willen in einen revolutionären Strudel hineinriss, der Napoleon die Durchführung der Eroberung Spaniens bis auf weiteres unmöglich machte, vielleicht sogar zum Signal wurde zu einer allgemeinen Erhebung der Völker wider das französische Joch? Seit die Entlassung einmal ohne direktes Zutun Napoleons entschieden war, fielen diese Rücksichten weg; jetzt konnte der Korse ohne Gefahr seinem Rachebedürfnis nachgeben, vor allem: an dem Ohnmächtigen ein Exempel statuieren, durch seine öffentliche Aechtung die nationale Bewegung in Schrecken setzen und sie dadurch lähmen.

¹⁾ G. Cavaignac La saisie de la lettre de Stein en 1808, *Revue historique* t. 60 (1896) p. 69 ff. Lehmann, *Frhr. vom Stein* III, 9 ff.

Das sind Erwägungen, wie sie Champagny, der kluge und nüchterne Gehilfe Napoleons, recht wohl angestellt haben könnte; vielleicht hat er sie in jener Unterredung vorgebracht, zu der ihn sein Herr und Meister am Morgen des 3. September, unmittelbar nach dem Eintreffen jenes verhängnisvollen Berliner Polizeirapports berief, der den abgefangenen Brief Steins an Wittgenstein enthielt. Den politischen Methoden Napoleons selbst entspricht ein so vorsichtiges Verfahren im Verkehr mit dem ohnmächtigen Preussen eigentlich nicht. War es denn überhaupt wahrscheinlich, dass der nationale Aufstand sich gerade an der Frage der Entlassung Steins entzünden würde? Und dürfen wir ohne ausdrückliches Quellenzeugnis annehmen, dass Napoleon eine solche Befürchtung hegte? Aus den Berichten seines Generalintendanten Daru²⁾ wusste der Kaiser, was in Preussen allgemeine Ueberzeugung war: dass Stein der weitaus tatkräftigste unter den Finanzberatern der preussischen Krone und keiner so wie er imstande war, die ungeheueren Kontributionssummen aufzubringen, die Napoleon zu erpressen gedachte. Sollte er nicht einfach darum vermieden haben, die Entlassung des Ministers sogleich kategorisch zu verlangen, weil er zunächst abwarten wollte, ob dieser sich nicht am Ende durch Drohungen mit Vermögenskonfiskation und dergleichen einschüchtern und zu freiwilliger Unterwürfigkeit gewinnen liess? Napoleon hatte sehr machiavellistische Ansichten über den inneren Zusammenhang zwischen politischer Gesinnung und Geldvorteil. Im Vorjahre hatte er dem preussischen König Stein zum leitenden Minister empfohlen, weil er hörte, seine Familienbesitzungen lägen im Gebiet des Rheinbundes und er würde vermutlich sogar für den Uebertritt in Königlich-westfälische Dienste zu gewinnen sein. Seitdem hatte ihm Daru immer wieder von den ernsthaftesten Anstrengungen des Ministers berichtet, die Kontributionsverhandlungen unter den grössten Opfern zu einem raschen Abschluss zu bringen und durch ein Entgegenkommen in Fragen der Okkupationsverwaltung, das vielen Patrioten geradezu anstössig war, ein erträgliches Verhältnis zu Frankreich zu begründen — natürlich nur, um dadurch die nötige Windstille zur Durchführung seiner innerpolitischen Reformpläne zu gewinnen. Dass inzwischen (aber erst seit Anfang August!) ein völliger Umschwung in der aussenpolitischen Haltung des Ministers eingetreten war, konnte man in Paris Anfang September noch nicht wissen — oder vielmehr man erfuhr es erst aus jenem unglücklichen Brief an Wittgenstein, der nun freilich Illusionen zerstörte. Aber bewies er bereits die Unheilbarkeit der politischen Gesinnung seines Autors? Erst im Laufe der folgenden Monate sammelte sich in den französischen Agentenberichten aus Preussen allmählich ein Material an, das den Verdacht einer grossen, gegen Frankreich gerichteten, von Königsberg aus geleiteten Verschwörung nahelegte; und die in Berlin sitzenden Gegner des Reformministers, die Hatzfeld, Voss, Zastrow und andere adlige Denunzianten, taten alles, um den Namen Stein im Zusammenhang mit diesen Gerüchten immer verdächtiger erscheinen zu lassen.³⁾

²⁾ Neuerdings teilweise publiziert in dem Buch von Ch. Lesage, *Napoléon I. créancier de la Prusse 1807—14*. 1924. Vergl. darüber Bd. II, Kap. 10 meiner Steinbiographie (Stuttgart 1931), auf die ich auch für das Folgende verweise, insbesondere auf Bd. I, Kap. 8; Bd. II, Kap. 10—12.

³⁾ Vergl. Alfred Stern, *Abhandlungen und Aktenstücke zur Geschichte der preussischen Reformzeit 1807—1815* (1885), S. 16 ff.

Stein selbst hat sich seine Aechtung nicht anders erklären können, als dass es den fortgesetzten Verleumdungen und Verdächtigungen dieser seiner Feinde gelungen sei, die Franzosen, vorab den bis zur Lächerlichkeit miss-trauischen Marschall Davoust, nachträglich von seiner Gemeingefährlichkeit zu überzeugen — nachträglich, sofern jener unglückliche Brief an Wittgenstein diese Ueberzeugung noch nicht sogleich begründet hatte.⁴⁾ Eine sehr nüchterne Deutung der Tatsachen, die auf alle hochpolitischen Erwägungen verzichtet und alles aus persönlicher Feindschaft und Intrigue erklärt. Aber die Quellen sprechen dafür — zwar nicht eindeutig, aber doch mit grosser Wahrscheinlichkeit —, dass sie im wesentlichen das Richtige trifft.

Zunächst haben wir die ausdrückliche Versicherung Champagnys, in einer dem preussischen Gesandten von Brockhausen überreichten Note vom 27. Dezember, dass nicht jener Brief an Wittgenstein, sondern neue „unwiderlegliche Beweise“ für verräterische Handlungen Steins den Anlass zu seiner Aechtung gegeben hätten. Der Wortlaut der Note ist von Cavaignac nur teilweise veröffentlicht; die entscheidende Stelle lautet:

„Mais Sa Majesté a entre les mains des preuves non moins irrécusables que les premières et qui démontrent, que M. de Stein n'a pas cessé d'être d'intelligence avec les Anglais que d'accord avec eux il se flatte de pouvoir diviser de nouveau la France et la Prusse et qu'il travaille avec ardeur à susciter des troubles dans les États confédérés du Rhin, quoiqu'il soit né dans l'un des ces États et qu'il ait au sein de la confédération ses parents et ses biens.“⁵⁾

Das sind nun freilich recht allgemeine Redewendungen, die vielleicht nur dazu bestimmt waren, Champagnys Verlegenheit, den konkreten Anlass der Aechtung selbst nicht genau zu kennen, (da Napoleons Ordre vom 16. Dezember nichts darüber enthielt), nach Kräften zu verhüllen. Wenigstens meldete Brockhausen von einer Unterredung, die er an demselben Tage mit dem Minister gehabt hatte, dieser halte das Auftauchen neuer Beschwerden über Stein für „wahrscheinlich“ (!):

„Il commença par me dire, que l'Empereur, ayant probablement des nouveaux griefs contre l'ancien ministre de V. M. le Baron de Stein, l'avait chargé de me déclarer“ usw.

Immerhin kann nicht zweifelhaft sein, dass auch der Minister Napoleons dessen Dekret als einen neuen Akt der Verfolgung auffasste, durch neue Verdachtsmomente begründet. Damit wird die Erklärung ganz unwahrscheinlich, es habe

⁴⁾ Pertz, Leben Steins III, 43. Dazu vgl. die unten veröffentlichte Immediateingabe vom 5. Januar 1809 und folgende Stelle aus einem Schreiben Steins an Gneisenau vom 20. Febr. 1809: „Das mich betreffende Dekret d. d. 17. Dec. a. pr. halte ich für die Wirkung der Insinuationen und Berichte des Marschall Davoust, den Berliner Umgebungen gestimmt haben; hätte Napoleon ein bestimmtes Datum zur Anklage gegen mich, so wäre es gewiss im Moniteur erschienen — das Ganze beruht also auf Insinuationen, Vermuthungen usw. und man wollte Schrecken erregen.“ (Steinarchiv Kappenberg.)

⁵⁾ Unvollständiger Abdruck nach dem Pariser Konzept: Revue historique 60, p. 90 f. Die Ausfertigung als Beilage zu einem Bericht Brockhausens an den Minister Goltz vom 27. Dezember in den Goltzschen Handakten: „Acta des Staats- u. Cabinetsministers usw. Grafen v. d. Goltz betr. die Arretierung des Assessors Koppe durch französische Gendarmen August 1808 pp. vol. I u. II.“ Aus dem Nachlass des Fürsten Wittgenstein (I, 1, 16) im brandenburgisch-preussischen Hausarchiv. Ich bin der Verwaltung dieses Archivs für die liberale Mittheilung seiner Schätze besonders dankbar. Die zitierten Bände liegen auch dem Folgenden meist zugrunde.

sich nur um eine Art von Ergänzungs- oder Vollstreckungsordre zu den früheren gegen Stein gerichteten Befehlen gehandelt: etwa so, dass Napoleon jetzt keine Rücksicht mehr auf die Stimmungen des Königsberger Hofes zu nehmen brauchte — oder so, dass er inzwischen die nassauische, nicht westfälische Staatszugehörigkeit Steins entdeckt hatte und deshalb die Aechtung anstelle einer Verfolgung durch die westfälischen Gerichte zu setzen wünschte. Aber welche neuen „Beweise“ für Steinsche Verrätereien lagen denn nun eigentlich vor? Cavaignac hat in den Pariser Archiven, wie es scheint, nichts Greifbares finden können.⁶⁾ Fürst Wittgenstein wollte im November 1808, wie er vier Monate später an Stein schrieb, von einem Paket aufrührerischer Schriften und Proklamationen gehört haben, das die französische Polizei damals aufgefangen hätte; es sei von Stein an ihn, Wittgenstein, adressiert gewesen; gleichzeitig sei ein Mémoire unbekannter Herkunft in französische Hände gefallen, das die Haltung des vielerörterten Steinschen Briefes vom 15. August zu verteidigen suchte; diese beiden Entdeckungen hätten für die Aechtung wohl den Ausschlag gegeben.⁷⁾ Stein bemerkte dazu sogleich, er wisse weder von jenem Paket noch von dem angeblichen Mémoire das Geringste. Er hielt beides für Mystifikationen irgendwelcher französischer Spione oder Zwischenträger. Aber dieser ganze recht künstlich wirkende Erklärungsversuch war auch von Wittgenstein nur deshalb unternommen worden, weil er selbst im Verdacht stand, den Minister den französischen Behörden denunziert zu haben. Eine Anklage, der es sorgsam nachzugehen lohnt.

Fürst Wittgensteins Benehmen nach Bekanntwerden des verhängnisvollen, an ihn gerichteten Steinschen Briefes war so, wie es sein vielfarbig schillernder, durch und durch unaufrichtiger Charakter erwarten liess. Solange er sich leidlich gesichert glaubte vor persönlicher Gefahr und die Machtstellung Steins noch nicht ernstlich erschüttert schien, spielte er den hochherzigen, selbstlosen Patrioten; sobald er in sichtbare Gefahr geriet, verschmähte er kein Mittel der Verdächtigung anderer, um sich zu retten.

Zunächst baute er offenbar auf sein Vertrauensverhältnis zu Bernadotte, dem französischen Befehlshaber in Hamburg, und dem dortigen französischen Gesandten Bourienne; die beiden erscheinen, unter den Decknamen der Grafen Goltz und Wartensleben, häufig in seinen Briefen, stets als vertraute Ratgeber und wohlwollende Beschützer. Seine erste Bestürzung über die Verhaftung des Kuriers, der den Steinschen Unglücksbrief mit sich geführt hatte, und über die Veröffentlichung dieses Schreibens im Journal de l'Empire (am 9. September) wurde gemildert durch die Beobachtung, dass der beigelegte bissige Zeitungskommentar die Person des Empfängers gar nicht erwähnte, mehr noch durch die Nachricht vom raschen Abschluss der Kontributionsverhandlungen in Paris, von dem er mit Recht eine Entspannung der Lage erwartete. Das alles gab ihm den Mut zu grossartig klingenden Erbietungen an den Minister von der Goltz.

⁶⁾ Was er a. a. O. p. 91 über preussische Pässe für Danziger Schmugglerschiffe berichtet, kommt hier schwerlich in Betracht.

⁷⁾ Wittgenstein an Stein, 20. März 1809, mitgeteilt von A. Stern, *Revue historique* 60, 335 und Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte 9, (1897) 560 ff. Das Konzept eines ähnlichen Schreibens vom 23. Febr. 1809, als Antwort auf Steins Schreiben vom 27. Januar 1809, im Nachlass Wittgensteins I, 1. 13 (Hausarchiv).

„Wenn ich heute noch etwas beunruhigt bin“, schrieb er in einem chiffrierten Brief vom 19. September, „so ist es durch den Gedanken an die Person des Ministers vom Stein und an dessen Dienstverhältnisse. Ich will mir gern und mit Freuden jede Kompromittierung gefallen lassen, wenn der Herr vom Stein für den Dienst erhalten und alle persönliche Verlegenheiten für ihn dadurch beseitigt werden könnten. Ich würde nie die Gelegenheit finden, dem Könige und dem Staat einen grösseren Dienst zu leisten, und mich glücklich schätzen, hierdurch auch Herrn vom Stein einen Beweis meiner treuen Freundschaft und Ergebenheit zu geben. Ich habe den Herrn vom Stein in meinem anliegenden Schreiben hierzu aufgefordert und ihn inständigst gebeten, auf meine Person gar keine Rücksicht zu nehmen.⁸⁾ Ich verlange nichts als einen Wink, um mich in eine Gegend begeben zu können, die mir persönliche Sicherheit gewährt.“

Irgendwelchen praktischen Wert hatten diese Erbietungen nicht. Denn ehe sie ergingen, hatte Wittgenstein, (wie er in seinem Schreiben an Stein nicht versäumte mitzuteilen), bereits dem französischen Gesandten in aller Form seine Unschuld erklärt: er verstehe die in dem Steinschen Brief angedeuteten Namen gar nicht, wisse nichts von allgemeiner Erbitterung gegen Frankreich usw. Wie es danach noch möglich sein sollte, ihn zur Entlastung Steins als Sündenbock zu benutzen, bleibt völlig dunkel. Indessen spielte er die Scheinrolle des selbstlosen Patrioten noch eine ganze Weile mit Geschick weiter fort.⁹⁾ Noch am 27. September, nachdem er inzwischen von ernstesten Gefahren für den Fortbestand des Ministeriums Stein gehört hatte, wiederholte er sein früheres Angebot mit gleisnerischen Worten, denn er fühle, so versicherte er Goltz, „den Verlust und Nachteil für unsern Dienst durch den Abgang des Freiherrn vom Stein in seiner ganzen Grösse“. Die „Grafen Goltz und Wartensleben“ freilich, fügte er mit wohlberechneter Wendung hinzu, widerrieten dringend solchen Erbietungen und drängten ihn, öffentlich von Stein abzurücken und sich in der Presse zu rechtfertigen. In der Tat sei es ja auch sehr unvorsichtig von dem Minister gewesen, den Kurier gerade über Berlin zu schicken; und gewiss wären den französischen Behörden schon früher, während Steins Aufenthalt in Berlin, unvorsichtige Aeusserungen aus seinem Munde zugetragen worden. „Der Freiherr vom Stein hat zuviel von der Zukunft und den zu nehmenden Massregeln gegen gewisse Personen gesprochen. Es war natürlich, dass diese Personen daher alles taten, um den Freiherrn vom Stein bei den französischen Behörden in einem sehr gehässigen Lichte darzustellen. Man hoffte dadurch die Entfernung desselben am leichtesten bezwecken zu können“. Mündlich könne er Goltz die erstaunlichsten

⁸⁾ Ein Schreiben an Stein, das inhaltlich diesen Angaben entspricht, findet sich nicht in den Handakten Goltzens, sondern im Konzept, auf 23. September datiert, in den Handakten Wittgensteins (I. 1, 10). Ebendort ein zweites Schreiben an v. d. Goltz vom 23. September, das Beschwerden über den Minister Voss und die preussischen Behörden in Berlin enthält.

⁹⁾ Am 27., (also gleichzeitig mit einem zweiten, sogleich im Text zu erwähnenden Schreiben an Goltz) fragte er beim Auswärtigen Departement an, ob er, ohne das Interesse Steins zu schädigen, wohl seine Absicht ausführen dürfe, dem westfälischen Hof gegenüber jede politische Verbindung nach Hessen und Westfalen abzuleugnen. Natürlich lautete Steins Antwort (vom 28. Oktober, Konz. in den Handakten Goltz) zustimmend. Im Nachlass findet sich eine ganze Reihe von Schreiben Wittgensteins im Konzept, in denen er beteuert, von keiner Verschwörung gegen Frankreich zu wissen.

Aufschlüsse über die hier gesponnenen Intriguen geben; er wisse von Aufsätzen gegen Stein, die man ihm vorgelesen habe, und besitze überhaupt das vollkommene Vertrauen von dessen Gegnern — natürlich ohne persönlich an deren Komplotten und Projekten im geringsten beteiligt zu sein. „Es scheint aber auch, als wenn die Unvorsichtigkeit bei uns zuhause wäre. Diese Ueberzeugung tut uns grossen Schaden“. Insbesondere der unglückliche durch Koppe abgefangene Brief habe grosses Unheil angerichtet usw.¹⁰⁾

Das war, unter der Maske des patriotischen Biedermanns, bereits ein verstecktes Angebot zur Mithilfe, falls etwa v. d. Goltz den Sturz seines Chefkollegen herbeizuführen wünschte. Bald darauf aber traten Ereignisse ein, die Wittgenstein veranlassten, die Maske zwar nicht ganz fallen zu lassen, aber doch recht sichtbar zu lüften.

In der Nacht vom 16. zum 17. November wurde plötzlich Fürst Wittgenstein in seiner Hamburger Wohnung von französischer Heerespolizei verhaftet; seine Papiere wurden beschlagnahmt, über ihn selber Stadtarrest verhängt. Der Grund war eine Untersuchung wegen angeblicher Mordanschläge gegen das Leben Napoleons, die er gemeinsam mit der achtzigjährigen Oberhofmeisterin Gräfin Voss ausgeheckt haben sollte. Die Anklage beruhte auf einer geradezu albernem Kombination von einzelnen harmlosen Stellen interzipierter Privatbriefe der Gräfin¹¹⁾ und beweist mehr als irgend ein anderer Zwischenfall die überreizte Aengstlichkeit der Okkupationsbehörden während des Erfurter Fürstenkongresses. Gleichwohl wurde sie mit einem fürchterlichen Ernst behandelt, der den Fürsten Wittgenstein das Aeusserste besorgen liess. Man begreift, dass er alles aufbot, um sich durch Fürsprache hoher Protektoren zu schützen. Da es der Chef der preussischen Friedensvollziehungskommission in Berlin, der ehemalige Minister Voss, nach seiner Ansicht an dem nötigen Eifer fehlen liess, wandte er sich in einer langen aufgeregten Immediateingabe an den König,¹²⁾ stellte ihm alle seine Verdienste um den preussischen Staat vor Augen, sparte auch nicht die heftigsten Vorwürfe gegen die Unvorsichtigkeiten Steins und beschwor ihn, auf diplomatischem Wege zu seiner Rettung einzugreifen. Gleichzeitig aber wandte er ein Kunstmittel an, um die französischen Behörden auf indirektem Wege von seiner Unschuld zu überzeugen: er versandte Briefe, die darauf berechnet waren, von der französischen Postspionage geöffnet und in Abschrift nach Paris gesandt zu werden. Ein solches Schreiben, an den Minister Voss gerichtet, enthielt die stärksten Lobhudeleien für den Kaiser Napoleon, „diesen in der Geschichte unserer Welt einzigen Geist“, der von seinen Werkzeugen und ihren kleinlichen und gehässigen Kampfmethoden sehr wohl zu unterscheiden sei. „In den Staaten, die das Glück haben, von diesem ausserordentlichen Geist regiert zu werden, hängt das Wohl des geringsten Untertanen nicht von der Eigenmacht und Willkür seines ersten Staatsministers ab“. (Das sollte wohl auf Stein zielen, den ehemaligen Ministerkollegen des Adressaten,

¹⁰⁾ Im Konzept und in der Austertigung erhalten.

¹¹⁾ Aktenmässige Darstellung durch Granier, Der angebliche Vergiftungsbrief der Oberhofmeisterin Gräfin Voss, November 1808: im Hohenzollernjahrbuch 16, 1912.

¹²⁾ Vom 4. Dezember, mit Beifügung sämtlicher Korrespondenzen und Akten als Anlage. — Antwort durch v. d. Goltz am 24. Dezember.

der seine neuerliche Machtstellung, wie Wittgenstein sicherlich bekannt war, mit Eifersucht betrachtete.) Napoleon, hiess es weiter, weiss sehr genau die Wahrheit von niederträchtiger Verleumdung zu unterscheiden, anders als seine Werkzeuge. Leider ist das unvernünftige Benehmen dieser Menschen recht geeignet, der allgemeinen Verehrung des Imperators in Deutschland Eintrag zu tun. Aber der Absender wird dafür sorgen, dass dieser Brief in die Presse kommt und seine Verfolger an den Pranger stellt! Ja man wird dafür sorgen, dass die gesamten Akten dieses lächerlichen Vergiftungsprozesses veröffentlicht werden! „Ein hiesiger geschulter Rechtsgelehrter ist schon mit einer Ausarbeitung beschäftigt.“ Wittgenstein droht: seine Verleumder werde er „der Infamie als Scheusale der menschlichen Gesellschaft übergeben und sie unfähig machen, mit Menschen zu leben“. „Kein menschliches Wesen wird mich ohne Gewalt abhalten können, dass ich mich räche“. „Nach allen Gegenden schicke ich Estafetten, und ganz Europa soll von dieser Infamie widerhallen“.

Aber was nützten diese Zornausbrüche, wenn es nicht gelang, vor allem den Verdacht einer Teilnahme an geheimen Verschwörungen zu zerstreuen, den jenes früher abgefangene Schreiben Steins trotz aller Proteste auf Wittgenstein gelenkt hatte? Ein zweites, offensichtlich für französische Späheraugen bestimmtes Schreiben in offener Schrift ging an den Minister ab, absichtlich in einer Tonart gehalten, die jeden Verdacht intimen Einverständnisses der beiden ausschliessen sollte. Da es für die Lösung unseres Problems entscheidend wichtig ist, lassen wir es in vollem Wortlaut¹³⁾ folgen:

Fürst Wittgenstein an den Minister Frh. v. Stein.

„Hamburg, den 22. November¹⁴⁾ 1808. Ew. Exz. werden mich in der Lage, in der ich mich hier befinde, gewiss rechtfertigen, wenn ich den richtigen Empfang Ihres letzteren verehrlichen chiffrierten Schreibens, das abermals ohne Datum, ohne Unterschrift und mit einem fremden Siegel gesiegelt war,¹⁵⁾ nicht en chiffre anzeige und seinen Inhalt selbst nicht chiffriert beantworte. E. E. verzeihen daher, wenn ich mein heutiges Schreiben mit derselben Bemerkung wieder anfangen, mit der ich mein letzteres¹⁶⁾ geschlossen habe, und noch dieses hinzufügen, dass es mit Recht

¹³⁾ Nach der Abschrift in den Goltzschen Akten; das Konzept in Wittgensteins Nachlass I, 1, 11. Ein kurzes Stück in französischer Uebersetzung (nach dem Abdruck im *Moniteur* vom 27. Dezember 1808, Nr. 362, p. 1426) publiziert von Cavaignac a. a. O. 83.

¹⁴⁾ Die Abschrift gibt versehentlich: Oktober.

¹⁵⁾ Die geschäftliche Korrespondenz Steins mit Wittgenstein, der ihm eine preussische Anleihe auf dem Hamburger Markt oder beim Exkurfürsten von Hessen unterzubringen versprochen hatte, ging auch nach der Verhaftung des Kuriers Koppe weiter. Chiffrierte Schreiben Steins, nur teilweise vom Empfänger aufgelöst, aber sämtlich datiert, sind vom 2. September, 26. Oktober und 2. November erhalten (Nachlass I, 1, 16 und I, 1, 10), dazu ein weiteres Stück, das der Beschreibung Wittgensteins entspricht, im Faszikel I, 1, 11. Nach einer Replik Steins vom 27. Januar 1809 (s. unten!) behandelten diese Depeschen ausschliesslich geschäftliche Dinge. Das stimmt mit dem Inhalt der aufgelösten Stücke überein. In einem Schreiben an den Minister Goltz vom 23. November (s. unten!) spricht Wittgenstein von zwei undatierten chiffrierten Briefen Steins.

¹⁶⁾ Vom 14. November, s. Wittgenstein an v. d. Goltz 23. November; bei der Langsamkeit damaliger Postverbindungen hat Stein dieses Schreiben schwerlich vor dem 24., dem Tag seiner Entlassung, erhalten.

für mich eine unangenehme und höchst nachteilige Aufmerksamkeit erregen muss, wenn ich mit der Post chiffrierte Briefe erhalte, die nicht unterschrieben, ohne Bemerkung des Orts der Absendung, ohne Datum und mit einem fremden Siegel versehen sind. Ein solches Schreiben kann mit Recht zu einer unrichtigen Auslegung die Veranlassung geben, und da diese Briefe von Königsberg kommen, selbst dem Interesse des Hofes nachteilig werden. Es ist nicht auffallend, wenn einem Gesandten odereinem Geschäftsmann von seinem Hofe chiffrierte Briefe zukommen, aber dagegen sehr auffallend, wenn sie in der Art abgefasst sind, wie die beiden letzteren von E. E. abgefasst waren. Ich halte es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge und besonders nach dem Vorfall mit dem abgedruckten Briefe für Pflicht, dass man alles vermeidet, was zu dem Gedanken führen könnte, dass man sich in Königsberg mit Gegenständen beschäftigt, die von einer ganz eigenen Art sind. Die Compromittierung dieser Art von chiffrierten Briefen fällt allein auf mich. E. E. werden mir diese Bemerkung hoffentlich als keine übertriebene Aengstlichkeit oder Furcht auslegen; die letztere Empfindung ist mir ganz fremd. Da ich unterdessen keine Ursache geben möchte, den Hof durch meine Correspondenz zu compromittieren, so müssen E. E. meinem Charakter zugut halten, wenn ich mich heute mit einer so grossen Freimütigkeit über diesen Gegenstand äussere. Ich weiss, Sie lieben diese freimütige Sprache und sind daher auch nicht im Stande, ihr eine andere Auslegung zu geben, als sie verdient. Um E. E. unterdessen die Ueberzeugung zu geben, dass die Briefe auch alsdann geöffnet werden, wenn sie unter einem kaufmännischen Couvert eingeschlossen sind, erhalten Sie in der Anlage das Couvert Ihres letzteren Schreibens. Sollte mir noch ein Schreiben dieser Art von E. E. zukommen, so werde ich dasselbe mit einer denen Umständen angemessenen Note der hiesigen französischen Autorität übergeben. Ich habe die Ueberzeugung, dass ich meinem Allerhöchsten Hofe dadurch einen grösseren Dienst leiste, als wenn ich den Inhalt dechiffrierte.

E. E. haben die Güte gehabt, mich in diesem Brief von der Notwendigkeit eines Domainen-Verkaufs zur Berichtigung der Contributionszahlungen und von dem Vorteil, der für den Käufer dieser Grundstücke erwachsen würde, zu unterhalten.¹⁷⁾ E. E. haben mich zugleich aufgefordert, diejenige Personen von meiner Bekanntschaft, welche dergleichen Spekulationen wohl machen könnten, auf diese Vorteile aufmerksam zu machen, und vorzüglich auf den Churfürsten von Hessen zu wirken, (damit derselbe seine Capitalien in solche Güter Ankäufe anlegte, und mich zur Einleitung einer solchen Unterhandlung) allenfalls selbst zu ihm nach Prag zu begeben.¹⁸⁾ Indem ich mich wegen unserer Geldangelegenheiten im allgemeinen und meiner

¹⁷⁾ Der Verkauf von Domänen zur Abzahlung eines Teils der Kontributionsverpflichtungen war eines der wichtigsten Mittel der Steinschen Finanzpolitik. Man setzte dabei grosse Hoffnungen auf ausländische Kauflustige, u. a. auf den z. Z. in Prag lebenden ehemaligen Kurfürsten von Hessen, der sein gewaltiges Privatvermögen zum grössten Teil in Sicherheit gebracht hatte.

¹⁸⁾ Die eingeklammerte Stelle wurde aus durchsichtigen Gründen in der Uebersetzung des Moniteurs (s. u.!) fortgelassen. Natürlich war die französische Spionage geneigt, die Geldgeschäfte als blossen Deckausdruck für politische Geschäfte auszudeuten.

Ansicht darüber auf mein letzteres ausführliches Schreiben vom 14. d. beziehe, so muss ich in Ansehung des Churfürsten wiederholen, dass ich seit seinem Aufenthalt in Böhmen und folglich seit dem Monat August nur einen einzigen unbedeutenden Geschäftsbrief von ihm erhalten, den ich E. E. auch durch mein letzteres mitgeteilt habe, dass ich mich aber sonst ohne alle Nachrichten von ihm befinde. Der abgedruckte Brief und die Art, wie in demselben seiner erwähnt worden ist, soll einen sehr lebhaften Eindruck auf ihn gemacht, und Er gar nicht die Absicht haben, Sich mit unserem Hofe in ein näheres Verhältnis zu setzen. Auch ist es mir nicht bekannt, dass der Churfürst bei seinem erlittenen Verlust über baare fonds disponieren kann, die nur von einiger Bedeutung sind. Ich glaube daher, dass auf den Churfürsten bei der gegenwärtigen Lage der Dinge gar nicht zu rechnen ist,¹⁹⁾ und muss mich daher in Rücksicht seiner lediglich auf mein letzteres Schreiben beziehen. Ich habe mich mit einigen hiesigen Banquiers und Capitalisten über den beabsichtigten Domainen-Verkauf unterhalten, um die Absicht von E. pp. möglichst zu erreichen. Man ist aber allgemein der Meinung, dass ein solcher übereilter Domainen-Verkauf dem Gantzen und dem Königl. Interesse höchst nachtheilig seyn, und die erste Wirkung davon sich auf unsere Staats-Papiere zeigen würde. Sollten unsere Papiere noch mehr fallen, so geht unser auswärtiger Credit, ohne dem wir uns schwerlich helfen können, ganz verloren. Die hiesige Banquiers sind der Meinung, dass in dem gegenwärtigen Augenblick das vorzüglichste Augenmerk von Ew. pp. auf unsere Staats-Papiere und auf die Erhaltung unseres auswärtigen Credits, auch selbst dann gerichtet seyn müsse, wenn beides mit grossen Aufopferungen verbunden seyn sollte. Da ich bemerke, dass es Ew. pp. an Männer fehlt, die das Talent besitzen, sich auswärtigen Credit zu verschaffen und zu benutzen, so besorge ich sehr, dass Ew. pp. nur mit ganz ausserordentlichen Anstrengungen die Verbindlichkeiten des Staates erfüllen werden. Sie haben für 3 bis 4 Millionen Thaler Gegenständen in Händen, mit denen man sich mit einiger Klugheit, Gewandtheit und Geschäfts-Kenntniß leicht einen Credit von 8 bis 12 Millionen Thaler hätte eröffnen können. Freilich hätte aber alsdann auch nicht der Anfang gemacht werden müssen, das goldene Service²⁰⁾ zum einschmelzen mit einem so grossen Aufsehen hierher zu senden. Unser auswärtiger Credit wird mit jedem Tag schwächer, und alles Zutrauen geht verloren, oder man scheint die Absicht zu haben dasselbe zu verlieren. So unbedeutend die in der Königsberger Zeitung erschienenen Versen,²¹⁾ und die darüber in den Berliner Zeitungen enthaltenen

¹⁹⁾ Vor wenigen Monaten hatte Wittgenstein selbst dem Minister grosse Hoffnungen auf ein Gelddarlehen des Kurfürsten gemacht. Die Domänenverkäufe scheint er allerdings von Anfang an missbilligt und statt dessen gewagte Wechsel- und Kreditgeschäfte u. dergl. empfohlen zu haben, bei denen er den Vermittler nach dem Ausland spielen wollte.

²⁰⁾ Ein kostbares goldenes Tafelservice Friedrich des Grossen, das Stein zur Tilgung von Kontributionslasten verkaufen liess.

²¹⁾ Ein Preisgedicht zum Lobe Steins, verfasst von Süvern, das Davoust und die französischenfreundliche Berliner Literatenpresse zu heftigen Beschwerden veranlasste. Vgl. Pertz, Leben Steins II, 273 ff. und Fr. Meusel, v. d. Marwitz I, 500.

Bemerkungen sind, so machen sie doch im Ausland einen nicht zu berechnenden Eindruck; es ist unglaublich, dass die Königsberger Zeitung-Censur Einrückungen dieser Art gestattet. Durch solche Kindereyen erwacht ein Partheygeist, der unserer Monarchie schon tiefe Wunden geschlagen hat, und im Ausland unmöglich Zutrauen geben kann. Empfangen Ew. pp. die Versicherung pp.“

Man würde sich angesichts dieses Skriptums an jenen Fusstritt erinnert fühlen, den ein gewisses Huftier in der Fabel dem sterbenden Löwen versetzte, wäre nicht die Maché des Ganzen zu durchsichtig: um jeden Preis sollte der französischen Polizei die unbedingte Loyalität des Verfassers anschaulich gemacht werden, mochten dabei auf den Adressaten auch noch so ungünstige Lichter fallen. Um nur ja zu erreichen, dass der Brief in der Postüberwachungsstelle nicht übersehen wurde, ging er gleich in zwei Exemplaren ab: die Ausfertigung nebst einer Abschrift wurde an den Minister v. d. Goltz gesandt, und zwar mit einem Begleitschreiben, das um Weitergabe der Ausfertigung bat und aus dem Inhalt die Hauptpunkte noch einmal wiederholte. Zum Ueberfluss dirigierte Wittgenstein diese ganze Sendung auf einem Umweg über Berlin: sie ging zunächst an den Minister Voss mit der Bitte um Weiterleitung nach Königsberg, wurde also mindestens zweimal zur Post gegeben! Aus dem Inhalt des Begleitschreibens (ebenfalls vom 23. November) interessieren besonders die folgenden Sätze:²²⁾

„. . . Ich habe dem H. Minister von Stein unter dem 14. ten d. einen ausführlichen Brief²³⁾ über unsere Finanzangelegenheiten geschrieben und ich wünsche, dass er E. E. mitgetheilt werden möchte. Ohne dass ich die Gelehrsamkeit besitze, die heut zu Tage erforderlich ist, um einen grossen Staats Mann zu bilden, so lassen mich unsere bis jetzt gemachten Operationen dennoch besorgen, dass der Frh. von Stein Mühe haben wird, die Verbindlichkeiten des Staates zu erfüllen und dass ich für Ihn noch grosse Verlegenheiten befürchte . . . Welcher überirdische Zeitungs-Censor hat die Einrückung der niedlichen Versen in der Königsberger Zeitung gestattet? Welchen Nachtheil bringen dergleichen geistvolle Narrheiten dem Staate! Der H. Verfasser kann Gott danken, dass ich nicht Polizey Minister in Königsberg bin.“

Die Absicht des Absenders, die Franzosen auf seine Korrespondenz aufmerksam zu machen, wurde vollkommen erreicht. Prompt fielen beide Schreiben in die Hände der französischen Polizei und wurden eiligst dem Imperator nach Spanien zugesandt. Mitte Dezember können sie ihn im Hauptquartier zu Madrid erreicht haben, gleichzeitig mit der Nachricht von Steins Entlassung aus allen seinen Aemtern. Am 16. Dezember erging das Aechtungsdekret; am 27. wurden die beiden Schreiben Wittgensteins im Moniteur veröffentlicht; an demselben Tage notifizierte Champagny dem preussischen Gesandten in Paris die Aechtung Steins. Sollte da nicht ein innerer Zusammenhang bestehen? Gewiss: der Brief Wittgensteins enthielt keine eigentliche Denunziation und war als solche wohl auch

²²⁾ Vergl. auch den Teilabdruck in Revue historique 60, p. 84.

²³⁾ In den Nachlasspapieren Wittgensteins und Goltzens nicht erhalten.

nicht gemeint. Aber im Zusammenhang alles dessen, was man im französischen Lager inzwischen über die Erhebungspläne der Königsberger Patriotenpartei und Steins intimes Verhältnis zu ihr in Erfahrung gebracht hatte — und seine Gegner in Berlin sorgten ja dafür, dass recht viel davon bekannt wurde! — konnte ein Brief wie dieser, voll undeutlicher Anspielungen, recht wohl als eine Art von „Beweis“ fortgesetzter Verschwörertätigkeit Steins aufgefasst werden. Andererseits enthielt er doch wieder zu wenig Greifbares, als dass man ihn im diplomatischen Verkehr als förmliches Beweisstück hätte verwenden können; so mag es sich erklären, dass man ihn unmittelbar nach dem Eintreffen des Achtdokrets in Paris publizierte, aber auf Rückfragen der preussischen Diplomatie, welcher konkrete Anlass denn die Verfolgung des gestürzten Ministers bewirkt habe, nicht antwortete oder mit allgemeinen Redewendungen auswich.

Die Vermutung eines solchen Zusammenhangs tauchte schon damals in der preussischen Diplomatie auf, als der Wittgenstein'sche Brief aus dem *Moniteur* bekannt wurde (ein Teil der deutschen Presse druckte ihn nach). Der Gesandte Baron von Brockhausen war empört. Er meldete seinem Chef (am 8. Januar 1809)²⁴⁾, zwar habe er die von Königsberg aus befohlenen Schritte zur Befreiung des Fürsten Wittgenstein aus dem Arrest getan; nachdem er aber die im *Moniteur* veröffentlichten beiden Schreiben des Fürsten gelesen, habe er alle Demarchen zu seinen Gunsten eingestellt. Er habe gesehen, „que cet homme a trahi avec autant de faiblesse que de malveillance ses devoirs et son dévouement à une cour, qui lui a donné les marques d'une constante bienveillance — qu'il renverse notre crédit, découvre des erreurs légères et les met sous un jour, où elles deviennent vraiment funestes à l'opinion publique sur les ressources de la Prusse“. Wer solche Briefe in offener Schrift zur Post gibt, denkt nur daran, sich selbst zu sichern ohne Rücksicht auf die Staatsinteressen! „Parmi les causes qu' on peut assigner pour avoir amené ces funestes résolutions contre le Baron de Stein. ces deux lettres peuvent être considérées comme les principales“. Aber auch Wittgenstein selbst hatte ein schlechtes Gewissen. Bereits am 6. Januar meldete der preussische Gesandte Baron Grote in Hamburg — zweifellos im Auftrag Wittgensteins, mit dem er eng verbündet war — seinem Minister die Publikation der Briefe im *Moniteur*. Die Tatsache dieser Publikation lasse hoffen, dass nunmehr die Verhandlung gegen Wittgenstein in der Giftmordaffäre eine günstigere Wendung nehmen würde. Indessen sei die Publikation selbst dem Fürsten sehr fatal; er bitte dringend, den Nachdruck in preussischen Blättern zu verhindern.

Es war vergebens. Die Leipziger Zeitung brachte die Veröffentlichung des *Moniteur* schon nach kurzer Zeit zur Kenntnis Steins. Am 27. Januar

²⁴⁾ Ein „*extrait*“ dieses Berichtes (praes. 21. Jan.) findet sich unter den Goltzsehen Handakten a. a. O. Darin ist noch folgender Passus bemerkenswert: „Je me flatte même qu' on pourra faire rappeler le décret qui ordonne le sequestre sur les terres du Baron de Stein, à moins qu'il [wohl Champagny] ne croit [pas] effectivement à une intelligence avec l' Angleterre“ — Das entscheidende Stück dieses Berichtes hat schon L. Häusser gekannt, vergl. seine *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Revolution und der Befreiungskriege*, 3. Aufl. III, 209; er hat es aber völlig missverstanden und „ces deux lettres“ als neuerlich interzipierte Briefe Steins aufgefasst. Alfred Stern, *Revue historique* 60, p. 334 ist ihm darin gefolgt.

schrieb dieser dem Fürsten einen kurzen Antwortbrief, der in seiner vornehmen und stolzen Haltung für den Verfasser ungemein charakteristisch ist. Wittgenstein, hiess es da, lehne in seinem Schreiben vom 22. November die Fortsetzung einer chiffrierten Korrespondenz mit dem Minister ab. Nun, diese Korrespondenz hätte ohnedies aufgehört, da der Fürst sie sich schon vorher verboten hatte und Stein am 24. aus den Geschäften schied. Das neue Schreiben war also überflüssig; es hat aber dem Empfänger grossen Schaden zugefügt, da es ihn als Verschwörer erscheinen liess. Stein darf erwarten, dass sein Korrespondent diesem Eindruck bei den französischen Behörden auf eine angemessene Art entgegentreten und wahrheitsgemäss feststellen wird, dass jene chiffrierte Korrespondenz ausschliesslich geschäftliche Dinge betraf. „Den übrigen Inhalt des Schreibens Ew. fürstlichen Gnaden übergehe ich mit Stillschweigen und bemerke nur, dass von allen denen im Lauf der Unterhandlungen gegebenen Hoffnungen auch nicht eine erfüllt worden und dass Wechselreiterei und Verpfänden von Effekten keine den Personen, die mich ehemals umgaben, unbekannte Hilfsmittel sind.“²⁵⁾ Wittgensteins Duplik war ebenso wortreich wie nichtssagend: ein mühsamer Versuch, die Illoyalität seines Vorgehens halb abzuleugnen, halb zu beschönigen.²⁶⁾ Noch gequälter waren die Rechtfertigungsversuche, die er teils persönlich, teils durch Vermittlung von Grote bei von der Goltz unternahm. Anfangs suchte er sich mit Indiskretionen Hamburgischer Freunde herauszureden, denen er sein Schreiben vor der Absendung gezeigt habe; dann, als ihm dies als Unvorsichtigkeit vorgeworfen wurde, sollten die französischen Behörden in Hamburg erst von Berlin aus davon Kenntnis erhalten haben. Vor allem aber beteuerte er, der Gedanke habe ihm völlig fern gelegen, „die ohne die entfernteste Veranlassung von meiner Seite abgedruckten Briefe könnten, wie man hier französischer Seits glaubt, vielleicht als eine indirekte Rechtfertigung angesehen werden.“ Womit er natürlich niemanden überzeugte. Noch weniger mit seiner Abwehr des Vorwurfs, durch sein Verhalten den preussischen Staatskredit geschädigt zu haben: weil „weder damals noch gegenwärtig ein eigentlicher Staatskredit im Auslande existiert hat noch nach der Lage der Umstände hat existieren können!“²⁷⁾ Denn wenn das zutraf: welchen Sinn hatten dann noch die kritischen Bemerkungen seines Briefes zur Steinschen Finanzpolitik?

²⁵⁾ Nachlass Wittgensteins I, 1, 13; dazu Pertz II, 329.

²⁶⁾ Antworten vom 23. Februar und 20. März s. o. Anm. 7 und Pertz II, 329 f.

²⁷⁾ Grote an das Ausw. Departement, Hamburg 6. Januar 1809 (meldet u. a., die Aechtung Steins sei nicht ernst gemeint, wie „man höre“, sondern nur ein Bluff). Ausw. Departement an Grote 16. Januar; an Brockhausen 23. Januar (die Intervention für Wittgenstein darf vorläufig nicht eingestellt werden!). Wittgenstein an v. d. Goltz 14. Februar (meldet u. a. seine Haftentlassung). v. d. Goltz an Wittgenstein 18. Februar; Grote an v. d. Goltz 28. 3. u. a. m. Die Bemühungen Wittgensteins, andere von seiner Loyalität zu überzeugen, gingen noch Jahre lang fort. U. a. legte er Schön 1813 seinen Briefwechsel mit Stein vor (vielleicht hatte Schön damals zum Mitglied des Steinschen Zentralverwaltungsrates ernannt, Ungünstiges gehört und um Aufklärung gebeten?). Schön remittierte den Briefwechsel am 12. April von Breslau aus: „Ew. Durchlaucht haben recht, bei Ihrer Erklärung gegen Herrn von Stein betr. das Schreiben vom 15. 8. alles getan zu haben, was der ausgedehntesten Präension nach nur gewünscht werden konnte. Auch über das, was in dem Schreiben vom 20. März [1809] über Anlehen und Nichtanlehen gesagt ist, bin ich vollkommen einverstanden“. (Hausarchiv, Depos. 193, R. I, 1, 18, nr. 17.) M. a. W.: Er umging in seiner Antwort den eigentlich heiklen Punkt. Oder bekam er nur eine Auswahl zu sehen? Irreführend sind die Angaben seiner Memoiren: Weitere Beiträge und Nachträge zu den Papieren Schöns (1881) S. 61.

Erst im Zusammenhang aller dieser Vorgänge wird die Immediateingabe ganz verständlich, die Stein von Berlin aus, unmittelbar nachdem er die Nachricht von seiner Aechtung empfangen hatte, hilfesuchend an den König von Preussen richtete. Lehmann hat es als peinlich an diesem Schreiben empfunden, dass der Verfasser darin seine Teilnahme an der grossen patriotischen Verschwörung wider besseres Wissen verleugne und seine Verfolgung sich nur aus Intriguen innerpolitischer Gegner zu erklären wisse. Aber Stein redet hier gar nicht von seinem allgemeinen Gegensatz gegen das Napoleonische System, der Lehmann beständig vor Augen schwebt, sondern ausschliesslich davon, dass seit jenem Schreiben vom 15. August keine direkten und ernst zu nehmenden Beweise für seine „hochverräterische“ Tätigkeit in die Hände der Franzosen gefallen sein konnten, demnach irgendwelche neuerlichen Verleumdungen vorliegen mussten.

Stein an König Friedrich Wilhelm III.²⁸⁾

Berlin, 5. Januar 1809.

Sire, la retraite du service de V. M. ne m' a point prouvé la tranquillité personnelle, dont j'aurais cru devoir me flatter par mon éloignement des affaires et mes soucis (?) d' éviter tout ce qui auroit pu occasionner des soupçons quelconques.

Quoique depuis le 8. de sept. jusqu' à ce moment on ne s' étoit point porté à des dispositions sur ma propriété située en France, ou dans le Duché de Nassau, l' Empereur a maintenant cru devoir les frapper d' un sequestre par un Décret du 16. de décembre, et il insiste à ce que je quitte les États de Votre Maj. L'Empereur me soupçonne prendre part à des agitations en Allemagne sans indiquer les faits et leurs preuves, qu' on auroit certainement porté à la connaissance du public si l' en existaient, ce qui me prouve, que le Décret a été provoqué par des insinuations de personnes, qui sont ou mes ennemis personnels, ou qu' un zèle peu éclairé pour le service de leur maître engage à ajouter trop facilement foi aux bruits populaires.

J' ose demander la protection de V. M. pour la levée du sequestre et l' assurance de ma sureté personnelle exposée par les ordres donnés aux troupes françaises de m' arrêter partout où elles me trouvent. Peut-être qu' Elle daignera intervenir auprès de Son auguste ami l'Empereur de Russie, pour que celui-ci m' accorde Sa protection auprès de l'Empereur Napoléon et, si les circonstances le rendaient nécessaire, la permission de me rendre en Russie.

Je pars cette nuit pour la frontière de la Bohême; les ordres de Votre M. me parviendront sous l' adresse indiquée au général Scharnhorst, et c' est avec les sentiments du plus respectueux dévouement et d' une fidélité inviolable que j'ose me nommer de V. M. le très humble etc.

Wie man weiss, hat die Ritterlichkeit des Grafen St. Marsan, der Stein durch einen ihm befreundeten Diplomaten rechtzeitig warnen liess, dessen Gefangensetzung und Auslieferung an Frankreich verhindert. Die von uns bis hierher benutzten Akten des Ministers von der Goltz gestatten uns nun aber auch zu verfolgen, mit welchem Eifer die preussische Diplomatie sich für die Rettung des gestürzten Ministers einsetzte — trotz aller politischen Gegensätze, die ihn gerade in den letzten Monaten von dem Leiter des auswärtigen Departements getrennt hatten.

Es war eine besondere Unhöflichkeit Napoleons, dass er Champagny anwies, das Aechtungsdekret nicht bloss auf dem gewöhnlichen diplomatischen

²⁸⁾ Hausarchiv Rep. 49, J. (Nachlass Friedrich Wilhelms III) Ausfertigung. Orthographische Versehen und dergl. sind stillschweigend berichtet. Vergl. auch Lehmann III, S. 15 ff.

Wege an Preussen mitzuteilen, sondern gleichzeitig durch ein untergeordnetes Organ, den Konsul Clérembault in Königsberg, dem König persönlich und mündlich zu übermitteln. Dabei sollte der Konsul durchblicken lassen, dass die von Napoleon geforderte Auslieferung Steins dessen Erschiessung zur Folge haben würde. Dasselbe sollte Champagny dem preussischen Gesandten in Paris sagen. Tatsächlich wusste aber der Minister diese äusserste Schärfe zu vermeiden. Seine mündliche Unterredung mit Brockhausen (am 27. Dezember) verlief in den höflichsten Formen. Champagny versicherte ausdrücklich, des Kaisers Unwille sei ausschliesslich gegen die Privatperson Steins, nicht etwa gegen Preussen gerichtet. Von Ausliefern und Erschiessen war nicht die Rede. Seine am selben Tage überreichte offizielle Note verhüllte die Härte ihrer Forderung in die versöhnlichsten Wendungen und baute dem Partner förmlich goldne Brücken, indem sie bemerkte, dass es genügen würde, Stein den Aufenthalt in Preussen zu verbieten, falls er sich bei Empfang der Note nicht mehr auf preussischem Boden befinden sollte. Im anderen Fall freilich müsse der Kaiser erwarten, dass König Friedrich Wilhelm sich nicht mit seiner Verbannung begnügen, sondern bereit sein würde „de donner, en faisant arrêter M. de Stein, qui n'est pas moins coupable envers son pays qu' envers l'Empereur, de donner une satisfaction plus directe aux puissances, que M. de Stein a si grièvement offensés“ — eine Wendung von vollendeter Zweideutigkeit, leidlich harmlos klingend, allenfalls aber doch als eine höfliche Form des Auslieferungsbegehrens zu deuten, was der Empfänger natürlich nicht bemerkte. Auch in der Instruktion für St. Marsan war von Auslieferung nicht die Rede, d. h. die Forderung war hier zuerst im Konzept eingesetzt und dann nachträglich wieder gestrichen! Noch kunstvoller war die Weisung für Clérembault gefasst. Aus der Audienz, die er nach Befehl des Kaisers beim König nachsuchen sollte, war auf Brockhausens Wunsch eine Unterredung mit v. d. Goltz gemacht. Nur für den Fall, dass sich „eine Gelegenheit bieten würde“, sollte er auch dem König das Verlangen einer Verhaftung Steins vortragen. Aber Champagny wusste ohne Zweifel, dass der preussische Hof bereits zum Zarenbesuch nach Petersburg abgereist sein musste, wenn die Instruktion in Königsberg eintraf. Vorsorglich war für diesen Fall bestimmt, dass der Konsul sich dann überhaupt aller Schritte zu enthalten, d. h. dem Grafen St. Marsan die weitere Verhandlung — zwischen Berlin und Petersburg! — zu überlassen habe: so mussten die Preussen reichlich Zeit gewinnen, den Gebannten zu warnen. Im übrigen war in dieser Instruktion wiederum nur von Verhaftung Steins die Rede; sei sie erfolgt, so habe Clérembault zunächst nach Paris zu berichten. Ein Passus, der Napoleons Drohung mit Erschiessen enthielt, war abermals aus dem Konzept gestrichen.²⁹⁾

Das fein eingefädelte Spiel wurde nur einigermaßen gestört durch den plumpen Diensteifer des Königsberger Konsuls, der trotz seiner Instruktion sofort eine Audienz beim Prinzen Heinrich, dem Stellvertreter des Königs, nachsuchte und v. d. Goltz mit seinen Forderungen hart zusetzte. Er verlangte sofortige

²⁹⁾ Vergl. Alfred Stern, Abhandlungen und Aktenstücke zur Geschichte der preussischen Reformzeit (1885) S. 269 ff.; dazu Bericht Brockhausens vom 27. Dezember und Note Champagnys vom selben Tage an Brockhausen (Hausarchiv.)

Verhaftung Steins und wollte von Rückfragen in Petersburg beim König nichts wissen. Sie würden viel zu viel Zeit kosten; Stein könnte unterdessen entweichen, und v. d. Goltz würde dann dafür verantwortlich gemacht werden. Schliesslich gelang es dem Minister aber doch, einen erträglichen Mittelweg ausfindig zu machen: er versprach, gleich am nächsten Tag den preussischen Behörden Anweisung zu geben, damit Stein unter Polizeiaufsicht gestellt würde, solange bis die endgiltige Entscheidung über seine Verhaftung aus Petersburg gemeldet wäre. Eine so wichtige Entscheidung selbständig zu treffen, sei Prinz Heinrich in keiner Weise befugt.³⁰⁾ Damit gab Clérembault sich wenigstens insoweit zufrieden, dass er befürwortend darüber nach Paris Meldung zu machen versprach. Goltz aber wandte sich gleichzeitig an St. Marsan, um diesen für den geplanten Aufschub zu gewinnen, wobei er seine Weigerung gegenüber den Forderungen des Konsuls in möglichst günstigem Lichte darzustellen sich mühte.³¹⁾ Brockhausen ersuchte er, ähnliche Schritte bei Champagny zu unternehmen.³²⁾ Den Prinzen Heinrich liess er eine formelle Ordre an Generalleutnant L'Estocq, den Gouverneur von Berlin, unterschreiben, der die polizeiliche Ueberwachung Steins anordnete, falls er sich wider Erwarten noch auf preussischem Boden befinden sollte. Gleichzeitig aber schickte er „mit dem neuen französischen Chiffre“ eine tief geheime Instruktion an Kriegsrat von Decken, einen Beamten des Auswärtigen Départements in Berlin, die jene ostensible Ordre praktisch wieder aufhob. Danach sollte von Decken sich sofort zum General Lestocq begeben und diesem unter vier Augen eine Mitteilung vorlesen, die sogleich zu verbrennen sei. Ihr Inhalt war, dass weder Prinz Heinrich noch der König das Unglück Steins zu verursachen wünschten; der Geschicklichkeit und Humanität Lestocqs sei es überlassen, Stein einen Wink zu geben, falls er sich wider alles Erwarten noch auf preussischem Boden befinden sollte, jedoch so, dass einerseits niemand kompromittiert würde, anderseits der Geächtete Zeit behielte, sich in Sicherheit zu bringen. Unter Umständen werde man andere Provinzialgouvernements, z. B. das schlesische, vorsichtig verständigen müssen. Die ostensible Instruktion des Prinzen solle der General dem französischen Gesandten vorzeigen, damit dieser sie nach Paris melden könne.³³⁾

³⁰⁾ Clérembault an v. d. Goltz 9. Januar 1809, grösstenteils wörtliche Wiederholung der bei Stern a. a. O. 271 f. abgedruckten Instruktion; der im Konzept gestrichene Passus fehlt natürlich auch hier. Napoleons Armeebefehl vom 16. Januar ist in Abschrift beigelegt. Clérembault an Prinz Heinrich, Prinz Heinrich an v. d. Goltz, Clérembault an v. d. Goltz, sämtlich 10. Januar; v. d. Goltz an Clérembault 11. Januar.

³¹⁾ Goltz an St. Marsan 11. Januar, Konzept, vielfach durchkorrigiert; u. a. Klagen über das beständige Misstrauen Napoleons. Ein Stück der Ausfertigung abgedruckt von Stern a. a. O. 275. St. Marsans offizielle Mitteilung des Aechtingsdekrets (Berlin 5. Januar) bedeutet eine abermalige Abschwächung der Instruktion Champagnys, setzt u. a. bereits voraus, dass Stein nicht mehr innerhalb der preussischen Grenzen weile. — Clérembault an Goltz 12. Januar; und Replik vom gleichen Tage.

³²⁾ Ausw. Departement an Brockhausen 12. Januar 1809, wie immer in der Form eines Ministerialerlasses, also mit fingierter kgl. Unterschrift, was in diesem Fall auf den Nichteingeweihten überaus komisch wirkt, da der König selbst erklärt, wegen seiner Abwesenheit von Königsberg keine Entscheidung treffen zu können, dass also aufschiebende Schritte seines Ministers nötig würden usw.

³³⁾ Ordre an Lestocq, Königsberg 12. Januar; Goltz an Kriegsrat v. Decken 12. Januar; über Gneisenaus Anteil an dieser Aktion s. Pertz, Leben Steins II, 337; Leben Gneisenaus I, 460

Alles das geschah in Königsberg am 12. Januar — in der folgenden Nacht überschritt bereits Stein, durch St. Marsan selbst schon viel früher gewarnt, das schlesische Gebirge auf der Flucht nach Böhmen. Kriegsrat von Decken konnte am 17. die Ausführung des erhaltenen Befehles melden: Lestocq sei sehr befriedigt, mitteilen zu können, dass der Reichsfreiherr sich bereits ausser aller Gefahr befinde. So blieb denn alles weitere Hin und Her der Anfragen in Petersburg, der Rückfragen und Meldungen französischer Diplomaten³⁴⁾ ohne praktische Bedeutung. Die Unterhändler beider Parteien spielten sich gegenseitig gewissermassen Komödie vor, um den Willen des allmächtigen Cäsars äusserlich zu erfüllen — innerlich waren sie allesamt einmütig in dem Wunsche, der Stimme der Menschlichkeit mehr zu gehorchen als dem Gebot des Tyrannen. Auch die nassauische Rheinbunds-Regierung hat sich dann bekanntlich bemüht, das ihr aufgezwungene Sequester der Steinschen Güter so wohlwollend als nur möglich zu handhaben. Ein seltsames Schauspiel das Ganze, nicht ohne symptomatische Bedeutung für die innere Krise, in die eben damals das System Napoleonischer Weltherrschaft eintrat! Trotz alledem blieb das Schicksal des Geächteten hart: ausgeschlossen von allen Möglichkeiten gemeinnützigen Wirkens, ausgestossen aus dem Staat seiner Wahl und aus der engeren Heimat, seines Familienerbes beraubt, verbrachte er drei endlose, tatenlose Jahre im Exil, bis ihn endlich wieder das Schicksal auf den Schauplatz der hohen Politik berief: in einem Augenblick, als er nahe daran war, endgiltig an seiner eigenen und an Europas Zukunft zu verzweifeln.

³⁴⁾ Goltz an Nagler zu eigenen Händen (Privatbrief) 14. Januar, (drängt u. a. auf Bestätigung der bisher getroffenen Massregeln, um die Abreise des „sehr rechtlichen“ Gesandten St. Marsan von Berlin zu vermeiden). Clérembault an Friedrich Wilhelm III. 9. Januar; Decken an Goltz, Berlin 17. Januar; Clérembault an Goltz 23. Januar nebst Replik vom gleichen Tage. L'Estocq an Prinz Heinrich 19. 1. (Stein ist gerettet. Trotzdem ist vertrauliche Mitteilung an die Generäle v. Grawert und v. Kleist in Schlesien, von Bülow in Pommern im Sinn der Instruktion gemacht.) Ausw. Departement an Brockhausen 3. Februar 1809 (soll schleunigst Vorstellungen zugunsten der Steinschen Kinder erheben, vgl. Goltz an St. Marsan 2. Februar, bei Stern a. a. O. 276.) Clérembault an Goltz 5. Februar (versichert persönlich die Art bewundert zu haben, wie Goltz sich „des Unglücklichen“ angenommen hat). St. Marsan an Goltz 9. Februar.

Steins Verweigerung des nassauischen Untertaneneides und ihre Vorgeschichte.

Von

M. Domarus.

Es ist nur eine kleine Episode, diese Eidesverweigerung des Freiherrn vom Stein, in seinem Kampfe mit der nassauischen Regierung, aber sie löste bei seinen Freunden tiefstes Bedauern aus und erregte im ganzen Lande und weit über die nassauischen Grenzen hinaus grosses Aufsehen. Und schwerwiegend waren die Folgen; denn Stein nahm an den Versammlungen der nassauischen Landstände auch später nicht mehr teil und mied fortan Nassau, seine und seiner Vorfahren Heimat und seinen angestammten Familiensitz, nach Möglichkeit.

Der Vorgang ist schon von G. H. Pertz in seinem Werke über das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein¹⁾ und besonders von W. Sauer in seinem Buche „Das Herzogtum Nassau in den Jahren 1813—1820“²⁾ ausführlich geschildert. Aber Sauer standen an archivalischen Quellen nur die über die Angelegenheit bei den herzoglichen Behörden erwachsenen Dokumente zur Verfügung, und Pertz hat hier die Quellen, die ihm als erstem Benutzer der Korrespondenzen und des Archivs des Freiherrn vom Stein flossen, doch etwas willkürlich benutzt, manches durcheinander gemengt, manches fortgelassen, manches aus ihnen als seine eigenen Worte wiedergegeben.³⁾ So rechtfertigt es sich wohl, wenn ich aus der Korrespondenz und dem sog. politischen Nachlass Steins, welche dank des Entgegenkommens des Herrn Albrecht Grafen von Kanitz, des Erben der freiherrlich vom Steinschen Besitzungen in Nassau und Westfalen, längere Zeit im Wiesbadener Staatsarchiv hinterlegt waren, einiges bisher nicht Beachtete zur Beurteilung des Vorgehens von Stein bringe. Um den folgenschweren Schritt Steins recht zu verstehen, müssen wir auf die vorhergehenden Streitigkeiten seit dem ersten Vorstoss Steins von 1804 bis zum endgültigen Bruch von 1818 eingehen.

Der Konflikt begann, als Nassau-Usingen nach dem Vorbild anderer Staaten auf Grund der ihm im § 12 des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 für die Verluste an Gebiet auf der linken Rheinseite zugesprochenen Entschädigungen Ende 1803 auch die Besitzergreifung der reichsritterschaftlichen Güter in die Wege leitete und am 3. Januar 1804 im Amt Oberlahnstein von reichsritterschaftlichen Besitzungen, darunter einem Hause Steins, und am 4. Januar von den Steinschen Dörfern Frücht⁴⁾ und Schweighausen Besitz nahm.⁵⁾ Dieses

¹⁾ Bd. 5 (1815—1823), Berlin 1854, S. 196—209.

²⁾ Wiesbaden 1893, S. 38—46.

³⁾ Vergl. A. Sterns Bemerkung zur Pertzschen Darstellung in der Allgem. Dtsch. Biogr. Bd. 35, S. 640.

⁴⁾ Frücht war zur einen Hälfte am 2. 12. 1613 vom Grafen Ludwig zu Nassau für 1000 Gulden und zur andern Hälfte am 23. 12. 1613 vom Grafen Ernst Kasimir zu Nassau zu 1000 Gulden an Johann Gottfried vom Stein verkauft worden. St. A. W. VIII. Reg. Wiesb. Nr. 1867. J. G. vom Stein war nassau-saarbrückischer Oberamtmann in Weilburg; er bewarb sich schon 1609 um den Ankauf von Frücht. St. A. W. VII. A. D. A. F. Nr. 1. Schweighausen war nicht gekauft worden, wie Pertz behauptet, sondern altes nassauisches Lehen.

⁵⁾ Vergl. Meister, Nassau und Reichsritterschaft . . . 1803—1816, in „Historische Studien“, herausgeg. von Dr. E. Ebering, Heft 153, S. 28 f.

Vorgehen traf den Reichsfreiherrn vom Stein an seiner empfindlichsten Stelle, seiner Unabhängigkeit, seiner Reichsunmittelbarkeit. Deshalb ging er sofort zum Angriff über und geisselte in dem bekannten offenen Briefe vom 13. Januar 1804 an den Fürsten Friedrich August, den späteren Herzog von Nassau, in scharfen Ausdrücken den unberechtigten Eingriff in sein Eigentum. Schon in diesem Protestschreiben, durch das Stein sehr rasch in ganz Deutschland bekannt wurde, droht er mit dem Verlassen des Landes: „Wird der Ritterschaftliche Verein auf eine gewaltsame Art zertrümmert, so entsage ich dem Aufenthalt in einem Lande, das mich mit Gegenständen bitterer Erinnerungen umgiebt, und wo mir alles den Gedanken an den Verlust meiner Unabhängigkeit und an meine neue Fesseln zurückruft“. Noch schärfer aber drückt er sich in dem Schreiben an seinen Amtmann in Nassau, Rat Wieler, aus: „Wird die Ritterschaft aufgelöst, so komme ich nie wieder nach Nassau, und behandle dieses ganz als ein Bauerngut, verpachte die Gärten, holze den Stein ab usw. Ich werde nie einen Räuber für meinen Landesherrn erkennen“.⁶⁾

Wenn es auch in den beiden nächsten Jahren nicht zur Auflösung der Reichsritterschaft kam und einzelne Staaten, vor allem die beiden nassauischen Regierungen und ihre leitenden Staatsmänner, sich den im Lande ansässigen Mitgliedern der mittelhheinischen Reichsritterschaft, besonders auch dem Freiherrn vom Stein gegenüber in der Wahrung ihrer bisherigen Gerechtsamen entgegenkommend zeigten, so war das doch kein Erfolg des Briefes von Stein, der auf Anraten des Ministers Marschall unbeantwortet blieb.⁷⁾ Auch alle Bemühungen Steins, zuletzt noch auf dem Wiener Kongress, die Reichsritterschaft zu retten und als Korporation wiederherzustellen und das Kaisertum, in dem die Reichsritterschaft ihre stärkste Stütze hatte, — Franz II. hatte am 6. Aug. 1806 auf die Kaiserwürde verzichtet — wiederaufzurichten, waren vergeblich gewesen. Die Zeitverhältnisse und die politischen Ereignisse waren mächtiger als er. Dass aber der Reichsritterschaft gerade durch den Kaiser Napoleon, den Schöpfer und Beschützer des Rheinbundes, ein Ende bereitet wurde, das wird diesen kerndeutschen Mann, dessen besonderer Charakterzug die Ablehnung alles Französischen war, der die französischen Ideen und Einflüsse bekämpfte, wo er nur konnte, schwer getroffen haben, und es ist begreiflich, wenn er später nach dem Sturz Napoleons, als er Vorsitzender des Zentral-Verwaltungs-Departements der wiedereroberten besetzten Länder wurde, den Staaten, die sich Napoleon angeschlossen hatten, also auch dem Herzogtum Nassau, ihre Selbständigkeit, ihre Souveränität nehmen wollte. Aber auch hier war ihm der Erfolg versagt; die Staaten des Rheinbundes blieben bestehen, und die Gefahr für Nassau wurde durch die Geschicklichkeit Marschalls und Ibells abgewendet.

Der Rheinbundvertrag vom 12. Juli 1806, durch den Napoleon sich neben zahlreichen anderen deutschen Fürsten auch die von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg für seine politischen und militärischen Ziele dienstbar machte, sah im § 25 die Mediatisierung der reichsritterschaftlichen Besitzungen vor und gab den Landesfürsten auch über sie alle Souveränitätsrechte, die der § 26 als

⁶⁾ Vergl. Pertz a. a. O. Bd. I, S. 257—260. M. Lehmann, Freiherr vom Stein, Bd. I, Leipzig 1902, S. 303.

⁷⁾ St. A. W. V. Reg. Wiesb. Nr. 89, Bd. II. Vergl. Lehmann a. a. O. Bd. I, S. 309.

„die Rechte der Gesetzgebung, der höchsten Gerichtsbarkeit, der Oberpolizei, der militärischen Conscription oder Rekrutenaushebung und der Auflagen“ erläuterte. Schon am 30. August 1806 erliessen Herzog Friedrich und Fürst Friedrich Wilhelm zu Nassau ein gemeinsames, sofort im Druck veröffentlichtes Edikt⁸⁾ über die durch den Rheinbundakt ausgesprochene Bestätigung ihrer Souveränität ihrer altnassauischen und der durch den Reichsdeputationshauptschluss hinzugekommenen sowie der ihnen durch den Vertrag vom 12. Juli zugefallenen Länder, einschliesslich der „in diesen und Unsern bisherigen Landen eingeschlossenen und anstossenden Ritterschaftlichen Besitzungen, dergestalten, dass Uns über letztgenannte Graf- und Herrschaften die mit der Hoheit verbundene gesetzgebende oberstrichterliche und Ober Polizey- auch Militär-Gewalt nebst dem Recht der Auflagen ebenmäßig zustehen soll“, ferner über die Annahme der Würde eines souveränen Herzogs durch den Senior des Hauses, den Fürsten Friedrich, und der Würde eines souveränen Fürsten zu Nassau durch den Fürsten Friedrich Wilhelm.

Bereits am anderen Tage erhielt der Amtmann in Nassau, Justizrat Lex, Befehl, das Edikt vom 30. August zu publicieren. Das geschah am 8. September auf den Steinschen Gütern in Nassau selbst und in den Orten Frücht und Schweighausen, soweit die Verwalter und Pächter anwesend waren, am 9. und 10. September und noch am 13. September auf den anderen Besitzungen im Amte Nassau; überall wurde ein Exemplar des Edikts hinterlassen. Lex schickte das ausführliche Protokoll am 14. September ein; in seinem Begleitbericht ist von besonderem Interesse, was er über die frühere zeitweilige Besitzergreifung sagt: „Zugleich bemerke ich auch, daß bey denen provisorischen Besitznahmen, welche von ritterschaftlichen Gütern im Jahre 1803 und 1804 statt hatten, im Amt Nassau blos das dem Herrn von Mariott zugehörige Schloss Langenau und zwar von Weilburg, ferner die Ortschaften Frücht und Schweighausen durch fürstl. Amt Lahnstein occupiert worden, alle übrigen Besitzungen des Freyherrn vom Stein aber frey geblieben sind, auch nie ein Befehl zu Vollziehung dergleichen Besitzergreifungen in jenen Jahren an hiesiges Amt gekommen ist.“)

Wie nahe Stein diese erneute Besitzergreifung seiner Güter durch Nassau und ihre endgültige Stellung unter die Landeshoheit des Herzogs gegangen sein

⁸⁾ Original mit den Unterschriften und Siegeln der beiden Fürsten im St. A. W. VIII. St. M. Nr. 1511 b. Ein schon vom 31. Juli 1806 datiertes und bereits gedrucktes Patent des Herzogs Friedrich allein, das nur die Besitzergreifung der neu angefallenen Lande von 1806 und die Annahme der Herzogswürde betraf, kam nicht zur Veröffentlichung, wurde vielmehr unterdrückt und an seiner Stelle dann das Edikt vom 30. August verkündet. St. A. W. VIII. F. C. Nr. 3516. Danach ist Pertz a. a. O. I 343 und Lehmann a. a. O. I. 416 Anm. zu berichtigen.

⁹⁾ St. A. W. VIII Reg. Wiesb. Nr. 1867. Fürst Friedrich Wilhelm zu Nassau hatte aus Weilburg am 28. 12. 1803 ein Edikt gegen die Reichsritterschaft erlassen. Es heisst darin: „... haben Wir beschlossen, in denjenigen Ritterschaftlichen Besitzungen, die entweder in vasalitischem Nexu gegen Uns stehen oder in Unsern Fürstenthümern enclaviert sind oder so daran stossen, dass kein anderes Fürstliches Haus einen gegründeten Anspruch an sie machen möge, durch gegenwärtige Patente Unsere wahre Intention kund zu thun.

Wir legen diesen Patenten provisorisch keine andere Wirkung bey, als diese Herrschaften, Dörfer, Rittergüter und Höfe gegen anderer Stände Occupation zu sichern und die Landeshoheit für Unser Fürstliches Haus auf den Fall zu vindicieren, wenn die Auflösung der Reichs-Ritterschaft das Resultat der neuesten Begebenheiten seyn sollte.“ St. A. W. VI. V Nr. 60a.

muss, lässt sich denken; schrieb er doch an seinen Amtmann und Bevollmächtigten Wieler, der übrigens am 8. September in Nassau nicht anwesend war, schon am 20. August: „Ich aber werde mich ansehen als einen fremden im Preussischen Domicilirten¹⁰⁾ und auf immer etablirten angesessenen Edelmann, der im Nassauischen Güter hat, also keine persönliche Verpflichtungen übernimmt.“¹¹⁾ Also auch hier wieder der Gedanke an den dauernden Fortgang von Nassau. Zweifellos hat Stein von dem Edikt Herzogs Friedrich vom 31. Juli,¹²⁾ obwohl es nicht publiziert wurde, Kenntnis gehabt; denn das entscheidende Edikt über die Besitzergreifung der ritterschaftlichen Güter wurde ja erst am 30. August veröffentlicht. Zu den Lasten, die den Mitgliedern des Rheinbundes sehr bald auferlegt wurden, zogen die Landesfürsten auch den Adel mitsamt der Reichsritterschaft stark heran, und so wurden von Nassau auch die Steinschen Besitzungen mit Extrasteuern und Kriegslasten belegt; Stein hatte nach einer Aufstellung seines Rates Wieler an 52 Orten, nach einer anderen amtlichen Zusammenstellung aus dieser Zeit sogar an etwa 66, nach der von Wielers Nachfolger Gosebruch vom Juni 1813 nur an etwa 40 Orten Güter oder besondere Einkünfte. Es wäre merkwürdig gewesen, wenn sich die Abwicklung glatt vollzogen hätte. Wie Stein schon 1802 gegen das gemeinschaftliche Amt Nassau bei dem Ritterdirektorium in Friedberg im Beschwerdewege und 1805 gegen die nassau-dillenburgische und die nassau-usingensche Regierung im Prozessverfahren bei dem Reichskammergericht in Wetzlar wegen Anmassung der Jurisdiktion über die Steinschen Besitzungen im Amte Nassau und besonders über den Steinschen Burgbezirk in Nassau und die Pächter einzelner Güter, Mühlen etc. vorgegangen war, so kam es jetzt wegen der Heranziehung zu den Kriegslasten der Gemeinden zu Auseinandersetzungen.

Stein, der 1804 als Minister nach Berlin berufen war, hatte sich nach seiner Entlassung Anfang Januar 1807 bis zu seiner Rückberufung im September nur vorübergehend im Schlosse zu Nassau aufgehalten; bald sollte er es für viele Jahre verlassen. Am 16. Dezember 1808 erliess Napoleon aus dem kaiserlichen Lager in Madrid jenen berühmten Armeebefehl, durch den „le nommé Stein“ zum Feinde Frankreichs und des Rheinbundes erklärt und seine Güter sequestriert wurden. Nichts hat den Namen Steins in aller Welt so bekannt gemacht wie diese Aechtung durch Napoleon.¹³⁾

Es ist interessant, dass die beiden nassauischen Amtsmänner zu Nassau, Justizrat Lex und Justizrat Raht, schon am 21. September 1808 der Regierung auf Grund von Nachrichten der Pariser Zeitungen über „einen angeblich von den kaiserlich französischen Autoritäten aufgefangenen Brief des Königlich Preussischen Herrn Staatsministers Freiherrn vom Stein¹⁴⁾ und dessen Folgen“ berichten konnten; die Steinschen Beamten befürchteten die in den französischen

¹⁰⁾ Stein hatte im März 1802 das Gut Birnbaum a. d. Warthe in Südpreußen gekauft; vergl. Lehmann a. a. O. Bd. I, S. 237 f.; Pertz a. a. O. Bd. I, S. 189 f.

¹¹⁾ Pertz a. a. O. I 443; die Darstellung hier und auf S. 343 über die Vorgänge in Nassau ist nicht zuverlässig.

¹²⁾ Vergl. Anm. 8.

¹³⁾ Der französische Text ist im „Journal de Francfort“, Nr. 5 v. 5. 1. 1809 veröffentlicht.

¹⁴⁾ Brief Steins an den Fürsten Wittgenstein; vergl. Pertz a. a. O. Bd. 2, S. 230; Lehmann a. a. O. Bd. 2, S. 8 f.

Blättern bereits angedrohte Konfiskation der Güter; sie selbst baten deshalb um Verhaltungsmassregeln, um für den schlimmsten Fall „einer etwaigen Besitzergreifung der unserer Gerichtsbarkeit untergebenen Freiherrlich vom Steinischen Höfe und der der herzoglichen Souveraineté unterworfenen Dörfer Frucht und Schweighausen“ ausser Verlegenheit zu sein.¹⁵⁾ Drei Monate später hatte Napoleon die Urkunde über die Aechtung Steins schon unterschrieben.

Nassau, in dessen Gebiet, wie schon bemerkt, die meisten Besitzungen Steins lagen, beeilte sich, den kaiserlichen Befehl auszuführen. Der französische Geschäftsträger Bacher in Frankfurt sandte bereits am 1. Januar 1809 ein entsprechendes Schreiben an den Minister Marschall und fügte eine beglaubigte Abschrift des Armeebefehls bei.¹⁶⁾

Schon am 3. Januar lag ein Beschluss des Staatsministeriums in Wiesbaden zur Mitteilung an die einzelnen Regierungen wegen schleunigster Ausführung des Sequesters vor; die Expedierung wurde jedoch verschoben.¹⁷⁾ Tatsächlich ist aber ein Wiesbadener Regierungsbeschluss vom 3. Januar an den Justizrat Lex in Nassau noch am selben Tage abgesandt worden, so dass die Angabe bei Pertz,¹⁸⁾ die Beschlagnahme der Steinschen Güter und Einkünfte in Nassau selbst sei am 4. Januar erfolgt, zutreffend ist, wenn auch die Spezialaufträge des Staatsministeriums an die Regierung in Wiesbaden erst am 5. Januar, die Bestellung von Lex zum Spezialkommissar am 7. Januar und die Befehle an die Aemter am 7. und 12. Januar erfolgten.¹⁹⁾

Das Dekret des Staatsministeriums vom 5. Januar 1809 sah, entsprechend dem Armeebefehl, auch die Verhaftung Steins vor. Es heisst dort im Absatz 5: „Sollte der von Stein innerhalb der Grenzen des Herzogthums erscheinen, so ist derselbe vermittelt vorläufiger Requisition der Behörden in Verwahrung zu bringen, jedoch mit dem égard, dem man einem so angesehenen Diener eines fremden Staates schuldig ist“. Und wegen der Frau und Kinder Steins war vorgesehen, dass ihnen „mit allem Glimpf von den bevorstehenden Massregeln Kenntniss“ gegeben werde, sie nach ihrer künftigen Wohnung befragt und „ihr fahrendes Eigenthum“ ihnen zur freien Verfügung belassen werden sollte.

Dazu kam es jedoch nicht; denn Stein, der damals noch in Berlin war, flüchtete bekanntlich nach Oesterreich, und seine Familie folgte ihm dorthin; ihr erster Wohnort war Brünn. Steins seelische Stimmung war sehr gedrückt, und selbst materielle Sorgen blieben nicht fern, obwohl ihm vom Könige von Preussen eine Pension ausgesetzt war.

Dass die Verwaltung der sequestrierten Güter und Einkünfte Steins in Nassau durch die herzogliche Regierung eine ganz sachliche und gerechte war, ist ja bekannt und von Stein selbst zugegeben;²⁰⁾ sie wurde erleichtert durch die stete Bereitwilligkeit des Steinschen Amtmanns Wieler, der in der Auf-

¹⁵⁾ St. A. W. VIII. St. M. Nr. 9064.

¹⁶⁾ St. A. W. a. a. O.

¹⁷⁾ VIII St. M. Nr. 9064.

¹⁸⁾ A. a. O. Bd. 2, S. 334.

¹⁹⁾ VIII. Reg. Wiesb. Nr. 1868, Bd. I und VIII. St. M. Nr. 9064. Der Erlass an die Regierung in Wiesbaden vom 5. Januar stimmt übrigens wörtlich mit dem von Gagern vorgeschlagenen, einem „Vortrag ad Serenissimos“ beigefügten vom 3. Januar 1809 überein.

²⁰⁾ Vergl. Lehmann a. a. O. Bd. 3, S. 105.

stellung von Verzeichnissen der Besitzungen, Lehen und Einkünfte seines Herrn und in der sehr schwierigen Rechnungsablage bis zu seinem Tode (28. Oktober 1810) eine gewaltige Arbeit leistete; und auch sein von Nassau bestellter Nachfolger, der Rentmeister Gosebruch, machte natürlich keinerlei Schwierigkeiten. Dass aber die Schwester Steins, die Freiin Marianne vom Stein, während der Sequestration in der Verwaltung mitgewirkt hätte, wie Lehmann aus Pertz schliesst,²¹⁾ ist eine irrige Annahme. Erst nach der Aufhebung des Sequesters übernahm sie im Auftrage ihres Bruders, wie sie in einem Schreiben an das Staatsministerium vom (praes.) 14. Dezember 1813 mitteilte, die Leitung der Güterverwaltung, und an sie wurden dann im Januar 1814 auch die Sequesters-Akten ausgeliefert. In einem Schreiben an Minister Marschall aus Diez vom 26. Januar sprach sie ihm „den reinsten Dank für die ausgezeichnete Art“ aus, „wie Ihre Herzoglich und Hochfürstl. Durchlauchten die Wünsche meines Bruders wegen der Continuation des Familien Packts haben vollziehen lassen.“²²⁾ Dieser Dank gilt besonders auch der Bereitwilligkeit Nassaus in der weiter unten noch zu erwähnenden Lehensangelegenheit Steins, die er mit Marschall wohl schon in Frankfurt besprochen hatte

Weniger bekannt ist das Entgegenkommen, das die nassauische Regierung auch der Familie Steins selbst zeigte. Auch hier irrt sich Lehmann, wenn er sagt, „die Herzöge von Nassau“ hätten erst seit 1811 der Frau vom Stein „eine anständige Kompetenz“ zukommen lassen.²³⁾ Die Familie war erst einige Wochen in Brunn, als sich die Gemahlin Steins Wilhelmine²⁴⁾ in ihrer Not und Sorge besonders um ihre beiden Töchter von dort aus am 1. März 1809 an den Minister von Marschall wandte und ihn unter Berufung auf ihren Ehevertrag vom 25. Februar 1793 um die Bewilligung der ihr zustehenden Pension bat, und noch von Berlin aus hatte sie unter dem 2. Februar 1809 eine Vollmacht für ihren Vertreter in Wiesbaden, den Advokaten und Prokurator Hofrat Exner, der bei den nassauischen Behörden die nötigen Vorstellungen zur Ausständigung ihrer Lehenkompetenzgelder machen sollte, ausgestellt. Nach Wielers Angaben wurden die jährlichen Renten Steins im Nassauischen auf etwa 12000 Gulden geschätzt. Minister v. Gagern schlug in einem Schreiben aus Engers vom 10. Juni 1809 an Marschall vor, einstweilen 2000 Gulden zu bewilligen. So wurde es denn auch in Wiesbaden am 4. Juli beschlossen.²⁵⁾

Ein Jahr später, am 15. August 1810, schrieb Frau vom Stein aus Prag wiederum an Marschall,²⁶⁾ beklagte sich, dass das Geld für das laufende Jahr noch nicht angewiesen sei, und bat um Auszahlung der ganzen ihr aus der Ehedotation zustehenden Summe, nämlich 2200 Ecus en or oder 440 Louisd'or für sich und 1000 Gulden für ihre Kinder, was ein Akt der Gerechtigkeit sein würde. Es blieb aber bei den 2000 Gulden, die erst nach vielen Schreibereien und durch persönliches Eingreifen Marschalls endlich am 20. November ange-

²¹⁾ Lehmann a. a. O. und Pertz a. a. O. Bd. 2, S. 601.

²²⁾ VIII. St. M. Nr. 9065.

²³⁾ Lehmann a. a. O. S. 108.

²⁴⁾ Sie war eine geborene Reichsgräfin von Wallmoden-Gimborn.

²⁵⁾ VIII. St. M. Nr. 9066.

²⁶⁾ VIII. Reg. Wiesb. Nr. 1871. Der Brief ist, wie der von 1809, französisch.

wiesen wurden. Auch ein weiteres im Auftrage von Frau vom Stein an den Herzog gerichtetes Gesuch von Hendel in Oberlahnstein vom 3. Juli 1811 um eine Zulage von 1000 Gulden hatte ebensowenig Erfolg wie eine erneute Bitte vom 10. Dezember 1812 an den Herzog um Auszahlung ihres „Wittums“ statt der bisherigen Pension „in meiner hülf- und trostlosen Lage, welche durch die politische Katastrophe, der mein unglücklicher Gemahl unterlag, herbeigeführt wurde“. In Weilburg entschied Herzog Friedrich am 15. Februar 1813 dahin, dass es bei der bisherigen Sustentation von 2000 Gulden zu belassen sei.

Bekanntlich hatte sich die Gattin Steins selbst an Napoleon gewandt und in einem Schreiben aus Prag vom 6. Januar 1811 die Aufhebung der Beschlagnahme der Güter zu erreichen versucht. Der Brief scheint aber gar nicht bis zum Kaiser gekommen zu sein,²⁷⁾ jedenfalls war ihm kein Erfolg beschieden; Stein blieb weiter geächtet.

Auch die Schwester Steins, die gewesene Dechantin des Wallensteinschen²⁸⁾ Stifts in Homberg i. H., Freiin Marianne vom Stein, erhob im Juni 1809 auf Grund des Steinschen Familienvertrages vom 2. Februar 1774 Ansprüche an die sequestrierten Steinschen Einkünfte und fand mit ihren Forderungen an jährlicher Appanage von 300 Gulden und Kapitalzinsen Gehör; die herzogliche Regierung wies den Rat Wieler in Nassau zur Zahlung an. Auch in den folgenden Jahren wurden die Gelder für sie bewilligt; besonders befreundet muss sie mit dem Regierungsrat von Mülmann I. gewesen sein, dem sie ihre Anliegen vortrug, und bei dem sie sich am 11. November 1811 auch für ihre „treffliche und unglückliche Schwägerin“ wegen der Erhöhung des jährlichen Unterhaltes eindringlich verwandte.²⁹⁾ Auf ihre wiederholten Vorstellungen wurde ihr am 15. Februar 1813 ausser ihrer Appanage noch ein jährliches Kostgeld von 400 Gulden bewilligt und am 18. Juni der Termin auf den 30. März 1809 zurückverlegt, seit welchem Tage sie kein Gehalt mehr vom Stift bezogen hatte. Stein selbst hatte von Prag aus am 23. August 1811 bescheinigt, dass seine Schwester seit dem Tode seines Vaters im Oktober 1787 die Appanage nicht erhoben und Zinsen aus dem auf den Gütern stehenden mütterlichen Kapital zu fordern habe.³⁰⁾ Die Dechantin Fräulein vom Stein wohnte mit der ehemaligen Aebtissin des Stifts, Fräulein von Gilsa, seit dem 25. Mai 1811 in Diez; sie hatte sich am 18. Februar von Dresden aus an Marschall gewandt und um Erlaubnis zum Aufenthalt in Wiesbaden zur Wieder-

²⁷⁾ Lehmann a. a. O. S. 107. Pertz a. a. O. Bd. 2, S. 610.

²⁸⁾ Das Stift, dessen Direktor von 1801–1805 Stein gewesen war, wurde 1809 wegen der Beteiligung der Aebtissin und der Dechantin am Dörnbergischen Aufstand eingezogen und Marianne vom Stein zunächst in Kassel gefangen gesetzt, dann nach Paris geführt, von Napoleon aber 1810 wieder freigegeben. Vergl. Pertz a. a. O. Bd. 2, S. 416 und Lehmann, Bd. 3, S. 106. W. Dersch, Hessisches Klosterbuch 1915, S. 50. Marianne vom Stein, die sich am 26. Mai 1809 in Mainz vom Grafen von Walderdorff 50 Karolinen (550 Gulden) geliehen hatte — sie war ganz ohne Geld und die Abreise nach Paris auf den 28. Mai festgesetzt — bat den Grafen auch inständig, sich für sie beim Herzog von Nassau zu verwenden, damit ihr Aufenthalt in Frankreich nicht dauernd würde. VIII. St. M. Nr. 9068. Vgl. A. Kleinschmidt, Das Damenstift Wallenstein zu Homberg unter Jérôme, in Ztschr. f. Hess. Gesch. u. Ldskunde, N. F. Bd. 15 (1890) S. 269–291, bes. S. 281 ff.

²⁹⁾ VIII. Reg. Wiesb. Nr. 1872.

³⁰⁾ VIII. St. M. Nr. 9067.

herstellung ihrer zerrütteten Gesundheit und um seine Protektion beim Fürsten gebeten. Marschall antwortete am 5. März, der Herzog habe nichts einzuwenden, falls von Paris aus „eine weitere Entfernung von der französischen Grenze nicht etwa zur Pflicht gemacht worden sein sollte.“

(Oberappellationsgerichtsrat Langsdorf in Diez war mit ihrer Niederlassung in Diez gar nicht einverstanden, und auch die Regierung fragte am 31. Mai beim Minister an. Marschall beruhigte sie beide durch die Bekanntgabe, dass ihr der Aufenthalt in Diez gestattet worden sei.³¹⁾)

Dass Marianne vom Stein nach der Aufhebung des Sequesters auf Wunsch ihres Bruders die Leitung der Verwaltung seiner Güter in Nassau übernahm, ist schon oben bemerkt worden.

Die Aufhebung erfolgte durch eigenhändige Verfügung Marschalls in Wiesbaden am 13. November 1813,³²⁾ und vom selben Tage datiert die Benachrichtigung an den Rentmeister Gosebruch in Nassau, wenn auch die Absendung trotz des Vermerkes „Eilt“ erst am 16. November erfolgte. Der 13. November war aber der Tag, an dem Stein in Frankfurt zu den Verhandlungen über die Rheinbundstaaten erst eintraf; er kann also an diesem Tage gar nicht Marschall gegenüber den Wunsch wegen Aufhebung des Sequesters ausgesprochen haben, wie Sauer³³⁾ meint; Marschall war schon von sich aus dazu geschritten, und das war ein ebenso schlaues Vorgehen wie die Absendung der nassauischen Kommissare, Oberstallmeister v. Wintzingerode und Geheimrat Ibells, nach Frankfurt ins grosse Hauptquartier der Verbündeten, wo sie seit den ersten Tagen des November durch Verhandlungen, vor allem mit Oesterreich, den Boden für den Beitritt Nassaus zu den Verbündeten vorbereiten sollten. Die Gefahr für das Herzogtum war sehr gross und Stein nicht sein Freund. Er stand an der Spitze des Zentralverwaltungsdepartements, das gleich nach der Schlacht bei Leipzig in der Konvention der Mächte vom 21. Oktober 1813 für die eroberten Gebiete eingesetzt war, um gegen die Rheinbundstaaten vorzugehen, und nach seinem Vorschlag sollte auch das Herzogtum Nassau zunächst einem russischen General-Gouvernement unterstellt werden.³⁴⁾ Allein die Staaten verstanden es, der Gefahr aus dem Wege zu gehen, indem sie sich der Allianz anschlossen. Bayern war es zuerst gelungen, und Hessen-Darmstadt und Württemberg hatten mit Oesterreich Verträge abgeschlossen; nun suchte auch Nassau seine Selbständigkeit zu retten. Der Geschicklichkeit Ibells war es zu danken, dass noch vor der Ankunft Steins der Vertrag mit den verbündeten Mächten so gut wie gesichert war; wirklich abgeschlossen wurde er erst am 23. November 1813, und zwar offiziell mit Russland. Die russische Ratifikation datiert erst vom 1. Januar 1814.³⁵⁾ Den Beitritt Nassaus zur Allianz werde ich in einem besonderen Aufsatz behandeln. Es waren aufregende Tage für die beiden nassauischen Fürsten und den Minister Marschall. Wie sehr diese die Ankunft Steins fürchteten, zeigt besonders ein Brief des Fürsten Friedrich Wilhelm vom 11. November 1813 an Ibells. „Möge nur,“ so schreibt er, „der

³¹⁾ VIII. St. M. Nr. 9068 und VIII. Reg. Wiesb. Nr. 1872.

³²⁾ St. A. W. VIII. St. M. Nr. 9065.

³³⁾ A. a. O. S. 4.

³⁴⁾ Sauer a. a. O. S. 2 f. Vergl. Lehmann a. a. O. Bd. 3, S. 322 ff.

³⁵⁾ St. A. W.: Staatsverträge Nr. 19.

bösartige und mit so fatalen Grundsätzen ausgerüstete Herr von Stein nicht zu früh in Frankfurt eingetroffen sein und durch seinen Einfluß unser Geschäft in eine schlimmere Lage versetzen.“ Schon am 9. November aber hatte Fürst Metternich den nassauischen Bevollmächtigten eröffnet, dass „der Vollziehung des dem Herzoglichen Haus Nassau bewilligten Allianz-Tractats kein Hindernis mehr entgegen stehe,“ und am 16. November erliessen Herzog Friedrich und Fürst Friedrich Wilhelm das landesherrliche Edikt über ihren Beitritt zur Allianz.^{35a)}

Auch der Weg zu dem zweiten Ziele Marschalls, der Annäherung und Aussöhnung mit Stein, war durch das Verhalten der nassauischen Regierung namentlich während der Beschlagnahme der Steinschen Güter geebnet. Es boten sich auch noch andere Gelegenheiten, sich gefällig zu erweisen. Das landesherrliche Edikt vom 1./3. September 1812³⁶⁾ über die Aufhebung der älteren direkten Abgaben, die schon im Steuer-Edikt vom 10./14. Februar 1809 angekündigt war, sah im § 41 auch eine Entschädigung aller Standesherrn, Grundherren usw., welche durch die Aufhebung der genannten Abgaben und Leistungen der Untertanen eine Schmälerung ihrer Einkünfte erlitten hatten, von Staats wegen vor. In dieser Entschädigungsfrage kam die herzogliche Regierung aus eigener Entschliessung Stein in ganz ausserordentlicher Weise entgegen. Wie sie nach Aufhebung des Sequesters darauf bedacht war, dass Stein alles, was er vorher im Amte Nassau besessen hatte, auch die eingezogenen Gelder, zurückerhielt, und bereitwilligst auch den Reklamationen seiner Schwester nachgab, so suchte sie jetzt geradezu, die Wünsche Steins zu erraten, und benutzte die Entschädigungssache als eine passende Gelegenheit, „die unbedingteste Zufriedenheit des Herrn von Stein und die Ueberzeugung zu bewirken, dass S. H. D. bemüht seyen, selbst das Unrecht, welches Andere ihm zugefügt hatten, wieder gut zu machen und alle durch die Zeitverhältnisse erlittenen Verluste in Vergessenheit zu bringen.“³⁷⁾

Am 12. Januar 1814 wurde der Geheime Rat von Motz vom Staatsministerium mit der „Ausmittelung und Bestimmung der Entschädigung des Freiherrn wegen aufgehobener Leibeigenschaftsgefälle“ und mit den Verhandlungen mit der Frau Dechantin vom Stein, an die Marschall gleichzeitig persönlich schrieb, beauftragt; die höchste Absicht gehe dahin, „daß diese Sache nach den liberalsten Grundsätzen behandelt“ werde. Die Ausführung und die endgültige Erledigung der Entschädigungsangelegenheit war so liberal, dass der nassauische Lehenhof doch seine Bedenken dagegen vortrug. Die Steinsche Rentei unter Gosebruch hatte den durch das Edikt von 1812 erlittenen Verlust auf jährlich rund 1388 Gulden oder ein Kapital von rund 16269 Gulden berechnet. Die endgültige Entschädigung Steins, die durch Urkunde „in forma majori“ vom 9./11. Juni 1814 verbrieft wurde, hatte einen Kapitalwert von über 57000 Gulden und bestand in Domanialgrundeigentum im Amte Nassau, nämlich dem Hofe Saalscheid bei Arnstein, dem sogenannten Gräfenwald bei Scheuern und dem Arnsteiner Wald. Bei dieser Zuweisung, die wegen der unmittelbaren

^{35a)} St. A. W. VIII. St. M. Nr. 8311. V. Bl. Nr. 18 v. 20. 11. 1813.

³⁶⁾ V. Bl. des Herzogtums Nassau, 1812 Nr. 3, S. 93—136.

³⁷⁾ So der Direktor der Landesregierung Möller in einem Bericht an das Staatsministerium vom 27. Oktober 1817. St. A. W. VIII. St. M. Nr. 9069.

Nachbarschaft der Güter mit dem Steinschen Besitz noch höheren Wert hatte, waren auch die Sonderwünsche Steins, die Motz übermittelt hatte und die vor allem auf Entschädigung durch Wald abzielten, weitgehend berücksichtigt worden.

Die Bedenken des Lehenhofs aber hatte Marschall am 30. April mit den Worten abgefertigt: „Es liegt nicht in der Absicht Serenissimorum, über die dem Herrn vom Stein schuldige Entschädigung genau zu rechnen; hochdieselben wollen vielmehr dem Minister vom Stein bey dieser Veranlassung beweisen, dass auch Sie die Verdienste dieses Staatsmanns um Europa und Deutschland anzuerkennen wissen.

Es werden daher Serenissimi keinen Anstand nehmen, den Saalschieder Hof und den Grafen- und Arnsteiner Wald dem Minister von Stein als die demselben angenehmste Entschädigung zu überlassen.“³⁸⁾

Im engen Zusammenhang mit dieser Entschädigungsfrage wurde eine andere Sache, die Stein am Herzen lag, behandelt, die Umwandlung seiner nassauischen Mannlehen in Weiberlehen. Schon in der Verbannung war es Steins einziger Wunsch gewesen, seine nassauischen Güter als Fideikommiss für seine beiden Töchter³⁹⁾ — männliche Nachkommen waren ihm versagt — zu retten. Jetzt, nach der Aufhebung der Sequestration, nachdem er wieder Herr über sein Eigentum geworden war, richtete er noch von Frankfurt aus, im Dezember 1813, Gesuche an den Herzog und den Lehenhof in Wiesbaden und den Prinzen Wilhelm von Oranien wegen Allodifikation einiger Mannlehen gegen Zahlung eines verhältnismässigen Kaufpreises und um Umwandlung der Mannlehen in Weiberlehen. Die wichtigsten seiner Lehen, wie das Haus zum Stein und das Dorf Schweighausen, ein Weingarten unter der Burg und die Mühle im Tal zu Nassau waren Lehen des Gesamthauses Nassau; daher auch die Bitte Steins vom 13. Dezember 1813 an den Prinzen Wilhelm von Oranien um Konsens; doch hatte Stein auch von Nassau-Dillenburg allein Lehen, wie z. B. den Zehnten zu Steinbach. Prinz Wilhelm schrieb aus dem Haag am 20. Januar 1814 an den Minister Gagern in Dillenburg und fügte zugleich eine überaus gnädige Antwort an Stein selbst bei. Er begrüßte das Gesuch Steins, weil er nun ein Mittel habe, „Ihnen meine große Rücksicht und Erkenntlichkeit zu bezeigen. Ich bewillige also sehr gern die Verwandlung dieser Mannlehen in Weiberlehen und würde unbedingt die gänzliche Allodifikation gutheissen, wenn Sie ferner darauf einen großen Werth setzen.

Jenes wird nur eine Ursache mehr sein, auf ihre künftige Schwiegersöhne Ihren eigenen Namen zu erwerben,⁴⁰⁾ der so wie in Deutschland überhaupt, auch meines Lehnhofes Zierde sein wird.“⁴¹⁾

Dem Antrage Steins wurde auch von herzoglich nassauischer Seite zugestimmt. Schon in dem Schreiben Marschalls an die Dechantin Stein vom 2. Mai 1814, in der er sie wegen der Entschädigung Steins benachrichtigte, stellte er auch die Gewährung der Allodifikation der Lehen in Aussicht und feierte

³⁸⁾ St. A. W. a. a. O.

³⁹⁾ Henriette Luise, geb. 2. September 1796, und Therese, geb. 2. Mai 1803.

⁴⁰⁾ So in der Abschrift des Briefes in den Akten; zweifellos verschrieben statt „vererben“.

⁴¹⁾ Akte des Lehnhofes über die Umwandlung des Mannlehns v. Stein in Weiberlehn 1814; St. A. W. VIII. F. C. 8583. Nassau-Dillenburg hatte sich bekanntlich dem Rheinbund nicht angeschlossen und verlor deshalb seine Länder. Prinz Wilhelm von Oranien hatte Stein in der Verbannung in Teplitz besucht.

die Verdienste ihres Bruders mit den Worten: „. . . schmeichle ich mir, daß Euer Gnaden den Wunsch meiner gnädigsten Herren, dem Lehnhof Ihres erlauchten Hauses seine erste Zierde in der Familie des in ganz Europa und am meisten im teutschen Vaterland hochverehrten ausgezeichnetsten Staatsmannes unserer Zeiten zu erhalten, sehr natürlich finden werde. Vielleicht würde also darin eine beiden Theilen angenehme Auskunft gefunden, wenn Euer Gnaden Herr Bruder sich entschliessen wollte, die Verwandlung des bisherigen Mannlehens zum Vortheil der beiden Fräulein Töchter als ersten Erwerberinnen in ein Weiberlehen von dem Haus Nassau anzunehmen als einen Beweis der aufrichtigen Anerkennung seiner großen und mannigfaltigen Verdienste um alle europäischen Staaten, insonderheit um teutsche Fürsten und ein teutsches Vaterland“.⁴²⁾

Am 20. Juli 1814 beschloss dann das Staatsministerium, dass „sämtliche freiherrlich von Steinsche Mannlehen zu Gunsten der beiden Töchter des Herrn Staatsministers Freiherrn von Stein, Excellenz, ohne Ansatz einer Allodificationsgebühr in Weiberlehen umgewandelt werden sollen.“ Stein lag viel an der raschen Erledigung, und noch im Mai 1815 bat er Geheimrat Motz in Diez um seine Vermittlung deswegen, aber trotzdem verzögerte sich die Erledigung infolge der territorialen Veränderungen — Nassau-Dillenburg kam an das Herzogtum — und des Todes des Herzogs und des Fürsten zu Nassau, auch aus formalen Gründen wegen der Ausfertigung der Lehenbriefe, noch lange Zeit. Erst am 17. November 1816 vollzog Herzog Wilhelm, der Sohn des verstorbenen souverainen Fürsten Friedrich Wilhelm zu Nassau, die Haupt- und Allodifikationsurkunde über die Umwandlung der Steinschen Mannlehen in Weiberlehen; später sollten dann nach dem Beschluss des Staatsministeriums vom 24. Oktober 1816 besondere Lehenbriefe über die verschiedenen Lehen observanzmässig ausgestellt werden.⁴³⁾

Die auf Pergament und in besonderer Ausstattung hergestellte Urkunde vom 17. November 1816 wurde in der Kanzlei des Lehenhofes, dessen Direktor Regierungsrat Lautz war, ausgefertigt;^{43a)} der Entwurf ist noch in seiner ersten Fassung vorhanden, aber im Staatsministerium, also vom Minister Marschall, wurden mehrere Stellen gestrichen und zwar gerade diejenigen, die die Verdienste Steins um das deutsche Vaterland betonten. In der vollzogenen Urkunde heisst es: „da nun auch Wir Hochderoselben⁴⁴⁾ Willen jetzt noch zu vollziehen geneigt sind, so erklären Wir . . .“; ausgelassen ist zwischen „sind“ und „so“ der Zwischensatz: „Wir selbst die hohe Verdienste, welche der Freiherr von Stein als ausgezeichnete Staatsmann unserer Zeit sich bei den denkwürdigen gefährlichen Staats-Umwälzungen zur Begründung der Ruhe und des Wohls des teutschen Vaterlandes erworben hat, zu schätzen wissen, und Wir daher wünschen, dass Unserm Herzoglichen Haus und Lehnhof die Freiherrliche Familie vom

⁴²⁾ VIII. St. M. Nr. 9069. Der Entwurf der Antwort Marschalls stammt von Ibells nach den Weisungen Marschalls vom 30. April. Wenige Tage später reiste Marschall nach Paris, wo auch Stein weilte.

⁴³⁾ St. A. W. VIII F. C. 8583.

^{43a)} Stein liess die Urkunde durch den Prokurator Schick in Wiesbaden abholen und am 13. Januar 1817 durch den Rentmeister Gosebruch dem Personal der Lehenskanzlei eine Remuneration von 10 Carolinen (= 110 Gulden) auszahlen. St. A. W. a. a. O.

⁴⁴⁾ Nämlich des verstorbenen Vaters und des verstorbenen Vettters des Herzogs.

und zum Stein als eine dessen vorzüglichsten Zierde auch auf künftige Zeiten in hochverdienter Würde und gutem Andenken erhalten werde, so erklären Wir“ Und der ursprüngliche Text einer anderen Stelle am Schlusse der Urkunde: „Gleichzeitig wir nun durch diese vergönnte Lehen-Umwandlung dem Herrn Staatsminister Freiherrn vom Stein ein sprechendes Merkmal der Anerkennung seiner ruhmvollen Verdienste um das Teutsche Vaterland und der ihm deshalb gebührenden Achtung haben geben wollen“ wurde abgeändert in „Merkmal unserer besonders wohlwollenden Gesinnungen“ haben geben wollen.⁴⁵⁾ Der Wortlaut dieser ausgemerzten Stellen ist ähnlich den Stein feiernden Worten im Schreiben von Marschall an Marianne vom Stein vom 2. Mai 1814. Aber damals weht ein anderer Wind; in den seitdem verflossenen zwei Jahren war das Verhältnis Steins zu Nassau und besonders zu dessen leitendem Staatsmann Marschall, das sich 1814 so gut angelassen hatte, wieder ein gespanntes geworden, und der Kampf nahm zeitweise von Seiten Steins doch recht bedauerliche Formen an.

Durch das Entgegenkommen Nassaus bei der Sequestration, in der Entschädigungsangelegenheit und bei der Lehensumwandlung, ferner durch die der Familie und besonders der Schwester Steins gewährten Vergünstigungen — ich bin mit Absicht oben auf diese zum Teil unbekannten Dinge näher eingegangen — war Stein ohne Zweifel günstig beeinflusst worden. Seine persönliche Bekanntschaft mit Marschall in Frankfurt im November 1813 und in Paris im Mai 1814 — Marschall war nach Paris ins Hauptquartier der Verbündeten auch in der ausgesprochenen Absicht gereist, dort mit Stein „über die sämtlichen zu berichtigenden Gegenstände nochmals Rücksprache“ zu nehmen,⁴⁶⁾ — führte zu weiterer persönlicher Annäherung und zu einem Briefwechsel zwischen den beiden Staatsmännern, der manchmal sogar eine gewisse Wärme zeigt.⁴⁷⁾ Es dreht sich in dieser Korrespondenz hauptsächlich um die Einrichtung einer landständischen Verfassung in Nassau, um die Entwürfe und Ideen Marschalls zu dieser Verfassung,⁴⁸⁾ zu denen er durch die Verhandlungen der Verbündeten über die innere Organisation der deutschen Staaten und die Denkschrift Steins aus Chaumont vom März 1814 über die Verfassung eines zukünftigen deutschen Bundes angeregt wurde, und die Mitarbeit Steins an dieser Verfassung.⁴⁹⁾ Steins Anteil an dem Zustandekommen dieser nassauischen landständischen Verfassung als Mitberater und Korrektor ist wesentlich und bleibt das grösste Verdienst Steins um Nassau. Marschalls Entwürfe und die erste Fassung von Ibell gingen Stein zu; dieser schrieb eine eigene Denkschrift dazu, und die endgültige Fass-

⁴⁵⁾ St. A. W.: III Urk. vom Stein. Wegen der ausgemerzten Stellen besagt am Ende des Entwurfs eine Note: „Die in diesem Aufsatz ausgestrichene Stellen sind bei Herzogl. Staats. Ministerio also abgeändert und nach diesen Abänderungen das Mundum auf Pergament ausgefertigt, in eine blauatlassene Decke inwendig mit orangefarbigem Atlas eingebunden und mit dem grossen Staatsiegel behangen worden.“

⁴⁶⁾ Schreiben des Geheimrats von Trümbach an die Frau Dechantin vom Stein, Wiesbaden, 21. Mai 1814; St. A. W. VIII. St. M. Nr. 9069.

⁴⁷⁾ Vergl. Sauer a. a. O. S. 6 ff. und besonders in den Nass. Annalen, Bd. 22 (1890) S. 81 ff., wo in seiner Abhandlung „Nassau unter dem Minister von Marschall“, Abschn. I, „K. F. vom Stein und die Entstehung der nassauischen Verfassung“, diese Korrespondenz abgedruckt ist. St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3532.

⁴⁸⁾ St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3533.

⁴⁹⁾ Vergl. Sauer, Das Herzogtum Nassau, S. 7 ff. Pertz a. a. O. Bd. 3, S. 558 ff.

ung zeigt, wie weitgehend Steins Vorschläge und Änderungen berücksichtigt wurden.⁵⁰⁾ Die nassauische Staatsverfassung wurde von den beiden regierenden Fürsten am 1. und 2. September unterzeichnet und am 3. September veröffentlicht.⁵¹⁾ Sie war das erste landständische Verfassungsgesetz; dem Beispiele Nassaus folgten dann Sachsen-Weimar^{51a)} und die süddeutschen Staaten, Baden, Bayern und Württemberg.

Stein und Marschall trafen sich auch auf dem Wiener Kongress 1814/5, wohnten sogar im selben Hause, und im persönlichen Verkehr und in der gemeinsamen Arbeit für die Einführung landständischer Verfassungen und der Verteidigung der nassauischen Verfassung schienen sie sich noch näher gekommen zu sein.

Trotzdem sollte das persönliche Verhältnis bald in die Brüche gehen und sich ein Kampf zwischen beiden entwickeln, der an Schärfe nichts zu wünschen übrig liess und mit der Eidesverweigerung Steins und seinem Verlassen der Ständeversammlung einstweilen endigte.

Obwohl in der nassauischen Verfassung vom September 1814 die Einberufung der Landstände schon für das Frühjahr 1815 vorgesehen war, erfolgte sie nicht; ja es wurden im Laufe des Jahres mehrere sehr wichtige und einschneidende Reformen nur durch landesherrliche Edikte, so das vom 9./11. September über die Verwaltungsorganisation und die Steueredikte vom 2./4. November und 9./11. Dezember, eingeführt. Auch die Edikte über die Wahl der Landstände und die Bildung der Herrenbänke kamen erst am 3./4. November heraus.

Dieses Hinausschieben der Einberufung der Ständeversammlung, die weitere Ordnung der Verwaltung durch gesetzgeberische Massnahmen auch des neuen Herzogs Wilhelm, der die bewährten ersten Berater seines Vorgängers, den Minister von Marschall und den Präsidenten der Landesregierung Ibell, beibehielt, ohne Mitwirkung der Landstände führte zur Opposition der mediatisierten Standesherrn und vor allem des Freiherrn vom Stein. Er und der k. k. österreichische Geheime Rat Graf Walderdorff in Molsberg machten am 26. Juni 1816 die bekannte Eingabe an den Herzog, in der sie sich über die Nichteinberufung der Landstände und die Nichterfüllung der gegebenen Versprechen beschwerten und sich besonders gegen das Steueredikt vom 9./11. Dezember 1815 und die eben, am 5. Juni 1816, durch landesherrliches Edikt herausgegebene neue Gemeindeverfassung wandten, von der sie behaupteten, dass sie „das wenige, was von dem deutschen Herkommen in diesem Institut noch übrig geblieben, ganz zerstöre, an seine Stelle ein Gemenge von Pöbeleinfluß und Bureaucratie setze, also hergebrachte Rechte mit einem Federstrich vernichte und eine retroactive Gesetzkraft enthalte . . . Diese Gegenstände und andere wären auf dem Landtag zur Berathung gekommen, wenn das Staatsministerium es hätte über sich gewinnen können, seinen Organisationsdrang zu mäßigen und ihm eine constitutionelle Form zu geben.“⁵²⁾

⁵⁰⁾ Sauer a. a. O. S. 12—23 und Nass. Ann., Bd. 22, S. 86 ff.

⁵¹⁾ V. Bl. Nr. 18 v. 3. September 1814.

^{51a)} Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. II S. 375 gibt Sachsen-Weimar den Vorzug vor Nassau, weil die Einberufung der Stände in Nassau erst 1818 erfolgte.

⁵²⁾ St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3535, Pertz a. a. O. Bd. 5 S. 69.

Herzog Wilhelm antwortete auf diese ihm am 28. Juni in Bad Ems übergebene Vorstellung unmittelbar nach ihrem Empfang durch zwei Briefe vom 28. und 29. Juni 1816 an Stein. Im ersten erwiderte er: „ . . . Die bisherigen Edicte meiner Regierungsvorfahren in Beziehung auf Landstände, sagen allerdings, es sollen Landstände errichtet, und die und jene Befugnisse sollen ihnen eingeräumt werden, indeßen sehen Euer Excellenz selbst ein, daß (wie Sie selbst anführen) ein aus so vielen Theilen zusammengesetztes Land erst einiger Maßen in ein Ganzes gebracht werden mußte, ehe die Zusammenberufung der Landstände stattfinden konnte“. Im zweiten erklärte er, er sei zwar vollkommen davon überzeugt, „daß weder mein verewigter Vater noch ich durch Erlaßung der Verordnungen, welche den Gegenstand der Beschwerden Euer Excellenz ausmachen, unsre verfassungsmäßige Regenten Befugnisse überschritten, vielmehr dadurch das wahre Beste unsres Landes unter den gegebenen Verhältnissen unsern Pflichten gemäß befördert haben“, habe aber das Staatsministerium zum Bericht aufgefordert, den mitzuteilen er sich vorbehalte. Stein schrieb noch am 29. Juni, dass er nach Empfang des Berichtes antworten werde, glaubt aber, dass, wenn das Ministerium alle Materialien zur Entscheidung der Sache vorlege, dargetan werden könne, dass die neuen Abgaben und die neue Gemeindeordnung für die grössere Zahl der Untertanen äusserst drückend sei, und dass kein Grund vorhanden gewesen sei, mit den beiden Massregeln zu eilen.⁵³⁾ Minister Marschall begegnete dem Angriffe Steins noch im Juli durch einen ausführlichen, von Ibell verfassten, ruhig gehaltenen Immediatbericht an den Herzog.⁵⁴⁾ Dieser übersandte am 17. August noch von Ems aus eine Abschrift an Stein und betonte in seinem Schreiben an ihn, dass die in dem Bericht aufgestellten Grundsätze und Ansichten seinen „vollkommenen Beifall“ hätten, und dass er einen Fehler begehen würde, den er sich niemals verzeihen würde, wenn er „vor der vollendeten Einrichtung der Verwaltung eines Landes und der Vereinigung der verschiedenartigsten Bestandteile zu einem Ganzen eine Versammlung zusammenberufen wollte, deren Haupt-Zweck seyn wird, die angeordnete Verwaltung zu kontrollieren.“⁵⁵⁾

Stein war über den Bericht des nassauischen Staatsministers sehrgebracht und versah die Abschrift mit zahlreichen satirischen und gehässigen Bemerkungen gegen Marschall, dem er leeren Wortkram, hohle Phrasen, Sophismen, Unwahrheit u. a. m. vorwarf.⁵⁶⁾ In ganz ähnlichen, abfälligen oder satirischen Ausdrücken hatte er sich über Marschall schon in einem Schreiben vom 6. Juli an die Fürstin Witwe Amalie von Anhalt-Schaumburg, die Tante des

⁵³⁾ Steinsches Archiv, Nachlass Steins III 16 a Nr. 42 u. 43.

⁵⁴⁾ St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3535.

⁵⁵⁾ Steinsches Archiv a. a. O. Nr. 46, 47.

⁵⁶⁾ Den Bericht Marschalls nebst den Randbemerkungen Steins hat Pertz a. a. O. Bd. 6a, Beilage XIX, veröffentlicht. Eine Notiz Steins hat er übersehen, die eine Aeusserung des Grafen Solms, des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dem Stein den Bericht gegeben hatte, enthält: „Dieser Bericht sagt Graf Solms ist ein Ideal politischer Gleissnerey“, ein Ausdruck, der einem Briefe von Solms an Stein vom 14. September 1816 entstammt. Graf Solms-Laubach stand völlig auf Seiten Steins und schlug ganz radikale Massnahmen vor: die Grundbesitzer sollten z. B. solange die Steuern verweigern, bis die Landstände konstituiert seien! Pertz a. a. O. Bd. 5, S. 84.

Herzogs, geäußert.⁵⁷⁾ Sehr scharf war auch die Antwort Steins aus Cappenberg vom 27. August 1816 an den Herzog selbst.⁵⁸⁾ Er weist dessen Ansichten zurück, erklärt mit einem Seitenhiebe auf Marschall, er habe nur als Gutsbesitzer die Wünsche vieler Einwohner des Landes vorlegen und dazu beitragen wollen, dass die im Edikt von 1814 gegebenen Zusagen erfüllt würden. Dann fährt er fort: „Ueber das Mißlingen dieses Versuchs kann ich mich um so mehr beruhigen, da zwey Drittel meines Vermögens in der Preußischen Monarchie liegen und ich mich als einen Preußischen Unterthan betrachte und gegen das Herzogthum kein anderes Verhältniß habe als das, welches jeder Ausländer hat gegen das Land, worin ein Teil seines Vermögens liegt.“ Das sind dieselben Ansichten, die Stein, wie wir oben sahen, auch schon früher geäußert hatte, und die dann zwei Jahre später zur Verweigerung des Untertaneneides und zum Bruch führten. Eine Widerlegung des Berichtes Marschalls hält er bei dem Entschluss des Herzogs für überflüssig; nur einen Irrtum Marschalls, dass die Vorfahren des Herzogs die Familie Stein besonders durch Liberalität ausgezeichnet hätten,⁵⁹⁾ will er berichtigen. Sein Vermögen sei zum grössten Teil Allodium, nicht $\frac{1}{10}$ Lehen, und von diesen rührten die meisten von säkularisierten Fürstentümern und Abteien, die erst 1803 dem Hause Nassau zugefallen seien, zur Zeit der Entstehung der Lehen hätten aber die Vasallen lästige Pflichten zu erfüllen gehabt.

Wir haben oben gesehen, dass sich die ersten souveränen Fürsten des Herzogtums Nassau der Familie des Freiherrn und ihm selbst gegenüber sehr wohlwollend verhalten haben, wenn auch zeitweise wohl durch die politische Lage dazu veranlasst. Was die Ahnen des Herzogs betrifft, so haben auch diese den Vorfahren Steins ihre Gunst bewiesen, man braucht ja nur an den Verkauf des Dorfes Frücht von 1613 zu denken, der erst nach langen Bemühungen zu erreichen war.^{59a)} Was aber die Steinschen Lehen angeht, so bedurfte es erst einer eingehenden Untersuchung darüber; jedenfalls war das Dorf Schweighausen altnassauisches Lehen. Die zwei Drittel des Steinschen Vermögens in der preussischen Monarchie waren auch sehr junger Steinscher Besitz; die Herrschaft Birnbaum hatte Stein, wie schon oben bemerkt, erst 1802 erworben; „das Süd-Preußische Incolat“, um das er nachgesucht hatte. — nach der Verfassung war eine Erwerbung von Gütern ohne Incolat unmöglich — verlieh ihm König Friedrich Wilhelm durch Diplom vom 21. März 1802, wofür Stein aber seinerseits grosse Besiedelungspflichten übernahm,^{59b)} und die Herrschaft Cappenberg in Westfalen tauschte er gegen Birnbaum erst 1816 ein!

⁵⁷⁾ Pertz a. a. O. Bd. 5, S. 70 ff.

⁵⁸⁾ Pertz a. a. O. S. 81 ff. Das Konzept Steins im Steinschen Archiv a. a. O. Nr. 46.

⁵⁹⁾ Die Stelle im Marschallschen Immediatbericht hat folgenden Wortlaut: „Die Familie des Freiherrn vom Stein gehört zwar zu den ältesten durch die Liberalität der Ahnen Eurer Herzoglichen Durchlaucht am meisten ausgezeichneten Vasallen des Hauses Nassau; allein die Abkömmlinge derselben sind durch übernommene fremde Dienstverhältnisse in den letzten Generationen ihrem nächsten Vaterland entfremdet worden. Der Mangel an genauer Kenntnis des Landes und seiner Einwohner sowie ihrer Wünsche und Bedürfnisse ist also bei dem Herrn Verfasser der beschwerenden Vorstellung ebenso natürlich als erklärbar“. St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3535.

^{59a)} St. A. W. A. D. A. F. Nr. 1. Vgl. oben Anm. 4.

^{59b)} Eine Abschrift des Incolat-Diploms im Steinschen Archiv a. a. O. III [6a Nr. 81.

Stein scheint durch die ganze Bemerkung Marschalls über die Familie vom Stein gereizt worden zu sein; seine Entgegnung am Schlusse des Briefes an den Herzog: „Nach der vor 1806 geltenden Verfassung war Deutschland mein Vaterland, kein näheres hatte ich“, beweist es.

Stein soll Anfang Juli 1816, also bald nach seiner und Walderdorffs Beschwerdeschrift vom 26. Juni, bei dem Herzog in Ems eine Audienz gehabt haben, um sich über die Nichteinberufung der Stände und über Marschall zu beschweren, und bei dieser Gelegenheit wiederum seine Absicht, seinen Wohnsitz aus Nassau zu verlegen, ausgesprochen haben.⁶⁰⁾

Eine neue Beschwerde Steins und Walderdorffs beim Herzog erfolgte am 9. August 1816 wegen der Trennung der Domänenkasse von der Landeskasse und der Entschädigungsansprüche der ersteren wegen des Verlustes der Abgaben infolge der Aufhebung der Leibeigenschaft.

Anfang Januar 1817 wurde eine Bittschrift an den Herzog wegen Einberufung der Stände im Lande zur Unterzeichnung bei dem Adel und der Bürgerschaft in Umlauf gesetzt. Verfasser und Triebfeder soll Stein gewesen sein.⁶¹⁾ Das erstere ist jedoch fraglich. Freiherr Fr. v. Ritter übersandte durch Schreiben vom 5. Januar 1817 an Stein „freylich ein wenig spät den übereingekommenen Entwurf zur Vorstellung an den Herrn Herzog von Nassau“ und machte zahlreiche Bemerkungen dazu; am 18. Januar schreibt er einen neuen Brief an Stein, weil „man seit einigen Tagen hier von einer Vorstellung um Zusammenberufung der Landstände weiß, welche unter den Wahlmännern in Limburg circulire.“ Er empfiehlt deshalb als Gegengewicht, die Vorstellung „nicht früher und nicht später als sie dem Herrn zu Händen kömmt, in einigen politischen Zeitungen mit und ohne Raisonement abgedruckt erscheinen zu lassen.“ Die Publizität sei das einzige, was „man hier noch scheue.“⁶²⁾ Die Zirkulation und das Sammeln der Unterschriften ging aber so langsam von statten, dass Stein nach $\frac{3}{4}$ Jahren die Sache aufgeben wollte.⁶³⁾

Inzwischen bereitete Stein der Regierung neue Schwierigkeiten, indem er auf seine Entschädigungsurkunde vom 9./11. Juni 1814 zurückgriff und zur

⁶⁰⁾ Sauer a. a. O. S. 29 u. 30. Von einer solchen Unterredung Steins mit dem Herzog in dieser Zeit ist aber sonst nichts bekannt. Sauer stützt sich allein auf die Karlsbader Denkschrift Marschalls vom 31. 7. 1819 (St. A. W. VIII. St. M. Nr. 8317; vgl. Sauer S. 92—98), wo Marschall allerdings sich des längeren über eine persönliche Unterredung Steins mit dem Herzog auslässt. Allein Marschalls Darstellung wie der Inhalt sind so merkwürdig, stimmen auch vielfach mit den oben näher behandelten Briefen und Antworten des Herzogs an Stein vom 28. und 29. Juni und 17. August 1816 überein, so dass ich annehmen möchte, es liegt hier ein Irrtum oder eine Verwechslung Marschalls vor, obwohl der Vorgang ja damals erst 3 Jahre zurücklag.

⁶¹⁾ So nach Pertz a. a. O. Bd. 5, S. 107, wo auch die Vorstellung abgedruckt ist; vergl. dazu Sauer a. a. O. S. 31, Anm. 1. Nach dem Briefe Ritters an Stein vom 5. Januar 1817 scheint aber der Entwurf, der ganz von der Hand Ritters geschrieben ist, von diesem zu stammen. Siehe Anm. 62 u. 63.

⁶²⁾ Steinsches Archiv a. a. O. III 16 a Nr. 54, 55, 56.

⁶³⁾ Pertz a. a. O. S. 110. Sauer a. a. O. S. 26 Anm. 1 ist der Ansicht, dass die Denkschrift dem Herzoge doch vorgelegt worden sei; aber das von ihm erwähnte Schriftstück (St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3534) ist kein Original, sondern eine Abschrift, die dem Herzog zweifellos privatim oder unter der Hand zugegangen war; sie trägt keine einzige Unterschrift, und deshalb hat der Herzog auch nicht amtlich von ihr Notiz genommen, vielmehr darauf vermerkt: „Ad acta, ohne im Protokoll einzutragen. W.“ Im Steinschen Archiv a. a. O. Nr. 63 befindet

grössten Überraschung des Ministeriums durch Anträge vom 26. 4. und 12. 7. 1817 die Patrimonial- und Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei und sonstige Rechte in den Dörfern Frucht und Schweighausen auf Grund der deutschen Bundesakte zurückforderte. Der Herzog wies zwar am 28. November auf Grund der eingehenden Untersuchungen und Darlegungen des Regierungsdirektors Möller Steins Ansprüche zurück, erklärte sich aber zur Aufhebung der früheren Vereinbarung und neuen Verhandlungen bereit. Darauf wiederholte Stein am 14. Dezember 1817 seinen Antrag auf Zurückgabe, anderenfalls werde er Beschwerde bei der Bundesversammlung einlegen.⁶⁴⁾

So standen die Dinge, als die Vorbereitungen der nassauischen Regierung zur Ständeversammlung soweit gediehen waren, dass sie an eine Einberufung denken konnte. Schon am 31. Dezember 1817 war Stein „auf besonderen unmittelbaren Spezialbefehl S. H. D.“ als erblicher Landstand des Herzogtums und Mitglied der Herrenbank „vorläufig in Kenntniß“ gesetzt worden, „daß in Gemäsheit der von den Regierungsvorfahren S. H. D. dem Herzogthum Nassau durch das Edikt vom 1./2. September 1814 gegebenen Verfassung und der sich hierauf beziehenden Edikte vom 3./4. November 1815 die Sitzungen der Stände in dem folgenden Jahre nach Maasgabe des § 3 der Verfassungs-Urkunde werden eröffnet werden.“⁶⁵⁾ Das Schreiben erreichte am 7. Januar Stein, der kurz darauf dem Minister Marschall antwortete, dass ihm die Nachricht der Zusammenberufung des nassauischen Landtags sehr erfreulich sei; „möge er wirklich dem Lande nützlich seyn und die beyde entgegengesetzte Klippen, der Turbulenz und Nullität vermeiden und die Erwartungen des Fürsten und der Landeseinwohner erfüllen.“⁶⁶⁾ Diese Redewendung von den beiden Klippen . . . kommt wörtlich auch in einem Antwortschreiben Steins an den Grafen Walderdorff vom 9. Januar 1818 vor;⁶⁷⁾ wahrscheinlich waren beide Briefe am gleichen Tage geschrieben.

Die endgültige Einladung Steins durch den Minister Marschall, die ebenfalls auf unmittelbaren höchsten Befehl erging, datiert vom 17. Februar,⁶⁸⁾ dem sich ein Exemplar, nicht von der Hand Steins, bei dem die Unterschrift weggeschnitten ist. Auf dem obern linken Rande der 1. Seite hat Stein eigenhändig vermerkt: „Diese Vorstellung ist noch nicht uebergeben, sie circulirt im Lande zur Unterschrift, welche mehrere aus Aengstlichkeit ablehnen. Stein. 27. Maerz.“ Es war nicht bloss Ängstlichkeit, es gab auch andere Schwierigkeiten, wie ein Brief Fr. v. Ritters aus Kiedrich und des Grafen Friedrich von Ingelheim aus Geisenheim vom 7. und 8. 11. 1817 an Stein zeigt (Steinsches Archiv a. a. O. Nr. 39). Erst damals sandten sie die Petition, die sie im Rheingau in Umlauf gebracht hatten, zurück und bemerkten dabei, die bürgerlichen Landeseinwohner im Rheingau verlangten um so mehr, dass sie im Rheingau nicht allein ständen und besonders aus „den älteren evangelischen Nassauischen Landen“ Unterschriften hinzukämen, „als das Rheingau schon von mehreren früheren Gelegenheiten her bey dem gegenwärtigen Gouvernement in dem Rufe eines unzufriedenen Geistes“ stände. Aus dem Gewerbestande und den Landeigentümern im Rheingau hatten 17 unterschrieben. Stein war über den schleppenden und peinlichen Verlauf empört, antwortete am 11. November nur ganz kurz und trug Bedenken „auf dem angegebenen Weg mitzuwandeln.“ Im Steinschen Archiv (a. a. O. Nr. 5 u. 5a) befinden sich 2 weitere Abschriften der Denkschrift, die 15 bzw. 14 Unterschriften fast nur von Adligen aufweisen. Die Angabe der einen in der Einleitung, dass die Vorstellung im März dem Herzog überreicht worden sei, scheint nach dem erwähnten Vermerk Steins vom 27. März doch nicht zuzutreffen.

⁶⁴⁾ Vergl. Sauer a. a. O., S. 32–35.

⁶⁵⁾ Steinsches Archiv a. a. O. III 16 a, Nr. 65.

⁶⁶⁾ Konzept Steins a. a. O.

⁶⁷⁾ A. a. O. III 16 a, Nr. 66.

⁶⁸⁾ A. a. O. Nr. 70.

Tage, an dem auch das landesherrliche Edikt über die Festsetzung der ersten Versammlung der Landstände auf den 3. März 1818 in Wiesbaden veröffentlicht wurde.⁶⁹⁾ Auf diese zweite Einladung des Ministers antwortete Stein am Tage nach dem Empfang, am 23. Februar, von Frankfurt aus. Diese wichtige Antwort Steins liegt sowohl im Konzept,⁷⁰⁾ das Stein seiner Gewohnheit nach gleich direkt auf dem empfangenen Brief entwarf, wie im Originalschreiben an Marschall⁷¹⁾ vor; letzteres ist bei Sauer, wenn auch nicht ganz genau, veröffentlicht;⁷²⁾ Pertz unterdrückt die Antwort vom 23. Februar, obwohl er den Brief vom 17. Februar kennt, und bringt als Erwiderung Steins auf die beiden Briefe Marschalls vom 31. 12. 1817 und 17. 2. 1818 ganz irreführend nur die Antwort Steins vom [9. Januar 1818]. Es sei deshalb hier zunächst das Konzept Steins vom 23. Februar wiedergegeben: „der in E[uer] Exc[ellenz] sehr verchrlich[em] Schreib[en] d. d. 17. febr. a. c. enthaltenen Aufforderung gemäß werde ich mich den 3. den 4. oder 5. bey den Landtagsverhandlungen einfinden; mögen ihre Resultate denen wohlwollenden und liberalen Gesinnungen des Regenten und denen Hoffnungen der Einwohner des Landes entsprechen. Genehmigen Ew. Ex. . . .“

Während Stein im Originalschreiben an Marschall vom 23. Februar sein Erscheinen im Landtage bestimmt für den 4. März ankündet, lässt er im Konzept den Termin noch unsicher: den 3. oder 4. oder 5. März; interessant dabei ist aber, dass er also doch auch die Absicht hatte, sich schon zur Eröffnung der Versammlung — am 3. März — einzufinden.⁷³⁾

Er war dessen jedoch nicht sicher und fügte zur Erklärung in einer von ihm wieder durchgestrichenen Zeile bei, dass er wahrscheinlich noch nach Frankfurt müsse; im abgesandten Briefe legte er sich dann aber auf den 4. März fest. Bekanntlich erschien er in Wiesbaden erst am 6. März. Später, in einem Antwortschreiben an den ihm befreundeten württembergischen Gesandten bei dem Bundestage in Frankfurt, Staatsminister Freiherrn von Wangenheim, vom 13. März 1818, hat er — das ist als Äusserung Steins bisher nicht bekannt — sein verspätetes Eintreffen in Wiesbaden damit erklärt und entschuldigt, er „sey bey der Eröffnung nicht gegenwärtig gewesen, weil es nur eine Feyerlichkeit sey, die Verhandlungen der Stände erst den 5.⁷⁴⁾“ begannen und meine Gegenwart in Nassau wegen der Anwesenheit der Deputirten der Westphälischen Ritterschaft in Engers nothwendig zur mündlichen und schriftlichen Verbindung gewesen.“⁷⁵⁾

⁶⁹⁾ V. Bl. Nr. 3, S. 25. Die Angabe Sauers a. a. O. S. 42 und seine Korrektur von Pertz, dass nicht am 17., sondern am 18. Februar die Einladung erfolgt sei, bleibt unverständlich.

⁷⁰⁾ Steinsches Archiv a. a. O. Nr. 70.

⁷¹⁾ St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3536.

⁷²⁾ A. a. O. S. 42.

⁷³⁾ Sauer wundert sich darüber, dass bei Pertz jede Zeitangabe fehle. Pertz unterdrückt eben die Antwort Steins vom 23. Februar, obwohl er sie im Konzept kannte, und gibt die vom 9. Januar, die noch gar keinen Termin enthalten konnte.

⁷⁴⁾ Korrigiert aus 6.

⁷⁵⁾ Steinsches Archiv a. a. O. Nr. 77. — Pertz gibt a. a. O. Bd. 5, S. 205 mit seinen eigenen Worten, ohne Angabe der Quelle und Zeit und ohne Kenntlichmachung als Äusserung Steins diese wertvolle Stelle nur so wieder: „Stein war nicht zugegen, weil es ihm nur als eine Feierlichkeit erschien, die Verhandlungen erst am 5ten beginnen sollten und seine Gegenwart in Nassau bis dahin nothwendig war!“ Über den Aufenthalt Steins und der westphälischen Deputirten in Engers vgl. Pertz a. a. O. S. 193/4.

Inzwischen war die erste nassauische Ständeversammlung in feierlicher Form in Wiesbaden am 3. März 1818 eröffnet worden. Zu dem Zwecke war ein Saal im alten Schlosse besonders hergerichtet worden. Der Herzog erschien um 12 Uhr und hielt eine feierliche Eröffnungsrede.⁷⁶⁾ Nach ihrer Beendigung verlas der dirigierende Staatsminister Freiherr von Marschall laut die Eidesformel, die die Mitglieder der Ständeversammlung beschwören sollten,⁷⁷⁾ und rief dann die anwesenden Mitglieder der Herrenbank und die Deputierten namentlich auf. Sie traten der Reihe nach, wie sie aufgerufen wurden, vor den Thron und leisteten den Eid durch die Worte: „Ich schwöre es“. Die Eidesformel hatte folgenden Wortlaut: „Sie die hier anwesenden Mitglieder der Stände-Versammlung des Herzogthums Nassau sollen eidlich geloben und schwören: „daß Sie dem Durchlauchtigsten Herzog und Herrn, Wilhelm, souveränen Herzog zu Nassau, Ihrem Landesfürsten treu und gehorsam seyn; und als gewissenhafte Bewahrer der Rechte und Befugnisse, welche Ihnen durch die Verfassungs-Urkunde selbst, entweder für Ihre Person oder durch die Vollmacht eines nach Vorschrift der Verfassungs-Urkunde dazu berechtigten oder durch die freie Wahl Ihrer Mitbürger verliehen worden sind, dieselbe in dem durch die Verfassung des Herzogthums bestimmten Umfang ausüben und dabei als den Zweck Ihrer jedesmaligen Willensäußerung überall und nur allein den wahren Vortheil des Landes und seiner Einwohner einzig nach der Erleuchtung Ihres Gewissens aus frei geschöpfter Ueberzeugung ohne alle Nebenabsichten oder irgend andere Rücksichten vor Augen haben wollen.

So wahr Ihnen Gott helfen möge“.

Es sei hier eingeschaltet, dass die Landstände des Herzogthums sich aus Mitgliedern der Herrenbank und aus Landesdeputierten zusammensetzten. Die Herrenbank bestand aus geborenen, erblichen oder auf Lebenszeit ernannten und von den adligen Gutseigentümern erwählten Mitgliedern. Geborene Mitglieder waren die Prinzen des herzoglichen Hauses. Erbliche Mitglieder gab es 6, nämlich die jeweiligen Besitzer

1) der Herrschaft Schaumburg und Grafschaft Holzappel, damals (1818) Erzherzog Stephan Franz Victor von Oesterreich,

2) der Grafschaft Westerburg, damals Graf August von Leiningen-Westerburg,

3) der Herrschaften Reifenberg und Cransberg, damals Graf Friedrich Karl Franz Rudolf von Waldbott-Bassenheim,

4) der Grundherrlichkeit zu Fachbach und Nievern, damals Fürst Philipp von der Leyen,

5) die gräfliche Familie von Walderdorff und 6) die freiherrliche Familie vom Stein wegen ihrer Gesamtbesitzungen im Herzogtum, vertreten damals durch den Grafen Franz Philipp von Walderdorff und den Freiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein.

⁷⁶⁾ Einen ausführlichen Bericht über die Eröffnungsfeier einschliesslich der Rede des Herzogs enthält die Extrabeilage zum Verordnungsblatt Nr. 3 vom 21. Februar 1818.

⁷⁷⁾ Diese Eidesformel war bereits am 28. Februar 1818 den landesherrlichen Kommissaren von der Regierung mitgeteilt; sie sollten die Landtagsmitglieder hierauf bei ihrem Eintritt aufmerksam machen und denen, welche keine Vollmacht zur Ablegung des Eides hatten, raten, der Eröffnung nicht beizuwohnen. Sauer a. a. O. S. 42.

Erwählte Deputierte des Adels gab es ebenfalls 6, nämlich

- 1) Graf Friedrich von Ingelheim zu Geisenheim,
- 2) Geheimrat Freiherr August Ludwig von Preuschen von und zu Liebenstein in Wiesbaden,
- 3) Geheimrat Freiherr von Zwierlein zu Geisenheim,
- 4) Geheimrat und Domherr Freiherr Friedrich von Ritter zu Kiedrich,
- 5) Domherr Freiherr Ferdinand von Schütz zu Holzhausen in Camberg,
- 6) Geheimrat und Oberstallmeister Freiherr Friedrich Heinrich von Dungen zu Weilburg.

Landesdeputierte gab es im ganzen 22.⁷⁸⁾ Herzog Wilhelm ernannte zum Präsidenten der Herrenbank den Oberappellationsgerichtsrat Freiherrn A. L. von Preuschen und zum Präsidenten der Deputierten-Kammer den Oberschulrat Dr. Chr. Wilh. Snell, Direktor des Gymnasiums in Dillenburg.

Herzogliche Kommissare waren Oberappellationsgerichts-Präsident Freiherr von Dalwigk zu Lichtenfels, Freiherr von Trümbach, Vicepräsident des genannten Gerichts, beide auch Mitglieder des Staatsrats, Regierungspräsident Ibell u. a. m. Am 4. März 1818 um 11 Uhr vormittags hielt in der Deputierten-Versammlung Minister Marschall seine angekündigte ausführliche Rede über den Zustand des Herzogtums,⁷⁹⁾ am 5. wurde der Entwurf zur Geschäftsordnung beraten, am 6. folgten Wahlprüfungen und Beratungen über eine Dankadresse an den Herzog, die am 8. März überreicht wurde;⁸⁰⁾ am 9. wurde eine „Historische Darstellung der Begebenheiten, wodurch die verfassungsmäßige Thätigkeit der Versammlung der Landes-Deputierten des Herzogtums Nassau vorbereitet worden“, ⁸¹⁾ verlesen.

Vom 9. März datiert auch das erste Protokoll der Herrenbank.

Von der Anwesenheit Steins in Wiesbaden hören wir erst in der Frühe des 6. März.⁸²⁾ Er hatte sich gleich nach seiner Ankunft schriftlich bei dem Präsidenten der Herrenbank wegen des Eintritts gemeldet. Freiherr von Preuschen antwortete umgehend. Das interessante Schreiben, bei dem selbst die Anrede zu beachten ist, hat folgenden Wortlaut:

„Reichsfrey Hochwohlgebohrner Freyherr! Hochzuverehrender Herr Minister! Euer Excellenz habe ich die Ehre, auf Hochdero verehrlichen Erlaß rückantwortlich zu melden, daß heute Morgen um halb 11 Uhr in dem alten Schloß auf dem Marktplatze Sitzung der Herrenbank der Landstände gehalten wird, und so wie wir alle Hochdero Ankunft mit Verlangen entgegengesehen haben, auch wünschen, daß Euer Excellenz dieser und den künftigen Sitzungen beyzuwohnen die Güte haben werden. Da indeßen Euer Exzellenz an den Verhandlungen nicht wohl würden Theil nehmen können, ehe Hochdieselben den

⁷⁸⁾ Staats- u. Adress-Handbuch des Herzogtums Nassau f. d. J. 1818, S. 21—25.

⁷⁹⁾ Abgedruckt im V. Bl. von 1818 Nr. 3, S. 34—48; auch als Beilage zu Nr. 40 der Rhein. Blätter, 1818.

⁸⁰⁾ A. a. O. S. 49—51.

⁸¹⁾ Anlage A zum Protokoll der Deput.-Verslg. vom 9. März S. 6f.

⁸²⁾ Er wohnte in dem damals angesehensten Gasthaus in Wiesbaden, dem Adler, also nicht im Schützenhof. (Sauer a. a. O. S. 45, nach Dorow.) In der Passagier-Liste der Wiesbadener Gasthäuser vom 28. Februar bis 6. März 1818 wird als Gast des Adlers u. a. aufgeführt: „Ihre Exc. Freiherr von Stein, königl. preuss. Minister, nebst Bedienung von Nassau.“ Wiesbader Wochenblatt Nr. 10 vom 9. März 1818.

vorgeschriebenen Eyd geleistet haben, so nehme ich mir zugleich die Freyheit, Euer Excellenz gehorsamst zu bitten, der Landesherrlichen Commiſſion oder dem ersten Mitgliede derselben Herrn Oberappellations Gerichts Präsidenten Freiherrn von Dalwigk hiervon ebenfalls gefällige Nachricht zu ertheilen, um zu dem Verordnungsmäsigen Eyde zugelassen zu werden.

Der ich übrigens die Ehre habe, mit unbegrenzter Verehrung zu beharren Euer Excellenz ganz gehorsamster Diener Frh. v. Preuschen. Wiesbaden, den 6ten März 1818.⁸³⁾

Es ist möglich, dass Stein erst durch diesen, bis jetzt unbekannten Brief Preuschens, von dem Pertz keine Notiz nimmt,⁸⁴⁾ von dem den Mitgliedern des Landtags abverlangten Eide erfahren hat. Es kann aber auch sein, was Pertz allein anführt, dass er schon davon wusste aus der am Donnerstag den 5. März erschienenen Nr. 37 der Wiesbadener Zeitung „Rheinische Blätter“, die bereits ausführlich über die ganze Eröffnungsfeierlichkeit des Landtags und die Verteidigung der Mitglieder am 3. März berichtete, den Text der Eröffnungsrede des Herzogs und der Eidesformel brachte. Pertz erklärt die nun unternommenen Schritte Steins auch damit, dass die Zeitung in dieser Nummer „einen Ausfall gegen ihn“ gebracht hätte; in Wirklichkeit übernahm Weitzel, der Herausgeber der Rheinischen Blätter, nur eine Notiz aus der Hanauer und Weimarer Zeitung und sprach sich gegen sie aus.⁸⁵⁾

Stein beanstandete persönlich eine Stelle im Anfang der Eidesformel und begab sich deshalb am Nachmittage selbst zum ersten herzoglichen Kommissar beim Landtag v. Dalwigk. Dieser ersuchte ihn, seine Ansichten und Wünsche schriftlich zu erkennen zu geben. Das tat Stein auch sofort, und bereits abends um 1/8 Uhr war folgendes Schreiben Steins⁸⁶⁾ in den Händen Dalwigks: „Die den Landständen vorgelegte Eidesformel enthält folgende Stelle

„daß sie dem Durchlauchtigsten Herzog und Herrn Wilhelm, Herzog⁸⁷⁾ zu Nassau, ihrem Landesfürsten treu und gehorsam“ usw.

Meine Besitzungen in dem Erbfürstenthum Münster, Grafschaft Mark und Dortmund haben mich bereits vor zwey Jahren veranlaßt zur Abgebung der Erklärung, dass ich mich in Ansehung aller meiner persönlichen Verhältnisse als einen Preußischen Unterthanen ansehe.⁸⁸⁾

⁸³⁾ Steinsches Archiv a. a. O. III 16 a Nr. 73.

⁸⁴⁾ Vergl. Pertz a. a. O. Bd. 5, S. 205.

⁸⁵⁾ Die Stelle lautet: „Hanau, vom 2. März. Unsre Zeitung vom 1. enthält Folgendes: „In Betreff des Nassauer Landtags sagte ein öffentliches Blatt (das Weimarer Oppositionsblatt): Hier — nämlich bei den Landständen des Herzogtums Nassau — werden wir eine Stimme hören, von welcher wir aus Erfahrung wissen, dass sie sich weder einschüchtern noch bethören läßt, und zugleich so ertönt, daß sie von allen denen verstanden werden muß, an welche sie gerichtet ist. Und der Freiherr von Stein hat wahrscheinlich kein kleines Publikum.“ Weitzel sagt dazu und zu den Bemerkungen des Hanauer Blattes: „Gutgesinnte Deutsche . . . werden schwer zu überzeugen seyn, daß in der angeführten, ebenso unschicklichen [wie] abgeschmackten Aeusserung des Korrespondenten für den Freiherrn v. Stein etwas Angenehmes oder Schmeichelhaftes liege, wofür er selbst es auch gewiss nicht nimmt. Das Natürlichste wäre wohl gewesen, die Versammlung der Landstände und ihre Verhandlungen . . . abzuwarten.“

⁸⁶⁾ Original im St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3536, Bl. 5. Konzept im Steinschen Archiv a. a. O. III 16 a Nr. 71.

⁸⁷⁾ In der Formel und im Konzept Steins steht „souveräner Herzog.“

⁸⁸⁾ In dieser Stelle sieht man eine Bestätigung dafür, dass Stein vor 2 Jahren eine Audienz beim Herzog in Bad Ems gehabt habe (vergl. Sauer a. a. O., S. 29/30 und oben S. 33), während sie sich nur auf das Schreiben Steins an den Herzog vom 27. 8. 1816 beziehen kann. Vgl. oben S. 32 u. 21 u. unten S. 42 u. 48.

Zur Vermeidung alles etwaigen Doppelsinnes⁸⁹⁾ wünschte ich von Euer Excellenz als Landesherrlichen Landtags Commissario eine Auslegung jener Stelle zu erhalten, daß die gelobte Treue und Gehorsam sich auf meine Verhältnisse als Landstand und Guthsbesitzer⁹⁰⁾ allein beziehe.

Genehmigen E. Exc.

Wiesbaden den 6. März 1818.

K. Frh. vom Stein.“

Präsident v. Dalwigk berichtete sofort am 6. März über diesen Antrag Steins unter Beifügung des Briefes an das Staatsministerium und bat gleichzeitig in einem zweiten Schreiben den Minister Marschall, ihm noch vor 9 Uhr am andern Morgen den Entschluss des Herzogs zukommen zu lassen, weil Stein „in der morgigen Sitzung der Mitglieder der Herren-Bank zu erscheinen wünscht, vorher aber den Eid nach der vorgeschriebenen Formel zu leisten schuldig ist.“⁹¹⁾ In seinem amtlichen Bericht an das Staatsministerium wegen der von Stein gewünschten Interpretation der beanstandeten Stelle führte Dalwigk folgendes aus: „Indem ich dies Ansinnen der Entscheidung eines hohen Ministeriums unterwerfe, bemerke ich gehorsamst, daß ein jeder, wes Standes er sey, da wo er sein Domicilium und Güther hat, Unterthan des Regenten ist, in dessen Staaten diese Güther liegen und er seine Wohnung hat. Der Herr Minister vom Stein hat seine Güther und Wohnung zu Nassau im Herzogthum Nassau, mithin ist er Nassauischer Unterthan und Se. Durchlaucht der Herzog sein Landesherr. Es mag daher der Herr Minister der Krone Preußens erklärt haben, was er will, so wird dadurch jenes Verhältniß auf keine Weise verändert.

Das Interpretationsgesuch erscheint mir daher als unstatthaft, indessen hängt es lediglich von dem tieferen Ermessen eines hochpreißlichen Staatsministeriums ab: ob und in welcher Art zur Beruhigung des Herrn Ministers vom Stein ihm eine Auslegung der oben angeführten Stelle der Eidesformel ertheilt werden soll.“⁹²⁾

Marschall beantwortete umgehend die Anfrage Dalwigks über die Beeidigung des Freiherrn vom Stein dahin, „dass S. H. D. mit den Ansichten Euer Excellenz vollkommen einverstanden sind, daß wenn Herr von Stein in Person oder durch einen Stellvertreter auf dem Landtage erscheinen will, der vorgeschriebene Eid von ihm oder seinem Stellvertreter, wie er bereits von allen andern abgeschworen worden ist, auch abgelegt werden muß. Was die Art der Eides Ablage anlangt, so haben S. H. D. beschlossen, daß dieselbe in dem Thron Saal vor dem Thron in Gegenwart beyder deshalb zu versammelnden Bänke geschehen soll. Ew. E. werden von S. H. D. zur Abnahme des Eides beauftragt werden. Die Feyerlichkeit wird dann am besten künftigen Montag stattfinden können.“⁹³⁾

In Ausführung dieses Auftrages und im Einverständniß mit dem Herzog richtete v. Dalwigk am 7. März folgendes Schreiben an Stein:

„S. D. der Herzog, mein gnädigster Herr, gehen von dem staatsrechtlichen in der Natur der Sache liegenden Grundsatz aus, daß derjenige, wes Standes

⁸⁹⁾ Im Konzept steht „Zweydeutigkeit.“

⁹⁰⁾ Im Konzept steht „Guths Eigenthümer.“

⁹¹⁾ St. A. W. a. a. O. Bl. 3.

⁹²⁾ A. a. O. Bl. 4.

⁹³⁾ A. a. O. Bl. 6.

er sey, der Güther in einem Lande besitzt und darin wohnt, den Regenten dieses Landes als seinen Landesherrn anzuerkennen verbunden sey, mithin ohne Rücksicht auf das, was Ew. Excellenz wegen Hochdero Besitzungen in der Mark und in Westphalen und wegen persönlicher Verhältnisse der Krone Preußen erklärt haben möchten, Hochdieselben als Gütherbesitzer im Herzogtum und darin wohnend, Se. Durchlaucht den Herzog als Hoch Ihren Landesherrn zu betrachten hätten.

Von diesem Grundsatz ausgehend, haben S. H. D. auf das Auslegungsgesuch der Eidesformel Ew. Excellenz zu erklären mich beauftragt, daß wenn Hochdieselben in Person oder durch einen Stellvertreter bey dem Landtage erscheinen wollten, der vorgeschriebene Eid von Ew. Excellenz oder ihrem Stellvertreter so, wie er bereits von allen anderen abgeschworen worden sey, ebenfalls abgelegt werden müsse.“ Es folgt dann die Mitteilung über die Art, den Ort und die Zeit der Eidesablage und über Dalwigks Auftrag zur Abnahme. In einer Nachschrift fügt aber Dalwigk noch hinzu: „N. S. Zu Vermeidung alles Mißverständnißes muß ich höchstem Auftrage gemäß Ew. Excellenz noch bemerken, daß alle etwaige weitere Reservationen bey dem Inhalt der Eidesformel von S. H. D. nicht werden berücksichtigt werden.“⁹⁴⁾

Sofort, am 7. März in Wiesbaden, also noch vor seiner Abreise, entwarf Stein seine Antwort an Dalwigk im Konzept auf dessen eben erhaltenen Brief. Das Originalschreiben Steins an Dalwigk lautet, wie folgt: „Nach allen Staatsrechtlichen Grund Sätzen sind die aus dem Grundbesitz und aus dem persönlichen Unterthanen Verhältniß fließende Verbindlichkeiten gegen den Fürsten eines Landes⁹⁵⁾ verschieden, es giebt sogar mögliche Fälle, wo sie einander entgegengesetzt sind. Eine Eydesformel, die diesen Unterschied nicht berücksichtigt, kann ich nicht ablegen, so bereit hingegen ich bin, die mir als Landstand und Guthsbesitzer aufliegende Pflichten eydlich zu bestätigen.“

Diese meine Erklärung bitte ich S. H. D. vorzulegen und habe ich die Ehre Wiesbaden den 7. März 1818. Kl. Frh. vom Stein.“⁹⁶⁾

Dalwigk sandte dieses Schreiben Steins sofort⁹⁷⁾ an Marschall mit der Bitte, ihn „zu authorisiren, demselben zu antworten, „daß ich ausser Stande sey. Sr. H. D. einen Gegenstand zur Entscheidung vorzulegen, worauf Höchst-dieselben bereits definitiv zu resolviren geruht hätten, indem eine Abänderung dieser Entschließung durchaus nicht zu hoffen und zu erwarten sey, ich müste mich diesem nach auf den Inhalt meines letzten Schreibens lediglich beziehen.“ Dalwigk fügt hinzu: „Ich schreibe dies in der Versammlung der Herrenbank, wo ich Ew. Excellenz hoher Entschließung entgegen sehe, um nach der Sitzung dem Freyherrn v. Stein antworten zu können.“ Marschall vermerkt eigenhändig, ebenfalls sehr eilig, auf dem Schreiben Dalwigks: „Beantwortet eodem, daß von den bekanntgemachten Entschlüssen Se. H. D. abzugehen nicht vermochten, es also zu bedauern seye, daß andere Verhältnisse Herrn von Stein nicht erlaubten, an den Landständischen Verhandlungen Theyl zu nehmen, welches demselben schließlich zu eröffnen seye. v. M.“

⁹⁴⁾ Original des Briefes im Steinschen Archiv a. a. O. III 16 a Nr. 76.

⁹⁵⁾ Im Konzept fehlt der Passus „gegen den Fürsten eines Landes.“

⁹⁶⁾ Orig. im St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3536, Bl. 8.

⁹⁷⁾ Die Schrift verrät die Eile. A. a. O. Bl. 7.

Sauer sagt, Stein habe nun hiervon durch Dalwigk Mitteilung erhalten;⁹⁸⁾ in den Akten des Staatsministeriums und im Steinschen Archive findet sich darüber nichts. Die ganze Korrespondenz vollzog sich zudem in den ersten Morgenstunden, und nach Marschalls Angabe reiste Stein schon um 10 Uhr von Wiesbaden ab. Aber vielleicht hat sich Dalwigk doch noch des Auftrages des Ministers entledigen können; jedenfalls waren es für beide Teile aufregende Stunden; und es gab für den Landtag und die Regierung noch eine ganz besondere Ueberraschung: Stein reiste auf Knall und Fall ab und brüskierte dadurch vor allem den Herzog.

Stein hatte sich gleich nach seiner Ankunft in Wiesbaden am 6. März an den Oberkammerherrn, Freiherrn von Wintzingerode, gewandt und um eine Audienz bei dem Herzog gebeten. Wintzingerode zeigte ihm am 7. März aus Biebrich an, „daß es Seiner Durchlaucht dem Herzog sehr angenehm seyn wird, dieselben heute früh um 11 Uhr hier zu sehen“⁹⁹⁾

Statt dessen fuhr er eine Stunde vor der festgesetzten Zeit der Audienz Hals über Kopf nach Frankfurt ab und bat in einem kurzen Schreiben den Oberkammerherrn, sein Nichterscheinen bei S. H. D. „zu entschuldigen, da ich dringende Veranlassungen nach Frankfurt zurückzueilen, erhalten habe“.¹⁰⁰⁾ Natürlich ist die Erzählung bei Dorow,¹⁰¹⁾ der zeitlich und sachlich alles durcheinandermengt, Stein sei extra am Schlosse in Biebrich kurz nach 9 Uhr vorbeigefahren, ohne sich um Herzog und Audienz zu kümmern, nur eins der Gerüchte, die beim Bekanntwerden der aufsehererregenden plötzlichen Abreise Steins in die Welt gesetzt wurden. Wie die Stimmung bei Hofe und in den Regierungskreisen nach diesem Vorgehen Steins war, geht am besten aus einem Schreiben Marschalls vom 8. März hervor, von dem sich ein Auszug bei den Akten befindet¹⁰²⁾ und der wahrscheinlich an den naussauischen Legationsrat v. Bock gerichtet war. „Herr von Stein“, heißt es dort, „konnte gestern nicht von hier hinwegreisen, ohne den Herzog, soweit es in seinen Kräften war, persönlich zu mouquieren. Er hatte den Herzog um eine Audienz gebeten, dieser sie ihm bewilligt, auch um 11 Uhr gestern angeraumt. Statt nach Biebrich zu kommen, reisete er um 10 Uhr von hier weg, lies sich durch den Herzog erwarten und schickte ein Entschuldigungsbillet, daß ihn ein dringendes Geschäft verhindert habe, zu erscheinen.

Dieser Mann erlaubt sich doch gegen teutsche Fürsten alle Ungezogenheiten darum, weil man sie ihm bisher hat hingehen lassen. In unserm Herzog wird er seinen Mann finden, der über dieses Betragen im höchsten Grade indignirt ist.

Er hat förmlich erklärt, er wolle zwar als Landstand und Gutsbesitzer hier auf dem Landtage erscheinen, persönliche Verpflichtungen gegen den Regenten des Landes könne er aber als Fremder nicht übernehmen. Solche Theorien können in keinem monarchischen Staate angenommen werden, wo den Ständen eminente Rechte eingeräumt sind, die kein Regent von Fremden, die ihm den Gehorsam aufsagen, ausüben laßen kann. Man muß so unartig seyn

⁹⁸⁾ A. a. O. S. 44.

⁹⁹⁾ Steinsches Archiv a. a. O. III 16 a Nr. 75.

¹⁰⁰⁾ St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3536, Bl. 9.

¹⁰¹⁾ Erlebtes aus dem Jahre 1813—1820, S. 188. Vergl. dazu Sauer a. a. O. S. 45.

¹⁰²⁾ St. A. W. VIII. St. M. Nr. 3536. Bl. 10.

als Herr von Stein, um es zu wagen, eine solche Theorie aufzustellen, die noch dazu gegen den Regenten eines Landes, der ihn und die Seinigen mit Wohlthaten überhäuft und in dessen Land er wohnt, gerichtet ist.

Er wird nun hier zu intriguiere suchen, um wo möglich den ruhigen Gang unserer Landtagsverhandlungen zu stören. Das wird ihm schwerlich gelingen“.

Stein ging, wie bemerkt, zunächst nach Frankfurt; er hatte das Bedürfnis, sich mit seinen Freunden auszusprechen und den Landständen eine Erklärung zugehen zu lassen. Die letztere entwarf er im Konzept am 9. März in Frankfurt¹⁰³⁾ auf dem Originalschreiben Dalwicks vom 7. März; sie war an den Präsidenten der Herrenbank, Geheimen Rat Freiherrn v. Preuschen, gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

„Die meine Verpflichtung als Landstand betreffende Verhandlungen habe ich die Ehre, Euer Hochwohlgebohren als Präsidenten der Herrenbank anliegend mitzuteilen, mit der Bitte, diese davon in Kenntnis zu setzen und sodann die Anlagen zu den Akten zu nehmen.

Ich bedaure, daß auf diese Art mein Vorsatz, an den Ständischen Verhandlungen Theil zu nehmen, vereitelt worden, wünsche daß die Resultate dieser Arbeiten einen für Fürsten und Land wohlthätigen Erfolg haben mögen, und ergreife diese Gelegenheit, mich der Fortdauer des Wohlwollens der Herren Stände und Euer Hochwohlgebohren zu empfehlen . . .“

Diesem Schreiben war ein Postskriptum oder Promemoria angeschlossen, das den Ministerialakten nicht beiliegt, aber bei Pertz¹⁰⁴⁾ gedruckt und nur aus dem Konzept Steins bekannt ist. Es lautet:

„P. M. Ich habe nicht gewohnt¹⁰⁵⁾ in dem Herzogthum Nassau; denn von 1780–1808 war ich im Preußischen Dienst und wohnte in Westphalen, Berlin, Preußen.

Von 1808 bis 1813 war ich verbannt und wohnte in der Oesterreichischen Monarchie.

Von 1812¹⁰⁶⁾ — biß 1815 September wohnte ich im Hauptquartier des Kaisers von Rußland.

Von 1815 im September, biß jetzt hielt ich mich in Frankfurt, Cappenberg, Nassau auf, erklärte aber im August 1816 dem Herrn Herzog von Nassau ganz deutlich, daß ich mich nur als einen Auswärtigen Güterbesitzer in seinem Lande,¹⁰⁷⁾ hingegen als einen Preußischen Unterthanen ansehe“.¹⁰⁸⁾

Präsident v. Preuschen entsprach dem Wunsche Steins in der Sitzung vom 11. März und brachte die Schriftstücke, also die zwischen Stein und Dalwigk gewechselten Briefe, der Herrenbank zur Kenntnis. Die beiden landes-

¹⁰³⁾ Auf dem Konzept hat Stein versehentlich Wiesbaden statt Frankfurt, den 9. März geschrieben; Steinsches Archiv a. a. O. Nr. 76; es ist aber noch eine Abschrift seines Briefes mit der richtigen Ortsangabe in den Ministerialakten (VIII. St. M. Nr. 3536, Bl. 12) erhalten, während das Original wie die gesamten Akten der beiden Ständekammern des Landtags verloren gegangen ist.

¹⁰⁴⁾ A. a. O. Bd. 5, S. 208.

¹⁰⁵⁾ Von Stein unterstrichen.

¹⁰⁶⁾ Pertz druckt falsch 1813.

¹⁰⁷⁾ Vgl. oben S. 32 u. 21.

¹⁰⁸⁾ Steinsches Archiv a. a. O. Nr. 76, S. 3.

herrlichen Kommissare Dalwigk und Trümbach berichteten am 12. März dem Staatsministerium über den Vorgang, fügten eine Abschrift des Frankfurter Briefes von Stein bei und stellten es „dem höchsten Ermessen“ anheim, „ob und was darauf zu resolvieren, die Veranlassung genommen werden mögte“.¹⁰⁹⁾ Es geschah jedoch nichts weiter, die Akten waren geschlossen, der Fall erledigt.

Wie der Vorfall in Regierungskreisen beurteilt wurde, sahen wir schon aus dem Schreiben Marschalls an Bock; später hat sich Marschall, worauf ich noch zurückkomme, noch einmal zur Sache geäußert.

Wie dachten nun die Herrenbank und die nächsten Freunde über das Vorgehen und Verhalten Steins? Es war darüber bisher kaum etwas bekannt. Pertz tut den weiteren Verlauf mit der Bemerkung ab: „die Sache machte großes Aufsehen und ward auf verschiedene Weise besprochen. In Frankfurt angelangt theilte Stein die Acten seinen Bekannten unter den Bundestagsgesandten, Wangenheim, Plessen, Gagern, mit und beharrte bei dem Entschluß, sich jeder persönlichen Teilnahme an den ständischen Geschäften des Herzogthums zu enthalten, bis die Anstände gehoben seyn würden“.¹¹⁰⁾ So glatt und einfach verlief die Sache doch nicht; einige seiner näheren Bekannten nahmen Stellung zu ihr, gegen und für Stein, alle aber waren einig im tiefsten Bedauern über den Schritt Steins. Der ihm befreundete württembergische Gesandte bei dem Bundestag in Frankfurt, Staatsminister Freiherr von Wangenheim,¹¹¹⁾ der in dem württembergischen Verfassungstreite 1815 eine Rolle gespielt hatte, war geradezu besorgt um ihn. Er war eigens nach Wiesbaden gefahren,¹¹²⁾ um Stein zu sprechen, traf ihn aber nicht mehr an; reiste, als er hörte, was vorgefallen war, sofort wieder nach Frankfurt zurück und schrieb von dort aus noch am 7. März an Stein.¹¹³⁾ Die hier interessierende Stelle des auch sonst wertvollen Briefes¹¹⁴⁾ lautet:

„Eure Excellenz nicht in Wiesbaden getroffen zu haben, hat mir nicht bloß um meiner selbst, sondern auch um der Sache willen, die dort begonnen wurde, leid gethan. Daß Sie nicht bei der Eröffnung waren, hat überall keine gute Sensation gemacht und wird nun, durch die aufhetzenden Zeitungsartikel irreführt, gar sehr gemißdeutet. Das erste, was zunächst Landstände deutscher Nation zu thun haben, scheint mir immer darin zu bestehen, daß sie in Dingen, die sie nicht billigen können, temporisiren, und daß, wo sie tadeln und Anderes verlangen müssen, diesem Tadel Anerkennung des Guten vorausschicken — alles um deß willen, daß jene Regierungen, welche noch keine

¹⁰⁹⁾ St. A. W. St. M. Nr. 3536, Bl. 11 u. 12.

¹¹⁰⁾ A. a. O. S. 209.

¹¹¹⁾ Vergl. Wintterlin in der Allgem. Dtsch. Biogr. Bd. 41, S. 153 ff.

¹¹²⁾ Er wird noch in der Passagierliste des Adlers vom 6. März geführt, was aber ein Irrthum ist, da er sonst ja Stein noch hätte antreffen müssen.

¹¹³⁾ Wahrscheinlich war der Brief an Stein nach Nassau gerichtet; Stein scheint ihn deshalb erst spät bekommen zu haben; er beantwortet ihn am 13. März. Steinsches Archiv a. a. O. III 16 a Nr. 77.

¹¹⁴⁾ Er betrifft u. a. die Denkschrift des ritterschaftl. Adels der Lande Jülich, Cleve, Berg und Mark.

Stände einberufen haben, nicht noch kopfscheuer werden mögen, als sie schon sind. Verzeihen Sie, verehrter Meister, daß ein Jünger so zu Ihnen spricht. Ich glaube aber eine Art von Verrath zu begehen, wenn ich mich denen, die ich verehere, nicht ganz offen zeige.

So wenig ich mit der Rede zufrieden bin, welche man den Herzog hat halten lassen, so gelungen erachte ich den Bericht des Ministers über die seitherige Verwaltung und deren Resultate. Man kann — wie es bei mir der Fall wirklich ist — in wesentlichen Punkten anderer Meinung seyn, und man wird demungeachtet den Geist der Ordnung loben und lieben müssen, der sich überall darin bezeugt. Auch das ist erfreulich, daß liberaleren Maximen z. B. in der Communal-Verwaltung Eingang versprochen ist¹¹⁵⁾ Darauf antwortete Stein: „Geschrieben den 13. März. Ich sey bei der Eröffnung nicht gegenwärtig gewesen, weil es nur eine Feyerlichkeit sey, die Verhandlungen der Stände erst den 5. begannen und meine Gegenwart in Nassau wegen der Anwesenheit der Deputirten der Westphälischen Ritterschaft in Engers nothwendig zur mündlichen und schriftlichen Verbindung gewesen.¹¹⁶⁾

Ich sey weder durch Geburt noch durch Wohnung noch durch Wahl ein Nassauischer Unterthan, wohl sey ich seit 1802 ein Preußischer.

In diesem Jahre habe ich mir die Herrschaft Birnbaum in Südpreußen angekauft; um hiezu befugt zu seyn, sey mir das Südpreußische Indigenat durch ein mit dem großen Staats Siegel versehenes Diplom ertheilt worden. Ich habe mich von nun als einen Preußischen Unterthan betrachtet, die Landständische Uniform getragen. Diese Unterthanen Verhältniß seye wieder reviviscirt, als das Großherzogthum Posen anno 1813, 1814 wieder mit der Preußischen Monarchie vereint worden — und könne und wolle ich sie nicht auflösen“. Noch am selben Tage sandte Wangenheim folgendes Entschuldigungsschreiben: „V. G. den 13. März 18. Hätte ich die Verhältnisse gekannt, welche Euer Excellenz abhielten, Sich als Unterthan von Nassau zu betrachten und — nachdem man die verlangte Erklärung verweigert — an den Ständischen Verhandlungen Theil zu nehmen: so wäre mein Brief ungeschrieben geblieben.

Dieser wurde von der Besorgniß dictirt, daß die erste landständische Verhandlungen in Nassau einen Charakter annehmen möchten, der, obgleich ein ächter, das Gewicht der Anti- und Constitutionellen erhöht; dann von der Besorgniß, daß die Provokationen in den Zeitungen auf Ihr opponirendes Wort — ein Vorhersagen der Opposition — Sie nicht zu einer personam ingratam machen mögen.

Jetzt aber fallen ja ohnehin alle meine Besorgniße und auch der gebe ich nicht Raum, daß Ihnen ein Wort des theilnehmenden Herzens — obwohl Sie es Vorwurf nennen — unangenehm aufgefallen seyn könnte.

Euer Excellenz verlangen Aktenstücke von mir zurück. Außer der Antwort von Hardenberg an die Ständischen Deputirten von Julich pp. erinnere ich mich keiner, jene Antwort aber habe ich gestern früh schon durch meinen Jäger zurückgesendet. Wangenheim.“

¹¹⁵⁾ Steinsches Archiv a. a. O. Nr. 77.

¹¹⁶⁾ Vergl. oben S. 35.

Am selben Tage, an dem Stein seine Erklärungen dem Präsidenten der Herrenbank übersandte, schrieb er auch an das Mitglied derselben, den ihm völlig ergebenen Freiherrn Friedrich v. Ritter, von dem, wie wir oben sahen, der Entwurf zur Eingabe an den Herzog wegen Einberufung der Landstände stammte und der bei den nachfolgenden Verhandlungen in der ersten Kammer im Verein mit dem Grafen Ingelheim in scharfer Opposition zur Regierung stand. Der Brief Steins an Ritter ist bisher nicht bekannt geworden; er liegt vermutlich im Ritterschen Familienarchive. Die Antwort Ritters vom 12. März, von der man bis jetzt auch nichts wusste, zeigt klar, wie viel die Mitglieder von der Anwesenheit und Teilnahme Steins an den Verhandlungen erhofft hatten, und wie sehr sie durch sein Fernbleiben enttäuscht worden sind. „Aus Euer Exzellenz gütigem Schreiben,“ so sagt Ritter, „noch mehr aber aus jenem zugleich an den Vorstand der Herren Bank zugleich erlassenen, erhalte ich die niederschlagende Gewißheit, daß ich mit sämtlichen Mitgliedern alle Hoffnung aufgeben muß, Euer Exzellenz an den hiesigen Landständischen Verhandlungen jenen Antheil nehmen zu sehen, von dem man sich nach allem so viel zu versprechen berechtigt sah. Die Ursache, welche denselben zum Hindernisse wird, bedauern alle Mitglieder um so mehr, als fast keiner unter uns ist, der sich nicht in demselben Fall befände.

So wie die Sachen nun stehen, werde ich meiner Seits zwar nach dem Ziele fortstreben nach meinen geringen Kräften gutes zu wirken und nachtheiliges zu verhüten, allein das Vertrauen auf dieselbe ist durch manches gelähmt.

Indem ich mir die Ehre gebe, Euer Excellenz vorläufig ein Exemplar des gewünschten Vortrags des Herrn v. Marschall anzulegen, verharre ich . . .“¹¹⁷⁾

Wärmer noch als Ritter brachte Präsident v. Preuschen das tiefe Bedauern der Herrenbank zum Ausdruck, als er am 12. März Stein mitteilte, dass er die Steinschen Papiere „in der gestrigen Sitzung“ vorgelegt, in das Protokoll habe eintragen und zu den Akten registrieren lassen. „Unendlich bedauern sämtliche Mitglieder derselben nebst mir, daß wir dadurch des Glückes beraubt worden sind, Euer Excellenz unter unserer Mitte zu verehren und Hochdero wichtigen Unterstützung in unseren schwierigen Arbeiten theilhaftig zu werden.“^{117*)}

In Frankfurt hatte Stein seine Korrespondenz auch dem Mecklenburgischen Gesandten beim Bundestage, Staatsminister Freiherrn von Plessen, mitgeteilt; Plessen bedankte sich dafür und sandte sie am 10. März zurück. Zur Sache selbst äusserte er sich schriftlich nicht, behielt sich vielmehr für den Abend des folgenden Tages, an dem er Stein seine Aufwartung machen wollte, vor, „mündlich einige Bemerkungen darüber zu machen.“¹¹⁸⁾

Welche Stellung Gagern, der damals als niederländischer Gesandter das Grossherzogtum Luxemburg beim Bundestage vertrat, zu dieser Angelegenheit Steins einnahm, kann bei dem Verhältnis beider zu einander nicht zweifelhaft sein, wenn auch nichts darüber verlautet. Aber Stein war kaum in Frankfurt, da übersandte er — am Morgen des 8. März — Gagern die Schriftstücke und

¹¹⁷⁾ Steinsches Archiv a. a. O. III 16a, Nr. 80.

^{117*)} A. a. O. Nr. 79.

¹¹⁸⁾ A. a. O. Nr. 74.



sagte sich nach 10 Uhr zu Besuch bei ihm an! Gagern hatte bekanntlich sich alle Mühe gegeben, Stein vom Erscheinen auf dem nassauischen Landtage abzuhalten. Dass er so rasch Recht bekommen würde, wird ihn selbst überrascht haben.¹¹⁹⁾

Wie schon Freiherr v. Ritter in seinem Briefe betonte, waren fast alle Mitglieder der Herrenbank in der gleichen Lage wie Stein, und bei den nachfolgenden Verhandlungen ging denn auch von hier eine scharfe Opposition aus. Nur einer stand selbst in der Domänenfrage auf Seiten der Regierung, der Oberstallmeister Geheimrat Friedrich Heinrich Freiherr von Dungern, der frühere Erzieher und nachherige Vertraute des Herzogs Wilhelm. Er hat das Verhalten Steins bei dem Verluste seiner Reichsunmittelbarkeit verurteilt,¹²⁰⁾ und er ist sicher auch jetzt mit dem schroffen Vorgehen Steins nicht einverstanden gewesen.¹²¹⁾

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob der von den Mitgliedern des Landtags geforderte Eid, den die Verfassungsurkunde von 1814 nicht vorsah und der sozusagen erst in letzter Stunde formuliert und vorgeschrieben wurde, von der Regierung, also vom Minister Marschall, beabsichtigt war, um gewisse Persönlichkeiten aus dem Adel, von denen nach ihrer bisherigen Gegnerschaft nun auch in der Ständeversammlung Schwierigkeiten zu erwarten waren, vor allem den Freiherrn vom Stein, fernzuhalten.¹²²⁾ In den Akten und den bisher bekannt gewordenen Korrespondenzen findet sich nichts, was dahin gedeutet werden könnte, und der ganze Verlauf sowie das Verhalten Marschalls selbst nach dem Vorfall mit Stein spricht nicht für eine solche Annahme. Nach der bisherigen Opposition Steins, die sich ja besonders gegen die Verzögerung der Einberufung der Landstände und gegen die gesetzgeberischen organisatorischen Massnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Verwaltung und des Steuerwesens ohne die in der Verfassung vorgesehene Mitwirkung der Landstände gerichtet hatte, wird der Minister Marschall dem Erscheinen Steins nicht gerade mit fröhlichem Herzen entgegengesehen haben, und er wird aufgeatmet haben, als die Eidessache sich so zuspitzte, dass Stein den Landtag verliess. Marschall ist später noch einmal auf die ganze Angelegenheit in seiner Denkschrift „Über die gegenwärtigen revolutionären Bewegungen in Deutschland in besonderer Beziehung auf das Herzogthum Nassau“ vom 31. Juli

¹¹⁹⁾ Gagern, Mein Anteil an der Politik, Bd. IV. (= die Briefe des Frhn. von Stein an den Frhn. von Gagern), S. 52.

¹²⁰⁾ In einer im v. Dungenerschen Familienarchiv (St. A. W.) beruhenden, 1894 niedergeschriebenen Biographie „Friedrich Heinrich Reichsfreiherr von Dungern, 1765—1858“ heisst es darüber: „Das kleinliche selbstsüchtige Benehmen des Minister Stein, der dem Nassauischen Hause zu vielem Dank verpflichtet war, und der sich nur deshalb verletzt fühlte, weil er die alten Vorrechte nicht zurückerhalten konnte, auf deren Verlust die andern reichsunmittelbaren Familien nach all den schwer durchlebten Zeiten ohne Kummer verzichteten — fand seine Billigung nicht.“ Blatt 40. Stein selbst urteilte über Dungern günstig, als er am 5. oder 12. Juli 1816 mit ihm eine Unterredung über eine staatsrechtliche Begründung der Beschwerden gegen das Ministerium Marschall durch Dr. Jassoy in Frankfurt hatte; er schiene ihm „ein verständiger und gut gesinnter Mann zu sein“. Steinsches Archiv a. a. O. Nr. 14.

¹²¹⁾ Meine Nachforschungen nach einem Schreiben des Herzogs an Dungern wegen der Eidesverweigerung Steins waren leider erfolglos.

¹²²⁾ Vgl. Sauer a. a. O. S. 40 f. 45.

1829¹²³⁾ für die Karlsbader Konferenz in ungünstigem Sinne für Stein zurückgekommen; dort sagt er ganz offen, dass die Entfernung Steins, wie die Dinge lagen, „nur günstig auf die ständischen Verhandlungen wirken“ konnte.

Dass aber die Landesregierung vom staatsrechtlichen Standpunkte durchaus berechtigt war, die Bedingungen vorzuschreiben, an deren Erfüllung die Ausübung der durch die Verfassung verliehenen ständischen Rechte geknüpft war, dürfte ausser Zweifel sein.

War nun auch Freiherr vom Stein berechtigt, diese Bedingung, nämlich die Leistung des vorgeschriebenen Eides, abzulehnen? Betrachtet man unvoreingenommen den ganzen Verlauf der Angelegenheit, das Verhalten der übrigen Mitglieder der Herrenbank in der Eidesangelegenheit sowie die Sonderstellungnahme Steins und ihre Begründung, so begreift man nicht ohne weiteres die Ablehnung Steins und die von ihm gewünschte Auslegung der Eidesformel, so konsequent sich Stein in seinen Erklärungen über sein Verhältnis zum Landesregenten und zu Nassau von 1804—1818 auch geblieben ist. Man kann seinen Standpunkt 1804, als die Reichsritterschaft noch nicht aufgelöst war, noch verstehen, aber nach ihrem Ende hatte Stein vor den übrigen nassauischen Landedelleuten nichts voraus, und auch vorher als Reichsfreiherr gehörte er nur zum niederen Adel. Stein hatte ja auch selbst aus den veränderten Verhältnissen die Folgerungen gezogen. Es ist nicht ohne Reiz zu sehen, wie er nach dem Umschwung der Dinge von 1806, der endgültig die Souveränität des Herzogs über die ritterschaftlichen Besitzungen brachte, seine Eingaben an den Herzog unterschrieb. Als er ihn am 7. April 1807 um die Genehmigung zur Veräusserung einiger zerstreut liegender Besitzungen an den Grafen Clemens Wenzeslaus von Boos-Waldeck bat, unterzeichnete er: „E. H. D. unterthänigst treu gehorsamer Stein,“¹²⁴⁾ und seine zahlreichen Eingaben wegen seiner Lehen von 1803—1817 unterschrieb er, was hier weniger auffällt, bald „unterthänigst treu gehorsamer Vasall“, bald „unterthäniger“, bald „unterthänigst gehorsamster“.¹²⁵⁾

Und jetzt, am 6. März 1818, weigerte er sich, dem Herzog als Landesherrn den Eid der Treue und des Gehorsams, der ja doch in Wirklichkeit der Eid auf die Verfassung war,¹²⁶⁾ zu schwören, der Verfassung, an der er selbst mitgearbeitet hatte und „auf welche doch allein seine landständische Eigenschaft sich gründete.“¹²⁷⁾ Er verlangte, das Gelöbnis dahin auszulegen, dass es sich auf seine Verhältnisse als Landstand und Gutsbesitzer allein bezöge. Demgegenüber erklärte, wie wir oben hörten, Präsident Freiherr v. Dalwigk Stein wegen seines Güterbesitzes und seines Wohnsitzes in Nassau für einen nassauischen Untertan und hielt ihn für verpflichtet, den Herzog als seinen Landesherrn anzuerkennen, ohne Rücksicht auf sein Verhältnis zur Krone Preussen. Man

¹²³⁾ Original-Entwurf Ms. und Abschrift mit Korrekturen von seiner Hand im St. A. W. VIII. St. M. Nr. 8317. Zum grossen Teil abgedruckt bei Sauer a. a. O. S. 92—98; vergl. S. 142 ff.

¹²⁴⁾ St. A. W. VI. Reg. Weilburg, Nr. 1197.

¹²⁵⁾ St. A. W. VIII. F. C. Nr. 8322 u. 8584.

¹²⁶⁾ Marschall in seiner Karlsbader Denkschrift, Sauer a. a. O. S. 93.

¹²⁷⁾ Marschall a. a. O.

wird sich diesen Gründen des ersten Gerichtsbeamten in Nassau, die auch dem natürlichen Rechtsempfinden entsprachen, nicht verschliessen können. Dalwigks Auffassung und Urteil über Steins Landesangehörigkeit wurden auch von anderen Juristen geteilt. Als der Vertreter Nassaus beim Ritterschaftsdirektorium in Friedberg, Advokat und Prokurator Regierungsrat Knorr, in einem Promemoria vom 21. Januar 1809 das von dem hessischen Kommissar vorgeschlagene gemeinschaftliche Vorgehen von Hessen und Nassau in der Sequestration der „von Steinischen bei der aufgelösten Mittelrheinischen Ritterschaft ausstehenden Capitalien“ ablehnte, begründet er diesen Standpunkt mit den Worten: „Der Freiherr von Stein hat seinen Wohnsitz eigentlich im Herzogthum Nassau. Er ist Nassauischer Unterthan und als solcher auch bei der Schuldenvertheilung angesehen worden. Die Kapitalien werden aber nach allen Rechtsbegriffen als an dem Ort gelegen, betrachtet, wo der Darleiher oder Inhaber derselben sein Domicilium hat. Schon nach allgemeinen Grundsätzen wären also im gegenwärtigen Fall die Steinischen Kapitalien der Disposition des Souverains des Herzogthum Nassau unterworfen.“¹²⁸⁾

Zu erwähnen wäre hier schliesslich noch der überaus scharfe Ausfall v. Treitschkes¹²⁹⁾ gegen die nassauische Regierung wegen der Ausschliessung Steins vom Landtage, den bereits Sauer als ungerecht zurückgewiesen hat.¹³⁰⁾ Nach Treitschke hätte die Regierung dem Wunsche Steins unbedingt entgegenkommen müssen. Es ist aber schlechterdings nicht einzusehen, wie sie, nachdem eben alle erschienenen Deputierten des Landtags, auch die mediatisierten erblichen oder erwählten Mitglieder der Herrenbank, den vorgeschriebenen Eid ohne irgendwelchen Vorbehalt geleistet hatten, mit dem Freiherrn vom Stein eine Ausnahme hätte machen, eine besondere, auf ihn zugeschnittene Formulierung oder Deutung des Eides hätte treffen sollen.

Stein selbst wandte gegen den von ihm verlangten Eid weiter ein, dass er preussischer Untertan sei. Aber auch dieser Umstand wäre kein Hindernis für die Ablegung des nassauischen Treueides gewesen, denn mehrfache Staats- oder Landesangehörigkeit war in Deutschland möglich und zählt nicht zu den Seltenheiten.^{130a)}

Es bleibt, wenn man Steins Grund der preussischen Staatsangehörigkeit nicht als durchschlagend gelten lassen will, nur eine Erklärung für sein Verhalten zu Beginn der nassauischen Ständeversammlung und seine Ablehnung des verlangten Eides übrig, und das ist das sein ganzes Denken und Fühlen beherrschende, ihn eigentlich nirgends verlassende Bewusstsein seiner reichsfreiherlichen Herkunft; er mochte seinen Willen nicht beugen unter den des jungen Fürsten eines kleinen zusammengewürfelten Landes, in dem er selbst wenige Jahre vorher ein kleiner Souverain gewesen war; und war er auch nicht mehr reichsunmittelbar, so wollte

¹²⁸⁾ St. A. W. VIII. Reg. Wiesb. Nr. 1869. — Über Knorr selbst, der erst im Sommer 1829 Friedberg verliess und nach Giessen zog, bieten einige Nachrichten die Akten: St. A. W. VIII. Reg. Wiesb. Nr. 675 und 385.

¹²⁹⁾ Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 2. (1882) S. 378.

¹³⁰⁾ A. a. O. S. 41. Vgl. P. Wagner im Heimatbuch „Der ehemalige Landkreis Wiesbaden“, S. 150.

^{130a)} R. Schetter, Staatsangehörigkeit, im „Staatslexikon der Görres-Gesellschaft“ Bd. 4, 1931, Sp. 1841 ff.

er doch ein unabhängiger Deutscher sein und keine persönlichen Verpflichtungen, wie er so oft betont hatte, dort übernehmen, wo ihn alles an den Verlust seiner Unabhängigkeit erinnerte.

Freiherr Karl vom Stein hat auch in der Ferne, auch als Nichtmitglied der nassauischen Ständeversammlung, den regsten Anteil an der Weiterentwicklung des Nassauer Landes genommen und an den Verhandlungen des Landtags wie an den Handlungen des jungen Herzogs Wilhelm und des Staatsministers Freiherrn von Marschall scharfe Kritik geübt, wie das seine Korrespondenzen, namentlich mit Gagern, dartun. Wenn man Sauer beipflichten will, dann hat er die nächsten Wochen nach seiner Abreise von Wiesbaden zu Intriguen verwandt, um den Herzog und den Minister in Misskredit zu bringen. Im Mai 1818 erschien nämlich eine anonyme Flugschrift „Prüfende Bemerkungen über Nassaus Landstände“, die sich besonders gegen das absolutistische Regime und den Ministerdespotismus in Nassau richtete. Als hierauf eine Gegenschrift angeblich eines Landesdeputierten herauskam, erschien im Februar 1819, als die Stände wieder versammelt waren, ein neues Pamphlet „Rechtfertigung der prüfenden Bemerkungen“. Sauer hat sich in eingehenden Untersuchungen bemüht, als Verfasser dieser beiden „Bemerkungen“ den Pfarrer Fritz Snell in Nauheim bei Kirberg nachzuweisen. Er sei aber nur ein Werkzeug Steins gewesen, dessen Ideen er bearbeitet habe, und die in der zweiten Broschüre als eingeschoben kenntlich gemachten Stellen der ersten stammten direkt von Stein her. Der letzteren Ansicht war auch Marschall. Nach Sauer wäre dieses Vorgehen Steins die Antwort und Vergeltung für seine Niederlage und Ausschliessung vom Landtage am 7. März 1818 gewesen.¹³¹⁾ Dieser Auffassung kann ich mich nicht anschliessen. Auf dem im Steinschen Archiv¹³²⁾ befindlichen Exemplare¹³³⁾ der Flugschrift „Prüfende Bemerkungen . . .“ steht von Steins Hand: „Ein Gemisch von Wahrheit, Irrthum und Tollheit“, und noch prägnanter lautet sein Urteil in seinem Briefe aus Nassau vom 21. Mai 1818 an Gagern: „Ein Gemenge von Wahrheit, Irrtum und zuletzt ein Element von tollem demokratischem Unsinn“. ¹³⁴⁾ Ist es denkbar, dass ein Mann von Charakter, dass ein Freiherr Karl vom Stein zu solchen Mitteln greifen würde, seine Autorschaft abzuleugnen oder den Verdacht der Mitarbeiterschaft abzulenken? —

¹³¹⁾ Sauer a. a. O. S. 67—78.

¹³²⁾ A. a. O. III. 16a Nr. 82. Ein zweites Exemplar (Nr. 83) ist von einer Tochter Steins mit dem Vermerk versehen: „Ein Gemisch von Wahrheit, Irrthum u. Tollheit — darauf geschrieben von der Hand meines Vaters.“

¹³³⁾ Vermuthlich ist es das von Stein an den Grossherzog von Weimar verliehen gewesene Exemplar. Vgl. Gagern a. a. O., Bd. 4, S. 59.

¹³⁴⁾ Gagern a. a. O.

Abkürzungen: A. D. A. = Altes Dillenburger Archiv. Ew. E. = Euer Excellenz. F. C. = Finanzkollegium. S. H. D. = Seine Herzogliche Durchlaucht. St. A. W. = Staatsarchiv Wiesbaden. St. M. = Staatsministerium. V. Bl. = Verordnungsblatt des Herzogthums Nassau. Anm. Für das Mitlesen der Korrekturbogen bin ich Herrn Geheimrat Dr. Wagner zu besonderem Danke verpflichtet.



Der Freiherr vom Stein und sein Urteil über seine Mitmenschen.

Von

Dr. Walther Schneider-Köln.

Alte Tradition setzt das geistige Konterfei des historischen Menschen zunächst aus seinen Taten und Erfolgen, in zweiter Linie überwiegend aus den Urteilen anderer über ihn zusammen. Durch die im neunzehnten Jahrhundert in ungeahnter Weise überhandnehmende sogenannte „Memoirenliteratur“, von deren Entartung nach dem Weltkriege hier abgesehen werden darf, ist die geschichtliche Forschung mehr als früher, — vielleicht oft zu sehr — dazu geleitet worden, dieses Spiegelbild, in dem die handelnden Persönlichkeiten, die Träger des geschichtlichen Geschehens, sich selbst sehen, psychologisch zu bewerten und nun ihrerseits zu einem „Für“ oder „Wider“ des Urteils zu gestalten.

Dabei ist von vornherein festzuhalten, dass Memoiren mit wenigen Ausnahmen nicht als historische Dokumente im strengen Sinne gelten können, da sie naturgemäss subjektiv gefärbt sind. Andererseits ist das Bild, das aus den eignen Erinnerungen des Gestalters widerstrahlt, der getreueste Spiegel der Seele. So ist für die Ergründung des Charakters des historischen Menschen massgebender als die Urteile der Mitmenschen über ihn oft das Urteil, das er selbst über seine Freunde und Gegner fällt.

Die Fortschritte der psychologischen Motivforschung neuerer Zeit haben auch den Historiker eingehender in die seelischen Grundbedingungen eindringen heissen, denen die Urteile der grossen, beherrschenden Geister über ihre Zeitgenossen ihre Entstehung verdanken. Wie sie manchem durch die Autorität der Tyrannen unseres geistigen Lebens Verurteiltem schon zu seinem Recht geholfen haben, so sind solche Untersuchungen andererseits auch nicht unfruchtbar für das tiefere Verständnis des Wesens der Urteilsfäller selbst geblieben.

Im folgenden soll versucht werden, an einigen Beispielen die Gründe aufzudecken, die den Freiherrn vom Stein zu seinen viel umstrittenen Urteilen über seine Zeitgenossen, besonders über die Mitarbeiter an der Geschichte seiner Epoche, geführt haben.

Ich mache dabei von vornherein einen taktischen Vorbehalt. Im 49. Jahrgang (1928) dieser Blätter glaube ich zur Evidenz die unantastbare Ehrlichkeit und Sachlichkeit Steins, die auf der Basis seiner ethischen Persönlichkeit ruht, bewiesen zu haben. Der grosse Kreis der Männer und Frauen, denen er Führer und Vorbild edelster Lebensführung und selbstlosester Hingabe an die nationale deutsche Idee war, ist sein Bürge vor dem Richtstuhl der Geschichte. Merk-

würdigerweise wird ihm aber immer wieder gerade in Hinsicht auf seine Urteile über die Mitmenschen der Vorwurf der Unduldsamkeit nicht nur, sondern der persönlichen Einseitigkeit, der Undankbarkeit gegen Wohltäter, ja sogar hinterlistiger Angriffe gegen politische Gegner gemacht.

Davon hat sich auch im 22. und 25. Jahrgang dieser Annalen (1890 und 1893, Beilage) Sauer nicht frei gehalten, der bei seiner Darstellung der Geschichte Nassaus unter dem Minister von Marschall in dem Bestreben, letzteren zu rechtfertigen, schwere Vorwürfe gegen Stein erhebt, die bei gewissenhafter Prüfung keineswegs aufrecht erhalten werden können.

Ich werde mich in der Darstellung der Urteile Steins über seine Zeitgenossen absichtlich auf einige Persönlichkeiten beschränken, die keine Gnade vor seinen Augen gefunden haben, — also gewissermassen einseitig den Tadler Stein zeichnen, um desto klarer die Motive solcher scharfen Urteile herausarbeiten zu können.

Am ungünstigsten beurteilt natürlich der Minister von Schön, der Neider Steins, in seinen berüchtigten „Nachgelassenen Papieren“¹⁾ die Urteile, die Stein über andere fällt. Er spricht von Doppelzüngigkeit, welche als dunkle Wolke über sein Bild zieht usw. Auch Friedrich Wilhelm III. hatte in der Kabinettsordre vom 3. Januar 1807 Stein vorgeworfen, er habe, „weit entfernt, das Beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft und aus persönlichem Hass und Erbitterung gehandelt“. Das Urteil über diesen Ausfall des Monarchen steht wohl zu fest, als dass er das Bild Steins trüben könnte. Aber auch Heinrich von Beguelin²⁾ hat „an diesem ausserordentlichen Mann einen einzigen Fehler kennen gelernt, die Leidenschaftlichkeit und Uebereilung in seinen Urteilen“. „Diese verleiten ihn oft, über Menschen ungerecht zu urteilen.“ Gewiss war Stein nicht frei von persönlichem Groll. Als er am 25. Februar 1813 in Breslau den preussischen König zum Bündnis von Kalisch gezwungen hatte und den Tag darauf im Gasthof „Zum goldenen Zepter“ lebensgefährlich erkrankte, da wurde er vom Hof, — mit Ausnahme des Prinzen Wilhelm — und den preussischen „Partikularisten“ wie Goltz, Knesebeck, Wittgenstein u. a. in beleidigendster Weise „geschnitten“. Als er aber von Kalisch am 6. April wieder auf einen Tag in Breslau erschien, drängten sich jene Höflinge an ihn. Da liess er einem von ihnen sagen, „Steins Tür öffne sich nur ehrlichen Leuten“.

Seine reizbare Natur war ein Erbteil seines Vaters, und bitter klagt er (1824) Gagern: „Sie beurteilen Ausbrüche von hypochondrischer, reizbarer Misanthropie strenger, als man solchen Seelenzustand beurteilen sollte, der eigentlich den daran Leidenden ungleich mehr peinigt, als er dem Dritten lästig ist.“³⁾ Andererseits schreibt Clausewitz (an seine Frau, 26. März 1813): „Du weisst, Stein ist kein grosser Menschenkenner“, und Niebuhr klagt, dass seine Schwäche in „einer unbegreiflichen Versenkung seines Wohlwollens an unwürdige Menschen“ liege.

¹⁾ (IV. 580), die leider sehr stark an das Memoirenwerk eines der letzten deutschen Staatsmänner erinnern

²⁾ Denkwürdigkeiten S. 111.

³⁾ Gagern, S. 135.

Im allgemeinen ist Steins Urteil über die Schwächen anderer sehr milde, und nicht mit Unrecht sieht Seeley „seine schwächste Seite in der sorglosen Grossartigkeit, die den Menschen, wenn sie nur von gewissen Fehlern frei waren, für die er keine Nachsicht hatte, fast alle die Tugenden beimass, auf welche sie Anspruch erhoben“.

Hier zwei Beweise für viele:

Wenn man Steins Briefwechsel mit dem ersten preussischen Erzbischof von Köln, dem Grafen Spiegel zum Desenberg, (von mir herausgegeben im Jahrgang 53 der „Deutschen Rundschau“), den er schon 1801 als Domdechanten in Münster kennen gelernt hatte, liest, so wird man ergriffen von der freimütigen und dabei rücksichtsvollen, liebenswerten Art, mit der diese beiden auf den Höhen der Menschheit wandelnden, aber durch Konfession und auch durch religiöse Weltanschauung, — denn sie waren beide keine konziliannten Naturen — getrennten Verteidiger eines Ideals, des ethisch und national begründeten Staatswesens, gegenseitig ihre Gedanken austauschen.

Ebenso vorurteilsfrei steht Stein einem Manne gegenüber, der als Verfechter oranischer Ansprüche und Vertreter einer reichlich unklaren und romantischen Idee von Kaiser und Reich, die mit seinen Kleinstaatprojekten doch so wenig zu vereinen war, „in seinen politischen Ansichten und Grundsätzen zu jenem in starkem Widerspruch stand“, Hans von Gagern.

Wohl tadelt er ihn rücksichtslos (14. Mai 1826): „Es spricht sich aus Ihrem politischen Betragen durchaus ein feindseliger Geist gegen Preussen aus, der rein persönlich war und nicht in Ihrer amtlichen Stellung, in der eines oranischen und niederländischen Gesandten, lag“. Aber durch alle Phantastereien hindurch erkennt er in Gagern immer den „Freund des deutschen Vaterlandes“. und Gagern vergleicht in seiner enthusiastischen Art Stein mit Luther, sich mit Melanchthon: „Für mich will ich nichts als Ihre Freundschaft, aber nicht Ciceros *amicitia mediocris*, sondern eine volle, ganz echte, altdeutsche. . . Bisweilen hätte ich Wasser in Ihren Wein gegossen; ganz von Wasser bin ich jedoch nicht. Mit andern Worten, wenn in unserer politischen deutschen Reformation Sie Dr. Luther sein wollten, wäre ich ein ganz guter Melanchthon. Sie liebten sich jedoch trotz mancher differenter Ansichten“.

Dieser Vergleich des etwas geistreichelnden Gagern hat Stein nicht gefallen; er ist mit keinem Wort darauf eingegangen. Für die hämischen Bemerkungen, die er hervorgerufen hat, bildet er aber eigentlich keinen Grund. Trotz starker Gegensätze blieb der Verkehr zwischen den beiden Männern bis zu Steins Tode lebhaft und freundschaftlich. Die erhaltenen Briefe beweisen, in welchem Masse Stein auch gegnerische Meinungen ertragen konnte, wenn er nur ein Streben nach hohen Zielen und Ehrlichkeit der Gesinnung zu erkennen glaubte.

„Für gewisse Fehler keine Nachsicht!“ Diese Worte treffen den Punkt, an dem Stein in Gefahr geriet, rücksichtslos, ja unduldsam, einseitig und ungerecht zu werden, die Frage der „sittlichen Basis“.

Er selbst sagt einmal: „Es liegt in der gewöhnlichen Halbheit der Menschen, zwischen Wahrheit und Irrtum einen Vergleich abschliessen zu wollen, indem

sie versuchen, jedem sein Recht zu lassen“. „Ich verabscheue das System der Vergleiche, gegenseitiger Opfer der Meinungen, der Gefälligkeit; es ist das verderblichste von allen“.⁴) Einen „Feind der Umwege und Geißel des Geistes der Ränke“ nennt ihn der Lebensbeschreiber Capodistrias.⁵)

Einer der Fehler, für die er keine Nachsicht hatte, war Überhebung und Selbstüberschätzung, wenn sie zur Unsachlichkeit führte. „Herr vom Stein“, sagte Amalie v. Beguelin⁶) „war oft schroff, wohl hart, oft ohne Geduld und Nachsicht. Mittelmässigkeit oder Anmassung schonte er nicht und ging leicht über das Ziel hinaus. Wenn er oft zu streng andere beurteilte, so kannte er doch noch weniger Nachsicht gegen sich selbst“. Darum trifft gerade seine Freunde oft ein merkwürdig scharfer Tadel. „Steins Liebe ist nicht so weichlich, um Fehler zu verzeihen. Er kennt keine freundschaftliche Vereinbarung mit strafbaren Handlungen. Auch seine besten Freunde können überzeugt sein, dass er über sie ebenso streng urteilt wie über alle andern“.⁷) Das hat besonders einer seiner Freunde fühlen müssen.

Mit wenigen Menschen hat Stein so lange und dauernd in Konnex gestanden und in so treuer persönlicher Zuneigung zusammengearbeitet, — mit wenigen ist er so hart und rücksichtslos umgegangen wie mit dem westfälischen Oberpräsidenten Ludwig von Vincke. Schon als dieser in sehr jungen Jahren als Landrat des Kreises Minden unter Stein arbeitete, hat er von dem älteren Freunde harte Worte über seinen Mangel an Sachlichkeit und über seine Empfindlichkeit hören müssen. Mit Recht sagt Ernst Meier über diese ersten Konflikte: „Stein stellte die Sache über alles und konnte, wenn er auf Widerstand stiess, sich selbst alten Freunden gegenüber in der Heftigkeit seines Temperaments zu Zornausbrüchen hinreissen lassen, die an Luther und Bismarck erinnern. Vincke . . . sah auch in dem fehlenden Menschen immer noch den Menschen. Stein schuf sich Feinde, Vincke hatte höchstens Gegner“. Wie fest im Grunde das Vertrauen Steins zu Vincke war, zeigen seine Worte (7. Februar 1815): „E. H. danke ich auf das freundschaftlichste . . . für die Versicherung von fortdauernden freundschaftlichen Gesinnungen, die Ihr Schreiben d. d. 1. Januar enthält. Die meinigen gegen Sie bleiben unwandelbar, und sollten auch bisweilen einige Verschiedenheiten in unsern Ansichten über einzelne Angelegenheiten entstehen, so hat das auf das Wesentliche unserer Verhältnisse keinen Einfluss“.

Das hatte ihn aber schon 1800 nicht abgehalten, dem Landrat, der sich „durch Steins schreckliches, ungestümes, unwürdiges Benehmen“ gegen die ihm untergebenen Wegebaubeamten in Betreff der „verfluchten Chausseefuhren“ gekränkt fühlte und um Ablösung von diesem Teil seiner Aufgaben bat, zu antworten: „Es liege nun hierbei Laune oder ein Gefühl vermeintlicher Unentbehrlichkeit zugrunde, so ist diese Art, zu handeln, immer zu tadeln, da es wirklich um den Staat übel aussehen würde, wenn es von dem Gutdünken jedes Beamten abhängen würde, nach Laune und Gutdünken sich einem Teil seiner Geschäfte zu entziehen und einen andern Teil zu bearbeiten“. (12. Januar 1800).

⁴) P. (= Pertz) III. 115; V. 672.

⁵) P. IV. 105.

⁶) Denkwürdigkeiten, S. 224.

⁷) Beguelin, S. 109.

Dieser rücksichtslose Zorn gegen falsche Empfindlichkeit bricht sich übrigens auch gegenüber dem ihm so werten Niebuhr Bahn, der 1810 nach einem Streit mit Hardenberg aus dem Ministerium ausgeschieden war. In einem Brief an W. v. Humboldt vom 28. Oktober 1810⁸⁾ schreibt er: „Alles dies ist nichts als verfeinerter Egoismus und die jenseits der Elbe so sehr überhandnehmende Manie, über eine ganz gewöhnliche Handlungsweise eine Sauce hochtönender präziöser Phrasen zu giessen“. Auch später ruft er diesem Freunde zu: „Ihnen ein Wort, ein freimütiges, freundschaftliches Wort eines alten Mannes, der Sie innig liebt, ausgesprochen am letzten Tage des Jahres: Vergessen Sie sich, verleugnen Sie sich, die Vorsehung hat Sie zu etwas Besserem, Edlerem bestimmt als zum blossen Genuss häuslicher Freuden“. Noch in späten Jahren, als Stein längst auf seinem Ruhesitz Kappenberg sass und Vincke der populäre Oberpräsident von Westfalen war, sollte Steins rücksichtslose Offenheit zu einem schweren Konflikt zwischen den Freunden führen. Es handelte sich um die Frage des Provinzialkatasters, die nach Steins Ansicht von dem Generalkommissar Rolshausen, den Vincke in Schutz nahm, in einem „höchst insolenten Geschäftsstil gegen die Stände“ durchgeführt war. Vincke wollte, verärgert über die Angriffe im Landtag, dessen Marschall Stein war, die Leitung des Katasters niederlegen. Da schrieb ihm dieser (22. Januar 1827): „Das ist nicht angemessen! Wo ist der Mann, der was Grosses und Kräftiges geleistet, der nicht Tadel, oft schnöden, zum Lohn erhielt? Ihm geziemt es, Schwierigkeiten zu überwinden, seine Fehler zu verbessern, nach dem Vollkommenen zu streben Weh dem, sagt der Heiland, der die Hand vom Pfluge zieht“. Vincke aber klagte, der Landtagsabschied „habe ihm das bittere Gefühl erregt, welches notwendig die Ueberzeugung einer fast gänzlichen Vereitelung einer viermonatlichen sorgen- und mühevollen Anstrengung herbeiführen muss“. Da fährt Stein los: „Bei näherem Nachdenken muss die Betrachtung die Bitterkeit dieses Gefühls vermehren, dass Sie zu einer rücksichtslosen und willkürlichen Behandlung der ständischen Anträge kräftig und mit Anstrengung beitrugen, indem Sie es bewirkten, dass gegen die bestimmten, motivierten Anträge zweier landständischer Korporationen das bisherige Verfahren bei dem Kataster beibehalten, also kostbare Vermessung, Abgabendruck, Willkür bei Ausmittlung der Reinerträge . . . eine reiche und vieljährige Ernte von Beschwerden und Flüchen Das Drohen mit Hinwegscheiden, ich gestehe, gefällt mir nicht. So lästig, kostbar, verdriesslich mir die Landtagsmarschallstelle ist, nachdem der Landtagsabschied so magere Resultate geliefert, so werde ich doch nicht wie ein begossener Kater den Schwanz zwischen die Beine nehmen und hinwegrennen, sondern tüchtig um mich beißen“ (17. Juni 1827). Vincke antwortete ebenso brüsk: „Den übrigen das Kataster betreffenden so anmassenden als rücksichtslosen Inhalt des Schreibens zu beantworten verbietet mir die Achtung, welche ich dem Verdienste eines sonst von mir verehrten Mannes widme, auch wenn die Verfolgung einer fixen Idee ihn zu Verirrungen, Bitterkeit und Einseitigkeit leitet. Ich ziehe vor, garnichts darauf zu erwidern und der Fortsetzung schriftlicher Unterhaltung zu verzichten“. Der Bruch war da. Auch die Bemühungen des beiden Männern befreundeten Er-

⁸⁾ P. II. 507.

bischofs von Köln, des Grafen Spiegel, den Streit zu schlichten, (vergleiche den Briefwechsel, Deutsche Rundschau, Jahrgang 53, Juni/Juli 1927) waren vergeblich, obgleich Stein ehrlich zugestand, zwar „in der Sache selbst recht gehabt“, jedoch „zu harte Ausdrücke gebraucht zu haben“, und erklärte, zu bedauern, „dass er nicht mildere gewählt habe“. Als Vincke hartnäckig blieb, erklärte der einundsiebzigjährige Stein in aufloderndem Zorn, er „sei auch unter gegebenen Umständen nicht zu alt, um an ein anderes Instrument als die Feder zu appellieren“. Schliesslich kam doch durch Spiegels Vermittelung die Versöhnung zustande, und Vincke sprach wieder von den „Beweisen der Gewogenheit und des Zutrauens“, die Stein ihm gegeben habe, dankte ihm in „inniger Verehrung“ und hat dem älteren Freunde einen tiefempfundenen Nachruf geschrieben.

Ganz rücksichtslos war aber Stein doch nur dort, wo ihm Verdorbenheit oder Laxheit auf sittlichem Gebiete entgegentraten. Hier liegt der Schlüssel zu dem Rätsel seiner Urteile über den Fürsten von Metternich und den Fürsten Hardenberg.

Pertz sagt einmal⁹⁾: „Metternich und Stein stiessen einander wie zwei entgegengesetzte Grössen ab“. Stein äussert sich im Verhältnis zu den langjährigen offiziellen Beziehungen, die ihn mit dem gleich ihm im Rheinland geborenen österreichischen Staatsmanne verbanden, selten über ihn; wo er es tut, fällt die schneidende Schärfe und innere Gleichgültigkeit seines Urteils auf. Im Tagebuch vom Wiener Kongress¹⁰⁾ schildert er ihn folgendermassen: „Metternich hat Verstand, Gewandtheit, Liebenswürdigkeit; es fehlt ihm an Tiefe, an Kenntnissen, an Arbeitsamkeit, an Wahrhaftigkeit. Er liebte Verwickelungen, weil sie ihn beschäftigten Er ist kalt und daher abgeneigt, die edleren Gefühle im Menschen anzusprechen“. Wer nur einigermaßen die Geschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kennt, wird Wort für Wort die Richtigkeit dieser objektiven Schilderung nachprüfen können. Aber Stein geht weiter. Er nennt Metternich „pffiffig, leichtsinnig, flach“, wirft ihm vor, dass er „mit Ernst und edlen, reinen Gesinnungen, gründlichen Kenntnissen hätte Grosses leisten können, auch in der Bundessache“. Er wirft ihm „Phrase, Lüge, Friivolität“ vor und schreibt beissend an die Gräfin Voss (Juli 1826): „Ich lauere auf den ersten Kanonenschuss des Lord Cochrane (des englischen Befehlshabers der griechischen Flotte); ich höre, sein Hauptschiff hat er „Fürst Metternich“ genannt; da dieser ein Freund der Zweizüngigkeit, double dealing, findet er sich auf diese Art in seiner wahren Stellung, eine Hand mit dem Oelzweig, eine mit der Lunte“.

Gelegentlich nennt er ihn den „grossen Mephistopheles von Wien, der den Artikel 13 der Bundesakte hinwegsofistizieren wolle“, und fährt fort: „Der durch die lautere Milch des Jesuitismus noch ungetrübte Menschenverstand lässt sich durch diese dialektischen Fechterstreiche nicht irreleiten“ (an Spiegel, 11. Januar 1818). Seine Abneigung ist so stark, dass er ihn im Rheinland nicht sehen will, und als ihn bei einem Disput in Rom, wo er 1820 weilte, Niebuhr fragte: „Hegen etwa E. E. keinen Hass gegen den Fürsten Metternich?“, ent-

⁹⁾ IV. 107.

¹⁰⁾ Histor. Zeitschrift, Band 60 (N. F. 24) Heft 3.

gegnete er: „Hass? nein! aber wenn ich ihm auf der Strasse begegnete, würde ich ihm ins Gesicht speien“.

Gegner Steins haben versucht, auch dieser allerdings weitgehenden Verurteilung persönliche Motive unterzuschieben. Dabei hat er die perfide Art, mit der Metternich das Stein mehrfach versprochene Schloss Johannisberg am Rhein an sich gebracht hatte, nur einmal ganz kurz erwähnt (an Vincke 6. Januar 1816): „Die mir vom Kaiser Alexander und so vielen gegebene Erwartung, den Johannisberg zu erhalten, ist durch Metternich vereitelt. Er ist ein Kaiserlich Oesterreichisches Domänenstück geworden. Hierüber mag ich weiter nichts sagen“. Dabei muss man bedenken, dass dieser Deutsche, der Jahre hindurch alles geopfert hatte, um Deutschland zu befreien, während die Fürstendiener im Amte waren, der einzige war, der ohne jede Dotation seitens der deutschen Mächte blieb!

Die Gründe zu Steins Urteil über Metternich liegen doch einzig und allein in dessen politischer und sittlicher Unzuverlässigkeit, wie sie von allen Seiten bezeugt wird. Selbst der ihm sklavisch ergebene Gentz muss zugeben, dass „in Metternichs Charakter manches unsauber und anstössig“ sei. Napoleon nennt ihn einen „jongleur diplomatique“, ein anderer „einen Courtisan, der an der Spitze der Geschäfte steht“. Er, der nachgewiesenermassen in Paris mit Talleyrand und Fouché gegen Napoleon intriguierte, der unter dem Einfluss dieser Männer den Krieg von 1809 leichtsinnig heraufbeschwor und nach dem Verlust von Wagram die Tochter seines Kaisers schmachlich opferte, hat später zu Gagern geäussert, „er sei der doyen unter den grossen Staatsbeamten, und wer sein Feind sei, müsse ein Narr sein“.¹¹⁾

Dabei war er so feige, dass der Marschall Lannes über ihn zu Napoleon äusserte: „Ueber diese Hundedemut und Nichtigkeit! Ich hätte ihm während des Gespräches mit dir einen Tritt geben wollen, und du solltest vorne nicht das leiseste Zucken des süssen Mundes wahrgenommen haben“.¹²⁾ Auch Humboldt spricht von ihm als von einem „schwachen, inkonsequenten Minister, der, wie das Glück ihn einen Augenblick verlässt, in grösster Verlegenheit ist, alles persönlich nimmt, falsch und hinterlistig ist und am Ende mit Schaden bestehen wird“.¹³⁾ Ein so charakterloser Intriguant „fürchtete natürlich alles, was von Stein herzurühren schien“.¹⁴⁾ Er sah in ihm den Verteidiger der deutschen Sache, die er durch die Verträge von Teplitz und Ried sabotiert und durch das am 3. Januar 1815 gegen Preussen und Russland mit England und Frankreich geschlossene, von ihm, Castlereagh und Talleyrand unterzeichnete geheime Kriegsbündnis schnöde verraten hatte. Napoléon fand bekanntlich die Urkunde dieses Vertrages nach seiner Rückkehr von Elba und sandte sie an Alexander, der sie in Steins Gegenwart dem entlarvten Metternich vorhielt, um sie dann in falscher Grossmut zu vernichten.

Von da ab war der Bruch zwischen beiden Männern vollendet, und der kleinliche Metternich suchte sich zu rächen, indem er Stein als den Vertreter

¹¹⁾ P. I. 284.

¹²⁾ Schmidt-Weissenfels: Fürst Metternich, S. 64.

¹³⁾ Gebhardt; Humboldt als Staatsmann, I. S. 388 f.

¹⁴⁾ Humboldts Bericht bei Gebhardt I. 424.

des „Tugendbundes, rein gesprochen, der deutschen Jakobiner“ hinstellte und ihm als Protestanten unterstellte, dass er, wie diese alle, das Ziel habe, „die Autorität zu stürzen“.

Nicht weniger verächtlich erschien Metternich dem sittenstrengen Stein durch seinen Mangel an ethischer Wahrhaftigkeit. Im schneidenden Gegensatz zu dessen unerbittlichem Ernst der Lebensführung hatte er schon als Jüngling am Hofe des Mainzer Kurfürsten gelernt, Konvention und Schein für Sittlichkeit auszugeben und seine Pläne und Taten sittlich und, wenn es nottat, auch religiös zu begründen, während er in Privatbriefen an die Stelle des Christentums die „gesunde Vernunft“ setzte, ja sogar mit hässlichem Zynismus einer seiner vielen Geliebten, der Fürstin Liewen, schrieb: „Ich respektiere das Gesetz (der Ehe) unter allen Umständen; nur bin ich zuweilen schwach genug, mich dagegen zu verfehlen“. Hier, in dem Verhältnis zu den Frauen, liegt ein weiterer Grund zu den harten Urteilen Steins. Schon als Gesandter in Paris benutzte Metternich sein ehebrecherisches Verhältnis zu Caroline Murat, der Liebblingsschwester Napoleons, zur Einfädelung von Intriguen; bis in das Alter hinein folgte eine Geliebte der andern, und spottend schreibt 1820 Stein von dem Siebenundfünfzigjährigen: „Ich danke dem Vielbeschäftigten, dass er den Blick von den Geliebten und Geschäften ab und meiner Angelegenheit zugewandt“. Und dieser Mann, der 1804 sich in Berlin mit der Prinzessin Wilhelmine Rohan, späteren Herzogin von Sagan, kompromittierte, schreibt scheinheilig über diese Zeit: „Mein ganzes Leben hindurch habe ich schlechte Gesellschaft verabscheut; der Prinz Louis Ferdinand war von solcher umringt“.¹⁵⁾

In diesem Falle liegen die berechtigten Gründe des Steinschen Urteils also klar zutage. Schwieriger gestaltet sich die Beurteilung seines Verhältnisses zum Staatskanzler Hardenberg.

Im Schlagwort der landläufigen Geschichtsauffassung werden die beiden Männer geradezu als Dioskuren, — der eine der Fortsetzer und Erfüller der Ideen des andern, — behandelt. Ursprünglich sind sie sich auch nicht entgegen gewesen. Sie haben einander berufen und empfohlen, und noch 1813 in Dresden und Reichenbach ist Steins Eintreten für Hardenberg der Grund für die Verärgerung Niebuhrs gewesen, der an Arndt¹⁶⁾ schrieb: „Er hat die treueste Liebe mit Füßen getreten und ihre Vertraulichkeit dem blinden Vorurteil für den elendesten Menschen, für Hardenberg, geopfert“. Früher hatte Stein an Vincke geschrieben: „Man muss den Gesinnungen, Grundsätzen und der Arbeitsamkeit des Staatsministers Herrn von Hardenberg Exzellenz Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nur bei einer so komplizierten Maschine, bei so vielen Einwirkungen lässt sich nicht alles geradezu durchsetzen“. Mehrfach hat sich Stein in seinen Urteilen über Hardenberg widersprochen. So hatte er 1810, wie oben gezeigt, in dem Streit um die Finanzpläne Hardenberg wenigstens bedingt zugestimmt und Niebuhr getadelt; in den „Lebenserinnerungen“ aber behauptet er, dass „Schön und Niebuhr die Nichtigkeit seiner luftigen Finanzpläne sehr nachdrücklich bewiesen hätten und Hardenberg sie „deswegen entfernt“ habe“. Und

¹⁵⁾ Nachgelassene Papiere, Bd. I. S. 42.

¹⁶⁾ 15. April 1813 = Notgedrungener Bericht II, S. 162.

während er früher gemeint hatte, Hardenberg habe „in dem Urteil, welches viele über ihn fällen, für seinen König büssen müssen“, ¹⁷⁾ wirft er ihm später vor, „sein Leichtsinn habe ihn verleitet, in Paris den vorteilhaften Augenblick unbenutzt zu lassen“; er habe „gegen die Absicht des Königs blindlings unterzeichnet und Paris verlassen, ohne dass irgend etwas wegen der Abrundung des preussischen Staates festgesetzt gewesen sei“. ¹⁸⁾

Wann ist der unheilbare Riss zwischen beiden eingetreten?

Schon aus Dresden schreibt Niebuhr ¹⁹⁾ von einem „höchst beleidigenden Billet“, das er von Stein erhalten habe, „weil ich die Rechtlichkeit eines Individuums in Zweifel zu ziehen wagte, von dem er jetzt mit der grössten Verachtung spricht“. Da sich dieser Satz auf Hardenberg bezieht, muss der Bruch damals bereits begonnen haben. Seeley ²⁰⁾ setzt ihn schon in das Jahr 1812, als die „Patriotenpartei“, auf deren Nachrichten der verbannte Stein damals angewiesen war, Hardenberg vorwarf, er habe durch den Pariser Vertrag vom 24. Februar 1812 die gute Sache im Stich gelassen, aus reiner Sucht, im Amte zu bleiben. „Da verlor auch Stein die Achtung vor ihm, die er sich bis dahin bewahrt hatte.“

Persönliche Kränkungen, die übrigens bei Stein selten eine Rolle spielen, konnten damals kaum mitsprechen. Stein wusste noch nichts davon, dass Hardenberg in zwei geheimen Unterredungen mit dem Königspaar am 10. und 11. November 1808 gegen ihn intriguiert und in einem Immediatbericht vom 8. Februar 1813 über Steins Tätigkeit in Ostpreussen von einer „proclamation très bien écartée“ gesprochen hatte, „mais infiniment exaltée et insurrectionnelle du baron de Stein aux Prussiens“. Hier zeigt sich die Berechtigung des Urteils, das Amalie v. Beguelin ²¹⁾ über Hardenberg fällt, wenn sie sagt: „Ohne es zu wissen oder zu wollen, war er mitunter etwas Komödiant, doch mit ehrlichem Herzen, und er bediente sich dieses Talentes nur, wenn er in der Klemme war, um sich gewandt herauszuhelfen“. Stein selbst hat in einem Briefe an Gagern (1. Mai 1826) mit rücksichtsloser Schärfe folgende Gründe für sein Urteil angeführt: „Meine Abneigung gegen den Staatskanzler beruht nicht auf einer einzelnen Tatsache, sondern auf seiner skandalösen Liederlichkeit, (wodurch er zu schlechten Gesellschaften hingezogen wurde), seinem Stolz, der ihn veranlasste, alle tüchtigen, selbständigen Männer von den Geschäften zu entfernen und mittelmässige oder nichtswürdige zu wählen, — seiner Falschheit, die verhinderte, dass er nie eine dauerhafte Freundschaft knüpfte, seiner Verschwendung des öffentlichen Vermögens, seinem Leichtsinn und seiner Oberflächlichkeit, da er nichts Gründliches konnte“.

Stein fühlte im tiefsten Innern den Abgrund, der ihn von dem leichtlebigen Jünger des aufgeklärten Absolutismus trennte. Er zürnte über den „stumpfen, seichten, aufgeblasenen, falschen und egoistischen Mann“, der „alles an sich reisst, um zu untergraben, zu lähmen, zu verpfuschen, weil er nur sich und sein elendes Ich und nicht das Edle, Grosse, Gute im Auge hat“. Er sah,

¹⁷⁾ Nach Arndt, Wanderungen, S. 181.

¹⁸⁾ P. VI. Beil. S. 196.

¹⁹⁾ P. III. 385.

²⁰⁾ Bd. 2. S. 418.

²¹⁾ Denkwürdigkeiten S. 287.

wie das von ihm entworfene und begonnene Riesenwerk des innern Neubaus Preussens, das er auf sittliche Erziehung, Gemeingeist und Selbstverantwortung gründen wollte, von Hardenberg zu einem französisch-liberalen, individualistischen und zugleich polizeihaften Bürokratentum verhunzt wurde, das geeignet war, gerade jene sittlichen Kräfte wieder zu lähmen. Er klagt über die Vervielfältigung der Behörden, die fehlerhafte Organisation und spottet über „den guten Greis“, der „erdrückt wird vom Gewicht der Geschäfte, da er das einzelne tun will und nicht wagt, sich mit kräftigen Männern zu umgeben und sich ihnen anzuvertrauen, weil er an dem kleinlichen Ruhm hängt, alles selbst zu tun, und fürchtet, in einen Weg gezogen zu werden, den er nicht kennt“.

Und das alles tat Hardenberg mit dem Anspruch, in Steins Sinne zu handeln. So wenig verstand er dessen Wesen, dass er entsetzt war, seinen Namen als ersten unter einer Eingabe des westfälischen Adels gegen seine Ablösungspläne der gutsherrlichen Rechte zu sehen, und „fast mit Tränen“ zu Eichhorn sagte: „Sehen Sie einmal, so handelt jetzt Stein, dessen Massregeln ich doch nur ausführe“.

Die schwersten Vorwürfe aber erhebt Stein gegen Hardenberg in sittlicher Beziehung. Er „bewundert die Geschicklichkeit des Staatskanzlers, alle tüchtigen, talentvollen Männer lahm zu legen“. „Der Geist des Herrn ist von ihm gewichen, der Segen des Himmels fehlt dem alten Sünder, nichts gedeiht unter ihm, nichts gelingt ihm“ (an Gagern 16. September 1818). Auch an Meerfeldt schreibt er (5. Februar 1822) von der „skandalösen Immoralität des obersten Staatsbeamten“, dem „absichtlichen Entfernen tüchtiger, das öffentliche Vertrauen besitzender Männer“ usw. Er wirft ihm „geistigen, körperlichen und sittlichen Marasmus“ vor²²⁾ und verbeisst sich so in seinen Hass, dass er einmal sogar gegen seine innere Vornehmheit verstösst. Nach dem Tode des Gegners schreibt er nämlich: „Wenn er nur wirklich ernstlich und zum letzten Male tot ist, so gratuliere ich der preussischen Monarchie zu diesem glücklichen Ereignis“. Diese Worte sind Steins nicht würdig!

In der Form würdiger, in der Sache kaum weniger scharf ist die Schilderung in den 1823 geschriebenen „Lebenserinnerungen“:²³⁾ „Herr v. Hardenberg hatte die Gutmütigkeit und Freundlichkeit sanguinischer, genussliebender Menschen, einen Verstand, der leicht fasste, Tätigkeit, ein vorteilhaftes Aeussere. Es fehlte aber seinem Charakter sowohl an einer moralischen, religiösen Basis als an Grösse, intensiver Kraft und Festigkeit, seinem Verstand an Tiefe, seinen Kenntnissen an Gründlichkeit; daher seine Schwäche, sein Uebermut im Glück, seine weinerliche Weichheit in Widerwärtigkeiten, seine Oberflächlichkeit, die durch seine Sinnlichkeit, Stolz und Falschheit geleitet, so vieles Uebles verursachten. Er entfernte alle tüchtigen Menschen, umgab sich nur mit mittelmässigen, oft schlechten, die ihn missbrauchten und unanständig behandelten, seine Lieblingsunterhaltung waren unzuchtige Reden. Der vertraute Umgang mit nichtswürdigen Weibern, die mit seinen grauen Haaren, seinem Stolz, seiner Würde kontrastierten, machte ihn noch verächtlicher. Er untergrub den alten preussischen

²²⁾ P. V. 565.

²³⁾ P. VI. Beilagen S. 173 ff.

Geist der Sparsamkeit und des Gehorsams, und als er starb, hinterliess er die Finanzen zerrüttet und die Staatsgeschäfte in den Händen einer Ueberzahl schlecht ausgewählter Beamter. Nicht nach dem Grossen und Guten strebte er um des Grossen und Guten willen, sondern als Mittel zu eigenem Ruhm, daher begriff er es nicht, erreichte es nicht, und ging dahin, nicht geachtet, nicht betrauert“.

Ohne Frage wird Stein hier den unleugbaren grossen Verdiensten des Staatskanzlers um Preussen in keiner Weise gerecht. Aber seine Urteile sind charakteristisch für die Unbeugsamkeit seiner Forderungen auf sittlichem Gebiete. Im übrigen trifft Steins Verurteilung bei aller Schärfe genau den Kern der Fehler Hardenbergs, dieses „vir muliebricus“, von dem Arndt sagt, dass die „Weiber eine zu mächtige Gewalt über ihn hatten“. Auch Treitschke, der ihn sonst wohlwollend behandelt, spricht von dem „Unrat“, der ihn umgab und durch den er „jedem Gauner eine leichte Beute“ wurde. Auch seine Verschleuderung öffentlicher Gelder ist leider amtlich einwandsfrei bezeugt. Stein durfte aber hart urteilen, weil er gegen sich selber strenger war als gegen andere. „Innerlich“, sagt Arndt, „verlangte er von Hochgeborenen doppelte Strenge in sittlicher Haltung, die ja leider so vielen Hohen fehlt.“²⁴⁾

Neben dieser allgemeinen menschlichen und sittlichen Grundlage ist für die Urteile Steins über seine Mitmenschen seine Stellung zum Fürstentum, Beamtentum und besonders zum deutschen Kleinfürstentum von Bedeutung. Stets hat er sich im Bewusstsein der ehemaligen Reichsunmittelbarkeit seines Hauses den Fürsten ebenbürtig gefühlt, und auch dem von ihm selbst zum Landesherren erwählten Könige von Preussen gegenüber trat er als Minister mit einem Mangel an „Ehrerbietung“ nach damaligen höfischen Begriffen auf, der sehr wohl des Königs Zorn, allerdings auf keinen Fall die schmachvolle Entlassung Steins, erklärt. Allgemein bekannt dürfte ja die unglaublich kühne Antwort Steins auf eine hochmütige Bemerkung der Zarinmutter, einer geborenen Prinzessin von Württemberg, sein, die Arndt²⁵⁾ mitteilt: „Sie hätten sagen sollen, nicht des deutschen Volkes schäme ich mich, sondern meiner Brüder, Vettern und Genossen, der deutschen Fürsten“.

Mit Karl August von Weimar stand er, wie er selbst nach dessen Tode schreibt, „seit 43 Jahren in freundschaftlichem Verhältnis“, und doch hat er ihm gelegentlich eines Zusammentreffens in Nassau nach den übereinstimmenden Erzählungen von Pertz²⁶⁾ und Arndt²⁷⁾ eine solche Lektion erteilt, dass der Oberpräsident Graf Solms-Laubach sagte: „Nein! Wie der mit Fürsten umgeht, mir ist noch ganz heiss davon; ich zitterte immer, es würde Szenen geben“. Hierher gehört auch die Ansicht, „Gott habe dem König die Macht der Begnadigung gegeben, aber kein König könne aus einem Schurken einen ehrlichen Mann machen“.

Rechnet man dazu die blutige Ironie, die er gegen den König von Sachsen 1813 gebraucht, der von Napoleon gezwungen wurde, „der Aufführung unzüch-

²⁴⁾ Wanderungen S. 36.

²⁵⁾ Wanderungen S. 71.

²⁶⁾ V. 861.

²⁷⁾ Wanderungen S. 167–170.

tiger Schauspiele der Visitandines beizuwohnen und mitzulachen“, und „der abends noch den Beichtvater kommen lasse, um sich zu entschuldigen“, und der „dennoch Napoleon für einen Mann, von Gott gesandt halte“²⁸⁾, so versteht man schliesslich, wie der Verbannte, der 1812, von Russland aus, Leben und Vermögen für die Befreiung Deutschlands aufs Spiel setzte, an den Grafen Münster, den eiskühlen Vertreter dynastischer welfischer Interessen, in heiligem Zorn von dem „Lumpengesindel deutscher Fürsten“ sprechen konnte, „die 1801 und 1802 vor Laforest und Mathieu Favier gekrochen“ hätten.

Hier liegt auch der Angelpunkt für die oft angegriffene Beurteilung seiner Zeitgenossen durch Stein: Er war nicht, wie sein Mitarbeiter Altenstein verleumderisch den König glauben machte, „ein guter Minister für das Volk, aber nicht für den König“, sondern ein überzeugter Monarchist altständischer Vasallentreue, dem nie ein Wort des Verdrusses oder der Erbitterung über diesen wahrlich undankbaren Monarchen über die Lippen gekommen ist.

Weit über höfischen oder dynastischen Interessen aber stand ihm die „Freiheit der deutschen Nation, welcher die Fürsten so gut als die letzten ihrer Untertanen das Opfer ihres Vorteils zu bringen verpflichtet sind“²⁹⁾ „Jede Versorgung“, schrieb er 1814 über den Entschädigungsplan Hardenbergs, „eines Franzosen oder eines Korsen in Deutschland ist eine Beschimpfung des Volkes, welche dasselbe tief verwunden würde“³⁰⁾

Ihm, dem es stets nur um die Sache, nie um die Person zu tun war, galt der „Gemeingeist“ mehr als alles formale Fürstenrecht, wie für ihn das allgemeine Sittengesetz in jedem Rechtsverhältnis über das positive Recht in dubio triumphierte, so wenig er letzterem in seiner Sphäre seine Bedeutung absprach. Denn dieser Gemeingeist „entspringt aus der Liebe zur Genossenschaft, deren Mitglied man ist, und erhebt sich durch sie zur Vaterlandsliebe“.

Fürst und Volk sind für Stein nicht einfach nebeneinander stehende, sondern jeder aus eignem Recht schöpfende, organische und schicksalsmässig verbundene Faktoren des nationalen Lebens, auf Treu und Glauben einander verpflichtet. „Man wird auch nicht den Dümmden aus dem Volke glauben machen, dass es von meiner Willkür abhängt, wann und wie ich eine Verbindlichkeit zu erfüllen habe“, schreibt er mit Bezugnahme auf das nicht eingehaltene königliche Verfassungsversprechen an Eichhorn (2. Januar 1818). „Er wird sagen: Die Obrigkeit fordert von mir Gehorsam, gestützt auf die Worte des Evangeliums (Matthäi): Gebt Gott, was Gottes, und dem Kaiser, was des Kaisers ist; ich bin dazu bereit, aber zu einer Zeit und in einer Art, die in meinem Ermessen steht“.

Die Würdigung jedes Volksgenossen als eines wertvollen Gliedes der Gesamtheit, die „Veredlung des Untertanen zum Staatsbürger“, beherrscht als Ziel vollständig die Stellung Steins zu der Frage des Rechtsverhältnisses zwischen Fürsten und Volk; sein Mittel ist der Kampf gegen den Egoismus auf beiden Seiten, der nur geführt werden kann in einer ehrlich konstitutionellen Monarchie. Jede Gemeinschaft, auch nur theoretischer Natur, mit den Männern von 1789

²⁸⁾ P. III. 382.

²⁹⁾ P. III. 98.

³⁰⁾ P. IV. 17.

ebenso wie mit den „Demagogen, Pamphletisten und Schreibern“ hat er stets abgelehnt. „Mouchelmorde“, schreibt er am 9. August 1819 über die Tat Sandts an Capodistria, „die man zum Range patriotischer Handlungen erhebt, Verbrechen, die durch verkehrte Anwendung der edelsten und ehrwürdigsten Grundsätze hervorgebracht worden sind, heldenmütige Erhebung, die sich bis zum Begehen einer Handlung der greulichsten Treulosigkeit verirrt, eine Verbindung von Lehrern der Jugend, um ihnen Grundsätze beizubringen, welche die sittliche, religiöse und gesellschaftliche Ordnung zerrütten, . . . alles das möchte diejenigen zum Verzweifeln bringen, welche aufrichtig das Glück der Menschheit wünschen, soweit es möglich und in diesem Leben zu erreichen“.

Aber „das Recht des Königs“, das ihm „heilig“ ist, braucht die sichere Basis der Verfassung: „Denn nur auf diesem Wege allein kann der Nationalgeist positiv erweckt und belebt werden“. „Das öffentliche Zutrauen lässt sich nicht befehlen; es will erworben werden“. ³¹⁾ Diese gegenseitige sittliche Bindung zwischen Fürst und Volk erscheint Stein auch deshalb wichtig, weil sie die Fürsten vor der Gefahr der Menschenverachtung schützt, die in ihrer souveränen Stellung liegt, und weil sie den Einfluss derjenigen Menschenklasse zurückdrängt, die Stein wie keine andere hasst und verachtet, die der Höflinge. Wie nötig solche Bindung war, beweist der Umstand, dass in der Fünferkommission des Wiener Kongresses selbst ein Metternich erklärte, „dass auch in der vorigen Verfassung (des Reiches) den Untertanen gewisse Rechte zugesichert gewesen, in den letzten Zeiten aber in einzelnen Staaten solche Bedrückungen eingetreten seien, wider welche die Untertanen in der Zukunft notwendig gesichert werden müssten“. So habe der Württemberger verfügt, die Begüterten müssten einen Teil des Jahres in der Residenz zubringen. An solchen Auswüchsen des „Souveränitätsgefühls“ gab Stein mit Recht den Höflingen die Schuld.

Der unbedingten Beamtenherrschaft, dem „Buralismus“, hatte einst sein Kampf in Preussen gegolten, und am 30. März 1822 klagt der Greis an Wilhelm von Humboldt: „Wir werden von besoldeten, buchgelehrten oder empirischen, interessenlosen, eigentumslosen Buralisten regiert. Diese wenigen Worte enthalten den Geist unserer und ähnlicher geistloser Regierungsmaschinen, besoldet, also strebend nach Erhaltung und Vermehrung der Gehälter, buchgelehrt, also lebend in der Buchstabenwelt oder flacher Routine, interessenlos, denn sie stehen mit keiner der den Staat ausmachenden Bürgerklassen in Verbindung, sie sind eine Kaste für sich, die Schreiberkaste, eigentumslos, also alle Bewegungen des Eigentums treffen sie nicht, es gebe Regen oder Sonnenschein, die Abgaben steigen oder fallen, man zerstöre althergebrachte Rechte oder lasse sie bestehen, man theoretisiere alle Handwerker zu patentisierten Puschern und alle Bauern zu Brinksitzern und substituiere an die Stelle der Hörigkeit an den Gutesherren die Hörigkeit an die Juden und Wucherer, alles das kümmert sie nicht, sie schreiben, schreiben, schreiben im stillen, unbekannt, unbemerkt, unberührt und ziehen ihre Brut zu gleichen Schreibmaschinen an“. Gewiss hat hier der Undank, den er erfahren, das Bewusstsein, dass die durch die „liberale Schreiberkaste“ in erster Linie neben der selbstsüchtigen Herrscherbegierde der Höf-

lingsschaft heraufbeschworene „Reaktion“ dabei war, seine Pflanzung zu ersticken, seinen sonst so klaren Blick getrübt. Hier tritt der „Tadler“ Stein einmal in besonders schroffer Form hervor, durch die Misanthropie des Alters ins Hässliche gesteigert. Solche Schatten in dem Lichtbild des grossen Mannes sollen wahrlich nicht verschwiegen werden. Und dennoch trifft die Mehrzahl seiner Vorwürfe auch in dieser Verzerrung im Kern nur das, was er stets bekämpft hat. Er geißelt den Mangel an innerer persönlicher Bindung der Beamten an die Volksgemeinschaft. Er vermisst die Einordnung des Beamtenstandes als organisches, lebendiges Glied in den Gesamtorganismus des Staates.

Wie verächtlich mussten ihm da die Männer erscheinen, die nur den fürstlichen Launen zur Befriedigung dienten! Stein hatte an sich eine Abneigung gegen zu höfliche Menschen. „Er hielt die, die zu schüchtern oder zu fein vor ihm auftraten, für Tröpfe oder gar für Schleicher und Schelme“, erzählt Arndt³²⁾, und Seeley³³⁾ glaubt, er habe, „so oft sich ihm Leute mit höflichem Gewinsel und Grinsen näherten“, „im Geiste den Grafen Haugwitz vor sich gesehen und die Schlacht bei Jena im Hintergrunde“. Diese Abneigung übertrug sich sogar auf das gesamte Gebiet des „diplomatischen Geschäftemachens“, das seine Jünger „leicht entweder zu vollkommenen charakterlosen Pinseln oder zu Schurken“ mache.

Ueber die Höflinge findet er denn auch eine wahre Auslese von vernichtenden Ausdrücken. Er wirft ihnen Klatschen und Lügen vor, sagt von einem Hofmann, er habe „eine Eselshaut, woraus man Pergament machen könnte, sie färbt nicht,³⁴⁾ nennt Gentz einen „Menschen von vertrocknetem Gehirn und verfaultem Herzen“, — wie denn das „verfaulte Höflingsherz“ geradezu Stammgut in seinem Wortschatz ist, — einen „elenden, feigen, in Wollüsten untergegangenen Sophisten“³⁵⁾ und bezeichnet Haugwitz als „gebrandmarkt mit dem Namen eines ränkevollen, listigen Verräters, eines schamlosen Lügners und eines abgestumpften Wollüstlings“.³⁶⁾ Die vollste Schale seines Zornes aber ergiesst sich über das Urbild des Höflings, den Oberhofmeister Fürsten von Wittgenstein. Auf ihn „passe die Maxime, qu'un vrai courtisan doit être sans honneur et sans humeur“.³⁷⁾ Er nennt ihn einen Schuft, den „Spuckkasten für des Königs Galle“, und erklärt zusammenfassend: „Es gibt Kreaturen, von jenen bösen Kreaturen, welche Gott in seiner geheimnisvollen Weisheit auch hat werden lassen, die sich gleich Vampyren und Wanzen oft bei den besten Fürsten festssaugen und die sie zuletzt nicht abschütteln weder können noch mögen. Ich kenne ja diesen Wittgenstein. . . . Es ist ein Jammer, aber selbst gute Könige gewöhnen sich zuletzt an solche lächelnden Altweibergesichter; es ist ihnen oft bequem, auch solche um sich zu haben, denen sie in übler Laune nötigenfalls einen Fusstritt geben können“.³⁸⁾

³²⁾ Wanderungen S. 20 u. 29.

³³⁾ Bd. II. 486.

³⁴⁾ P. III. 326.

³⁵⁾ P. VI. 218.

³⁶⁾ Ranke, Denkwürdigkeiten Hardenbergs, V. 360 ff.

³⁷⁾ P. VI. Beil. 167.

³⁸⁾ Arndt a. a. O. S. 100 f.

Am stärksten machte sich der Schaden solchen Höflingseinflusses in den Ländern der deutschen Kleinfürsten bemerkbar, von denen Stein, wie schon erwähnt, — allerdings in einem Augenblick höchster nationaler Sorge und Erregung, sogar als von „Lumpengesindel“ gesprochen hat. Von dieser Abneigung gegen „die kleinen deutschen Fürsten als solche“ sagt Gagern einmal,³⁹⁾ „sie gehöre mit dem, was darin fehlerhaft sein möchte, zu seinem Charakter, zu seiner Originalität, sei ein Teil seiner Geschichte und der Geschichte der Zeit“.

Gewiss spielen hier die bittersten persönlichen Erfahrungen eine Rolle. Nie hat Stein es den Nassauer Herren vergessen, dass der Usinger Fürst am letzten Tage des Jahres 1803 seine Güter Frucht und Schweighausen ohne jedes Recht in Besitz genommen hatte. Damals hatte er zornig geschrieben: „Es ist hart, ein erweislich 700 jähriges Familieneigentum zu verlassen. . . Es ist noch härter, alle diese Opfer nicht einem grossen . . . edlen Zweck zu bringen, sondern, um der gesetzlosen Uebermacht zu entgehen, um — doch es gibt ein richtendes Gewissen und eine strafende Gottheit“.

Diesen Rechtsstandpunkt hält er auch noch 10 Jahre später in einem Schreiben an Vincke (1. November 1815) fest: „Die Mediatisierten bildeten durch ganz Deutschland eine Klasse, die gleiche Rechte mit allen Fürsten Deutschlands genoss, denen fremde Gewalt sie entriess und in deren Genuss die gegenwärtigen Besitzer und Regenten mit Unrecht gekommen sind“.

Aber der tiefste Grund der Abneigung gegen die Kleinfürsten war kein persönlicher, sondern ein nationaler. „Mein Wunsch“, schreibt er am 1. Mai 1826 an Gagern, „Preussen gestärkt und vergrössert zu sehen . . . , floss . . . aus der Ueberzeugung, dass die Zerstückelung Deutschland schwächt, um Nationalehre und Nationalgefühle bringt, es unfähig macht zu einer staatswirtschaftlichen Verwaltung und den einzelnen, indem es ihm einen der Hauptträger der Sittlichkeit, die Vaterlandsliebe, entzieht, herabwürdigt“. Er erkennt die doppelte Gefahr, die für Deutschland in der Souveränität der Kleinfürsten liegt. „Besteht“, fragt er (an Gagern 1813) „die Freiheit Deutschlands allein in der Macht der Fürsten oder in der Freiheit der Einwohner und der Kraft der Nation?“, und (an denselben, 2. Dezember 1830): „Bei Bestimmung des Verhältnisses von Belgien gegen Preussen präsierte der hannöversche Neid, der den beschränkten Castlereagh leitete, und überhaupt der deutschen Ministeriumskulisse, als wenn es in Deutschland darauf ankäme, ob ein Mecklenburg existiere, und nicht, ob ein starkes, festes, kampffähiges deutsches Volk ruhmvoll in Krieg und Frieden dastehe“.

Und diese Souveräne hatten „1801 und 1802 vor Laforest und Mathieu Favier gekrochen“, hatten „durch die Selbstsucht und Treulosigkeit ihrer Kabinette“ die Herrschaft Napoleons über Deutschland heraufbeschworen; und „in dem Augenblick, wo die Hand, die das Steuerruder führte, erlahmte, wurde das Schiffsvolk meuterisch und verliess den Seeräuberhauptmann, unter dessen Anführung man bisher nach Herzenslust geplündert, unterdrückt und sich gebrüstet hatte“.⁴⁰⁾ Er traut ihnen auch 1814 noch nicht, sondern lässt alles „von dem Fortgang der kriegerischen Unternehmungen“ abhängen. „Denn so, wie die

³⁹⁾ IV. 5.

⁴⁰⁾ Bailleu, hist. Zeitschrift 46 (N. F. B. 10 = 1881. S. 191.)

Hoffnung oder Furcht der Zurückkehr des grossen Gespenstes immer mehr verschwindet oder wächst, so werden die Fürsten geschmeidiger oder fester werden“ (an Solms-Laubach, Strassburg, 7. Januar 1814). Auch in wirtschaftlichen Fragen hat er die nationale Unzuverlässigkeit der Kleinstaaten gerügt: „Frankreich und England mag ein Interesse haben, in Deutschland für seine Fabrikate und Produkte einen offenen Markt zu haben, während es den seinigen verschliesst, und es ist den erbärmlichen, antinationalen, neidischen Ansichten unserer kleinen Kabinette angemessen, sich an das Ausland anzuschliessen, sich lieber von Fremden peitschen zu lassen, als dem allgemeinen nationalen Interesse die Befriedigung kleinlichen Neides zu opfern“ (an Gagern, 6. Mai 1828).

Schlimmer noch erscheint ihm der demoralisierende Einfluss der Kleinstaaterei. In einer Prager Denkschrift vom August 1813⁴¹⁾ sagt er: „Nahm die iltere Zerstückelung Deutschlands seinem Bewohner das Gefühl der Nationalität, verminderte sie das seiner Selbständigkeit, gab sie ihm einen kleinlichen, vom Interesse des Vaterlandes abgewendeten Blick, so behielt er, der unter dem Schutz der Gesetze lebte, doch Sittlichkeit, ein Gefühl seiner persönlichen Würde. Beides wird aber schnell untergehen in diesen kleinen Despotien, wo er der Laune der Regenten und seiner Günstlinge preisgegeben und unwiderruflich verloren ist, sobald er es nur im geringsten wagt, seine Fesseln zu lösen, sich zu erheben. Der Deutsche wird also fortschreitend schlechter, kriechender, unedler werden, . . . sollte die gegenwärtige Zerstückelung durch einen zukünftigen Friedensschluss befestigt werden“. Die „Souveränität“ dieser Fürsten verspottet er als „aus Aufgeblasenheit, Genussliebe und Herrschsucht entstanden“. „Diese Souveränität hat ihnen ja nichts zu erhalten gekostet als Niederträchtigkeit und das Blut ihrer Untertanen“. An anderer Stelle nennt er sie eine „ungeheure Mischung von Rechten, Missbräuchen und Anmassungen“.

Man fühlt hier den berechtigten Groll des „Deutschen“, der weiss, dass diese Kleinfürsten „niemals Oberherren, sondern Glieder und Untertanen des Kaisers und Reiches gewesen sind und die durch den Rheinbund ihnen gegebene Souveränität nichts als eine Usurpation ist“.

„Bei der Konstruktion des Bundes“, schreibt er an Gagern (23. August 1830), „war es ein grosser Missgriff, der seinen Grund in dem Dünkel der Ministeriunkula der kleinen Fürsten fand, allen Bundesmitgliedern gleiche Rechte zu erteilen, gleiche Verbindlichkeiten aufzulegen. Dadurch erhielten die ersten einen Umfang, die letzteren eine Schloffheit, die in kleinen Territorien die verderblichsten Folgen hatten und ganz anders hier als in den grossen Staaten wirkten“.

Dass es den „hundsfüttischen Ministern dieser Prinzlein“ später gelang, „glauben zu machen, dass die, welche eine feste und gesetzmässige Ordnung der Dinge fordern, Ruhestörer seien, die Throne und Altäre umstossen wollten, dass es geheime Gesellschaften gäbe, die ihre Verzweigungen über den ganzen Erdkreis verbreiten, dass man sie überwachen, sie durch die Bajonette im Laum halten muss . . .“,⁴²⁾ das hat den grossen, loyalen, freidenkenden Reichserbherrn aufs tiefste empört.

⁴¹⁾ L. v. Ompteda, Polit. Nachlass, III. 224 ff.

⁴²⁾ P. V. 55.

Und diese Worte richteten sich gegen den leitenden Minister jenes durch Napoleon zusammengeschweissten oder, wie Braun-Wiesbaden, der geistreiche Spötter des Rheinlands, einst sagte, „vom Rheinbund 1806 geborenen souveränen Herzogtums Nassau“, in dem Steins Stammgüter lagen, gegen den Staatsminister Marschall von Bieberstein. †) .

Um Steins seelische Stellung zu der inneren Politik des neuen Herzogtums würdigen zu können, muss man die Gründe berücksichtigen, die er selbst dafür anführt, dass ihm Nassau „immer fremd geblieben“ sei, „nach den Grundsätzen der dem Reich unmittelbar Angehörigen“. „Sie standen sogar in einer misstrauenden Spannung gegen die Fürsten, und die gegenwärtigen Machthaber haben gegen mich und gegen die ganze Klasse, zu der ich gehöre, einen hohen Grad von Ingrimm; sie fühlen sich beleidigt, dass man ihr Machwerk nicht vergöttert, ihrer Pffigkeit und Unwahrheit nicht traut“. ⁴³⁾ „Westfalen ist mir teuer“, „weil ich unter zwanzigjährigen Erinnerungen hier lebe, unter alten Freunden, auf einem Gut, das selbst noch viel Gelegenheit, zu bessern, zu ordnen usw. anbietet. Mich drückt in Nassau das Gefühl, dass ich fremd und ohne Interessen für die Umgebungen bin“. In einem Schreiben an den Herzog von Nassau vom 27. August 1816 bekennt er, dass er sich „als einen preussischen Untertanen betrachte und gegen das Herzogtum kein anderes Verhältnis habe als das, welches jeder Ausländer hat gegen das Land, worin ein Teil seines Vermögens liegt“. ⁴⁴⁾ Mit schneidender Schärfe begründet er in einem gleich zu behandelnden persönlichen Konflikt seine ablehnende Haltung durch folgende Feststellungen: „Ich habe nicht gewohnt in dem Herzogtum Nassau, denn von 1780 bis 1808 war ich in preussischen Diensten und wohnte in Westfalen. Berlin, Preussen; von 1808 bis 1813 war ich verbannt und wohnte in der österreichischen Monarchie; von 1813—1815 im September wohnte ich im Hauptquartier des Kaisers von Russland; von 1815 im September bis jetzt hielt ich mich in Frankfurt, Cappenberg, Nassau auf, erklärte aber im August 1816 dem Herrn Herzog von Nassau ganz deutlich, dass ich mich nur als einen auswärtigen Güterbesitzer in seinem Lande, hingegen als einen preussischen Untertanen ansehe“. ⁴⁵⁾

„Hiermit hängt eine persönliche Kränkung zusammen, die der „Höfing“ Marschall ihm zugefügt hatte und die ihn besonders tief verletzt zu haben scheint. Als mit den siegreichen Heeren am 13. November 1813 Stein als Haupt des Verwaltungsrates für die eroberten Länder in Frankfurt erschien, näherte sich ihm natürlich auch der nassauische Minister von Marschall, ein Vertreter jener „Sündflut der Prinzen und Souveräne, die sehr erstaunt waren, dass man so viel Umstände mit ihnen machte und ihnen ein viel ehrenvolleres Dasein zugestand, als sie durch ihr erbärmliches Betragen verdient hatten.“

⁴³⁾ An Gagern, 5. August 1819 = P. V. 414.

⁴⁴⁾ P. V. 83.

⁴⁵⁾ P. V. 208.

†) Ob die Stellungnahme des Verfassers zu der Beurteilung des nassauischen Staatsministers Marschall durch den Freiherrn von Stein auch gegenüber einer noch fehlenden eingehenden Untersuchung der Persönlichkeit Marschalls und seines Werkes standhalten würde, möge dahingestellt bleiben.

Dass nun Marschall im Namen seiner Herzöge damals schleunigst den Sequester aufhob, der am 4. Januar 1809 nach dem französischen Achtsbefehl über die sämtlichen Güter Steins verhängt war, die Einnahmen seit 1809 nachzahlen liess und die „Mannlehen in Weiberlehen“, — Stein hatte nur Töchter, — umwandeln liess, kann man beim besten Willen nicht als Verdienst Marschalls gegen Stein buchen, wie es Sauer tut. Es waren Taten der reinen Angst vor dem allmächtigen Manne, nachdem man an der Grobheit Yorks die Gefahr erkannt hatte, in der man schwebte. Empört war deshalb Stein, als Marschall später (1816) behauptete, seine Familie „sei durch die Liberalität der Vorfahren des (jungen) Herzogs von Nassau ausgezeichnet worden“. „Mir ist garnicht bekannt“, schreibt er (27. August 1816) dem Herzog, „dass meine Familie gleich der von Marschall'schen je der Gegenstand der Liberalität der Grafen und Fürsten von Nassau gewesen; versteht er vielleicht die Nassauischen Lehne, so bemerke ich, dass der grösste Teil meines Vermögens Allodium und nicht $\frac{1}{10}$ Lehen ist, dass auch von diesem die meisten von säkularisierten Fürstentümern und Abteien herrühren, die erst 1803 dem Haus Nassau zufielen, und dass überhaupt zur Zeit der Entstehung der Lehne der Vasall lästige Pflichten zu erfüllen hatte. Nach der vor 1806 geltenden Verfassung war Deutschland mein Vaterland, kein näheres hatte ich“. Sauer findet nun einen merkwürdigen Ausweg, diese „Wohltaten“ doch noch glaubhaft zu machen. Nach dem Dörnberg'schen Aufstand von 1809 war Steins Schwester Marianne, Dechantin des Stiftes Homberg in Hessen, unter nichtigem Verdachte, an der Stiftung einer Fahne für die Aufständischen mitgewirkt zu haben, auf Napoleons Befehl verhaftet, erst nach Kassel, dann über Mainz nach Paris geschleppt worden. Schliesslich wurde die 62 jährige Dame auf die Bitten ihres Neffen, des sächsischen Gesandten Grafen Senfft von Pilsach, wenigstens nach Kassel zurückgeschickt. Am 18. Februar 1811 wandte sie sich an Marschall mit der Bitte, sich nach der Haftentlassung in Wiesbaden erholen zu dürfen. Diese Bitte wurde gewährt. Und damit soll die Berechtigung des Wortes nachgewiesen werden, das Marschall noch schärfer in einem Schreiben an den Legationsrat von Bock (8. März 1818) ausspricht: „Man muss so unartig sein wie Herr vom Stein, um es zu wagen, eine solche Theorie aufzustellen, die noch dazu gegen den Regenten eines Landes, der ihn und die Seinigen mit Wohltaten überhäuft, und in dessen Land er wohnt, gerichtet ist“.

Dass Stein trotz dieser gewiss berechtigten kühlen Gesinnung gegen den neuen nassauischen Staat gewillt war, ihm seinen Rat und seine Mitarbeit nicht zu entziehen, zeigen die mehrfachen zustimmenden Urteile zu Marschalls Entwurf der Verfassung vom 1. September 1814. Dass, wie Sauer glaubt, „die wichtigsten und freisinnigsten Teile der Verfassung nicht aus Marschalls, sondern aus des grossen Steins Feder geflossen sind“, ist allerdings nicht richtig und lässt einen sehr wenig schönen Nebenzweck dieser Behauptung als Verdacht auftauchen. Stein erklärt nur, der Entwurf „enthalte die wesentliche Grundlage einer gemässigten Staatsverfassung, deren Bildung in den kleinen und mittleren deutschen Staaten noch weit dringender sei als in grossen Monarchien, deren Ausdehnung allein und die freier ausgesprochene und bedeutendere öffentliche

Meinung schon die Willkür und die Laune der Fürsten weniger verderblich für den einzelnen mache“.⁴⁶⁾ Er lobt Marschalls „Verdienst, diese Ideen zuerst im Nassauischen laut und deutlich ausgesprochen und ins Leben gebracht zu haben“. warnt aber bald darauf (15. Juni 1814) schon vor falschen Schritten: „Will man auch die Unterdrückung aller Rechte und aller Unabhängigkeit als ein Produkt der Gewalttätigkeit Napoleons ansehen, so kann man Baden, Württemberg, Bayern . . . doch die Härte und Gemütlosigkeit vorwerfen, womit sie ihre Souveränitätsrechte ausgeübt. Sie strebten nach einem Sultanismus und selbst nach einem schlechten“. Er rät (10. August 1814), dem Herzogtum eine Verfassung zu geben, „worin man das Alte berücksichtigt, das Neue benutzt, um Willkür und Anarchie zu verbannen und Bürgerglück zu gründen“. Für den nach Steins Ratschlägen umgearbeiteten Entwurf der Verfassung, der am 1. September 1815 vom Herzog genehmigt wurde, setzte sich Stein auch in Wien ein, ohne überall, z. B. bei Metternich, Gegenliebe zu finden.

Bald jedoch ändert sich sein Urteil. Er klagt über „die Zerrüttung, welche aus Verschwendung, Neuerungssucht, Dünkel, Falschheit und Souveränitätsmanie entsteht“,⁴⁷⁾ und schreibt (26. Juli 1819) an Görres: „Die Regierungen hätten freilich seit 1814 vieles anders machen können, insbesondere die nassauische: gute Absichten kann man ihr nicht absprechen, aber ihre Koryphäen sind besessen von einer Organisations- und Neuerungssucht, die sich auf Eitelkeit und seichte Selbstgefälligkeit gründet und sich in Anstalten und Einrichtungen ausdrückt, die dem Lande sehr kostbar und lästig sind, die auf das Zentralisieren und Paralisieren im einzelnen, auf eine Schein- und Papiertätigkeit, die unlautere Absichten beweist, und die sich in ihren liberalen Phrasen, in ihrem Eingreifen in die Wahl, in der ängstlichen Tutel der ständischen Versammlungen . . . zeigt, und die mit sehr gewalttätigen Massregeln . . . verbunden ist“. Der Unmut über die anmassende Art der Bürokratie, die Stein stets verdross, würde allein so schwere Vorwürfe nicht rechtfertigen. Sie liegen begründet in der Art, wie Marschall und, von ihm beeinflusst, der junge Herzog Wilhelm die 1814 gegebene Verfassung ignorierte.

Sauer behauptet zwar, es sei „nicht wahrscheinlich, dass Marschall die Entschliessungen des hochbegabten und selbständigen Herzogs Wilhelm in dem Masse geleitet“ habe, wie allgemein angenommen werde. Bestimmt zu bestreiten sei dies für die ersten Regierungsjahre.

Dem steht aber zunächst ein Schreiben Steins an die Fürstin Amalie von Anhalt-Schaumburg entgegen, dass Marschall in dem Herzog „die Besorgnis erregt habe, man wolle sein Ansehn untergraben, Massregeln, die sein Herr Vater ergriffen, tadeln“, „und dieser listige Mann, statt dem jungen Fürsten zu einem offenen, loyalen, edlen Betragen zu raten, zieht ihn nach sich auf seiner pfiffigen, krummen Katzenbahn. Er will seine Spinnweben ausspinnen und dann zusehen, wie sich die Fliegen fangen. Der ministerielle Schlaupkopf verleitet einen jungen, reinen, gutgesinnten Fürsten zur Rolle eines pfiffigen kleinen Despoten . . . er reisst ihn zu einer Reihe in der Form verfassungswid-

⁴⁶⁾ P. IV. 126.

⁴⁷⁾ P. V. 360.

riger, in der Sache verderblicher Massnahmen hin, wodurch er Liebe und Vertrauen des Landes und die Achtung des Auslandes verlieren muss“.

In einem andern Schreiben an die Fürstin sagt er Marschall und seinen Helfern nach, „sie brauchten den Herzog zum Werkzeug ihrer Herrschsucht und ihres Dünkels“.⁴⁸⁾ Auch der Oberpräsident Graf Solms-Laubach ist der Meinung, dass „der junge Herzog von Nassau höhere Begriffe von den Regenten- oder vielmehr Ministerialrechten (denn selbständig sind ja die Herren nicht) als von seinen Pflichten habe“ (an Stein, 23. Juli 1816), und weiter: „Marschalls Brief an Ew. Ex. ist ein merkwürdiges Produkt politischer Gleisnerei und ganz geeignet, um einen jungen Menschen ohne feste Grundsätze in seinen Anschauungen über Regentenrechte und -pflichten irre zu führen“.

Für die subjektive, psychologische Bewertung des Steinschen Urteilens kommt es zunächst weniger darauf an, ob er hier richtig gesehen hat, als auf die Motive und die äussere Veranlassung. Nach dem oben über Steins Stellung zum Höffingswesen Gesagten ist das scharfe Urteil subjektiv durchaus begründet. Wie in Preussen 1806, wie in Russland 1812, kämpft er in heiligem Zorn um Reinhaltung der fürstlichen Umgebung von Egoismus und Schmutz um des Volkes und um der Nation willen, die dadurch innerlich zerrissen wird. Hier ist noch dazu die äussere Veranlassung des Konflikts ein Angriff des Ministers auf die Heiligkeit der ständischen Verfassung, die Stein 1814 so freudig begrüsst hatte.

Schon 1815 hatte der Minister Marschall zwei einschneidende Verordnungen, — über eine neue Verwaltungsorganisation am 9. September und ein Steuergesetz am 11. Dezember, — erlassen, ohne die Stände, wie die Verfassung vorschrieb, zu berufen. Als dann am 5. Juni 1816 eine neue Gemeindeordnung die Selbständigkeit der Gemeinden aufhob und auch die mediatisierten Standesherrn in ihren Besitzungen der Regierungsbürokratie unterwarf, traten diese, an ihrer Spitze Stein, Graf Walderdorff, der frühere Erzieher des Herzogs, und die Fürstin Amalie von Anhalt-Schaumburg, die als geborene Prinzessin von Nassau im Interesse ihrer Tochter und ihrer Enkel mitbetroffen war, in mehreren Eingaben an den Herzog gegen dieses Verfahren auf.

Wenn Sauer behauptet, dass bei „diesem auf einer für die damalige Zeit anerkennenswerten freisinnigen Grundlage aufgebauten Gemeindegesetz nur das Zustandekommen ohne die Mitwirkung der Landstände tadelnswert gewesen sei“ und dass Stein „den Streit mit Heftigkeit und Erbitterung geführt“, dass „seine Beschwerden nichts wie Angriffe enthielten“ und „überall den Handlungen Marschalls und der Regierung die verwerflichsten Beweggründe untergelegt würden“, so schlägt er tatsächlich der Logik der Tatsachen ins Gesicht. Was Stein in seiner Eingabe vom 26. Juni 1816 dem Edikt vorwirft, dass es „das Wenige, was von der alten deutschen Verfassung bis jetzt noch übrig geblieben, ganz zerstöre, an seine Stelle ein Gemisch von Einfluss des gemeinsten Pöbels und von Bürokratie setze, . . . ferner den durch Kriegsschulden geschädigten Gemeinden noch neue Lasten der Besoldungen von Medizinal- und Forstbeamten . . . auferlege und ihren Bankerott organisiere und legalisiere“ — hat sich — leider — in der Geschichte der folgenden Jahrzehnte durchaus bewahrheitet!

⁴⁸⁾ P. V. 70 u. 105.

Weit verhängnisvoller in seinen Folgen wirkte sich eine scheinbar harmlose Verfügung Marschalls aus, die die Trennung der Domänen- von der Landessteuerkasse anordnete. Im Jahre 1808 war, — als besonderes Geschenk der Fürsten mit überschwenglichen Dankesbezeugungen erwidert, — die Leibeigenschaft aufgehoben und die Grundherren für die ausfallenden Erträge entschädigt worden, und am 14. Februar 1809 war durch ein neues Dekret erklärt worden, dass „die direkten Steuern bestimmt sind, denjenigen Staatsausgabenbetrag zu decken, der durch die übrigen Staatseinkünfte, namentlich Domänen, Regalien und indirekten Auflagen, nicht gedeckt ist“. Damit war die für kleine Territorien damals noch strittige Frage des Domäneneigentums zwischen landesherrlicher, privatrechtlicher Eigentumsanschauung und staatsrechtlicher, im Grunde altgermanischer, volksrechtlicher Besitzüberzeugung, — wie sie in weitschauender Weise im Hohenzollernstaat schon durch den Grossen Kurfürsten, radikal durch Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Grossen entschieden war, — auch in Nassau zugunsten des Staates festgelegt.

Jetzt erklärte Marschall plötzlich, „dass infolge der Trennung die Domänenkasse Ansprüche an die Landeskasse erlange, wegen Entschädigung für die verlorenen Gefälle, so aus der aufgehobenen Leibeigenschaft entstehen“. Stein verneinte in einer neuen Eingabe (9. August 1816), „dass der Souveränität die Befugnis zustehe, das Rechtsverhältnis zu ihren Untertanen willkürlich zu bestimmen und durch neue Gesetze teutsche Freiheit und wohlerworbene Rechte vertilgen zu können“.⁴⁹⁾

Wenn Sauer in diesem Schritt Steins „den Vater des Domänenstreites“ sieht, der, wie Treitschke sagt, „durch viele Jahrzehnte eine ekelhafte Eigentümlichkeit der deutschen Kleinstaaterie blieb“, so dreht er die Dinge um. Formell und materiell lag das Recht auf seiten der Stände, die Stein vertrat, und mit Recht schrieb er an die Fürstin Amalie: „Die jetzigen Machthaber im Herzogtum haben ihre Regierungsmaximen aus dem Moniteur geschöpft. Ihnen ist Verfassung, Herkommen, urkundliche Rechte, Geschichte leerer Tand und Seifenblase“.⁵⁰⁾

Bald sollte zu den sachlichen Streitigkeiten ein schwerer persönlicher Konflikt treten, der Steins Urteil über Marschall verschärfte. Als der Landtag endlich am 4. März 1818 nach Wiesbaden einberufen wurde, sah, wie Sauer zugibt, Marschall „den gewaltigen Mann ungern kommen“. Aber nicht das Schicksal kam, wie Sauer glauben machen will, Marschalls Wünschen zu Hilfe, sondern eine hässliche Intrigue musste ihm helfen, den Gegner ausser Gefecht zu setzen. In letzter Stunde wurde nämlich den Mitgliedern der Ständeversammlung ein Eid auferlegt, den, wie Sauer zugibt, die Verfassung von 1814 nicht kannte und den Stein nach seiner oben skizzierten Rechtsauffassung nicht ohne Vorbehalt leisten konnte. Dieser Vorbehalt, den Stein am 6. März 1818 dem landesherrlichen Kommissar von Dalwigk übergab, beruft sich auf die früher ausgesprochene Stellung als preussischer Untertan und wünscht „eine Auslegung jener Stelle des Eides („dem durchlauchtigsten Herzog und Herrn

⁴⁹⁾ P. V. 79.

⁵⁰⁾ P. V. 70 ff.

Wilhelm, Herzog von Nassau, ihrem Landesfürsten, treu und gehorsam zu sein“) zu erhalten, dass die gelobte Treue und Gehorsam sich auf meine Verhältnisse als Landstand und Gutsbesitzer allein beziehe“. Erst auf eine sehr unhöfliche und anmassende Antwort Dalwigks hin, dass „derjenige, wes Standes er sei, der Güter in einem Lande besitzt und darin wohnt, den Regenten dieses Landes als seinen Landesherrn anzuerkennen verbunden sei“, verzichtete Stein auf eine ihm bewilligte Audienz beim Herzog in Biebrich, entschuldigte sich kurz und reiste nach Frankfurt. Marschalls Versuch einer Demütigung war misslungen, und masslos und hässlich ist die Art, wie er seiner Wut in dem schon erwähnten Schreiben an den Legationsrat von Bock die Zügel schiessen lässt: „Herr vom Stein konnte gestern nicht von hier wegreisen, ohne den Herzog, soweit es in seinen Kräften stand, zu mouquieren. Er hatte den Herzog um eine Audienz gebeten, dieser sie ihm bewilligt, auch um 11 Uhr gestern anberaumt. Statt nach Biebrich zu kommen, reiste er um 10 Uhr hier weg, liess sich durch den Herzog erwarten und schickte ein Entschuldigungsbillet, dass ihn ein dringendes Geschäft verhindert habe, zu erscheinen. Dieser Mann erkühnt sich doch gegen teutsche Fürsten alle Ungezogenheiten darum, weil man sie ihm bisher hat hingehen lassen. In unserm Herzog wird er seinen Mann finden, der über dieses Betragen im höchsten Grade indigniert ist. Er hat förmlich erklärt, er wolle zwar als Landstand und Gutsbesitzer hier auf dem Landtage erscheinen, persönliche Verpflichtungen gegen den Regenten des Landes könne er aber als Fremder nicht übernehmen. Solche Theorien können in keinem monarchischen Staate angenommen werden, wo den Ständen eminente Rechte eingeräumt sind, die kein Regent von Fremden, die ihm den Gehorsam aufsagen, ausüben lassen kann“.

Man weiss wirklich nicht, was hier übler wirkt: der lächerliche Hochmut dieses Höflings gegen einen Mann wie Stein oder die Verdrehung der Tatsachen, die Stein „ein Aufsagen des Gehorsams“ und Behauptungen unterschiebt, von denen in seinem Vorbehalt kein Wort steht. Steins Urteile wie „Aufgeblasenheit“, „Pfffigkeit“ und „Gleisnerei“ sind schon durch dies Schreiben gerechtfertigt. Und doch wirkt weit ungünstiger für die Beurteilung des Charakters Marschalls eine Denkschrift, die er im August 1819 in Karlsbad vorlegte und in der er kalten Blutes dem sachlichen und persönlichen Streit folgende lügenhafte und verleumderische Darstellung gab: „Mit diesen Einrichtungen (der Organisation der Verwaltung) . . . war der Minister noch beschäftigt, als schon in den ersten Monaten des Jahres mit dem ihm eignen Ungestüm der Minister vom Stein auftrat und die alsbaldige Zusammenberufung der Stände forderte, auch verlangte, mit allen Verwaltungseinrichtungen müsse nun eingehalten werden, indem dazu die Mitwirkung der Stände notwendig sei Um seinem Verlangen mehr Ausdruck zu geben, verfügte sich der Minister vom Stein persönlich zum Herzog von Nassau, . . . bemühte sich, diesem Herrn die Handlungsweise des dirigierenden Ministers verdächtig zu machen und verband sich zu dem Ende mit der verwiteten Fürstin von Anhalt-Schaumburg, einer Tante des Herzogs, und dem Grafen Walderdorff, die, um den Zweck sicherer zu erreichen, einerlei Sprache zugleich mit dem Minister vom Stein führten. Allein an der

Einseitigkeit und Festigkeit des jungen Regenten scheiterten alle diese Versuche . . . In allgemeinen Phrasen über Ministerialdespotismus, Willkür, unleidlichen Druck Stein drückte gleich sein Bedauern über die, wie er äusserte, übereilt von den Deputierten angenommene Geschäftsordnung aus und bemühte sich, auf die Landesdeputierten in einem der Regierung ungünstigen Sinne zu wirken, indem er sich zugleich weigerte, die Verfassung zu beschwören, auf welche doch allein seine landständische Eigenschaft sich gründete“.

Welche Verdrehung liegt allein in dem Vorwurf, Stein habe sich geweigert, die Verfassung zu beschwören! Mit ihr, die er gerade verteidigte, hatte der Eid nichts zu tun, und es ist bezeichnend, dass Marschall bat, das Memorandum dem Fürsten Metternich selbst vorzulegen, sonst aber dessen Inhalt in Frankfurt streng geheim zu halten, „da die Beschlüsse in Karlsbad zu fassen und von hier aus den Kabinetten mitzuteilen seien, damit sie gleichsam wie der Blitz aus heiterem Himmel kämen“. Zugleich ist es ein lehrreiches Beispiel, wohin Uebereifer in der Verteidigung führen kann, wenn Sauer zur Rechtfertigung Marschalls den „festen Entschluss der Regierung“ anführt, „die Einstellung der Forderung der Entschädigung für die verlorenen Leibeigenschaftsgefälle durchzusetzen“. Ein solches Verfahren den Landständen gegenüber würde fast auf Erpressung herauskommen.

Die hämische Art Marschalls trat besonders unangenehm zutage, als im Mai 1818 eine Flugschrift erschien: „Prüfende Bemerkungen über Nassaus Landstände“, die ähnliche Beschwerden erhob, wie seinerzeit Stein sie geltend gemacht hatte, und die Stände aufforderte, „im Verein mit dem Herzog dem Ministerialdespotismus ein Ende zu machen, der sich als Vermächtnis der jüngsten Zeit überall zwischen Regent auf der einen und Land und Landstände auf der andern Seite gedrängt habe, jenen in Täuschung und diese in Unterjochung halte usw.“. Obgleich vieles in der Flugschrift Steins Ansichten entsprach, missfiel ihm ihr Ton, und er schrieb an Gagern (21. Mai 1818): „Ueber die nassauischen Stände ist eine Flugschrift erschienen, die ein Gemenge von Wahrheit, Irrtum und zuletzt ein Element von tollem demokratischem Unsinn enthält. Mein Exemplar habe ich an den Grossherzog von Weimar geliehen und kann es also nicht mitteilen. Wahrscheinlich werden Sie es erhalten können, da der Verfasser gewiss bedacht sein wird, sein Licht nicht unter dem Scheffel zu verbergen“.⁵¹⁾ Weiter spricht er in einem Brief an Capodistria⁵²⁾ von „Unruhestiftern, seien diese gewinnsüchtige Flugschriftenschreiber, fantastische und oitlo Gelehrte oder Bösewichter, die durch den Umsturz zu gewinnen hoffen“. Trotz dieser klaren Stellungnahme begann Marschall, Stein zu verdächtigen. Als Verfasser der „Prüfenden Bemerkungen“ vermutete man den Gymnasialdirektor Snell in Wetzlar, den Bruder des wegen der „Dillenburger Denkschrift“ schnöde entlassenen Kriminalrichters Snell, dessen durch Solms und Savigny befürwortete Anstellung in Bonn Marschall, wie er mit hässlicher Schadenfreude dem Bundesgesandten von Handel schreibt, hintertrieben hatte. Schon taucht die Version auf, dass Snell nur „Bearbeiter der Ideen eines Dritten“ sei, und

⁵¹⁾ P. V. 250.

⁵²⁾ 9. August 1819 = P. V. 400.

Marschall berichtet an den preussischen Minister von Schuckmann (7. Juli 1819) von „Einschaltungen, die, wie ich glaube, von einem sehr bedeutenden Manne einer andern Partei herrühren, die zwar wohl Unruhen, aber doch nicht die Vernichtung aller erblichen Vorrechte will“. Natürlich fand man auch einen „Kronzeugen“ für diese Verdächtigungen. Da war ein Pfarrer Dombois zu Rodamberg, ein harmloser Trottel, von dem Sauer berichtet, dass er „in einem historischen Kalender nicht, wie zu erwarten stand, die Schlacht bei Leipzig, wohl aber die für die nassauischen Truppen ruhmreiche Schlacht bei Waterloo vermerkt habe, eine Eintragung, die den reinsten nassauischen Patriotismus des Pfarrers offenkundig machten“. Diesen verhaftete man als Mitverdächtigten, und der gute Mann erzählte wichtig, er „habe im Snellschen Hause zu Weilburg gehört(!), der Minister vom Stein sei der Verfasser der „Prüfenden Bemerkungen“.

Was man bei dem persönlich gereizten Gegner noch verstehen kann, ist bei dem Historiker unverzeihliche Subjektivität. Es ist zu bedauern, dass, trotz der klaren Stellungnahme Steins, Sauer behauptet, die Flugschrift könne nur „auf Steins Veranlassung oder wenigstens unter seiner Kenntnis geschrieben sein“. Sie seien seine Abrechnung mit dem Minister von Marschall. Hässlicher noch ist die Begründung, das ganze Verhalten entspräche durchaus den Gepflogenheiten Steins bei Angriffen auf seine Gegner. Ihm sei es nur darauf angekommen, seinen Gegner Marschall mit dem Gespenst einer kleinen Revolution . . . zu schrecken, um diesem die ärgerliche Ausschliessung von der Herrenbank gebührend heimzuzahlen.

Sauers Vorwurf gründet sich wohl auf die Tatsache, dass Stein 1817 im Domänenstreit bezüglich einer Denkschrift Marschalls an den ihm damals noch befreundeten Görres schrieb (24. März 1817): „Der Vortrag des Herrn von Marschall über den finanziellen Zustand des Herzogtums Nassau ist wieder in dem ihm eigentümlichen Geist der Pfiffigkeit und Heuchelei verfasst . . . Das Sophistische und Gleisnerische des Ganzen glaube ich, in den anliegenden Bemerkungen angedeutet zu haben. Ich wünschte, E. W. griffen wieder zu Ihrer Geissel und liessen den kleinen, dicken Mann mit dem Katzenblick fühlen, — und schickten mir einen Aufsatz für die Allgemeine Zeitung, den ich einrücken lassen will“. Dass Stein wie Görres auch andere Mitarbeiter als literarische Helfer benutzte, ist bekannt und durchaus gegeben. Er sandte den Aufsatz an Cotta für die „Allgemeine Zeitung“, der ihn aber nicht abdruckte. Dagegen erschien von Steins Hand eine Kampfschrift im „Rheinischen Merkur“ (Stück 125) die in scharfer, aber würdiger Form die Sünden der Regierung geisselte. Verkrochen hat sich also Stein keineswegs.

Ganz unsinnig sind schliesslich die Verdächtigungen, die Marschall anlässlich des Löningschen Attentats auf den Geheimrat von Ibell gegen Stein und Gagern auszustreuen versuchte. Das wurde selbst dem oranierfreundlichen Gagern zu viel, und er schrieb an Marschall: „Ich halte es guter und redlicher Sitte gemäss, die unter uns bestandenen freundschaftlichen Verhältnisse förmlich aufzusagen oder darauf zu verzichten. An ihre Stelle tritt Misstrauen, Missbilligung und Abneigung. Ungefähr wie ein nach und nach gefülltes Glas endlich überläuft.“. Stein aber gab seiner Empörung in einem Brief an Gagern folgenden kräftigen Ausdruck (30. August 1819): „Da ich ausser der Berliner und Ham-

burger Zeitung keine lese, so weiss ich nicht, was in den andern erzählt worden. Ihre Schreiber handeln im Geiste ihres Handwerks, wenn sie alles auffassen, verbreiten und auch erfinden, was den Pöbel ihrer Leser anziehen kann. Auch wundere ich mich nicht, dass in einem Krähwinkel wie Wiesbaden dergleichen Dinge geglaubt, besprochen werden, besonders, da viele dorten geneigt sind, von mir das Schlimmste zu denken. Wenn aber in Frankfurt, und zwar nicht in Fuselkapellen, denn diese besuchen E. E. nicht, sondern in den guten Gesellschaften, wahrscheinlich auch von den Diplomaten, dergleichen Dinge von einem Manne gesagt werden, der vier Jahre unter ihnen lebt, dessen ganzes früheres Leben und dessen äussere Verhältnisse hinlänglich bekannt sind, wenn man von ihm dergleichen Dinge nur erwähnen kann, als einer Teilnahme an einer, — im Fall sie existiert, — ebenso verruchten als aberwitzigen Verschwörung, dann gestehe ich: vox faucibus haeret über eine solche viehische Dummheit oder eine solche teuflische Bosheit oder einen solchen nichtswürdigen und aus einem durchaus verfaulten Herzen entstehenden Leichtsinne“.

Nach dem Gesagten erübrigt es sich im Rahmen dieser Darstellung, näher auf die Verblendung einzugehen, mit der sich Marschall in kleinstaatlicher Verantheit gegen den Zollvertrag mit Preussen wehrte. So scharf naturgemäss auch hier Steins Kritik ist, so wirft sie doch kein weiteres Licht auf das persönliche Urteil über Marschall. Dass dieser übrigens auch in diesem Kampf nicht immer mit reinen Waffen gekämpft haben kann, dafür spricht die scharfe Stellungnahme Bernstorffs, der an den Bundesgesandten v. d. Goltz schrieb: „Es würde unter der Würde unseres Hofes sein, diesem in keiner Hinsicht achtungswürdigen Manne irgend eine gegen seine Person gerichtete Empfindlichkeit zu äussern“.

Es ist im allgemeinen gewiss kein erfreuliches Bild, das im Lichte des Steinschen Urteils vom Minister von Marschall entsteht. Er verkörperte ja alles das, was Stein bekämpfte: Der „Deutsche“ Stein stand gegen den engstirnigen Kleinstaatler, der Befreier der Nation gegen den Höfing und Fürstendiener, der geschichtlich denkende, ständisch gesinnte Aristokrat gegen den liberalisierenden „Buralisten“ und schliesslich der Schöpfer der staatsbürgerlichen Selbstverantwortung gegen den Vertreter der selbstherrlichen „Schreiberkaste“. Wenn trotz dieser vielen Gegensätze in Steins Urteilen jede Anspielung auf persönliche Schwächen, besonders in sittlicher Beziehung fehlt, so zeigt das, dass Marschall in anderer Beziehung höchst achtungswert gewesen sein muss. Vielleicht hat Sauer in gewissem Sinne recht, wenn er sagt: „Ein kleinstaatlicher Minister konnte im Jahre 1819 nicht wohl anders denken oder handeln wie Marschall“; indessen hätte er zufügen müssen: ein Minister, der, wie Marschall, eben nichts sein wollte als ein Beherrscher seines Herrn. Zu viel reinwaschen zu wollen, kann zum Schaden werden, wie Sauers Versuch zeigt.

Steins Urteile zeigen, auch wo sie hart erscheinen, strenge Gerechtigkeit und vielfach überraschende Milde und Verständnis für Schwächen seiner Mitmenschen, von denen er selbst frei war. Unerbittlich war er nur da, wo die zwei Sterne in Gefahr kamen, verdunkelt zu werden, die seinem Dasein leuchteten: das Glück und die Ehre der deutschen Nation und die Heiligkeit der sittlichen Lebensführung.

Die Reorganisation der Steinischen Güterverwaltung 1784.

Von

Rudolf Mackeprang, Nassau/Lahn.

Vorbemerkung: Aus der sehr grossen Zahl der Bücher und Arbeiten über Stein gilt naturgemäss der weitaus überwiegende Teil dem Staatsmann Stein. Mit dem Menschen Stein, mit seiner Familie und mit seiner Tätigkeit für sie beschäftigen sich nur ganz wenige. Adolf Bach schildert die Welt, die Stein in seiner Jugend umgab, Josef Lappe den Gutsherrn auf Kappenberg nach 1816. Die vorliegende Darstellung will einen Beitrag zur Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Steinischen Gütern in den 1780er Jahren liefern und den jungen Freiherrn, von dem wir in dieser Hinsicht noch wenig wissen, als Reorganisator der eigenen Güterverwaltung zeigen. Die Grundlagen der Arbeit bilden ältere Verwaltungsakten, die s. Zt. auch Lehmann vorgelegen haben, der aber für seine Zwecke nur einen kleinen Teil inhaltlich wiedergab. Benutzt wurden aus den Steinischen Verwaltungsakten in Nassau 1) die Akten „Die Einsendung der monatlichen Extracte betr.“ und 2) „Vorschriften die Führung der Rechnungen angehend.“¹⁾ Aus der Stein-Literatur wurden die bekannten Werke von G. H. Pertz (Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein. Berlin 1849—55); M. Lehmann (Freiherr vom Stein. Leipzig 1902—05); J. Lappe (Freiherr vom Stein als Gutsherr auf Kappenberg. Münster 1920) und A. Bach (Das Elternhaus des Freiherrn vom Stein. Bonn 1927) herangezogen.

Der Freiherrlich Steinische Familienbesitz bestand um die Mitte des 18. Jahrhunderts aus den reichsfreien Dörfern Frücht und Schweighausen und einem umfangreichen Streubesitz an Huben, Feldern und Wiesen, Gärten und Weinbergen; auf dem rechten Rheinufer über ein Gebiet von 18 Quadratkilometern und mehr als 50 Ortschaften verstreut, von Lorch bis tief in den westlichen Westerwald und von Engers bis weit in den Taunus hinein, vornehmlich natürlich um Nassau, dem alten Stammsitz des Geschlechtes; auf dem linken Rheinufer zwischen Steeg, Osterspai und Hatzenport.²⁾ Die Masse des Besitzes wurde von Pächtern bewirtschaftet; freiherrliche Beamte saßen in Nassau, Lahnstein, Sayn, Kirberg, Boppard, Steeg (Lorch), Hatzenport und Frücht.³⁾ Als Einnahmen kamen außer den Erträgen der Güter zahlreiche Zehnten und Gülten als Frucht- und Geldgefälle, ferner die Erträge von Rechten und die Renten aus der Erbuntertänigkeit in Betracht.

Trotz der vielen einträglichen Einnahmequellen war der Besitz stark verschuldet, besonders durch sorglose Bewirtschaftung und verschwenderischen Haushalt unter Christoph vom Stein, von ihm auf Karl Philipp vom Stein, den

¹⁾ Die Benutzung hat Herr Albrecht Graf von Kanitz, derzeitiger Besitzer des Steinischen Familiengutes, in liebenswürdiger Weise gestattet.

²⁾ Lehmann I. 2, Anm. 1: Des Stein'schen Rats Wieler „Verzeichniß sämtlicher Freih. v. Steinischen i. Herzogthum Nassau belegenen Güter, Höfe, Waldungen, Renten und Gefälle,“ Nassau 1. Februar 1809. Erläuterungen z. geschichtlichen Atlas d. Rheinprovinz (1898) 2, 216. 519 ff. 545. Bach, Elternhaus, S. 18 ff.

³⁾ 1784 Hausverwalter Magnus Larsen für Nassau, Ober- und Niederlahnstein, Verwalter Rudelius für Sayn, Verwalter Stoltz für Steeg und Lorch, Keller Seebold in Kirberg, Keller Deinet in Boppard, Vogt Klein in Hatzenport und Bürgermeister Löwenstein in Frücht.

Vater des Ministers, vererbt. Ueber die Veränderungen des Vermögens unter der Verwaltung der Eltern gibt Stein selbst in späteren Jahren (Nassau im September 1828) Bericht:

„Meine von mir hochverehrte und inniggeliebte Eltern hatten die große von meinem Urgroßvater Christoph vom Stein gemachte Schulden getilgt, bedeutende Bauten ausgeführt z. B. die hiesige zwey Flügel, sich bemüht, ihren 7⁴⁾ Kindern eine religiös-sittliche, ihrer Geburt, Geschlecht und dem selbstgewählten Beruf angemessene Erziehung zu geben, ihre Söhne zu brauchbaren tätigen Männern zu bilden und ihnen den Beruf zu gemeinnütziger Wirksamkeit schon in ihrer frühesten Jugend einzuprägen.

Sie verbesserten das Familienvermögen nicht allein durch Schuldentilgung, sie vergrößerten es durch den Ankauf der sogenannten Adelsheimischen Güter, anno 1779 den 29ten May und 14ten Juny, für die Summe von 58 000 fl.

Diese Güter waren alte vom Steinsche Alodial Grundstücke, so nach dem Erlöschen der Phylippinischen Linie anno 1701⁵⁾ an deren weibliche Descendenten, die Herrn von Adelsheim, und in der Folge an deren Erben, die Familie von Wrede, kamen, von der meine Eltern sie an sich brachten.“⁶⁾

In der Befürchtung, „die dermalige Arth zu leben und Vertheilung der Güter“ könne eine Zersplitterung und abermalige Verschuldung im Gefolge haben, wenn der Besitz dem ältesten, wenig wirtschaftlich eingestellten Sohn Johann Friedrich zufiele — Lehmann spricht von dem Misstrauen der Eltern in die wirtschaftliche Begabung der älteren Söhne —, hatte Steins Vater auf Betreiben seiner Gemahlin⁷⁾ bereits am 2. Februar 1774 einen Familienvertrag zustandegebracht, durch den seine gesamte liegende und fahrende Habe zu einem Fideikommiß erklärt wurde. Die Ernennung des Stammhalters behielt er sich vor. Rehberg, Steins Freund aus den Göttinger Universitätsjahren, versichert, die Mutter habe dabei von Anfang an ihren dritten Sohn Karl im Auge gehabt. 1779 wurde Stein in aller Form zum Heiraten und damit zum Fideikommißherrn berufen.⁸⁾ Als die Mutter 1783 starb, überließ der Vater, damals bereits nahezu 75 Jahre alt und ein kränklicher Mann, dem Sohn die Verwaltung des Familienbesitzes, die bis dahin in der Hand der Mutter gelegen. Unterstützt von seiner Schwester Marianne, die ziemlich gleichzeitig eine Stiftsstelle zu Wallerstein bei Homberg in Hessen erhalten hatte, ging er sofort an die Regelung der Verhältnisse der gesamten Gutswirtschaft. Dass er dabei die Verwaltung des Besitzes trotz seines meist kurzen Aufenthaltes in Nassau nicht seiner Schwester allein überließ, wird durch das Nachstehende belegt.

Stein war sich der Gründe des unzureichenden Erfolges der väterlichen Wirtschaft bewußt; er kannte die Art der Wirtschaftsführung und ihre Mängel; er hatte auf seinen Reisen und im preußischen Staatsdienste Erfahrungen

⁴⁾ überlebenden.

⁵⁾ Vergl. Aus unserer Heimat, Beil. zum Nassauer Anzeiger, 1926 Nr. 4.

⁶⁾ Konzept im Archiv auf Kappenberg, abgedr. bei Lappe, 208 ff.

⁷⁾ Henriette Karoline, verw. Freiin Löw zu Steinfurt, geb. Freiin Langwerth von Simmern. Vergl. auch Diel, Die Mutter des Freiheitsministers Stein, Lit. Beil. d. Köln. Volksztg. 19. Mai 1927.

⁸⁾ Familienvertrag, Zusatz vom 20. Oktober 1779.

sammeln können, die ihm jetzt im eigenen Hause zustatten kamen. Die Voraussetzung für eine Gesundung der Finanzen durch eine Reorganisation der Geschäfts- und Wirtschaftsführung war die Bestallung eines tüchtigen Verwaltungsbeamten in Nassau. Stein fand die dazu nötige, mit Energie und hinreichenden Fähigkeiten ausgestattete Persönlichkeit in dem Justizbeamten Wieler, der bis dahin in Hadmersleben bei Magdeburg im preußischen Justizdienst angestellt war. Seine Berufung in Steinsche Dienste erfolgte im Februar 1784. Am 1. April 1784 sollte Rat Wieler die Leitung der gesamten Güterverwaltung und des Kassen- und Rechnungswesens übernehmen. Um diese Zeit war der Freiherr nicht in Nassau anwesend; ihm war zu Anfang des Jahres 1784 die Verwaltung der westfälischen Bergwerke des preußischen Staates übertragen worden. Noch vor seiner Uebersiedlung nach Wetter a. d. Ruhr erließ Stein von Breslau aus Anweisungen an Rat Wieler. Der erste Brief der Korrespondenz lautet:

Breslau, den 20. März 1784.

Hochedelgebohrner, Insonders Hochgeehrter Herr

Wenn dieser Brief ihnen zukömt sind sie wahrscheinlich schon an dem Ort ihrer Bestimmung, und schon etwas mit ihren neuen Verhältnissen bekannt. Es komt nunmehr darauf an daß wir nach einem gewissen Plan zu Werke gehen, und sie werden es selbst fühlen daß seine Ausführung viele Behutsamkeit erfordert. Das erste was zu thun wäre, ist die Casse in feste Hand zu nehmen — um hiedurch in den Stand gesetzt zu werden Plan und Ordnung in das Rechnungswesen zu bringen. Sobald sie im Besitz der Casse sind, welches sie, mit dem Bewegungsgrund, meinem Vater die Beschwerde der eignen Rechnungsführung, abnehmen zu wollen, unterstützen müssen, so kann gleich mit Vorrichtung der Bücher der Anfang gemacht werden, nämlich eines Journale 2) eines Hauptbuchs — die Ordnung der Titel und Capitel des Hauptbuchs nehmen Sie, biß was beßers da ist, willkührlich an, vielleicht nach den titulen der alten Rechnungen. Monatliche Geld-Extracte schicken sie mir schon mit Anfang May.

2) die bessere Einrichtung der Rechnungen der Unter-Rendanten, wäre sodan der zweyte Gegenstand, ihrer Arbeit — fangen sie unterdeßen mit Rudelius als dem nächsten, wichtigsten und wegen seiner Bekanntschaft mit der Feder Arbeit am perfectibelsten, an.

3) der dritte Gegenstand wäre Einrichtung der Registratur, durch gehörige Separirung der Acten nach schicklichen Tituln und nach den Materien, b) Verrfertigung eines Repertoriy, c) müssen die Acten geheftet werden.

Der schicklichste Platz zur Registratur wäre die sogenannte Aepfelkammer — es ist ein großes geräumiges Zimmer, das man mit denen daranstoßenden Stuben verbinden kann, indem man eine Thür durchbricht, — hierüber bitte ich Euer HochEdelgebohren mit meinem Bruder Rücksprache zu halten — und alsdan würde sich die unmittelbar daran stoßende Stube, deren Fenster auf den Hof gehen, zur Arbeits-Stube am besten schicken.

An die vorangeführte Arbeiten könte meiner Meynung nach gleich Hand angelegt werden, und ich hoffe a) daß ich Geld-Extracte, und Materialien- oder vielmehr Producten-Extracte mit Anfang May erhalte b) einen Plan zur Arrangirung der Registratur ersuche ich E. HochEdelgebohren gleichfalls mir zu überschicken, sobald sie ihn entworfen.

Meine Absicht geht ferner dahin einen Etat oder Oeconomie-Plan über sämtliche Einnahme und Ausgabe zu formiren — dieses kann aber nicht eher geschehen biß folgende praeparatorische Arbeiten gemacht:

a) Indem Sie nun die Rechnungen führen werden Sie mit den Quellen der Einnahme, und den Gegenständen der Ausgabe bekant. — Es ist wesentlich um den Betrag jedes dieser Objekte gehörig auszumitteln und zu fixiren, Durchschnitte vom Betrag jeder einzelnen position aus älteren Rechnungen soweit es ihre Unvollständigkeit leidet zu machen.

b) Außer diesen Durchschnitten ist noch eine oeconomische und local-Recherche jeder einzelnen position u. branche erforderlich — diese generell und nach ihrem ganzen Umfang vorzunehmen, erlauben Ihnen voritzo Ihre Geschäfte noch nicht — einzelne nahegelegene Punkte werden von selbst ihre Aufmerksamkeit an sich ziehen, — die Extracte und Durchschnitte bitte ich demnach fertig zu halten bey meiner Ankunft, welche vor October unmöglich ist; die Bereisung und local-Recherche werde ich bey meiner Anwesenheit selbst mit Ihnen vornehmen; und beydes wird uns alsdann die nöthige data zur Entwerfung und Regulirung des Cassen-Wesens an die Hand geben.

Meine Briefe bitte ich immer nach Berlin zu adressiren. Ich bin mit der vollkommensten Hochachtung

Euer HochEdelgebohren

Ergebenster Diener

C Stein.

Wieler war am 13. April 1784 in Nassau eingetroffen. Die Uebergabe seiner bisherigen Amtsgeschäfte hatte ihn länger aufgehalten, als er selbst es wünschte. Mit Schreiben vom 16. April meldete er dem Freiherrn seine Ankunft, er bestätigte den Erhalt des vorstehenden Briefes vom 20. März 1784 und machte folgende Mittheilungen:

Wegen der Befolgung der erteilten Instruktionen habe er sich sofort mit dem Bruder Steins in Verbindung gesetzt, der ihn gebeten habe, in der Sache so behutsam wie möglich zu Werke zu gehen, da die beabsichtigten Aenderungen insbesondere dem alten Herrn Baron von Stein theils „seiner edlen Denkungsart gemäß“, theils wegen der Vorurtheile, „welche das liebe Alter vor der Gewohnheit hegte“, sehr auffallend sein würden, woraus sich unliebsame Vorfälle entwickeln könnten. Die Uebergabe der Kasse sei wegen des Abschlusses nicht wohl vor beendigter Frankfurter Messe möglich.

„Meines geringen Dafürhaltens“, schreibt Wieler weiter, „ist es ohnumgänglich erforderlich, daß ich, da das Fach, worin ich arbeiten soll, auf folgende Hauptpunkte, als die Führung der Haupt-Rechnung und damit verbundenen revision derer übrigen Rendanten-Rechnungen, die AufrechtsErhaltung derer denen Gütern zustehenden Gerechtsame und die administration der Justitz bey denen zu den Güthern gehörigen Dörfern und Höfen sowie auch wenigstens anfänglich in arrangement der Registratur, reduciret werden kann, mich erst richtige Begriffe von denen Gegenständen, so bearbeitet werden sollen, formire und samle, hieher gehört 1) genaue Kenntniß derjenigen Güter wovon die Intraden fallen, und 2) von den Intraden selbst, alsdann läßt sich zuförderst sowohl das Schema

zur Haupt-Rechnung als auch dergl. zu denen Rechnungen derer übrigen Rendanten gründl. entwerfen.

quoad 2. u. 3) find sich bey vorkommenden Fällen von selbst, und wird sehr dadurch erleichtert werden, wann quoad 4) die in der größten Confusion sich befindende Registratur in gehöriger Ordnung gebracht seyn wird.

Daß dieses aber keine Sache von einigen Tagen ist, werden Ew. selbst leicht einzusehen geruhen, da denselben die Unordnung, welche in allen Sachen herrscht, und die Gesinnungen derer Rendanten so daran gewöhnt sind, wenigstens einigermaßen bekannt ist.

Mein Schreiben kann daher noch gar nichts anderes enthalten, als daß ich Pflichtschuldigt meine Ankunft anzeige und unterthänigst bitten muß, mir bey angeführten Umständen und mehreren Ew. selbst noch näher bekannten Gründen einige längere Nachsicht zum erstl. Betrieb des mir gnädigst übertragenen Dienstes zu verstatten“

Auf dieses erste Schreiben Wielers antwortete Stein unterm 4. Mai 1784 aus Berlin:

„Die in ihrem geehrten Schreiben dt. 16. April angeführte Ursachen, warum sie die geschehene Aufträge zu erfüllen, noch zur Zeit nicht im Stande sind, gründen sich auf die bißherige Unordnung, womit bißher sämtliche Geschäfte sind behandelt worden. Der Charakter meiner Landsleute sowohl, als die dortige Verfaßung begünstigt eine gewisse Nachlässigkeit, Mangel von Precision und Genauigkeit in allen Geschäften des menschlichen Lebens und erschwert die Ausführung aller Plane, wobey jene Eigenschaften zu Grunde liegen. Doch macht mich auf der anderen Seite die Guthmütigkeit und Offenheit der Menschen hoffen, daß allmählig durch Ihre Beharrlichkeit und Tätigkeit diejenige Ordnung und promptitude in unsere Geschäfte wird gebracht werden, die man, wo nicht ausschließend, doch vorzüglich im preußischen Dienst lernt. Die Unordnung und Unvollständigkeit der Registratur entzieht Ihnen größtenteils den Leitfaden, um mit der Lage der einzelnen Sachen bekannt zu werden, doch werden sie sich durch Einziehung mündlicher Nachrichten theils von meinem Vater, theils von den übrigen in Naßau sich aufhaltenden Persohnen schon zu helfen wissen. Ich bin weit entfernt Sie bey der Führung ihrer DienstGeschäfte übereilen zu wollen, und ich hatte keine andere Absicht in meinem vorigen Brief, als Ihnen im allgemeinen den Plan bekannt zu machen, welchen ich mir gedacht hatte — und Sie bey ihren Vorarbeiten zu veranlaßen, sogleich darauf Rücksicht zu nehmen, nur ersuche ich Sie auf Rudelius Aufführung, und Treue in seinem Dienst, vorzüglich Rücksicht zu nehmen, weil ich verschiedene Veranlaßungen zum Verdacht gegen ihn habe“

In bezug auf die zu führenden Rechnungen folgte Wieler zunächst dem von seinem Vorgänger zugrundegelegten Plane, um nicht, ehe er genaueren Einblick in den Umfang und den Gang der Geschäfte genommen, „durch allenfalls unpaßende Neuerungen confusion“ in die Rechnungsführung zu bringen. Zugleich schlug er dem Freiherrn vor, auch bei den Unterrendanten die bisherige Art der Rechnungsführung einstweilen zu belassen, bis er einen zu genehmigenden Plan vorgelegt habe. Er verhehlt dabei nicht, dass das Rechnung-

führen der Rendanten einer gänzlichen Umschmelzung bedürfe. Da ihm die Besorgung der Einnahmen inzwischen von Steins Schwester übertragen worden war und die Uebergabe der noch fehlenden Unterlagen in aller Kürze erfolgen sollte, so glaubte Wieler, mit dem Monat Juni imstande zu sein, die von Stein verlangten Rechnungsauszüge zu überreichen. Einstweilen überschickte er den Plan, den er für die Einrichtung der Registratur entworfen hatte. Die Räume für die Wohnung des Beamten (Rats Wieler) und für die Unterbringung der Registratur wurden im Mai instandgesetzt.

Mit Schreiben vom 1. Juni übersandte Wieler die ersten Auszüge der Geld- und Naturalrechnungen betr. Monat Mai 1784. Der Freiherr antwortete bereits am 9. Juni von Wetter aus. Er schrieb u. a.:

„Ich sehe wohl ein, daß Ihnen viele Schwierigkeiten zu überwinden übrig bleiben, bevor Sie in den Gang der Geschäfte und insbesondere in das Rechnungswesen nur einen erträglichen Grad von Ordnung bringen, doch hoffe ich, daß durch anhaltenden Fleiß und Betriebsamkeit, auch wo es nötig, durch Ernst und Nachdruck nach und nach die eingerissenen Unordnungen vermindert werden.“

Die überschickten Auszüge waren dem Freiherrn nicht vollständig und übersichtlich genug. Seine Bemerkungen und Ausstellungen liess er, von seinem Briefe gesondert, niederschreiben in den

Monita zu den Extracten

pro mense May der Geld- und Korn-Rechnung von Naßau.

Generaliter wird bemerkt, daß, um eine vollständige Idee von dem jedesmaligen Zustand des Vermögens zu haben, noch erforderlich ist natural-Extracte von der Kellerey zu Hatzenport, Boppard, Kirberg, Steeg, Lorch, Lohnstein und Nassau, wie auch von dem Getreide-Boden zu Frücht einzusenden, daher die dortige Rendanten und Empfänger hiezu allenfalls bey Strafe anzuhalten, und muß ihnen zuerst die nöthige Anweisung über die Art sie anzufertigen gegeben werden.

2tens Ist denen Extracten ein kurzes raisonirtes Protocoll beyzufügen worinn die Positionen in dem Extract gehörig erläutert und die bey den verschiedenen Branchen der Wirtschaft getroffene Veranstaltungen angeführt werden.

3tens sind drey verschiedene Caßen zu formiren,

- 1 eine Haupt-Caße
- 2 eine Ueberschuß- und Dispositions-Caße
- 3 eine Wirthschafts-Caße.

In die Haupt-Caße fließen sämtliche Revenuen.

In die Dispositions-Caße sind die Ueberschüsse abzugeben, und ihr Betrag sogleich an die Herr Banquiers Noé-D'-Orville zu Fr-Fr a./M. abzusenden.

4tens In die Wirthschafts-Caße muß monatlich ein gewisses noch festzusetzendes Quantum fließen so denen Bedürfnissen der Naßauerwirtschaft angemessen ist.

Auf die Haupt-Caße sind als Ausgaben anzuweisen

- a) alles dasjenige was der Güter-Bau, unterhaltung der Häuser, Prozeß-Kosten, Gehälter, betrifft.

Aus der Dispositions-Caße werden die zur Amortisation und Zahlung der Zinsen Fonds genommen. Es ist demnach ein besonderer Geld-Extract über die Haupt- und Dispositions-Caße zu machen und bey der Wirthschafts-Caße ist

es zureichend, wenn nur die für sie bestimmte Einnahme bey der Haupt-Casse in Ausgabe gebracht wird.

Bey der Korn und Natural-Rechnung des Getreide-Bodens zu Naßau wird bemerkt

a. daß die Verkaufs-Preise nicht ante lineam aufgeführt werden welchem Mangel abzuhelpen.

b. daß die Bestände nicht auch zu Gelde angeschlagen nach denen wahrscheinlich zu erwartenden Preisen.

Die Geld-Extracte müßen der Regul nach mit denen Natural-Extracten in so weit übereinstimmen, daß dasjenige was in den Natural-Extract als verkauft in Ausgabe gebracht worden, in dem Geld-Extract in Einnahme aufgeführt werde, oder bey dem Natural-Extract in der ersten Designation stehe, damit beyde Extracte einander wechselseitig justificiren.

Wetter d 9t July 84.

C Stein

In einem ausführlichen Schriftsatz beantwortete Wieler Anfang August die Monita des Freiherrn; er machte eine Reihe von Vorschlägen für die praktische Durchführung der von Stein gewünschten Aenderungen und erbat für verschiedene Angelegenheiten seine Entscheidung. In Hinsicht auf die Vermögensverhältnisse hatte sich Wieler noch nicht die wünschenswerte Klarheit und Uebersicht verschaffen können, da er sich, — so schreibt er, — nicht erdreisten könne, „nach etwas zu fragen, welches ihm als eine Neugierde angerechnet werden dürfte.“

Gleichzeitig mit der Beantwortung der Monita übersandte Wieler die Extracte für die Monate Juni und Juli (ersterer hatte wegen einer Beurlaubung Wieliers zum endgültigen Umzug nach seinem jetzigen Dienstorte eine Verzögerung erfahren). Auch die hierauf erfolgte Antwort Steins ist für die spätere Gestaltung der Wirtschafts- und Rechnungsführung bedeutungsvoll, weil sie zeigt, daß der Freiherr in allen Fragen der Rechnungsführung genaueste Uebersicht für den Beamten und für sich verlangte und weil darin erstmalig ein von ihm gewünschtes Schema für die mit Recht im Vordergrunde stehenden monatlichen Auszüge aus den Rechnungen gegeben wird, das für die weitere Berichterstattung durch Wieler maßgebend bleibt. Das Schreiben Steins aus Wetter, datiert 20. August, lautet:

Aus dem von Ew. Hochedelgeb. dd. 5t August u. 18t m c eingelaufenen Schreiben, sehe ich daß eines der Haupt-Hindernisse welches Ihnen entgehen steht, darinn liegt daß Ihre Ressort und die Grenzen Ihres Geschäfts-Kreyßes nicht bestimmt sind. Wenn wir aber allein nach der Strenge der Worte urteilen, so ist Ihnen durch Ihre Instruction die Führung und Verwaltung der Cassen anvertraut, und da sie mein Vater genehmiget, so sind Sie auch berechtiget, zu allem demjenigen Verfahren, was die Erfüllung der ihnen darin vorgeschriebenen Pflichten erfordert.

Es ist zur Uebersicht des Ganzen ohnentbehrlich jeden Unter Rendanten zur ordentlichen Rechnungs Führung und Einreichung derjenigen Extracte anzuhalten, woraus sich der Fortgang der Wirtschaft ersehen läßt.

Ihe man aber den Unter Rendanten ein Schema der von ihnen zu führenden Rechnung und Extracte giebt, ist es nothwendig um dieses der Sache angemessen

zu machen, daß man sich durch Bereisung und Local-Recherche eine detaillirte Kenntniß von den einzelnen Quellen von Einnahme und Ausgabe verschafft, diese Bereisungen können bis zu meiner Ankunft nicht ausgesetzt bleiben da die Zeit meines Aufenthaltes nur kurz seyn wird, und es erforderlich, daß die Objecte. so besonders in Überlegung zu nehmen, schon festgesetzt, und einigermaßen praeparirt sind. Es müssen daher diese local-Recherchen, mit adhibirung der dahin gehörigen Acten unter der Hand, und ohne viel Aufsehen zu machen geschehen, Protocolle abgehalten, worin die Laage und die Umstände jedes Theils der Einnahme kurz beschrieben und Verbeßerungs-Vorschläge gethan.

Gegenwärtig sind die Geld-Extracte noch zu generell und summarisch und müssen in genauerer Verbindung mit den Natural-Extracten stehen, diese können. wie schon gesagt, aber nicht eher gehörig und zweckmäßig eingerichtet werden, biß man eine genaue Kenntniß von den verschiedenen speciellen Quellen der Einnahme hat, die durch local-Recherchen und Bereisungen allein richtig erhalten werden kann, und ich erwarte daher in den raisonnirten Protocollen zu den Geld-Extracten eine Anzeige von denen von Zeit zu Zeit geschehenen Bereisungen.

ad monit : 4. Es ist gut, daß die Zinsenzahlung unmittelbar aus der Haupt-Casse geschieht zur Vermeidung der Spesen und Provision der Banquiers, um die Sache aber deutlich zu uebersehen ist nach der Anlage ein Zinsen Etat zu entwerfen, und hiezu ein Volumen Actorum zu formiren, der die Correspondence, obligationen, Quittungen etc. enthalte.

Suchen sich Ew. HochEdelgebohren immer das nöthige Licht durch Fragen zu entwerben (so!); Sie sind dazu berechtigt, wegen eines allenfalls möglichen falschen Urtheils so man von Ihnen fällen würde, kann das Guthe nicht unterbleiben oder ausgesetzt seyn.

ad b. Kann, da es nichts wesentliches ist, cessiren. Das Gicht des Rudelius ist wohl nicht so häftig, daß es ihn an Verrichtung einer Feder-Arbeit hindern sollte; er ist nachlässig, das weiß ich aus andern Fällen, und sagen ihm Ew. HochEdelgeb., oder laßen Sie es ihm lesen, daß für jeden nicht zu gehöriger Zeit eingereichten Extract ich ihm in Zukunft mit einem Gulden strafen werde. Unsere Leute müssen prompter werden, und wollen oder können sie sich in unser System nicht finden, so mögen sie springen, beßer keinen als einen schlechten.

Die Geld Extracte können allerdings mit den Natural-Extracten stimmen, insofern diesen eine Resten Designation beygefügt ist, dadurch man zugleich in den Stand gesetzt wird, zu übersehen, ob jeder Rendant in beytreibung der Resten vorsichtig und prompt ist.

Bey Aufführung des Bestandes müssen die Münz-Sorten woraus er besteht Specificirt seyn, und überhaupt könnte beyliegendes Schema eines Extractes zum Anhalten dienen, wie einer zu entwerfen wäre, natürlicherweise mutatis mutandis sowohl in Ansehung der Gegenstände als in Ansehung ihrer Größe

C Stein.

Das dem Briefe beigegebene Formblatt für eine übersichtliche Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben ist, nach dem Inhalt der einzelnen Rubriken zu schließen, der Verwaltungspraxis der Bergverwaltung entnommen. Wieler legte bereits seinem nächsten Monatsauszug (August 1784) das Muster mit den für die kaiserliche Verwaltung notwendigen Aenderungen zugrunde. Der Auszug

aber war, wie die darauf ergehenden Bemerkungen Steins erkennen lassen, noch nicht so gegliedert, wie Stein es für die Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit für wünschenswert hielt. Der Auszug für September 1784 ist der erste, der mit Deutlichkeit die einzelnen Einnahmen verzeichnet und eine genaue Uebersicht der Aktiv- und Passivkapitalien gibt. Danach betrugen die Aktivkapitalien am 1. Oktober 1784 insgesamt 2577 fl 34 kr, dabei als größter Schuldner die unmittelbare freie Reichsritterschaft des Mittelrheinischen Kreises mit 2100 fl. An Passivkapitalien werden zum gleichen Zeitpunkt 72500 fl ausgewiesen, die sich wie folgt zusammensetzen: 6500 fl aus der Seuterischen Debitmasse, Wetzlar, 4000 fl von Freiherrn von Ulmenstein, Weilburg, 2000 fl von Freiherrn von Wrede, Herford, 15000 fl vom Ritterstift Bleidenstadt, 2500 fl von Demoiselle Overlach, 11500 fl von Geheimrat von Zwierlein, 9000 fl von Fräulein von Summermann, 2000 fl von der Katholischen Schultiftung zu Wetzlar, 8000 fl von Frau Geheimrat von Zwierlein, 1000 fl von Hofrat Herth, 1000 fl von Frau Hofrat Herth, 4000 fl von Kammergerichtsassessor von Authenried, 6000 fl von Keller Seebold, Kirberg. Die Passivkapitalien mussten mit Ausnahme des ersten, das zu $3\frac{1}{2}\%$ aufgenommen war, mit 4% verzinst werden, forderten also insgesamt 2867 fl Jahreszinsen.

Der Freiherr gibt in dem bereits erwähnten Bericht über seine „Verwaltung der Freyherlich vom Steinschen Güter von 1784 bis 1828“⁹⁾ an, daß bei der Uebernahme der Verwaltung nach dem Tode der Mutter die vorhandene Schuldenmasse 89 157 fl 8 h 3 Pfg. betragen habe. „Sie war entstanden,“ schreibt Stein dazu, „durch die Erziehungs- und Ausstattungskosten meiner Geschwister, 2) durch den Ankauf der Adelsheimischen Güter, wozu 56 000 fl waren aufgenommen worden. Durch den Verkauf einzelner Parcelen derselben waren 12 632 fl 33 h aufgebracht und diese nebst 2000 fl Ersparung auf Ausstattung meiner zweyten Schwester und Tilgung einer Schuld verwandt worden.“

Die Abtragung der übernommenen Schuldenmasse war naturgemäß das Ziel des jungen Gutsherrn. Die Mittel dazu waren „die vorgefundene Wein- und Fruchtbestände, der Holzbestand in den Wäldern, durch Sparsamkeit bewirkte Überschüsse der Einnahme über die Ausgabe, die durch die Einfachheit der bis Ende 1788 dauernden väterlichen Haushaltung und mein Bemühen, hauptsächlich von meinem Gehalt zu leben, erlangt wurden.“ Die bisher mitgeteilten Anweisungen für die Umgestaltung der Rechnungs- und Wirtschaftsführung, die durch die angeordnete genaue Kontrolle der Unterrendanten erzielte Verbesserung der Ertragnisse der Güter, die durch die persönliche Mitbestimmung des Freiherrn in allen einigermaßen wichtigen Angelegenheiten noch gefördert wurde, bildeten die Anfänge zur Erreichung des Ziels.

Anfang November 1784 war Stein etwa 3 Wochen in Nassau anwesend.¹⁰⁾ Diesen Aufenthalt auf dem Stammsitze nahm er zur Gelegenheit, endgültig die Rechnungs- und Wirtschaftsführung nach seinen Plänen zu ordnen. Die wich-

⁹⁾ Lappe a. a. O. 208 ff.

¹⁰⁾ Der Oktoberbericht trägt den Vermerk: „Bey dem Hierseyn des H. Ober Berg Rath Frh. v. Stein abgegeben.“ Die Monita zum Oktoberauszug sind vom 4. November, die während des gleichen Aufenthaltes ergangenen Erinnerungen zu einem von Wieler entworfenen Schema zu einer Hauptgeldrechnung vom 20. November datiert.

tigste Grundlage für seine und seines Beamten Erkenntnisse blieben ihm immer die monatlichen Rechnungsauszüge, zu deren Einreichung die Unterrendanten allenfalls bei Strafe, angehalten werden sollten.¹¹⁾ Zur Verminderung der Schuldverpflichtungen erteilte Stein am 4. November 1784 Anweisung, das dem Ritterstift Bleidenstadt geschuldete Kapital von 15000 Gulden für die Ostermesse aufzukündigen. „Die Mittel zur Bezahlung sind 1). Der vorräthige Geldbestand. 2). der Holz Verkauf von 500 Klafterholz aus dem Früchter Wald, welches ein Object ist von 3000 fl, die Klafter zu 6 fl 30 xr gerechnet, wovon die Holzhauerkosten abzuziehen. 3). Endlich das aus dem Verkauf des Weines der Früchter und der übrigen Producte zwischen hier und der Ostermesse zu erlösende Geld — daher den dieser Verkauf so sehr als möglich zu poußiren ist.“

Einen einstweiligen Abschluss fanden die Reformen Steins in der Verwaltung der eigenen Güter mit der Festlegung einer Instruktion für Wieler, die während des Novembераufenthaltes Steins in Nassau erfolgte und den Geschäftsgang sowie die Güterverwaltung für die nächsten Jahre regelte. Lehmann¹²⁾ hat sie inhaltlich als „Instruktion für die Verwaltung der Familiengüter 1784“ wiedergegeben; hier folgt sie im Wortlaut:

Naßau den 11ten Nov. 1784.

Entwurf zu einer die allgemeinste Grundsätze wornach die hiesige Güther zu verwalten enthaltenden Instruction für den H. Justizbeamten Wieler.

Der Zustand der zu den hiesigen Gütern gehörigen Registratur, der Mangel brauchbarer und bestimmter Wirthschafts Grundsätze und der nöthigsten Nachrichten beweisen die Unvollkommenheit der bisherigen Dienst-Ordnung und Behandlungs Art der Geschäfte. Man beschäftigte sich mit ihnen nur nach Maßgabe daß sie sich darboten; man bearbeitete sie nicht nach einem allgemeinen Gesichtspunct, das Meiste wurde mündlich abgethan, man verlorh sich in ein unbedeutendes Detaille, und die Leitung des Ganzen wurde vernachlässiget. Soll Plan und Zusammenhang in die Geschäfte kommen, so muß,

- 1) Der allgemeine Gesichtspunct festgesetzt werden, worauf zu arbeiten ist;
- 2) Die Grundsätze nach welchem jede Branche von Revenüen zu behandeln wären;
- 3) Die Geschäfte unter die verschiedene Employes gehörig ausgetheilt, ihr Verhältniß untereinander, und gegen ihren Herrn bestimmt werden.

Der allgemeine Gesichtspunct, worauf bei aller Güther Verwaltung zu arbeiten ist Integrität des ganzen Inbegriffs der Güther, Und Erhebung des möglichst größten Ertrags aus denselben. Das man keinen dieser beiden Zwecke bei der bisherigen Behandlung der Geschäfte erreicht, beweist die Erfahrung, nach der wir viele Pertinenzen der Güther verlohren, noch itzt keine Gewißheit haben den uns zuständigen Complexus von Güthern unvermindert zu erhalten, und durch nachlässige Ausübung unserer Rechte, uns in viele durch Aufmerksamkeit vermeidbare Streitigkeiten verwickelt zu sehen.

¹¹⁾ In der Bopparder Verwalterstelle trat im August 1785, in der Sayner Stelle im November 1785 ein Wechsel ein. Die beiden Verwalter Deinet und Rudelius, die sich in das neue System nicht einfügen wollten und infolge ihres Hanges zum Trunk den Dienst nicht immer ordnungsgemäß versahen, wurden durch die Verwalter Kirris (in Boppard) und Goltz (in Sayn) ersetzt.

¹²⁾ a. a. O. I. 53—55.

I.) Erhaltung der Integrität der Güther.

Die Mittel diese Integrität der Güther zu erhalten, sind verschieden und bestimmen sich nach der verschiedenen Beschaffenheit der Güther selbst.

1) Bey Pachtböfen muß die Lage der Grundstücke und ihre Größe durch Extracte aus den Lager- oder Flurbüchern, oder in Ermangelung dieser, durch besonders zu veranlassende Vermessungen bestimmt, und sie bey dem Ende jeder Pachtung revidirt, und ein Abnahm und Uebergab Protocoll, worin sie specificirt, abgehalten werden.

2) Bei Zehend und Gülden ist gleichfalls die Lage und Größe der Zehend-, Gült- und Hubenpflichtigen Grundstücke durch Extracte aus den Lagerbüchern zu bestimmen, und durch Zehend und Hubenbegänge, welche noch außer denen feyerlichen Hubenbegängen privatim bey Gelegenheit der Hubengerichte vorgenommen werden können, für ihre Erhaltung zu sorgen. Man kann die Hubenschultheiße mit darauf verpflichten und sie instruiren, daß sie auf die Erhaltung des Zehendpflichtigen Fundi Sorge tragen, und von allen geschehenen Eingriffen bei Zeiten Anzeige thun müssen.

3) In Ansehung der von den Hühnern, Leibeigene etc. zu erlegenden Persönlichen Abgaben, so müssen die hierüber von den perceptoren als Hubenschultheiße geführte Register und Nachweisungen, jährlich eingereicht als eine Beilage denen Hauptrechnungen beigefügt, damit diese Specification nicht allein in den Händen der Unter-Perceptoren sondern zugleich zu ihrer Controlle bei den Haupt-Acten bleibe.

4) Dasselbe ist von den Drittel Weinbergen zu sagen, von welchem deutliche Register zu formiren, woraus die Lage, Größe, das Jahr, wo gerodet, und gedüngt worden, zu ersehen; diese Register müssen gleichfalls jährlich angefertigt und den Rechnungen beigefügt werden, um alle Nachlässigkeit in Führung der Register und ihren bisherigen schlimmen Folgen zuvor zu kommen.

5) Da nunmehr keine eigene Wirthschaft mehr stattfindet, und diese vortheilhafte Veränderung mit Verpachtung der Güther bei den unserigen allgemein geworden, so ist in Ansehung dieses Punctes nichts zu bemerken. Bei denen noch übrigen selbst in Bau erhaltenen Weingüthern, so müssen die bey den Weinböfen verpachtete Grundstücke in Zukunft beständig besonders verpachtet, und nicht den Hofleuthen statt eines Theils des Baulohns genoßen lassen werden. Gute Weinberge als Lorch, Steeg, Ober- und Niederlohnstein sind in eigenem Bau zu erhalten, Nassau zu verdritteln und bey Sayn kann die alte Verfaßung bleiben.

Was bei Lohnstein in dem Revisions-Protocoll erinnert worden, muß bei sämtlichen Weingüthern allgemein gemacht werden.

II.) Benutzung des höchsten Ertrags der Güther.

Die Benutzung der Güter nach ihrem möglichst hohen Ertrag ist der zweyte Haupt Gesichtspunct, worauf bei der Administration der Güther zu arbeiten.

Bey Pacht-Höfen wird dieses am sichersten erhalten, durch 6 jährige Pächte und Versteigerung an den Meistbietenden nach Verlauf der Pachtjahre.

Pächte von 12 Jahren können auch angenommen werden, wan das angebotene billige Pacht-quantum unter keiner andern Bedingung zu erhalten wäre, und Pächte von einer längern Zeit sind auch in der Rücksicht vortheilhaft, daß der Pächter die Güter besser baut.

Die Anfertigung vollständiger Pachtbriefe worin die wechselseitige Verbindlichkeiten des Pächters und Verpächters bestimmt, die auf den Hof haftende Rechte und Verbindlichkeiten z. B. Weydang, Beholzigung, aufgezählt werden, ist wesentlich nöthig, und bisher zu viel versäumt.

Da der größte Theil der Grundstücke Pacht ist, so kann die Verpachtung nicht auf einmal geschehen, sondern nach und nach, und wäre dieses Jahr der Anfang zu machen mit

- 1) Betzem,¹³⁾
- 2) Staffel,¹⁴⁾
- 3) Prodt,¹⁵⁾
- 4) Grätzig,
- 5) Die Drittelstücke zu Fachbach¹⁶⁾ und mit den Wiesen zu
 - a) Nieder Ilbert¹⁷⁾
 - b) Kellbach¹⁸⁾
 - c) Sayn,
 - d) zu Sayn ohnweit Bastianus.
 - e) Holler¹⁹⁾
 - f) Ahl²⁰⁾

Der Verpachtung von den Höfen müssen die oben bemerkte preparatorische Arbeiten zuvorgehen, und alsdann öffentlich versteigt werden.

Die Wiesen könnten theils hier, theils in Sayn durch den Verwalter versteigt werden und hiebei ist ein 3 jähriger Termin lang genug.

Die Zehnden werden entweder verpachtet, oder selbst eingethan. Geschiehet letzteres, so kömmt es auf die Activitaet der Zehnden-Knechte an, und statt ihnen etwas Fixes zu geben, halte ich für rathsamer, ihnen etwas gewisses vom Fuder anzuweisen, damit sie umso attender werden.

Die Kenntniß von der Größe des Flächen Inhalts des zu verzehnden Feldes, und Vergleichung gegen den Ertrag verfloßener Jahre kann hiebei einigermaßen zum Anhalten dienen, über die richtige perception.

Bei denen verpachteten Zehnden kommt es auf Ausmittlung guter Pächter an, und wären diese nicht gut zu erhalten, so müssen sie selbst eingethan werden, und aus dießer Ursache die Verpachtung zeitig genug vorgenommen werden, daß noch die Anstalten in Ansehung des Verdingens der Fuhren, die Bestallung der Zehnde-Knecht usw. gemacht werden können.

Die Zehnden in Dahlheim, Prodt, und Becheln sind bisher selbst eingethan worden. Bey den Bechler Zehnden ist es aber am besten, wegen der unsichern Aufsicht ihn hieher zu bringen und zu versuchen, ob dieses nicht durch Leib-

¹³⁾ Betzemer Höfe bei Hatzenport (Mosel).

¹⁴⁾ bei Limburg (Lahn).

¹⁵⁾ Prath-Dahlheim, Kreis St. Goarshausen.

¹⁶⁾ bei Bad Ems.

¹⁷⁾ Niederelbert bei Montabaur.

¹⁸⁾ Kellbach, Kr. St. Goarshausen.

¹⁹⁾ bei Montabaur.

²⁰⁾ bei Friedrichsseggen (Lahn).

eigene und Schweighäuser geschehen könne, welchen dagegen an denen hieher zu thuhende Holzfuhrn nachzulassen.

Der Dahlheimer Zehnden wird am fügichsten in Zukunft versteigt, weil die eigene Erhebung nicht sicher genug ist, und ihre Richtigkeit niemand controllirt.

III). Dienstordnung und Vertheilung der Geschäfte unter die Employes.

Bei der Behandlungs Art der Geschäfte ist folgendes hauptsächlich zu bemerken vorgekommen.

1) Die meiste Geschäfte so nicht processirlich sind, wurden mündlich abgethan, so daß man weder von ihrer Veranlassung, noch von ihrem Gange oder ihrem Ende einige Kenntniß hat; daher die Geschäfte nie zusammenhängend und planmäßig geführt werden können. Um diesen Mängeln abzuhelfen wäre nöthig,

a) daß statt dieser mündlichen Behandlung der Geschäfte, über jedes besondere Protocoll abgehalten, worinnen es kurz und vollständig vorgetragen werde. Diese Protocolle werden sodann zu den gehörigen Acten gebracht und machen alsdann in Verbindung mit denen darauf erfolgten Resolutionen ein zusammenhängendes Ganze aus, welches zum Anhalten bey der Leitung der Geschäfte dient.

Besonders wichtig ist es, die interessanteste, die Verwaltung der Güther betreffende Gegenstände aufzuzeichnen, und sich nicht allein auf Streitigkeiten mit den Nachbarn über die Verhältniß zu ihnen einzuschränken. Hierher rechne ich z. B. Remissionen an die Pächters; Recherchirungs-Protocoll über den Zustand der einzelne Güther und Branchen von Reventuen, Protocolle, so bei neuen Verpachtungen abgehalten worden usw.

Da ich abwesend bin, so müssen alle vierzehn Tage Berichte über die laufende Geschäfte an mich erstattet werden, worinnen Haushalts- und Processual-Geschäfte die Haupt-Rubriquen ausmachen. Die hierauf erfolgende Resolution, ohne welche besonders in wichtigen Wirthschafts-Geschäften, z. B. Remissionen von Pächten, Prorogationen derselben nichts zu thun, werde ich so geschwind, als möglich erlassen. Hierdurch werde ich in Stand gesetzt, den Faden der Geschäfte zu folgen und ihn zu erhalten. Der eine dieser 14 tägige Berichte kann jedesmal die Monatlichen Extract begleiten und die dazu gehörige Erläuterung mit enthalten.

Denen Unter-Rendanten müssen vollständige und passende Instructionen gegeben werden, wonach sie von ihren Vorgesetzten, wenigstens jährlich einmal, recherchird werden, indem dergleichen local-Revisionen allein im Stande sind, Activitaet unter den Unterbedienten zu erhalten und Sachkenntniß denen Obern zu geben.

Da ich dieses Jahr nicht in Sayn, Hatzenport und Reyl²¹⁾ war, so erfordern diese Güter vorzüglich eine local Revision, welche daher so bald vorzunehmen, als möglich.

So bald dieses Rechnungs Jahr geschlossen, so ist ein Etat zu entwerfen, wodurch sowohl Einnahme als Ausgabe fixirt werden. Die fixirte Ausgaben können ohne besondere Assignment ausgezahlt werden, die ohnbestimmte oder den Etat übersteigende nur nach eingeholter Approbation, und in dringenden Fällen Vorschußweise und nachgesuchter Decharge.

Nassau d. 16. Nov. 1784.

C Stein.

²¹⁾ Mosel.

In welchem Maße die Reform im eigenen Besitz von Erfolg begleitet war, zeigt die Tatsache, dass bereits 1785 die Tilgung eines Teils der Schulden einsetzen konnte. Von der angeordneten Kündigung des Kapitals vom Ritterstift Bleidenstadt ist oben die Rede gewesen. Die Rückzahlung erfolgte Anfang Mai 1785, kurz nach dem Termin der Frankfurter Ostermesse.²²⁾ Das bei dem Kirberger Keller Seebold aufgenommene Kapital von 6000 Gulden wurde am 3. Oktober 1785,²³⁾ die bei dem Freiherrn von Wrede entnommene Schuld von 2000 Gulden am 20. Februar 1786²⁴⁾ abgetragen. Die Abreise der Schwester Steins nach Homberg brachte Ersparnisse in der Wirtschaftsführung,²⁵⁾ und die wirtschaftlichen Verhältnisse des ausgehenden 18. Jahrhunderts erlaubten eine bedeutende Steigerung der Einkünfte aus den Gütern, so daß Stein in dem wiederholt angezogenen Bericht über seine Verwaltung der Familiengüter schreiben konnte, er habe aus den ihm zur Verfügung stehenden Hilfsquellen in den Jahren 1783 bis 1788 die Schulden um 59 300 fl zu vermindern vermocht.²⁶⁾

²²⁾ „Das Bleydenstedtsche Capital ist den 3^{ten} May von mir an den Hof Rath Langen zu Maynz mit 15000 fl und die Zinsen mit 600 fl gegen quittirter Obligation und gewöhl. Zinsen-Quittung ausbezahlt worden. Zu diese Suma hatt d'Orville nur 810 fl 37 xr vorgeschossen, ob ich ihm gleich schrieb daß er diesen Zuschuß von denen bey ihm vor Ew. pp. belegte Gelder nehmen mügte, so vermeinte derselbe jedoch daß es auf eins herauskäme wenn er die Gelder vorschöße, wobey das Ab- und Zuschreiben dann nicht nötig wäre. Die Gelder mußten alle in Maynz gezalt werden, weshalb ich d'Orville benachrichtigte die dasige Gelder mit der Post nach Maynz zu senden. Weil dieser aber mit dem Markt-Schiffe aus dem Grunde nicht solche Gelder senden wollen, da das Porto nach dem Werth bezalt werden sollen, ohnerachtet das risico dem Absänder verbleibet, so hatt er durch einen seiner Bediente mit einer Chaise das Geld nach Maynz bringen laßen und liquidiret für transport-Kosten 14 fl 15 xr. In wie fern ich solche paßiren laßen soll, darüber erwarte Dero qu. Befehle; sonder Zweifel wird man wohl selbige so hingehen laßen müssen. Von hier aus nahm ich 4300 fl mit; und da die Suma in Silber Geld bestandt, welche keine zwey Persohnen vorbringen konnten, so nahm ich das Pferd von Loew zu Hilffe, und sowohl diesem als meinem Pferde ward der transport jedem noch sehr sauer.“ (Aus dem Entwurf des Wieler'schen Berichtes an Stein vom 8. Juni 1785.)

²³⁾ Hierauf beziehen sich folgende Abschnitte der Korrespondenz: „Ist das Capital an Seebold schon aufgekündigt?“ (Stein an Wieler; Wetter, den 2. Mai 1785.) — „Werden wir wohl die 6/m fl an Seebold zur Verfallzeit zahlen — ich hoffe ja und ohne in d'Orvilles Caße zu greifen“ (Stein an Wieler; Frankfurt, den 29. August 1785.) — „...freilich muß ich anitz 1230 fl Zinsen bezahlen, auch sind die von dem d'Orville vorgeschossene 810 fl 37 xr noch nicht abgerechnet, unterdeßen muß doch auch noch Geld einkommen, und ich hoffe daß wir wenigstens nicht weit in der D'Orvilleschen Caße zu steigen brauchen“ (Wieler an Stein, 14. September 1785.)

²⁴⁾ „Das Capital an d. H. v. Wreden ist abgetragen, und ich hoffe mit Ende dieses Monats bey d'Orvillen aus der Schuld zu kommen“ (Wieler an Stein, 12. März 1786.) — „Die Zahlung des Wredenschen Capitals, ex propriis wie ich vermuthe, ist recht gut“ (Stein an Wieler; Rotenburg, den 30. März 1786.)

²⁵⁾ „...da sich . . . durch die Abreise meiner Schwester, die Anzahl der Mitglieder des Haußes um vier Persohnen vermindert auch leicht vorherzusehen daß weniger Fremde unser Hauß besuchen werden, so glaube ich daß wir mit zweytausend Gulden auskommen sollen“ (Nassau, den 15. April 1785.)

²⁶⁾ Lappe a. a. O. S. 209; siehe auch Pertz a. a. O. I. 17.

In welchem Maße die Reform im eigenen Besitz von Erfolg begleitet war, zeigt die Tatsache, dass bereits 1785 die Tilgung eines Teils der Schulden einsetzen konnte. Von der angeordneten Kündigung des Kapitals vom Ritterstift Bleidenstadt ist oben die Rede gewesen. Die Rückzahlung erfolgte Anfang Mai 1785, kurz nach dem Termin der Frankfurter Ostermesse.²²⁾ Das bei dem Kirberger Keller Seebold aufgenommene Kapital von 6000 Gulden wurde am 3. Oktober 1785,²³⁾ die bei dem Freiherrn von Wrede entnommene Schuld von 2000 Gulden am 20. Februar 1786²⁴⁾ abgetragen. Die Abreise der Schwester Steins nach Homberg brachte Ersparnisse in der Wirtschaftsführung,²⁵⁾ und die wirtschaftlichen Verhältnisse des ausgehenden 18. Jahrhunderts erlaubten eine bedeutende Steigerung der Einkünfte aus den Gütern, so daß Stein in dem wiederholt angezogenen Bericht über seine Verwaltung der Familiengüter schreiben konnte, er habe aus den ihm zur Verfügung stehenden Hilfsquellen in den Jahren 1783 bis 1788 die Schulden um 59300 fl zu vermindern vermocht.²⁶⁾

²²⁾ „Das Bleydenstedtsche Capital ist den 3^{ten} May von mir an den Hof Rath Maynz mit 15000 fl und die Zinsen mit 600 fl gegen quittirter Obligation und gewöhnlicher Quittung ausbezahlt worden. Zu diese Suma hatt d'Orville nur 810 fl 37 xr vorgeschickt, ich ihm gleich schrieb daß er diesen Zuschuß von denen bey ihm vor Ew. pp. beizubringen nehmen mügte, so vermeinte derselbe jedoch daß es auf eins herauskäme wann er noch vorschöße, wobey das Ab- und Zuschreiben dann nicht nötig wäre. Die Gelder in Maynz gezalt werden, weshalb ich d'Orville benachrichtigte die dasige Gelder nach Maynz zu senden. Weil dieser aber mit dem Markt-Schiffe aus dem Océan Gelder senden wollen, da das Porto nach dem Werth bezalt werden sollte, so war das Risiko dem Absänder verbleibet, so hatt er durch einen seiner Bediente das Geld nach Maynz bringen laßen und liquidiret für transport-Kosten 14 fl 10 xr, ich solche paßiren laßen soll, darüber erwarte Dero qu. Befehle; so wird wohl selbige so hingehen laßen müßen. Von hier aus nahm ich 4300 fl in Silber Geld bestandt, welche keine zwey Persohnen vorbringen konnten, ein Pferd von Loew zu Hilfe, und sowohl diesem als meinem Pferde sehr wohl noch sehr sauer.“ (Aus dem Entwurf des Wieler'schen Berichtes.)

²³⁾ Hierauf beziehen sich folgende Abschnitte der Korrespondenz: „Seebold schon aufgekündigt?“ (Stein an Wieler; Wetter, den 1. August 1785); „zu greifen“ (Stein an Wieler; Frankfurt, den 29. August 1785); „1220 fl Zinsen bezahlen, auch sind die von dem d'Orville abgerechnet, unterdeßen muß doch auch noch Geld einkommen, nicht weit in der D'Orvilleschen Caße zu steigen bis Ende 1785.“

²⁴⁾ „Das Capital an d. H. v. Wreden ist abgetragen, bey d'Orvillen aus der Schuld zu 2000 fl.“ (Wieler an Stein; Homberg, den 30. März 1786).

²⁵⁾ „da sich die Schwester nach Homberg begeben hat, so ist das Hauß um vier P. weniger zu erhalten.“ (Stein an Wieler; Nassau, den 1. April 1785).

²⁶⁾ „

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

DD
491
H6
N27
v. 52
no. 2

ZWEIUNDFÜNFZIGSTER BAND

ZWEITES HEFT

1932

MIT 4 ABBILDUNGEN IM TEXT.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS

1932

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
V. Zur Bezeichnung der Gerichtsbarkheit in spätmittelalterlichen Urkunden. Von Dr. M. Sponheimer in Koblenz/Rhein	89-94
VI. Die Stadt Weilburg nach dem Dreissigjährigen Kriege. Von Dr. Ernst Körner/Weilburg	99-154
VII. Der junge Marschall. Von Dr. h. c. Albert Henche/Wiesbaden-Biebrich	153-172
VIII. Die Zehntfrage und ihre Bedeutung in der Nassauischen Revolution im Jahre 1848-49. Von Lehrer Dr. phil. Eduard Wilhelmi/Frankfurt a. M.	176-199
IX. Warum benötigten Gertrud von Solms (1257-1306) und Hartrad von Merenberg (1255-1296) einen päpstlichen Ehedispens? Von Pfarrer Karl Hermann May/Kemel	190-198
X. Aue, ein ausgegangenes nassauisches Dorf. Von Rektor M. Ziemer/Idstein i. T. (mit 2 Abbildungen)	199-206
XI. Eine Steinwerkstätte der Hinkelstein-Kultur zu Weilbach. Von Museumsdirektor Dr. Ferdinand Kutsch/Wiesbaden (mit 2 Abbildungen)	203-209
XII. Nassauische Literatur der Jahre 1930 und 1931. Von Studienrat i. R. Prof. Dr. Wilhelm Hofmann/Wiesbaden	206-218

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

ZWEIUNDFÜNFZIGSTER BAND

1932

MIT 4 ABBILDUNGEN IM TEXT.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1932

*Der Nachdruck der in diesem Heft veröffentlichten Aufsätze ist nur mit besonderer
Erlaubnis gestattet.*

DRUCK VON RUD. BECHTOLD & COMP. WIESBADEN.
BUCHDRUCKEREI & LITHOGR. ANSTALT.

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
V. Zur Bezeichnung der Gerichtsbarkeit in spätmittelalterlichen Urkunden. Von Dr. M. Sponheimer in Koblenz/Rhein	89—98
VI. Die Stadt Weilburg nach dem Dreissigjährigen Kriege. Von Dr. Ernst Körner/Weilburg	99—154
VII. Der junge Marschall. Von Dr. h. c. Albert Henche/Wiesbaden-Biebrich	155—175
VIII. Die Zehntfrage und ihre Bedeutung in der Nassauischen Revolution im Jahre 1848—49. Von Lehrer Dr. phil. Eduard Wilhelmi/Frankfurt a. M.	176—189
IX. Warum benötigten Gertrud von Solms (1257—1306) und Hartrad von Merenberg (1255—1296) einen päpstlichen Ehedispens? Von Pfarrer Karl Hermann May/Kemel	190—198
X. Aue, ein ausgegangenes nassauisches Dorf. Von Rektor M. Ziemer/Idstein i. T. (mit 2 Abbildungen)	199—202
XI. Eine Steinwerkstätte der Hinkelstein-Kultur zu Weilbach. Von Museumsdirektor Dr. Ferdinand Kutsch/Wiesbaden (mit 2 Abbildungen)	203—205
XII. Nassauische Literatur der Jahre 1930 und 1931. Von Studienrat i. R. Prof. Dr. Wilhelm Hofmann/Wiesbaden	206—248

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

HERAUSGEGEBEN
MIT UNTERSTÜTZUNG DES MAGISTRATS DER STADT WIESBADEN

ZWEIUNDFÜNFZIGSTER BAND

ZWEITES HEFT

1932

MIT 4 ABBILDUNGEN IM TEXT.

WIESBADEN
SELBSTVERLAG DES VEREINS
1932

Zur Bezeichnung der Gerichtsbarkeit in spätmittelalterlichen Urkunden.

Von

M. Sponheimer-Koblenz.

Die deutsche verfassungsgeschichtliche Forschung hat die Probleme der Gerichtsbarkeit im Mittelalter, insbesondere die Aufgabe, die Stufe der hohen Gerichtsbarkeit in ihr als Ferment der Landeshoheit herauszustellen, zumeist nur bis zu dem Zeitpunkte verfolgt, zu dem von einer ausgebildeten Landeshoheit unbestritten die Rede sein kann. Mit einigem Grund darf man annehmen, dass die von H. Hirsch für die vorausgegangene Zeit nachgewiesene Scheidung der hohen Gerichtsbarkeit in Sühne- und Blutgerichtsbarkeit nunmehr seit dem 13. Jahrhundert zum Schwinden verurteilt gewesen ist¹⁾; in der so neugewonnenen Einheit hat dann die hohe Gerichtsbarkeit, kaum noch einer weiteren Veränderung fähig, im mittelalterlichen Staate fortbestanden. So mag es in gewisser Hinsicht überflüssig erscheinen, wenn der Verfasser im folgenden auch für das spätere Mittelalter, ausgehend von einem kleinen Ausschnitt der westdeutschen Landesgeschichte, den Inhalt von Formeln auf ihre territorialgeschichtliche Bedeutung prüft, die die Gerichtsbarkeit zum Gegenstand haben. Vielleicht kommt aber einer solchen Untersuchung insofern noch einige Bedeutung zu, als in einer Reihe von aufzuführenden Beispielen gerade die Formel, von der der moderne Ausdruck „hohe Gerichtsbarkeit“ seinen Namen erhalten hat, keineswegs einen dem letzteren Begriff entsprechenden Inhalt zu decken scheint.

Das Gebiet zwischen Taunus, Lahn und Rhein im westlichen Nassau, vormals mit dem Gaunamen Einrich bezeichnet, wies noch bis in den Ausgang des 18. Jahrhunderts eine Zersplitterung auf, ähnlich der der rheinpfälzischen Länder. Die alte Gaugrafschaft Marienfels war als Kondominium mehrerer Linien der Grafen von Nassau und von Katzenelnbogen unter dem Namen Vierherrengericht erhalten geblieben, von allen Seiten aber durch ältere und jüngere Neubildungen und Erwerbungen der Nachbarn eingeschränkt worden. Zu einer älteren Schicht in der Entstehung der Landeshoheit ausserhalb dieser Grafschaft gehören das mainzische Territorium um Oberlahnstein sowie die prümischen Vogteien, deren Ausscheiden aus der Grafschaft auf die Immunität der noch in karolingischer oder ottonischer Zeit entstandenen geistlichen Grundherrschaften zurückzuführen ist. Der Landstreifen am Rheinufer zwischen Kaub und Osterspai, den wir zu Beginn der Neuzeit teils in katzenelnbogisch-hessischem, teils in trierischem Besitz sehen, hat verfassungsgeschichtlich eine weniger

¹⁾ Hans Hirsch, Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter, Prag 1922 S. 179 ff.

durchsichtige Vergangenheit. Die Reichsburg Sterrenberg lag inmitten eines Reichsgutsbezirks, der noch Jahrhunderte nach seiner Einbeziehung in das trierische Territorium den Namen Bopparder Reich geführt hat.²⁾ Die Entstehung der trierischen Landeshoheit geht hier auf die Ausnahmestellung zurück, die dieser Reichsgutsbezirk schon seit längerer Zeit innerhalb der Grafschaft genossen haben muss. In dem südlich anschliessenden Abschnitt von Wellmich rheinaufwärts bis St. Goarshausen lässt sich für die frühere Zeit ebenfalls Reichsgut nachweisen; die damit verbundene verfassungsgeschichtliche Stellung lässt sich aber weder bei Lierschied noch bei Wellmich aus der späteren Territorialgeschichte dieser Orte ablesen. St. Goarshausen selbst war mit einigen Nachbarorten bis um 1280 ein trierisches Lehen der Dynasten von Isenburg und kam dann als Mitgift in gleicher Eigenschaft an die Grafen von Katzenelnbogen. Ob dieser Teil der isenburgischen Herrschaft ehemals Bestandteil der Grafschaft Marienfels gewesen ist, die ebenfalls trierisches Lehen, zunächst der Grafen von Arnstein, dann bis um 1168 der Herren von Isenburg war, ist nicht festzustellen, noch weniger etwa der Grund der Teilung der Grafschaft. Ein Teil des isenburgischen Besitzes bei St. Goarshausen, nämlich das Gericht Niederwallmenach mit dem Dorf gleichen Namens und Reitzenhain, wurde bei seinem Übergang an die Grafen von Katzenelnbogen als isenburgisches Allod behandelt; die trierischen lehnsherrlichen Rechte erstreckten sich hier anscheinend nur auf die Güter eines adligen Grundherren.

In dem besprochenen Grenzbezirk zwischen den Orten mit eindeutig ersichtlicher territorialer Zugehörigkeit, sei es zum Erzstift Trier, zum vierherischen Kondominat oder zur Niedergrafschaft Katzenelnbogen, sind nun im 14. und 15. Jahrhundert eine Reihe von Urkunden über den Besitzwechsel einiger Ortschaften entstanden, deren sich zum Teil widersprechende Angaben einerseits eine Prüfung der verwendeten Formeln auf Grund der bekannten Territorialgeschichte verlangen, zugleich aber einen Aufschluss über den Inhalt dieser Formeln versprechen.

Die Reihe eröffnen die Urkunden über den Besitzwechsel des Ortes Wellmich. Hier erwarb der Erzbischof Boemund von Trier 1356 von dem Adligen Siegfried von Lützelkoblenz einen Gutsdistrikt, auf dem er sodann mit Einwilligung Karls IV. Befestigungen, darunter die später Deurburg genannte Anlage, errichtete, die ihm wohl faktisch die Herrschaft zu Wellmich überhaupt sicherten. Die dadurch verursachten Auseinandersetzungen mit einem anderen Herren zu Wellmich, dem Grafen Adolf von Nassau, endeten 1358 damit, dass letzterer seinen Anteil an Wellmich sowie ein von dem Adligen Wilhelm Hepe gekauftes Stück gleichfalls an Boemund verkaufte. Die Formeln der Verkaufsurkunden von 1356³⁾ und 1358⁴⁾ entsprechen sich in folgender Weise:

1356. Anteil des Siegfried von Lützelkoblenz: alle myne gut, gulde und nütze, herrschaft, recht, dienste und gerichte, hō und dýff, ersücht und unersücht, in dem dorfe zū Wellmich . . . und waz darzū gehoret, mit

²⁾ Vgl. Paul Richter, Das Bopparder Reich, in Westmark I (1921) Nr. 6.

³⁾ Or. Urk. 2 Ausf. Staatsarchiv Wiesbaden Abt. 119 und Staatsarchiv Koblenz 34 L. 608.

⁴⁾ Or. Urk. Staatsarchiv Wiesbaden Abt. 119.

namen eyn vierteil des gerichtes daselbes, nûn und zwentzich vassenaicht hûnre von den husern zû Welmiche und also manich besteheubet, so sie gevalent daselbes

1358. Anteil des Grafen Adolf von Nassau: alle unsere gût, vodye, gulde, nutze, herscheffe, manschafft, lude, rechte, dienste und geriechte, hoe und dyff, ersucht und unersucht in dem dorffe, banne und begryffe zu Welmiche . . . und waz darzu gehoret, mit namen von ieclichem huse daselbes eyn vassenacht hûyn, anderwerbe von zweien und zwentzig hofsteten daselbes das beste heubet . . .

1358. Aus dem Besitz des Wilhelm Hepe erworbener Anteil: alle dÿ gût, gulde, nutze, herscheffe, manscheffe, lude, rechte, dienste und gerichte, hoe und dieff, ersucht und unersucht . . . in den egen. dorffe, banne und begriffe zu Welmiche . . . ußgescheiden alle dî gût, dî der egen. Wilhelm Hepe und syne ganerben hant von uns zû lehen in den dorfern Nochern und Wylre.

Die Zusammenstellung ergibt zunächst, dass der 1356 von Siegfried von Lützelkoblenz abgetretene Teil hinsichtlich der Qualität dem 1358 abgetretenen, von Wilhelm Hepe gekauften gleichsteht, während der alte Besitz des Grafen Adolf vor den andern noch die „Vogtei“ voraushat. Die Urkunde des Grafen Adolf von 1358 ist mitbesiegelt von dem Ritter Ude Byß, ‚der eyn gemeynder ist zu Welmiche‘. In diesem haben wir den einen Ganerben zu sehen; die Urkunde von 1356 nennt als Zubehör ein Viertel des Gerichtes; im ganzen können 4 Ganerben existiert haben, Siegfried von Lützelkoblenz, Ude Byß, Wilhelm Hepe und als vierter vielleicht Graf Adolf von Nassau bereits vor Ankauf der Hepeschen Güter. Die „hohe und niedere Gerichtsbarkeit“ kann also unter vier Herren geteilt gewesen sein, die „Vogtei“ dagegen stand bis 1358 offenbar den Grafen von Nassau allein zu.⁵⁾

Eine weitere Urkundengruppe betrifft den Übergang des benachbarten Dorfes Weyer ebenfalls an das Erzstift Trier. Weyer ist im vierherrischen Weistum von 1361⁶⁾ als vierherrisches Dorf angegeben und wurde auch bis zur Aufteilung der Gemeinherrschaft 1774 als solches behandelt. Der Besitzwechsel hat sich hier nur auf die Grundherrschaft erstreckt; wenn das von Grimm abgedruckte Weistum von 1543⁷⁾ unter den mit dem dortigen gemeinschaftlich hessischen und trierischen Hubengericht verbundenen Rechten auch den hessischen Blutbann aufzählt, so kann es sich hier nur um eine gerade im Gebiet des Einrichs nicht seltene spätere Usurpation handeln.⁸⁾ Diese hat keine

⁵⁾ Vgl. Hugo Loersch, Die Weistümer der Rheinprovinz I Bd. 1 S. 86.

⁶⁾ Schliephake, Geschichte von Nassau Bd. 2 S. 222 f.

⁷⁾ Weistümer I S. 586.

⁸⁾ Die Herren vom Stein übten als Gerichtsherren in ihrem isenburgischen Lehen zu Niederbachheim eine Zeit lang auch den Blutbann aus, in Gutenacker ebenso die Herren von Allendorf, in Niedertiefenbach die Herren von Langenau. In keinem dieser Dörfer aber ist die Ausübung des Blutbannes zur Grundlage der Landeshoheit geworden, vielmehr vermochten die Territorialherren kraft ihrer landesherrlichen Rechte ihrerseits die Kriminalgerichtsbarkeit an sich zu ziehen. Wie wenig die Ausübung des Blutbannes zu Ausgang des Mittelalters noch konstituierend für die Landeshoheit gewesen ist, zeigt der 1583 zwischen Hessen und Mainz abgeschlossene Vertrag betr. das Birstadter Landgericht, der einen längst vorher gewohnheits-

Beziehung zu den anscheinend sehr weitgehenden Rechten, die das Kloster Gronau 1363 dem Erzstift übertrug. In der Urkunde darüber⁹⁾ werden aufgeführt, *dominium merum et mixtum imperium, iurisdicatio alta et bassa . . . in dicta villa Wilre et eius terminis atque banno'* nebst näher bestimmten Einkünften, sowie dem Anteil des Klosters am Wald. Die Abtretungsurkunde des Wilhelm Hepe von 1365¹⁰⁾ enthält wörtlich die Formel, die beim Verkauf von Wellmich an Adolf von Nassau verwendet wurde. Wenn man auch zunächst annehmen möchte, dass Weyer eine Gemeinschaft des Klosters Gronau und des Wilhelm Hepe bis 1363 gewesen ist, da ja die Urkunde von 1363 ausdrücklich einen Anteil an Wald und Feld erwähnt, so lassen sich doch die Formeln nicht einfach als Übersetzungen aufeinander beziehen. In *'dominium'* erkennen wir das Wort „Herrschaft“ wieder, in *'iurisdicatio alta et bassa'* die „Gerichte hoch und tief“; auch für die sonstigen Einzelrechte an Renten usw. finden wir entsprechende Ausdrücke in der lateinischen Pertinenzformel; übrig bleibt schliesslich in der deutschen Urkunde die „Vogtei“, in der lateinischen *'merum et mixtum imperium'*. Diese Wendung entstammt dem römischen Recht¹¹⁾ und bedeutet inhaltlich die hohe Gerichtsbarkeit. Dass in Wahrheit das Erzstift Trier mit dem Kauf von Weyer keineswegs in den Besitz der hohen Gerichtsbarkeit gelangt sein kann, schlägt insofern nichts, als die Kaufurkunde in der Kanzlei des Empfängers selbst entstanden ist, wo man die Rechte dritter nicht zu berücksichtigen brauchte. Befremden muss aber das Nebeneinander der anscheinend synonymen Ausdrücke für die hohe Gerichtsbarkeit; will man darin nicht ein gedankenloses Herunterleihen von Formeln erblicken, so muss man den beiden Begriffen einen verschiedenen Inhalt zuschreiben, dabei auch die Reihenfolge beachten.

Eine dritte Gruppe ähnlicher Urkunden betrifft den Besitzwechsel des Gerichtes Niederwallmenach. Laut einer 1411 getroffenen Übereinkunft¹²⁾ war die dortige „Vogtei“ Eigengut der Herren von Isenburg, jedoch an eine adlige Familie verlehnt gewesen und mit deren Erlöschen heimgefallen. Da die Vogtei aber von dieser Adelsfamilie an den Grafen von Katzenelnbogen verpfändet war, so verpflichtete sich dieser zur Auslieferung an den Eigentümer. Philipp von Isenburg verkaufte schon 1414 die Dörfer Niederwallmenach und Reitzenhain an Graf Philipp von Nassau-Saarbrücken¹³⁾, dieser sie wiederum 1416 an Graf Johann von Katzenelnbogen¹⁴⁾. Die beiden Verkaufsurkunden nennen in nur wenig verschiedener Reihenfolge, sonst aber wörtlicher Übereinstimmung

rechtlich anerkannten Brauch sanktionierte: danach sollte nunmehr zwar das Erzstift Mainz als alter Inhaber des Landgerichtes den Blutbann ausüben, Hessen dagegen im eigentlichen Besitz der Landeshoheit samt allen daraus sich ergebenden Rechten verbleiben (Merlauer Vertrag; Or. Urk. Staatsarchiv Marburg, Verträge mit Mainz). Ob wir in dieser isolierten Stellung des reinen Blutbannes den Rest eines vordem weiter verbreiteten Zustandes zu sehen haben, wie ihn H. Hirsch mit seiner Scheidung von Blutbann und Sühnegerichtsbarkeit (a. a. O. S. 60 ff.) schildert, ist wegen des Fehlens der zeitlichen Zwischenglieder nicht zu entscheiden.

⁹⁾ S. Anlage 1.

¹⁰⁾ S. Anlage 2.

¹¹⁾ S. Zeumer, *Histor. Zeitschr.* Bd. 82 S. 493.

¹²⁾ Or. Urk. Staatsarchiv Marburg, Extradenda Wiesbaden.

¹³⁾ Helfr. Bernhard Wenck, *Hessische Landesgeschichte I* (1783) Urkundenbuch S. 227.

¹⁴⁾ Regest daselbst S. 229. Or. Urk. Marburg, Preussisch-Hessisches Samtarchiv 2, 130.

als Gegenstand des Eigentumswechsels „unsere Dörfer und Gerichte zu Wallmenach und Reitzenhain mit allen Rechten, Herrschaften, Vogteien, Gerichten, Wildbann, Leuten, Gülten, Zöllen, Kirchsätzen, Höfen, Beden, Steuern, Korngülten, Pfenniggülten, Äckern, Wiesen, Wäldern, Weihern, Wassern und Weiden . . .“ Die Grafen von Katzenelnbogen verfügten fortan in diesem gekauften Gerichte über die Landeshoheit, die wir auch in den Wortlaut der angeführten Formel hineininterpretieren dürfen. Zwar sind die herrschaftlichen Elemente nicht klar in der Reihenfolge von den Hoheitsrechten abgetrennt, aber die als solche erweisbaren, z. B. der Wildbann und der Zoll, genossen doch einen gewissen Vorrang. Zu einigen Fragen bietet auch hier wieder der Begriff der „Vogtei“ Anlass, die in der Reihenfolge an so hervorragender Stelle steht. Andererseits scheint die ausdrückliche Erwähnung der hohen Gerichtsbarkeit zu fehlen, wie wir sie bisher in den Worten „mit Gerichten hoch und tief“ finden zu können glaubten. Das ist insofern verwunderlich, als diese Worte in einer anderen, ebenfalls die Herrschaftsverhältnisse von Niederwallmenach betreffenden Urkunde vorkommen. Ein alter Repertorienauszug aus einer jetzt verlorenen Urkunde über die 1353 erfolgte Belehnung des Gerlach Knebel von Katzenelnbogen¹⁵⁾ nennt als deren Gegenstand „curtem suam in Nydernwalmenach in Eynrichositam cum domo defensabili, 14 scabinis, agris, pratis et ceteris pertinenciis“. Dieses Lehen fiel um 1410 mit dem Tode des Gerlach Knebel heim und wurde 1420 an Richwin von Miehlen verliehen, diesmal mit folgender Beschreibung: das Dorf Niederwallmenach mit Gerichten hoch und tief, Wassern, Weiden und allen anderen Zugehörungen¹⁶⁾. Mit dieser Formel hat man ohne Zweifel den katzenelnbogischen Rechten vorgegriffen; als 1448 Philipp von Miehlen sein Lehen an Graf Philipp von Katzenelnbogen verpfändete und dieser dem Erzbischof von Trier die Einlösung verbriefte, gab man als Lehns- und Pfandschaftsgegenstand nur an „ye gutere, rechte teyl und gemeynde zu Nydderwalmeloch“¹⁷⁾. Hiernach kann es sich nur um einen Anteil an der Grundherrschaft gehandelt haben, keinesfalls um landesherrliche Rechte; dagegen spricht schon die geringe Pfandsomme von 500 Gulden. So ist es vielleicht möglich, ein von Grimm¹⁸⁾ leider nur im Auszug abgedrucktes Weistum zu deuten, das die Schöffen zu Niederwalmenach bei der Auftragung eines Hofes zugunsten des Königs Ruprecht von der Pfalz abgaben. Nach ihrer Aussage war der Inhaber des kleinen Hofes von Walmenach, „darin man den Knebeln bißhero zu dingen gepflogen“, der Lehnherr, der Inhaber des Oberhofes dagegen der Vogtherr; beide seien Herren über Dorf und Gericht, jeder zu seinen Rechten. In dem Knebelschen Dinghof erkennen wir den Hof wieder, den die Knebel mit dem Gericht kraft der bezeichneten Urkunde von 1353 von Trier zu Lehen erhalten hatten; auch dies bestätigt die Annahme, dass das trierische Lehen nur aus einem grundherrschaftlichen Bezirk bestand. Der Vogt andererseits ist dem Inhaber jener Vogtei gleichzusetzen, die bis 1411 Pfandbesitz der Grafen von Katzenelnbogen war und 1416 ihr Eigentum wurde. Von den auf der Knebelschen Grundherr-

¹⁵⁾ Staatsarchiv Koblenz 1 C 111 Nr. 1663.

¹⁶⁾ Das. 1 C 10 Nr. 331.

¹⁷⁾ Or. Urk. Staatsarchiv Koblenz 1 B Nr. 1644.

¹⁸⁾ Weistümer I S. 595 f.

schaft verwirkten Freveln hatte der Vogt ein Drittel zu beanspruchen; seine Stellung entspricht also der, die die Grafen von Katzenelnbogen als Vögte zu St. Goar und Werlau nach Laut der dortigen Weistümer¹⁹⁾ einnahmen. Allerdings ist dabei vorauszusetzen, dass die „Frevel“ hier nicht bloss einen Gegenstand der mittleren Gerichtsbarkeit bezeichnen. Trotzdem dürfen wir uns mit einer entsprechenden Erklärung des Wortes Vogtei nicht zufrieden geben: nur eine von allen behandelten Urkunden, deren Text das Wort Vogtei enthält, betrifft eine Art von zusammenhängender geistlicher Grundherrschaft (Weyer); die über den Verkauf dieser geistlichen Grundherrschaft ausgestellte lateinische Urkunde aber enthält anscheinend keinen Ausdruck, der als Übersetzung von „Vogtei“ gewertet werden könnte, dafür aber, wie festgestellt, zwei Wendungen, die beide einen Hauptinhalt der Vogtei, nämlich die hohe Gerichtsbarkeit wiedergeben.²⁰⁾

Vereinzelt steht schliesslich eine Urkunde von 1319, kraft deren Erzbischof Balduin von Trier den Grafen Wilhelm von Katzenelnbogen mit dem bereits erwähnten²¹⁾ ehemals isenburgischen Distrikt um St. Goarshausen belehnte. Sie²²⁾ nennt als Gegenstand: ‚villas Borniche, Husen, Padensberg et Offendal cum omnibus jurisdictionibus, altis et bassis, juribus, dominiis . . .‘. In dieser Urkunde kommt die Pertinenzformel dem wirklichen Verlauf der Territorialgeschichte von den bisher behandelten am nächsten: St. Goarshausen und Bornich sind mit der Belehnung sofort katzenelnbogisch geworden.

Von der Territorialgeschichte aus betrachtet, ist es nach den zusammengestellten Beispielen sehr unwahrscheinlich, dass der Ausdruck „hohe und niedere Gerichte“ stets die Gesamtheit der hohen Gerichtsbarkeit bezeichnet; eine solche Annahme würde nur die zuletzt behandelte Urkunde rechtfertigen, die erheblich früher als die anderen entstanden ist. Wenn der Ausdruck vollends in der Urkunde von 1363 für Weyer neben einem anderen erscheint, der den Begriff der hohen Gerichtsbarkeit schon in sich birgt, so erscheint die Gleichsetzung unmöglich. Offen bleibt zunächst die Möglichkeit, in den Worten eine Bezeichnung für abgesplitterte Teile der grossen Landgerichte zu erblicken; wir vermissen aber einen Hinweis auf den Inhalt der damit verbundenen Gerichtsbarkeit, wie er uns sonst zuweilen begegnet.²³⁾

¹⁹⁾ Das. S. 595 f.

²⁰⁾ In dem gleichen Orte Weyer hatten im 13. Jahrhundert die katzenelnbogischen Ministerialen Biz von St. Goar einen Hof mit $\frac{1}{4}$ der Grundherrschaft und des Gerichtes sowie die ‚advocatia‘ von den Herren von Eppstein zu Lehen (s. P. Wagner, Eppsteinische Lehnverzeichnisse S. 52 Nr. 9, S. 70 Nr. 123, S. 114 Nr. 5). Die Stellung des Inhabers dieser Vogtei als die eines Vogtes über einen mit der hohen Immunität ausgestatteten Bezirk anzusprechen, erscheint insofern bedenklich, als Weyer ja noch später Bestandteil des vierherrischen Landgerichtes gewesen ist. Diesen noch lange fortbestandenen Widerspruch mag man damit erklären, dass das erst im 12. Jahrhundert gegründete Kloster Gronau seiner Erwerbung zu Weyer faktisch nicht zur vollen Freiheit von der Grafschaft verhelfen konnte, diese vielmehr die Rechte sowohl des Vogtes als des Immunitätsherrn hinsichtlich der Landeshoheit unterdrückt hat.

²¹⁾ S. S. 90.

²²⁾ Gedr. Wenck a. a. O. Urkundenbuch S. 99.

²³⁾ Eine Urkunde von 1270 über die Verteilung der eppsteinischen Lehen, unter denen sich auch der Einrichort Lollschied befindet, enthält den Passus: „ . . . exceptis maioribus emendis, scilicet omicidiis perpetratis, blutrünst et hiis similibus, de quibus nobis in iudiciis,

Art und Inhalt der in der Formel „Gerichte hoch und tief“ zusammengefassten Gerichtsbarkeit sind in der Literatur bisher hauptsächlich für das Gebiet der Mark Brandenburg erörtert worden. Hier stand seit Riedels Veröffentlichung der meisten brandenburgischen Urkunden eine Fülle gedruckten urkundlichen Materials auch aus dem späteren Mittelalter zur Verfügung; die Forschungsmöglichkeiten sind auch insofern hier günstiger als in dem von uns behandelten Gebiet, als bei den märkischen Urkunden hinsichtlich der übertragenen Rechte mit Sicherheit angenommen werden darf, dass der Schenker oder Belehner, in den meisten Fällen der Markgraf, diese Rechte vor der Vergebung selbst wirklich besessen hat. Trotzdem sind die Ergebnisse strittig. Riedel²⁴⁾ und nach ihm Walther²⁵⁾ sahen im ‚iudicium supremum‘ die volle Gerichtsgewalt einschliesslich des Blutbannes, Kühns²⁶⁾ dagegen nur den Anteil des Markgrafen an den niederen Dorf- und Stadtgerichten, Bornhak²⁷⁾ schliesslich setzte es dem Landgericht selbst gleich. Von ihnen konnte Kühns aus Wendungen wie ‚mit allerhande richte overs und nederst beyde in hals und in hant‘²⁸⁾ oder ‚mit den halsbruchenn und hochsten gerichte‘²⁹⁾ den Beweis entnehmen, dass mit dem Begriff „höchstes und unterstes Gericht“ nicht notwendig der Blutbann verbunden war. Den Blutbann jedoch von vornherein auszuschliessen, geht auch nicht an. Wenn man in der von uns aufgeführten Wendung „ausgenommen die höchsten Frevel und Bussen, die Leib oder Gut antreffen“ den Zusatz ohne weiteres nur als Erklärung auffasst, so gilt dies wohl auch für den Anhang „an Hals und Hand“. Zudem waren gerade in der Mark Brandenburg bei einer ganzen Reihe von adligen Gerichtsherren die Gerichtsrechte mit dem Blutbann verbunden, ohne dass man daraus noch für den Besitz der Landeshoheit hätte Folgerungen ziehen können. Notwendig aber enthielt in diesem Rechtsgebiet die Formel „hohes und niederes Gericht“ ebensowenig den Begriff des Blutbannes, als wir dies für den alemannischen Bezirk annehmen dürfen;

que lantgerichte dicuntur, nostre comicie attinentibus, satisfactio exhibitur . . .“ (Sauer, Nassauisches Urkundenbuch Nr. 804). Die Hervorhebung gerade des Busswesens als Hauptinhalts der hohen Gerichtsbarkeit, wie sie dieser Urkunde eigentümlich ist, findet sich auch in einem während des von uns behandelten Zeitabschnittes entstandenen Amtsrevers von 1355: mit dem Burggrafenamt zu Sterrenberg übernahm damals Lambert von Schönburg auch die Entscheidung über „alle nutz, boßen, frevel und gevelle, die zu den ampten und der vesten Sterrenberg gehören, ußgenommen die hoesten frevel und boßen, die lyff oder gut antreffent“; diese bleiben dem Erztift vorbehalten (Or. Urk. Staatsarchiv Koblenz 1 A Urk. Oberwesel). Vgl. eine ähnliche Wendung im Amtsrevers des Simon Grans von Rheinberg bei der Uebnahme des Amtes Kaub (Staatsarchiv Wiesbaden Abt. 120).

²⁴⁾ Ad. Fr. Riedel, Die Mark Brandenburg im Jahre 1250. II 1832 S. 481.

²⁵⁾ Ferd. Walther, Deutsche Rechtsgeschichte 2. Aufl. II S. 285 (§ 621). Beweiskräftige Belege aus dem Schlesiachen für diese Auffassung bei Fel. Matuszkiewicz, Die mittelalterliche Gerichtsverfassung des Fürstentums Glogau. Breslau 1911 S. 57, Anm. 3.

²⁶⁾ Fr. Julius Kühns, Geschichte der Gerichtsbarkeit und des Prozesses in der Mark Brandenburg I 1865 S. 164 f., 282 f.

²⁷⁾ Conrad Bornhak, Geschichte des preussischen Verwaltungsrechts I 1884 S. 33; Preussische Staats- und Rechtsgeschichte 1903 S. 23.

²⁸⁾ Urk. von 1326 bei Riedel, Cod. Diplom. Brandenburg., I 21 S. 21.

²⁹⁾ Urk. von 1534 das. I 2 S. 315; vgl. das. I 6 S. 37 Nr. 56: „mit allen gerichtten hoghesten und sidesten an halse und an hant.“

für letzteren stellte F. v. Wyß — allerdings nur als „Ausnahme“ — fest, dass der Ausdruck „grosse und kleine Gerichte“ das Blutgericht nicht miteinschloss.³⁰⁾

Für das hier besprochene Gebiet liegen die Verhältnisse insofern ähnlich, als eine Reihe bereits erwähnter Grundherren und Gerichtsbesitzer wenigstens eine Zeit lang auch den Blutbann ausübte.³¹⁾ In Verbindung mit dem höchsten und tiefsten Gericht aber wird dieser nie erwähnt. Trotzdem bleibt die Beziehung zu den analogen Fällen im Brandenburgischen so auffällig, dass wir uns keinesfalls der Ansicht von A. Waas anschliessen und die Form *iurisdictio* im Gegensatz zu *iudicium* als einen allgemeineren Ausdruck, im Sinne etwa von Gerechtsame oder gar nur von Abgabe³²⁾ deuten dürfen.

Als negatives Ergebnis bleibt so die gewonnene Erkenntnis bestehen, dass der in den gegebenen Beispielen vorkommende Ausdruck „hohes und niederes Gericht“ nicht den Begriff wiedergibt, den wir mit dem der hohen Gerichtsbarkeit zu verbinden gewohnt sind. Es handelt sich nicht etwa darum, dass die Formel die gerichtsherrlichen Rechte eines Grundherren bezeichnet, der ausser der niederen Gerichtsbarkeit auch den Blutbann ausübt³³⁾; sie ist vielmehr im 14. Jahrhundert soweit erstarrt, dass sie einfach beim Übergang grund- und gerichtsherrlicher Rechte ohne tieferes Besinnen auf ihren einstigen Inhalt verwendet wird. Diese Erklärung, die notgedrungen freilich auf eine genaue Begriffsabgrenzung verzichten muss, hat den Vorrang vor der Auffassung, dass die Formel etwa innerhalb der im Westen üblich gewordenen Dreiteilung³⁴⁾ der Gerichtsbarkeit in hohe, mittlere und niedere nur die unteren Grade bezeichnet. „hohes Gericht“ mithin die mittlere Instanz wiedergibt; schon weil sich für eine solche Dreiteilung in dem hier behandelten Rechtsgebiet kein Beleg finden liess, dürfen wir einer derartigen Auffassung, die geradezu einen Bedeutungswandel voraussetzt, nicht stattgeben.

³⁰⁾ Abhandlungen zur Geschichte des Schweizerischen öffentlichen Rechts. Zürich 1892 S. 322 f. v. Wyß führt als Beleg auch folgenden Satz an: „In Hettlingen hat Winterthur hohe und niedere Gerichte, Hettlingen gibt aber einen Landrichter an das Landgericht in Kyburg.“ Über die von Wyß selbst gezogene Folgerung glauben wir hier hinausgehen zu dürfen und sehen in dieser Parallele eine Bestätigung für die S. 94 angedeutete Unmöglichkeit, unter „hohes Gericht“ das Landgericht zu verstehen. Wir brauchen daher Bornhaks These für das von uns behandelte Gebiet nicht nachzuprüfen.

³¹⁾ S. Anm. 8.

³²⁾ Ad. Waas, Vogtei und Beede in der deutschen Kaiserzeit II Berlin 1923 S. 95 ff.

³³⁾ Vgl. Anm. 8; für das Niederrheinische vgl. H. Schöning, Der Einfluss der Gerichtsherrschaft auf die Gestaltung der ländlichen Verhältnisse in den niederrheinischen Territorien Jülich und Köln im 14. und 15. Jahrhundert (Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein H. 79 S. 34).

³⁴⁾ Vgl. O. Goldhardt, Die Gerichtsbarkeit in den Dörfern des mittelalterlichen Hennegaues. 1909 S. 13 ff. Die Anm. 23 angeführte Urkunde von 1355 betr. Sterrenberg gehörte früher zur Renesseschen Sammlung; ein Anfang des 19. Jahrhunderts von ihr angefertigtes Regest (gedr. Zeitschr. Rhenus, Oberlahnstein I 47 Nr. 47) nennt unter den übertragenen Rechten „le droit de moyenne et basse justice.“ Diese Angabe ist lediglich dem Sinn der Urkunde entnommen; diese selbst enthält keinen derartigen Ausdruck.

Anlagen.

1. Kloster Gronau überträgt das Dorf Weyer dem Erzstift Trier 1363 Juli 2..

Universis ad quos presentes pervenerint nos Theodericus abbas totusque conventus monasterii in Gronauwe ordinis sancti Benedicti Treverensis diocesis notum facimus quod licet habeamus dominium, merum et mixtum imperium, jurisdictionem altam et bassam cum aliquibus nemoribus, censibus, redditibus et juribus in villa Wilre sita retro villam Welniche in pago dicto der Eynrich diete diocesis, tamen propter causas varias et multiplices nos ad hoc moventes quibus resistere non valemus huiusmodi dominium, imperium, jurisdictio, nemora, census, redditus atque jura in manibus nostris miserabiliter lacerantur et occasione premissorum gravem in aliis nostris et monasterii antedicti redditibus atque bonis sentimus jacturam. Considerantes igitur ex causis premissis in presens propter utilitatem et necessitatem nostram et dicti nostri monasterii melius fore et esse dominium, imperium, jurisdictionem et alia infrascripta superiori et capiti nostro committere quam illa propter premissas causas perire, pluribus tractatibus singularibus et conventualibus desuper diligenter prehabitis ob eandem evidentem necessitatem et utilitatem monasterii nostri dominium, merum et mixtum imperium, jurisdictionem altam et bassam, quam et quod habemus in dicta villa Wilre et eius terminis atque banno cum juratis hominibus, censibus seu pecuniarum ac pullorum redditibus necnon partem nostram in silvis et nemoribus, rubis, pascuis, aquis et aquarum decursibus, prediis rusticis et urbanis, servitutibus personalibus et realibus, exitibus, introitibus ceterisque juribus et proventibus universis et singulis patentibus et suppressis in villa, banno et terminis antedictis, quibuscumque nominibus nuncupentur et que et quos preteritis temporibus similiter habuimus, habemus et habere potuimus, reverendissimo domino nostro domino Cunoni archiepiscopo Treverensi vice et nomine sancte ecclesie Treverensis recipienti et ipsi sancte Treverensi ecclesie donacione pura, simplici et irrevocabili inter vivos sponte et libere donavimus ex causis supradictis et per presentes donamus, ut sic omne jus in premissis et eorum occasione nobis competens abdicantes et in dictam ecclesiam Treverensem tenore presencium transferentes, curia tamen nostra sita in dicta villa Wilre et nostro ovili ibidem necnon agris et pratis ad eandem curiam spectantibus quam et quos excludi volumus a donacione predicta libere et absque omni exactione et servicio seu exactionis et servicii cuiuscumque onere per dictum dominum nostrum archiepiscopum seu suos super dicta curia facienda seu faciendo nobis et dicto nostro monasterio reservatis. Jurati vero dicte curie pro tempore existentes quos a juramentis fidelitatis et obediencie nobis per eos eciam in eorum promocione ad suum officium prestitis per presentes absolvimus et quitamus licet deinceps ut promittitur esse debeant jurati in obediencia et subiectione ecclesie Treverensis et archiepiscoporum eiusdem pro tempore existentium tamen in eadem curia iudiciis presidebunt ad reddendum jura juxta morem retrotemporibus in eadem curia observatum absque nostro et dicti monasterii nostri quocumque alio preiudicio. Et promisimus ac promittimus per presentes premissam donacionem non revocare verbo seu facto per nos, alium seu alios nec illi aliquo modo obviare, renunciantes actioni, exceptioni doli mali, beneficio restitutionis in integrum, rescriptis et privilegiis impetratis sive impetrandis et specialiter omnibus et singulis opposicionibus, defensionibus, actionibus et exceptionibus quibus via nullitatis vel alias possemus impugnare donacionem predictam et constitutionibus Gregorii pape decimi et Clementis pape quinti in conciliis Lugdunensi et Viennensi et omnibus et singulis aliis juribus et remediis juris canonici et civilis quibus contra premissa venire possemus quomodolibet in futurum ac juri dicenti generalem renunciationem non valere. Et ad maiorem securitatem nos et quilibet nostrum singulariter juravimus ad sancta ewangelia opposicionibus, defensionibus, actionibus, excepcionibus, constitutionibus et aliis superius specialiter seu generaliter renunciatis non uti ad impugnationem donationis predictae et contentorum in illa. In quorum testimonium sigilla nostra presentibus sunt appensa. Datum anno domini M^oCCC^o LXIII^o die secunda mensis Julii.

Ausf. Perg. Staatsarchiv Wiesbaden Abt. 30.

2. *Wilhelm Hepe verkauft Dorf Weyer dem Erzstift Trier. 1364 März 14.*

Wir Wilhelm genant Hepe von Hepenheft und Ose sine eliche hüsfräuwe dūn kūnd allen lūden und erkennen uffenliche an disem brife, daz wir umb unsern schinbern nūtz und noitdorft mit wol beraten mūde, mit frihen willen und mit gesamender hant vor uns und alle unser erben und nakomen ewelich und eirlich dem erwidigen in gode vādere und herren unserm gnedigem herren herrn Cūnen ertzbischoff zū Triere fūr sich, sine nakomen ertzib. und vor den stift von Triere alle unser gūt, vodie, gulde, nūtze und herschaft, manschaft, lude, rechte, dienste und gerichte, hoe und diff, ersocht und unersocht, mit welden, ackeren, velden, wiesen, weiden, wasēeren, wasēerleūfen, wegen, stegen, bergen und dailen, wie man die genennen mag, die wir han in dem dorfe, banne, begriffe und gerichte zū Wilre uff dem Eynriche gelegen und waz darzū gehoret und wo is gelegen sy, nichts ūzgenomen ane alleyne fūnf malder korngūlden, die uns jerlich schinende sint von etzlichen derselben gūde, die fūnf malder korngulden wir uns und unsern erben behalden, recht und redelich verkauft han und verkeufen an disem brife umb drūhūndert cleyne gūlden von Florentze guden goldes und sweren gewichtes, die wir von dem egenan(ten) unserm heren von Triere gentzliche entfangen und in unsern nūtz und ūrber gekeret han, ee dieser brif gegeben wūrde; und sollen wir und unser erben dem vorge. unserm heren von Triere, sinen nakomen und stifte verhaft sin der vorg. gūde, vodie, gulde, gericht, hoe und dif, ersucht und unersucht, mit allen iren zūgehoren und von diser verkaufūngen eweliche wer-schaff zū dūne; und ob sy eyncho rechte ansprache davon gewunnen, der sullen wir und unser erben sie entheben, und han dieselben gūt und ire zūgehore wie sie hie vorbenant sint, yn ūffgetragen und uffgegeben, ūffdragen und uffgeben sie yn an disem brife, uns damyde zū enterben und den vorge. unsern herrn und sinen stift von Triere damyde zū erben in der besten wyse und maēe, als daz sin mach; und globen wir vor uns, vor alle unser erben und nakomen, die vorgeschr. (iben) verkaufūnge und uffdragūnge ewelich, stede und veste zū haldene und nummer darwieder zū dūne noch zu komene in eynerhande wise noch schaffen, daz darwider gedan werde heymelich oder ūffenbare. Vort iz zū wisēene, were daz uns oder unsern erben dio vorgeannten fūnf malder kornes nyt betzalt oder versesēen wūrden, so mogen wir uff die gūt davon die vorgeannten fūnf malder kornes ierliche vallent, mit dem gerichte von Wilre clagen und dingen und sollen geben und nemen, waz daz gerichte und dio scheffen daselbes zū Wilre daruber vor eyn recht deilent und sprechent. Auch han wir vortziegen und vertzigen an disem brife vor uns, vor alle unser erben und nakomen uf allen schirm und beschūtniēe geistliches und werentliches rechtes, gerichtes, friheide und gewonheide, lande, lude, stede und gegene beschrieben und unbeschrieben, damyde wir uns oder unser erben und nakomen sich wider dise vorgeschr. stücke oder wyder ir eyn deil nu oder hernamals behelfen mochten in eynerhande wyse, ūßgescheiden alle argelist und geverde. Des zū ūrkunde und ewiger stedicheid han ich Wilhelm Hepe vorgeant vor mich und vor Osen mine eliche hūsfräuwe min ingesigil an disen brif gehangen, und ich Ose vorge., wan ich eygens inges(igil) nyt enhan, so bekennen ich mich alle dise vorgeschr. stücke under inges(igil) Wilhelm Hepen obegenant mins elichen hūswirtes; und wir han beyde sementlich umb merer stedicheid gebeden und bidden an disem brife die strengen vesten lude herrn Johan von Liebenstein ritter den jūngen und Gerard von Glymendal edelknecht, daz sy ire ingesigil by min Wilhelms inges(igil) und vor mich Osen, wan ich inges(igil) nyt enhan, an disen briff wullen henken zū eyme ewigen gezüge alle diser vorgeschr. stücke; und wir Johan von Lybenstein und Gerhard vorge. bekennen, daz wir umb bede willen Wilhelms und Osen elude vorge. unser inges(igil) zū ewigem gezüge alle diser vorgeschr. stücke by desselben Wilhelms ingesigil an disen briff han gehangen, der gegeben ist, da man nach gewonheid in dem bischdom von Triere zū schriben zalte na Christus gebūrte drūzenhūndert drū und seszig jar uff den veirtzeenden dag in dem mertze.

Ausf. Perg. Staatsarchiv Wiesbaden Abt. 305.

Die Stadt Weilburg nach dem Dreissigjährigen Kriege.

Von

Ernst Körner-Weilburg.

V o r w o r t.

Eine im Jubiläumsjahre des tausendjährigen Weilburgs (1906) in Angriff genommene Darstellung von „Weilburgs innerem Zustand während des 18. Jahrhunderts“¹⁾ ist über die Vorarbeiten nicht hinausgekommen. Von der Verwirklichung meiner ursprünglichen Absicht, — einer Anregung des verdienstvollen Weilburger Heimatforschers Studienrat F. A. Schmidt in Hersfeld folgend — mich unabhängig von den mir unbekannten archivalischen Vorarbeiten dieser unerledigt gebliebenen Aufgabe zu unterziehen, habe ich vorerst Abstand nehmen müssen, da sich mir bald bei tieferem Eindringen in die Materie die immer stärker werdende Erkenntnis aufdrängte, dass die verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Weilburgs im 18. Jahrhundert niemals ohne gründliche Kenntnis des inneren Zustandes im vorhergegangenen Jahrhundert in einer abgerundeten, in allen Teilen verständlichen Betrachtung dargestellt werden können.

Über ihre lokalgeschichtliche Bedeutung hinaus soll die vorliegende Untersuchung auch ein Beitrag zur allgemeinen Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte, vor allem zu dem in der historischen Wissenschaft noch immer umstrittenen Problem der materiellen Auswirkungen des Dreissigjährigen Krieges sein. Auch gegen die Spielmannsche Darstellung der Folgen dieses langjährigen Krieges²⁾, die sich fast ausschliesslich auf Quellen chronikalischer Art stützt und für das Land zum Teil zutreffende Feststellungen verallgemeinert und ohne eingehende Einzeluntersuchungen auf die durch verschiedene noch näher darzu-

¹⁾ Beiträge zur Geschichte der Stadt Weilburg, Festschrift zur Tausendjahrfeier. Herausgegeben vom „Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung“. 1906. S. 45.

²⁾ Dr. C. Spielmann, Gesch. der Stadt und Herrschaft Weilburg.

stellende Umstände begünstigte Stadt überträgt, sind dieselben Bedenken zu erheben, die von der neueren Geschichtsforschung, zuerst von Erdmannsdörffer und Höniger, gegen die historische Überlieferung der alles Leben vernichtenden Wirkung des Krieges, dessen verderbliche Auswirkungen die kulturelle Entwicklung Deutschlands um 1½ bis 2 Jahrhunderte zurückgeworfen haben, geltend gemacht wurden. Allen chronikalischen Darstellungen, den Berichten und Eingaben der Pfarrer, Amtmänner, Schultheissen usw. darf aus den von der neueren Forschung aufgezeigten Gründen nur ein bedingter Wert zugesprochen werden. Dagegen spiegeln sich in den nüchternen Zahlen der städtischen Rechnungen und Steuerlisten und in den trockenen Eintragungen des Stadtschreibers und der herrschaftlichen Behörden die zeitlichen Verhältnisse objektiver wieder als in den fast immer mehr oder weniger subjektiv gefärbten chronikalischen Darstellungen jeder Art.

1. Kapitel.

Die Folgen des Krieges und die Zeit der Restauration.

Fritz Beyhoff warnt in seinem in den „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ erschienenen Aufsatz „Stadt und Festung Giessen im Zeitalter des Dreissigjährigen Krieges“ mit Recht vor dem Versuch, den durch den Krieg bewirkten Bevölkerungsrückgang schon gleich nach Beendigung desselben feststellen zu wollen.³⁾ Er begründet seine Warnung mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass in den ersten Jahren nach dem Kriege die fluktuierende Bevölkerungsbewegung noch keineswegs zur Ruhe gekommen war.

Was die Verhältnisse in Weilburg angeht, so sind wir durch einen an sich äusserst bedauerlichen Umstand davor geschützt, in diesen von Beyhoff kritisierten Fehler zu verfallen. Bis zum Jahre 1656 fehlen nämlich irgendwelche Quellen, die uns über die durch den Krieg hervorgerufene Bevölkerungsverringerung und die wirtschaftlichen Auswirkungen desselben Aufschluss geben könnten, vollkommen.

Keineswegs darf uns jedoch das Fehlen der Bürgermeister- und Baumeisterrechnungen, der Steuerlisten und anderer städtischer Verwaltungsakten zu dem irrigen Schluss verleiten, dass eine geordnete Verwaltungsarbeit infolge chaotischer Zustände — als Kriegsfolge — überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Verschiedene Hinweise in den wenigen uns aus der Kriegszeit und aus den Jahren nach 1656 erhaltenen städtischen Rechnungen bezeugen, dass während des ganzen Krieges und auch in den in Frage kommenden Nachkriegsjahren von beiden städtischen Rechnungsführern, dem Bürgermeister und dem Baumeister, ordnungsgemässe Abrechnungen vorgelegt wurden. Von dem genannten Jahre ab sind die städtischen Rechnungen dagegen fast lückenlos erhalten.

Für die Feststellung der Bevölkerungsabnahme und der Bevölkerungsbe-
wegung in der Nachkriegszeit sind wir fast ausschliesslich auf die den meisten Rechnungen beiliegenden Bedtregister angewiesen. In diesen Steuerlisten finden wir auch Bürger anderer Gemeinden, die hier in Weilburg begütert waren und deshalb zur Bedt herangezogen wurden. Während aber für die Vorkriegszeit eine Scheidung der ansässigen und fremden Steuerzahler nicht immer durchführbar und ausserdem nicht immer feststellbar ist, ob und wieviele herrschaftliche im Besitz bürgerlicher Güter befindliche Beamte und Diener in die Steuerlisten aufgenommen wurden, sind in der Zeit nach dem Kriege die „Geistlichen, Herrendiener und andere Gefreyte“ und die in der „Weilburger terminen begüterten“ Bewohner anderer Gemeinden gesondert von den einheimischen bürgerlichen Steuerzahlern aufgeführt.⁴⁾ Dadurch wird die Erfassung der bürgerlichen Steuerpflichtigen wesentlich erleichtert.

³⁾ Band 22. S. 101.*

⁴⁾ Wenigstens in den ersten Jahrzehnten nach dem Kriege.

Im Jahre 1656 sind nach dem Bedtregister 93 bedtpflichtige Bürger und Wittweiber vorhanden. 1657 zählt das Bedtregister 84 männliche und 13 weibliche bürgerliche Steuerzahler. Die von mir aus der Bauumlage eines einzelnen Haushaltungsvorstandes und dem Gesamterlös derselben errechnete Anzahl der Steuersubjekte bestätigt immer die Richtigkeit der Eintragungen des Bedtregisters, bezw. der von mir aus demselben herausgezogenen Zahlen der steuerpflichtigen Bürger. Geringere Differenzen sind durch die zwischen der Aufstellung des Bedtregisters auf Martini Episcopi⁵⁾ und der Umlegung des Baugeldes liegenden Zeitspanne (siehe unten!) erklärbar. Die Anzahl der steuerpflichtigen Bürger konnte sich in dieser Zeit durch Todesfall und Wegzug oder Rezeption neuer Bürger in dem in der Differenz gegebenen Verhältnis verändert haben.

Das Beispiel des Jahres 1657 möge illustrieren, wie ich diese für die Nachkriegszeit mögliche und zum Teil durchgeführte „Kontrolle“ errechne.

Die Bauumlage dieses Jahres, die für den männlichen Bürger 10, den weiblichen Haushaltungsvorstand 5 alb. betrug, ergab eine Gesamteinnahme von 31 fl. 18 alb. Nimmt man ebenfalls 13 weibliche Steuerzahler an, so bleiben noch 79 Bürger. Die geringe Differenz von 5 Bürgern findet ihre Erklärung in der zwischen der Aufstellung des Bedtregisters auf Martini (11. XI. 56) und der Umlegung des Baugeldes am 14. VIII. 57 liegenden Zeitspanne von nahezu 10 Monaten. Sterbefälle, Wegzüge oder Aufgabe des Bürgerrechtes durch einen oder mehrere ältere „pro emerito declarirte cives“ konnten die Zahl der bürgerlichen Steuerzahler um 5 verringert haben. Bei gleichbleibender Höhe liegt folgende Deutung nahe. Die fehlenden 5 Bürger waren infolge Verarmung unfähig zur Zahlung des Baugeldes. Denn häufig hören wir in dieser Zeit Klagen über säumige Entrichtung oder Nichtzahlung der angesetzten Steuern.

Unsere letzten Nachrichten über die Bevölkerungsbewegung stammen aus dem Jahre 1635, aus einem der beiden Jahre, die unserer Stadt während des ganzen Krieges die schwersten Nöte und Leiden gebracht hatten. Die „arme Stadt“ zählte in diesem Not- und Schreckensjahre, in dem nach der Darstellung Spielmanns⁶⁾ „Raubtiere und Aasvögel die einzig lebenden Wesen“ darstellten, 89 Bürger und 15 „Wittweiber“. Eine Schlussfolgerung auf die Gesamtbevölkerungszahl während dieser unruhigen Zeit muss sich eine gewisse Willkürlichkeit zum Vorwurf machen lassen, da gerade die sich bei den älteren Jahrgängen und der Jugend bemerkbar machende, durch Seuchen und Hungersnot bedingte erhöhte Sterblichkeit dieser besonders gefährdeten Teile der Bevölkerung in dieser Zahl, die doch nur die rezipierten Bürger erfasste, nicht erkennbar ist. Ersehen lässt sich jedoch aus der Vergleichung der genannten Zahlen mit der Anzahl der zur Bedt verpflichteten Bürger früherer Jahre, dass die Bevölkerungszahl schon in der ersten Hälfte des Krieges um 40—50 % gesunken war. Die Bevölkerungsabnahme war also schon nach der Schlacht bei Nördlingen eine ganz enorme; aber ausser „Raubtieren und Aasvögeln“ waren auch noch andere lebende Wesen vorhanden.

⁵⁾ 11. November.

⁶⁾ C. Spielmann, Geschichte der Stadt und Herrschaft Weilburg. S. 114.

Die Zahl der bedtpflichtigen Bürger des Jahre 1656 zeigt, dass die Bevölkerungszahl mindestens noch um weitere 10 % gesunken war. Leider lässt sich aus den schon erwähnten Gründen nicht feststellen, ob diese Zahl vom Jahre 1656 den tiefsten Stand der Bevölkerungsbewegung darstellt; es wäre denkbar, dass die Bevölkerungsbewegung ihren tiefsten Stand schon in einem früheren Jahre erreicht hätte. Die Zahlen der nachfolgenden Jahre, die die aufwärtsstrebende Tendenz der Bevölkerungskurve zeigen, rechtfertigen diese Annahme. Infolge fehlender Vergleichszahlen muss ich mich mit der Andeutung dieser Möglichkeit begnügen.

Der Bevölkerungsrückgang während des Krieges war also ein ganz enormer. Die Zahl der steuerpflichtigen Bürger hatte sich um rund 50 % verringert. Die Abnahme der Gesamteinwohnerzahl wird sicherlich noch grösser gewesen sein, da, wie ich schon erwähnt habe, die durch Hungersnot und Seuchen bedingte Sterblichkeit der Jugend und des Alters in diesen Zahlen nicht zum Ausdruck kommt. Aber die von Eichhoff⁷⁾ mitgeteilte, nach seiner Ansicht „gar nicht so unwahrscheinliche“, von Spielmann ebenfalls ohne Einschränkung⁸⁾ nacherzählte Volkszählung, „es hätten am Ende des Krieges nur noch 8 Menschen in Weilburg gelebt“, ist durch diese Zahlen doch eindeutig widerlegt.

Diese durch den Krieg und seine durch ihn direkt oder indirekt hervorgerufenen volkswirtschaftlichen Schäden in die Bevölkerung unserer Stadt gerissene Lücke konnte in den nachfolgenden Jahrzehnten trotz grösster Bemühungen der herrschaftlichen und städtischen Behörden nur langsam wieder ausgefüllt werden. Die von mir aus den Bedtregistern herausgezogenen und zum Teil in der angegebenen Weise nachgeprüften Zahlen zeigen diese nur langsam, aber stetig aufwärts tendierende Bevölkerungsbewegung.

Jahr	Bedtzahler	Jahr	Bedtzahler
1656	93	1664	110
1657	97	1665	110
1658	97	1666	105
1659	96	1667	118
1660	99	1668	118
1661	104	1669	116
1663	101		

Im Jahre 1683 zählt das Bedtregister 132 bürgerliche Steuerzahler.⁹⁾

Erst im Anfang des folgenden Jahrhunderts hat die Bevölkerungsbewegung den Stand der Vorkriegszeit wieder erreicht und überschritten. Die in der „Tabelle und Beschreibung der Stadt Weilburg und des herrschaftlichen Hofes Wehrholz“ vom Jahre 1742 erhaltene erste vollständige und übersichtliche Bevölkerungsstatistik verzeichnet neben 219 Haushaltungsvorständen eine nach

⁷⁾ Eichhoff, Geschichte des herzogl. nass. Landesgymnasiums zu Weilburg. S. 61.

⁸⁾ Spielmann, Festbüchlein zur Tausendjahrfeier.

⁹⁾ Die Kriege Ludwigs XIV., durch die auch Weilburg und Umgebung schwer heimgesucht wurden, waren der wirtschaftlichen Sanierung und Bevölkerungszunahme äusserst hinderlich.

verschiedenen Gesichtspunkten geordnete Gesamteinwohnerzahl von 960. Wenig Jahre später konnte die Stadt zum ersten Male in ihrer Geschichte den tausendsten Einwohner feiern.

In den in der genannten Tabelle vom Jahre 1742 gemachten nach Männern, „Wittweibern“, Ehefrauen, Söhnen, Töchtern, Knechten und Mägden rubrizierter Angaben über die Bewohner der Stadt sind uns für die Errechnung der Gesamtbevölkerung aus der Zahl der bedtpflichtigen Bürger wertvolle Vergleichszahlen gegeben. Nach den Zahlen dieser „Beschreibung“ kommen auf einen Haushaltungsvorstand 4,4 Familienmitglieder. Zieht man diesen Reduktionskoeffizienten aus naheliegenden Gründen dem sonst in der wirtschaftsgeschichtlichen und bevölkerungswissenschaftlichen Statistik gebräuchlichen vor,¹⁰⁾ so erhalten wir für das Jahr 1656 eine Gesamteinwohnerzahl von ungefähr 400, eine Zahl, in der die Mitglieder der gräflichen Familien und ihre Beamten und Diener nicht berücksichtigt sind.

Ihre grösste Fürsorge richtete die Regierungskanzlei auf die Behebung dieses schwersten Schadens, der mindestens 50% igen Bevölkerungsverringerung. Durch Herabschraubung der Rezeptionsbedingungen und stillschweigende Duldung der überaus toleranten Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen über den der Bürgerschaft verliehenen „freien Einzug“ durch die städtischen Behörden suchte man den Zuzug von aussen zu fördern. Auch leibeigenen Untertanen des flachen Landes verlieh die Regierungskanzlei gegen Entrichtung eines geringen „Entledigungsgeldes“ die „Freizügigkeit“, wenn sie sich zur Ansiedlung in der Residenzstadt verpflichteten; nach Aufgabe des Weilburger Bürgerrechtes mussten sie jedoch in die Leibeigenschaft des Landesherrn zurückkehren. Wahrscheinlich stellte auch das dem Rezipierenden gewährte „Freyjahr“, in welchem der junge Bürger von allen Abgaben und Lasten entbunden war, ein solches Anreizmittel zum Erwerb des Weilburger Bürgerrechtes dar.¹¹⁾

Häufig kommt es vor, dass ein neu rezipierter Bürger, nachdem er die „gnädig verwilligte personalfreyheit ein jahr lang genossen hat“, wieder die Stadt verlässt. Ein solcher Missbrauch dieser Schutzbestimmung hat naturgemäss bei den „anderen beschwerten Untertanen“ starken Unwillen und Erbitterung hervorgerufen. Durch ein herrschaftliches Edikt vom Jahre 1674 wurde deshalb angeordnet, dass sich fortan alle Rezipienden zu einem mindestens fünfjährigen Aufenthalt verpflichten mussten; ausserdem hatten sie zu geloben, nach dem Genuss des Freijahres „alles dasjenige, was einem treuen Unterthanen zient und gebührt, auf sich zu nehmen“.

Neben dieser Fürsorge für die Zunahme der Bevölkerung liess sich die Regierungskanzlei vor allem die Wiederherstellung der während der „vorwusen bössen Kriegszeiten verödeten und demolirten Häuser“ angelegen sein. Zahlreiche herrschaftliche Verordnungen zielten darauf hin, die Wohnhäuser „wieder in ein zierlich und wohlständiges Bauwesen zu bringen und darinnen

¹⁰⁾ Jastrow, Die Volkszahl der deutschen Städte zu Ende des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit.

¹¹⁾ Siehe dazu „Land und Leute“, Jahrgang VII. Ernst Körner, Das Weilburger Bürgerrecht.

zu halten“. Ein grosser Teil der baufälligen Häuser war von ihren Besitzern zu einem geringen Verkaufspreis abgestossen worden. Meist hatten die Käufer das Mauerwerk abtragen und an Stelle der Häuser Gärten anlegen lassen. Als bei zunehmender wirtschaftlicher Besserung auch die Baulust wieder erwachte und ihnen für diese infolge der Engräumigkeit der festungsartigen Stadt äusserst wertvollen und begehrten Bauplätze preiswerte Angebote gemacht wurden, suchten sie in unsozialer Gesinnung diese günstige Konjunktur auf dem Grundstücksmarkt durch unbezahlbare Forderungen auszunutzen. Hier griffen die herrschaftlichen Behörden mit rücksichtsloser Strenge ein. Um die Bautätigkeit zu fördern, wurden die Besitzer dieser Bauplätze im April des Jahres 1664 aufgefordert, sich binnen 4 Wochen zu entscheiden, ob sie selbst innerhalb eines Jahres mit einem Neubau beginnen wollten. Im Weigerungsfalle sollten ihre Bauplätze öffentlich ausgebaut und nach Preisfestsetzung durch „eydliche Schatzleute“ einem Baulustigen überlassen werden. In der Polizeiordnung vom 1. Juli desselben Jahres ist von einer Entschädigung der Enteigneten überhaupt keine Rede; ebenso sollen nach der Polizeiordnung von 1690 diese Häuser nach Einziehung durch den Fiskus „frembden“, hier zu wohnen sich einlassenden Bürgern“ überlassen werden, ohne dass auch hier von einer Entschädigung die Rede ist.

Verschiedene baupolizeiliche Verordnungen, für deren Beachtung der Schultheiss und mehrere „Deputierte“ Sorge zu tragen hatten, lassen erkennen, dass man die Wahl des Bauplatzes und die Bauweise keineswegs dem Gutdünken der Baulustigen überliess; insbesondere hatte man sich bei der Anlage der Feuerstellen und Kamine streng an die baupolizeilichen Bestimmungen zu halten. Im Jahre 1673 wurde der Kronenwirt in eine Geldstrafe von 13 alb. 4 Pfg. genommen, weil er entgegen den herrschaftlichen Verordnungen „seine Hausthürtreppe einen halben Schuh auff die gemeine gass übersetzt“.

Ferner wurde der Stadt- und Landschultheiss beauftragt, zusammen mit dem Bürgermeister und einem Ratsschöffen zweimal im Jahre eine „Generalvisitation der gebäude“ vorzunehmen, alle festgestellten Schäden gewissenhaft zu notieren und die Bewohner zur Beseitigung derselben anzuhalten. Bei einer nochmaligen Besichtigung sollte er sich von der Ausführung seiner Befehle und Anordnungen überzeugen und „ungehorsame“ Bürger „ohne Ahnsehung der Persohn“ bei der Regierungskanzlei zur Anzeige bringen.

In ihrem Eifer schossen die herrschaftlichen Behörden oft — wenigstens nach unseren heutigen Rechtsbegriffen — weit über das Ziel. Alle Hausbesitzer waren verpflichtet, binnen dreier Monate die von dem Schultheissen angeordnete „behörige Reparation“ vornehmen zu lassen. Im Unvermögensfalle sollte das Haus durch die Behörde öffentlich zum Verkauf ausgebaut werden, nachdem es vorher „unpartheiisch geschätzt“ worden war. Dem Unvermögenden oder Verarmten wurde dadurch die Aufrechterhaltung seines Besitzrechtes zur Unmöglichkeit gemacht.

Auch dem baulichen Zustande der städtischen Gebäude, Türme, Mauern und Strassen widmete die Regierung grösste Aufmerksamkeit. Ebenso mussten die Wald- und Feldwege in einem fahrbaren Zustande gehalten werden.

Dass sich hierbei oft Streitigkeiten zwischen den herrschaftlichen und städtischen Organen ergaben, liegt in der Natur der Sache; diese werden immer da zu beobachten sein, wo eine Behörde lediglich anordnet, die andere sich aber mit der Rolle des Zahlenden begnügen muss. Nicht immer liessen sich aber bei diesem Bestreben des Landesherrn, die schädlichen Wirkungen des Krieges auszumerzen, und der geringen Bereitwilligkeit der Bürgerschaft zu erhöhten Leistungen gewisse Härten vermeiden. Als die Rats Herrn der wiederholten Aufforderung der Regierungskanzlei, den Marktplatz zu pflastern, trotz einer grösseren Geldstrafe nicht nachkamen, lässt der Stadtschultheiss diese Bauarbeiten im Auftrage der Herrschaft einfach „mit Mitteln der Ungehorsamen“ ausführen. Auch die Bürger selbst waren von der durch diese Bauarbeiten bedingten stärkeren Heranziehung zu Fronden im städtischen Baudienst durchaus nicht erbaut. Diese stärkere Inanspruchnahme, welche die Bürgerschaft häufig zur Beschwerdeführung beim Landesherrn veranlasste, wurde besonders deshalb als untragbar empfunden, weil die Bürger in dieser Zeit auch durch erhöhte Wachdienstpflicht in der Ausübung ihrer Berufsarbeit erheblich beeinträchtigt wurden.

Vollkommen unmöglich war es der Bürgerschaft, die Mittel für die durch die langen Kriegszeiten notwendig gewordenen Renovationen der Lahnbrücke allein aufzubringen. Nur mit Hilfe der Nachbargemeinden (Materiallieferungen und Fronden) und herrschaftlicher Zuschüsse gelang es der städtischen Bauleitung, die notwendigsten Ausbesserungen an der „fast ruinirten brück“ vornehmen zu lassen und so den gänzlichen Verfall zu verhindern. Die Folge davon, dass eine gründliche Renovation infolge fehlender Mittel nicht durchgeführt werden konnte, ist natürlich die Notwendigkeit, fast jedes Jahr erneut Beträge für unbedingt notwendige kleinere Ausbesserungen in den städtischen Etat einzusetzen. Die Gründe für diese „Flickarbeit“ sind keineswegs ausschliesslich in der Zahlungsunfähigkeit der städtischen Bauverwaltung zu suchen, verantwortlich muss zum grossen Teil auch der jährliche Wechsel in der Leitung des städtischen Bauwesens gemacht werden, durch welchen die Ausarbeitung und Durchführung weitsichtiger Baupläne unmöglich gemacht wurden.

Man muss sich davor hüten, den drohenden, auf die gekennzeichnete Weise immer wieder verhinderten Zerfall der städtischen Lahnbrücke ausschliesslich auf das Schuldkonto des Krieges, während dessen Dauer sie durch die starke und wenig schonende Benutzung durch die Truppen und infolge der fehlenden zur Renovation benötigten Gelder naturgemäss stark gelitten hatte, zu setzen. Schon in der Vorkriegszeit begegnen uns in den Baumeisterrechnungen stattliche Beträge für die sich fast alljährlich wiederholenden Reparationen an den „Pfeylern“ und sonstigen Teilen der Brücke.

Leider lässt sich nicht feststellen, ob die von der Bürgerschaft äusserst heftig bekämpfte Anordnung des Landesherrn, dass an Stelle der früheren Fachwerkhäuser fortan alle Bauten ausnahmslos „mit stein aufzuführen“ seien, aus dem 17. Jahrhundert datiert oder ob sie erst im Anfange des folgenden publiziert worden ist. Noch während der Regierungszeit des Fürsten Karl (1719—53)¹²⁾ weist das Stadtgericht in seinen Beschwerdeschriften darauf hin,

¹²⁾ Er hatte 1737 den Fürstentitel erworben.

dass es den armen Bürgern infolge der doppelt so hohen Baukosten unmöglich sei, solche Steinhäuser zu errichten.

Auch der Sicherung der Stadt gegen Feuersgefahr galt die Fürsorge der landesherrlichen und städtischen Behörden nach dem Kriege in erhöhtem Masse. Die Bauart der Häuser und Feuerstätten und die Beschaffenheit der Beleuchtung erforderten eine dauernde Wachsamkeit und Bereitschaft gegen Feuersgefahr, die Leben und Eigentum der Bewohner tatsächlich oft genug bedrohte. Nur allzu oft schreckte der Mahnruf des „Stadtpeifers“ die Schläfer aus der Ruh.¹³⁾

Vor allem aber eiferte die Regierung in sich fast alljährlich wiederholenden Verordnungen gegen „die schädliche Unsitte des Tobacktrinkens“, welches sie als die Ursache der meisten Brände darstellt. Im Jahre 1680 weist sie unter Erinnerung an ihre zahlreichen Verordnungen und Verbote früherer Jahre darauf hin, dass der grosse Brand, der am 30. April 1679 „das uhralte gräfliche Schloss“ in Braunfels einäscherte, durch die Unachtsamkeit und das leichtsinnige Verhalten eines Rauchers entstanden sei. Die städtischen Organe hatten darüber zu wachen, dass „kein Bürger, Unterthan und Fremdbder, wer er auch sein möchte, mit einer brennenden Tobackspfeiffe oder glüendem Kohl in eine Scheuer, Ställ oder wo Gemist und Stroh liegt, auch nicht über die Gassen oder die Höf, weniger auffm Feld in Hecken oder in Waldungen geh, bei Geld- auch Leibesstraf“.

Der herrschaftliche Stadtschultheiss und die beiden städtischen Körperschaften waren ferner verpflichtet, für die Anschaffung und Instandhaltung „guter, starker Feuerleitern, Feuerhaken, gemeiner lederner Wassereimer und anderer zur Dilgung des Feueress nothwendiger Gefäss und Instrumente“ Sorge zu tragen. Jeder neue Bürger hatte bei seiner Rezeption einen „tüchtigen, aus starkem Pfundleder hergestellten und mit seinem Namen marquirten Feuereymer“ anzuschaffen und in seinem Hause aufzubewahren. Der von auswärts zugezogene Recipiendus hatte ausserdem noch einen zweiten Eimer „aufs Rathauss zu schaffen“. Damit nun auch im Sommer bei grösserer Hitzeperiode im Notfalle kein Wassermangel eintreten könne, sollte jeder Bürger vor seinem Hause eine grosse mit Wasser gefüllte „Bütt“ aufstellen. Durch eine herrschaftliche Verordnung vom 30. Dezember 1669 wurde diese Verpflichtung der Polizeiordnung vom Jahre 1664 auch auf die Winterszeit ausgedehnt, — nur sollte das „ziemlich Gefäss mit Wasser“ jetzt im Hause aufbewahrt werden — damit die durch eingetretenen Frost bedingte Einfrierung der Brunnen der Bekämpfung des Feuers nicht hinderlich sei.

Verstösse gegen diese Bestimmungen wurden mit schweren Strafen gehandelt. Im Jahre 1670 wurde ein Bürger in eine Strafe von 2 fl. genommen, da er diesem Befehl, auch im Winter „ein Fass mit Wasser entwedder im Keller oder in der Stubben (!) bereit zu halten“, nicht nachgekommen ist.

Auch das Dörren, Brechen und Schwingen des Flachses und das Dreschen des Getreides nach angebrochener Dunkelheit wurde mit schweren Geldstrafen, ja sogar „Leib- und Lebensstraffen“ bedroht.

In all diesen baupolizeilichen und auf Hebung der Bautätigkeit zielenden herrschaftlichen Kanzleiverordnungen erkennt man deutlich das Bestreben des

¹³⁾ Vergl. Riehls Novelle „Der Stadtpeifer von Weilburg“.

Landesherrn, seiner Residenzstadt ein etwas „prächtigeres“ Aussehen zu verleihen. Mehrere Strassenreinigungsbestimmungen aus der Regierungszeit Ernst Kasimirs (1627—55) und seines Sohnes Friedrich (1655—75) zeigen deutlich, dass Weilburg in damaliger Zeit auch wenig geeignet war, fürstliche Souveränität besonders eindrucksvoll zu repräsentieren. Trotz mehrerer Verordnungen seines Vaters hat Graf Friedrich „missfällig vernehmen und mit Unmuth selbst sehen müssen, dass solchen unsrerer wohlgemeinten Gebott keineswegss oder wenig nachgelebt“ wird, dass man sich nicht scheut, selbst „umb unsrer Schloes herum solche Mistenstätt, Unflat, Kersel¹⁴⁾ und Kloaken“ anzuhäufen, „dass kaum dabey oder darüber herzugehen oder kommen ist“. Fast allen Bürgern fehlte infolge der Engräumigkeit und wirren Strassenzüge ein abgeschlossener Hofraum, in welchem man ohne Schädigung des Stadtbildes die Abfallstoffe bis zum Abtransport ansammeln konnte, so dass man gezwungen war, dieselben einfach vor die Türe auf die Strasse zu setzen. Man hatte sich während der langen Kriegsjahre daran gewöhnt, das „unsaubere Gewässer“ und das Blut des geschlachteten Viehs einfach in die „zuvor ungewöhnlichen“ Strassengossen zu schütten. Der Marktplatz und die freien Plätze an den Stadtmauern waren infolge ihrer günstigen Lage besonders bevorzugte Schuttablade Stellen. Es war also durchaus begreiflich und auch begründet, wenn sich der Zorn und der Ärger des Grafen über die „ungehorsamen und halsstarrigen“ Bürger seiner Residenzstadt einmal ordentlich austobte. In einer Verordnung vom 3. August 1666 befiehlt er unter Androhung schwerer, sich im Wiederholungsfalle erheblich steigernder Strafen, dass innerhalb einer 14 tägigen Frist alle in der Stadt liegenden Mist- und Abfallhaufen zu entfernen seien und die „zuvor ungewöhnlichen Gossensteine“, in welche die Bürger ihre Abwässer auszuschütten pflegten, „verbauwet und die unsauberen Gewässer aufgefangen, hinweggetragen oder unter der Erde hingeleitet, abgeführt und von öffentlichen Gassen abgehalten werden“.

Erst Johann Ernst (1684—1719) gelang die Verwirklichung der auf Verschönerung der Residenzstadt zielenden Wünsche und Pläne seines Vaters. Durch sein Wirken war Weilburg aus einer wegen ihren „schlechten Gebäuden und Unförmlichkeit der Strassen sehr schlechten Stadt“ zu „einem der schönsten und anmuthigsten Orte am Lahnstrom als auch in allen umliegenden Landen“, die „in Vergleichung mit ihrem vormaligen Ansehen gleichsam umgeschmolzen zu sein“ scheint, geworden. Selbst die Agitatoren der vollkommen unblutig verlaufenen Weilburger Revolution vom Jahre 1792 stellen dem damaligen Regenten seinen Grossvater, den Grafen Johann Ernst, als das Ideal eines wahren Landesherrn, als „den Stolz und die Zierde des Landes“ dar, der „nicht nur eine Menge bleibender Denkmäler seiner Grösse hinterlassen“, sondern auch „den Armen Gelegenheit zum Verdienst geschaffen“ hat.

Der Verordnung gegen die Strassenverunreinigung vom 3. August 1666 folgte am 11. desselben Monats eine Pestordnung. Schon die erstgenannte weist mit Recht auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem gekennzeichneten Misstand und dieser in der Letztzeit „in der Nachbarschaft hin und wieder schon ziemlich entstandenen“ Krankheit hin. Diese Pestordnung, deren Ein-

¹⁴⁾ Kehricht.

leitung zeigt, dass sie nicht durch vorliegende Krankheitsfälle, sondern durch die „landesväterliche Vorsorg“ des Grafen diktiert worden ist, enthält zahlreiche mehr oder weniger wirksame Vorbeugungs- und Verhaltensmassregeln.

Die Einleitung und Absatz 1 empfehlen den Bürgern, durch „andächtig Gebet und bussfertiges Leben den zornigen Gott“, der, „wie aus heiliger göttlicher Schrift sattsamb“ bekannt ist, „unss Menschen unter anderen Plagen auch pestilenzische Seuchen zugeschickt hat“, zu versöhnen.

2. Alle Festlichkeiten und Märkte müssen abgesagt werden.

3. Die Behörden sollen streng darüber wachen, dass die in der Verordnung vom 3. August aufgeführten Reinlichkeitsbestimmungen peinlichst beachtet werden; besonders aber ist darauf zu sehen, dass kein totes Vieh an den Strassen liegen bleibt.

4. Den Wirten und Metzgern wird aufgetragen, sich jederzeit genügend mit Wein und Fleisch einzudecken, „damit so wol gesunde als schwache sich dessen zu ihrer Notturft und Erquickung gebrauchen können“.

5. Der Besuch von Märkten in Orten, die von dieser Seuche heimgesucht sind, ist ausnahmslos verboten. Wer gegen diese Bestimmung verstösst, soll neben anderen Strafen „ipso facto ohne fernerss Urtheil und ohne allen Respekt auf 2 Monat lang des Landss verwissen sein und bleiben, auch ehnder nicht eingelassen werden, er seye dan von unss specialiter perdonirt und wiederumb begnadiget“.

6. Dieselbe Strafe trifft den, der „kranke oder von infizierten Orten kommende Personen“ in sein Haus aufnimmt. Alle von „dergleichen Orten ankommenden Briefe sollen zuvorherr vorm Thor oder im Feld durch gewisse Personen beräuchert und ehe nicht eingelesen werden“.

7. Durch die Beamten sollen „gewisse Wundärzt und Balbierer“ bestellt werden, die für die Pflege minderbemittelter Kranker „aus dem gemeinen Kasten salaryrt und renumeriret“ werden.

8. Alle Häuser, in denen Kranke liegen, müssen durch besondere Zeichen kennbar gemacht werden; ebenso sollen auch die durch die Behörden bestimmten Krankenpfleger durch „weisse Stäbe“ als solche gekennzeichnet werden.

9. Dieser Absatz enthält Bestimmungen, die bei der Bestattung an der Pest Verstorbener zu beachten sind.

10. Die Bettücher und Leibgewänder der Kranken dürfen innerhalb der Stadt weder ausgelegt noch gewaschen werden. Die „alten Plaster“ müssen entweder verbrannt oder vergraben werden.

11. Die Beamten haben Bürger zu bestimmen, die für die Erkrankten alle erforderlichen Erntearbeiten ausführen müssen.

12. Zuletzt wird den Bürgern noch empfohlen, sich für alle Fälle immer mit den gegen die Pest verordneten „Kuren und Medizinatia“ zu versehen.

Die während des Krieges erheblich zugenommene Wolfsplage war für die Bürgerschaft unserer Stadt nicht nur indirekt durch äusserst starke Heranziehung zu den gegen diese Raubtiere veranstalteten regelrechten Jagden, sondern auch unmittelbar fühlbar. Die Wölfe, die sich bis in die Nähe der Stadt wagten, bildeten eine ständige Gefahr für das auf der Weide befindliche Vieh und auch

für die Bevölkerung. Als die Regierungskanzlei dazu übergang, die Weilburger Bürger, die in den ersten Jahrzehnten nach dem Kriege nur zur Teilnahme an den Wolfsjagden in den in ihrer Gemarkung gelegenen Wäldern verpflichtet waren, auch zu Jagden in den anderen Aemtern heranzuziehen, wird das Stadtgericht wegen dieser nach seiner Ansicht wider Recht und Herkommen verstossenden neuen Belastung vorstellig. Der zuständige Referent der Regierungskanzlei weist die Delegation der Bürgerschaft darauf hin, dass die Herrschaft niemals eine Verpflichtung, sich an die von der Stadt gezogenen Grenzen zu halten, anerkannt habe, vertröstet sie aber mit dem Versprechen, „hierinnen hinfüro mass zu halten“ und die Bürgerschaft „wieder das alte herkommen in keinerley Weise zu graviren“. Die Regierung hat auch tatsächlich Wort gehalten und die „Bürgerschaft in der Folgezeit dem alten herkommen“ gemäss nur noch zu den Jagden in „den gewöhnlichen limiten“, „im Harnisch, Pfanstiehl und gebranden Berg“, herangezogen. Wie gross diese Raubtierplage gewesen sein muss und wie lange sie trotz stärkster Bekämpfung anhielt, erhellt die Tatsache, dass die Verpflichtung der Bürgerschaft zur Teilnahme an diesen Wolfsjagden sogar in den 2 grössten Gesetzes- und Verfassungswerken des 17. und 18. Jahrhunderts, im Freiheitsbrief vom 7. April 1685 und in der Polizeiordnung des Jahres 1748, verfassungsmässig verankert wurde.

Ein ungeheurer Strom entlassener gesunder, kranker oder verkrüppelter Kriegsleute, Bettler, Aussätziger, „armer Verbrandter“, durch religiöse Intoleranz vertriebener Pfarrer, von Haus und Scholle verjagter Edelleute usw. ergoss sich in der Nachkriegszeit durch die deutschen Lande. Dieses grosse Heer Mitleid und Hilfe ihrer Mitmenschen Erflehender hat in Weilburg nicht vergebens an die Türen geklopft. Gewissenhaft hat der Stadtschreiber alle Almosen, die diesen armen Menschen aus städtischen Mitteln gegeben wurden, verzeichnet; er vergisst es auch niemals, bei jeder „Gabe“ den Grund anzugeben, der den Schultheissen oder den Bürgermeister veranlasste, die mildtätige Hand zu öffnen.

Keineswegs dürfen wir für diese Verelendung den Krieg allein verantwortlich machen. Schon vor dem Kriege ist die Zahl der Bettler, „Abgebrandten“, Türkenkämpfer, aus heidnischer Gefangenschaft Zurückkehrender oder religiöser Unduldsamkeit weichender Pfarrer, die durchs Land ziehen und auch in unserer Stadt bei den Behörden die christliche Nächstenliebe anrufen, ausserordentlich gross.¹⁵⁾ Unter den verschiedensten Vorwänden sucht man das Mitleid der Angeflehten anzusprechen.¹⁶⁾ Schon vor dem Kriege setzten sich die Sonderausgaben fast ausschliesslich aus „Almosen für die armen leuth“ zusammen.

Es bedarf keiner weiteren Begründung, dass der langjährige Krieg dieses Heer der Bettler, unter welchen auch sicherlich zahlreiche Simulanten zu finden gewesen sein werden, bedeutend vergrösserte. Der verflossene Krieg mit all seinem Elend bot ja Gründe genug, mit denen die um eine „Beysteuer“ Bittenden

¹⁵⁾ Siehe dazu G. Freytag, Bd. III. S. 226, der dieses Bettlerunwesen als Kriegsfolge darstellt.

¹⁶⁾ Almosen wurden z. B. gegeben: „Einem armen Christen, der von den Türken gefangen gewesen; einem Landsknecht mit einem lahmen Bein; einem armen verbrandten; zwey kranken Wandersgesellen; einem Pfarrer aus dem Böhmischem usw.“ Vor allem aber sind es die Türkenkrieger, die auf die Mildtätigkeit der Weilburger den stärksten Anreiz ausüben.

die Herzen ihrer Mitmenschen zu erweichen suchten. Auffallenderweise ist es wieder der verdienstvolle Türkenkrieger, der durch seine Kämpfe gegen „die Erzfeinde der ganzen Christenheit“ das Mitleid zu erregen weiss.

Auch die Schulverhältnisse waren die denkbar ungünstigsten. Das im Jahre 1540 als Freischule gegründete Weilburger Gymnasium hatte mangels geeigneter Lehrkräfte und infolge stets abnehmender Schülerzahl in den schwersten Kriegsjahren 1634 und 35 seine Pforten schliessen müssen. Der Versuch des Grafen, nach dem Tode des letzten Rektors durch eine interimistische Leitung den Untergang der Schule zu verhindern, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Seit dem Jahre 1636 wird die Schule in den Stiftsakten überhaupt nicht mehr erwähnt.¹⁷⁾ Keineswegs darf für den gänzlichen Verfall der Schule der Krieg allein verantwortlich gemacht werden, da, wie Eichhoff¹⁸⁾ nachweist, ihr Ansehen und ihr Besuch durch den häufigen Lehrerwechsel, „die Sterbesläufe und des Rektors Fliccius Leibsschwachheit“ schon vor dem Kriege stark gelitten hatte. Natürlich war der ausgebrochene Krieg einer abermaligen Aufwärtsentwicklung äusserst hinderlich, bewirkte sogar trotz eifrigster Bemühungen des Landesherrn 1635 die gänzliche, bis zum Eintritt des Friedens andauernde Schliessung der Anstalt.

Auch die „teutsche“ Schule musste im Laufe des Krieges ihren Schulbetrieb einstellen. Lediglich die im Jahre 1614 gegründete „Mädgerschuel“, deren Gebäude auf dem heutigen Marktplatze stand, konnte, von einigen kürzeren Unterbrechungen abgesehen, während des ganzen Krieges ihre Aufgabe im Dienste der Jugendziehung erfüllen.

Sofort nach seiner Rückkehr aus dem Exil widmete sich Graf Ernst Kasimir¹⁹⁾ mit vollen Kräften dem Wiederaufbau seiner Lande; seine besondere Sorge galt seiner Residenzstadt Weilburg. Schon im letzten Kriegsjahre wurde auf seine Anregung das Gymnasium wieder als lateinische Stadtschule mit einem Rektor, dem „teutschen Schulmeister“, in dieser Zeit bisweilen auch Konrektor genannt, und 2 weiteren Lehrern eröffnet. Diese aus Stiftsgefallen besoldeten „ortendlichen Schuelpraezeptores“ hatten neben ihrem eigentlichen Unterricht auch den Choralgesang der Schuljugend beim Gottesdienst und bei Begräbnissen zu leiten. Ausserdem oblag ihnen die Pflicht, die ihnen anvertrauten Knaben während des Gottesdienstes zu beaufsichtigen und den Gemeindegessang auf der Orgel zu begleiten. Von diesen letztgenannten Verpflichtungen suchten sich die „gelehrten Praezeptors“ in den folgenden Jahren zu befreien. Stark ausgeprägtes Standesbewusstsein und die nicht immer ausreichende Besoldung sind die Gründe, die sie dazu veranlassten. Eine Eingabe der Bürgerschaft weist sie darauf hin, dass ihre Vorgänger „sich nicht im geringsten geschämet“ hatten, „vor dem Polte“ zu stehen, „den Choralgesang zu leiten und hernach auch noch auf der Orgell zu musizieren“. Der „teutsche Schuhlhalter“, der ebenso wie sein Kollege von der „Metgerschuel“ von der Entrichtung der Bedt befreit war, versah gleichzeitig das Amt des Glöckners, wodurch sich sein Einkommen um 5 fl. erhöhte.

¹⁷⁾ Eichhoff, Geschichte des herz. nass. Landesgymnasiums zu Weilburg S. 61.

¹⁸⁾ Eichhoff, S. 50 ff.

¹⁹⁾ Er war 1634 nach der Schlacht bei Nördlingen vor dem in Nassau einfallenden Heere des Kardinalinfanten geflohen.

Auch die Verhältnisse an der Mädchenschule wurden neu geordnet. Den Plänen der herrschaftlichen Behörden, den Unterricht an dieser Schule ebenfalls dauernd einer männlichen Lehrkraft zu übertragen, setzte die Bürgerschaft unter Hinweis auf das Testament der Stifterin, der Gräfinwitwe Anna²⁰⁾, schärfsten Widerstand entgegen. Nach ihrer Meinung war es besser, „es bey dem alten zu gelassen und solche Schuelmeisterey (wieder) einer ehrlichen und darzu qualifizierten Weibspersohn“ zu übertragen, da ja schon der nach dem Willen der Gräfin Anna eingeführte Nähunterricht die Anstellung einer weiblichen Lehrkraft erfordere. Der Lohn dieser Lehrerin bestand in dem „jährlichen Schuelgulten“, den jedes Mädchen, welches die Schule besuchte, zu entrichten hatte, und einem „karh holtz“; ausserdem wurde der unverheirateten Lehrerin eine städtische Wohnung zur Verfügung gestellt.

Auch an der Kirche war der langjährige Krieg nicht spurlos vorübergegangen. Die Stiftseinkünfte gehen derart schlecht ein, dass man sich gezwungen sieht, die Hilfe der weltlichen Behörden anzurufen. Die städtischen Körperschaften lehnen jedoch entrüstet ihre Zuständigkeit unter Hinweis auf die durch die ganze Bürgerschaft und vor allem die ältesten Bürger beweisbare Tatsache, dass „Geistlichkeit und Stift ein ganz separates Werk“ sei, auf dessen Geschäftsführung sie keinerlei Einfluss haben, ab. Die von der Bürgerschaft betonte reinliche Scheidung von städtischen und Stiftsangelegenheiten gehe auch schon daraus hervor, dass die Pfarr- und Schulgebäude, die aus Stiftsgefallen dotiert wurden, bisher von allen städtischen „oneribus exempt und frey gehalten“ worden sind und auch bleiben sollen. Die städtische Verwaltung kann sich trotz ihrer Versicherung, dass ihr ein Urteil in dieser Frage nicht zustehe und auch sachlich nicht möglich sei, die Bemerkung nicht versagen, dass nach ihrer Ansicht die Zerrüttung der Stiftsfinanzen, von der „man mit betrübniß oftmalss sogar in Predigten hören muss“, doch in der Hauptsache auf „die böse Administration des Praesensmeisters (des Stifts) und unfleissiges forth- und eintreiben der Renthen“ und Gefälle zurückzuführen sei; auch das „ohnnötige“ Ausleihen von Stiftskapitalien in früheren Jahren trage einen grossen Teil dieser Schuld. Ob die beiden ersten Vorwürfe der Stadt bezügl. der nachlässigen Geschäfts- und Rechnungsführung des Stifts berechtigt sind, lasse ich dahingestellt, das letzte Argument jedoch ist nicht nur unbegründet, sondern zeigt auch, dass sich die Bürgerschaft von moralischen Verpflichtungen nicht allzu sehr beschwert fühlte; denn gerade das Stift war es doch, welches in den Notzeiten des Krieges und auch schon in der Vorkriegszeit durch Gewährung von Darlehen — allerdings zu dem gewöhnlichen Zinsfuss — sowohl der Kommune als auch einzelnen Bürgern Hilfe und Unterstützung zuteil werden liess. Sicherlich ist die Notlage des Stifts nicht zuletzt gerade auf die infolge der durch die langjährigen Kriegsnots bedingten Verarmung unmögliche Zurückzahlung der ausgeliehenen Kapitalien zurückzuführen.

Auch dem Ansinnen der Stiftsverwaltung, einem Bürger das Amt des Kirchenbaumeisters zu übertragen, widersetzt sich das Stadtgericht hartnäckig, da dadurch den verarmten Bürgern, die „sich und die Ihrigen nur kümmerlich

²⁰⁾ Geb. Gräfin von Nassau-Katzenelnbogen.

aussbringen und nähren können“, neue „lest undt Beschwehnuss über den Hals gezogen“ würden. Die Bürgerschaft begründet ihre ablehnende Haltung ferner mit dem Hinweis darauf, dass ja gar keine Veranlassung vorliege, von dem bisherigen wohlbewährten Brauch, dieses Amt durch einen Pfarrer oder einen „bestellten Kastenmeister“ ausüben zu lassen, abzuweichen; in früheren, besseren Jahren hätten ja viele Pfarrer „solche Kastenmeisterei selbst gerne gehabt und getragen“. ²¹⁾

Wahrscheinlich witterte die Bürgerschaft hinter diesem Versuch, das Kirchenbaumeisteramt einem ihrer Mitglieder zu übertragen, die verschleierte Absicht, auch die Kosten für die Kirchenausbesserungen auf städtische Schultern abzuladen. Eine solche Belastung wäre allerdings für die Stadt untragbar gewesen; denn die Kirche befand sich nach dem Kriege in einem äusserst schlechten baulichen Zustand.

Mit dieser Vermutung schien die Stadt keineswegs Unrecht gehabt zu haben. Als Graf Ernst Kasimir darauf drang, dass wenigstens das Innere der Kirche in einen besseren und würdigeren Zustand gebracht werde, erklärte das Stift seine Unfähigkeit zur Übernahme der veranschlagten Kosten. ²²⁾ Da man einerseits die ausgeliehenen Kapitalien infolge der geldarmen Zeit nicht eintreiben konnte, anderseits aber die Zinsen dieser Aussenstände bei weitem nicht ausreichten, war man gezwungen, ein besonderes Baugeld unter den Angehörigen des Kirchspiels umzulegen. Ausserdem wurde den eingepfarrten Dorfschaften 1653 die Lieferung von 2 Rüsthölzern von 34 „Schuch Länge“ (für jede Gemeinde) anbefohlen, während sich die Herrschaft zur „Beyfuhr“ des benötigten Kalkes und Sandes bereit erklärte. Die Fuhrdienste sollten durch Landbewohner, deren Verpflegung für diese Zeit die Weilburger Bürger zu übernehmen hatten, ausgeführt werden. Diese im Jahre 1652 in Angriff genommene Kirchenerneuerung, die schon im folgenden Jahre infolge fehlender Mittel eingestellt werden musste, konnte erst zehn Jahre später fortgeführt werden.

Bei der Darstellung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Dreissigjährigen Krieges für unsere Stadt wird man sich immer vor Augen halten müssen, dass diese häufig nur während des Krieges selbst oder nur noch verhältnismässig kurze Zeit danach spürbar waren. Bei ihrer rein handwerklichen Betätigung waren die Bewohner, die sich neben ihrem Gewerbe noch hauptsächlich von der Landwirtschaft ernährten, die nicht wie heute grössere oder kleinere Betriebsanlagen benötigten, die nicht auf Materiallieferungen fremder Gegenden, des „Auslandes“, angewiesen waren, eigentlich nur dann zur Aufgabe ihres Gewerbes gezwungen, wenn man ihnen die Werkstatt über dem Kopf anzündete. Aber selbst in diesem Falle konnten sie noch den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien durch intensivere Bearbeitung der Landwirtschaft sicher stellen. Die während des Krieges so oft gehörten Klagen der Bäcker, sie könnten wegen der Kriegsunruhen kein Holz aus den städtischen „Harnischhecken“ herbei-

²¹⁾ Vermutlich wurde in früherer Zeit die „Kastenmeisterei“ gut besoldet.

²²⁾ Bei der Darstellung der Kirchenrenovation folge ich in der Hauptsache F. A. Schmidt, „Beiträge zur Geschichte der Kirchen und Friedhöfe in Weilburg“. (Land und Leute. 5. Jahrgang Nr. 1 und 2.)

schaffen, der Mitglieder der Hammerzunft über schwierige und unvollkommene Eisenlieferungen der benachbarten „Hämmer“ verstummen sofort nach dem Eintritt des Friedens. Auch die Wiederherstellung der abgebrannten — ganz abgesehen davon, dass die weitere Ausübung des Handwerks in mehr oder weniger grosser Beschränkung möglich war — oder Instandsetzung der verlassenen, leerstehenden, deshalb dem Verfall preisgegebenen kleinen, meist strohgedeckten Fachwerkhäuser war in verhältnismässig kurzer Zeit und mit geringen Mitteln durchführbar.²³⁾ Das dazu benötigte Material stand in städtischen Waldungen und Steinbrüchen zur Verfügung.

Auch die für die Landwirtschaft entstandenen Schäden waren in wenigen Jahren behoben. Selbst bei grösstem Vandalismus konnten die Soldaten nicht mehr als die Ernte vom Felde rauben, die Garteneinfriedigungen beschädigen und niederreißen, Obstbäume abhauen usw. Von solchen und ähnlichen Klagen hören wir in Weilburg aber so gut wie gar nichts. Sehr lebhaft wurde dagegen während des ganzen Krieges und in den folgenden Friedensjahren begreiflicher Weise über schwere Verwüstungen der Weinberge geklagt. Schon in den ersten Kriegsjahren, als die Stadt selbst infolge ihrer starken Schutzmauern und Salvaguardien (Schutzbriefe) von Einquartierungen, Durchzügen und deren Folgen verschont blieb, geht die Weinernte von Jahr zu Jahr beträchtlich zurück, da „die Soldaten die Weingärten im Hain und in der Lützelbach sehr durchlaufen und merklichen Schaden“ angerichtet haben. Für die saftigen, erfrischenden Trauben waren die in Weilburg liegenden oder durchziehenden Truppen immer dankbare Abnehmer. Ein grosser Teil der so beschädigten „Weingärten“ ist nach dem Kriege überhaupt gänzlich „ausgerottet“ und teilweise in Gartenanlagen umgewandelt worden.²⁴⁾

Der dadurch bedingte Rückgang der Weinernte hatte eine starke Zunahme des Bierkonsums zur Folge. Wie stark der Weinbau zurückgegangen war und in welchem Masse der einheimische Wein durch das Bier verdrängt wurde, geht aus der Tatsache hervor, dass die Herrschaft den Bürgern jetzt anstelle des früheren abgabefreien, für den Hausbedarf benötigten „Weinschankes“ einen Haustrank selbst gebrauten Bieres gewährte.

Um den „in Unbau gekommenen Weinbau wieder in Bau zu bringen“, wurde allen Bürgern erlaubt, „ihr eigen gewächss²⁵⁾ vom monath octobris bis nach Lichtmess“ ohne Besteuerung, nur gegen Entrichtung einer geringen herrschaftlichen Abgabe (18 Pfg. pro Ohm) frei auszuschenken. Dieser freie Ausschank des selbst gezogenen Weines „hat manchem (Bürger) in seiner Rechnung ein Guthes eingebracht“.

²³⁾ Das im Jahre 1634 fast vollständig abgebrannte Runkel war schon am Ende des Krieges zum grossen Teil wieder aufgebaut.

²⁴⁾ In den benachbarten Dörfern war der Weinbau durch den Krieg fast vollständig vernichtet worden. So konnte z. B. der seit mehreren Jahrhunderten dem Weilburger Stift zustehende Weinzehnt des benachbarten Dörfchens Niedershausen infolge vollkommener Niederlage des Weinbaues nicht mehr eingezogen werden.

²⁵⁾ Oder wie es in einer Beschwerdeschrift der Stadt heisst: . . . „Wein, so dahier gezogen worden“ . . .

Ausserdem wurde der von auswärts eingeführte Wein zum Schutze des heimischen Weinbaues und Handels von 1667 ab neben dem Zapfgeld, der Weinakzise, noch mit einer besonderen Einlagesteuer belegt. Während bisher für jeden Ohm Wein 40 alb. 4 Pfg. an Steuer zu entrichten waren, musste fortan für den Auslandswein noch eine Sondersteuer von 12 alb. gezahlt werden. Aus dem Vergleich der vor und nach diesem Termine erzielten Einnahmen der Getränkakzise, an der die Stadt mit ungefähr $\frac{1}{3}$ ²⁶⁾ beteiligt war, geht eindeutig hervor, dass die Einfuhr fremden Weines infolge des Rückganges des einheimischen Weinbaues sehr stark zugenommen hatte.

Jahr	Einnahme fl.	Jahr	Einnahme fl.
1656	72	1671	157
1657	32	1672	151
1658	65	1673	177
1659	55	1674	221
1660	70	1675	94
1661	90	1676	120
1662	—	1677	201
1663	73	1678	129
1664	74	1679	172
1665	77	1680	122
1666	79	1681	132
1667	144 *	1682	105
1668	152	1683	126
1669	158	1684	138
1670	140	1685	112

Diese Schutzbestimmungen sind von der Bürgerschaft verschiedentlich missbraucht worden. So hat man häufig mit Erfolg versucht, fremden gekauften und ausserhalb der genannten Frist auch selbst gezogenen Wein in missbräuchlicher Ausnutzung dieser Verordnungen abgabefrei in den Handel zu bringen. Um diesem Übelstand zu begegnen, mussten nach einer „Erneuerten Akzisordnung“ vom Jahre 1667 alle Weinkäufe sowohl vom Verkäufer als auch vom Käufer vorher den Akzisern zur Anzeige gebracht werden.

Auch der schon erwähnte den Bewohnern gewährte freie Haustrank ist von den findigen und geschäftstüchtigen Weilburgern verschiedentlich missbräuchlich ausgewertet worden. Die städtischen und herrschaftlichen Behörden mussten zu ihrem grössten Erstaunen feststellen, dass der von den Wirten zur Steuer angemeldete Getränkeumsatz immer geringer wurde, während der steuerfreie Haustrank in demselben Masse zunahm. Andre Bürger, „so überhaupt keine Wirtschaft haben“, suchten sich dadurch eine Einnahmequelle zu verschaffen, dass sie Nachbarn und Bekannte gegen Bezahlung mit ihrem Haus-

²⁶⁾ Ueber diesen städtischen Anteil wird noch zu reden sein.

trank bewirteten; sie schmälerten dadurch nicht nur die Einnahmen der Herrschaft und der Stadt, sondern auch die der Wirte. Gegen dieses Unwesen ging die Regierungskanzlei energisch vor. Die Bewirtung aller nicht zum eigenen Haushalt gehörenden Personen in Privatwohnungen wurde strengstens untersagt: bei den Gastwirten durften fortan von 9 Ohm immer nur 2 als Haustrunk steuerfrei bleiben. Überhaupt wurde zur besseren Durchführung der gräflichen Verordnungen die „prob“ und die Weinschatzung jetzt ausschliesslich herrschaftlichen Akzisern übertragen. „Damit man aber mit der Schatzung besser zu Recht kommt“, mussten die Wirte Belege über die Höhe der Einkaufspreise beibringen.

Auch nach dem Kriege wurden in Weilburg nur wenige Pferde gehalten. Nach dem im Jahre 1670 neu aufgestellten Steuerstock befanden sich in bürgerlichem Besitz 4 Pferde. Grössere städtische oder private Fuhrarbeiten liess man durch Bauern und Fuhrleute der benachbarten Dorfschaften ausführen. Auf „nachbarliches pitten“ und durch Vermittlung der Regierungskanzlei haben diese die städtischen Fuhren (hauptsächlich Baumateriallieferungen) meist kostenlos übernommen; nur die Verpflegung wurde ihnen von der Bürgerschaft gestellt. Die meisten Bürger hielten sich zu Fuhrzwecken den in Anschaffung und Unterhaltung weit billigeren Esel. Auch in den folgenden Jahrhunderten hat sich hierin nichts wesentlich geändert. Im Jahre 1742 sind in Weilburg 12 Pferde vorhanden. Noch im Anfange des 19. Jahrhunderts lassen die Weilburger Bürger ihre Feldbestellungsarbeiten und andere Fuhren durch Pferdehalter der benachbarten Dörfer ausführen.

Der durch Ablieferungen, Raub, Futternot und Seuchen während des Krieges stark zurückgegangene Viehbestand nahm nach Eintritt besserer Verhältnisse rasch wieder zu. Im 2. Jahrzehnt nach dem Kriege können die Metzger ihren Bedarf an Schlachtvieh hier in Weilburg selbst wieder eindecken. Ja häufig führt die Bürgerschaft in dieser Zeit lebhaft darüber Klage, dass die Metzger von auswärts Vieh einführen, während die Weilburger Bürger für ihre Überproduktion keinen Absatz finden.

Neben der schon früher betriebenen Rindvieh- und Schweinezucht hat auch die Ziegenzucht nach dem Kriege zugenommen. Da aber die „Böck und Geissen“ der Bürger in den herrschaftlichen Waldungen „merklichen Schaden“ anrichteten, wurden ihre Besitzer „des erlittenen Schadens halber“ mit einer jährlichen Abgabe von einem „Orthsreichsthaler“ (!) belegt. Diese Schadensersatzleistung war nichts anderes als eine neue Viehsteuer.

Anstelle der bisherigen Schweinehirtin tritt nun ein männlicher Hüter, der aber infolge starker Vermehrung seiner Schutzbefohlenen auch seine Frau noch mitbeschäftigen muss. Für die im Jahre 1684 vorhandenen 142 Stück Rindvieh fehlen leider irgendwelche Vergleichszahlen aus der Vor- und Nachkriegszeit. Dabei muss bedacht werden, dass die vorangegangenen französischen Kriegsunruhen, unter denen auch unsere Stadt und die umliegenden Dörfer sowohl durch französische als auch deutsche Truppen jahrelang schwer zu leiden hatten, diesen bei etwa 130 Haushaltungen und anderem Vieh immerhin recht ansehnlichen Rindviehbestand stark verringert hatten.²⁷⁾ Die in der schon genannten Beschreibung Weilburgs aus dem Jahre 1742 enthaltenen Zahlen über

²⁷⁾ So musste neben Requirierungen der hier lagernden und durchziehenden Truppen 1673 bisweilen auch Vieh für das Hauptquartier Turennes nach Wetzlar geliefert werden.

das vorhandene Vieh zeigen, dass sich der Viehbestand in den folgenden Jahrzehnten bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts nur unwesentlich veränderte.²⁸⁾

Seltsamer Weise musste auch für das in den Ställen zurückbehaltene Vieh ein Hirtengeld gezahlt werden. Wahrscheinlich suchte man durch die dadurch erzwungene Weidebenutzung die Stallfütterung, die bei der kleinen Gemarkung doch immerhin einige Schwierigkeiten bereitete, wenigstens für die günstigeren Jahreszeiten zu ersparen. Für ein Stück Rindvieh, das mit der Herde auf die Weide getrieben wurde, erhielt der städtische Kuhhirte einen Hüterlohn von 4 und für ein Stück, das im Stall verblieb, 2 Mass Frucht, während dem Schweinehirten für jeden seiner Schutzbefohlenen eine Entschädigung von einem „Sömmer“ Frucht zuteil wurde.

Durch viehseuchenpolizeiliche Verordnungen, die man dann immer wieder erneuerte, wenn die „eingerissen grausame Seuch“ auf Weilburger Gebiet übergreifen drohte und die in den meisten Punkten auch heute noch vor der veterinärmedizinischen Fachwissenschaft bestehen dürften, suchte man das Vieh vor Ansteckung und grösserer Ausbreitung dieser verderblichen Krankheit zu schützen.

Leider lässt sich infolge Fehlens irgendwelcher Quellen nicht feststellen, ob die in der Vorkriegszeit üblichen 5 Jahrmärkte schon gleich nach dem Kriege wieder abgehalten werden konnten. Die seit dem Jahre 1656 ziemlich lückenlos vorliegenden Bürgermeister- und Baumeisterrechnungen zeigen, dass sie seit diesem Jahre regelmässig stattfinden. Es ist aber durchaus möglich, dass auch schon in den letzten Kriegsjahren und in den darauffolgenden 8 Friedensjahren, für welche die Belege fehlen, Jahrmärkte angesetzt und abgehalten wurden. Die Jahrmärkte haben sich bald wieder eines jährlich stetig zunehmenden Besuches von Seiten der benachbarten Städte zu erfreuen. Schon im Jahre 1659 reichen die von den Marktmeistern erhobenen Standgelder in ihrer Höhe wieder an die vor dem Kriege vereinnahmten heran.

Jahr	Standgeld fl.	Jahr	Standgeld fl.
1656	10	1670	26
1657	11	1671	24
1658	16	1672	28
1659	21	1673	8 ²⁹⁾
1660	19	1674	14
1661	20	1675	17
1662	—	1676	15
1663	19	1677	11
1664	20	1678	16
1665	20	1679	22
1666	20	1680	19
1667	17	1681	23
1668	19	1682	22
1669	27	1683	19

²⁸⁾ 1803: 196 Stück Rindvieh und 45 Ziegen.

²⁹⁾ Kriegsjahre.

Aus uns unbekannten Gründen bleiben die Wetzlarer Wollenweber, denen man sonst immer auf den Weilburger Märkten begegnete, längere Zeit denselben fern. Wahrscheinlich sind irgendwelche Streitigkeiten, an denen die Wetzlarer nicht ganz schuldlos gewesen sein werden und die möglicher Weise auf Gegensätzlichkeiten mit der Weilburger Wollenweberzunft zurückzuführen sind, als die Ursache dieses Fernbleibens anzusehen. Erst seit dem Jahre 1679 haben sie ihre Stände wieder regelmässig in Weilburg aufgeschlagen. Die Berechtigung für die geäusserte Annahme einer möglichen Schuld der Wetzlarer Wollenweberzunft erblicke ich in ihrer Bereitwilligkeit, die Bürgerschaft für den durch ihr Fernbleiben entstandenen Ausfall an Marktgeldern vollkommen zu entschädigen.

Auch der Durchgangshandelsverkehr hat wieder ziemlich lebhaft eingesetzt. Die Zolleinkünfte reichen jedoch noch nicht an den Durchschnitt der vor dem Kriege vereinnahmten Wege- und Brückengelder heran, lassen auch die in den Vorkriegsjahren zu beobachtende Stetigkeit vermissen.

Jahr	Zoll fl.	Jahr	Zoll fl.
1656	24	1671	36
1657	31	1672	33
1658	32	1673	31
1659	41	1674	32
1660	60	1675	40
1661	45	1676	24
1662	—	1677	30
1663	34	1678	25
1664	40	1679	75
1665	29	1680	65
1666	27	1681	57
1667	35	1682	40
1668	32	1683	26
1669	46	1684	18
1670	40	1585	23

Das Marktstandgeld, das vor dem Kriege in einer für alle Marktbesucher gleich hohen Abgabe bestand, wurde nach dem Kriege gestaffelt, und zwar war seine Höhe ganz davon abhängig, ob „der Kremer viel oder wenig feyl hatte“.

Die wöchentlichen Viktualienmärkte wurden dagegen nur sehr schwach von den Bewohnern des flachen Landes beschickt. Selbst mehrere herrschaftliche Verordnungen „wegen Wiederaufrichtung und -haltung des Wochenmarkts in Weilburgk“, welche die Schultheissen und Bürgermeister der Amtsdörfer zur Beschickung des Wochenmarktes verpflichteten, haben keine Änderung herbeiführen können. Auch die Androhung schwerer Geld- und Turmstrafen für die genannten Behörden und die Anordnung, dass jedes Dorf wenigstens durch 4, grösseren aber durch mindestens 8 Personen „mit Viktualien an Käss, butter,

Eiern, Feder- und anderem Vieh und dergleichen häusslichen Nothwendigkeiten“ vertreten sein sollte — eine Verpflichtung, welche die Polizeiordnung vom 1. Juli 1664 auf „2 der vermöglichsten Haussgesäss“ beschränkte — konnten nicht verhindern, dass die Wochenmärkte „fast gänzlich in Abgang kommen“ sind. Das Leben war stärker als alle Gesetze.

Die Gründe für den von den Behörden so stark bekämpften, aber nicht verhinderten Rück- und Eingang der Wochenmärkte sind in der wirtschaftlichen Not des flachen Landes zu suchen, das in den langen Kriegsjahren unvergleichlich schwerer zu leiden hatte als die Residenzstadt. Die Auswanderung hatte selbst in der Nachkriegszeit infolge des langjährigen Krieges und seiner Nachwirkungen derart stark zugenommen, dass die herrschaftlichen Behörden sich gezwungen sahen, mit den schwersten Strafen dagegen vorzugehen. Keineswegs waren es nur vermögenslose Einwohner, die infolge mangelnder Verdienstmöglichkeiten zum Wanderstab greifen mussten, auch alteingesessene Haus- und Güterbesitzer verliessen die alte Heimat und die ihnen lieb und teuer gewordene Scholle, auf der schon ihre Ahnen gelebt hatten, um in der Fremde ein neues Glück zu suchen. Wie gross die Not der armen Landbevölkerung war, erhellt die Tatsache, dass selbst die Androhung, dass im Falle der Auswanderung ihre Güter eingezogen würden, sie nicht in der alten Heimat hat zurückhalten können. Eine solche wirtschaftliche Not bedingte natürlich eine starke Senkung der Landarbeiterlöhne. Um nun einer solchen Lohnsenkung und der damit verknüpften Ausnutzung des „jungen gesinds“ zu begegnen, wurden von der Regierungskanzlei für das ganze Land feste Löhne vorgeschrieben. Alle diese Straf- und Schutzmassregeln haben die Auswanderung jedoch keineswegs vollkommen eindämmen können.

Die Stadt selbst wurde von dieser in der Nachkriegszeit zu beobachtenden Auswanderung nur wenig betroffen. Die Zahl derjenigen Bürger, die ihre „bey den vorgewesenen Kriegszeiten verödeten Häusser“ gegen einen geringen Verkaufspreis abgestossen haben, um in der Fremde eine neue Heimat zu suchen, ist äusserst gering.

Neben dieser wirtschaftlichen Notlage des flachen Landes ist vor allem auch die Konkurrenz der ausländischen Händler dafür verantwortlich zu machen, dass die Wochenmärkte nicht wieder florieren wollten. In der Stadt waren die Bauern an die durch das Stadtgericht und seine Beauftragten festgesetzten Preise gebunden, während die „im land umblaufenden Aufkäufer“ ihnen nicht nur höhere Preise zahlten, sondern ihnen auch den Weg und den Transport ihrer Produkte in die Stadt ersparten. Trotz stärkster Bekämpfung dieser ausländischen Konkurrenz konnte man sie infolge ungenügender Polizeikräfte und unvollkommenen Grenzschutzes nur nach und nach in ihrer Tätigkeit beschränken; gänzlich ausschalten hat man sie wohl nie können. Höchstwahrscheinlich hat sich auch der Ladenhandel, der sich immer mehr zwischen Produzent und Konsument schob, äusserst ungünstig auf den Besuch der Wochenmärkte ausgewirkt.

Um die Bevölkerung vor Betrug und Ausbeutung von Seiten der Geschäftsleute durch Anwendung falscher Gewichtssteine, „Ehl und Mass“ zu schützen, wurde das Stadtgericht durch die Polizeiordnung vom 1. Juli 1664 zur Anschaf-

fung „einer Wag mit Silber- und Schnurgewichten“ und „richtig abgezogener und probirter“ Lang- und Hohlmasse verpflichtet. An Hand dieser amtlichen Gewichte und Masse sollten dann alle im Geschäftsgebrauch befindlichen „Gewichte, Ehl, Kandten (Hohlmasse) und Mass“ auf dem Rathause nachgeprüft und nach Richtigbefindung mit dem „Stattzeichen“ versehen werden. Ausserdem wurde dem herrschaftlichen Stadtschultheissen aufgetragen, unter Hinzuziehung des gräflichen Kellers, des Bürgermeisters und des ältesten Gerichtschöffen von Zeit zu Zeit oder auf Anzeige unvermutete Kontrollen vorzunehmen. Die genannte Kommission, die alle Verfehlungen unverzüglich der herrschaftlichen Regierungskanzlei zur Anzeige zu bringen hatte, wurde ermächtigt, alle Bürger, die sich der Durchführung einer solchen Nachprüfung widersetzen wollten, mit einer Strafe von 10 fl. zu belegen. Ein „Verzeichnis der wag und gewicht, die wir zu Frankfurt gekauft und auch abziehen lassen und sollen auf dem radthaus bleiben, andere gewicht danach abzuziehen“ vom 22. Juli desselben Jahres zeigt, dass man nicht lange mit der Ausführung des herrschaftlichen Befehles wartete, dass die Bürgerschaft selbst ein Interesse an einem solchen Schutz gegen Betrug und Übervorteilung hatte.

Oberstes Ziel der landesherrlichen Wirtschaftspolitik war in der Nachkriegszeit in noch weit höherem Masse als in den Jahren vor dem Kriege die Schaffung einer abgeschlossenen, mit den Landesgrenzen zusammenfallenden Produktions- und Konsumtionseinheit. Unsere Stadt hatte niemals, auch im Mittelalter nicht, eine ausgesprochene Stadtwirtschaft geführt, überhaupt nicht führen können. Jetzt aber wurde sie vollkommen in diesen territorialen Wirtschaftsorganismus, in welchem sie allerdings den Schwerpunkt darstellte, eingegliedert. Grössere Widerstände hatte die Landesherrschaft bei diesen wirtschaftspolitischen Zielen, bei deren Verwirklichung ihr die wachsende Ohnmacht der Reichszentralgewalt und der erstarkende fürstliche Absolutismus sehr zustatten kamen, so gut wie gar keine zu überwinden. Die städtischen Märkte und bürgerlichen Zölle konnten sich nicht als dieser Entwicklung schädliche Faktoren auswirken. Erstere kamen ja als Import- und Exportmärkte für die im Lande nicht erzeugten Waren oder nicht absetzbare Überproduktion allen landesherrlichen Untertanen zugute, sind niemals als eine rein städtische Institution empfunden worden, von Seiten der Bürgerschaft schon deshalb nicht, weil sie ihr neben den Marktgeldeinnahmen gerade infolge des Besuches der Landbevölkerung wirtschaftlichen Gewinn mancherlei Art brachten, und von letzteren waren alle Landesuntertanen, von einer begründeten, später noch zu erwähnenden Ausnahme abgesehen, befreit. Gegensätzliche Bestrebungen, hervorgerufen durch divergierende Wirtschaftsinteressen von Stadt und Land oder den durch die zunehmende städtisch-herrschaftliche Zwangswirtschaft immer mehr ausgeschalteten Freihandel mit Ausländern, konnten meist erfolgreich bekämpft werden. Nicht immer war diese Aufgabe leicht zu lösen; wir haben ja schon gesehen, welche Schwierigkeiten die Ausschaltung, bzw. Bekämpfung der die Existenz der Wochenmärkte bedrohenden Konkurrenz der „ausländischen“ „Aufkäufer“ bereitete. Andere werden uns noch begegnen.

Auch schon vor dem Kriege ist dieses Bestreben der Grafen, in seinem Lande eine Wirtschaftseinheit zu schaffen, deutlich erkennbar. Es zeigt sich

ebenso eindeutig in dem Verbot der Regierungskanzlei, die Produkte der Landwirtschaft in benachbarten Territorien oder an fremde Händler zu verkaufen, wie in der Verpflichtung der einzelnen Ortschaften zu gegenseitigem Besuch ihrer Märkte und in gewissen Vorbehalten bei dem Verkauf immobilier Güter, „so ausser unserem Land verkauffet werden“. Solche Güter durften nur „sub pacto de retrovendendo“ veräussert werden. Erst nach 20 Jahren erlosch das Wiederkaufsrecht des Verkäufers; ausserdem musste in dem Verkaufskontrakt der Herrschaft oder der Gemeinde über diese zwanzigjährige Schutzfrist hinaus auch für das nächste Jahr ausdrücklich das Recht zugesprochen werden, für den zahlungsunfähigen Käufer den Rückkauf zu tätigen. Erst nachdem diese beiden Fristen ungenutzt verstrichen waren, gelangte das verkaufte Gut als „völliges Eigenthumb“ in den Besitz des „ausländischen“ Käufers. Zweifelsohne stellen diese Verkaufsbestimmungen den weitgehendsten, beispiellosen und heute gänzlich unbekannten Schutz des „nationalen“ Eigentums dar.

Nach dem Kriege wurde die Verpflichtung zum gegenseitigen Besuch der Märkte auch auf die Residenzstadt, die bisher lediglich die Nutzniesserin dieser Bestimmungen war, selbst ausgedehnt. Nicht nur die Weilburger „Krämer, Hutmacher, Schuhmacher, Wollenweber und andere Parthiersleuth“ wurden unter Androhung schwerer Strafen zur Beschickung des „in Abgang gekommenen“ Marktes des benachbarten „Städtgens“ Mehrenberg angehalten, auch die Bäcker und Wirte mussten durch mindestens 4 ihrer Zunftgenossen vertreten sein. Jedoch waren sie nach Entrichtung des Akzisgeldes von allen weiteren Abgaben befreit. Erneuert und verschärft wurden vor allem auch die Schutzbestimmungen, die bei dem Verkauf immobilier Güter an nicht landesherrliche Untertanen zu beachten waren. Aehnliche Schutzbestimmungen wurden auch jetzt für alle „Pfacht, Zinss, jährliche gülden und verpfändete Schulden“, die wie alle geschäftlichen Vertragsabschlüsse in der Nachkriegszeit erst durch die „vorgesetzte ordentliche Verschreibung beym Stadtschreiber“ Rechtskraft erlangten, „vor gült- und bündlich zugelassen wurden“, erlassen, um zu verhindern, dass dadurch ein späterer Besitzwechsel ermöglicht, evtl. bewusst vorbereitet wurde.

Diese wirtschaftspolitische Zielsetzung gestattete natürlich keine soziale oder wirtschaftliche Bevorzugung des städtischen Handwerks und Gewerbes den entsprechenden ländlichen Wirtschaftsgruppen gegenüber. Sämtliche von der Herrschaft verliehenen, nach dem Kriege erneuerten Innungsstatute, auf deren Gestaltung den städtischen Körperschaften und Organen überhaupt kein Einfluss eingeräumt wurde, waren einheitliche, für alle 3 Ämter gültige Ordnungen.³⁰⁾ Nur so ist es auch zu verstehen, dass die Weilburger Zünfte, die ja keine ausschliessliche Angelegenheit der hiesigen Bürgerschaft waren, in der Stadtpolitik überhaupt keine Rolle gespielt haben und spielen konnten. Ausserdem fehlten hier in Weilburg die begüterten Patrizierfamilien, die den Handwerkern, ähnlich wie in dem benachbarten Wetzlar und Limburg, die Beteiligung an der Stadtpolitik vorenthielten. Nichts charakterisiert die zielbewusste herrschaftliche

³⁰⁾ Erst um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts hören wir zum ersten Male von Versuchen der Weilburger Mitglieder einzelner Zünfte, sich durch den Ausschluss der ländlichen Zunftgenossen gewisse Vorrechte diesen gegenüber zu sichern.

Wirtschaftspolitik eindeutiger, nichts garantierte aber auch ihren Erfolg besser, als gerade diese das handwerklich-gewerbliche Leben des ganzen Landes einheitlich regelnden Zunftordnungen, durch welche sich allen Zunftgenossen der ganze territoriale Wirtschaftsmarkt öffnete. Einzelne Einengungen waren dieser in der gezeichneten Richtung tendierenden Entwicklung nicht hinderlich. So wurde z. B. das Mühlenbannrecht der beiden Weilburger Mühlenpächter auch weiterhin mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt.

Ihre stärksten Impulse empfing das wirtschaftliche Leben also ohne Zweifel durch die Landesherrschaft, die ihren wirtschaftspolitischen Plänen und Anordnungen mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln, die sie auch rücksichtslos einsetzte, nach innen und aussen den nötigen Nachdruck verleihen konnte.

Auffallender Weise liess man der städtischen Verwaltung in der Frage der Preisregulierung vollkommen freie Hand. Jedenfalls war man der Ansicht, dass der herrschaftliche Einfluss auf diese Dinge durch den gräflichen Stadtschultheissen, der ja bekanntlich im Schöffenkollegium das Präsidium führte und dem auch der Vorsitz aller Preisfestsetzungskommissionen übertragen wurde, sicher gestellt sei. Die in den Vorkriegsjahren durch das Stadtgericht in Verbindung mit der Bäckerzunft alljährlich vorgenommene Preisfestsetzung wurde nun dem Schultheissen und besonderen „beeidigten und verständigen Brotwiegern“ zugewiesen. Ebenso wurde die Preisbildung für alle Fleischwaren dem Schultheissen und mehreren mit denselben Attributen prädierten Fleischschätzern übertragen. Die von diesen Kommissionen festgesetzten Preise mussten auf besonderen Tafeln oder „Steinen“, die sowohl an dem Rathaus als auch in den Verkaufsstellen ausgehängt wurden, zur Kenntnis der Verbraucher gebracht werden. Auch für das Getreide und alle Getränke, die in Wirtschaften ausgeschenkt wurden, sind solche Preisvorschriften nachweisbar. Am 25. April 1664 wurde ein Achtel Korn mit 7 und ein Achtel Weizen mit 17 Kopfstücken „angeschlagen“. In derselben Sitzung wurden auch die Preise für alle Backwaren festgesetzt. Für einen alb. erhielt man entweder „Weck“ im Gewicht von 24 Lot oder ein 2 Pfund schweres „wohl ausgebackenes brodt“. Als 2 Jahre später der Preis für ein Achtel Korn auf $5\frac{1}{2}$ Kopfstück herunterging, hatte dies natürlich auch eine Preissenkung für alle Backwaren im Gefolge. Diese Verbilligung wirkte sich seltsamer Weise nicht in einer Herabsetzung des Preises, sondern in einer entsprechenden Gewichtserhöhung aus. Meist nahm man bei Preisänderungen auf Wünsche und Anregungen der Konsumenten oder Produzenten Rücksicht, nahm solche häufig erst auf deren Initiative hin in Angriff. Als im Jahre 1674 der Fruchtprice infolge der französischen Kriagsunruhen beträchtlich in die Höhe schnellte, da bedurfte es erst einer „Supplikation der bierwirthe“, ehe das Stadtgericht die Bierpreise „ufsteigender Frucht entsprechend“ abänderte.³¹⁾

„Untüchtiges“ Fleisch und unausgebackenes Brot durften nicht zum „freien Markt“ zugelassen werden; ausserdem war es strengstens verboten, das geschlachtete Vieh vor seiner Wertung durch die „zeitlichen Fleischschätzer“

³¹⁾ Das „mass bier“ kostete jetzt 10 Pfg.

auszuhauen und zu „verschirnen“. Verstösse gegen diese Bestimmungen, die auch in den Polizeiordnungen des Jahres 1664 und 1690 Aufnahme gefunden haben, wurden mit Geldstrafen bis zu 20 Reichstalern belegt. Als trotz dieser hohen Geldstrafen die Klagen über die Metzger wegen Nichtbeachtung dieser Anordnungen nicht verstummen, sieht sich die Regierungskanzlei gezwungen, der Fleischerzunft die Zulassung fremder Metzger, „so wohl Christen als Juden“, zum Fleischverkauf in der Stadt anzudrohen. Worauf der Schultheiss und seine beiden Helfer bei der Schätzung des Fleisches zu achten hatten, darüber gibt uns ein Auszug aus einem Regierungsprotokoll Aufklärung.

„Und demnach auch vonnöthen, dass denen Metzgern allhier hinführo nicht mehr also nachgesehen werde, ihre Viehe künftig ohnangezeigt zu schlachten, bösses oder schlechtes vor gutes zu verkaufen und ihren Vortheil dem gemeinen Wessen zu Schaden und Nachtheil darunter zu suchen: alss solle viertenss der Landschultheiss hierauf nochmals gute Absicht haben und nebest zweien auss dem Rat, so zu Fleischschätzern zu beedigen, sich wass zu schlachten, anzeigen lassen, selbiges obss tüchtig, gesund, jung, alt, fett und der Zeit und Einkauf nach wohlfeil oder nicht, und wasserley Fleisch es seie, genau besichtigen, darauf das Pfund ohne Ansehung schätzen, und wohl zusehen, dass solchem nachgekommen werde, und kein Unterschleif oder Betrug darbey vorgeht, wiedrigen Fall solches in hochgräfl. Kantzley anzeigen und sich selbst bei dessen Verabsäumung vor Straf hüten.“

Wer sich erlauben sollte, „ohngesund“ Vieh zu schlachten, der sollte dieses verabscheuungswürdige Vergehen mit dem Verluste seines Handwerks büssen.

Diese Zwangswirtschaft hatte neben unleugbaren Vorzügen einen schweren Nachteil, der sich besonders deshalb so unheilvoll auswirken konnte, weil ihre Durchführung in den Händen der Stadt lag. Schon im 2. Jahrzehnt nach Beendigung des Krieges hören wir häufig darüber klagen, dass oft weder die Bäcker, noch Metzger, Gastwirte und andere mit Lebensmittel handelnde „Parthierer“ in der Lage sind, die Ansprüche der Verbraucher zu befriedigen, der Nachfrage gerecht zu werden. Selbst die Androhung schwerer Strafen hat das scheinbar so geringe Interesse dieser Geschäftsleute an einem erhöhten Umsatz nicht heben können. Aus einigen Beschwerdeschriften geht hervor, dass durch dieses mangelnde Geschäftsinteresse häufig sogar Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung und der Durchreisenden entstanden sind. Vor allen Dingen richteten sich derartige Klagen gegen die Bäcker und Metzger. Als sich selbst die schwersten Geldstrafen als wirkungslos erwiesen, sieht sich die Regierungskanzlei gezwungen, den Bäckern, die scheinbar nichts verdienen wollen, mit dem nach Ansicht des Stadtgerichtes wirksamsten Mittel, bei weiterer Nichtbeachtung der getroffenen Anordnungen den Bürgern die Errichtung eigener Backöfen zu gestatten, zu drohen. Die Bäcker wussten allerdings ganz genau, dass es sich hierbei lediglich um eine leere Drohung handelte, der die Verwirklichung nicht allzu bald nachfolgen werde, denn dadurch hätte sich ja die Herrschaft selbst einer ergiebigen Einnahmequelle beraubt.

Diese erstaunliche und nicht alltägliche Sachlage, Geschäftsleute widerwillig unter ständiger Bedrohung mit schweren Strafen die ihnen erteilten Auf-

träge ausführen zu sehen, findet eine ganz natürliche Erklärung. Ob nun die städtischen und herrschaftlichen Behörden tatsächlich erst ziemlich spät nach längerem vergeblichen Bemühen von den Gründen dieses seltsamen geschäftlichen Verhaltens Kenntnis erhielten, ist aus den Akten nicht zu erkennen. Jedenfalls habe ich eine klare Begründung dieses geringen Geschäftsinteresses der fraglichen Berufsgruppen zum ersten Male in einem Antwortschreiben der Regierungskanzlei auf eine bürgerliche Supplikation vom 24. September 1674 gefunden. Hier wird mit aller Klarheit ausgesprochen, dass der so oft zu beobachtende Brotmangel dadurch entstände, dass die Bäcker „das brodt hauffenweiss den Köhlern und anderen ausserhalb des Lands wohnenden leuten verkieffen und zuführten“. Bei diesen Geschäften waren sie nicht an die durch das Stadtgericht festgesetzten Preise, die im Interesse der Bürgerschaft so niedrig wie eben möglich gehalten wurden, gebunden; selbst für die Transportkosten und ev. Bestrafungen, die sie als Geschäftsunkosten mit in Kauf nehmen mussten, konnten sie sich durch erhöhte Forderungen bei diesen Auslandsgeschäften schadlos halten.

Auch die Weigerung der Metzger, ihren Bedarf an Schlachtvieh hier in Weilburg selbst einzudecken, muss als eine schädliche Auswirkung dieser Zwangswirtschaft angesehen werden. Wahrscheinlich suchten die städtischen Behörden die Preise für das Schlachtvieh im Interesse der bürgerlichen Produzenten möglichst hinaufzuschrauben, so dass die Verdienstmöglichkeit der Metzger bei den im Interesse der bürgerlichen Konsumenten festgesetzten niedrigen Verkaufspreisen äusserst gering war. Auch die Metzger haben deshalb ähnliche unerlaubte Geschäftsbeziehungen angeknüpft wie die Bäcker.

Ob und wie sich dieser Zwiespalt zwischen staatlicher Zwangswirtschaft und dieser freihändlerischen Betätigung eines grossen Teiles der Geschäftswelt gelöst hat, darüber geben die Quellen keine Auskunft.

Schwer geschädigt wurden die Weilburger Krämerschaft und auch die Konsumenten dadurch, dass die Herrschaft nach Erlass eines strengen Salzeinfuhrverbotes den Monopolhandel mit diesem unentbehrlichen, in der damaligen Zeit keineswegs wie heute so billigen Gewürzmittel für sich selbst in Anspruch nahm. Gerade die Durchführung dieses herrschaftlichen Salzhandels zeigt in überzeugender Weise, dass die Gründe all dieser, sich zum grossen Teil allerdings äusserst heilvoll auswirkenden Eingriffe der landesherrlichen Behörden in das Wirtschaftsleben der Stadt und des ganzen Landes nicht zuletzt in der Erhöhung ihrer Einnahmen durch Erzielung grösserer Steuergewinne zu suchen sind. Neben dem ungewöhnlich hohen Preis, der nach Ansicht des Stadtgerichtes in der durch diesen widerrechtlichen Salzhandel bedingten Beschäftigung zahlreicher herrschaftlicher Angestellter seine Ursache hatte, bemängelt die Bürgerschaft in ihren Eingaben auch die schlechte Qualität des herrschaftlichen Salzes. Häufig können die Bürger den geforderten Preis nicht zahlen, so dass sie „öfter 4—5 Tage, ja wohl eine gantze Woche lang ohne Saltz leben müssen“. Aber neben dieser wirtschaftlichen Schädigung der unmittelbar Betroffenen, der Weilburger Krämer und Konsumentenschaft, hatte diese Massnahme des Landesherrn auch noch andere unheilvolle Auswirkungen im Gefolge. Auch die Weilburger Gastwirte hatten dadurch, dass die Salzändler, die in früheren Jahren die Stadt

wöchentlich zweimal passierten und gewöhnlich hier übernachteten, infolge des herrschaftlichen Salzeinfuhrverbotes eine andere Wegroute einschlugen, eine schwere geschäftliche Einbusse zu beklagen. Ob sich die Regierungskanzlei durch diese wirtschaftlichen Argumente der städtischen Körperschaften und den Hinweis auf die Tatsache, dass sie (die Herrschaft) ja selbst infolge des Rückganges der herrschaftlichen Zolleinnahmen zu den Geschädigten gehöre, überzeugen liess, scheint mir sehr fraglich.

Auch die Begünstigung des Hofbäckers, dem trotz vollkommener Abgabefreiheit von allen mit städtischen und landesherrlichen Steuern schwer belasteten Weilburger Bäckern allein die Herstellung von Milchbrot erlaubt war, erregte berechtigter Weise den Unwillen und die Erbitterung der Bürgerschaft.

Als im Jahre 1678 die vormundschaftliche Regentschaft für die beiden unmündigen Söhne des verstorbenen Grafen Friedrich in die Hände des einsichtsvollen und tatkräftigen Grafen Johann Ludwig von Nassau-Ottweiler überwechselte, musste er zu seinem grössten Erstaunen und Unwillen feststellen, dass einzelne herrschaftliche Beamte und Diener die wirtschaftspolitische Aktivität der Regierung in selbstsüchtigster und verächtlichster Weise zum Schaden der Stadt missbräuchlich ausgenutzt hatten. Sie hatten sich während der schwachen Regentschaft der Gräfinwitwe (1675—78) Ausschankstellen für Wein und Bier eingerichtet, ohne aber die von den bürgerlichen Wirten zu zahlende Getränkeakzise zu entrichten, und bildeten so infolge ihrer in der Steuerfreiheit begründeten günstigeren Preisangebote eine schwere, die Existenz des Gastgewerbes bedrohende Konkurrenz. Trotz lebhaften Widerspruchs der Bürgerschaft gestattete ihnen Graf Johann Ludwig auch weiterhin den „Verzapf“, jedoch mit der Auflage, sich durch Unterwerfung unter die für die Bürgerschaft verbindliche Akziseordnung die Schankkonzession zu erwerben, und unter der Verpflichtung, der herrschaftlichen Kellerei alljährlich ein Fuder Bannwein zu einem festgesetzten Preise abzunehmen.

2. Kapitel. Die städtische Verwaltung.

Über die verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Weilburgs, das am 29. Dezember 1295 von König Adolf von Nassau mit Stadtrechten nach dem Vorbilde der freien Reichsstadt Frankfurt ausgestattet worden war, sind wir für die Zeit des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit nur äusserst unvollkommen unterrichtet. Da uns die Quellen im Stiche lassen, lässt sich nicht feststellen, ob die Angaben der Bürgerschaft, dass die Stadt ausser diesem Stadtbrief Adolfs von Nassau und der „Konfirmation“ desselben durch seinen Gegner und Nachfolger Albrecht von Östreich (27. November 1302) auch noch von „verschiedenen Römischen Kaysern mit vielen ahnsehnlichen privilegien und Immunitäten begnadigt“ worden sei, mehr sind als Behauptungen der auf ihre städtischen Rechte äusserst stolzen Bürgerschaft. Die Bürgerschaft selbst ist den Beweis für diese Behauptung schuldig geblieben; denn nach ihrer eigenen Angabe sind die Urkunden, die sie über ihre städtischen Freiheiten ausweisen, „in den vorgewesenen bösen Kriegszeiten, als hiesige Briefschaften in das Westrich geflühet worden“, verloren gegangen. Äusserst bezeichnend ist aber vor allem

die Tatsache, dass der herrschaftlichen Regierung von sonstigen Verleihungen deutscher Herrscher nichts bekannt ist. „Die Tabelle und Beschreibung der Stadt Weilburg“ aus dem Jahre 1742 weiss sogar zu berichten, dass der „Freiheitsbrief von Kayser Adolph von Kayser zu Kayser konfirmirt“ worden ist.³²⁾ Auch für die Unterlegung dieses noch weiter gehenden Versuches, die städtischen Rechte zu legalisieren, fehlen die Quellen.

Erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts beginnen die Quellen reichlicher zu fliessen. Insbesondere sind es die seit dem Jahre 1569 ziemlich lückenlos erhaltenen Bürgermeister- und Baumeisterrechnungen — die trockenste, aber objektivste Quelle für das Studium unserer Stadtgeschichte —, die es uns ermöglichen, ein anschauliches Bild von den verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Weilburgs zu geben. Für die Zeit des Krieges fehlen sie leider fast vollständig.

In dieser Zeit lag die städtische Selbstverwaltung in den Händen eines zehnköpfigen Stadtrates, in welchem ein gräflicher Stadt- und Landschultheiss im Namen der Herrschaft den Vorsitz führte. Diesem Stadtrat, auch Schöfferrat genannt, war zur Unterstützung eine zweite Körperschaft, der Bürgerschaft, der sich aus 12 von der Bürgerschaft unmittelbar gewählten „Ausschüssen“ zusammensetzte, zur Seite gestellt. Zur besseren Durchführung dieser Wahl und aus anderen verwaltungstechnischen Gründen war die Bürgerschaft in 4 Rotten eingeteilt, von denen jede 3 Erwählte in den Ausschuss delegierte. In den Rechnungen des 16. und des ersten Jahrzehnts des 17. Jahrhunderts heissen die Mitglieder dieser zweiten städtischen Körperschaft „Gemeiner“; erst in dem zweiten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts bürgert sich die Bezeichnung „Ausschuss“ ein. Aus den Reihen der Ausschussmitglieder entnahm der Stadtrat die Ersatzleute für die durch Todesfall frei gewordenen Schöffstellen. Die Wahl neuer Mitglieder der ersten Körperschaft bedurfte der herrschaftlichen „consens“. Dieses Bestätigungsrecht der gräflichen Regierungskanzlei, das in den einzelnen Zeiten in den verschiedensten Formen ausgeübt wurde, sicherte der Herrschaft massgeblichen Einfluss bei der Wahl neuer Schöffen.

Alle wichtigen Angelegenheiten beriet der Stadtrat gemeinsam mit dem Ausschuss. Die Protokolle und Schriftstücke dieser gemeinsamen Beratungen tragen meist die Unterschriften von Vertretern beider Körperschaften. Immer vereinigten sich die beiden Körperschaften zu gemeinsamer Beschlussfassung bei der Festsetzung der städtischen Steuern, der Rechnungsablegung der Beamten und bei der Verteilung der von der Herrschaft der Stadt auferlegten Monatsgelder. Auch in den durch die beiden Körperschaften eingesetzten Kommissionen, die mit der Kontrolle der durch die Regierung oder die Stadt angeordneten Massnahmen, den Abschlüssen wichtiger Verträge, der Verhandlungsführung mit herrschaftlichen Behörden und dergl. beauftragt wurden, ist der Bürgerschaft ständig durch mehrere seiner Mitglieder vertreten.

Aber auch der gesamten Bürgerschaft war ein nicht unbedeutender Einfluss auf das Stadtreghment eingeräumt. Die Bürgerschaft hatte das Recht, in

³²⁾ Obwohl, wie schon oben gesagt, die Bürgerschaft selbst zugibt, dass alle über die städtischen Privilegien Auskunft gebenden Urkunden während des Dreissigjährigen Krieges verloren gegangen sind.

den in der ersten Woche des neuen Jahres und im Bedarfsfalle stattfindenden allgemeinen Bürgerversammlungen zu allen städtischen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Bei wichtigen Fragen der Stadtverwaltung übertrug man bisweilen sogar der Bürgerschaft, die zum Besuch dieser allgemeinen Bürgerversammlungen verpflichtet war und durch „Glockenglangk“ an diesen Termin erinnert wurde, die Beschlussfassung. Regelmässig begegnen wir der gesamten Bürgerschaft bei der alljährlich auf Martini Episcopi³³⁾ vorgenommenen Rechnungsablegung der verantwortlichen städtischen Amtsinhaber.

Der gräfliche Stadt- und Landschultheiss, der nicht nur im Stadtrat und in den gemeinschaftlichen Sitzungen der beiden Körperschaften, sondern auch in allen mit den verschiedensten Verwaltungsobliegenheiten betrauten Kommissionen den Vorsitz führte, hatte darüber zu wachen, dass die städtische Verwaltung, die sich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens erstreckte, im Sinne der landesherrlichen Gesetze ausgeübt wurde. Die städtischen Körperschaften besaßen also lediglich die Exekutive. Auch nach aussen, im Verkehr mit den landesherrlichen Behörden und bei Verhandlungen mit anderen Gemeinden stand der gräfliche Schultheiss der städtischen Delegation vor. Ausserdem mussten die städtischen Rechnungen alle 4 Jahre bei der gräflichen Rentkammer zur Nachprüfung eingeliefert werden. Auch die Bedregister, die alljährlich durch den Schultheiss, Bürgermeister und mehrere Vertreter der beiden Körperschaften neu aufgestellt werden mussten, wurden von dem herrschaftlichen Rentmeister „abgehört“, eine Amtsverrichtung, für die der Rentmeister im Jahre 1581 aus städtischen Mitteln eine Entschädigung von 5 „Dalern“ erhielt. Ausserdem hatte die Stadt auch die Kosten für die dabei notwendige „Zehrung“ zu tragen.

Meist benutzte man diese Gelegenheit, um schwebende Fragen der Stadtverwaltung in gemeinschaftlicher Beratung mit den herrschaftlichen Behörden zu regeln. Als der Oberamtmann am 9. Juni 1613 die fälligen Rechnungen „abhörte“, da sind es nicht weniger als 15 „Notamina“, deren Beachtung er den städtischen Körperschaften zur Pflicht macht.

Herrschaftliche Verordnungen wurden der Bürgerschaft nach der Predigt vom Schultheiss in der Kirche bekannt gegeben. Dieses Recht zur Publizierung ihrer Gesetze und Verordnungen wurde den weltlichen Behörden in den Kirchenordnungen ausdrücklich eingeräumt. Jedoch durfte im Gotteshause bei dieser Gelegenheit kein Lärm und Streit entstehen. Ruhestörer wurden in eine Strafe von 3—10 alb. genommen.

Zu den inneren Verwaltungsobliegenheiten der beiden Körperschaften gehörten die Festsetzung und Eintreibung der städtischen und herrschaftlichen Steuern und die Sorge für die städtische Gemarkung. Die Ausübung der Feld-, Markt-, Viktualien-, Gewerbe-, Bau-, Feuer-, Gesundheits-, Ordnungs- und Sicherheitspolizei dagegen war Aufgabe der ersten Körperschaft, des Stadtrates, dem auch die Bestellung der städtischen Beamten oblag.

Während die Schöffen und Ausschussmitglieder auf Lebenszeit im Amte verblieben, wurde der Bürgermeister, der in dieser Zeit abwechselnd dem

³³⁾ 11. November.

Stadtrate, dem Bürgerausschuss und der gesamten Bürgerschaft entnommen wurde, alljährlich auf Martini Episcopi (11. November) neu „gekort“. In den Händen des Bürgermeisters lag die Ausführung aller landesherrlichen Verordnungen und der aus den Beschlüssen des Stadtrates oder beider Körperschaften resultierenden Verwaltungsgeschäfte. Über seine Amtstätigkeit, die alle Zweige der städtischen Verwaltung, Steuer- und Finanzwesen, Handel und Gewerbe, Polizei und Armenfürsorge, umfasste, hatte er nicht nur den städtischen Körperschaften, sondern auch den herrschaftlichen Behörden Rechnung abzulegen.

Auch die beiden Leiter des städtischen Bauwesens unterstanden der Aufsicht des Bürgermeisters, die er über alle mit der Pflege einzelner Verwaltungsobliegenheiten betrauten Vollzugsorgane ausübte. Die eigene Rechnungsführung der Baumeister, in welcher sie über die ihnen durch den Bürgermeister im Interesse des städtischen Bauwesens, vor allem zur Unterhaltung der öffentlichen Gebäude und Strassen, zugewiesenen Zoll-, Markt-, Straf- und Baugelder Rechenschaft ablegen mussten, lässt erkennen, dass man ihnen innerhalb ihres Ressorts doch ziemliche Selbständigkeit einräumte. So hatte man ihnen zum Beispiel die Vergebung der notwendigen Ausbesserungsarbeiten an den städtischen Gebäuden, Brücken und Strassen allein überlassen. Grössere Bauaufträge wurden dagegen von einer besonderen Kommission, die sich in der Regel aus dem Schultheiss, dem Bürgermeister, den beiden Baumeistern und mehreren Vertretern beider städtischen Körperschaften zusammensetzte, „verdingt.“

Auch die beiden Baumeister hatten alljährlich den beiden Körperschaften ihre Einnahmen und Ausgaben im Beisein der gesamten Bürgerschaft nachzuweisen. Im Jahre 1613 machte der herrschaftliche Oberamtmann Johann Gottfried vom Stein die städtischen Behörden darauf aufmerksam, dass fortan allen Abrechnungen bei Vermeidung einer Strafe von einem Ortsgulden „richtige Quittungen und urkunden, numeris signiret“, beigefügt werden müssten. Alle Zahlungen der Stadtkasse mussten nunmehr von den Empfängern quittiert werden. Die vorliegenden Bürgermeister- und Baumeisterrechnungen zeigen, dass dieser „befehl“ der Kanzlei ordnungsgemäss ausgeführt wurde. Unter den Belegen der Baumeister finden sich auch die sogenannten „Dingnüsse“, Verträge, die die Leiter des städtischen Bauwesens mit den mit der Ausführung der Bauarbeiten beauftragten Handwerkern und Maurern abschlossen.

Die von uns in der Nachkriegszeit im Wirtschaftsleben und städtischen Bauwesen beobachtete erhöhte Aktivität und Kontrolltätigkeit der landesherrlichen Behörden machte sich auch allgemein in den übrigen Verwaltungsressorts, vor allem aber im städtischen Finanz- und Steuerwesen bemerkbar. Schon rein äusserlich spürbar ist diese starke, durchgreifende Hand in der überaus sorgfältig geführten Rechnungsablegung der beiden verantwortlichen Rechnungsführer.

Auch in den ersten Jahrzehnten nach Friedensschluss wurden die städtischen und landesherrlichen Steuern von dem Bürgermeister und den 4 Rottmeistern, denen gewöhnlich für ihre „labores“ bei der Steuererhebung die Hälfte ihrer „Schuldigkeit“ erlassen wurde, eingezogen. Als sich jedoch die herrschaftlichen Steuern infolge kostspieligerer Hofhaltung, Vergrösserung des Verwaltungsapparates und starkem Anwachsen der Reichsabgaben fast von Jahr zu Jahr

erhöhten, da konnte die Steuereinzahlung nicht mehr in der erwähnten, lediglich von der Bürgerschaft begrüßten Weise durchgeführt werden. Dem Bürgermeister blieb während seines Amtsjahres infolge starker Inanspruchnahme durch Verwaltungsarbeiten, insbesondere aber durch die Steuereinzahlung überhaupt keine Zeit mehr zur Ausübung seines bürgerlichen Berufes, seiner „Hanthierung, womit er sich und die seinigen ernähren soll“, so dass „dieses Amt dem Verwalder zum Verderben reichen muss“. Häufig kam es vor, dass der Bürgermeister bei Erhebung der „angesetzten Gelder und Renthen“ nicht nur vielen Bürgern „vergeblich nachging“, sondern auch im Interesse eines terminmässigen Abschlusses seiner Rechnung „zuletzt für etliche ihre quotas und antheil vorschliessen und auslegen musste“, und dadurch neben „der verabsäumung seiner Hausshaltung“ meist auch noch finanzielle Verluste zu beklagen hatte. Zur Entlastung des Bürgermeisters wurde im Jahre 1669 durch ein Kanzleiedikt angeordnet, dass fortan alle Steuern zu einem festgesetzten Termin auf dem Rathause zu entrichten seien. Die Bürgerschaft sollte durch „öffentlichen Glockenklang“ auf alle Steuertermine aufmerksam gemacht werden, und zwar waren die gewöhnlichen Renten innerhalb der nächsten 3 Tage, die „extraordinari gelter“ aber binnen einer von Fall zu Fall festzusetzenden Frist nach dieser Ankündigung auf dem Rathause abzuliefern. Alle säumigen Steuerzahler sollten durch den Bürgermeister dem Stadtschultheissen zur Anzeige gebracht werden, der dann die sofortige Exekution durch den Landknecht oder 2 Soldaten der herrschaftlichen Garnison anordnete. Dem Landknecht aber musste von „jedem, der da exequirt wird“, 3 alb. gegeben werden, von denen die Hälfte „dem executori“, die andere dem Stadtschultheissen und Bürgermeister verbleiben sollte.

Diese Neuerung hat sich nur langsam und unter Anwendung schärfster Gewaltmassregeln eingebürgert. Noch im Jahre 1677 „entbietet“ die Bürgerschaft ihrem Bürgermeister, „sie wöllten nicht aus ihrem alten herkommen gebracht werden, sondern er solle wissen, dass er die gelter bey ihnen hohlen sollte“. Auf Beschwerden des Stadtgerichtes teilt die Regierungskanzlei den städtischen Behörden mit, dass sie keineswegs gewillt sei, „diesem inzivilen, widerspenstigen und ohnrechtmässigen Zumuthen“ der Bürgerschaft nachzugeben, dass vielmehr die Verordnung vom 9. November 1669 vollgültig in Kraft bleiben werde. Sie weist die Beschwerdeführerin darauf hin, dass die Steuererhebung in den benachbarten landesherrlichen Residenzstädten in gleicher Weise durchgeführt werde.

Als in den siebziger Jahren während der französischen Kriegsunruhen die Not der Bevölkerung infolge der langjährigen Truppendurchzüge, Einquartierungen und Kontributionen wieder stark zunahm und die Steuern nur äusserst spärlich eingingen, sieht sich das Stadtgericht gezwungen, die Regierung um Ermächtigung zur Anwendung schärfster Massregeln bei der Durchführung der Steuerexekution zu bitten. Die Regierungskanzlei ging natürlich äusserst bereitwillig auf die von dem Stadtgericht gemachten Vorschläge ein. Durch ein Dekret vom 19. März 1677 wurde den städtischen Behörden die Erlaubnis erteilt, bei Steuerrückständen „in der säumigen güter zu greifen und darauss nach notturfft (zu beschlagnahmen)³⁴⁾ oder auch gar zu verkaufen“.

³⁴⁾ Von mir sinngemäss ergänzt.

Die Tätigkeit des Stadtschreibers, dem auch fortan die Rechnungsführung (nach Angaben des Bürgermeisters bezw. des Baumeisters) übertragen wurde, näherte sich in der Nachkriegszeit infolge der zunehmenden Verwaltungsarbeit immer mehr der eines hauptamtlich beschäftigten Funktionärs. Die Sonderzulage, die ihm neben seinem in einem Fixum und Naturalleistungen bestehenden Lohn für die angefertigten schriftlichen Arbeiten gewährt wurde, hat im Jahre 1673 die erstaunliche Höhe von 17, 1685 sogar von 20 fl. erreicht. Im Jahre 1680 erhielt er z. B. für die Aufstellung der Bürgermeisterrechnung, „alles zu lateriren, zu sumiren, Einnahm- und Ausgabgeld gegeneinander abzuziehen und zu vergleichen, die Quittungen aneinander zu heften und zu nummeriren“, eine Sondervergütung von 5 fl. Ausserdem „partizipirte“ er nach dem Kriege auch an den dem Stadtrat zustehenden „Zehrungen“, die fast bei allen Ratssitzungen und Amtsverrichtungen der ersten Körperschaft veranstaltet wurden, da „doch dabei jeder dass seinig zu Haus hat versäumen müssen“.

Der Eid, auf welchen der Stadtschreiber während der Regierungszeit des Grafen Friedrich (1655—75) verpflichtet wurde, hatte folgenden Wortlaut.

Ihr N sollet geloben und schweren einen Eyd zu Gott, dass dem hochgebohrenen Grafen und herrn, herrn Friedrich, grafen zu Nassau zu Saarbrücken, herrn zu Lahr, Wissbaden und Itzstein, unserm allerseits gnädigen Grafen und herrn, Ihr getreu und hold seyn wollet, Ihrer hochgräflichen gnaden gleich allen getreuen Unterthanen alhier bestens fördern, schaden warnen und abwenden und selbst keinen tuhn sollet, oder durch andrer schaffen getahn zu werden: Insonderheit sollet Ihr Bürgermeister und raht in ehren halten, gemeiner Statt Weilburg nutzen, frommen und bestens prüfen helfen, ihres gemeinen Stattwesens halber mit reden und schreiben Euch bestes fleisses getreulich erzeigen und beweissen: alles dasjenige, so gerichtlich gehandelt, fürgetragen und einbracht wird, zum fleissigsten und getrewlichsten aufschreiben und verwaren wollet, brieff, gerichtakta, sonder des gericht's befehl, niemand mittheilen, noch copien oder abschriften davon geben: Auch alle heimlichkeit des Gerichts, des Rahts und gemeiner Statt oder einiger Sachen niemandt offenbaren: denen Partheyen, so vor gericht handeln, in ihren sachen weder rathen, noch anweissung, Fürschub oder Beystand beweissen: Und dann der Schreiblohnes halben, ob deswegen Klag oder Irrung fürfallen würde, Euch nach Erkantnüs und mässigung lassen benügen, darüber niemandt beschwehren, und sonst alles und jedes, so einem frommen, unpartheyischen, getreuwen und fleissigen Statt- und Gerichtsschreiber zu thun zusteht und gebührt, getreuulich leisten wollet, ohn alle argelist und gefehrde.

Dieses dem Stadtschreiber durch den Schultheissen oder einen anderen Vertreter der Herrschaft vorgelesene Gelöbniß bekräftigte er durch folgende Worte:

„Wie mir itzund vorgelesen worden ist, und ich wohl verstanden und in treuen angelobt habe, schwere ich bestes meines vermögens nachzukommen. So wahr mir Gott helffe, durch seinen Sohn Christum Jesum.“

Die immer mehr zunehmende Verwaltungsarbeit und die fast ausschliessliche Beschäftigung des Stadt- und Landknechtes im Dienste des herrschaftlichen Stadt- und Landschultheissen, der den genannten von der Stadt besoldeten Angestellten durch Botengänge nach den ihm unterstellten Dörfern über Gebühr

in Anspruch nahm, veranlassten das Stadtgericht zur Anstellung eines besonderen Stadtdieners, der, wie sich die Stadt ausdrücklich in der Bestellsurkunde von der Regierung „gnädigst durch das Kanzleisekret konfirmiren“ liess, von allen „anderen Verrichtungen, so den Stadt- und Landknecht angehen, gänzlich befreiet seyn“ sollte. Damit er auch für seine in der genannten Urkunde charakterisierten Dienste (meist Botengänge) „etwas ergänzlichkeit“ habe, wurde ihm neben vollkommener Personalfreiheit, die ihn von sämtlichen herrschaftlichen und städtischen Steuern, Wacht- und Arbeitsdiensten entband, ein Fixum von 2 fl. und von bestimmten Amtsverrichtungen der „gewöhnliche tax Pfandschilling“ gewährt.

Der Stadt- und Landschultheiss war verpflichtet, das Ratskollegium monatlich mindestens einmal zu einer Sitzung, die nach der Polizeiordnung von 1664 Dienstags, seit 1673 aber immer an einem Montag stattfinden sollte, einzuberufen. Die Schöffen, die zu allen Beratungen in „ihren Mändeln“ erscheinen mussten, hatten ihr Fernbleiben dem Schultheissen jedesmal vorher anzuzeigen und zu begründen; unentschuldigtes Fehlen und vorzeitiges Verlassen der Sitzung wurden mit einer Geldstrafe von 1 fl. belegt.

Das städtische Geschäftsjahr begann und endete seltsamer Weise am 11. November. An diesem Tage wurden die alten Amtsträger entlastet. Ihre Rechnungen mussten in Anwesenheit der gesamten Bürgerschaft „vorgelesen“ und dann durch mehrere „Deputirte“ der beiden Körperschaften „revidirt und justifizirt“ werden. Sodann wurden der Bürgermeister, der Baumeister und die anderen Amtsinhaber des neuen Jahres „gekort“ und nach Neu- bzw. Ergänzungswahl der Steuerkommission von dieser die „gemeinde bedt“ des kommenden Verwaltungsjahres festgesetzt.

Bei Streitigkeiten hat sich die Stadt häufig durch einen auswärtigen Rechtsgelehrten vertreten lassen. Auch bei der Abfassung wichtiger Schriftstücke und Eingaben an die Herrschaft hat sie bisweilen einen auswärtigen oder hiesigen „Gelehrten konsultirt“. In den siebziger Jahren ist es der auch juristisch vorgebildete Konrektor Müller von der Lateinschule, der den Rats Herrn die Akten „expliziert“ und die Entgegnungen aufsetzt. Als ihm das Stift im Jahre 1685 seine Besoldung, die aus 80 fl., 9 Achtern Hafer und 9 Simmern Korn bestand, nicht auszahlen konnte, vertauscht er kurzerhand den Lehrberuf mit der Anwaltspraxis, die ihm neben seiner Beschäftigung als Aktuar der Stadt mehr eingebracht zu haben scheint als die Schulmeisterei.

Die, wie ich schon erwähnt habe, überaus sorgfältig geführten Rechnungen lassen erkennen, dass auch in den beiden ersten Jahrzehnten nach dem Kriege der Bürgermeister abwechselnd dem Stadtrat, dem Bürgerausschuss und der ganzen Bürgerschaft entnommen wurde. Alle Bürgermeisterrechnungen aus diesen beiden Jahrzehnten tragen einen Vermerk, der über die Rekrutierung des jeweils amtierenden Stadtoberhauptes Aufklärung gibt. Im November des Jahres 1665 wurde durch die Regierungskanzlei angeordnet, dass das „Bürgermeisteramt alhir in der Residentzstadt nuhnmehr hinführo allein die Gerichtspersonen herum der Gebühr zu verwalden haben sollen“. Die Gründe für diese von der Bürgerschaft mit Erbitterung bekämpfte, mit einer alten Tradition brechenden

Massnahme, welche die Rechte der Bürgerschaft und der 2. Körperschaft empfindlich zu Gunsten des Stadtgerichtes, auf dessen Besetzung die Bürgerschaft zudem nur äusserst geringen, mittelbaren Einfluss hatte, schmälerte, sind uns nicht bekannt. Ich gehe aber wohl nicht fehl in der Annahme, dass die Regierungskanzlei bei dieser Beschränkung des aktiven und passiven Wahlrechtes auf die zehn städtischen Mitglieder des Schöffenkollegiums geleitet worden ist von dem an sich durchaus richtigen Gedanken, dass die Ratsmitglieder infolge ihrer langjährigen Zugehörigkeit zur 1. Körperschaft, durch ihre Mitarbeit in der städtischen Verwaltung, bei der Auswahl der Bürgermeisteranwärter den in Verwaltungsangelegenheiten weniger bewanderten „Ausschussern“ und den hier unbekannten Land betretenden Bürgern, die keiner Körperschaft angehörten, vorzuziehen seien. Man kann es dem Stadtgericht, das über die begreifliche Erregung der Bürgerschaft über diese Regierungsverordnung berichtet, ohne weiteres glauben, dass diese Opposition keineswegs durch Ratsmitglieder entfacht und geschürt worden ist; denn gerade durch diese Bestimmung wurde die Macht des Stadtrates bedeutend gesteigert.

Um die erbitterte und erregte Bürgerschaft zu beruhigen, sollte dem neuen vom Stadtrat gewählten und gestellten „Elter- oder Oberbürgermeister“ (bisher Bürgermeister) ein zweiter, der sog. „Underbürgermeister“, dessen Wahl dann abwechselnd dem Ausschuss und der gesamten Bürgerschaft zustehen sollte, zur Seite gestellt werden. Dass es sich tatsächlich nur um eine schöne Geste handelte, beweist die Tatsache, dass dieses Amt des Underbürgermeisters, der keine Besoldung erhielt und der auch nicht wie sein von den Ratsschöffen erwählter Kollege von der städtischen Bedt „eximirt“ war, nur einmal, im folgenden Jahr, besetzt worden ist.

Nach dem Kriege suchte die Herrschaft das von ihr bei der Wahl des Bürgermeisters, des Baumeisters und der Mitglieder beider Körperschaften schon früher geübte Bestätigungsrecht auch auf alle anderen „Staatsämter“ auszuweiten. Den am 11. November 1665 in der Regierungskanzlei versammelten Schöffen wurde „angezeigt“, dass nach „dem gnädigen Will und Befehl“ des Grafen die von den städtischen Körperschaften auf Martini Episcopi vorgenommene Ämterbesetzung zukünftig jedesmal der herrschaftlichen Bestätigung bedürfe. „Öftere Unordnungen“ sind nach Angabe des Kanzleibeamten die Gründe, welche den Grafen veranlassten, die nach der Polizeordnung von 1664 im Zweifelsfalle vorgesehene gutachtliche Äusserung des Oberamtmannes schon im folgenden Jahre in eine Verpflichtung zur Einholung der herrschaftlichen „Consens“ umzuwandeln.

Nach dem Kriege wurde das Bauamt nur noch durch einen Baumeister verwaltet. Während aber der Bürgermeister auch noch in dieser Zeit alljährlich wechselt, wird der Baumeister jetzt häufig mehrere Jahre in seinem Amte belassen. Es wird sich in diesen Fällen meist um bewährte und verdienstvolle Baufachleute gehandelt haben, deren Sachkenntnis und Erfahrung man der Stadt möglichst lange erhalten wollte. Die anderen, ebenfalls aus den beiden städtischen Körperschaften erwählten Amtsinhaber, die immer zu zweien fungierenden Marktmeister, Weinmeister, Fleischschätzer und Brotwieger, wechselten nur alle

2 Jahre, und zwar nicht gleichzeitig, sondern so, dass der im 2. Jahre seine Tätigkeit ausübende immer den Nachfolger seines ausscheidenden Kollegen in die Amtsgeschäfte einführen konnte. Die nicht den beiden städtischen Körperschaften entstammenden bürgerlichen Diener wurden meist auf Lebenszeit angestellt.

In den Polizeiordnungen von 1664 und 1690 wird uns das Idealbild eines Schöffen entworfen. Er sollte „beständigen Alters, guten Namens und Leumunths, auch eines erbaren und untadelhaften Wandels, sodan Schreibens, Lesens und dieser Staat Wessens, ihrer Gebräuch und Zustands wohl kundig und erfahren sein, über unseren Ordnungen und Statuten steif und fest mithalten und sich auf dem Rathauss und sonst so bezeigen, dass das gemeinnützige Wessen durch ihn nach aller Möglichkeit möge befördert, aller Schaden abgewendet und verhütet, weniger dessen durch ihn selbst zugefügt und also keine Klag über ihn desshalben mit Fuge geführt werde“.

Wie aus mehreren Erinnerungen und Hinweisen auf diese Bestimmungen hervorgeht, legte man begreiflicher Weise besonderen Wert auf eine grosse Schreib- und Lesefertigkeit und genaue Kenntniss der Ortsstatute.

Die Anordnung der Regierungskanzlei, dass zur Verhinderung weiterer Belastung der Bürgerschaft unter den Kandidaten, „so des schreibens sonderlich erfahren“, denjenigen der Vorzug zu geben ist, die sich schon im Genusse der Personalfreiheit befinden, wird sicherlich den Wünschen der Bürgerschaft begegnet sein. Die Androhung der Regierungskanzlei, dass dem Stadtgericht bei Nichtachtung dieser Bestimmungen das Schöffenwahlrecht entzogen werde, wird die Rats Herrn auch selbst in Zweifelsfällen immer zu einer Entscheidung im Sinne dieser Verordnung bestimmt haben.

Wie wir schon gesehen haben, musste für den vom Stadtgericht erwählten neuen Rats Herrn vor seiner Vereidigung durch den Stadtschultheissen die Bestätigung des Landesherrn eingeholt werden. Als im Jahre 1667 der Nachfolger des verstorbenen Schöffen Michael Jahnns zu bestimmen war, schlägt das Ratsskollegium 2 Kandidaten vor, der Regierungskanzlei die Entscheidung zuweisend. Die Eintragungen des im Jahre 1673 von dem Stadtschreiber Benjamin Caspari zugleich mit einem neuen Bürgerprotokoll angelegten Schöffenbuches, das uns die Namen sämtlicher bis zum Jahre 1811 amtierenden Rats Herrn überliefert, zeigen eindeutig, dass es sich bei dieser Schöffenwahl des Jahres 1667 um einen Sonderfall handelte.

Der Eid, auf welchen der „Jungschöffe“ nach seiner Bestätigung durch den Landesherrn „bei versammelten Gericht“ durch den gräflichen Stadt- und Landschultheissen verpflichtet wurde, hatte folgenden Wortlaut.³⁵⁾

Ich N N gelobe und schwöhere einen körperlichen Eydt zu Gott dem Allmächtigen, dass ich soll und will, das gericht treulich und fleissig halten, Meines gnädigsten Herrn Hoheit, Herrlichkeit und Gerechtigkeit helfen handhaben, den Partheyen und wer sonst bei gericht zu schaffen hat, an- und fürbringen, mit fleiss anhören und vernehmen, auch darauff nach meiner besten

³⁵⁾ Eine Schöffeneidformel aus dem 18. Jahrhundert findet sich bei F. A. Schmidt, Der Stadt Weilburg Schöffenbuch. (Land und Leute. Jahrgang 1. Nr. 1.)

Verständnis Bescheid abfassen, mithin einem jeden zu seinem recht verhelfen und das nicht unterlassen, umb lieb-, leid, freund- oder feindschaft, gunst, furcht, verheissung, gab und geldes, oder auch um einer andren ursache willen Desgleichen die Heimlichkeit des Gerichts niemand offenbahren und alles thun und lassen, was einem rechtschaffenen und redlichen Gerichtsmann eignet und gebührt, so wahr mir Gott helffe, durch Jesum Christum Amen!

Nach der Wahl und Vereidigung eines neuen Rats Herrn wurde auf dem Rathause oder in einem benachbarten Gasthaus ein Schöffensmahl veranstaltet. dessen Kosten, die der Gewählte zu tragen hatte, sich meist weit über 10 fl. beliefen. Es ist begreiflich, dass ausser den Nutzniessern dieser Tradition, den Rats Herrn, weiter niemand ein grosses Interesse an ihrem Fortbestehen hatte. Unter Hinweis auf mehrere Beschwerden der Bürgerschaft, in denen geltend gemacht wird, dass die Kosten „unerträglich“ seien und manchem Veranlassung gäben, sich „deswegen in Schulden zu stecken“, erlässt die herrschaftliche Regierung im Jahre 1665 eine Verfügung, nach welcher „hinführo ein neuer Ratsschöff nicht mehr als 10 guter gülden, jeden zu 30 alb. gerechnet, zu erlegen gehalten sein“ solle; und zwar durfte nur die Hälfte dieser reduzierten Summe zur Veranstaltung eines bescheidenen, auf dem Rathaus abzuhaltenden Gastmahles verwendet werden; die anderen 5 fl. sollten im städtischen Etat verrechnet werden. Alle Vorstellungen des Bürgermeisters und des Stadtrates. man „möchte es doch beym alten gelassen und den Schöffensmahl nicht so gantz“ abstellen, da die „Rahtsverwandten“³⁶⁾ doch sonst nicht viel davon³⁷⁾ hetten“, fanden bei der Regierungskanzlei kein Gehör. Sie erklärte sich jedoch damit einverstanden, dass ein vermögender „jung erwählter Ratsschöffe“ für den genannten Zweck „nach seinem Belieben auch ein mehrers als obige gesetzte 10 fl. anlege und spendire“.

Die Bürgerschaft war bezeichnender Weise einer ganz anderen, geradezu gegenteiligen Meinung bezüglich der Vorteile, welche das Schöffenamts seinen Inhabern gewährte.

Am 28. August 1656 war den Rats Herrn trotz schärfsten Widerspruchs der Bürgerschaft „die gnädigst verwilligte Befreyung von allen wachten, handt- und frohndiensten“, die nach ihrem Tode auch auf ihre Witwen überging³⁸⁾, erneut „konfirmirt“ worden. Unter Hinweis auf ihre „Gerichtsobligen und Verrichtungen“ und auf die Beispiele anderer, „und zwar noch geringerer Orthe“, in denen sich die Rats Herrn neben der Wacht- und Frondienstfreiheit auch noch im Genusse „anderer privilegirs“³⁹⁾ befanden, suchte das Stadtgericht, dessen „Gebühr“ sich ausserdem nach dem Kriege auf 6 fl. erhöht hatte, die Regierungskanzlei von der Rechtsmässigkeit ihrer Ansprüche zu überzeugen. Die standesbewussten und würdevollen Ratsschöffen sind der Ansicht, dass ihnen diese Belastung durch Wachten und Fronen nicht nur beschwerlich fallen, sondern auch „verkleinerlich“ erscheinen würde.

³⁶⁾ Eine im 17., besonders aber im 18. Jahrhundert gebräuchliche Bezeichnung für die Rats Herrn.

³⁷⁾ Von ihrer Amtstätigkeit im Dienste der Stadt.

³⁸⁾ „so lang sie ohnverheyratet bleiben.“

³⁹⁾ Privilegium.

Dieser Kampf um die Personalfreiheit, der oft recht erbittert durchgeführt wurde (besonders in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts), ist eigentlich nie zur Ruhe gekommen; er ist immer dann wieder zu grösserer Heftigkeit entflammt, wenn tiefere Gegensätzlichkeiten zwischen dem privilegierten Stadtrat und der Bürgerschaft entstanden waren, bei denen dann dieses ewige Kampfobjekt, diese nach Ansicht der Bürgerschaft „in Betracht ihrer wenigen Arbeit und Amtsverrichtungen“ vollkommen ungerechtfertigte Begünstigung der Ratsherrn, von der Opposition immer wieder in den Streit hineingezerzt wurde. Schon zehn Jahre später beklagt sich das Schöffenkollegium bei der Regierungskanzlei darüber, dass „alhiesige Bürgerschaft sie zu der gemeinen Bürgerarbeit und frohn in weg und Stegen ziehen und Ihnen vor den gemeinen Bürgern keine Exemption⁴⁰⁾ noch Freyheit gestatten“ will. Auch in der Verordnung vom 20. November 1666, die seltsamer Weise keinen Bezug nimmt auf die genannte Konfirmation vom 28. August 1656, macht sich die Regierungskanzlei die Ansicht der Schöffen zu eigen. Für die Bürgerschaft wird es nur ein sehr schwacher Trost gewesen sein, dass fortan den Schöffen die Aufsicht „bey den Frohnden und der Gemeinen Stattarbeit“ zugewiesen wurde. Gerade durch diese Ausstattung mit Aufsichtsrechten erhielt die Sonderstellung der Ratsherrn gesetzliche Anerkennung, wurde ihr Überheblichkeitsgefühl stark genährt. Die Verpflichtung des Stadtgerichtes, „darbey⁴¹⁾ kein(en) Bürger vor dem andern über Gebühr zu beschweren, sondern Gleichheit zu halten“, lässt den Schluss zu, dass nicht immer nach dieser eigentlich selbstverständlichen Verwaltungsmaxime jedes sozialen Gemeinwesens verfahren worden ist.

Weniger erfolgreich waren die Ratsherrn bei ihren Versuchen, für sich selbst einen besonderen „Zuschuss“ und für die Amtsinhaber eine Erhöhung ihres Fixums zu erwirken, da sie doch „mit hindansetzung Ihrer Nahrung so manchfaltige Rathssitz und gäng thun und darbey vielen Undank auf sich laden“. Sie müssen sich von der Regierungskanzlei davon überzeugen lassen, dass eine Erhöhung ihrer Entschädigungen infolge der geringen städtischen Einkünfte überhaupt nicht diskutabel sei.

Neben den „Zehrungen“, die sich fast an alle Ratssitzungen und anderen Amtsverrichtungen anschlossen, der „Gebühr“ von 6 fl. und der entlastenden Personalfreiheit, die zusammen schon allein geeignet sind, den Nachweis zu erbringen, dass man die Tätigkeit unserer Weilburger Ratsherrn nicht mit dem modernen Begriff „ehrenamtlich“ zu erfassen vermag, sehen wir das Stadtgericht nach dem Kriege auch im Besitz der Einnahmen der von ihr geübten Freiwilligen Gerichtsbarkeit. Die leider nur für eine kurze Zeitspanne vorliegenden, abwechselnd von dem jüngsten und ältesten Schöffen geführten „Register über Einnahm- und Ausgabgeld“ des Gerichts, die auch in wirtschaftlicher Hinsicht sehr aufschlussreich sind, zeigen nicht nur, dass die vereinnahmten Gebühren gleichmässig unter Schultheiss, Bürgermeister, Stadtschreiber und „sämtliches Gericht“ verteilt worden sind, sondern geben auch Kenntnis von ihrer Höhe. Die im Amtsjahr 1675/76 zur Verteilung gekommene Summe von 48 fl. verlangt den

⁴⁰⁾ Ausnahme.

⁴¹⁾ Bei der Verteilung der Wacht- und Frondienste.

Schluss, dass die Gesamtentschädigung der „ehrenamtlich“ tätigen Schöffen mindestens als durchaus angemessen bezeichnet werden muss.⁴²⁾ Häufig hat man auch den Gerichtsknecht bei der Verteilung der vereinnahmten Gelder berücksichtigt oder zu den beim Ochsenwirt oder in der Wohnung eines Beteiligten veranstalteten Gelagen herangezogen. Hat ein Schöffe an einem solchen „Imbis“ oder „Umbtrunk“ nicht teilnehmen können, so wird ihm sein Anteil ausgezahlt, worüber er wie bei allen Verteilungen ordnungsgemäss quittieren muss.

Bisweilen begegnet man auch in den genannten Registern Einnahmen, die den Mitgliedern „eines Ehrbaren und Weissen Rathes“ „wegen ihrer gehaltenen Mühlen“ in einem Peinlichen Prozess gezahlt werden. Leider lassen die Quellen die Beantwortung der Frage, ob es sich um freiwillige Zuwendungen eines gebefreudigen, glücklichen Prozesssieggers oder um verbindliche Zahlungen einer der beiden Prozessparteien handelte, nicht zu.

Ausserdem stand den Ratsherrn auch die Nutzniessung der bei der Rezeption von dem neuen Bürger neben dem Einzugsgehalt zu zahlenden Einschreibgebühr von 2 fl. zu.⁴³⁾

Nach der Polizeiordnung vom Jahre 1664 sollten die Leichen nur durch Ratsmitglieder oder andere „ehrliche Leuth“, die für diese Mühewaltung von den Hinterbliebenen durch 1 oder 2 Viertel Wein zu entschädigen waren, zum Friedhof getragen werden. Unsere Register zeigen, dass den Schöffen auch aus dieser Tätigkeit eine ergiebige Einnahmequelle erwachsen war. Im Jahre 1677 erhalten sie von den „nachgebliebenen Kindern“ des Hofmeisters Debobenhäusen eine Gratifikation von 10 fl., weil sie „dero Herrn Vatters verblichenen Körper zur Erde“ getragen haben. Im August desselben Jahres haben die Schöffen auch noch einem verstorbenen Ratskollegen, dem als Vertreter der zum Gerichtsbezirk gehörenden Dorfschaften entsandten Cubacher Schultheissen Johann Schmidt, das Totengeleit gegeben. Dafür wurde dem Stadtgericht von der Witwe des Verstorbenen ein Betrag von 5 fl. überwiesen. Der Nachtrag, „die 2 Reichstaler Abwaschgebühr stehen noch zu bezahlen“, beweist, dass es sich hierbei keineswegs um freiwillige Zahlungen handelte.

Um zu diesem Streit der privilegierten Ratsherrn und der Bürgerschaft Stellung nehmen zu können, muss man sich erst vergegenwärtigen, in welchem Ausmasse die ersteren durch ihre amtlichen Verpflichtungen an der Ausübung ihres Berufes verhindert wurden. Die starke Inanspruchnahme des Bürgermeisters und des Baumeisters, von denen der erstere ja auch noch von der städtischen Bedt „eximirt“ war, durch Rats- und Gerichtssitzungen, Rechnungslegung, Kontroll- und Botengänge, Steuererhebung, Hinzuziehung zu Exekutionen bei Steuerrückständen, Beratungen mit den herrschaftlichen Behörden, Vertragsabschlüsse (z. B. Bau- und Mietverträge) usw. lassen die genannten Vergütungen als durchaus gerechtfertigt erscheinen. Die Klagen und Beschwerden der Bürgerschaft richten sich auch weniger gegen ihn und den Baumeister, als vielmehr gegen die Entschädigungen und Begünstigungen der Schöffen. Verständlich sind Erbitterung und Hass der nicht privilegierten Bürger, wenn sie

⁴²⁾ In einem Jahr kommen sogar 60 fl. zur Austeilung.

⁴³⁾ Siehe „Land und Leute“, Jahrgang VII. Ernst Körner, Das Weilburger Bürgerrecht.

sich gegen die Entschädigungen der Schöffen für ihre im Dienste des städtischen Gemeinwesens geleistete Arbeit richteten. Die Amtsarbeit der Ratsherrn erschöpfte sich in der Teilnahme an den nicht allzu zahlreichen Rats-, Gerichts- und Kommissionssitzungen und in der Tätigkeit einzelner Schöffen als Marktmeister, Fleischschätzer, Brotwieger und Akzismeister, die aber alle für diese Sonderleistungen eine Zulage erhielten. Ein objektiveres Gerichtstribunal als die Regierungskanzlei, der es darauf ankam, der 1. Körperschaft den Charakter einer vorgesetzten Behörde zu verleihen, hätte niemals mit diesen Amtsverrichtungen eine derartige Entlohnung begründen können. Besonders die Ausstattung mit der Personalfreiheit stellte eine ungerechtfertigte Bevorzugung der privilegierten, eine schwere Benachteiligung der nicht befreiten Bürger im wirtschaftlichen Wettbewerb dar. Erst nach Darstellung der bürgerlichen Lasten werden wir richtig ermessen können, welche Vorteile die Personalfreiheit ihren Inhabern brachte, welche Vergünstigungen die Ratsmitglieder vor ihren anderen Mitbürgern genossen.

Welcher Argwohn und welches Misstrauen in der Bürgerschaft gegen die Arbeit der Ratsherrn, insbesondere die Verwendung der ihnen anvertrauten Gelder bestand, illustrieren am besten 2 Äusserungen von Bürgern, die sich im Zorn zu Bemerkungen hinreissen liessen, die momentan ihrem verärgerten Herzen Luft machten, an den bestehenden Verhältnissen jedoch nichts änderten, ihnen dagegen selbst eine empfindliche Geldstrafe wegen Beamtenbeleidigung einbrachten. Ein Bürger war wegen eines Feldfrevels in eine geringe Geldstrafe genommen worden. Dem Stadtknecht, der das verhängte Strafgeld bei ihm einziehen sollte, übergab er dasselbe mit der Empfehlung an die Ratsherrn, „sie sollten das Geld in Teuffels nehmen versauften!“ Ein anderer nimmt es als feststehende Tatsache an, dass die von ihm gezahlte Strafe von den trinkfreudigen und trunkfesten Schöffen in Wein oder Bier umgesetzt worden ist. Sein durch den Stadtknecht vermittelter Trinkspruch: „Der Teuffel möge es ihnen gesegnen“, hat bei den entrüsteten Ratsherrn wenig Anklang gefunden.

Symptomatischer Wert muss diesen Affektäusserungen besonders deshalb zugemessen werden, weil das Stadtgericht ja überhaupt nicht die Nutzniessung der Straf gelder, die zur Hälfte im städtischen Bauwesen verbraucht wurden, zur anderen Hälfte aber der herrschaftlichen Rentkammer überwiesen werden mussten, besass. Die zahlreichen „Zehrungen“, „Imbisse und Umbrünke“, der Besitz der Einnahme der Freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Einschreibegeldes bei der Rezeption und die genannten Nebenverdienstmöglichkeiten, waren Gründe genug für die misstrauische Bürgerschaft, auch da die Nutzniessung der Ratsherrn zu sehen, wo sie diesen rechtlich überhaupt nicht eingeräumt worden war, wo sie vielleicht aber hin und wieder bestimmungswidrig zu beobachten gewesen ist. Die städtischen Akten und Rechnungen geben uns allerdings keine Veranlassung, an der bestimmungsgemässen Verwendung der vereinnahmten Straf gelder zu zweifeln.

3. Kapitel. Der städtische Haushalt.

Nicht nur durch die schon charakterisierte sorgfältige, jetzt dem Stadtschreiber, der die Rechnungen nach Angaben der Amtsinhaber zu führen hatte, übertragene Rechnungsablegung, sondern vor allem auch durch die Einrichtung einer Zentralabrechnungsstelle gewinnt das städtische Rechnungswesen erheblich an Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit. Schon vor dem Kriege war das Fehlen einer solchen Zentralkasse und einer Hauptabrechnungsstelle von der Regierungskanzlei als Mißstand empfunden worden; aber alle Versuche zu seiner Abstellung waren an ihrer Wirkungslosigkeit gescheitert. Fortan liefen alle Einnahmen und Ausgaben des städtischen Etats durch die Rechnung des Bürgermeisters.

Die städtischen Einnahme- und Ausgabepositionen sind im grossen und ganzen dieselben geblieben wie vor dem Kriege. Von den Einkünften wurden das Marktstandgeld, das Ein- und Auszugsgeld und der städtische Anteil an der Wein- und Bierakzise dem Baumeister, auf dessen Antrag die beiden Körperschaften eine fast regelmässig erhobene Bauumlage bewilligten, überwiesen, während dem Bürgermeister die Bedt und das Zoll- und Weggeld zur Bestreitung seiner Ressortausgaben verblieben. Die der Stadt aus der von ihr geübten Niederen Strafgerichtsbarkeit⁴⁴⁾ erwachsenden Einnahmen wurden nach Bedürfnis in einem der beiden städtischen Etats eingesetzt oder an beide Ämter aufgeteilt. Der Baumeister musste „dafür das Pflaster auf den Gassen und Strassen, die gemeinen Gebäude, das Rathaus, die Mädgerschule, die Hirtenhäuser, das Gehölz auf den Lohnbrücken, die Stadthore und die Stadtmauern unterhalten“. Grössere Summen wurden fast alljährlich durch die Reparation der Wasserleitung und der Brunnen, zu der jedoch die Herrschaft meist einen Zuschuss bewilligte, aufgebraucht. Die dem Bürgermeister zugewiesenen Einkünfte wurden in der Hauptsache durch Besoldungen, Spesen der städtischen Funktionäre und Organe, Zinszahlung für geliehene Kapitalien, Almosen und nicht vorhergesehene Ausgaben aufgezehrt. Häufig reichen die dem Baumeister überwiesenen Einnahmen trotz Erhebung eines besonderen Baugeldes nicht zur Deckung der Bauunkosten aus, so dass man versuchen muss, die Fehlbeträge durch Sammlungen und private Stiftungen, an denen sich auch die herrschaftliche Familie und ihre Beamten und Diener beteiligten, aufzubringen. Als im Jahre 1669 die „Eilffuhr-glocke“, die nicht weniger als 18 Zentner wog, von dem Giessener Stück- und Glockengiesser Johann Heinrich Will umgegossen werden musste, ergab die allgemeine Sammlung, zu der auch die eingepfarrten Dorfschaften beisteuerten, den stattlichen Erlös von 169 fl. Der erzielte Überschuss von 32 fl. konnte zur Reparation der Totenglocke verwandt werden.

Von der Weinakzise, die für die Ohm 40 alb. 4 Pfg. betrug, erhielt die Herrschaft $\frac{2}{3}$ der Einnahmen; an der Bierakzise war die Stadt nur mit $\frac{1}{4}$ in Höhe von 4 alb. 4 Pfg. beteiligt. Wir hatten schon gesehen, dass der von auswärts eingeführte Wein vom Jahre 1667 ab im Interesse des einheimischen Weinbaues und Weinhandels und nicht zuletzt auch zur Erzielung erhöhter städtischer Einkünfte mit einer besonderen Einlegesteuer belegt worden war-

⁴⁴⁾ Wie wir noch sehen werden, war der Stadtrat auch gleichzeitig Justizbehörde.

Zur Unterrichtung über die Höhe der Einnahmen dieser indirekten Steuer verweise ich auf die auf Seite 115 gebrachte, dort die finanziellen Auswirkungen der genannten Sonderbesteuerung illustrierende Übersicht über die in der Nachkriegszeit vereinnahmten Wein- und Bierakziszelder.⁴⁵⁾

Für den „schon seit uhralten Zeiten“ im Besitz der Stadt befindlichen Weg- und Brückenzoll musste die Bürgerschaft an die Weilburg-Diezsche Gemeinschaftskellerei eine Jahrespacht zahlen, die sich im Jahre 1614 von 5 auf 8 fl. à 30 alb. erhöht hatte. Diese Einnahme, über deren Höhe die Aufstellung auf Seite 118 orientiert, wurde der Stadt im Freiheitsbriefe von 1685 ebenso wie die Getränkeakzise gesichert.

Die städtischen Strassen befanden sich in einem äusserst schlechten Zustand. Am meisten jedoch hatten die „Ab- und Zufuhrwege“ nach den Eisenhütten bei Drommershausen, Löhnberg und an der Weil durch die ungemein starke Benutzung zu leiden. Da die Stadt die Unterhaltungs- und Wiederherstellungskosten für diese Wege und die von den „Lohnfahrern“ nach den genannten Eisenhütten ebenfalls benutzte städtische Lahnbrücke infolge starker Belastung des Bauetats nicht allein aufbringen konnte und der „armen“ Bevölkerung ein weiteres Anziehen der Steuerschraube nicht zugemutet werden durfte, bat die Bürgerschaft die Regierungskanzlei, die Dörfer des Amts, die nach ihrer Ansicht an der Erhaltung der Steinernen Brücke eigentlich ein grösseres Interesse haben müssten als die Weilburger selbst, an diesen Kosten zu beteiligen. Die von der Stadt vorgeschlagene korporative Beteiligung der Amtsdörfer an den Aufgaben der freien und selbständigen Kommune war rechtlich unmöglich; sie war nur in beschränktem Masse, in einer von den städtischen Vorschlägen stark abweichenden Form durchführbar. Wahrscheinlich fürchtete die Regierungskanzlei auch die mit Recht zu erhebenden Bedenken der Landgemeinden, dass sie zum grössten Teil ja im herrschaftlichen Fron zur Benutzung der Brücke und der Wege gezwungen wären.

Nach Ablehnung ihrer Forderung weist die Stadt mehrfach darauf hin, dass es nicht „ohnbillich sey“, doch wenigstens die „im Lohn fahrenden“ Bauern und Fuhrleute der Umgebung, die als landesherrliche Untertanen von der Entrichtung des bürgerlichen Weg- und Brückengeldes befreit waren, zur „Herbeiführung der Materialien“ und anderen Arbeitsleistungen beim Wege- und Brückenbau zu verpflichten. Am 16. März 1683 erliess die vormundschaftliche Regierung⁴⁶⁾ ein Dekret, durch welches die Stadt ermächtigt wurde, „zur notwendigen Reparatur der Wege“ auch von den die genannten Ab- und Zufuhrwege benutzenden landesherrlichen Untertanen ein Wege- oder Pflastergeld⁴⁷⁾ zu erheben. Das Wegegeld für diese Landesuntertanen betrug für einen einspännigen Karren 1, für einen mit 2 Pferden bespannten Wagen 2 Kreuzer. Jedoch wurden die Bauern gegen die Verpflichtung, bei der Ausbesserung der Wege und der Brücken Fuhr- und Arbeitsdienste zu leisten, von dieser Zahlung befreit. Die Stadt hat sich beeilt, diesen wichtigen Erlass der Regierung durch

⁴⁵⁾ Die Zahlen stellen nur den städtischen Anteil dar.

⁴⁶⁾ Für die unmündigen Söhne des Grafen Friedrich führte Johann Ludwig von Nassau-Ottweiler die Regierung.

⁴⁷⁾ Spätere Bezeichnung.

einen Boten „von Dorf zu Dorf tragen und die Schultheissen samt den Bürgermeistern lesen“ zu lassen, mit der Aufgabe, „sich künftig hiernach zu achten“.

Aus den Rechnungen ist ersichtlich, dass schon vor dem Jahre 1683 die benachbarten Dörfer zu Fuhr- und anderen Arbeitsdiensten durch den Baumeister herangezogen wurden. Wahrscheinlich kam es dem Stadtgericht darauf an, diese in freier Vereinbarung „auf nachbarliches pitten“ geleistete Arbeit in eine gesetzlich festgelegte Verpflichtung umzuwandeln und auch auf alle Dörfer des Amts auszudehnen; sicherlich wollte es auch von der Obligation, die im Dienste der Stadt tätigen Landbewohner zu verköstigen, entbunden sein.

Dieses von der Bürgerschaft freudig begrüßte Dekret vom Jahre 1683 stellt einen grossen Erfolg der weitsichtigen, in ihren Zielen unbeirrbaren und nur mit dem Möglichen rechnenden Politik des Stadtrates dar. Diese erfolgreiche Politik des Stadtrates, dem es ferner nach langjährigen Bemühungen gelungen war, 1685 bei der Herrschaft die Ausstellung eines neuen Stadtfreiheitsbriefes für den während des Dreissigjährigen Krieges verloren gegangenen Stadtbrief König Adolfs vom Jahre 1295 zu erwirken, trug wesentlich zur Milderung und zur Ausgleichung der Gegensätzlichkeiten zwischen Rat und Bürgerschaft bei.

In den folgenden Jahrzehnten musste die Bürgerschaft ihre Wegearbeiten in der Hauptsache wieder mit eigenen Mitteln und Kräften ausführen, da die Eisenhütten ihren Betrieb infolge Holzmangels und Absatzschwierigkeiten einschränken, ja zum grossen Teil stilllegen mussten. Erst im 3. Jahrzehnt des folgenden Jahrhunderts scheinen die Eisenwerke wieder zu florieren; man kann wieder daran denken, die betreffenden Bauern und Fuhrleute nach Massgabe des genannten Dekretes vom Jahre 1683, dessen Gültigkeit im Freiheitsbriefe ausdrücklich anerkannt worden war, zu „Beyfuhr und Wegdiensten“ anzuhalten. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde diese Verpflichtung zur Zahlung eines Pflastergeldes auch auf die hiesigen „im Lohn fahrenden“ Bürger ausgedehnt; nur „diejenigen Fuhrleute (hiesige und frembde) sind davon befreit“, welche „die Feldökonomie der hiesigen Bürger besorgen helfen“.

Es hat keineswegs an Versuchen gefehlt, der Stadt dieses „seit uhralten Zeiten“ besessene Privileg, ein Wege- und Brückengeld zu erheben, streitig zu machen. Seine Inanspruchnahme durch den Fürsten von Lobkowitz, dem im Jahre 1637 die Stadt und Herrschaft Weilburg für eine angebliche Schuld von 200000 Gulden von dem siegreichen Kaiser zugesprochen worden war, habe ich schon an anderer Stelle erwähnt.⁴⁸⁾

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts verbietet der Keller Wagner der Stadt Weilburg die Erhebung des Wege- und Brückengeldes.⁴⁹⁾ In ihrer Beschwerdeschrift

⁴⁸⁾ Siehe „Land und Leute“, Jahrgang III. S. 53. Ernst Körner, Eine Episode aus der Geschichte der Stadt Weilburg.

⁴⁹⁾ Dieser herrschaftliche Beamte hatte sich die Sympathie der Weilburger gründlichst verschert. Bezeichnend für seine Amtsführung ist folgende Eigenmächtigkeit. In einer Beschwerdeschrift führte die Bürgerschaft lebhaft über ihn Klage, da er von ihr bestimmungswidrig die Lieferung des „bindtgarns“, das zur Säuberung und Reinhaltung der herrschaftlichen Wasserleitung benötigt wurde, verlangte. Er sucht seine Forderung durch einen Hinweis auf die Rechnungsführung seines Schwiegervaters, des Baumeisters Jost Kramer, zu „erzwingen“. Dieser hatte einen Seilerladen betrieben und sicherlich aus Eigennutz und eigener Machtvollkommenheit und in Verbindung mit seinem einflussreichen Schwiegersohn diesen Bast geliefert und im städtischen Haushalt verrechnet.

weist die Bürgerschaft darauf hin, dass sie schon im Jahre 1570 im Besitz dieses Privilegs gewesen ist. Damals hatte die Stadt mit Erlaubnis des Grafen Albrecht beim Stift eine Anleihe aufgenommen zur Ausbesserung der Brücken und diesem als Sicherheit neben sämtlichen anderen städtischen Einnahmen auch das Wege- und Brückengeld verpfändet. Die Besiegelung der Pfändungsurkunde durch den Grafen beweist den rechtmässigen Besitz dieses Privilegs. Zum Schlusse bemerkt die Eingabe, dass die Bürgermeisterrechnungen jederzeit die Richtigkeit der gemachten Angaben nachweisen könnten. Die gräfliche Kanzlei hat denn auch den Standpunkt der Stadt, dass dieser Zoll „keine Herrenrenth sey“, anerkannt und sie schon im folgenden Jahre (1657) „wiederumb damit belehnet“.

Nach Ausstellung des Freiheitsbriefes im Jahre 1685 konnte sich die Stadt unangefochten des Genusses dieser Einnahmen erfreuen. Die Polizeiordnung von 1748 garantiert ihr gegen die Verpflichtung, die Wege in der Stadt und innerhalb des Stadtbannes „in gutem Zustand zu halten“, das Recht zur Erhebung des „bisherigen Wegegeldes“. „Ein fürstlich Nassau-Weilburgischer Zolltarif vor die Ämter Weilburg, Weilmünster und Mehrenberg“ aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts (eine genauere Datierung ist nicht möglich) macht in einem Nachtrag darauf aufmerksam, dass in Weilburg „zum Vorteil der Residentzstadt ein besonderes Weg- und Brückengeld“ erhoben wird.

Der „Ausländer“ hatte also einen doppelten Zoll zu entrichten. Nachdem man ihn bereits beim Überschreiten der Landesgrenzen um den staatlichen Zoll, über dessen Höhe uns verschiedene Ordnungen ausweisen, erleichtert hatte, sah er sich beim Betreten Weilburgs vor die unangenehme Tatsache gestellt, noch einmal zur Zahlung des bürgerlichen Wegegeldes in den Säckel zu greifen. Ausserdem war jeder über 15 Jahre alte Jude zur Entrichtung eines staatlichen und städtischen Leibzolles, von dem lediglich die im Amt Weilburg ansässigen Schutzjuden befreit waren, verpflichtet.

Über die Höhe dieses Brücken- und Wegegeldes vermag ich, abgesehen von den durch die Bestimmungen des Dekretes vom Jahre 1683 festgesetzten Abgaben für beladene ein- und zweispännige Wagen, die auch für Fremde galten, für das 17. und die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts im einzelnen nichts zu sagen. Jedoch glaube ich bestimmt annehmen zu können, dass sich die Tarife im Laufe der genannten Jahrhunderte gar nicht oder nur unwesentlich geändert haben. Zu dieser Annahme berechtigt die gleichbleibende Höhe des Wegegeldes für Pferdefuhrwerke, für welche nach Wegfall der durch das Dekret von 1683 vorgenommenen Unterscheidung von ein- und zweispännigen beladenen und unbeladenen Karren nach wie vor 2 Kreuzer erhoben werden. Für die 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts liegen mehrere Zollordnungen vor.

Beim Betreten der Stadt erhielt der Fremde nach Entrichtung seines „Pflastergeldes“ ein Zollzeichen, welches ihn beim Verlassen Weilburgs oder bei einer Kontrolle über die rechtmässige Zahlung des bürgerlichen Wegegeldes auswies. Diese Blechmarken, die später durch „gedruckte Pflastergeldzeichen“ abgelöst wurden, blieben beim Verlassen der Stadt im Besitz des Passanten, der sie auch ausserhalb der Stadt „den Chausseeknechten“ auf Verlangen, „zu mehrerer Sicherheit, ob sowohl der Passant, aber auch die Wache ihre Schuldigkeit getan“.

vorzeigen musste. Der „Defraudant“ sowohl als auch die säumige Torwache wurden durch strenge Strafen bedroht. Diese „Pflasterzeichen“ dienten gleichzeitig auch zur Kontrolle bei der Abrechnung der Torwache über die vereinnahmten Gelder. Im 16. und 17. Jahrhundert wurde der Zoll von den Pfortnern der „obersten und untersten Pfordten“, die für ihre Dienste eine Besoldung von 8—10 fl. erhielten, erhoben. Später war die Zollerhebung Aufgabe der bürgerlichen Torwache.

Ausserdem wurde auch ein herrschaftlicher „Floss-⁵⁰⁾ oder Wasserzoll“ erhoben, der im 17. Jahrhundert zeitweise der Stadt verpachtet worden zu sein scheint. Diese Tatsache darf uns nicht zu der irrigen Annahme verleiten, dass in dieser Zeit ein regelrechter Schiffsverkehr auf der Lahn möglich gewesen wäre; dieser Wasserzoll erfasst nur die auf der Lahn und ihren grösseren Nebenbächen „geflozten Hölzter“.

Im Jahre 1682 erliess die vormundschaftliche Regierung eine Strafenordnung, die in übersichtlicher und ausführlicher Weise alle „Bussfälle und Frevelunge“ in 3 „classes“ rubrizierte. Diese etwas schematische Einteilung sieht eine Bestrafung in Höhe von 3, 5 und 10 fl. für die einzelnen Gruppen vor. Während aber die Polizeiordnung von 1664 die Hälfte der aus der Pflege der Niederen Strafgerichtsbarkeit erwachsenden Einnahmen der Stadt zuweist, fehlt in der erwähnten Strafenordnung von 1682 jede Bestimmung über die Verwendung dieser Gelder. Das Stadtgericht erblickte in dem Fehlen einer solch wichtigen Bestimmung mit Recht den Versuch, die Stadt ihrer anteiligen Hälfte zu entäussern; in einer „untertänigsten Memorial- und Bittschrift“ vom 27. Februar 1683 ersucht das Stadtgericht die Regierungskanzlei um Garantierung der „im Jahre 1664 von unserem wohlseeligst in Gott ruhenden lieben Landesherrn⁵¹⁾ zugeteilten Gnad“. Sicherlich glaubte das Stadtgericht, das durch die rechtswidrige Nichtachtung städtischer Privilegien äusserst misstrauisch geworden war, in der Aufnahme einer Strafe von 10 fl. in die genannte Strafenordnung, deren Verhängung den Schöffen überhaupt nicht zustand, den Beweis für die Richtigkeit ihrer argwöhnischen Vermutung gefunden zu haben;⁵²⁾ dadurch, dass eine einschränkende Entscheidung über die Verwendung der Strafen unter 5 fl. fehlte, gehörten diese mit den Strafen über 5 fl. der fürstlichen Rentkammer.

Die Antwort der Regierungskanzlei auf diese mehrfach in Erinnerung gebrachte städtische Bittschrift liegt nicht vor. Als Johann Ernst seine Residenzstadt im Jahre 1685 durch die Ausstellung des lang ersehnten und ebenso lang versprochenen „Offenen Briefes“ erfreute, wusste ihm die Bürgerschaft besonders dafür Dank, dass er ihr in diesem feierlichst versprach, es „unwiderufflich und immerwärendt vor uns und unsere Nachkommen und Erben“ „bey der in anno 1664 von unsers Herrn Vattern Graf Friedrichs seeligen Libden publizirter Polizeyordnung“ zu belassen. Der junge Graf hatte sich nicht nur die Ansicht der Stadt zu eigen gemacht, sondern dieses städtische Privileg auch in dem neuen Verfassungswerk rechtlich verankert.

⁵⁰⁾ Flussszoll.

⁵¹⁾ Graf Friedrich (1655—75).

⁵²⁾ Vom Stadtgericht durften nur Strafen bis zu 5 fl. verhängt werden.

Die Einnahmen aus dieser Gerichtskompetenz sind in den Jahrzehnten nach dem Kriege nicht besonders hoch, da „die Armuth bey der Bürgerschaft so gross ist, dass selten die 5 fl. gesetzt werden können“. Meist bleiben sie unter 10 fl.

Im Jahre 1670 wurde zur Regelung vollkommen verwirrter Steuerverhältnisse ein neuer „hochnötiger und ausführlicher“ Steuerstock aufgestellt. Die Tätigkeit der von der Regierungskanzlei eingesetzten Schatzungskommission, die sich aus einigen herrschaftlichen Beamten, dem Schultheiss, Bürgermeister, Baumeister und mehreren Mitgliedern der beiden städtischen Körperschaften zusammensetzte, erstreckte sich durch einen ganzen Monat. Jeder Bürger musste sein „Nahrungs- und Schatzungsbuch“ zur Nachprüfung einreichen. Am 19. Januar 1670 wurde der versammelten Bürgerschaft im Beisein der Kommission und der beiden Körperschaften die neue Steuerveranlagung durch den Kanzleirat Michael Caspari bekannt gegeben.

Die herrschaftlichen Mitglieder der Kommission erhielten für „ihre gehalten labores“ eine Entschädigung von 20 fl. Der Stadtschreiber, dem durch die Aufstellung und Abschriften des neuen Steuerstocks und Ausstellung der Schatzungszettel die Hauptarbeit zufiel, wurde ebenso wie der Schultheiss mit 10 fl. entlohnt. Die Mitglieder der beiden städtischen Körperschaften mussten sich dagegen mit einer Zuweisung von 6 fl. 18 alb. begnügen.

Ein Teil der „jenseits der Lohn“ liegenden „verwillerten“ Weinberge und Äcker musste durch einen auswärtigen Feldgeschworenen neu ausgemessen werden, da sie „bey der letzten Schatzung nichts ins morgen- und rutenmass kommen“. Auch bei verschiedenen anderen Grundstücken der Weilburger Gemarkung mussten durch diesen vereidigten Feldmesser Nachmessungen vorgenommen werden.

Die für die Bestreitung der für die Schatzung erforderlichen Kosten ausgeschrieben Monatsgelder reichten nicht aus, die entstandenen Unkosten in Höhe von 108 fl. zu decken.

Die von der Bedt erfassten Häuser und Grundstücke wurden nach ihrem Wert in drei Gruppen eingeteilt: gute, mittelmässige und schlechte. Ein Morgen guter Wiese wurde mit 10, ein mittelmässiger mit 6 und ein schlechter mit 3 fl. veranschlagt. Der Morgen guten Acker- und Gartenlandes repräsentierte einen Steuerkapitalwert von 8, der mittelmässige von 4 und der schlechte von 2 fl. In derselben Höhe wurden die Weinberge eingeschätzt. Insgesamt nennt dieser neue Steuerstock des Jahres 1670 ein steuerpflichtiges Vermögen und Einkommen von rund 11192 fl., eine Summe, die sich aus folgenden Einzelbeträgen zusammensetzte.

Parthierung (Handwerk, Geschäft usw.)	2296 fl.
Häuser	5797 $\frac{1}{2}$
Feldgüter und Wiesen	2068
Gärten in der Stadt	279
Alte Haus- und Bauplätze	171
Vieh	554
Pferde	24
	11189 $\frac{1}{2}$ fl.

Ersichtlich ist aus diesem Schatzungsbuch auch die Verteilung des Besitzes und des steuerpflichtigen Einkommens auf die Bürgerschaft. Nur ein einziger Bürger ist mit einem Immobilvermögen von nahezu 500 fl. eingeschätzt. Dieser reichste Mann der Weilburger Bürgerschaft ist kein Handwerker oder Landwirt, sondern in äusserst bezeichnender Weise der einzige Handelsmann, der in dieser Zeit in Weilburg ansässig ist. Ihm folgen 2 Gastwirte mit einem Vermögen im Steuerkapitalwert von 250 fl. Nur $\frac{1}{3}$ der gesamten steuerpflichtigen Bürgerschaft ist mit einem Betrag von ungefähr 150 fl. veranschlagt. Die restlichen $\frac{2}{3}$, der weitaus grösste Teil der Bürgerschaft also, bleiben unter 100 fl.

Es ist offensichtlich, dass diese Schätzungen nicht dem Realwert der Steuerobjekte entsprechen. Leider sind wir zur Errechnung des Kaufwertes ausschliesslich auf eine herrschaftliche über das Verhältnis von Steuerkapital- und Realwert Aufschluss gebende Verordnung vom Jahre 1615 angewiesen. Die Stadt und die Dörfer des Amts Weilburg waren nach dieser Verordnung — „da es etwas mehr Beschwerden als die anderen aussteht“ — „aus sonderer gnad“ mit einem Viertel des jeweiligen Marktwertes in Anschlag zu bringen; die anderen Ämter „kommen mit einem Drittel in die Schatzung“. Der Vergleich der uns aus den Akten und Verkaufsabschlüssen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit bekannten Verkaufspreise für Grundstücke und Häuser mit den Schätzungswerten des neuen Steuerstockes zeigt, dass sich dieses Verhältnis von Realwert und Schatzung im wesentlichen nicht verändert hat. Pferde und Vieh sollen zu einem Drittel ihres Wertes veranschlagt, ausgeliehenes Kapital zur Hälfte „geschätzt“ werden. Auch unbewohnte und verkaufte, aber noch nicht oder nur zum Teil bezahlte Häuser sollen in Anschlag gebracht werden; es ist nicht ersichtlich, von welcher Partei — Käufer oder Verkäufer — im letzten Falle die Steuer gezahlt werden musste.

Sehr zweifelhaft erscheint es mir, ob man auch noch nach dem Kriege bei der Steuerveranlagung „derjenigen, so Handthierung treiben“, also der Handwerker und Geschäftsleute, die in der Vorkriegszeit nach eigenen Einkommensangaben mit der Hälfte oder einem Drittel „geschätzt“ wurden, ohne Nachprüfung auf diesen privaten Unterlagen fusste.

Der Versuch, das Gesamtvermögen der Weilburger Bevölkerung mit dem einen anderen Stadt zu vergleichen, scheitert daran, dass bei all den bisher angestellten Einzeluntersuchungen, so weit ich schaue, die Festsetzung des Verhältnisses von Real- und Schätzungswert fehlt.

Diese Zahlen bedürfen auch keiner weiteren Vergleichszahlen; sie zeigen auch ohne Parallelen und ohne Kommentar, dass die Bevölkerung in ihrer übergrossen Mehrheit keineswegs als wohlhabend bezeichnet werden kann. Erstaunlich ist, dass man das Barvermögen immer noch un versteuert lässt, obwohl doch verschiedene von einzelnen Bürgern gewährte Darlehen erkennen lassen, dass es vereinzelt zu Kapitalsansammlungen gekommen ist.

Nach Festsetzung einer Schlüsselzahl durch das Stadtgericht wurden unter Zugrundelegung des Steuerstockes die einzelnen „quotas“ der Steuersubjekte errechnet, eine Arbeit, die man meistens dem Stadtschreiber überliess.

Die Bedteinnahmen sind in ihrer Höhe recht unterschiedlich, zeigen nicht die ruhige Stetigkeit wie in der Vorkriegszeit, liegen aber im Durchschnitt trotz des Bevölkerungsrückganges über den Einkünften in dieser Zeit.

Es wurden vereinnahmt:

Jahr	Bedt	Jahr	Bedt
1656	151	1669	167
1657	159	1670	—
1658	124	1671	194
1659	130	1672	—
1660	125	1673	207
1661	127	1674	282
1662	—	1675	135
1663	162	1676	119
1664	176	1677	82
1665	86	1678	134
1666	122	1679	99
1667	149	1680	116
1668	144	1681	103

Abgesehen von der der Stadt 1667 verliehenen, sich sehr günstig auswirkenden Einlagesteuer für „ausländischen“ Wein, begegnen wir in den städtischen Rechnungen denselben Einnahmepositionen wie in der Vorkriegszeit. Die bürgerlichen Einnahmen steigen um mehr als die Hälfte über die Durchschnittshöhe der Etatsumme in der Vorkriegszeit.

Weit mehr als die rein bürgerlichen Steuern lasteten die nach dem Kriege fast alljährlich zunehmenden landesherrlichen Abgaben, für deren Verteilung und Einziehung die städtischen Behörden ebenfalls Sorge zu tragen hatten und die in der Nachkriegszeit fast ausschliesslich durch die Rechnung des Bürgermeisters laufen, auf der Bevölkerung. Ein grosser Teil dieser durch den Landesherrn umgelegten Abgaben musste als „Türken-, Werbe- und Speyersche Kammergerichtsgelder“ an das Reich abgeführt werden.

Das „gegen den Erbfeind der Christenheit ohngewendete“ Türkengeld war eine Kopfsteuer, die den Hausherrn, seine Ehefrau, seine Kinder über 18 Jahre und das grossjährige Hausgesinde erfasste. Im Jahre 1664 betrug diese Abgabe für den Haushaltungsvorstand 1 fl.; für die Ehefrau waren 15 alb. 5 Pfg., für die Söhne und die männlichen Arbeitnehmer 22 alb. 4 Pfg. und für die Töchter und das weibliche Hausgesinde 5 alb. 5 Pfg. zu entrichten. Der Gesamterlös dieser Reichssteuer schwankt in den sechziger Jahren zwischen 100 und 300 fl.

Neben den Reichssteuern wurden bisweilen auch noch besondere „Kraissgelder“ erhoben.

Die herrschaftlichen Steuern erscheinen unter häufig wechselnden Titeln. Ziemlich regelmässig begegnen wir nur „den Regensburgischen Raissageldern“,

die zur Finanzierung der Reichstagsvertretung der Nassauer Grafen angesetzt wurden und an denen die Stadt mit $\frac{1}{8}$ beteiligt war. Im Jahre 1670 erreicht diese landesherrliche Steuer nach schnellem, sprunghaftem Anwachsen die beachtliche Höhe von 326 fl. Überhaupt sind die herrschaftlichen Steuern in ihrer Höhe recht unterschiedlich; sie werden offensichtlich beeinflusst durch die Ertragskraft der indirekten Besteuerung, scheinen aber auch nicht von der jeweiligen Reichsumlage unabhängig zu sein.

Das Verhältnis der städtischen Steuern zu den herrschaftlichen und Reichsabgaben und die Aufteilung der Gesamteinnahmen auf die einzelnen Positionen zeigen am besten einige Beispiele:

Einnahmeetat der Jahre 1665 und 1669

Titel	1665	1669
Zoll	29	46
Marktstandgeld	20	27
Bier- und Weinakzise	77 ⁵³⁾	158 ⁵³⁾
Baugeld	232	69
Landesherrliche Steuer	219	230
Reichsabgaben	128	—
Bedt	86	167
Einzugsgeld	30	3
Strafgeld	2	1
	823	701

Ein Vergleich der Ausgaben in der Vor- und Nachkriegszeit zeigt, dass auch hier die Positionen, von den Landes- und Reichssteuern abgesehen, dieselben geblieben sind. Die verzeichneten Mehreinnahmen wurden durch erhöhte Anforderungen im Bauwesen und für Besoldungszwecke aufgezehrt.

Ausgabeetat des Jahres 1669:

Titel	fl.
Zinsen für geliehene Kapitalien	26
Besoldung	143
Insgemein	50
Bauausgaben	256
Rückständige Quartiergelder	17
Almosen	4
Gesamtsumme	496

Dazu kommen die an die Herrschaft abzuführenden 230 fl., so dass diese städtische Rechnung mit einem geringen Defizit abschliesst.

⁵³⁾ Die Verdoppelung der Einnahme zeigt die günstige Auswirkung der schon mehrfach genannten Weineinlagesteuer.

4. Kapitel. Der Stadtrat als Gerichtsbehörde.

Wie ich schon erwähnt habe, hatte das Ratskollegium auch richterliche Funktionen auszuüben. Der sich aus 10 Weilburger Bürgern zusammensetzende Stadtrat ergänzte sich durch 2 weitere aus den Ortschaften des Weilburger Gerichtsbezirkes zu bestimmende Schöffen zum Stadt- und Landgericht, zur Justizbehörde der Stadt und ihres Gerichtszwanges.

Meist waren die zum Weilburger Gerichtszwang gehörenden Dörfer abwechselnd durch 2 ihrer Schultheissen vertreten. Der Vorsitz in diesem zwölfköpfigen Stadtgericht lag ebenfalls in den Händen des herrschaftlichen Stadt- und Landschultheissen. Ratsherrn im eigentlichen Sinne des Wortes waren also nur die 10 Weilburger Schöffen. Bei der Doppelheit der Funktionen dieses Kollegiums ist es verständlich, dass ihm Benennungen zuteil wurden, aus denen meist nur eine seiner beiden Kompetenzen erkennbar war, dass man aber gänzlich ausser acht liess, welche Zuständigkeit nun eigentlich gemeint war. Die im 16., 17. und 18. Jahrhundert gebräuchlichen Bezeichnungen Gericht, Stadtgericht, Stadtrat, Schöfferrat, Schöffentuhl und Schöffenkollégium verzichteten auf eine Unterscheidung dieser beiden Kompetenzen. Auch die Benennungen „Schöffen“ und „Ratsherrn“ gehen ineinander über. Die genannten Bezeichnungen treffen das Schöffenkollégium in seiner Zuständigkeit als Verwaltungs- und Justizbehörde.

Diese Einheit von Justiz- und Verwaltungsbehörde ist äusserst auffallend und eigenartig; sie erklärt sich wohl aus den Verhältnissen des kleinen Landstädtchens, das sich in den Anfängen seiner Stadtherrlichkeit nur unbedeutend von den benachbarten Ortschaften unterschied. Der Einfachheit halber übertrug man die ihm 1295 verliehene Selbstverwaltung dem schon bestehenden, durch den Landesherrn bestätigten oder auch eingesetzten Richterkollegium.

Aus diesem Grunde führte die Stadt auch immer nur ein Siegel, „das Stadtgerichtsinsiegel“, während wir in den meisten anderen nassauischen Städten, in denen sich die Verwaltungsbehörde als selbständiges Organ neben der Gerichtsbehörde entwickelte, ausser dem eigentlichen Stadtsiegel auch noch ein besonderes Gerichtssiegel im Gebrauch finden. In äusserst bezeichnender Weise wird dieses Weilburger Stadtsiegel in einigen Akten des 16. und 17. Jahrhunderts „Stadt- und Gerichtsinsiegel“ genannt.

Das Stadtgericht war mit der Ausübung der Peinlichen Halsgerichtsbarkeit, der Niederen Strafgerichtsbarkeit und der Freiwilligen Gerichtsbarkeit betraut.

Alle Vergehen, die „ohne Prozess und Weitläufigkeit“ zu entscheiden waren und „deren Abstrafung sich nicht über 5 fl. belauft“, wurden dem Schöffengericht zur Aburteilung überwiesen. Die der Stadt aus der Pflege der Niederen Strafgerichtsbarkeit erwachsenden Einnahmen waren mit der herrschaftlichen Rentkammer zu teilen. Das für die Höhere Strafgerichtsbarkeit zuständige herrschaftliche Gericht, das sich aus mehreren Räten der Regierungskanzlei zusammensetzte, war gleichzeitig auch Berufungsinstanz für die Strafsachen der Niederen Gerichtsbarkeit.

Neben der Niederen Strafgerichtsbarkeit oblag dem Stadtgericht auch die Pflege des Peinlichen Halsgerichtes. Das Peinliche Halsgericht war für alle

schweren Verbrechen, die „an Leben und Leib, Ehre, Gutt und Blut des Delinquenten“ geahndet wurden, zuständig. (Diebstahl, Überfall, Mord, Todschlag, Ehebruch, Blutschande, Hexerei usw.). Die Sitzungen des „Blutgerichtes“ waren öffentlich; sie wurden zu jeder Jahreszeit „uff dem freyen Marktplatz vor dem Rathaus“ abgehalten. Nur bei ungünstigster Witterung zog man sich in die Ratsstube zurück. Der herrschaftliche Schultheiss, der als „Praeses“ dem Peinlichen Halsgericht vorstand, war verpflichtet, das Gericht nach den Bestimmungen der „Peinlichen Halsgerichtsordnung Karls V.“ von 1532, der sogenannten „Carolina“ zu hegen. Die *Constitutio criminalis Caroli V.*, die sich vor allen anderen Ordnungen durch ihre unmenschlichen und grausamen Strafen auszeichnet, ist der 1. Versuch, für das Reich eine einheitliche Prozess- und Strafenordnung zu schaffen. Die Anklage wurde durch einen „ex officiis“ bestellten hochgräfllich Nassau-Weilburgischen Fiscalis vertreten. In der Regel übte der herrschaftliche Kanzleischreiber dieses Amt des „öffentlichen Anklägers“ aus; zuweilen liegt es auch in den Händen des gräflichen Kellers. Der „peinlich Beklagte“ konnte sich durch einen „Defensor“ vertreten lassen. Die Verteidigung war jedoch in ihrer Wirksamkeit sehr eingeengt.

Dem zum Tode verurteilten „armen Sünder“ warf der Schultheiss „den Stecken vor die Füss“: Dann übergab er ihn dem Scharfrichter, der den Verurteilten „den frommen zum Schutz, den bösen aber zu einem abscheulichen Exempel“ „mit dem Schwerdte zum Todte richtete“.

Auch der Strafvollzug lag in den Händen der Stadt. Die Akten lassen erkennen, dass man sich nicht nur hinsichtlich der Prozessführung, sondern auch in bezug auf die Strafen eng an die Bestimmungen der *Constitutio criminalis Carolina* hielt. Auf Mord, Ehebruch, Blutschande und Strassenraub stand die Todesstrafe; auch Diebstahl wurde bisweilen mit der Todesstrafe belegt. Leichtere Verbrechen sind mit einer der vielen in der Carolina vorgesehenen Strafen an „Haar, Haut, Hals und Hand“ oder einer Freiheitsstrafe gesühnt worden.⁵⁴⁾ Häufig erkannte man auch auf Landesverweisung. Der Meineidige wurde wie ein Dieb mit „abhauung der Handt oder Finger gestraffet“.⁵⁵⁾ Bei einer solch strengen Bestrafung des Meineides war es natürlich notwendig, die Zeugen vor ihrer Vereidigung in feierlicher und eindringlichster Ermahnung und unter Vorhaltung der ihnen drohenden Strafen des himmlischen und irdischen Richters vor einem Falscheid zu warnen. Neben der schweren Strafe der weltlichen Gerechtigkeit drohte dem Meineidigen die ewige Qual im „Phull der hellen, da Heulen und Zehnklappen sein würdt“. Interessant ist es zu hören, dass der Zeuge im Falle eines Falscheides den Richter zum Mitschuldigen macht, wodurch er „doppelt straff uff sich ladett“. Nach dieser „Aversierung“ der Zeugen, die sich in der Hauptsache in der Aufzählung der am Tage des Jüngsten Gerichts zu erwartenden Strafen des himmlischen Richters, „des Hertz kündigers

⁵⁴⁾ Die Carolina, die sicherlich durch die in ihrer Entstehungszeit herrschenden Ritter- und vor allen Dingen Bauernrebellionen beeinflusst wurde, ist äusserst schöpferisch in der Erfindung grausamer und brutaler Strafen.

⁵⁵⁾ Die Urteile wurden nach ihrer Begründung eingeleitet mit den Worten: „urteilt der Schöff zu Recht“.

aller Menschen“, erschöpfte, leistete der Zeuge den ihm von dem Schultheissen vorgeschprochenen Zeugeneid.

„Alles, was mir vorgehalten worden, auch voll verstanden und darüber meine Treu gegeben habe, demselben fleissig und unabbrüchlich zugeloben und nachzukommen, schwere ich, alß mir Gott helfe, der Allmechtige“.

Auch in der Nachkriegszeit wurden die vom Stadtgericht vor dem Kriege ausgeübten richterlichen Funktionen in unveränderter Weise von ihm wahrgenommen. Auch nach dem Kriege oblag dem Schöffengericht die Pflege der peinlichen Halsgerichtsbarkeit, der niederen Strafgerichtsbarkeit und der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Während aber die beiden ersten Gerichtskompetenzen der Stadt in den beiden Polizeiordnungen von 1664 und 1690 und im Freiheitsbriefe von 1685 verfassungsmässig eingeräumt wurden, fehlt seltsamer Weise in diesen Gesetzeswerken jede Bestimmung über die „*Jurisdictio voluntaria*“, obgleich sowohl die städtische Zuständigkeit als auch der Besitz der daraus erwachsenden Einnahmen nachweisbar sind.

Ob die durch die Polizeiordnung von 1664 in Aussicht gestellte Prozessordnung, die in Anlehnung an die Carolina „aufgerichtet“ werden sollte, wirklich erlassen und in der Praxis angewandt worden ist, scheint mir zweifelhaft; jedenfalls wird einer solchen „sonderbaren Ordnung“ in den Protokollen des peinlichen Halsgerichtes, die immer nur Bezug nehmen auf die peinliche Halsgerichtsordnung Karls V., keine Erwähnung getan. Ebenso fehlt jede Nachricht, ob der herrschaftliche Befehl, „das vorhin gewesene Füsseisen auf dem Marktplatz ohnverzüglich wiederumb aufzurichten“, damit die Frevler, Garten- und Felddiebe oder auch andere Verbrecher „anderen zum Exempel nach Verdienst mögen abgestraffet werden“, zur Ausführung gekommen ist. Im Hinblick auf die Tatsache, dass die Bestimmungen der *constitutio criminalis Carolina* noch im 18. Jahrhundert ohne Einschränkung im Gebrauch sind, und auf das Fehlen dieser herrschaftlichen Anordnung der Polizeiordnung von 1664 in der mit dieser fast übereinstimmenden neuen Ausgabe vom Jahre 1690 liegt die Bejahung dieser Vermutung nahe.

„Zur Beförderung der Justiz“ wurde im Jahre 1655 anstelle des im Laufe der Zeit unbrauchbar gewordenen alten Galgens ein neuer hergestellt. Die Aufstellung des von den Zimmerleuten des Amtes angefertigten Hochgerichtes oblag nach altem Brauch der Leinweberzunft. Da alle mit dem Henker und seinem „unehrlichen“ Geschäft in Beziehung tretenden Personen in damaliger Zeit der Gefahr ausgesetzt waren, mit denselben Attributen versehen zu werden, liess die herrschaftliche Kanzlei diese Arbeiten durch eine ganze Zunft ausführen, bedrohte zum Überflusse auch noch jede Verleumdung mit den schwersten Strafen. Die Wiederaufrichtung des Hochgerichtes konnte denn auch zur Zufriedenheit der herrschaftlichen Behörden ohne grössere Widerstände von Seiten der an dieser „unehrlichen“ Handlung beteiligten Zimmerleute und Leinweber durchgeführt werden.

Grössere Widerstände hatte die Regierung dagegen 30 Jahre später bei der Galgenaufrichtung zu überwinden. Selbst der Hinweis auf den § 215 der Carolina, welcher die am Bau eines „Neuen Gallgen“ Beteiligten vor böswilliger

Verleumdung und „Verschmechtung“ schützte, und das Versprechen der Behörden, durch Entsendung eines Vertreters diese Handlung ihres bisherigen Charakters zu entkleiden, vermochten die Bedenken der Zimmerleute nicht gänzlich zu zerstreuen. Noch grössere Schwierigkeiten bereitete die Verpflichtung der Leinweberzunft. Am 6. März erklärten sie sich nach anfänglichem Weigern unter herrschaftlichem Zwange zur Ausführung der von ihnen geforderten Arbeiten bereit, wenn ihr Ruf ebenfalls durch die Teilnahme eines Behördenvertreters vor Einbusse „an unserm guten Leumundt undt handwerk allerwegen“ gesichert würde. Nach langem Bemühen gelang es dem Stadtschultheissen Medicus, ihre Bedenken zu entkräften und sie zum Auszuge nach der Richtstätte zu bewegen. Da sie aber schon auf halbem Wege wieder zurückkehrten und standhaft erklärten, nur im Beisein des Stadtschultheissen die von ihnen geforderten Arbeiten zu verrichten, musste sich Medicus wohl oder übel entschliessen, durch seine Teilnahme die ängstlichen Gemüter zu beruhigen.

Aber trotz der Handauflegung des Schultheissen auf den Galgen und trotz seiner nochmaligen Versicherung, dass ihnen aus dieser Tätigkeit keine Nachteile in geschäftlicher oder gesellschaftlicher Hinsicht entstehen würden, sollten die Leinweber mit ihren ängstlichen Bedenken zu ihrem grössten Leidwesen nur allzu sehr Recht behalten. Schwere geschäftliche Schädigungen und gesellschaftliche Missachtung durch Boykottierung von Seiten der Bürgerschaft und der anderen Zünfte, ja sogar fremder Ortsgruppen der eigenen Zunft, waren die schädlichen Auswirkungen dieser unter dem Zwange der herrschaftlichen Gewalt verrichteten „unehrlichen“ Arbeit.⁵⁶⁾

Viel häufiger als in der Vorkriegszeit liess sich das Stadtgericht in schwierigen Fällen von den juristischen Fakultäten der benachbarten Universitäten Marburg und Giessen beraten. Bisweilen überschickte man den „professores“, die sich diese Arbeiten gut bezahlen liessen, nach durchgeführter Beweisaufnahme das ganze Aktenmaterial, ihnen die Urteilsfällung zuweisend. Da sich diese dabei aber keineswegs allzu sehr beeilten, traten oft unliebsame Verzögerungen in der Prozessführung ein. Im Jahre 1680 kehrte der Bote des Gerichtes wiederholt von Marburg zurück mit dem Bescheid der Fakultät, dass die ihr übersandten „sachen“ noch nicht hätten bearbeitet werden können, da sie mit „anderen Geschäften, in sonderheit mit der Universitätsvisitation überhäuffet sey“.

Über die in den Jahren 1658—60 vom Stadtgericht durchgeführten Hexenprozesse sind wir durch die fast lückenlos vorliegenden Protokolle der Peinlichen Halsgerichtsbarkeit bestens unterrichtet. In diesen 3 Jahren sind nicht weniger als 30 Personen, denen die Verbindung mit dem „bösen feindt“ zur Last gelegt wurde und unter denen sich auch Mitglieder angesehener Familien befanden (Tochter des Merenberger Schultheissen, Ehefrau eines bekannten Weilburger Gastwirtes usw.), dieser Verblendung und Verirrung des menschlichen Geistes zum Opfer gefallen.

⁵⁶⁾ Siehe dazu A. Schnell, Die Beteiligung der Weilburger Leinweberzunft am Bau des Hochgerichtes, (Land und Leute, Jahrg. 1. Nr. 1 und 2), der auch im einzelnen die Folgen für die Leinweberzunft aufzeigt.

Den wegen „hechse- und zauberey“ unter Anklage gestellten unglücklichen Opfern dieses Wahnes war mit der Verdächtigung meist auch schon das Urteil gesprochen. Die an und für sich schon äusserst begrenzten Eingriffsmöglichkeiten des „Defensors“ im Interesse seines Klienten sind von diesem aus naheliegenden Gründen meist nur sehr spärlich wahrgenommen worden; seine Verteidigung scheint sich tatsächlich in der Beachtung der ihm durch die Prozessordnung zugewiesenen Formalitäten erschöpft zu haben. Die ganze Verhandlung war durch Zeugenauswahl, Androhung und Anwendung der Tortur, Gutachten usw. darauf eingestellt, von dem „Peinlich Beklagten“ ein Geständnis zu erzwingen, auf dem dann das Urteil basierte. Die Hoffnungslosigkeit dieser unglücklichen und bemitleidenswerten Menschen und ihre Angst vor weiteren Folterungen und Peinigungen kamen diesem Bestreben des Gerichts entgegen. In ihrer Seelenangst entrang sich ihren Lippen das Ja einer Schuld, die sie niemals im Leben begangen hatten.

Kasper Bruder aus Merenberg hat den Freitod der Hinrichtung durch das Schwert oder der Verbrennung vorgezogen. Trotzdem ist der Prozess dieses Angeklagten, der schon im 13. Lebensjahre vom Teufel verführt worden sein soll, gegen dessen Ehefrau ebenfalls eine Klage wegen Zauberei angestrengt wurde, zu Ende geführt worden. Auf Grund der vom Fiskalis gegen ihn erhobenen 30 Anklagen, deren Richtigkeit nach Angaben des Protokolls von ihm bestätigt worden ist, wird er zum Verbrennungstode verurteilt. „Uff einer schleiffe, mit dem Angesichte zue der Erden“, ist seine Leiche vor den anderen zum Tode Verurteilten her auf den Richtplatz gezogen und hier verbrannt worden.

Die von dem Fiskalis gegen einen in der Haft verstorbenen Angeklagten erhobenen Anklagepunkte, die von dem Beschuldigten restlos zugegeben worden sind, mögen illustrieren, dass für die damalige Verblendung des menschlichen Geistes keine Grenzen mehr vorhanden gewesen zu sein scheinen.

1. Wahr, dass er achtzehn jahr alt gewesen, undt einesmahl sich zu Allendorf im branntwein trunken getrunken, er zue nacht zu Reichenborn in einer scheuer liegen geblieben undt alda vom bösen feindt verführet worden.

2. Wahr,⁵⁷⁾ das hernach, als Er des nachtss mit den Pferdten auf der weyde im feldt gewesen, der böse feindt in gestalt einer bekandten weibspersohn, welche er lieb gehabt, zue ihm ins feldt kommen und er Teuffliche Unzucht mit ihr getrieben.

3. Wahr, dass er darauf aufm Markplatz zu Merenbergk getauffet wordten in des Teuffels nahmen.

4. Auch wahr, dass er die schändliche Unzucht mit dem Teuffel bishero stätig fortgeföhret.

5. Auch wahr, dass (er) dem Teuffel zuegesagt und versprochen, dass (er) seiner hinführo sein wolle, mit leib und sehl.

6. Wahr, dass Er ein wehrwolf gewesen und beneben seiner Gesellschaft, als Kasper Bruder und Johann Preusen, vielen und grossen schaden getan.

⁵⁷⁾ dass

7. Dann wahr und gestandten, dass zum wenigsten ahn viehe ein stück od zwantzig umbbracht.

8. Wahr undt gestandten, dass Er Peter Schöffler undt seine mitwehrwölfe viele unschultige Kindert umbracht.

9. So gar solches wahr, undt austrücklich bekand undt wiedderhohlet, dass schwehrlich ein jahr hingangen, dass nit alle jahr zwantzig Kindter hier im Land und anderen benachbarten ortten umbracht hetten.

10. Wie dann wahr, dass Er Peter Schöffler alle jahr vor sich drey tödte an menschen thun müssen.

11. Auch wahr, bekandt undt angesagt, wo er ahnnoch dieses jahr solche drey Tödte vollbracht.

12. Wahr, dass er über dass auch sonsten viele leuth und Menschen zue Krankheit undt andern schaden beeheset.

13. Wahr und bekandt, dass er auch alle Jahr zum wenigsten dreymahl verstorbene Kindter helfen ausgraben, und hechsensalbe daraus gekochet.

14. Wahr, dass er die Ostien des heyligen Abendmalss darzue grausam und schändlich missbrauchet.

15. Wahr, dass er auch andere zur zauberey verführet

16. In specie wahr, dass er seine erste verstorbene hausfrau mit gewaldt zur zauberey zwingen und bringen wollen.

17. Wahr, dass er die weide im Scheidt vergifften helfen.

18. Dann wahr, dass er den Mernberger hechsen in ihrem thun auff des Teuffels befehl beystehen müssen.

19. Wahr, dass er des jahres zue verschiedenen mahlen auff hechsen Tüntzen gewesen.

20. Wahr, dass Er auch auff solchen Tüntzen ein hechsen Pfeiffer gewesen. undt auf einem Gaulsskopff, darinnen der Teuffel hörner gesteckt, gepfffen

21. Wahr, dass er von solchem Pfeiffen auf Tüntzen seinen Lohn gehabt undt empfangen.

22. Wahr undt gestandten, daß welche weibspersohnen ihm keinen lohn oder gelt gaben, dargegen seinen willen ihm thun und Unzucht mit ihme treiben müssen.

23. Über das wahr, gestandten, dass er mit anderen Eheweibern auch sonsten zugehalten.

25. Wahr, dass er auch ein Renthmeister bei den Hechsen gewesen und alle virtell jahr gelt bey ihnen erhoben.

25. Wahr, dass er auch zu den Tüntzen eines und anderes verschaffen müssen.

Eine Kostenaufstellung über einen vom Stadtgericht durchgeführten Hexenprozess aus dem Jahre 1679 lässt erkennen, dass die Bevölkerung auch noch am Ende des Jahrhunderts solchen uns heutigen Menschen in ihren Motiven und ihrer Durchführung unverständlichen Nachstellungen ausgesetzt war.

Rückblick.

Von allen schädlichen Auswirkungen des Dreissigjährigen Krieges, unter denen die Stadt unmittelbar oder durch mittelbare Einwirkung zu leiden hatte, ist die Bevölkerungsabnahme von rund 50 % als die unheilvollste und am längsten spürbare anzusehen. Trotz erhöhter Aktivität der landesherrlichen und städtischen Behörden auf bevölkerungspolitischem Gebiet hat die Bevölkerungszahl erst im Anfange des 18. Jahrhunderts ihren Vorkriegsstand wieder erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die im 8. und 9. Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts auf der Stadt lastenden langjährigen Kriegsbeschwerden sich naturgemäss äusserst ungünstig auf die nach dem Kriege langsam, aber stetig aufwärts tendierende Bevölkerungsbewegung auswirkten, sie aber keineswegs längere Zeit rückläufig zu führen vermochten.

Die Betrachtung der Vorkriegsverhältnisse zeigt, dass die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung, die in der Ausübung eines Handwerks oder eines Geschäftes und in der Bewirtschaftung kleinerer, meist nicht gespannfähiger „Oekonomien“ ihren Lebensunterhalt fand und die keineswegs mit irdischen Glücksgütern gesegnet war, sich durch die in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Kriege einsetzende starke Belebung des Durchgangshandelsverkehrs nicht unwesentlich verbessert hatte. Für Weilburg trifft also die von Schmoller, Lamprecht, Gothein und Preuss verzeichnete scharf absteigende wirtschaftliche Entwicklung der Vorkriegszeit, für die letzterer hauptsächlich den Sieg des „monarchistischen Souveränitätsprinzips“, der nicht nur die „äussere Machtstellung und Unabhängigkeit (der Städte), sondern geradezu den innersten Kern urbaner Organisation, die genossenschaftliche Verfassungsbildung, vernichtete“, verantwortlich macht, nicht zu, wenigstens nicht für die beiden letzten Jahrzehnte vor dem Kriege, eine Tatsache, die schon dann verständlich wird, wenn man sich vergegenwärtigt, dass dieser Konflikt zwischen städtischer Selbständigkeit und territorialfürstlichem Absolutismus in der Residenzstadt Weilburg keineswegs in dieser Schärfe und mit diesem Endergebnis zum Austrag gekommen ist.

Es steht ausser Zweifel, dass der 30 jährige Krieg Schäden bewirkte, deren Beseitigung die zähe und ausdauernde Aufbauarbeit einer ganzen Generation erforderte. Aber von einem vollkommenen Ruin der Volkswirtschaft, wie er uns in der Darstellung der älteren historischen Forschung,⁵⁸⁾ deren Ansicht von der alles vernichtenden Wirkung des Krieges in Dietrich Schäfer erneut einen Vertreter gefunden hat, entgegen tritt, kann keine Rede sein.

Der wirtschaftliche Aufbau, überhaupt die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit ist Ausdruck des erstarkenden territorialfürstlichen Absolutismus, der, wie gesagt, in Weilburg aber keineswegs zur Vernichtung der städtischen Selbständigkeit führte, sondern sich unter Achtung der städtischen Verfassung auf eine erhöhte, durchgreifende Gesetzes- und Aufsichtstätigkeit beschränkte. Schon der finanzielle Gesichtspunkt, in der städtischen Selbstverwaltung, die ja lediglich die Exekutive besass, eine kostenlose Administrativbehörde zu besitzen,

⁵⁸⁾ Auch bei Spielmann.

sprach gegen ihre Beseitigung. Trotz zahlreicher offensichtlicher Nachteile dieser merkantilistischen Wirtschaftspolitik des Landesherrn, der in diesem Zeitalter die Rolle des „fast unbeteiligten Zuschauers und Nutzniessers“ aufgegeben hat und „Betriebsleiter, mindestens aber Vormund und Aufseher der gesamten Volkswirtschaft“⁵⁹⁾ geworden ist, ohne dessen Kenntnis und Segen, wie Sombart es etwas drastisch ausdrückt, im Lande kein Paar Schuhe angefertigt werden konnte, ist die Beseitigung der Kriegsschäden und die Belebung der Wirtschaft nicht zuletzt durch diese durchgreifende und umfassende Staatstätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet bedingt.

Diese im grossen und ganzen fruchtbare Aktivität der staatlichen Behörden ist aber auch in allen Zweigen der städtischen Verwaltung wirksam, äusserst heilsam vor allem im städtischen Rechnungswesen. Durch den von der Landesregierung betriebenen weiteren Ausbau der städtischen Feld-, Wald-, Ordnungs-, Sicherheits-, Markt-, Bau-, Feuer- und Gesundheitspolizei weitete sich die Amtstätigkeit der städtischen Körperschaften und ihrer Organe zu einer umfassenden Pflege der Wohlfahrt der ganzen Bürgerschaft.

Wenn auch hin und wieder bei diesem Bestreben des Landesherrn, möglichst alle Gebiete des öffentlichen Lebens der staatlichen Oberaufsicht zu unterstellen, von Seiten der landesherrlichen Behörden in städtische Rechte eingegriffen wurde, und bisweilen auch offensichtliche Verletzungen der der Bürgerschaft konfirmierten „uralten Privilegien und Immunitäten“ zu verzeichnen waren, im grossen und ganzen ist der Besitz und Rechtsstand der Stadt im 17. Jahrhundert unangetastet geblieben. Ja, der letzte Regent des 17. Jahrhunderts hat der Bürgerschaft sogar den Besitz aller Rechte, deren „ruhiger Possession“ sie sich schon „seit Kayser Adolfs Zeiten“ erfreute, 1685 in einem lang ersehnten und schon von seinem Grossvater versprochenen Stadtfreiheitsbriefe feierlichst bestätigt.

⁵⁹⁾ R. Häpke, Wirtschaftsgeschichte S. 110 und 112.

Der junge Marschall.

Von

Albert Henche-Wiesbaden-Biebrich.

Ernst Franz Ludwig Marschall von Bieberstein¹⁾ war am 2. August 1770 zu Wallerstein im Fürstentum Öttingen geboren als Sohn des vorher als Oberst in württembergischen Diensten gestandenen Oberamtmanns des Oberamts Allersheim. Im Jahre 1782 (nach anderen Quellen 1783) trat er in die von dem Herzog Karl von Württemberg gestiftete Militärakademie der „Karlsschule“ zu Stuttgart ein, die 1783 zur Universität erhoben wurde. „In dieser Anstalt blieb er bis zum 21. Lebensjahre und vollendete daselbst den philosophischen und juristischen Kursus. Im Jahre 1791 wurde er an dem Hof des Fürsten Karl Wilhelm von Nassau-Usingen angestellt und erhielt eine Offizierstelle bei dem Nassau-Usingischen Kreiskontingent und zugleich die Versicherung einer einstigen Anstellung bei der Landesregierung. Im Jahre 1792 wurde er zum Assessor bei der Regierung und dem Hofgericht zu Wiesbaden nach dem gerichtlichen Examen in den Rechts- und Staatswissenschaften, im Jahre 1793 zum Regierungsrat und im Jahre 1800 zum Geheimen Rat ernannt.“

So berichtet ein handschriftlicher Entwurf des Lebenslaufes Marschalls von dessen eigner Hand im Hausarchiv der Marschallschen Familie im Schlösschen zu Hahnstätten. Mit diesen dürren Lebensdaten umreissen wir zugleich den Kreis unseres Themas, indem wir das Jahr 1798 als Jahr seiner Pariser Mission seine Jugend beschliessen lassen.

Den ersten seiner Vornamen trug der junge Marschall nach dem Fürsten von Öttingen, in dessen Dienst sein Vater stand. Wir wissen nicht, was den württembergischen Obersten veranlasst hat, den Übertritt in Öttingische Dienste zu vollziehen; jedenfalls konnte nicht ein Zerwürfnis mit dem Herzog Karl daran schuld sein, schickte er doch seinen Sohn auf die „Karlsschule.“ Da aber in der Marschallschen Familie eine Tradition wissen will, dass der Öttinger Fürst, dessen Sohn der bekannte liberale Politiker werden sollte, selbst fortschrittlichen Ideen zugeneigt gewesen sein und gerade dadurch die Sympathien des alten Marschall gehabt habe, so können wir diese Möglichkeit deshalb nicht ausserachtlassen, weil die auf der Karlsschule bewiesene freie²⁾ politische Ansicht des jungen Marschall vielleicht schon aus dem Vaterhause herkommen könnte.

¹⁾ Nach Akten des Hausarchivs Marschall in Hahnstätten.

²⁾ Vgl. Chr. Hrch. Pfaff, Lebenserinnerungen Kiel 1854, S. 46, 55.

Jedenfalls wurde nach den hinreichend bekannten Zuständen auf der Karlschule wie bei anderen Zöglingen so auch bei Marschall der Widerwille gegen alle Fürstenwillkür bestärkt und mit Cuvier, Reinhold, Kerner, Widmann, Pfaff und Kiehmayer — um nur Namen des engeren Marschallschen Freundeskreises hier zu nennen — schwärmte auch Marschall für politischen Liberalismus.

In seinen Studien zeichnete sich der begabte Karlsschüler bald aus, sodaß ihm die Ehrungen der „Universitas Carolina“ zuteil wurden. Am 15. April 1791 wurde ihm der von dem Herzog „zur grösseren Aufmunterung der Cavalliersöhne und Eleven in ihrer Conduite, akademischen Studien und Exercitien“ gestiftete Orden der philosophischen Fakultät „wegen seiner erprobten Vorzüge“ verliehen. In den Jahren 1790 und 1791 erhielt Marschall das „Preispatent bei der Juristischen Abteilung.“ Er hatte sich diese „zur Erreichung eines guten Fortgangs und Unterhaltung eines beständigen Eifers der Jugend in ihren akademischen Übungen und Studien sowohl, als auch besonders in einer edlen und wohlgesitteten Aufführung“ gestiftete Auszeichnung durch „seine erprobten Kenntnisse“ während der sechstägigen öffentlichen Prüfungen erworben.

Wir wissen aus dem Zeugnis seiner Mitschüler, dass Marschall sich besonders für natur- und erdkundliche Fragen interessierte, und im Hahnstädter Familienarchiv liegen Manuskripte von ihm und seinem Bruder Karl über geologische und zoologische Fragen, die nur zum Teil gedruckt wurden und das Interesse eines Fachmannes erregen könnten. Bekannt ist ja ferner, dass sein jugendlicher Briefwechsel mit Cuvier (Paris) und Zach (Gotha) solche Themen in überraschend fachwissenschaftlicher Weise behandelt. Wie sein Bruder Ernst, der in Russland geologische Studien trieb, und sein Bruder Karl, der badischer Staatsmann, mit dem er das Werk über „die Gestaltung der Erde“ verfasste, blieb Ernst von Marschall seit den Jahren der Karlschule für naturwissenschaftliche Studien und Erkenntnisse interessiert. Als Jurist zog er dabei nicht unwesentliche Vorteile aus solchen Studien. Wenn man nämlich seine jugendliche Korrespondenz überblickt, so stösst man wiederholt auf Äusserungen und Hinweise, die die naturrechtlichen und naturwissenschaftlichen Theorien mit einander in Beziehung setzen. Als Mitglied des „Naturhistorischen Vereins“ der Karlschule war Marschall ein eifriger Sammler von Insekten und tat sich — wie sein Freund Pfaff — „viel darauf zu gut, einige neue Arten selbst von grösseren Exemplaren selbst entdeckt zu haben . . . sein kindischer Ehrgeiz überliess sich der Hoffnung, dass mit dem Namen dieser Insekten zugleich der seine der Unsterblichkeit übergeben würde“.

Wir haben von Pfaff in dessen „Lebenserinnerungen“ eine Charakteristik Marschalls, die nicht uninteressant ist: „Sein viel umfassender Geist, der eine glänzende Laufbahn versprach, bewährte sich durch seine auf die verschiedensten Zweige des Wissens sich verbreitenden Studien; neben einem Adam Smith war er mit gleichem Eifer Boerhaves Chemie. Dabei war er der tüchtigste Genosse in unserm naturhistorischen Vereine, und die Insektenwelt hatte an ihm nicht nur den eifrigsten Verfolger. Sein Verstand war beherrschender als sein Gefühl, doch war dies kein Hindernis für ihn, ein treuer und bewährter Freund zu sein“. Das Freundschaftsbedürfnis Marschalls geht auch aus seinem Briefwechsel

mit bürgerlichen Freunden deutlich hervor und wird zudem durch die auffallende Tatsache belegt, dass er dem sich politisch völlig anders entwickelnden Cuvier eine tiefe und wahre Liebe entgegenbrachte. Auch aus Briefen des radikalen Kerner spricht die Anerkennung, dass politische Gegensätze die Jugendfreundschaft der beiden nicht stören konnte.

Freilich war Marschall „während seines Aufenthaltes in der Akademie in seiner politischen Gesinnung noch sehr revolutionär“ gewesen. Man denkt an Schillers pathetische Freiheitsdeklamation in tyrannos, wenn man in Pfaffs Erinnerungen von einer merkwürdigen Maskerade liest. Am 14. Juli 1790 nahm Marschall an dem Förderationsfest der Karlsschüler zur Feier der Französischen Revolution teil. „Unter dem Baldachin stand eine Büste der Freiheit, daneben die Büsten von Demosthenes und Brutus. Um Mitternacht wurde die Befreiungstat der Menschheit von Tyrannenketten . . . durch patriotische, begeisterte Reden begrüßt.“

Auch als die Emigranten von Koblenz her der Karlsschule einen Besuch abstatteten, zeigte Marschall mit den übrigen Karlsschülern seine „ganze revolutionäre Gesinnung.“ Ob das allerdings dadurch zum Ausdruck kam — wie Pfaff meint —, dass „der Freiherr von Marschall in mittelalterlichem Kostüm“ erschien, lässt sich etwas bezweifeln. (Die adligen Karlsschüler trugen blaue Ärmelwesten und weisse Hosen).

Auf jeden Fall aber war der junge Marschall, der „aus einer zwar altadeligen, aber nicht begüterten Familie“ stammte, auf der Karlsschule weit über jeden adligen Standesdünkel erhaben. Er begrüßte nach Pfaff „das Maskenspiel der Abschaffung des Adels“ und „war von allem eigentlichen Adelsstolze frei, wenngleich sein mehr gemessenes wie imposantes Wesen vorausverkündigen konnte, dass eine höhere Stelle für ihn geeignet sein würde“.

Als Marschall die Karlsschule verliess, um zunächst ins Elternhaus nach Wallerstein zurückzugehen, hatte er bei seinen Mitschülern und dem Intendanten Oberst von Seeger den Eindruck hinterlassen, dass er „Hoffnungen auf eine ausgezeichnete Carrière eingeflößt“ habe.

Gute Empfehlungen mögen es freilich in erster Linie begründen, dass Marschall bereits am 21. Juni 1791 durch Karl Wilhelm von Nassau-Usingen zum Nachfolger des ausscheidenden Leutnants Wilhelm von Hayn ernannt wurde, da von militärischen Fähigkeiten des jungen Offiziers nichts bekannt geworden ist. Vielmehr beschäftigte sich Marschall mit philosophischen Fragen, indem er mit seinem Bruder Karl über Theorien natur- und kulturgeschichtlicher Art brütete, die sich später (1799) zu einem kapitelweise abwechselnd von den beiden Marschalls geschriebenen Buch „Gedanken über die Welt und ihre Bildung“ verdichten sollten.

Am 23. Juni 1792 wurde der philosophische Leutnant zum Hofjunker und Assessor an der Regierung und dem Hofgericht berufen, um „die ihm in dieser Qualität übertragenen Geschäfte treu und gewissenhaft zu verrichten und dagegen sein Logis und die Tafel an unserm Hoflager, auch die Gagen und Utilitäten, so wie er dies alles bisher genossen und zu beziehen gehabt, vor der Hand noch ferner zu geniessen und zu beziehen haben soll“. Ueber die Höhe von

Marschalls Dienstbezügen erfahren wir aus Urkunden nichts; aus einer privaten Aufrechnung von seiner Hand schliessen wir auf etwa 250 Gulden Jahresgehalt. Nur ein Jahr blieb Marschall in dieser Stellung. Nun begann — nach Pfaff — „seine merkwürdige Laufbahn an diesem Hofe, und seine spätere Wirksamkeit liefert einen recht auffallenden Beweis zu der Erfahrung, dass jugendliche Träume und Richtungen im wirklichen Leben grossem Wechsel unterworfen sind.“ Als Regierungsrat — Patent datiert vom 25. Februar 1793, Gehaltsdekret vom 1. Juli 1793 — erhielt Marschall 401 Gulden Besoldung, eine gerade nicht überwältigende Summe. Er kam mit dieser amtlichen Verankerung seines Daseins aber endgültig in die feste Laufbahn des Politikers, und während seine Freunde aus der Karlsschule fast alle in bewegten Schicksalen und auf unruhig und ferngleisig verlaufenden Lebensbahnen in alle Welt verschlagen wurden, war es seitdem Marschall beschieden — wie sein Freund Kerner ihm auf die Nachricht von Marschalls Anstellung am Hofe schrieb — „in einen ruhigen Cirkel zu treten, wo er leben und Gutes stiften konnte und wo er in eine heitere Zukunft blicken durfte“.

In der Tat hatte den Jugendfreunden, um ein Wort Kerners aus einem Brieffragment anzuführen, „das Schicksal ein anderes Verhältnis angewiesen, stürmischer als die Ihrige war bisher meine Fahrt, rauher die Bahn, die ich wanderte, ein dichter Schleier verhüllt meine zukünftigen Geschicke“. Wer denkt auch nicht an den berühmtesten aller Karlsschüler!

Immerhin ist es nicht so, wie man wohl anzunehmen geneigt sein könnte, dass Marschalls Temperament und seine jugendlichen Ideale sofort sich geändert hätten, als er amtliche, staatliche Verantwortung zu tragen verpflichtet wurde. Dass es ihm nicht ganz leicht geworden sein mag, dem absolutistischen Regime den Dienst zu leisten, kann man erraten, wenn wir den wenigen seither unbekannten Briefen einiger Freunde aus der Jugendzeit an Marschall Gehör schenken.

Wir lesen in einem Brief, den ein W. J. English am 25. Oktober 1791, kurz nach Marschalls Dienstantritt bei der nassauischen Kreiskompagnie an diesen richtet, dass man in Freundeskreisen erstaunt über diesen Schritt des freiheitlich denkenden Leutnants sei. English schreibt ausführlich aus London über seine Eindrücke hinsichtlich der Folgen der französischen Revolution auf andere Länder und versagt sich dabei nicht, Anspielungen auf Marschalls freisinnige Ideen zu machen: „Quel était l'effet sur vous quand Vous avez appris que l'Empereur avait confirmé la constitution de la Nation Française? Vous avez assurément pas mangé pour trois jours! Quel parti osez-vous prendre à present ouvertement? Le même qu'autrefois? Avez vous su cacher si longtemps vos sentiments de liberté? Doivent-ils encore rester cachés?“

English, der sich als Gegner der „maladie française“ in seinem Brief zu erkennen gibt, ist ein unverdächtiger Zeuge für Marschalls freiheitliche Jugendgesinnung. Er hatte eine dreiwöchige Rheinreise von Mainz nach Köln gemacht, und war sehr enttäuscht, dass er weder persönlich noch brieflich von Marschall ein Lebenszeichen erhalten habe. Ob dieser mit solcher Zurückhaltung dem Jugendfreunde gegenüber eine politische Aussprache, nach der es den Eng-

länder verlangt — er steht mit dem Fürsten Salm in politischer Korrespondenz — vermeiden wollte, ist eine immerhin nicht ganz offene Frage.

Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, dass Marschall auch als Leutnant noch Anhänger der Revolutionsideen war und im Fahrwasser der allgemeinen rheinischen Volksmeinung schwamm, die nach dem Eindruck des englischen Reisenden damals davon träumte „de secouer le joug de la monarchie.“ Auch er wird davon überzeugt gewesen sein, was jener schrieb, „que la noire inquisition trouvera que son regne se finira pour toujours, et la liberté deviendra une cause commune, parce que les esprits de tout le monde y sont préparés; nous vivons dans le siècle le plus intéressant que le monde ait jamais vu.“

Aber den Leutnant eines absolutistischen Fürsten band sein Eid an Gehorsam; als früh versorgter mittelloser Junker musste er schweigen, als 21 jähriger konnte er warten. Die Tatsache aber, dass „la première tête couronnée de l'Europe“ die französische Verfassung gutgeheissen hatte, gab ihm die Hoffnung, dass auch Deutschland des Segens einer konstitutionellen Verfassung nicht allzulange mehr entbehren müsste.

Leider ist die Antwort Marschalls an English nicht mehr erhalten, wie überhaupt die Jugendkorrespondenz des Ministers scheinbar absichtlich vernichtet worden ist. Aus einem späteren Brief des Engländers geht jedoch der Inhalt des Marschallschen Antwortschreibens hervor. Offenbar gibt er zu, dass ihm seine Stellung seelische Überwindung zumutet und er nicht offen handeln darf, wie ihm im Herzen zumute ist. Denn wir lesen bei English die bezeichnenden Sätze: „J am sorry of the disagreeable adversity you are under of concealing your real sentiment, for nothing can be more disagreeable to a man of honour than that of saying what his heart denys. J hope it will not be long so!“ Im übrigen seien, trotzdem er (English) mit seiner ganzen Familie aristokratisch denke, die Freundschaftsgefühle gegen Marschall und „the principles you have instilled me“ „not changed.“ Deutlicher kann man m. E. die demokratische Gesinnung des jungen Marschall nicht bezeichnen. Auf diesen Brief hat der Nassauische Leutnant nicht mehr geantwortet, wie aus zwei Beschwerdebriefen von English aus Köln und Mainz hervorgeht; auch einer Aufforderung des Engländers aus Mannheim, ihn aufzusuchen oder anzugeben „ou est votre séjour afin de pouvoir vous y visiter“, setzt Marschall eisiges Stillschweigen entgegen.

Wir haben aber dafür andere Briefe, die uns in sein Herz sehen lassen. Zu bekannt war seinen Freunden seine heimlich weiter glimmende politische Freiheitsidee.

Im Jahre 1792 bedauert ein Engländer Lowry Cole, der Marschall vergebens in Biebrich aufgesucht hatte, von Stuttgart aus, dass Marschall „seine wahre freiheitliche Gesinnung geheim halten müsse.“

Aufschlussreichere Äusserung entnehmen wir einem Brief E. von Scheelers, Offiziers der Karlsschule, vom April 1792. Er meint, dass die Freiheit oft in den Herzen wohne, aber sich selten in Briefen ausdrücken dürfe, und fügt hinzu: „une vérité dont vous, mon très cher ami, avez surement assez faites l'expérience et dont vous êtes tout à fait convaincus.“ Scheeler gratuliert, dass Marschall die Uniform ausgezogen habe, um sie mit „travaux oeconomiques et

politiques“ zu vertauschen. Er ist überzeugt, „que vous poursuiverez une belle carrière pour repentir et accomplir vos grandes maximes et vos nobles sentiments de la vrai liberté et des droit de l'homme. C'est aussi un tel bût dont je tâche à gagner.“ Im weiteren Verlauf des Briefes erwähnt Scheeler die Gefangenschaft Schuberts, „un de mes plus dignes professeurs“ . . . „Je n' ai pas intention de vous persuader à payer avec ses amis une médiocre somme pour lui faire ériger un monument.“ Fast schnurrig erscheint Scheelers Vorschlag, Marschall möge von jetzt ab seine Briefe in französischer Sprache schreiben: „ca sera une utile et agreable exercise pour vous et sùrtout nécessaire car vous savez bien, que c' est langue bien commune et acceptée dans les affaires d' Etat.“ Vor den Emigranten graust es dem liberalen Offizier: „Je desteste presque tous ces geux des aristocrates qui tachent de porter avec leur orgueil, le despotisme et tous leurs vices et une genre sanglante et une clavage sans pareil dans leur libre et malheureuse patrie.“

Sicherlich hätte Scheeler nicht in dieser politischen Erregung an Marschall geschrieben, wenn er nicht dessen geheime Liebe zu der französischen Revolution gekannt hätte!

Aus dem Jahre 1793 finden sich im Marschallschen Hausarchiv zwei Briefe Kerners vor, der völlig von der Begeisterung für die französische Revolution berauscht erscheint. Es ist jedoch bezeichnend, dass er in dem Empfänger Marschall den interessierten Leser zu finden glaubt, auch nachdem dieser nunmehr im nassauischen Staatsdienst beschäftigt ist. Hatte dieser doch, obwohl ihm die radikale Einstellung Kerners nicht unbekannt sein konnte, im Oktober 1791 an Kerner geschrieben in „immer lebhafter Erinnerung an unsere jugendliche Verbindung, die für ein Menschenleben gemacht ist und die, wenn es andere Welten für uns gibt, auch dort fortdauern wird“. Kerner macht viel Aufhebens von der Fürsorge für die Wissenschaft seitens der revolutionären Regierung; denn „des Geschreis über Vandalismus ungeachtet, ist eben doch unter dem Reich der sogenannten Vandalen mehr für Wissenschaften und Künste getan worden, als man dem Anschein nach glauben könnte“.

Interessanter für unser Thema ist die Briefstelle: „Mit Ihren politischen Gesinnungen möchten wohl die meinigen nicht mehr harmonieren — versteht sich unserer Freundschaft unbeschadet; ich habe die Menschen von allen ihren tausend Seiten und in so mannigfaltigen Lagen selbst gesehen, von so verschiedenen Standpunkten aus zu beobachten Gelegenheit gehabt, dass ich notwendig über manche Dinge anders denken muss als Sie“. Wir erfahren aus Kerners Brief, dass Marschall seit Anfang des Jahres 1793 einen politischen Gesinnungswechsel durchgemacht habe.

Dieser kann nicht von dem Ausbruch des Revolutionskrieges hergeleitet werden; denn in Scheelers Brief hatte er ruhig die Nachricht von der Mobilisierung der Württemberger hingenommen, ohne in seiner Antwort diese Tatsache auch nur einer Äusserung zu würdigen.

Auch die Ereignisse nach dem 20. Juni 1791, die der Flucht des Königs folgten, haben in Marschalls Denken keine politischen Meinungsänderungen bedingt. Wir erfahren im Gegenteil durch einen anonymen Brief, der aus Strass-

burg vom 24. Juni 1791 datiert und mit der Unterschrift „die blaue Farbe v. F.“ versehen ist, dass er mit diesem Mitglied der Constituante in brieflichem Verkehr stand. Der anonyme Freund schrieb u. a.: „Der König hat desertieren wollen, seinen Weg nach Luxemburg genommen, ist aber in einem Dorf vier Stunden davon [Varennnes] festgehalten und mit Frau und Kind wiederum nach Paris zurückgebracht worden. In Paris ist bei Abgang des letzten Couriers alles noch ruhig gewesen, die assemblée nationale hat ihre Geschäfte fortgesetzt, die Minister [haben] die exekutive Gewalt übernommen — ein sehr wichtiger Umstand, der vollkommen beweist, dass die Constituante auf keinen schwachen Armen ruht“. Auch die Suspension Ludwigs XVI. vom Königtum scheint keinen Eindruck auf Marschall gemacht zu haben, der zu einer unmittelbaren politischen Schwenkung geführt hätte.

Erst ein persönliches Erlebnis mit den französischen Manieren der Revolutionsarmee liessen Marschall an seinen Ideen von der Liberté irre werden. Er war in diplomatischem Auftrag seines Fürsten im Januar 1793 nach Holland zum Fürsten von Oranien geschickt worden. Unterwegs hatten ihn jedoch die Franzosen aufgegriffen, ihn seiner Briefe und eines Paketes beraubt, das der dillenburgerische Staatsmann v. Neufville ihm an den oranischen Fürsten mitgegeben hatte, und schliesslich gefangen gesetzt. Über den Grund dieses brutalen Vorgehens hat Marschall ebensowenig erfahren, wie wir über Ort und Art seiner Inhaftierung wissen. Am 7. Februar 1793 schreibt Lassberg aus dem Haag an Marschall sein Bedauern: „Si cela peut quelque chose pour votre consolation d'avoir été plaint, je puis vous assurer que tout le monde qui me parlé de vous a pris part à vos désagréables recontres et à la façon infame dont on vous a traité. Je voudrais savoir sous quel prétexte qu'on vous a arrêté, apparemment qu'on a cru que vous puissiez avoir quelques commissions ou de lettres du Prince d'Orange pour Maastricht.“ In der Tat hatte Marschall offenbar diplomatische Korrespondenz bei sich; denn in einem Brief des Dillenburger Ministers von Neufville vom 1. Februar 1793 lesen wir: „Ich habe das Paket erhalten, dessen Bestellung Ew. Hochwohlgeboren [Marschall] in dem Haag gütigst übernommen haben. Der unglückliche Zufall, wodurch dasselbe ist aufgehalten und erbrochen worden, ist mir allein in dem Betracht empfindlich, dass Dieselben die Unannehmlichkeiten eines Arrestes haben erfahren müssen.“ Die Briefe, die Marschall zu befördern suchte, erschienen den Franzosen jedenfalls wichtig, dass sie sie verbrannten, wie wir aus dem Brief eines Herrn B. M. Emans aus Maes-eyk (Holland) erfahren: „je me suis informé au bureau de Poste, ce que j'ai fait au directeur qui m'a dit qu'il a envoyé toutes les lettres trouvées à leurs adresses, mais que les Français ont brulée beaucoup de lettres; ce peut être la cause qu'on ne les a pas trouvés.“

Am 20. Januar 1793 wurde Marschall von dem Kapitän Montbrum auf Befehl des Generals Soult die Freiheit wiedergegeben: „Vous pouvez vous rendre à vos affaires. Salut et Fraternité!“

Diese persönliche Erfahrung mit den französischen Militärs war nicht das einzige, was Marschall „von seinen herrlichen Träumen“ ins Land der Wirklichkeiten zurückrief. Als Beamter des Nassauer Landes musste er mit der Besetzung der Heimat durch die französischen Truppen alle die Chicanen miter-

leben, über die wir aus Kruses damaligem Briefwechsel mit dem Fürsten unterrichtet sind und die nicht nach *liberté* und *fraternité* aussahen.

Dazu aber kam der m. E. sehr wichtige Briefwechsel mit dem Arzt G. Kerner. Je mehr dieser sich in rauschenden Lobpreisungen des französischen Verwaltungsregimes verlor, desto empfindlicher wurde Marschall gegenüber dem in praxi fühlbar gewordenen Regierungssystem der Revolutionsheere. Er kam in die Jahre, Theorie und Praxis vergleichend, in denen politisch veranlagte Naturen real zu werten beginnen. Zudem erhoben sich im Gefolge der französischen Waffenerfolge die alten welschen Wünsche auf die Rheingrenze von neuem, was einen nassauischen Staatsmann rücksichtlich der linksrheinischen Dependancen nicht gleichgültig lassen konnte.

Was sollte nach alledem Marschall zu den Briefen Kerners sagen, in denen der Satz stand: „Der Rhein soll doch Frankreichs Grenze werden, und sollte halb Europa darüber zugrunde gehen!“ Es gab ihm sicher zu denken, dass ein Deutscher Dantons Forderung nach der „frontière naturelle“ so zynisch zu wiederholen wagte. Denn wir erkennen in Marschalls Antworten ein schrittweises Zurückweichen vor solchen Ausfällen einer „nationalen Verteidigung.“ Er spricht von „dem Unglück, das die französische Revolution hervorgebracht“; er wagt den Ausspruch, dass „es besser ist, einer fehlerhaften Regierung unterworfen zu bleiben, als sie mit Gewalt niederzureissen.“ Er bezweifelt, dass „aus einem Chaos eine neue Ordnung der Dinge erfolgen werde“.

Kerner verschliesst sich den Einwänden Marschalls nicht, ja wir lesen bei ihm das harte Urteil, dass „die grosse Frage mit einem Morast überschüttet worden (sei), durch den kaum mehr hindurchzudringen ist — vom braven Erwägen ist man zu Klopfflechtereien heruntergesunken, und selbst die Erfahrung des grossen Gutes, das uns die französische Revolution geschenkt hat, scheint für die jetzt lebende Generation verloren zu sein.“ Marschall erkennt offenbar, dass die Ideen der Revolution — wie es damals viele deutschen Freiheitsfreunde taten — nicht zur militärischen Einmischung in deutsche Länderinteressen berechtigten. Er kann nicht zustimmen, dass Kerner „den Triumph Frankreichs als ein notwendiges Bedingnis der Erhaltung Europas und der Existenz des besseren und vernünftig denkenden Teiles seiner Bewohner“ ansieht. Er kann in den „Irrungen, die notwendig entstehen,“ nicht mit Kerner nur fortschrittliche Kräfte erkennen.

Die Verfassung des Jahres 1793 kann der deutsche Aristokrat nicht mehr mitmachen; Volkssouveränität war für Marschalls Liberalismus nicht identisch mit der Idee der ersten Jahre jener Freiheitsbewegung, deren Kern die konstitutionelle Monarchie war. Was der alte Marschall der nassauischen Verfassung erstrebte, sehen wir bei dem jungen in jenem Entscheidungsjahr 1793 seiner politischen Entwicklung heranreifen.

Es ist interessant, hier eine kleine Abschweifung zu machen, die uns in die Zustände bei der Revolutionsarmee Einblick gestattet. Auf eine Beschwerde Marschalls über die Ausschweifungen der französischen Truppen erklärt Kerner, dass „wenn Marschall aus dem kleinen, aber glücklichen Kreis, in dem er lebe, mit ihm hinter gewisse Vorhänge sehen könnte — er würde staunen ob diesem

Gewebe von Arglist und Feigheit“. Erbittert ist er besonders über das Treiben der Kriegskommissare, unter denen der Typ des „Kriegsgewinners“ nicht fehlt. Die meisten französischen Kommissare in den Armeen der Rheinlande „sind Halunken und Feinde der Republik. Es ist notorisch gewiss, dass die französischen Soldaten der Rhein- und Moselarmeen in der Pfalz, die als Kornkammer bekannt ist, seit Monaten wirklichen Hunger litten, in 6 Tagen kein Brot erhielten und im höchsten Elend waren“.³⁾ Kerner glaubt, dass die Kommissare die Soldaten zu Meutereien treiben wollten im Dienste „des Royalismus, der an allen Punkten Empörung gegen das republikanische System und gegen den Konvent zu bewirken sucht“. . . . „auf der anderen Seite suchen die Kommissäre die armen und minder bemittelten Einwohner gegen die französische Nation dadurch zu empören, dass sie eben diese aufs Blut drücken, ihnen alles wegnehmen und sie total elend machen, während alle Reichen, selbst Priester, Äbte, Pröbste, Edelleute, so geschont werden, dass sie alles erhalten, was das Ihrige war und nicht das mindeste verlieren; viele sogar haben mit den Kommissärs das der Nation gestohlene Geld geteilt und grosse Summen erworben“. . . . „ich schwöre es bei dem republikanischen Eisen, dass unter dieser Halunkenrace von Kommissärs die Guillotine eine tüchtige Ernte machen soll“.

Wir wissen auch aus dem Briefwechsel des Präsidenten Kruse, dass seit dem Fall von Mainz (21. Oktober 1792) die französischen Kriegskommissare sich im Nassauischen unerhörte Übergriffe gestatteten, eine Tatsache, die auf Marschalls Ansichten über die französischen Freiheitsarmeen sicherlich ihrerseits nicht ganz ohne Einfluss gewesen sein dürfte. Sein Schweigen auf Kerners Brief mag auch in dieser Beziehung als eine recht bezeichnende Antwort auszulegen sein. Kerners Wut auf die Engländer und Preussen wird von Marschall weder geteilt noch zurückgewiesen. Es bleibt allerdings nach seiner späteren Einstellung zur preussischen Politik mehr als zweifelhaft, ob er nicht Kerners Worten innerlich beipflichtet, die die Teilung Polens als eine „Zertrümmerung der deutschen Vormauer gegen nordische Horden“ bezeichnen. Dass damals Preussen Kants Schrift über den ewigen Frieden bei 100 Dukaten Strafe verboten habe, vergisst natürlich Kerner nicht an Marschall zu berichten. Die preussischen Truppen befanden sich auf dem Vormarsch an den Rhein.

Auch einen weiteren Brief beantwortete Marschall nicht. Ob auch aus dem Grunde, weil Kerner damals in Hamburg „in Gesellschaft Reinhards, der sich hier als Gesandter der fränkischen Republik befindet“, war, wie er berichtet hatte? Nicht ohne Interesse ist es zu vernehmen, dass Kerner Marschall zur Vermeidung „etwaiger Unbequemlichkeiten“ rät, Marschall möge seine Briefe, in denen er seine Ansichten „von der Lage Europas, insbesondere von der Lage Deutschlands mitteile, an die Anschrift Klopstocks⁴⁾ richten“. War dies auch nicht der Ehrenbürger der französischen Republik, so war er doch nach Kerners Sinne zuverlässig und vermittelte öfters politische Korrespondenzen.

Dass Marschall auf Kerners Briefe jedoch keine Antwort mehr gab, erhellt aus einem Briefe dieses unentwegten Revolutionsschwärmers an den gemeinsamen

³⁾ Nach der Einnahme von Mainz (23. Juli 1793) fanden die Oesterreicher volle Magazine und halb verhungerte französische Soldaten vor!

⁴⁾ Kommerzienrat Viktor Ludwig Klopstock.

Jugendfreund Pfaff, der sich damals in Italien aufhielt. Wir lesen darin die Klage, dass Marschall, von dem „er (Kerner) erwartet habe, dass er oft und Vieles schreibe, sei es doch vielleicht notwendig, dass Männer, die sich verstehen, unter den gegenwärtigen Umständen mehr als je sich aneinanderschliessen“ — dass dieser Marschall nichts von sich hören lasse.

Marschall verstand aber den utopisch denkenden Kerner nicht mehr.

Dafür besitzen wir als Beweis einen Brief eines andern Karlsschülers. Jean Gotthard Reinholds, der als Fähnrich im Bataillon Oranien-Nassau den Reichskrieg gegen Frankreich mitmachte und an dem Siegeszug 1792 nach Holland teilnahm. Am 3. April dieses Jahres schrieb er an Marschall von Herzogenbusch aus einen sehr ausführlichen Brief voll sehr aufschlussreicher Mitteilungen über die politische Lage, die an dem jungen Regierungsrat zweifellos nicht spurlos vorübergegangen sein können. Wichtig für uns ist das Urteil, welches er über Kerner fällt, um dessen Schicksal sich Marschall besorgt gezeigt hatte, nachdem die Franzosen zurückgewichen waren. Wir lesen Reinholds Worte:

„Gewiss, mein wertester Marschall, habe ich auch die Wünsche Ihres Herzens und die Gedanken Ihres Geistes ausgesprochen. Auch Ihnen sind die vortrefflichen Eigenschaften und schönen Talente bekannt, womit Kerner begabt und wodurch er ganz vorzüglich berufen ist, ein wohlthätiges Glied der menschlichen Gesellschaft zu sein. Sie beklagen es, dass die sonderbare Verteilung der Dinge ihn auf einen Schauplatz versetzte, der nicht für ihn und überhaupt für keinen gemacht war, der — so wie er — nur ein warmes Herz und wenig Einsicht in die Beschaffenheit der wirklichen Welt auf denselben mitbrachte. Die Sphäre, in die ihn sein Schicksal riss, war allerdings neu für ihn und glänzend. Was Wunder, wenn sein nach Tätigkeit lechzender Geist dem mächtigen Reiz zu handeln und zu wirken, nicht widerstand, alsdann zumal nicht widerstand, wenn der Erfolg dieses Wirkens und Handelns den heissesten, den süssesten Wünschen der allgemeinen Glückseligkeit begehrenden Herzens entsprechen sollte! In seinem blinden Enthusiasmus, durch keine eigne Erfahrung geleitet, sich an keines andern Erfahrung bindend, schienen ihm die Verhältnisse, welche ihn vermöge seiner individuellen Existenz an gewisse Wesen festknüpften, Ketten, die ein allmächtiger Zufall ihm aufgelegt und die zu zerreißen ihm rühmlich sein würde, selbst wenn er sich wund daran gearbeitet hätte. Er wählte sich ein neues Vaterland und neue Freunde und hatte doch nichts getan, was dieses neue Vaterland, diese Freunde ihm verbindlich machen konnte. Von einem grossen Haufen begleitet, hing er fest an Idealen, die ihm erreicht schienen und die nicht erreichbar waren; er opferte ihnen viel und hätte ihnen vielleicht noch mehr geopfert. Was ich ihm am wenigsten verziehen habe bei Äusserung seines Enthusiasmus für die französische Revolution ist, dass er durch denselben zur Ungerechtigkeit gegen sein Vaterland ist veranlasst worden.⁵⁾ Die Franzosen waren in seinen Augen Wesen höherer Art, und wenn er einen Blick auf Deutschland warf, so war es ein Blick des Mitleids mit Sklaven“.

⁵⁾ Er hatte in Strassburg eine Broschüre veröffentlicht: „Zuruf eines Deutschen an seine Brüder in Deutschland“.

Ausserordentlich belangvoll für unser Thema ist nun, dass Reinhold die Verantwortung für den radikal-utopischen politischen Fanatismus Kerners z. Tl. auf Marschalls Einfluss schiebt; denn er schreibt: „Schreiben Sie ihm und bedienen sich der Sprache der Vernunft, die Sie so gut zu sprechen verstehen. Ich bin der Zuversicht, dass Ihre Gründe bei ihm Eingang finden und vielleicht das vermögen würden, was die ganze Gewalt der Umstände nicht vermochte. Umso weniger zweifle ich hieran, da Sie mir sagen, dass seine Anhänglichkeit an demokratische Grundsätze durch Sie bei ihm erzeugt worden. Möchten Sie nicht viel wieder gutzumachen haben! Der Allmächtige sei mit unserem Freund!“

Ganz unmissverständlich spricht aus diesen Worten die Tatsache einer sehr revolutionsfreundlichen Gesinnung des jungen Marschall, zum mindesten bis zum Jahre 1792.

Inzwischen erfuhr Marschall die armselige Lage, in der sich der Freund der französischen Liberté in Paris befand, wo er seit 1791 weilte und bei einem Limonadenhändler Mr. Mielle in der Strasse „Notre Dame“ ein Dachzimmerchen bewohnte. Kerner hatte nämlich selbst an Reinhold geschrieben, dass „eine Wassersuppe, eine Milchsuppe, ein Schoppen Seinewasser, ein Stück Brot seine tägliche Nahrung“ seien; „auf dem sechsten Stockwerk habe ich eine Stube, die seit Noah nicht gewissset worden ist und wo alte Fussteppiche hier und da angebracht sind, um die Löcher in der Wand womöglich zu verbergen“.

Marschall spürte nach seiner ganzen Einstellung zu den Lebensannehmlichkeiten, die wir später an ihm (1797) bei seinem Pariser Aufenthalt beobachten können, auch wohl schon damals keine Lust, die Worte Kerners nachzusprechen, nachzuleben: „Dennoch bin ich zufrieden . . . und geniesse doppelt die Freiheit, die mir mein neues Vaterland gewährt“. Wer denkt nicht an Heine, besonders wenn wir hinzufügen, dass Kerner „an dem Busen einer Auguste die Tränen des Abschieds von Deutschland weinen“ konnte und sich über sein Schicksal als politischer Bohémien hinweglog.

Auch die Beschäftigung des sozialen Philanthropen war für Marschalls intellektuelle Wesensart nicht eben anziehend: „Gefängnisse besuchen, alle Spitäler, Armenhäuser und Anstalten“!

Zu denken aber wird ihm gegeben haben, dass dieser enragierte Franzosenfreund — der übrigens nicht blind durch Paris ging — und Mitglied des Jakobinerklubs zugeben muss, dass in der Nähe die Dinge anders aussehen: „Paris scheint mir der Sammelplatz aller Laster, aller Beutelschneiderei zu sein. Die Assemblée nationale beobachtet nicht die nötige Würde und handelt sehr oft gegen die Constitution, die sie so eifrig zu verteidigen scheint. Die Clubs sind zu tumultuarisch, zu intolerant! Viel Worte, wenig Geist!“

Solche Urteile⁶⁾ und Schicksale eines ihm nahestehenden Jugendgenossen, dazu das Gefühl der moralischen Mitverantwortung an dem Geschick Kerners konnten an Marschall unmöglich vorübergehen, mögen noch mehr auf ihn gewirkt haben, da er gerade damals Kants Pflichtenlehre eifrig studierte.

Hinzu kommt mehr. Reinhold setzt seinen Briefwechsel mit Marschall

⁶⁾ In den „Débats des Jacobins“ findet sich ein „Discours“ aus seiner Feder (1792).

das Jahr 1792 hindurch fort. Leider sind nur die Briefe Reinholds erhalten. aber sie spiegeln wenigstens die Kraft der Überredung, mit der er dem jungen Empfänger ein neues Bild der Revolution vor Augen zu stellen weiss: „Ich gebe zu, dass die Grundsätze, auf denen die französische Revolution beruhte. edel, erhaben und der eigentümlichen Würde der Menschheit angemessen seien. aber sie lassen sich in ihrem ganzen Umfange auf die französische Nation nicht anwenden“. Reinhold meint, dass „zwischen abstrakten Begriffen und wirklichem Tun sich bei den Menschen eine grosse Scheidewand befinde, welche hinwegzuräumen auch den Franzosen nicht gegeben sei. Ich stimme zu, dass bei den Begebenheiten, welche den Umsturz des alten Gebäudes vorbereiteten, herbeiführten und begleiteten, die Mitwirkung von seiten manches Patrioten unverkennbar sei, glaube aber, dass man der Philosophie eine grosse, unverdiente Ehre erweise, wenn man behauptet, die Revolution sei ihr Werk, und dass man sehr irre, wenn man die Berechnung der mitwirkenden Ursachen, die unedlen Triebfedern und die Macht des Zufalls nicht in Anschlag bringe. Wenn man auch die Weisheit der Franzosen und die Vortrefflichkeit der Konstitution hoch einschätze, so sei daraus kein Grund herzuleiten, Deutschland zu verachten: „In unserm Vaterland ist zwar keine Bastille erobert worden, doch gedeiht in ihm manche schöne Frucht der Weisheit. In politischen Angelegenheiten aber ist nur der Fortschritt gewöhnlich vernünftig, der mit zwar unmerklichen, aber festen Schritten geschieht“. Nach der Hinrichtung des Königs aber, meint Reinhold. müsse man das Unvermögen der gesetzgebenden Macht doch deutlich genug erkennen; denn nun sehe man nur noch „traurige Äusserungen des Parteigeistes“.

Den ehrgeizigen und zweifellos in seiner Jugend selbstherrlichen Marschall musste auch persönlich verstimmen, dass Kerner in einem Briefe an Reinhold die Wendung gebrauchte: „Marschall ist Cavalier bei dem König von Nassau-Usingen; möchte ich doch lieber Bedienter des Robespierre sein“!

Es muss leider gänzlich dahingestellt bleiben, ob Ansichten am Biebricher Hof irgend einen greifbaren Einfluss auf Marschalls politische Sinnesänderung der französischen Revolution gegenüber (geltend gemacht oder freiwillig aufgenommen) ausgeübt haben. Die Korrespondenz Marschalls mit dem Fürsten. der seit Anfang 1793 wegen der Kriegswirren nach Idstein abgereist war, beginnt erst seit dieser Zeit. Auffallend aber ist immerhin, dass in keinem Brief und keinem Aufsatz der antirevolutionären politischen Journalistik des Präsidenten Kruse gedacht wird. Dabei hatte dieser bereits 1791 seine „Wahre Darstellung der grossen französischen Staatsrevolution“ im leicht zugänglichen Druck erscheinen lassen. Dem Leutnant Marschall aber eignete ein so starkes politisches Interesse gerade für diese Frage, dass ihm die Schrift sicherlich nicht unbekannt geblieben ist. Dass er keine Notiz von ihr genommen zu haben scheint, beweist wohl, dass er ihr nicht zustimmen konnte. Hätte doch eine Zustimmung für ihn die Gunst des allmächtigen Staatsherrn von Nassau-Usingen bedeutet. Allerdings war Marschall klug genug, auch nicht offen gegen sie Stellung zu nehmen. Wir schliessen das daraus, dass Kruse nicht gegen die Übernahme des Leutnants in die Regierung opponiert hat, was er in seiner Machtstellung als Schwager Serenissimi wahrscheinlich erfolgreich getan hätte, wenn ihm von Marschalls Liberalismus Beweise in Händen gewesen wären.

Überdenken wir zusammenfassend die Gründe des politischen Stellungswechsels von Marschalls, so ergeben sich neben der bei seiner Bildung vorauszusetzenden Reifung mit zunehmendem Alter und der durch das Hofamt einsetzenden grösseren Unmittelbarkeit zur politischen Praxis und allgemeinen Lebensrealität doch auch einzeln nachweisbare oder wahrscheinliche konkrete Faktoren. Als solche möchten wir ansprechen: Die eignen Erfahrungen mit den Methoden der französischen Revolutionsheere und der Einfluss Reinholds, welcher denjenigen Kernal verdrängte. Seit dem Prozess gegen Louis XVI. hält Kerner die politischen Ansichten Marschalls nicht mehr für revolutionsfreundlich, seit dem Jahre 1793, in dem sein Fürst nach Idstein flüchten musste, ist der nassauische Regierungsrat antirevolutionär.

Im folgenden Jahre verfasst er in mehreren, handschriftlich im Hausarchiv noch vorhandenen Fassungen, deren erste Entwürfe in den Winter 1793 zurückreichen, eine Abhandlung mit dem Titel „Untersuchungen über die Gefahren einer Volksempörung in Deutschland“. Die in ihr niedergelegten Ansichten bilden daher zwangsläufig den zweiten Teil dieses Aufsatzes.

* * *

Aus einem Entwurf Marschalls zu jener oben genannten Schrift erkennen wir zunächst, dass er jedenfalls keineswegs zum reaktionären Bekämpfer aller Ideen der Revolution geworden ist, seitdem er in seiner revolutionären Gesinnung angesichts der ausgearteten Revolutionspraxis der französischen Heere erschüttert wurde. Man halte Kruses oben erwähnte Broschüre,⁷⁾ die die Revolution in Grund und Boden verdammt, gegen folgende abwägenden Sätze Marschalls:

„Die Wirkungen der Revolution in Frankreich haben in den übrigen Ländern Europas zwei wichtige Folgen hervorgebracht, die uns für die vielen Nachteile, die auch für uns aus dieser Begebenheit entspringen sind, vielleicht in etwas entschädigen.

Sie haben die Regenten über die schrecklichen Folgen, die aus Missbrauch ihrer Gewalt entspringen können, aufgeklärt, aber auch den in allen Staaten vorhandenen Unzufriedenen gezeigt, dass auch sie sich ihren Untergang bereiten, wenn sie es wagen, mit stürmender Hand die Verfassung des Staates anzugreifen. Hieraus entspringt eine doppelte Wirkung. Auf der einen Seite werden sich die Regierungen vor Missbrauch ihrer Gewalt mehr hüten, auf der anderen aber auch die Missvergnügten es mehr als ehemals vermeiden, das Volk gegen die Regierung zu bewaffnen und in Gemeinschaft mit denselben die Regierung gewaltsam anzugreifen, weil ihnen Frankreichs Beispiel gezeigt hat, dass das Volk ihnen schliesslich das Heft entreissen und sie selbst zu Opfern seiner erregten Wut machen kann. Von der einen Seite werden also die Reizungen zum Aufstand abnehmen, während auf der anderen die Neigung dazu vermindert werden wird.

Die Regierungen selbst aber werden auf stille Klagen des Volks, auf die sie zuvor nicht achteten, ihre Aufmerksamkeit richten und sie zu beheben suchen . . . beide Teile werden einander gerne nachgeben und sich näher-

⁷⁾ Henche, Kruse, Nass. Heimatbl. 27. Jahrg. Heft Nr. 2.

kommen . . . unsere Regenten werden aufhören Despoten zu sein, der Adel wird seinen Stolz mässigen, und selbst diejenigen, die über ihm sind, werden es ihm zur Pflicht machen . . . die Regenten werden die zur Bestreitung der Staatsausgaben bestimmten Gelder nicht mehr zur Erbauung von Lustschlössern und ähnlichen Dingen anwenden und dem Volk neue Lasten auflegen, sie werden durch die Gewalt der Umstände gezwungen, ihre Pflichten besser als zuvor erfüllen . . . begründet ist es, dass in allen Staaten das Volk unter der Last der Auflagen seufzt. . .“

Mit solchem Urteil, aus dem ein liberaler und sozialer Geist spricht, der nur von dem verkannt oder abgeleugnet werden kann, der sich nicht überlegt, was solche Worte in dem Munde und aus der Feder eines an einem absolutistischen Fürstenhofe beamteten Regierungsrats und Untergebenen eines ultrakonservativen Vorgesetzten bedeuten, trat Marschall an die Ausarbeitung seiner Denkschrift heran. Ihm war inzwischen auch klar geworden, dass er zu theoretisch zu politischen Dingen gestanden habe. Eine Äusserung von ihm belegt, dass er zu denen gehört habe, die „glaubten, man könne die Staatsverfassung nach einem philosophischen System erbauen“, die aber „in ihrer grossen Mehrheit nun einsehen, dass sie sich geirrt haben; sie sind aus unruhigen Schwärmern feindliche „Bürger“ geworden“.

Man brauchte damals ja nach solchen Konvertiten nicht zu suchen. Schiller äusserte sein viel beachtetes Urteil zu Hoven, dass die Revolution es nicht erreicht habe, „eine wahrhaft beglückende Verfassung einzuführen“.

Marschall aber erkannte — das geht aus den starken Manuskripten hervor, die er dauernd verbessernd auf seinem Schreibtisch aufhäufte — nunmehr aus dem wirklichen Leben seine Schlüsse ziehend, dass die Ursachen der französischen Revolution sich zu egoistischer Auswirkung für einzige Nutzniesser entwickelt hatten, dass noch die Prinzipien selbst fehlten, die einer republikanischen Verfassung zugrunde gelegt werden müssten — davon hatte ihn wohl das Studium Kants überzeugt — und dass schliesslich in keinem Land das Volk politisch reif sei. Auffallende Berührungen mit ähnlichen Gedanken des grössten Karlschülers!

Gleichzeitig forderte damals Schiller, dass „ein kräftiger Mann erscheine, er möge herkommen, woher er wolle, der den Sturm beschwöre, wieder Ordnung einführe und den Zügel der Regierung fest in der Hand halte“. Auch Kant hätte nicht mehr wie einst bei Verkündigung der Republik gerufen: „Herr, nun lässest du deinen Diener in Frieden fahren“, und Schlözer hätte nicht mehr die Engel im Himmel ein Te Deum zu Ehren der Revolution

Es ist zwar Marschalls politische Gesinnung
sönlich-psychologische Erscheinung; in jener
methoden Frankreichs weithin duldenden V
einer höheren Meinung das Urteil ü
allgemein um. Immerhin ist das f
satz zu ändern Idee und Form
überhaupt das Bedürfnis fühlte.
bleibt dabei nicht mehr als eine

Marschall mit seiner Abhandlung dem gereiften Kruse gegenüber sich ebenfalls journalistische Sporen verdienen wollte. Bestimmter schon lässt sich behaupten, dass er politisch bekannt zu werden strebte; schickte er doch seine Schrift einer grossen Reihe deutscher Fürsten zu, deren Dankschreiben noch heute im Hausarchiv vorhanden sind. Sie wurden auf den jungen Autor aufmerksam.

Wenden wir uns nunmehr der Schrift selbst zu!

Der Zweck der Denkschrift ist „kein anderer als Besorgnisse der Mitbürger, die nach des Verfassers Ansicht unbegründet sind, zu beheben und sie auf bisher nicht bemerkte Vorzüge der deutschen Staatsverfassung aufmerksam zu machen“. . . . „Der Verfasser gehörte vormals zu denen, die ein Übergreifen der Revolution auf Deutschland fürchteten, durch eine genaue Prüfung des Gegenstands kam er jedoch zu der trostvollen Überzeugung, dass Deutschland durch die Natur seiner Staatsverfassung gegen jede Volksempörung hinlänglich gesichert sei“.

Zunächst schildert nun Marschall mit einer Kenntnis, der man noch heute den philosophischen Geist einer längst verflossenen politischen Theorie und Methode anmerkt, die vorrevolutionären Zustände in Frankreich. Er stellte den Gegensatz zwischen Kron- und Territorialgewalten heraus, wodurch das Staats- und Volksgefühl der Untertanen dynastiziert und zersplittert worden sei. Auch die Privilegien der Vasallen oder mächtiger Städte haben die politische Einheitlichkeit des Staatskörpers, bes. auf verfassungsgerechtem Gebiet aufgehoben und einen Interessenkampf der Mächtigen heraufbeschworen, in dem die Zentralgewalt geschwächt worden sei. Später haben sich diese Verhältnisse, die den historischen Gang der deutschen Politik weiterhin bestimmten, in Frankreich zugunsten der Krone geändert, bes. durch eine zentralisierende Gesetzgebung und allmählich vereinheitlichte Verwaltung der Provinzen, die kulturell und wirtschaftlich verschiedenartig blieben. „Keine Provinz aber durfte es wagen, der Macht des Königs zu widerstreben, weil mit Gewissheit vorauszusetzen war, dass sie in dem Kampf mit der Macht des ganzen Reiches, welche jetzt dem Kaiser zu Gebot stand, notwendig unterliegen werde“. Die Landstände, deren Entstehung Marschall fälschlich auf uralte demokratische Einrichtungen der früheren Territorien zurückführt, konnten keine Macht entwickeln, sodass „in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“ Frankreichs politische Zentralisation gesichert war. Damit aber auch die Einheitlichkeit und die Richtung des Nationalbewusstseins: „Jeder Einwohner Frankreichs betrachtete sich als Bürger des ganzen Staates und nicht mehr bloß als Bürger der Provinz, in der er wohnte“. Marschall behauptet, dass dadurch auch die ehemals deutschen Provinzen „lange schon vergessen haben, dass sie ehemals Teile eines anderen Staates gewesen und eine von der gegenwärtigen sehr verschiedenen Regierungsform gehabt hatten“.

Man erstaunt nun etwas, diese politische Zentralisation als die erste Ursache der Revolution angesprochen zu sehen: „die gleiche Unterwürfigkeit, diese gleiche Regierung aller Provinzen bewirkte ein gleich starkes Gefühl des Drucks der Regierung . . . und man kann mit Gewissheit behaupten, dass ohne diesen Umstand in Frankreich die Revolution nicht ausgebrochen wäre“. Hier fühlt man allzu deutlich heraus, dass die eigne Amtstätigkeit des Verfassers, die Tat-

sache, dass er einen föderalistischen Staatszustand zu verteidigen sich verpflichtet fühlt, die Feder geführt hat, wenn er letzten Endes absolutistische Methode und unitarische Staatsform gleichsetzt. Er behauptet, dass „in Frankreich jener Gemeingeist“ die Revolution so schnell sich ausbreiten hiess, und verkennt völlig, dass die Vendée und Paris zwei verschiedene Begriffe für den Revolutionshistoriker darstellen müssen.

Die Berufung der Generalstände erscheint Marschall eine „gegenwärtig noch rätselhafte Unvorsichtigkeit“; denn nun erhielt „das Volk ein gesetzliches Organ, seine zahlreichen Beschwerden gegen die Regierung mit Nachdruck geltend zu machen“. Das Finanzproblem, das letzten Endes zu jener Massregel führte, erwähnt Marschall nur nebenbei.

Sehr richtig und bedeutsam für sein politisches Denken, das hiermit jedenfalls weit über die zeitübliche Einstellung reaktionärer Gegner der Revolution hinausgeht, bemerkt Marschall, dass die französische Regierung aus dem Grunde die „Nationalversammlung“ (d. h. hier die Generalstände!) nicht in ihren Grenzen halten konnte, weil ihr das fehlte „was in andern Staaten bei ähnlichen Versammlungen die Regierungen gegen die Eingriffe schützt: ich meine eine schon lange vorhandene Observanz, welche die wechselseitigen Rechte und Verbindlichkeiten der Regierung und des Volkes festsetzen und beiden bestimmte Grenzen vorschreiben kann“, Grenzen . . . die keine Verstösse gegen Gesetze zulassen, welche „die ganze Nation als die Grundlagen ihres Wohlstandes schon seit Jahrhunderten ansieht“.

Hat hier Marschall nicht einen scharfsinnigen Vergleich zwischen England und Frankreich angedeutet und auch zum mindesten das Recht der Nation in rebus politicis, wenn auch nicht in dem aktivistischen Anspruch der Menschenrechte, behauptet? Wir erkennen aber auch den grossen Wandel, den Marschall seinem politischen Staatsberufe verdankt, wenn wir etwa das Wort des gleichzeitigen Theoretikers der „Freiheit“ Georg Forster heranziehen: „Was geschah, musste geschehen; der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit für Sterbliche ist hier zu gross“. Der politische Praktiker Marschall spricht demgegenüber ruhig und besonnen den Gedanken der Verfassung aus!

Einen Grundfehler der französischen Revolution sieht dann auch Marschall in der unfruchtbaren Prinzipienreiterei der Theorien, deren Gegensätze — er nennt Mirabeau: Rousseau; Königtum: Republik; Bürgerlichkeit: Pöbel — „das Volk in Bewegung gesetzt hatten, deren praktische Auswirkung aber zu schwach waren, diese Bewegungen zu leiten“.

Auch die durch die politische Centralisation vereinheitlichte geistige Haltung der Franzosen trug zur Ausbreitung der Revolution bei. In Deutschland dagegen ist die geistige Struktur des Volkes dank der föderalistischen Staatsform so verschieden, dass „gewiss kein allgemeiner Hang zur Empörung in allen Teilen des Reichs erzeugt werden kann“. Ferner seien gerade die niederen Volksklassen in Deutschland eigentlich konservativ. Pietät gegen die Vorfahren paaren sich mit einem starken Gefühl der Deutschen gegenüber einer fest führenden Obrigkeit. Allerdings dürfte der Druck derselben „nicht unerträglich werden, wie es in einzelnen Territorien“ sei. Das noch wesentlich agrarisch

eingestellte deutsche Wirtschaftsleben sichere jedem Nahrung, während in Frankreich „Herden von industriellen Arbeitern beinahe nichts besitzen, als was sie sich durch ihre tägliche Arbeit erwerben“, und Arbeitslosigkeit infolgedessen katastrophal wirken müsse. Solche Leute sind leicht agitatorisch zu beeinflussen, und „sie waren die Werkzeuge, durch welche die Revolution in Paris und den grossen Städten Frankreichs veranlasst und befestigt wurde“. Sie waren aber auch das Depot für die gefährlichen Revolutionsarmeen Frankreichs.

Für die eigne Persönlichkeit Marschalls ist für uns nun besonders interessant, dass er von „vielen guten Köpfen in Deutschland spricht“, die öffentliche oder heimliche Anhänger der französischen politischen Grundsätze gewesen seien. An der Eindringlichkeit der Sprache merkt man deutlich an dieser Stelle seines Büchleins, dass er pro domo spricht. Der Fehler dieser Geister sei der gewesen, dass sie ihr „Urteil nicht solange aufschoben, bis einmal die Schöpfung, die aus dem Chaos der Revolution hervorgehen werde, sichtbar sei“. Er spricht bezeichnender Weise keinen persönlichen Tadel aus, ja er gibt zu, dass „damals brennbarer Stoff im Überfluss vorhanden war und nur die Umstände mangelten, die seine Entzündung befördern konnten“.

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass „nach einer Revolution in einem Staate, der durch sie in ganz neue Lagen versetzt wird, auch ganz neue Triebfedern zu wirken anfangen, auf die in den philosophisch-politischen Systemen keine Rücksicht genommen ist; sie bringen daher, wenn man nun solche Ideale realisieren will, ganz andere als die erwarteten Wirkungen in dem Staate hervor“. Diese Tatsache habe in Deutschland bewirkt, dass man die Reichsverfassung, die „man zuvor als ein lächerliches Denkmal der verflossenen rohen Jahrhunderte ansah, jetzt mit Ehrfurcht betrachtet“.

Besonders auf die bürgerlichen Kreise Deutschlands müsste nach Marschall abschreckend wirken, dass das wohlhabende Gepräge dieses Standes in Frankreich durch die Revolution vernichtet worden sei. Wie einst die Lage der Bauern, als sie nach politischen Rechten verlangten, wirtschaftlich sank, so ist es dem „tiers état“, der uneinheitlich in seinen Interessen sei, ergangen.

Das überhebt aber nun die deutsche Politik nicht, positive Massregeln zu ergreifen, um eine Revolution „in der Wurzel“ unmöglich zu machen. Einen Vergleich mit der Ausbreitung der Reformation benutzt Marschall zu der Mahnung, notwendige Neuerungen nicht zu versäumen. Der beste Schutz gegen revolutionäre Strömungen sei eine „glückliche Verfassung, die ihren Bürgern beinahe keinen Wunsch einer Verbesserung übrig lässt“. Und nun weist als auf ein wirkungsvolles derartiges Beispiel Marschall auf die Verfassung der Reichsstadt Frankfurt hin, deren „Bürger sich den französischen Neuerungen am stärksten widersetzen, und ihr Beispiel wirkte auf die ganze umliegende Gegend“.

Als letzten Grund, dass die Revolution sich nicht auch in Deutschland verbreitete, erwähnt Marschall „den glücklichen Zufall, dass die Franzosen nicht gleich bei dem Ausbruch der Revolution in benachbarte deutsche Staaten eingefallen wären Die Grundsätze der Franzosen hätten eher [als ihre Taten] den Beifall dieser Länder erhalten und sie in den Strom der Revolution ziehen können. Alsdann würden auch sie nach und nach auf eben diese Grund-

sätze gekommen sein, welche anzunehmen sie bei dem späteren Einfall der Franzosen so standhaft verweigerten“. Marschall kannte die psychische Lage der Rheinlande und seine eigene Vergangenheit gut genug!

Zum Schluss seiner Abhandlung erkennt Marschall die Tragik der Revolutionskriege für Deutschland: nicht die gedankliche Propaganda der Idee ist mehr zu fürchten, sondern die harte Faust der Herren; „denn das ganze Volk atmet Krieg!“ Wenn daher die Revolution in Frankreich auf ihren Herd beschränkt werden soll, so braucht Deutschland die kräftigsten Massregeln, seine Kriegskunst zu vervollkommen und vor allem muss es stehende Heere schaffen . . . jeder Bürger muss auch Soldat sein können“. Zukünftige Reformgedanken klingen hier bereits deutlich an.

Aus den Notizen am Rand, aus Fussnoten und aus dem Briefwechsel Marschalls geht hervor, dass er sich vor Abfassung seiner Abhandlung besonders mit der Lektüre von Montesquieu, *Esprit des Lois* und St Pierre, *Sur la polysynodie*, beschäftigt hatte. Selbst erwähnt er seine genaue Kenntnis folgender Werke: Adam Smith, *Über den Nationalreichtum*, De Lolme, *Konstitution von England*, und Mirabeau, *Über die Preussische Monarchie*.

Nicht uninteressant aber ist, dass Marschall noch im gleichen Jahre seine Erkenntnis von der Notwendigkeit der Heeresreform in einem eigenen kleinen Essay ausgearbeitet hat. Abgesehen von seiner geistigen Vielseitigkeit bietet er dem Historiker in dieser Arbeit den überraschenden Beweis, diese Frage bereits vor Scharnhorst staatspolitisch behandelt zu sehen. An sich mögliche Vergleiche beider Denkschriften, der nassauischen und preussischen, würden über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen. Nur insoweit diese militärischen Betrachtungen dazu beitragen, in Marschall die realpolitische Seite seines Wesens stärker sich entfalten zu lassen, seien einige Bemerkungen aus dem Schriftchen, das unveröffentlicht ist, angeführt; gehört doch auch dieses Interessengebiet zum psychischen Gepräge des jungen Staatsmannes.

„Aus der neueren Art Krieg zu führen, geht hervor, dass das friderizische Reglement überwunden ist!“ Stehende Heere aus Landeskindern müssen gebildet werden; das erfordern die technischen Notwendigkeiten des Waffengebrauchs und die ethischen Erfordernisse des Vaterlandes. Auf ihnen beruht die Macht des absoluten Fürsten, aber auch — wie Russland zeige — eine Bedingung der Civilisation. Leicht wurden sie jedoch hier ein „Instrument des Despotismus, was aber in Verfassungsstaaten nicht zu befürchten ist. Dann gibt Marschall eine kurze Übersicht über die Geschichte des Heerwesens.

Jedenfalls stellt er heraus, dass Deutschland solche stehenden Heere schaffen müsse, und denkt sie sich in Form einer an strengsten Gehorsam gewöhnten Berufstruppe, der im Kriegsfall eine gut geübte Miliz zur Seite treten müsse. Die französische Nationalarmee, die im Nassauischen ihre Überlegenheit so deutlich bewiesen hatte, war nicht ohne Eindruck auf den jungen Staatsmann geblieben, der sich während seiner späteren Amtszeit freilich nicht mehr mit militärischen Fragen beschäftigt hat.

Betrachten wir kritisch die damalige Stellung Marschalls zur französischen Revolution, so ergibt sich, dass von irgend einer originalen oder auch nur

selbständigen Ansicht keine Rede sein kann. Vielmehr ist seine Abhandlung das, als was er sie selbst bezeichnet hat: „Der Verfasser dieser Blätter ist weit entfernt von dem Gedanken, seinen Gegenstand ganz umfasst oder erschöpft zu haben, er schmeichelt sich aber doch mit der Hoffnung, dass . . . mancher dadurch auf einen tröstlicheren Gedanken geführt werden wird“. Diese Hoffnung Marschalls mag bei den meisten Empfängern der Denkschrift in Erfüllung gegangen sein, wenn wir den höflichen Dankbriefen der bedachten Fürsten glauben dürfen. Nur der Herzog von Württemberg hält Marschalls optimistisches Vertrauen auf die deutsche Staatsverfassung für nicht angebracht. Er fügt seinem Dank für die Übersendung die bezeichnenden Worte hinzu: „Es scheint, der deutschen Staatsverfassung ungeachtet, bei der fortdauernden französischen Anarchie und der bedenklichen Neuerungsucht eine allgemeine Volksempörung nicht so unmöglich wie Sie es darstellen“.

Man muss es dem 24 jährigen Marschall schon zugute halten, dass er sich in einer bei ihm auch noch später bemerkbaren optimistischen Elastizität davon überzeugt hielt, dass die „verderblichen französischen Prinzipien“ nicht in Deutschland Fuss fassen würden. Es ist das Recht der Jugend, in Extremen zu denken; es war aber Marschalls Eigenart — die sich noch in seiner Stellung zu Stein später aufweisen lässt —, dass er energisch sich umstellen konnte, wenn es die Zeitverhältnisse erforderten; das mag psychologisch auffallend sein, aber diese „Räson“ gehört zum Politiker. Als solcher freilich erwies er sich immerhin in seiner Schrift schon durch das in jener Zeit durchaus nicht alltägliche Urteil über die Dauer des Revolutionssystems. Weit höher steht seine Ansicht „über die nicht unwahrscheinliche Dauer des gegenwärtigen Zustandes Frankreichs“ als die gleichzeitigen gefühlsmässigen Tröstungen seines Ministerpräsidenten Kruse. Aber auch Schiller war jetzt „fest davon überzeugt — an Hoven 1794 —, die französische Revolution sei das Werk ehrgeiziger und leidenschaftlicher Menschen“.

Den sozialen Ansprüchen der Revolutionäre wurde Marschall nicht gerecht; er glaubte vielmehr, dass durch ein Bund zwischen den Regierenden und „der höheren Volksklasse“ die Gelüste „der niederen Volksklassen“ unterdrückt werden könnten — aber mit Schiller war er darin einig, dass man „den Blitzableiter schon bei heiterem Himmel anbringen“ müsse; dieser war für ihn eine gute Verfassung. Dass er in dem föderalistischen Gepräge Deutschlands eine Schutzwehr gegen eine allgemeine deutsche Volksempörung sieht, lässt erkennen, dass er jetzt ganz territorialfürstlich denkt und vergisst, dass die souveräne Libertät der deutschen Reichsstände eine schlimmere Reichsrevolution in der deutschen Geschichte bedeutet hatte als die seltenen Volksempörungen. Kann man das in der Zeit des Partikularismus aber ihm zu einem persönlichem Vorwurf machen? Er wusste und musste wissen, für wen er seine Denkschrift schrieb! Auch hätte er wohl die Absicht, durch diese Tendenz sich endgültig von seinen früheren Idealen zu trennen, wie er sich seit längerem seinen einstigen liberalistischen Freunden entzogen hatte. Der Strich war unter die Vergangenheit gemacht.

Aber weniger aus Egoismus als aus einer an den Tatsachen schnell gewachsenen Überzeugung. Jene Jahre waren ja für sein nassauisches Land nicht dazu angetan, alte theoretische Sympathien für Frankreich zu hegen.

Der Fürst Karl Wilhelm war in seinem Exil in Idstein von der durch ihre Greueltaten besonders gefürchteten Armeegruppe Custines belästigt worden. Am 13. November 1792 plünderte Oberst Houchard dort, erpresste von dem Fürsten Geld und liess Silber, Pferde und andere Beute mitgehen. Ein gleichzeitiger Anonymus schildert uns diesen Überfall mit solcher Anschaulichkeit, dass wir imstande sind, das empörende Verhalten der Franzosen noch heute zu verurteilen. Auch weiterhin waren die Nassau-Usingischen Lande und ihre Bewohner „den neufränkischen Rechten der Freiheit und Gleichheit“ in unmittelbarer Weise ausgeliefert, was Marschall wie jeden andern Einwohner jener Gegend die Praxis der französischen Kriegsführung immer mehr verabscheuen liess. Der Fürst Karl Wilhelm, politisch arglos, aber beliebt und gerecht, hasste geradezu die Franzosen. Wir lesen in einem vertraulichen Briefe an Marschall die erhebenden Worte, die das Treitschkesche Urteil über ihn doch sehr zu revidieren zwingen:

„Ein Reichsstand muss seinen Pflichten und seiner Ehre getreu sein, so wie ich meinen Prinzipien als ehrlicher Mann leben und sterben will. Reagieren [auf französische Angebote] tue ich nicht, und etwas zu tun, was gegen meine Überzeugung streitet, noch weniger. Würde ich ein Bettler, so bleibt mir meine Ehre, sollte ich auch auf alle Güter renonciren“.

Schicksal und Charakter eines solchen Fürsten konnten auf Marschall umso weniger ohne ganz persönlichen Eindruck bleiben, als jener in väterlichster Weise mit „seinem lieben Regierungsrat“ zu verkehren pflegte.

Immerhin war der junge Marschall nicht ganz fanatisierter Reaktionär geworden. Ihn treibt die Sehnsucht nach alten Freunden. Sowohl an Kerner, der unet stet durch die Welt reiste, als auch an Reinhold, der die Uniform mit dem Diplomatenrock eines holländischen Legationssekretärs in Hamburg vertauscht hatte, schrieb er von sich aus im Jahre 1796. Leider sind aus diesem Briefwechsel nur zwei ausführliche Briefe Reinholds im Hausarchiv auffindbar gewesen. Für Marschall ist bezeichnend, dass Reinhold in der Freude über das nach drei Jahren gebrochene Stillschweigen die Wendung gebraucht: „Ich stimme mit Ihnen vollkommen überein, dass . . . es unserer Abhängigkeit von äusseren Umständen zwar gegeben sein mag, den Gesichtskreis unseres Geistes zu beschränken, aber nicht, unser Herz einzuengen“. Hinsichtlich der politischen Gesinnung Marschalls meint Reinhold, dass „wie Sie vermuten, die Verschiedenheit unserer Lage eine Verschiedenheit unserer politischen Denkungsart erzeugt habe“ . . . dass aber „diese Verschiedenheit nicht so erheblich sei, als Sie vielleicht meinen“. Es fällt zum mindesten auf, dass dieser gemässigte Republikaner, ein sehr geistvoller Mensch, der zudem Marschall genau kannte, eine solche Behauptung aufgestellt hat — wenn er auch gleich darauf schreibt: „Die Wahrheit ist bei keinem System und das Recht bei keiner Partei“.

Marschall freilich „konnte sich nicht die Augen ausstechen, um mit denjenigen anderer zu sehen“. Der Augenschein aber trieb ihn immer weiter von den eignen Jugendideen hinweg, so sehr er andere Ansichten zu würdigen bereit blieb. Das Bild seiner Jugend wäre nicht vollständig, wenn nicht mit einer Andeutung wenigstens gesagt würde, dass das geologische Interesse seiner Karla-

schuljahre ihn noch bis zum Ende des Jahrhunderts begleitete — genau wie seine Brüder. Im Jahre 1796 beginnt er mit seinem Bruder Karl eine umfassende Studie⁸⁾ zu schreiben, deren Titel den Inhalt kennzeichnet „Gedanken über die Welt und ihre Bildung“. Seine freie Zeit widmet er geognostischen Untersuchungen; er liest alle Entdeckerberichte, macht Exzerpte aus geologischen Reiseschilderungen und steht noch bis 1800 im Briefwechsel mit dem nun so berühmt gewordenen Jugendgenossen Cuvier. Wie dieser über Marschalls geologisch-paläontologische Kenntnisse als Fachmann urteilt, können wir kurz durch eine Stelle seiner Briefe belegen. Über das oben erwähnte Werk Marschalls lesen wir die bezeichnende Kritik des grossen Gelehrten: „La publication de votre bel ouvrage vous placera sans doute aux premiers rangs de ces hommes dont le noble emploi est d'éclairer l'humanité“.

Marschalls Sendung wurde durch Beruf und Zeitverhältnisse eine andere. Im Jahre 1798 fesselte ihn seine Pariser Reise⁹⁾ gänzlich an die diplomatischen Pflichten des Staatsmannes und schloss sein Jugendleben, in dem die Keime zu verschiedenartiger Lebensentwicklung lagen, endgültig mit dem Zwang zur ausschliesslich politischen Tätigkeit ab.

⁸⁾ Besprechung der Schrift in „Allg. Literaturzeitung“. Nr. 120 vom 28. April 1803.

⁹⁾ Hencke, Nass. Annal. Band 50.

Die Zehntfrage und ihre Bedeutung in der Nassauischen Revolution im Jahre 1848—1849.

Von

Eduard Wilhelmi-Frankfurt a. M.

In Nassau war der Zehnte, wie anderswo in Deutschland auch, eine auf Grund und Boden lastende Abgabe. Sie war im Mittelalter entstanden und hat sich bis in das vorige Jahrhundert erhalten. Wie der Name sagt, musste von den betreffenden Grundstücken $\frac{1}{10}$ der Ernte an den Zehntberechtigten abgeführt werden. Anfänglich wurde die Abgabe in Naturalien geleistet. Mit aufblühender Geldwirtschaft verwandelten die Zehntempfänger den Natural- in Geldwert. Eine Berechnung des durchschnittlichen Zehntwertes führte zu einer alle Jahre gleichbleibenden Geldabgabe. Der Zehnte war also eine Steuer, die dem Zehntberechtigten zustand. Als sie entstand, wurde nur der zehntpflichtig, der zu dem Grundherrn oder der Kirche in irgend einem Abhängigkeitsverhältnis stand.

Bei der Betriebsgrundherrschaft war dieses Abhängigkeitsverhältnis schärfer ausgeprägt als in der darauffolgenden Rentengrundherrschaft. Die persönliche Abhängigkeit verblasste oder verschwand ganz, und nur an den Abgaben und Diensten war sie noch erkennbar. Die so erhaltenen äusseren, sichtbaren Zeichen früherer Unfreiheit wurden zu Beginn des vorigen Jahrhunderts nicht mehr in ihrer rechtlichen Grundlage erkannt und durch die Ideen der Aufklärung und der französischen Revolution als ungerechte Behandlung der Minderbemittelten aufgefasst. Die „Aufklärung“ hielt den Bestand dieser mittelalterlichen Lasten für unzeitgemäss und daher für abschaffungswürdig. Die Beseitigung der schroffsten Form der Abhängigkeit, die Leibeigenschaft, erfolgte in Nassau im Jahre 1808. Das Streben der nassauischen Bauern ging nun darauf aus, auch die letzten, gelinden Formen abzustreifen, und sie glaubten in der Abschaffung besonders des Zehnten ein Allheilmittel gegen ihre schlechte wirtschaftliche Lage gefunden zu haben.

Nach Angaben Dr. Möllers in der „Freien Zeitung“ waren die Lasten auf Grund und Boden noch erhöht worden. So betrug der Zehnte in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts $\frac{1}{6}$, in manchen Gegenden sogar $\frac{1}{5}$ des Ertrags. Darin lag die Hauptursache der Bauernverarmung in Nassau, denn neben dem Zehnten

lagen auf Grund und Boden Staats-, Kirchen-, Gemeindesteuern, Hirtenlohn, Gülten und Grundzinsen. Nach Abzug dieser Abgaben blieb dem Landmann bei der damaligen schlechten und minderwertigen Bewirtschaftung fast nichts mehr übrig.¹⁾ Der Bauer arbeitete übermenschlich, suchte sich also dem Lose der Sterblichen nicht zu entziehen, aber er erarbeitete sich nicht das Nötigste an Kleidern und Schuhen. An Geistesbildung konnte er gar nicht denken. Er lebte von schlechten Kartoffeln und einer schwarzen Brühe, die aus gerösteten Kartoffeln und Gelberüben hergestellt war. Aus Mangel an Geld mussten viele an Krankheiten dahinsterben. Sie waren belastet mit Skrofeln und ansteckenden Krankheiten.²⁾ Der nassauische Bauer war fast ausschliesslich Kleinbauer. Die wenigsten hatten mehr als 10—15 Morgen Land. Jeder strebte nach einem Stückchen Grund und Boden, um nicht als „Habenichts“ dazustehen. Trotzdem war die Hälfte aller Nassauer besitzlos.³⁾ Der Landmann war seit 1808 von der Leibeigenschaft befreit. Auch der Acker gehörte ihm. Er konnte ihn kaufen und verkaufen. Aber auf dem Zehntacker ruhte als Schuld, als Last, als eine Hypothek der Zehnte. Der derzeitige Besitzer musste den Zehnten an den Berechtigten abführen. Wurde ein solches Grundstück verkauft, dann wurde ein Spottpreis dafür geboten; denn jeder Bauer war vorsichtig und zurückhaltend beim Erwerb solch belasteter Grundstücke. Der Zehnte war aber unablösbar. Traten nun Missernten ein, dann geriet der Zehntpflichtige nicht selten in die schwierigsten Geldverlegenheiten. Er sah sich gezwungen, Geld aufzunehmen. Dabei geriet er den Geldwucherern in die Hände oder den Juden, die hauptsächlich das Geldleihgeschäft betrieben. So kam es, dass ganz bald Haus und Hof samt den Grundstücken vollkommen verschuldet waren.⁴⁾ Die Not der Bauersleute war kaum noch tragbar. Freude an der Landbestellung war nirgends zu finden. Der Landbewohner seufzte unter der wirtschaftlichen Not. Dieser trostlose Zustand schleppte sich von Jahr zu Jahr weiter, ohne dass Aussicht auf Besserung bestand.

So lange Herzog Wilhelm regierte, geschah gegen diesen Übelstand nichts. Als 1839 Herzog Adolf seinem Vater auf den Thron folgte, hatte er sich entschlossen, das Hauptübel der Bauernverarmung zu beseitigen, um der wirtschaftlichen Not der Mehrzahl seiner Untertanen abzuhelpen. Zu dem Zwecke erliess er am 20. Januar 1840 das Edikt, die Ablösung des Zehnten betreffend.⁵⁾ Der damalige Minister von Walderdorff stellte eine genaue Berechnung für die Zehntablösung auf. Danach sollte die Ablösung im vollen Werte geschehen.⁶⁾ Ein Aufatmen ging durch ganz Nassau. Der Landesfürst hatte die erste Bresche in den Zehnten geschlagen. Viele Landbewohner bemühten sich, nach diesem Modus den Zehnten loszuwerden. Wenn es auch nur wenigen gelang, endlich zehntfrei zu werden, so sahen doch die Nassauer ein, dass ihr Herzog erkannt hatte, was die Landleute am meisten drückte. Das Volk sah den guten Willen

¹⁾ Freie Zeitung v. 19. Juli 1848.

²⁾ Freie Zeitung v. 8. Juli 1848.

³⁾ Freie Zeitung v. 19. Juli 1848.

⁴⁾ Freie Zeitung v. 19. Juli 1848.

⁵⁾ NM 1026 u. 1028 Staatsarchiv Wiesbaden.

⁶⁾ NM 1028 Staatsarchiv Wiesbaden. Sitz. Bericht v. 18. Oktober 1848.

des Fürsten und brachte ihm seine Sympathien entgegen. Eine ständige Zehntkommission überwachte die Ablösung.⁷⁾ Die Freude über die Möglichkeit, sich aus dem wirtschaftlichen Elend zu befreien, wurde aber getrübt. Denn der ärmere Teil der Landbewohner war ausser stande, sich zehntfrei zu machen. Die Kommission erkannte den Übelstand, wusste aber kein Mittel ausser der Übernahme eines Teiles der Ablösungssumme durch den Staat. Ein solches Ansinnen an die Stände zu richten, war zwecklos, da die Standesherren der Herrenbank rundweg erklärten, dass sie nicht die Hand bieten könnten, private Schulden zu bezahlen. Jeder solle sich selbst befreien.⁸⁾

Da kam das Jahr 1847 mit seiner Missernte. Die Not der Nassauer Bevölkerung war derart, dass man vor einer Hungersnot stand. Nur durch staatliche Geldmittel zum Ankauf von Lebensmitteln und genaue Vorschriften über die Verwendung der geringen Nahrungsmengen, konnte das Schlimmste abgewandt werden.⁹⁾ In dieser bedrängten Lage war der Bevölkerung so recht klar geworden, dass endlich Mittel und Wege gefunden werden mussten, den Zehnten auf schnellste Art zu beseitigen. Das in ganz Deutschland sich kundmachende Verlangen nach Befreiung vom Zehnten, überhaupt der wirtschaftlich sozialen Not, bewogen den Heppenheimer Kongress 1847, an dem Hergenhahn teilnahm, in den deutschen Einzelländern Erhebungen veranstalten zu lassen, wie der wirtschaftlichen Besserung die Wege geebnet werden könnten. Für Nassau erhielt Hergenhahn diesen Auftrag. Die Liberalen zu Heppenheim hatten erkannt, dass an dieser Stelle die erste Hilfe einzusetzen habe, um die Bauernleute den sich immer breiter machenden Radikalen nicht in die Arme treiben zu lassen.¹⁰⁾

Das Vorhaben der Liberalen wurde durch die 1848 ausbrechende Revolution beschleunigt. In Nassau war es derselbe Hergenhahn, der die Revolution besser gesagt, die Reform in die Wege leitete. Er war Prokurator zu Wiesbaden und hatte als solcher einen tiefen Einblick in die wirtschaftliche und soziale Not der Bevölkerung gewonnen. Als Anwalt war er stets für Besserung der Notlage eingetreten.¹¹⁾ Das brachte ihm bald einen grossen Ruf in ganz Nassau. Seine Hilfe war derart begehrt, dass man ihm ein jährliches Einkommen von 6—8000 Fl. nachrechnen konnte.¹²⁾ Als dieser Mann am 2. März 1848 die Nassauer nach Wiesbaden zusammenrief, folgte ihm das ganze Land. Alle sahen in ihm den Mann, der endlich das Volk vom Zehnten und anderen Lasten befreien würde. Dass Hergenhahn seine Reform auf staatspolitischer Grundlage aufgebaut hatte, bemerkten sie nicht.¹³⁾ Als am 3. März die ersten Bauern der Umgegend bewaffnet in Wiesbaden erschienen und vor dem herzoglichen Schlosse für ihre wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche demonstrierten, musste

⁷⁾ Nassauisches Verordnungsblatt v. 4. Mai 1848.

⁸⁾ Freie Zeitung v. 19. Juli 1848.

⁹⁾ Nassauische Verordnungsblätter v. 1847.

¹⁰⁾ Allgemeine deutsche Biographie, Band 12 S. 105.

¹¹⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 1. August 1848.

¹²⁾ Ebenda.

¹³⁾ Vergl. Dr. Ed. Wilhelmi: Nassaus innere Politik vom Beginn der Revolution 1848 bis zum Rücktritt Hergenhahns.

Hergenhahn durch die Wiesbadener Bürgerwehr die Massen über den Zweck der Zusammenkunft aufklären lassen.¹⁴⁾ Doch die Landbewohner verstanden ihn nicht. Bei ihnen stand nur der wirtschaftliche Vor- oder Nachteil zur Debatte: Aufhebung des Zehnten, Verteilung der Domänen, Gewährung von Waldlaub, -moos, -weide usw.¹⁵⁾ Hergenhahn beabsichtigte selbstverständlich die wirtschaftliche Notlage zu beseitigen, nur stellte er die politische Reform in den Vordergrund, aus der dann die wirtschaftliche sich ergeben sollte.¹⁶⁾ So stimmten am 4. März die Nassauer seinen 9 Forderungen zu und waren hochbeglückt, als Herzog Adolf alles widerstandslos genehmigte. Sie glaubten, die zweite Bresche in den Zehnten geschlagen zu haben.¹⁷⁾

Die aus Wiesbaden heimgekehrten Bauern legten die errungene Freiheit in ihrem wirtschaftlich sozialen Sinne aus. Die Zehntzahlungen wurden wie jede andere Abgabe sofort eingestellt. In dem Durcheinander und Versagen der bisherigen Regierung, wagten natürlich die Zehntberechtigten nicht, ihre Forderungen einzutreiben. Schon wiegte sich der Bauer in dem Glauben, zehntfrei zu sein. Es bedürfe nur noch der gesetzlichen Formulierung und Genehmigung durch den Landtag.¹⁸⁾ Als am 6. März 1848 die Kammer zusammentrat, erwarteten die Landbewohner die sofortige Fixierung des Zehntgesetzes.¹⁹⁾ Sie konnten nicht verstehen, dass selbst vom Revolutionsvater Hergenhahn, der doch Präsident des Landtages war, kein einziges Wort über die Zehntablösung gesprochen wurde. Das dauernde Ermahnen des Sicherheitsausschusses, die Ruhe zu wahren und Vertrauen zu Fürst und Regierung zu behalten, verlor ganz bald seine Wirkung.²⁰⁾ Den Landleuten dauerte es zu lange, bis die Neuerungen gesetzlich festgelegt wurden. Auch Dr. Möller mit seiner „Freien Zeitung“ wurde ungeduldig, und er öffnete die Spalten der Presse den Unzufriedenen. Schon am 12. März brachte er Nachrichten, die erkennen liessen, dass das Volk nur eine wirtschaftlich soziale Revolution beabsichtigt hatte.²¹⁾ Auch in den Reihen der Helfer und Mitarbeiter Hergenhahns zeigten sich Zersetzungserscheinungen, weil der ungeheuren Notlage der Bevölkerung nicht sofort entgegengetreten wurde. Einer von ihnen, Dr. Gräfe war derart verärgert darüber, dass er schon am 4. April seine Ziele weitersteckte und zum Gegner Hergenhahns wurde.²²⁾ Die Landbevölkerung wusste sich keinen andern Rat in ihrer Ungeduld, als zur Selbsthilfe zu greifen. Die bekannten Ausschreitungen, die beginnende Anarchie, war die Folge. Hergenhahn und Volk verstanden sich nicht.²³⁾ Auf den in diesen Wochen zahlreich abgehaltenen Volksversammlungen wurde heftig gegen die Verschleppung der „Freiheit“ opponiert. An der Weil verstand es Pfarrer Snell-

¹⁴⁾ Riehl und Spielmann berichten davon nichts. Flugblatt v. 3. März 1848.

¹⁵⁾ Riehl S. 4. Spielmann S. 4.

¹⁶⁾ Näheres Dr. Ed. Wilhelmi: Nass. innere etc. (Fussnote Nr. 13.)

¹⁷⁾ Carmen Silva: Mein Penatenwinkel. Band 1.

¹⁸⁾ Freie Zeitung v. 17., 21., 27. März 1848.

¹⁹⁾ Freie Zeitung v. 21. März 1848.

²⁰⁾ Vergl. Dr. Ed. Wilhelmi: (Fussnote Nr. 13.)

²¹⁾ Freie Zeitung v. 12. März 1848.

²²⁾ Flugblatt v. 4. April 1848.

²³⁾ Vergl. Fussnote 20.

Langenbach, die Bauern noch besonders aufzuregen. Auch er lebte im Glauben. Hergenbahn habe neben anderem auch die unentgeltliche Befreiung vom Zehnten versprochen. Am 2. April 1848 liess er einen längeren Artikel in der „Freien Zeitung“ erscheinen, in dem er eine Schilderung von der Aufregung unter den Bauern bot.²⁴⁾ Hatten begeisterte Menschen in den ersten Tagen des März den ernsthaften Vorschlag, dem „Vater Hergenbahn“ sofort ein Denkmal zu setzen, im Lande verbreitet,²⁵⁾ so fing man Anfang April schon an, „den Lenker und Leiter der Revolution zu verwünschen und zu verfluchen.“²⁶⁾ Und warum dieser Umschwung? Die „unentgeltliche Ablösung mittelalterlicher Lasten“, liess zu lange auf sich warten.²⁷⁾ Hergenbahn, welcher erkannte, dass die wirtschaftliche Not allein die Schuld an der Verärgerung trug, suchte durch allerlei provisorische Gesetze und Verordnungen, die er bei der Regierung erwirkte, das Volk zu beruhigen. So verschaffte er den Landbewohnern das Recht, 2 mal wöchentlich Holz aus den Wäldern holen zu dürfen. Die Bürgermeisterwahl durch die Dorfgemeinde wurde geregelt. Die Selbstverwaltung übernahm das Sicherheitskomité, den Schutz die Bürgerwehr.²⁸⁾ Es war alles umsonst. Selbstverständlich freute sich der Bauer auch über diese neuen Vorteile. Er nahm sie stillschweigend hin, ohne Zufriedenheit zu zeigen, weil die Hauptlast, der Zehnte, nicht beseitigt wurde.²⁹⁾ Da bildete sich mitten in der Unzufriedenheit eine neue politische Partei, die Demokraten, welche auf ihre Fahnen „Befreiung von jeder unberechtigten Last“ schrieb. Sie liessen dem Volke die Revolution im Lichte des Geldgewinns, und des finanziellen Vorteils erscheinen. Das war die Partei, welche dem Bauer die richtige zu sein schien. Nassaus Bauernschaft begann sich zu radikalisieren.³⁰⁾

Als im April die Neuwahlen zum Landtag stattfanden, wurden in allen grösseren Orten Wahlausschüsse gebildet, welche bei der Aufstellung von Abgeordneten kandidaten behilflich sein durften. Auf dem Lande war es mit Hilfe der demokratischen Bauern geglückt, möglichst viel Radikale in die Wahlausschüsse zu bringen. Da die einzige Volkskammer über die Zehntablösung entscheiden sollte, wollte die Landbevölkerung nur solche Kandidaten aufstellen, die gewillt waren, ihren Forderungen zu genügen. Es wurde deshalb von vielen alten, bewährten Abgeordneten abgesehen. Die örtlichen Wahlausschüsse arbeiteten für Leute, die erst seit dem 4. März ihre politische Sendung entdeckt hatten. Wer am besten auf vergangene Zeiten schimpfen konnte, am meisten für die Zukunft versprach und der Landbevölkerung am „unflätigsten“ zu schmeicheln verstand, wurde für fähig und würdig gehalten, Volksabgeordneter zu werden. Die in Aussicht genommenen Abgeordneten liessen sich vielfach dazu hinreissen, den Bauern die unentgeltliche Zehntablösung zu versprechen. Damit verursachten sie die feindliche Einstellung der Landbewohner zur Regierung, die ihrerseits

²⁴⁾ Freie Zeitung v. 2. April 1848.

²⁵⁾ Freie Zeitung vom 7. März 1848.

²⁶⁾ Freie Zeitung v. 2. April 1848.

²⁷⁾ Freie Zeitung v. 17. März 1848.

²⁸⁾ Vergl. Dr. Ed. Wilhelmi: (Siehe Fussnote Nr. 13.)

²⁹⁾ Ebenda.

³⁰⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 11. April 1848 und Dr. C. Spielmann: 48er Nassauer Chronik. S. 70.

niemals solche oder ähnliche Versprechungen gemacht hatte. Auf diese Weise erkaufte sich die Abgeordneten die Wählerstimmen.³¹⁾ „Man hatte in Nassau noch niemals solche Zeiten gesehen, in denen man mit solchen Mitteln und so wohlfeilen Kaufes zu Ehren und Ansehen gelangen und zu einer Säule des Vaterlandes werden konnte.“³²⁾ Sofort nach Gründung der republikanischen Partei begann deren Agitation. Sie entfaltete ihre Haupttätigkeit unter den Landbewohnern, denn sie hatte klar erkannt, dass die Hergenhahnsche liberale Revolution nur durch die Hilfe der Bauern ermöglicht worden war. Daraus weiterschliessend folgerten sie, dass ihre politischen Ziele, wenn es gelang, die Landleute dafür zu gewinnen, ebenso leicht zu erreichen seien. Aus den Wünschen der Nassauer war das Mittel, sie für demokratische Ideale zu begeistern, leicht zu finden. Keine einzige Frage bewegte so allgemein die Nassauer wie die Zehntfrage. Der Bauer war materiell, wirtschaftlich und sozial eingestellt. Damit war der neuen Partei das „Wie?“ der Agitation vorgeschrieben.³³⁾ Die Republikaner traten in Versammlungen und der „Freien Zeitung“ mit Beschuldigungen gegen die Regierung und den Minister Hergenhahn auf. Sie gaben vor, ihnen träten die Neuerungen nicht schnell genug ins Leben.³⁴⁾ Hergenhahn wurde verdächtigt, mit der Einführung der Freiheiten zu zögern, um dieselben ganz zurückzuhalten.³⁵⁾ Dadurch säten die Demokraten Misstrauen. Sie priesen ihre Republik, in der Freiheitsbeschränkung ausgeschlossen sei.³⁶⁾ In derselben würden alle ungerechten Lasten, besonders der Zehnte, ganz nach Wunsch der Bevölkerung behandelt.³⁷⁾ Mit diesem Lockmittel, das durch andre finanzieller Art verstärkt wurde, war die Werbung der Republikaner erfolgreich. Die Zahl der demokratischen Mitglieder wuchs auf dem Lande von Tag zu Tag.³⁸⁾ Das Schlimme der Agitation war die Vernichtung des rechtlichen und staatlichen Sinnes beim Volk. Die Gefahr einer wirtschaftlich sozialen Revolution war erkennbar. In den Versammlungen wurden zahlreiche Zehntpetitionen angeregt und der Regierung und dem Landtage zugesandt. Oft waren Bittschriften mit 4—500 Unterschriften versehen. Sie wanderten von Ort zu Ort, so dass ganze Bezirke eine einzige Zehntpetition absandten. Manche waren sogar gedruckt.³⁹⁾ Die Bittschriften häuften sich in Wiesbaden. Hergenhahn legte deshalb schon am 21. Juni 1848 dem Landtag einen Zehntgesetzentwurf vor.⁴⁰⁾ Die nassauische Bevölkerung hatte von ihren Abgeordneten sofortige Einlösung ihres Wahlversprechens erwartet.⁴¹⁾ Als sich dieselben aber fortgesetzt über Prinzipienfragen stritten und keine praktische Arbeit leisteten, zeigte sich überall Unzufrieden-

³¹⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 22. April 1848.

³²⁾ Freie Zeitung v. 13. u. 30. April 1848.

³³⁾ Vergl. Dr. Ed. Wilhelmi: (vergl. Fussnote Nr. 13.)

³⁴⁾ Freie Zeitung v. 26., 30. April u. 1. u. 5. Mai 1848.

³⁵⁾ Freie Zeitung v. 30. April 1848.

³⁶⁾ Freie Zeitung vom 22. April 1848.

³⁷⁾ VIII St. M. 7458 Staatsarchiv Wiesbaden.

³⁸⁾ Freie Zeitung v. 22. April 1848.

³⁹⁾ Sitz. Bericht v. 20. Juli 1848.

⁴⁰⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 14. Juni 1848 u. Fr. Zeitung v. 13. Juni 1848.

⁴¹⁾ Sitz. Bericht v. 21. Juni 1848.

heit mit den Verhandlungen. Der nassauische Bauer glaubte sich auch von seinen Vertretern betrogen. Das Interesse an den Landtagsberichten schwand.⁴²⁾ Dafür besuchten die Landleute um so zahlreicher und öfter die Demokratenversammlungen. An der Weil war der Zehntanwalt Pfarrer Snell-Langenbach, in der Limburger Gegend Prokurator Winter-Limburg.⁴³⁾

Eine grosse Demokratenversammlung wurde am 11. Juni 1848 zu Hochheim a. M. abgehalten. Zahlreich waren die Nassauer herbeigeströmt, um Demokraten des Reichsparlaments zu hören. Auch auf dieser Versammlung spielte der Zehnte eine grosse Rolle. Dort wurden die Wähler belehrt, dass sie jedem Abgeordneten das Mandat kündigen könnten, wenn er nicht den Wünschen der Bevölkerung entsprechend handle.⁴⁴⁾ In Bad Schwalbach hatten die Demokraten sogar Plakate angeschlagen, auf denen die Bevölkerung zur Mandatsentziehung angehalten wurde.⁴⁵⁾ Dieses Programm der Linken konnte aber nicht die Zustimmung der zehntfreien Bauern erhalten. Die Dillenburger, Herborner und Hadamarer Gegend hatte wenig oder gar kein Zehntland. Die dortigen Bauern befürchteten bei einer unentgeltlichen Ablösung des Zehnten, neue, recht hohe Steuern bezahlen zu müssen, um die Ablösungssumme des Staates zu decken. Auch sie hielten Zehntversammlungen ab. Diese standen unter der Leitung des zur Linken zählenden höchsten nassauischen Gerichtsbeamten, Oberappellationsgerichtspräsident Rath-Dillenburg. Dieser Mann, durch und durch Jurist, vertrat den Standpunkt, dass der Zehnte eine privatrechtliche Angelegenheit sei, die weder die Regierung, noch der Landtag abändern könne. In diesem Sinne liess er Entschliessungen annehmen, die unterschrieben als Zehntpetitionen nach Wiesbaden weitergeleitet wurden.⁴⁶⁾

Die dem Landtag vorliegenden Zehnbittschriften liessen sich in drei Gruppen einteilen. Die meisten forderten unentgeltliche Ablösung. Manche redeten einer dem Vermögen des Zehntpflichtigen angepassten Ablösung das Wort. Danach sollten die Ärmsten mit dem siebenfachen, die Reichsten mit dem fünfundzwanzigfachen Werte ablösen. Die dritte Art warnte die Regierung und den Landtag vor jeglichem Eingriff, da der Zehnte eine privat rechtliche Grundlage habe, die niemand abändern könne.⁴⁷⁾ Man sieht, dass alle nassauischen Bauern Zehntpolitik trieben. Die einen, weil sie dabei viel gewinnen konnten, die andern, weil sie dabei mit Verlust rechnen mussten. Der Landtag hörte die Bittschriften im Juli 1848 an, konnte aber noch nicht zur Beratung des schon längst vorliegenden Gesetzesentwurfs kommen.⁴⁸⁾

Die Linke benutzte diese Zeit zu ganz gross angelegter Agitation. Bis Juli war der Bauer nur in Einzelversammlungen mit Erfolg bearbeitet worden. Nun versuchten die Radikalen ganze Landbezirke zu Interessengruppen zusammenzuschweissen. Den Anfang dazu machte Prokurator Winter-Limburg. Er be-

⁴²⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 14. 6. 1848 u. Fr. Zeitung v. 13. Juni 1848.

⁴³⁾ VIII St. M. 7458 Staatsarchiv Wiesbaden.

⁴⁴⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 13. 6. 1848 u. Fr. Zeitung v. 17., 19., 24. Juni, 8. Juli 1848.

⁴⁵⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 19. Juni 1848.

⁴⁶⁾ Sitz. Bericht v. 20. Juli 1848.

⁴⁷⁾ Ebenda.

⁴⁸⁾ Ebenda.

wog eine Anzahl Schultheissen auf den 10. Juli eine grosse Versammlung der ganzen Limburger Gegend nach Lindenholzhausen einzuberufen. Der Besuch derselben war sehr stark. Georg Böhning, Oswald Dietz, Dr. Gräfe, Architekt G. Werren aus Wiesbaden und Andreas Grossmann-Höchst, alles Haupttradikale, nahmen an der Versammlung teil. Die unentgeltliche Zehntablösung wurde eingehend besprochen und die Bevölkerung aufgefordert, endlich den ungehorsamen Abgeordneten ihr Mandat aufzukündigen.⁴⁹⁾

Gleichzeitig tagte in Cronberg eine Massenversammlung für 32 Gemeinden der Maingegend. Es wurden dort dieselben Punkte und in der nämlichen Weise, wie in Lindenholzhausen, behandelt. Einige Tage später erhielten die in den dortigen Bezirken gewählten Abgeordneten Grossmann, Müller II, Kürtel und Wehrfritz die Aufforderung, den Volkswillen zu vertreten oder ihr Mandat niederzulegen.⁵⁰⁾

Für Oranienstein war auch eine Massenversammlung angesetzt. Sie musste jedoch wegen in Diez vorgefallener politischer Streitigkeiten abgesagt werden. Dafür wurde die Regierung erneut mit Zehntpetitionen überschwemmt.⁵¹⁾

An all diesen Vorgängen war die „Freie Zeitung“ nicht unschuldig. Dr. Möller war ganz in das Lager der Radikalen gegangen. Seine Zeitung war deren Parteiorgan geworden, das den Zehntkampf als Angriffskrieg führte.⁵²⁾ Die Zahl der demokratischen Bauern mehrte sich derart, dass Riehl mit seiner konstitutionell eingestellten „Nassauischen Allgemeinen Zeitung“ bis zum Herbst 1848, falls bis dahin die Zehntfrage nicht verabschiedet sei, soziale Kämpfe erwartete.⁵³⁾ So lange dauerte es aber gar nicht. Die Republikaner glaubten sich schon im Juli 1848 so stark, dass sie vor einer Machtprobe nicht zurückschreckten. Am 16. und 17. Juli kam es zum Wiesbadener Juliputsch, der Nassau in eine schwere Krise brachte.⁵⁴⁾ Ähnlich wie Hergenhausen, so lud jetzt Oswald Dietz das Landvolk zum bewaffneten Zuge nach Wiesbaden ein. Es war ein Glück, dass der nassauische Bauer keine Revolution wünschte. In Idstein hatte Dietz keinen Erfolg. Als auch sein Bemühen in Kamberg ergebnislos blieb, floh er nach Frankreich, um einer neuen Verhaftung zu entgehen.⁵⁵⁾ Der Bauer verlangte Ruhe, damit das Zehntgesetz beraten werden könne.⁵⁶⁾ Die Demokraten sahen ein, dass die Landbewohner nur Scheindemokraten waren, die nur ihre wirtschaftlichen und sozialen Ziele unterstützten, aber für politische kein Verständnis hatten. Die Revolutionierung Nassaus misslang. In Wiesbaden liefen sogar von den demokratischen Bauern Dankschreiben bei der Regierung ein, in denen dieselben ihre Abneigung gegen jeden Putschgedanken zum Ausdruck brachten.⁵⁷⁾

⁴⁹⁾ VIII St. M. 7458 Staatsarchiv Wiesbaden.

⁵⁰⁾ Freie Zeitung v. 14. Juli 1848.

⁵¹⁾ VIII St. M. 7458 Staatsarchiv Wiesbaden.

⁵²⁾ Vergl. Dr. Ed. Wilhelmi: (vergleiche Fussnote Nr. 13.)

⁵³⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 14. Juli 1848.

⁵⁴⁾ VIII St. M. 5979 Staatsarchiv Wiesbaden.

⁵⁵⁾ Ebenda.

⁵⁶⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 25. Juli 1848.

⁵⁷⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 24., 25. Juli, 4., 16. u. 17. August 1848.

Endlich im August kam es zu der lang ersehnten Zehntgesetzberatung. Alle Abgeordneten wussten, wie schwierig die Ablösung war. Aber viele hatten sich vor der Wahl in dieser Frage gebunden. Obwohl sie sahen, dass der nassauische Staat bei der unentgeltlichen Ablösung 12 000 000 Fl. Einnahme verlor, bestanden sie darauf, um ihr Versprechen einzulösen.⁵⁸⁾ Die Regierung musste sich in ihrer Gesetzesvorlage nach den „Grundrechten“ der deutschen Nationalversammlung richten. Da hiess es: „Auf Grund und Boden haftende Abgaben, insbesondere der Zehnte, sind ablösbar.“ Wie 1840 Walderdorff, so betrachtete Hergenhahn den Zehnten als ein Privatrecht. Die Ablösung musste also nach nassauischem Gesetz im vollen Werte erfolgen. Als solchen sah man, wie in Baden, den 20 fachen Betrag des jährlichen Zehntwertes als Ablösungssumme an. Um aber auch den Armen die Ablösung zu ermöglichen, schlug die Regierung den 16 fachen Betrag vor. Den Rest wollte die Regierung bezahlen. Dadurch verlor der Staat noch 232 000 Fl. an Zehnteinkommen. Dazu kam die Ablösung der Privatzehnten, die dann der Staat auch teilweise zu bezahlen hatte.⁵⁹⁾ Um die neuen Einnahmeverluste und neuen Ausgaben zu decken, wären neue Steuern notwendig geworden. Vorläufig bemerkte man bei den Abgeordneten keine Erwägungen dieser Art.⁶⁰⁾ Sie stritten sich um die geltliche oder unentgeltliche Ablösung. Endlich fand sich bei der Abstimmung eine Mehrheit für den 12 fachen Ablösungsbetrag.⁶¹⁾ Es war deutlich ersichtlich, dass es sich bei diesem Gesetz nicht um Rechtsfragen und Finanzpunkte handelte, dass die Schwierigkeiten nicht in der Sache an sich lagen, sondern darin, dass die Abgeordneten hier durch ihre Versprechungen über eine Prinzipienfrage, über eine Art politischen Glaubensartikel stritten. Den meisten Abgeordneten war vor der Abstimmung eine genaue Zehntrechnung unerwünscht.⁶²⁾ Erst nach dem Beschluss traten einzelne den verblendeten Volksvertretern entgegen. Besonders war es der Abgeordnete Habel, der seinen Abgeordnetenkollegen das Gewissen schärfte. Er trat mit einer privaten Zehntberechnung hervor und verwies auf die hohen Verlustsummen des Staates.⁶³⁾ Da stellten auch die Volksvertreter Leisler und Blum Berechnungen auf. Wenn sich die Endsummen dieser drei Berechnungen auch nicht deckten, so war doch die ungeheure Verschwendung der Staatsgelder klar erkennbar. Fast alle Abgeordneten erschrecken über die hohen Verlustsummen.⁶⁴⁾ Jetzt rächten sich die gewissenlosen Wahlversprechungen. Grossmann und Siebert beantragten, den Beschluss solange als nicht vorhanden zu betrachten, bis eine genaue Zehntberechnung durch die Regierung vorliege. Dann solle das ganze Gesetz erneut beraten werden. Die Linke wehrte sich aber entschieden gegen jede Abänderung des Beschlusses. Sie hatte dem 12 fachen Betrag zugestimmt, um den konstitutionellen Staat finanziell zu ruinieren. Damit hätte sich Hergenhahns Sy-

⁵⁸⁾ Sitz. Bericht vom 20. Juli 1848.

⁵⁹⁾ Sitz. Bericht v. 2. u. 4. August 1848.

⁶⁰⁾ Sitz. Bericht v. 2. August 1848.

⁶¹⁾ Ebenda.

⁶²⁾ Ebenda.

⁶³⁾ Sitz. Bericht v. 14. u. 16. August 1848.

⁶⁴⁾ Ebenda.

stem als unbrauchbar gezeigt, und ihre Ziele wären um so leichter zu verwirklichen gewesen. Keim und Bellinger durchschauten aber diesen Plan und stellten deswegen den Antrag, das ganze Gesetz zu verwerfen. Als darüber abgestimmt wurde, waren 24 für, 16 gegen das Gesetz. Es blieb also bei dem Beschluss, die Gesetzesberatung solange zu verschieben, bis die Regierung die genaue Berechnung vorlegte.⁶⁵⁾

Die Bauern verfolgten mit Spannung die Verhandlungen des Landtags. Snell-Langenbach und Oppermann-Wiesbaden trugen den Gedanken einer unentgeltlichen Ablösung immer weiter in das Volk.⁶⁶⁾ Der Abgeordnete Rath-Dillenburg hatte gegen seine früheren Zehntpetitionen für den 12fachen Ablösungsbetrag gestimmt. Seine Wähler waren damit vollkommen unzufrieden. Gerade seine Zehnteinstellung hatte ihm zur Wahl verholfen. Nun wandten sich seine Wähler unwillig von ihm ab.⁶⁷⁾

Sofort nach der Verschiebung der Zehntgesetzberatung setzte die Agitation der Linken wieder ein. Wie früher, so war es auch diesmal Prokurator Winter-Limburg, der am 21. August in Hadamar, am 25. August am Mensfelder Kopf Zehntversammlungen abhielt. Dr. Gerau-Weilburg, Schuhmacher Hoffmann-Weilburg und Zimmermann Grün-Löhnberg waren die Zehntanwälte des Weilburger Bezirks. Snell besorgte dasselbe an der Weil. So wurden Zehntversammlungen abgehalten: zu Weilburg am 16. August, Mehrenberg am 18. August, Löhnberg am 24. August, am Knoten am 5. September, bei Driedorf am 30. August und Niedershausen am 3. Oktober 1848. Volksversammlungen zu Nassau am 20. August, zu Hadamar am 22. August, Lg. Schwalbach am 18. August, Idstein am 31. August 1848 dienten demselben Zwecke. Dort wurde die Landbevölkerung gegen Minister, Regierung und Abgeordnete aufgereizt. Am 17. September und 24. September 1848 forderten Grün und Dr. Gerau auf, die Fürsten zu vertreiben. Dr. Gerau nannte besonders Herzog Adolf, der seine Versprechungen nicht gehalten habe. Als Mittel, dem Staat den Volkswillen aufzuzwingen, wurden Steuer- und Dienstpflichtverweigerung angepriesen. Dabei half die „Freie Zeitung“ in jeder Weise nach. Redakteur Oppermann versuchte aus der Geschichte nachzuweisen, dass der Zehnte eine uralte Ungerechtigkeit sei, die deswegen unentgeltlich gutgemacht werden müsse.⁶⁸⁾

Mit dieser Art der Agitation waren nicht alle Bauern Nassaus einverstanden. So wurden am 15. und 17. August 1848 in Herborn grosse Zehntversammlungen abgehalten. Dort wurde gegen jede Steuer, die ihre Ursache in der Zehntverschwendung hatte, entschieden opponiert. Es wurden Bittschriften an Hergenhahn gesandt, in denen gebeten wurde, das Zehntgesetz nicht auszuführen und die Kammer sofort aufzulösen. Der Zehntbeschluss könne durch einen Volksentscheid aufgehoben werden. Am 20. August 1848 erliess die Stadt Herborn einen „Aufruf an alle Nassauer“, in dem das Volk aufgefordert wurde, „den Abgeordneten ein deutliches Zeichen ihrer Misstimmung zu geben.“ Sie fanden

⁶⁵⁾ Sitz. Bericht v. 16. u. 17. August 1848.

⁶⁶⁾ Erklärung Snells in der Nass. Allgem. Zeitung v. 3. September 1848.

⁶⁷⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 17. August 1848.

⁶⁸⁾ Vergl. Dr. Ed. Wilhelmi: (vergleiche Fussnote Nr. 13.)

damit aber wenig Anklang, denn die Mehrzahl der nassauischen Bauern war zehntpflichtig. Nur Dillenburg und Hadamar schlossen sich dem Aufruf teilweise an. Hadamar drohte mit „Sturmpetitionen“, wenn das Zehntgesetz in Kraft gesetzt würde.⁶⁹⁾ Auch aus dem Taunus lag eine ähnliche Bittschrift vor.⁷⁰⁾ Der Landtag kümmerte sich kaum um diese Zehntpetitionen.⁷¹⁾ Da schlossen sich Wiesbadener und Herborner zusammen, um die sofortige Auflösung der Kammer zu fordern.⁷²⁾ Die „Nassauische Allgemeine Zeitung“ griff diesen Gedanken auf, kam aber zu dem Ergebnis, dass es besser sei, den Landtag nicht aufzulösen. Die Zahl der Demokraten sei zu gross, so dass zu befürchten stände, der neugewählte Landtag habe eine noch ungünstigere Zusammensetzung als der gegenwärtige.⁷³⁾

Die Linke hatte ihr Ziel nicht erreicht. Bei der bevorstehenden neuen Zehntberatung wollten sie einen grösseren Druck von aussen auf die Verhandlungen ausüben können. Das war in Wiesbaden wegen des vielen Militärs nicht möglich. Deshalb wünschten sie die Verlegung des Landtags nach Diez an der Lahn.⁷⁴⁾ Es lag zentraler als Wiesbaden, und was wichtiger war, Diez hatte eine ausgesprochen radikale Bevölkerung. Dort war es sehr leicht, Einfluss auf die Abgeordneten zu gewinnen. Die Landtagsdemokraten hatten aber nicht den Mut, ohne wichtige Gründe mit dieser Forderung vor die Kammer zu treten. Daher sollte und musste das „Volk“ vorgeschickt werden. Der Abgeordnete Rath regte Petitionen in diesem Sinne bei dem demokratischen Verein zu Dillenburg an.⁷⁵⁾ Der Erfolg blieb aus, weil viele Bauern durch die Septembervorgänge — Ermordung von Auerswald und Lychnowski zu Frankfurt a. M. — einen Abscheu vor den Demokraten hatten. Die Landleute erstrebten kein System, das seine Wege mit Mord bahnte und seine Gesetze mit Bürgerblut zu schreiben gedachte.⁷⁶⁾ Die Dillenburger Demokraten wandten sich an alle radikalen Vereine in ganz Nassau, fanden aber nur Anklang in Diez. Alle anderen lehnten ab. In den Petitionen beider Städte war als Verlegungsgrund angegeben, einzelne Abgeordnete, besonders Herr Rath, seien in Wiesbaden wegen ihrer Theateranträge „bedroht“, und es seien ihnen nächtliche Katzenmusiken zugebracht. Der Landtag ging nach Verlesen der Petitionen, ohne ein Wort darüber zu verlieren, zur Tagesordnung über.⁷⁷⁾

Am 10. Oktober 1848 legte die Regierung dem Landtag die gewünschte genaue Zehntberechnung vor. Die Kammer setzte einen Ausschuss zur Nachprüfung derselben ein. Bei dieser Gelegenheit fragte die Linke bei der Regierung an, warum der zu Recht bestehende Zehntbeschluss noch nicht veröffentlicht sei. Bis zu dem Zeitpunkt der Bekanntmachung des Gesetzes wolle die Linke das angeforderte 4. Steuersimpel nicht bewilligen.

⁶⁹⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 23. August 1848.

⁷⁰⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 24. August 1848.

⁷¹⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 22. August 1848.

⁷²⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 30. August 1848.

⁷³⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 8. Oktober 1848.

⁷⁴⁾ Sitz. Bericht v. 23. September 1848 u. Freie Zeitung v. 15. September 1848.

⁷⁵⁾ Sitz. Bericht v. 23. September 1848.

⁷⁶⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 24., 25. u. 27. September 1848.

⁷⁷⁾ Sitz. Bericht v. 23. September 1848.

In der letzten Kammersitzung der ersten Tagungsperiode kam es wegen der staatlichen Zehntberechnung zu Meinungsverschiedenheiten. Leisler behauptete, die Zehntberechnung des früheren Ministers Walderdorff von 1840 sei viel zu hoch gegriffen. Die Regierung lehnte den Vorwurf ab und erteilte dem Landtag eine tüchtige Lektion: „Der Landtag, der unausführbare Beschlüsse fasste, nur Einzelinteressen beachtete, kann von der Regierung nicht dasselbe erwarten. Sie ist für alle da, und hat alle Interessen zu wahren.“⁷⁸⁾ Als das Gesetz erneut beraten werden sollte, stellte sich heraus, dass die Kammer beschlussunfähig war. Es waren nur 31 Abgeordnete anwesend. Das Zehntgesetz blieb daher für diese Sitzungsperiode unerledigt, denn am 18. Oktober wurde die Kammer auf vier Wochen vertagt.⁷⁹⁾

Um auf die in der kommenden Periode bevorstehende Zehntgesetzberatung den nötigen Einfluss zu gewinnen, begannen die Demokraten erneut ihre Agitation. Zahlreiche Volksversammlungen wurden in Aussicht genommen. Aber die Republikaner mussten bald die Feststellung machen, dass nur noch überzeugte Parteigenossen erschienen.⁸⁰⁾ Aus Volksversammlungen wurden Parteiversammlungen. Vielerorts wurden neue Demokratenvereine gegründet.⁸¹⁾ Den Bauersleuten war vielfach das demokratische Treiben zuwider. Als am 1. Oktober 1848 am Knoten eine demokratische Versammlung stattfinden sollte, wurde diese von Bauern aus Mengerskirchen, Hüblingen und Neunkirchen gesprengt.⁸²⁾ Trotzdem gab die Linke den Plan, das ganze Land zu demokratisieren, nicht auf. Sie forderten zu Pfaffen- und Fürstenmord auf. Permanente Revolution wurde gepredigt. Pfarrer und Lehrer, die nicht mit gutem Beispiel vorangingen, müssten verjagt werden. Dr. Gerau verfasste eine Druckschrift, die am 8. Dezember 1848 erschien, in der er zum „Anschluss an die Partei des Umsturzes“ und zur Teilnahme an der dauernden Revolution aufforderte. Steuerverweigerung und Nichtachtung der aufgezwungenen Gesetze seien die Mittel zur Erlangung der Volksherrschaft.⁸³⁾

Am 9. Dezember wurde die am 18. Oktober 1848 verschobene Zehntgesetzberatung nachgeholt. Die Regierung beantragte erneut den 16 fachen Ablösungsbetrag. Trotzdem stimmte die Kammermehrheit für Beibehaltung des 12 fachen Betrags. Auch diesen Zehntbeschluss veröffentlichte die Regierung nicht.⁸⁴⁾

Um nach entgültiger Zehntberatung den Bauern auch das nötige Geld zur Ablösung zu angemessenem Zinsfusse zu verschaffen, auch notleidende Handwerker zu unterstützen, wurde die Landeskreditkasse in eine „Nassauische Landesbank“ umgewandelt. Sie sollte am 1. Januar 1849 eröffnet werden.⁸⁵⁾

Hergenhahn weilte bei der letzten Abstimmung über das Zehntgesetz in Berlin. Er machte nach seiner Rückkehr dem Landtag die Mitteilung, dass die

⁷⁸⁾ Sitz. Bericht v. 10. Oktober 1848.

⁷⁹⁾ Sitz. Bericht v. 18. Oktober 1848.

⁸⁰⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 5. Oktober 1848.

⁸¹⁾ Ebenda.

⁸²⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 4. Oktober 1848.

⁸³⁾ VIII St. M. 7460 Staatsarchiv Wiesbaden.

⁸⁴⁾ Sitz. Bericht v. 9. Dezember 1848.

⁸⁵⁾ Sitz. Bericht v. 9. Dezember 1848.

Regierung „in Erwägung der gleichmässigen Fürsorge auch für die kleinen Grundbesitzer und die arbeitenden Klassen dem von der Kammer beschlossenen Zehntgesetz seine Zustimmung nicht geben könne“. Er glaube jedoch, dass zur Versöhnung des Landes von beiden Seiten Opfer gebracht und eine Vermittlung hergestellt werden müsse. Deshalb schlug er den 14 fachen Betrag als Ablösungssumme vor. Falls dieser Vorschlag nicht durchgehen sollte, behalte er sich „seine dementsprechenden Massnahmen vor“. Die Linke entrüstete sich über das ministerielle Eingreifen in die Landtagsbefugnisse. Wenkenbach und Justi verliessen den Saal vor der Abstimmung. Habel trat sofort als Gegner des Regierungsvorschlages auf. Seine Gegnerschaft beruhte auf sachlicher Verurteilung des grossen Unrechts, das im Regierungsvorschlag enthalten sei. Er kritisierte auch die Verschleuderung des Staatsvermögens durch die Regierung und die Aufnahme einer Anleihe von 1 200 000 Fl. Die Abstimmung ergab 5 Stimmen gegen die Regierung.⁸⁶⁾ Auch die Linke hatte dem Regierungsvorschlag zugestimmt, weil sie Furcht hatte, der Minister würde gegen einen anderen Beschluss ein Veto einlegen und damit die sowieso schon offenbare Unfähigkeit des Landtags dokumentieren.⁸⁷⁾

Die Wirkung dieser entgültigen Beschlussfassung auf die Landbewohner war unerwartet. Der Bauer gab sich mit der Zehntregelung zufrieden. Erst Dr. Gerau-Weilburg versuchte die Landleute zum schriftlichen Protest gegen das Gesetz zu bewegen. Die Bauernversammlungen, die Dr. Gerau zu diesem Zwecke abhielt, waren schlecht besucht. Auf seinen Agitationsreisen kam er durch den ganzen Westerwald. Er gründete einen „Ausschuss zur Aufhebung des Zehnten“, verfasste eine Protestkundgebung und versandte sie zur Unterschrift in viele nassauische Orte. Die Zahl der Unterzeichner war gering.⁸⁸⁾ Ein Stück aus der Protestschrift lautet folgendermassen: „Der Zehnte muss fallen. Wir verlangen seine Abschaffung im Namen der ewigen, unantastbaren Menschenrechte, zur Sühne der schmähhch verjährten Schande, zur Rettung der künftigen Geschlechter.“⁸⁹⁾

Die Regierung sah sich genötigt, allen Versuchen, den Zehntbeschluss umzuwerfen, vorzubeugen und erliess eine amtliche Bekanntmachung an alle Grundbesitzer, worin Dr. Geraus Tätigkeit als „eine alle Rechtsgrundsätze verleugnende Aufreizung“ bezeichnet wurde. Sie warnte jeden, dem Ausschuss Gehör zu schenken.⁹⁰⁾ Dr. Gerau und seine Helfer störten sich nicht an der Regierung. Sie setzten ihre Reisen an der Lahn entlang fort.⁹¹⁾ Deshalb wurden alle Beamte von der Regierung auf das Treiben der Agitatoren aufmerksam gemacht. Bei irgendwelchen Gesetzesübertretungen der Emissäre müsse sofort gegen sie eingeschritten werden.⁹²⁾ Doch dazu war bald keine Veranlassung vorhanden.

⁸⁶⁾ Sitz. Bericht v. 22. Dezember 1848.

⁸⁷⁾ Freie Zeitung v. 23. Dezember 1848 u. Frankfurter Journal v. 26. Dezember 1848.

⁸⁸⁾ VIII St. M. 7460 Staatsarchiv Wiesbaden.

⁸⁹⁾ Gesammelte Nass. Flugblätter 1848–1850, Nr. 3.

⁹⁰⁾ Amtl. Bekanntm. v. 9. Februar 1849.

⁹¹⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 22. Februar 1849.

⁹²⁾ Amtl. Bekanntm. v. 21. Februar 1849.

denn als „der Ausschuss“ sah, dass sein Beginnen erfolglos war, stellte er von selbst seine Agitation ein.⁹³⁾

Als am 1. Januar 1849 die Landesbank eröffnet war, fingen die Landleute in Nassau an, mit Hilfe des ihnen gebotenen Kredites sich nach und nach des verhassten Zehnten zu entledigen. Wenn auch nicht alles, was die 48er Revolution gebracht hatte, damals ausführbar war, so kann doch die heutige Generation der nassauischen Bauernschaft dankbar der Zeiten gedenken, in denen es unter äusserster Anspannung der eigenen Kräfte und der Staatsfinanzen ermöglicht wurde, grade den Bauernstand aus einer ungeheuren Verschuldung und Not zu befreien und ihm dadurch die Möglichkeit zu geben, neu aufzubauen und zu dem Wohlstande zu gelangen, den er vor dem Beginn des Weltkrieges hatte.

⁹³⁾ Nass. Allgem. Zeitung v. 7. März 1849.

Literaturverzeichnis.

I. Akten des Staatsarchivs Wiesbaden

- N. M. 1026 Staatsarchiv Wiesbaden.
- N. M. 1028 Staatsarchiv Wiesbaden.
- VIII St. M. 7458 Staatsarchiv Wiesbaden.
- VIII St. M. 5979 Staatsarchiv Wiesbaden.
- VIII St. M. 7460 Staatsarchiv Wiesbaden.

II. Zeitungen und Zeitschriften

- 1) Nassauische Allgemeine Zeitung 1848—1849.
- 2) Freie Zeitung 1848—1849.
- 3) Nassauisches Verordnungsblatt 1847—48—49,
- 4) Nassauische gesammelte Flugblätter 1848—49, Landesbibliothek Wiesbaden.
- 5) Frankfurter Journal 1848.
- 6) Gesammelte nassauische Flugblätter 1848—50, Landesbibliothek Wiesbaden.
- 7) Amtliche Bekanntmachungen 1848—49.
- 8) Darmstädter Zeitung 1848.

III. Buchliteratur.

- 1) H. W. Riehl: Nassauische Chronik des Jahres 1848. (Wiesbaden 1849)
- 2) Dr. C. Spielmann: 1848er Nassauer Chronik. Wiesbaden 1899.
- 3) Allgemeine deutsche Biographie. Band 12.
- 4) Carmen Silva: Mein Penatenwinkel. Frankfurt a. M. 1908.
- 5) Dr. Ed. Wilhelm: Nassaus innere Politik vom Beginn der Revolution 1846 bis zum Rücktritt Hergenbahns. Gelnhausen 1930.

IV. Parlamentsberichte.

- 1) Sitzungsberichte des Nassauischen Landtags 1848—49.

Warum benötigten Gertrud von Solms (1257-1306) und Hartrad von Merenberg (1255-1296) einen päpstlichen Ehedispens?

Von

Karl Hermann May-Kemel.

Dass die Häuser Solms und Merenberg in der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts in enge verwandtschaftliche Beziehungen traten, war schon längst bekannt. Neuere Urkundenveröffentlichungen und vor allem die von Friedrich Uhlhorn kürzlich herausgegebene Geschichte der Grafen von Solms im Mittelalter¹⁾ geben uns hierfür lediglich genaueres und ausführlicheres Material an die Hand, das wohl geeignet sein dürfte, die Frage nach der politischen Vorgeschichte und der politischen Auswirkung der an sich bekannten Verbindung der beiden Häuser aufzuwerfen und sinnvoll zu beantworten. Indes soll die Ehe Hartrads von Merenberg (1255—1296)²⁾ mit Gertrud von Solms (1257—1306)³⁾ nicht eigentlich der Gegenstand der folgenden Untersuchung sein, sondern nur der Ausgangspunkt für ältere verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den Häusern Solms und Merenberg. Sie wird zu einem solchen Ausgangspunkt durch den Ehedispens, den Papst Nikolaus IV. am 18. März 1289⁴⁾ dem Grafen Hartrad von Merenberg und seiner Gemahlin Gertrud nachträglich erteilte. Es ist Uhlhorns Verdienst, auf diese Urkunde aufmerksam gemacht zu haben. Durch sie gewinnen frühere Spuren einer älteren Verwandtschaft zwischen Solms und Merenberg ein helleres Licht. So versetzt Wittekind von Merenberg (1224—1259)⁵⁾, der Vater des bereits erwähnten Hartrad⁶⁾, seinen Neffen Heinrich und Marquard von Solms im Jahre 1241⁷⁾ mit Zustimmung seiner Frau seinen Anteil an der Vogtei zu Ahrdt, seinen Anteil des Zehnten zu Naunheim ohne den Weinzehnten für 33 Mark Geldes und für die gleiche Summe seine Vogtei zu Haiger unter Einräumung des Vorkaufrechtes. Derselbe Wittekind verpfändet

¹⁾ Uhlhorn, Friedrich, Geschichte der Grafen von Solms im Mittelalter, Marburg 1931 = Beiträge zur deutschen Familiengeschichte herausgegeben von der Zentralstelle für deutsche Personen- und Familiengeschichte, 12.

²⁾ May: Nass. Ann. L. 136.

³⁾ May: Nass. Ann. L. 136 und für die Berichtigung der frühesten Erwägung Uhlhorn, Solms im Mittelalter 45.

⁴⁾ Uhlhorn, Solms im Mittelalter 72.

⁵⁾ May: Nass. Ann. L. 136 und zur Berichtigung der letzten Erwähnung Uhlhorn, Solms im Mittelalter 109.

⁶⁾ May: Nass. Ann. L. 136.

⁷⁾ Uhlhorn, Solms im Mittelalter 67.

im Jahre 1245⁸⁾ seinen Vettern Heinrich und Marquard die Fischerei zu Biskirchen und Eigenleute zu Hofhausen und Stockhausen; dies Pfand soll in den erblichen Besitz der genannten Brüder übergehen, falls es nicht von Wittekind innerhalb von drei Jahren für 13 Mark Pfennige eingelöst worden ist. Als ferner die Brüder Konrad und Wittekind von Merenberg am 9. Juli 1246⁹⁾ auf alle Ansprüche auf die Güter zu Holzheim verzichten, die ihre Vorfahren und deren Erben dem Kloster Arnsburg geschenkt haben, steht Marquard Graf von Solms an der Spitze der Zeugenreihe. Weiterhin verkauft Wittekind von Merenberg mit Zustimmung seiner Frau und seiner Kinder am 13. April 1249¹⁰⁾ seinen Anteil an der Vogtei zu Ahrdt und seinen Anteil des Zehntens zu Naunheim mit Ausnahme des Weinzehntens seinen Verwandten Heinrich und Marquard von Solms. Schliesslich verpfändet Konrad von Merenberg im Jahre 1250¹¹⁾ die Fischerei zu Stockhausen und Hofhausen mit einigen Leuten den Brüdern Heinrich und Marquard von Solms.

Die älteren verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Häusern Solms und Merenberg finden also in einer ganzen Reihe von Urkunden ihren Niederschlag. Freilich wird dadurch die Frage nach dem Grade der Verwandtschaft nur nachdrücklicher gestellt und keineswegs beantwortet. Denn die Ausdrücke „Verwandte“, „Vettern“ und „Neffen“ können uns keine klare Auskunft erteilen, zumal nur die Bezeichnung „Verwandte“ bzw. „Consanguinei“ eine gute Überlieferung für sich hat, während die Ausdrücke „Vettern“ und „Neffen“ nur in regestenartigen, höchstwahrscheinlich übersetzenden Aufzeichnungen des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts auftauchen. Uhlhorn konnte also mit Recht diese allgemeinen Angaben für eine Klärung des durch den Ehedispens gegebenen Problems ausser Acht lassen. Er glaubt aber, überhaupt auf eine Erklärung der älteren verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Solms und Merenberg verzichten zu müssen; nicht einmal „Vermutungen können ausgesprochen werden, da weder der Solmser noch der Merenberger Stammbaum Anhaltspunkte geben“.¹²⁾

Uhlhorn wird mit der Feststellung, dass von Seiten des Solmser Materials, für das er vollständige Erfassung angestrebt und auch innerhalb der in Frage kommenden Zeit erreicht haben dürfte, keine wesentliche Förderung des Problems zu erwarten ist, recht haben. Er gibt jedoch einen vorzüglichen methodischen Hinweis, indem er auf den Merenberger Stammbaum aufmerksam macht. Der Uhlhorn vorliegende Stammbaum¹³⁾ hat bereits den Vorzug reicher zu sein, als der Solmser. Die Behauptung liesse sich wohl überhaupt erhärten, dass die Nachrichten über die Merenberger reichlicher fliessen als die Erwähnungen der Solmser. So wird man vornehmlich von einer weiteren Bearbeitung des Merenberger Materials eine Aufhellung der älteren Geschichte der Solmser erwarten

⁸⁾ Uhlhorn, I. c. 67.

⁹⁾ Uhlhorn, I. c. 65.

¹⁰⁾ Uhlhorn, I. c. 67.

¹¹⁾ Uhlhorn, I. c. 67.

¹²⁾ Uhlhorn, I. c. 72.

¹³⁾ May: Nass. Ann. L. 136.

dürfen. Diese Feststellung gilt auch für die Probleme der Gleiberger Erbschaft.¹⁴⁾ Indes soll im Folgenden nur der Versuch gemacht werden, den Ehedispens des Papstes Nikolaus IV. zu erklären. Er besteht darin, dass zunächst die Merenberger Stammtafel vervollständigt und dann die sich aus dieser Vervollständigung ergebende Möglichkeit für die Solms'ers Stammtafel erwogen wird.

1. Aus welchem Hause stammte Kunigunde (1244—1255), die Frau Wittekinds von Merenberg (1224—1259)?

Der mit Gertrud von Solms verheiratete Hartrad von Merenberg war der Sohn Wittekinds von Merenberg (1224—1259)⁵⁾ und seiner Frau Kunigunde (1244—1255). Kunigunde erscheint in drei Urkunden. Im Jahre 1244¹⁵⁾ verkaufen Wittekind und seine Frau Kunigunde dem Wetzlarer Bürger Wigand unter den Hütten („sub tuguriis“) ihre Güter zu Dutenhofen. 1245¹⁶⁾ verkaufen Wittekind und seine Frau ihre Vogteigerechtsame zu Meilingen dem Propst und Konvente zu Dierstein. Schliesslich verpfändet Wittekind von Merenberg mit seiner Frau Kunigunde und seinem Sohn Hartrad im Dezember 1255¹⁷⁾ die Hälfte seines Hofes zu Odenhausen an seinen Bruder Konrad.

Diese wenigen Erwähnungen Kunigundes lassen uns bei der Frage nach ihrer Herkunft im Stich. Welche Möglichkeiten gab es überhaupt, das Problem zu fördern? Die Namen der Kinder bieten oft vortreffliche Hinweise auf die Herkunft der Mutter. Wie heissen aber die Kinder Kunigundes? Bis jetzt sind lediglich zwei Söhne bekannt geworden. Der älteste Sohn ist der Gatte Gertruds von Solms, heisst Hartrad und trägt somit den Namen seines Grossvaters väterlicherseits und all seiner weiteren Merenberger Ahnen.⁶⁾ Dieser Name kann also für die Herkunft Kunigundes keinen Aufschluss bieten. Es bleibt somit nur noch die Möglichkeit, den Namen des zweiten Sohnes für unsere Fragen auszudeuten. Er heisst Eberhard, erscheint von 1276—1297¹⁸⁾ als Domkanoniker und von 1299—1308¹⁹⁾ als Dekan zu Speyer. Der Name ist im Merenberger Stammbaum durchaus neu und insofern mit grösster Wahrscheinlichkeit ein Hinweis auf die Herkunft der Mutter Eberhards. Aber ohne weitere Anhaltspunkte ist es schwer, diese Einsicht praktisch zu verwerten.

Ein Bundesgenosse zur Aufhellung des Problems erwuchs in den Verhältnissen Eberhards. Es kann nicht von ungefähr sein, dass der zum geistlichen Stande bestimmte jüngere Sohn in das Domstift Speyer eintrat und es gar bis zur Würde eines Dekans brachte. Über anderweitige Beziehungen der Herren von Merenberg zum Domstift Speyer fehlt jegliche Spur. Sie erscheinen als etwas Neues in der Geschichte der Merenberger und legen die Vermutung nahe, dass sie durch Eberhards Mutter vermittelt sein könnten.

Zur Aufhellung unseres genealogischen Problems wurden auch die merenberghischen Besitzverhältnisse geprüft. Hat man, wie im Falle Merenberg, ein

¹⁴⁾ May: Nass. Heimatblätter XXXII 75/6.

¹⁵⁾ Wiese, UB. Wetzlar I Nr. 36.

¹⁶⁾ Wenck, Hessische Landesgeschichte, III Urkundenbuch Nr. 316.

¹⁷⁾ Wiese, UB. Wetzlar I Nr. 74.

¹⁸⁾ Remling, UB. Speyer I Nr. 379 — Wiese, UB. Wetzlar I Nr. 429.

¹⁹⁾ Hildegard-Villard, UB. Speyer 166/7 Anmerkung 1.

ziemlich klares Bild von dem Kernbesitz des Hauses und den Erwerbungen, die durch völlig bekannte Verschwägerungen hinzugekommen sind, so werden nur wenig Besitzungen übrig bleiben, deren Herkunft ein Rätsel bleibt. Gerade aber solche Besitzungen können von Bedeutung werden für das Aufspüren ungeklärter genealogischer Zusammenhänge. Unter den ihrer Herkunft nach völlig dunklen Merenberger Besitzungen ragt vor allen anderen der zu Wörrstadt in Rheinhessen hervor. Hartrad von Merenberg und seine Frau Gertrud verkauften am 7. November 1281²⁰⁾ ihren dortigen dritten Teil des Zehnten dem Deutschordenshause zu Mainz. War dieser Anteil am Wörrstadter Zehnte Heiratsgut Gertruds, Kunigundes oder irgendeiner anderen Frau eines Merenbergers?

Ein Zufallsfund klärte mit einem Schlage den eigenartigen Namen Eberhards, seinen eigenartigen Eintritt ins Domstift Speyer und den eigenartigen Besitz zu Wörrstadt. In einer Urkunde vom 2. Juli 1243²¹⁾ verzichten Hedwig von Eberstein, Gräfin von Baumburg und ihre Söhne Graf Heinrich und der Speyerer Propst Gerhard, Rupert und Agnes von Baumburg auf allen Streit und jegliches Vorgehen gegen die Schenkung Konrads und seiner Frau Gotsdu von Wörrstadt an das Kloster Eberbach. Heinrich und Gerhard versprechen, ihre Brüder Eberhard und Friedrich und ihre Schwester Kunigunde zum gleichen Verzicht zu bewegen. Die Schenkung Konrads und Gotsdus wird bereits in einer Urkunde vom 13. August 1233²²⁾ als vollzogen erwähnt. Jedenfalls erhellt aus der Urkunde vom 2. Juli 1243, dass Hedwig von Eberstein Gräfin von Baumburg und ihre Kinder auf die Schenkungen eines Wörrstadter Ministerialen berechnete Ansprüche geltend machen konnten. Da gräfliche Ansprüche bei dem bekannten Umfang der Grafschaft Baumburg²³⁾ nicht in Frage kommen, kann es sich lediglich um grundherrliche Ansprüche handeln. Dass die Grafen von Baumburg im Besitz eines grundherrlichen Gerichtes zu Wörrstadt gewesen sind, wird gestützt durch eine Urkunde des Jahres 1279.²⁴⁾ In ihr verzichten Wildgraf Georg und sein Bruder Johann, Kanoniker zu Mainz, auf das Burglehen, welches ihre Vettern Philipp von Hohenberg und Dietrich von Hohenberg auf ihrem Schloss Baumburg haben und das aus Zehnten zu Wörrstadt besteht. Auch spätere Besitzer von Zehnten, Kirchsatz und anderen auf eine Grundherrschaft Wörrstadt hinweisenden Güter lassen sich unschwer als Erben der Grafen von Baumburg erkennen.²⁵⁾ Es genügt für unsere Zwecke bei den bisherigen Feststellungen halt zu machen und uns dem rein genealogischen Ertrag der Urkunde vom 2. Juli 1243 zuzuwenden.

Wie die Siegel der Urkunde nachweisen, führen die Grafen von Baumburg auch den Namen „Comites hirsuti“ oder „Raugrafen“. Die Genealogie dieser Raugrafen ist unter Benutzung unserer aufschlussreichen Urkunde in neuerer Zeit von Walter Möller²⁶⁾ sorgfältig bearbeitet worden. Nach seiner

²⁰⁾ Baur, Hess. UB. II Nr. 348. Vergleiche die Bestätigung durch Erzbischof Werner von Mainz vom 12. Dezember 1281: Böhmer-Will, Regesten der Erzbischöfe von Mainz II Nr. 524.

²¹⁾ Rossel, UB. Eberbach I Nr. 215.

²²⁾ Rossel, UB. Eberbach I Nr. 168.

²³⁾ Köllner, Geschichte der Herrschaft Kirchheim-Boland und Stauff 82 ff.

²⁴⁾ Scriba, Regesten Rheinhessen Nr. 5 278.

²⁵⁾ Scriba, Regesten Rheinhessen Nr. 3 123; 3 132; 5 780; 5 106.

²⁶⁾ Möller, Stammtafeln westdeutscher Adelsgeschlechter im Mittelalter 21/3, Tafel X.

Stammtafel war Hedwig (1243—1274) die Tochter des Grafen Eberhard von Eberstein. Ihr 1243 bereits verstorbener Gatte war Raugraf Ruprecht I (1197—1229). Die Kinder dieses Ehepaares werden in der Urkunde von 1243 lückenlos aufgezählt. Von den Töchtern hält Möller die im Jahre 1258 verstorbene Agnes mit grosser Wahrscheinlichkeit für die Frau Dieters III. von Katzenellenbogen. über Kunigunde weiss er nichts mehr als die Erwähnung des Jahres 1243. Diese Kunigunde ist jedoch niemand anderes als die uns für die Jahre 1244—1255 belegte Frau Wittekinds von Merenberg.

Sofern diese Behauptung noch erwiesen werden muss, weisen wir auf Folgendes hin: Der Name Eberhards von Merenberg wird erklärt durch den Namen des seines Urgrossvaters mütterlicherseits, des Grafen Eberhards von Eberstein. Der Eintritt Eberhards von Merenberg in das Domstift Speyer, seine dortige Dekanswürde wird verständlich dadurch, dass seiner Mutter Bruder Gerhard Propst und ihr Bruder Friedrich erwählter Bischof („Electus“) zu Speyer war. Und schliesslich erweist sich der merenbergische Zehntbesitz zu Wörrstadt als Erbteil Kunigundes an dem väterlich raugräflichen Besitze.

Zusammenfassend lässt sich als Ergebnis der Untersuchung feststellen: Kunigunde, die Frau Wittekinds von Merenberg entstammte dem Hause der Raugrafen.

Von dieser Feststellung aus erscheint es reizvoll, den bisher unerkannten Spuren dieses verwandtschaftlichen Verhältnisses nachzugehen. Es ist selbstverständlich, dass die Ehe des Merenbergers mit der Raugräfin ihre politische Vor- und Nachgeschichte gehabt hat. Als Erzbischof Konrad von Mainz im Jahr 1191 einen Tauschvertrag mit dem Kloster Breitenau bekannt macht über dessen Güter zu Utphe in der Wetterau, stehen unter den Zeugen Raugraf Heinrich und Hartrad von Merenberg.²⁷⁾ Raugraf Emicho und Hartrad von Merenberg stehen ebenfalls als Zeugen in einer Urkunde Erzbischofs Konrad von Mainz, die vor dem 25. September 1191²⁸⁾ ausgestellt ist und in der der Erzbischof die Schenkung des Klosters Konradsdorf an das Mainzer Stift annimmt. 1194²⁹⁾ erscheinen Raugraf Embricho und sein Sohn Konrad, Hartrad von Merenberg und sein Sohn in einer Urkunde desselben Erzbischofs, in der er Verfügungen für das Kloster Ravengirzburg erlässt. Aus den angeführten Belegen ist die Anlehnung an Mainz als gemeinsamer Grundsatz der merenbergischen und raugräflichen Politik zu Ende des zwölften Jahrhunderts erkennbar. — Eine Urkunde Friedrichs II. vom 5. September 1214³⁰⁾ zeigt Raugraf Ruprecht und Hartrad von Merenberg im Gefolge des Staufers. In dem wichtigen Vertrage Bischof Heinrichs von Worms mit Hartrad von Merenberg vom 24. Februar 1226³¹⁾ ist weiterhin Raugraf Ruprecht Bürge für Hartrad von Merenberg. Hartrad von Merenberg und Raugraf Ruprecht sind die Väter von Wittekind und Kunigunde. Gemeinsame politische Ziele der Väter sollten unauflöslicher werden durch die Ehe der Kinder. Wie weit dieses Ziel ver-

²⁷⁾ Stumpf, *Acta Maguntina saeculi XII* Nr. 114.

²⁸⁾ Reimer, *Hess. UB. I* Nr. 118.

²⁹⁾ Beyer, *Mittelrheinisches UB. II* Nr. 136.

³⁰⁾ Böhmer-Ficker-Winkelmann, *Regesta Imperii V, I* Nr. 747.

³¹⁾ Boos, *UB. Worms I* Nr. 135 (*Schannat Historia episcopatus Wormatiensis II* Nr. 116)

wirklicht wurde, entzieht sich vorläufig der genaueren Kenntniss. Die nächste Spur von Beziehungen zwischen Merenbergern und Raugrafen findet sich erst wieder bei dem Verkauf des Wörrstadter Zehntanteils durch Hartrad von Merenberg und seine Frau Gertrud vom 7. November 1281. Wenn sie den Deutschordensherrn zu Mainz ihre Vettern Eberhard von Katzenellenbogen²²⁾ und Raugraf Heinrich²³⁾ zu Bürgen stellen und mitsiegeln lassen, so zeugt dieser Umstand von der Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen über die Lebzeiten Wittekinds und Kunigundes hinaus.

2. Was bedeutet die raugräfliche Abstammung von Wittekinds

Frau Kunigunde für die Aufklärung der Verwandtschaft zwischen den Häusern Solms und Merenberg?

Bei der Frage nach der Ursache des päpstlichen Ehedispenes für Hartrad von Merenberg und Gertrud von Solms beklagt sich Uhlhorn, wie wir hörten, über den Mangel von Anhaltspunkten im Merenberger und Solmser Stammbaum, die geeignet wären, die Veranlassung zum Ehedispen aufzuzeigen. Die Merenberger Stammtafel hat nunmehr eine Ergänzung erfahren, indem die raugräfliche Abstammung von Wittekinds Frau Kunigunde festgestellt ist. Wenn sich auch vornherein keineswegs mit Sicherheit sagen lässt, ob diese Feststellung ein Licht auf die solms-merenbergische Verwandtschaft zu werfen vermag oder ob erst andere Ergänzungen des Merenberger Stammbaums dies vermögen, so wird man immerhin einmal prüfen müssen, welche Möglichkeiten sich für unsere Frage aufgrund der neuen Ermittlung ergeben.

Zwei Beobachtungen dürften diesen Weg nicht nutzlos erscheinen lassen. Zunächst soll einmal die Frage gestellt werden, ob nicht die Namen der Solmser einen Hinweis auf Verwandtschaft mit den Raugrafen enthalten. In der Uhlhorn'schen Stammtafel sind für die in Frage kommende Zeit folgende Glieder gesichert: Marquard (1129), Heinrich, Kanoniker zu Ilbenstadt (1156) und dann die Brüder Heinrich I. (1223—1260), Marquard II. (1226—1255) und Konrad, Deutschordenskomtur zu Beuggen, in Elsass und Burgund und zu Marburg (1240—1248). Wir erkennen, dass die Namen Heinrich und Marquard schon im zwölften Jahrhundert bei den Solmsern vorkommen, und nur der Name Konrad neu zu sein scheint. Dieser Name enthält zweifellos einen Hinweis auf verwandte Namensträger. Sie aufs geratewohl zu suchen, wäre ein mühsames und nutzloses Unterfangen, keineswegs willkürlich erscheint aber in unserem Zusammenhang der Hinweis auf die Raugrafen. In der Tat finden wir bei ihnen mehrere Träger dieses Namens, die in die Generationen von Konrads von Solms Vettern, Eltern und Grosseltern hineinpassen. Emichs I. (1140—1172) Söhne waren Emich II. (1181—1200) und Konrad I. (1170—1189), Emichs II. (1181—1200) Söhne waren Konrad II. (1198—1208), Ruprecht I. (1197—1229) und Gerhard (1200—1232) und schliesslich trug Konrads II. (1198—1208) Sohn Konrad III. (1239—1279) den Namen seines Vaters.²⁶⁾

Bedeutsamer dürfte eine weitere Beobachtung sein, die sich auf das Wappen der Solmser erstreckt. Dieses Wappen ist schon wiederholt bei der Frage nach

²²⁾ Möller, Stammtafeln X und Vogel, Beschreibung 225.

²³⁾ Möller, Stammtafeln X.

dem Ursprung des Hauses Solms zu Rate gezogen worden. Bereits im sechzehnten Jahrhundert glaubte der solmsische Sekretär Magister Johannes Hayl,³⁴⁾ die gleiche Herkunft der Häuser Solms und Nassau aus der Gleichheit der Wappen beweisen zu können: Nassau führte den goldenen Löwen im blauen Felde, Solms den blauen Löwen im goldenen Felde. Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts frischte Johann Ludwig Knoch³⁵⁾ die Hayl'sche Ansicht wieder auf, ebenso Johann Ludwig Lev. Gebhardi.³⁶⁾ Schliesslich vertrat der fürstlich-solmsische Archivrat J. C. Schaum³⁷⁾ jene alte Auffassung in seinem 1828 erschienenen Buche, das schon durch seinen Titel die Hartnäckigkeit verrät, mit der der Verfasser die zur Überlieferung gewordene Ansicht vom gemeinsamen Ursprung der Häuser Solms und Nassau gegen vorhandene Kritik verteidigt. — Das solmsische Wappen führte indes nicht nur zu der erwähnten genealogischen Schlussfolgerung, sondern erfuhr bei genau entsprechender methodischer Würdigung doch noch eine neue Deutung: In seinen „Origines Palatinae“ versuchte Marquard Freher,³⁸⁾ aus der Gleichheit der Wappen einen verwandtschaftlichen Zusammenhang des Hauses Solms mit der Pfalz abzuleiten, ein Versuch, dem J. A. Bernhard in seinen „Antiquitates Wetteraviae“³⁹⁾ mit Recht widersprach.

Völlig von der genealogischen Ausdeutung des Wappens abzusehen, riet der bekannte hessische Geschichtsforscher Helfrich Bernhard Wenck.⁴⁰⁾ Er begründet seine Ablehnung mit der Behauptung, dass die Wappen noch zu Ende des zwölften Jahrhunderts sehr wandelbar seien.

Uhlhorn⁴¹⁾ hat die Frage des Solms' Wappens neu behandelt und durch die gründliche Bearbeitung und Wiedergabe der Siegel für alle mit dem Solms' Wappen zusammenhängende Fragen eine vortreffliche Vorarbeit geleistet. Danach lässt sich auf den Siegeln des dreizehnten Jahrhunderts ein älteres und jüngeres Wappen der Solms' erkennen. Einen leeren Schild mit breitem, erhöhtem Rande zeigt das Siegel Heinrichs I. an einer Urkunde vom Jahre 1232. Ein zweites Siegel Heinrichs an einer Urkunde vom September 1258 zeigt wiederum einen Schild mit erhöhtem Rand, darüberhinaus aber in der Mitte des Schildes einen kleinen erhöhten Schild; ausserdem sind bei diesem Siegel Rand und Schildlein damasziert. Auch das Reitersiegel Marquards II. an einer Urkunde des Jahres 1226 zeigt den Schild mit erhöhtem Rande. Noch in der folgenden Generation siegelt Marquards II. Sohn Reinbold im Jahre 1255 mit einem Reitersiegel, das einen leeren Schild zeigt. Damit ist die Zahl der ältesten bekannten Solms' Siegel erschöpft.

Die Annahme des Löwenwappens, von dem allein bei den erwähnten genealogischen Konstruktionen die Rede war, erscheint als eine sekundäre Massnahme im Hause Solms. Heinrichs I. Söhne Heinrich II. und Marquard III.

³⁴⁾ Uhlhorn, Solms im Mittelalter 3/4.

³⁵⁾ Uhlhorn, l. c. 7/8.

³⁶⁾ Uhlhorn, l. c. 13.

³⁷⁾ Uhlhorn, l. c. 17/18.

³⁸⁾ Uhlhorn, l. c. 6/7.

³⁹⁾ Uhlhorn, l. c. 7.

⁴⁰⁾ Uhlhorn, l. c. 15.

⁴¹⁾ Uhlhorn, l. c. 25 ff., 43/4, 439 ff., Tafel I ff.

führen den Löwenschild. Auch ihr Vetter Reinbold, der zunächst, wie wir sahen, dem alten Wappen treu blieb, schloss sich nach Ausweis des Siegels an einer Urkunde vom 29. Januar 1267 dem Wappenwechsel seiner Vettern an.

Was hat dieser Wappenwechsel zu bedeuten? Nach Uhlhorn⁴²⁾ nicht viel: „Sie (die Grafen von Solms) folgten damit einem Brauch, den zu jener Zeit die meisten Adelsgeschlechter Deutschlands übten“. Damit ist der Wappenwechsel zu einer zeitgenössischen Modeangelegenheit abgestempelt, die einer weiteren Erklärung nicht bedarf. Wenn es auch richtig sein mag, dass im dreizehnten Jahrhundert verhältnismässig zahlreiche Wappenänderungen vorkommen, so wird man doch kaum behaupten dürfen, dass sie der blossen Willkür oder einem spielerischen Bedürfnis entspringen. Wie man bei dem Jahre 1250 auch sonst einen verfassungsgeschichtlichen Abschnitt festgestellt hat,⁴³⁾ so dürften hinter einem häufigen Wappenwechsel jener Zeit doch wohl tiefere, rechtliche Hintergründe zu suchen sein.⁴⁴⁾ Aber auch abgesehen von diesem allgemeinen Hinweis wird man im Einzelfall stets nach ganz bestimmten Vorlagen und unmittelbaren Anlässen der Wappenänderung fragen müssen. Ein Beispiel, dass eine derart hartnäckige Fragestellung schliesslich auch zu einer Antwort führt, ist die Aufklärung eines Wappenwechsels im Hause Runkel-Westerburg. Das älteste Siegel zeigt gekreuzte Balken, und in den Feldern kleine Kreuzchen. Siegfried von Runkel (1299–1327), zuletzt Propst zu Gemünden, und alle späteren Runkeler führen ein Wappen, das drei senkrechte Balken und in der oberen rechten Ecke einen Stern oder ein Rechteck zeigt, während die Westerburger Linie das alte Wappen mit dem Kreuz beibehält. Anlass zur Wappenänderung, das erkennt man in diesem Fall ganz deutlich, war der Zerfall des Hauses Runkel im dreizehnten Jahrhundert in die beiden Häuser Runkel und Westerburg. Woher aber entlehnte die Runkeler Linie das neue Wappen? Der erwähnte Gemündener Propst Siegfried war der Sohn Siegfrieds von Runkel (1263–1289) und der Margarete von Diez-Weilnau. Margaretes Mutter aber war eine geborene von Trimberg. Das Wappen des Hauses Trimberg hat nun in der Tat dieselben drei Balken wie das Haus Runkel.⁴⁵⁾

Frägt man entsprechend nach einer Vorlage für die Wappenänderung im Hause Solms, so erhalten wir auch hier durch den Blick auf das raugräfliche Haus einen überraschenden Aufschluss. Die Raugrafen und die ihnen stammverwandten Wildgrafen führen einen Löwen im Wappen, teilweise auch noch beigegebene Schindeln,⁴⁶⁾ genau wie die Grafen von Solms.

Will man aufgrund des Namens Konrad und des Wappens die Verwandtschaft zwischen den Häusern Solms und Merenberg durch gemeinsame verwandtschaftliche Beziehungen zu den Raugrafen erklären, so muss man noch den Versuch machen, diesen Ertrag genauer für die Solms'ersche Stammtafel festzulegen. Mutter und Vater der solmsischen Brüder Heinrich (1223–1260), Marquard II. (1226–1255) und Konrad (1240–1848) sind unbekannt. Sollte die Mutter

⁴²⁾ Uhlhorn, I c. 26.

⁴³⁾ z. B. Rosenstock, Königshaus und Stämme in Deutschland 911–1250.

⁴⁴⁾ Man könnte an lehnrechtliche Ansprüche denken: Mannlehen, Weiberlehen.

⁴⁵⁾ In Vorbereitung: May, Untersuchungen zur Geschichte der Herren v. Runkel u. Westerburg.

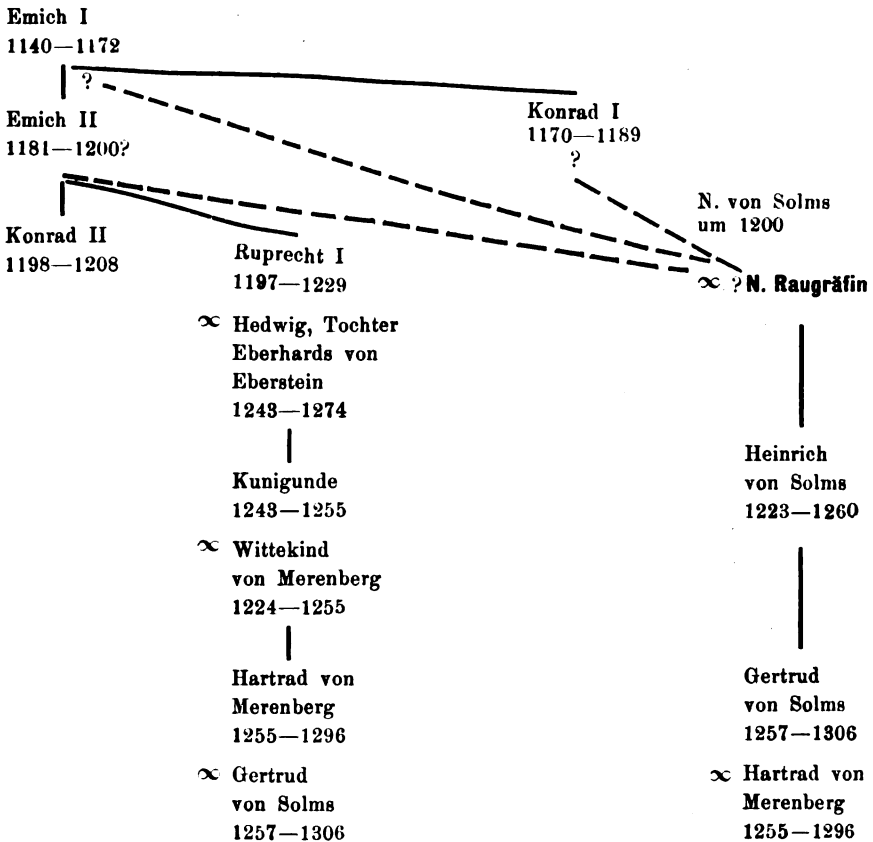
⁴⁶⁾ Möller, Stammtafeln 23 und 31/2.

nicht eine geborene Raugräfín gewesen sein? Dem zeitlichen Auftreten nach wäre sie als Tochter des Raugrafen Konrad I. (1170—1189) oder seines Bruders Emichs II. (1181—1200), schliesslich auch noch als Schwester Emichs und Konrads anzusetzen. Im ersten Fall stünden Hartrad von Merenberg und Gertrud von Solms im Verwandtschaftsverhältnis von Geschwisterurenkeln im zweiten von Geschwisterenkeln, und im dritten stünde Gertrud im nämlichen Verwandtschaftsverhältnis mit der Mutter ihres Mannes.⁴⁷⁾

So ist durch die Ergänzung des Merenberger Stammbaums die Möglichkeit einer Erklärung des Ehedispenses für Hartrad von Merenberg und Gertrud von Solms geboten. Freilich bleibt noch Spielraum genug, innerhalb dessen genauere Feststellungen sehr erwünscht bleiben. Vielleicht gelingt es nunmehr durch eine genaue Sichtung solmsischen Materials, weitere und sicherere Spuren der raugräflichen Verwandtschaft zu entdecken, sei es in Zeugenreihen der Urkunden, abgelegtem aus raugräflichem Erbe stammenden Besitz der Solmsier oder in anderen Feststellungen, deren mögliche Mannigfaltigkeit eine genaue Aufzählung unmöglich macht. Erst, wenn die vorgeschlagene Lösung der Nachprüfung standhält und weitere Beobachtungen sie zu stützen vermögen, wird man an dem vorliegenden Versuch, so bestrickend er bereits sein mag, seine wahre Freude haben dürfen.

Beilage.

Auszug aus den Stammtafeln der Raugrafen, der Herren von Merenberg und der Grafen von Solms.



⁴⁷⁾ S. Beilage!

Aue, ein ausgegangenes nassauisches Dorf.

Von

Max Ziemer-Idstein.

G. F. Schott hat seinerzeit eine Urkunde aus dem Jahre 909 an das Tageslicht gebracht, laut welcher König Ludwig IV. dem Kloster Bleidenstadt verschiedene Grundstücke in Wallbach und Horoe überträgt.¹⁾ Die Deutung des letzten Namens blieb lange Zeit ein grosses Fragezeichen, das man aber durch einen Gedankenstrich ersetzte, als Wibel die Unechtheit des betreffenden Schriftstückes nachwies, und man löschte kurzerhand den Namen aus der Liste der ausgegangenen Orte.²⁾ Soll nun aber der Mann, der trotz aller Fälschungen ein kluger, erfahrener Altertumsforscher bleibt, die kolossale Dummheit begangen haben, durch Zusammenkopplung des bekannten Wallbach mit dem ganz undenkbareren Horoe von vornherein Misstrauen gegen sein Machwerk zu erregen? Vielmehr hat die Annahme eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass er, wie in vielen andern Fällen festgestellt ist, auch hier nach einer Vorlage gearbeitet hat, und dass ein Ort ähnlichen Namens nicht weit von Wallbach wirklich vorhanden gewesen ist, den Vogel und mit ihm Kehrein und Will auf das Wallrabensteiner Gebiet verlegen.

Bei meinen Nachforschungen stiess ich nun auf 2 Urkunden.

1. Im Jahre 1310 pachteten Henrich von Vockenhofen und seine Frau Elsebet von Abt Erwin und dem Convent in Bleidenstadt den grossen und kleinen Zehnten zu Fackenhofen und setzten alle ihre Wiesen zwischen Fackenhofen und Auwe als Unterpfand.³⁾
2. Am 22. Juli 1316 übertrugen Ritter Heyne von Laurenburg und seine Frau Patze dem Grafen Gerlach von Nassau und seiner Gemahlin Agnes ihre beiden oberhalb und unterhalb Idsteins liegenden Mühlen gegen eine Kornrente von den Höfen zu Gassenbach und Ouwe bei Fackenhofen.⁴⁾

Aus dem Wortlaut dieser Urkunden geht zur Genüge hervor, dass das genannte Auwe bzw. Ouwe nicht ein blosser Wiesenplacken, wie etwa die in der Gänsweide dicht vor Wörsdorf gelegene kleine Aue,⁵⁾ sondern eine Niederlassung gewesen ist, deren Feldmark von Fackenhofen durch einen Wiesenzug getrennt war. Nun finden wir in der heutigen Wallrabensteiner Terminei nordwestlich vom Ort auf dem nördlichen, von der Breitwiese aufsteigenden Abhange verschiedene Flurnamen Aue, die auf eine frühere Ansiedlung hinzudeuten scheinen.

¹⁾ Diplomata Ringravica, Habel 47 Nr. 15.

²⁾ Zedler, Annalen Bd. 45 S. 342.

³⁾ St.-A. Wiesb. II 5 Bleidenst. Urkunden Nr 18.

⁴⁾ St.-A. Wiesb. V 3 Urkunden.

⁵⁾ St.-A. Wiesb. V 3 Wörsdorf Nr. 2 Erneuerung der Kirchengült anno 1581.

Bestimmung von Horoe veranlasst, ohne dass sie von dem alten Aue etwas wussten. Mir kam hierbei der Gedanke, dass vielleicht aus einem schlecht geschriebenen Auwe ein Horoe herausgelesen sein könnte. Allerdings hat Schott auf keinen Fall die beiden angeführten Urkunden für seinen Zweck benutzt. Die wirklich schöne schriftliche Wiedergabe der Namen lässt einen solchen Irrtum nicht zu, und dazu fehlt die Verbindung mit Wallbach. Aber könnte der Fälscher nicht ein altes, schlecht kopiertes, später vernichtetes Verzeichnis, in dem Wallbach und Auwe nebeneinander standen, in den Händen gehabt haben? Mag dem sein, wie es will, die Hauptsache bleibt die Ausgrabung eines untergegangenen Dorfes, die vielleicht einst bei reichlicher fliessenden Mitteln auch mit Hacke und Schaufeln erfolgen wird.

Die Beantwortung der Frage, wann und warum der Ort trotz seiner günstigen Lage aufgegeben worden ist, bietet keine Schwierigkeit. Die Limburger Chronik erzählt von dem Bau der Burg Walrabenstein im Jahre 1393 durch den Grafen Walrabe (Walram),⁷⁾ der zum Schutze seines Landes auf der Nordseite als Gegenstück zu dem befestigten Flecken Walsdorf, den schon sein Vater Adolf I. 1355 hatte mit einer festen Mauer umschliessen und mit 2 Toren und Türmen versehen lassen, westlich davon auf der zerklüfteten, unwirtlichen Felsnase, wo das Hainbachtal in das Wörsbachtal einmündet, ein neues Bollwerk anzulegen begann. Da er schon am Ende desselben Jahres starb, vollendete es sein Sohn und Nachfolger Adolf II., doch riefen die grossen Baukosten eine ziemliche Ebbe in der gräflichen Kasse hervor, und ein von Hengen von Reiffenberg aufgenommenes Kapital führte zu einem Prozess, der 1406 vor einem Austrägalgericht beigelegt wurde.

⁷⁾ Ein Ornithologe Schuster von Forstner sieht mit seiner Fachbrille über die von den Chronisten überlieferte Benennung der Burg nach ihrem Erbauer Walram oder Walrab (so lautet der Name auf dem Grabstein) hinweg und stellt in seinem Aufsatz „Der ausgestorbene Ibisvogel Waldrapp“ (Nass. Heimatkalender 1931, S. 38 f.) die Behauptung auf, die Gegend um den Walrabenstein müsse besonders von dem bei uns in der Zeit von 1740—1800 verschwundenen Waldraben bewohnt gewesen sein, so dass er dieser Gegend und der Burg ein charakteristisches Gepräge gegeben habe und sich die menschlichen Bewohner derselben veranlasst fühlten, die Burg und wohl schon vorher den Felsen (Stein) nach diesem wunderlichen Vogel zu benennen. Der Name allein rechtfertigt nicht die Hypothese des Gelehrten. Wir vermissen vollkommen den Nachweis, dass der Felsen vor seiner Bebauung schon den Namen getragen, ferner dass der Waldrabe in grösserer Menge sich dort aufgehalten habe. Der Zusatz „Burg und Ruine boten dem Ibis sicher manchen guten Unterschlupf als Schlupfwinkel zum Nisten“ zeigt die Unbekanntheit des Verfassers mit der Geschichte der Burg.



gez. von † Professor Otto Neumann,
Studienrat a. D. Baugewerkschule Idstein.

Am 22. Februar 1439 verpfändeten der nächste Graf Johann von Nassau und seine Gemahlin Merge dem Marsilius von Reiffenberg für 1200 Gulden das Schloss Wallrabenstein mit den Dörfern Vuerbach (Beuerbach), Bechtheim und Ketzerschwalbach.⁸⁾ Wenn wir unter diesen Dörfern unser Auwe vermissen, so ist es wohl ein Zeichen, dass es zu der Zeit nicht mehr bestand, dass inzwischen die Bewohner in den unruhigen Zeiten entweder freiwillig den Schutz der festen Burg gesucht oder einem mehr oder minder starken Drucke des Grafen nachgegeben hatten.⁹⁾ Eine Ringmauer mit mehreren Türmen verlieh dem neu entstandenen Orte eine genügende Sicherheit. Die Strassen wurden umgelegt und auf die neue Burg zugeleitet. Von den früheren Wegen, die zum Teil als Feldwege erhalten sind, trägt der alte „Idsteiner“ noch heute seinen Namen.

Abgesehen von dem in Flurbezeichnungen fortlebenden Namen schwand die Erinnerung an den ausgegangenen Ort schnell dahin. In den umliegenden Dörfern verstand man in späteren Jahrhunderten die darauf zielenden Eintragungen in den Registern nicht mehr. In der Erneuerung der Wörsdorfer Kirchengült von 1581 wird ausser der oben erwähnten Auwiese auf dem Gänsplatz eine Wiese zu Auwe genannt, und in der Designation der Wirstorffer Hofgüter¹⁰⁾ von 1474 werden unter den Wiesen aufgezählt: 1 Placken in der Auwe und 1 Placken zu Fackenhofen zu Auwe (wohl entstellt aus einer früheren Aufstellung übernommen statt „zwischen Fackenhofen und Auwe“). In dem Verzeichnis von 1619 sind diese Benennungen ganz ausgemerzt und, soweit sich aus der Vergleichung der genannten Wiesenstücke schliessen lässt, ersetzt durch eine Wiese zu Fackenhofen und 1 Wiesenplacken im Wirstorfer untersten Grund.

Gleichzeitig mit Auwe hat sich mit Wallrabenstein noch ein Kirchdorf unbekannten Namens¹¹⁾ verschmolzen, das nördlich davon an der Stelle lag, wo die Walsdorf-Wallbacher Strasse aus dem Wörsbachtal emporstieg. Wohl baute man sich unmittelbar unter der Burg eine neue Kirche und liess die alte „Peterskirche“¹²⁾ einsam und verlassen stehen; weil aber der felsige Untergrund die Bestattung der Leichen innerhalb des Ortsberinges nicht erlaubte, trug man die Toten noch weiter zum alten Peterskirchenfriedhof. Noch heute heisst der Weg dahin im Volksmunde die Totenhohl. Während die Burgkirche 1704 aus Alterschwäche zusammenstürzte, stand die Peterskirche noch fest bis 1724, wo bei Anlage einer neuen Beerdigungsstätte auf der Höhe südlich vom Orte der Petersfriedhof entbehrlich wurde und das uralte Gotteshaus selbst dem Abbruch fiel. Jetzt zeugt die Petersmühle allein als letzter Überrest von der einstigen Ansiedlung.

⁸⁾ St.-A. W. V 3 Urk.

⁹⁾ Hier gilt wohl dasselbe, was Ad. Bach in seiner „Flurnamenforschung“ S. 13 f. zu Staden-Hedensheim bemerkt: „Für die Entwicklung einer Stadt fehlten wichtige Voraussetzungen. Um die Neugründung zu bevölkern, wurden wahrscheinlich die Bewohner gezwungen, nach Staden zu ziehen. Eine freiwillige Umsiedlung wäre wohl kaum in so kurzer Zeit erfolgt auch wenn man das damals so wichtige Schutzbedürfnis in Betracht zieht.“

¹⁰⁾ St.-A. W. VI C Bleidenst. Akten Nr. 200, Stück 9.

¹¹⁾ Sollte es etwa das alte Oberbeuerbach sein, von dem noch jetzt die Sage unter der Bevölkerung umläuft? Die Feldflur ist teils zu Wallrabenstein, teils zu Beuerbach gekommen.

¹²⁾ Ebenso war es bei dem von Bach genannten Hedensheim.

Eine Steinwerkstätte der Hinkelstein-Kultur zu Weilbach.

Von Dr. F. Kutsch.

Bei einem Neubau in der Flörsheimer Strasse zu Weilbach wurde eine in der Form leider nicht beobachtete Grube ausgehoben, die Keramik des Hinkelsteintypus und eine Anzahl Steingeräte enthielt.¹⁾

Tonware:

A. Verziert: 1. Kumpen (Dm. des Randes 14 cm) aus etwas porösem, trockenem, glimmerhaltigem, schwarzgrau gebranntem Ton. Das Stück ist stark, aber sicher ergänzt. Abb. 2, Fig. 3. Die geglättete Oberfläche ist gegen den Boden hin unverziert. Um den Bauch trägt sie ein Band fast an einander stossender, auf die Spitze gestellter Rhomben, die durch parallele Striche schraffiert sind. Oben sind die Strichenden durch einen Randstrich geschlossen, unten aber offen gelassen. 2 cm unter dem Rand läuft parallel zu ihm ein durch schmale Zwischenräume unterbrochenes Strichband. Die einzelnen Strichenden sind durch eingetiefte ovale Punkte besonders markiert, so dass die Striche unter der glatten Fläche zu verschwinden und wieder daraus hervorzukommen scheinen und der Schmuck den Charakter von Geflecht bekommt. Die Striche sind mit einem runden pfriemartigen Gegenstand eingetieft. Dabei wurde alle 3—4 mm ein besonderer Druck ausgeübt und dadurch besonders tiefe Stellen erzielt, in denen z. T. Reste einer heute durch Schmutz verfärbten, einst wohl weissen Füllpaste haften. Das Muster hob sich also hell von dem dunklen Hintergrund ab.

2. Napf, ähnlich wie 1. Abb. 2, Fig. 1. Der Rand ist steiler. Dm. des Randes 11 cm. Ebenfalls stark, aber sicher ergänzt. Poröser, meist rotbraun, nur vereinzelt schwarzgrau gebrannter Ton. Das Material könnte an sich das gleiche sein wie bei 1. Um den Bauch läuft ein Streifen von „Bäumchen“ mit aufsteigenden „Ästen“, die abgestuft gegen einander stossen. Die „Stämme“ bestehen aus zwei senkrechten Linien, die über den „Ästen“ beiderseits von je zwei kurzen Strichen begleitet werden. Ähnliche etwas längere Striche markieren unter den langen „Ästen“ jeweils je zwei abgebrochene. Das Strichband gegen den Rand hin ist ähnlich wie bei 1 gestaltet, doch sind die abgrenzenden Punktovale nicht so sorgfältig an die Strichenden, sondern in den Zwischenraum gesetzt. Die Technik des Ornaments ist die von 1.

3. Randstück eines ähnlichen Kumpens wie 2 aus porösem, aussen braun, innen grau gebranntem, glimmerhaltigem Ton. Abb. 2, Fig. 2. Unter dem Rand zwei Reihen auf Lucke gesetzter, verdrückter Punkte. Um den Bauch zieht ein Band von „Bäumchen“, die einem siebenarmigen Leuchter ähnlich stilisiert sind. In den sehr schmalen, scharfen Strichen spürt man das Absetzen und das rascher als bei 1 und 2 auf einander folgende, stärkere Drücken der Hand viel deutlicher als dort.

B. Unverziert: 1. Stark, am Rand (Dm. 14,3 cm) ganz ergänzter,²⁾ bombiger Topf mit hohl geschwungenem Hals. Abb. 2, Fig. 4. Ton sehr schlecht, schilfrig, dunkelgrau gebrannt. Von ursprünglich vermutlich drei eine Schnuröse erhalten. Der Boden leicht eingedellt.

2. Bruchstücke des Bodenteils eines gleichen grösseren Topfes.

¹⁾ Die Bergung des Fundes wird der Aufmerksamkeit und freundlichen Hilfe des Herrn Lehrers Stiefvater, Weilbach (jetzt Rauenthal) verdankt.

²⁾ Nach Koehl, Festschrift zur 34. Allgemeinen Versammlung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft dargeboten vom Wormser Altertumsverein. Worms (1908) Taf. I b Fig. 6.

Steingeräte.

A. Steinbeile: Sämtlich aus Taunusgneis(?).³⁾

1. *a* und *b*. Zwei hohe „Schuhleistenkeile“. L. 19,3 und 15,7 cm. Der kürzere am hinteren Ende verletzt. Abb. 1, Fig. 3 und 4.

2. Durchlochstes Beil in Form eines kurzen „Schuhleisten“. L. 11,5 cm. Abb. 1, Fig. 5. Das Ende am Loch ist zur Hälfte ausgebrochen. Die Bruchgrate sind so scharf, dass das Stück nach der Verletzung kaum noch benutzt sein kann. Überdies sind die Flächen noch nicht ganz fertig durchpoliert, auch auf der Abbildung sieht man an der Kante eine noch unebene Stelle. Das Beil könnte liegen geliebene Bruchware sein.

3. *a* und *b*. Zwei unfertige flache, dünne Beile. L. 9,3 und 8,2 cm. Besonders das grössere zeigt noch naturrauhe Stellen, aber auch das kleinere hat noch keine ausgeglichene endgültige Form. Abb. 1, Fig. 10 und 9.

B. Andere Geräte: 1. *a* und *b*. Zwei annähernd rechteckig zugehauene, in den Rändern aber roh gelassene Stücke feinkörnigen Buntsandsteins aus dem „Rotliegenden (oder Buntsandstein. Kann in beiden Fällen aus Mainschottern stammen)“.³⁾ L. 21,5 und 20 cm. Abb. 1, Fig. 12 und 11. Während die Unterflächen vollkommen bruchroh gelassen sind, sind die Oberflächen in ungefähren Kreisausschnitten vollkommen glatt ausgeschliffen. Die vertiefte Form ist offensichtlich nicht Selbstzweck, sondern durch Gebrauch nach und nach entstanden. Besonders *a* zeigt einzelne stärker ausgeschliffene Stellen, als ob in ihnen ein Gegenstand in kleinerem Ausmass in kreisender Bewegung gerieben wäre. So können die Steine kaum etwas Anderes sein als die Schleifunterlagen, die Schleifsteine für Steinwerkzeuge. Die Formen der mitgefundenen Steinbeile passen denn auch ausgezeichnet in die Kauten der Buntsandsteine hinein und sind offensichtlich in ihnen hergerichtet worden.

2. *a* und *b*. Zwei grobkörnige Buntsandsteine (wohl aus Mainschottern) in Bootsform mit einer durchlaufenden, nicht genau die Mitte haltenden Rille auf der oberen, flachen Seite. L. 17,8 cm; *b* gebrochen. Abb. 1, Fig. 2 und 1. Abgesehen von der Herkunft aus einer neolithischen Grube sind die Stücke auch technisch durch die Grobkörnigkeit des Materiales etwa als Metall-Gussform ganz ungeeignet. Die Steine liegen mit der gewölbten Seite ausgezeichnet in der Hand und sollten offensichtlich mit der flachen Seite nach oben gehalten werden, um mit der anderen Hand einen Gegenstand in der Rille hin- und herzureiben. Man könnte an das Zurichten von Pfriemen aus Knochen oder dergleichen denken. Auch diese Steine sind unbenutzt frisch und stimmen dadurch sehr gut zu den unfertigen Beilen und dem Bruch.

3. *a* und *b*. Fragmentierte Klingen aus Feuerstein. Abb. 1, Fig. 6 u. 7. L. 2,8 u. 1,5 cm.

4. Knollen (nucleus) aus Feuerstein. Abb. 1, Fig. 8. Dm. 2,9 cm. Man sieht an dem Stück die Absplißstellen kleiner Klingen, aber nur da wo bei weiterem Benutzen der Stein durch die Finger geschützt war. Im übrigen zeigt er ungezählte Schlag- und Stoßspuren und, wo diese sitzen, Abplattung seiner Form.

Nach der Zusammensetzung des Fundes an Steinen ist kein Zweifel, dass wir den Inhalt der Werkstätte eines Neolithikers vor uns haben, der Steingeräte verschiedenster Art herstellte. Dazu benutzte er vor allem einheimisches Material, nur für Dinge, für die kein geeignetes vorhanden war, fremdes. Nach der Keramik ist die Grube dem Hinkelsteintypus zuzuweisen.⁴⁾ Damit ist diese Kultur zum ersten Mal in dem Arbeitsbereich des Museums durch Tonware festgestellt, und der Fund liefert zugleich einen Formenschatz von Steingeräten, der ihr eignete.

³⁾ Die Bestimmung der Gesteinsarten wird Herrn Dr. Galladé † verdankt.

⁴⁾ Koehl a. a. O. Taf. I ff.

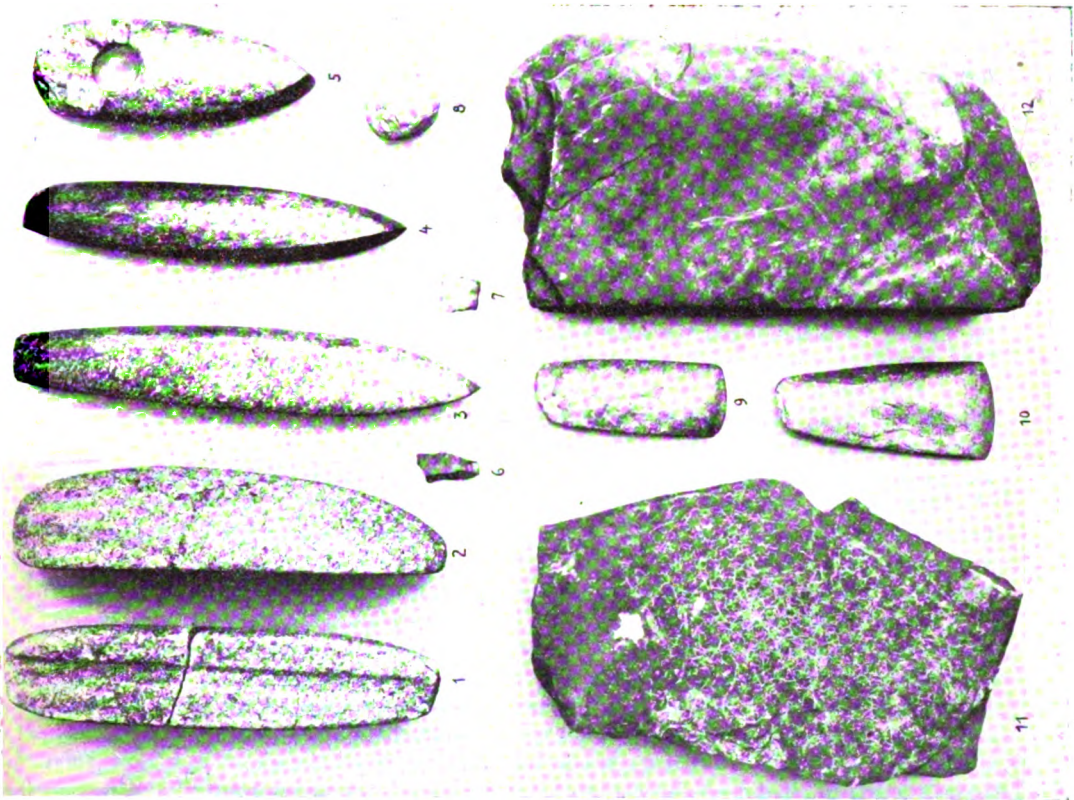


Abb. 1. Zu Text S. 204. Knapp $\frac{1}{3}$ nat. Gr.

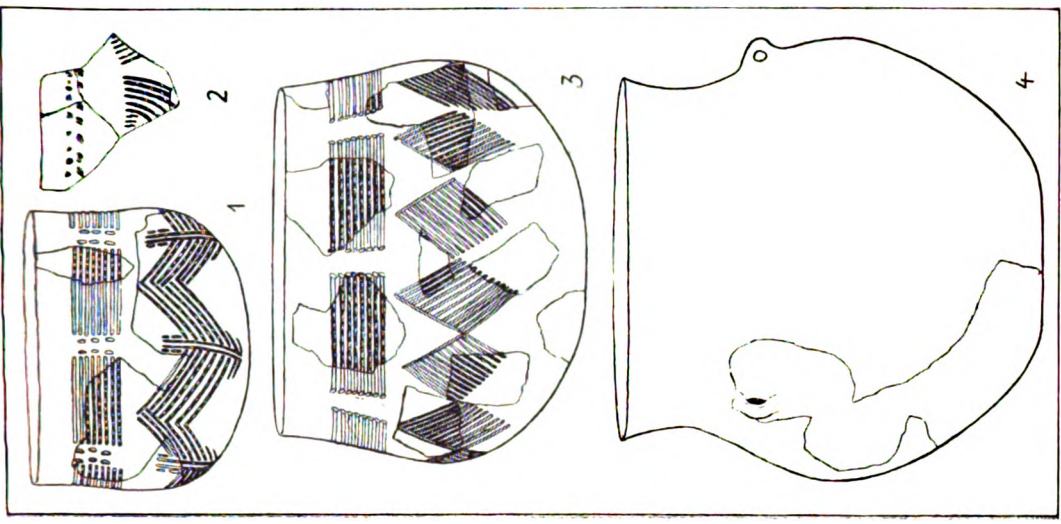


Abb. 2. Zu Text S. 203. $\frac{1}{3}$ nat. Gr.
Aus der Steingerätwerkstätte zu Weilbach.

Literatur der Jahre 1930 und 1931 zur nassauischen Geschichte, Volkskunde und Heimatpflege.

Bearbeitet von Wilhelm Hofmann.

(Um gest. Zusendung aller in entlegeneren Zeitschriften und Zeitungen erschienenen hierher gehörenden Aufsätze wird höflichst gebeten.)

In Besprechungen dieser Bibliographie wurde zum Teil eine andere Zusammenstellung der Schriften gewünscht. Wenn ich zunächst an der gewohnten festgehalten habe, so geschah dies, weil ich das Auffinden möglichst erleichtern wollte, ohne einzelne Schriften in verschiedenen Gruppen anzuführen. Aus diesem Grunde sind auch die mit Ortsangaben versehenen Arbeiten meist unter I 2 (Orte und Gegenden), die mit Personennamen unter I 3 (Biographisches) zu suchen.

Häufiger erwähnte Zeitschriften.

Alt-Nassau. Freibeilage zum Wiesbadener Tagblatt. 1930/31. (= A. N.)

Nassauische Annalen. Jahrbuch des Vereins für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. Herausgeg. mit Unterstützung des Magistrats der Stadt Wiesbaden. Selbstverlag. 51. u. 52. Bd. 1930 und 1931. (= A.)

Nassauische Blätter. Monatsschrift für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege im Nassauer Land. Herausgeg. von Regierungsrat August Bertsche. Niederlahnstein, Bahnhofstr. 34. 10. u. 11. Jg. 1930 und 1931. (= N. Bl.)

Hessische Chronik. Monatsschrift für Familien- und Ortsgeschichte in Hessen und Hessen-Nassau.

Herausgeg. von Prälat D. Dr. Wilhelm Diehl, Darmstadt. 17. u. 18. Jg. 1930 u. 1931.

Didaskalia. Wöchentliche Beilage der Frankfurter Nachrichten. 108. u. 109. Jg. 1930 u. 1931.

Spießsche Familienzeitung. Im Auftrag des Verbandes der Familie Spies (Spieß). Herausgeg. von Frau Pusch-Spiess. 17. u. 18. Jg. 1930/1931.

Evangelisches Gemeindeblatt. In Verbindung mit Landeskirchenrat D. theol. Veesenmeyer, Landeskirchenrat Pfr. Philippi, Dr. Ott in Wiesbaden, Pfr. Encke in Sinn (Dillkreis) und anderen herausgeg. von den Pfarrern Anthes, Lic. Dr. Dietrich u. Hahn in Wiesbaden. 50. u. 51. Jg. 1930/1931.

Germania. Korrespondenzblatt der römisch-germanischen Kommission des deutschen archäologischen Instituts. Bamberg, Buchner. XIV. u. XV. Jg. 1930/1931.

Die Heimat. Monatsschrift zur Vertiefung und Auswertung des Heimatgedankens in Volksbildung und Jugendpflege. Mittelrhein und Hessenland. Druck u. Verlag der Gutenberg-Druckerei Mainz. 6. Jg. 1930.

Nassauische Heimat. Sonderbeilage der Rheinischen Volkszeitung. Druck u. Verlag: Herm. Rauch, Wiesbaden. 10. Jg. 1930, 11. Jg. 1931. (= N. Ht.)

Aus unserer Heimat. Blätter für Geschichte, Volks- und Heimatkunde. Freibeilage zum Nassauer Anzeiger. 1930/1931.

Unsere schöne Heimat. Beilage zur Pflege der Heimatkunde und Heimatgeschichte. Diezer Anzeiger. 1930/1931.

Heimatblätter zur Pflege und Förderung des Heimatgedankens. Beilage zur Dillzeitung. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. 4. Jg. 1931.

Nassauische Heimatblätter. Mitteilungen des Vereins für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. Wiesbaden. Selbstverlag. Jg. 31 1930 u. 32 1931. (= N. H.)

Rheinische Heimatblätter. Herausg. Hans Sparre. Rheinische Verlagsgesellschaft m. b. H. Koblenz. Castorpfaffenstr. 22—24. 7./8. Jg. 1930/31. (= Rh. Htbl.)

Heimatblätter für den Unterlahnkreis. Beilage zur Emser- und Diezer Zeitung. 5. u. 6. Jg. 1930/31. (= Ht. Bl. U. L.)

Aus der Heimatgeschichte. Beiblatt zur „Westerwälder Volkszeitung.“ Verl. von M. Flock u. Co. Montabaur. 4. u. 5. Jg. 1930/31. (= A. d. Htgesch.)

- Illustrierter Nassauischer Heimatkaler** 1930 u. 1931. **Westerwälder Heimatkaler**. Heimatkaler für den Taunus. Druck und Verlag von C. Ebner-Hachenburg. (= **N. H. Kal.**)
- Heimatkaler der Kreise Biedenkopf, Frankenberg, Kirohhain und Marburg**. Marburg. Elwert 1931
- Heimatland: Beilage zur Siegener Zeitung**. Verlag von W. Vorländer, Siegen. 5. u. 6. Jg. 1930/31.
- Unser schönes Heimatland: Zeitschrift für Heimatkunde, Heimatsitte und Heimatart**. Beiblatt des „Rheingauer Anzeigers.“ Rüdeshelm Jg. 1930/31. (= **U. sch. Htld.**)
- Idsteiner Heimatschau**. Herausgeg. vom Altertumsverein Idstein. Schriftl.: G. Grandpierre, Idstein. Druck und Verlag: Buchdruckerei der „Idsteiner Zeitung“ 1930/31. (= **Idst. H.**)
- Historisches Jahrbuch**. Im Auftrage der Görres-Gesellschaft usw. herausgeg. von Heinr. Günther, München, Herder. 50. u. 51. Bd. 1930/31.
- Klio**, Beiträge zur alten Geschichte. Herausgeg. von C. F. Lehmann-Haupt. Leipzig, Dieterich'sche Verl.-Buchhandlung. 23, 24. Band. 1930/31.
- Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine**. 78./79. Jg. 1930/31. Berlin, Mittler u. Sohn.
- Nassauischer Allgemeiner Landeskaler auf das Jahr Christi 1930/31**. 53./54. Wiesbaden. Rud. Bechtold & Comp. (= **NALK.**)
- Land und Leute im Oberlahnkreis**. Blätter für Heimatgeschichte und Volkskunde. Monatl. Beilage zur Kreiszeitung für den Oberlahnkreis. Weilburg. Druck und Verlag von H. Hirschhäuser. Schriftl.: Studienrat F. A. Schmidt, Hersfeld. 6. u. 7. Jg. 1930/31. (= **L. u. L.**)
- Land und Zeit**. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage des Nassauer Boten. Limburg a. d. L. 9. u. 10. Jg. 1930/31. (= **Ld. u. Zt.**)
- Mannus**. Zeitschrift für Vorgeschichte. Begründet und herausgeg. von Prof. Dr. G. Kossinna. Leipzig, Kurt Kabitzsch. 22. u. 23. Bd. 1930/31.
- Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde**. Köln, Gereonstrasse 60 I, Rhonania-Verlag und Druckerei Bonn. Band 6 u. 7. 1930/31.
- Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums**. Herausgeg. von J. Heinemann 75. Jg. (N. F. = 39. Jg.) 1931. Verlag von J. Kauffmann, Frkf.
- Nachrichtenblatt für deutsche Vorzeit**. Herausgeg. von Martin Jahn. Leipzig, Kabitzsch. 6. u. 7. Jg. 1930/31.
- Das schöne Nassau**. Illustrierte Monatsschrift zur Pflege der Heimatliebe und Förderung des Fremdenverkehrs im Nassauer Land. Herausgeg. von Aug. Straub. Westerburg, Käsberger. 2. u. 3. Jg. 1930/31. (= **D. sch. N.**)
- Nassovia**. Zeitschrift für nassauische Geschichte und Heimatkunde. Herausgeg. Pfr. Fuchs in Westerburg. 30. u. 31. Jg. 1930/31. (= **N.**)
- Oranien-Nassau**. Zeitschrift für Heimatgeschichte und Volkskunde. Beilage zum Herborner Tageblatt. 3. Jg. 1930.
- Der Rheingau**. Heimatblatt des Rheingauer Bürgerfreund. Schriftl.: Erich Becker, Östlich-Rheingau. Druck und Verlag Adam Etienne 3. u. 4. Jg. 1930/31. (= **D. Rhgau.**)
- Rhein und Lahn**. Beilage zur Rheinisch-Nassauischen Tageszeitung. Oberlahnstein. Schriftl.: J. Knodt. Druck u. Verlag Fr. Schickel. 12. u. 13. Jg. 1930/31.
- Westerwälder Schaulandsland**. Monatsschrift des Westerwaldvereins. Marienberg. Begründet von Dekan Heyn. Herausgeg. von Lehrer K. Müller. Druck u. Verl. C. Ebner, Hachenburg. 23. u. 24. Jg. 1930/31. (= **W. Sch.**)
- Allgemeines Schulblatt, Vereinsblatt des Allgem. Lehrervereins (E. V.) im Reg.-Bez. Wiesbaden**. 81./82. Jg. 1930/31.
- Siegerland**. Blätter des Vereins für Heimatkunde und Heimatschutz im Siegerlande sowie Nachbargebieten. Siegen, W. Vorländer. 12. u. 13. Band 1930/31.
- Der Taunus**. Zeitschrift des Taunuskubs. Druck: W. Fischer, Frankf. a. M., Niddastr. 60. 15. und 16. Jg. 1930/31.
- Taunusblätter**. Unterhaltungsblätter für Geschichte u. Heimatkunde. Wochenbeilage zur Taunuszeitung. Ph. Kleinböhl, Königstein i. T. 1930 u. 1931.
- Teuthonista**. Zeitschrift für deutsche Dialektforschung und Sprachgeschichte. Herausgeg. von Dr. Herm. Teuchert 1930/31. Max Niemeyer Verlag. Halle (Saale).
- Der Uhrturm**. Zeitschrift der Nassauischen Familiengeschichtlichen Vereinigung. Schriftl.: Konrektor Rud. Dietz, Wiesbaden, Schützenhofstr. 14. 1930/31.

- Verhandlungen des 66., 67. u. 68. Kommunallandtages des Reg.-Bez. Wiesbaden 1930/31. Landeshaus-Druckerei Wiesbaden.
- Historische Vierteljahrsschrift. Herausgeg. von Dr. Erich Brandenburg. XXV. u. XXVI. Jg. 1930/31. Druck u. Verl. Wilh. u. Hertha von Baenisch-Stiftung, Dresden.
- Rheinische Vierteljahrsblätter. Herausgeb. A. Bach, J. Müller, F. Steinbach. Verl. Ludw. Röhrscheid-Bonn. 1. u. 2. Jg. 1931/32.
- Volk und Scholle. Heimatblätter für beide Hessen, Nassau und Frankfurt. Verlag des historischen Vereins für Hessen. 8. u. 9. Jg. 1930/31. Druck von L. E. Wittich, Darmstadt.
- Historische Zeitschrift. Begr. von Heinrich v. Sybel. Herausgeg. von Friedr. Meinecke und Alb. Brackmann. 143.-145. Band 1930/31.
- Zeitschrift für Volkskunde. Herausgeg. von Fritz Boehm. Neue Folge Bd. II (40. Jg.), Bd. III (41. Jg.) Julius Springer, Berlin-Leipz. 1930/31. Walter de Gruyter u. Cie.
- Prähistorische Zeitschrift. Herausgeg. von Wilh. Unverzagt. Berlin. Kommissionsverlag. XXI./XXII. Bd. 1930/31.

I. Geschichte.

Vorrömische, römische und fränkische Zeit.

- Behn, Friedrich: Die Gauburg der Chatten. [Mattium.] Volk. u. Sch. 9. Jg. 1931. Heft 4.
- Blümlein, C.: Die Schlacht am Altkönig [368]. Didaskalia. 109. Jg. 1931. Nr. 7.
- Ders.: Von den Taunusringwällen. N. H. Kal. 1931. S. 45 ff.
- Cahn, J.: Wangionen, Mattiaker oder Ubier? Weitere Beiträge zur Frage einer vermutlichen Mattiaker-Prägung. Mitteilungen für Münzsammler VI 1929. S. 321—24.
- Fabricius, Dr. Geh.-Rat in Freiburg i. Br.: Ueber den gegenwärtigen Stand der Limesarbeiten in und ausserhalb Deutschlands. Vortrag im West- und Süddeutschen Verband für Altertumsforschung 1931 in Stuttgart.
- Frahm, Friedrich: Caesar und Tacitus als Quellen für die altgermanische Verfassung. Histor. Vierteljahrsschrift 24. S. 145.
- Frahm, F.: Die Entwicklung des Suebenbegriffs in der antiken Literatur. Klio XXIII 1929. Heft 2.
- Gessner, Albert: Die ersten Anfänge des Christentums in Nassau. Limb. III. Almanach 1930. S. 31 ff.
- Gündel, F.: Ein neues früh römisches Erdlager bei Heddernheim. Schuhmacher-Festschrift Mainz 1930. S. 260 ff.
- Gundlach, W.: Die Stammesgrenzen der Chatten-Hessen bis zum 8. Jahrhundert n. Chr. Diss. Frkf. 1929.
- Henz, W.: Vorgeschichtliche Festungsanlagen im Taunus. N. Ht. 1930. Nr. 6.
- Hesselmeyer, Ellis: Was ist und was heisst Dekumatland? Klio 24. Bd. (N. F. Bd. 6) Heft 1. S. 1-37. 1930.
- Hofmeister, H.: Die Chatten. Bd. I: Mattium, die Altenburg bei Niedenstein. Nr. 2 der germanischen Denkmäler der Frühzeit. Hrsg. von der Röm.-Germ. Kommission. Frkf. a. M. 1930. Verlag von Jos. Baer u. Cie. Frkf. a. M.
- Jacobi: Fundchronik vom 17.—31. XII. 29. Hessen-Nassau. Arbeitsgebiet des Saalburgmuseums. Germania. Jahr XIV. 1930. Heft 2.
- Kalb, Walter: Prähistorische Funde auf dem unteren Westerwald und ein solcher neuer Fund in Vielbach. Aus der Heimatgesch. 4. Jg. 1930 Nr. 10.
- Kossinna, Gustav, Geh. Rat Prof. Dr.: Altgermanische Kulturhöhe. Eine Einführung in die deutsche Vor- und Frühgeschichte. 2. verb. Aufl. Verl.: Kurt Kabitzsch, Leipzig.
- Ders.: Ursprung und Verbreitung der Germanen in vor- und frühgeschichtlicher Zeit. Verl.: Kurt Kabitzsch, Leipzig.
- Kahlmann, R.-Breitscheid: Von den Steinkammern bei Erdbach. Oranien-Nassau. 3 Jg. 1930. Nr. 5.
- Katzsch, F.: Herakles auf Denkmälern des Mithras-Kultus. Germania XIV. 1930. S. 147 f.
- Katzsch, Ferd.-Wiesbaden: Eine Mainzer Bildhauerwerkstätte Claudischer Zeit. Schuhmacher = Festschrift, Mainz 1930. S. 270—279 und 2 Tafeln. In Kommission bei S. Wilckens, Mainz.
- Ders.: Ringwälle im Lahn- und Maingebiet als Zeugen der germanischen Einwanderung und der römisch-germanischen Kämpfe um Christi Geburt. Neue deutsche Ausgrabungen, Deutschland und Ausland. Heft 23/24. Münster i. W. 1930.
- Ders.: Die Vor- und Frühgeschichte des Landkreises Wiesbaden. In: A. Henche: Der ehemalige Landkreis Wiesbaden, ein Heimatbuch. Wiesbaden (H. Rauch) 1930.

- Ders.: Fundchronik Hessen-Nassau. Arbeitsgebiet des Landesmuseums Wiesbaden. Germania. Jahr XIV. 1930. Heft 2. Jahr XV 1931.
- Ders.: Die 28. Tagung des West- und Süddeutschen Verbandes für Altertumsforschung in Bonn, Köln und Aachen am 24.—27. April 1930. In Prähist. Zschr. Bd. 21, 1930 3/4. S. 285.
- Ledroit, J.: Die römische Schifffahrt im Stromgebiete des Rheins. Heft 12 „Kulturgeschichtlicher Wegweiser durch das Römisch-Germanische Zentralmuseum.“ Mainz 1930.
- Quiring, Heinr., Prof. Dr. phil. Dr. Ing.-Berlin: Spuren der Eiszeit im Siegerland und Westerwald. Heimatbl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 11.
- Schäfer, Otto, Ing.-Endbach: Die alten Schanzen in der Hörre. („Bicker Schanzen“). (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 2.
- Simon, Georg: Im Schatten römischer Vergangenheit. N. H. Kal. 1931. S. 41 ff.
- Stamfuss, Rudolf: Die jungneolithischen Kulturen in Westdeutschland. (Rheinische Siedlungsgeschichte Bd. II) Bonn, Ludw. Röhrscheidt Verlag 1920.
- Stümpel, G.: Ueber Name und Nationalität der Germanen. Klio XXIII. 1929. Heft 2.
- R. S., H.: Auf den Spuren der Germanen. (Dillenb.) Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 11.
- Woelke: Fundchronik vom 17.—31. 12. 29. Hessen-Nassau. Germania. Jahr. XIV. 1930. Heft 2.
- Woelke, K.: Ein neuer römischer Helm von Heddernheim. In: Kutsch: Die 23. Tagung des West- und Süddeutschen Verbandes für Altertumsforschung in Bonn, Köln und Aachen am 24.—27. April 1930. cf. Germania XIV 1930. S. 149—53.
- Ders.: Neue Forschungen im römischen Heddernheim. Korrespondenzblatt des Gesamtvereins, 1930.
- : Wiesbaden in Fränkischer Zeit. Alt-Nassau. 1931. Nr. 25.
- : Bodenfunde im hohen Westerwald und im Dillgebiet. Wichtige Feststellungen. N. H. K. 1931. S. 70.

Mittelalter und Neuzeit.

1. Allgemeines.

- Arndt, Johanna: Westerwälder Wetter- und Bauernregeln. Koblenzer Heimatblatt (Beil. des Koblenzer Generalanzeigers). 1930. Nr. 3.
- Bach, Adolf, Prof. Dr.-Bonn: Die Werke des Verfassers des mittelhochdeutschen Gedichts von der Schlacht bei Gölheim (Meister Zillies von Seine?) 1930. Ludw. Röhrscheidt, Bonn a. Rh.
- Becker, C., Studiendirektor-Dillenburg: Lebensbilder einiger Reformatoren in Nassau-Dillenburg. Dill-Zeitung 31. Okt. 1930 (Sonderbeilage).
- Becker, Dr. Hans Karl: Höhlen in Nassau. D. sch. Nass. 2. Jg. 1931. Nr. 4.
- Becker, Dr. W. J.-Koblenz: Vom alten deutschen Wort „Mal.“ Vom Emser Malberg zur Deutung von Katzenelnbogen. Htbl. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 7.
- Bingemer, Heinrich und Schoenberger, Guido: Bauten und Landschaft in Hessen und Nassau. 1930. Verlag des Frankfurter Kunstvereins.
- Bink, Hermann: Der preussische Herzogshof und die alt-nassauische Kunst. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 9.
- Ders.: Alte nassauische Wahrzeichen. Alt-Nassau. 1930. Nr. 1.
- Bonnet, Dr. Rudolph-Frankfurt a. M.: Genealogisches Lexikon nassauischer Beamtenfamilien. Lfg. I ff. Frankfurt a. M.-Eckenheim. Selbstverlag.
- Ders.: Schicksale nassauischer Auswanderer nach Texas [1845/46]. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 2.
- Dedekind, M.: Die Holländer unter Graf Johann Moritz von Nassau in Nordbrasilien. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 11.
- Dönges, Dr. C.-Dillenburg: Truppenübungen der Kaiserin Maria Theresia in Nassau-Oranien und auf dem Westerwald vor dem 7 jährigen Krieg. Didaskalia, 5. IV. 1931.
- Ders.: Zur Finanzierung des niederländischen Freiheitskampfes durch Frankfurt und die Nassau-Dillenburg-Lande. Didaskalia Nr. 24, 14. VI. 1931.
- Ders.: Kurpfälzische Postfahrten und Poststrassen zwischen Dillenburg und Siegen vor 200 Jahren. Didaskalia 109. Jg. 1931. Nr. 9.
- : Auf den Spuren der Emigranten in den nassauischen Gauen 1791—92 In Nassau-Oranien. Diez. Ld. u. Zt. 9. Jg. 1930. Nr. 3.
- Elsen, A.: Eine Hinrichtung in der Grafschaft Sayn 1784. Koblenzer Heimatblatt (Beilage des Koblenz, Generalanzeigers) 1930. Nr. 17.

- Eysenck, Ernst-Niederlahnstein: Der Gewerbeverein für Nassau in seiner Entwicklung und praktischen Arbeit. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Nr. 4.
- Faber, Kurt: Die Salzstellen und die Salzflora der Provinz Hessen-Nassau und ihrer Nachbargebiete. Marb. Phil. Diss. 27. Nov. 1929.
- Festschrift zur Goldenen Jubelfeier des Gesangsvereins „Eintracht“ Frankfurt a. M.-Zeilsheim 1880—1930.
- Fiebig, Georg-Freindiez: Eine Bluttat nassauischer Soldaten vor 100 Jahren in Elz. N. H. Kal. 1931. S. 62 ff.
- Ders.: Die Wiedertäufer im Rheingau. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 11.
- G. F.: Auf den Spuren der Emigranten in den nassauischen Gauen 1791—92. Ld. u. Zt. 9. Jg. 1930. Nr. 1, 2, 3.
- Finkenrath, Kurt, Dr. med.: Sozialismus im Heilwesen. Eine geschichtliche Betrachtung des Medizinwesens im Herzogtum Nassau von 1800—1866. Verlag von Rich. Schötz. Bd. XXXIII. Heft 6. Die Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung 1930. Bespr. von Betke-Wiesbaden in N. Hbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- : Der erste Vormarsch der französischen Revolutionsarmee über den Rhein 1792—93.
- : Der Rückzug der Franzosen aus dem Rheingau 1796. Nass. Heimat 10. Jg. 1930. Nr. 8.
- Frühauf, Walter: Die Religion der Industriearbeiter, aus dem Grunde ihres Milieus dargestellt. In Religionspsychologie. Veröffentlichungen des Wiener Religionspsychologischen Forschungsinstituts. Wien. Wilh. Braumüller 1927. Heft II S. 47—100. Heft III S. 75—143 [Mit Schilderung nassauischer Verhältnisse.]
- Galladé, Max: Die diluvialen Terrassen am Südfuß des westlichen Taunus. Aus: Festschrift für Alfred Philippon! 1930.
- Gedye, G. E. R.: Die Revolverrepublik. Frankreichs Werben um den Rhein. Gilde-Verlag G. m. b. H. Köln 1931.
- Nassauisches Genossenschaftsblatt. Zeitschrift für landwirtschaftl. Genossenschaftswesen. Organ des Verbandes der nassauischen landwirtschaftl. Genossenschaften. 13. Jg. 1929. Darmstadt. Gg. Br.
- Gilardone: Alte Zeugen Nassauischen Waffenruhms. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 2.
- Gorrenz, Heinz: Die Franzosenzeit in Nassau und Frankfurt a. M. 1918—1930. Eine Chronik, in der von Not und Schande, von Narretei und Verrat, aber auch von Heimatliebe und deutscher Treue erzählt wird. Frankf. a. M. 1930. Frankfurter Nachrichten.
- Hain, Heinr.-Gumbinnen: Militärische Verhältnisse im Dillenburg Land. (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 14.
- Hecht, Dr. G.: Zoologisches Museum Berlin: Kreuzottern in Nassau. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 12. Heft.
- Hecht, Richard-Frankf. a. M.: Aus den Jugendtagen des nassauischen Eisenbahnwesens. Alt-Nassau. 1930. Nr. 19.
- Heiler, Dr., Studienrat-Wiesbaden: Der Westerwälder Mäcker. (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 7.
- Ders.: Zur Geschichte des geistlichen Standes der Grafschaft Nassau-Idstein im Jahrhundert der Reformation. Hess. Chronik. 18. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Heinemann, Dr. Otto, Staatsarchivrat-Wiesbaden: Nassauische familiengeschichtl. Quellenkunde. In Archiv für Sippenforschung und alle verwandten Gebiete. 7. Jg. 1930. Heft 10. Verlag C. A. Starke, Görlitz.
- Ders.: Noch einmal „Stadtmusik zu Wiesbaden“ [Joh. Martin Pauli; Johann Paul Walther; Johann Jacob Uhl.] Alt-Nassau. 1931. Nr. 4.
- Henche, Albert, Dr. h. c.: Die jüngere geologische Vergangenheit in unserer Heimat. Alt-Nassau. 1930. Nr. 2. Ders.: Die geologische Jetztzeit. Ebenda Nr. 4.
- Ders.: Auf alten Kirchtürmen. Alt-Nassau. 1930. Nr. 7.
- Ders.: Von Landstreichern, Räubern, Kurpfuschern und Gesindel auf dem Westerwald im 16. Jahrhundert. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 2.
- Ders.: Der Feldzug Napoleons gegen Preussen 1806—07 nach Briefen nassauischer Kriegsteilnehmer. Alt-Nassau. 1930. Nr. 15, 16, 17.
- Ders.: Räuberwesen an der unteren Lahn [1808—19.] Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 7.
- Ders.: Eine Rheinlandräumung vor 100 Jahren. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Nr. 7.
- Ders.: Von Unwettern und Hochwassern im Lahntal in alten Zeiten. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 12. Heft.
- Ders.: Vom schönen und schlechten Wetter im Nassauischen und was sich dabei zutrug. [1712—1740] N. 30. Jg. 1930. Nr. 12.

- Ders.: Wölfe im Westerwald. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 2.
- Herder, Fritz-Wiesb.-Erbenheim: Die Entwicklung des Bauernstandes unter besonderer Berücksichtigung nassauischer Verhältnisse. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 1.
- Ders.: Nassau wird preussisch 1866. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 7.
- Herold, A.: Drum soll man nie zertreten sein altes gutes Recht. [Markverfassung, Gemeindewaldungen.] U. schöne Heimat. 1930. Nr. 2, 3.
- Ders.: „Kreuz und Elende nehmen ein Ende“ 1648. Kulturhistorische Skizze. Heimatbl. für den Unterlahnkreis. 6. Jg. 1931. Nr. 6.
- : Geschichte von Hessen-Nassau. Unser schönes Heimatland. 1931. Nr. 14—16.
- Hörpel, Leonhard-Frankf. a. M.: Wölfe im Westerwald. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 17/18.
- Hofmann, Wilhelm: Literatur der Jahre 1928 und 1929 zur nassauischen Geschichte, Volkskunde und Heimatpflege. A. 51. Bd. 1930.
- Imand, E. Vermessungsrat: 100 Jahre nassauische Güterkonsolidation. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 4.
- Ders.: Die nassauische Güterkonsolidation im Bild. Weinbergumlegung in Nassau. N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 5.
- Jochst: Kriegsfurien im Lahngebiet im 17. u. 18. Jahrhundert. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 6.
- Jung, R.: Studenten und Bürger unter Zucht. [1776/77.] Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 9.
- Kalb, Walter: Die schlesische Armee Feldmarschall Blüchers auf dem unteren Westerwald im Jahre 1813. Aus der Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 12.
- W. K.: Der Wiesbadener Wald als Kriegsschauplatz. Die Befreiung Wiesbadens durch das Gefecht vom 9. Sept. 1796. Alt-Nassau. 1931. Nr. 25.
- Krasa, G.: Ueber Zölle und Zollerhebungen im Fürstentum Nassau-Siegen vom 16.—18. Jahrhundert. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 12.
- Ders.: Ueber Frondienste im Fürstentum Nassau-Siegen. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 9.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Aus der Franzosenzeit II. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 6—12.
- Lamprecht, Karl: Der „blaue“ Montag im Siegenschen. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 11.
- Fr. L.: Altnassauische Gartenregeln. Aus alten Quellen mitgeteilt. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 4.
- : Wegweiser für die evangel. Landeskirche in Nassau. Amtl. Ausgabe. Wiesbaden, Verlag der ev. Landeskirche in Nassau. 1930.
- Lazarus, Paul: Geschichte der Nassau-Loge. 1890—1930. 1930. Selbstverlag der Nassau-Loge, Wiesb.
- Massenkeil, Hermann: Das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 253. Nass. Heimat Nr. 9 (13. 7. 30.)
- Ders.: Deutschlands Wehr — Deutschlands Ehr. [Füsilierr-Regiment v. Gersdorff (Kurhessisches) Nr. 80.] Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 9.
- Meister, Dr. Rob.: Das Fürstentum Oranien. (= Romanische Studien, Heft 23.) Berlin 1930. Verlag Dr. E. Ebering. Bespr. von Kurt Glaser-Giessen in N. Htbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Menn, W.: Zur Vorgeschichte des deutschen Zollvereins. Nassaus Handels- und Schifffahrtspolitik vom Wiener Kongress bis zum Ausgang d. süddeutschen Zollvereinsverhandlungen 1815 bis 1827. Greifswald, Verlag der Ratsbuchhandlung L. Bamberg 1930. Bespr. von Paul Wagner in N.-Htbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Menz, H. L.-Dillenburg: Das Strohdach in Nassau-Dillenburg und auf dem Westerwalde. D. sch. Nass. 3. Jg. 1931. Nr. 2.
- Ders.: Die Nassauische Gewerbesteuer und Gewerbesteuerzahler im Spiegel der Chronik lt. Verordnungsblatt von 1841. Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 5.
- Ders.: Beginn der Reformation in der Grafschaft „Nassau-Dillenburg“. (Zur 400 Jahrfeier der Augsburgischen Konfession.) (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 11.
- [Michel, Dr. Pfr.-Wiesbaden]: Nassauische Kunstdenkmäler des Mittelalters. U. sch. Heimat. 1930. Nr. 2.
- Müller, Karl-Marienber.: Not- und Hungerjahre im vorigen Jahrhundert [1816/17; 1829/30; 1847.] Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 7.
- Ders.: Wirtschaftliches und Kulturelles vom hohen Westerwald. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 3.
- Müller, W.: Die Geschichte des Domänenstreits im Herzogtum Nassau 1806—1866. Diss. Frankfurt 1929. Langendreer, Heinr. Pöppinghaus.

- Nies, Ludwig: Der schwarze Tod am Mittelrhein. Ein düsteres Bild aus den Pestzeiten des 30 jähr. Krieges. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 2.
- o—: Eine Reise durch Nassau im 18. Jahrhundert. Ein Bericht aus den Jahren 1779—1785. L. u. Zt. 10. Jg. 1931. Nr. 3.
- Paquet, Alfons: Der rheinische Mensch. Rhein. Heimatblätter. 7. Jg. 1930. Heft 2.
- Plebanus, Pfr. von Miehlen, nacherzählt: Ein Tagebuch aus dem Dreissigjährigen Kriege. VII. 1636, 1637 VIII. Rhein.-Nass. Tageszeitung (St. Goarshausen.) 68. Jg. 1930 Nr. 19, 20, 25.
- Raht, Geh. Justizrat-Limburg: Nassauische Geschichtchen — nicht Geschichte — wie sie sich in der Erinnerung eines alten Nassauers darstellen. (4. Forts.) Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 12.
- Reichert, Dr. H.: Der Rhein-Mainische Lebensraum. Alt-Nassau. 1931. Nr. 2.
- Röedler, Georg: Auf der Wasserscheide zwischen Main-, Rhein u. Lahn. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 3.
- Both, Dr. Ludwig: Bilder aus der Notzeit des Nassauer Landes vor 300 Jahren. Alt-Nassau. 1931. Nr. 23.
- Ders.: Wolfejagden im Taunus und am Rhein. Alt-Nassau. 1930. Nr. 18.
- Ders.: Wolfszeit im Taunus. Frankfurter Zeitung, Stadtblatt 28. 12. 1930.
- Ders.: Wölfe im Taunus und am Rhein. D. sch. Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 4.
- Ders.: Ein „Zweites Gesicht“ aus der Zeit der Schlacht bei Wetzlar (15. Juni 1796.) (Dillenb. Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 15.
- Ders.: Der „Fürst Primas.“ Ein Bild aus der Rheinbund-Zeit. Alt-Nassau. 1930. Nr. 20.
- Ders.: Grenzgänge und Flur-Umzüge. Alt-Nassau. 1930. Nr. 14.
- Ders.: Nassauische Erinnerungen an den Einzug in Paris am 1. März 1871. Alt-Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 6.
- Ders.: Nassaus vergessene „Reitende Jäger!“ Alt-Nassau. 1931. Nr. 6.
- O. R.,-D: Sayn-Hachenburgische Notverordnungen. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 10.
- Ders.: Taubensperren in alter Zeit. Nassau-Oranien. 3. Jg. 1930. Nr. 2.
- Ders.: Tierheilkunde auf dem Westerwalde in vergangenen Jahrhunderten. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 11.
- Ders.: Lohnfestsetzungen in alter Zeit. (Notverordnungen früherer Tage.) Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 9, 10.
- Ders.: Wie man vor 200 Jahren in Wiedischen Landen rückständische Schulden eintrieb. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 9.
- Ders.: Vogelschutz vor 1½ Jahrhunderten. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 8.
- Schäfer, Dr. Albert-Wiesbaden: Das Reichsfest von 1184. [Erbenheim-Mainz.] Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 7.
- Scheidt, W. E.: An den Kriegsgräbern der Nassauischen Regimenter bei Bertrix in Belgien. Una schöne Heimat. 1931. Nr. 2.
- Schellenberg, Dr. Alfred-Breslau: Hessenblut in Nassau. Der Uhrturm. Heft 2. 1930.
- Scherzberg, Kurt: Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897. Frankf. a. M. 1930.
- Soheuner, Ellen: Die Wirtschaftspolitik der Nassauer im Siegerland vom 16. bis 18. Jahrhundert. Dissert. Münster 1926.
- [Schmidt: Heimatkundliches Allerlei Merenberg als Markttort. Ein neuer Viehmarkt zu Weilmünster. 1896. L. u. L. 6. Jg. 1930 Nr. 8.
- Ders.: Vorgeschichtliche Gräber im Runkeler Märkerwalde. Eine Ausgrabung vor ca. 170 Jahren. Land u. Leute. 6. Jg. 1930. Nr. 6 u. 8.
- Schneider, Ludwig: Von den Backhäusern des Hinterlandes. Alt-Nassau. 1931. Nr. 9.
- Ders.: Was ein Landmann aus früheren Jahren erzählt. Wetterberichte von 1763—1794. Alt-Nassau 1931. Nr. 10.
- Schneider, Th.-Wiesbaden: Eine deutsche Kaiserkrone zu Dillenburg [Otto II.] Alt-Nassau. 1931. Nr. 4.
- Schubert, Dr. Friedrich-Düsseldorf: Rheinisches Gauner- und Landstreicherwesen vor 100 Jahren. Rhein. Heimatblätter. 7. Jg. 1930. Heft 3.
- Schüler, Th.: Auswanderung nassauischer Untertanen nach Brasilien. [1825/26] Alt-Nassau. 1930 Nr. 24.
- Ders.: Der Hoheitsstock und die Martinsgans. Ein ergötzlicher Schriftwechsel unter Behörden aus dem Jahre 1806. Alt-Nassau. 1931. Nr. 10.
- Schuetze, K.: Französische und belgische Militärjustiz im besetzten Gebiet. Berlin, Nobling. 1930.

- Schulze, Paul, Prof.-Naumburg: Landschaft und Siedlung. Das schöne Nassau. 1. Jg. 1929. Nr. 2.
- Schur, J.: Königtum und Kirche im ostfränkischen Reiche vom Tode Ludwigs des Deutschen bis Konrad I. Paderborn, Schöningh. 1931.
- Schuster von Forstner, Wilh., Studiendirektor u. Pfarrer a. D.: Vogelwarte Mainzer Becken, Gonsenheim bei Mainz. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Nr. 1. Alt-Nass. 1931. Nr. 15.
- Ders.: Der ausgestorbene Ibisvogel „Waldrapp“ im Mittelalter ein interessanter Waldfelsenbewohner bei Bad Ems. N. H. Kal. 1931. S. 88 ff.
- Ders.: Die Nassauer bei Waterloo. Eine Erinnerung anlässlich der Rheinbefreiung. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 8. Heft.
- Schwindrazheim, O.: Die deutsche Bauernkunst seit dem Mittelalter. D. sch. Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 12. 3. Jg. 1932. Nr. 1.
- Springer, Max, Dr. iur. et phil.: Lösungsbestrebungen am Rhein. (1918—1924). Auf Grund authentischer Dokumente dargestellt. Berlin 1924. Franz Vahlen.
- Sternberg, Leo: Rheinische Schicksalswende und dichterischer Anteil. Rede, gehalten bei der Befreiungsfeier im Kurhaus zu Wiesbaden. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Stift, Major a. D.-Gleiwitz: Noch etwas von Wölfen auf dem Westerwald [1613.] (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 1.
- Stöffler, Dr. Fr., Landeserziehungsrat: Nassauische Erziehungsheime. Im Auftrage des nassauischen Landesjugendamtes herausgegeben. Verl. August Kosmala. Düsseldorf, Bristolhaus 1929.
- Dr. Stöffler, Ullius, Tholl, Wendler, Zickler, Jüngst, Gierth: Nassauische Jugendherbergen. Sonderheft der Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Nr. 6.
- Straub, August-Okriftel a. M.: Das zeitgenössische Schrifttum in Nassau. Land u. Leute. 6. Jg. 1930. Nr. 1/2.
- Ders.: Alte Brücken im Lande Nassau. [Frankfurt, Runkel, Limburg u. Hadamar.] Alt-Nassau. 1931. Nr. 22.
- Ders.: Wie in Nassau die Vögel singen. Didaaskalia, Beilage der Frankfurter Nachrichten, 17. 5. 1931.
- Struck, J.: Alt-Nassau vor 1000 Jahren. Alt-Nassau zur Zeit der Städtegründung. Geschichtliches Allerlei aus dem 10. Jahrhundert. Uns. schöne Heimat. 1930. Nr. 4/5.
- Stückrath, Otto: Nassauer bei den Hanauischen Freiwilligen zu Ross 1814. Alt-Nassau. 1930. Nr. 20.
- Ullius, Fritz: Heimisches Zigeunerwesen. Alt-Nassau. 1931. Nr. 17.
- Ders.: Das Hausierwesen in Nassau. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 11.
- Verhandlungen des Provinziallandtags für die Provinz Hessen-Nassau vom 24. u. 25. Januar 1930. Kassel 1930.
- Wagner, Georg: Die letzten Eremiten in Nassau. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 11.
- Weiland, Paul: Aussterbende Tier- und Vogelarten. Unter besonderer Berücksichtigung der Prov. Hessen-Nassau und Rheinland. Mit Zusätzen von Studiendirektor Pfarrer Wilhelm Schuster von Forstner. Westerwälder Schaulinsland. 25. Jg. 1930. Nr. 2.
- Weinheimer, Heinrich-Mainz: Daten und Tatsachen zur Rheinlandräumung. Die Heimat. 6. Jg. 1930. Heft 6/7.
- : Der Weinstock in Geschichte, Sage und Dichtung. Uns. schönes Heimatl. Jg. 1930. Nr. 13/14.
- Weitzel, August: Zur deutschen Klein- und Vielstaaterlei. Rheinfranken in seiner territorialgeschichtlichen Entwicklung. Volk u. Scholle. 9. Jg. 1931. Heft 8/9.
- Wichert, Prof. Dr.: Um die Erhaltung der Burgen, Schlösser und Adelshöfe in Nassau. Aus dem Bericht des Bezirkskonservators über die Jahre 1924—28 (Forts.) Das schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 4/5.
- Wiegand, Hauptlehrer-Dautphe: Auswanderungen vor 100 Jahren. (Dillenb.) HtBl. 4. Jg. 1931. Nr. 12.
- Wilhelmi, Eduard-Frankf. a. M.: Der nassauische Domänenstreit 1848—51. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 1/2, 3/4.
- Wissmann, Eduard: Die versagte Bürgeraufnahme oder die Falschmünzerwerkstätte. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 9.
- Witzel, Wilhelm: Westerwälder Schreckenstage. Eine Dorfchronik aus der Besatzungszeit. [Freirachdorf.] 1931. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 1—9.
- Wolff-Malm, R.: Zur Geschichte des Füsilier-Regiments von Gersdorff (Kurhessisches) Nr. 80 Nass. Heimat. Nr. 9. (13. 7. 30.)

- Zedler, Gottfried: Die Handschriften der Nassauischen Landesbibliothek zu Wiesbaden. Zentralblatt für Bibliothekswesen. Beiheft 68. Leipzig. O. Harrassowitz 1931. Bespr. von Dr. R. Leppla-Wiesbaden. N. Htbl. 32. Jg. 1931. Nr. 3/4.
- Ziemer, Max-Idstein: Verzeichnis aller geistlichen und gemeinen Handlungen, so sich zugetragen haben im 1549. Jahr. [1551, 1552, 1553, 1555]. Aus der Handschrift des Weilburger Superintendenten Caspar Goltwurm im Staatsarchiv zu Wiesbaden. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 1—10.
- Ders.: Die Bechtheimer Reim-Chronik des Johann Georg Thiels. [1793—1803.] Idsteiner Heimatschau. 1930. Nr. 5/6.
- Ders.: Verzeichnis etlicher fürnehmsten geistlichen und gemeinen Händel, so sich begeben haben im 1554. Jahr. Aus der Handschrift des Weilburger Superintendenten Caspar Goltwurm im Staatsarchiv zu Wiesbaden. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 1, 2.
- Ders.: Die Erbschaft des englischen Admirals. [Idstein, 1676. 1687.] Alt-Nassau. 1930. Nr. 18.
- Zimmermann, Karl: Koblenzer und Ehrenbreitsteiner in nassauischen Militärdiensten. Koblenzer Heimatblatt (Beilage des Kobl. Generalanzeigers) 1930. Nr. 35.
- Zitser, G.: Gauner und Landstreicher um das erste Viertel des vorigen Jahrhunderts im Rhein-, Main- und Lahngelände. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 8.
- : Die Schlacht bei Zorn, zur 65. Wiederkehr des Tages am 12. Juli, aus dem Nachlass eines alten Nassauers. Wiesbadener Zeitung 11. VII. 1931.
- rt.: Ornamente der Rokokozeit. [Schlösser in Biebrich, Höchst, Geisenheim, Kiedrich.] Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 11.

2. Einzelne Orte und Gegenden.

- Volze, E. Lehrer-Achenbach: Achenbach zur Zeit des 30 jährigen Krieges. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 19/20.
- Volze, Lehrer: Heimatkundliches aus Achenbach. [Brand 1761.] (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 9.
- Rötter, P. Dr.: Aus den Tagen der Vorzeit. Beiträge zur Heimatkunde des Kreises Altenkirchen. 1930. Siegerland, Druckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Betzdorf. Bd. 3/4.
- Schneider, Ludwig: Wie Gross-Altenstädten zu seiner Orgel kam. Alt-Nassau. 1931. Nr. 7.
- Blümlein, C.: Die Schlacht am Altkönig. [368.] Didaskalia. 100. Jg. 1931. Nr. 7.
- Hörpel, Leonhard-Frankf.-M.: Aus der Geschichte einer Westerwälder Dorfschule. Die Schule zu Arbörn im Spiegel der Zeiten. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 13, 14.
- Bansa, Otto: Arnoldshain. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 8.
- Henche, Albert: Die Arnsteiner Honigkuchen. (Aus den Akten des Weilburger Kabinetts im Staatsarchiv zu Wiesbaden.) N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- Schüler, Th.: Die Honigkuchen-Bäckerei der vormaligen Abtei Arnstein. Alt-Nassau. 1931. Nr. 22.
- Wahl, J.-Breitenau: Unsere liebe Frau von Arnstein. Limb. III. Almanach. 1930. S. 71 ff.
- Rothkamp, Helmut: Assmannshausen. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 9.
- Bohrmann, Karl Hermann: Die alte Burg zu Aull. Uns. schöne Heimat. 1931. Nr. 1.
- Ders.: Die Mühle zu Aull. Uns. schöne Heimat. 1930. Nr. 1.
- : Pfarrer Schramms Bericht von der Bechtheimer Plünderung. [1794.] Idst. H. 1930. Nr. 5 6.
- Ziemer, Max: Die Bechtheimer Reim-Chronik des Johann Georg Thiels. Idst. H. 1930. Nr. 7—10.
- Hörpel, Leonhard-Frankf.-M.: Wie Schloss Beilstein in Trümmer sank. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 4.
- Ders.: Beilsteiner Bier. [1590 ff.] Das schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 4.
- Ders.: Zur Geschichte des Dienstgeldes in der Herrschaft Beilstein. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- Ders.: Wie ein Friedländischer Leutnant 1626 zu Beilstein Ostern feierte. Westerw. Schauinsland. 24. Jg. 1931. Nr. 6.
- Ders.: Wie der Prinz von Oranien den Beilsteinern eine Kirche schenkte. [1767.] Westerw. Schauinsland. 23. Jg. 1930. Nr. 8.
- Lücke, Bergrat a. D.-Biebrich: Ein Ausflug zum oberen Ulmbachtale, mit der Burgruine Beilstein. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 5.
- Schulz, Lehrer a. D.-Bad Nassau: Beilstein. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Karna, Robert, Lehrer-Mademühlen: Die Aarbrücke in Bicken. (Dillenb.) Heimatbl. 3. Jg. 1930. Nr. 19/20.

- Fach, Georg-Wiesbaden: Die Moosburg in Biebrich und Emil Hopfgarten. Historische Skizze. Alt-Nassau. 1930. Nr. 10.
- Heiler, Dr. Carl, Studienrat: Wie es in Biebrich-Mosbach 1813 und 1814 zuging. Nach den Kriegaakten des Wiesbadener Staatsarchivs. Biebricher Tagespost. 69. Jg. 1930. Nr. 17.
- Schmidt, Hans, cand. phil.: Aus Biebrichs Vergangenheit. 1. Alt-Biebrich inseriert. 2. Der Aberglauben im Leben der Biebricher vor 150 Jahren. Biebr. Tagespost 29. 8. u. 3. 9. 1931.
- Zichner, Rud. Art., Reg.-Baumeister a. D., Dipl.-Ing.-Wiesbaden: Schloss Biebrich am Rhein. Die Heimat. 6. Jg. 1930. Nr. 1. Verlag Gutenberg-Druckerei Mainz.
- : Historisches aus Nassau. Statistisches aus dem alten Biebrich. [18. Jahrh.] A.-N. 1931. Nr. 20.
- Heimatkalender der Kreise Biedenkopf, Frankenberg, Kirchhain u. Marburg. Marburg, Elwert. 1931.
- Stückrath, Bürgermeister: Das Heimatmuseum im Schloss zu Biedenkopf. Das schöne Nassau. 1. Jg. 1930. Nr. 9.
- Heymach, Willy: Schreckenstage in Bierstadt. [1799—1808.] Alt-Nassau. 1931. Nr. 17.
- Wahl, J.-Breitenau: Hof Winterroth im Kirchspiel Breitenau. Limb. Ill. Almanach. 1930. S. 63 ff.
- Walterstein, Dr. Jos.: Blankenberg a. d. Sieg. Westerw. Schaulinsl. 24. Jg. 1931. Nr. 6.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Aus der Reformationsgeschichte Breitscheids. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 19/20.
- Irie, Albert-Niedersetzen: Der Heidenfriedhof bei Buchen. [Siegerl.] Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 10.
- Grün, Hugo: Von den Pfarrern des Amtes Burgschwalbach im 16. Jahrhundert. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 7.
- : Wie die Buschhütter schwer im Druck waren. [1798.] Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 2.
- Harms, Julian: Fachwerkbauten in Camberg. N. H. 1930. 31. Jg. Nr. 3/4.
- Heil, F.-Camberg: Camberg im „goldnen Grund“. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 3.
- Ders.: Camberg im Taunus. Zu seinem 650jährigen Stadtjubiläum am 28. August 1931. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 11.
- Ders.: Wie der Nachtwächter von Camberg am helllichten Tage die verträumten und versäumten Stunden nachblasen musste. [Camberg 4. 9. 1792.] Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 8. Das schöne Nassau. 3. Jg. 1931. Nr. 1.
- Ders. F.: Camberger Kriegererlebnisse 1619—1625. O. O. u. J. Calmenhof-Druckerei. [Geschichtliche Erzählung.]
- Hörle, Dr. Jos.: Die Camberger „Sieben Fussfälle“ u. ihre Stifter. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 1
- Münzert, H.: Die Klostermühle bei Clarenthal. Nach den Akten des Staats-Archivs. Alt-Nassau. 1931. Nr. 15.
- Ders.: Die Clarenthaler Klosterkirche als Familienerbbegräbnis des Hauses Nassau. Die Clarenthaler Papiermühle 1724—1840. N. Ht. 11. Jg. 31. Nr. 2.
- : Zum 200 jährigen Jubiläum der Clarenthaler Kapelle. Alt-Nassau. 1931. Nr. 2.
- [Fuchs, Oskar, Pfr.-Westerburg]: Der Cleeberger Rezess (11. Juli 1695.) Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 9.
- Eckert, Friedrich, cand. phil.: Cronberger Fehdezeit. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 4.
- Ders.: Die Geschichte Cronbergs bis zur Einverleibung in Nassau. In: Geschichte der Stadt Cronberg im Taunus. 1930. Im Selbstverlag der Stadt Cronberg.
- Franck, Philipp, Prof.: Die Cronberger Malerkolonie. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 10.
- Hamm, J., Kaplan: Beiträge zur Geschichte des Kreises St. Goarshausen. a) Dahlheim. Unser schönes Heimatland. 1931. Nr. 5—13.
- Fiebig, Georg: Der schiefe Turm von Dausenau. Mit einer Aquarellzeichnung von Julius Göbel, Bad Ems, als Kunstbeilage. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 1. Unsere schöne Heimat. 1930. Nr. 6.
- Ullius, Fritz: Die Fuhrleute an der Lahn. [Dausenau.] Heimatbl. f. d. Unterlahnkreis. 6. Jg. 1931 Nr. 3.
- Minola, Josef: Aus der Ortsgeschichte von Diedenbergen. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 2.
- Runkel, Otto: Männergesang-Verein Dierdorf 1839-1929. Festschrift. Neuwed. 1929. Strüder. 120 S.
- Otto, Heinrich, Prof. Dr.: Dietkirchen als Archidiakonatsitz (bis zum Jahre 1700). Limb. Ill. Almanach. 1930. S. 82 ff.
- Wagner, Lehrer-Dotzheim: Der Marktkrieg zwischen Dietkirchen und Steinbach. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 9.

- Franz, Philipp: Aus der glükdenen Grafschaft [Diez.] Alt-Nassau. 1930. Nr. 17.
- Heck, Robert-Diez: Diez an der Lahn. Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 5. Uns. schönes Heimatland. Jg. 1930. Nr. 12.
- Ders.: Der letzte Türmer und Stadtpfeifer von Diez. Nass. Allgem. Landeskale. 53. Jg. 1930. S. 59 f.
- Heene, Albert, Dr. h. o.: Diez als Markt. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 11.
- Ders.: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht [Diez. 1763] Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 8. Heft.
- Ders.: Zwei Diezer Episoden aus dem 18. Jahrhundert. Eine Diezer Spukgeschichte aus alter Zeit [1779]. Eine Franzosengarnison in Diez. [1792.] Htbl. U. L. 1930 Nr. 1.
- Kneip, Jakob: Gefährliche Aengste. Erlebtes aus der Besatzungszeit. [Diez-Oranienstein.] Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 7.
- Schmidt, Erwin-Frankf.-M.: Die Bevölkerungsbewegung im Bezirk des ehemaligen Amtes Diez von 1817—1925. Htbl. f. d. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 10.
- : Dillenburg 1930. Herausgeg. im Auftrage der Stadtverwaltung Dillenburg. Vom Deutschen Städte-Verlag Artur Seelenmeyer, Hannover, Augsburg, Dresden.
- Becker, Studiendirektor-Dillenburg: Aus der Geschichte des Dillenburgers Schlosses. Vortrag, gehalten im Historischen Verein Dillenburg am 23. Febr. 1931. (Dillenburg.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 5—8. of. Ebenda Nr. 16—17.
- Ders.: Die Aufdeckung neuer Schlossgewölbe in Dillenburg. Auf den Spuren der alten Dillenburg. Die bisherigen Ergebnisse der Grabungen in den Schlossgewölben. Dill-Zeitung Nr. 258. 3. 11. 30. (Dillenburg.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 14.
- Ders.: Nassau-Dillenburg auf dem Reichstag zu Augsburg 1530. Ein heimatgeschichtlicher Beitrag zum 400. Jahrestag der Augsburger Konfession und zur Nassau-dillenburgischen Reformation. (Dillenburg.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 18—20.
- Ders.: Zum Brande der Dillenburgers Schneidemühle. [9 Mai 1814.] (Dillenburg.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 2/3.
- Dönges, Dr. C.: 1848—1929. — 80 Jahre Gewerbeverein Dillenburg und Entwicklung des Berufsschulwesens in Dillenburg. Selbstverlag des Gewerbevereins 1929.
- Hain, Heinrich-Gumbinnen: Beziehungen der Bevölkerung zum Dillenburgers Hofe. (Dillenburg.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 17.
- Ders.: Militärische Verhältnisse im Dillenburgers Land. [1750—1817] (Dillenburg.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 15.
- Hörpel, Leonhard-Frankf.-M.: Aus dem tollen Jahr: Warum die Märker der Calenberger Zente nach Dillenburg zogen. Alt-Nassau. 1930. Nr. 9.
- Menz, H. L.-Dillenburg: Besitz- und Nutzungswechsel eines Gebäudes innerhalb 150 Jahren 1779: 1780—1930. [Turnhalle im Hofgarten zu Dillenburg.] (Dillenburg.) Heimatblatt. 3. Jg. 1930. Nr. 8.
- Nies, Rudolf: Die Dillenburgers Jungfrauenordnung. Das schöne Nass. 3. Jg. 1931. Nr. 1.
- Schmidt, Erwin-Frankf.-M.: Eine Hinrichtung in Dillenburg im Jahre 1827. Nass. Heimat-Kal. 1930.
- Schneider, Th.-Wiesbaden: Eine deutsche Kaiserkrone in Dillenburg. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 10.
- Spiegs, August (1815—1895.) Das Dillenburgers Schloss. (Vorwort von Becker.) (Dillenburg.) Heimatblatt. 3. Jg. 1930. Nr. 12—20.
- Straub, August: Das zweite Gesicht im Amte Dillenburg. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 2.
- : Die Brandstifterin von Dillenburg und ihre grausame Hinrichtung. [1723.] (Dillenburg.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 16.
- : Ein fürstliches Begräbnis zu Dillenburg zur Zeit des 30jähr. Krieges. [Graf Albrecht 1626.] Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 3.
- Denkschrift zum Dillkriegerbundesfest 1929 in Dillenburg 1929.
- : 400 Jahre Reformation in Nassau-Oranien. Sonderbeilage zur Dill-Zeitung aus Anlass der Gedenkfeiern in Siegen, Dillenburg und Herborn am 30. und 31. Oktober und am 1. und 2. Nov. [1530—1930] von Pfr. Lic. Neuser-Siegen, Pfr. A. Heider, Prof. D. Schlosser-Herborn, L. Schutte-Amsterdam, Studiendirektor C. Becker-Dillenburg, H. L. Menz-Dillenburg.
- Löcke, Bergrat-Wiesbaden: Die Entstehung des Dilltals. Ein Beitrag zur heimischen Erdgeschichte (Dillenburg.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 12.
- G. F.: Aus der Geschichte des Seewehrs bei Dreifelden. Land u. Zeit. 10. Jg. 1931. Nr. 1.
- O. R. D.: Das Kirchspiel Dreifelden. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 7.

- Müller, Karl-Marienberg: Auf der nassauischen Seenplatte. [Dreifelder Weiher.] Mit einem Linienschnitt als Kunstbeilage von Werner Born Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 7.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Grenznöte vor 500 Jahren. Ein Driedorfer Gedenktag (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 17.
- Dungern, v. V.: Kloster Eberbach. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 5.
- Schäfer, Albert, Dr. phil.-Wiesbaden: Die Zisterzienserrregel und die Eberbacher Baukunst. Der Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 7.
- Schüler, Th.: Merkwürdige Verbindlichkeiten der vormaligen Abtei Eberbach im Rheingau. Alt-Nassau. 1931. Nr. 16.
- Wachsmuth, Hans: Aus alten Akten und Krankengeschichten der herzoglich-nassauischen Irrenanstalt Eberbach = Eichberg. T. VI. Jg. 32. 1930.
- Dungern, von V.: Burg Ehrenfels in Nassau. [Rüdesheim.] Alt-Nassau 1930. Nr. 7.
- Nies, Ludwig: Ein Gang zur mittelhhein- Wirthauskirche. [Ehrenthal.] N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 5.
- Hof, Walther-Eibelshausen: Der grosse Brand von Eibelshausen. [20. 5. 1815.] (Dillenb.) II. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 4.
- Arndt, Willy: Mein Westerwalddorf [Eitelborn.] Volk u. Scholle. 8. Jg. 1930. Heft 7.
- Behlen, H.-Bach (Westerwald): Der Elbbach-Durchbruch zwischen Elkenroth und Diekendorf im nordöstlichen Westerwald, . . . und eine neu entdeckte Wallburg Elkenroth auf der Südseite der Schlucht vom Typus der Talschlingenburg Stein-Wingert. Westerw. Schauinsland. 23. Jg. 1930. Nr. 3.
- Becker, Dr. Erich: Eltville, die alte Stadt des Rheingaus. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Domarus, Dr. M.: Die Beschiessung des Schlosses Eltville durch die Franzosen am 23. u. 24. Februar 1793. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 5.
- Ders.: Wie der erste Beamte in Eltville wohnte. Ein Blick in die sogenannte gute alte Zeit. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 5.
- Dungern, von V.: Die Burg zu Eltville. Alt-Nassau. 1930. Nr. 20.
- Graf, Elise: Erinnerungen einer 80 jährigen Nassauerin. [Eltville.] Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 10.
- Meuer, A. H.: Burg Crass zu Eltville. Der ehemalige Freihof der Frei von Dehrn. Der Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 8.
- Ders.: Der Gräflieh Elt'sche Gutshof zu Eltville. Der Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 10.
- Milani, Dr. A.: Ueber die Ausstattung der Burg der Erzbischöfe und Kurfürsten von Mainz zu Eltville. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 5, 6, 10.
- Fiebig, Georg-Freindiez: Eine Bluttat nassauischer Soldaten vor hundert Jahren in Elz. III. Nass. Heimat. Kal. 1931 S. 62 ff.
- Steinbach, J.: Bluttat nassauischer Soldaten vor 100 Jahren zu Elz. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 4.
- Franz, Philipp: Die Köppe. Ein Landschaftsbild. [Bismarck-Köppe bei Ems.] Alt-Nassau. 1930. Nr. 11.
- Glaser, Dr. Rudolf, Professor-Bensheim: König Wilhelm von Preussen im Juli 1870 in Ems. Htbl. f. d. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 12.
- Henche, Albert, Dr. h. c.: Der Bau der nassau-oranischen Apotheke auf dem Emser Bad. Alt-Nassau. 1931. Nr. 8. Htbl. f. d. U. L. 6. Jg. 1931. Nr. 8.
- Ders.: König Wilhelm zum erstenmal als Landesherr in Ems (1867.) Htbl. f. d. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 10.
- Lundorf, M. E.: Emser Baderegeln aus dem Jahre 1610. Koblenzer Heimatblatt (Beilage des Kobl. Generalanzeigers) 1930. Nr. 39.
- Saurel, Ch.: Bad Ems um 1870. Kobl. Heimatbl. (Beil. d. Kobl. Generalanzeigers). 1930. Nr. 39.
- Wagner, Heinrich: Aus der Emser Kurliste vor 100 Jahren. Htbl. U. L. 1930. Nr. 5.
- : Frau Securius, die kühne Aeronautin. Erste Emser Flugveranstaltung vor 50 Jahren. Htbl. f. d. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 9.
- Wolff, Karl: Im Emsbachtal. N. Ht. 1930. Nr. 6.
- Lüstner, Lothar: Eppenhain. Die Perle des Hochtaunus. Studie [um 1911].
- Kalisch, J.: Die Gründung Eppsteins. Eine Sage aus dem Taunus. Alt-Nassau. 1931. Nr. 25.
- Rothkamp, Helmut: Geschichtliche Skizzen aus Erbach i. Rhg. D. Rhgau. 4. Jg. 1931. Nr. 4.
- : Festschrift zum 50jähr. Jubiläum des Männergesangsvereins „Gemütlichkeit“ Wiesbaden-Erbenheim, verbunden mit nationalem Gesangwettbewerb am 11., 12. u. 13. 7. 1931. Wiesb.-Erbenheim. Druck der Erbenheimer Zeitung (Willy Böhl).

- Herder, Fritz-Erbenheim: Die Verleihung der Stadtrechte an Erbenheim im Jahre 1423. Alt-Nassau. 1930. Nr. 10.
- Ders.: Alte Grabmäler in der Erbenheimer Kirche. Alt-Nassau. 1931. Nr. 10.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Von den Steinkammern bei Erdbach. Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 5.
- Straub, Aug.: Der Falkenstein. Alt-Nassau. 1930. Nr. 22.
- Nies, Rudolf-Hagen-Haspe: Feldbach bei Dillenburg. Zur Geschichte eines untergegangenen Dorfes. Alt-Nassau. 1931. Nr. 14.
- Leppia, A.: Über die Aufnahme des Feldberg-Altkönig-Gebietes des Blattes Oberreifenberg. Aus: Jahrbuch der Königl. Preuss. Geol. Landesanstalt für 1911. Bd. 32 T. 2. H. 3.
- Meuer, A. H.: Geschichte von Dorf und Burg Frauenstein nebst Nachrichten über die Hölz-Armada, Grorod, Nürnberg, Rosenköppel und Sommerberg. Ein Heimatbuch nach archivalischen Quellen bearbeitet. Verl. Herm. Rauch, Wiesbaden. 1930. Nassovia. 1930. 30. Jg. Nr. 56. (Bespr. von Heiler in: N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.)
- Ullius, Fritz: Freindiez. Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 5.
- Runkel, O.: Im Posthaus zu Freilingen. Kobl. Heimatbl. (Beilage des Kobl. Generalanzeigers. 1930. Nr. 15.
- Bäumer, Otto-Freundenberg: Herrschaftliche Höfe bei Freudenberg. Heimatland Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 12.
- : Die Folgen des Raubes der französischen Kriegskasse in Freudenberg. [1796]. Nach Akten der Stadt Siegen. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 9.
- Herder, Fritz-Wiesbaden-Erbenheim: Das mittelalterliche „Gebäck“ aus Hainbuchen im Rheingau. Die Heimat. 6. Jg. 1930. Nr. 2.
- Bauer, H., Lehrer-Geilnau: Unsere nassauische Heimat zur Zeit Napoleons I. Insbes.: „Über gelieferte Fourage und Proviant, wie auch Kriegsgefährte des Dorfes Geilnau anno 1813—1815“. Uns. schöne Heimat. 1930. Nr. 5/6.
- Dungern, von V.: In den Mauern von Geisenheim. Alt-Nassau. 1931. Nr. 14.
- Lüstner, Dr. G.-Geisenheim: Die Geisenheimer Linde. Der Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 8.
- Muth, Prof. Dr. F., Anstaltsdirektor: Bericht der Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Geisenheim a. Rh. für das Rechnungsjahr 1930. Berlin, Verlagsbuchhandlung Paul Parey.
- : Führer durch die Staatl. Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- u. Gartenbau zu Geisenheim. 3. Aufl. Wiesbaden. 1930. Bechtold u. Co.
- Büttger, Hermann-Weidenau: Die Ginsburg. Siegerland. 13. Bd. 1931. Heft 3/4.
- Wagner, Gust. Jul.-Dauborn: Gnadenthal. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 3.
- Knab, Peter, Oberschullehrer in Köln: St. Goar. Ein rheinisches Heimatbuch. Verl. von Hermann Schulz, Düsseldorf. 1925.
- Bach, Adolf: Die Werke des Verfassers der Schlacht bei Gölheim (Meister Zilies von Seine?) Rheinisches Archiv. Bd. 11. Bonn 1930. XIX. u. 266 S. (Bespr. von Walther Holz in N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.)
- Hürpel, Leonhard-Frankf. a. M.: Greifenstein. (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 4.
- O. R.-D.: Das „Amt Grenzhausen.“ Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 3.
- Ders.: Was Grabsteine reden. (Alte Grabsteine in Grenzhausen und Alsbach.) Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 1.
- Wüst, Ludwig-Wiesbaden: Geschichte des Groroder Hofes bei Frauenstein. Alt-Nassau. 1931. Nr. 18.
- Hildebrandt, Pfr.-Hachenburg: Durch die alten Kirchenbücher ein Blick ins Leben und Erleben der Bürger Hachenburgs vor und im 30 jährigen Krieg. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 6/7.
- O. R.-D.: M. Merians Topographie (Hachenburg, Hadamar, Solms, Vilmar, Runkel.) Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 3.
- : Aus der Heimatgeschichte. [Hachenburg.] Westerw. Schaulnsl. 23. Jg. 1930. Nr. 8.
- Dungern, von V.: Die Glocke von Hadamar. Alt-Nassau. 1931. Nr. 26.
- Henche, Albert Dr.: Zur Hahnstättter Geschichte in älterer Zeit. Hbl. U. L. 1930. Nr. 4.
- Henke, Fritz: Aus Hahnstättens Geschichte in Verbindung mit Verkehrsverhältnissen früherer Zeit und kirchlichen Angelegenheiten. Heimatbl. f. d. Unterlahnkr. 5. Jg. 1930. Nr. 6, 7

- Wüst, W.: Geschichte des Dorfes Hahnstätten. Aarbote. 69. Jg. 1930. Nr. 21.
- : Die neue katholische Kirche in Haiger. In ihrer Weihe am Sonntag, den 5. Okt. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 15.
- Fischbach, Pfr.-Hallgarten: Die Hallgartner Schrötermuttergottes. Rh. Htbl. 8. Jg. 1931. Heft 4.
- Schroetter, von H.: Besuch im Weindorf Hallgarten. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 9.
- Zott, Oswald: Die ehemalige „Kartaus“ in Hallgarten, Rhg. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 5.
- Dungern, von V.: Die Burg Hammerstein. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1930. Nr. 1.
- Schrecker, Paul-Dillenburg: Hanau-Dillenburg. Eine Hochzeitsfeier am gräflichen Hofe zu Hanau a. Main im Jahre 1523. Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 1. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 11.
- Kalb, Walter: 1332—1932. 600 Jahre Stadt Hartenfels. (Städtegründungen auf dem Westerwald.) Aus der Heim. Gesch. 5. Jg. 1931. Nr. 1.
- Herber, Alfred: Der Adel in Hattenheim. Der Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 10.
- Dungern, von V.: Die nassauische Burg Hattstein. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 7.
- Woelcke, Karl-Frankf. a. M.: Neue Ergebnisse über die Stadtbefestigung von Nida-Heddernheim. Germania-Jahr XV 1931. Heft 2. S. 75 ff.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Vom Heisterberger Weiher. Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 6.
- Schneider, A.-Herdorf: Sagenumwobene Berge am Hellerstrand. Westerw. Schauinsl. 23. Jg. 1930. Nr. 7.
- Mernberger, Otto-Niederwallmenach: Die einstige Burg Heppenheft mit dem späteren Heppenhof. [N.-Wallmenach.] Nass. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 2.
- Benner, J.-Braubach: Ein schwerer Postraub bei Herborn im Jahre 1765. U. schönes Heimatland. 1930. Nr. 1.
- Dönges, Dr. C.-Dillenburg: Eine militärische Musterung zu Herborn am 25. April 1606. Nassau-Oranien. 3. Jg. 1930. Nr. 2.
- Heiler, Dr. Karl, Studienrat-Wiesbaden: Von den letzten Jahrzehnten der Hohen Schule zu Herborn. I—IV. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 3 bis 10.
- Hoffmann, Wilhelm: Die Pest in Herborn. Geschichtl. Kleinstadtstudie. Alt-Nassau. 1930. Nr. 22.
- Ders.: Der grosse Brand in Herborn 1626. (300 Jahre Herborner Rathaus 1630—1930). Alt-Nassau. 1930. Nr. 23.
- Klingelschmitt, Dr. Franz Theodor: Die vergessene Truppe (betr. Scheithersches Jägerkorps, Stammtruppe des Regts. 88.) „Didaskalia“, Beilage der Frankfurter Nachrichten 11 10. 1931.
- Ders.: Herborner Rüstungsindustrie im Mittelalter. Didaskalia 109. Jg. Nr. 12 (29. 3. 31.)
- Menz, H. L.-Dillenburg: Die „Hohe Schule“ zu Herborn, eine Bildungsstätte reformierten Bekenntnisses. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 6.
- : Das Herborner Heimatmuseum. (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 9.
- : M. Merians Topographia (Herborn, Dillenburg, Haiger, Greiffenstein, Gleiberg, Tringenstein) Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930 Nr. 4.
- Schneider, A.: Herdorf. W. Sch. 24. Jg. 1931. Nr. 5.
- Schumacher, Jul.: Der Druidenstein, ein altes Wahrzeichen der Vergangenheit. [Herkersdorf/Siegerland.] Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 11.
- Allef, Theo: Wandertreffen in Herschbach. Westerw. Schauinsl. 24. Jg. 1931. Nr. 8.
- Schmidt, F. A.: Herzogenstein, eine verschollene Burg am Rhein (1359—1361). [Zwischen St Goarshausen u. Caub.] Unser schönes Heimatl. 1930. Nr. 17, 19.
- Antoni, Dr. G., Oberbürgerm. i. R.: Landgemeindeordnung f. d. Prov. Hessen-Nassau vom 4. Aug. 1897, ergänzt durch die neuen Gemeindeverfassungs- u. Gemeindevahlgesetze. 3. Aufl. Marburg. N. G. Elwert'sche Verl.-Buchhdlg. (G. Braun). 1931.
- Renkhoff, L. Dr.-Marburg: Die Burg Hessenwald. Dillenb. H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 1.
- Quetsch, Jos.: Der Westerwälder Friedenturm [Hillscheid]. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 1.
- Kuhn, E.-Bogel: Geschichte des Dorfes Himmighofen. U. schön. Heimatl. 1931. Nr. 15, 16.
- Müller, Karl: Die Kriegeleiden Hochheims im Jahre 1813. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 1.
- Herborn, H.: Die Gemälde der Pfarrkirche zu Hochheim. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 3.
- : Das St Antoniusheim zu Hochheim am Main. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 3.
- Hensler, Ludwig, Rektor: Die Justinskirche in Höchst. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 16.
- Scriba, Dr. W.: Der Karolingische romanische Bau der Justinskirche in Höchst a. M. (Ein entwicklungsgeschichtlicher Versuch). Carl Ruppert, Frankf. a. M. Holzgraben 11 a. 1930.

- Stiehl, E.: Die karolingische Säulenbasilika (Justinuskirche) in Höchst a. M. Die Denkmalpflege. Zeitschrift für Denkmalpflege und Heimatschutz. Jg. 1931. Heft 2/3.
- f.: Die Frühgeschichte der Justinuskirche in Höchst. Alt-Nassau. 1931. Nr. 24.
- Müller, L.-Marienberg: Tausend Jahre Höhn. Nass. Bl. 11. Jg. 31. Heft 2.
- O. R.-D.: Das 1000 jährige Höhn. Westerw. Schauinsl. 23. Jg. 1930. Nr. 8. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 8.
- Huber, Robert: Die keramische Fachschule in Höhr. Rhein. Heimatbl. 8. Jg. 1931. Heft 9.
- Wolfram, Herm., Ingenieur-Düsseldorf: Rüderslöh, die alte Gerichtsstätte des Erdaha-Gaues bei Hörbach. (Dillenb.) Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 13.
- Schäfer, O. K.-Löbch.-Endbach: Die alten Schanzen in der Hörre. Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Wecks, G.: Ein verwünschtes Schloss. [Hohenbuchau.] N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 5.
- Brücker, Schulrat-Dillenb.: Kanzel und Säule aus dem Betsaal in Hohenroth. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 9.
- Herder, Fritz-Wiesb.-Erbenheim: Etwas über Pfarrbesoldung im Amt Hohenstein 1664—94. Aarbote. 69. Jg. 1930. Nr. 93.
- Renkhoff, Dr. O.-Marburg: Die Hohe Strasse durch den Schelder Wald. Ihre Bedeutung in vorgeschichtlicher und mittelalterlicher Zeit. (Dillenb.) Blätter. 4. Jg. 1931. Nr. 10.
- : Hohlenfels. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 6.
- Lauth, Pfr. E.: Holzappel. Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 5.
- Kasper, E.-Rossbach-Holzappel: Aus der Vergangenheit Holzappels. 1. Ein Trunkenbold bittet um Strafmilderung 2. Lieferung des Schulgelds und des Schulkorns. Heimatbl. f. den Unterlahnkreis 6. Jg. 1931. Nr. 3.
- O. R.-D.: In der Melanderkirche zu Holzappel. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 11.
- Schwarz, Wilhelm: Das Holzappeler Bergwerk. Taunus. 16. Jg. 1931. Nr. 1.
- Schweder, Paul: Das Schloss zu Bad Homburg v. d. H. N. Ht. 1930. Nr. 6.
- Ziemer, Max: Die Hühnerkirche. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 7.
- Ders.: Einige Notizen aus der Geschichte der Hühnerkirche. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 1.
- Dungern, von V.: Aus der ältesten Geschichte Idsteins. Alt-Nassau 1931. Nr. 9.
- Ders.: Idstein zu Ausgang des Mittelalters. Alt-Nassau. 1931. Nr. 5.
- Ders.: Idstein während des Dreissigjährigen Krieges. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 8/9.
- : Ein Freiheitsbrief für die Idsteiner Bürgerschaft aus dem Jahre 1726. Alt-Nassau. 1931. Nr. 10.
- : Nachricht von dem neu errichteten Schul-Seminaro zu Idstein. Zur Verbesserung des Schulwesens. (Aus einer Schrift aus dem Jahre 1780 entnommen). Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 5 6.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Zur Geschichte des geistlichen Standes der Grafschaft Nassau-Idstein im Jahrhundert der Reformation. Idsteiner Heimatschau 1930. Nr. 11/12. (cf. Hessische Chronik 18. Jg. 1931. S. 19.)
- Schmidt, Erwin, Just.-Insp.-Frankfurt/M.: Die Bevölkerungsbewegung im ehemaligen Amt Idstein. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 11/12.
- Wilhelmi, Dr. Ed.-Frankfurt/M.: Der Idsteiner Kongress am 10. Juni 1849. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 10, 11, 12.
- Ziemer, Max: Die Idsteiner Schneiderzunftartikel. (Staatsarchiv Wiesb., V 3 Herrschaft Idstein XVII 6, 45). Idst. Heimatschau 1931. Nr. 10/11.
- Ders.: Protokollbuch der Schneiderzunft in Idstein. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 1 bis 12.
- Ders.: Der Idsteiner Einquartierungskrawall von 1733. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 1/2.
- Ders.: Wie es im Idsteiner „Löwen“ spukte. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 7. D. sch. Nass. 2. Jg. 1931. Nr. 9.
- Ders.: Aus der Geschichte des herrschaftlichen Gasthauses „Zum Löwen“ in Idstein. Taunus 16. Jg. 1931. Nr. 3, 4. D. schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 6, 10. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 7.
- Ders.: Strenges Kirchenregiment in Idstein am Ende des 17. Jahrhunderts. Nach den Akten des Idsteiner Dekanatsarchivs. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 13/14.
- Ders.: Neubauten auf der Weiherwiese 1686 bis 1750. [Idstein]. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 13 14.
- Ders.: Der Feldzug gegen die „Hurgeloffenen“. [1705]. Die schwarze Liste. [1715. Idstein]. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 13/14.
- Ders.: Der Idsteiner Superintendent Elbert im Kampfe mit dem Kanzleidirektor Graf. Aus den Akten des Idsteiner Dekanatsarchivs. Mit 1 Porträt. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 11/12.

- Ders.: Bausteine z. Geschichte der Stadt Idstein. Heft 1: Rizhaub, Einige Nachrichten von der Stadt Idstein 1787. O. O. u. J. [Idstein, 1930] Heft 2. Der Idsteiner Schlossturm. [1931]. (Verlag von G. Grandpierre).
- : 600 jähriges Jubiläum der Idsteiner St. Martins-Kirche. Alt. Nass. 1931. Nr. 14.
- : Die alten Namen von Igstadt. A.-N. 1931. Nr. 19.
- Herold, A.: Romantik des Jammertals. [Katzenelnbogen-Obernhof:] Das Jammertal. Ein landschaftliches Charakterbild. Htbl. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 8.
- : Johannisberg im Rheingau. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 8.
- Dungern, von V.: Schloss Johannisberg. Alt-Nassau. 1930. Nr. 21.
- G. F.: Das Colombische Freikorps und sein Husarenstreich auf Schloss Johannisberg anno 1813. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 5.
- Lüstner, Gustav-Geisenheim a. Rh.: Zur Deutung alter Örtlichkeiten beim Kloster Johannisberg im Rheingau. A. 51. Bd. 1930.
- Stiefelhagen, P.: Der Keller von Johannisberg. Eine Erinnerung aus dem Kriegsjahr 1866. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 5
- Zimmermann, Karl-Bonn: Metternich und Bismarck auf Schloss Johannisberg. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 8.
- Gaillard, M. A., Stiftsdame: Das Stammbuch der letzten Aebtissin von Keppel. Siegerland 13. Bd. 1931. Heft 3/4.
- Ernst, Theodor: Wirtschaftliche Verhältnisse der Niedergrafschaft Katzenelnbogen Hessen-Rotenburgischen Anteils im 18. Jahrh. und zu Anfang des 19. Jahrh. Dissert. Frankfurt; 1929.
- Herold, A.: Im Schlosshof in Katzenelnbogen. Vortrag gehalten bei der Sternwanderung des Unterlahngaues des Taunusclubs. Htbl. U. L. 5. Jg. 1930 Nr. 7.
- Nies, Ludwig: Eine „Salmwage“ in der Niedergrafschaft Katzenelnbogen. U. schöne Heimat. 1930. Nr. 2.
- Schleeh, Maria-Nied: Kelkheim am Taunus und seine Möbelindustrie. Nass. Blätter, 10. Jg. 1930. Nr. 4. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 7.
- Schroetter, von H.: Die Totenkapelle St. Michael zu Kiedrich. D. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 11.
- Ungerer, J. D.: Baudenkmäler der Gotik am Rhein. Die Pfarrkirche und Totenkapelle St. Michael in Kiedrich. Didaskalia 108. Jg. 1930. Nr. 30.
- Wagner, Paul: Eine Kapellenstiftung in der Pfarrei Kiedrich. Mit einer unbekannten Rheingauer Urkunde. A. 51. Bd. 1930.
- Dahlhoff, Rektor: Das Einkommen der Lehrerstelle in Homburg-Kirdorf. [1772]. N. Ht. 1930. Nr. 6.
- Ders.: Der Kartoffelzehnte vom Brachfeld. [1774—78, Kirdorf]. N. Ht. 1930. Nr. 6.
- Ders.: Die katholische Restaurierung von Kirdorf. N. Ht. 11. Jg. 1931 Nr. 5
- Ders.: Der Streit um den Mainzer Zoll bei Homburg-Kirdorf. N. Ht. 1930. Nr. 6.
- Münzert, Herm.: Die Klarenthaler Klosterkirche als Familienbegräbnisstätte der Grafen von Nassau. (Vortrag, bespr. im Wiesb. Tagblatt 1930. Nr. 267, in der Wiesb. Ztg. Nr. 321 vom 23. 11. 1930.)
- Ders.: Klarenthal im 30 jährigen Krieg. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 14.
- Hörpel, Leonhard: Knotenirungen. [Mengerskirchen.] N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 5.
- Dungern, von V.: Die Burgen Königstein, Nuring und Falkenstein. Alt-Nassau. 1931. Nr. 16.
- Piepenbring, Georg: Alte Geschichte von Königstein. Taunus-Blätter. 1931. Nr. 1 ff.
- Schumacher, Josef-Dulzen: Königstein im Taunus und „St. Anna“. N. Ht. 10. Jg. 1930. Nr. 14.
- Müller, Wilhelm-Zeilsheim: Die Pfarrei Kriftel. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 1.
- Grosse, Dr., Dresselhaus: Adlige Begräbnisse in der Kirche zu Krombach. Heimat. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 12
- Henrich, Paul-Seelbach: War Krombach im Mittelalter befestigt? Siegerland. 12. Bd. 1930. Heft 2.
- Kratz, P.-Nastätten i. T.: Das „Blaue Ländchen“. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 7.
- Dungern, von V.: Ritterburgen und Schlösser über der Lahn. Ein Buch von hessisch-nassauischer Vergangenheit. Halle (Saale) 1929. Ad. Graeger Verlag.
- Struck, J.: Kleidermoden im Lahnggebiet, ein Gradmesser des Volkswohlstandes im Mittelalter. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 8.
- : 1 Jahr Lahnkanaal. Die Lahnschiffahrt im Jahre 1929. Htbl. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 1.
- Cless, Gottlieb: Hat sich der Ausbau der Lahnkanaalisation gelohnt? Taunus. 16. Jg. 1931. Nr. 9.
- : 120 Jahre Lahnschiffahrt. A. N. 1931. Nr. 19.

- Dungern, von V.: Zwei halsstarrige Bürgermeister in Lahnstein. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931, Heft 10/11.
- Schoenenberg, Dr. Jos., Studienrat: Festschrift zum 50 jährigen Jubiläum des Lahnsteiner Altertumsvereins. 1880—1930. Verl. Lahnst. Altert. Verein. Darin: Cornel Stähler: 50 Jahre Lahnst. Altert. Verein. Dr. Fritz Michel: Die Johanniskirche in Niederlahnstein u. ihre kunstgesch. Bedeutung. Peter Reichensperger: Etwas über d. ehemaligen „Horchheimer Turm“ der Johanniskirche zu N. L. Dr. Walter Holz: Die Oberlahnsteiner Flurnamen. Dr. Jos. Schoenenberg: Bericht über die Vereinstätigkeit seit der Neubelebung am 30. 4. 1929. Bespr. von Adolf Bach-Bonn a. Rh. N. H. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Mathar, Ludwig: Das Lahntal von der Quelle bis zur Mündung. Eine Einführung in seine Kultur. Limb. Ill. Allmanach. 1930. S. 162 ff.
- Pleimes, Henny: Schloss Langenau a. d. L. und das Gelbachtal. N. Bl. 10. Jg. 9. Heft. 1930.
- Dietz, Rud.: Der Hundertjährige zu Langenscheid. N. Bl. 10. Jg. 1930 5. Heft.
- Schmidt, Erwin-Frankf.-M.: Die Bevölkerungsbewegung im ehemaligen Amt Langenschwalbach von 1817—1925. Aarbote. 69. Jg. 1930. Nr. 142.
- Vahlert, Hch.: Langhecke, (ein romantisches Walddörfchen) N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 9.
- Runkel, O.-Dierdorf: Der zehnte Pfennig. Ein Beitrag zur Geschichte Laubuseschbachs. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 5.
- Fuchs, Oskar, Pfr. zu Westerbürg (Westerw.): Leiningische Burgen einst und jetzt. N. Ht. 10. Jg. 1930. Nr. 4. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 4.
- Blümlein, C.: Ein Narrendenkmal in Limburg a. d. L. N. Heimatkal. 1930.
- Gerhardt, A.: Der Überfall der Franzosen auf Limburg am 9. Nov. 1772. N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 8.
- Höhler, Dr. J., Studienrat: Aus der Geschichte der Limburger Juden. I. Die Limburger Juden zur Zeit der Isenburger. II. Unter der Herrschaft von Kurtrier. (1420—1803). III. Die jüdische Gemeinde seit 1800. N. H. 32. Jg. 1931. Nr. 3/4.
- Isaak, Fredi: Jüdische Bethäuser in Limburg. Eine kulturhistorische Betrachtung. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 4.
- : Entstehung und Gründung des Bistums Limburg. Ein kurzer geschichtlicher Abriss. Limb. Ill. Allmanach. S. 111 ff.
- H. —: Limburg. Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 5.
- Huch, Ricarda: Limburg. D. sch. Nass. 2. Jg. 1929. Nr. 2.
- Ill. Allmanach f. d. Diözese Limburg und das Nass. Land auf das Jahr 1930. Herausgeg. und z. beziehen vom Verlag Gebr. Steffen, Limburg a. d. L.
- Otto, Prof. Dr. H.-Wiesbaden: Die Altäre der Limburger Georgen-Stiftskirche. N. Ht. 10. Jg. 1930. Nr. 14. L. u. Z. 10. Jg. 1931. Nr. 2.
- Ders.: Ein Doppelgänger des Limburger Chronisten Tilemann Elhen von Wolfhagen. Volk und Scholle 9. Jg. 1931. Heft 3.
- Zedler, Gottfried: Die Limburger Chronik des Tilemann Elhen von Wolfhagen. Mit einer Einleitung, einer Übertragung ins Neuhochdeutsche nebst sachlichen Erläuterungen und einem Sachregister. [Verl.: Limb. Vereinsdruckerei. Limburg 1930.] Bespr. von K. Euling-Wab.: in N. Hbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2, von Edw. Schröder. Histor. Ztschr. Bd. 145. Heft 2. S. 448/9.
- Ders.: Zur Erklärung und Textkritik der Limburger Chronik. Münchener Museum für Philologie des Mittelalters und der Renaissance. Verl. Gg. D. W. Callweg, München. 1929.
- Zchner, Rudolf Artur: Die neue Baukunst seit Kriegsende dargestellt an den Kirchenbauten der Diözese Limburg mit 87 Lichtbildern. Lindner-Verl. Fritz Lindner. Küssnacht am Rigi. Düsseldorf—Wien. 1931.
- Ders.: Der Limburger Domschatz. N. Ht. 10. Jg. 1930. Nr. 14.
- Zott: Limburg im Lauf der Jahrhunderte. N. H. 28. Jg. Nr. 1, 2. Histor. Vierteljahrsschr. 23. 1930. Nr. 1382 a.
- [Schlüter]: Etwas aus der Geschichte der Littfelder Schule. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 2.
- Schüler, Th.: Edikt des Amtes Löhnberg vom 23. Dez. 1606 betr. Zauberei und andere unehrbare Händel. D. schöne Nass. 1. Jg. 1930. Nr. 6.
- Fischer: v. Bürgern. v. Lorch a. Rh.: Der Freistaat Flaschenhals. Das groteskste Gebilde der Zeit. [Lorch.] D. schöne Nass. 2. Jg. 1930. Nr. 2, 3, 4.

- Wittgen, Wilh.: Auf dem Nolling. (Lorch), U. sch. H. 1931. Nr. 9.
- Berna, Rob., Lehrer-Mademühlen: Hut- und Weidestreitigkeiten zwischen Mademühlen und Rehe (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 3.
- Ders.: Die Kirche zu Mademühlen. (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 16.
- Ders.: Mademühlener Einzugsgehd. [1774. 1776.] (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 2, 3.
- Niessen, Dr. Jos.-Bonn: Die Stellung von Mainz im Kampfe um den Rhein. D. Rhg. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Schrohe, Heinr.: Die Mainzer Stadtaufnahmen des 16. bis 18. Jahrh. I. u. II. Teil. [Beitr. zur Gesch. der Stadt Mainz. Herausgeg. i. A. der Stadt Mainz.] Mainz 1930. (Bespr. v. Paul Wagner-Wab. in: N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.)
- Oidtman von, E.: Über das Grabmal Gerhards Grafen zu Sayn und seiner Gemahlin Elisabeth von Sirok in der Klosterkirche zu Marienstatt. N. H. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Wellstein, G.: Nochmals das Alter der Abteikirche von Marienstatt. N. Hbl. 29. Jg. Nr. 2. S. 57-78.
- : Auf der Heimatwarte. (Marienthal, Nassau. Eberbach, Wiesbaden, Camberg, Caub u. a., Kloster Nothgottes). N. Bl. 10. Jg. 1930. Heft 9.
- Hörpel, Leonhard-Ffm.: Mengerskircher Chronik. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 1—12.
- Ders.: Die Mengerskircher Wehrbauten. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 10.
- Ders.: Baugeschichte der Kirche zu Mengerskirchen. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 8.
- Ders.: Aus der Geschichte der geistigen Kultur in Mengerskirchen. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 2, 4, 5, 6.
- Ders.: Mengerskircher Pfarrer. Ebenda Nr. 9.
- Ders.: Die Schule zu Mengerskirchen. Ebenda.
- Ders.: Mengerskircher Zünfte. Ebenda Nr. 1.
- H. B.: Eine Gemeinderechnung aus dem Jahre 1679. Bilder aus Mensfelden vor 250 Jahren. Land und Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 2.
- Heiler, Dr. Karl, Studienrat-Wiesbaden: Der Wunderknabe Lind aus Mittelfischbach. Uns. schöne Heimat. 1930. Nr. 4.
- Klingelschmitt, Franz Theodor: Die älteste Kirche im Rheingau St. Aegidius zu Mittelheim. Didaskalia. 17. 5. 1931.
- Hävern timer, W.: Der Heller am Mittelrhein. Halle, Riechmann 1931. [= Blätter für Münzfreunde. Jg. 65. 1930].
- Henche, Albert: Aus dem grossen Bauernkrieg am Mittelrhein. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 6.
- Huber, Robert: Städte und Sommerfrischen. Der Mittelrhein. Der Westerwald. Rh. Hftbl. 8. Jg. 1931. Heft 7.
- Nies, Ludwig: Eine Salmversteigerung am Mittelrhein. [Lorelei]. Alt-Nassau. 1930. Nr. 15.
- Dungern, von V.: Schloss Molsberg im Westerwald. Alt-Nassau. 1930. Nr. 24.
- O. R.-D.: Was bedeutet der Name Molsberg? [Wallmerod]. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 3. 4.
- Becker, Hans, Kaplan: Pfarrvisitation in Montabaur 1657. Aus der Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 5—7.
- Ders.: Hausordnung des Hospitals in Montabaur 1778. Aus der Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 2.
- Beier, Rektor: Tausend Jahre Montabaur. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 10.
- Domarus, M.: Die Schlosskapelle und die Errichtung der evangelischen Pfarrei in Montabaur. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 1/2.
- Haas, Emil: Die Zechen im ehemaligen kurtrierischen Amt Montabaur. Ein Beitrag zur Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung. Rheinische Vierteljahrsblätter. 1. Jg. 1931, Heft 2.
- Ders.: Die Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse im ehemaligen kurtrierischen Amte Montabaur bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. A. 51. Bd. 1930.
- W. H.: Die Tausendjahrfeier in Montabaur. Aus d. Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 8.
- Kalb, Walter: Tausend Jahre Baukünsttätigkeit in Montabaur. Westerwälder Schauinsland. 23. Jg. 1930. Nr. 7.
- Ders.: Ein verschollenes mittelalterliches Freskogemälde: „Das Martyrium der thebaischen Legion“ der Pfarrkirche zu Montabaur. Aus d. Heim. Gesch. 5. Jg. 1931. Nr. 1.
- Ders.: Eine alte Hochzeits-Einladung im Kreis-Heimatismuseum in Montabaur. Aus d. H. Gesch. 4. Jg. 1930. Nr. 8.

- Ders.: Die Lenaif-Urkunde im Kreis-Heimatismuseum in Montabaur. [1813.] Aus d. H. Giesz 4. Jg. 1930. Nr. 8.
- Ders.: Zwei alte Liebesbriefe aus dem Kreis-Heimatismuseum in Montabaur. Aus d. Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 8.
- Ders.: Feier aus Anlass der Teilung des Montabaurer Markwaldes am 20. Aug. 1818. Aus der Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 10.
- Ders.: Montabaurer auf mittelalterlichen Universitäten. Aus d. Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 4.
- Ders.: Montabaur im Weltkrieg 1914—1918 und in der Besatzungszeit. 1930. Verlag der Buchdruckerei der Westerw. Volksztg.
- Mösinger, Robert-Ffm.: 1000 Jahre Montabaur. Nass. Bote. 61. Jg. 1930. Nr. 15.
- O. R.-D.: Im Montabaurer Kreismuseum. W. Sch. 24. Jg. 1931. Nr. 4.
- O. R.-D.: Zwischen zwei Zügen in Montabaur. [Kreis-Heimatismuseum.] A. d. Heimatgesch. 4. Jg. 1931. Nr. 3.
- Walters, L.: 1000 Jahre Montabaur. W. Sch. 23. Jg. 1930. Nr. 6.
- Ziehner, Rud. Art.-Wsb.: Das 1000jährige Montabaur. N. Ht. 1930. Nr. 7.
- : Montabaur, die 1000jährige Stadt. Aus der Zeit der grossen Brände, der schweren Kriegslasten und des Wiederaufstiegs. Aus d. Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 1—10
- : 1000 Jahre Montabaur 930—1930. [Montabaur und der Westerwald 930—1930. Festschrift aus Anlass der Tausendjahrfeier der Stadt Montabaur.] O. J. [1930]. Verlag der Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Feudingen i. Westf. Bespr. v. H. Otto in N. H. 32. Jg. 1931. Heft 12.
- Becker, Dr. Hans Karl: Die Höhlen in Nassau. D. schöne Nassau. 1. Jg. 1930. Nr. 10, 11, 12. 2. Jg. 1931. Nr. 1—6.
- Harms, Juliane Dr.: Das Land Nassau. Sommerausstellung im Nass. Kunstverein, Wiesbaden. N. H. 32. Jg. 1931. Nr. 3/4.
- Historicus: Aus der „Policey-Ordnung für das Amt Nassau“ 1771. Alt-Nassau. 1930. Nr. 12.
- Lotz, K.: Von Märkten in Nassau im 17. u. 18. Jahrh. Einführung eines Viehmarktes in Nassau und Schicksal dieses Marktes nach 6 Jahren. (Forts.) Aus unserer Heimat. 1930. Nr. 2.
- : Auf der Heimatwarte. [Diez, Runkel, Wiesbaden, Herborn, Nievern, Montabaur, St. Goarshausen, Wellmich, Osterspau, Kestert, Nassau, Stein-Neukirch.] N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 12.
- Mackeprang, R.: Nassauer Grenzbegänge. 1. Von Grenzzeichen und Markbegang. 2. Der Grenzbegang von 1668. Der Grenzbegang von 1701. A. uns. Heimat. 1931. Nr. 1 bis 6.
- Meyer, H. H.-Nassau: Die ortsgeschichtl. Sammlung der Stadt Nassau-Lahn. Aus unserer Heimat. 1930. Nr. 4.
- Ders.: Die Elisenhütte bei Nassau a. d. L. H. Bl. f. d. Unterlahnkr. 6. Jg. 1931. Nr. 3. (A. uns. Heimat. 1931. Nr. 1.)
- Wichert, Prof. Dr.: Um die Erhaltung der Burgen, Schlösser und Adelshöfe in Nassau. Aus dem Bericht des Bezirkskonservators über die Jahre 1924—28. D. schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 6.
- Braun, Kaplan: Geschichte der katholischen Pfarrei Nastätten. N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 7.
- Reuss, Pfarrer: Fürstenbesuche in Nastätten. U. sch. Heimatl. 1931. Nr. 17.
- Müller, Pfr. W.-Wiesbaden: Franzosenzeit vor 130 Jahren in Naurod. Aus den Aufzeichnungen des Nauroder Pfarrers Köllner. Wsb. Ztg. 10. 8. 30. 83. Jg. Nr. 226.
- Ders.: Kurze Geschichte der Kirche zu Naurod. Festschrift zur Zweihundertjahrfeier. O. O. u. J. (1930).
- O. R.-D.: Kurze Geschichte der Kirche zu Naurod. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 10.
- Hörpel, L.-Ffm.: Der Nenderother Pfarrweiher. Alt-Nassau. 1930. Nr. 23.
- Benner, J.-Braubach: Die Johanniskirche bei Niederlahnstein. U. sch. Heimatl. 1930. Nr. 1.
- Wüst, W.: Die Pulvermühle bei Niedernhausen i. T. Rhein. Volksztg. 31. 3. 1931.
- Ziemer, Max: Aus welcher Quelle Johannes Mechtel seinen Bericht über den Niederselterser Sauerbrunnen geschöpft hat. D. sch. Nassau. 1. Jg. 1930. Nr. 6.
- Bertram, Heinr. Rektor: Das Nationaldenkmal auf dem Niederwald, ein Symbol der Einigkeit u. Treue. D. Rhg. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- : Nievern a. d. L. U. sch. Htld. 1931. Nr. 13.
- Quetsch, Josef: Die Nisterbrücke zwischen Erbach und Büdingen. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 10.

- G. F.: Die letzten Kapuziner des Klosters Nothgottes i. Rhg. Eine merkwürdige Prophezeiung. [1813.] L. u. Z. 9. Jg. 1930. Nr. 7.
- Becker, Hans: Einkünfte der Kirche in Oberelbert 1584. Aus der Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 5–7.
- Pleimes, Henny: Die Steinmühle in Obererlenbach. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 11.
- Wagner, Heinrich-Niederndorf: Die Pfarrer der Kirchengemeinde Oberfischbach von 1670 bis 1860 und ihre bemerkenswerten Eintragungen in die Kirchenbücher. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 6.
- Schmidt, F. A.-Hersfeld: Die territoriale Entwicklung des Oberlahnkreises. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 2–4.
- Schmidt, E.-Frankfurt a. M.: Die Bevölkerungsbewegung im Oberlahnkreis seit 1817. Land u. Leute. 6. Jg. 1930. Nr. 9. 10.
- Gießer, Stadtsekretär: Oberlahnstein am Rhein. Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 5.
- O. R.-D.: Waldabtretungen in Obertiefenbach an Wied-Runkel. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 12.
- Döringer, Karl: Die Oestricher Pfarrkirche vor ihrem Umbau im Jahre 1892. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 3.
- Herber, Alfred: Polizeistrafen in Oestrich. Der Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 4.
- Ders.: Die wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung des Oestricher Rheinkrans. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 11.
- : Pottum. Aus der Höhner Pfarrgeschichte. L. u. Zt. 10. Jg. 1931. Nr. 3.
- Heiler, Studienrat Dr.-Wiesbaden: Wie Probbach 1720 Kurort werden sollte. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 3. 4.
- Göbel, Hermann; Rauenthal und seine Antoniuskirche. Ein Beitrag zur Ortsgeschichte des Rheingaus. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 15.
- Dungern, von V.: Die Burg Reiffenberg. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 11.
- Weisser, Richard-Frankfurt a. M.: Dorftheater-Erinnerungen. [Rettershain]. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 8.
- Mehrmann, Dr. Karl: Der Zusammenprall zweier Kulturwelten am Rhein. Rhein. Heimatblätter. 7. Jg. 1930. Heft 7.
- Schiff, Viktor: Wer hat den Rhein befreit? I. H. W. Dietz Nachfolger. G. m. b. H. Berlin S.W. 63. 1930.
- Dungern, von V.: Burg Rheinberg. Alt-Nassau. 1930. Nr. 22.
- Becker, Dr. Erich: Die Verwaltung der Wald- und Feldmark im Rheingau gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 5.
- Ders.: Verfassung und Verwaltung der Gemeinden des Rheingaus vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Rheinisches Archiv Heft 14. Bonn 1930. Verl. von Ludw. Röhrscheidt. Bespr. von P. Richter-Kiel in N. H. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Ders.: Die geschichtliche Stellung des Rheingaus im Rahmen der französischen Ausdehnungspolitik. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Göbel, Hermann, Berufsschulleiter-Eltvile: Peststerben im Rheingau in den Jahren 1666/67. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 1.
- Hage, Karl: Der Bauernkrieg im Rheingau. [1525]. Alt-Nassau. 1930. Nr. 8.
- Herber, Alfred: Brunnennachbarschaften im Rheingau. D. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 2.
- Ders.: Die Kipper- und Wipperzeit im Rheingau. U. schöne Heimat 1930. Nr. 4.
- Ders.: Die französischen Freibeuter, ihre Züge im Rheingau und in Schlagenbad. [1688–92]. D. Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 9.
- Nies, Rudolf: Die Nachbarschaften des Rheingaus. Alt-Nassau. 1931. Nr. 9.
- Schmidt, Josef-Eltvile: Verklungene Stunden im Langwerther Hof. [Hindenburg 1930 im Rheingau.] D. Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 8.
- Schwarz, Friedrich Wilhelm-Wiesbaden: Die Rheingauer Kinderschlacht im Jahre 1796. Alt-Nassau. 1931. Nr. 21.
- Sternberg, Leo: Anfang und Ende der Romantik im Rheingau. D. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 2.
- Volland, Ria: Rheingauer Landschaftsbilder. D. Rhg. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Dies.: Der befreite Rheingau. Volk u. Sch. 9. Jg. 1931. Heft 6
- : Die Rheingauer Madonnen. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 8.

- Sternberg, Leo: Rheinische Schicksalswende und dichterischer Anteil. Rede, gehalten bei der Befreiungsfeier im Kurhaus zu Wiesbaden. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Haushofer, Prof. Dr. K.: Befreiung. Im Lichte deutscher und romanischer Geopolitik. [Rheinland-Rhein. Heimatblätter. 7. Jg. 1930. Heft 7.
- : Zur Befreiung der Rheinlande, überreicht von der ältesten Rheinischen Sektellerei Akt. Ges. vorm. Burgeff u. Co., Hochheim a. M. 1930.
- Eulenberg, Herbert: Das Rheinland. 1931. R. Piper u. Co., München.
- Lambrecht, Nanny: Ein Gedenkblatt zur Rheinlandbefreiung. Rh. Heimatbl. 7. Jg. 1930. Heft 7.
- Reismüller, Georg und Hofmann, Josef: Zehn Jahre Rheinlandbesetzung. Beschreibendes Verzeichnis des Schrifttums über die Westfragen mit Einschluss des Saargebiets und Eupen-Malmedy: Die selbständig erschienenen Schriften. Breslau, F. Hirth 1929.
- Heiler, Dr., Studienrat-Wiesbaden: Von einer Rheinreise 1789. D. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 9.
- Döhler, F.: Der Kampf um Rheinstein im Jahre 1692. Uns. schönes Heimatland. 1931. Nr. 12.
- Dietz, Rolf, Pfr.-Rod a. d. Weil: Von Deutschlands ältestem Pfarrhause und seinen Bewohnern. [Rod an der Weil]. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 11.
- Ders.: Rod an der Weil. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 6.
- Wüst, Ludwig-Wiesbaden: Die beiden Dörfchen Rode und Uffhoben bei der Stadt Wiesbaden. Alt-Nassau. 1931. Nr. 12.
- Wagner, Albert-Roth (Kr. Biedenkopf): Die Franzosen in Roth. [1806—1808.] (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 10.
- Neu, Dr. Heinrich: Rüdesheimer Adelsgeschlechter. D. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 4.
- Dungern, von Vera: Die nassauischen Burgen zu Rüdesheim. Alt-Nassau. 1930. Nr. 11.
- Oidtman, von E.: Die adligen Geschlechter von Rüdesheim. Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde. Rüdesheim = Heft. Bd. II. Heft 9. S. 268—290.
- Sturmfels, Wilh.: Die Katzenellenbogener Festung zu Rüsselsheim a. M. N. Bl. 11. Jg. 1931. 5. Heft.
- Runkel, O.-Dierdorf: Die Herrschaft Runkel. Land u. Leute. 6. Jg. 1930. Nr. 8.
- Ders.: Die Schneiderzunft in Runkel. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 6.
- Ders.: Die Leineweber im Amte Runkel. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 7. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 5.
- Milani, Dr. A.: Über ein romanisches Antependium aus Kloster Rupertsberg. [Eibingen]. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 3.
- Meuer, Aug. Heinrich: Der Einsiedler von Ruppach. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 9.
- Schäfer, Otto, Ing.-Endbach: Das obere Salzbödetal. [Hartenrod.] (Dillenb.) Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 8.
- Schmidt, F. A.: Die Sauerburg. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 1.
- Becker, Prof. Dr. Wilh. Martin: Das Geheimnis des alten Moor. [Sauertal.] Uns. schön. Heimat. 1930. Nr. 5.
- Loecher, G.: Erinnerungen aus der Sayner Geschichte. Kobl. Heimatbl. (Beil. des Kobl. Generalanzeigers.) 1930. Nr. 23.
- O. R.-D.: Die Grafschaft Sayn und ihr Geschichtsschreiber. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 8.
- Fiebig, Gg.: Schloss Schaumburg im Laufe der Jahrhunderte. 1000 Jahre wechselvolle Schicksale Die Glanzzeit unter Erzherzog Stephan von Österreich von 1848—1867. L. u. Z. 9. Jg. 1930 Nr. 10, 11. N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 4.
- Henche, Dr. A.: Der Gallusmarkt in Alt-Schierstein. Rhg. 8. Jg. 1930. Nr. 11.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wsb.: Zarin Alexandra von Russland 1852 als Kurgast in Schlangenbad. Rhg. 4. Jg. 1931. Nr. 5.
- Kirschbaum, Hetti: Schlangenbad. D. Rhg. 3. Jg. 1930. Nr. 6.
- Niessen, von Dr. med. Max-Dresden: Wildbad Schlangenbad. Seine Heilwirkung und Eigenart. 1929.
- : Der Überfall in Schlangenbad. Geschichtl. Novelle aus der Zeit der rhein. Kurstaaten. Limb. Ill. Almanach 1930. S. 136 ff.
- Straub, Aug.: Das 1000 jährige Schlossborn. Alt-Nassau. 1931. Nr. 26.
- Braband, Wilh. Lehrer-Schönbach: Aus der Geschichte der Schule Schönbachs. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 2/3.
- Linkenbach, H. Ludw.: Schönborn. D. sch. Nass. 1. Jg. 1929. Nr. 2.

- S. D.: Schloss Schönstein, einst Ritterburg, heute Genesungsheim. Heimatland Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 9.
- Gäfgen, Hans: Schwalbacher Kurleben vor 200 Jahren. Alt-Nassau 1930. Nr. 5.
- Steinbach, J.: Fürstliche Badereisen nach nassauischen Bädern. [Schwalbach 1582; Ems 1637; Schwalbach 1864] Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 4.
- : Im alten Amt Schwalbach (vor 1726 Amt Hohenstein.) Uns. schön. Heimatl. 1931. Nr. 10.
- : Nachbarliche Grenzstreitigkeiten. [Schwalbach und Bärstadt 1579.] Alt-Nassau. 1930. Nr. 7.
- : Frei ist der Rhein. [Schwalbach.] Aarbote. 69. Jg. 1930. Nr. 149.
- R. O.-D.: Der Begründer des Dorfes Seeberg. [Graf Friedrich II. von Wied.] Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 12.
- Schilling, Friedrich: Kloster Seligenstatt bei Seck. Land u. Zeit. 10. Jg. 1931. Nr. 2.
- O. R.-D.: Tausend Jahre Selters im Westerwald. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 5. Westerwäld. Schauinsl. 23. Jg. 1930. Nr. 4. Koblenzer Heimatblatt 1930. Nr. 13.
- Wolf, Dr. M.-Frankfurt: Die erste dramatische Aufführung in Siegen. Ein Beitrag zur Gesch. der Siegerer Kriegsschule. [1619.] Siegerland. 12. Bd. 1930. Heft 1.
- : Der Kampf ums Brot im Siegerlande. [1553–1801]. Heimatland Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 6–10.
- Kraas, G.-Gosenbach: Frühgeschichtliche und mittelalterliche Eisenschmelzen im Siegerland. Siegerland. 13. Bd. 1931. 3./4. Heft.
- Lamprecht-Schwefe, Karl: Trinken und Rauchen im alten Siegerlande. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 4.
- W. K.: Jung-Stilling über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Siegerland. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 5.
- : Zur Geschichte der religiösen Gemeinschaften im Siegerland. [1705–1768; 1769–1790]. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 7/8.
- : Und schau aufs Herz . . . (Urteil über die Bewohner des Siegerlandes) [1787, 1811, 1813]. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 2.
- : Es ist nichts Neues unter der Sonne. [„Öffentliche Nöte“ im Siegerland, 1455–1564.] Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 5.
- Hartmann, A. Pfarrer: Aus der Kirchenchronik von Simmersbach. (Dillenb.) Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 1.
- Pfeiffer, Karl-Eibelshausen: Die Philippsbuche bei Simmersbach. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 8.
- Zorn, R.: Sindlinger Geschichten. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 2.
- Mehl, Heinrich-Singhofen: 100 Jahre Singhofener Schulgebäude. Gleichzeitig ein Stück Dorfgeschichte. Heimatbl. f. d. Unterlahnkreis. 6. Jg. 1931. Nr. 2.
- Dungern, von V.: Die Burg Sonnenberg bei Wiesbaden. Alt-Nassau. 1931. Nr. 17.
- Gäfgen, Hans: Sonnenberg in Geschichte, Sage und Dichtung. Alt-Nassau. 1931. Nr. 22.
- Franz, Philipp: Die Sporkenburg [bei Ems] A.-N. 1930. Nr. 26.
- Henche, Albert Dr. h. c.: Zur Geschichte der Ruine Sporkenburg bei Bad Ems. Htbl. f. d. U. L. 6. Jg. 1931. Nr. 8.
- Ders.: Der Ritterstamm Nassau-Sporkenburg. Aus „Alt Ems“. Verl. Georg Heil, Bad Ems. Uns. schöne Heimat. 1931. Nr. 3.
- Buss, Otto Dipl.-Kfm.: Der Taunus als Wirtschaftsgebiet. Nass. Heimatkal. 1930.
- Lange, P. Gartenbaudirektor: Das Obstbauggebiet am südlichen Taunus. D. schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 8.
- Runkel, O.: Der Isenburger Besitz im Taunus. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 8.
- Steinmetz, E. G.-Homburg: Gaue und Waldmarken des Taunus in ihren Beziehungen zum Pfahlgraben. Sonderdruck aus dem Saalburgjahrbuch VII, 1930.
- Wucherer, Fritz: Aus dem Taunus. Verl. von N. G. Elwert.
- : Zeitgeschichten aus der Taunus-Zeitung von 1877–1927. Taunusblätter. 1931. Nr. 1 ff.
- Vonjahr, H.-Tringenstein: Von „Ein Zugs gelt“ und „lettern Eimern“, von „Heimberger“ und „Schultheissen“ vergangener Zeiten. [Tringenstein]. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 6/7.
- Vonjahr, G.-Kassel: Aus der Vergangenheit Tringensteins. Von einer alten Glocke und einer alten Schule. (Dillenb.) Heimatbl. 3. Jg. 1930. Nr. 19/20.

- Ginsberg, Paul-Behlen: Von den Trödelsteinen bei Emmerzhausen. Westerrw. Schauinsl. 24. Jg. 1931. Nr. 4.
- Hofmann, E.: Aus den Revolutionskriegen Ende des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Ortsgeschichte Trupbachs. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 10.
- : 60 Jahre Landkreis Unterlahn 1867–1927. Herausgeg. vom Kreisausschuss Diez a. d. Lahn. Diez [1930]. Bespr. von Adolf Bach. N. H. 32. Jg. 1931. Heft 1, 2.
- Dienstbach, Dr. Wilh. M.: Zur Geschichte des Usinger Landes. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 3. Heft.
- Glahn, Landrat-Usingen: Land und Leute im Taunuskreise Usingen. Nass. Blätter, 10. Jg. 1930. 3. Heft.
- W. L.: Usingen. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 2.
- Steinmetz, E. G.: Aus dem Mittelalter der Stadt Usingen. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 3. Heft.
- Dera.: Das Beinhaus zu Usingen. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 1/2.
- Veit, L. A.: Zur Säkularisierung in Nassau-Usingen. Ein Beitrag zur Geschichte der Auflösung des Oberrheinischen Kreises. In „Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins“, herausgeg. von der Badischen Historischen Kommission. N. F. Bd. 41, Heft 4. Verl. G. Braun, Karlsruhe 1928.
- Schulz, H. Lehrer i. R.-Bad Nassau a. L.: Eine verschwundene Kirche. [Wallendorf 1840]. [Dieffenb.] Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 4.
- Sebastian Marsilius: Bericht, wie es ergangen mit dem Wallrabensteiner Kirchenbau, da sich die Gemeinde um die Burg bemüht, um eine Kirche in derselbigen zu bauen. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 10 11.
- Ziemer, Max: Bericht zu der Wallrabensteiner Güter- u. Schatzungsrenovation vom Jahre 1777. Aus d. Akten des Staatsarchivs in Wiesbaden ausgezogen. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 7.
- Philippi, Fritz: s' Laad von Watzelgift (Dorft). Eine Geschichte aus der Besatzungszeit. Alt-Nassau. 1931. Nr. 25, 26.
- Thomä, Adolf, E.: Das Watzelhainer Schlösschen. Ein Bruchstück zur Ortsgeschichte. Aarbote. 69. Jg. 1931. Nr. 256.
- Dönges, C. Dr.: Luftschifflandungen bei Weilburg in den Jahren 1785, 1836 und 1910. Didaskalia. 109. Jg. 1931. Nr. 49.
- Heiler, Dr., Studienrat-Wiesbaden: Lateinisches aus der Weilburger Mundart. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 10.
- Heubach, D.: Der Weilburger Kalvarienberg. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 9.
- Hörpel, Leonhard-Frankf. a. M.: Das Stift Weilburg im Kampf um seinen Niedershäuser Weinzeht. N. H. Kal. 1931. 8. 65 ff. Illustr. Nass. Heimatkal. 1931. 8. 65 ff.
- Körner, Dr. Ernst-Weilburg: Aus Weilburgs guter alter Zeit. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 12.
- Dera.: Eine „Episode“ aus der Geschichte der Stadt Weilburg. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 11.
- Dera.: Das Weilburger Bürgerrecht. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 2–5.
- O. R.-D.: Schultheissen, Meyer, Bürgermeister und Hemeyer im Nassau-Weilburgischen vor anderthalb Jahrhunderten. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 11.
- Schmidt, Erwin-Frankf.-M.: Aus Weilburgs Residenzzeit. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 1–3.
- Schmidt, F. A.: Weilburgs Bauten im Rahmen seiner geschichtl. Entwicklung. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 6.
- Dera.: Beiträge zur Geschichte der Kirchen und Friedhöfe in Weilburg. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 1–6.
- Dera.: Der Stand der Forschung über die sog. Heiliggrabkapelle und ihre Einrichtung als Gefallenen-erührung. [Weilburg.] L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 10.
- Dera.: Tore und Haustüren in Weilburg. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 6.
- Schmidt, F. A.-Hersfeld: Die territoriale Entwicklung des Oberlahnkreises, Bergbau, Industrie, Handel und Gewerbe im Oberlahnkreis. Weilburg im Wandel der Jahrhunderte. Weilburgs höhere Schulen. Weibl. Kreistztg. Jubil.-Ausg. 31. 1. 1930.
- Schnell, A.-Wiesbaden.: Polizeistunde und Nachtleben in Weilburg um 1740. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 5.
- Dera.: Die Einführung der Strassenbeleuchtung in Weilburg 1808. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 9, 10.
- Gerhardt, A.-Ffm.: 30jähr. Kanzleikrieg wegen Kirche und Kirchhof zu Wenigenvillmar. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 9–11.

- Ders.: Kirchengang der Runkeler nach Wenigenvillmar und Streit wegen der Kapelle zur Reformationszeit. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 5—8.
- Ders.: Abmachungen zwischen Wied-Runkel und Leiningen-Westerburg über Wenigenvillmar von 1538. L. u. L. 5. Jg. 1930. Nr. 3
- Ders.: Urkundl. Nachrichten über Wenigenvillmar bis zum 16. Jahrhundert. L. u. L. 5. Jg. 1930. Nr. 1—8.
- Fuchs, Oskar, Pfarrer: Geschichte der Burg und Stadt Westerburg. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 6/7.
- L. B.: Bodenaltertümer im Heimatgebiete, ihre Bedeutung und Beachtung. Wichtige seitherige Funde. [Westerwald]. Herborner Tageblatt. 87. Jg. 1930. Nr. 21.
- Grünschlag, O.-Frkf./M.: Wiederbewaldung des hohen Westerwaldes. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930 Nr. 4.
- Henche, Albert.-Wiesb.-Biebrich: Aus dem Landleben des Westerwaldes im 16. Jahrhundert. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- Hleyn, E.: Westerwald-Führer. Herausgeg. f. d. Westerwald-Verein. Mit 4 Kt., 8. Neubearb. Aufl. Hachenburg: Ebner 1929.
- Klüpfel, Walther: Der Westerwald. Eine Einführung in seine Geologie und Morphologie. Herausgeg. von dem Naturhistorischen Verein der preussischen Rheinlande u. Westfalens. Bonn 1929.
- Menz, H. L.-Dillenburg: Die Westerwaldumgrenzung durch die Flüsse Dill, Lahn, Sieg u. Rhein im Lexikon vom Jahre 1743. Westerw. Schauinsl. 23. Jg. 1930. Nr. 10; 24. Jg. 1931. Nr. 1/2.
- Ders.: Das Strohdach auf dem Westerwald. (Dillenburg) Heimatbl. 4 Jg. 1931. Nr. 15.
- Quetsch, Josef: Westerwald. D. sch. Nass. 3. Jg. 1931. Nr. 1.
- Runkel, O.: Der schöne Westerwald; ein Heimatbuch. Neuwied 1930. Strüdersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt [Bespr. von Adolf Bach in „Rhein. Vierteljahrsblätter“. Jg. 1. Heft 3. 1931].
- Ders.: Wie alt ist der Westerwald? Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 7.
- Vaubel, Hermann Otto: Im Westerwald. Volk u. Sch. 9. Jg. 1931. Heft 4.
- Weiland, Paul: Die Grenzsteine. Eine sonderbare Geschichte aus dem Westerwald Westerw. Schauinsland. 23 Jg. 1930. Nr. 8.
- Wilhelmi, Dr. Eduard-Frkf./M.: Der Westerwald und die Revolution 1848—49. Westerw. Schauinsland. 23. Jg. 1930. Nr. 11/12. 24. Jg. 1931. Nr. 1—8.
- Wissenbach, Erwin: Westerwaldbilder. [Westerburg; Dillenburg]. D. sch. Nass. 3. Jg. 1931. Nr. 1.
- : Einwohnerbuch für den Westerwald. 1931. Ebner, Hachenburg.
- Ziehner, Rud. Art.-Wiesbaden: Neue Kirchenbauten im Westerwald. (Büdingen, Langenhahn, Eitelborn, Hellenhahn, Höhn-Urdorf.) Rh. Heimatbl. 8. Jg. 1931. Heft 5.
- Roth, Dr. Ludwig: Ein „zweites Gesicht“ aus der Zeit der Schlacht bei Wetzlar. (15. Juni 1796). Alt-Nassau. 1930. Nr. 13.
- Müller, Wilh.: Das Kruzifix am Nassauer Hof zu Wicker. N. H. 11. Jg. 1931. Nr. 1.
- O. R.-D.: Grafschaft Wied. N. 30. Jg. 1930. Nr. 12.
- Wagner, Gg.: Der Wiedbacher Hof. [Nassau-Hadamar]. N. Ht. 10. Jg. 1930. Nr. 12.
- Wagner-Dotzheim: Hof Wiedbach (Fichtenhof.) L. u. L. 6. Jg. 30. Nr. 4—6.
- Bordeaux, Henry: Sur le Rhin. [Wiesbaden Seite 264 ff.] Ernest Flammarion, éditeur. 26, rue Racine, Paris.
- Demmel, K.: Empfindsame Betrachtungen über Wiesbaden Anno 1825. Alt-Nassau. 1930. Nr. 4.
- Eichhoff, Pfr.: Paulinenstiftung 1857—1930 Gesch. der altnass. Wohltätigkeitsanstalt „Paulinenstiftung“ und des Diakonissen-Mutterhauses „Paulinenstiftung“. Otto Fritz, Druckerei u. Verl. Düsseldorf 1930.
- Fach, Gg.: Die Mühlen am Salzbach. [Wiesbaden]. Alt-Nassau. 1930. Nr. 13.
- : Festschrift zur Erinnerung an die Enthüllung des Denkmals für die Gefallenen des Füsilier-Regiments von Gersdorff [Kurhess. Nr. 80] und seiner Kriegstruppenteile. Wiesbaden. 1930. (Rauch).
- : Die Feuersicherheit in Wiesbaden. N. Ht. 10. Jg. 1930. Nr. 13
- Fiebig, Georg: Vom alten Wiesbadener Zuchthaus. Alt-Nassau. 1930. Nr. 23.
- : Ein Friedhofs Jubiläum. [Israelit. Friedhöfe in Wiesbaden] N. Ht. 10. Jg. 1930. Nr. 13.
- Frühau, W.: Das neue evangelische Gemeindehaus Wiesbadens am Elsasser Platz. Die Einweihungsfeiern des neuen evangel. Gemeindehauses. Evangel. Gemeindeblatt. 51. Jg. 1931. Nr. 42, 44.

- H. G.: Biedermeier reist nach Wiesbaden. Alt-Nassau. 1931. Nr. 16.
- Galladé, Dr.: Die Landschaft. Aufbau und Klima. In Henche: Der ehemal. Landkreis Wiesbaden. Wsb. Rauch. 1930.
- Gross, E., Jude, W. und Michel, Dr. H.: Heimatatlas für den Regierungsbezirk Wiesbaden. 1931. Johs Braun Verlag, Eschwege.
- Grün, Pfr. Lic. Dr.: Die Kirche. Die gemeinchristliche Zeit. In Henche: Der ehemalige Landkreis Wiesbaden. Wiesb. Rauch. 1930.
- Ders.: Die Kirche. Die evangelische Kirche. Ebenda.
- Grützmacher, Dr. R. H., Geh. Reg.-Rat, Universitätsprofessor: Wiesbaden, seine Schönheit und seine Kultur. L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, Wiesbaden.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Aus der Geschichte des nassauischen Blindenwesens und der nam. Landesblindenschule in Wiesbaden. Alt-Nassau. 1930. Nr. 21.
- Heinzemann, Ed.-Heftrich: Ein Hindenburgtag in unserem Wiesbaden. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 9.
- Henche, Studienrat Dr. h. c.: Das Geistesleben. Die Geschichtsdenkmäler. In Henche: Der ehemalige Landkreis Wiesbaden. Wiesb. Rauch 1930.
- Ders.: Der ehemalige Landkreis Wiesbaden. Ein Heimatbuch. Herausgeg. im Auftrage der Körperschaften des ehem. Kreises. 1930. Verlag von Herm. Rauch/Wiesb. Bespr. von Carl Heiler-Wiesb. In: N. H. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Ders.: Wiesbaden im Tagebuch der Kaiserin Maria Louise. Alt-Nassau. 1931. Nr. 7
- Ders.: Das Geistesleben. Die Forscher. In Henche: Der ehemalige Landkreis Wiesbaden. Wiesb. Rauch. 1930.
- Ders.: Die Verwaltung. Ebenda.
- Heymach, Ferd.: Ein älterer Reisebericht über Wiesbaden. Alt-Nassau. 1930. Nr. 12.
- [Höfer, Dr. Oberstudiendirektor]: Die Städtische Oberrealschule (am Zietenring) zu Wiesbaden. 1905—1930.
- Ders.: Gesch. des Verschönerungsvereins Wiesbaden. Druck der L. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wsb. I. Teil 1913. II. Teil 1913—1931.
- [Hoffmann, Horst]: Blätter des Staatstheaters Wiesbaden, Grosses Haus u. Kleines Haus 1929/30. Verl. Rud. Bechtold u. Comp., Wsb.
- Jungjohann, Dr. Adolf: Zehn Bildnisse aus dem Wiesbadener Museum. Rhein. Heimatbl. 8. Jg. 1931. Heft. 5.
- Kaulitz, R.-Niedeck: Aus der dritten Zone. Erlebnisse und Bilder aus der Besatzungszeit 1930. Verl. Ad. Tienken/Pritzwalk. [S. 90-98. Völkerschau in Wiesbaden].
- Keller, Dr. Albrecht: Wiesbadener Schüler bei den Deutschen Rumäniens. Nach den Pfadberichten der Teilnehmer zusammengestellt. Wsb. 1929. Bücherstube am Museum.
- : Verhandlungen des 67. Kommunallandtags des Reg.-Bez. Wiesbaden vom 7.—17. April 1930.
- Kutsch, Dr., Museumsdirektor: Das Geistesleben. Die Bau- und Kunstdenkmäler. In Henche: Der ehem. Landkr. Wiesbaden. Wsb. Rauch. 1930.
- Ders.: Die Vor- und Frühgeschichte. Ebenda
- Laaff, W.: Kaulbachs hl. Elisabeth in St. Bonifatius zu Wiesbaden. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 7.
- Lauck, Bürgerm.: Das Wirtschaftsleben. Das Kunstgewerbe. In Henche: Der ehem. Landkr. Wiesb. Wsb. Rauch. 1930.
- Leber, Dr. Landwirtschaftskammerrat: Das Wirtschaftsleben. Die Landwirtschaft. Ebenda
- Lutsch, Dr. Landeshauptmann-Wiesb.: 10 Jahre gesetzl. Krüppelfürsorge im Reg.-Bez. Wiesb. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 1.
- : Stadt Wiesbaden. Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung. Juli 1930. Buchdruckerei Guido Zeidler, Wsb.-Biebrich.
- Massenkeil, Studienrat Dr.: Die Kirche. Die katholische Kirche. In Henche: Der ehem. Landkreis Wiesbaden. Wiesb. Rauch. 1930.
- Meuer, A. Hch.: Der Einsturz der ersten Bonifatiuskirche zu Wiesbaden am 11. Februar 1831. N. Ht. 11. Jg. 1931 Nr. 2.
- Ders.: Wie die Glocken von Bornhofen nach Wiesbaden kamen. Ein 500 jähriges Glockenjubiläum der St. Bonifatiuskirche. Nach Akten des Staatsarchivs Wiesbaden. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 10.

- Ders.: Zur Geschichte der nach Wiesbaden eingemeindeten Vororte. [Biebrich, Bierstadt, Dotzheim, Erbenheim, Frauenstein, Georgenborn, Hessloch, Igstadt, Kloppenheim, Rambach, Schlierstein, Sonnenberg.] N. Ht. 10. Jg. 1930. Nr. 10.
- Otto, Dr. Syndikus: Das Wirtschaftsleben. Das Gewerbe. In Henche: Der ehem. Landkreis Wiesbaden. Wiesb. Rauch. 1930.
- Paquet, Alfons: Wiesbaden, Die doppelte Stadt. S. 193–197. In: Atlantis, Länder, Völker, Reisen. Herausgeber: Martin Hürlimann. Verl. Ernst Wasmuth, Berlin, Wien, Zürich [1930].
- Petri, Konrektor: Die Landschaft. Pflanzen- und Tierleben. In: Henche, Landkreis Wiesbaden. —: Wiesbadener Presse vor 50 Jahren. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 13.
- Schüler, Th.: Wiesbaden im 30 jährigen Kriege. Alt-Nassau. 1930. Nr. 19/20.
- Ders.: Am Kirchort zu Wiesbaden um 1820. Alt-Nassau. 1931. Nr. 18.
- : Wiesbadener Stadtrecht 1. u. 2. Band. Wiesbaden 1929/30. Selbstverlag der Stadt Wiesbaden.
- Steinbach, J.: Das Wiesbadener Zuchthaus. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 13.
- Stückrath, Lehrer: Das Volkstum. In Henche: Der ehem. Landkreis Wiesbaden. Wiesb. Rauch. 1930.
- : Das Wiesbadener Theater von 1765—1810. Alt-Nassau. 1930. Nr. 2.
- Wagner, Staatsarchivdirektor i. R., Geheime. Dr.: Die Geschichte. In Henche: Der ehem. Landkreis Wiesbaden. Wiesb. Rauch. 1930.
- Weeks, Gottfried: Die erste Wiesbadener Druckerei. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 13.
- Weeks, Dr. Paul: Glück und Ende des Landkreises Wiesbaden. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 1.
- Ders.: Die Auflösung des Landkreises Wiesbaden im Lichte der modernen Bestrebungen zur Verwaltungsreform. Dissert. Frkf./M. 1929.
- : In Memoriam [Redakteure Wiesbadener Zeitungen]. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 13.
- Zichner, R. A.: Wiesbadens „Spital“ vor 200 Jahren. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 12.
- Goslar, Hermann Sebastian: Wildsachsen und seine Schultheissen. Alt-Nassau. 1931. Nr. 24.
- Becker, Dr. Erich: Unseren Gefallenen. [Ehrenmal auf dem Friedhof zu Winkel]. Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 11.
- Schroetter, Firnhaber H.: Das Brentanohaus am Rhein. [Winkel]. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 5, 10.
- : Deutschlands ältestes Haus. [Winkel i Rheingau]. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 8.
- Kalb, Walter-Montabaur: Ein Sagenkranz um Wirzenborn. N. Bl. 10. Jg. 1930. 5. Heft.
- Vonjahr, G.-Tringenstein: Ein vergilbtes Pergament aus dem Jahre 1719. [Mühlbrief von Wissenbach]. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 2/3.
- Dungern, von V.: Burgen im Wispertal. A. N. 1931. Nr. 19.
- Hain, Heinrich-Gumbinnen: Der Brand von Wissenbach vom Jahre 1773. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 11.
- Ders.: Die Heimberger von Wissenbach und Frohnhausen und ihre Familiennamen. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 2/3.
- Hoffmann, Wilhelm: Aus einer alten Urkunde von Heimberger Franz in Wissenbach 1750. (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 9.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Aus der Praxis des kirchlichen Rügegerichts zu Wörsdorf. N. 30. Jg. 1930. Nr. 12; 31. Jg. 1931. Nr. 2.
- Sebastian, Reinhard Gerhard, Pfarrer †: Bericht, wie es mit dem neuen Kirchenbau zu Wörsdorf ergangen. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 8/9.
- Ziemer, Max: Freiheitsbriefe zu Wörsdorf und Wallrabenstein im Jahre 1732. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 11/12.
- Ders.: Der Werwolf in Wörsdorf. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 1/2.
- Müller, Wilhelm, Kaplan-Zeilsheim: Ein altes Muttergottesbild in Zeilsheim. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 2.
- Ders.: Die Geschichte der alten Kirche in Zeilsheim. Die Glocken von Zeilsheim. Vom alten Rathaus in Zeilsheim. N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 1.

3. Biographisches.

- Bink, Hermann: Adolf von Nassau und der deutsche Ritterorden. N. 30. Jg. 1930. Nr. 12.
- Rüttgers, Severin: König Adolfs Liebe und Tod. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1930. Nr. 1.

- Samanek, Vincenz: Studien zur Geschichte König Adolfs. Vorarbeiten zu den Regesta imperii VI 2 (1292—1298). Akad. d. Wissenschaften in Wien, philos. histor. Kl. (Sitzungsberichte, 207. Bd. 2. Abhandlung. Wien u. Leipzig. 1930).
- Schaus, Emil: Das Urteil über König Adolf von Nassau. N. H. 3¹. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- J. Bn.: Hoheit rasiert sich selbst. (Herzog Adolf.) Frankf. Zeitung. 3. 2. 31. Stadtblatt.
- Roth, Dr. Ludw.: „Amalie von Solms-Braunfels, die Stammutter der Nassauer Fürsten.“ Alt-Nassau 1930. Nr. 12.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Anna von Hessen und die Beilsteiner Junggrafen. (Dillenb. Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 8/9.
- Runkel, O.-Dierdorf: Eine Fürstentochter aus dem Hause Nassau-Weilburg, Caroline von Wied-Runkel. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 11.
- [Mehrere Verfasser]: Die heilige Elisabeth. Zum Elisabeth-Jubiläum in Wiesbaden am 11. Oktober. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 12.
- Fiebig, Georg-Freindiez: Prinzessin Henriette von Nassau und der Christbaum. Koblenzer Heimatblatt. (Koblenz. General-Anzeiger). 7. Jg. 1930. Nr. 1.
- Heiler: Graf Johann von Nassau-Idstein, der Salzbach und Biebrich. Biebricher Tagespost Nr. 256 vom 1. 11. 1930.
- Hörpel, Leonhard: Johann Ludwig von Hadamar und die Jagd. [1644]. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 4.
- Hage, Karl: Johann Moritz von Nassau-Siegen. Alt-Nassau. 1930. Nr. 3.
- Koepp, Laura †: Juliane von Nassau. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 10/11.
- Roth, Dr. Ludwig: Erzherzog Karl von Oesterreich und das Nassauer Land. Taunus. 16. Jg. 1931. Nr. 10/11.
- [Fuchs, Oskar Pfr.]: Eine seltene und seltsame Beurkundung. Auszug aus den Verhandlungen des Königl. Bayerischen Friedensgerichtes des Kantons Grünstadt. [Georg August Gustav, Graf zu Leiningen-Westerburg. Geb. 1770. 19. Febr.] Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 10.
- Grünewald, Rosmarie Auguste-Westerburg: Königin Luise. III Teil. Zum 120. Todestag der unvergesslichen edlen Königin am 19. Juli 1810. Nassovia 30. Jg. 1930. Nr. 10/11.
- Heiler, Carl Dr.-Wiesbaden: Zum 75 jähr. Todestage der Herzogin Pauline von Nassau († 7. Juli 1856.) Biebricher Tagespost 7. VII. 1931.
- Uhlhorn, Friedrich: Geschichte der Grafen von Solms im Mittelalter. Marburg 1931. Beiträge zur deutschen Familiengeschichte, herausgeg. von der Zentralstelle für deutsche Personen- und Familiengeschichte, 12. Leipzig. 1931. Bespr. von May-Kemel. Nass. Htbl. 32. Jg. 1931. Nr. 3/4.
- Wagner, Ernst-Frankfurt/M.: Die Bassenheimischen Handel. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 2.
- Kalb, Walter: Ludwig van Beethovens Reise durch Montabaur 1792. A. d. Heimatgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 3.
- O. R.-D.: Blücher und der Westerwald. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 2.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Nikolaus Bördel und die schwarze Anna von Elz. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 8.
- Häuser, Georg: Erinnerungen an Regierungspräsident Büchting. Biebricher Tagespost 21. 7. 1931.
- Löcke, E. Bergrat a. D.-Biebrich: Ein treuer Freund des Westerwaldes und der Westerwälder. [Landrat Büchting]. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 1.
- Quetsch, Joseph: Paul Dahlen. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 1.
- Hoeber, Dr. Karl: Georg Friedrich Dasbach. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 13.
- Grützmacher, Geheimrat Prof. Dr.: Dostojewski in Wiesbaden. Das schöne Nassau. 1. Jg. 1930. Nr. 10.
- : Eine kostspielige Arretierung. [Joh. Jacob Dracke 1788] Heimatbl. f. d. Unterlahnkreis. 6. Jg. 1931. Nr. 1.
- Dyckerhoff, Herm.-Darmstadt: Chronik der Familie Dyckerhoff seit dem Jahre 1651. 2. Aufl. 1927.
- Gerhardt, A.-Frkf.-M.: Die Ersfeldtischen Freiheiten. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 1—4.
- Otto, H. Syndikus Wiesbaden: Kommerzienrat Fehr-Flach. Zum Gedächtnis. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- : Fenne von Fenneberg umgebettet. Ein Ehrenbürger von Bad Schwalbach findet eine neue Ruhestätte. Aarbote. 69. Jg. 1930. Nr. 21.

- [Fink, Wilh. Pfr. und Wenckenbach, A]: Zur goldenen Hochzeit des Joh. Phil. Georg Fink und der Luise Katharina Elisabeth geb. Heyl. 16. Juni 1861—16. Juni 1911. Druckerei: Philipp Klein böhl in Königstein.
- Friedel, Gg.: Moritz von Nassau entdeckt einen Maler. Wie Gowaert Flink sich seinem Mäcen dankbar erwies. Nach alten Aufzeichnungen. Alt-Nassau. 1931. Nr. 11.
- Bestgen, Günther stud. iur.-Stromberg (Westerwald): Heinrich Freisberg, ein nassauischer Dichter und Denker in Nordamerika. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 12. Heft.
- Laaf, W.-Wiesbaden: Oskar Gessert. Zum Gedächtnis. N. Hbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Graevenitz, von Georg: Zeitgenössische Urteile über Frau Aja. [Goethe]. Zu ihrem 200. Geburtstag am 19. Februar. Didaskalia. 109. Jg. 1931. Nr. 7.
- Klingelschmitt, Dr. F. Th.: Goethe und die Brömserburg. Didaskalia. 109. Jg. Nr. 19. 10. 5. 31.
- Lepel, von Felix: Auf Goethes Spuren in Wiesbaden und Mainz. Ein Beitrag zur Goetheforschung. Alt-Nassau. 1931. Nr. 24.
- Mayer, Dr. Alfred: Goethe und Johannes de Laspée. Alt-Nassau. 1931. Nr. 7.
- Kruse, Dr. Hans: Briefe von Jacob Wilhelm Grimm, dem Siegener Pfarrer und späteren Dillenburg Generalsuperintendenten, an seinen Bruder, den Duisburger Professor Heinrich Adolf Grimm, aus den Jahren 1778-1783. Siegerland. 12. Bd. 1930. 4. Heft. 13. Bd. 1931. Heft 1. 2-4.
- Gloßl, Traut: Albertine von Grün. Eine Gestalt der Wertherzeit. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1930 Nr. 1/2.
- Müller, Rektor-Idstein: Wer war Gruner? (Vortrag in Idstein). Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 3/4.
- Piroth, Hans: Caroline von Günderrode. Zu ihrem 150. Geburtstag am 11. Februar 1930. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 2.
- : Wurde Gutenberg in Mainz oder Eltville begraben? Uns. schönes Heimatland. 1931. Nr. 10.
- [Wagner, Paul]: Max Guttman. Zum Gedächtnis. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- Löcke, Bergat i. R.-Web.-Biebrich: Georg Ludwig Hartig und seine Nachkommen — bahnbrechende Forstleute. (Dillenb.) Heimatbl. 3. Jg. 1930. Nr. 19/20.
- Stückrath, Otto-Wiesb.-Biebrich: Carl Harz, ein Sammler nassauischer Volkslieder. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 1.
- Schneider Theod., Professor-Wiesbaden: Ein Vorläufer der deutschen Orientmission vor 200 Jahren. (Pfarrer Hellmund in Wiesbaden). „Der Orient“, XIII. 1931. S. 73 ff.
- Ders.: Pfarrer Hellmunds griechische Kollekte. Alt-Nassau. 1931. Nr. 23.
- Heiler-Wiesbaden: Ferdinand Heymach. Zum Gedächtnis. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- Fink, Wilhelm: Ein nassauischer Volksdichter. [Emil Heymer]. N. Hbl. 32. Jg. 1931. Nr. 1/2.
- Böminghaus, E.: St. Hildegard, die rheinische Seherin. Stimmen der Zeit. 59. Jg. 12. Heft. 117. Bd. S. 460—464.
- Frühauf, Walter: Die hl. Hildegard und der Protestantismus. Evang. Gemeindeblatt, Wiesbaden. 1929. Nr. 30/31.
- Gessner, Albert: Zwei Heiligenleben Die hl. Hildegard († 17. Sept.): Elisabeth von Schönaun († 18. Juni). Limb. Ill. Almanach 1930. S. 51 ff.
- Haug, Fr.: Epistolae Sanctae Hildegardis secundum codicem Stuttgartensem. Revue Bénédictine 43. S. 59—71.
- Hildegard von Bingen, der Weg der Welt. In Auswahl übersetzt von Maria Louise Lascar. In: Das heilige Reich. Texte zur mittelalterlichen Geistesgeschichte. Herausgeg. von Al. Dempf. München, Oldenbourg. 1929.
- Liebeschütz, Hans: Das allegorische Weltbild der heiligen Hildegard von Bingen. B. G. Teubner. Leipzig, Berlin 1930.
- May, J.: Die heilige Hildegard von Bingen. Aus dem Orden des hl. Benedikt 1098—1179. Ein Lebensbild. 2. Aufl. München, Kösel und Pustet.
- Runkel, O.: Der Dichter Hofmann von Nauborn. Koblenzer Heimatblatt (Beilage des Kobl. Generalanzeigers) 1930. Nr. 13.
- : Heimatgeschichtliches. Der erste Arzt in Nassau [Hofmann 1526]. Schwalbacher Brunnentrinkregel aus dem 16. Jahrhundert. Uns. schönes Heimatland. 1931. Nr. 9.
- O. R.-D.: Der Westerwälder Heimatdichter F. Huß. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 4.
- O. K.: Ein Attentat in Nassau im Jahre 1819. Ein politischer Mordversuch in Bad Schwalbach. [Karl v. Ibell]. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 7.

- Dönges, Dr. C.: Gustav Jung. Zum Gedächtnis. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 1/2.
- Kruse: Gustav Jung. Siegerland. 12. Bd 1930. 2. Heft.
- Hilfrich, Dr. Bischof-Limburg a. d. L.: Dr. Augustinus Kiliann, Bischof zu Limburg, Ehrenmitglied des Nassauischen Altertumsvereins. N. Hbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Wingenroth, A.-Lüchow: Leben und Taten des Admirals Jan Hendrik van Kinsbergen. [Ginsberg]. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- H. Fessmeyer, Studienrat-Grünstadt: Johann Ludwig Knoch. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 9.
- Roth, Dr. Ludwig: „Tilo Kolup.“ [Dietrich Holzschuh]. Ein Kapitel aus der Geschichte des Rheinlands, Nassaus, der Reichsstädte Frankfurt und Wetzlar. Alt-Nassau 1930. Nr. 8. (cf. Das sch. Nass. 3. Jg. 1931. Nr. 2).
- Schneider, Th.-Web.: Georg Kraus. Zum Gedächtnis. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 1/2.
- Straub, August: Johannes de Laspée. Nass. Hofrat und Wiesbadener Pädagoge. Nach ihm die de Laspéestrasse in Wiesbaden. Ein Wiesbadener Pestalozzizünger. Alt-Nassau. 1931. Nr. 4.
- Gorrenz, Heinz: Der 75 jährige Joseph v. Lauff, Wiesbaden. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1930. Nr. 3.
- Nordmann, Oberprimaner-Dillenburger: Der General Marceau in Geschichte und Sage. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 2/3.
- Allef, Theo-Herschbach: General Marceaus Tod. [† 1796. Westerwald.] (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 14.
- : Der Tod des französischen Generals Marceau am 19. Sept. 1796. A. d. Heimatgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 10.
- Kammerer, Ernst: Der Bauer Melander. Ein deutscher Kondottiere. Volk u. Sch. 9 Jg. 1931. Heft 1.
- Roth, Dr. Ludwig: Peter Melander, Niederhadamars berühmtester Sohn. Land und Zeit 10. Jz. 1931. Nr. 1.
- Fiebig, Georg: Eine Erinnerung an die Fürstin Pauline Metternich. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 10.
- [Michel, Rudolf]: Beiträge zur Geschichte der nassauischen Familie Michel niederkleinschen Stammes. Michel'sche Familienchronik. 1653—1928. Ffm. 1929.
- Hörle, Hermann: Dichterpfarer Franz Alfred Muth 40 Jahre tot. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 13.
- Niedecken, K.: Johann Daniel Niedecken, Amts- und Nachschreiber zu Knab, 1704—1772. Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde. Bd. VI. 1929—30. Köln.
- Diener, Dr. Walter: Ein vergessener Volksschriftsteller. [Wilhelm Oertel] Alt-Nassau. 1930. Nr. 11.
- : Der Traum des Heinrich von Otterdingen. [Westerw. Erinnerungen aus den Tagen der hl. Elisabeth]. Aus d. Heimatgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 12.
- Becker, Dr. W. J.: Paganini in Ems und Koblenz 1830. Kobl. Heimatbl. (Beil. d. Kobl. Generalanzeigers.) 1930. Nr. 21.
- Volland, Ria: Alfons Paquet, zu seinem 50. Geburtstag am 26. Januar 1931. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 2. Rheinische Heimatblätter. 8 Jg. 1931. Heft 2.
- Rothcamp, Hellmut: Geheimrat Dr. Felix Porschs letzte Fahrt. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 12.
- Schulthess, Dr. Konrad-Zürich: Die Posth [Nass. Familie.] Leipzig 1930. Zentralstelle für deutsche Personen- und Familiengeschichte E. V.
- Lücke, E. Erster Bergrat i. R.-Biebrich: Peter Presber. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 9.
- Roth, Dr. Ludwig: Julius von Reineck, der nassauische Reiterführer. N. H. Kal. 1931. S. 58 f.
- Ders.: Die Reifenberger. Alt-Nassau. 1930. Nr. 1.
- : Schiftenberg-Jubiläumsfeier. [Wilhelm Heinrich Riehl]. Giessener Anzeiger. 180. Jg. Nr. 156. I. Blatt. 7. 7. 1930.
- Walbrach, Carl: Wilhelm Heinrich Riehl. Zur Enthüllung seiner Gedenktafel auf dem Schiftenberg bei Giessen am 6. Juli. Volk u. Scholle. 8. Jg. 1930. Heft 7.
- Becker, Erich: Dr. Heinrich Rody. Dem heimatliebenden Rheingauer Priester anlässlich der 25. Wiederkehr seines Todestages zum Gedächtnis. (18. März 1930). Leben und Wirken des Oestricher Pfarrers Dr. Heinrich Rody. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 3.
- : Ein Kranz auf ein Priestergrab. (Pfr. Dr. Heinrich Rody in Oestrich). Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 3.
- Roth, Ernst, Lehrer-Sechshelden: Aus der „guten alten Zeit.“ [Schulmeister Daniel Rose aus Strassersbach. 1824—27]. (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 4.

- Wittgen, Theodor: Ludwig Sauer. Ein Gedenkblatt zum 70. Geburtstag des nass. Komponisten. D. sch. Nassau. 3. Jg. 1931. Nr. 3.
- Hachenburg, A. Graf von, Prinz v. Sayn und Wittgenstein: Saynsche Chronik. 1929. Bonn. Bespr. von E. v. Oidtman. Annalen des Histor. Vereins f. d. Niederrhein. 1931. 118. Heft.
- Heiler, Dr. Carl-Wiesbaden: Jenaer Erlebnisse eines Fuchsen auf seiner Reise ins 1. Semester 1748. (Jacob Ludwig Schellenberg, gest. 1808 als Pfarrer von Bierstadt). Landsmannschafterzeitung 1931. S. 164.
- Dienstbach, Pfr.: Jacob Ludwig Schellenberg. Collaborator und Prorektor am Gymnasium zu Idstein 1752—1765. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 3/4.
- Ziemer, M.: Was der Bierstädter Pfarrer Jakob Ludwig Schellenberg in seiner Autobiographie von den Kriegeleiden erzählt. [1792—1798]. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 4, 5/6.
- Ders.: Superintendent Johann Adam Schmidt. Idst. Heimatschau 1930. Nr. 13/14.
- E. R.: Ludwig Schneider, Pfarrer von Eibingen 1. Dez. 1840 — 22. Jan. 1864. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 12.
- Steinmetz, E. G.: Georg Schudt, Gedenkblatt zum 100 jährigen Geburtstag des Gründers des Taunusboten. Bad Homburg. 1930. Taunusbote Nr. 247—251.
- Hahn, K.: Ein Justizmord, als Wirkung der Folter. [Henn Schütz in Kräfelbach, um 1519]. Ld. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 6.
- Bertsche, Aug.: Zum 50. Geburtstag des nassauischen Vogelforschers Wilhelm Schuster von Forstner. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 1.
- : Zum 50. Geburtstag des Westerwälder Vogelforschers Wilhelm Schuster von Forstner. Westerw. Schauinsl. 25. Jg. 1930. Nr. 2. N. H. Kal. 1931. S. 100 ff.
- Brentano von, Dr. Freiherr H.: Georg Heinrich Schwendel der Stifter der Schule in Hattenheim im Rheingau. Aus Akten und Aufzeichnungen zusammengestellt. Nass Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 12.
- Ziemer, Max: Lebenslauf des Pfarrers Marsilius Ludwig Sebastian in Wörsdorf. Idst. Heimatsch. 1931. Nr. 1/2.
- Clobes, Wilhelm-Berlin: Dem Andenken Christian Spielmanns. Ein Kranz auf sein Grab zum 70. Geburtstag. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 10.
- Fuchs, Oskar-Westerburg: Spielmann-Gedächtnisfeiern. Nach Wiesbadener Tageszeitungen. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 12.
- Ullius, Fritz: Ein Gedenkblatt zum 70. Geburtstag Spielmanns. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 10/11.
- Ders.: Hofrat Dr. C. Spielmann und unsere engere Heimat. Htbl. f. d. U. 6. Jg. 1931. Nr. 8.
- Ders.: Hofrat Dr. C. Spielmann und die nassauische Schule. Ein Gedenkblatt zu seinem 70. Geburtstag. Allg. Schulblatt (Wiesb.) 82. Jg. 1931. Nr. 28.
- Wittgen, Wilhelm: Am Spielmann-Stein. Wiesb. Ztg. 84. Jg. 1931. Nr. 267.
- [Frau Pusch-Spiess]: August Spiess (1815—1893) Gymnasialdirektor in Dillenburg. (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 12. 13/14.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesb.: Johann Georg Stahl aus Bilkheim, ein Westerwälder Alchemist des 18. Jahrhunderts. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 8/9.
- Kruse: P. Stephan Steffen von Marienstatt. (Zisterzienser-Orden) Siegerland. 12. Bd. 1930. 2. Heft.
- Arnim, H. v.: Deutschlands Erwecker-Kampf und Werk d. Frh. Karl vom Stein. B.-Lankwitz, Hübner 1931.
- Bach, Adolf, Prof. Dr.: Rede gehalten bei der Stein-Gedächtnisfeier des Vereins für Nass. Altertumskunde und Geschichtsforschung im Park des Steinschen Schlosses zu Nassau a. d. L. am 12. Juli 1931. Nass. Heimatbl. 32. Jg. 1931. Nr. 3/4.
- Becker, Dr. Erich: Die staatspolitische Bedeutung des Freiherrn vom Stein. Rhein. Heimatbl. 8. Jg. 1931. Heft 6.
- Ders.: Der Freiherr vom Stein und der Rheingau. D. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 6.
- Benninghoven, E.: Freiherr vom Stein hundert Jahre tot. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 6.
- Botzenhart, E.: Frh. vom Stein. Münster i. W. Aschendorff 1931.
- Dieckmann, C.: Der Staatsgedanke des Freiherrn vom Stein, ein Weg zum deutschen Einheitsstaat. Berlin. Jungdeutscher Verlag. 1931.
- Dönges, Dr. C.-Dillenburg: Freiherr vom Stein und die „Dillenburger Petition“ an die Nassauische Herrenbank und Deputiertenkammer im Jahre 1818. N. H. Kal. 1931. S. 54 ff.

- Domarus, M.: Steins Verweigerung des nassauischen Untertaneneides und ihre Vorgeschichte. *Annalen*. 52. Bd. I. Heft. 1931. S. 18—49.
- Drews: Freiherr vom Stein. (In der Sammlung „Meister des Rechts“) Berlin 1930, Carl Heymanns Verlag.
- E-t, G.: Zum 100. Todestag unseres Nassauer Landsmannes Freiherrn vom Stein. Seine sozialpolitischen Neuschöpfungen. *A. d. Htgesch.* 5. Jg. 1931. Nr. 7.
- Freimuth, Jos.: Steins Arbeit an der Befreiung Deutschlands. *Nass. Heimat*. 11. Jg. 1931. Nr. 6.
- Frühauf, Walter: Freiherr vom Stein als Geistesmensch. In: *Geisteskultur*. Berlin u. Leipzig 1931. Walter de Gruyter & Co.
- Glasmeier, H.: Freiherr vom Stein. Sein Leben und Wirken in Bildwiedergaben ausgew. Urkunden und Akten. In Verbindung mit der Archivberatungsstelle der Provinz Westfalen herausg. Münster. Helios-Verl. 1931.
- Hedler, A.: Freiherr vom Stein. Der grosse freiheitliche deutsche Staatsmann. Zur 100. Wiederkehr seines Todestages. Langensalza, Berlin u. Leipzig, J. Beltz. 1931.
- Henche, A. Dr. h. c.: Wie Steins Grabstätte „Steinisch“ wurde. [Nach Akten des Staatsarchivs]. *Alt-Nassau*. 1931. Nr. 15.
- Ders.: Stein und seine Mutter. *Alt-Nassau*. 1931. Nr. 12.
- Ders.: Eine soziale Stiftung der Steinschen Herrschaft in Frücht und Schweighausen. *Nass. Blätter*. 11. Jg. 1931. Heft 6.
- Ders.: Steins und Friedrich Wilhelms III. Briefwechsel. *Nass. Blätter* 11. Jg. 1931. Heft 6.
- Ders.: Miscellen zur Hausgeschichte derer vom Stein. *A. uns. Heimat*. 1931. Nr. 4.
- Ders.: Aus dem Briefwechsel des alten Freiherrn vom Stein. *Alt-Nassau*. 1931. Nr. 4/5.
- Ders.: Die Freiherren vom Stein und der Katholizismus. *Htbl. U. L.* 1930. Nr. 2.
- Hintz, H.: Stein, H. F. K. Freiherr vom: Denkschriften und Äusserungen über Politik und Staat. Paderborn, Schöningh.
- Hoerber, Dr. Karl: Stein und Görres. *Nass. Heimat*. 11. Jg. 1931. Nr. 7.
- Koch, G.: Der Freiherr vom Stein: Von Staat, Volk und Bildung. Kassel: Neuwerk-Verlag 1931.
- Kochendörffer, H.: Briefwechsel zwischen Stein und Vincke. Münster, Aschendorff, 1931.
- Lotz, Karl-Nassau: Der Begründer der Selbstverwaltung Reichsfreiherr vom und zum Stein. *Heimatbl. f. d. Unterlahnkreis*. 5. Jg. 1930. Nr. 14.
- Mackeprang, Rudolf-Nassau (Lahn): Die Reorganisation der Steinschen Güterverwaltung 1784. *Ann.* 52. Bd. I. Heft. 1931. S. 75—88.
- Meyer, H. H.: Ein Urteil über Freiherrn vom Stein im Jahre 1808. *Aus uns. Heimat*. 1931. Nr. 4.
- Nassauer, Siegfried: Freiherr vom und zum Stein, † 29. Juni 1831. *Das schöne Nassau*. 2. Jg. 1931. Nr. 9.
- Ritter, Gerhard: Freiherr vom Stein. Eine politische Biographie. 2 Bände. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin. 1931.
- Ders.: Die Aechtung Steins. Neues Quellenmaterial zu ihrer Erklärung. *Annal.* 52. Bd. I. Heft. 1931. S. 1—17.
- Roth, Dr. Ludwig: Der Reichsfreiherr vom Stein und die Nassauer Fürsten. *Alt-Nassau*. 1930. Nr. 6.
- Ders.: Aus den letzten Lebensjahren des Reichsfreiherrn vom Stein. *N. H. Kal.* 1931. S. 49 ff.
- Ders.: Der Reichsfreiherr vom Stein und seine Beziehungen zu Wetzlar. *Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine* 79. Jg. 1931. Nr. 2.
- Ders.: Reichsfreiherr vom Stein als Familienvater. *Das schöne Nassau*. 2. Jg. 1931. Heft 10.
- Schnabel: Freiherr vom Stein. Leipzig u. Berlin. Teubner 1931.
- Ders.: Der Freiherr vom Stein und der deutsche Staat (Rede). Karlsruhe, C. F. Müller 1931.
- Schneider, Dr. Walther-Köln: Der Freiherr vom Stein und sein Urteil über seine Mitmenschen. *Ann.* 52. Bd. I. Heft. 1931. S. 50—74.
- Schreiber, Ernst M., Dr.: H. Friedr. Karl, Frh. vom und zum Stein, sein Wirken in Kurmainz am Vorabend der Revolution. *Mainzer Anzeiger*. 30. VI. 31.
- Sternberg, Leo: Der Reichsfreiherr vom Stein und sein nassauisches Stammland. *D. Rheingau*. 4. Jg. 1931. Nr. 6. Taunus. 16. Jg. 1931. Nr. 5.
- Stückrath, O.: Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein. Sein Leben und sein Werk. Kommissionverlag v. Limbarth-Venn, Wiesbaden. 1931.

- Stettner, Dr. Thomas: Aus des Reichsfreiherrn Karl vom Stein Jugendtagen. Aus unserer Heimat. 1931. Nr. 5.
- Ullius, F: Begebenheiten aus dem Leben Steins. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 6.
- Volland, Ria: Der Türklopfer derer vom Stein. Der Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 6.
- Wickel, W.-Nassau/L.: Das Geburtshaus des Freiherrn v. Stein in Nassau/L., ein deutsches Nationaldenkmal. N. H. Kal. 1931. S. 52 f.
- Winker, Will.: Freiherr vom Stein. A. uns. Heimat 1931. Nr. 4.
- Wolf, Dr. W.-Frkf.-M.: Der Freiherr vom Stein und Kurhessen. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 7.
- rt: Freiherr vom Stein, der Nassauer. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 6.
- Schäfer, Wilhelm: Das Fräulein vom Stein. Anekdote. Alt-Nassau. 1930. Nr. 14.
- Arndt, Willy: Leo Sternbergs Weg zum Drama Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 1.
- Eesselborn, Karl, Prof. Dr. iur. et phil.: August Straub. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 3.
- Heiler, Dr. Studieurat-Wiesbaden: Johann Michael Stritter, Johann Gotthelf Stritter und Gottlieb Stritter. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 8/9.
- : Zwei absonderliche Gesuche aus der Zeit vor 200 Jahren. (1727/28. Dillenburg: Prediger Joh. Jacob Theis-Fleischbach). Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 4.
- Balzer, Christian-Wsb.-Dotzheim: August Thomae. Zum Gedächtnis. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 3/4.
- Dietz, Rudolf: Pfarrer August Thomae. Der Uhrturm. Heft 2. 1930. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 4.
- Frühauf, Walter-Wiesbaden: Pfarrer August Thomae, Kloppenheim. Zum Gedächtnis. Evang. Gemeindeblatt. 50. Jg. 1930. Nr. 8.
- Würges, H. Oberschullehrer-Wiesb.: Pfarrer August Thomae — ein nassauischer Komponist. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 5/6. Allg. Schulbl. (Wsb.) 82. Jg. 1931. Nr. 2.
- Nüdling, Ludw.: Bruder Vincenz, Peter Joseph Salzig, Generaloberer der Barmherzigen Brüder von Montabaur. 1931. Verl. Hermann Rauch/Wiesbaden.
- Mayer, Dr. Alfred: Der Vater des Rinaldo Rinaldini in Wiesbaden [Chr. Aug. Vulpius.] Alt-Nassau. 1930. Nr. 22.
- : Heinrich Wagner. [13. Jan. 1931 Ems.] Heimatbl. f. d. Unterlahnkreis (Ems. Ztg.) 6. Jg. 1931. Nr. 1.
- O. R.-D.: Ein Westerwälder Pfarrerdichter. [Pfr. J. Wahl.] A. d. Heimatgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 3. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 3.
- Mackeprang, R.: Karl Walter (1862—1929). Zum Gedächtnis. N. H. 31. Jg. 1930. Heft 1/2.
- Wies, X.: Zum Gedenken an Caspar Weis. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 11.
- Ziemer, Max: Johann Martin Wenck als Prorektor am Gymnasium in Idstein. Nach Akten des Wiesbadener Staatsarchivs. Volk und Scholle. 8. Jg. 1930. Heft 3. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 3/4.
- Wagner, Ernst: Der Geigerkönig August Wilhelmj. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 2.
- Frick, Dr. Sanitätsrat: Carl Winnen, ein Dillenburg Arzt. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- : Ein tüchtiger Westerwälder als Lokomotivbauer. [Peter Wolf, 1877.] Aus der Heim. Gesch. 5. Jg. 1931. Nr. 1.
- Wollweber, J.-Mainz: Bruchstücke aus alten Akten vom Jahre 1751. [Johannes Wollenweber.] Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 7.
- : Familienbuch des Georg Christoph Ziegenmeyer und Maria Magdalena Ziegenmeyer, geschrieben im Jahr Christi Anno 1750, den 2. Februari. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 5/6.
- Waldburger, Pfr.-Basel: Zwinglis Reise nach Marburg. [Durch Nassau.] Htbl. U. L. 1930. Nr. 4.

II. Volkskunde.

1. Sprachliches.

- Arndt, Johanna: Erwerben und Sparen im dörflichen Spruch. N. Bl. 10. Jg. 1930. 5. Heft.
- Bach, Adolf: Die Nassauische Sprachlandschaft. Bonn 1930. Ludwig Röhrscheid. (Nass. Hbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.) Bespr. von H. Teuchert, Teuthonista Jg. 7. 1931. Heft 3/4. S. 316.
- Behagel, Otto: Geschichte der deutschen Sprache. 5. verb. und erw. Aufl. Mit 1 Kt. Berlin u. Leipzig. de Gruyter 1928. (Rh. Heimatbl. 7. 1930. 5).

- Berthold, Prof. Dr. Luise-Marburg a. d. L.: Der Maulwurf. Ein Beitrag zum Hessen-Nassauischen Wörterbuch. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 5.
- Dieselbo: Bericht über die Arbeiten des Hessen-Nassauischen Wörterbuchs 1930 in den Sitzungsberichten der Preuss. Akademie der Wissenschaften. 4. Lieferung. Bespr. in N. Hbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Heiler, C.: Hebräisches (Lateinisches) in der Weilburger Mundart. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 2. (10.)
- Ders.: Französisches in der Weilburger Mundart. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 12.
- Jungmann-Nordenstadt: Wege zum Verständnis der heimischen Volkssprache und ihres Wortbestandes. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 11/12.
- Kroh, Dr. Studienrat-Burgsteinfurt: Die Huinkdung. (Dillenb.) Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 1. cf. Kuhlmann, R.-Breitscheid: Nochmals die „Dung“. Ebenda Nr. 3.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Die „Dung“. Ein Beitrag zur Wortkunde unserer Heimat. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 17.
- Menges, Adolf: Sprachforschung im Hinterland. D. sch. Nass. 2. Jg. 1931. Nr. 12.
- Nies, Ludwig: Volkswisheit in rheinisch-nassauischen Sprüchen. U. schön. Heimatland. 1930. Nr. 5.
- Nikolaus, H.-Neuwied a. Rh.: Schriftsprache oder Mundart? Westerw. Schaulinsl. 24. Jg. 1931. Nr. 2. cf. dazu: W. Frese-Erkf.: Bemerkungen zu H. Nikolaus: Schriftspr. od. M.? Ebenda Nr. 11.
- Neuter, Wilhelm: Rheinische Mundarten. Nassau. Rhein. Heimatbl. 8. Jg. 1931. Nr. 2.
- Neuting, F.: Einiges über mundartliche Dichtung. N. Bl. 10. Jg. 1930. Heft 5.
- Roth, Ludwig: Volkswisheit in rheinisch-nassauischen Sprüchen. Alt-Nassau. 1930. Nr. 14.
- Rühle, Ludwig: „O Haaregewisbel“. Verwundern und Fluchen in meiner Heimatssprache. Nass. Heimatkal. 1930.
- O. R.-D.: Wie man auf dem Westerwald Tier- und Schalllaute deutet. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 67.
- Schüssler, Josef-Rothbach: Westerwälder Mundartwörter französischen Ursprungs. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 2.
- Steinebach, Hermann-Oberlahnstein: Der Ursprung und die Entwicklung des Wortes „Deutsch“ Eine sprachgeschichtl. Plauderei. Uns. schöne Heimat 1931. Nr. 3.
- Ullius, Fritz: Nass. Volkskunde. Die Volksüberlieferung. 9. Volkstümliche Redensarten. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 12.
- Weiershausen, Dr. Adolf: Die innere Struktur der Siegerländer Mundart. Siegerland. 12. Bd. 3. H. 1930.
- Wenzel, Walter: Wortatlas des Kreises Wetzlar und der umliegenden Gebiete. (Deutsche Dialektographie, Heft XXVII). Marburg 1930. Elwert. [Bespr. von W. Kroh in Teuthonista. Jg. 6. 1930. Heft 3/4. S. 294 ff. und von Wilh. Will in: Rhein. Vierteljahrsblätter Jg. 1. Heft 3. 1931. S. 310 ff.]

2. Literatur, bes. mundartliche Dichtungen.

- Achter, Johann: Schwer geprüft. Historischer Roman. Aus d. Heimatgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 6-10. 6. Jg. 1932. Nr. 1.
- Arndt, Johanna (geb. Kartenbender)-Eitelborn (Westerwald): Aus dem studentischen Stammbuch des Urgrossvaters. Alt-Nassau. 1930. Nr. 14.
- Dies.: Kinderreime u. -Liedchen aus dem Westerwald. Koblenzer Heimatblatt (Beilage des Koblenzer Generalanzeigers) 1930. Nr. 31.
- Arndt, Willy: Vom Werden und Wesen unseres Volksliedes. Alt-Nassau. 1930. Nr. 1.
- Bink, Hermann: Aus alten nassauischen Stammbüchern. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 5.
- Diener, Walter: Nassauische Volkskunde. Bilder und Skizzen aus dem heimischen Schrifttum. Mit 8 Zeichnungen von Paul Fritsche. Eine Auswahl aus dem Schrifttum der nassauischen Volkskunde. Breslau. Hirth. [1930].
- Dietz, Rudolf: A B Reiter. Heft I u. II. Lustige Gedichte in Nassauischer Mundart 1930.
- G. F.: Das „Hannesche von Ailerteche“ [Westerwald]. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 6.
- Ders.: Der Eschenpeter. [Peter Esch. 1832]. Land u. Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 6.
- Heibel, J. Rektor-Bad Homburg: Aus dem Franzosenkriege. Eine Westerwälder Dorfgeschichte. A. d. Htgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 2-4.
- Henkel, Joh.: Vom sterbenden Volkslied. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 2.
- Heuser, Georg: Der Lehrer von Schönberg. Fröhliche Westerwalderinnerungen. A. d. Htgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 6-12.

- Hoffmann, Josef-Breitscheid: Die Pfannkuchen der Frau Wertmann. Heimatgeschichtl. Erzählung aus der Zeit der grossen Not (1850). Westerw. Schauinsl. 24. Jg. 1931. Nr. 1.
- Ders.: Kreuze am Wege. Heimatgeschichtl. Erzählung [1849. Heiderhof bei Steinebach]. Westerw. Schauinsl. 23. Jg. 1930. Nr. 1.
- K. H.: Altnassauische Klugheitsregeln. Jucundus, Ernst: Altnassauische Volksmedizin. E. J.: Traumdeuterei im alten Nassau. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 2.
- Jordan, G.: Wichtelfahrt. Eine abenteuerliche Geschichte für Wiesbadener Kinder. 1930. Verl. Wiesbaden, Limbarth-Venn.
- Jung, Rudolf: Wie das Dillenburgische Intelligenzblatt starb. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 8.
- Ders.: Von der nassauischen Geschichtschreibung. Eine Buchbesprechung. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 12.
- Kalb, Walter: Die Einführung des „Allgemeinen Landeskaltenders“ in Nassau. Aus d. Heimatgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 6.
- Lächler, Franz: Altnassauische Monatsverse. Aus Kalendern des 18. Jahrhunderts mitgeteilt. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 4.
- : Zur Geschichte eines Lahnliedes. Uns. schöne Heimat. 1930. Nr. 3.
- Nies, Ludwig: „Loreley 4“. [St. Goarshausen] cf. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 9. S. 203.
- Redslob, Edwin: Befreiungsfestspiel. Deutschlands Strom. Chorische Dichtung zur Feier der Rheinlandbefreiung. Wiesbaden. Petmecky. 1930.
- Reuter, Wilhelm: Der Freiheitsbaum. 1930. Buchdruckerei J. Wagner-Söhne. Frkf. a. M.-Höchst.
- Rieser, Georg: Dorch de Taunuswald maschiern Besatzungsdrubbe. Verl. Georg Grandpierre, Idstein.
- Ders.: Fünf Gedichte in nassauischer Mundart. N. Bl. 10. Jg. 1930. Heft 2.
- Ritzel, Fritz: Der Brandstifter. Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus. Unsere schöne Heimat. 1930. Nr. 3 ff. 1931. Nr. 2 ff.
- Ders.: Der einsame Weg. Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus. (Forts.) Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 4 ff.
- Roedler, Gg.: Wenn die Steine reden. Nass. Heimatkal. 1930.
- Runkel, O.-Dierdorf: Ein Heimatkalender vor 100 Jahren. L. u. L. 6. Jg. 1930. Nr. 10/11.
- O. R.-D.: Die Heidelbeere in der Westerwälder Volksposse. N. H. Kal. 1931. S. 33 f.
- Schüler, Th.: Eine missverstandene Veredelung des Volksgesanges. (Nach den Akten der Herzoglich-nassauischen Landesregierung im Staatsarchiv zu Wiesbaden Nr. 6656). Alt-Nassau. 1931. Nr. 11.
- b.: Die älteste politische Zeitung Nassaus. [Herborn 1753.] Nass. Heimatkal. 1930.
- Straub, Aug.: Nassau im Geistesleben der Zeit. Verl. Karl Robert Langewiesche, Königstein i. T. D. schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 5.
- Stückrath, Otto: Nassauisches Kinderleben in Sitte und Brauch, Kinderlied und Kinderspiel. Volkslied-ausschuss f. d. Land Nassau, die Stadt Frankfurt/M. und den Kreis Wetzlar. Wiesb.-Biebr. 1931. Bespr. v. Ad. Bach. N. H. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Ders.: Das Kidderacher Weingärtlein. Der Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 3.
- Ders.: Ein Kinderliedschicksal. U. schönes Heimatland. 1931. Nr. 18.
- Ders.: Arbeiten und Aufgaben. [Volksliedsammelstelle]. Nass. Bätter. 11. Jg. 1931. 4. Heft.
- Ullius, Fritz: Der Landstreicher. Eine nassauische Erzählung. Nass. Blätter. 10. Jg. 30. H. 1/2.
- Vahlert, H.: Am Felsbruch. Eine Taunuserzählung. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 1 ff.
- : Hochzeitswein. Weinsprüche. Alt-Nassau. 1931. Nr. 3.
- Weitzel, Dr. K.: Was steckt dahinter? [Nassauern.] Didaskalia. 1930. 108. Jg. Nr. 3.
- Wissmann, Eduard: Die versagte Bürgeraufnahme oder die Falschmünzerwerkstätte. Eine Dorfgeschichte aus den letzten Tagen des Herzogtums Nassau. (Forts.) Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 10 ff 31. Jg. 1931. Nr. 1—4.
- Wittgen, Theodor: Zur Hamsterzeit in 4. Klass'. Lustige Volksscene in einem Akt. Selbstverlag Hofheim a. T.

3. Kirche und Schule.

- Arnold, Norbert-Seelbach: 250 Jahre Seelbacher Schule. Htbl. U. L. 1930. Nr. 4/5.
- Bäumer, Otto: Auszüge aus den Siegener Kirchenbüchern. Totenbuch. [1703—1790]. Taufbuch [1658—1728]. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 7.

- Beier, Rektor: Die neue Volksschule in Montabaur. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 2.
- Collet, Richard, Landrat-Montabaur: Das ländliche Berufsschul- und Fortbildungsschulwesen im Unterwesterwaldkreise. N. Bl. 11. Jg. 1931. 4. Heft.
- Dietz, Konrektor: Die Schule. Die evangelischen Schulen. In Henche: Der ehemalige Landkreis Wiesbaden. Wiesb./Rauch. 1930.
- Dietz, Konrektor und Wagner, Lehrer: Die Schule. Die Simultanschulen. Ebenda.
- Dietz, Hans Pfr.-Langenscheid: Zur Jahrhundertjahrfeier der Kirche in Langenscheid. Bilder und Gedichte von Rudolf Dietz. Htbl. f. d. Unterlahnkreis. 6. Jg. 1931. Nr. 7.
- Frank, Berufsschulvorsteher: Die Geschichte der gewerblichen Fortbildungsschule in Montabaur. I. d. Heimatgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 10—12.
- Frühauf, Walter-Wiesbaden: Die Organisation des evangelischen Wohlfahrtsdienstes in Nassau. Evang. Gemeindeblatt. 51. Jg. 1931. Nr. 5.
- Fuchs, Oskar Pfr.-Westerburg: Eine interessante Schulbesetzung aus dem Jahre 1806 in 6 Akteustücken aus dem Archiv der Westerburg. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 11.
- Hermann, Karl: Die Gründung der Schule zu Aull. U. schöne Heimat. 1930. Nr. 1.
- Hörpel, Leonhard-Frkf. a. M.: Aus der Geschichte einer Westerwälder Dorfschule. Die Schule als born im Spiegel der Zeiten. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 14—16.
- Löber, K.-Rabenscheid: Bilder in der Haigerer und Ballersbacher Kirche. (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 17. (24. 12. 31.)
- : Wegweiser für die evangelische Landeskirche in Nassau. Amtliche Ausgabe. Wiesbaden Ver. der evangel. Landeskirche in Nassau. 1930.
- Pollack, Dr. Landrat: Die Organisation der Fortbildungsschulen und Berufsschulen im Unterlahnkreise. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 1.
- [Rühl, Artur-Königstein i. T.]: Evangelischer Glaube an der unteren Lahn. Festschrift zur Vierhundertjahrfeier der Reformation im Kirchenkreis Nassau. Druck von H. Chr. Sommer/Bad Ems 1930.
- (Schlosser, H. und Neuser, W.): Die evangelische Kirche in Nassau-Oranien 1530—1930. Festschrift zum Gedächtnis der Einführung der Reformation (1530) und des Heidelberger Katechismus (1580) in den Grafschaften Nassau-Dillenburg und Nassau-Siegen. Bd. I. Siegen. Kreisgruppe.
- Schmidt, Emil: Die Nassauische Simultanschule. Ihre Entstehung und ihre Geschichte. 1931. J. J. Klinkhardt, Leipzig. (Beiheft der deutschen Schule, Heft 2.)
- Schmidt, F. A. Benediktinerklöster in Nassau Nass. Heimatkal. 1930.
- Schmidt, K.-Pfarrer: Die Schulreform des Landgrafen Georg II. von Hessen in ihren Einwirkungen auf die vormals hessischen Gebietsteile Nassaus. Allgemeines Schulblatt 1930. Nr. 35 f.
- Schneider, Ludwig: Erinnerungen aus der Jugendzeit eines Volksschullehrers zu Anfang des vorigen Jahrhunderts. Alt-Nassau. 1931. Nr. 19.
- Schnell, A.-Wiesbaden: Die nassau-weilburgischen Kirchenordnungen und ihre Bedeutung für die Kulturgeschichte unserer Heimat. Land u. Leute. 6. Jg. 1930. Nr. 11/12. 7. Jg. 1931. Nr. 1—4.
- Schüler, Th.: Aus der Volksschule in Mosbach-Biebrich. Alt-Nassau. 1931. Nr. 23.
- Schüller, Andreas Prorektor-Boppard: Vor- und Nebengymnasien im Kurstaate Trier [Montabaur, Lirburg]. Rheinische Heimatblätter. 7. Jg. 1930. Heft 9/10.
- Schulz, H. Lehrer i. R.-Nassau. Eine verschwundene Kirche. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 5.
- Sinemus, Martin Pfarrer: Die Geschichte der evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Altenkirchen (Westerwald). I. 1/2. Wahlschied-Holz (Saar). Selbstverlag des Verfassers.
- Wagner, Lehrer: Die Schule. Die katholischen Schulen. In Henche: Der ehemalige Landkreis Wiesbaden. Wiesb./Rauch 1930.

4. Namen.

- Beschorner, Dr.-Dresden: XIV. Bericht über die deutsche Flurnamenforschung, den Zeitraum 1929 umfassend. Korrespondenzblatt des Gesamtvereins d. deutschen Gesch.- u. Altertumsvereine. 78. Jg. 1930. Nr. 1—3.
- Bink, Hermann: Ortsnamen im Reg.-Bez. Wiesbaden. Alt-Nassau. 1930. Nr. 2.
- Bohrmann, Karl Hermann-Aull: Der Dorfname Aull-Auel im Nassauer Land. Htbl. f. d. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 10.

- Goisel, O. W.: Woher stammen die Namen Altkönig und Königstein im Taunus? Das sch. Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 10.
- : Schöne alte Wirtshausnamen aus Hilchenbach. Heimatland Siegen. 1930. 5. Jg. Nr. 1.
- Hörpel, Leonhard-Ffm.: Drei Westerwälder Familiennamen [Schermlay von Dillhausen; Seck von Mengerskirchen, Späth von Mengerskirchen, Arborn und Odersberg]. Westerw. Schauinsland. 24. Jg. 1931. Nr. 10.
- Hohn, Dr. W.-München: Das Geheimnis Westerwälder Ortsnamen Westerw. Schauinsland. 24. Jg. 1931. Nr. 2, 10.
- Holz, Walther: Die Oberlahnsteiner Flurnamen. In: Festschrift zum 50 jähr. Jubil. des Lahnsteiner Altertumsvereins. Oberlahnstein 1930.
- Jungmann, Ernst: Was bedeutet der Name? Kulturgeschichtlich-sprachliche Plaudereien über die Bedeutung unserer verbreitetsten Flurnamen und Stellenbezeichnungen. Alt-Nassau. 1931. Nr. 5.
- Ders.: Nordenstadt: Nass. Ortsnamen, ihr Werden und ihre Bedeutung. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 1.
- Ders.: Altfranzösisch, aber nicht keltisch oder lateinisch. [Ortsnamen.] Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 6.
- Ders.: Was bedeutet der Ortsname Auel? [Limburg]. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 5.
- Krause, A.-Oberneisen: Aus der Geschichte des Einrichsgaues und der Etymologie der Ortsnamen des Einrichs. Uns. schöne Heimat. 1931. Nr. 2.
- : Woher stammen die Namen Lorch? Kellerskopf? Verbot des „Tabaksaufens“ und „Tabak-trinkens“. Alt-Nassau. 1931. Nr. 14.
- : Der Flurname Nassländer und die Bedeutung der Ortsnamen Neissen. Limburg und Linter. Uns. schön. Heimat. 1930. Nr. 3.
- Neurath, Dr. Karl: Unsere Familiennamen. Ein Streifzug durch die deutsche Kulturgeschichte. Alt-Nassau. 1930. Nr. 5.
- Runkel, O.-Dierdorf: Das Geheimnis Westerwälder Ortsnamen. Westerw. Schauinsland. 24. Jg. 1931. Nr. 8.
- Schneider, Heinrich Dr. phil.: Nassauische Familiennamen. N. Ht. 11. Jg. 1931. Nr. 5.
- Schneider, Ludwig: Unsere Vornamen im Wechsel der Zeiten. Alt-Nassau. 1931. Nr. 24.
- Stengel, Dr. Ed., Universitätsprofessor-Marburg: Die geschichtliche Fluraufnahme der Provinz Hessen-Nassau. Aufruf zur Sammlung der Flurnamen. Nass. Heimatblätter. 32. Jg. 1931. Nr. 3/4.
- Suderland, Dagobert: Ortsnamen im fränkischen Volksmunde. Frankf. Zeitung. 7. 10. 30. (Behandelt gerade auch nass. Ortsnamen!)
- Ziemer, Max: Die Hostert. [Flurnamen]. Alt-Nassau. 1931. Nr. 16. Allg. Schulblatt (Wiesbaden), 82 Jg. 1931. Nr. 20/21.

5. Volkshumor.

- Bink, Hermann: Nassauische Ortsneckereien. Alt-Nassau. 1930. Nr. 4.
- Herber, Alfred: Ortsneckereien zwischen Rhein, Lahn und Aar. Uns. schönes Heimatland. 1931. Nr. 9.
- Herold, A.: Aus vergilbten Blättern. Heimischer Volkshumor und Aberglauben vor 100 Jahren. Uns. schöne Heimat. 1931. Nr. 1.

6. Sagen, Legenden.

- Bär, Dr. Franz: Mittelalterliche Sagen aus Nassau. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 11.
- Bink, Hermann: Geschichtliches und Sagenhaftes vom Ursprung des nassauischen Adels. Alt-Nassau. 1930. Nr. 10.
- B.: Sagen um Wiesbaden. Alt-Nassau. 1930. Nr. 18.
- : Die 12 goldenen Apostel auf Hohlenfels. Uns. schöne Heimat. 1930. Nr. 2.
- Kalb, Walter: Die Sage von der Schlosshof-„Pütz“ in Montabaur, ein alter Holle-Mythus? Aus der Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 11.
- Kalisch, J.: Die Entstehung von Königstein. Eine Sage a. d. Taunusgebirge. Alt-Nassau. 1930. Nr. 24.
- Ders.: Wie Schloss Kronberg entstand Eine Sage aus dem Taunusgebirge. Alt-Nassau. 1930. Nr. 13.
- Krayer, A.: Die Entstehung von Nothgottes – Eine Rheingauer Sage. Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 4.
- Kuhn, E.-Bogel: Sagen, Märchen u. Erzählungen aus dem Kreis St. Goarshausen. Uns. schönes Heimatland. 1931. 1—4.

- : Altnassauische Historien. [Konrad Kurzbold; Graf Engelbert]. Alt-Nassau. 1931. Nr. 16.
- : Vom Lohweibchen. [Herschbach]. A. d. Heimatgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 3.
- : Eine Sage von der Burg Nollich bei Lorch. Uns. schöne Heimat. 1930. Nr. 3.
- Menz, H. L.-Dillenburg: Johann Hübner. Eine Sage aus Nassau-Dillenburg. (Dillenburg.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 12.
- Nies, Ludwig-St. Goarshausen: Wenig bekannte Loreleysagen. N. H. Kal. 1931. S. 73 ff. Ill. Nass. Heimatkal. 1931. S. 73 ff.
- Ders.: Die Gulgenkopf-Sage. [Lorelei]. Unser schönes Heimatland. 1930. Nr. 20.
- Ders.: Eine dritte Sage vom Lorelei. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 11.
- Ders.: Eine alte Heimsage wechselt den Ort. [Patersberg]. Nass. Blätter. 11. Jg. 1930. 2. Heft.
- Nies, Rudolf: Nassauische Sagen. Leipzig, Hegel u. Schade.
- Ders.-Haspe: Der Westerwald in den Legenden der hl. Elisabeth. Nass. Heimatkalendar 1930.
- Pleimes, Henny: Zwei Sagen von Schloss Langenau a. d. Lahn. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 9.
- Roth, Dr. Ludwig: Braut und Bräutigam in Sage und Volksglauben. Alt-Nassau. 1930. Nr. 19.
- Rüttgers, Severin: Rheinsagen. Hermann-Schaffstein-Verlag, Köln a. Rh. (o. D. u. J.)
- Schneider, A.-Herdorf: Sagenumwobene Berge am Hellerstrand. W. Sch. 23. Jg. 1930. Nr. 12.
- Schneider, Th.-Wiesb.: Das Werden der Ursulalegende. (Schluss). Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 1.
- Straub, August: Am Dreiherrnborn. Westerwälder Sage. A.-N. 1930. Nr. 16.
- Ders.: Nassauische Sagenkunde. Alt-Nassau. 1930. Nr. 15.
- Ders.: Der Streit des Rechts. Einer unbekannten Westerwälder Sage nacherzählt. [Westerburg]. Alt-Nassau. 1930. Nr. 19.
- Ullius, Fritz: Die Volksüberlieferung. 6. Die Heimsage. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. Heft 7.
- Verleger, August: Taunussagen. Verl. W. Kramer u. Co., Frankfurt/M.
- : Sagen von fremdem Soldatenvolk. [Niederlahnstein, Lahneck, Katz, Caub]. Nass. Heimat. 10. Jg. 1930. Nr. 8.

7. Inschriften, Münzen, Glocken.

- Dienstbach, O. Pfr. i. R.: Deutsche Inschriften und Sprüche an Haus und Gerät. Idst. Heimatschau. 1931. Nr. 1—11.
- Kalb, Walter: Münzfunde aus dem unteren Westerwald I. II. Aus d. Heim. Geschichte. 4. Jg. 1930. Nr. 11. 5. Jg. 1931. Nr. 2.
- Meier, Erich-Breidenbach: Alte Hausinschriften im Hinterland. (Dillenburg.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 10.
- Meyer, H. H.: Inschriften in Nassau und Umgebung. Aus unserer Heimat. 1930. Nr. 3.
- Ders.: Einiges über das Nassauer Wappen. Aus unserer Heimat. 1930. Nr. 4.
- Nies, Rudolf: Die Weisheit auf der Strasse. Ein Blütenstrauss der Inschriften an Häusern, Ställen und Scheunen im Kreise Biedenkopf. D. sch. Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 12.
- Preuschen von, Dr. R. Freiherr: Hausmarken in Osterspays. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 5.
- O. R.-D.: Alte Westerwälder Glocken-Verordnungen. Land u. Leute. 6. Jg. 1930. Nr. 1/2.
- Straub, Aug.: Nass. Wetterglocken. L. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 11.
- Ders.: Westerwälder Hausinschriften. Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 6. Koblenzer Heimatblatt. 1930. Nr. 28.
- Ders.: Wer will bauen an die Strassen. Heimatliche Hausinschriften. Idst. Heimatschau. 1930. Nr. 3.
- Suchier, E.: Münzfund. [Justinus-Kirche in Höchst; Agrippa]. A. 51. Bd. 1930.
- Ullius, Fritz: Die Volksüberlieferung. Allerhand Lebensweisheit und Humor in Hausinschriften. N. Bl. 11. Jg. 1931. 2.—4. Heft.
- Ziemer, M.: Die Inschriften am Tieffenbachschen Hause in Camberg. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 34.
- Zorn, Richard-Hofheim a. T.: Grenzsteine des Rhein-Main-Gebietes. Mit 60 Tafeln und Beschreibung von 760 Grenzsteinen. [Mit Vorwort von Bezirkskonservator Prof. Dr. F. Wichert.] Selbstverlag des Verfassers, Hofheim a. T. 1931. Bespr. von Adolf Bach in „Rheinische Vierteljahrsblätter“. Jg. 1. Heft 3. 1931; von Dr. Erich Becker in: Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 9; von Kutsch-Wiesbaden. N. Htbl. 32. Jg. 1931. Nr. 3/4.

8. Volksaberglaube.

- Arndt, Johanna-Eitelborn: Westerwälder Aberglaube. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 16.
 Dies.: „Wer nicht liebt die Katz . . .“ (Der Volksmund und die Katze). Alt-Nassau. 1930. Nr. 20.
 St. A.: Zaubersprüche und Beschwörungsformeln aus altnassauischem Volkstum. U. schön. Heimat. 1931. Nr. 17.
- Bender, H. Gerichtsaktuar: Die Geschichte des Joseph Anton Brunnquell, des Geisterbeschwörers von Diez. Ein Kulturbild aus dem Jahre 1780. Htbl. f. d. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 12.
- Bermbach, Ferdinand, cand. jur.: Genealogische Streifzüge durch das Amt Camberg (Nassau) an Hand der Hexenprozesse. (Nach Akten des Staatsarchivs Wiesbaden). Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde. Bd. VII, Heft 1/2. 1931.
- Bink, Hermann: Der Wein im nassauischen Volksglauben. Alt-Nassau. 1931. Nr. 9.
 Ders.: Nassauischer Aberglauben beim Kartenspiel. Alt-Nassau. 1930. Nr. 22.
 Ders.: Das Freimaurertum im nassauischen Volksglauben. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 9.
 Ders.: Tierstimmen im nassauischen Volksmunde. Alt-Nassau. 1930. Nr. 11.
 H. B.: Als in Nassau noch der Teufel los war. Alt-Nassau. 1931. Nr. 10.
- Henche, Dr. phil. h. c. Albert: Aberglaube im Nassauischen im 30 jähr. Kriege. D. schöne Nassau 1. Jg. 1930. Nr. 6.
 Ders.: Die Geschichte einer Stigmatisierten im Nassauischen. [Maria Magdalena in Hadamar 1780/81]. Alt-Nassau. 1930. Nr. 24.
- Herbor, Alfred: Aberglauben zwischen Rhein und Lahn. Uns. schönes Heimatland. 1931. Nr. 10.
 Ders.: Der Hexenmüller und die Hexenmühle. [Joh. Gg. Fuhr]. Nass. Heimatkal. 1930.
 —: Die Hexenverfolgungen in Nassau. Aarbote. 69. Jg. 1930. Nr. 125.
- Historicus: Altnassauische Liebesorakel. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 4.
- Hörpel, Leonhard: Die Aussätzigenfahrt nach Köln. [Arborn 1598]. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 9.
- Hoffmann, Wilhelm: Jost und Anne. Novelle aus Herborns Hexenzeit um 1630. Alt-Nassau. 1930. Nr. 10/11.
- Jucundus, Ernst: Teufel und Hexenglauben im alten Nassau. Alt-Nassau. 1930. Nr. 15.
 G. K.: Die Hexenverfolgungen in Nassau. Unser schönes Heimatland. Jg. 1930. Nr. 9.
- Mackeprang, R.: Ein Hexenprozess an der unteren Lahn. (Nassau) Uns. schöne Heimat. 1931. Nr. 3. (Aus uns. Heimat. 1930. Nr. 5.)
- Nies, Ludw.: Das Ei im Volksmund des Mittelrheins. U. schön. Heimat. 1930. Nr. 5.
- Roedler, Gg.: Hexenzeichen. Das schöne Nassau. 1. Jg. 1929. Nr. 2.
- Roth, Dr. Ludwig: Volkssitte und Volksglaube um Sarg und Grab. Alt-Nassau. 1930. Nr. 21.
- Rühl: Von Hexen und Hexenprozessen im ehemals Drei- und Vierherrischen unserer Heimat. Htbl. U. L. 1929.
- O. R.-D.: Westerwälder Orakel. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 7.
- Stahl-Wied: Hexen- und Aberglauben zwischen Sieg und Main. N. H. Kal. 1931. S. 35 ff.
- Stegmeyer, Franz: Aberglauben, Zauberformeln und Heilsprüche. Eine volkskundliche Studie. D. Taurus. 15. Jg. 1930. Nr. 12.
- Straub, August: Heimischer Aberglaube. (Aus altnassauischem Volkstum). Alt-Nassau. 1930. Nr. 23.
- Ullius, Fritz: Der Volksglaube. 1. Allgemeines. 2. Abergläubische Vorbedeutungen. 3/4. Vom Brauchen. 5. Vom Bannen. 9. Vom Hexen. 11. Glockenzauber. 12. Allerlei Volksweisheit. Von Teufels- und Geisterspuk. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 1—12., 11. Jg. 1931. Heft 1. of. Dr. phil. Luise Berthold, Professor an der Universität Marburg a. L. N. Bl. 10. Jg. 1930. Heft 5.

9. Recht, Sitte und Brauch.

- Bach, Prof. Dr.-Bonn: Nassauische Volkstrachten. (Aus einem Vortrag). U. schöne Heimat 1930. Nr. 1. Htbl. U. L. 1930. Nr. 2.
- Bappert, Amtsgerichtsrat-Niederlahnstein: Das nassauische Leibzuchtsrecht. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 3/4.
- Becker, E. Studiendirektor-Dillenburg: Weihnachts-, Neujahrs- und Fastnachtsbräuche im Spiegel alter nassau-dillenburg Verordnungen. (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 4, 5, 7.
- Benner, J.-Braubach: Die nassauischen Einsteher. U. schöne Heimat. 1930. Nr. 3.

- Bink, Hermann: Ein alter Loh- und Rotgerber-Gesellenspruch, wie er ehemals zur Zeit des Zunftzwanges in Nassau üblich war. *Nassovia*. 30. Jg. 1930. Nr. 9.
- Bink-Zacheuschler, Margarete: Brautwerbungs- u. Hochzeitsbräuche im alten Nassau. *Alt-Nassau*. 1930 Nr. 6.
- Böminghaus, Kurt Referendar: Die Entwicklung der Ortsgerichtsbarkeit in Nassau und im Rheingau seit dem 19. Jahrhundert. *Rheingau*. 4. Jg. 1931. Nr. 12.
- Butz, Friedrich Karl: Der Kerwebursch. Das schöne Nassau. 1. Jg. 1929. Nr. 2.
- Domarus, Dr. M.: Wie ein Johannisberger vor hundert Jahren über den Bubikopf urteilte. *Nass. Heimat*. 10. Jg. 1930. Nr. 5.
- Eiffler, Josefine: Sitten und Gebräuche im Kirchspiel Marienrachdorf bei Krankheit und Tod. *Nass. Blätter*. 10. Jg. 1930. 8. Heft.
- Fischer, Direktor-Biedenkopf: Eine Ostersitte im Kreise Biedenkopf. *Nass. Blätter*. 10. Jg. 1930. Nr. 4.
- Hain, Heinrich-Kassel: Die Dillenburg Scharfrichterverordnung vom Jahre 1778. (Dillenb.) *H. Bl.* 4. Jg. 1931. Nr. 3.
- Henche, A. Dr. h. c.: Merkwürdige Klosterlasten im Nassauischen. *A.-N.* 1930. Nr. 25.
- Ders.: Die Trachten in der Limburger Chronik. *Nass. Heimat*. 10. Jg. 1930. Nr. 4.
- Hörpel, Leonhard: Westerwälder Pfarrer als Wirte. *Alt-Nassau*. 1930. Nr. 8.
- Kalb, Walter: Aus der Zeit der Leibeigenschaft auf dem unteren Westerwald. [1708]. *A. d. Heimatgesch.* 5. Jg. 1931. Nr. 3.
- Kalisch, J.: Die Spinnstube in Hessen-Nassau. *Alt-Nassau*. 1931. Nr. 16.
- Ders.: Frühere Hochzeitsitten. Der Brautwagen in Alt-Nassau und Kurhessen. *Alt-Nassau*. 1931. Nr. 3.
- Kasper, E.-Rossbach (Westerwald): Zwei Hochzeitsbräuche aus alter Zeit. *Nass. Blätter*. 10. Jg. 1930. Heft 11.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: Eine Hausvisitation. [1740]. *Dillenb. H. Bl.* 4. Jg. 1931, Nr. 2.
- : Eine kurtrierische Notverordnung. [1737. 1784]. *A. d. Heimatgesch.* 5. Jg. 1931. Nr. 9.
- Lone von, Dr. Paul J.: Vom Sternsingen und anderen alten Bräuchen am Dreikönigstage. *Nass. Blätter*. 11. Jg. 1931. Heft 1.
- Ders.: Die Karwoche im alten deutschen Volksbrauch. *N. Bl.* 11. Jg. 1931. 4. Heft.
- Nies, Ludwig: Leibeigenschaft und Fron in der Niedergrafschaft Katzenelnbogen. Aus dem Verzeichnis des Amtes Rheinfels, „was die Mannschaften dem Durchl. Fürsten an Frondiensten zu leisten schuldig sind“. *Uns. schönes Heimatland*. 1931. Nr. 10.
- Nies, Rudolf: Die Driedorfer Jungfrauenordnung. *D. sch. Nass.* 3. Jg. 1931. Nr. 2.
- Roth, E.-Sechshelden: Alte Bräuche im Hinterland, [Biedenkopf]. (Dillenb.) *Heimatblätter*. 4. Jg. 1931. Nr. 6.
- Roth, F. W. E.: Rheingauer Volksbrauch und Volkssitte um das Jahr 1600. *Der Rheingau*. 3. Jg. 1930. Nr. 2.
- O. R.-D.: Kurtrierische Bettlerordnung. *Nassovia*. 31. Jg. 1931. Nr. 11. of. *A. d. Heimatgesch.* 5. Jg. 1931. Nr. 9.
- O. R.-D.: Kurtrierische Beamten-Besoldungen. *Nassovia*. 31. Jg. 1931. Nr. 12.
- Schüler, Th.: Die Organisation der Schützengesellschaften. *Alt-Nassau*. 1931. Nr. 3.
- Ders.: Sündschöffen zur Überwachung der Volkssitten. *Alt-Nassau*. 1930. Nr. 3.
- Schumann, Albert, Rektor i. R.: Von alten Herborner Volksbräuchen. *Herborner Tageblatt*. Jg. 87. 1930. Nr. 38.
- Stückrath, O.: Stadtmusik in Wiesbaden. [1730]. *A. N.* 1930. Nr. 26.
- Trautwein, Lehrer-Eibach: Alte Bräuche im Hinterland. (Dillenb.) *H. Bl.* 4. Jg. 1931. Nr. 8.
- Ullius, Fritz: Weihnacht im Nass. Brauchtum. *A. N.* 1930. Nr. 25.
- Ders.: Die Pufferlaater. Ein alter nassauischer Brauch. *A. N.* 1930. Nr. 25.
- Ders.: Der Wandertag. Aus deutschem Volkstum. *N. Ht.* 10. Jg. 1930. Nr. 14.
- Ders.: Nass. Volkskunde. Die Volksüberlieferung. Das Heimatmärchen. *Nass. Blätt.* 11. Jg. 1931. Heft 8 9.
- Ders.: Aus heimischen Sitten und Bräuchen. Heimisches Hirtenleben. *Htbl. U. L.* 1930. Nr. 1/3.
- Ders.: Maienzit im heimischen Volkstum. *N. Ht.* 11. Jg. 1931. Nr. 5.
- Wagner, Heinrich: Aus alten Akten. Interessante Schriftstücke aus vergangenen Tagen. *Htbl. U. L.* 1930. Nr. 3.
- : Wetter- und Bauernregeln der Westerwälder. *A. N.* 1930. Nr. 25.
- Zutt, H.: Wiesbadener Gerichtsbräuche. *Alt-Nassau*. 1930. Nr. 8.

10. Familie.

- Bonnet, Rudolf: Genealogisches Lexikon Nassauischer Beamtenfamilien des 19. Jahrhunderts. Lfg. 1. Frkf./M. Selbstverlag 1930 cf. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 9. S. 203.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Vom Heiraten. Elf Kapitel aus der Nassau-oranischen Ehegesetzgebung. (Dillenb.) Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 1/2.
- Heinemann, Otto: Nassauische familiengeschichtliche Quellenkunde. Archiv für Sippenforschung und alle verwandten Gebiete. 7. Jg. Heft 10. Okt. 1930; Verlag von C. A. Starke, Görlitz. Bespr. von Ernst v. Oidtman in N. Hbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Kalb, Walter: Bewilligung einer Belohnung von 25 Gulden bei Geburt des 7. Sohnes einer Däsenener Familie 1805. Aus d. Heim.-Gesch. 5. Jg. 1931. Nr. 1.
- Raub, H.-Dillenburg, Neumühle: Aus der Adolph'schen Familiengeschichte. Eine bürgerliche Nachkommenschaft des Hauses Nassau-Dillenburg. (Dillenb.) Heimatblätter 4. Jg. 1931. Nr. 5.
- Schneider, Heinrich, Dr. phil.: Nassauische Familiennamen. A. N. 1900. Nr. 26.
- Stift, Major a. D.-Gleiwitz: Eine Hochzeitseinladung vom Jahre 1619. [Joh. Matth. Stift und Anna Keller]. (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 4.
- Ullius, Fritz: Weihnachtsspiele im Familienkreis. [Am Rhein]. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 16.

11. Feste.

- J. B.: Jahrmärkte vor 100 Jahren. Land und Zeit. 9. Jg. 1930. Nr. 6.
- Kalisch, J.: Eine Bauernhochzeit in Alt-Nassau in früherer Zeit. Altnassau. 1930. Nr. 9.
- Löber, Karl-Rabenscheid: Haigerer Neujahrsschiessen 1812. (Dillenb.) Heimatbl. 3. Jg. 1930. Nr. 2/3.
- Lone von, Dr. Paul J.: Sankt Martinstag. Zum 11. November. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Nr. 11.
- Nies, Ludwig: Die Nachbarschaften am Mittelrhein, eine alte Volksgemeinschaft. U. schöne Heimat. 1930. Nr. 1.
- Ders.: Fastnacht in einer kleinen Rheinstadt. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 3. Heft.
- Roedler, Georg: Fastnacht./Hahlfener. D. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 2.
- O. R.-D.: Fastnacht im Trierischen zu Ende des 18. Jahrhunderts. Aberglaube an Fastnacht. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 4.
- Ullius, Fritz: Fastnachtstreiben im Nassauer Land. N. H. Kal. 1931. S. 68 f.

12. Bergbau, Landwirtschaft, Weinbau, Industrie.

- Becker, Eduard Dr.: Die Landwirtschaft in Hessen-Kassel und Nassau. Hessenland. Herausgeg. von Dr. C. Hitzeroth. Verl. G. Elwert, Marburg. 41. Jg. 1930 S. 334.
- Becker, Dr. Erich: Weinbau und Weinhandel des Klosters Eberbach in älterer Zeit. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 12.
- Bink, Hermann: Von Mühlen und Müllern im alten Nassau. Alt-Nassau. 1931. Nr. 7.
- Brücker, Schulrat-Dillenburg: Alte Handwerkskunst im Dillkreis. (II.) Truhen aus Flammersbach und Driedorf. III. Schränke. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 12. 16 4. Jg. 1931. Nr. 3. [Dr. Domarus]: Zunftgesellenverbände und Gesellenbriefe unter Berücksichtigung von Nassau. (Nach einem Vortrag) Istd. Heimatsch. 1931. Nr. 1/2.
- Eisenach, J.: Die Flösserei auf dem Rhein. Koblenzer Heimatblatt. (Beilage des Kobl. Generalanzeigers). 1930. Nr. 19.
- Enders, Heinrich: Der Weinbau im Rheingau. Dissert Köln 1926.
- Ernst, Dr. Theodor: Die wirtschaftliche Lage der Handwerkerzünfte in der Niedergrafschaft Katzenelnbogen hessen-rotenburgischen Anteils im 18. Jahrhundert. Alt-Nassau. 1931. Nr. 26.
- Faber, Kurt-Angermünde: Die Salzstellen und die Salzflora der Provinz Hessen-Nassau und ihrer Nachbargebiete. Dissert. Marburg. 1930.
- Fiebig, G.: Die Hüttenherren von Mariot. Koblenzer Heimatblatt. (Beil. des Kobl. Generalanzeigers). 1930. Nr. 33.
- Franz, Philipp: Die Marmorindustrie der Lahn. A. N. 1931. Nr. 21.
- Fuchs, Karl-Roth (Kr. Biedenkopf): Der Silberbergbau in Roth. (Dillenb.) Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 11.

- Gamann, H. Oberlehrer-Neunkirchen: Flachs und Leinwand im Siegerland. (Flachsbereitung, Spinnen und Haspeln, Weben und Bleichen.) Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 2.
- Germann, A., Lehrer-Driedorf: Die Töpfereifunde in Driedorf. (Dillenb.) Heimatl. 4. Jg. 1931. Nr. 10.
- Haas, Emil: Die Zechen im ehemaligen kurtrierischen Amt Montabaur. Ein Beitrag zur Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung. Rhein. Vierteljahrsblätter. Jg. 1. 1931. S. 118—128.
- Haevernick, Dr. W.-Hamburg: Der Heller am Mittelrhein. Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine. 78. Jg. 1930. Nr. 4—6. S. 86
- Heiler, Carl: Von altmassauischen Märkten. N. Hbl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Henche, Albert: Weilburger Steingut. Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 4.
- : Historisches aus Nassau. Eine alte nassauische Kaffeemonopolverordnung. A. N. 1931. Nr. 19.
- Hörpel, Leonhard-Frankfurt a. M.: Aus der oranischen Mühlengeschichte: Die Münchlhäuser und ihre Müller. (Dillenb.) Heimatblätter. 3. Jg. 1930. Nr. 1.
- Ders.: Beilsteiner Bier. Ebenda. Nr. 10.
- Hülßen von, Dr. ing. Friedrich Carl, Bergassessor: Die in den geologischen und bergtechnischen Verhältnissen begründete bergwirtschaftliche Stellung der Westerwälder Basaltindustrie. Dissert. Bespr. von Dr. C. Dönges-Dillenburg, in: Westerwälder Schaulands. 24. Jg. 1931. Nr. 12. und Westerwälder Sonntagspost. Marienberg. C. Ebner. 1. Jg. 1931. Nr. 1.
- Jung, Rudolf: Die Hütten- und Hammerordnung für das Land Siegen vom 25. Jan. 1830. Eine Jahrhundertenerinnerung zu ihrer Einführung. Heimatland Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 1.
- Kalb, Walter: Eine sterbende Heimindustrie unserer Heimat. [Nagelschmiederei]. Aus der Heimatgesch. 4. Jg. 1930. Nr. 10.
- Kayser, Emanuel: Die Bedeutung des Weinbaues im Rheingau. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 5.
- Lichtenberger, E.-Ransbach: Die Entwicklung der Krug- und Kannenbäckerei-Industrie im sogen. „Kannenbäckerland“ im Kreise Unterwesterwald von 1918 bis 1930. A. d. Htgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 2.
- Linkenbach, Hans Ludwig: Beiträge zur Geschichte des Bergbaues bei Ems. Das schöne Nassau. 2. Jg. 1931. Nr. 9/10.
- Lotz, K.: Von Märkten in Nassau im 17., 18. und 19. Jahrhundert. Die beabsichtigte Einführung eines Fruchtmarktes in Nassau 1825. A. uns. Heimat. 1931. Nr. 2.
- Lüstner, Prof. Dr. Gustav-Geisenheim: „Rheingold“. Ein Beitrag zur Geschichte des Waid sowie der Tuchmacher und Blaufärber im Rheingau. D. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 11.
- Matuschka-Greifenclo, Graf-Schloss Vollrads im Rheingau: 800 Jahre deutscher Weinbau. U. schön. Heimatland. 1931. Nr. 20.
- Menz, H. L.-Dillenburg: Die Nassauische Gewerbesteuer und Gewerbesteuerzahler im Spiegel der Chronik lt. Verordnungsblatt von 1841. Oranien-Nassau. 3. Jg. 1930. Nr. 4.
- Meyer, Heinrich-Aachen: Wieland der Schmied und das Siegerland. Heimatl. Siegen 1930. 5. Jg. Nr. 10.
- Milani, A.: Einiges über die Büchsenmeister der Erzbischöfe und Kurfürsten von Mainz. N. H. 31. Jg. 1930. Nr. 1/2.
- : Mitteilungen der Industrie- und Handelskammern Frankfurt a. M. — Hanau — Fulda — Wiesbaden — Dillenburg — Limburg und Wetzlar. 1929. Verl. Max Koebeke, Frkf a. M., Falkensteinstrasse 61.
- Niessen, Dr. Josef: Über Winzergenossenschaften im Rheingau. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 12.
- Quiring, H. Bergrat Prof. Dr. phil. Dr. ing.-Berlin-Falkenhain: Die Anfänge des Bergbaus im Siegerlande. Siegerland. 12. Bd. 1930. Heft 1.
- Roth, Heinrich-Niederreifenberg: Kurze Geschichte der Industrie des Hochtaunus. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 8/9.
- Roth, Ludwig Dr. iur.: Aus der Geschichte des Bergbaues im Taunus. Taunus. 16. Jg. 1931. Nr. 23.
- Ders.: Allerlei aus der Geschichte unseres heimischen Bergbaus. Alt-Nassau. 1930. Nr. 17.
- O. E. D.: Vom Krauthobler. [Sauerkraut.] Nassovia. 30. Jg. 1930. Nr. 10.
- Scheffel, Th.: Geschichte des Nassauischen Bäckerhandwerks, insbesondere der Bäckerinnung Wiesbaden unter Mitwirkung von Th. Schüller, Dr. C. Spielmann †, W. Berger † und Th. Scheffel. 26. April 1931.
- Schmidt, Norbert: Einfluss geologischer Formationen auf die Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Nassauer Lande. Berlin 1926. Herausgeg. von der Preuss. Geologischen Landesanstalt.

- Schneider: Die Haubergswirtschaft im Siegerland. Westerw. Schöuinsl. 24. Jg. 1931. Nr. 6.
- Schröter, von-Firnhaber: Weinbau und Kunstgewerbe. Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 11.
- Schüler, Th.: Wiesbadens Bauhandwerker in der Zukunft. Alt-Nassau. 1930. Nr. 13.
- Schultze, Joachim Heinrich: Die Berufsstruktur der rhein-mainischen Bevölkerung. 1929. Druck u. Verl.: H. L. Brunner, Frankfurt a. M.
- Schweitzer, W.-Limburg: Aufhebung alt-nassauischen Rechts. Die Bestimmungen über Forst-, Jagd- und Fischereivergehen im ehemaligen Herzogtum Nassau. Nass. Blätter. 11. Jg. 1931. 12. Heft.
- Ullius, Fritz: Allerlei Nebenerwerb in Nassau. [Nagelschmiede, Töpfer, Glasbläser, Korbflechter pp.] A.-N 1931. Nr. 21.
- Ders.: Der Leineweberberuf als Nebenerwerbsquelle. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 8.
- Ders.: Ein untergehender ländlicher Beruf. [Strohdecker]. Htbl. f. d. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 11.
- Ders.: Das Hausierwesen. Aus heimischem Volkstum. Htbl. f. d. U. L. 5. Jg. 1930. Nr. 8.
- Stegmeyer, Franz: Althöchster Porzellan. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 9.
- Vonjahr, G. Lehrer-Tringenstein: Ein vergilbtes Pergament aus dem Jahre 1719. [Mühlbrief von Fürst Wilhelm zu Nassau-Dillenburg.] (Dillenb.) H. Bl. 3. Jg. 1930. Nr. 2/3.
- Wagner, Dr. Paul, Geheimrat, Staatsarchivdirektor a. D.: Der Weinbau im Rheingau. Ein Bild aus alter Zeit. Der Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 7.
- Wagner, Therese-Wiesbaden: Der nassauische Winzer und seine Sorgen. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 10.
- Walter, Richard: Die natürlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens im Taunus. Mit 2 farb. Kt. Frankfurt a. M.: Blazek und Bergmann 1927.
- ak.: Das berühmte Weinjahr 1540. Uns. schönes Heimatland. 1931. Nr. 11.
- Zimmermann, Karl: Rheinische Weinstrassen. Rheingau. 4. Jg. 1931. Nr. 1.

13. Dorf.

- Bink, Hermann: Nassauisches Dorf- und Bauernleben im Spiegel der Literatur. Alt-Nassau 1931. Nr. 8.
- Herder, Fritz-Wiesbaden-Erbenheim: Die Entwicklung des Bauernstandes unter besonderer Berücksichtigung nassauischer Verhältnisse. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 1/2.
- Kalisch, F.: Die Spinnstube in Hessen-Nassau. Alt-Nassau 16. 1931. S. 2.

14. Nassauische Originale.

- Becker, Dr. W. J.: Tatsächliches vom Schinderhannes. (Seine Festnahme.) D. schöne Nassau. 1 Jg. 1930. Nr. 12.
- G. F.: Ein Altnassauer Original. Pfarrer Hilb von Villmar. Land u. Zeit. 9. Jg. 1929. Nr. 9.
- Hummerich-Bender, Elisabeth: Der Hannjer. [Heidedorf]. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 7. Heft.
- Heiler, Dr. Studienrat-Wiesbaden: Der Räuberhauptmann Johannes la Fortun, genannt Hemperla, und seine Bande im Lahntal 1718—1726. Land u. Leute. 6. Jg. 1930. Nr. 10.
- Hoffmann, Wilhelm: Daniel Müller aus Wissenbach, der sich den „Elias“ nannte. Ein sonderbarer Heiliger des 18. Jahrhunderts. Heimatl. Siegen. 5. Jg. 1930. Nr. 10.
- : Philipp und Lisbeth Keim aus Diedenbergen, ein nassauisches Dichter- und Bardenpaar. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 9.
- Kremer, Peter: Wie mein Ahn dem Schinderhannes begegnete. Rhein. Heimatblätter. 7. Jg. 1930. Heft 3.
- Kuhlmann, R.-Breitscheid: „Der Westerwälder Mückes“. (Dillenb.) Heimatblätter. 4. Jg. 1931. Nr. 9.
- A. L.: Der Schinderhannes. U. schöne Heimat. 1930. Nr. 4.
- Meuer, A. Hoh.: Wilddieb Leichtweis und seine Höhle. Nass. Heimat. 11. Jg. 1931. Nr. 14.
- H. M.: Anekdoten von „Alten Dillenburgern“. [Metzgers Ahler, Schmidt, Engerts Adolf, Franze Henner, Hehls Ahler, Schlaudraffs Louis]. (Dillenb.) H. Bl. 4. Jg. 1931. Nr. 2.
- Nies, Ludwig: Dä schepp Härwell. Ein rheinisch-nassauisches Original. Unser schönes Heimatland. 1930. Nr. 18.
- Nies, Rudolf-Hagen-Haspe: Johannes Kraft aus Herborn, ein eigenartiger Wandervogel und Abenteurer, Schriftsteller und Chronist des 17. Jahrhunderts. (Dillenb.) Heimatbl. 4. Jg. 1931. Nr. 15/16.

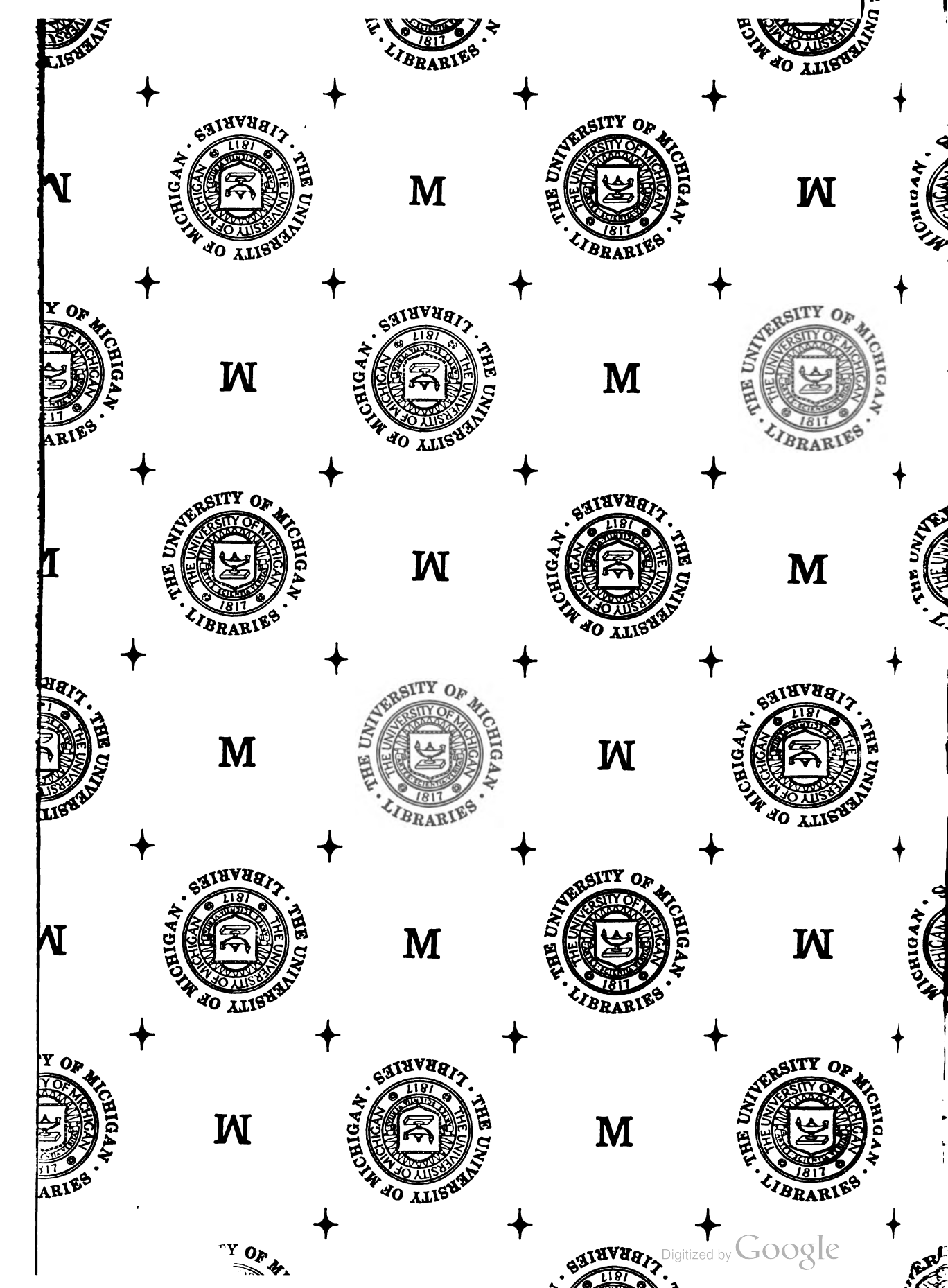


- O. R.-D.: Ein paar Nassauer Originale. (Der Gälshennerich, die ahl Strihdeckersch, der geckig Philipp.) Nassovia. 31. Jg. 1931 Nr. 1. N. H. Kal. 1931, S. 107 ff.
- Th. Schneider: Der Kandidat Philippaar. Frankfurter Zeitung. 18. 9. 1930.
- Schrupp, A.: Ein Sonderling und sein Begräbnis. [Friedrich Krack in A.] N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 3.
- Schwarz, Friedrich Wilhelm: Peter Graumann, genannt Aescheper. „Mussestunden“, Beilage zur Wiesbadener Zeitung, 6. 8. 1931.
- Stückrath, Otto: Der Mannefriederich und seine Lieder. Heimatbl. f. d. Unterlahnkreis. 6. Jg. 1931. Nr. 5/6.
- Ders.: Eine Schinderhannessage und ihre frühere Vorlage. Htbl. f. d. U. L. 6. Jg. 1931. Nr. 9.
- Ders.: Ein unbekannt gebliebenes Schinderhanneslied. N. H. Bl. 32. Jg. 1931. Heft 1/2.
- Ders.: Der Schinderhannes und die Schinderhannesliteratur. Der Taunus. 15. Jg. 1930. Nr. 10, 12. 16. Jg. 1931. Nr. 1—8, 12.
- Volland, Ria: Rheingauer und Wiesbadener Originale aus dem vorigen Jahrhundert. D. Rheingau. 3. Jg. 1930. Nr. 2.
- Dies.: Nassauer Originale. Frankfurter Zeitung, 23. 8. 1930.
- Witzel, W.: Originelle Menschen im kleinen Dorf. [Der „aal Runkel“]. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. Heft 9/10.

III. Heimatpflege.

- Bertsche, Reg.-Rat-Niederlahnstein: Der Nassauische Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege im Jahre 1930. Jahresbericht. N. Bl. 11. Jg. 1931. Heft 3.
- Gross, E., Jude, W., und Dr. H. Michel: Heimatatlas für den Regierungsbezirk Wiesbaden. 20 Karten und 3 Tabellen. Johs Brauns Verlag, Eschwege.
- Henche, Dr. phil. h. o.: Über einige alte Karten von Nassau. Nassovia. 31. Jg. 1931. Nr. 8.
- Kalb, Walter: Denkmalpflege im Unterwesterwaldkreis und der Arbeitsbericht des Bezirks-Konservators für die Jahre 1924 bis 1928. A. d. Htgesch. 5. Jg. 1931. Nr. 2.
- Lüstner, Dr. G., Professor-Geisenheim, Kommissar für Naturdenkmalpflege: Verzeichnis der im Regierungsbezirk Wiesbaden geschützten Naturschutzgebiete und Naturdenkmäler. Nass. Blätter. 10. Jg. 1930. 8. Heft.
- O. R.-D.: Im Montabaurer Kreismuseum. N. 31. Jg. 1931. Nr. 2.
- Schmidt, F. A.-Hersfeld: Kreis- und Ortsheimatpfleger. Ld. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 6.
- Straub, August: Heimatlehre. Ld. u. L. 7. Jg. 1931. Nr. 6.
- [Wichert, Prof. Dr.]: Um die Erhaltung der Burgen, Schlösser und Adelshöfe in Nassau. Aus dem Bericht des Bezirkskonservators über die Jahre 1924—28. D. schöne Nassau. 2. Jg. 1930. Nr. 3.

13





3 9015 03970 5762



M



M



M



M



M



M



M



M



M



M



M



M





